This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

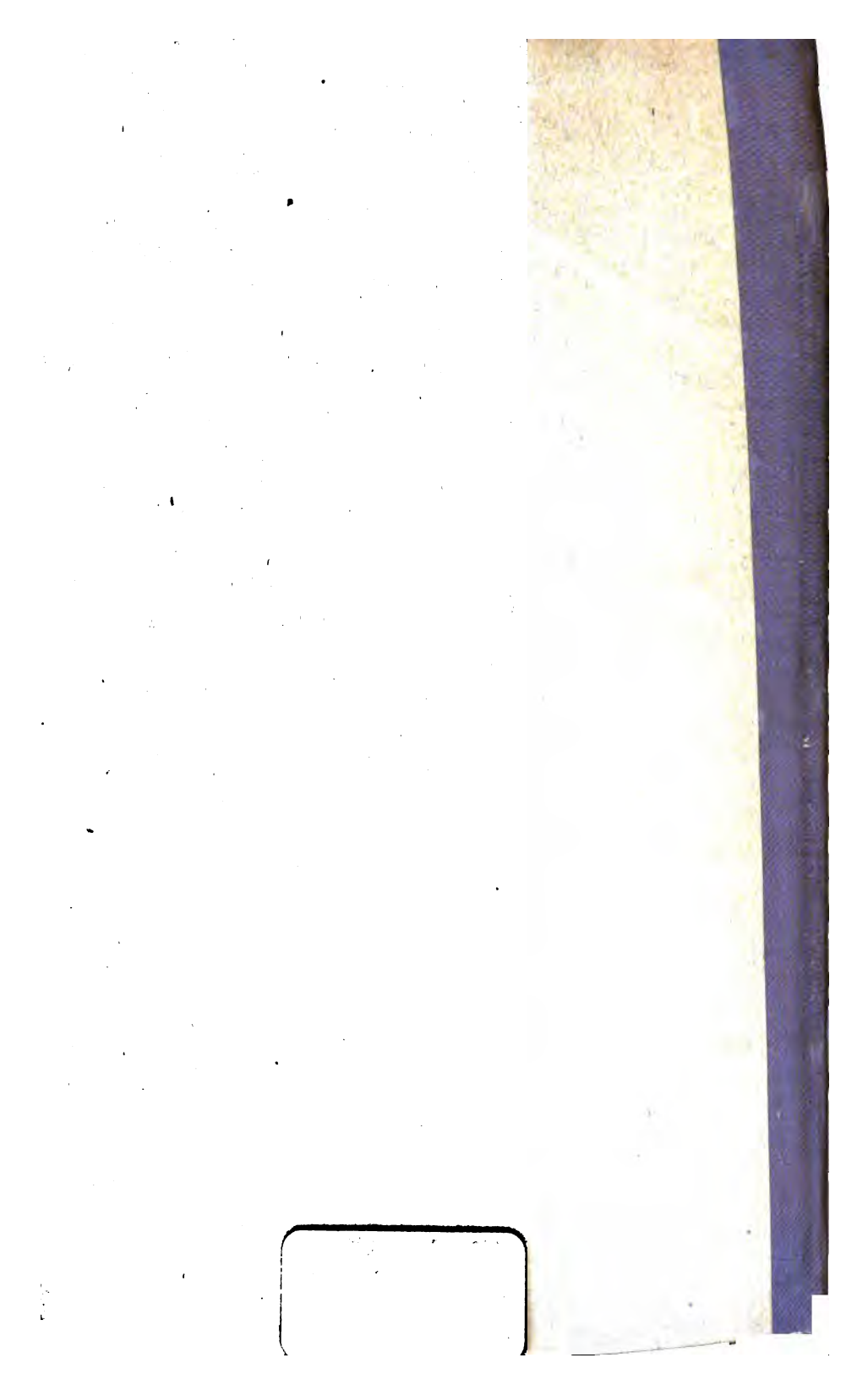
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

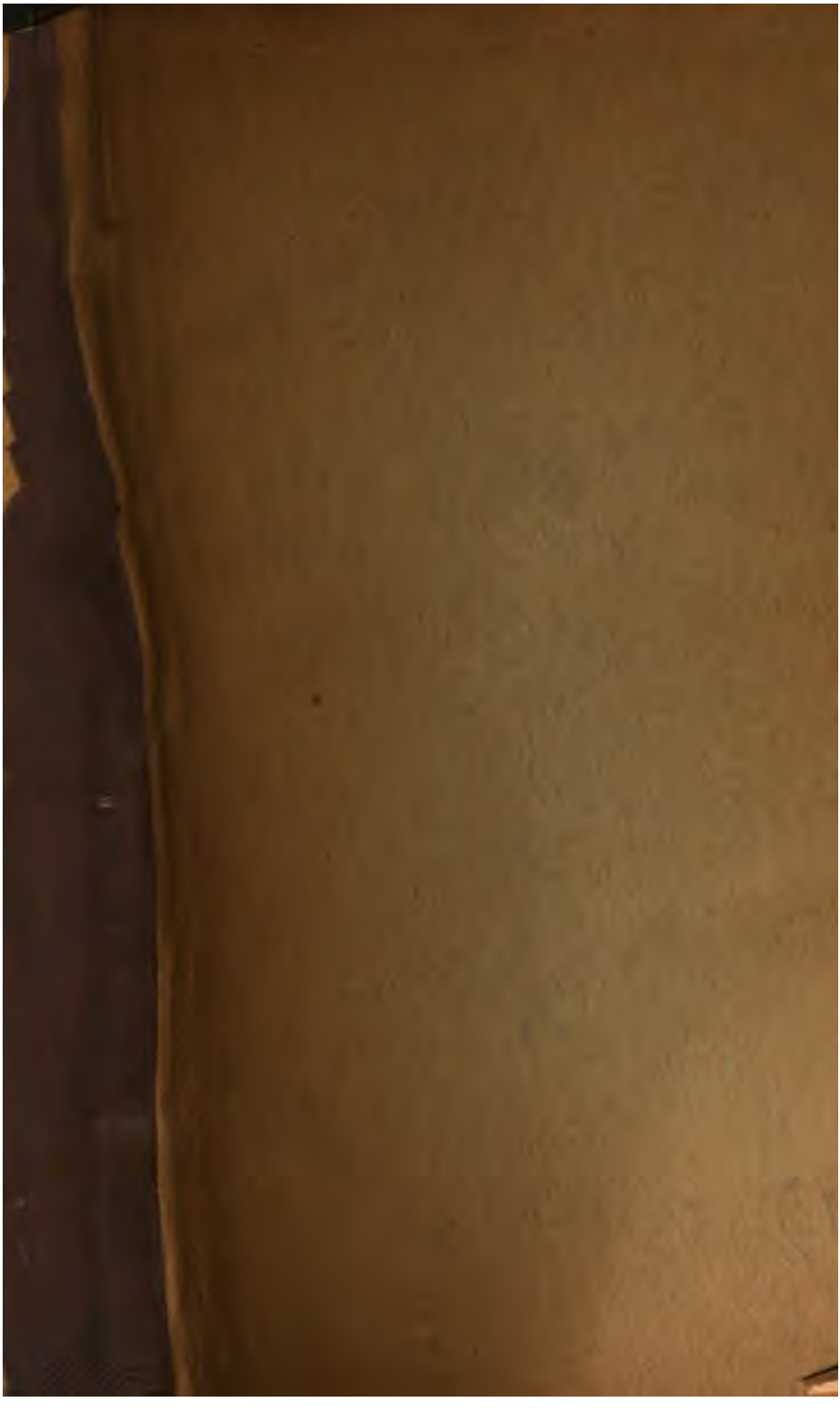
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

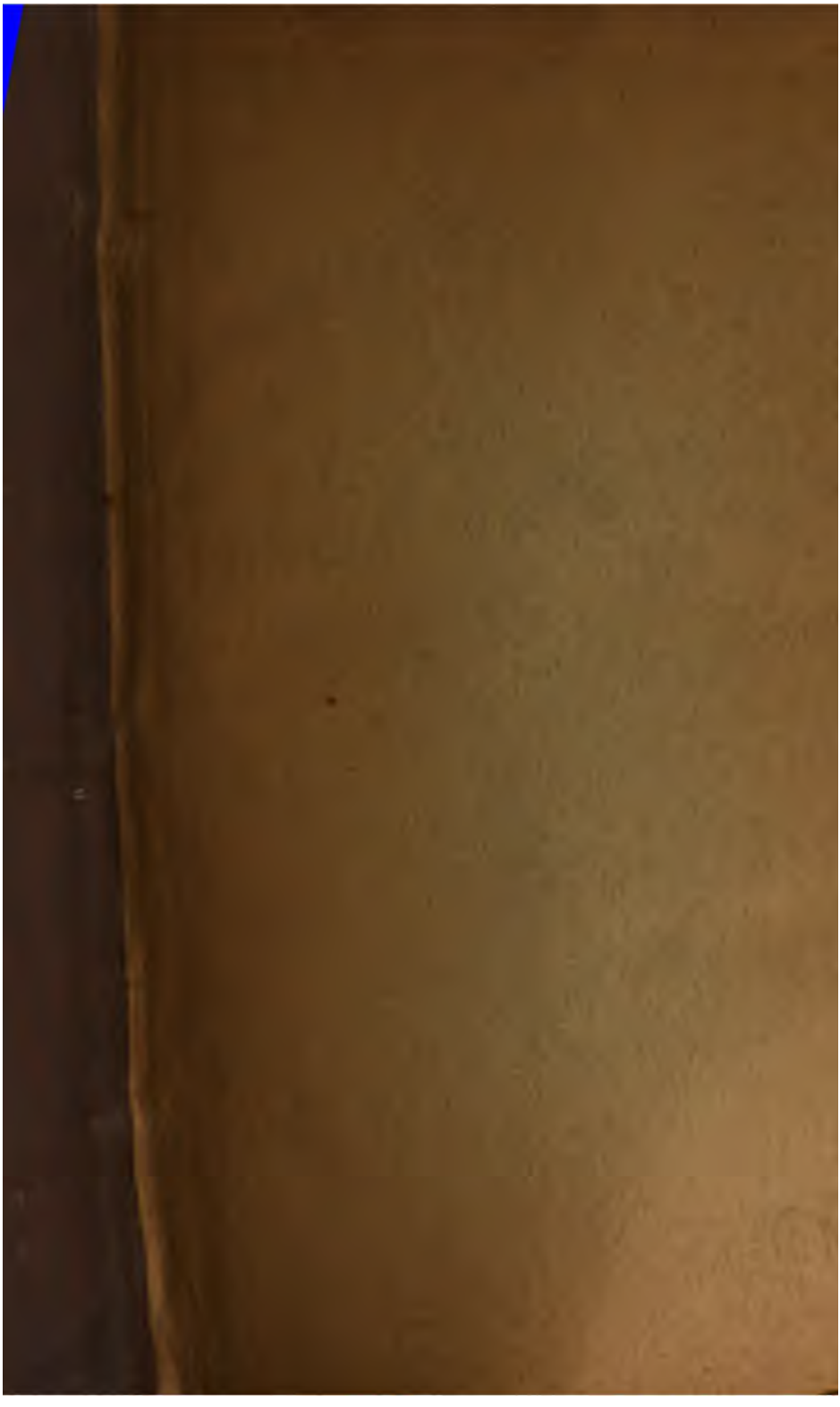
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.







Diplomatisches Archiv

für die

Deutschen Bundesstaaten,

grösstentheils nach officiellen Quellen,

mit erläuternden Anmerkungen herausgegeben

von

Alexander Miruss.

Erster Theil.

Erste Abtheilung.

Leipzig,
Renger'sche Buchhandlung.
1846.

... Abth. dieses Bandes, eine Lieferung von circa

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

Sr. Magnificenz

dem Fürstlich Reussischen Kanzler, Regierungs- und Consistorial-Präsidenten, Commandeur hoher Orden etc. etc.

Herrn Dr. von Bretschneider

verehrungsvoll gewidmet

vom

Herausgeber.

Vorwort.

Der Herausgeber wurde bereits vor mehreren Jahren veranlasst, die Bearbeitung der vorliegenden, vorzugsweise für die Deutschen Bundesstaaten bestimmten, Sammlung zu beginnen, deren Druck indessen, wegen der nöthigen Eintheilung des Ganzen, längere Zeit ausgesetzt bleiben musste. Bei derselben wurden, ihrem Zwecke gemäss, fast durchgängig die besten officiellen Quellen zum Grunde gelegt, so wie den einzelnen Urkunden, da, wo es erforderlich schien, erläuternde-historische und statistische Anmerkungen, nebst den nöthigen literarischen Nachweisungen, hinzugefügt. Es ist zwar im Allgemeinen möglichst eine chronologische Ordnung beobachtet worden, jedoch schien es zuweilen zweckmässig, von derselben, namentlich in Fällen des Zusammenhanges früherer und späterer Urkunden, abzuweichen. Auf die Correctur ist die grösste Sorgfalt verwendet, es kann aber bei einem schwierigen Drucke dieser Art kaum verlangt werden, dass derselbe von jedem Versehen frei sey. Das bisher Gelieferte berechtigt indessen zu der Hoffnung, dass der Druck correcter seyn wird, als der mancher anderen Sammlung diplomatischer Urkunden. Der erste,

wegen seines Umfanges auf den Wunsch der Verlagshandlung in zwei Abtheilungen ausgegebene, Theil des diplomatischen Archives enthält: die wichtigeren älteren Quellen aus dem Zeitraume vom Westphälischen Frieden bis zum Wiener Congresse und zweiten Pariser Frieden, so wie die mit den Pariser Friedensschlüssen und den Bestimmungen der Wiener Congress-Acte, besonders hinsichtlich der Territorial-Veränderungen, in unmittelbarem Zusammenhange stehenden, auch neueren, Verträge und sonstigen Actenstücke. Die folgenden Theile enthalten: die organischen Gesetze des Deutschen Bundes, so wie die wichtigeren Bundesbeschlüsse, Staatsverträge u. s. w. über allgemeine Wohlfahrts-Angelegenheiten, Handel und Schifffahrt, Presse, Kriegswesen, Kirche, Verhältnisse der Standesherrn, Territorial-Angelegenheiten u. s. w.

Indem der Herausgeber die Nachsicht derer in Anspruch nimmt, welche durch ihren praktischen Beruf zu einer Würdigung dieses, mit manchen Schwierigkeiten verbundenen, Unternehmens berechtigt sind, fühlt er sich verpflichtet, für die, namentlich Seitens hoher Behörden, ihm gewordene Aufmunterung und Unterstützung seinen Dank mit der Bitte auszusprechen, ihm das bisher erwiesene Wohlwollen auch ferner zu erhalten.

Erste Abtheilung.

I.

Instrumentum Pacis Osnabrugense Caesareo-Suecicum, d. d. XIV. (XXIV.) Oct. 1648.[a])

In Nomine Sacrosanctae et Individuae Trinitatis, Amen.

Notum sit universis et singulis, quorum interest aut quomodolibet interesse potest.

Postquam a multis annis orta in Imperio Romano dissidia, motusque civiles eo usque increverant, ut non modo universam Germaniam, sed et aliquot finitima Regna, potissimum vero Sueciam, Galliamque ita involverint, ut diuturnum et acre exinde natum sit bellum; primo quidem inter Serenissimum et Potentissimum Principem ac Dominum, Dominum Ferdinandum Secundum, Electum Romanorum Imperatorem Semper Augustum, Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae etc. Regem, Archiducem Austriae, Ducem Burgundiae, Brabantiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Marchionem Moraviae, Ducem Luxemburgiae, Superioris ac Inferioris Silesiae, Wurtembergae et Teckae, Principem Sueviae, Comitem Habsburgi, Tyrolis, Kyburgi et Goritiae, Landgravium Alsatiae, Marchionem Sacri Romani Imperii, Burgoviae ac Superioris et Inferioris Lusatiae, Dominum Marchiae Sclavonicae, Portus Naonis et Salinarum etc. inclytae memoriae, cum suis foederatis et adhaerentibus ex una: et Serenissimum ac Potentissimum Principem ac Dominum, Dominum Gustavum Adolphum, Suecorum, Gothorum et Vandalorum Regem, Magnum Principem Finlandiae, Ducem Esthoniae et Careliae Ingriaeque Dominum etc. inclytae recordationis et Regnum Sueciae, ejusque foederatos et adhaerentes ex altera parte: Deinde post eorum e vita discessum,

inter Serenissimum ac Potentissimum Principem et Dominum, Dominum Ferdinandum Tertium, Electum Romanorum Imperatorem Semper Augustum, Germaniae, Hungariae, Bohemiae, Dalmatiae, Croatiae, Sclavoniae etc. Regem, Archiducem Austriae, Ducem Burgundiae, Brabantiae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Marchionem Moraviae, Ducem Luxemburgiae, Superioris ac Inferioris Silesiae, Wurtembergae et Teckae, Principem Sueviae, Comitem Habspurgi, Tyrolis, Kyburgi et Goritiae, Landgravium Alsatiae, Marchionem Sacri Romani Imperii, Burgoviae ac Superioris et Inferioris Lusatiae, Dominum Marchiae Sclavonicae, Portus Naonis et Salinarum etc. cum suis foederatis et adhaerentibus ex una: et Serenissimam ac Potentissimam Principem ac Dominam, Dominam Christinam, Suecorum, Gothorum, Vandalorumque Reginam, Magnam Principem Finlandiae, Ducem Esthoniae et Careliae, Ingriaeque Dominam, Regnumque Sueciae, et ejus foederatos et adhaerentes ex altera parte: unde multa Christiani sanguinis effusio, cum plurimarum provinciarum desolatione secuta est: Tandem Divina bonitate factum esse, ut utrimque de pace universali suscepta sit cogitatio, in eumque finem ex mutua partium conventione Hamburgi die vigesima Stylo novo, vel die decima quinta Stylo veteri Decembris Anno Domini Millesimo Sexcentesimo quadragesimo primo inita, constituta sit dies undecima Stylo novo, vel prima Stylo veteri, Mensis Julii, Anno Domini Millesimo Sexcentesimo quadragesimo tertio, Congressui Plenipotentiariorum Osnabrugis et Monasterii Westphalorum instituendo. Comparentes igitur statuto tempore et loco utrimque legitime constituti Legati Plenipotentiarii,

a parte quidem Imperatoris, Illustrissimi et Excellentissimi Domini:

Dominus Maximilianus Comes a Trautmansdorff et Weinsberg, Baro in Gleichenberg, Neostadii ad Cocrum, Negau, Burgau et Tozenbak, Dominus in Teinitz, Eques Aurei Velleris, Consiliarius Secretus, et Camerarius Sacrae Caesareae Majestatis, Ejusque aulae Supremus Praefectus, nec non

Dominus Joannes Maximilianus Comes a Lamberg, Liber Baro in Ortteneck et Ottenstain, Dominus in Stockharn et Ammerang, Burggravius in Steyr etc. Sacrae Caesareae Majestatis Camerarius, et

Dominus Joannes a Crane, Juris Utriusque Licentiatus, Comes Palatinus,

Consiliarii Imperiales Aulici;

A parte vero Reginae Sueciae, Illustrissimi et Excellentissimi Domini:

Dominus Joannes Oxenstierna Axelii, Comes Morrae Australis, Liber Baro in Kymitho et Nynäs, Dominus in Fiholm, Alhult, Hörningsholm, Söderbo et Lidöö, Regni Sueciae Senator, et Consiliarius Cancellariae; et

Dominus Joannes Adler Salvius, Dominus in Adlersberg, Harsefeld, Wildenbruch et Tullinge, Regni Sueciae Senator, Regiae majestatis Consiliarius Secretus et Aulae Cancellarius,

post invocatum Divini Numinis auxilium, mutuasque Plenipotentiarum tabulas (quarum apographa sub finem hujus instrumenti de verbo ad verbum inserta sunt) rite commutatas, praesentibus, suffragantibus et consentientibus Sacri Romani Imperii Electoribus, Principibus ac Statibus ad Divini Numinis gloriam et Christianae Reipublicae salutem in mutuas pacis et amicitiae leges consenserunt et convenerunt, tenore sequenti:

Articulus I.

Pax sit Christiana, universalis, perpetua, [b]) veraque et sincera amicitia inter Sacram Caesaream Majestatem, Domum Austriacam omnesque ejus foederatos et adhaerentes, et singulorum haeredes et successores, inprimis Regem Catholicum, Electores, Principes ac Status Imperii ex una: et Sacram Regiam Majestatem Regnumque Sueciae, omnesque ejus foederatos et adhaerentes, et singulorum haeredes ac successores, inprimis Regem Christianissimum, ac respective Electores, Principes, Statusque Imperii ex altera parte, eaque ita sincere serioque servetur et colatur, ut utraque pars alterius utilitatem, honorem ac commodum promoveat, omnique ex parte et universi Romani Imperii cum Regno Sueciae, et vicissim Regni Sueciae cum Romano Imperio, fida vicinitas, et secura studiorum pacis ac amicitiae cultura revirescant et reflorescant.

Articulus II.

Sit utrimque perpetua oblivio et amnestia omnium eorum,

Imperio publicae tranquillitatis causa consentit, ut vigore praesentis conventionis institutus sit Electoratus octavus, quo Dominus Carolus Ludovicus Comes Palatinus Rheni, ejusque haeredes et Agnati totius lineae Rudolphinae, juxta ordinem succedendi in Aurea Bulla expressum, deinceps fruantur. Nihil tamen juris, praeter simultaneam Investituram ipsi Domino Carolo Ludovico, aut ejus successoribus, ad ea, quae cum dignitate Electorali Domino Electori Bavariae, totique lineae Guilielmianae attributa sunt, competat.

§. 6. Deinde ut Inferior Palatinatus totus cum omnibus et singulis ecclesiasticis et secularibus bonis juribusque et appertinentiis, quibus ante motus Bohemicos Electores Principesque Palatini gavisi sunt, omnibusque documentis, regestis, rationariis et caeteris actis huc spectantibus eidem plenarie restituantur, cassatis iis, quae in contrarium acta sunt, idque autoritate Caesarea effectum iri, ut neque Rex Catholicus neque ullus alius, qui exinde aliquid tenet, se huic restitutioni ullo modo opponat.

§. 7. Cum autem certae quaedam Praefecturae Stradae Montanae antiquitus ad Electorem Moguntinensem pertinentes, anno demum millesimo quadringentesimo sexagesimo tertio, pro certa pecuniae summa Palatinis cum pacto perpetuae reluitionis impignoratae fuerint, ideo conventum est, ut hae Praefecturae penes modernum Dominum Electorem Moguntinensem, ejusque in Archiepiscopatu Moguntinensi successores permaneant, dummodo pretium pignorationis sponte oblatum infra terminum executioni conclusae Pacis praefixum parata pecunia exsolvat, caeterisque, ad quae juxta tenorem literarum oppignorationis tenetur, satisfaciat.

§. 8. Electori quoque Trevirensi, tamquam Episcopo Spirensi, Episcopo item Wormatiensi jura, quae praetendunt in bona quaedam Ecclesiastica, intra Palatinatus Inferioris Territorium sita, coram competenti judice prosequi liberum esto, nisi de his inter utrumque Principem amice conveniatur.

§. 9. Quodsi vero contigerit Lineam Guilielmianam masculinam prorsus deficere, superstite Palatina, non modo Palatinatus superior, sed etiam dignitas Electoralis, quae penes

Bavariae Duces fuit, ad eosdem superstites Palatinos, interim simultanea Investitura gavisuros, redeat, octavo tunc Electoratu prorsus expungendo, ita tamen Palatinatus Superior hoc casu ad Palatinos superstites redeat, ut haeredibus allodialibus Electoris Bavariae actiones et beneficia, quae ipsis ibidem de jure competunt, reservata maneant.

§. 10. Pacta quoque gentilitia inter Domum Electoralem Heidelbergensem et Neoburgicum, a prioribus Imperatoribus super Electorali successione confirmata, ut et totius Lineae Rudolphinae jura, quatenus huic dispositioni contraria non sunt, salva rataque maneant.

§. 11. Ad haec si quae feuda Juliacensia aperta esse competenti via juris evictum fuerit, ea Palatinis evacuentur.

§. 12. Praeterea ut dictus Dominus Carolus Ludovicus aliquatenus liberetur onere prospiciendi fratribus de Apennagio, Caesarea Majestas ordinabit, ut dictis suis fratribus quadringenta Imperialium Thalerorum millia, intra quadriennium, ab initio anni venturi millesimi sexcentesimi quadragesimi noni numerandum, expendantur, singulisque annis centena millia solvantur, una cum annuo censu, quinque de centum computatis.

§. 13. Deinde tota Domus Palatina cum omnibus et singulis, qui ei quocunque modo addicti sunt aut fuerunt, praecipue vero Ministri, qui ei in hoc conventu aut alias operam suam navarunt, ut et omnes Palatinatus exules, fruantur amnestia generali supra descripta, pari cum caeteris in ea comprehensis jure et hac transactione singulariter in puncto gravaminum plenissime.

§. 14. Vicissim Dominus Carolus Ludovicus cum fratribus Caesareae Majestati obedientiam et fidelitatem, sicut caeteri Electores Principesque Imperii, praestet, ac insuper Palatinatui Superiori pro se et haeredibus suis tum ipse, tum ejus fratres, donec ex Linea Guilielmiana haeredes legitimi et masculi superfuerint, renuncient.

§. 15. Cum autem de ejusdem Principis Viduae Matri, Sororibusque praestando victalitio et dote constituenda, mentio injiceretur, pro benevolo Sacrae Caesareae Majestatis in Domum Palatinam affectu promissum est, dictae Viduae Matri pro Victalitio semel pro semper viginti Thalerorum Im-

perialium millia, singulis autem sororibus dicti Domini Caro Ludovici quando nuptum elocatae fuerint, dona Thalerorn Imperialium millia, nomine Suae Majestatis exsolutum iri. I reliquo vero ipsis idem Princeps Carolus Ludovicus satisface teneatur.

§. 16. Comites in Lainingen et Daxburg, saepe dicti Dominus Carolus Ludovicus ejusque successores in Palat natu Inferiori, nulla in re turbet, sed jure suo a multis retro s culis obtento, et a Caesaribus confirmato quiete et pacifice fr permittat.

§. 17. Liberam Imperii Nobilitatem per Franconiam Sueviam et Tractum Rheni, cum districtibus appertinentibus in suo statu immediato inviolate relinquat.

§. 18. Feuda etiam ab Imperatore in Baronem Gerhar dum de Waldenburg dictum Schenkherrn, Nicolaum Geor gium Reigersberg, Cancellarium Moguntinum, et Henricum Brömbser Baronem de Rudesheim, item ab Electore Ba variae in Baronem Joannem Adolphum Wolff, dictum Metter nich, collata, rata maneant. Teneantur tamen ejusmodi Vasalli Domino Carolo Ludovico velut Domino directo, ejusque successoribus, juramentum fidelitatis praestare, atque ab eodem feudorum suorum renovationem petere.

§. 19. Augustanae confessionis Consortibus, qui in possessione templorum fuerant, interque eos Civibus et incolis Oppenhaimensibus, servetur status Ecclesiasticus Anni millesimi sexcentesimi vicesimi quárti, caeterisque id desideraturis, Augustanae Confessionis exercitium, tam publice in templis ad statas horas, quam privatim in aedibus propriis aut alienis ei rei destinatis, per suos aut vicinos verbi Divini ministros peragere liberum esto.

§. 20. Princeps Ludovicus Philippus Comes Palatinus Rheni recuperet omnes ditiones, dignitates et jura in sacris et profanis, quae ipsi a Majoribus ex successione et divisione ante tumultos bellicos obvenerunt.

§. 21. Princeps Fridericus Comes Palatinus Rheni quartam partem vectigalis Vilzbacensis, Coenobium quoque Horenbach cum pertinentiis et quicquid juris parens ejus ante hac ibidem habuit ac possedit, recipiat et respective retineat.

§. 22. Princeps Leopoldus Ludovicus Comes Palatinus Rheni restituatur penitus in Comitatum Veldentz ad Mosellam, tam in ecclesiasticis, quam politicis, contra omnia hactenus attentata in eum, quo anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto ipsius parens fuit, statum.

§. 23. Controversia, quae vertitur inter Episcopos respective Bambergensem et Herbipolensem, ac Marchiones Brandenburgicos Culmbachi et Onolzbachi decastro, oppido, praefectura et monasterio Kitzingen in Franconia ad Moenum, aut amicabili compositione, aut summario juris processu terminetur intra biennium, sub poena perdendae praetentionis imponenda tergiversanti; interim dictis Dominis Marchionibus restituatur nihilominus fortalitium Wilzburg in eum statum, qui tempore traditionis descriptus fuit ex conventione et promisso[d]).

§. 24. Domus Wurtembergica maneat quiete in recuperata possessione Dynastiarum Weinsberg, Neustad et Meehmuhl; restituatur etiam in omnia et singula secularia atque ecclesiastica bona et jura ante hos motus ubicunque possessa, interque illa specialiter in Dynastias Blaubeuren, Achalm et Stauffen cum pertinentiis, et, sub praetextu pertinentium ad eas, occupatis bonis, cum primis Civitate et territorio Göppingensi, atque pago Pflumern, reditibus universitati Tubingensi pie fundatis, recipiat etiam Dynastias Haidenhaim et Oberkyrk, item Civitates Balingen, Tutlingen, Ebingen et Rosenfeld, nec non arcem et pagum Neidlingen, cum pertinentiis, tum Hochentweil, Hochenasperg, Hochenaurach, Hochen-Tubingen, Albeck, Hornberg, Schiltag, cum civitate Schorndorff; restitutio etiam fiat in ecclesias Collegiatas Stutgard, Tubingen, Hernberg, Goeppingen, Backnang, nec non in Abbatias, praeposituras atque monasteria Bebenhausen, Maulbrun, Anhausen, Lorch, Adelberg, Denkendorf, Hirschau, Blaubeuren, Herprechtingen, Murhard, Alpersbach, Königsbrun, Hernalb Divi Georgii, Reichenbach, Phullingen et Leichtenstiern, sive Marien-Cron, et similia, cum omnibus documentis ablatis, salvis tamen et reservatis Domus Austriacae nec non Wurtembergicae in supradictas Dynastias Blaubeuren, Achalm et Stauffen

§. 46. Contractus, permutationes, transactiones, obligationes et instrumenta debiti, vi metuve a statibus seu subditis illicite extorta, prout in specie querum Spira, Weissenburgum ad Rhenum, Landavia, Reilinga, Heilbrunna, aliique, ut et redemtae cessaeque actiones, abolitae, atque ita annullatae sunto, ut ullum judicia actionemque eo nomine intentare minime liceat. Quod si ve debitores instrumenta crediti vi metuve creditoribus extorseri ea omnia restituantur, actionibus desuper salvis.

§. 47. Debita sive emtionis, venditionis, annuorum red tuum, sive alio nomine vocentur, si ab una alterave belligera tium parte in odium creditorum violenter extorta sint, conti debitores, veram violentiam et realem solutionem intercessio allegantes, et se ad probandum offerentes, nulli processu executivi decernantur, nisi his exceptionibus praevia plenari causae cognitione decisis:

§. 48. Processu desuper instituto a pacis publicatione infr biennium finiendo, sub poena perpetui silentii, contumacibus de bitoribus imponenda. Processus autem hactenus eo nomine conti ipsos decreti, una cum transactionibus et promissionibus, pr futura creditorum restitutione factis, tollantur et enervetur salvis tamen iis pecuniarum summis, quae flagrante bello pr aliis, ad avertenda majora eorum pericula et damna, bono anim et intentione erogatae sunt.

§. 49. Sententiae tempore belli de rebus mere secularibu pronunciatae, nisi processus ritium et defectus manifeste pateat vel in continenti demonstrari possit, non quidem omnino sin nullae, ab effectu tamen rei judicatae suspendantur, donec act judicialia (si alterutra pars, intra semestre ab inita pace spatium petiverit revisionem) in judicio competenti, modo ordinario ve extraordinario in Imperio usitato, revideantur, et aequabil jure ponderentur, atque ita dictae sententiae vel confirmentur vel emendentur, vel si nulliter latae sint, plane rescindantur.

§. 50. Si quae etiam feuda, regalia vel privata, al anno millesimo sexcentesimo decimo octavo non fuerant renovata nec interim eorum nomine praestita servitia, nemini id fraud esto, sed tempus repetendae investiturae a die factae pacis ceder incipiat.

§. 51. Tandem omnes et singuli tam belli officiales milites-que, quam Consiliarii et Ministri togati, Civiles et Ecclesiastici, quocunque nomine aut conditione censentur, qui uni alterive parti earundemve foederatis aut adhaerentibus toga vel sago militarunt, a summo ad infimum, ab infimo ad summum, absque ullo discrimine vel exceptione, cum uxoribus, liberis, haeredibus, successoribus, servitoribus, quoad personas et bona, in eum vitae, famae, honoris, conscientiae, libertatis, jurium ac privilegiorum statum, quo ante dictos motus gavisi sunt aut jure gaudere potuerunt, utrimque restituti sunto, nec eorum personis aut bonis ullum creator praejudicium, ullave actio vel accusatio intentator, multo minus ulla poena damnumve quocunque praetextu irrogator. Et haec quidem omnia, quae Caesareae Majestatis et Domus Austriacae subditi et Vasalli non sunt, plenissimum effectum habeant.

§. 52. Qui vero subditi et Vasalli haereditarii Imperatoris et Domus Austriacae sunt, eadem gaudeant amnestia, quoad personas, vitam, famam et honores, habeantque securum reditum in pristinam patriam, ita tamen ut se teneantur accommodare legibus patriis, regnorum et provinciarum.

§. 53. Quantum autem eorundem bona concernit, si ea, antequam in Coronae Sueciae Galliaeve partes transierunt, confiscatione aut alio modo amissa fuere, etsi Plenipotentiarii Suecici diu multumque institerant, ut iis etiam illa restituerentur, tamen cum Sacrae Caesareae Majestati hac in re ab aliis nihil praescribi, nec ob Caesareanorum constantem contradictionem aliter transigi potuerit, Ordinibusque Imperii ea propter bellum continuari e re Imperii non fuerit visum, porro quoque amissa sunto, ac modernis possessoribus permanento.

§. 54. Illa vero bona, quae iis post, ob eam causam, quod pro Suecis aut Gallis, contra Caesarem Domumque Austriacam, arma sumsissent, erepta sunt, iisdem, qualia nunc sunt, absque refusione tamen sumtuum et fructuum perceptorum, aut damni dati restituantur.

§. 55. De caetero in Bohemia allisque quibuscunque Provinciis haereditariis Imperatoris, Augustanae confessioni addictis subditis vel Creditoribus, eorumve haeredibus, pro privatis suis

praetensionibus, si quas habent, et earum nomine actiones int derint aut prosecuti fuerint, jus et justitia aeque ac Catholi citra respectum administretur.

§. 56. A dicta tamen universali restitutione excepta sun quae restitui, vel redhiberi nequeunt, mobilia et se moventi fructus percepti, autoritate belligerantium partium interver itemque tam destructa, quam publicae securitatis causa alios usus conversa aedificia publica et privata, sacra et pr fana, nec non deposita publica vel privata, hostilitatis intui confiscata, legitime vendita, sponte donata.

§. 57. Quia vero etiam causa Juliacensis successi nis inter interessatos, nisi praeveniatur, magnas aliquando tu bas in Imperio excitare posset, ideo conventum est, ut ea quoqu pace confecta, ordinario processu coram Caesarea Majestate v amicabili compositione vel alio legitimo modo sine mora dirimatu

Articulus V.

Cum autem praesenti bello magnam partem gravamina, qu inter utriusque religionis Electores, Principes et Status Imper vertebantur, causam et occasionem dederint, de iis, prout sequ tur, conventum et transactum est.

§. 1. Transactio anno millesimo quingentesimo quinquage simo secundo Passavii inita, et hanc anno millesimo quinge tesimo quinquagesimo quinto secuta Pax Religionis, prou ea anno millesimo quingentesimo sexagesimo sexto Augusta Vindelicorum, et post in diversis Sacri Romani Imperii Comitii universalibus confirmata fuit, in omnibus suis capituli unanimi Imperatoris, Electorum, Principum et Statuum, utriu que Religionis, consensu initis ac conclusis rata habeatu sancteque et inviolabiliter servetur.

Quae vero de nonnullis in ea articulis controversi hac transactione communi partium placito statuta sunt, ea pr perpetua dictae pacis declaratione, tam in judiciis, quar alibi observanda habebuntur, donec per Dei gratiam de religion ipsa convenerit, non attenta cujusvis seu Ecclesiastici seu Poli tici, intra vel extra Imperium, quocunque tempore interposit contradictione vel protestatione, quae omnes inanes e nihili vigori horum declarantur. In reliquis omnibus autem inte

utriusque Religionis Electores, Principes, Status omnes et singulos sit aequalitas exacta mutuaque, quatenus formae Reipublicae, constitutionibus Imperii et praesenti conventioni conformis est, ita ut, quod uni parti justum est, alteri quoque sit justum, violentia omni et via facti, ut alias, ita et hic inter utramque partem perpetuo prohibita *).

§. 2. Terminus a quo restitutionis in ecclesiasticis, et quae intuitu eorum in politicis mutata sunt, sit dies prima Januarii Anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti. Fiat itaque restitutio omnium Electorum, Principum et Statuum utriusque Religionis, comprehensa libera Imperii Nobilitate, ut et communitatibus et pagis immediatis plenarie et pure, cassatis omnibus interim in istiusmodi causis latis, publicatis et institutis sententiis, decretis, transactionibus, pactis seu deditiis, seu aliis, et executionibus, reductione ad statum dicti anni dieique in omnibus facta.

§. 3. Civitates Augusta Vindelicorum, Dunckelspula, Biberacum et Rauensburgum retineant bona, *jura et* exercitium Religionis dicti anni dieique; sed ratione dignitatum senatoriarum aliorumque munerum publicorum, sit inter utrique Religioni addictos aequalitas, idemque numerus.

§. 4. In specie autem quoad Civitatem Augustam sint septem senatores Consilii secretioris ex familiis patriciis delecti, ex his desumti Reipublicae praesides duo, vulgo Stadtpfleger dicti, unus sit Catholicus, alter Augustanae Confessionis: ex reliquis quinque, tres Catholicae Religioni et duo Augustanae Confessioni addicti. Senatores reliqui Senatus ut vocant minoris, nec non Syndici, Assessores judicii urbani aliique officiales omnes sint aequali numero utriusque religionis. Quaestores rei nummariae sint tres, quorum duo unius, tertius diversae religionis: ita quidem ut primo anno duo sint Catholici, unus vero Augustanae Confessionis, altero duo Augustanae Confessionis et tertius Catholicus, et sic deinceps alternando singulis annis.

§. 5. Praefecti rei tormentariae itidem tres, parique annua alternatione. Idem etiam circa curam collectarum, annonae, aedilitii muneris, et si quae alia sunt officia, quae tribus committuntur, obtineat: ita quidem ut si uno anno duo officia (veluti Quaestura et cura annonae, vel aedilitii muneris) penes duos

Catholicos et unum Augustanae Confessionis sint, eodem an duo alia officia (veluti praefectura rei tormentariae et collectaru duobus ex Augustana Confessione et uni Catholico committanta sequenti autem anno circa haec officia duobus Catholicis d Augustanae Confessioni addicti, et uni Catholico unus Augustan Confessionis surrogetur.

§. 6. Munera quae uni soli committi solita sunt, pro qualita rei vel uno vel pluribus annis inter Catholicos et Augustan Confessionis cives alternentur, eo quidem modo, ut de offici quae tribus personis committuntur, nunc dictum.

§. 7. Templorum tamen et scholarum cuique pa suarum cura integra reservetur, ii autem Catholici, qui nunc te pore hujus pacificationis in Magistratu et officiis praeter numeru supra conventum supersunt, pristino quidem per omnia hono commodoque fruantur, verumtamen usque dum eorum loca v morte vel abdicatione vacaverint, vel domi se contineant, vel Senatui quandoque interesse velint, voto tamen careant.

§. 8. Neutra vero pars suae religioni adhaerentium potent ad deprimendam alteram abutatur, aut majorem numerum direc vel indirecte ad dignitates Praesidum, Senatorum, aliorumq publicorum munerum aggregare praesumat, sed quicquid ej quandocunque et quomodocunque tentatum fuerit, irritum est Proinde non solum haec dispositio quotannis, quando de novoru Senatorum aliorumque officialium in demortuorum locum surr gatione agitur, publice praelegitor, sed etiam Praesidis, seu duu viri secretiorum, reliquorumque Senatorum, Praefectorum, Syn dicorum, Judicum, aliorumque Officialium Catholicorum elect et nunc et posthac sit penes ipsos Catholicos, Augustanae ve Confessioni addictorum penes eosdem; et defuncto Catholic alius Catholicus, pariterque Augustanae Confessioni addict eidem addictus, surrogetur.

§. 9. Pluralitas autem votorum in causis Rel gionem sive directe, sive indirecte concernentibus nequ quam attendatur, neque illa Augustanae Confessioni addict civibus ejus loci magis, quam Augustanae Confessionis Elector bus, Principibus et Statibus in Imperio Romano praejudice Quod si Catholici pluralitate votorum in his vel aliis quibusv

negotiis in praejudicium Augustanae Confessioni addictorum obtentur, reservatum his ipsis esto vigore hujus transactionis ad introducendam alternationem quinti Senatoris secretioris, aliaque legitima remedia provocare.

§. 10. De caetero Pax Religiosa, itemque Ordinatio Carolina de Electione Magistratuum, nec non transactiones de annis millesimo quingentesimo octuagesimo quarto, et millesimo quingentesimo nonagesimo primo (quatenus huic dispositioni directe vel per indirectum non repugnant) salvae et inviolatae per omnia maneant.

§. 11. Deinde Dunckelspulae, Biberaci et Rauenspurgi duo sint Consules, Catholicus unus, alter Augustanae Confessionis, quatuor secretioris consilii, aequali numero utriusque religionis. Eadem etiam aequalitas circa Senatum, judicium urbanum, praefecturam aerarii, ut et alia omnia officia, dignitates ac munera publica observetur. Quoad praefecturam judicii vero, *Syndicatum* et Secretarios Senatus et judicii, nec non quoad alia hujusmodi officia, quae uni tantum personae committuntur, *alternatio* perpetuo observetur, ita ut demortuo Catholico semper Augustanae Confessioni addictus, et vice versa succedat. Quantum ad modum electionis et votorum pluralitatem, nec non curam templorum ac scholarum, itemque anniversariam praelectionem hujus dispositionis attinet, idem quod de Augusta dictum est, observetur.

§. 12. Quod ad civitatem Donawerdam attinet, si in proxime venturis comitiis universalibus in pristinam libertatem restituenda esse judicabitur ab Imperii statibus, eodem gaudeat jure in ecclesiasticis et politicis, quo caeterae Imperii liberae civitates vigore hujus transactionis gaudent: salvis tamen quoad hanc civitatem eorum, quorum interest, juribus.

§. 13. Terminus autem anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti nullum praejudicium creare debet iis, qui ex capite amnestiae aut aliunde restituendi veniunt.

§. 14. Bona Ecclesiastica immediata quod attinet, sive *sint* Archiepiscopatus, Episcopatus, Praelaturae, Abbatiae, Ballivae, Praeposituraе, Commendae, sive liberae fundationes seculares, aut alia, una cum reditibus, pensionibus aliisque quocunque nomine signatis, seu in urbibus, seu ruri sitis, ea, seu

Catholici, seu Augustanae Confessionis Status die prima Januar anni millesimi sexcentesimi vicesimi quarti poss derint, omnia et singula, nullo plane excepto, ejus Religion Consortes, qui dicto tempore in reali eorum possessio fuerunt, usque dum de Religionis dissidiis per Dei gratiam co ventum fuerit, tranquille et imperturbate possideant, neutriq parti liceat alteri seu in judicio seu extra negotium facesser multo minus turbas aut impedimentum aliquod inferre. Si ver quod Deus prohibeat, de religionis dissidiis amicabiliter conveni non possit, nihilominus haec conventio perpetua sit pax sēmper duratura.

§. 15. Si igitur Catholicus Archiepiscopus, Episcopu Praelatus, aut Augustanae Confessioni addictus Archiepiscopum, Episcopum, Praelatum electus vel postulatu solus aut una cum Capitularibus seu singulis, seu universis, a etiam alii ecclesiastici religionem imposterum mutaverint excidant illi statim suo jure, honore tamen famaqu illibatis, fructusque et reditus citra moram et exceptione cedant, Capituloque, aut cui id de jure competit, integrum si aliam personam ei, ad quam beneficium illud vigore hujus tran actionis pertinet, addictam, eligere aut postulare, relict tamen Archiepiscopo, Episcopo, Praelato etc. decedenti, fructib et reditibus interea perceptis et consumtis.

Si ergo Status seu Catholici seu Augustanae Confe sioni addicti, Archiepiscopatibus, Episcopatibus, benefici aut praebendis suis immediatis, a die prima Januarii an millesimi sexcentesimi vicesimi quarti judicialiter aut extrajud cialiter exciderint, aut quocunque modo turbati fuerint, vigo harum illico tam in ecclesiasticis quam politicis, omnibus novi tionibus abolitis, restituantur, ita quidem, ut quaecunque bo ecclesiastica immediata, die prima Januarii anni mill simi sexcentesimi vigesimi quarti Catholico pra sule regebantur, Catholicum caput recipiant, et vicissim, qu dicto anno dieque Augustanae Confessioni addicti poss debant, retineant etiam imposterum, remissis tamen, quae u pars contra alteram praetendere posset, perceptis interea fruct bus, damnis et expensis.

§. 16. In omnibus Archiepiscopatibus, Episcopatibus et rel

quis fundationibus immediatis jura eligendi et postulandi juxta cujusque loci consuetudines et statuta antiqua, illibata maneant, quatenus illa Imperii constitutionibus, transactioni Passaviensi, Paci religiosae et imprimis huic declarationi et transactioni sunt conformia, et intuitu Archiepiscopatuum et Episcopatuum Augustanae Confessioni addictis permanentium ea nihil in se contineant illi Confessioni adversum; sicut etiam pariter in Episcopatibus et Ecclesiis, in quibus Catholicis et Augustanae Confessionis Ordinibus mixta jura admittuntur, statutis antiquis nihil de novo admisceatur, quod Catholicorum vel Augustanae Confessioni addictorum conscientiam et causam pro cujusque parte laedere eorumve jus imminuere possit.

§. 17. Postulati vero seu electi in Capitulationibus suis spondeant, se susceptos ecclesiasticos principatus, dignitates et beneficia nequaquam haereditario jure possessuros, aut id acturos, ut hereditaria fiant, sed libera sit ubique Capitulo, *et quibus id* praeterea pariter cum Capitulo pro more competit, tam electio et postulatio quam sede vacante administratio et jurium episcopalium exercitium; operaque detur, ne nobiles, Patricii, gradibus academicis insigniti, aliaeque personae idoneae, ubi id fundationibus non adversatur, excludantur, sed ut potius in iis conserventur.

§. 18. Ubi Sacra Caesarea Majestas jus primariarum precum exercuit, exerceat etiam imposterum, dummodo decedente Augustanae Confessioni addicto, in ejus Religionis Episcopatibus Augustanae Confessioni addictus, ad normam statutorum et observantiae idoneus, precibus fruatur. In mixtis vero ex utraque religione seu Episcopatibus seu aliis locis immediatis, precibus primariis praesentatus non gaudeat, nisi beneficium vacans religionis consors possederit.

§. 19. Si quid annatarum, jurium pallii, confirmationum, mensium Papalium et hujusmodi jurium et reservationum nomine in bonis Statuum Augustanae Confessionis ecclesiasticis immediatis, a quocunque, quandocunque aut quomodocunque praetendatur, id validitate et executione a brachio seculari impertienda careat.

§. 20. In quorum autem Ecclesiasticorum bonorum immediatorum Capitulis utriusque religionis Capitulares et

Canonici, vigore praefati termini certo utrimque numero admittuntur, mensesque Papales id temporis in usu fuerunt porro quoque si decedentes Capitulares et Canonici ex numero Catholicorum definito fuerint, obtineant atque executiali casu eveniente mandentur, modo papalis provisio Capitulis immediate e curia Romana et tempore legitimo insinuetur.

§. 21. Electi aut Postulati in Archiepiscopos, Episcopos et Praelatos Augustanae Confessioni addicti, a Sacra Caesarea Majestate, postquam intra annum electionis aut postulationis suae fidem fecerint et juramenta regalibus sueta feudis praestiterint, absque ulla exceptione investiantur, ultraque taxa ordinariae summam, insuper ejusdem dimidium pro infeudatione pendant; iidem, aut sede vacante Capituli, et quibus administratio cum iis conjunctim competit, ad universales aeque ac particulares deputationum, visitationum, revisionum aliosque Conventus Imperiales literis solitis evocentur, et suffragii jure fruantur, prout quisque Statuum ante religionis dissidia eorum jurium particeps fuit. Quae vero et quot personae ad ejusmodi conventus mitti debeant, de eo Praesulibus cum Capitulis et Conventualibus statuere liberum esto.

§. 22. De titulis principum ecclesiasticorum ex Augustana Confessione ita convenit, ut absque tamen praejudicio status et dignitatis titulis electorum aut postulatorum in Archiepiscopum, Episcopum, Abbatem, Praepositum, insignian tur. Sessionem autem in scamno inter ecclesiasticos et seculares intermedio et transverso capiant, quibus a latere assideant, in conventu omnium trium Imperii Collegiorum Directo Cancellariae Moguntinensis, nomine Domini Archiepiscopi, actorum Comitialium generali directione fungens, et post ipsum Directores Collegii Principum, idemque observetur in Senatu Principum collegialiter congregato, a solis istius Collegii actorum directoribus.

§. 23. Quot Capitulares aut Canonici die prima Januarii anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto uspiam ve Augustanae Confessionis vel Catholici fuerunt, totidem illic ex utraque Religione erunt semper, nec decedentibus nisi ejusden religionis consortes surrogentur. Si vero alicubi jam plures Catholici, vel Augustanae Confessionis Capitulares aut Canonic

beficia possident, quam anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto, ii quidem supernumerarii beneficia et praebendas ad vitam retinerent, mortuis vero tam diu Catholicis Augustanae Confessioni addicti, et his Catholici succedant, donec redintegratus fuerit utriusque religionis Capitularium et Canonicorum numerus, qui die prima Januarii, anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto erat. Exercitium vero religionis in mixtis Episcopatibus ita restituatur et permaneat, ubi et quatenus id anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto palam receptum permissumque fuit, neque supradictis omnibus vel eligendo vel praesentando aliterve quicquam detrimenti creetur.

§. 24. Qui Archiepiscopatus, Episcopatus et aliae fundationes atque bona ecclesiastica immediata vel mediata in satisfactionem Regiae Majestatis Regnique Sueciae, aut aequivalentem recompensationem indemnitatemque suorum foederatorum, Amicorum et Interessatorum concesserunt, peculiaribus *suis* conventionibus infra contentis per omnia relinquantur. In omnibus vero iis, quae ibi non continentur, et inter haec, quoad §m. Jus Dioecesanum et c. 16 infra positum Constitutionibus Imperii et huic transactioni subjecti manento.

§. 25. Quaecunque Monasteria, Collegia, Ballivias, Commendas, templa, fundationes, scholas, hospitalitia, aliave bona ecclesiastica mediata, ut et eorum reditus juraque, quocunque ea nomine appellata fuerint, Augustanae Confessionis Electores, Principes, Status anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto die prima Januarii possederunt, eadem omnia et singula, sive retenta semper, sive restituta, sive vigore hujus transactionis restituenda, iidem possideant, donec controversiae Religionis amicabili partium compositione definiantur, non attentis exceptionibus, sive ante sive post transactionem Passaviensem aut Pacem Religiosam reformata et occupata, aut quod non de, vel in territorio Augustanae Confessionis Statuum, vel exemta vel aliis Statibus jure suffraganeatus, Diaconatus, aliave quavis ratione obligata fuisse dicuntur. Unicum solumque hujus transactionis, restitutionis observantiaeque futurae fundamentum sit die prima Januarii anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto habita possessio. Irritis prorsus excep-

reluitioni locum concedat, inque rem judicatam transierit, atq sorte numerata restitutio subsecuta fuerit, Domino quidem direc liberum esse debet in hujusmodi terras oppignoratas ad se rev sas suae religionis exercitium publice introducere; i colae tamen et subditi migrare, aut suam, quam sub priori p sessore hujusmodi terrarum oppignoratarum amplexi fuera religionem deserere non cogantur; de publico vero su religionis exercitio inter ipsos et reluentem Dominum directu transigatur.

§. 28. Libera et immediata Imperii Nobilita omniaque et singula ejus membra, una cum subditis et bonis su feudalibus et allodialibus, nisi forte in quibusdam locis ratione h norum et respectu territorii vel domicilii aliis Statibus reperiant subjecti, vigore Pacis religiosae et praesentis Conventionis, juribus Religionem concernentibus et beneficiis inde promana tibus, idem jus habeant, quod supradictis Electoribus, Pri cipibus et Statibus competit, nec in iis, sub quocunque pra textu impediantur aut turbentur; turbati vero omnes omnino integrum restituantur.

§. 29. Liberae Imperii Civitates pro ut omnes atq singulae sub appellatione Statuum Imperii, non tantum in Pa religionis et praesenti ejusdem declaratione, sed et alias ubiq indubitate continentur, ita et ex illarum numero eae, in quib unica tantum religio anno millesimo sexcentesimo vicesimo quar in usu fuit, tam ratione juris reformandi, quam aliorum c suum religionem concernentium in territoriis suis et respectu su ditorum non minus ac intra muros et suburbia, idem cum r liquis Statibus Imperii superioribus jus habeat adeoque de istis generaliter disposita et conventa, de his quoq dicta et intellecta sunto, non attento, quod in iis civitatibus, quibus propter Augustanae Confessionis exercitium nullum ali a Magistratu et civibus, juxta morem et Statuta cujusque l anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto introductum fu aliqui Catholicae religioni addicti cives commorentur, vel etia in aliquibus Capitulis, ecclesiis collegiatis, Monasteriis et Coen biis ibidem sitis immediate vel mediate Imperio subjectis, in eo statu, qui fuit die prima Januarii anno millesimo sexcentesi vicesimo quarto, deinceps quoque cum Clero intra praedicta

tenus non introducto, et civibus Catholicis pro tempore ibi existentibus tam active quam passive omnino relinquendis, Catholicae religionis exercitium vigeat. Ante omnia vero illae Civitates imperiales, quae sive uni, sive utrique religioni addictae (et inter has posteriores cum primis Augusta Vindelicorum, Dunckelspula, Biberacum, Rauenspurgum, denique Dunckelspula, Biberacum, Rauenspurgum et Kauffbeura) ab anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto propter religionem vel bona ecclesiastica ante vel post Transactionem Passaviensem et insecutam Pacem religiosam occupata et reformata, vel alias intuitu religionis in politicis quocunque modo sive extra sive judicialiter aggravatae sunt, in eum statum, in quo calendis Januarii praedicti anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti, tam in sacris quam in profanis fuerunt, non minus ac reliqui Status Imperii superiores plenissime reponantur, inque eo absque ulteriore turbatione perinde atque illae, quae tum temporis adhuc possederunt, aut interea possessionem recuperarunt, usque ad amicabilem religionum compositionem conserventur; neutrique partium alteram de religionis suae exercitio, ecclesiae ritibus, et caeremoniis deturbare fas sit, sed cives pacifice et comiter invicem cohabitent, liberumque religionis suae et bonorum usum ultro citroque habeant, cassatis rerum judicatarum et transactarum, ut dispendentiarum, aliisque §o. secundo et nono enumeratis exceptionibus; Salvis tamen iis, quae politicorum ratione de Augusta Vindelicorum, Dunckelspula, Biberaco et Rauenspurgo dicto §o. secundo disposita sunt.

§. 30. Quantum deinde ad Comites, Barones, Nobiles, Vasallos, Civitates, Fundationes, Monasteria, Commendas, Communitates et subditos Statibus Imperii immediatis, sive ecclesiasticis sive secularibus, subjectos pertinet, cum ejusmodi Statibus immediatis cum jure territorii et superioritatis, ex communi per totum imperium hactenus usitata praxi, etiam jus reformandi exercitium religionis competat, ac dudum in Pace Religionis talium Statuum subditis, si a Religione Domini territorii dissentiant, beneficium emigrandi concessum, insuper majoris concordiae inter Status conservandae causa cautum fuerit, quod nemo alienos subditos ad suam religionem pertrahere, eave causa in defensionem aut

protectionem suscipere, illisve ulla ratione patrocinari deb
conventum est, hoc idem porro quoque ab utriusque religi
Statibus observari, nullique Statui immediato jus, quod ipsi
tione territorii et superioritatis in negotio religionis competit,
pediri oportere [r]).

§. 31. Hoc tamen non obstante Statuum Catholicorum L
sassi, Vasalli et Subditi, cujuscunque generis, qui sive publi
sive privatum Augustanae Confessionis Exercitii
anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto quacunque a
parte, sive certo pacto aut privilegio, sive longo u
sive sola denique observantia dicti anni habuerunt, n
neant id etiam imposterum, una cum annexis, quatenus
dicto anno exercuerunt, aut exercita fuisse probare poter
Cujusmodi annexa habentur, institutio Consistorior
Ministeriorum, tam scholasticorum quam eccles
sticorum, Jus patronatus, aliaque similia jura,
minus maneant in possessione omnium dicto tempore in pote
eorundem constitutorum templorum, fundationum, monast
rum, hospitalium, cum omnibus pertinentiis, reditibus et ac
sionibus. Et haec omnia semper et ubique observentur eo us
donec de religione Christiana vel universaliter, vel inter Sta
immediatos eorumque subditos mutuo consensu aliter erit con
tum, nec quisquam a quocunque ulla ratione aut via turbetur.

§. 32. Turbati aut quocunque modo destituti vero,
ulla exceptione in eum, quo anno millesimo sexcentesimo vigesi
quarto fuerunt, statum plenarie restituantur; idemque
servetur ratione subditorum Catholicorum Augustanae Confe
sionis Statuum, ubi dicto anno millesimo sexcentesimo vigesi
quarto usum et exercitium Catholicae religionis publicum aut p
vatum habuerunt.

§. 33. Pacta autem, transactiones, convention
aut concessiones, quae inter tales immediatos Imperii Stat
eorumque Status provinciales et subditos supradictos de publ
vel etiam privato exercitio religionis introducend
permittendo et conservando ante hac intercesserunt, initae
factae sunt, eatenus ratae et firmae manento, quatenus obse
vantiae dicti anni millesimi sexcentesimi vigesi
quarti non adversantur, nec ab iisdem nisi mutuo consen

mutare licuit, non attentis sed annihilatis omnibus anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti observantiae, utpote quae instar regulae obtineat, contrariis latis sententiis, reversalibus, pactis, quibuscunque transactionibus: Et inter illa, quae Episcopus Hildesiensis, et Duces Brunsvico-Luneburgenses de religione ejusque exercitio Statuum et subditorum episcopatus Hildesiensis nonnullis pactis anno millesimo sexcentesimo quadragesimo tertio transegerunt. Excipiantur vero a dicto termino et Catholicis reserventur novem Monasteria in Episcopatu Hildesiensi sita, quibus Duces Brunsvicenses certis eruditionibus certis conditionibus eodem anno cesserunt.

§. 34. Placuit porro, ut illi Catholicorum subditi Augustanae Confessioni addicti, ut et Catholici Augustanae Confessionis statuum subditi, qui anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto publicum vel etiam privatum Religionis suae exercitium nulla anni parte habuerunt, nec non, qui post pacem publicatam deinceps futuro tempore, diversam a Territorii Domino religionem profitebuntur et amplectentur, patienter tolerentur et conscientia libera domi devotioni suae sine inquisitione aut turbatione privatim vacare, in vicinia vero, ubi et quoties voluerint, publico religionis exercitio interesse, vel liberos suos exteris suae religionis scholis aut privatis domi praeceptoribus instruendos committere non prohibeantur, sed ejusmodi Landsassii, Vasalli et Subditi in caeteris officium suum cum debito obsequio et subjectione adimpleant, nullisque turbationibus ansam praebeant.

§. 35. Sive autem Catholici, sive Augustanae Confessionis fuerint subditi, nullibi ob religionem despicatui habeantur, nec a mercatorum, opificum ac tribuum communione, haereditatibus, legatis, hospitalibus, leprosoriis, eleemosynis, aliisque juribus aut commerciis, multo minus publicis coemeteriis, honesteve sepulturae arceantur, aut quicquam pro exhibitione funeris a superstitibus exigatur, praeter cujusque parochialis ecclesiae jura pro demortuis pendi solita, sed in his et similibus pari cum concivibus jure habeantur, aequali justitia protectioneque tuti.

§. 36. Quodsi vero subditus, qui nec publicum nec privatum suae religionis exercitium anno millesimo sexcentesimo vigesimo

judicialiter innovata fuerint, tollantur et in pristinum sta restituantur.

§. 43. Territorii jure vel ante vel post terminum anni lesimi sexcentesimi vicesimi quarti controverso, donec super sessorio et petitorio cognoscatur et decidatur, possessori pra anni idem jus esto, quantum equidem ad publicum exerci attinet. Subditi vero propter mutatam interim Religionem dente territorii controversia migrare non cogantur. In iis l ubi Catholici et Augustanae Confessionis Statu aequo jure superioritatis fruuntur, tam ratione publici exer quam aliarum rerum religionem concernentium, idem status neat, qui fuit anno dieque supradictis.

§. 44. Sola criminalis jurisdictio, Cent-Ger solumque jus gladii et retentionis, patronatus, fil litatis, neque conjunctim neque divisim, jus reformandi buunt. Quae itaque hoc colore reformationes hucusque irre runt pactisve intrusae sunt, cassantor, gravati restituuntor imposterum ab ejusmodi penitus abstinetor.

§. 45. Ratione reddituum cujuscunque generis ad l ecclesiastica eorumque possessores pertinentium, ante omnia servetur id quod Pace religionis §: Dargegen sollen die St der Augspurgischen Confession etc., et §: Alsdann auch de Ständen der alten religion etc. dispositum invenitur.

§. 46. Illi vero reditus, census, decimae, pens nes, quae vigore jam dictae Pacis religionis Statibus August Confessionis ob immediatas vel mediatas fundationes eccle sticas ante vel post Pacem religiosam acquisitas, e Catholica provinciis debentur, quorumque in possessione, vel qu percipiendi anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto prima Januarii fuerunt, absque ulla exceptione solvantur. alicubi etiam Augustanae Confessionis Status quaedam pa ctionis, advocatiae s), aperturae, hospitationis, operarum, alia jura in Catholicorum Ecclesiasticorum ditionibus et l sive intra sive extra territorium sitis, legitimo usu aut co sione habuerunt, quemadmodum etiam Catholici Status, si ejusmodi ipsis circa bona ecclesiastica Augustanae Confess Statibus acquisita competit, omnes ex aequo jura sua pri

retineant, ita tamen, ut ne per usum ejusmodi jurium, locorumque ecclesiasticorum reditus nimium praegraventur et exhauriantur.

§. 47. Reditus etiam nec non decimae, canones et pensiones Augustanae Confessionis Statibus, fundationibus jam destructis et collapsis ex alienis territoriis debitae, iis exsolvantur, qui anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto die prima Januarii in possessione perceptionis vel quasi fuerunt, quae vero ab anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto destructa fuerunt, aut in futurum concident, earum pensiones etiam in alienis territoriis domino destructi Monasterii seu loci, in quo id situm fuit, exsolvantur.

Quae itidem fundationes die prima Januarii anni millesimi sexcentesimi vigesimi quarti in possessione vel quasi juris decimandi e bonis novalibus in alieno territorio fuerunt, sint etiam imposterum, nihil autem novi juris quaeratur. Inter caeteros Status Imperii et subditos id juris esto, quod jus commune, vel *cujusque loci* consuetudo et observantia de decimis ex bonis novalibus constituunt, aut per pactiones voluntarias conventum est.

§. 48. Jus dioecesanum et tota jurisdictio ecclesiastica cum omnibus suis speciebus contra Augustanae Confessionis Electores, Principes, Status (comprehensa libera Imperii Nobilitate) eorumque subditos, tam inter Catholicos et Augustanae Confessioni addictos, quam inter ipsos solos Augustanae Confessionis Status usque ad compositionem Christianam dissidii religionis suspensa esto, et intra terminos territorii cujusque jus Dioecesanum et jurisdictio ecclesiastica se contineat. Ad consequendos tamen reditus, census, decimas et pensiones in iis Augustanae Confessionis Statuum ditionibus, ubi Catholici anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto, notorie in possessione vel quasi exercitii jurisdictionis ecclesiasticae fuerunt, utantur eadem post hac quoque, sed non nisi in exigendis hisce pensionibus, nec procedatur ad excommunicationem, nisi post tertiam demum denunciationem.

Catholicorum Augustanae Confessioni addicti status provinciales et subditi, qui anno millesimo sexcentesimo vigesimo quarto ecclesiasticam jurisdictionem agnoverunt, in iis casibus, modo dictae jurisdictioni subsint, qui Augustanam Confessionem nullatenus concernunt, modo ipsis occasione processus nihil in-

ut et politicae inter Catholicos et Augustanae Confessionis A
tus, vel inter hos solos vertentes, vel etiam quando Cathol
contra Catholicos Status litigantibus tertius interveniens Au
stanae Confessionis Status erit, et vicissim quando Augusta
Confessionis Statibus, contra ejusdem Confessionis Status
gantibus, tertius interveniens erit Catholicus, adlectis ex utr
religione pari numero Assessoribus discutiantur et judicen
Sed idem etiam in judicio Aulico observetur, huicque
aliquot Augustanae Confessionis doctos et rerum Imperii pe
viros, ex iis Imperii Circulis, ubi vel sola Augustana Co
sio vel simul etiam Catholica viget religio, adsciscat, eo qu
numero, ut eveniente casu paritas judicantium ex utraque
gione Assessorum observari possit. Idem etiam quoad parit
Assessorum observetur, quoties Augustanae Confessionis St
immediatus a mediato Catholico, vel immediatus Catholic
mediato Augustanae Confessionis Statu judicio convenitur.

§. 55. Quoad processum judiciarium, ordinatio
merae Imperialis etiam in Judicio aulico servabitur per om
tum ut ne partes ibidem litigantes omni remedio suspensivo d
tuantur, loco revisionis in Camera usitatae licitum esto
gravatae, a sententia in Judicio aulico lata ad Caesaream M
statem supplicare, ut acta judicialia denuo adhibitis aliis
vitati negotii paribus, neutrique partium addictis, ex utraque
ligione aequali numero Consiliariis, et qui concipiendae et
rendae priori sententiae non interfuerint, aut certe referent
et correferentium partes non sustinuerint, revideantur,
rumque sit Suae Majestati, in causis majoribus et
tumultus in Imperio timeri possent, insuper etiam quorum
utriusque religionis Electorum et Principum s
tentias et vota requirere.

§. 56. Visitatio Consilii Aulici fiat ab Electore
guntino toties, quoties opus fuerit, observatis iis, quae in pr
mis Comitiis de communi Statuum placito observanda esse
buntur. Si quae vero dubia circa interpretationem constitutio
ac recessuum Imperii publicorum occurrunt, aut in dijudica
causis ecclesiasticis vel politicis inter partes supra expressas
tentibus, ex paritate Assessorum utriusque religionis, postq
in pleno etiam Senatu, pari tamen semper utrinque judican

numero, examinata fuerint, contrariae oriantur sententiae, Catholicis quidem in unam, Augustanae vero Confessionis Assessoribus in aliam abeuntibus, remittuntur ad Comitia Imperii Universalia; sin autem duo pluresve Catholici cum uno aut altero Augustanae Confessionis Assessore, et vicissim unam, reliqui vero totidem numero, quamvis religione dispares, alteram amplexi fuerint sententiam, indeque contrarietas oriatur, hoc casu juxta ordinationem Camerae lis terminabitur, ulteriori remissione ad Comitia cessante: et haec omnia in causis Statuum, comprehensa immediata Imperii nobilitate, sive Actores illi, sive rei, sive intervenientes fuerint, observentur. Si vero inter mediatos vel Actor vel reus, vel tertius interveniens fuerit Augustanae Confessionis, et paritatem judicantium ex utriusque religionis Assessoribus postulaverit, adhibeantur pares. Eveniente autem tunc votorum paritate, cesset remissio ad Comitia, et lis juxta ordinationem Camerae terminetur. Caetera in aulico, non *minus quam* in Camerae imperialis judicio privilegium primae instantiae, austregarum jura, et privilegia de non appellando Statibus Imperii illibata sunto, nec per mandata aut commissiones, aut avocationes, aut quovis alio modo turbantor.

Denique cum etiam de abolendis curia Imperiali Rottvilae, judiciis provincialibus Sueviae, et aliis hinc inde per Imperium hactenus usitatis mentio injecta fuerit, resque haec gravioris visa sit momenti, de his quoque ulterior deliberatio ad proxima Comitia remissa esto.

§. 57. Assessores Augustanae Confessionis praesententur ab

Electore { Brandenburgico / Palatino / Saxonico } 6

Circulo { Superioris Saxoniae 4 / Inferioris Saxoniae 4 } I. alternando per hos duos Circulos.

Circuli { Franconici Statibus August. Conf. 2 / Suevici „ „ „ 2 / Superioris Rhenani „ „ „ 2 / Westphalici „ „ „ 2 } I. alternando per hos quatuor Circulos.

§. 58. Et quamvis sub schemate nulla fiat mentio Statuum Imperii Augustanae Confessionis, qui sub Circulo Bavarico

comprehenduntur, nihil tamen ex eo ipsis praejudicetur, sed ea maneant horum jura, privilegia et libertates.

Articulus VI.

Cum item Caesarea Majestas ad querelas nomine Civit Basiliensis et universae Helvetiae coram ipsius Plenipotentia ad praesentes Congressus Deputatis, propositas super nonnu processibus et mandatis executivis, a Camera Imperiali co dictam civitatem aliosque Helvetiorum unitos Cantones eorum Cives et subditos emanatis requisita ordinum Imperii sent et Consilio singulari decreto, die decima quarta Mensis Ma anno proxime praeterito declaraverit, praedictam Civitatem sileam caeterosque Helvetiorum Cantones in possessione quasi plenae libertatis et exemtionis ab Impe esse, ac nullatenus ejusdem Imperii Dicasteriis et judiciis s jectos, placuit hoc idem publicae huic pacificationis Conventi inserere, ratumque et firmum manere, atque idcirco ejus processus una cum arrestis eorum occasione quandocunque cretis prorsus cassos et irritos esse debere.

Articulus VII.

§. 1. Unanimi quoque Caesareae Majestatis omniumque dinum Imperii consensu placuit, ut quicquid juris aut bene cum omnes aliae Constitutiones, tum pax religionis et publ haec transactio, in eaque decisio gravaminum caeteris Catholi et Augustanae Confessioni addictis Statibus et subditis tribuu id etiam iis, qui inter illos Reformati vocantur[1]), compet debeat, salvis tamen semper Statuum, qui Protestantes nun pantur, inter se cum subditis suis conventis pactis, pri legiis, reversalibus et dispositionibus aliis, qu bus de religione ejusque exercitio, et inde depe dentibus, cujusque loci statibus et subditis huc usque p visum est, salva itidem cujusque conscientiae liberta Quoniam vero controversiae religionis, quae inter modo dic protestantes vertuntur, hactenus non fuerunt compositae, uiteriori compositioni reservatae sunt, adeoque illi duas pa constituant: ideo de jure reformandi inter utramque ita c

ventum est, ut si aliquis princeps, vel alius territorii dominus, vel alicujus ecclesiae patronus posthac ad alterius partis sacra transierit, aut principatum aut ditionem, ubi alterius partis sacra, exercitio publico de praesenti vigent, seu jure successionis, seu vigore praesentis Tractatus pacis, aliove quocunque titulo nactus fuerit, aut recuperarit, ipsi quidem Concionatores aulicos suae Confessionis citra subditorum onus aut praejudicium secum, atque in Residentia sua habere liceat, at fas ei non sit vel publicum Religionis exercitium, leges aut Constitutiones ecclesiasticas hactenus ibi receptas immutare, vel templa, scholas, hospitalitia, aut eo pertinentes reditus, pensiones, stipendia, prioribus adimere, suorumque sacrorum hominibus applicare, vel juris territorialis, episcopalis, patronatus, aliove quocunque praetextu, subditis ministros alterius Confessionis obtrudere, ullumve aliud impedimentum aut praejudicium directe vel indirecte alterius sacris afferre. Et ut haec Conventio eo firmius observetur, liceat hoc mutationis casu ipsis communitatibus praesentare, vel quae praesentandi jus non habent, nominare idoneos scholarum et ecclesiarum Ministros a publico loci Consistorio et Ministerio, si ejusdem cum praesentantibus vel nominantibus Communitatibus sunt religionis, vel hoc deficiente eo loco, quem ipsae Communitates elegerint, examinandos et ordinandos, atque a principe vel domino postea sine recusatione confirmandos.

§. 2. Si vero aliqua communitas, eveniente mutationis casu domini sui religionem amplexa, petierit suo sumtu exercitium, cui princeps vel dominus addictus est, liberum esto sine reliquorum praejudicio ei illud indulgere, a successoribus non auferendum. At consistoriales sacrorum visitatores, Professores scholarum et Academiarum, Theologiae et Philosophiae, non nisi eidem religioni addicti sint, quae hoc tempore quolibet in loco publice recepta est. Sicut autem supradicta omnia de mutationibus futuris intelligenda sunt, ita juribus Principum Anhaltinorum et similium, quae ipsis competunt, nullum adferant praejudicium.

Sed praeter religiones supra nominatas, nulla alia in sacro Imperio Romano recipiatur vel toleretur.

Articulus VIII.

§. 1. Ut autem provisum sit, ne posthac in statu politico controversiae suboriantur, omnes et singuli Electores, Principes et Status Imperii Romani in antiquis suis juribus, praerogativis, libertate, privilegiis, libero juris territorialis tam in ecclesiasticis quam politicis exercitio, ditionibus, regalibus, horumque omnium possessione, vigore hujus transactionis, ita stabiliti firmatique sunto, ut a nullo unquam sub quocunque praetextu, de facto turbari possint vel debeant.

§. 2. Gaudeant sine contradictione jure suffragii in omnibus deliberationibus super negotiis Imperii, praesertim ubi leges ferendae, vel interpretandae, bellum decernendum, tributa indicenda, delectus aut hospitationes militum instituendae, nova munimenta intra statuum ditiones extruenda nomine publico, veterave firmanda praesidiis, nec non ubi pax aut foedera facienda, aliave ejusmodi negotia peragenda fuerint, nihil horum aut quicquam simile posthac unquam fiat vel admittatur, nisi de Comitiali liberoque omnium Imperii Statuum suffragio et consensu. Cum primis vero jus faciendi inter se et cum exteris foedera, pro sua cujusque conservatione ac securitate, singulis Statibus perpetuo liberum esto, ita tamen ne ejusmodi foedera sint contra Imperatorem et Imperium, pacemque ejus publicam, vel hanc imprimis transactionem, fiantque salvo per omnia juramento, quo quisque Imperatori et Imperio obstrictus est.

§. 3. Habeantur autem Comitia Imperii intra sex menses a dato ratificatae pacis, postea vero quoties id publica utilitas aut necessitas postulaverit. In proximis vero Comitiis emendentur imprimis anteriorum Conventuum defectus, ac tunc quoque de electione Romanorum Regum certa constantique Caesarea Capitulatione concipienda, de modo et ordine in declarando uno vel altero Statu in bannum Imperii, praeter eum, qui alias in constitutionibus Imperii descriptus est, tenendo, redintegrandis circulis, renovanda matricula, reducendis Statibus exemtis, moderatione et remissione Imperii collectarum, reformatione politiae et justitiae, taxae sportularum in judicio camerali, ordinariis deputatis

ad modum et utilitatem Reipublicae rite formandis, legitimo munere Directorum in Imperii Collegiis et similibus negotiis, quae hic expediri nequiverant, ex communi Statuum consensu agatur et statuatur.

§. 4. Tam in universalibus vero, quam particularibus dictis, liberis Imperii Civitatibus, non minus quam caeteris Statibus Imperii competat votum decisivum, iisque rata et intacta maneant regalia, vectigalia, reditus annui, libertates, privilegia confiscandi, collectandi et inde dependentia, aliaque jura ab Imperatore et Imperio legitime impetrata, vel longo usu ante hos motus obtenta, possessa et exercita, cum omnimoda jurisdictione intra muros et in territorio, cassatis, annullatis, et in futurum prohibitis iis, quae per repressalias, arresta, viarum occlusiones et alios actus praejudiciales, sive durante bello quocunque praetextu, in contrarium facta et propria autoritate huc usque attentata sunt, sive dehinc, nullo praecedente *legitimo* juris et executionis ordine, fieri attentarive poterunt. De caetero omnes laudabiles consuetudines et sacri *Romani* Imperii constitutiones et leges fundamentales imposterum religiose serventur, sublatis omnibus, quae bellicorum temporum injuria irrepserant, confusionibus.

§. 5. De indaganda aliqua ratione et modo aequitati conveniente, qui persecutiones actionum contra debitores, ob bellicas calamitates fortunis lapsos, aut nimio usurarum cursu aggravatos moderate terminari, indeque nascituris majoribus incommodis, etiam tranquillitati publicae noxiis obviam iri possit, Caesarea Majestas curabit exquiri tam judicii aulici, quam Cameralis vota et consilia, quae in futuris Comitiis proponi et in constitutionem certam redigi possint, interea tamen temporis in hujusmodi causis ad judicia cum summa Imperii tum singularia Statuum delatis circumstantiae a partibus allegatae bene ponderentur, ac nemo executionibus immoderatis praegravetur, sed haec omnia Holsatiae constitutione salva et illaesa.

Articulus IX.

§. 1. Et quia publice interest, ut facta pace Commercia vicissim reflorescant, ideo conventum est, ut quae eorum prae-

judicio et contra utilitatem publicam hinc inde per Imperium belli occasione noviter propria autoritate contra jura, privilegia, et sine consensu Imperatoris atque Electorum Imperii invecta sunt, vectigalia et telonia, ut et abusus Bullae Brabantinae indeque natae repressaliae et arresta, cum inductis peregrinis certificationibus, exactionibus, detentionibus, itemque immoderata postarum, omniaque alia inusitata onera et impedimenta, quibus commerciorum et navigationis usus deterior redditus est, penitus tollantur, et provinciis, portubus, fluminibus quibuscunque sua pristina securitas, jurisdictio et usus, prout ante hos motus bellicos a pluribus retro annis fuit, restituantur et inviolabiliter conserventur.

§. 2. Territoria, quae flumina alluunt, et aliorum quorumcunque juribus ac privilegiis, ut et teloniis ab Imperatore de consensu Electorum cum aliis tum etiam Comiti Oldenburgensi in Wisurgi concessis, aut usu diuturno introductis, in pleno suo vigore manentibus et executioni mandandis, tum ut plena sit commerciorum libertas et transitus ubique locorum terra marique tutus, adeoque ea omnibus et singulis utriusque partis foederatorum Vasallis, subditis, clientibus et incolis, eundi, negotiandi, redeundique potestas data sit, virtuteque praesentium concessa intelligatur, quae unicuique ante Germaniae motus passim competebat, quos etiam Magistratus utrinque, contra injustas oppressiones et violentias instar propriorum subditorum defendere ac protegere teneantur; hac conventione, ut et jure legeque cujusque loci per omnia salvis [k]).

Articulus X.

§. 1. Porro quoniam Serenissima Regina Sueciae postulaverat, ut sibi pro locorum hoc bello occupatorum restitutione satisfieret, pacique publicae in Imperio restaurandae condigne prospiceretur, ideo Caesarea Majestas de consensu Electorum, Principum et Statuum Imperii, cum primis interessatorum, vigoreque praesentis transactionis concedit eidem Serenissimae Reginae et futuris ejus haeredibus ac successoribus Regibus Regnoque Sueciae sequentes ditiones pleno jure in perpetuum et immediatum Imperii feudum [l]).

§. 2. Primo totam Pomeraniam citeriorem, vulgo

Ver-Pommern dictam, una cum insula Rugia, iis finibus contentas, quibus sub ultimis Pomeraniae ducibus descriptae fuerant. Ad haec et Pomerania ulteriori Stettinum, Gartz, Dam, Golnaw et Insulam Wollin, una cum interlabente Odera et Mari, vulgo das frische Haff vocato, suisque tribus ostiis Peine, Schweine et Diewenau, atque adjacente utrinque terra ab initio territorii regii usque in mare Balticum ea latitudine litoris orientalis, de qua inter Regios et Electorales Commissarios circa exactiorem limitum et caeterorum minutiorum definitionem amicabiliter convenietur.

§. 3. Hunc Ducatum Pomeraniae, Rugiaeque Principatum una cum ditionibus locisque annexis, omnibusque et singulis ad ea pertinentibus territoriis, praefecturis, urbibus, castellis, oppidis, vicis, pagis, hominibus, feudis, fluminibus, insulis, lacubus, littoribus, portubus, stationibus, antiquis vectigalibus et reditibus, et quibuscunque aliis ecclesiasticis et secularibus bonis, nec non titulis, dignitatibus, praeeminentiis, immunitatibus et praerogativis, caeterisque omnibus ac singulis ecclesiasticis et secularibus juribus ac privilegiis, quibus antecessores Pomeraniae Duces ea habuerant, incoluerant et rexerant, Regia Majestas Regnumque Sueciae ab hoc die in perpetuum pro haereditario feudo habeat, possideat, iisque libere utatur et inviolabiliter fruatur.

§. 4. Quicquid etiam juris in collatione Praelaturarum et Praebendarum Capituli Caminensis antehac habuerunt Duces Pomeraniae Citerioris, habeat imposterum Regia Majestas Regnumque Sueciae perpetuo, cum potestate eas extinguendi, reditusque mensae Ducali, post modernorum Canonicorum et Capitularium decessum, applicandi. Quicquid autem ulterioris Pomeraniae Ducibus competierat, competat Domino Electori Brandenburgico, una cum integro Episcopatu Caminensi, ejusque territoriis, juribus et dignitatibus, prout infra pluribus explicatur. Titulis et insigniis Pomeraniae tam Regia Domus, quam Brandenburgica promiscue utantur, more inter priores Pomeraniae Duces usitato: Regia quidem perpetuo, Brandenburgica vero quamdiu ullus e linea masculina superfuerit, absque tamen Rugiae Principatu, omnique alia

inferioris Saxoniae, loco moreque receptis, ita ut inter M
burgensem et Bremensem, Circuli inferioris Saxoniae directo
alternetur; salvo tamen Ducum Brunsvicensium et Luneburg
sium Condirectorii jure.

§. 11. Ad conventus autem Deputatorum Imperii,
Regia Majestas, quam Dominus Elector suos pro more
mittant: cum autem utrique Pomeraniae unum tantum votu
iis competat, a Regia Majestate, communicato prius
silio cum dicto Electore, id semper feratur.

§. 12. Deinde concedit eis in omnibus et singulis
feudis privilegium de non appellando, sed hoc ita
summum aliquod Tribunal seu appellationis instan
commodo in Germania loco, constituant, eique idoneas p
ciant personas, quae unicuique jus et justitiam, secundum
perii Constitutiones et cujusque loci statuta, absque ull
provocatione, causarumque avocatione, administrent.

E contra vero si contigerit, ipsos tanquam Duces Breme
Verdenses aut Pomeraniae, vel etiam ut Principes Rugiae,
Dominos Wismariae, ex causa dictas ditiones concernent
aliquo legitime conveniri, Caesarea Majestas liberum eis
quit, ut pro sua commoditate forum eligant, vel in
Caesarea vel Camera Imperiali, ubi actionem intentatam exc
velint. Teneantur tamen intra tres menses a die denunc
litis sese declarare, coram quo judicio sese sistere velint.

§. 13. Praeterea concedit eidem Regiae Majestati Su
jus erigendi Academiam vel Universitatem, ubi quand
ei commodum visum fuerit. Ad haec concedit eidem mode
vectigalia (vulgo Licenten vocata) ad littora portusque P
raniae et Megapoleos, jure perpetuo, sed ad eam taxae mo
tionem reducenda, ne commercia in iis locis intercidant.

§. 14. Exsolvit denique status, Magistratus, official
subditos dictarum respective ditionum feudorumque omnibus
culis et sacramentis, quibus prioribus dominis et poss
ribus aut praetendentibus hucusque obstricti fuerant, eosq
subjectionem, obedientiam et fidelitatem Regiae Majestati
noque Sueciae, ceu ab hoc die haereditario suo domino,
standum remittit, obligatque, atque ita Sueciam in plena j
que eorum possessione constituit, verbo Imperiali promittens

nu solum modernae Reginae, sed et omnibus futuris Regibus Regnoque Sueciae, ratione dictarum ditionum, bonorum, jurium-que concessorum, securitatem praestiturum, eosque sicut caeteros Imperii Status in eorum possessione quieta contra quemcunque inviolabiliter conservaturum et manu-tenturum: Atque haec omnia peculiaribus investiturarum literis omni meliori modo confirmaturum.

§. 15. Vicissim Serenissima Regina et futuri Reges Regnum-que Sueciae dicta feuda omnia et singula a Caesarea Majestate et Imperio recognoscant; eoque nomine, quoties casus eve-nerit, investiturarum renovationes decenter petant, juramentum fidelitatis eique annexa, sicut antecessores, simiies-que Imperii vasalli, praestando.

§. 16. De caetero Ordinibus et subditis dictarum ditionum locorumque, nominatim Stralsundensibus, competentem eorum libertatem, bona, jura et privilegia, communia et pecu-liaria, legitime acquisita, vel longo non obtenta, cum libero Evangelicae Religionis exercitio, juxta invariatam Augustanam Confessionem, perpetim fruendo, circa homagii renovationem et praestationem more solito confirmabunt. Interque eos Civita-tibus Anseaticis, eam navigationis et commerciorum liber-tatem tam in exteris regnis, rebuspublicis et provinciis, quam in Imperio, integram conservabunt, quam ibi ad praesens usque bellum habuerunt.

Articulus XI.

§. 1. Pro aequivalente autem recompensatione Electori Brandenburgico, Domino Friderico Wilhelmo, quod ad promovendam pacem universalem juribus suis in Pome-raniam citeriorem et Rugiam, una cum ditionibus locisque supra annexis cesserit, praestanda, eidem ejusdemque posteris et suc-cessoribus, haeredibus atque agnatis masculis, cum primis Do-minis Marchionibus Christiano Wilhelmo, olim admini-stratori Archiepiscopatus Magdeburgensis, item Christiano Culmbacensi, et Alberto Onolzbacensi, eorundemque successoribus et haeredibus masculis, statim ac pax cum utroque Regno et Statibus Imperii composita et ratificata fuerit, a Sacra Caesarea Majestate de consensu Statuum Imperii et praecipue

cum omnibus eo pertinentibus territoriis, regalibus et jur
prout supra de Episcopatu Halberstadiensi dispositum est, D
Electori suisque posteris et successoribus, haeredibus et ag
masculis, non obstante ulla electione aut postulatione in
temporis sive clam sive palam facta, tradatur et conferat
feudum perpetuum, sitque eidem vel iisdem jus autoritate p
vacantem apprehendendi possessionem.

§. 7. Interea autem teneatur Capitulum una cum Ordi
et subditis Dicti Archi-Episcopatus statim concluso pace pra
domino Electori et toti Domui Electorali, pro se atque om
in ea successoribus et haeredibus atque agnatis masculis
sacramento fidelitatis et subjectionis in eventum
stringere.

§. 8. Civitati vero Magdeburgensi pristina sua lib
et privilegium Ottonis primi die septimo Junii, Anno n
genesimo quadragesimo, quod etiamsi temporum injuria d
ditum, ad preces ejusdem humiliter porrigendas a Caesarea
jestate renovabitur, tum etiam privilegium muniendi et f
ficandi ab Imperatore Ferdinando secundo concessum,
cum omnimoda jurisdictione et proprietate ad quadra
milliaris germanici extendatur; sicut et reliqua illius Privil
et jura in ecclesiasticis et politicis salva et inviolata man
cum inserta clausula, quod in praejudicium civitatis reaedi
non debeant suburbia.

§. 9. Caeterum quod ad quatuor Dynastias seu Praefect
Querfurth, Güttenbock, Damb et Borck attinet, cum illae
olim Domino Electori Saxoniae traditae sint, in ejusdem qu
ditione permaneant in perpetuum, cum hac tamen reservati
ut quae hactenus ratione earundem ad collectas Imperii et Ci
contributa fuit quota, a dicto Domino Electore Saxoniae impo
rum exsolvatur, eaque Archi-Episcopatui dematur, et hujus
ratione expressa fiat provisio in Matricula Imperii et Circuli.

Ut autem inde causata imminutio redituum Cameralium
ad mensam Archi-Episcopalem pertinentium aliquatenus resar
tur, jam dicto Electori Brandenburgico et successoribus
non solum statim post conclusam Pacem Praefectura Egien, q
alias ad Capitulum spectabat, pleno jure possidenda et fruc
tradatur, cassato processu a Comitibus de Barby aliquot ab

annis desuper motis; sed etiam facultas sit, obtenta Archi-Episcopatus possessione quartam partem Canonicatuum Cathedralium illis decedentibus extinguendi, eorumque reditus Camerae Archi-Episcopali applicandi.

§. 10. Quae vero debita a praesente Domino Administratore, Augusto Duce Saxoniae hactenus contracta sunt, ex reditibus Archi-Episcopalibus, existente modis supradictis casu vacantiae et devolutionis dicti Archi-Episcopatus ad Dominum Electorem Brandenburgicum et successores suos, neutiquam dissolvantur, neque integrum sit, dicto Domino Administratori posthac novis debitis, oppignorationibus et alienationibus saepe dictum Archi-Episcopatum in praejudicium Domini Electoris ejusque successorum, haeredum et agnatorum masculorum quoque modo onerare.

§. 11. In his vero Domini Electoris Archi- et Episcopatibus de caetero salva maneant ordinibus et subditis competentia eorum *jura et privilegia*, cum primis invariatae Augustanae Confessionis exercitium, quale nunc ibi viget nec minus locum habeant ea, quae in puncto gravaminum inter utriusque religionis status et ordines Imperii transacta et conventa sunt, quatenus scilicet non adversantur illi dispositioni, quae supra in articulo quinto de Gravaminibus, §. 8. continetur, incipiente: Qui Archi-Episcopatus, Episcopatus, et aliae fundationes atque bona Ecclesiastica, etc. et finiente: subjecta manento, etc. utpote quem aeque hic valere debere, ac si verbotenus insertus esset, et supra dictos Archi-Episcopatum et Episcopatus haereditario et immutabili jure apud Dominum Electorem atque Domum Brandenburgicam, omnesque in ea successores, haeredes et agnatos in perpetuum plane, ut de reliquis terris ipsorum haereditatis juris est, permanere oportet.

Ratione tituli autem conventum est, ut jam dictus Dominus Elector cum tota Domo Brandenburgica et in ea omnes et singuli Marchiones Brandenburgici, Duces Magdeburgenses et Principes Halberstadienses et Mindenses appellentur et scribantur.

§. 12. Regia quoque Majestas Sueciae restituat Domino Electori pro se et successoribus suis haeredibus atque agnatis masculis, primo reliquam Pomeraniam ulteriorem cum

Cassetur insuper praetensum debitum Wingerschiana utpote ex causa belli ortum, processibus etiam et decretis de emanatis penitus annullatis, ita ut neque Duces Megapoli neque Civitas Hamburgensis eo nomine in posterum unquam veniri possint vel debeant.

Articulus XIII.

§. 1. Cum Domus Ducalis Brunsvicensis et Luneburg sis ob pacem publicam melius faciliusque stabiliendam cesseri adjutoris in Archi-Episcopatus Magdeburgensem et Bremen itemque Episcopatus Halberstadiensem et Ratzeburgensem, i tentis ea conditione, ut inter alia etiam alternativa lis cum Catholicis in Episcopatum Osnabrugensem addiceretur cessio, Caesarea Majestas praesenti Sacri Romani Imperii minime expedire judicans pacem publicam propterea impe diutius, consentit et permittit, ut ejusmodi alternativa cessio in dicto Episcopatu Osnabrugensi deinceps Catholicos et Augustanae Confessionis Episcopos familia tamen Ducum Brunsvicensium et Luneburg sium, quamdiu eadem duraverit, postulandos, locum hab debeat, modis et conditionibus sequentibus.

§. 2. Primo, Quoniam Dominus Gustavus Gustavi, Com in Wasenburg, Regni Sueciae Senator, omni suo j in Episcopatum Osnabrugensem, occasione praesentis belli tento, renunciat, juramentumque, a statibus et subdi ejusdem sibi praestitum, remittit, ideo Dominus Episcop Francisous Wilhelmus, ejusque successores, sicut et Ca tulum, Status et subditi dicti Episcopatus, virtute praesenti obligati sunto ad solvendum dicto Domino Comiti, ejusve m datario, Hamburgi spatio quatuor annorum a die publicatae Pa numerandorum, octuaginta millia thalerorum Imperialium ita ut singulis annis vicena millia Hamburgi ad manus dicti C mitis ejusve mandatarii exsolvere et numerare teneantur, ex cutione in non parentes ex lege communi hujus Pacificatio suas vires obtinente.

§. 3. Secundo, Restituatur dictus Episcopatus Osnabrug sis totus et integer, cum omnibus suis appertinentiis secularib et Ecclesiasticis, moderno Domino Episcopo Francisco Wi

lelmo pleno jure possidendus, prout uniformis perpetuaeque Capitulationis leges communi Principis Francisci Wilhelmi Domusque Brunsvico-Luneburgicae et Capitularium Episcopatus Osnabrugensis consensu jam iucundae sanxerint.

§. 4. Tertio, Status Religionis ac coetus ecclesiastici totiusque Cleri utriusque Religionis tam in ipsa Urbe Osnabrugensi, quam in reliquis ad hunc Episcopatum pertinentibus dilectibus, oppidis, villis, pagis omnibusque aliis locis manent et reincatur in eum, qui fuit die prima Januarii anno millesimo sexcentesimo vicesimo quarto, statum, ita tamen, ut prius fiat singularis quaedam determinatio et dispositio de iis, quae post annum millesimum sexcentesimum vigesimum quartum, quoad verbi Ministros et divinum cultum mutata deprehenduntur, etiam supradictae capitulationi inferenda, caveatque Dominus Episcopus per literas reversales Statibus et subditis suis homagio (quatenus observantia ab antiquo obtinuit) ab ipsis recepto, jura ac privilegia salva fore, et quae praeterea futurae Episcopatus administrationi statuumque et subditorum securitati utrimque necessaria videbuntur.

§. 5. Quarto, Defuncto eodem Domino Episcopo succedat in Episcopatu Osnabrugensi Dominus Ernestus Augustus Dux Brunsvicensis et Luneburgensis, atque adeo vi hujus Pacis publicae sit designatus ejusdem successor, teneaturque Capitulum Cathedrale Osnabrugense, ut et reliqui Status et subditi statim post decessum aut resignationem moderni Episcopi, eundem Dominum Ernestum Augustum in Episcopum recipere, ac dicti status et subditi isti fini intra trimestre, a conclusa hac pace computandum, ipsi solitum ut supra praestare homagium, juxta conditiones in capitulatione perpetua cum Capitulo inenuda positas.

§. 6. Quod si vero Dux Ernestus Augustus post obitum moderni Episcopi non fuerit superstes, teneatur Capitulum alium ex Domini Georgii Ducis Brunsvicensis et Luneburgensis posteris in Episcopum suum postulare, conditionibus tamen in recepta Capitulatione uniformi initis perpetuo observandis. Eo autem demortuo aut ultro resignante teneatur dictum Capitulum vel electione vel postulatione Praesulem Catholicum sibi praeficere; sin vero hac in parte vel Canonicorum negligentia

vel discordia intercesserit, locus sit ordinationi juris Canonici consuetudini Germaniae, salva tamen capitulatione perpetua; et hac transactione, et sic perpetuo admittatur alternata successio inter Catholicos Episcopos ex gremio Capitu electos, vel aliunde postulatos, atque Augustanae Confessioni addictos, sed non alios, quam ex familia modo nominati Ducis Georgii descendentes, et quidem si plures si Principes, e natu minoribus eligatur vel postuletur Episcopu nullis vero existentibus natu minoribus, sufficiatur unus ex Principibus regentibus: Illis autem deficientibus, succedat tanti Ducis Augusti posteritas, alternatione, uti dictum, in ipsam et Catholicos perpetua.

§. 7. Quinto, Teneatur non solum memoratus Dux Ernestus Augustus, sed etiam omnes et singuli ex familia Duci Brunsvicensium et Luneburgensium Augustanae Confessio addictorum in hoc Episcopatu alternatim succedentium, statu religionis, coetus Ecclesiastici, totiusque Cleri, tam in h urbe Osnabrugensi, quam in reliquis ad hunc Episcopatum pe tinentibus ditionibus, oppidis, villis, pagis, omnibusque al locis conservare ac tueri, prout superius articulo tertio perpetua Capitulatione dispositum est.

§. 8. Sexto, Ne etiam durante administratione et regimi Episcopi Augustanae Confessioni addicti circa censuram Eccl siasticorum Catholicorum, itemque usum et administra tionem Sacramentorum ritu Romanae Ecclesiae, ut et ce tera, quae sunt Ordinis, ulla difficultas aut confusio sub riatur, horum omnium dispositio, quoties alternativa succes in talem Augustanae Confessioni addictum devenerit, Domi Archi-Episcopo Coloniensi, velut Metropolitano re servata, adversus Augustanae Confessioni vero addictos pla sublata esto. Caetera superioritatis et regiminis jura in Civilibu et Criminalibus Augustanae Confessionis Episcopo juxta Cap tulationis leges illibata permaneant. Quoties vero Catholicus Episcopus in Episcopatu Osnabrugensi rerum potitur, nihi omnino in Augustanae Confessionis sacra arroget sibi juris, aut obtineat.

§. 9. Septimo, Monasterium seu Praelatura Walckenried cujus hoc tempore Administrator est Christianus Ludovi

eus Dux Brunsvicensis et Luneburgensis, una cum praedio Schawen, perpetuo feudi jure Ducibus Brunsvicensibus et Luneburgensibus, itidem a Caesarea Majestate et Imperio cum omnibus pertinentiis juribusque conferatur eodem prorsus, quo supra inter Ducum Brunsvicensium et Luneburgensium familias succedendi ordine, annullato jure advocatiae, aliisque Episcopatus Halberstadiensis et Comitatus Hohnsteinensis praetensionibus omnino sublatis.

§. 10. Ducibus quoque Brunsvicensibus et Luneburgensibus restituatur Monasterium Gröningense, quod antehac acquisitum Episcopatui Halberstadiensi cesserat; reservatis etiam juribus, quae dictis Ducibus in castrum Westerburg competunt, nec minus infeudatio Comiti a Tettenbach a Ducibus facta, eaque nomine initae leges, perinde ut jura crediti et pignoris Ducis Christiani Ludovici Vicario Friderico Skenkio a Winterstett in Westerburg competentia, sarta tecta maneant.

§. 11. Nono, Debitum a Friderico Ulrico Duce Brunsvicensi et Luneburgensi cum Rege Daniae contractum, et per hunc in pacificatione Lubecensi Sacrae Caesareae Majestati cessum, posteaque Caesareae militiae Praefecto Comiti Tyllio donatum quod attinet, cum moderni Duces Brunsvicenses et Luneburgenses se ad hoc debitum persolvendum ob plures rationes tanti negaverint, eaque de re etiam per Legatos plenipotentiarios Coronae Sueciae instanter actum sit, amore pacis remissio et expunctio totius istius debiti et obligationis dictis Ducibus eorumque haeredibus et Provinciis concessa esto.

§. 12. Decimo, Cum Duces Brunsvicenses et Luneburgenses Cellensis Lineae Capitulo Ratzeburgensi pro sorte viginti millium florenorum annuas pensiones usque dum pependerint, alternatione jam cessante, cessent quoque annuae illae pensiones, abolito prorsus debito, ut et alia quavis obligatione.

§. 13. Undecimo, Ducis etiam Augusti duobus filiis natu minoribus Antonio Ulrico et Ferdinando Alberto conferantur duae praebendae in Episcopatu Strasburgensi primo vacaturae, ea tamen conditione, ut dictus Dominus Dux Augustus renunciet praetensionibus suis, quas in unum alterumve Canonicatum antehac habuit vel habere poterat.

§. 14. Duodecimo, Vice versa iidem Duces postulatio-

nibus et coadjutoriis in Archi-Episcopatus Magdeburgen et Bremensem, itemque Halberstadiensem et Ratzeburgen plenissime renuncient, ita, ut quae circa hosce Archi-Epis tus et Episcopatus superius in hoc Pacificationis instrum disposita sunt, citra ipsorum contradictionem effectum h debeant. Capitulis utrobique in eo statu permanentibus, superius conventum est.

Articulus XIV.

§. 1. De summa 12,000. Imperialium Domino Christ Wilhelmo Marchioni Brandenburgico, ex Archi copatu Magdeburgensi quotannis solvendorum, conventum ut coenobium et praefecturae Zinna et Coburg dicto Domino chioni statim tradantur, cum omnibus pertinentiis et omni jurisdictione, solo territorii jure excepto. Atque his praef idem Marchio utatur, fruatur, ad dies vitae, ab ulla rationum redditione: hac tamen lege, ut in po et ecclesiasticis nullum plane subditis afferatur praejudicium

§. 2. Quia porro, ut totus Archi-Episcopatus, ita etiam nominatim coenobium et praefecturae temporum injuria v sunt devastatae: ideo a moderno Domino Administratore, Do Marchioni, sine mora ex collectis in Archi-Episcopatu ad instituendis solvantur tria millia Thalerorum Impe lium ab ipso Marchione vel ejus haeredibus non restituendo

§. 3. Praeterea placuit, ut post fata Domini March ratione et nomine non praestitorum alimentorum descendent ipsius eorumque haeredibus liceat dictum coenobium atque p fecturas per integrum quinquennium retinere, iisque sine num redditione cum omnibus suis pertinentiis et juribus frui. Elapso vero quinquennio praedictae praefecturae cu demque jurisdictio, reditus et proventus Archi-Episcopatui que tergiversatione restituantur; nec superius memoratae sum titulo quicquam ulterius moveatur vel petatur. Et praedicta om observentur, etiamsi propter Domini Electoris Brandenbur aequivalentem recompensationem Archi-Episcopatus Magdeb genais ad Dominum Electorem ejusque haeredes ac successo pervenerit.

Articulus XV.

§. 1. Circa causam Hasso-Casselianam conventum est, ut sequitur:

Primo omnium Domus Hasso-Casseliana, omnesque ejus Principes, maxime Domina Amelia Elisabetha, Hassiae Landgravia, ejusque filius Dominus Wilhelmus, filiorumque haeredes, Ministri, Officiales, Vasalli, subditi, milites et alii quocunque modo illis addicti, nullo prorsus excepto, non obstantibus contrariis partis, processis, proscriptionibus, declarationibus, sententiis, executionibus et transactionibus, sed illis omnibus ut et actionibus vel praetensionibus ratione damnorum et injuriarum tam neutralium, quam belligerantium annullatis, universalis amnestiae supra sanctae, et ad initium belli Bohemici cum plenaria restitutione reductae (exceptis Caesareae Majestatis et Domus Austriacae Vasallis et subditis haereditariis, quemadmodum de iis in §. *Tandem* omnes, etc. disponitur) omniumque beneficiorum ex hac et Religiosa Pace provenientium, pari cum caeteris statibus jure, prout in articulo incipiente: Unanimi, etc. disponitur, plenarie participes sunto.

§. 2. Secundo: Domus Casselliana, ejusque Successores Abbatiam Hirsfeldensem, cum omnibus appertinentiis secularibus et Ecclesiasticis, sive intra, sive extra territorium (ut praepositura Gellingen) sitis, salvis tamen juribus, quae Domus Saxonica a tempore immemoriali possidet, retineant, et eo nomine investituram a Caesarea Majestate toties, quoties casus evenerit, petant, et fidelitatem praestent.

§. 3. Tertio: Jus directi et utilis Dominii in Praefecturas Schaumburg, Bückeburg, Saxenhagen et Stadthagen, Episcopatui Mindano ante hac assertum et adjudicatum, porro ad Dominum Wilhelmum, modernum Hassiae Landgravium, ejusque Successores plenarie in perpetuum citra ulteriorum dicti Episcopatus, aut alterius cujusvis contradictionem aut turbationem pertineat, salva tamen transactione inter Christianum Ludovicum, Ducem Brunsvico-Luneburgensem et Hassiae Landgraviam, Philippumque Comitem de Lippe inita, firma etiam manente, quae inter eandem Landgraviam et dictum Comitem inita est, conventione.

§. 4. Conventum praeterea est, ut pro locorum hoc bello

occupatorum restitutione et indemnitatis causa minae Landgraviae Hassiae Tutrici ejusque Filio hujusve Su soribus Hassiae Principibus, ex Archi-Episcopatibus Mog nensi et Coloniensi, Episcopatibus item Paderbornensi, Mon riensi et Abbatia Fuldensi, sexies centena millia thalerorum perialium, bonitate Imperialibus constitutionibus modernis e spondentium, intra spatium novem mensium a tempore ra cationis pacis computandum Cassellis solventium periculi sumtibus pendantur. Nec contra promissam solutionem exceptio ullusve praetextus admittatur, multo minus sus conventa ullo arresto afficiatur.

§. 5. Ut etiam Domina Landgravia de solutione tanto e rior sit, sequentibus conditionibus retineat Neus, Cosfeld Neuhaus, inque iis locis sua sibique solum obligata prae habeat, ea quidem lege, ut praeter officiales et alias person praesidiis necessarias dictorum trium locorum praesidia con ctim non excedant numerum mille ducentorum peditum centum equitum, Dominae Landgraviae dispositioni reli quot cuivis dictorum locorum peditum et equitum impon quemve huic vel illi praesidio praeficere velit.

§. 6. Praesidia autem secundum ordinationem de stentatione Officialium et militum Hassiacis hactenu consuetam alantur, et quae ad conservanda fortalitia necessa sunt, praestentur ex Archi- et Episcopatibus, in quibus dicta et civitates sunt sitae, absque summae supra nominatae diminu tione. Integrum autem sit ipsis praesidiis contra morosos ex dantes, sed non ultra debitam summam, exequi. Jura aut superioritatis et jurisdictio tam ecclesiastica quam sae laris et reditus nominatarum arcis et civitatum, Domino Arc Episcopo Coloniensi sint salva.

§. 7. Quamprimum vero post ratificatam pacem Domin Landgraviae trecenta millia thalerorum Imperialium fuer exsoluta, restituta Neusia, retineat Cosfeld solum et Neuhau ita tamen ut praesidium Neussianum in Cosfeld et Neuhaus n deducat, vel ejus nomine quicquam ulterius exigat, nec praesid in Cosfeld numerum sexcentorum peditum et quinquaginta equ tum, in Neuhaus autem centum peditum excedant. Sin autem intra terminum novem mensium Dominae Landgraviae integr

summa non dependatur, non tantum Cosfeld et Neuhaus, donec plenaria subsecuta fuerit solutio, sed etiam pro residuo summae ejusque singulis centenis quinque annuatim Imperiales, donec residuum summae exsolutum fuerit, pensionis nomine solvantur, et tot praefecturarum ad supra nominatos Archi- et Episcopatus atque Abbatiam pertinentium et Hassiae Principatui vicinarum, quot praestandis et exsolvendis pensionibus sufficiunt. Quaestores et Receptores Landgraviae juramento obstringantur, ut de reditibus annuas residuae summae pensiones solvant, non obstante Dominorum suorum prohibitione.

§. 8. Quod si vero Quaestores et Receptores in solvendo moras nectant, aut reditus alio conferant, Domina Landgravia exequendi, et ad solutionem quovis modo illos adigendi liberam habeat potestatem, de reliquo jure territoriali domino proprietatis interea semper salvo. Simul ac vero Domina Landgravia totam summam cum pensionibus a tempore morae acceperit, restituat *illico loca* jam denominata, cautionis loco interim retenta, pensiones cessent et Quaestores atque Receptores, quorum facta fuit mentio, juramenti nexu sint liberati.

§. 9. Quarum autem praefecturarum reditus pensionibus, contingente mora, solvendis sint assignandi, ante ratificationem pacis eventualiter convenietur, quae conventis non minoris sit roboris, quam ipsum pacis instrumentum.

§. 10. Praeter loca autem securitatis causa, ut memoratum, Dominae Landgraviae relinquenda, et post solutionem demum restituenda, restituat illa nihilominus, ratificatione pacis subsecuta, omnes provincias et Episcopatus, nec non illorum urbes, praefecturas, oppida, fortalitia, propugnacula et omnia denique bona immobilia, nec non jura inter haec bella ab ipsa occupata, ita tamen, ut tam in praefatis tribus locis, cautionis nomine retinendis, quam reliquis omnibus restituendis non solum annonam et omnia ad bellicum apparatum spectantia, quae inferri vel fieri curavit per subditos evehenda Dominae Landgraviae et supradictis Successoribus.

§. 11. Quae vero ab ipsa non illata, sed in locis occupatis tempore occupationis reperta sunt et adhuc exstant, ibi permaneant; sed ut etiam fortificationes et valla, durante occupatione

exstructa, eatenus destruantur, ne tamen urbes, oppida, vel castra cujusvis invasionibus et depraedationibus pateant.

§. 12. Et quamvis Domina Landgravia praeterquam Archi- et Episcopatibus Moguntinensi, Coloniensi, Padenensi, Monasteriensi et Abbatia Fuldensi a nomine restitui et indemnitatis loco aliquid poposcerit, et sibi eo nomine a quam alio quicquam solvi omnino noluerit, pro rerum tam circumstantiarum aequitate placuit toti Conventui, ut salvo nente dispositione §. praecedentis, inchoantis: Conven praeterea est, etc. etiam caeteri Status, cujuscunque ris, cis et ultra Rhenum, qui prima Martii hujus anni Hass contributionem dependerunt, secundum proportionem cont tionis exsolutae toto hoc tempore observatam ad conficien summam superius positam, et militum praesidiariorum susten tionem, ratam suam supra nominatis Archi- et Episcopa atque Abbatiae conferant, et damnum si quod solventes ob vel alterius moram perpessi fuerint, morosi resarciant, nec cutionem contra tergiversantes instituendam Caesareae Majes aut Regiae Majestatis Sueciae, vel etiam Hassiae Landgra officiales aut milites impediant, neque etiam fas sit Hassi quemquam in praejudicium hujus declarationis eximere, il qui suam quotam rite persolverint, ab omni eatenus onere li erunt.

§. 13. Quod controversias inter Domos Hassiacas Cass nam et Darmstatinam, super successione Marpurg agitatas, attinet, quandoquidem eae Casselliis die decima qu mensis Aprilis proxime elapsi consensu partium unanimi a dente penitus sunt compositae, placuit transactionem ini cum suis annexis et recessibus, sicut ea Casselliis inita et a tibus subsignata conventuique huic insinuata fuit, vigore la menti hujus, ejusdem plane esse roboris, ac si verbis tota hisce tabulis inserta comprehenderetur, nec a partibus in sigentibus, nec aliis quibusvis sub praetextu sive pacti, sive ju menti, sive alio quocunque, ullo unquam tempore convelli pos quia imo ab omnibus, etiam si aliquis ex interessatis eam fo confirmare detrectet, exactissime observari debere.

§. 14. Sicut etiam Transactio inter defunctum Domin Wilhelmum Hassiae Landgravium et Dominos Christi

nam et Wolradum, Comites Waldeccianae, die undecimo Aprilis anno millesimo sexcentesimo trigesimo quinto facta, et a Domino Georgio Hassiae Landgravio die decimo quarto Aprilis anno millesimo sexcentesimo quadragesimo octavo ratificata, non minus vigore hujus Pacificationis perpetuum et plenissimum robur obtinebit, omnesque Hassiae Principes pariter ac Comites Waldeccianae obligabit.

§. 15. Firmum quoque maneat et inviolabiliter custodiatur Jus primogenituraе in qualibet Domo Hassiae Casseliana et Darmstatina introductum et a Caesarea Majestate confirmatum.

Articulus XVI.

§. 1. Simulatque vero Instrumentum Pacis a Dominis Plenipotentiariis et Legatis subscriptum et signatum fuerit, cesset omnis hostilitas et quae supra conventa sunt, utrimque a vestigio *executioni* mandentur *).

§. 2. *Imprimis* quidem Imperator ipse per universum Imperium edicta promulget, et serio mandet iis, qui hisce pactis et hac *Pacificatione* ad aliquid restituendum vel praestandum obligantur, ut sine tergiversatione et noxa intra tempus conclusae et ratificandae pacis praestent et exequantur transacta, injungendo tam Directoribus, Ausschreibenden Fürsten, quam Praefectis militiae circularis, Crayss-Obristen, ut ad requisitionem restituendorum juxta ordinem Executionis et haec pacta, restitutionem *cujusque* promoveant et perficiant. Inseratur etiam Edictis clausula, ut quia circuli Directores, Ausschreibende Fürsten, aut Praefectus militiae circularis, Crayss-Obrister, in causa vel restitutione propria, minus idonei executioni esse censentur, hoc in casu, itemque si Directores vel Praefectum Circularis militiae repudiare commissionem contingat, vicini circuli Directores aut Praefecti militiae circularis eodem executionis munere etiam in alios Circulos ad restituendorum requisitionem fungi debeant.

§. 3. Quod si etiam restituendorum aliquis Caesareanos Commissarios ad alicujus restitutionis, praestationis vel executionis actum necessarios censuerit, quod ipsorum optioni relinquitur, etiam illi sine mora dentur:

§. 4. Quo casu ut rerum transactarum effectus tanto minus

impediatur, tam restituentibus quam restituendis liceat statim conclusa et subscripta pacificatione binos aut trinos utrinque nominare commissarios, e quibus Caesarea Majestas unum a restituendo, alterum a restituente nominatum, pares tamen numero ex utraque religione eligat, quibus injungatur, ut omnia quae vigore hujus transactionis oportet, absque mora exequantur. Sin autem restituentes Commissarios nominare neglexerint, Caesarea Majestas ex iis, quos restituendus nominaverit, unum deliget, aliumque pro suo arbitrio, observata tamen utrobique diversae religioni addictorum paritate, adjunget, quibus commissionem executionis demandabit, non obstantibus exceptionibus in contrarium factis. Ipsi deinde restituendi mox a conclusione Pacis de transactorum tenore faciant interessatis aliquid restituturis.

§. 5. Omnes denique et singuli sive status sive communitates, sive privati, sive Clerici, sive seculares, qui vigore hujus transactionis ejusdemque regularum generalium, vel specialis expressaeque alicujus dispositionis ad restituendum, cedendum, dandum, faciendum, aut aliud quid praestandum obstricti sunt, teneantur statim post promulgata Caesarea edicta, et factam restituendi notificationem, sine omni tergiversatione vel oppositione clausulae salvatoriae, sive generalis, sive specialis alicujus supra in Amnestia positae, aut quacunque alia exceptione, itemque sine noxa aliqua, omnia ad quae obligantur, restituere, cedere, dare, facere et praestare.

§. 6. Nec Directorum et Praefectorum circularis militiae aut Commissariorum executioni quicquam, sive status, sive miles praesertim praesidiarius, sive quilibet alius sese opponat, sed potius executoribus assistant, liberumque sit dictis executoribus contra eos, qui executionem quovis modo impedire conantur, suis vel etiam restituendorum vicibus uti.

§. 7. Deinde omnes et singuli utriusque partis captivi, sine discrimine sagi vel togae, eo modo, quo inter Exercituum Duces, cum Caesareae Majestatis approbatione, conventum est vel adhuc convenietur, liberi dimittantur.

§. 8. Denique pro militiae Suecicae exauctoratione omnes et singuli Electores, Principes et reliqui Statûs, comprehensa libera et immediata Imperii Nobilitate (salva tamen requi-

ultime hactenus in talibus casibus usitata, libertateque et exemtione in futurum salvis) septem sequentium Circulorum Imperii, Electoralis Rhenani, superioris Saxonici, Franconici, Suevici, superioris Rhenani, Westphalici et inferioris Saxonici teneantur in medium conferre quinque myriades Imperialium Thalerorum in moneta per Imperium Romanum usitata, idque tribus terminis; primo termino (Statibus in Circulo Electorali ut et superiori Rhenano Francofurtum ad Moenum, superioris Saxoniae Lipsiam seu Brunsvigam, Franconiae Norimbergam, Sueviae Ulmam, Westphaliae Bremam vel Monasterium, et inferioris Saxoniae Hamburgum suam cujusque quotam conferentibus) octodecim centena millia Imperialium Thalerorum in numerata pecunia (pro cujus summae faciliori solutione impetranda, liceat illos subditos, qui ex Amnestia veniunt restituendi, non moderno ipsorum possessori, sed vero Domino, cui ex Amnestia restituendi sunt, statim a conclusa pace, etiam ante factam restitutionem, secundum ipsorum quotam et proportionem, collectare, nec in exigendis illis collectis moderni possessores ullum creent impedimentum) et duodecies centena millia per assignationes ad certos Status, super quorum solutione tolerabilibus conditionibus facienda, a quolibet Statu inter conclusam et ratificandam pacem cum officiali militari sibi assignato ex aequo et bono conveniendum.

§. 9. Qua conventione, ut et ratihabitionum commutatione facta, dictorum octodecim centenorum millium thalerorum solutio, militiae exauctoratio et locorum evacuatio, statim pari passu peragantur, nec ob ullam aliam causam differantur, cessantibus statim a conclusa pace contributionibus et omnis generis exactionibus, salva tamen praesidiariorum militum caeterarumque copiarum sustentatione ad tolerabilem modum convenienda; salva itidem iis statibus, qui suam portionem solverunt, vel cum assignatis officialibus, quoad solutionem suarum portionum amicabiliter convenerunt, a suis constatibus ob horum solvendi moram, sibi illatorum damnorum repetitione.

Reliquarum duarum myriadum priorem quidem sub finem proximi anni a facta exauctoratione computandi, alteram vero in fine anni proxime insequentis, utramque Thaleris Imperiali-

bus, eorumve in alia per Imperium usitata moneta valore supradicta loca Regiae Majestatis Sueciae ad id cum pote deputatis Ministris dicti septem Circulorum Status bona fide exsoluturi. Sicuti autem dicti septem Circuli soli militiae cicae sine praetensione alterius assignati intelligantur, ita si eorum Electores, Principes et Status eam tantum portio quae juxta matriculam et cujusque loci observantiam, et e ditam hic designationem unicuique praestanda incumbit, pen debebunt.

§. 10. Nec ullus Status vel a solutione immunis sit, majori numero der Römer-Monat praegravetur, vel pro suo constatu, aliisque belligerantium militibus plus solvere tu tur, multo minus repressaliis vel arrestis eo nomine g gravetur: neque etiam ullus Status in modo suos collecta vel a milite aut constatu vel ullo alio, sub quocunque practe de facto impediatur.

§. 11. Quod ad Circulum Austriacum et Bavaric attinet, cum ille (praeter factam in hoc pacificationis conve Statibus Imperii promissionem, se in proximis Imperii Co Suae Caesareae Majestati pro hactenus toleratis belli sumti subsidium e collectis Imperii praestandum decreturos) solve exercitui immediato Caesareano stipendiis, hic vero pro varico milite sepositus sit, solutionis conventio et exactio in culo Austriaco penes Sacram Caesaream Majestatem este Circulo autem Bavarico observetur idem collectandi et solv modus, qui in reliquis Circulis; executio tamen, ut et in caet septem Circulis, fiat secundum constitutiones Imperii.

§. 12. Ut autem Regia Majestas Sueciae eo securior tiorque sit de infallibili singulorum terminorum praestatione, guli septem dictorum Circulorum Electores, Principes et Sta vigore hujus conventionis se ad suam quisque quotam cond tempore locoque bona fide solvendam sponte, idque sub hypoth omnium suorum bonorum obligant, ita quidem ut, si mora ull intervenerit, omnes Imperii Ordines, potissimum vero cujus Circuli Directores, Ducesque, vi articuli assecurationis pacis neantur promissa, ceu rem judicatam, exequi, absque ullo ulte rieri juris processu vel exceptione n).

§. 13. Restitutione ex capite Amnestiae et gravamin

data, liberatis captivis, ratihabitionibus commutatis et praestitis iis, quae de primo solutionis termino supra conventa sunt, omnia utriusque partis militaria praesidia, sive Imperatoris ejusque sociorum et foederatorum, sive Reginae Regnique Sueciae et Landgraviae Hassiae, eorumque foederatorum et adhaerentium, allove quocunque nomine imposita fuerint, ex civitatibus Imperii ac omnibus aliis locis restituendis, sine exceptionibus, mora, damno et nova pari passu educantur.

§. 14. Loca ipsa, Civitates, urbes, oppida, arces, castella, fortalitia, tam quae per regnum Bohemiae, aliasque terras Imperatoris Domusque Austriacae haereditarias, quam caeteros Imperii Circulos, a partibus belligerantibus supradictis occupata et retenta, vel per armistitii unius vel alterius partis, vel quemcunque alium modum concessa sunt; prioribus et legitimis suis possessoribus et dominis, sive mediati, sive immediati Imperii status sint, tam ecclesiasticis quam secularibus, comprehensa libera Imperii Nobilitate, absque mora restituantur, liberaeque eorum dispositioni, sive de jure et consuetudine, sive vigore praesentis transactionis competente permittantur, non obstantibus ullis donationibus, infeudationibus, concessionibus (nisi ultro et spontanea Status alicujus voluntate alicui factae sint vel fuerint) obligationibus, pro redimendis captivis, aut averiendis devastationibus, incendiisque datis, aut aliis quibuscunque titulis in priorum legitimorum Dominorum possessorumque praejudicium acquisitis; cessantibus etiam pactis et foederibus: aut quibuscunque aliis exceptionibus praedictae restitutioni adversantibus, quae omnia pro nullis haberi debent; salvis tamen iis, quae et quatenus in praecedentibus articulis circa Reginae Regnique Sueciae ut et quorundam Electorum et Principum Imperii Romani satisfactionem vel aequivalentem recompensationem, sive aliter speciatim excepta et disposita sunt. Atque haec restitutio locorum occupatorum tam a Caesarea Majestate, quam a Regia Majestate Sueciae, et utriusque sociis, foederatis et adhaerentibus fiat reciproce et bona fide.

§. 15. Restituantur etiam Archiva et documenta literaria, aliaque mobilia, ut et tormenta bellica, quae in dictis locis tempore occupationis reperta sunt, et adhuc ibi salva reperiuntur; quae vero post occupationem aliunde eo invecta

sunt, sive in proeliis capta, sive ad usum et custodiam eo occupantes illata fuerunt, una cum annexis, ut et bellico ap ratu iisdem quoque secum exportare et avehere liceat.

§. 16. Teneantur subditi cujusque loci decedentibus pr sidiis et militibus currus, equos et naves, cum necessario vi pro omnibus necessariis avehendis ad loca in Imperio destin absque pretio submini strare, quos currus, equos et na restituere debent Praefecti praesidiorum militumque hoc m discedentium sine dolo et fraude. Liberent etiam Statuum sub se invicem ab hoc onere vecturae de uno territorio in aliud, do ad loca in Imperio destinata pervenerint. Nec praesidiorum aliis militiae Praefectis aut Officialibus liceat subditos eorum currus, equos, naves et similia eorum usibus commodata, om vel singula extra dominorum suorum, multo minus Imperii fi secum trahere, eoque nomine obsidibus cavere teneantur.

§. 17. Reddita vero, sive maritima et limitanea, sive m terranea fuerint, dicta loca, ab ulterioribus omnibus, durant hisce bellorum motibus introductis praesidiis perpetuo posti libera sunto, et dominorum suorum (salvo de caetero cujus jure) liberae dispositioni relinquantur.

§. 18. Nulli autem Civitati vel nunc, vel in futurum praejudicio damnove cedat, quod ab alterutra parte belligeranti occupata et insessa fuerat; sed omnes et singulae cum c nibus et singulis civibus et incolis tam universalis Amnestia quam ceteris hujus pacificationis beneficiis gaudeant, iisque caetero omnia sua jura et privilegia in sacris et profan quae ante hos motus habuerunt, sarta tectaque maneant, sal tamen juribus superioritatis cum inde dependentibus singulis quarumcunque dominis.

§. 19. Denique omnium belligerantium in Imperio parti copiae et exercitus dimittantur et exauctorentu eo tantum numero in suos cujusque proprios Status traduc quam quaeque pars pro sua securitate judicaverit necessarium.

§. 20. Tam exauctoratio vero militiae, quam restitutio corum ad praefixum tempus eo ordine modoque fiant, de quib inter Generales Exercituum Duces conveniet, observatis tam quoad rem ipsam iis, quae in puncto Satisfactionis militiae co venta sunt.

Articulus XVII.

§. 1. Pacem hoc modo conclusam promittunt Caesarei et Regii Ordinumque Imperii Legati et Plenipotentiarii respective ab Imperatore et Regina Sueciae, Sacrique Romani Imperii Electoribus, Principibus et Statibus ad formam hic mutuo placitam ratihabitionum iri, easeque infallibiliter praestituros, ut solennia ratihabitionum instrumenta intra spatium octo septimanarum a die subscriptionis computandarum, hic Osnabrugis praesententur et reciproce riteque commutentur.

§. 2. Pro majori etiam horum omnium et singulorum pactorum firmitudine et securitate, sit haec Transactio perpetua lex et pragmatica Imperii sanctio, imposterum aeque ac aliae leges et Constitutiones fundamentales Imperii, nominatim proximo Imperii Recessui ipsique Capitulationi Caesareae inserenda, obligans non minus absentes, quam praesentes, ecclesiasticos aeque ac politicos, sive Status Imperii sint, sive non, eaque tam Caesareis procerumque Consiliariis et officialibus, quam Tribunalium omnium Iudicibus et Assessoribus, tanquam Regula, quam perpetuo sequantur, praescripta.

§. 3. Contra hanc Transactionem ullumve ejus articulum aut clausulam nulla jura Canonica vel civilia, communia vel specialia, Conciliorum decreta, privilegia, indulta, edicta, commissiones, inhibitiones, mandata, decreta, rescripta, litispendentiae, quocunque tempore latae sententiae, res judicatae, Capitulationes Caesareae et aliae religiosorum ordinum regulae, aut exemtiones sive praeteriti, sive futuri temporis protestationes, contradictiones, appellationes, investiturae, transactiones, juramenta, renunciationes, pacta sive dicta sive alia, multo minus edictum Anni millesimi sexcentesimi vigesimi noni, vel transactio Pragensis cum suis appendicibus, aut concordata cum Pontificibus, aut interimistica Anni millesimi quingentesimi quadragesimi octavi, ullave alia statuta sive politica sive ecclesiastica decreta, dispensationes, absolutiones, vel ullae aliae, quocunque nomine aut praetextu excogitari poterint, exceptiones unquam allegentur, audiantur aut admittantur*), nec uspiam contra hanc transactionem in petitorio aut possessorio

seu inhibitorii, seu alii processus vel commissiones unquam d cernantur.

§. 4. Qui vero huic transactioni vel paci publicae consil vel ope contravenerit, vel executioni aut restitutioni repugn verit, vel etiam legitimo modo supra convento et sine excep facta restitutione sine legitima causae cognitione et ordinar juris executione restitutum de novo gravare tentaverit, sive Cl ricus sive Laicus fuerit, poenam fractae pacis ipso jure, facto incurrat, contraque eum juxta constitutiones Imperii resti tutio et praestatio cum pleno effectu decernatur et demandetur.

§. 5. Pax vero conclusa nihilominus in suo robore perm neat, teneanturque omnes hujus transactionis consortes univer sas et singulas hujus pacis leges contra quemcunque, et si qu eorum a quocunque violari contigerit, laesus laedentem, impri quidem a via facti dehortetur, causa ipsa vel amicabili compos tioni vel juris disceptationi submissa.

§. 6. Veruntamen si neutro horum modorum intra spatiu trium annorum terminetur controversia, teneantur omnes singuli hujus transactionis consortes, junctis cum parte la consiliis viribusque arma sumere ad repellendam injuriam, passo moniti, quod nec amicitiae nec juris via locum inv nerit, salva tamen de caetero uniuscujusque jurisdictione, justi tiaeque juxta cujusque Principis aut Status leges et constitu tiones competenti administratione.

§. 7. Et nulli omnino Statuum Imperii liceat jus suum vel armis persequi, sed si quid controversiae, sive jam exo tum sit, sive posthac inciderit, unus quisque jure experiatur Secus faciens reus sit fractae pacis. Quae vero judicis sententi definita fuerint, sine discrimine Statuum executioni mandentur prout Imperii leges de exequendis sententiis constituunt.

§. 8. Ut etiam pax publica tanto melius conservari possi rèdintegrentur Circuli, et statim ac undecunque turbaru vel motuum aliqua initia apparent, observentur ea, quae in Co stitutionibus Imperii de Pacis publicae executione et conserv tione disposita sunt.

§. 9. Quoties autem milites quavis occasione aut qu cunque tempore per aliorum territoria aut fines aliquis duce velit, transitus hujusmodi instituatur ejus, ad quem transeunt

milites pertinent, cuncta, atque adeo sine maleficio, damno et noxa eorum, quorum per territoria ducuntur; ac denique omnino observentur, quae de conservatione pacis publicae Imperii Constitutiones decernunt et ordinant.

§. 10. Hac Pacificatione comprehendantur ex parte Serenissimi Imperatoris omnes suae Majestatis foederati et adhaerentes, imprimis Rex Catholicus, Domus Austriacae), Sacri Imperii Romani Electores, Principes, interque eos etiam Dux Sabaudiae, caeterique Status, comprehensa libera et immediata Imperii Nobilitate, et Civitates Anseaticae, item Rex Angliae, Rex et Regna Daniae Norwegiaeque cum annexis provinciis, ut et Ducatu Schleswicensi, Rex Poloniae, Dux Lotharingiae, omnesque Principes et Respublicae Italiae, Ordinesque foederati Belgii et Helvetiae, Rhetiaeque, Princeps etiam Transsylvaniae.

§. 11. Ex parte vero Serenissimae Reginae Regnique Sueciae omnes ejus foederati et adhaerentes, imprimis Rex Christianissimus, tum Electores, Principes, Status, libera et immediata Imperii Nobilitate comprehensa, et civitates Anseaticae, item Rex Angliae, Rex et Regna Daniae Norwegiaeque cum annexis provinciis, ut et Ducatu Schleswicensi, Rex Poloniae, Rex et Regnum Lusitaniae, Magnus Dux Moscoviae, Respublica Veneta, foederatum Belgium, Helvetii, Rhetique et Princeps Transsylvaniae e).

§. 12. In quorum omnium et singulorum fidem majusque robur tam Caesarei quam Regii Legati, nomine vero omnium Electorum, Principum ac Statuum Imperii ad hunc actum specialiter ab ipso (vigore concluſi die decima tertia Octobris anni infra mentionati facti, et ipsa die subscriptionis sub sigillo Cancellariae Moguntinae, Legationi Suedicae extraditi) Deputati, nimirum:

Electoralis Moguntinus, Dominus Nicolaus Georgius de Reigersberg, Eques, Cancellarius: Electoralis Bavaricus, Dominus Joannes Adolphus Krebs, Consiliarius intimus: Electoralis Saxonicus, Dominus Joannes Leuber, Consiliarius: Electoralis Brandenburgicus, Dominus Joannes Comes in Sain et Witgenstain, Dominus in Homburg et Vallendar, Consiliarius intimus: Nomine Domus Austriacae, Dominus Georgius Ulricus Comes a Wolkenstain, Consiliarius

Caesareo-Aulicus: Dominus Cornelius Gobelius, Episc
Bambergensis Consiliarius: Dominus Sebastianus Wilhelm
Meel, Episcopi Herbipolensis Consiliarius intimus: Domi
Joannes Ernestus, Ducis Bavariae Consiliarius Aulic
Dominus Wolffgangus Conradus a Tumshirn, Consiliar
Aulicus Saxonico-Altenburgensis et Coburgensis: D
minus Augustus Carpzovius, Consiliarius Saxonico-Alte
burgensis et Coburgensis: Dominus Joannes From
hold, Domus Brandenburgicae Culmbacensis et Onolzb
censis Consiliarius intimus: Dominus Henricus Lange
beck, Juris Consultus, Domus Brunsvico-Luneburgic
lineae Cellensis Consiliarius intimus: Dominus Jacob
Lampadius, Juris Consultus lineae Calenbergensis Con
liarius intimus et Pro-Cancellarius: Nomine Comitum Scam
Wetteraviensis Dominus Matheus Wesembecius, Ju
Consultus et Consiliarius: Nomine utriusque Scamni Civit
tensis Dominus Marcus Otto, Argentoratensis: Do
nus Joannes Jacobus Wolff, Ratisbonensis: Dominus D
vid Gloxinus, Lubecensis: et Dominus Jodocus Chris
phorus Kress a Kressenstain, Norimbergensis Reip
blicae respective Syndici, Senatores, Consiliarii et Advoca
praesens Pacis Instrumentum manibus sigillisque propriis m
nierunt et firmarunt, dictique Ordinum Deputati Principalib
suorum ratificationes formula conventa termino supra constitu
sese extradituros polliciti sunt. Reliquis Statuum Plenipotent
riis liberum relinquendo, velint an nolint nomina sua subsigna
suorumque Principalium ratihabitiones accersere, sed hoc pa
atque lege, ut subscriptione jam nominatorum Deputatorum, r
liqui Status omnes et singuli, qui subscriptione et ratihabitio
supersedent, tam firmiter ad observantiam et manutenentia
eorum, quae in hoc Pacificationis Instrumento continentur, ob
gati sint, ac si ab ipsis subscriptio fuerit facta, et exhibi
ratificatio: nec ulla a Directorio Imperii Romani contra su
scriptionem, a memoratis Deputatis factam, recipiatur aut vale
vel protestatio vel condradictio.

Acta sunt haec **Osnabrugis Westphaloruma**.

Die Decima / vigesima } quarta Mensis Octobris[a]), An

Christi Millesimo Sexcentesimo Quadragesimo Octavo.

(L. S.) Joannes Maximilianus Comes a Lamberg[1]). Mpria.

(L. S.) Johannes Oxenstierna[2]) Comes Horeae Australis.

(L. S.) Joannes Crane.

(L. S.) Joannes Adler Salvius[3]).

Nomine Domini Electoris Moguntini
(L. S.) Nicolaus Georgius Raigersperger, mpria.

Nomine Domini Electoris Bavariae
(L. S.) Joannes Adolphus Krebs, mpria.

Nomine Domini Electoris Saxoniae
(L. S.) Joannes Leüber.

Nomine Domini Electoris Brandenburgici
(L. S.) Joannes Comes in Sain et Wittgenstein etc.

Nomine Domus Austriacae
(L. S.) Georgius Udalricus Comes in Wolkenstain et Rodnegg.

Nomine Domini Episcopi Bambergensis
(L. S.) Cornelius Gobelius.

Nomine Domini Episcopi Herbipolensis, Ducis Franconiae etc.
(L. S.) Sebastianus Wilhelmus Meel, mpria.

Nomine Ducis Bavariae etc.
(L. S.) Joannes Ernestus, ICtus, mpria.

Nomine Domini Ducis Saxoniae Lineae Altenburgensis
(L. S.) Wolffgangus Cunradus a Thumbschirn, Consiliarius Altenburgensis et Coburgensis.

Nomine Dominorum Comitum et Baro
Scamni Wetteratici

(*L. S.*) Matheus Wesenbecius, qui supra, mpri

Nomine Dominorum Comitum et Baro
Scamni Franconici

(*L. S.*) Johan. Conrad. Varnbüler, mpria.

Nomine Reipublicae Argentinensis

(*L. S.*) Ejusdem Consil. et Advocatus Marcus Ott
J. D.
idemque nomine Civitatis Spirensis, V
senburgensis ad Rhenum et Lai
viensis.

Nomine Reipublicae Ratisbonensis

(*L. S.*) Joannes Jacob. Wolff a Todenwartt, Co
et Syndicus.

Nomine Reipublicae Lubecensis

(*L. S.*) Ejusdem Syndicus, David Gloxinus U. J.
Idemque nomine Civitatum Goslar et No
hausen.

Nomine Reipublicae Noribergensis

(*L. S.*) Jodocus Christophorus Kress a Kressenst
ejusdem Senator, ut et respectu Civit
Winsheimensis et Schweinfurten
Nomine liberarum Imperii Civitatum Hag
oae, Colmariae, Selestadii, Ob
Ehenhemii, Keisersbergae, Mo
sterii in Valle Sti Gregorii, Roshe
et Turinghemii.

(*L. S.*) Johann Balthasar Schneider, Syndicus
mariensis, et oppidi Stae Crucis Praefectus

Nomine Reipublicae Ulmensis
(*L. S.*) Marcus Otto *D.*, idemque nomine Civitatis Giengensis, Aalensis et Bopfingensis.

Nomine liberae Imperialis Civitatis Tremoniensis
(*L. S.*) Georgius Kumpsthoff, Syndicus.

Nomine liberarum Imperii Civitatum: Esslingae, Reutlingae, Nordlingae, Halae Suevorum, Heilbronnae, Lindaviae ad lacum Acronium, Campoduni, Weisseburgi in Noricis et Wimpinae.
(*L. S.*) Valentinus Heider. *D.*

Articulus secretus de redimendis Provinciis Caesaris hereditariis a Suecorum praesidiis.

Articulus secretus.

Cum inter caetera, quae Serenissimae Reginae Sueciae ut sibi pro locorum hoc bello tum in Imperio, tum in terris et regnis Imperatoris haereditariis occupatorum restitutione satisfieret pacique publicae in Imperio restaurandae condigne prospiceretur, praestari oportere conventa sunt, etiam hoc actum sit, ut nomine Sacrae Caesareae Majestatis dictae Reginae Sexcenta Dalerorum Imperialium millia exsolverentur. Ideo declarant Suae Majestatis Plenipotentiarii, et vigore suae Plenipotentiae promittunt Quadringenta Dalerorum Imperialium millia, de futuris Imperii collectis, quae de consensu Sacri Romani Imperii Electorum, Principum et Ordinum in Comitiis Imperialibus indicerentur, pro ea parte, quae Coronae Sueciae respectu Provinciarum, terrarum et locorum praesenti pacis Tractatu cessorum exsolvenda incum-

bet, defalcari oportere, adeo ut in futurum dicta corona dictis provinciis, terris et locis, nullas prorsus Imperato Imperio collectas praestare teneatur, donec tota ista sur Quadringentorum millium Imperialium thalerorum compen fuerit. Si quid etiam ex antehac indictis Imperii collectis r terit, quod dictae Provinciae forte solvere tenebantur, id quo virtute praesentis conventionis Serenissimae Reginae ces remissumque esto. Quod autem reliqua ducenta Imperialium lerorum millia attinet, ea summa nomine Caesareae Majest officialibus Serenissimae Reginae sufficienti ad id mandato structis Hamburgi a die pacis conclusae et subscriptae i menses tres infallibiliter et bona fide numerabitur et expende

Actum Osnabrugis die 18. Februarii. Anno 1647.

M. C. de Trautmansdorff.
J. Maximilianus Comes de Lamberg.
Johannes Crane.
Isaacus Volmar.

Legatorum Caesareorum de correctionibus I strumenti Pacis testimonium.

Attestatum de Correctione Instrumenti.

Notum sit universis et singulis quorum interest, quod d in describendo Diplomate Caesareo ratihabitionis Instrum Pacis ex incuria scribentis in Articulo decimo quinto, parag pho: Quod vero Quaestores etc. post verbum interea vox Se per: deinde paragrapho: Quod Controversias inter domos Hab acas etc. post vocilam subsignata, haec verba, Conventui huic insinuata: Tertio in clausula ratificatoria post verbum I periali, ista verba, Regio et Principali, omissa fuerint; item eodem paragrapho finali insertum: Assistentibus etiam, et scribi debuisset, Consentientibus et etc. Nos virtute nostrar plenipotentiarum dictos defectus et errores mea Comitis de Lam berg propria manu correxerimus et suppleverimus. In cujus r

fidem hoc nostrum attestatum, ne dicta correctio ullo unquam tempore in praejudicium interessatorum qualecunque allegari aut exponi possit aut valeat, expediri ac a nobis subscribi placuit.

Actum Monasterii die $\frac{9}{19}$. Febr. Anno millesimo sexcentesimo quadragesimo nono.

Joannes Maximilianus
Comes a Lamberg.

Joannes Crane.

Declaratio Paciscentium de executione Pacis citra moram peragenda.

De executione conclusae pacis.

Cum nondum omnia executioni mandata sint, quae vigore conclusae pacis ante ratihabitionum commutationem praestanda fuerunt, e re tamen visum sit, ne dicta Commutatio diutius differatur, Electorum, Principum et Imperii Statuum Legati per extraordinarios deputatos in praesentia Caesareae Legationis, foederatarum Coronarum Legatis stipulata manu, nomine totius Imperii denuo promiserunt ea omnia, quae ante Commutationem in effectum deduci debuissent, statim a facta commutatione juxta tenorem literarum nomine Ordinum die $\frac{1}{11}$. Januarii proxime elapsi ad Sacram Caesaream Majestatem perscriptarum, publicaeque conventionis praescriptum realiter et sincere executioni et effectui mandatum iri. Quantum vero restitutionem locorum et exauctorationem militum attinet, cum in Instrumento pacis cautum sit, quod antequam ad rem ipsam procedatur, de modo et ordine, quo talis evacuatio et exauctoratio instituenda sit, certa conventio per exercituum Duces iniri debeat, pro majori hujus negotii promotione concipiatur hic Monasterii ordo modusque, quo hujusmodi restitutio et exauctoratio quam commodissime et securissime fieri posse videatur, atque ad dictos partium Duces per expressos Cursores mittatur, cum requisitione, ut de matura executione quam primum conveniant. In quorum fidem majusque

robur declaratio praesens Caesareanorum, Regiorum et Statuum Imperii Protocollis inserta est.

Actum Monasterii die 17. Februarii. Anno 1649.

(L. S.)

Cancellaria Moguntina.

---

a) Die Reformation hat seit dem Beginn der Religionskriege in Deutschland bis zum Abschluss des Westphälischen Friedens fast bei allen wichtigen Ereignissen in der politischen Welt Europa's einen so bedeutenden Einfluss behauptet, dass die Uebersicht der besonders hervortretenden Momente jenes Zeitraums hier nicht am unrechten Orte seyn dürfte.

Die Augsburgische Confession nimmt ohne Zweifel unter den Bekenntnissen der evangelischen Kirche den ersten Platz ein. Es war für die Anhänger der neuen Lehre nothwendig geworden, ein vollständiges Bekenntniss ihres Glaubens niederzuschreiben, um auf dem Grund desselben die ungekränkte Freiheit ihres religiösen Lebens von dem Reichsoberhaupte in Anspruch zu nehmen. Dies bezweckte die Augsburgische Confession, d. h. das von den Protestanten auf dem Reichstage zu Augsburg am 25. Juni 1530 dem Kaiser und Reiche, mit der Unterschrift der protestantischen Reichsstände bekräftigte Glaubensbekenntniss. Luther hatte das Glaubensbekenntniss auf Befehl des Kurfürsten von Sachsen, Johann des Beständigen, zu Torgau in siebenzehn Artikeln abgefasst, allein, da sein Styl zu heftig war, hatte Melanchthon dasselbe, gleichfalls auf Befehl des Kurfürsten und mit Einwilligung der sämmtlichen protestantischen Fürsten und Theologen umgearbeitet.

Nach der in der ehemaligen bischöflichen Pfalz Statt gehabten Vorlesung liess der Kaiser durch den Pfalzgrafen Friedrich in der vollen Reichsversammlung den Evangelischen anzeigen, dass er diese wichtige Sache in Bedacht nehmen und die Resolution wolle wissen lassen. Hierauf hat der Kanzler Brück die deutsche und lateinische Confession dem kaiserlichen Secretair Alexander Schweiss übergeben wollen, damit dieser sie dem Kurfürsten von Mainz als Reichskanzler behändigen möge, der Kaiser trat indessen selbst hinzu und nahm beide Exemplare, deren lateinisches er dem Reichskanzler gab, das deutsche aber für sich behielt. Ersteres kam nach Mainz,

letzteres nach Brüssel, oder andern Angaben nach, ebenfalls nach Rom.

Es ist übrigens die historisch diplomatische Untersuchung über diese Urschrift, die Schicksale der beiden Exemplare, des deutschen und des lateinischen, zu Augsburg und den Ursprung der ersten Ausgabe der Augsburgischen Confession (Wittenberg 1531. 4) noch nicht beendigt. In der:

Historia der Augspurgischen Confession auf gnädigsten Befehl des Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Friedrichs des Andern, Herzogens zu Sachsen-Gotha, aus denen Original-Akten beschrieben von E. S. Cyprian D. (Gotha 1730. 4.). cap. X. (vom rechten, zu Augspurg wirklich vorm Reich verlesenen und dem Kaiser übergebenen teutschen Exemplar der Confession) heisst es:

„Man hat zwar behauptet, dass man so viele Auflagen des Augsburger Glaubensbekenntnisses habe, dass die Evangelischen selbst das rechte Exemplar nicht darzulegen wüssten, es ist aber letzteres, vor dem ganzen Reiche wirklich verlesene und *Carl V.* zu eignen Händen eingereichte deutsche Exemplar, eben dasjenige, dessen richtige Copie die gesammte evangelische Kirche im Jahre 1580 vor die zu Dresden, auch bald hernach zu Heidelberg u. s. w. gedruckte formula concordiae gesetzt hat."

Melanchthon nahm in allen folgenden Ausgaben kleine Aenderungen vor, allein von grösserer Wichtigkeit waren seine Veränderungen in der Ausgabe von 1540, die deshalb zum Unterschiede von der unveränderten, „die veränderte Augsburgische Confession" genannt wurde. Jene wurde von den Lutheranern, diese von den deutschen Reformirten angenommen, welche sich dadurch die den Augsburger Confessions-Verwandten im Religions-Frieden 1555 zugestandenen Rechte sicherten.

Auffallender Weise findet sich in den bis jetzt bekannten vollständigen Archiv-Exemplaren auch nicht eine Spur von diesen Erweiterungen und Verbesserungen, welche sich auf diese Art als eine spätere oder wenigstens als eine solche Arbeit darstellen, von welcher Melanchthon bei der Verfertigung des Mundums am 22. Juni 1530 keinen Gebrauch machen konnte oder wollte. Wenigstens scheint er bei der Abfassung seiner Apologie den Text der in den Archiven befindlichen Abschriften als gültig, also mit der Original-Handschrift übereinstimmend betrachtet zu haben; denn er verlangt, dass seine Gegner hinsichtlich des II. Artikels, von der Erbsünde, die deutsche Confession

einsehen sollen, wobei er die betreffende Stelle gerade so anführt, wie sie in den sämmtlichen Archiv-Handschriften sich vorfindet, (auch in dem ältesten Abdrucke von 1530). Diese Stelle lautet also:

„Weitter wird gelert das nach dem Fall Ade alle Menschen so naturlich geborn werden, in sunden empfangen und geborn werden, das ist, das sie alle von mutter leib an fol boser lust und neygung sind, und keyne ware Gottesforcht, kein waren Glauben an Gott von natur haben konnen."

In Melanchthon's deutscher Ausgabe finden sich nach den Worten: keine ware Gottesforcht, die Worte:

„keine ware Gotteslieb".

Von den Abschriften sind besonders zu erwähnen: die Augsburger, die Nürnberger, die Nördlinger, (welche auf der ersten Seite des ersten Blattes die Ueberschrift führt: confessio fidei der Lutherischen Stannd zu Augspurg übergeben 1530) und ein Exemplar der lateinischen Confession in einem kleinen Quart-Volumen im Anhaltischen Communal-Archive zu Dessau.

Nachricht von einer in der Augsburger Stadt-Bibliothek befindlichen Handschrift der Concordien-Formel mit Original-Unterschriften findet sich in:

D. E. Beyschlag, die Augsburgische Confession nach einer in dem Archive der Stadt Nördlingen befindlichen Handschrift, mit Varianten einer noch ungedruckten Handschrift aus der Bibliothek zu Augsburg und vier anderer gedruckter Abschriften, nebst angehängter Nachricht von einer in der Augsburger Bibliothek befindlichen Handschrift der Concordien-Formel mit Original-Unterschriften. Augsburg, 1830. 8.

Vergl. ferner:

Die wahre reine umgeänderte Kayser Carln dem Fünften Hochlöblicher Gedächtnuss Anno 1530 übergebene Confessio oder Bekantnuss. II., Religions-Friede, so zwischen den Augspurgischen Confessions-Verwandten und Römisch-Catholischen Ständen in dem Passauischen Vertrag bewilliget, und hernach Anno 1555 auf dem Reichstag zu Augspurg von der Römisch Kayserlichen Majestät und Gemeinen Ständen aufgerichtet und publicirt worden. Mit Anhang X Haupt-Fragen. Alten-Stettin, 1667. 12.

Confessio oder Bekantnus des Glaubens etlicher Fürsten und Stedte: Uberantwort Kaiserlicher Majestat: zu Augspurg Anno

MDXXX. Apologie der Confessio. (Am Ende der Apologie: gedruckt zu Wittenberg durch Georgen Rhaw, Anno MDXXXI.)

C. A. Salig, vollständige Historie der Augsburgischen Confession und derselben Apologie, aus bewährten Scribenten und gedruckten zum Theil auch ungedruckten Documenten genommen etc., mitgetheilt aus der Wolfenbüttelschen Bibliothek. Halle, 1730. 4.

Repulsio Articulorum Zwinglii Ces. Majestati oblatorum. Johanne Eckio authore, 1530 in Julio, 12.

Die ungeänderte wahre Augsburgische Confession, mit ihren Schriftgründen, und die drei Haupt-Symbole oder allgemeinen Glaubens-Bekenntnisse der christlichen Kirche. Dinkelsbuhl und Nürnberg. 1828. 8.

Danz, die Augsburgische Confession nach ihrer Geschichte, ihrem Inhalte und ihrer Bedeutung. Jena, 1829. 8.

J. A. Tittmann, die Augsburgische Confession deutsch und lateinisch nach den Original-Ausgaben Melanchthons. Dresden, 1830. 8.

Fikenscher. Geschichte des Reichstages zu Augsburg 1530 und des evangelischen Glaubensbekenntnisses. Nürnberg, 1830. 8.

F. W. Ph. v. Ammon, Denkmal der dritten Säcularfeier der Augsburgischen Confession. Erlangen, 1831. 8.

Dr. A. J. Binterim, der Reichstag zu Augsburg im Jahre 1530 und die Aeusserung des Herzogs Wilhelm von Bayern und des Bischofs Christoph von Stadion von Augsburg bezüglich der lutherischen Bekenntnisschrift. Veranlasst durch den Katechismus der evangelischen Kreissynode Duisburg. Eine geschichtliche Untersuchung. Düsseldorf, 1844. 8.

Die neue Glaubenslehre und deren Anhänger hatten vor Allem Spanien mit seinen damals so bedeutenden politischen Kräften gegen sich, so wie dieselbe bei den Niederländern das Verlangen erregte, sich der Spanischen Herrschaft zu entziehen. Frankreich wurde durch den Bürgerkrieg, der in Folge der Reformation das Land zerrüttete, unter vier Regierungen in seinen Grundfesten erschüttert. Dieselbe Ursache war es grossentheils, welche Schweden und Dänemark zuerst für das europäische Staatssystem wichtig werden liess. Die bürgerlichen Verhältnisse sowohl als die der Staaten gegeneinander erhielten durch die Reformation neue Berührungspunkte, und aus der Trennung der Kirchen entstand eine engere Vereinigung der Staaten unter sich. Furchtbar waren die ersten Wirkungen; ein

dreissigjähriger blutiger Krieg trug seine Verheerungen vom Innern Böhmens bis an die Mündung der Schelde und von den Ufern des Po bis an die Küsten der Ostsee.

Kaiser Carl V., durch den natürlichen Gang der Dinge an die Spitze des Bundes gestellt, der gegen die Anhänger der neuen Glaubenslehre geschlossen wurde, schien auf dem Reichstage zu Augsburg 1530 die verschiedenen Parteien aussöhnen zu wollen, da er indessen damit nicht zu Stande kam, erliess er gegen die Protestanten ein Decret, dem diese durch den Schmalkaldischen Bund (März 1531) begegneten. Letzterer war ein Resultat des schon im December 1530 begonnenen Convents zu Schmalkalden, d. h. ein Bündniss der protestantischen Fürsten wegen der zu besorgenden Kriegsgefahr. Luther publicirte nach geendigtem Reichstage eine Schrift: „Warnung an meine lieben Deutschen", worin er, zur Verhütung des zu besorgenden Krieges, darthat, dass, wer zu einem künftigen Religionskriege sich verleiten lassen würde, sich Gottes Gericht schuldig mache.

Die zwischen beiden Parteien entstandenen Unruhen sollten, nachdem vorher Berathschlagungen zu Schweinfurt Statt gefunden hatten, durch den am 23. Juli 1532 zu Nürnberg von den Protestanten unterzeichneten (ersten) Religions-Frieden geschlichtet werden, welcher am 2. August zu Regensburg vom Kaiser bestätigt wurde. Die Protestanten erhielten indessen dadurch keine neuen Vortheile, der Kaiser dagegen sah seine Wünsche erfüllt. Die ersteren gingen ihn nur ein, um dadurch für einige Zeit Ruhe und Sicherheit zu erlangen. Man verpflichtete sich übrigens gegenseitig nur, sich aller Feindseligkeiten wegen Religionssachen bis zu einem Concilium, oder, wenn dies nicht zu Stande kommen sollte, bis zu einem aufs Neue einzugehenden Vergleiche zu enthalten. Dieser Frieden wurde auch in den Jahren 1534—1545 sechs Mal von Neuem bestätiget. Das im Jahre 1546 zu Trident eröffnete Concilium wurde im Jahre 1547 vom Pabste Paul III. nach Bologna verlegt. Der Kaiser legte, nachdem er dessen Fortsetzung zu Trident vergebens verlangt hatte, einen förmlichen Protest gegen dasselbe ein, und liess nun über die Mittel berathschlagen, wie auch ohne Concilium die Religionsirrungen beizulegen wären. Es wurde daher durch einige von ihm dazu erwählte Männer ein Aufsatz entworfen, wie es in Betreff der Hauptpunkte des christlichen Glaubens etc. gehalten werden solle, d. i. das sogenannte Interim (Augsburger Interim). Carl V. genehmigte dasselbe am 15. Mai 1548 (in welchem Jahre auch der Landfriede zu Augs-

burg zu Stande kam) und gab ihm die Kraft eines Reichsgesetzes. In dieser Verordnung, wie es einstweilen (interim) bis zur Entscheidung durch ein allgemeines Concilium mit der Verfassung, der Lehre und den Gebräuchen der Kirche in Deutschland gehalten werden solle, wurde den Protestanten nur der Kelch beim Abendmahle und die Priesterehe nachgelassen, während sie im Uebrigen die schon seit mehr als zwanzig Jahren bei ihnen ausser Gebrauch gekommenen Formen und Ceremonien des Katholicismus wieder beobachten sollten. Die Protestanten wurden dadurch noch mehr erbittert, und nur wenige Stände nahmen das Interim ohne Weigerung an. Es entstanden dadurch manche Bewegungen, namentlich in Obersachsen, auch hatten die Protestanten, abgesehen von diesen innern Unruhen, von ihren Römischen Gegnern wenig Ruhe. Im Jahre 1549 starb Paul III., und der neu erwählte Pabst Julius III. liess sich bereit finden, das Concilium zu Trident fortsetzen zu lassen, so dass das Interim vergessen werden konnte. Es mussten indessen in dieser Zeit schon wegen der Kirchenversammlung die Protestanten in neuer Besorgniss seyn, da der Pabst in seiner Bulle auf sie gar keine Rücksicht nahm, und der Kaiser sie und ihre Lehre fortdauernd ungünstiger behandelte; so wurden z. B. im April 1550 durch ein kaiserliches Decret alle seit dreissig Jahren ausgegebenen protestantischen Bücher verboten u. s. w. Die hierauf entstandenen Feindseligkeiten wurden beendigt durch den im Jahre 1552 zwischen dem Kurfürsten Moritz von Sachsen und dem Könige Ferdinand zu Passau geschlossenen Vertrag, welcher das erste Reichsgrundgesetz ist, welches den Protestanten, nach langem Streite, die Ausübung ihrer Religion und bürgerlichen Rechte sichert.

Dieser Vertrag war auch der Grund des am 26. September 1555 zu Augsburg, wo der zu Passau versprochene und vom Kaiser zwar schon 1553 beschlossene aber erst 1555 eröffnete Reichstag gehalten wurde, unterzeichneten Religionsfriedens. Vergl:

Lünig. Sammlung der Reichsabschiede, Th. III. S. 10.

Diesen Friedensvertrag hatte ein Ausschuss, sowohl aus dem fürstlichen als aus dem kurfürstlichen Collegium, jeder für sich, entworfen. Den Bestimmungen desselben gemäss sollte von beiden Seiten kein Reichsstand wegen seiner Religion und Kirchengebräuche angefochten, sondern bei seinem Glauben, Ceremonien, Habe und Gütern, Land und Leuten, Obrigkeit und Gerechtigkeit ruhig und friedlich gelassen werden. Religionsstreitigkeiten sollten ferner nur durch freundliche und friedliche Mittel ausgeglichen, der Abzug aus einem Lande in das andere, der Religion wegen, gestattet und endlich dieser Frieden fest

gehalten werden, auch wenn durch kein Mittel ein Religionsvergleich zu Stande käme. Nur zwei Punkte verursachten hartnäckige Schwierigkeiten:

1) Die Protestanten verlangten, dass es auch den geistlichen Ständen freistehen solle, zur Augsburgischen Confession zu treten, während die Katholiken erklärten, dass dieselben in so weit ausgenommen würden, als jeder Geistliche, welcher zur protestantischen Lehre überträte, ipso jure et facto seines Amtes und Standes entsetzt erklärt werden müsse. Diesen Punkt, weil ihn die Katholiken sich als Vorrecht behielten, nannte man den geistlichen Vorbehalt. über welchen der Römische König Ferdinand im Namen des Kaisers dahin entschied, dass jeder Erzbischof, Bischof, Prälat oder Geistliche, welcher künftig aus der Gemeinschaft der katholischen Kirche treten würde, auch sogleich sein Amt abtreten und auf alle Einkünfte desselben, jedoch ohne Nachtheil seiner Ehre und Würde, verzichten solle.

2) Die Frage: ob die von Adel, Städten, Communen und Unterthanen, welche der Augsburgischen Confession verwandt und unter katholischen Fürsten und Ständen gesessen, die Religionsfreiheit geniessen sollten? entschied Ferdinand dahin: dass sie nicht von ihrem Glauben und Gottesdienst gedrängt, sondern bis zur christlichen Vergleichung der streitigen Religion in Ruhe gelassen werden sollten.

Von diesem Frieden, welcher mit dem Reichsabschiede publicirt wurde, war noch die reformirte Kirche ausgeschlossen, die erst im Westphälischen Frieden mit der protestantischen gleiche Rechte erhielt.

Wider die Punkte des abzuschliessenden Religionsfriedens gab der Bischof von Augsburg, Cardinal Otho (v. Truchsess) durch seinen Kanzler Conrad Brun eine Protestation ein, dieselbe (d. d. Augsburg 23. März 1555) findet sich in:

Pacis Compositio inter principes et ordines Imperii Romani Catholicos atque Augustanae Confessioni adhaerentes in comitiis Augustae anno MDLV edita. Quam jureconsulti quidam catholici ex publicis comitiorum actis et decretis, adversus complurium acatholicorum scriptorum Commenta quaestionibus illustraverunt anno MDCXXIX. Dilingae. 4.

Die Erbitterung, welche, wie erwähnt, schon lange vorher in den Gemüthern der beiderseitigen Religions-Verwandten entstanden

war, wurde auch durch die gedachten Verträge nicht erstickt, sondern herrschte in steigendem Grade und gab auch den Anlass zum Ausbruche des dreissigjährigen Krieges. Es hatten die Protestanten namentlich in Böhmen, Oesterreich und Schlesien viel Ungemach zu erdulden. Diejenigen Böhmischen Stände, welche von der Zeit des Hussitenkrieges her das Abendmahl unter zweierlei Gestalt genossen, traueten denen nicht mehr, welche dasselbe unter einerlei Gestalt empfingen, und sie brachten mit grossen Unkosten im Jahre 1609 vom Kaiser Rudolph II. eine neue Bestätigung ihrer Religionsfreiheit heraus, d. i. der Majestäts-Brief, den ihnen ihr neu gewählter König Ferdinand II. bekräftigte. Als aber demungeachtet an manchen Orten in Böhmen ihre Kirchen niedergerissen und sie auch ausserdem auf's Neue bedrängt wurden, stieg die Erbitterung mehr und mehr. Sie hielten gegen des Kaisers Verbot einen Landtag, und wollten auch wegen ihrer Beschwerden mit dem kaiserlichen Statthalter conferiren. Als sie dort schlechtes Gehör fanden, eilten sie bewaffnet auf das Schloss (den Ratisstein) und stürzten drei kaiserliche Beamte, nämlich den Oberst-Burggrafen, Grafen v. Slavata, den Oberst-Landrichter v. Martinitz und den Secretair Fabricius, 27 Ellen hoch in den Schlossgraben hinab, (am 13. Mai 1618). Dieser Vorfall gab den unmittelbaren Anlass zum Beginn des dreissigjährigen Krieges.

Kaiser Mathias und König Ferdinand erklärten die erwähnten böhmischen Stände für Rebellen, diese kündigten letzterem, nachdem der Kaiser gestorben war, allen Gehorsam auf und erwählten Friedrich V., Kurfürsten in der Pfalz, zu ihrem Könige. Seine Armee wurde indessen vom kaiserlichen General Tilly und dem Herzog Maximilian von Bayern am 8. November 1620 auf dem weissen Berge bei Prag gänzlich geschlagen, er selbst, in die Acht erklärt, floh zu den Holländern, und Bayern erhielt die Kurwürde nebst der Ober-Pfalz. Alle, die ihm beigestanden hatten, wurden ebenfalls geächtet und zu Prag vierundzwanzig der Vornehmsten enthauptet. Die Jesuiten wurden wieder in Böhmen eingeführt und alle evangelischen Geistlichen in Böhmen, Oesterreich und Steiermark mussten das Land verlassen.

Böhmen, Mähren und Schlesien wurden nach der Prager Schlacht wieder unter kaiserlichen Gehorsam gebracht, die Lausitz eroberte der Kurfürst von Sachsen und erhielt sie als Eigenthum vom Kaiser wegen seiner Treue und aufgewendeten Kosten. Die Unterpfalz wurde theils von den Spaniern, theils von den Bayern eingenommen, welche

dieselbe auch bis zum Westphälischen Frieden behielten. Im Jah 1622 wurde Herzog Christian von Braunschweig bei Höchst und d Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach bei Wimpfen geschl gen. Tilly eroberte in demselben Jahre Heidelberg und wur vom Kaiser in den Niedersächsischen Kreis geschickt, wo er ein Ort nach dem andern wegnahm.

Die Protestanten kamen mehr und mehr auf den Gedanke es sei ihren Gegnern um gänzliche Ausrottung ihrer Religion zu th Die Niedersächsischen Kreisfürsten verbanden sich daher unt einander, ihre Freiheit und Religion zu schützen. Ihr Haupt w Christian IV., König von Dänemark, in der Eigenschaft eines Hz zogs von Holstein. Hierauf kam es auch dort zum Kriege.

Im Jahre 1625 nahm Tilly Hameln, Höxter und Minden ei Waldstein schlug den Graf Mansfeld bei Dessau, die Hauptschlac aber hatte 1626 bei Königs-Lutter Statt, in derselben wurde d König von Dänemark durch Tilly geschlagen und in Folge dieser Ni derlage vom Kaiser zum Lübeckischen Frieden gezwungen, i welchem er sich verpflichtete, an den Deutschen Angelegenheit ferner keinen Theil zu nehmen. Der Kaiser erklärte den Erzbisch zu Magdeburg in die Acht, verjagte die Herzoge von Mecklenbu aus ihrem Lande, belegte ganz Deutschland mit Contribution u suchte sich zum Meister der Ostsee zu machen. Wismar, Rosto und die meisten Pommerschen Städte mussten kaiserliche Besatzun einnehmen, Stralsund aber leistete so kräftigen Widerstand (162 dass Waldstein davon abziehen musste, obgleich er sich vermess hatte, diese Stadt einzunehmen, wenn sie auch mit Ketten an d Himmel gebunden wäre.

Im Jahre 1629 gab Kaiser Ferdinand II. das Restitution Edikt, nach welchem die Protestanten alle geistlichen Güter wieder erstatten sollten, welche sie nach dem Passauischen Vertrage einge nommen. Im Jahre 1630 wurde eine grosse kaiserliche Commissio niedergesetzt, die in allen Kreisen des Römischen Reichs untersuche sollte, welche Bisthümer, Abteyen, Klöster und andere geistlich Stiftungen seit 1552 die Religion geändert und diese sollten sämmtlich restituirt werden. Die Execution begann auch sofort, und zuer wurde in Augsburg den Evangelisch-Lutherischen die freie Religionsübung verboten, die vierzehn dortigen evangelischen Prediger wurden ihres Dienstes entlassen und hierdurch der öffent liche Gottesdienst nach der Augsburgischen Confession eingestellt.

Ausserdem fanden Bedrückungen der Protestanten bei jeder Ge

Ungemach Statt, und die evangelischen Fürsten nahmen sich vergebens der Sache an.

Im Juni 1630 landete Gustav Adolph, König von Schweden, welcher für sein Reich durch die an der Ostsee ausgebreiteten Kaiserlichen nicht viel Gutes erwarten konnte und seinen Glaubensgenossen zu Hülfe kommen wollte, mit einer Flotte bei Stralsund, trieb die Kaiserlichen aus Pommern und Mecklenburg, setzte in letzterem die vom Waldstein vertriebenen Herzoge wieder ein und bemächtigte sich vieler Städte und Festungen in den Brandenburgischen Ländern.

Im Jahre 1631 eroberte Tilly Magdeburg mit Sturm und zerstörte es, wobei gegen 30,000 Menschen umkamen. Die Städte in Obersachsen bedrängte er hart und eroberte Leipzig. Hierauf verband sich der Kurfürst von Sachsen mit dem Könige von Schweden, und sie schlugen im September 1631 bei Leipzig die Kaiserlichen, worauf Gustav Adolph sich der Städte Erfurt, Würzburg, Frankfurt a/M. u. s. w. bemächtigte und sein General Banner Magdeburg eroberte. Im folgenden Jahre kamen auch Wismar, Bamberg, Nürnberg und Donauwörth in Schwedische Hände, im März ging Gustav Adolph über den Lech und schlug die Kaiserlichen, bei welcher Gelegenheit Tilly das Leben einbüsste. Im April eroberte er Augsburg und Landshut, im Mai München; seine Truppen drangen sogar bis Bregenz am Bodensee vor und erschlugen gegen 4000 bewaffnete Bauern; auch im Elsass hatten die Schweden Eroberungen gemacht. Nachdem Gustav Adolph Waldstein in seinem Lager vor Nürnberg, jedoch nicht ohne Verlust, angegriffen hatte, begab er sich nach Meissen. In der Schlacht bei Lützen (im November 1632) blieb Gustav Adolph, worauf der Herzog Bernhard von Weimar den Oberbefehl übernahm und den Sieg der Schweden vollendete. Die Kaiserlichen verloren an diesem Tage den General Grafen Pappenheim.

Nach Gustav Adolphs Tode behielt dessen Kanzler, Graf Oxenstierna, das Directorium auf Seiten der Protestanten.

Im Jahre 1633 schlug der Herzog Georg von Lüneburg die Kaiserlichen und eroberte Hameln und Osnabrück. Der Herzog von Friedland schlug die Sachsen und jagte die Schweden aus Schlesien, wurde aber im Februar 1634 zu Eger ermordet. In demselben Jahre schlug der sächsische General Arnheim die Kaiserlichen bei Liegnitz, letztere erfochten dagegen in demselben Jahre einen grossen Sieg über die Schweden bei Nördlingen, in Folge dessen letztere ganz Bayern, Schwaben, Elsass und Franken räumen mussten.

Die Niederlage bei Nördlingen zog unübersehbar grosse Verluste nach sich; die Schweden hatten die Ueberlegenheit im Felde verloren und mit dieser das Vertrauen der Bundesgenossen, so dass eine gefährliche Trennung dem protestantischen Bunde den Untergang drohete. Oxenstierna suchte Hülfe bei den deutschen Ständen, es fehlte aber an Leuten, Geld und gutem Willen, namentlich verliess jetzt der Kurfürst von Sachsen die schwedische Sache, um zu Pirna mit dem Kaiser über den Frieden zu unterhandeln. Ohne Hülfe von seinen deutschen Bundesgenossen, suchte er diese beim Auslande, bei England, Holland und Venedig und endlich in der äussersten Noth bei Frankreich. Diesen Augenblick, den Ansprüchen Frankreichs auf das Elsass so günstig, hatte Richelieu mit Ungeduld erwartet. Oxenstierna trat die Reichsstadt Philippsburg und mehrere andere verlangte Plätze ab und auch die oberdeutschen Protestanten liessen durch eine eigene Gesandschaft das Elsass, die zuvor zu erobernde Festung Breisach und alle Plätze am Oberrhein unter französischen Schutz stellen. Frankreich verpflichtete sich dagegen, den Schweden durch Bekriegung der Spanier Luft zu machen; es wurden gegen letztere auch wirklich, nachdem zu Brüssel förmlich der Krieg angekündigt worden, die Feindseligkeiten von drei verschiedenen Armeen, in Flandern, in dem Veltlin und in Mailand, eröffnet. Ferner machte sich Richelieu anheischig, wenn es mit dem Kaiser selbst zu einem öffentlichen Bruche kommen sollte, diesseits des Rheins eine Armee von 12,000 Mann zu unterhalten, und es wurde auch eine solche unter der Anführung des Cardinals von La Valette nach Deutschland gesendet, welche, ohne vorherige Kriegserklärung, sich mit dem Herzoge Bernhard gegen den Kaiser vereinigte.

Ein der Niederlage bei Nördlingen an die Seite zu stellender empfindlicher Schlag war für die Schweden die endlich im Jahre 1634, vorzüglich durch Vermittelung des spanischen Hofes, zu Pirna erfolgte Aussöhnung des Kaisers mit dem Kurfürsten von Sachsen, welcher im Mai 1635 zu Prag ein förmlicher Friedensschluss folgte. Vergl:

Deploratio Pacis Germanicae, sive dissertatio de Pace Pragensi, tam infauste quam injuste inita Pragae Bohemorum $\frac{30}{20}$ Maji MDCXXXV. Authore Justo Asterio J. Cto. Lutetiae Parisiorum. MDCXXXVI. 4.

Obgleich alle deutschen Reichsstände, sogar die Schweden, eingeladen worden, an diesem Frieden Theil zu nehmen, und nur Würtemberg, Baden und diejenigen Stände ausgeschlossen waren, welche unter Oxenstierna's Direction den Rath der oberdeutschen Stände aus-

machten, so wurde es, namentlich durch die ungleiche Behandlung, den Schweden doch leicht, sich einen Anhang in Deutschland zu sichern und das Feuer des Krieges zu unterhalten. Zwar wurden sie durch den Abfall eines grossen Theiles ihrer bisherigen Bundesgenossen geschwächt, zugleich aber auch aller Schonung gegen dieselben überhoben. Im Vertrauen auf den mächtigen Schutz Frankreichs erhoben sich Deutsche und Schweden aufs Neue, um von den freilich nun zahlreicher gewordenen Feinden einen vortheilhafteren Frieden zu erfechten.

Am 24. September 1634 schlug der schwedische General Banner die allirte Armee der Kaiserlichen und Sachsen bei Wittstock, eilte demnächst über die Elbe und trieb die Kaiserlichen durch Thüringen und Hessen bis nach Westphalen, worauf er zurückkehrte und im sächsischen Lande die Winterquartiere bezog. Am 15. Februar 1637 starb Kaiser Ferdinand II. und sein Sohn Ferdinand III. bestieg den Thron. Im Jahre 1638 eroberte der Herzog Bernhard, welcher im folgenden Jahre starb, die Festung Breisach, nachdem er vorher, am 21. Februar, über die Kaiserlichen einen bedeutenden Sieg erfochten und vier Generale, unter ihnen Johann von Werth, zu Gefangenen gemacht hatte. Im Jahre 1641 drang Banner, in Begleitung des Marschalls Guebriant, welcher die französische und weimarische Armee befehligte, durch Thüringen und das Voigtland bis Regensburg vor, ehe der Reichstag vor seiner Ankunft gewarnt werden konnte. Der Kaiser, welcher erklärte, die Stadt nicht verlassen zu wollen, stärkte durch sein Beispiel die Andern, welche sich schon zur Flucht gerüstet hatten. Zugleich fiel Thauwetter ein, so dass die Donau weder trockenen Fusses noch, wegen des Eisganges, auf Schiffen überschritten werden konnte. Banner zog sich daher zurück und starb im Mai desselben Jahres zu Halberstadt. Sein Nachfolger, der zum schwedischen Generalissimus ernannte Bernhard Torstensohn, ein Zögling Gustav Adolphs, erschien mit frischen Truppen und Geld, fiel in Schlesien ein, eroberte einen grossen Theil desselben, schlug 1642 die Kaiserlichen bei Leipzig, siegte 1644 über den kaiserlichen General Gallas, welcher dabei fast seine ganze Armee einbüsste.

Im November 1642 war der Tod des Cardinal Richelieu und im Mai 1643 der Ludwigs XIII. erfolgt. Beideshatte die Aufmerksamkeit Frankreichs eine Zeit lang von dem Kriege in Deutschland abgezogen, aber Mazarin, Richelieu's Nachfolger, verfolgte dessen Pläne mit erneuetem Eifer und kehrte die Hauptstärke der Armeen nicht, wie sein Vorgänger, gegen Spanien, sondern gegen den Kaiser. Er sandte dem Marschall Guebriant eine bedeutende Verstärkung nach

dem Elsass (unter der Anführung des Herzogs von Enghien, nachherigen Prinzen von Condé). Guebriant eilte hierauf über den Rhein zurück, um in Schwaben Winterquartiere zu nehmen. Er nahm auch wirklich die Stadt Rottweil, erhielt aber bei dieser Gelegenheit eine Wunde, welche seinen Tod zur Folge hatte. Am 24. Nov. 1643 erlitt die französische Armee bei Tuttlingen, wohin sie sich ohne Ahnung eines feindlichen Ueberfalls zurückgezogen hatte, von den Kaiserlichen unter Hatzfeld und den Bayern unter Mercy, denen sich auch der Herzog von Lothringen beigesellt hatte, eine bedeutende Niederlage. Im Jahre 1644 eroberte der Herzog von Enghien die Festung Philippsburg und schwächte die Bayern bei Freiburg, obgleich er sich nach einem mörderischen Kampfe zurückziehen musste, in einem solchen Grade, dass sie, unfähig das hart gedrängte Oestreich zu entsetzen, nicht einmal die Rheinufer vertheidigen konnten. Speyer, Worms, Mannheim und Mainz ergaben sich. Turenne hatte sich von Condé getrennt und nach Schwaben gewendet; bei Mergentheim wurde er im Jahre 1645 von den Bayern geschlagen, welche unter Mercy in Hessen eindrangen. Der Herzog von Enghien eilte darauf aus dem Elsass, die Hessen vom Rheine und Königsmark aus Mähren zu Hülfe, und die besonnene Leitung Turenne's entschied am 3. Aug. 1645 die Schlacht bei Allersheim (unweit Nördlingen) in welcher die Bayern ihren Anführer Mercyv erloren, zum Vortheil der Verbündeten. Demungeachtet musste sich das geschwächte Heer Turenne's, namentlich auch durch den Abzug der Hessen vermindert und bedroht durch die Annäherung kaiserlicher Hülfstruppen, eilig nach dem Rheine zurückziehen.

Torstensohn verfolgte die unterdessen an der Elbe errungenen Vortheile; während Königsmark das Gebiet von Bremen unterwarf und der General Axel Lilienstern Kursachsen bedrängte, brach er selbst in Böhmen ein, auf welche Nachricht Ferdinand sich nach Prag begab. Auf seinen Befehl versammelte Hatzfeld die ganze österreichische und bayerische Macht bei Jankowitz, wurde daselbst am 24. Februar 1645 gänzlich geschlagen und gefangen genommen. Durch diesen Sieg waren alle österreichischen Lande dem Feinde geöffnet, Ferdinand entfloh nach Wien, die Schweden brachen in Mähren und Oesterreich ein und nahmen zuletzt selbst die Schanze an der Wolfsbrücke, unweit Wien. Zu gleicher Zeit hatte Johann Georg von Sachsen mit den Schweden Waffenstillstand geschlossen, welcher bis zum allgemeinen Frieden von Jahr zu Jahr verlängert wurde. Die viermonatliche Belagerung von Brünn durch die Schwe-

den war indessen vergebens, Torstensohn liess daher in den eroberten Schlössern Besatzungen zurück, um einen Schlüssel zu Mähren und Oesterreich zu behalten und begab sich nach Böhmen, wohin ihm die Kaiserlichen unter dem Erzherzoge Leopold folgten, welchem, so wie nach dem Abmarsche der Schweden dem kaiserlichen Generale Buchheim, die Wiedereroberung der verlorenen Plätze gelang, so dass im folgenden Jahre die österreichische Grenze wieder gänzlich vom Feinde befreit war. Demungeachtet hatte die Unternehmung Torstensohn's für die schwedische Partei die wichtigsten Folgen; sie nöthigte Sachsen zum Waffenstillstande, Dänemark zum Frieden und den Kaiser zu grösserer Nachgiebigkeit bei dem späteren Friedens-Congresse. So legte er, im Bewusstsein seine Pflicht erfüllt zu haben, wegen überhand nehmender Krankheit seine Stelle nieder. Ihm folgte im Obercommando der schwedischen Armee der General Gustav Wrangel, mit dem sich Turenne bei Giessen vereinigte. Er zog in Eilmärschen an die Donau, schlug die Bayern bei Donauwörth, belagerte aber Augsburg und Lindau fruchtlos, obgleich er die Donau und den Lech ohne Widerstand überschritten hatte. Nachdem Augsburg von den Kaiserlichen entsetzt und Wrangel bis Lauingen zurückgedrängt war, hierauf aber die Kaiserlichen sich auf's Neue, um den Krieg von den bayerischen Gränzen zu entfernen, gegen Schwaben gewendet hatten, passirte er den unbesetzt gelassenen Lech und versperrte denselben jetzt den Kaiserlichen selbst, so dass Bayern unvertheidigt dalag und selbst durch die Ankunft der kaiserlichen und bayerischen Truppen, welche endlich bei Thierhaupten den Uebergang über den Lech bewerkstelligten, keine Milderung des überhandnehmenden Elends fand. So kam am 14. März 1647 der Waffenstillstand mit Bayern zu Ulm zu Stande, worauf die Franzosen sich ins Herzogthum Würtemberg, die Schweden nach Oberschwaben, in die Nähe des Bodensee's begaben und die Stadt Bregenz einnahmen. Die gesunkene Macht und hülflose Lage der Kaiserlichen, jetzt unter dem Befehle des Generals Melander, wurde, aus Eifersucht gegen Schweden, von dem französischen Minister nicht benutzt, sondern Turenne von Wrangel getrennt und an die niederländischen Grenzen gezogen. Wrangel wendete sich von Schwaben nach Franken, eroberte Schweinfurt, drang in Böhmen ein, und nahm, vor Ankunft der Kaiserlichen, Eger. Maximilian von Bayern, der von dem Waffenstillstande die gehofften Vortheile nicht erhalten hatte, vielmehr sah, dass derselbe den Verhandlungen zu Münster und Osnabrück eine ungünstige Wendung

gab, kündigte denselben 1648 auf und sandte dem Kaiser Hülf nach Böhmen, so dass Wrangel sich zurückziehen musste und durch Thüringen nach Westphalen und Lüneburg ging, um sich mit Turenne zu vereinigen. Die Kaiserlichen unter Melander und die Bayern unter Gronsfeld folgten ihm bis zur Weser. Sein Untergang, der unvermeidlich war, wenn der Feind ihn vor seiner Vereinigung mit Turenne erreichte, wurde nur dadurch gehindert, dass der Kurfürst von Bayern plötzlich aufhörte ihn zu verfolgen, weil er, so nahe der Abschliessung des Friedens, nicht geschehen lassen wollte, dass dieser durch ein abermaliges Uebergewicht der Macht auf Seite der Kaiserlichen aufs Neue verzögert werde. Melander wandte sich über Jena und Erfurt nach Hessen, und machte dies Land, dem er früher gedient hatte, zum Schauplatz der furchtbarsten Verwüstung, wurde aber in demselben Jahre von Wrangel vertrieben und floh nach der Donau. Endlich stiess Turenne zu Wrangel, beide drängten Melander bis an die Donau, schlugen die Armee der Kaiserlichen und Bayern bei Zusmarshausen. In dieser Schlacht wurde Melander tödlich verwundet und Gronsfeld stellte sich nach derselben jenseits des Lechs auf, um Bayern zu schützen, konnte aber den Einbruch des Feindes nicht hindern. Maximilian floh nach Salzburg, während die Schweden über die Isar gingen und bis an den Inn vordrangen. Piccolomini erschien aus den Niederlanden, um den Befehl über den Rest der Kaiserlichen zu übernehmen. Die Schweden und Franzosen zogen sich aus Mangel von dem verwüsteten Bayern nach der Oberpfalz zurück, wo sie die Nachricht des geschlossenen Friedens erreichte.

Carl Gustav, Pfalzgraf von Zweibrüken (der nächste Verwandte und Nachfolger der Königin Christina von Schweden) war 1648 mit 7000 Mann frischer Truppen auf Deutschem Boden angelangt, und zog vor Prag die ganze schwedische Macht aus Böhmen und Schlesien zusammen. Königsmark eroberte die sogenannte kleine Seite der böhmischen Hauptstadt, während die Altstadt noch Widerstand leistete, als der Beginn des Winters die Belagerer nöthigte die Winterquartiere zu beziehen, wo auch sie von dem geschlossenen Frieden Nachricht erhielten.

Zwei Hauptpunkte, welche sich gänzlich ineinander verwickelten, sollten endlich friedlich entschieden werden, nämlich das Verhältniss der halbsouveränen Stände gegen das

Reichsoberhaupt, und die Stellung der evangelischen Kirche in Deutschland gegen die katholische. Ihnen untergeordnet waren die Fragen: wie die Lutheraner und Reformirten sich gegeneinander verhalten, wie die politischen Beziehungen der Stände unter sich und welche nach so langer blutiger Fehde und gränzenloser Verwirrung ihre Besitzungen seyn würden. Zugleich sollte über die Ansprüche der Kronen Schweden und Frankreich auf Entschädigung u. s. w. entschieden werden.

Ein im Jahre 1640 zu Regensburg zusammenberufener Reichstag, seit 1613 wieder der erste, bemühete sich, den Kaiser zur Genehmigung aller Forderungen der erwähnten beiden Kronen zu bewegen und billigte den Vorschlag des französischen Cabinets, die Städte Münster und Osnabrück zur Friedensversammlung zu wählen. Die am 25. December 1641 zu Hamburg unter Vermittelung des Königs Christian von Dänemark zwischen dem Kaiser und Frankreich abgeschlossenen Friedenspräliminarien (die früheren zu Cöln und Lübeck waren wieder abgebrochen) bestimmten, dass die gedachten Orte für neutral erklärt werden sollten. Die Genehmigung erfolgte aber erst im Anfange des Jahres 1643, wo auch der Tag bestimmt wurde, an welchem das Geschäft der Friedensversammlung in Westphalen eröffnet werden sollte. Vorher, d. h. am 27. Mai desselben Jahres lösete der kaiserliche Gesandte Reichshofrath Dr. Johann Crane auf dem Rathhause zu Münster feierlich den Eid, wodurch die Stadt dem Kaiser und Reich und ihrem Bischof verbunden war, damit sie während der Dauer der Friedensverhandlungen nur der Neutralität verpflichtet sey, vergl:

v. Meiern Acta pacis Westphal. T. I. §. XI.

Die Rang- und Titelstreitigkeiten verzögerten die Eröffnung des Doppelcongresses, so wollten z. B. die fürstlichen Gesandten gleich den kurfürstlichen den Titel „Excellenz" in Anspruch nehmen, so dass der kurbrandenburgische Gesandte einst ungeduldig ausrief:

„Wir könnten wohl etwas Gutes mit einander ausrichten, wenn nur die gottlose Excellenz nicht wäre."

Namentlich begann, nachdem endlich die meisten Gesandten eingetroffen und ihre Vollmachten in die Hände der Vermittler d. h. des päpstlichen Nuntius und des Botschafters von Venedig gelegt, letztere aber ihnen dieselben wechselseitig ausgehändigt hatten, ein weitläuftiger Streit über die Form und den Inhalt dieser Vollmachten. Nach mehr als sechszehn Monaten nach dem Tage, welcher zur Er-

öffnung der Friedensversammlung bestimmt worden, waren Schwierigkeiten noch nicht beseitiget, und es konnte noch lang vergehen, ehe die Originale der abgeänderten Vollmachten v verschiedenen Höfen anlangten. So beschlossen endlich die Ge am 20. November 1644 die Hauptverhandlungen zu beginnen, die Originale abzuwarten, und am 4. December wollten die lichen, spanischen und französischen Gesandten ihre ersten Fr vorschläge in die Hände der Vermittler zur Auswechselung Fortdauernd verstrich indessen die Zeit unnütz und unter man Bewegungen kam der 16. Februar 1645 heran, an welchem Tage ginale der geänderten Vollmachten den Vermittlern übergeben w So konnte man endlich mit den wirklichen Verhandlungen beg dieselben fanden Statt:

zu Osnabrück zwischen den kaiserlichen, reichs dischen und schwedischen Gesandten,

zu Münster zwischen den kaiserlichen, französis und anderer fremder Mächte Gesandten,

jedoch stets in gewisser Verbindung untereinander, und so, d an beiden Orten angenommenen Artikel für Einen Tractat g werden sollten, und kein Theil ohne den andern Frieden sch konnte.

Die Trennung geschah hauptsächlich, um Rangstreitig zwischen Schweden und Frankreich zu vermeiden, sodann aber weil ersteres mit dem päpstlichen Nuntius Fabio Chigi zu verh nicht geneigt war.

Der Geschichtschreiber des Congresses war der Ge des Fürst-Bischofes von Corvey, Adam Adami (s. unten),

---

Spanien hatte an dem Deutschen Kriege wenig Antheil g men, aber dieser konnte durch keinen Frieden beendigt w wenn es nicht auf allen Schauplätzen seines Krieges mit Frank die Waffen niederlegte und sich mit den Vereinigten Niederla aussöhnte. So kam es am 20. Januar 1648 zu einem Particu Frieden zwischen Spanien und der Niederländischen publik (publicirt am 5. Mai 1648). Durch diesen Vertrag w die sieben vereinigten Provinzen als eine freie und selbstständig publik gesichert, nicht nur mit den alten unversehrten Gränzen i

Gebiete, sondern auch mit ansehnlichen Theilen von Brabant, dem Herzogthume Lüneburg und Flandern, welche unter dem Namen der Generalitätslande Domainen des Staatenbundes wurden. Die Niederlande waren durch den Besitz von Mastricht Meister der Maas und hatten von den Spaniern das drückende Recht ertrotzt, die Schelde nach Gefallen zu sperren. Ferner blieben ihnen ihre Eroberungen ausserhalb Europa, auch sollten sie in Ostindien so weit erobern dürfen, als sie vermöchten, während die Spanische Macht daselbst nicht über die gegenwärtigen Gränzen ihres Gebietes und ihrer Schifffahrt hinaus sich erweitern durfte. Vergl:

Spittler's Entwurf der Geschichte der Europäischen Staaten. Berlin. 1793. Th. I. S. 396. 397.

S. auch: F. M. Oertel die Staatsgrundgesetze des deutschen Reichs etc. Nr. XII, Einleitung.

b) Der Westphälische Frieden hatte die Ruhe in Deutschland hergestellt und ein neues politisches System begründet. Er hatte ein neues Zeitalter zur Folge und war die Grundlage aller spätern Friedensunterhandlungen bis zur französischen Revolution, so wie er als das vornehmste Grundgesetz der Deutschen Staatsverfassung angesehen wurde. Wenn gleich auch die Concordata Nationis Germanicae sive Principum cum Sede apostolica de anno 1448, der Landfrieden zu Augsburg vom Jahre 1548 und der Frieden zu Aachen vom Jahre 1748, welcher den westphälischen Frieden erneuerte und bestätigte, von Bedeutung waren, so enthält doch letzterer die ersten und zugleich ausreichenden Grundlagen für die Stellung zwischen der katholischen und protestantischen Kirche, namentlich in Deutschland. In demselben sind drei Hauptgegenstände des Kirchenthums abgehandelt und bestimmt, d. h. die Freiheit der Religionsübung, die geistlichen Stiftungen und die geistliche Gerichtsbarkeit. Alle diese Verhältnisse bezeichnete er mit Genauigkeit und bekräftigte sie mit völkerrechtlicher Garantie, welche nicht aufgehoben ist. Vergl:

J. S. Klüber, völkerrechtliche Beweise für die fortwährende Gültigkeit des westphälischen oder allgemeinen Religions-Friedens, wie er als erster Grund-Vertrag von Europa und charta magna in teutschen Staaten bekannt ist. Aus Quellen und in einem Anhange mit 17 Beilagen. Erlangen, 1841. 8.

E. M. Chladenii oratio pac. Westph. plane inter exempla habendam. Vitteb. 1748. 4.

Der Westphälische Frieden ist als europäischer Grundvertrag

noch nicht aufgehoben. Derselbe wurde nach siebenjährigen Unterhandlungen unterzeichnet von dem Deutschen Reiche mit Frankreich und Schweden, von dem Kaiser und dem Corpus der Reichsstände, und von dem katholischen Reichstheile mit dem protestantischen, unter Garantie sämmtlicher Interessenten mit Pönal-Sanction gegen die Contravenienten und Einschluss der Bundesgenossen und Freunde der contrahirenden Theile. Als pragmatische Sanction wurde der Westphälische Frieden dem Deutschen Reichsabschiede von 1654 reichsgesetzlich und wörtlich einverleibt und auch in allen folgenden Kaiser-Wahl-Capitulationen, wie auch in den wichtigsten Friedensschlüssen wiederholend bestätiget. Vergl:

Die Wahl-Capitulationen vom 18. Juli 1658, 24. Januar 1690, 12. October 1711, 24. Januar 1742, 13. September 1745, 25. März 1764, 30. September 1790, 5. Jul. 1792, u. a. in: Gerstlacher Corp. jur. publ. II, 428. seq. 660, seq,

Die Friedensschlüsse zu:

Nymwegen zwischen dem Kaiser, dem Deutschen Reiche und Schweden (5. Februar 1679),

Ryswick zwischen dem Kaiser, dem Deutschen Reiche und Frankreich (30. October 1697),

Baden zwischen dem Kaiser, dem Deutschen Reiche und Frankreich (7. September 1714),

Wien zwischen dem Kaiser und Frankreich (18. November 1738),

Aachen zwischen Frankreich, Spanien, Modena, der Republik Genua, der deutschen Kaiserin als Königin von Ungarn und Böhmen, Grosbritannien, Sardinien und der Republik Holland (18. October 1748),

Teschen zwischen Oesterreich und Preussen unter französischer Garantie (13. Mai 1779),

Den Reichs-Deputations-Hauptschluss d. d. Regensburg den 25. Februar 1803.

Von zahlreichen Staats- und Völker-Verträgen wurde der Westphälische Frieden die Grundlage, s. dieselben in:

F. L. A. Hörschelmann, europ. Staats-Kriegs- und Friedens-Lexicon. (Frankfurt und Leipzig, 1765.) Th. I.

Der Art. 2. der Rheinbunds-Acta, welcher alle Deutschen Reichsgesetze für nichtig und unwirksam erklärt, konnte, den allgemeinen Rechtsgrundsätzen gemäss, nicht bezogen werden

auf die Fortdauer der durch Reichsgesetze begründeten, veranlassten oder gebilligten, jedoch von dem Fortbestehen der Reichsverbindung unabhängigen, Vertragsrechte

a) zwischen Bundesfürsten unter sich,

b) zwischen Bundesfürsten und Dritten, namentlich ihren Unterthanen, der katholischen Kirche, den evangelischen Kirchengesellschaften, und Auswärtigen bei Staats-Verträgen des Deutschen Reichs, in welchen die Regierungen damaliger Deutscher Reichsländer (späterhin rheinischer, jetzt deutscher Bundesstaaten) schon ursprünglich für sich selbst in ihrer landesherrlichen Eigenschaft, unabhängig von der deutschen Reichs-Verbindung, als Mit-Paciscenten anzusehen waren, z. B. die Concordate von 1439. 1446. 1448 mit dem päpstlichen Stuhle, der Religionsfrieden von 1555, der Westphälische Frieden von 1648, der auch in solcher Beziehung von Frankreich und Schweden den jetzigen Deutschen Bundesstaaten garantirt ist.

Vergl: Klüber, öffentliches Recht u. s. w. §. 50.
Pütter, Geist des Westphälischen Friedens S. 24, 68 u. f.
Winkopp's Zeitschrift d. rhein. Bund. XXV. 101.
Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses, S. 153. 250. 441 u. f. 446. 449.
Ist der Westphälische Frieden, den Bestimmungen des Art. V nach, in Bezug auf den Religionszustand der christlichen Hauptconfessionen in Deutschland, durch die rheinische und Wiener Bundes-Acten abgeschafft und aufgehoben? (Nein!) Hamburg, 1816. 8.

c) zwischen Dritten.

Die Wirksamkeit für künftige Fälle aber ist z. B. bei Concordaten u. s. w. durch diejenigen Bestimmungen stillschweigend aufgehoben, welche übereinstimmend vom päpstlichen Stuhle und den weltlichen Regenten für Verfassung des katholischen Kirchenwesens in den Deutschen Bundesstaaten errichtet worden sind. Vergl:

E. Münch, vollständige Sammlung aller ältern und neuern Concordate, nebst einer Geschichte ihres Entstehens und ihrer Schicksale, 2 Thle. Leipzig, 1830. 1831. 8.

c) Vergl: P. Noviomag. Art. 24. 25. 28.

d) Vergl: Instrum. P. Caes. Gall. §. 23, und im §. 24 von den Worten: „Dn. Magdeburgensi Administratori Christiano Wilhelmo etc.“

Ueber den unter den genannten Fürsten seit Anfang des Krieges bestehenden Streit wegen Stadt und Kloster Kitzingens:

F. M. Oertel a. a. O. S. 275.

e) Vergl: P. Noviomag. Art. 2 („et cum Pax Monasterii Westphalorum 24. Oct. 1648 conclusa etc."), Art. 17. §. 1—3.

S. auch: F. M. Oertel a. a. O. S. 159 u. f.

f) Vergl: F. A. Frey, ist der westphälische Frieden abgeschafft und aufgehoben? (Bamberg, 1816) S. 7.

g) Jus advocatiae h. jus defensionis et protectionis (ecclesiasticum vel saeculare, simplex vel conditionatum, temporaneum vel haereditarium).

h) Vergl: Art. 7. der Deutschen Bundes-Acte,

Klüber, Acten des Wiener Congresses, II. S. 497. 498.

i) Die Gesandten der Vereinigten Niederlande drangen bei den Friedensverhandlungen am meisten auf eine brüderliche Vereinigung unter allen Evangelischen.

k) Vergl: P. Noviom. Art. 6.

Lex 13 Armistit. Ratisbon.

l) Vergl: Art. VI Instrum. P. Caes. Gall., Art. 3. 4. P. Noviom. Es war dies das erste Beispiel, dass eine fremde Krone als Reichsstand aufgenommen wurde, so wie im Art. IV §. 5. das erste Beispiel von Errichtung neuer Kurwürden gegeben wurde, deren nach der goldenen Bulle nur sieben bestehen sollten.

m) Vergl: P. Noviom. Art. 29. 30. Armist. Ratisbon. L. X—XII.

n) Vergl: P. Noviom. Art. 27.

o) Damit ist ausser dem Passauer Vertrage von 1552 und dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 die Anwendbarkeit des corpus juris canonici modificirt. Vergl:

G. Wiese, Grundsätze des in Teutschland üblichen Kirchenrechts. Göttingen, 1793. S. 48. 49.

p) So wie hier der Kaiser nicht allein als solcher, sondern auch für das erzherzogliche Haus Oestreich ausdrücklich den Westphälischen Frieden abgeschlossen hat, so haben die Vorfahren der jetzigen Deutschen Bundesfürsten ebenfalls diesen Frieden nicht nur als ehemalige Reichsstände, sondern hauptsächlich als mit Landeshoheit versehene selbstständige Landesherren eingegangen. Vergl:

G. H. v. Berg Abhandlungen zur Erläuterung des Rheinbundes. Hannover, 1808. Th. I.

q) Vergl: Instrum. P. Caes. Gall. Art. 32. 33. 36. Append. Instr. P. Noviom. Caes. Gall. („comprehenduntur ex Parte Imperatoris etc.“).

Viele Schriften, in denen man sich auf die Verordnungen der beiden Artikel des Westphälischen Friedens von der Execution und Assecuration desselben (Vergl: namentlich: Art. 16 §. 1—6, Art. 17 §. 1—3) berufen hat, sind mehr darum geschrieben, um einer Partei den Vortheil, um den man gestritten, zu erringen, als in der Absicht eine ächte Erklärung über die Texte vorzulegen, deren Bedeutung unter widersprechende Auslegungen gerathen ist. Zu den vorzüglicheren erklärenden Schriften gehört:

Versuch einer pragmatischen Erklärung des Westphälischen Friedens nach den Artikeln von der Execution und Assecuration, worin nicht nur die wahre Bedeutung derselben aus Akten, Urkunden und Geschichten viel ausführlicher als bisher geschehen, unpartheyisch untersucht ist, sondern auch insonderheit erwiesen wird, dass die neuerer Zeit prätendirte Selbsthülfe im Reich in denselben nicht gegründet sey. Sammt Beylagen von Nr. 1—XXIIII. Frankfurt und Cölln 1767. 4. (Eine Note sagt, dass diese Schrift schon zur Zeit Franz I. zum Druck bestimmt gewesen, aber liegen geblieben sey.)

Im Art. XVI (§. 1—5) wurde eine Executionsordnung verabredet, welche namentlich die Art und Weise vorschreibt, wie die Stände des Reichs einander nach Anleitung des Friedens-Instruments befriedigen sollen. (Kaiserliches Executions-Edikt vom Jahre 1648.)

Der Kaiser übte bei der Execution des Friedens sein ordentliches Oberexecutionsamt aus; die Schwedischen Gesandten haben dies Majestätsrecht desselben nicht nur anerkannt, sondern auch gegen die widersprechende Erinnerung einiger Reichsstände vertheidiget. Vergl:

Pufendorf, Rer. Suec. etc. Lib. XXI. §. 59. 60.

Bei späteren Fällen, wo die ersten Verordnungen in Betreff der Execution nicht ausreichten, hielt das Reich beim Kaiser um fernere Remedia an und sendete Gutachten darüber ein. Auf diese Weise kam das kaiserliche Edikt von dem arctiori modo exequendi zu Stande. Vergl:

Pufendorf a. a. O. Lib. XXI. §. 4. Lib. XXII. §. 10.

In Nürnberg war eine Reichs-Deputation dazu bestellt, die Execution der noch rückständigen Restitutionen, den Bestimmungen des Westphälischen Friedens gemäss, zu befördern, und es wurde von derselben im Jahre 1649 ein Friedens-Executions-Prälimi-

nar-; und im Jahre 1650 ein Friedens-Executions-Haupt-Recess errichtet.

Ein wichtiges Beispiel, dass der Kaiser die Execution des Westphälischen Friedens dirigirt habe, liefert die Execution gegen die Stadt Bremen. Kaiser Ferdinand II. hatte nämlich im Jahre 1623 dem Grafen von Oldenburg die Freiheit ertheilt, einen Weserzoll anzulegen. Die Reichsstadt Bremen widersetzte sich aber und liess ihn nie zum Genuss desselben gelangen. Die hierüber entstandenen weitläuftigen Irrungen dauerten bis zur Zeit der Westphälischen Friedensverhandlungen, wo auch die Weserzollsache in Berathschlagung genommen und gemäss

Instr. P. Osn. Art. XI. §. 2.

die Stadt Bremen verpflichtet wurde, Oldenburg bei dem Genuss des rechtmässig erworbenen Zolles auf der Weser ungekränkt zu lassen und solchen nicht zu hindern. Die Stadt Bremen kehrte sich aber nicht daran; das kaiserliche Edikt zur Execution zu schreiten half bei ihr nichts. Noch im Jahre 1648 wurde sie fruchtlos von den zu Münster versammelten Friedensbotschaftern an ihre Schuldigkeit erinnert. Ebenso vergeblich war das an die Stadt Bremen gerichtete kaiserliche Rescript vom 27. Januar 1649. Hierauf erliessen die Friedensbotschafter ein Erinnerungsschreiben an die Directoren des Niedersächsischen Kreises, den Bremern mit der Execution zu drohen. Dies geschah auch, jedoch erfolglos, am 8. und 9. Januar 1649. Ebenso fruchtlos waren:

das an die Stadt Bremen gerichtete Schreiben der Reichs-Deputation zu Nürnberg vom 19. September 1650,

die Ermahnungsschreiben zum Gehorsam von Seiten:

des Kurfürsten von Brandenburg vom 16. März 1652,

des Kurfürsten von der Pfalz vom 26. März 1652,

des Kurfürsten von Mainz vom 14. März 1652,

des Kurfürsten von Cöln vom 5. April 1652, und

des Kurfürsten von Sachsen vom 2. April 1652.

Endlich erging am 22. October 1652 die Achtserklärung.

Trotz der Entrüstung des gesammten Reiches über die so lang anhaltende Halsstarrigkeit der Reichsstadt Bremen, hielt dennoch weder das gesammte Reich, noch das kurfürstliche Collegium, noch ein Kreisausschreibender Fürst sich berechtigt, eine Selbsthülfe anzustellen, oder den beleidigten Grafen von Oldenburg auf einen solchen Gedanken zu bringen. Vergl:

Kurzer, jedoch gründlicher und wahrhafter aus den Actis gezo-

gener Bericht, was in der Hochgräflich Oldenburgischen Weserzollsache von Zeit der Münsterschen Friedenstractaten an, bis auf Ostern 1653 vorgegangen. Gedruckt im Jahr Christi 1653.

S. auch: F. M. Oertel a. a. O. S. 843.

Vergl. ferner:

Ausführlicher Bericht über die im Jahre 1649 den 3. April und 24. Martii durch die Kaiserlichen Hochansehnlichen Subdelegirten Herrn Commissarios bei des Heiligen Reichs Stadt Augsburg vorgenommene Execution in Geist- und Weltlichen Sachen, nach Anleitung des Osnabrükischen Friedensschlusses. Augsburg, 1732. 8.

Im Jahre 1651 ging der Nürnberger Executions-Convent auseinander. Vergl:

Friedens-Executions-Haupt-Recess, Wie derselbe im Namen Kayserlichen und zu Schweden Königlichen Majestät Majestät, durch Dero dazu gevollmächtigte höchst commandirende Generalitäten und Plenipotentiarien, mit Zuthun und im Beyseyn der sämmtlichen Churfürsten, Fürsten und Stände anwesenden Herrn Gesandten, Räthe und Botschaften in des H. R. R. Stadt Nürnberg abgehandelt, verglichen und den 26. Monats-Tag Junii styli novi, Anno 1650 allerseits unterschrieben, besiegelt, ratificirt und endlich communicirt worden. Augsburg, 1732. 8.

Das Executionswerk war aber noch nicht beendigt. Um die restirenden Restitutionen endlich ganz zu vollenden, wurde auf dem Reichstage zu Regensburg (dessen Abschied vom Jahre 1654 einer der wichtigsten ist) eine Reichs-Deputation nach Frankfurt angeordnet und derselben vom Kaiser in cognoscendo, decidendo et executionem decernendo volle Gewalt gegeben, jedoch so, dass kaiserliche Commissaire diesen Geschäften beiwohnen sollten, und auch die Execution dem Befehle des Kaisers überlassen blieb. Zugleich wurde bestimmt, dass in neuen Attentaten wider die Bestimmungen des Westphälischen Friedens die ganze Sache an die Reichsgerichte gebracht und von solchen darüber erkannt und Mandata ertheilt werden sollten.

Neue Gravamina gehörten nicht zur Executionsordnung des Westphälischen Friedens. Vergl:

Pufendorf a. a. O. Lib. XXI. §. 59.

Die Executoren, durch welche der Kaiser in Sachen der Reichsstände exequiren liess, waren die von ihm zur Execution allein bevollmäch-

tigten Kreis-Directoren und Kreis-Obersten, wer es aber ve
konnte Statt deren den Kaiser um einen Commissarius bitten
Osn. Art. XVI §. 2. 3.).

Die erkannte Execution wurde durch die Kreisvölker vollstr
event. auch mit Beistand der Völker desjenigen, zu dessen Vo
die Execution vorgenommen wurde.

Die im äussersten Falle in §. 3 des Friedens-Executions-
minar-Recesses erlaubte Selbsthülfe ist bald verhasst gewesen,
der Willkühr der Parteien nicht überlassen worden, wie das
angeführte Beispiel von Bremen hinlänglich beweiset.

Die Stifter des Friedens hielten es nicht für hinreichend,
anzuordnen, durch welche die Stände des Reichs zur Vollzie
dessen, was sie nach den Friedensartikeln zu leisten hatten, im
der Widersetzlichkeit, gezwungen werden konnten, sondern so
auch für ein Mittel, wie der verglichene Frieden von
Souverainen, welche denselben als Hauptinteress
ten geschlossen, nämlich dem Kaiser sammt dem Reich un
Kronen Schweden und Frankreich, erhalten und von an
Mächten unangefochten bleiben möchte. Auch wurden
stimmungen darüber getroffen, wie der Zustand, in welche
Vollziehung des Friedens alles setzen solle, zu erhalten seyn mö

Zu dieser Friedens-Assecuration gehören vorzüglich
§§. 5 und 6 des Art. XVII. Derselbe ist aber höchst widerspre
ausgelegt worden. Beide §§. handeln nicht von neuen Streitigk
der Stände untereinander, sondern von Streitigkeiten zwi
Kaiser und Reich einerseits, und den alliirten Kro
Frankreich und Schweden andererseits, denn

nach §. 7 Art. XVII ist den Ständen nicht erlaubt, in ihren S
tigkeiten zu den Waffen zu greifen, denen aber, welche die
und 6 erwähnen, ist es gestattet, die Waffen zur Erlangung
Ihrigen zu ergreifen, daher können diese §§. nicht von Streitigk
der Stände reden, da man sonst einen Widerspruch anerke
müsste. Vergl:

Pufendorf a. a. O. Lib. XVII. §. 83. 84.

Die Verordnung sollte mithin vorzüglich den Läsionen unter
Hauptparteien entgegenwirken. Denn, wenn §. 4 von Läsi
redet, so sind als Remedia angeführt: Reichsgericht, Strafen,
cutionen, Acht. Dies sollen Remedia wider Stände seyn, we
schon ihrer Natur nach nicht auf die souverainen Hauptparteie
zogen werden können. In den §§. 5 und 6, welche ebenfalls

Läsionen desselben Friedens handeln, sind die Remedia: amicabilis compositio, juris disceptatio, arma —, weil es Remedia wider Souveraine, wider Läsionen zwischen dem Kaiser und den alliirten Kronen seyn sollen. Es lässt sich aber durchaus nicht annehmen, dass so vernichtig unterscheidende und genau passende Ausdrücke von ungefähr in das Friedensinstrument gekommen sind. Die Stände können aber nach §. 5 und 6 die Hülfe der Garanten und eigene Macht insofern gebrauchen, als es die Reichsverfassung, die Praxis und die Absicht des Friedens zulässt, d. h.:

a) Wenn sie von Auswärtigen, dem W. F. zuwider, gestöhrt werden, zuvor muss jedoch in diesem Falle Anbringung bei Kaiser und Reich, event. bei den Garanten ausserhalb des Reiches Statt finden.

b) Wenn sie von ihren Mitständen ihre Restitution nicht erhalten können, und gegen letztere eine Reichsarmee nicht stark genug oder der Verzug derselben den Angegriffenen schädlich ist. Ausserdem kann dieselbe nur durch den Kaiser geschehen und die Anwendung der Reichsgarantie und der Kreishülfe muss erbeten werden.

c) Gegen solche, welche mit einer offenbaren Stöhrung der Einrichtungen des W. F. umgehen und ihr Unternehmen gesetzwidrig mit Gewalt ausführen wollen. Vergl:

Schauroth, Sammlung aller Conclus. Corp. Evangel. T. III. p. 970.

Ausserdem und im Allgemeinen ist keine Selbsthülfe von Ständen wider Stände gestattet.

r) Der an demselben Tage zu Münster zwischen dem Kaiser und der Krone Frankreich abgeschlossene Friede beginnt

in den §§. 1 und 2 mit denselben die Ankündigung des Friedens und der Amnestie enthaltenden Worten, welche im Artikel 1 und 2 des zu Osnabrück vollzogenen Friedens-Instruments sich vorfinden.

Die §§. 3 und 4, welche Bestimmungen über den Burgundischen Kreis und die Lothringische Sache enthalten, sind weiter unten aufgenommen.

Den §. 5 s. im §. 1 Art. 3 und den §. 7 im §. 1 Art. 4 des Osnabrücker Friedens, während der §. 6 die Bestimmung enthält, dass, wenn die Besitzer der Güter und Rechte, welche restituirt werden sollen, mit gerechten Einreden versehen zu seyn glauben, diese zwar die Restitution keineswegs hindern, jedoch, wenn letztere geschehen, vor dem competenten Richter erörtert werden sollen.

Die §§. 8 und 9 s. unten.

Hinsichtlich der §§. 10—29 s. im O. F. Art. 4 §. 2 bis 22, so wie des §. 30 ebendaselbst Art. 14.

Den §. 31 s. unten und vergl. den O. F. Art. 4 §. 25.

Hinsichtlich der §§. 30—46 vergl. im O. F. Art. 4 §. 25 bis zu Ende.

Im §. 47 ist die Bestimmung enthalten, dass, was wegen der geistlichen Güter und der freien Religionsübung im Osnabrücker Frieden ausgemacht ist, auch hier gelten soll, als wenn es Wort für Wort diesem Instrumente einverleibt wäre.

Für die §§. 48—60 s. den Art. 15 des O. F., für §. 61 den Art. 6, für die §§. 62—66 den Art. 8, und die §§. 67 und 68 den Art. 9 des O. F.

Die §§. 69—78 s. unten.

Der §. 79 setzt fest, dass zu grösserer Bekräftigung dieser Cessionen Kaiser und Reich hierdurch alle früheren Kaiserl. Decrete, Statuten und Gewohnheiten, namentlich die Kaiserl. Capitulation, so weit darin die Veräusserung von Gütern des Reichs verboten wird, ausdrücklich cassiren wollen.

Im §. 80 ist ausgemacht, dass, ausser der unten vom Kaiser und den Ständen versprochenen Ratihabition, auch auf dem nächsten Reichstage diese Uebergaben bekräftiget werden und aus der Reichsmatrikel gelöscht werden sollen.

Die §§. 81 und 82 bestimmen, dass, gleich nach der Einräumung von Benfelden, dessen und des nahgelegenen Rhinau Befestigungen, so wie Elsass-Zabern, Hohenbar und Neuburg am Rhein geschleift und ferner keine Besatzungen daselbst gehalten werden sollen. Ferner, dass der Magistrat und die Einwohner von Zabern die Neutralität genau beobachten, und die Königlichen Truppen stets einen freien Durchgang haben, und endlich dass diesseits des Rheines von Basel bis Philippsburg keine Festungswerke erbauet werden sollen.

Die §§. 83 und 84 enthalten Bestimmungen hinsichtlich der Schulden, welche auf der Kammer Ensisheim ruhen, so wie der Schulden, welche den Collegien der Stände, vermöge des von den Oesterreichischen Fürsten auf den Landtagen mit ihnen eingegangenen Vergleichs zugetheilt, oder von den Ständen gemacht und daher von diesen zu bezahlen sind.

Die §§. 85—91 s. unten.

Die §§. 92—97 enthalten im Wesentlichen folgende Stipulationen: Damit nicht die Streitigkeiten zwischen den Herzogen von Savoyen und Mantua wegen Montferrat wieder beginnen möchten, soll der zu Cherasci am 6. April 1631 abgeschlossene Tractat, nebst

der darauf über das Herzogthum Montferrat erfolgten Execution, vollständig aufrecht erhalten werden. Jedoch ist Pignarola hiervon ausgenommen, wegen dessen zwischen dem allerchristlichsten Könige und dem Herzoge von Savoyen ein besonderer Vergleich getroffen ist, durch den es Frankreich zugeeignet wird. Null und nichtig soll indessen das seyn, was in den gedachten besonderen Tractaten zur Störung des Friedens im Reiche oder zur Erweckung neuer Unruhen in Italien beitragen könnte. Um alle Zwietracht unter den genannten Herzogen zu verhindern, so will der allerchristlichste König 494.000 Goldgulden, welche Ludwig XIII., zur Erleichterung des Herzogs von Savoyen, dem Herzoge von Mantua zu bezahlen versprochen hat, diesem jetzt in baarem Gelde zahlen lassen und den Herzog von Savoyen von der Schuld ganz lossagen. Es wird der Kaiser, auf Ersuchen, dem Herzoge von Savoyen zugleich mit der alten Investitur über die Lehen und Staaten, wie Ferdinand II dem Herzoge Victor Amadaeus dieselbe gegeben, auch die Belehnung über die Länder und Städte Montferrats, welche ihm Kraft des Tractats von Cherasci und der darauf erfolgten Execution zuerkannt sind, ertheilen, ingleichen die Lehen des neuen Montforts, Sinium, Moncherio und Castelletto nach dem Acquisitions-Instrument vom 3. Oct. 1634.

Für die §§. 98—118 s. den O. F. Art. 16 §. 1 u. f.

Der §. 119 schliesst die Republik Venedig, als Mittlerin dieses Tractats, mit ein.

Für §. 120 s. den O. F. Art. 17 §. 12.

Folgende §§. des Instrum. Pacis Caesareo-Gall. sind vorstehend als hier aufgenommen, erwähnt:

§. 3. Et ut eo sincerior Amicitiae mutuae securitas inter Imperatorem, Regem Christianissimum, Electores, Principes et Status Imperii postliac servetur (salvo assecurationis articulo infra descripto) alter alterius hostes praesentes aut futuros, nullo unquam titulo vel praetexta, vel ullius controversiae bellive ratione, contra alterum armis, pecunia, milite, commeatu aliterve juvet, aut illis copiis, quae contra aliquem hujus Pacificationis consortem a quocunque duci contigerit, receptum, stativa, transitum indulgeat. Circulus quidem Burgundicus sit maneatque membrum Imperii, post controversias inter Galliam Hispaniamque sopitas hac Pacificatione comprehensas. Bellis tamen in eo jam vertentibus, nec Imperator nec ullus Imperii Status se immisceat. In futurum vero si inter ea Regna controver-

siae oriantur, firma semper maneat inter universum Imperium et Reges Regnumque Galliae, de mutuis hostibus non juvandis, semper dictae reciprocae obligationis necessitas; singulis tamen Statibus liberum sit, huic illive Regno extra Imperii limites suppetias ferre, non tamen aliter, quam secundum Imperii Constitutiones.

§. 4. Controversia Lotharingica vel arbitris utrinque nominandis submittatur, vel Tractatu Gallo-Hispanico, vel alia amicabili via componatur, liberumque sit tam Imperatori, quam Electoribus, Principibus et Statibus Imperii ejus compositionem amicabili interpositione aliisque pacificis officiis juvare ac promovere, non tamen armis aut bellicis mediis.

§. 8. Cum Arrestum, quod mobilibus ad Principem Electorem Trevirensem spectantibus, et in Ducatum Luxenburgensem translatis Imperator per Concilium Provinciale antehac imponi curavit, relaxatum quidem et abolitum, attamen ad quorundam instantiam iterum renovatum, insuper etiam sequestrum Praefecturae Bruch ad Archi-Episcopatum, et medietati Dominii Sancti Joannis, ad Joannem Reinhardum de Soëteren spectanti a praefato Concilio indictum est, Concordatis inter Electoratum Trevirensem et Ducatum Burgundiae publica Imperii interventione Anno millesimo quingentesimo quadragesimo octavo Augustae Vindelicorum erectis repugnet: Conventum est, ut praedictum Arrestum et sequestrum a Concilio Luxenburgensi quantocius tollatur, dicto Domino Electori bona sua, Praefectura et Dominium, tam Electoralia quam Patrimonialia una cum fructibus sequestratis relaxentur et tradantur, ac si quid forte amotum fuerit, reponatur, pleneque atque integre restituatur, impetrantibus ad Judicem Principis Electoris in Imperio competentem, pro obtinenda juris et justitiae administratione, remissis.

§. 9. Quod autem ad Castra Ehrenbreitstein et Hammerstein attinet, Imperator tempore et modo infra in Articulo Executionis definitis, praesidia inde deducet aut deduci curabit, illaque castra in manus Domini Electoris Trevirensis, ejusdemque Capituli Metropolitani pari potestate pro Imperio et Electoratu custodienda tradet, quo nomine et Capitaneus et novum praesidium ibi ab Electore constituendum juramento fidelitatis pro ipso ejusque Capitulo pariter obstringi debebunt.

§. 31. Rex Christianissimus tempore et modo inferius definitis circa deductionem praesidiorum, restituet Duci Wurtembergico Civitates et fortalitia Hohentwiel, Schorendorff, Tübingen, aliaque omnia loca sine ulla reservatione, quae in Ducatu Wurtembergico

praedilis suis tenet. In reliquis § Domus Wurtembergica etc. sicut in Instrumento Caesareo-Suecico insertus est, hic insertus intelligatur.

§. 69. Quo magis autem dicta pax et amicitia inter Imperatorem et Christianissimum Regem firmari possit, et securitati publicae melius prospiciatur, ideo de consensu, consilio et voluntate Electorum, Principum et Statuum Imperii pro bono Pacis conventum est:

§. 70. Primo, quod Supremum Dominium, Jura Superioritatis, aliaque omnia in Episcopatus Metensem, Thullensem et Virodunensem, Urbesque cognomines eorumque Episcopatuum districtus, et nominatim Moyenvicum, eo modo, quo hactenus ad Romanum spectabant Imperium, imposterum ad Coronam Galliae spectare, eique incorporari debeant in perpetuum et irrevocabiliter, reservato tamen jure Metropolitano ad Archiepiscopatum Trevirensem pertinente.

§. 71. Restituatur in possessionem Episcopatus Virodunensis Dominus Franciscus Lotharingiae Dux tanquam legitimus Episcopus, et eum Episcopatum pacifice administrare, ejusque sicuti et suarum Abbatiarum (salvo Regis et cujuscunque privati jure) nec non bonorum suorum patrimonialium ubicunque sitorum juribus (quatenus praedictae cessioni non repugnant) privilegiis, reditibus et fructibus uti, frui permittatur, dummodo prius praestiterit Regi juramentum fidelitatis, nihilque moliatur adversus Suae Majestatis Regnique commoda.

§. 72. Secundo, Imperator et Imperium cedunt transferuntque in Regem Christianissimum ejusque in Regno Successores jus directi Dominii, Superioritatis, et quodcunque aliud, quod sibi et S. Romano Imperio hactenus in Pinarolum competebat, et competere poterat.

§. 73. Tertio, Imperator pro se totaque Serenissima Domo Austriaca, itemque Imperium cedunt omnibus juribus, proprietatibus, dominiis, possessionibus ac jurisdictionibus, quae hactenus sibi, Imperio et Familiae Austriacae competebant in Oppidum Brisacum, Landgraviatum Superioris et Inferioris Alsatiae, Suntgoviam, Praefecturamque decem Civitatum Imperialium in Alsatia sitarum, scilicet Hagenaw, Colmar, Schlettstatt, Weisenburg, Landaw, Oberenheim, Rosheim, Münster in Valle S. Gregorii, Keisersberg, Turingheim, omnesque Pagos, et alia quaecunque jura, quae a dicta Praefectura dependent, eaque omnia et singula in Regem Christianissimum, Regnumque Galliarum transferunt, ita ut dictum Oppidum Brisacum cum Villis Hochstatt, Niederimsing, Harten et Acharren, ad communitatem Civitatis Brisacensis pertinentibus, cumque omni Ter-

ritorio et banno, quatenus se ab antiquo extendit, salvis tamen ej
dem Civitatis Privilegiis et immunitatibus antehac a Domo Austri
obtentis et impetratis.

§. 74. Itemque dictus Landgraviatus utriusque Alsatiae et Sa
goviae; tum etiam Praefectura Provincialis in dictas decem Civita
et loca dependentia, itemque omnes Vasalli, Landsassii, subd
homines, oppida, castra, villae, arces, sylvae, forestae, a
argenti, aliorumque mineralium fodinae, flumina, rivi, pasc
omniaque jura, Regalia et appertinentiae, absque ulla reservati
cum omnimoda jurisdictione et Superioritate, supremoque Domini
modo in perpetuum ad Regem Christianissimum, Coronamque Galli
pertineant, et dictae Coronae incorporata intelligantur, absque C
saris, Imperii, Domusque Austriacae vel cujuscunque alterius contr
dictione. Adeo ut nullus omnino Imperator aut Familiae Austriac
Princeps quicquam juris aut potestatis in eis praememoratis partib
cis et ultra Rhenum sitis, ullo unquam tempore praetendere vel us
pare possit aut debeat.

§. 75. Sit tamen Rex obligatus in eis omnibus et singulis loc
Catholicam conservare Religionem, quemadmodum sub Austriac
Principibus conservata fuit, omnesque, quae durante hoc bello nov
tates irrepserunt, removere.

§. 76. Quarto, Christianissimae Majestati ejusque in Regno Su
cessoribus de consensu Imperatoris, totiusque Imperii, perpetuu
jus sit tenendi praesidium in Castro Philipsburg pr
tectionis ergo, ad convenientem tamen numerum restrictum, q
Vicinis justam suspicionis causam praebere non possit, sumptib
duntaxat Coronae Galliae sustentandum. Patere etiam debebit Re
liber transitus per terras et aquas Imperii ad inducendos milites, co
meatum et caetera omnia, quibus et quoties opus fuerit.

§. 77. Rex tamen praeter protectionem, praesidium et transitu
in dictum Castrum Philipsburg nihil ulterius praetendet, sed ip
proprietas, omnimoda jurisdictio, possessio, omniaque emolument
fructus, accessiones, jura, Regalia, servitutes, homines, subdi
vasalli, et quidquid omnino antiquitus ibidem et in totius Episcopat
Spirensis, Ecclesiarumque illi incorporatarum districtu Episcopo
Capitulo Spirensi competebat, et competere poterat, eisdem imposti
rum quoque salva, integra et illaesa, excepto tamen jure protectioni
permaneant.

§. 78. Imperator, Imperium et Dominus Archidux Oenipontan
Ferdinandus Carolus respective exsolvunt Ordines, Magistratu

Officiales et subditos singularum supradictarum Ditionum, ac locorum, vinculis et sacramentis, quibus hucusque sibi, Domuique Austriacae obstricti fuerant, eosque ad subjectionem, obedientiam et fidelitatem Regi Regnoque Galliae praestandam remittunt, obligantque. Atque ita Coronam Galliae in plena justaque eorum superioritate, proprietate et possessione constituunt, renunciantes omnibus in ea juribus ac praetensionibus ex nunc in perpetuum, idque pro se, suisque posteris Imperator, dictus Dominus Archidux, ejusque Frater, (quatenus praedicta cessio ad ipsos pertinet) peculiari diplomate tum ipsi confirmabunt, tum efficient, ut a Rege Hispaniarum Catholico eadem quoque renunciatio in authentica forma extradatur. Quod et Imperii totius nomine fiet, quo die subsignabitur praesens Tractatus.

§. 85. Rex Christianissimus restituet Domui Austriacae, et in specie supradicto Archi-Duci Ferdinando Carolo, primogenito quondam Archi-Ducis Leopoldi Filio, quatuor Civitates Sylvestres, Rheinfelden, Seckingen, Lauffenberg et Waltshutum, cum omnibus Territoriis et Balivatibus, Villis, Pagis, Molendinis, Sylvis, Forestis, Vasallis, Subditis, omnibusque appertinentiis cis et ultra Rhenum. Itemque Comitatum Hawenstein, Sylvam nigram, totamque Superiorem et Inferiorem Brisgoviam, et Civitates in ea sitas antiquo jure ad Domum Austriacam spectantes, scilicet Newburg, Freyburg, Endingen, Kentzingen, Waldkirch, Villingen, Breünlingen, cum omnibus Territoriis. Item cum omnibus Monasteriis, Abbatiis, Praelaturis, Praeposituris, Ordinumque Equestrium Commendatariis, cum omnibus Balivatibus, Baronatibus, Castris, Fortalitiis, Comitibus, Baronibus, Nobilibus, Vasallis, hominibus, subditis, fluminibus, rivis, forestis, sylvis, omnibusque Regaliis, juribus, jurisdictionibus, Feudis et patronatibus, caeterisque omnibus et singulis ad sublime Territorii Jus patrimoniumque Domus Austriacae in toto isto tractu antiquitus spectantibus. Totam item Ortnaviam, cum Civitatibus Imperialibus Offenburg, Gengenbach et Cella ahm Hamerspach, quatenus scilicet Praefecturae Ortnaviensi obnoxiae sunt, adeo, ut nullus omnino Rex Franciae quicquam juris aut potestatis in his praememoratis partibus, cis et ultra Rhenum sitis, ullo unquam tempore praetendere, aut usurpare possit aut debeat, ita tamen, ut Austriacis Principibus praedicta restitutione nihil novi juris acquiratur. Liberae sint in universum inter utriusque Rheni ripae et Provinciarum utrinque adjacentium incolas, commercia et commeatus: Imprimis vero libera sit Rheni navigatio, ac neutri parti permissum esto,

naves transeuntes descendentes aut ascendentes impedire, detinere, arrestare aut molestare, quocunque praetextu, sola inspectione, quae ad perscrutandas, aut visitandas merces fieri consuevit, excepta, nec etiam licéat nova et insolita vectigalia, pedagia, passagia, datia, aut alias ejusmodi exactiones ad Rhenum imponere, sed utraque pars contenta maneat vectigalibus et datiis ordinariis ante hoc bellum sub Austriacorum gubernatione ibidem praestare solitis.

§. 86. Omnes Vasalli, Landsassii, Subditi, Cives, Incolae, quicunque cis et ultra Rhenum Domui Austriacae, sicut etiam illi, qui immediate Imperio subjecti erant, vel alios Imperii Ordines ut Superiores recognoscunt, non obstante qualicunque confiscatione, translatione, donatione per quoscunque belli Duces aut Praefectos militiae Suedicae aut Confoederatorum post occupatam Provinciam facta, perque Regem Christianissimum ratificata, aut proprio motu decreta, statim post publicatam Pacem bonis suis immobilibus et stabilibus, sive corporalia sive incorporalia sint, villis, castris, oppidis, fundis, possessionibus restitui debent, citra ullam exceptionem meliorationum, expensarum, sumptuum compensationem, quas moderni possessores quomodolibet objicere possent, et citra restitutionem mobilium ac se moventium et fructuum perceptorum. Quod vero ad confiscationes rerum, pondere, numero et mensura consistentium exactiones, concussiones atque extorsiones intuitu belli factas attinet, earum repetitio ad amputandas lites utrinque penitus cassata et sublata esto.

§. 87. Teneatur Rex Christianissimus non solum Episcopos Argentinensem et Basiliensem, cum Civitate Argentinensi, sed etiam reliquos per utramque Alsatiam Romano Imperio immediate subjectos Ordines, Abbates Murbacensem et Luderensem, Abatissam Antlaviensem, Monasterium in Valle S. Gregorii Benedictini Ordinis, Palatinos de Lutzelstein, Comites et Barones de Hanaw, Fleckenstein, Oberstein, totiusque Inferioris Alsatiae Nobilitatem, item praedictas decem Civitates Imperiales, quae Praefecturam Hagenoensem agnoscunt, in ea libertate et possessione Immedietatis erga Imperium Romanum, qua hactenus gavisae sunt, relinquere; ita ut nullam ulterius in eo Regiam superioritatem praetendere possit, sed iis juribus contentus maneat, quaecunque ad Domum Austriacam spectabant, et per hunc Pacificationis Tractatum Coronae Galliae ceduntur. Ita tamen, ut praecedenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo omni supremi Dominii jure, quod supra concessum est.

§. 88. Item Rex Christianissimus pro recompensatione partium ipsi cessarum, dicto Domino Archiduci Ferdinando Carolo solvi curabit tres Milliones Librarum Turonensium annis proxime sequentibus, scilicet, millesimo sexcentesimo quadragesimo nono, quinquagesimo et quinquagesimo primo in Festo S. Joannis Baptistae, quolibet anno tertiam partem in moneta bona et proba Basileae, ad manum Domini Archiducis ejusve Deputatorum.

§. 89. Praeter dictam pecuniae quantitatem Rex Christianissimus tenebitur in se recipere duas tertias debitorum Camerae Ensisheimianae, sine distinctione, sive chirographaria, sive hypothecaria sint, dummodo utraque sint in forma authentica, et vel specialem hypothecam habeant, sive in Provincias cedendas, sive in restituendas, vel si nullam habeant, in libellis rationariis receptorum ad Cameram Ensisheimianam respondentium usque ad finem anni millesimi sexcentesimi trigesimi secundi agnita, atque inter credita et debita illius recensita fuerint, et pensitationum annuarum solutio dictae Camerae incubuerit, easque dissolvet, Archiducem pro tali quota prorsus indemnem praestando, utque id aequius fiat, delegabuntur ab utraque parte Commissarii statim a subscripto Tractatu Pacis, qui ante primae pensionis solutionem convenient, quaenam nomina utrique parti expungenda sint.

§. 90. Curabit Rex Christianissimus praefato Domino Archiduci bona fide absque ulla mora et retardatione restitui omnia et singula literaria Documenta, cujuscunque illa generis sint, quae terras eidem restituendas concernunt, quatenus quidem in Cancellaria Regiminis et Camerae Ensisheimianae, aut Brisaci, vel etiam in custodia Officialium, Oppidorum et Arcium occupatarum reperiuntur.

§. 91. Quod si talia Documenta sint publica, quae cessas etiam terras pro indiviso concernunt, de his Archiduci exempla authentica quotiescunque requisierit, edentur.

Das vollständige Instrumentum Pacis Caesareo-Gallicum findet sich u. a. in:

Walther's Register etc. (s. unten) S. LXIII u. f.

Ferner: Exemplum Plenipotentiae Domini Imperatoris ebendaselbst S. LXXXVII.

Exempla Plenipotentiarum Domini Regis Galliarum ebend. S. LXXXIX.

Zu den Verhandlungen dieses von Ferdinand III. erwählten Römischen Kaiser und Ludwig XIV., König von Frankreich, abgeschlossenen Friedens waren nachstehende Bevollmächtigte abgesendet:

1. Kaiserliche Gesandte:
   a) Maximilian Graf von Trautmannsdorff (s. unten).
   b) Johann Ludwig Graf von Nassau. (Derselbe wurde nach seiner Rückkehr in den Reichs-Fürsten-Stand erhoben, und auf dem Reichstage zu Regensburg im Jahre 1653, jedoch nach vielen Schwierigkeiten, nebst andern neuen Fürsten in das fürstliche Collegium eingeführt.)
   c) Isaac Volmar. (Unstreitig einer der ausgezeichnetsten Staatsmänner der damaligen Zeit.)
2. Französische Gesandte:
   a) Henri d'Orleans, Duc de Longueville. (Dieser Prinz von königlichem Geblüt hat sich durch seine ausserordentliche Geschicklichkeit und ungemeine Beredsamkeit bei den Friedensverhandlungen besonders ausgezeichnet.)
   b) Claude de Mesmes, Comte d'Avaux. (Derselbe wurde im Jahre 1637 zu den Präliminar-Verhandlungen nach Deutschland gesendet, und wohnte auch Anfangs dem Friedens-Congresse zu Münster bei, von wo er indessen wieder abgerufen wurde, weil er sich mit seinem Mitgesandten Servien nicht vereinigen konnte. Ueber die zwischen beiden gewechselten Streitschriften s: Negociations de la Paix de Munster et d'Osnabrug, Tom. I.)
   c) Abel Servien, Comte de la Roche des Aubieurs. (Ueber diesen französischen Staats-Minister vergl.: Wiquefort l'Ambassadeur etc. Liv. II. c. 17.)

Der Cardinal Mazarin, welcher die gedachten Gesandten Ludwig's XIV. fortwährend mit speciellen Instructionen versah, soll, mehreren Angaben nach, selbst als Bevollmächtigter am Friedens-Congress ernannt gewesen sein.

Unter den spanischen Bevollmächtigten werden Saavedra und Brun als die geschicktesten genannt. Die Generalstaaten schickten acht Bevollmächtigte, die Eidgenossenschaft den Bürgermeister von Basel, Joh. Rud. Wetstein.

Als Vermittler traten auf:

a) Fabio Chigi. Derselbe wurde vom Papste Innocenz X. zu dem Friedenscongresse als Nuntius und Mediator gesendet, und

seiner Einsicht und Friedfertigkeit ist viel bei den Verhandlungen zu verdanken. Er war der reformirten Kirche sehr zugethan. So parteilos er aber auch gesinnt sein mochte, so brachten es seine Denkart und seine Sendung mit sich, dass er keiner menschlichen Rücksicht und Begierde gestatten wollte, an dem ewigen Rechte und Gute der Kirche etwas zu mindern, vergl:

Fabii Chicii Apostolici Nuntii contra Pacem Monasteriensem protestatio u. a. in:

Schmidt's Geschichte der Deutschen, Th. II. S. 94.

Die feierliche Verwahrung, welche Papst Innocenz X. durch Fabio Chigi gegen diesen Frieden zwei Tage vor der Unterzeichnung einlegen liess, besonders in Betreff der Verluste des päbstlichen Stuhles durch die Säcularisation der Stifter, blieb ebenso erfolglos, so wenig die früheren instructionsmässigen Abmahnungsschreiben des gedachten Nuntius vom 29. November 1647 an die katholischen Congressgesandten den Abschluss des Friedens gehindert hatten. Durch die Bulle vom 20. November 1648, welche jedoch erst am 8. Januar 1651 zu Rom feierlich publicirt wurde, sprach der Pabst alle katholischen Interessenten von dem beschworenen Frieden los. Obgleich nun die gänzliche Ausführung aller Friedensbedingungen manchen Schwierigkeiten unterlag, ja sogar der Krieg zwischen Frankreich und Spanien, so wie zwischen Spanien und Portugal fortdauerte, so wurden doch von dem Friedens-Executions-Congress in Nürnberg in dessen Hauptrecess vom Jahre 1650 alle Protestationem wider den Westphälischen Frieden und die beiden Recesse von 1649 und 1650 ebenso für aufgehoben, cassirt und annullirt erklärt, als der Papst vorher in der Bulle vom 20. November 1648 den genannten Frieden für gänzlich unstatthaft, nichtig und verdammt erklärt und ihn in den index librorum prohibitorum zu setzen verordnet hatte. (Am 8. April 1655 bestieg er unter dem Namen Alexander VII. den päpstlichen Stuhl. Im ersten Jahre seiner päpstlichen Regierung trat die Königin Christine von Schweden zur Römischen Kirche über und begab sich nach Rom, wo sie von diesem Papste den Namen Alexandra annahm.)

b) Aloys Contarini, Gesandter und Senator der Republik Venedig. Er erstattete über die ganze Friedensverhandlung eine besondere Relation an den Senat zu Venedig. Vergl:

v. Meiern, Acta Pacis etc. T. VI.

Unterzeichnet ist das Instrumentum Pacis Caesareo-Gallicum:

Joannes Ludovicus
Comes de Nassaw, Servien,
Isaacus Volmar,

ausserdem von den Gesandten der einzelnen Churfürsten, Fürsten u. s. w., welche bereits in dem Art. 17 des Instrum. Pacis Caes. Suec. genannt sind.

Der Graf von Nassau und Volmar waren erst 1529 zur katholischen Kirche übergetreten, woher man ihren lauen Sinn für das Interesse der geistlichen Güter leitete, den Crane, welcher Anfangs zum zweiten Gesandten in Münster, dann aber in gleicher Eigenschaft zur Verhandlung mit den Schweden in Osnabrück bestimmt wurde, oft mit Bitterkeit rügte. Auch er war, wie man sagte, evangelisch geboren und zur katholischen Kirche übergetreten, für die er bei jeder Gelegenheit grossen Eifer zeigte. Vergl:

Imhoff, Notitia Procer. Germaniae, LV. c. 6. §. 54.
Wicquefort, l'Ambassadeur etc. L. II. p. 215.

Exemplum Mandati Caesareae Majestatis s. in:
Walther, Universal-Register über die 6 Theile der Westphälischen Friedenshandlungen etc. (s. unten) S. L.

Exemplum Mandati Reginae Sueciae,
Walther a. a. O. S. LII.

Formula Ratihabitionis Caesareae Instrumenti Pacis Caesareo-Suecicae,
Walther a. a. O. S. LVI.

Formula Ratihabitionis Sueciae Instrumenti Pacis Caesareo-Suecicae,
Walther a. a. O. S. LVII.

s) Der Artikel über die Religionsfreiheit wurde schon am 8. März von allen Parteien unterzeichnet.

t) Das Friedens-Instrument ist nur von dem Grafen von Lamberg und dem Reichshofrath von Crane unterzeichnet, weil der Graf von Trautmannsdorff zur Zeit der Unterzeichnung schon abgereiset war. Letzterer war indessen bei dem Friedenswerke die Seele des Ganzen. Vergebens bemüheten sich Oxenstierna und Salvius durch ihren Siegertrotz seine persönliche Empfindlichkeit zu reizen, er blieb stets gemässigt und unerschütterlich, so dass seine Ruhe und sein fester Charakter die Gegner in Schranken hielt. Wenn

gleich das deutsche Reich durch den Westphälischen Frieden eine Ländermasse von 1900 □Meilen mit 4½ Millionen Menschen und die westliche Militärgränze verlor, wenn ferner der Frieden deshalb besonders nachtheilig für Oesterreich war, weil es aus dem Herzen des Reichs auf seine Erbstaaten zurückgedrängt wurde, während Frankreich und Schweden in jenem Platz fassten und es seitdem der Schauplatz fast aller europäischen Staatshändel wurde, so hatte Trautmannsdorff doch alles gethan, was in seinen Kräften stand. Er war es vorzugsweise, der Deutschland aus dem Unheil jenes verderblichen Krieges rettete. Mit der ihm eigenen Bescheidenheit schrieb er indessen den Erfolg seinen gelehrten Mitarbeitern zu, obgleich namentlich Volmar nur die Form des Instruments abgefasst hatte. Selbst Oxenstierna sagte:

„Trautmannsdorff est anima Legationis Caesareae."

Seine Instruction als Principal-Gesandter war vom Kaiser eigenhändig geschrieben, damit der Inhalt desto mehr geheim bliebe. Auch er war evangelisch geboren und trat zur katholischen Kirche über.

Vergl: Walther, Universal-Register etc. S. 6.

u) Ueber Johann Graf Oxenstierna (Axelii filius) vergl: Stiernmann, Biblioth. Suio-Gothica. (Stockholm, 1731.) Tom. II. p. 716.

v) Vergl: Stiernmann a. a. O. Tom. II. p. 192 u. f.

Die Bestimmungen des Westphälischen Friedens, dieses Meisterwerks der Diplomatie seiner Zeit, sind so mannichfach und umfassend, seine Folgen von solcher Bedeutung, dass aus der reichen ihn betreffenden Literatur wenigstens nachstehende, für das genauere Studium erhebliche, Werke hier genannt zu werden verdienen:

Was vor Allem die verschiedenen Ausgaben der Westphälischen Friedens-Urkunden betrifft, so erschienen

von der Osnabrückischen (welche bereits am $\frac{27. \text{ Juli}}{6. \text{ Aug.}}$ 1648 unter den Interessenten berichtigt war, jedoch erst, nebst der Münsterischen, am $\frac{14.}{24.}$ October 1648 zur Unterschrift kam) schon vor der Unterzeichnung mehrere Abdrücke, namentlich:

Abdruck des Instrumenti Pacis, wie solcher von beiderley Partheyen Herren Gevollmächtigten als den Herren Kaiserl. und Königl. Schwedischen zu Osnabrück den 27. Jul.

stili vet., oder 6. Aug. 1648 in Gegenwart der Stände des H. R. R., so bey den Herren Schwedischen Gesandten versammelt gewesen, erstlich deutlich und klar vorgelesen, darnach mit beiderseitig gegebener Handtreue solenniter approbirt worden. 1648. 4.

Instrumentum Pacis ab utriusque partis plenipotentiariis caesareis et regiis Suecicis Osnabrugis a 1648 d. 27. Jul. (6. Aug.) distincte lectum. Stettin, 1648. 4.

Nachdem der Frieden unterzeichnet, wurden zahlreiche Abdrücke sowohl in der Sprache der Urkunde, als in Uebersetzungen veranstaltet. Zu diesen gehören vorzüglich:

Pax Germanica Suecica, Monasterii Westphalorum condita et Osnabrügae publicata. Vienn. 1648. 4.

Instrumentum Pacis a S. C. et S. Christ. M. M. nec non S. R. I. deputatorum extraordinariorum et aliorum electorum, principum et statuum legatis plenipotentiariis Monasterii Westph. 24. mens. Oct. 1648 subscriptum eorumdemque sigillis munitum, juxta exempl. Monasterii Westph. prostat apud I. Livium. 12.

Instrumentum Pacis ab utriusque partis plenipotentiariis caesareis et regiis Suecicis Osnabrugis d. 25. Jul. et tandem d. 14. 24. Oct. hujus ejusdem anni subscriptione solenniter adprobatum. Lugd. Bat. 12.

Friedensschluss, wie solcher von den Römisch kaiserlicher auch königlich Schwedischer Maj. Maj., sodann des h. R. R. extraordinären Deputirten und andern Churfürsten und Stände gevollmächtigten und hochansehnlichen Herrn Abgesandten zu Osnabrük den 27. Jul. und 6. August 1648 aufgerichtet und verglichen, und daselbst den 14. 24. Oct. in öffentlicher Versammlung unterschrieben und bekräftiget, auch den 15. 25. ejusd. solenniter publicirt worden, aus dem wahren Originale, wie es bey dem Churmainzischen Directorio deponirt worden, in's Teutsche versetzt. Frankfurt, 1648. 4.

Instrumentum Pacis Caesareo-Suecicum in usum auditorii Goebeliani. Helmst. 1708. 8.

Instrumentum Pacis Osnabrugis d. 14. (24.) Oct. 1648 subscriptum. Francof. 1710. fol.

Alle diese und andere einzelne oder später in Sammlungen aufgenommene Abdrücke weichen indessen mannichfach von einander ab, und enthalten nicht selten den Sinn entstellende Fehler.

Der beste Abdruck wurde durch J. G. v. Meiern veranstaltet, und zwar die Osnabrukische Urkunde nach einer unterm 28. Januar 1737 von dem schwedischen Archiv-Actuarius Andreas Anton Stiernman und dem Canzley-Registrator Johann Arkenholz beglaubigten Abschrift des Originals im schwedischen Archive zu Stockholm. Derselbe erschien unter dem Titel:

Instrumentum Pacis Caesareo-Suecicum et Caesareo-Gallicum ex authentico, quod in sanctioribus regni Suecici tabulariis adservatur, in usum academiarum accuratissime expressa et recognita; de priorum editionum parum accuratarum mendis et corruptelis praefatus est Joan. Godofr. de Meiern. Gottingae, sumtibus Michaelis Turpii bibliopolae, 1738. fol.

(S. über das schwedische und das Dresdener Original: F. M. Oertel a. a. O. S. 259, 260.)

Später wurde noch bei einigen andern Ausgaben dieser höchst sorgfältige Abdruck nach dem schwedischen Original, dem auch der Herausgeber dieses diplomatischen Archivs vorzugsweise gefolgt ist, benutzt, z. B.:

Instrumentum Pacis Osnabrugensis ex exemplaribus Hofmanni, Obrechti, Pufendorfii aliorumque, speciatim Jo. Gottfr. de Meiern recognitum, notis marginalibus et indice instructum in usum auditorum suorum edidit Jo. Rud. Engar. Jenae. 1739. 4.

Endlich ist noch zu erwähnen:

Joh. Rich. Roth, die zwei wichtigsten Reichsgrundgesetze I. die kaiserl. Wahlcapitulation, II. Osnabrükischer Friede. Nach den Originalien des Reichsarchivs. Mainz 1788. 8.

Vergl. auch: Joh. Christ. Freiherr v. Aretin, historisch-literarische Abhandlung über die erste gedruckte Sammlung der Westphälischen Friedensacten. München 1802. 8.

Ueber die Garantie des Westphälischen Friedens s. besonders:

Joh. Jac. Moser, von der Garantie des Westphälischen Friedens nach dem Buchstaben und Sinn desselben. 1767. 4.

Joh. Christ. Wilh. v. Steck, von den Rechten und Pflichten der hohen Garants des Westphälischen Friedens, in:

dessen Abhandlungen aus dem teutschen Staats- und Lehnrechte (1775, 8.) Nr. 6. S. 99.

Die Russische Garantie des Westphälischen und Teschenschen Friedens, in:

Reuss deutscher Staatskanzley, Theil XV, S. 1, Theil XXXVII, S. 193, Th. XXXVIII, S. 1—182.

Heinr. Gottfr. Scheidemantel, die Garantie nach der Vernunft und den Reichsgesetzen betrachtet. Jena, 1780. 8.

C. M. Norlin, diss. an Sueciae utilitatis aliquid attulerit Pax Westphalica? Goettingae, 1785. 4.

(v. Roth) Frage: ist die Kaiserin von Russland Garant des Westphälischen Friedens? Frankfurt und Leipzig, 1791. 8.

Unparteiische Gedanken über die vom Kurtrierschen Hofe geschehene Anrufung der Kaiserin von Russland um Unterstützung gegen die Eingriffe Frankreichs. Frankfurt und Leipzig, 1792. 8.

Unparteiische Prüfung, ob die Kaiserin von Russland durch den Teschner Frieden die Garantie des Westphälischen Friedens übertragen erhalten habe, und in der Eigenschaft als Garantin desselben nun gegen Frankreich auftreten könne? Frankfurt und Leipzig, 1791. 8.

Comitialverhandlungen über Russland's Garantierecht des Westphälischen und Teschnischen Friedensschlusses. Regensburg, 1798. 8.

Vergl. auch:

Convention entre la France, l'Impératrice-Reine et la Suède sur l'exercice de la garantie des traités de Westphalie, relativement à la guerre d'Allemagne, signée à Stockholm le 21. mars 1757, in

Koch, table des traités entre la France et les Puissances étrangères depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours etc. (II. Vol. Basle, 1802. 8.) Vol. II., p. 33.

Franz Christoph Khevenhüller zu Aichelberg Grafen zu Frankenburg etc. annales Ferdinandei, oder wahrhafte Beschreibung K. Ferdinandi Gebuhrt, Auferziehung, und zu Kriegs- und Friedenszeiten vollbrachten Thaten etc. von 1578 bis 1626. — Sie waren in 9 Theilen und nur in wenigen Exemplaren gedruckt zu Regensburg und Wien 1640—1646. fol. Später sind sie erst von neuem und vollständig von 1578—1637 in 12 Bänden herausgegeben zu Leipzig 1716—1726. fol. — (Ein Werk, aus dem sich viele der geheimsten Rathschläge und Triebfedern ersehen lassen, welche den dreissigjährigen Krieg und die Westphälischen Friedensunter-

handlungen in Bewegung gesetzt haben, s: Pütter, Lit. des teutschen Staatsrechts. Th. I. S. 436.)

Joh. Car. Lobkowitz, pax S. R. I. licita demonstrata. Vienn. 1649. 8.

Jo. Hornbeck, examen bullae papalis, qua papa Innocentius X. abrogare nititur pacem Germaniae. Ultraj. 1652. 4.

Lud. de Montesperato, (Herm. Conring) vindiciae pacis Osnabrugensis contra Innocentii X. Bullam, Lond. 1653. 4. (Auch in deutscher Sprache, unter dem Titel: Rettung des Osnabrükischen und Münsterischen Friedens wider Innocenz des X. Nullitätserklärung.)

Wilh. Ign. Schütz, manuale pacificum, sive quaestiones XX. ex I. P. religionem ejusque exercitium concernentes. Francof. 1654. 4. — Cum notis H. B. Piceruntí (Hier. Brückneri) Spir. 1683. 4.

Cristoph. Forstner, epistolae negotium pacis Osnabrugo-Monasteriensis concernentes. Moempelg. 1656, 1671. 12.

Tob. Oelhafen von Schoellnbach, templum pacis etc. seu de pace Germ. restaurata ejusque conservandae mediis. Francof. 1657. 8.

Phil. Andr. Burgoldensis (Oldenburger), discursus ad Instrum. Pac. Osnabr. Monast. Freist. 1668. 8. 1669. 4.

Tob. Pfanner, historia Pacis Germano-Gallo-Suecicae. Irenop. 1679. 8. 1681. 12.

Mémoires de M. D. (Claude du Mesme d'Avaux) touchant les negociations du traité de paix fait à Munster en 1648. Col. 1674. 12. Grenoble, 1674. 12.

Jo. Deckherr, de pace civili religionis in Instr. Pac. Westph. data. Spir. 1680. 8.

Actes et Mémoires de la negociation de la Paix de Munster. IV Tomes. Amsterdam, 1680. 12.

Gottfr. Ferd. de Bukisch et Loewenfels, observationes politicae in Instr. Pac. Osn. Westph. Vienn. 1696. 4. Francof. et Lips. 1722. 4. Mogunt. 1756. 4.

Jac. Ottonis adnotationes ad instr. pacis Westph. et Noviomagensis. Francof. 1697. 8.

Protestation du Saint-Père (Innocent X.) contre la Pacification de Westphalie, Rome, 26. November 1648, in: Divers Traitez de Paix conclus et signez à Munster et à Osnabrug en Westphalie le 24. Octobre 1648,

avec le Bref de Nostre Saint-Père le Pape, contenant la Protestation contre ces Traitez, à la Haye, 1685. 8.

Arcana Pacis Westphalicae seu plenior et ex Secretioribus Actis et Congressibus depromta relatio historica de S. R. Imperii pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi, auctore A. A. (Adamo Adami) Francof. 1698. 8.

Dies Werk wurde später nur mit folgendem neuen Titel versehen:

Relatio historica sive brevis atque succincta narratio eorum, quae in pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi ex arcana ratione status inter paciscentes gesta fuere. Francof. 1707. 4.

Endlich aber wurde es von J. G. v. Meiern unter nachstehendem Titel herausgegeben:

Adami Adami Episcopi Hieropolitani et ad tractatus Pacis Westphalicae quondam legati, Relatio historica de pacificatione Osnabrugo-Monasteriensi, ex autographo autoris restituta atque Actorum Pacis Westphalicae testimoniis aucta et corroborata, accurante Joh. Godofr. de Meiern. Lips. 1737. 4.

Templum Pacis et Paciscentium, Leges Imperii Fundamentales, et inprimis Instrumenta Pacis Westphalicae, Noviomagicae, et Armistitii Ratisbonensis, cum Asteriscis seu Auctariis Clarissimorum Juris Publici et Privati, Politicae Prudentiae et Historices Scriptorum junctim proponens et exhibens, juxta Seriem Articulorum et Legum cum Typo operis synoptico et Indice. Francofurti, MDCLXXXVIII. 8.

Ulr. Obrecht, brevis et succincta expositio Pacis Caes. Suecicae. Argent. 1701. 8.

(Henr. Henniges) meditationes ad Instrumentum Pacis Caesareo-Suecicum. Pars I. 1706, II. III. 1707, IV. 1708, VI. VII. 1709, VIII. 1710, IX. 1711, X. 1712. Hal. 4. (Dieselben bestehen in einem sorgfältigen Abdrucke des Westphälischen Friedens, mit beigefügten sehr praktischen Anmerkungen; vergl: Pütter, Literatur des teutschen Staatsrechts, Th. I. S. 350—355.)

Memoires et negociations secrètes de la Cour de France touchant la Paix de Munster, (par Jean Aymond), III Tom. Amsterdam 1710. fol. IV. Tom. Amsterdam 1710. 8. (s. unten negociations secrètes etc.)

Js. Volmar. L. B. de Rieden, diarium seu protocollum actorum publicorum J. P. W. Francof. 1710. fol. (Auch in: Cortreji corp. jur. publ. Tom. IV.)

Germ. Sinceri expositio Pacis Westphalicae. Francof. 1716. 4.

Christ. Godofr. Hoffmanni Series rerum per Germaniam et in Comitiis a Transactione Passaviensi ad Ann. MDCCXX. gestarum, in qua discordiarum inter utrique religioni addictos origo et progressus enarrantur, Pax religiosa, Ordinatio Executionis, Pax Osnabrugo-Monasteriensis, Noviomagensis, Ryswicensis et Rastadio-Badensis in compendio exhibentur, ad illustrandas Pacis Westphalicae tabulas concinnata. Accedit Liber Secundus, qui praeter Christophori Forstneri Epistolas de Negotio Pacis Osnabrugo-Monasteriensis primas partimque ineditas Pacis Westphalicae formulas continet. Adjecta sunt Pacis Osnabrugo-Monasteriensis Instrumenta, cum lectionibus variantibus et nova prorsus versione Germanica. Francofurti et Lipsiae. 1720. 8.

Just. Henn. Boehmer, dissert. controversiae selectiores circa tractatus Pac. Westph. Hal. 1720. 8.

Car. Ott. Rechenberg, dissert. de Pacis Osnabr. obligatione universali. Lips. 1720. 1727. 8.

Negociations secrètes touchant la Paix de Munster et d'Osnabrug, ou recueil général des préliminaires, instructions, lettres, mémoires etc. concernant ces negociations, depuis leur commencement en 1642 jusqu'à leur conclusion en 1648. Avec les Depêches de Mr. Vautorte et autres Pièces au sujet du même traité jusqu'en 1654 inclusivement. Le tout tiré des manuscrits les plus authentiques. IV Vol. A la Haye, 1725. 1726. fol.

Jo. Ge. Estor, progr. de quibusdam subsidiis ad explicandum J. P. W. necessariis. Giess. 1726. in:
dessen kleinen Schriften Th. IV. S. 902 u. f.

J. J. Moser, Commentarius ad Art. VI. Instrum. Pac. Westph. Francof. 1731. 4.

Guil. Hyac. Bougeant, histoire des guerres et des negociations qui précéderent le traité de Westphalie. Paris. 1727. 4.; und histoire du traité de Westph. Paris. 1744. 4. (Auch in deutscher Sprache unter dem Titel: Historie des dreissigjährigen Krieges und Westphälischen Friedens, mit Anmerkungen von Fried. Eb. Rambach, 4 Th. Halle 1758—1760. 8.)

C. W. Gärtner's Westphälische Friedenscanzley, darinnen die von anno 1643 bis anno 1648 bei denen Münster- und Osnabruggischen Friedenstractaten geführte geheime Correspon-

denzen, ertheilte Instructiones, erstattete Relationes und andere besondere Nachrichten enthalten, nebst einer vollständigen Historie des Westphälischen Friedensschlusses. 9 Bde. Leipzig, 1731—1739. 8.

(Es war dies eigentlich grösstentheils eine Sammlung, welche der Reichshofrath Joh. Crane als Kayserlicher Gesandter bei dem Westphälischen Friedens-Congresse gemacht hat. Sie beginnt mit dem Jahre 1641, hat aber in dem Gärtner'schen Abdrucke mit dem 31. May 1646 abgebrochen werden müssen, weil die Cranischen Handschriften bei einer Feuersbrunst verloren gegangen sind. — Vergl: Pütter a. a. O. Th. I. S. 432.)

Chr. Gottfr. Hoffmann, analysis Pac. Westph. Francof. ad Viadr. 1732. 4.

Nöthiger und kurzgefasster Unterricht Theils von der Historie und Innhalt des auf einen dreissigjährigen Krieg endlich in dem Jahre 1648 erfolgten und durch Gottes Gnade bereits hundert Jahre dauernden Westphälischen Friedens. Besonders auch in Ansehung der hieran Theil nehmenden des H. R. R. freyen Stadt Augspurg, und der darinnen, Krafft solchen Friedens und dessen Executions-Recesses auf immer vestgestellten Regiments-Parität, Theils von Christschuldiger Begehung eines auf den 8. August 1748 als auf das ohnehin wegen dieses Friedens jährlich gewöhnliche Evangelische Friedens-Fest obrigkeitlich verordneten hundertjährigen Jubel-Angedenkens. Augsburg. 4.

Acta pacis Westphalicae publica, oder Westphälische Friedenshandlungen und Geschichte, in einem mit richtigen Urkunden bestärkten historischen Zusammenhang verfasset und beschrieben von Joh. Gottfr. v. Meiern. VI Theile. Hannover, 1734—1736. fol.

Acta pacis executionis publica oder Nürnbergische Friedens-Executions-Handlungen und Geschichte, in denen enthalten, wie und welchergestalt die würkliche Vollziehung des Westphälischen Friedens, sowohl in puncto Exauctorationis Militiae und Evacuationis Locorum, als auch und vornehmlich in dem hochwichtigen puncto Restitutionis ex Capite Amnestiae et Gravaminum, geschehen ist, in einer ausführlichen historischen Erzehlung, mit beigefügten authentischen Urkunden,

vorgetragen von J. G. v. Meiern. II Theile. Hannover und Tübingen, 1736. 1737. fol.

J. L. Walter, Universal-Register über die sechs Theile der Westphälischen Friedenshandlungen und Geschichte, ingleichen über die Zween Theile der Nürnbergischen Friedens-Executions-Handlungen und Geschichte. Göttingen, 1740. fol. (Mit einer Vorrede von J. G. v. Meiern.)

Acta Comitialia Ratisbonensia publica de MDCLIII et MDCLIV, oder Regenspurgische Reichstags-Handlungen von den Jahren 1653 und 1654, beschrieben von J. G. v. Meiern. II Theile. Göttingen, 1740. fol.

(Fürst Friedrich Anton von Schwarzburg-Rudolstadt erhielt Joh. Gottfr. v. Meiern im Jahre 1727 eine Abschrift von den, im Rudolstädtischen Archive befindlichen, Originalacten des D. Georg Achaz Hebers, Sachsen-Weimarischen Gesandten beim Westphälischen Friedenscongress, zu nehmen. Ferner erhielt er von einer Niedersächsischen Stadt die von dem Meklenburgischen Gesandten Abraham Kayser erstatteten Berichte, nebst den dazu gehörigen Beilagen, zur Benutzung, so wie von einem der Nachkommen des berühmten Lampadius des letztern sämmtliche Berichte. Ausserdem hatte er Gelegenheit, die in den Sessionen des Friedenscongresses geführten Protokolle zu erhalten, wie sie Anfangs von vier, später von fünf besonders dazu vereidigten Protocollisten mit der grössten Genauigkeit geschrieben, und nach jedesmal vorgenommener Collationirung ausgefertigt, aber in die wenigsten Archive gekommen sind. Diese wichtigen Materialien vertheilte J. G. v. Meiern in fünfzig Bücher, worin er in eigenen von ihm abgefassten Paragraphen nach Verlauf der Zeit, aber doch zugleich in Verbindung der zusammen gehörenden Materien, die eigentliche Geschichte der Friedensverhandlungen erzählte, und dann bei jedem Paragraphen die dazu gehörigen Berichte, Protokolle oder anderen Urkunden vollständig beifügte. Es ist dies unstreitig das beste und vollständigste von allen Werken, welche über den Westphälischen Frieden erschienen sind, und kann den ergiebigsten Quellen für das Staatsrecht beigezählt werden. — S. Pütter a. a. O. Th. I. S. 434 u. f., v. Ompteda, Literatur des gesammten, sowohl natürlichen als positiven Völkerrechts, Th. II. S. 477.)

Erh. Reusch, dissertatio de usu et praestantia actorum pacis Westph. Helmst. 1736. 4.

Jo. Casp. Barthel, historia et generalia pacificationum Imperii circa religionem. Würzb. 1736. 4.

Nic. Hier. Gundling's Discurs über den Westphälischen Frieden, nebst Joh. Chr. Feustel's Erzehlung der vornehmsten Ursachen des dreissigjährigen Krieges von der Zeit der Reformation bis auf den Westphälischen Frieden. Frankfurt und Leipzig, 1736. 4. 1737. 4.

Jo. Pet. Bannizza, subsidia interpretationis doctrinalis Pacis religiosae et Westphalicae. Würzb. 1741. 4.

Joh. Ehrenfr. Zschackwitz, geschichtsmässige und in der Reichspraxi gegründete Erläuterung des Westphälischen Friedens. Halle, 1741. 8.

Ern. Mart. Chladenii progr. de abusu bullae Brabantinae ad illustrandum Pacis Westphalicae Art. IX. §. 1. Viteb. 1748. 4.

Ern. Mart. Chladenii oratio pacem Westphalicam plane inter exempla haberi. Viteb. 1748. 4.

Geschichte des dreissigjährigen Krieges und Westphälischen Friedens zum Behuf der gegenwärtigen Staatsbegebenheiten. Frankf. und Leipzig, 1748. 4. 1760. 4.

Salom. Nigardi disquisitio jurium et obligationum, quae circa pacem Westphalicam in imperio R. G. competunt regi et regno Gall. Lugd. Bat. 1750. 4.

Franc. Just. Kortholt, de expunctis in pace Westphalica. Giess. 1751. 8.

Paul. Wilh. Schmid, diss. controversias quasdam circa recessum executionis a 1649. Norimbergae conclusum exponens, ejusque convenientiam cum ipso I. P. W. vindicans. Jen. 1758. 4.

Jo. Ad. L. B. de Ickstadt, diss. de justa et efficaci summi pontificis protestatione adversus Pacem religiosam et Westphalicam, obligationem tamen ejusdem intrinsecam et pactitiam inter compaciscentes haud infrigente. Ingolst. 1759. 4.

Franc. Jos. Loth. Schrodt, disputatio polemica ad illustr. art. V. Pacis Westph. Prag. 1762. 4.

Koch, neuer Aufschluss über die Stellen des Westphälischen Friedens, welche die Mediat-Klöster und deren Güter und Gefälle betreffen. Giessen, 1765. 8.

Joh. Chr. v. Steck's Schilderung der Charactere der Westphälischen Friedensgesandten, in:

Schott's jur. Wochenblatt, Bd. IV. (1775) S. 69—113.

Car. Henr. Geisler, de interpretatione Pacis Westph. progr. I. Erl. 1771, II. Marb. 1775, III. 1776. 4.

Ant. Schmidt, vindiciae pro sententia L. B. de Ickstadt de justa pontificis protestatione etc. adversus nuperam Schotti censuram. Heidelb. 1772. 4.

J. J. Moser's Erläuterungen des Westphälischen Friedens aus reichshofräthlichen Handlungen. Th. 1. Erlangen. 1775. Th. II. Frankfurt und Leipzig, 1776. 4.

Neuer Versuch einer pragmatischen Geschichte des 30jährigen Krieges und Westphälischen Friedens. Mit Beilagen. Regensburg, 1779. 8.

J. C. Krause, Lehrbuch der Geschichte des dreissigjährigen Krieges und Westphälischen Friedens. Halle, 1782. 8.

Joh. Nic. Brauer, Abhandlungen zur Erläuterung des Westphälischen Friedens. Offenbach Bd. 1. 1782, Bd. 2, 1784, Bd. 3, 1785. 8.

Opuscula selecta illustrationi Pacis Westphalicae inservientia. Vol. I. Erford. 1787. 8.

J. Steph. Pütter, Geist des Westphälischen Friedens nach dem innern Gehalte und wahren Zusammenhange der darin verhandelten Gegenstände, historisch und systematisch dargestellt. Göttingen, 1795. 8.

Du Traité de Westphalie et de celui de Campo Formio et de leur rapports avec le Système des Puissances Européennes et particulièrement de la France, par l'auteur de la théorie du pouvoir polit. et relig. dans la société civile. Paris, an IX. (1801) 8.

Joh. Georg Aug. Galetti, Geschichte des dreissigjährigen Krieges und des Westphälischen Friedens. Gotha, 1804. 8.

Carl Ludw. v. Woltmann, Geschichte des Westphälischen Friedens. Leipzig, Th. 1. 1808, Th. 2. 1809. 8.

Joh. Sporschil, der dreissigjährige Krieg. Illustrirt von F. W. Pfeiffer. 2 Bde. Braunschweig, 1844, 1845. 8.

Wichtige und seltene Actenstücke zur Geschichte des dreissigjährigen Krieges, in:

Jos. Freiherrn von Hormayr, Taschenbuch für vaterländische Geschichte für 1829, S. 49, 80, 117, 335; für 1832, S. 79; für 1833, S. 118 und 314; für 1836, S. 250, 380; für 1839, S. 41; für 1840, S. 96; für 1842, S. 342; für 1843, S. 290; für 1844, S. 1, 34, 57, 89.

F. A. Beck, Auszug aus der Osnabrüker Friedens-Urkunde von 1648, lateinisch und deutsch. Darmstadt, 1844. 8.

In der Vorrede, S. XIV, zum Bd. I. (Leipzig 1844, 8.) K. Lanz Correspondenz des Kaisers Karl V., aus dem königl Archiv und der Bibliothèque de Bourgogne zu Brüssel, heisst es „Der Geschichtsschreiber für die Epoche des dreissigjähri Krieges, welcher den wissenschaftlichen Anforderungen der genügen will, kann sich nicht dispensiren, die Abtheilung d Brüssel durch Dr. Coremans (in neuester Zeit) wieder aufgefund Archivs der deutschen Staatskanzley zu Rathe zu zie welche den Titel führt: „Documens relatifs à la reforme ligieuse en Allemagne.“ — Im Jahrgang 1842 der Bulletins Commission d'histoire giebt Dr. Coremans ein Exposé gén dieser so wichtigen, nahe an 100,000 Documente umfassenden, Sa lung. — Besonders bedeutend sind für die Geschichte des dreissig gen Krieges: die Briefe Maximilians von Bayern, Waldstei Tilly's, Pappenheim's u. s. w.

III.

Traité de paix entre Sa Majesté le Roi de Prusse et la République Française, signé à Bâle le 5. d'avril 1795.

Sa Majesté le Roi de Prusse et la République Française, également animés du désir de mettre fin à la guerre qui les divise par une paix solide entre les deux Nations, ont nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Roi:

Son Ministre d'état, de guerre et du cabinet, Charles Auguste Baron de Hardenberg, Chevalier de l'ordre de l'aigle rouge, de l'aigle blanc et de St. Stanislas etc.;

Et la République Française:

Le Citoyen François Barthelemy, Son Ambassadeur en Suisse etc.; Lesquels, après avoir échangé leurs plenipouvoirs, ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Il y aura paix, amitié et bonne intelligence entre Sa Majesté le Roi de Prusse, tant considéré comme tel, qu'en Sa qualité d'Electeur de Brandebourg et de Co-Etat de l'Empire Germanique, et la République Française.

Article II.

En conséquence, toutes hostilités entre les deux Puissances contractantes cesseront à compter de la ratification du présent traité et aucune d'Elles ne pourra, à compter de la même époque,

fournir contre l'autre, en quelque qualité et à quelque titre que ce soit, aucun secours, ni contingent, soit en hommes, en chevaux, vivres, argent, munitions de guerre, ou autrement.

Article III.

L'une des Puissances contractantes ne pourra accorder passage sur son territoire à des troupes ennemies de l'autre.

Article IV.

Les troupes de la République Française évacueront dans les quinze jours qui suivront la ratification du présent traité, les parties des Etats Prussiens qu'elles pourroient occuper sur la rive droite du Rhin. Les contributions, livraisons, fournitures et prestations de guerre cesseront entiérement à compter de quinze jours après la signature de ce traité. Tous les arrérages dus à cette époque, de même que les billets et promesses donnés ou faites à cet égard, seront de nul effet. Ce qui aura été pris ou perçu après l'époque susdite, sera d'abord rendu gratuitement, ou payé en argent comptant.

Article V.

Les troupes de la République Française continueront d'occuper la partie des états du Roi, située sur la rive gauche du Rhin. Tout arrangement définitif, à l'égard de ces Provinces, sera renvoyé jusqu' à la pacification générale entre l'Empire Germanique et la France.

Article VI.

En attendant qu'il ait été fait un traité de Commerce entre les deux Puissances contractantes, toutes les communications et relations commerciales sont rétablies entre les Etats Prussiens et la France, sur le pied ou elles étoient avant la guerre actuelle.

Article VII.

Les dispositions de l'article VI. ne pouvant avoir leur plein effet, qu'en tant que la liberté du commerce sera rétablie pour tout le nord de l'Allemagne, les deux Puissances contractantes prendront des mésures pour en éloigner le théâtre de la guerre *).

Article VIII.

Il sera accordé respectivement aux individus des deux Nations, la mainlevée des effets, revenus, ou biens, de quelque genre qu'ils soient, détenus, saisis ou confisqués à cause de la guerre qui a eu lieu entre la Prusse et la France, de même qu'une prompte justice, à l'égard des créances quelconques que ces individus pourroient avoir dans les états des deux Puissances contractantes.

Article IX.

Tous les prisonniers faits respectivement depuis le commencement de la guerre, sans égard à la différence du nombre et du grade, y compris les marins et matelots Prussiens pris sur des vaisseaux, soit Prussiens, soit d'autres Nations, ainsi qu'en général, tous ceux détenus de part et d'autre pour cause de la guerre, seront rendus dans l'espace de deux mois au plus tard, après l'échange des ratifications du présent traité, sans répétition quelconque; en payant toutefois les dettes particulières qu'ils pourroient avoir contractées pendant leur captivité. L'on en usera de même à l'égard des malades et blessés, d'abord après leur guerison. Il sera incessament nommé des Commissaires de part et d'autre, pour procéder à l'exécution du présent article.

Article X.

Les prisonniers des Corps Saxons, Mayençois, Palatins et Hessois, tant de Hesse-Cassel, que de Darmstadt, qui ont servi avec l'armée du Roi, seront également compris dans l'échange susmentionné.

Article XI.

La République Française accueillera les bons offices de Sa Majesté le Roi de Prusse, en faveur des Princes et Etats de l'Empire Germanique, qui désireront entrer directement en négociation avec elle et qui pour cet effet ont déjà réclamé ou réclameront encore l'intervention du Roi. La République Française, pour donner à Sa Majesté le Roi de Prusse une première preuve de son désir de concourir au rétablissement des anciens liens d'amitié qui ont subsisté entre les deux Nations consent, à ne

III.

Traité de paix entre l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohême, et la Republique Française, conclu à Campo Formio le 17. Octobre 1797, (26. Vendémiaire an VI.).

Sa Majesté l'Empereur des Romains et Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française,
voulant consolider la paix dont les bases ont été posées par les préliminaires signés au Château d'Eckenwald près de Léoben en Stirie le 18. Avril 1797 (29. Germinal, an V. de la République Française une et indivisible), ont nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur et Roi:

Le Sieur Don Martius Mastrilli, noble Patricien Napolitain, Marquis de Gallo, Chevalier de l'ordre royal de St. Janvier, Gentilhomme de la chambre de S. M. le Roi des Deux-Siciles, et Son Ambassadeur extraordinaire à la Cour de Vienne;

Le Sieur Louis, Comte du St. Empire Romain, de Cobenzl, Grand Croix de l'ordre royal de St. Etienne, Chambellan, Conseiller d'état intime actuel de Sadite Majesté J. et R. A., et Son Ambassadeur extraordinaire près S. M. Impériale de toutes les Russies;

Le Sieur Maximilien Comte de Merveldt, Chevalier de l'ordre teutonique et de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Chambellan, et Général-Major de Cavalerie dans les Armées de Sadite Majesté l'Empereur et Roi;

Et le Sieur Ignace Baron de Degelmann, Ministre plénipotentiaire de Sadite Majesté près la République Helvétique;

Et la République Française:

Bonaparte, Général en chef de l'armée française en Italie;

Lesquels, après l'échange de leurs pleins-pouvoirs respectifs, ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Il y aura à l'avenir et pour toujours une paix solide et inviolable entre S. M. l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohême, Ses Héritiers et Successeurs, et la République Française. Les Parties contractantes apporteront la plus grande attention à maintenir entre elles et leurs états une parfaite intelligence, sans permettre dorénavant que de part ni d'autre on commette aucune sorte d'hostilités par terre ou par mer, pour quelque cause ou sous quelque prétexte que ce puisse être, et on évitera soigneusement tout ce qui pourroit altérer à l'avenir l'union heureusement établie. Il ne sera donné aucun secours ou protection, soit directement, soit indirectement, à ceux qui voudroient porter quelque préjudice à l'une ou à l'autre des Parties contractantes.

Article II.

Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité, les Parties contractantes feront lever tout séquestre mis sur les biens, droits et revenus des particuliers résidans sur les territoires respectifs et les pays qui y sont réunis, ainsi que des établissemens publics qui y sont situés. Elles s'obligent à acquitter tout ce qu'elles peuvent devoir pour fonds à elles prêtés par lesdits particuliers et établissemens publics, et à payer ou rembourser toutes rentes constituées à leur profit sur chacune d'elles.

Le présent article est déclaré commun à la République Cisalpine.

Article III.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, renonce, pour Elle et Ses Successeurs, en faveur de la République Française à tous Ses droits et titres sur les ci-devant Provinces Belgiques, connues sous le nom de Pays-Bas Autrichiens. La République

Française possédera ces pays à perpétuité en toute souveraineté et propriété et avec tous les biens territoriaux qui en dépendent.

Article IV.

Toutes les dettes hypothéquées avant la guerre sur le sol des pays énoncés dans l'article précédent, et dont les contrats seront revêtus des formalités d'usage, seront à la charge de la République Française. Les plénipotentiaires de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, en remettront l'état, le plutôt possible, au plénipotentiaire de la République Française, et avant l'échange des ratifications, afin que lors de l'échange les plénipotentiaires des deux Puissances puissent convenir de tous les articles explicatifs ou additionnels au présent article, et les signer.

Article V.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, consent à ce que la République Française possède en toute souveraineté les îles ci-devant Vénitiennes du Levant, savoir: Corfou, Zante, Céphalonie, Sainte-Maure, Cérigo et autres îles en dépendantes, ainsi que Butrinto, Larta, Vonizza, et en général tous les établissemens ci-devant Vénitiens en Albanie, qui sont situés plus bas que le Golfe de Lodrino.

Article VI.

La République Française consent à ce que S. M. l'Empereur et Roi possède en toute souveraineté et propriété les pays ci-dessous désignés, savoir: l'Istrie, la Dalmatie, les îles ci-devant Vénitiennes de l'Adriatique, les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les Lagunes et les pays compris entre les états héréditaires de S. M. l'Empereur et Roi, la mer Adriatique, et une ligne qui partira du Tirol, suivra le torrent en avant de Gardola, traversera le lac de Garda jusqu'à La-Cise, de là une ligne militaire jusqu'à San-Giacomo, offrant un avantage égal aux deux Parties, laquelle sera désignée par des officiers du génie nommés de part et d'autre avant l'échange des ratifications du présent traité. La ligne de limite passera ensuite entre l'Adige à San-Giacomo, suivra la rive gauche de cette rivière jusqu'à l'embouchure du Canal Blanc,

y compris la partie de Porto-Legnago, qui se trouve sur la rive droite de l'Adige, avec l'arrondissement d'un rayon de trois milles toises. La ligne se continuera par la rive gauche du Canal Blanc, la rive gauche du Tartaro, la rive gauche du Canal dit la Polisella, jusqu'à son embouchure dans le Pô, et la rive gauche du grand Pô jusqu'à la mer.

Article VII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, renonce à perpétuité, pour Elle, Ses Successeurs et ayant cause, en faveur de la République Cisalpine, à tous les droits et titres provenans de ces droits, que Sadite Majesté pourroit prétendre sur les pays qu'Elle possédait avant la guerre, et qui font maintenant partie de la République Cisalpine, laquelle les possédera en toute souveraineté et propriété, avec tous les biens territoriaux qui en dépendent.

Article VIII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, reconnaît la République Cisalpine comme Puissance indépendante.

Cette République comprend la ci-devant Lombardie Autrichienne, le Bergamasque, le Bressan, le Cremasque, la ville et forteresse de Mantoue, le Mantouan, Peschiera, la partie des états ci-devant Vénitiens à l'ouest et au sud de la ligne désignée dans l'article VI pour la frontière des états de S. M. l'Empereur en Italie; le Modénois, la Principauté de Massa et Carrara, et les trois Légations de Bologne, Ferrare et la Romagne.

Article IX.

Dans tous les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité, il sera accordé à tous les habitans et propriétaires quelconques mainlevée du séquestre mis sur leurs biens, effets et revenus, à cause de la guerre qui a eu lieu entre S. M. I. et R. et la République Française, sans qu'à cet égard ils puissent être inquiétés dans leurs biens ou personnes. Ceux qui à l'avenir voudront cesser d'habiter les dits pays, seront tenus d'en faire la déclaration trois mois après la publication du traité de paix défi-

nitif: ils auront le terme de trois ans pour vendre leurs meubles et immeubles, ou en disposer à leur volonté.

Article X.

Les pays cédés, acquis ou échangés par le présent t porteront à ceux auxquels ils demeureront les dettes hypothé sur leur sol.

Article XI.

La navigation de la partie des rivières et canaux serv limites entre les possessions de S. M. l'Empereur, Roi de H et de Bohême, et celles de la République Cisalpine, sera sans que l'une ni l'autre Puissance puisse y établir aucun p ni tenir aucun bâtiment armé en guerre, ce qui n'exclut p précautions nécessaires à la sûreté de la forteresse de P Legnago.

Article XII.

Toutes ventes ou aliénations faites, tous engagemens tractés, soit par les villes ou par le gouvernement ou aut civiles et administratives des pays ci-devant Vénitiens, pour tretien des armées Allemandes et Françaises, jusqu'à la da la signature du présent traité, seront confirmés et reg comme valides.

Article XIII.

Les titres domaniaux et archives des différens pays cé échangés par le présent traité, seront remis, dans l'espa trois mois, à dater de l'échange des ratifications, aux Puissa qui en auront acquis la propriété. Les plans et cartes des teresses, villes et pays que les Puissances contractantes ac rent par le présent traité, leur seront fidèlement remis.

Les papiers militaires et registres pris dans la guerre act aux états-majors des armées respectives, seront pareille rendus.

Article XIV.

Les deux Parties contractantes, également animées du d d'écarter tout ce qui pourroit nuire à la bonne intelligence

amicale établie entre elles, s'engagent, de la manière la plus amicale, à contribuer de tout leur pouvoir au maintien de la tranquillité intérieure de leurs états respectifs.

Article XV.

Il sera conclu incessamment un traité de commerce établi sur des bases équitables et telles qu'elles assurent à S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et à la République Française, des avantages égaux à ceux dont jouissent dans les états respectifs les nations les plus favorisées.

En attendant toutes les communications et relations commerciales seront rétablies dans l'état, où elles étaient avant la guerre.

Article XVI.

Aucun habitant de tous les pays occupés par les armées Autrichiennes ou Françaises, ne pourra être poursuivi, ni recherché, *soit dans* sa personne, soit dans ses propriétés, à raison de *ses opinions* politiques, ou actions civiles, militaires et commerciales, pendant la guerre qui a eu lieu entre les deux Puissances.

Article XVII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, ne pourra, conformément aux principes de neutralité, recevoir dans chacun de Ses ports, pendant le cours de la présente guerre, plus de six bâtimens armés de guerre appartenants à chacune des Puissances belligérantes.

Article XVIII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, s'oblige à céder au Duc de Modène, en indemnité des pays, que ce Prince et Ses Héritiers avaient en Italie, le Brisgaw, qu'il possédera aux mêmes conditions que celles, en vertu desquelles il possédoit le Modénois.

Article XIX.

Les biens fonciers et personnels non aliénés de L. L. A. A. I. R. l'Archiduc Charles et l'Archiduchesse Christine, qui sont

nitif: ils auront le terme de trois ans pour vendre leurs biens meubles et immeubles, ou en disposer à leur volonté.

Article X.

Les pays cédés, acquis ou échangés par le présent traité porteront à ceux auxquels ils demeureront les dettes hypothéquées sur leur sol.

Article XI.

La navigation de la partie des rivières et canaux servant de limites entre les possessions de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et celles de la République Cisalpine, sera libre; sans que l'une ni l'autre Puissance puisse y établir aucun péage, ni tenir aucun bâtiment armé en guerre, ce qui n'exclut pas les précautions nécessaires à la sûreté de la forteresse de Porto-Legnago.

Article XII.

Toutes ventes ou aliénations faites, tous engagemens contractés, soit par les villes ou par le gouvernement ou autorités civiles et administratives des pays ci-devant Vénitiens, pour l'entretien des armées Allemandes et Françaises, jusqu'à la date de la signature du présent traité, seront confirmés et regardés comme valides.

Article XIII.

Les titres domaniaux et archives des différens pays cédés ou échangés par le présent traité, seront remis, dans l'espace de trois mois, à dater de l'échange des ratifications, aux Puissances qui en auront acquis la propriété. Les plans et cartes des forteresses, villes et pays que les Puissances contractantes acquièrent par le présent traité, leur seront fidèlement remis.

Les papiers militaires et registres pris dans la guerre actuelle aux états-majors des armées respectives, seront pareillement rendus.

Article XIV.

Les deux Parties contractantes, également animées du désir d'écarter tout ce qui pourroit nuire à la bonne intelligence heu-

rétablie entre elles, s'engagent, de la manière la plus solennelle, à contribuer de tout leur pouvoir au maintien de la tranquillité intérieure de leurs états respectifs.

Article XV.

Il sera conclu incessament un traité de commerce établi sur des bases équitables et telles qu'elles assurent à S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et à la République Française, des avantages égaux à ceux dont jouissent dans les états respectifs les nations les plus favorisées.

En attendant toutes les communications et relations commerciales seront rétablies dans l'état, où elles étaient avant la guerre.

Article XVI.

Aucun habitant de tous les pays occupés par les armées Autrichiennes ou Françaises, ne pourra être poursuivi, ni recherché, soit dans sa personne, soit dans ses propriétés, à raison de ses opinions politiques, ou actions civiles, militaires et commerciales, pendant la guerre qui a eu lieu entre les deux Puissances.

Article XVII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, ne pourra, conformément aux principes de neutralité, recevoir dans chacun de Ses ports, pendant le cours de la présente guerre, plus de six bâtimens armés de guerre appartenants à chacune des Puissances belligérantes.

Article XVIII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, s'oblige à céder au Duc de Modène, en indemnité des pays, que ce Prince et Ses Héritiers avaient en Italie, le Brisgaw, qu'il possédera aux mêmes conditions que celles, en vertu desquelles il possédoit le Modénois.

Article XIX.

Les biens fonciers et personnels non aliénés de L. L. A. A. R. R. l'Archiduc Charles et l'Archiduchesse Christine, qui sont

situés dans les pays cédés à la République Française, leur seront restitués, à la charge de les vendre dans l'espace de trois mois.

Il en sera de même des biens fonciers et personnels de S. A. R. l'Archiduc Ferdinand, dans le territoire de la République Cisalpine.

Article XX.

Il sera tenu à Rastadt un Congrès uniquement composé des Plénipotentiaires de l'Empire Germanique et de ceux de la République Française, pour la pacification entre ces deux Puissances. Ce Congrès sera ouvert un mois après la signature du présent traité ou plutôt s'il est possible.

Article XXI.

Tous les prisonniers de guerre faits de part et d'autre et les ôtages enlévés ou donnés pendant la guerre, qui n'auraient pas été restitués, le seront dans quarante jours de l'échange des ratifications du présent traité.

Article XXII.

Les contributions, livraisons, fournitures et prestations quelconques de guerre, qui ont eu lieu dans les états respectifs des Puissances contractantes, cesseront à dater du jour de l'échange des ratifications du présent traité.

Article XXIII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française conserveront entre elles le même cérémonial, quant au rang, et aux autres étiquettes, que celui qui a été constamment observé avant la guerre.

Sa dite Majesté et la République Cisalpine auront entre elles le même cérémonial d'étiquette que celui, qui étoit d'usage entre Sa dite Majesté et la République de Venise.

Article XXIV.

Le présent traité de paix est déclaré commun à la République Batave.

Article XXV.

Le présent traité sera ratifié *) par S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française, dans l'espace de trente jours à dater d'aujourd'hui, ou plutôt si faire se peut, et les actes de ratification, en dûe forme, seront échangés à Rastadt.

Fait et signé à Campo-Formio, près d'Udine, le 17. Octobre 1797, (26. Vendémiaire an VI. de la République Française, une et indivisible.)

Signé: Le Marquis de Gallo.
Louis Comte de Cobenzl.
Le Comte de Merveldt, Général-Major.
Le Baron de Degelmann.
Bonaparte.

Articles secrets.

(Convention additionnelle au traité de Campo Formio.)

Article I.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, consent que les limites de la République Française s'étendent jusqu'à la ligne ci-dessus désignée, et s'engage à employer Ses bons offices lors de la paix avec l'Empire Germanique pour que la République Française obtienne cette même ligne, savoir:

La rive gauche du Rhin depuis la frontière de la Suisse au dessous de Bâle jusqu' au confluent de la Nette au dessus d'Andernach, y compris la tête de pont de Manheim sur la rive gauche du Rhin et la ville et forteresse de Mayence, l'une et l'autre rive de la Nette, depuis son embouchure jusqu'à sa source près de Bruch, de là une ligne passant par Sencherode et Borley jusqu'à Kerpen et de cette ville à Udelhoven, Blankenheim, Marmagen, Jactenigt, Cale, Gemund et compris les arrondissemens et banlieues de ces communes, puis les deux rives de l'Olf jusqu'à son embouchure dans la Roer, les deux rives de la Roer, en y comprenant Heimbach, Nideggen, Duren et Juliers avec leurs arrondissemens et banlieues ainsi que les villages riverains et leur arrondissement jusqu'à Limmich, de là une ligne passant Roffems

et Thalens, Dalen, Hilas, Papdermed, Laterforst, Radenberg, Haversloo, s'il se trouve dans la direction de la ligne, Anderheide, Halderkirchen, Wambach, Herringen et Grobray avec la ville de Venloo et son arrondissement, et si malgré les bons offices de S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, l'Empire Germanique ne consentoit pas à l'acquisition par la République Française de la ligne de limite ci-dessus désignée, S. M. l'Empereur et Roi s'engage formellement à ne fournir à l'armée d'Empire que Son contingent, qui ne pourra être employé dans les forteresses, sans que par là il soit porté aucune atteinte à la paix et à l'amitié qui viennent d'être établis entre Sa dite Majesté et la République Française.

Article II.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, employera également Ses bons offices lors de la pacification avec l'Empire Germanique:

1) Pour que la navigation du Rhin soit libre pour la République Française et les états de l'Empire situés sur la rive droite de ce fleuve depuis Huningue jusqu'à son entrée dans le territoire de la République Batave.

2) Pour que le possesseur de la partie allemande-opposée à l'embouchure de la Moselle ne puisse jamais ni sous aucun prétexte que ce soit, s'opposer à la libre navigation et sortie des bateaux, barques ou autres bâtimens hors de l'embouchure de cette rivière.

3) Pour que la République Française ait la libre navigation de la Meuse et que les péages et autres droits qui pourroient se trouver établis depuis Venloo jusqu'à son entrée dans le territoire Batave soient supprimés.

Article III.

S. M. I. et R. renonce pour Elle et Ses Successeurs en faveur de la République Française à la souveraineté et propriété du Comté de Falkenstein et de ses dependances.

Article IV.

Les pays que S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bo-

bême, doit posséder en vertu de l'article VI. du traité patent définitif signé aujourd'hui, serviront de compensation pour les pays auxquels Elle a renoncé par les articles III. et VII. patents du traité et par l'article précédent.

Cette renonciation n'a de valeur qu'autant que les troupes de S. M. I. et R. occuperont les pays qu'Elle acquiert par l'article susdit.

Article V.

La République Française employera ses bons offices pour que S. M. l'Empereur acquiere en Allemagne l'Archevêché de Salzbourg, et la partie du cercle de Bavière située entre l'Archevêché de Salzbourg, la rivière de l'Inn et de Salze, et le Tyrol y compris la ville de Wasserbourg sur la rive droite de l'Inn avec l'arrondissement d'un rayon de 3000 toises.

Article VI.

S. M. I. et R. cédera à la paix de l'Empire à la République Française la souveraineté et propriété de Frickthal et de tout ce qui appartient à la maison d'Autriche à la rive gauche du Rhin entre Zurzach et Bâle moyennant qu'à la paix susdite S. M. obtienne une compensation proportionnelle en Allemagne qui soit à Sa convenance.

La République Française réunira les dits pays à la République Helvétique moyennant les arrangemens qu'elles pourroient prendre entre elles sans porter préjudice à S. M. l'Empereur et Roi ni à l'Empire.

Article VII.

Il est convenu entre les deux Puissances contractantes que si lors de la pacification prochaine de l'Empire Germanique la République Française fait une acquisition en Allemagne S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, doit également y obtenir un équivalent et réciproquement si S. M. I. et R. fait une acquisition de cette espèce, la République Française obtiendra un pareil équivalent.

Article VIII.

Il sera donné une indemnité territoriale au Prince de Nassau-

Dietz ci-devant Stadthouder d'Hollande ; cette indemnité territoriale ne pourra être prise dans le voisinage des possessions autrichiennes ni dans celui de la République Batave.

Article IX.

La République Française n'a point de difficulté à restituer au Roi de Prusse ses possessions sur la rive gauche du Rhin ; en conséquence il ne sera question d'aucune acquisition nouvelle pour le Roi de Prusse, ce que les deux Puissances contractantes se garantissent mutuellement.

Article X.

Si le Roi de Prusse consent à céder à la République Française et à la République Batave de petites portions de son territoire qui se trouve sur la rive gauche de la Meuse, ainsi que l'enclave de Sevenaer et autres possessions vers l'Issel, S. M. l'Empereur et Roi de Hongrie et de Bohême employera Ses bons offices pour rendre praticables les dites cessions et les faire adopter par l'Empire Germanique.

L'inexécution du présent article ne pourra point détruire l'effet de l'article précédent.

Article XI.

S. M. l'Empereur ne s'oppose pas à l'usage que la République Française a fait des fiefs impériaux en faveur de la République Ligurienne.

S. M. l'Empereur réunira Ses bons offices à ceux de la République Française pour que l'Empire Germanique renonce aux droits de suzeraineté qu'il pourroit avoir en Italie et spécialement sur les pays qui font partie des Républiques Cisalpine et Ligurienne, ainsi que sur les fiefs impériaux tel que la Lusignana et tous ceux situés entre la Toscane et les états de Parme, les Républiques Ligurienne et Lucquoise et le ci-devant Modénois, lesquels fiefs feront partie de la République Cisalpine.

Article XII.

S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française réuniront Leurs bons offices lors de la paci-

fication de l'Empire Germanique pour que les différens Princes et états de l'Empire qui se trouvent éprouver quelques pertes de territoire et des droits en conséquence des stipulations du présent traité de paix, ou enfin par suite du traité à conclure avec l'Empire Germanique et particulièrement les Electeurs de Mayence, de Trèves et de Cologne, l'Electeur Palatin de Bavière, le Duc de Wurtemberg et Teck, le Margrave de Bâde, le Duc de Deux-Ponts, les Landgraves de Hesse-Cassel et de Darmstadt, les Princes de Nassau-Sarbruck, de Salm-Kyrbourg, Löwenstein-Wertheim et de Wied-Runkel, et le Comte de la Leyen, obtiennent en Allemagne des indemnités convenables qui seront reglées d'un commun accord avec la République Française.

Article XIII.

Les troupes de S. M. l'Empereur évacueront [b]) vingt jours après l'échange des ratifications du présent traité la ville et forteresse de Mayence, Ehrenbreitstein, Philippsbourg, Mannheim, Königstein, Ulm et Ingolstadt, ainsi que tout le territoire appartenant à l'Empire Germanique jusqu'à Ses états héréditaires.

Article XIV.

Les présents articles auront la même force que s'ils étoient insérés mot pour mot dans le traité de paix patent signé aujourd'hui.

Ils seront ratifiés à la même époque par les deux Parties contractantes et les actes de ratification en dûe forme seront échangés à Rastadt.

Fait et signé à Campo-Formio le 17. Octobre 1797; (26. Vendémiaire an VI. de la République Française une et indivisible).

Signé: Le Marquis de Gallo.
Louis Comte de Cobenzl.
Le Comte de Merveldt; Général-Major.
Le Baron de Degelmann.
Bonaparte.

b) Die Ratifications-Urkunden sind am 1. December 1797 zu Rastadt ausgewechselt worden. Vergl:
Ratification faite par l'Empereur à Vienne le 3. Novembre

1797 (13. Brumaire an VI.) du traité de paix conclu entre Lui et la République Française.

Arrêté du Directoire de la République Française fait le 5. Brumaire an VI.

Loi contenant la ratification du traité de paix conclu entre la République Française et l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, du 13. Brumaire an VI. de la République Française, une et indivisible.

de Martens, recueil etc. Tom. VI. (ed. II.) p. 432.

b) Vergl: Convention dite militaire entre S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et la République Française, signée à Rastadt le 1. Décembre 1797, (11. Frimaire, an VI.)

de Martens, recueil etc. Tom. VI. (ed. II.) p. 437.

Actes relatifs à l'occupation de Mayence par les troupes Françaises.

de Martens, recueil etc. Tom. VI. (ed. II.) p. 440.

Vergl. ferner:

Sammlung aller zwischen der Reichsfriedensdeputation und den bevollmächtigten Ministern der französischen Republik bei dem Congresse zu Rastadt gewechselten Noten. Rastadt, 1798. 8.

P. J. J. Comte Bacon, opinion sur le traité de Campo-Formio. 1798. 8.

Handbuch des Congresses zu Rastadt, mit einem Anhange über die Negociation in Seltz. Rastadt und Basel, 1798. 8.

Resultate der Reichsfriedensunterhandlungen zu Rastadt in Verbindung mit dem neuern Frieden zu Lunéville. Offenbach, 1801. 8.

Du Traité de Westphalie et de celui de Campo-Formio et de leur rapports avec le systeme politique des Puissances Européennes et particulièrement de la France. Par l'auteur de la théorie du pouvoir polit. et relig. dans la société civile. Paris, an IX. (1801.) 8.

IV.

Traité de paix entre la République Française et Sa Majesté l'Empereur et le Corps Germanique, signé à Lunéville, le 9. Février 1801 (20. Pluviose an 9) *).

Sa Majesté l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, et le premier Consul de la République Française, au nom du peuple français, ayant également à coeur de faire cesser les malheurs de la guerre, ont résolu de procéder à la conclusion d'un paix définitif de paix et d'amitié. Sa dite Majesté Impériale et Royale ne désirant pas moins vivement de faire participer l'Empire Germanique aux bienfaits de la paix, et les conjonctures présentes ne laissant pas le temps nécessaire pour que l'Empire soit consulté, et puisse intervenir par ses députés dans la négociation; Sa dite Majesté ayant d'ailleurs égard à ce qui a été consenti par la députation de l'Empire au précédent Congrès de Rastadt, a résolu, à l'exemple de ce qui a eu lieu dans des circonstances semblables, de stipuler au nom du Corps Germanique.

En conséquence de quoi les Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté Impériale et Royale:

Le Sieur Louis, Comte du Saint-Empire Romain, de Cobenzl, Chevalier de la toison d'or, Grand-Croix de l'ordre de St. Etienne, et de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa dite Majesté Impériale et Royale, Son Ministre des conférences, et Vice-Chancelier de Cour et d'état;

Et le Premier Consul de la République Française, au nom du peuple français:

Le Citoyen Joseph Bonaparte, Conseiller d'état;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Il y aura, à l'avenir et pour toujours, paix, amitié et bonne intelligence entre S. M. l'Empereur, Roi de Hongrie et de Bohême, stipulant, tant en Son nom, qu'en celui de l'Empire Germanique, et la République française; s'engageant Sa dite Majesté à faire donner par le dit Empire Sa ratification en bonne et dûe forme au présent traité. La plus grande attention sera apportée de part et d'autre, au maintien d'une parfaite harmonie, et à prévenir toutes sortes d'hostilités par terre ou par mer pour quelque cause et sous quelque prétexte que ce puisse être, en s'attachant avec soin à entretenir l'union heureusement rétablie. Il ne sera donné aucun secours et protection, soit directement, soit indirectement, à ceux qui voudroient porter préjudice à l'une ou à l'autre des Parties contractantes.

Article II.

La cession des ci-devant Provinces Belgiques à la République Française stipulée par l'article III. du traité de Campo Formio, est renouvelée ici de la manière la plus formelle, en sorte que S. M. Impériale et Royale, pour Elle et Ses Successeurs, tant en Son nom qu'au nom de l'Empire Germanique, renonce à tous Ses droits et titres aux susdites provinces, lesquelles seront possédées à perpetuité, en toute souveraineté et propriété, par la République Française, avec tous les biens territoriaux qui en dépendent. Sont pareillement cédés à la République Française, par Sa Majesté Impériale et Royale, et du consentement formel de l'Empire:

1) le Comté de Falkenstein, avec Ses dépendances;
2) le Frickthal, et tout ce qui appartient à la Maison d'Autriche sur la rive gauche du Rhin, entre Zurzach et Bâle;

la République Française se réservant de céder ce dernier pays à la République Helvétique.

Article III.

De même, en renouvellement et confirmation de l'article VI. du traité de Campo-Formio, S. M. l'Empereur et Roi possédera, en toute souveraineté et propriété, les pays ci-dessous désignés, savoir: l'Istrie, la Dalmatie, et les isles ci-devant vénitiennes de l'Adriatique en dépendantes; les bouches du Cattaro; la ville de Venise; les Lagunes, et les pays compris entre les états héréditaires de S. M. l'Empereur et Roi, la mer Adriatique et l'Adige depuis sa sortie du Tyrol jusqu'à son embouchure dans la dite mer, le thalweg de l'Adige servant de ligne de délimitation, et comme par cette ligne les villes de Vérone et de Porto-Legnago se trouvent partagées, il sera établi sur le milieu des ponts des dites villes des ponts-levis, qui marqueront la séparation.

Article IV.

L'Article XVIII. du traité de Campo-Formio est pareillement renouvelé, en cela que S. M. l'Empereur et Roi S'oblige à céder au Duc de Modène, en indemnité des pays que ce Prince et Ses Héritiers avoient en Italie, le Brisgau, qu'il possédera aux mêmes conditions que celles en vertu desquelles il possédoit le Modénois.

Article V.

Il est en outre convenu que S. A. R. le Grand-Duc de Toscane renonce, pour Elle et pour Ses Successeurs et ayant cause, au Grand-Duché de Toscane, et à la partie de l'isle d'Elbe qui en dépend, ainsi qu'à tous droits et titres résultant de Ses droits sur les dits états, lesquels seront possédés désormais en toute souveraineté et propriété par S. A. R. l'Infant Duc de Parme. Le Grand-Duc obtiendra en Allemagne une indemnité pleine et entière de Ses états d'Italie. Le Grand-Duc disposera à Sa volonté des biens et propriétés qu'il possède particulièrement en Toscane, soit par acquisition personelle, soit par hérédité des acquisitions personelles de feu S. M. l'Empereur Léopold II., Son père, ou de feu S. M. l'Empereur François I., Son ayeul; il est aussi convenu que les créances, établissemens et autres propriétés du Grand-Duché, aussi bien que les dettes duement hypothéquées sur ce pays, passeront au nouveau Grand-Duc.

se garantissent mutuellement l'indépendance des dites Républiques, et la faculté aux peuples qui les habitent, d'adopter telle forme de gouvernement, qu'ils jugeront convenable.

Article XII.

S. M. Impériale et Royale renonce pour Elle et Ses Successeurs, en faveur de la République Cisalpine, à tous les droits et titres provenans de ces droits, que Sa dite Majesté pourroit prétendre sur les pays qu'Elle possédoit en Italie avant la guerre, et qui aux termes de l'article VIII. du traité de Campo-Formio, font maintenant partie de la République Cisalpine, laquelle les possédera en toute souveraineté et propriété, avec tous les biens territoriaux qui en dépendent.

Article XIII.

S. M. Impériale et Royale, tant en Son nom qu'au nom de l'Empire Germanique, confirme l'adhésion déjà donné par le traité de Campo-Formio, à la réunion des ci-devant fiefs impériaux à la République Ligurienne, et renonce à tous droits provenans de ces droits sur les dits fiefs.

Article XIV.

Conformément à l'article XI. du traité de Campo-Formio, la navigation de l'Adige servant de limite entre les états de S. M. I. et R. et ceux de la République Cisalpine, sera libre, sans que de part ni d'autre on puisse y établir aucun péage, ni tenir aucun bâtiment armé en guerre.

Article XV.

Tous les prisonniers de guerre faits de part et d'autre, ainsi que les ôtages enlevés ou donnés pendant la guerre qui n'auront pas encore été restitués, le seront dans quarante jours, à dater de celui de la signature du présent traité.

Article XVI.

Les biens fonciers et personnels, non aliénés de S. A. R. l'Archiduc Charles et des héritiers de feue Madame l'Archiduchesse Christine, qui sont situés dans les pays cédés à la République

IV. et X. du traité de Campo-Formio, que ceux auxquels ils appartiendront, se chargeront des dettes hypothéquées sur le sol des dits pays; mais attendu les difficultés qui sont survenues à cet égard sur l'interprétation des dits articles du traité de Campo-Formio, il est expressement entendu, que la République Française ne prend à sa charge que les dettes résultantes d'emprunts formellement consentis par les états des pays cédés, ou des dépenses faites pour l'administration effective des dits pays.

Article IX.

Aussitôt après l'échange des ratifications du présent traité, il sera accordé dans tous les pays cédés, acquis ou échangés par le dit traité, à tous les habitans ou propriétaires quelconques, main-levée du séquestre mis sur leurs biens, effets et revenus, à cause de la guerre qui a eu lieu. Les Parties contractantes s'obligent à acquitter tout ce qu'elles peuvent devoir pour fonds à elles prêtés par les dits particuliers, ainsi que sur les établissemens publics des dits pays, et à payer ou rembourser toute rente constituée à leur profit sur chacune d'elles. En conséquence de quoi, il est expressement reconnu que les propriétaires d'actions de la banque de Vienne, devenus français, continueront à jouir du bénéfice de leurs actions, et en toucheront les intérêts échus ou à échéoir, non obstant tout séquestre et toute dérogation résultante de ce que les propriétaires devenus français, n'ont pas fournis les trente et les cent pour cent demandés aux actionnaires de la banque de Vienne par S. M. l'Empereur et Roi.

Article X.

Les Parties contractantes feront également lever tous séquestres qui auroient été mis à cause de la guerre sur les biens, droits et revenus des sujets de S. M. l'Empereur ou de l'Empire, dans le territoire de la République Française, et des citoyens français dans les états de Sa dite Majesté ou de l'Empire.

Article XI.

Le présent traité de paix, notamment les articles VIII, IX, X et XV. ci-après, est déclaré commun aux Républiques Batave, Helvétique, Cisalpine et Ligurienne. Les Parties contractantes

çaises et Impériale en Allemagne, conclu à Steyer le 25. décembre 1800.
de Martens recueil des principaux traités etc. ed. II. Tom. VII. p. 286.

Armistice conclu entre le général commandant l'armée Française en Italie, et M. de Bellegarde, commandant en chef l'armée Autrichienne, conclu à Trevise le 16. janvier 1801. (26. nivôse an IX.)
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 291.

Convention entre les plénipotentiaires de S. M. Imp. et ceux de la République Française, pour la prolongation de l'armistice, conclue à Lunéville le 26. janvier 1801. (6. pluviôse an IX.)
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 294.

b) Vergl: Kaiserlich allergnädigstes Hof-Decret an die hochlöbliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato Wien, den 21. Hornung 1801.
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 302.

An Ihro Kaiserliche Majestät allerunterthänigstes Reichs-Gutachten, de dato Regensburg, den 7. März 1801.
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 306.

Kaiserlich allergnädigstes Commissions-Ratifications-Decret an die hochlöbliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato den 9. März 1801.
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 308.

Instrumentum ratificationis Caesaris Suo et Imperii nomine pacis in Lunari villa conclusae, d. d. Viennae die IX. mensis Martii anno 1801; (nicht vom 27. Februar 1801, wie irrthümlich in mehreren Sammlungen zu finden ist).
de Martens recueil etc. T. VII. p. 310.

Ratification de la paix de Lunéville de la part du Gouvernement Français (par le premier Consul au nom de la France), signée à Paris le 11. mars 1801. (20. ventôse an IX.)
de Martens recueil etc. T. VII. p. 311.

Sanction du Corps législatif, par laquelle le traité de Lunéville est converti en Loi de la République, en date du 28. ventôse an IX. (18. mars 1801.)
de Martens recueil etc. Tom. VII. p. 312.

Française, leur seront restitués, à la charge de les vendre dans l'espace de trois ans. Il en sera de même des biens fonciers et personnels de LL. AA. RR. l'Archiduc Ferdinand et Madame l'Archiduchesse Béatrix Son épouse, dans le territoire de la République Cisalpine.

Article XVII.

Les articles XII, XIII, XV, XVII et XXIII. du traité de Campo-Formio sont particulièrement rappellés, pour être exécutés suivant leur forme et teneur, comme s'ils étoient insérés mot à mot dans le présent traité.

Article XVIII.

Les contributions, livraisons, fournitures et prestations quelconques de guerre, cesseront d'avoir lieu, à dater du jour de l'échange des ratifications données au présent traité, d'une part par S. M. l'Empereur et par l'Empire Germanique, d'autre part par la République Française.

Article XIX.

Le présent traité sera ratifié [b]) par S. M. l'Empereur et Roi, par l'Empire, et par la République Française, dans l'espace de trente jours, ou plutôt si faire se peut, et il est convenu que les armées des deux Puissances resteront dans les positions où elles se trouvent, tant en Allemagne qu'en Italie, jusqu'à ce que les dites ratifications de l'Empereur et Roi, de l'Empire et de la République Française, aient été simultanement échangées à Lunéville, entre les plénipotentiaires respectifs. — Il est aussi convenu que dix jours après l'échange des dits ratifications, les armées de S. M. I. et R. seront rentrées sur Ses possessions héréditaires, lesquelles seront évacuées dans le même espace de temps par les armées françaises, et que trente jours après le dit échange, les armées françaises auront évacué la totalité du dit Empire [c]).

Fait et signé à Lunéville, le 9. février 1801. (20. pluviose an IX, de la République Française).

Signé: Louis Comte Cobenzl.
Joseph Bonaparte.

c) Vergl: Traité d'armistice entre les armées Fran-

alpinischen Republik und die Rheingränze für seine eigenen Staaten beabsichtigte, so musste Oesterreich in beiden Rücksichten wichtige Opfer bringen. Es entsagte (Art. III.) dem Besitze seiner sämmtlichen Niederlande und (Art. VII.) dem der beiden Herzogthümer Mailand und Mantua, erhielt aber dafür (Art. VI.) Istrien und Dalmatien, die venetianischen Inseln des adriatischen Meeres und den grössten Theil des Gebietes von Venedig auf dem festen Lande von Italien. Die nachmaligen Verhandlungen zu Rastadt und der Friede zu Lüneville bestätigten jene Bestimmungen.

Vergl. ferner:

Der neue Provinzenwechsel, als Folge der Friedensschlüsse zu Campo-Formio und Luneville nach dem definitiven Französisch-Russischen Entschädigungsplan und dem Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation geographisch-statistisch dargestellt. Hof, 1803. 8.

Joh. Rich. v. Roth, Abhandlungen aus dem teutschen Staats- und Völkerrecht verschiedener praktischer Gegenstände und wirklichen Fälle zur Erläuterung der Traktaten des Rastadschen Friedenscongresses, des Lüneviller Friedens etc. 6 Hefte. Bamberg und Würzburg, 1804. 8.

Perreau, quelques reflexions à l'occasion du traité de paix conclu à Lunéville. Paris, 1801. 8.

V.

Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg vom 25. Februar 1803.

Demnach zu Beendigung des zwischen Kaiserlicher Majestät und dem deutschen Reiche eines — dann der französischen Republik andern Theils — ausgebrochenen Krieges, zufolge zwanzigsten Artikels des am 17. October 1797 geschlossenen Friedens zu Campo-Formio, noch in demselbigen Jahre ein Friedenscongress zwischen Allerhöchstgedachter Sr. Kaiserl. Majestät und einer dazu ernannten ausserordentlichen Reichsdeputation einer — dann den Bevollmächtigten der französischen Republik andrer Seits — zu Rastadt eröffnet worden, auch daselbst die Unterhandlungen bereits so weit gediehen, dass im Namen des deutschen Reichs in die Ueberlassung der Lande der linken Rheinseite nicht nur gewilliget, sondern auch wegen des dadurch auf solcher Rheinseite entstehenden Verlustes die Grundlage der Entschädigung durch Säcularisationen a) angenommen, diese Friedensunterhandlungen aber durch den Wiederausbruch der Feindseligkeiten unterbrochen worden: so ist zwar nachher am 9. Februar 1801 von Sr. Kaiserl. Majestät mit dem ersten Consul der französischen Republik auch Namens des deutschen Reichs, unter Beziehung auf die bei dem vorhergegangenen Rastadter Congresse von der Reichsdeputation schon verwilligte Basis, Friede zu Lüneville geschlossen, dieser Friedensschluss auch von den Kurfürsten, Fürsten und Ständen unter reichsoberhauptlicher Mitwirkung am 7. März 1801 wirklich genehmiget, jedoch sind in diesem Friedensschlusse selbst einige Gegenstände auf weitere Erörterung ausgesetzt worden; indem nicht nur die im 5ten Artikel

dem Herrn Grossherzoge von Toscana zugesagte Entschädigung in Deutschland keine nähere Bestimmung daselbst erhalten, sondern auch vermöge des 7ten Artikels die Entschädigungen der erblichen Reichsstände in Gemässheit der schon erwähnten zu Rastadt aufgestellten Grundsätze noch bestimmt werden sollten b).

Nachdem nun ferner von Sr. Kaiserl. Majestät zur Vollziehung dieser Artikel, sogleich nach geschehener Mittheilung des Friedens von Lüneville an die allgemeine Reichsversammlung durch ein eignes Kaiserl. Commissionsdecret vom 3. März, ein weiteres Reichsgutachten über die reichsständische Mitwirkungsart zur gänzlichen Berichtigung des Reichsfriedensgeschäftes verlangt, dieses Reichsgutachten auch den 2. October 1801 dahin, dass hiezu eine abermalige ausserordentliche Reichsdeputation, bestehend aus acht Mitgliedern, und zwar

aus dem Kurfürstenrathe:

Kurmainz, Kursachsen,
Kurböhmen, Kurbrandenburg,

aus dem Fürstenrathe:

Baiern, Wirtemberg,
Hoch- und Teutschmeister, und Hessenkassel,

zu ernennen sey, wirklich erstattet, und von Kaiserl. Majestät unterm 7. November 1801 allergnädigst genehmigt worden; so haben sodann endlich Sr. Kaiserl. Majestät durch ein weiteres allergnädigstes Commissionsdecret vom 2. August vorigen Jahres der allgemeinen Reichsversammlung bekannt gemacht, dass der Zeitpunct, wo die ausserordentliche Reichsdeputation sich zu vereinigen habe, erschienen sey, dass daher sämmtliche deputirte Stände ihre Subdelegirten nach Regensburg, als den, mit Bestimmung der französischen Regierung festgesetzten Ort, absenden, auch dass die zu gänzlicher Berichtigung dieses Friedensgeschäftes für die Deputation erforderliche Vollmacht ausgefertigt werden solle, indem Allerhöchstsie in Ihrer reichsoberhauptlichen Eigenschaft als Ihren Kaiserlichen Bevollmächtigten bey diesem Congresse den wirklichen Kaiserlichen Geheimenrath und Kaiserl. Concommissarius an der allgemeinen Reichsversammlung Reichsfreiherrn von Hügel, zu bestimmen allergnädigst geruhet hätten.

Wie nun hierauf die Reichsvollmacht, um die in dem Lüne

über Friedensschlüsse Art. 5 et 7 einer besondern Uebereinkunft auch verschiedenen Gegenstände, einvernehmlich mit der französischen Regierung näher zu untersuchen, zu prüfen und zu erledigen, am 3. August v. J. für diese ausserordentliche Reichsdeputation wirklich ausgefertiget worden: so haben die deputirten Reichsstände ihre Subdelegirten, nämlich

Kurmainz.

Den Kaiserl. Geheimenrath, Commandeur des St. Stephansordens, und Kurfürstl. Mainzischen Staatsminister, Herrn Franz Joseph Freiherrn von Albini.

Kurböhmen.

Den Kaiserl. Reichs-Hofrath, Herrn Franz Alban von Schraut; und späterhin noch den Kaiserl. Kämmerer und Königl. Kurböhmischen Reichstagsgesandten, Herrn Ferdinand Grafen von Colloredo-Mannsfeld.

Kursachsen.

Den Kursächsischen Geheimenrath Herrn Hans Ernst von Globig.

Kurbrandenburg.

Den Königl. Preussischen wirklichen geheimen Etats- und Kriegsminister, auch Reichstagsgesandten, des schwarzen und rothen Adlerordens Ritter, Herrn Johann Eustachius Grafen von Schlitz, genannt Görz, und den Königl. Preuss. Directorialgesandten im Fränkischen Kreise, auch Kammer-Vicepräsidenten zu Ansbach, Herrn Konrad Sigmund Karl Hänlein.

Baiern.

Den Kurfürstl. Kämmerer, wirklichen Geheimenrath und Comitialgesandten, Herrn Alois Franz Xaver Freiherrn von Rechberg und Rothenlöwen.

Hoch- und Teutschmeister.

Den Herrn Karl Philipp Ernst Freiherrn von Nordegg zu Rabenau, des hohen deutschen Ordens Ritter, Rathgebietiger der Balley Franken, Commenthur zu Donauwörth,

Hochfürstl. Hoch- und Teutschmeisterischen adelichen wirklichen Hof-, Regierungs-, und Kammerath, und Oberamtmann des Scheuerberger Gebietes zu Hornegg.

Wirtemberg.

Den Herzogl. wirklichen Geheimenrath, Vicepräsidenten, Kammerherrn und Ritter des Herzoglichen grossen Ordens, Herrn Philipp Christian Freiherrn von Normann.

Hessen-Kassel.

Den Fürstl. Geheimenrath und Comitialgesandten, Herrn Philipp Maximilian von Günderode, und späterhin noch Herrn Georg Wilhelm von Starkloff, Hessenkasselischen Kriegsrath,

hieher nach Regensburg abgeordnet, so, dass diese Deputationsversammlung, nach allerseitiger herkömmlichermassen vollzogener Legitimation, am 24. August wirklich constituirt, und mittelst Proposition des ernannten höchstansehnlichen Kaiserl. Herrn Plenipotentiarius eröffnet worden.

Da nun auch zu gleicher Zeit der erste Consul der französischen Republik einen Ministre extraordinaire in der Person des Citoyen Laforest, hieher abgeordnet; ferner Sr. Kaiserl. Russische Majestät Ihre hohe Vermittelung, gemeinsam mit dem französischen Gouvernement zu Berichtigung der gedachten Entschädigungssache und zu Befestigung der Ruhe Deutschlands eintreten zu lassen, sich entschlossen, und zu dem Ende bereits unterm 18. August ersagter französischer Ministre Citoyen Laforest gemeinsam mit dem bei der allgemeinen Reichsversammlung accreditirten Kaiserl. Russ. Herrn Ministre Residenten Klüpffel, zwei gleichlautende Declarationen dieser Reichsdeputation mitgetheilt, worin diese hohen vermittelnden Mächte, zum Behufe der anzustellenden Berathschlagungen, einen allgemeinen Entschädigungsplan vorgelegt; auch kurz nachher Sr. Kaiserl. Russische Majestät einen eigenen Plenipotentiaire in der Person des Kaiserl. Russischen Geheimenraths und mehrerer Orden Ritters, Herrn Karl Freiherrn von Bühler, bisherigen ausserordentlichen Gesandten am Kurpfalz-Baierischen Hofe, zu diesem Geschäfte hieher abzuordnen geruhet; sodann die Reichsdeputation die ihr zugestellten Declarationen in allen ihren

Thun gründlich erwogen, hierüber den gedachten Herren Ministern der vermittelnden Mächte, unter jedesmaliger Mittheilung der bei ihr eingereichten mannichfaltigen Reclamationen und Vorstellungen, ihre Beschlüsse eröffnet; hierauf aber diese unterm 8. October der Deputation einen abgeänderten Plan, als Resultat ihrer neuesten Instructionen, mitgetheilt, die Deputation sodann auch diesen zweiten Plan in weitere Berathung gezogen, und hierüber den erwähnten Herren Ministern ihre ferneren Beschlüsse ebenfalls communicirt, — darauf endlich Diese weitere Noten vom 17. October, 15. und 19. November, 3. December vorigen Jahres, 16. und 31. Jänner — dann den 11. dieses — übergeben haben: — so ist nunmehr hiernach und aus allen vordern einzelnen Deputationsbeschlüssen folgender

Deputations-Hauptschluss

abgefasst worden.

Die Austheilung und endliche Bestimmung der Entschädigungen geschieht, wie folgt:

§. 1.

Sr. Majestät dem Kaiser, Könige von Ungarn und Böhmen, Erzherzoge von Oesterreich, für die Abtretung der Landvogtei Ortenau: die Bisthümer Trient und Brixen, mit ihren sämmtlichen Gütern, Einkünften, eigenthümlichen Besitzungen, Rechten und Vorrechten, ohne irgend eine Ausnahme; und die in diesen beiden Bisthümern gelegenen Capitel, Abteien und Klöster; unter der Verbindlichkeit jedoch, sowohl für den lebenslänglichen Unterhalt der beiden jetzt lebenden Fürstbischöfe und der Mitglieder der beiden Domkapitel, nach einer mit solchen zu treffenden Uebereinkunft, als auch für die hierauf erfolgende Dotation der bei diesen beiden Diöcesen anzustellenden Geistlichkeit, nach dem in den übrigen Provinzen der Oesterreichischen Monarchie bestehenden Fusse zu sorgen. Die Eigenthums- und übrigen Rechte, die Sr. Majestät dem Kaiser und König als Souverain der Erbstaaten und als höchstem Lehnsoberhaupte zustehen, bleiben Ihnen vorbehalten, in so ferne diese Rechte mit der Vollziehung gegenwärtiger Urkunde eintreten können; jene Rechte hingegen, worüber besonders verfügt worden ist, gehen an die neuen Besitzer über c).

Dem Erzherzoge Grossherzoge für Toscana und de sen Zugehörungen: das Erzbisthum Salzburg, die Probs Berchtolsgaden, der jenseits der Ilz und des Inn auf d Seite von Oesterreich gelegene Theil des Bisthums Passau jedoch mit Ausnahme der Innstadt und Ilzstadt, sammt einer Bezirke von 500 französischen Toisen im Durchschnitte vom äu sersten Ende jener Vorstädte an gemessen; und endlich die i den obenerwähnten Diöcesen gelegnen Kapitel, Abteien un Klöster. Diese Besitzungen erhält der Erzherzog unter den, an die bestehenden Verträge gegründeten Bedingungen, Verbind lichkeiten und Verhältnissen. — Sie werden von dem baierischen Kreise getrennt, und dem österreichischen einverleibt; auch ihr geistlichen, sowohl Metropolitan- als Diöcesan-Gerichtsbarkeiten werden gleichfalls durch die Gränzen der beiden Kreise abgesondert; und die oben von des Erzherzogs Entschädigungen ausgenommenen Theile mit den baierischen Diöcesen verbunden. Mühldorf, und der auf dem linken Innufer gelegene Theil der Grafschaft Neuburg, werden mit aller Landeshoheit mit dem Herzogthum Baiern vereiniget. Das Aequivalent der Einkünfte von Mühldorf und der Landeshoheit über Neuburg ist von den Einkünften, welche Freisingen in dem österreichischen Gebiete besitzt, zu nehmen.

Der Erzherzog Grossherzog erhält überdiess für sich und seine Erben in völlig souverainen und unabhängigen Besitz: das Bisthum Eichstädt, sammt allen demselben anhängigen Gütern, Einkünften, Rechten und Vorrechten, so wie der Fürstbischof solche zur Zeit der Unterzeichnung des Lüneviller Friedensschlusses besass; jedoch mit Ausnahme der Aemter Sandsee, Wernfels, Spalt, Abenberg, Ahrberg, Ohrnbau, und Vahrnberg, Herrieden, und aller übrigen von den Ansbachischen und Baireuthischen Landen eingeschlossenen Zugehörden des Bisthums Eichstädt, welche dem Kurfürsten von Pfalzbaiern verbleiben, und dem Erzherzoge Grossherzoge durch ein vollständiges Aequivalent von den Herrschaften des Kurfürsten in Böhmen, und falls diese nicht hinreichen, von irgend andern Einkünften des Kurfürsten von Pfalzbaiern ersetzt werden. In dem Gebiete des erwähnten Bisthums Eichstädt findet keine neue Errichtung einiger

Festungswerke von Seiten des Erzherzogs Grossherzogs oder seiner Erben Statt.

Das Breisgau und die Ortenau werden die Entschädigungen des vormaligen Herzogs von Modena für das Modenesische, dessen Zugehörden und Zuständigkeiten ausmachen. Dieser Fürst und seine Erben werden beide Lande nach dem buchstäblichen Inhalte des vierten Artikels des Lüneviller Friedensschlusses besitzen; welcher in dieser Rücksicht ohne einigen Vorbehalt oder Einschränkung von der Ortenau, wie von dem Breisgau zu verstehen ist.

§. 2.

Dem Kurfürsten von Pfalzbaiern d) für die Rheinpfalz, die Herzogthümer Zweibrücken, Simmern und Jülich, die Fürstenthümer Lautern und Veldenz, das Marquisat Bergopzoom, die Herrschaft Ravenstein, und die übrigen in Belgien und im Elsass gelegenen Herrschaften: das Bisthum Wirzburg unter den hernach vorkommenden Ausnahmen; die Bisthümer Bamberg, Freisingen, Augsburg, und das von Passau; mit Vorbehalt dessen, was §. 1 dem Erzherzoge Grossherzoge davon bestimmt ist; nebst der Stadt Passau, derselben Vorstädten, und allen und jeden Zugehörden diesseits des Inn und der Itz, und überdiess noch einen von ihren äussersten Enden an zu nehmenden Bezirk von 500 franz. Toisen im Durchschnitte. Ferner: die Probstei Kempten, die Abteien Waldsassen, Eberach, Irrsee, Wengen, Söflingen, Elchingen, Ursberg, Roggenburg, Wettenhausen, Ottobeurn, Kaisersheim und St. Ulrich; überdiess die geistlichen Rechte, eigenthümlichen Besitzungen und Einkünfte, welche von den in der Stadt und Markung Augsburg gelegenen Capiteln, Abteien und Klöstern abhängen, mit Ausnahme jedoch alles dessen, was in besagter Stadt, und derselben Markung selbst begriffen ist. Endlich die Reichsstädte und Reichsdörfer: Rothenburg, Weissenburg, Windsheim, Schweinfurt, Gochsheim, Sennfeld, Kempten, Kaufbeurn, Memmingen, Dinkelsbühl, Nördlingen, Ulm, Bopfingen, Buchhorn, Wangen, Leutkirch und Ravensburg, nebst ihren Ge-

bieten mit Einschlusse der freien Leute auf der Leutkircher Haide.

Es findet keine Vermehrung der Festungswerke der Stadt Passau Statt. Sie werden lediglich unterhalten, und es wird kein neues Festungswerk in den Vorstädten angelegt werden. Der Kurfürst von Pfalzbaiern erhält überdiess in vollen eigenthümlichen und Landeshoheitsbesitz nach den vorerwähnten Bedingnissen die von dem Antheile des Erzherzogs Grossherzogs getrennten Theile von Eichstädt, wobei der fernere Bedacht auf einen Territorialersatz dessen, was dem Kurfürsten von Pfalzbaiern noch für das ihm vorhin angewiesene Bisthum Eichstädt abgeht, vorbehalten wird.

§. 3.

Dem Könige von Preussen, Kurfürsten von Brandenburg, für das Herzogthum Geldern, und den auf dem linken Rheinufer gelegenen Theil des Herzogthums Cleve; für das Fürstenthum Moeurs, die Bezirke von Sevenaer, Huissen und Malburg, und für die Rhein- und Maaszölle:

Die Bisthümer Hildesheim und Paderborn; das Gebiet von Erfurt mit Untergleichen, und alle Mainzischen Rechte und Besitzungen in Thüringen; das Eichsfeld, und der Mainzische Antheil an Treffurt. Ferner die Abteien Herforden, Quedlinburg, Elten, Essen, Werden und Kappenberg; und die Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Goslar; endlich die Stadt Münster, nebst dem Theile des Bisthums dieses Namens, welcher an und auf der rechten Seite einer Linie liegt, die unter Olphen über Seperad, Rakelsbek, Heddingschel, Ghisschink, Nottein, Hulschhofen, Nannhold, Nienburg, Uttenbrok, Grimmel, Schönfeld und Greven gezogen wird, und von da dem Laufe der Ems folgt, bis auf den Zusammenfluss der Hoopsteraa in der Grafschaft Lingen.

Die Ueberreste des Bisthums Münster werden auf folgende Weise vertheilt, nämlich:

Dem Herzoge von Oldenburg: die Aemter Vechte und Kloppenburg.

Dem Herzoge von Aremberg: das Amt Meppen mit der Kölnischen Grafschaft Reklinghausen.

Dem Herzoge von Croy: die Reste des Amts Dülmen.

Dem Herzoge von Looz und Corswaren: die Reste der Aemter Bevergern und Wolbek.

Die Capitel, Archidiaconal-Präbenden, Abteien und Klöster, so in den Aemtern gelegen sind, welche die oben benannten Ueberreste des Bisthums Münster ausmachen, werden gedachten Aemtern einverleibt.

Den Fürsten von Salm: die Aemter Bocholt und Ahaus, mit den darin liegenden Capiteln, Archidiaconaten, Abteien und Klöstern; Alles im Verhältnisse von zwei Drittheilen für Salm-Salm, und einem Drittheils für Kyrburg, dessen Abtheilung unverzüglich durch eine weitere Anordnung bestimmt werden wird.

Die Reste des Amtes Horstmar mit Einschluss der darin befindlichen Capitel, Archidiaconate, Abteien und Klöster fallen den Rheingrafen zu; unter der Bedingung, die gegen die Fürsten von Salm den 26. October vor. Jahres übernommenen Verbindlichkeiten zu erfüllen. — Aus der getroffenen Vertheilung von Münster folgt von selbst, dass die bisherige ständische Verfassung nicht mehr Statt finden kann.

Das Haus Salm-Reiferscheid-Bedburg erhält: das Mainzische Amt Krautheim, mit den Gerichtsbarkeitsrechten der Abtei Schönthal in besagtem Amte, und überdiess eine beständige auf Amorbach ruhende Rente von 32,000 Gulden.

Der Fürst von Salm-Reiferscheid für die Grafschaft Niedersalm: eine immerwährende Rente von 12,000 Gulden auf Schönthal.

Der Graf von Reiferscheid-Dyk erhält für die Feudalrechte seiner Grafschaft eine immerwährende Rente von 28,000 Gulden auf die Besitzungen der Frankfurter Capitel.

§. 4.

Dem Könige von England, Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, für seine Ansprüche auf die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, Hildesheim, Corvey und Höxter, und für seine Rechte und Zuständigkeiten in den Städten Hamburg und Bremen, und in derselben Gebieten, namentlich dem Gebiete der letzteren, so wie dasselbe unten bestimmt werden wird, wie

auch für die Abtretung des Amtes Wildeshausen; das Bisthum Osnabrück e).

Dem Herzoge von Braunschweig-Wolfenbüttel; die Abteien Gandersheim und Helmstädt, mit der Auflage einer immerwährenden Rente von 2000 Gulden zu der Stiftung der Prinzessin Amalia zu Dessau.

§. 5.

Dem Markgrafen von Baden für seinen Theil an der Grafschaft Sponheim, und für seine Güter und Herrschaften im Luxemburgischen, Elsass u. s. f.: das Bisthum Konstanz, die Reste der Bisthümer Speier, Basel und Strassburg; die pfälzischen Aemter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim; ferner: die Herrschaft Lahr, unter den zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau-Usingen, und den übrigen Interessenten verabredeten Bedingungen; ferner die hessischen Aemter: Lichtenau und Wildstädt; dann die Abteien: Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Oehringen, die Probstei und das Stift Odenheim, und die Abtei Salmansweiler, mit Ausnahme von Ostrach und den unten bemerkten Zugehörungen. Die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammerbach, Gengenbach, Ueberlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen; endlich die mittelbaren sowohl, als unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhängen.

§. 6.

Dem Herzoge von Wirtemberg für das Fürstenthum Mömpelgard nebst Zugehörden, wie auch für seine Rechte, Besitzungen, Ansprüche und Forderungen im Elsass und in der Franche-Comté: die Probstei Ellwangen; die Stifter, Abteien und Klöster: Zwiefalten, Schönthal und Comburg, mit Landeshoheit (jedoch unter Vorbehalt der Rechte der weltlichen Fürsten und der Grafschaft Limburg), ferner: Rothenmün-

stein, Heiligenkreuzthal, Oberstenfeld, Margrethenhausen, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen Besitzungen gelegen sind. Ferner: das Dorf Dürrenmettstetten, und die Reichsstädte Weil, Reutlingen, Esslingen, Rothweil, Giengen, Aalen, Hall, Gemünd und Heilbronn; alles unter der Bedingung folgende immerwährende Renten zu entrichten, nämlich:

Den Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg für ihren Antheil am Boppardter Zoll 600 Gulden, halb an Bartenstein, halb an Schillingsfürst.

Dem Fürsten von Salm-Reiferscheid für seine Grafschaft Niedersalm 12,000 Gulden.

Dem Grafen von Limburg-Styrum für die Herrschaft Obenstein 12,000 Gulden.

Dem Grafen von Schall für sein Gut Megen 12,000 Gulden.

Der Gräfin Hillesheim für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen 5400 Gulden.

Der verwittweten Gräfin von Löwenhaupt für die Feudalrechte ihres Antheils an der Herrschaft Ober- und Niederbronn 11,200 Gulden.

Den Erben des Freiherrn von Dietrich für gleiche Rechte 11,200 Gulden.

Den Herrn Seubert für die Lehen Benthal und Bretigny 3200 Gulden.

§. 7.

Dem Landgrafen von Hessenkassel für St. Goar und Rheinfels, und für seine Rechte und Ansprüche auf Corvey: die Hanauischen Aemter Fritzlar, Naumburg, Neustadt und Amöneburg; die Capitel Fritzlar und Amöneburg, und die Klöster in besagten Aemtern; ferner: die Stadt Gelnhausen und das Reichsdorf Holzhausen; alles unter Bedingung einer immerwährenden Rente von 22,500 Gulden für den Landgrafen von Hessen-Rothenburg; welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuss des Ertrages von dem §. 39 erwähnten Schiffahrtsoctroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergiebt.

Dem Landgrafen von Hessendarmstadt für die Grafschaft Lichtenberg, die Aufhebung seines Schutzrechts über Wetzlar, und des hohen Geleits in Beziehung auf Frankfurt; für die Abtretung der hessischen Aemter Lichtenau und Wildstädt, Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Kleeberg, Epstein und des Dorfs Welperfelden: das Herzogthum Westphalen mit Zugehörden, und namentlich Volkmarsen, sammt den im genannten Herzogthume befindlichen Capiteln, Abteien und Klöstern, jedoch mit einer immerwährenden dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg zu zahlenden Rente von 15,000 Gulden, welche Rente jedoch in der Folge auf den Ueberschuss des Ertrags von dem §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi übertragen wird, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergiebt. Ferner: die Mainzischen Aemter Gernsheim, Bensheim, Heppenheim, Lorsch, Fürth, Steinheim, Alzenau, Vilbel, Rokenburg, Hassloch, Astheim, Hirschhorn; die Mainzischen, auf der Südseite des Mains, im Darmstädtischen gelegenen Besitzungen und Einkünfte, namentlich die Höfe: Mönchhof, Gundhof und Klarenberg, wie auch diejenigen, so von den, dem Fürsten von Nassau-Usingen weiter unten zugewiesenen Capiteln, Abteien und Klöstern abhängen, mit Ausnahme der Dörfer Bürgel und Schmanheim. Ferner die pfälzischen Aemter: Lindenfels, Umstadt und Otzberg, und die Reste der Aemter: Alzey und Oppenheim; dann den Rest des Bisthums Worms; die Abteien Seligenstadt und Marienschloss bei Rockenburg; die Probstei Wimpfen und die Reichsstadt Friedberg. Alles unter der Bedingung, die Deputatgelder des Landgrafen von Hessenhomburg wenigstens um den vierten Theil zu vermehren.

§. 8.

Dem Herzoge von Holstein-Oldenburg [r]) für die Aufhebung des Elsfleter Zolls, die Abtretung der Dörfer in dem weiter unten bezeichneten Landstriche von Lübeck, und für die ihm und dem Domkapitel zuständigen Rechte und Besitzungen in der Stadt dieses Namens; das Bisthum und Domkapitel Lübeck,

das hannöversche Amt Wildeshausen, und die schon erwähnten Aemter Vechte und Kloppenburg im Münsterschen.

§. 9.

Dem Herzoge von Meklenburg-Schwerin für seine Rechte und Ansprüche auf zwei erbliche Canonikate der Kirche zu Strasburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren, so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der Trave, deren ausschliessliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnekenhagen, Altenbuchow und Crumbrook, und in den der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10,000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schiffahrtsoctroi.

§. 10.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Hechingen für seine Feudalrechte in der Grafschaft Geulle und den Herrschaften Mondrin und Baillonville, im Lütticher Lande: die Herrschaft Hirschlatt und das Kloster Stetten.

Dem Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen für seine Feudalrechte in den Herrschaften Boxmeer, Dixmüde, Berg, Gendringen, Etten, Fisch, Pannerden und Mühlingen; und für seine Domainen in Belgien: die Herrschaft Glatt, die Klöster Inzikhofen, Klosterbeuren und Holzheim; letzteres im Augsburgischen.

§. 11.

Dem Fürsten von Dietrichstein für die Herrschaft Tarasp in Graubünden: die Herrschaft Neu-Ravensburg.

Dem Fürsten von Ligne für Fagnolles: die Abtei Edelstetten, unter dem Namen einer Grafschaft.

§. 12.

Dem Fürsten von Nassau-Usingen für das Fürstenthum Saarbrück, zwei Drittheile der Grafschaft Saarwerden, die Herrschaft Ottweiler, und die von Lahr in der Ortenau: die Mainzischen Aemter Königstein, Höchst, Kronenberg,

Rüdesheim, Oberlahnstein, Eltwill, Haarheim, Kassel; mit den Besitzungen des Domkapitels auf der rechten Mainseite unterhalb Frankfurt; ferner: das pfälzische Amt Kaub nebst Zugehörden; der Rest des eigentlichen Kurfürstenthums Köln, (mit Ausnahme der Aemter Altwied und Nurburg); die hessischen Aemter Katzenellenbogen, Braubach, Embs, Epstein und Kleeberg, frei von den Solmsischen Ansprüchen; die Dörfer Wetperfelden, Soden, Sulzbach, Schwanheim und Okriftel; die Capitel und Abteien: Limburg, Rummerdorf, Bleidenstadt, Sayn und alle Capitel, Abteien und Klöster in den ihm zur Entschädigung zugefallenen Landen, endlich die Grafschaft Sayn-Altenkirchen, mit dem Beding, sich in Ansehung der Schadloshaltung des Hauses Sayn-Wittgenstein, dessen Ansprüche auf die Grafschaft Sayn und Zugehörden erloschen bleiben, nach der darüber getroffenen Uebereinkunft zu benehmen.

Dem Fürsten von Nassau-Weilburg, für den dritten Theil an Saarwerden, und die Herrschaft Kirchheim-Polanden, der Rest des Kurfürstenthums Trier, mit den Abteien Arnstein, Schönau und Marienstadt.

Dem Fürsten von Nassau-Dillenburg, zur Entschädigung für die Statthalterschaft und seine Domänen in Holland und Belgien: die Bisthümer Fulda und Corvey; die Reichsstadt Dortmund; die Abtei Weingarten, die Abteien und Probsteien Hofen, St. Gerold im Weingartischen, Bauderup im Lichtensteinischen Gebiete, Dietkirchen, im Nassauischen, so wie alle Capitel, Abteien, Probsteien und Klöster in den zugetheilten Landen, unter der Bedingung, den bestehenden, und schon früher von Frankreich anerkannten Ansprüchen auf einige Erbschaften, welche im Laufe des letzten Jahrhunderts mit dem Nassau-Dillenburgischen Majorate vereiniget worden sind, Genüge zu thun.

§. 13.

Dem Fürsten von Thurn und Taxis, zur Schadloshaltung für die Einkünfte der Reichsposten [h]) in den an Frankreich abgetretenen Provinzen: das gefürstete Damenstift Bu-

chau, nebst der Stadt; die Abteien Marchthal und Neresheim, das zu Salmannsweiler gehörige Amt Ostrach im ganzen Umfange seiner gegenwärtigen Verwaltung, mit der Herrschaft Schemmelberg, und den Weilern Tiefenthal, Frankenhofen und Stetten. — Uebrigens wird die Erhaltung der Posten des Fürsten von Thurn und Taxis, so wie sie constituirt sind, garantirt. Demzufolge sollen die gedachten Posten in dem Zustande erhalten werden, in welchem sie sich, ihrer Ausdehnung und Ausübung nach, zur Zeit des Lüneviller Friedens befanden.

Um diese Anstalt in ihrer ganzen Vollständigkeit, so wie sie sich in besagtem Zeitpunkte befand, desto mehr zu sichern, wird sie dem besondern Schutze des Kaisers und des Kurfürstlichen Kollegiums übergeben.

§. 14.

Dem Fürsten von Löwenstein-Wertheim für die Grafschaft Pütlingen, die Herrschaften Scharfeneck, Cugnon und andere: die zwei Mainzischen Dörfer Würth und Trennfurt; die Wirzburgischen Aemter Rothenfels und Homburg; die Abteien Brombach, Neustadt und Holzkirchen; die Wirzburgischen Verwaltungen Widdern und Thalheim, eine immerwährende Rente von 12,000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Octroi, und die Wirzburgischen Rechte und Einkünfte in der Grafschaft Wertheim; jedoch unter der Clausel, gedachtes Amt Homburg und die Abtei Holzkirchen dem Kurfürsten von Pfalzbaiern gegen eine immerwährende Rente von 28,000 Gulden, oder gegen jedes andere Aequivalent, dessen sie übereinkommen mögen, wieder abzutreten.

Den Grafen von Löwenstein-Wertheim, für die Grafschaft Virneburg: das Amt Freudenberg, die Karthause Grünau, das Kloster Triefenstein, und die Dörfer: Montfeld, Rauenberg, Wessenthal und Trennfeld.

§. 15.

Dem Fürsten von Oettingen-Wallerstein für die Herrschaft Dachstuhl: die Abtei Heiligenkreuz zu Donauwörth, das Capitel St. Magnus zu Füssen, und die Klöster:

Kirchheim, Deggingen und Maihingen, im Wallensteinischen.

§. 16.

Den Fürsten und Grafen zu Solms, für die Herrschaften Rohrbach, Kratz-Scharfenstein und Hirschfeld, und für ihre Rechte und Ansprüche auf die Abtei Arensburg und das Amt Kleeberg: die Abteien Arensburg und Altenberg im Solmsischen.

§. 17.

Den Fürsten und den Grafen von Stollberg, für die Grafschaft Rochefort und ihre Ansprüche auf Königstein eine immerwährende Rente von 30,000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrts-Octroi.

§. 18.

Dem Fürsten Carl von Hohenlohe-Bartenstein, für die Herrschaft Oberbrunn: die Aemter Faltenbergstetten, Lautenbach, Jaxtberg und Braunsbach, der Wirzburger Zoll im Hohenlohischen, und Antheil am Dorfe Neuenkirchen, das Dorf Münster, und der östliche Theil des Gebiets von Carlsberg; alles unter der Clausel, das nöthige Gebiet zu einer militairischen Strasse, und direkten ununterbrochenen Communication von Wirzburg nach Rothenburg gegen ein billiges Aequivalent an den Kurfürsten von der Pfalz wieder abzutreten.

Den Häuptern der beiden Linien von Hohenlohe-Waldenburg, für ihren Antheil am Bopparder Zoll: die schon erwähnten beständigen Renten von 600 Gulden auf Comburg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Ingelfingen für seine Rechte und Ansprüche auf die 7 Dörfer, Königshofen, Rettersheim, Reiderfeld, Wermuthhausen, Neubronn, Streichenthal und Oberndorf: das Dorf Nagelsberg.

Dem Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein, für die Abtretung des Dorfes Münster, und des östlichen Theils vom Karlsberger Gebiete, nämlich ein Bezirk von 500 französischen Toisen im Durchschnitte, von der äussersten Gränze an gerechnet: das

Dorf Amrichshausen, und die Mainzer, Wirzburger und Casburger Antheile an dem Marktflecken Künzelsau.

§. 19.

Dem Fürsten von Isenburg, für die Abtretung des Dorfes Ostheim: das Dorf Gainsheim, nahe am Rhein, mit den *Resten* der Abtei von Jakobsberg auf der rechten Rheinseite, jedoch mit Ausschluss derjenigen, welche im Gebiete des Landgrafen von Hessenkassel eingeschlossen sind; sodann das Dorf Bürgel bei Offenbach.

Der Fürstin von Isenburg, Gräfin von Parkstein, für ihren Antheil an der Herrschaft Reipoltskirchen und anderen Herrschaften am linken Rheinufer eine immerwährende Rente von 23,000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi.

§. 20.

Dem Hause Leiningen, für das Fürstenthum dieses Namens, die Grafschaft Daxburg und die Herrschaft Weihersheim, so wie für seine Rechte und Ansprüche auf Saarwerden, Lahr und Mahlberg. Nämlich:

1. Dem Fürsten von Leiningen: die Mainzischen Aemter Miltenberg, Buchen, Seeligenthal, Amorbach und Bischofsheim; die von Wirzburg getrennten Aemter: Krautsfeld, Lauda, Hartheim und Rittberg; die pfälzischen Aemter: Boxberg und Mosbach, und die Abteien Gerlachsheim und Amorbach.

Dem Grafen von Leiningen-Güntersblum, für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerei Billigheim und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi.

Dem Grafen von Leiningen-Heidesheim, für seinen Verlust und seinen Antheil an vorerwähnten Ansprüchen: die Mainzische Kellerei Neidenau, und eine immerwährende Rente von 3000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg, älterer

Linie: die Abtei und das Kloster Ilbenstadt in der Wetterau, mit der Landeshoheit in ihrem geschlossenen Umfange (enclos), und eine immerwährende Rente von 6000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi.

Dem Grafen von Leiningen-Westerburg, jüngerer Linie: die Abtei Engelthal in der Wetterau, und eine immerwährende Rente von 6000 Gulden auf den §. 39 erwähnten Schifffahrtsoctroi.

§. 21.

Dem Fürsten von Wiedrunkel, für die Grafschaft Kriechingen: die Kölnischen Aemter Nurburg und Altwied, und die Kellerei Wilmar.

§. 22.

Dem Fürsten von Bretzenheim, für Bretzenheim und Winzenheim: die Stadt und das gefürstete Damenstift Lindau am Bodensee.

§. 23.

Dem Fürsten von Wittgenstein-Berleburg, für die Herrschaften Neumagen und Hemsbach: die schon erwähnte immerwährende Rente von 15,000 Gulden auf das Herzogthum Westphalen.

Die als rechtmässig anerkannten Ansprüche des Hauses Sayn-Wittgenstein auf die Grafschaften Sayn-Altenkirchen und Hachenburg werden durch die zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau, und den gedachten Grafen von Wittgenstein getroffene Uebereinkunft befriediget.

§. 24.

Nachdem in Erwägung der Unzulänglichkeit der noch disponibel bleibenden Theile von unmittelbarem Gebiete, und den gleichwohl bestehenden Erfordernissen eines verhältnissmässigen Etablissements zur Uebertragung des Stimmrechts, die unmittelbaren Abteien und Klöster: Ochsenhausen, Münchroth, Schussenried, Guttenzell, Hegbach, Baindt, Buchheim, Weisenau und Isny, mit ihren Zugehörden, dann

die Stadt Isny, für die Entschädigung der Reichsgrafen bestimmt sind, so wird diese Entschädigungsmasse folgender Gestalt vertheilt:

Dem Grafen von Aspremont-Lynden, wegen Reckheim: die Abtei Baindt, und eine jährliche Rente von 850 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Bassenheim, wegen Pyrmont und Ollbrüken: die Abtei Hegbach (mit Ausschluss der Orte Mietingen und Sulmingen, des Zehnden zu Baldringen, und der zu diesem letzten Antheile bestimmten 500 Jauchert Wald) ferner: eine jährliche Rente von 1300 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Metternich, wegen Winneburg und Beilstein: die Abtei Ochsenhausen (mit Ausschluss des Amtes Tannheim) unter der Verbindlichkeit jedoch, eine jährliche Rente von 20,000 Gulden — nämlich an den Grafen von Aspremont 850 Gulden, — an den Grafen von Quadt 11,000 Gulden, — an den Grafen von Wartemberg 8150 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Ostein, wegen Mylendonk: die Abtei Buxheim (mit Ausschluss des Dorfes Pless) unter der Verbindlichkeit, eine jährliche Rente von 9000 Gulden, nämlich an den Grafen von Bassenheim 1300 Gulden, — an den Grafen von Plettenberg 6000 Gulden, — an den Grafen von Goltstein 1700 Gulden hinaus zu bezahlen.

Dem Grafen von Plettenberg, wegen Wittem und Eyss: die Hegbachischen Orte Mietingen und Sulmingen, sammt dem Zehenden in Baldringen, und 500 Jauchert Wald, welche demselben in den an Mietingen zunächst angränzenden Walddistrikten Wolfloch, Laitblihl und Schnekenkum zugemessen sind; nebst dem: eine jährliche Rente mit 6000 Gulden von Buxheim.

Dem Grafen von Quadt, wegen Wickerath und Schwanenberg: die Abtei und Stadt Isny, und eine jährliche Rente mit 11,000 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Schäsberg, wegen Kerpen und Lommersum: das Ochsenhausische Amt Tannheim (mit Ausschluss des Dorfes Winterrieden), unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 2000 Gulden, nämlich an den Grafen von Sin-

zendorf 1500 Gulden, und an den Grafen von Hallberg 500 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Sinzendorf, wegen der Burggrafschaft Rheinek: das vorerwähnte Dorf Winterrieden unter der Benennung einer Burggrafschaft, und eine jährliche Rente mit 1500 Gulden von Tannheim.

Dem Grafen von Sternberg, wegen Blankenheim, Junkrath, Geroltstein und Dollendorf: die Abteien Schussenried und Weissenau, unter der Verbindlichkeit einer jährlichen Rente von 13,900 Gulden, nämlich an den Grafen von Wartemberg für Sickingen 5500 Gulden, — an den Grafen von Sickingen zu Sickingen 1110 Gulden, — an den Grafen von Hallberg 6880 Gulden, — an den Grafen von Nesselrod-Reichenstein 260 Gulden, — an den Grafen von Goltstein 150 Gulden, hinaus zu zahlen.

Dem Grafen von Törring, wegen Gronsfeld: die Abtei Guttenzell.

Dem Grafen von Wartemberg, wegen Wartemberg: die Abtei Roth und eine jährliche Rente von 8150 Gulden von Ochsenhausen.

Dem Grafen von Wartemberg, für Sickingen wegen Ellerstadt, Aspach und Oranienhof: das Buxheimische Dorf Pless, und eine jährliche Rente mit 5500 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Goltstein, wegen Schlenacken: eine jährliche Rente von 1850 Gulden, nämlich von Buxheim 1700 Gulden, von Schussenried 150 Gulden.

Dem Grafen von Hallberg, wegen Fussgehnheim und Ruchheim: eine jährliche Rente von 7380 Gulden, nämlich von Schussenried 6880 Gulden, und von Tannheim 500 Gulden.

Dem Grafen von Nesselrod-Reichenstein, für Burgfrei und Mechernich: eine jährliche Rente mit 260 Gulden von Schussenried.

Dem Grafen von Sickingen zu Sickingen, für das Amt Hohenenöden: eine jährliche Rente mit 1110 Gulden von Schussenried.

Dieser Vertheilung werden noch folgende allgemeine Bestimmungen beigefügt:

1) Die Stimmrechte derjenigen entschädigten Reichsgrafen, deren Verlust in einem reichsunmittelbaren Gebiete, welches zu Reichs- und Kreisprästanden beigetragen, bestanden, und die zugleich eine Stimme oder Antheil daran auf Reichs- und Kreistagen gehabt haben, nämlich der Grafen von Aspremont, Bassenheim, Metternich, Ostein, Plettenberg, Quadt, Schäsberg, Sinzendorf, Sternberg, Törring und Wartemberg, werden auf ihre neuen Besitzungen radizirt.

2) Die von einem Hauptentschädigungs-Objecte (chef-lieu) getrennten Theile entrichten die Anlagen zu Reichs- und Kreisprästanden in die Hauptkasse, und in dem Verhältnisse, wie bisher, und stellen nicht minder die Mannschaft zu dem bisherigen Contingente. Der Besitzer des getrennten Theils hat das Recht, die Anlagsquota zu subrepartiren, und die Mannschaft auszuheben.

3) Das Abzugsrecht zwischen den Besitzungen des Hauptorts und dem getrennten Theile bleibt in dem bisherigen Zustande.

4) Dem Inhaber eines getrennten Theils bleiben das daselbst befindliche und dazu gehörige Mobiliarvermögen und Rückstände (arrérages), über welche derselbe mit dem vorigen Besitzer übereinzukommen hat. An den Activ- und Passivkapitalien der Kameralkasse des Hauptorts hat hingegen derselbe keinen Antheil, weil diese bei Berechnung des Ertrags überhaupt schon berücksichtigt sind.

5) Er ist verbunden, zu der Sustentation der Geistlichkeit des Hauptortes, nach Verhältniss des Ertrages des getrennten Theils zum Ganzen, beizutragen.

6) Den in der Vertheilung angewiesenen Renten kommen alle jene Vorzüge und Verfügungen zu statten, welche durch gegenwärtige Urkunde in Ansehung der in ihr enthaltenen Renten bestimmt sind.

7) Der Empfänger einer Rente ist gleichfalls verbunden, zu den Sustentationskosten der Geistlichkeit des Hauptortes, worauf die Rente radizirt ist, beizutragen; jedoch weil er an dem Mobiliarvermögen des Entschädigungsobjektes keinen Theil hat, nur die Hälfte derjenigen Quota, welche sich nach

Verhältniss dieser Rente zu dem unter Abzug der Lasten berechneten Ertrag des Entschädigungsobjectes ergiebt.

8) Zu einiger Ausgleichung der temporären Lasten, und vorzüglich der, nach einem billigen Ueberschlag, in Gemässheit der §§. 51 und 57 gegenwärtiger Urkunde erwogenen Sustentationskosten der Geistlichkeit in den neun Abteien, sind die Activkapitalien der Karthause Buxheim mit 176,000 Gulden nach folgenden Principien zu verwenden:

a) Die Sustentationssumme, welche den dritten Theil des Ertrags einer Abtei nicht übersteigt, wird sowohl durch die Allgemeinheit dieser Last, als durch Ueberlassung des Mobiliarvermögens, als compensirt betrachtet.

b) Wenn die Sustentationssumme aber den Ertragsdrittel übersteigt, so wird der Ueberschuss aus gedachten Kapitalien achtfach vergütet.

c) Der künftige Besitzer von Buxheim hat diese Kapitalien zu verwalten, an die Theilhaber mit 3½ pr. Ct. zu verzinsen, und mittelst successiver Aufkündigung in achtjährigen ratis abzuzahlen.

d) Zu Folge dieser Bestimmungen erhalten an gedachten Activkapitalien die künftigen Besitzer auf die Abtei Roth 7500 Gulden, — auf Weissenau 6450 Gulden, — auf Buxheim 20,200 Gulden, — auf Hegebach 53,950 Gulden, — auf Baindt 38,650 Gulden, — und auf Guttenzell 45,250 Gulden; der verbleibende Rest mit 4000 Gulden ist als ein gemeinschaftlicher Ueberschuss zu Deckung des etwaigen Verlustes anzusehen.

e) Falls sich ein grösserer Verlust ohne Verschulden der Verwaltung ergäbe, so ist solcher von allen Theilnehmern pro rata zu tragen.

Die Ergänzung der Entschädigung, wo sie Statt hat, und in so weit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt wird, wird übrigens für die erwähnten Grafen, und für alle andern sich auf gleichen Titel gründende Reclamanten auf jene Einkünfte angewiesen, welche noch zu einer weitern Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. 25.

Der Stuhl zu Mainz wird auf die Domkirche zu Regensburg übertragen. Die Würden eines Kurfürsten, Reichs-Erzkanzlers, Metropolitan-Erzbischofs und Primas von Deutschland, bleiben auf ewige Zeiten damit vereiniget. Seine Metropolitangerichtsbarkeit erstreckt sich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinseite liegenden Theile der ehemaligen geistlichen Provinzen von Mainz, Trier und Köln, jedoch mit Ausnahme der königl. Preussischen Staaten; ingleichen über die Salzburgische Provinz, so weit sich dieselbe über die mit Pfalzbaiern vereinigten Länder erstrekt.

Was das Weltliche betrifft, so wird die Ausstattung des Kurfürsten Erzkanzlers zuvörderst auf die Fürstenthümer Aschaffenburg und Regensburg begründet. Jenes begreift das Oberamt Aschaffenburg in seiner gegenwärtigen Vollständigkeit und Ausdehnung, — sodann die Aemter Aufenau, Lohr, Orb mit den Salzwerken, Prozelten, Klingenberg auf der rechten Seite des Mains, und das Wirzburgische Amt Aurach im Sinngrunde. Dieses besteht aus dem bisherigen Fürstthume Regensburg sammt der Stadt dieses Namens, und allem, was davon abhängt, mit den darin befindlichen mittelbaren und unmittelbaren Stiftern, Abteien und Klöstern, namentlich: St. Emeran, Obermünster und Niedermünster; alles nach dem dermalen bestehenden Verhältnissen in Baiern. Ferner gehören zu dieser Ausstattung: die Reichsstadt Wetzlar in der Eigenschaft einer Grafschaft, und mit voller Landeshoheit, wie auch alle Stifter, Abteien und Klöster, die in den benannten Fürstenthümern und der Grafschaft gelegen sind. Auch das Haus Compostell zu Frankfurt (a. M.), und alle Proprietäten, Besitzungen und Einkünfte, welche dem Mainzischen Domkapitel ausser den dem Könige von Preussen, den Landgrafen von Hessenkassel und Darmstadt, den Fürsten von Nassau-Usingen und Leiningen angewiesenen Aemtern zugestanden haben, und von demselben genossen worden sind.

Der Ertrag der hier oben benannten Gegenstände ist zu 650,000 Gulden angeschlagen.

Die Ergänzung der, dem Kurfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden, wird durch Anweisung auf das §. 39. erwähnte Schifffahrtsoctroi bewerkstelliget. Mittlerweile bis dieses Octroi in Vollzug gesetzt ist, sollen die Zölle der rechten Rheinseite, mit deren Einnahme seit dem 1. December 1802 fortgefahren worden, zur Entrichtung der besagten Entschädigungsergänzung dienen. Der Kurfürst Erzkanzler wird sich desfalls mit den Fürsten benehmen, im Namen derer diese Zölle eingenommen worden sind. Wenn sich nach Berichtigung der ihm zukommenden Ergänzung hieran noch ein hinreichender Ueberschuss ergiebt, so soll derselbe zu verhältnissmässiger Bestreitung der in den §§. 9, 14, 17, 19 und 20 enthaltenen Anweisungen verwendet werden.

Der Kurfüst Erzkanzler wird fernerhin nach den Statuten seiner alten Metropolitankirche gewählt werden.

Den Städten Regensburg und Wetzlar wird eine unbedingte Neutralität, selbst in Reichskriegen zugesichert, indem jene der Sitz des Reichstages, diese des Reichskammergerichtes ist[j]).

§. 26.

Aus Rücksicht für die Kriegsdienste ihrer Glieder werden der Teutsche und der Maltheser Orden der Säcularisation[k]) nicht unterworfen, und erhalten für ihren Verlust auf der linken Rheinseite zur Vergütung, nämlich: der Fürst Hoch- und Teutschmeister und der Teutsche Orden: die mittelbaren Stifter, Abteien und Klöster im Voralberg, in dem oesterreichischen Schwaben, und überhaupt alle Mediatklöster der Augsburger und Konstanzer Diöcesen in Schwaben, worüber nicht disponirt worden ist, mit Ausnahme der im Breisgau gelegenen.

Der Fürst Grossprior, und das Teutsche Grosspriorat des Maltheser Ordens: die Grafschaft Bondorf, die Abteien St. Blasii, St. Trutpert, Schuttern, St. Peter, Tennenbach, und überhaupt alle Stifter, Abteien und Klöster im Breisgau, mit allen auf der rechten Rheinseite gelegenen respectiven Zugehörungen der

den benannten Objekte, jedoch mit der Obliegenheit, nach einer noch vorzunehmenden Liquidation, die persönlichen Schulden der vormaligen Bischöfe von Basel und Lüttich zu bezahlen, welche sie seit der Entfernung von ihren Sitzen gemacht haben.

§. 27.

Das Kollegium der Reichsstädte besteht in Zukunft aus den freien und unmittelbaren Städten: Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg.

Sie geniessen in dem ganzen Umfange ihrer respektiven Gebiete die volle Landeshoheit und alle Gerichtsbarkeit ohne Ausnahme und Vorbehalt; jedoch der Appellation an die höchsten Reichsgerichte unbeschadet.

Sie geniessen, auch selbst in Reichskriegen, einer unbedingten Neutralität. Zu dem Ende sind sie auf immer von allen ordentlichen und ausserordentlichen Kriegsbeiträgen befreit, und bei allen Fragen über Krieg und Frieden von allem Antheil an den Reichsberathschlagungen vollkommen und nothwendigerweise entbunden.

Ueberdiess erhalten sie als Entschädigung, Vergütung und Bewilligung, nämlich:

Die Stadt Augsburg: alle geistlichen Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte in ihrem Gebiete, sowohl in- als ausserhalb der Ringmauern, nichts ausgenommen.

Die Stadt Lübeck, für die Abtretung der von ihrem Hospital abhängenden Dörfer und Weiler im Meklenburgischen: denjenigen ganzen Landesbezirk des Bisthums und Domcapitels zu Lübeck, mit allen und jeden Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften, welcher zwischen der Trave, der Ostsee, dem Himmelsdorfer See und einer Linie begriffen ist, die von da oberhalb Swartau in einer Entfernung von wenigstens 500 französischen Toisen von der Trave, dem dänischen Holstein, und dem Hannöverischen gezogen wird.

Ueber die, von der Stadt Lübeck abhängigen einzelnen Stücke, welche ausserhalb des eben bezeichneten Bezirkes in den Landen des Herzogs von Holstein-Oldenburg eingeschlossen liegen, wird man sich gütlich vereinigen.

Die Stadt Frankfurt, für die Abtretung ihres Antheils

an den Dörfern Soden und Sulzbach: alle innerhalb ihres Umkreises gelegenen Stifter, Abteien und Klöster, mit allen ihren innerhalb und ausserhalb des Stadtbezirks befindlichen Zugehörungen, namentlich: Mokstadt, und alle in gedachter Stadt und ihrem Gebiete begriffenen geistlichen Güter, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte, (das Compostell ausgenommen); unter der Bedingung, eine beständige Rente von 28,000 Gulden dem Grafen von Salm-Reiferscheid-Dyk, eine von 3,600 Gulden dem Grafen von Stadion-Warthausen, und von 2,400 Gulden dem Grafen von Stadion-Tannhausen zu bezahlen.

Diese Renten, welche im Ganzen 34,000 Gulden ausmachen, werden in der Folge auf den Ueberschuss des Ertrages von dem §. 39. erwähnten Schifffahrtsoctroi übertragen, wenn sich nach Bezahlung jener Renten, welche in gegenwärtiger Urkunde auf diesen Ertrag unmittelbar angewiesen sind, ein hinreichender Ueberschuss ergiebt.

Ueberdies wird der Frankfurter Handel von allen Geleitsrechten, die von irgend einem Reichsstande ausgeübt, oder angesprochen werden möchten, gänzlich befreiet.

Das Gebiet von Bremen begreift den Flecken Vegesak sammt Zugehörungen, das Grolland, den Barkhoff, die Hemlinger Mühle, die Dörfer Hastede, Schwaghausen und Vahr, mit Zugehörungen, und alles, was zwischen der Weser, den Flüssen Wümme und Leesum, den bisherigen Gränzen, und einer von der Seebaldbrücke über die Hemlinger Mühle, bis an das linke Ufer der Weser gehenden Linie, liegt; nebst allen vom Herzogthume und Domcapitel Bremen, und überhaupt von den Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg in gedachter Stadt, und in dem genannten Gebiete abhängigen Rechten, Gebäuden, Eigenthum und Einkünften.

Um den Bremer Handel und die Schifffahrt auf der Niederweser vor jeder Beschränkung zu schützen, wird der Elsflether Zoll für immer aufgehoben, so dass er unter keinerlei Vorwand und Benennung wieder hergestellt, noch die Schiffe oder Fahrzeuge, so wie die Waaren, welche sie führen, weder beim Hinauf- noch Hinunterfahren auf gedachtem Flusse unter irgend einem Vorwande an- oder aufgehalten werden dürfen.

Die Stadt Hamburg erhält alle in ihrem Bezirke oder Gebiete gelegenen Rechte, Gebäude, Eigenthum und Einkünfte des Herzogthums und des Domcapitels Bremen, und des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg überhaupt.

Die nähere Bestimmung des Gebietes der Stadt Nürnberg wird auf weitere Vergleichshandlungen ausgesetzt.

Gedachte sechs Städte dürfen nur Reichsständen militärische Werbungen in ihren Ringmauern und Gebieten gestatten.

Die Kurfürsten und Fürsten, welchen Reichsstädte[1]) als Entschädigung zufallen, werden diese Städte in Bezug auf ihre Municipalverfassung und Eigenthum auf den Fuss der in jedem der verschiedenen Lande am meisten privilegirten Städte behandeln, so weit es die Landesorganisation und die zum allgemeinen Besten nöthigen Verfügungen gestatten.

Insbesondere bleibt ihnen die freie Ausübung ihrer Religion, und der ruhige Besitz aller ihrer zu kirchlichen und milden Stiftungen gehörigen Güter und Einkünfte gesichert.

§. 28.

Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren dürften, werden, so wie die Indemnisationsergänzung der Reichsgrafen, im Verhältniss ihrer rechtmässigen Ansprüche, in so weit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt werden, in immerwährenden Renten auf jene Einkünfte angewiesen, welche zu einer weitern Bestimmung übrig bleiben dürften.

§. 29.

Die helvetische Republik erhält zur Vergütung ihrer Rechte und Ansprüche auf die von ihren geistlichen Stiftungen abhängigen Besitzungen in Schwaben, über welche durch die vorhergehenden Artikel disponirt worden ist: das Bisthum Chur, hat aber für den Unterhalt des Fürstbischofs, des Capitels und ihre Diener zu sorgen; sodann die Herrschaft Trasp. Auch steht es ihr frei, mittelst immerwährender, dem reinen Ertrage gleichkommender, jedoch nach dem, durch die helvetischen Gesetze bestimmten Fusse einlösbarer Renten, oder durch jede

andere, mit den Interessenten zu treffende Uebereinkunft, alle und jede Rechte, Zehnden, und Domainen, Güter und Einkünfte, an sich zu lösen, welche sowohl dem Kaiser, den Fürsten und Ständen des Reichs, als den säcularisirten geistlichen Stiftungen, fremden Herrschaften und Privatpersonen im ganzen Umfange des helvetischen Gebietes zustehen.

Jene Säcularisationen, welche besagte Republik innerhalb ihrer Gränzen vornehmen durfte, gehen ohne Verlust und Nachtheil der im Deutschen Reiche gelegenen Zugehörden ihrer geistlichen Stiftungen vor sich, ausschliesslich dessen, worüber anders verfügt worden ist, und ein Gleiches wird für die deutschen geistlichen Stiftungen zustehenden Zugehörden in Helvetien festgesetzt. Alle und jede Gerichtsbarkeit eines Fürsten, Standes oder Mitgliedes des deutschen Reichs in dem Bezirke des helvetischen Territoriums hört künftig auf, gleichwie alle Lehnherrlichkeit und alle blosse Ehrenberechtigung. Das Nämliche hat in Ansehung der schweizerischen, im Umfange des deutschen Reichs liegenden Besitzungen Statt.

§. 30.

Alle in den vorhergehenden Artikeln festgesetzten beständigen Renten können jederzeit gegen ein Kapital zu 2½ Procent abgelöset werden; jeder andern, zwischen den interessirten Theilen freiwillig beliebten Uebereinkunft unbeschadet.

Der Termin, auf welchen die gedachten Renten fällig sind, ist auf den ersten December jedes Jahres festgesetzt.

Die Zahlung geschieht im vier und zwanzig Guldenfuss, in laufenden harten Silbersorten.

§. 31.

Die Kurwürde wird dem Erzherzoge Grossherzoge erthellt, desgleichen dem Markgrafen von Baden, dem Herzoge von Wirtemberg, und dem Landgrafen von Hessenkassel, welche in Ansehung des Ranges unter sich, nach den im Fürstenrathe bestehenden Strophen, alterniren werden, und zu ihrer Einführung die herkömmlichen Förmlichkeiten zu beobachten haben. Nach gänzlicher Erlöschung des Hauses Hessen-

kassel in allen seinen Linien wird die Kurwürde auf Hessendarmstadt übergehen.

§. 32.

Neue Virilstimmen in dem Reichsfürstenrathe erhalten:

Der Kaiser, als Erzherzog zu Oesterreich: für Steiermark eine, für Krain eine, für Kärnthen eine, und für Tirol eine, in allem	4 Stimmen
Der Kurfürst von der Pfalz, als Herzog in Baiern: für das Herzogthum Berg eine, für Sulzbach eine, für Niederbaiern eine, und für Mindelheim eine, in allem	4 -
Der König von Preussen, als Herzog von Magdeburg: für Erfurt eine, und für das Eichsfeld eine, in allem	2 -
Der Kurfürst Reichserzkanzler: für das Fürstenthum Aschaffenburg eine	1 -
Der Kurfürst von Sachsen als Marggraf zu Meissen eine, für die Burggrafschaft Meissen eine, und für Querfurt eine	3 -
Ebenderselbe wechselweise mit den Herzogen von Sachsen-Weimar und von Sachsen-Gotha: für Thüringen eine	1 -
Der König von England, als Herzog von Bremen: für Göttingen eine	1 -
Der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel: für Blankenburg eine	1 -
Der Marggraf von Baden: für Bruchsal anstatt Speier eine, und für Ettenheim anstatt Strassburg eine, in allem	2 -
Der Herzog von Wirtemberg: für Teck eine, für Zwiefalten eine, und für Tübingen eine, in allem	3 -
Der König von Dänemark, als Herzog von Holstein: für Plön eine	1 -
Der Landgraf von Hessendarmstadt: für	

das Herzogthum Westphalen eine, und für Starkenburg eine, in allem ..... 2 Stim

Der Landgraf von Hessenkassel: für Fritzlar eine, und für Hanau eine, in allem 2

Der Herzog von Modena: für das Breisgau eine, und für die Ortenau eine, in allem 2

Der Herzog von Meklenburg-Strelitz: für Stargard eine 1

Der Herzog von Aremberg seine auf diesseitige Lande versetzte Virilstimme 1

Der Fürst von Salm-Salm eine eigene Stimme, die vorher mit Salm Kirburg gemeinschaftlich war 1

Der Fürst von Nassau-Usingen eine 1

Der Fürst von Nassau-Weilburg eine .. 1

Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen eine 1

Der Fürst von Salm-Kyrburg eine 1

Der Fürst von Fürstenberg: für Baar und Stühlingen eine 1

Der Fürst von Schwarzenberg: für Klettgau eine 1

Der Fürst von Thurn und Taxis: für Buchau eine 1

Der Fürst von Waldeck eine 1

Der Fürst von Löwenstein-Wertheim eine 1

Der Fürst von Oettingen-Spielberg eine 1

Der Fürst von Oettingen-Wallerstein eine 1

Der Fürst von Solms-Braunfels eine ... 1

Die Fürsten von Hohenlohe-Neuenstein eine 1

Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst eine 1

Der Fürst von Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein eine 1

Der Fürst von Isenburg-Birstein eine .. 1

Der Fürst von Kaunitz: für Rittberg eine 1 Stimme
Der Fürst von Reuss-Plauen-Graitz eine 1 -
Der Fürst von Leiningen eine ..... 1 -
Der Fürst von Ligne: für Edelstetten eine 1 -
Der Herzog von Looz: für Volbek eine 1 -

Die Aufrufordnung, sowohl der alten, als der neuen Stimmen im Reichsfürstenrathe wird künftig, nach der zehnten Strophe, folgende sein:

1. Oesterreich.
2. Oberbaiern.
3. Steiermark.
4. Magdeburg.
5. Salzburg.
6. Niederbaiern.
7. Regensburg.
8. Sulzbach.
9. Deutschorden.
10. Neuburg.
11. Bamberg.
12. Bremen.
13. Marggraf von Meissen.
14. Berg.
15. Wirzburg.
16. Kärnthen.
17. Eichstädt.
18. Sachsen-Koburg.
19. Bruchsal.
20. Sachsen-Gotha.
21. Ettenheim.
22. Sachsen-Altenburg.
23. Konstanz.
24. Sachsen-Weimar.
25. Augsburg.
26. Sachsen-Eisenach.
27. Hildesheim.
28. Brandenburg-Ansbach.
29. Paderborn.
30. Brandenburg-Baireuth.
31. Freisingen.
32. Braunschweig-Wolfenbüttel.
33. Thüringen.
34. Braunschweig-Zelle.
35. Passau.
36. Braunschweig-Kalenberg.
37. Trient.
38. Braunschweig-Grubenhagen.
39. Brixen.
40. Halberstadt.
41. Krain.
42. Baden-Baden.
43. Wirtemberg-Teck.
44. Baden-Durlach.
45. Osnabrück.
46. Verden.
47. Münster.
48. Baden-Hochberg.
49. Lübeck.
50. Wirtemberg.
51. Hanau.
52. Holstein-Glückstadt.
53. Fuld.
54. Holstein-Oldenburg.
55. Kempten.
56. Meklenburg-Schwerin.

57. Ellwangen.
58. Meklenburg-Güstrow.
59. Maltheser Orden.
60. Hessendarmstadt.
61. Berchtolsgaden.
62. Hessenkassel.
63. Westphalen.
64. Vorpommern.
65. Holstein Plön.
66. Hinterpommern.
67. Breisgau.
68. Sachsen-Lauenburg.
69. Korvey.
70. Minden.
71. Burggraf von Meissen.
72. Leuchtenberg.
73. Anhalt.
74. Henneberg.
75. Schwerin.
76. Kamin.
77. Ratzeburg.
78. Hirschfeld.
79. Tirol.
80. Tübingen.
81. Querfurt.
82. Aremberg.
83. Hohenzollern-Hechingen.
84. Fritzlar.
85. Lobkowitz.
86. Salm-Salm.
87. Dietrichstein.
88. Nassau-Hadamar.
89. Zwiefalten.
90. Nassau-Dillenburg.
91. Auersberg.
92. Starkenburg.
93. Ostfriesland.
94. Fürstenberg.
95. Schwarzenberg.
96. Göttingen.
97. Mindelheim.
98. Lichtenstein.
99. Thurn und Taxis.
100. Schwarzburg.
101. Ortenau.
102. Aschaffenburg.
103. Eichsfeld.
104. Braunschweig-Blankenburg.
105. Stargard.
106. Erfurt.
107. Nassau-Usingen.
108. Nassau-Weilburg.
109. Hohenzollern-Sigmaringen.
110. Salm-Kyrburg.
111. Fürstenberg-Baar.
112. Schwarzenberg-Klet
113. Taxis-Buchau.
114. Waldeck.
115. Löwenstein-Wertheim
116. Oettingen-Spielberg.
117. Oettingen-Wallerstein
118. Solms-Braunfels.
119. Hohenlohe-Neuenstei
120. Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst.
121. Hohenlohe-Waldenburg-Bartenstein.
122. Isenburg-Birstein.
123. Kaunitz-Rittberg.
124. Reuss-Plauen-Graiz.
125. Leiningen.
126. Ligne.
127. Loos.

128. Schwäbische Grafen. 130. Fränkische Grafen.
129. Wetterauische Grafen. 131. Westphälische Grafen.

1. Das Directorium im Reichsfürstenrathe bleibt wie es vorher war.
2. Die Alternirungen, welche bisher Statt hatten, werden auch künftig beobachtet, und die verschiedenen Häuser sowohl, als die Aeste des nämlichen Hauses haben sich über neue Alternirungen zu vergleichen.
3. Durch den Aufruf der Stimmen wird dem höhern oder gleichen Range der Fürsten unter sich gar nicht präjudizirt, und die Rechte eines jeden bleiben vorbehalten.
4. Die Stimmen der säcularisirten Fürstenthümer bleiben an ihrer alten Stelle, so dass die zwei Bänke (latera) können beibehalten werden, wenn es das Fürstliche Kollegium rathsam findet.
5. Die Fürsten, welche Stimmen, die auf den ehemals geistlichen zur Entschädigung erhaltenen Landen haften, auszuüben haben, erlangen dadurch kein Recht zu einem höhern Range, als sie vorher hatten.
6. Die Fürsten, welche für ihre verlorenen Stimmen neue erhalten, behalten den Rang ihrer vorigen Stimmen.
7. In Gemässheit der hier zum Grund gelegten zehnten Strophe werden nun auch die neun übrigen Strophen eingerichtet.

§. 33.

Das unbedingte Privilegium de non appellando kommt allen Kurfürsten, für alle ihre Besitzungen, desgleichen dem Landgrafen von Hesssendarmstadt für seine alten und neuen zu statten, und es wird dem Gesammthause Nassau für seine alten und neuen Besitzungen verwilliget werden *).

§. 34.

Alle Güter der Domcapitel und ihrer Dignitarien werden zu Domänen der Bischöfe einverleibt, und gehen mit den Bisthümern auf die Fürsten über, denen diese angewiesen sind. In der zwischen mehrern vertheilten Bisthümern werden die in den

einzelnen Theilen befindlichen Güter dieser Art mit denselben vereinigt.

§. 35.

Alle Güter der feudirten Stifter, Abteien und Klöster; i den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen, Katholische sowohl, als A. C. Verwandten, Mittelbarer sowohl als Unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien un vollen Disposition der respectiven Landesherrn, sowohl zum Behufe des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den, unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen n).

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherrn überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Kapitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, sofern oben nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

§. 37.

Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte, welche Spitälern, Fabriken, Universitäten, Kollegien und andern frommen Stiftungen, wie auch Gemeinden der andern Rheinseite gehörten, bleiben davon getrennt, und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen, d. h. so viel die rechte Rheinseite betrifft, der Regierung derjenigen Orte, wo sie liegen, oder erhoben werden. Jedoch sollen die Güter und Einkünfte solcher litterarischen Anstalten, die ehemals beiden Rheinseiten gemeinschaftlich waren, und dermalen auf dem rechten Rheinufer fortgesetzt werden, diesen auf der rechten Rheinsei

fortdauernden Anstalten verbleiben, insofern sie nicht in Gebieten entschädigter Fürsten liegen.

§. 38.

Die für ihre Besitzungen jenseits des Rheins entschädigten Reichsstände haben ihre, sowohl blos persönlichen, als die, von erwähnten Besitzungen herrührenden Schulden auf ihre zur Entschädigung erhaltenen Domänen und Renten zu übernehmen, und von denselben zu tilgen; doch vorbehaltlich der im Lüneviller Frieden, und in den, von dem französischen Gouvernement mit einzelnen Reichsständen geschlossenen besondern Verträgen, enthaltenen Bestimmungen *).

§. 39.

Alle sowohl auf dem rechten als linken Ufer erhobenen Rheinzölle sollen aufgehoben seyn, ohne unter irgend einer Benennung wieder hergestellt werden zu können; jedoch mit Vorbehalt der Eingangsgebühren (droits de douane), und eines Schifffahrtsoctroi, welches nach folgenden Grundlagen genehmiget wird:

Da der Rhein von den Gränzen der batavischen Republik an bis zu den Gränzen der helvetischen Republik ein zwischen der französischen Republik und dem deutschen Reiche gemeinschaftlicher Strohm geworden ist, so geschieht die Errichtung sowohl, als die Anordnung und Erhebung des Schifffahrtsoctroi gemeinschaftlich von Frankreich und dem deutschen Reiche.

Das Reich überträgt mit Einwilligung des Kaisers alle seine desfallsigen Rechte völlig und gänzlich dem Kurfürsten-Erzkanzler, welcher die Vollmacht des deutschen Reichs hat, mit der französischen Regierung alle allgemeine und besondere Anordnungen in Beziehung auf das Schifffahrtsoctroi abzuschließen; diese Anordnungen werden durch den Kurfürsten-Erzkanzler zu Genehmigung des Kurfürstl. Kollegiums und zur Kenntniss des unter seinem Oberhaupte versammelten Reichs gebracht.

Die Taxe wird dergestalt ausgemittelt, dass sie den Betrag der aufgehobenen Zölle nicht übersteigt. Es wird eine höhere Taxe von der Schifffahrt der Fremden, und von den Schiffen,

welche den Rhein heraufgehen, entrichtet, als von der Schifffahrt der französischen oder deutschen Uferbewohner, und von den Schiffen, welche den Rhein hinabgehen.

Die Erhebung derselben wird einer einzigen Behörde anvertraut, und die Erhebungsart so eingerichtet, dass die Schifffahrt so wenig als möglich dabei aufgehalten wird.

Der Generaldirector des Octroi wird gemeinschaftlich von der französischen Regierung und dem Kurfürsten-Erzkanzler ernannt, welche wechselseitig einen Controleur bei jedem Erhebungs-Bureau halten. Die Einnehmer auf dem rechten Rheinufer werden von dem Kurfürsten-Erzkanzler mit Einverständniss der Landesfürsten ernannt.

Nichts desto weniger bleiben diese Administrations- und Erhebungsgrundsätze noch dem weitern Uebereinkommen unterworfen, welches über die endliche Einrichtung des Schifffahrtsoctroi selbst zwischen dem französischen Gouvernement und dem Kurfürsten Reichserzkanzler statt haben wird.

Es werden nicht weniger als fünf, und nicht mehr als funfzehn Erhebungsbureaux errichtet. Diese Bureaux sind nur in Dienstsachen, ausserdem aber keineswegs von der Gerichtsbarkeit der Landesherrn ausgenommen. Sie werden hingegen bedürfenden Falls allen Beistand von Seiten des Landesherrn erhalten.

Der Ertrag des Octroi im Ganzen hat vordersamst die Kosten der Erhebung, der Verwaltung und der Polizei zu bestreiten.

Der Ueberschuss wird in zwei gleiche Theile getheilt, deren jeder vorzüglich zur Unterhaltung der Leinpfade und der zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten auf jedem der respectiven Ufer bestimmt ist.

Der reine Rest der zum rechten Rheinufer gehörigen Hälfte wird

1) zur Ergänzung der Dotation des Kurfürsten-Erzkanzlers, dann für die übrigen in den §. §. 9, 14, 17, 19 und 20 gegebenen Anweisungen;
2) zur Bezahlung der in den §. §. 7 und 27 subsidiarisch und bedingnissweise angewiesenen Renten, verhypothecirt[r]).

Falls sich ein jährlicher Ueberschuss von Einkünften ergäbe, so wird er zur stufenweisen Ablösung der Lasten dienen, mit welchen das Schifffahrts-Octroi-Recht belegt ist.

Der Kurfürst Erzkanzler wird sich jährlich mit der französischen Regierung, und den an das Ufer gränzenden Landesfürsten der rechten Rheinseite über die Unterhaltung der Leinpfade, und die zur Schifffahrt erforderlichen Arbeiten in der Ausdehnung der respectiven Rheingränzen benehmen.

§. 40.

Alle am rechten Rheinufer gelegenen, von den ehemals auf dem linken Ufer bestandenen Lehenhöfen abhängende Lehen gehen in Zukunft unmittelbar von Kaiser und Reich zu Lehen, wenn die Landeshoheit darauf haftet mit reichsständischer Eigenschaft, – im Gegenfall aber von dem Landesherrn, in dessen Staaten sie eingeschlossen sind. Nur die Mainzer Lehen, welche Landeshoheit haben, sollen von Aschaffenburg zu Lehen rühren. Den neuen Lehenherrn bleibt überlassen, ob sie sich bis zu einem künftigen Lehensfalle einstweilen mit einer blossen Anstellung von den neuen Vasallen begnügen, oder aber auf der wirklichen Lehensempfängniss bestehen wollen; jedoch sind im letzteren Falle die Vasallen diesmal mit Taxen und anderen Lehensgebühren zu verschonen.

§. 41.

Da die Stimmen der unmittelbaren Reichsgrafen hieroben §. 24. auf die diesseitigen Entschädigungsgebiete übertragen worden sind, so bleibt nur noch die Ausübungsart dieser Stimmen und anderer damit verbundenen Prärogativen einer nähern Regulirung vorbehalten.

Wie die geistlichen Stimmen künftig geführt werden, ist ebenfalls hieroben §. 32 versehen.

§. 42.

Die Säcularisation der geschlossenen Frauenklöster kann nur im Einverständnisse mit dem Diöcesan-Bischofe geschehen. Die Mannsklöster hingegen sind der Verfügung der Landesherrn oder neuen Besitzer unterworfen, welche sie

nach freiem Belieben aufheben, oder beibehalten können. Beiderlei Gattungen können nur mit Einwilligung des Landesherrn oder neuen Besitzers Novizen aufnehmen.

§. 43.

Der Genuss der zur Entschädigung angewiesenen Güter nimmt für die entschädigten Fürsten und Stände, welche nicht im Falle gewesen seyn möchten, vor den Declarationen der vermittelnden Mächte, Civilbesitz zu ergreifen, mit dem ersten December 1802 seinen Anfang. Der Civilbesitz selbst geht für Alle acht Tage vor jenem Termin an.

Die Rückstände der unter der Disposition der Nutzniesser gestandenen Fonds bis zum Zeitpunkte des neuen Genusses, gehören den alten Besitzern, ohne jedoch hiedurch andern Verabredungen zwischen den interessirten Theilen vorzugreifen.

§. 44.

Alle seit dem 24. August 1802 in den Entschädigungslanden und Gebieten vorgenommenen Veräusserungen, welche nicht als Folgen der gewöhnlichen Verwaltung anzusehen sind, werden hiemit für ungültig erklärt.

§. 45.

Obige Verfügungen vernichten alle Ansprüche auf die durch den Frieden von Lüneville an die französische Republik abgetretenen Länder, jedoch versteht sich von selbsten, dass Familiensuccessionsrechte von jenseits rheinischen und ausgetauschten Besitzungen auf die Entschädigungs- und eingetauschten Objekte als Surrogate übergehen. Ferner sind diejenigen Ansprüche als vernichtet zu betrachten, welche an die, für auf der linken Rheinseite verlorene Besitzungen, auf der rechten Rheinseite gegebenen Entschädigungslande gemacht werden könnten, sofern sie nicht innerhalb eines Jahres, vom 1. December 1802 an zu rechnen, vorgebracht, und gütlich oder gerichtlich erledigt seyn werden. Sollte aber im Mangel gerichtlicher Entscheidung, oder in Verweigerung eines billigen Vergleiches der Grund liegen, warum ein wirklich vorgebrachter Anspruch nicht in dem Laufe des gedachten Jahrs erledigt worden ist; so wird derselbe jene

binnen zwölf Jahren durch Austrägalrichter ohne Appellation entschieden werden.

Da der Kurfürst Erzkanzler ex jure novo dotirt wird, so muss, um diese Ausstattung zu sichern, der etwa aus einem Anspruche gegen denselben herrührende Revenüenverlust durch Verleihung heimfallender kaiserl. und Reichslehen vergütet werden.

§. 46.

Alle Tauschverträge, Länderpurificationen, und andere Vergleiche aller Art, welche von den Fürsten, Ständen und Gliedern des Reichs unter sich innerhalb eines Jahres geschlossen werden, sollen eben so wohl volle Kraft haben, und vollzogen werden, als wenn sie gegenwärtigem Hauptschlusse wörtlich einverleibt wären.

§. 47.

In Ansehung der Verhältnisse der aus dem Besitze tretenden Regenten und Besitzer, auch der davon abhangenden Geistlichkeit, so wie ihrer bisherigen Dienerschaft in dem Hof-, Civil-, und Militärfache, und in Ansehung der besondern Verbindlichkeiten der entschädigten Fürsten und Stände, welche sich auf den anständigen Unterhalt der gedachten Regenten und übrigen Individuen, auf die Verfassungen der Lande, und die Uebernehmung der Schulden, auch insbesondere auf die Entrichtung der Kammerzieler beziehen, und welche mit dem Eintritte in den wirklichen Genuss der Entschädigungsländer und Gebiete ihren Anfang nehmen, soll es nach den, in den folgenden Paragraphen enthaltenen Vorschriften gehalten werden.

§. 48.

Allen abtretenden Regenten bleibt ihre persönliche Würde mit dem davon abhangenden Range, und dem Fortgenusse ihrer persönlichen Unmittelbarkeit.

§. 49.

Die Herren Fürstbischöfe und gefürsteten Aebte oder Pröbste behalten zugleich die Gerichtsbarkeit über ihre

Dienerschaft dergestalt, dass sie in bürgerlichen Rechtssachen, mit jedesmaligem Vorwissen der oberen Landesbehörde, für solche Sachen in erster Instanz das Landesgericht, wo solche zu verhandeln, zu wählen, in peinlichen Fällen aber die erste Cognition zu nehmen haben, wo sodann die gedachten bürgerlichen Sachen in weiterer Instanz an die landesherrlichen Appellationsgerichte zu bringen sind: in peinlichen Fällen hingegen, wenn sich die Peinlichkeit ergiebt, der Verbrecher an die peinlichen Gerichte des Landes auszuliefern ist. Uebrigens haben sich sämmtliche Diener eines solchen Fürsten den bestehenden und ergehenden landesherrlichen Gesetzen, und sonderlich den Polizeiordnungen, zu fügen.

§. 50.

Den sämmtlichen abtretenden geistlichen Regenten ist nach ihren verschiedenen Graden auf lebenslang eine ihrem Range und Stande angemessene freie Wohnung mit Meublement und Tafelservice, auch den Fürstbischöfen und Fürstäbten des ersten Ranges ein Sommeraufenthalt anzuweisen, wobei sich von selbst versteht, dass dasjenige, was ihnen an Möbeln eigenthümlich zugehört, ihnen gänzlich überlassen bleibe, das aber, was dem Staate zugehört, nach ihrem Tode diesem zurückfalle.

§. 51.

Die Sustentation der geistlichen Regenten, deren Lande ganz oder doch grösstentheils mit den Residenzstädten an weltliche Regenten übergehen, kann, da ihr Einkommen sehr verschieden ist, nur nach Verhältniss desselben regulirt, mithin allenthalben nur ein Minimum und ein Maximum bestimmt werden.

In dieser Hinsicht wird:

a) Für Fürstbischöfe, das Minimum auf 20,000, und das Maximum auf 60,000 Gulden [1]);

Für den Herrn Bischof zu Wirzburg, als Coadjutor zu Bamberg, noch weiter die Hälfte dieses Maximums;

b) Für Fürstäbte und Pröbste des ersten Ranges, das Minimum der Fürstbischöfe; für alle andere Fürstäbte, das Minimum auf 6000, das Maximum auf 12,000; für gefürstete

Aebtissinnen aber das Minimum auf 3000, das Maximum auf 6000 Gulden;

c) Für Reichsprälaten und Aebtissinnen, auch

d) Unmittelbare Aebte, das Minimum auf 2000, das Maximum auf 8000 Gulden bestimmt. Bei allen diesen Bestimmungen wird jedoch der Grossmuth der künftigen Landesherrn kein Ziel gesetzt; vielmehr bleibt jedem, was er durch besondere Verhältnisse und Rücksichten weiter zu bewilligen sich veranlasst findet, unbenommen.

Wie nun hiernach die Regulirung zur Zufriedenheit der abtretenden Regenten wirklich geschehen sey, oder bei aufzuhebenden Prälaturen künftig gemacht werden wolle, darüber gewärtigt die Reichsdeputation von den neuen weltlichen Regenten binnen 4 Wochen eine verlässige Anzeige, damit alsdann, Falls wider Vermuthen ein und anderer Bestimmung wegen, bei der Anwendung obiger Regeln ein Anstand sich noch äussern sollte, die Deputation darüber erkennen möge.

§. 52.

Die Weihbischöfe, in so ferne sie Präbenden haben, die Domkapitularen, Dignitarien, auch Canonici der Ritterstifter, auch adelige Stiftsdamen behalten den lebenslänglichen Genuss ihrer Kapitelwohnungen; ihnen oder ihren Erben sind die auf den Ankauf oder Optirung ihrer Häuser gemachten Auslagen, falls der Landesherr solche nach ihrem Tode an sich ziehen will, zu vergüten; auch ausserdem an Orten, wo sie ein Privateigenthum ihrer Wohnung hergebracht haben, wird ihnen solches vorbehalten.

§. 53.

Zu ihrer Sustentation aber sind den Domkapitularen, Dignitarien und Canonicis der Ritterstifter neun Zehntel ihrer ganzen bisherigen Einkünfte, und zwar jedem einzelnen, was er bisher genossen hat, zu belassen. Auf gleiche Weise sind die Vicarien bei ihren Wohnungen, und, da sie meist gering stehen, bei ihrem ganzen bisherigen Einkommen, bis sie etwa auf andere geistliche Stellen versorgt werden,

zu belassen, wogegen sie ihren Kirchendienst einstweilen fortzuversehen haben.

Die Domicellaren da, wo sie wirklich schon einigen Genuss ihrer Präbenden bezogen haben, werden in der Quote ihrer Sustentation den Capitularen gleichgehalten, und rücken hiernächst, falls sich der Landesherr nicht in andern Weg mit ihnen abfindet, in die vacirend werdenden Capitelspfründen.

§. 54.

Capitularen und Domicellaren der Dom-, Ritter-, und Mediatstifter, welche nach den verschiedenen Statuten der Stifter entweder erst nach dem Ablaufe der Carenzjahre, oder nach eintretenden andern Verhältnissen zum Genusse kommen, sobald sie nur in dem wirklichen Besitze ihrer Präbenden sind, haben ganz gleiche Rechte als diejenigen, welche sich wirklich schon im Genusse ihrer Präbenden befinden.

§. 55.

Die Stiftsfrauen und Fräulein bleiben in so lange bei ihrem bisherigen Genusse, als es dem neuen Landesherrn nicht räthlicher scheint, sie gegen eine zu ihrer Zufriedenheit zu regulirende Abfindung aufzuheben.

§. 56.

Für die capitularischen geist- und weltlichen Dienerschaften gelten die nämlichen Dispositionen, welche hiernach wegen den eigenen fürstlichen Dienerschaften folgen.

§. 57.

Die Conventualen fürstlicher, auch Reichs- und unmittelbarer Abteyen sind auf eine ihrer bisherigen Lebensweise angemessene anständige Art in ein oder der andern Communität ferner zu unterhalten, oder denen, welche mit landesherrlicher Verwilligung austreten, bis zu anderweiter Versorgung, eine Pension von 300 bis 600 Gulden, nach dem Vermögen ihrer Stiftung, zu verabreichen. Für die Laienbrüder ist auf ähnliche Art zu sorgen. Novizen, welche durch Gelübde noch nicht

gebunden sind, können von dem Landesherren mit einer dreijährigen verhältnissmässigen Pension entlassen werden.

§. 58.

Kaiserliche Precisten, welche ihre Preces den Stiftern bereits präsentirt, und den schon eingetretenen Einrückungsfall nicht etwa haben vorbeigehen lassen, erhalten bei den künftigen Erledigungsfällen eine verhältnissmässige Pension, und eben dieses gilt auch von denjenigen Panisten, welche auf ihre Laienpfründen ein schon erworbenes anerkanntes Recht haben r).

§. 59.

In Ansehung der sämmtlichen bisherigen geistlichen Regenten, auch Reichsstädte und unmittelbaren Körperschaften, Hof-, geistlichen und weltlichen Dienerschaft, Militair und Pensionisten, in so ferne der abgehende Regent solche nicht in seinem persönlichen Dienste behält, so wie der Kreisdiener, da, wo mit den Kreisen eine Veränderung vorgehen sollte, wird diesen allen der unabgekürzte lebenslängliche Fortgenuss ihres bisherigen Rangs, ganzen Gehalts, und rechtmässiger Emolumente, oder, wo diese wegfallen, eine dafür zu regulirende Vergütung unter der Bedingniss gelassen, dass sie sich dafür nach Gutfinden des neuen Landesherrn, und nach Maasgabe ihrer Talente und Kenntnisse auch an einem andern Orte und in andern Dienstverhältnissen gebrauchen und anstellen lassen müssen; jedoch ist solchen Dienern, welche in einer Provinz ansässig sind, und in eine andere gegen ihren Willen übersetzt werden sollen, freizustellen, ob sie nicht lieber in Pension gesetzt werden wollen.

In diesem letztern Falle ist einem fünfzehnjährigen Diener sein volles Gehalt mit Emolumenten, einem zehnjährigen zwei Dritttheile, und denen, die noch nicht volle zehen Jahre dienten, die Hälfte als Pension zu belassen. Den wirklichen Pensionisten sind, falls nicht etwa neuerlich hie und da Missbräuche untergelaufen wären, ihre Pensionen fortzubezahlen.

Sollte der neue Landesherr einen oder den andern Diener

gar nicht in Diensten zu behalten gedenken, so verbleibt denselben seine genossene Besoldung lebenslänglich. Sollten hingegen seit dem 24. August 1802 neue Pensionen oder Besoldungserhöhungen verwilliget, oder ganz neue Besoldungen gemacht worden seyn, so bleibt es billig dem neuen Landesherrn überlassen, ob er solche Verwilligungen den Grundsätzen der Billigkeit und einer guten Staatsverwaltung angemessen findet.

§. 60.

Die dermalige politische Verfassung der zu säcularisirenden Lande, in so weit solche auf gültigen Verträgen zwischen dem Regenten und dem Lande, auch andern reichsgesetzlichen Normen ruht, soll ungestöhrt erhalten, jedoch in demjenigen, was zur Civil- und Militär-Administration und deren Verbesserung und Vereinfachung gehört, dem neuen Landesherrn freie Hand gelassen werden.

§. 61.

Die Regalien, Bischöfliche Domainen, Domcapitelische Besitzungen und Einkünfte fallen dem neuen Landesherrn zu.

§. 62.

Die Erz- und Bischöflichen Diöcesen aber verbleiben in ihrem bisherigen Zustande, bis eine andere Diöcesan-Einrichtung auf reichsgesetzliche Art getroffen seyn wird, wovon dann auch die Einrichtung der künftigen Domcapitel abhängt.

§. 63.

Die bisherige Religionsübung eines jeden Landes soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art geschützt seyn; insbesondere jeder Religion der Besitz und ungestöhrte Genuss ihres eigenthümlichen Kirchenguts, auch Schulfonds nach der Vorschrift des Westphälischen Friedens ungestöhrt verbleiben; dem Landesherrn steht jedoch frei, andere Religionsverwandte zu dulden, und ihnen den vollen Genuss bürgerlicher Rechte zu gestatten.

§. 64.

Mit den Mediat-Stiftern, Abteyen und Klöstern in den zu säcularisirenden Landen ist es ganz auf den nämlichen Fuss, wie hier oben von den unmittelbaren angeordnet worden, zu halten. Es behalten nämlich die Canonici der Mediatstifter, welche aufgehoben werden, nebst ihren Wohnungen, neun Zehentheile ihres bisherigen Einkommens, die Vicarien aber das Ganze, die Domicellaren neun Zehentheile dessen, was sie etwa wirklich bisher schon bezogen haben, und rücken den Capitularen nach. Solche Canonici jedoch, die überhaupt keine 800 Gulden beziehen, sind, wie die Vicarien bei ihrem Einkommen zu belassen. Aebte, deren Unmittelbarkeit bisher streitig, oder welche unstreitig mittelbar gewesen sind, erhalten verhältnissmässig nach dem Vermögen ihrer Abtey 2000 bis 8000 Gulden Pension. Ihre und andere Klosterconventualen 300 bis 600 Gulden. Mit den Laien-Brüdern und Novizen wird es auf gleiche Art, wie von denselben hier oben bei unmittelbaren Stiftern erwähnt worden, gehalten. Von den Dienerschaften aller solcher Corporationen gilt alles das Nämliche, was schon überhaupt wegen der Dienerschaften festgesetzt worden.

§. 65.

Fromme und milde Stiftungen sind wie jedes Privateigenthum zu conserviren, doch so dass sie der landesherrlichen Aufsicht und Leitung untergeben bleiben.

§. 66.

Um nun auch den Unterhalt dieser grossen Menge höherer und anderer unschuldiger Personen auf möglichste Art sicher zu stellen, haben die neuen Landesherrn alle solche Sustentationsgelder auf ihre nächsten Recepturen anzuweisen, und als solche, welche das privilegirteste Unterpfand auf die Landeseinkünfte haben, jederzeit vierteljährig in guten Münzsorten nach dem vier und zwanzig Guldenfuss unverzüglich abführen zu lassen, daher auch ihren Gerichten keine Arrestanlegungen auf diese Alimentationsgelder zu gestatten.

§. 67.

Die Kreisdirectorien haben über den Vollzug alles dessen zu halten, und auf das erste Anrufen der Pensionisten, ohne Gestattung eines Termins oder einer Einrede, sogleich gegen die Zahlungsbehörde, welche sich mit der Quittung über die geschehene Zahlung nicht ausweisen kann, die bereiteste Execution zu erkennen und zu vollziehen; bei eintretender weiterer Zahlungsgefahr aber die Revenüen, so weit sie zu diesem Zwecke nöthig, in unmittelbare Administration zu nehmen.

§. 68.

Bei denjenigen geistlichen Ländern, welche nicht ganz oder grösstentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen und meisten Lande diesseits des Rheins haben, sind, sowohl in Ansehung der standesmässigen Unterhaltung der unter der gegenwärtigen Veränderung leidenden Personen, als wegen der Sicherstellung der Dienerschaften des Landes, auch kirchlichen, religiösen Verfassung, und dergleichen, alle diejenigen Grundsätze in Anwendung zu bringen, welche hieroben schon festgesetzt worden. Nur erfordert die Vertheilung der Sustentationssumme, und der Fonds, worauf solche gegründet werden, in diesen Landen nothwendig nähere Bestimmung. Diesemnach fallen die, auf einzelnen Theilen insbesondere ruhenden Lasten, z. B. die Unterhaltung eines mittelbaren Klosters, die Uebernahme der Beamten und Diener eines einzelnen Amtes, und dergleichen mehr, denjenigen neuen Herren allein zur Last, die solche erhalten, sonderlich kann die Erhaltung des Domkapitelischen Personals, und der Individuen aller geistlich- und weltlichen Corporationen, die ihre eigenen Fonds gehabt haben, bei einem vertheilten geistlichen Lande nicht in die ganze Masse geworfen werden, sondern nur denjenigen, welche die Gefälle und Güter solcher Domkapitel und Corporationen bekommen, zufallen, und unter diese verhältnissmässig vertheilt werden.

Zur Vertheilung unter sämmtliche neue Theilhaber eines solchen Landes bleiben also nur die auf das Ganze sich beziehenden Lasten übrig, wohin denn vorzüglich die Sustentationssumme

des von der Regierung abtretenden geistlichen Landesherrn gehört. Sämmtliche Theilhaber haben sich hierüber alsbald unter sich zu verstehen; sollte jedoch desfalls keine gütliche Uebereinkunft binnen vier Wochen zu Stande kommen, so haben die Kreisausschreibämter, und in dem Kur- und Oberrheinischen Kreise, wo der Fall der Theilung vorzüglich eintritt, Kurmainz und Hessenkassel gemeinsam diese Gegenstände zu erörtern, und die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

§. 69.

Bei denjenigen Landen, wo die geistlichen Regenten ihre Residenzstädte auf der linken Rheinseite mit den dortigen Landen verloren, doch auch noch beträchtliche Besitzungen diesseits des Rheins behalten haben, kommen vorzüglich Sr. Kurfürstliche Durchlaucht zu Trier, als Kurfürst des Reichs, auch Dero Domkapitel und Dienerschaften in Betrachtung. Da die übrigen diesseits rheinischen kurfürstlichen Lande, und ihre Einkünfte bei weitem nicht hinreichen, alle diese Sustentationen zu bestreiten, zumal dem Domkapitel zu Trier auf dieser Seite kein eigener Fond geblieben, so wird der Unterhalt Sr. Kurfürstlichen Durchlaucht auf 100,000 Gulden bestimmt. Das Kurfürstliche Kollegium, einschlüssig der neu einzuführenden Herren Kurfürsten, ist ersucht, diese Summe zu übernehmen, dem Herrn Kurfürsten von Trier solche jährlich in zu bestimmenden Terminen zu entrichten, und zur Berichtigung dieses Gegenstandes einen eigenen Schluss in dem Kurfürstl. Kollegium zu fassen; — dann wird festgesetzt, dass die Stadt Augsburg dem Herrn Kurfürsten von Trier ihr bischöfliches Schloss, und die für ihre Dienerschaft nöthigen Gebäude in ihrem gegenwärtigen möblirten Zustande nebst den bisher gehabten Immunitäten, in ihrem ganzen Umfange lebenslänglich ungestört zu belassen habe.

§. 70.

Die neuen Besitzer der Reste der Kurtrierschen Lande haben, da sie mit diesem Unterhalte ganz verschont bleiben, einen verhältnissmässig grösseren Antheil des Trierschen Domkapitels, und der Trierschen Dienerschaft zu übernehmen; die billige Ermässigung und Bestimmung dieses Pen-

sionen-Antheils wird Kurmainz und Hessenkassel aufgetragen.

§. 71.

Die Bestimmung der Unterhaltung des Domcapitels zu Köln ist ebenso, wie jene des Domcapitels zu Trier nicht blos nach den diesseitigen Besitzungen und Einkünften des Domcapitels selbst abzumessen, sondern auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass die neuen Besitzer aus den Einkünften der ihnen zufallenden Lande keinen Regenten zu erhalten haben. Es haben daher die vorbenannten Commissarien unter diesen Rücksichten auch dem Domcapitel zu Köln den billigmässigen Unterhalt auszumitteln.

§. 72.

Auf alle übrige, zu den Landen letztgedachter Art gehörige geistliche Regenten, Domcapitel, Dienerschaften, Mediatstifter, Klöster, Stiftungen, geist- und weltliche Körperschaften, Landes- und kirchliche Verfassungen, ist zwar alles dasjenige ebenfalls anwendbar, was in Ansehung solcher geistlicher Lande, welche ganz oder doch grösstentheils mit den Residenzstädten der bisherigen geistlichen Regenten an einen weltlichen Regenten übergehen, oder, welche nicht ganz oder grösstentheils mit ihren Residenzen an einen weltlichen Herrn kommen, sondern unter mehrere vertheilt werden, gleichwohl aber ihre Residenzen in meisten Lande diesseits Rheins haben, festgesetzt worden; versteht sich jedoch von selbst, dass der Unterhalt aller zu dieser Klasse gehörigen Personen, in so ferne ihre Fonds nicht ganz auf dieser rechten Rheinseite liegen, nicht so beträchtlich, als bei den eben benannten ausfallen könne, sondern dass solcher vorzüglich nach den, ihnen auf dieser Seite noch zustehenden Einkünften zu bemessen sey. Es kann daher auch bei solchen Domcapiteln und Stiftern der Unterhalt nicht durchgängig auf neun Zehntheile ihrer vormaligen Einkünfte festgesetzt werden.

§. 73.

Die Dienerschaften, welche nicht local und in den diesseitigen Aemtern angestellt sind, können nur nach dem Verhält-

nige, worin die diesseits rheinischen Reste der Lande zum ganzen Lande stehen, von den neuen Besitzern einige Unterstützung gewärtigen, es sey denn, dass solche, wie in specie die diesseits angestellte Kurkölnische Dienerschaft, auf die rechte Rheinseite zur Administration der diesseitigen Lande von ihrem Landesherrn ausdrücklich beordert worden, in welchem Falle ihnen ihre ganzen Gehalte ohne Anstand fortzubezahlen sind.

§. 74.

Ueberhaupt ist diese Fürsorge nur auf diejenigen Capitularen und Diener einzuschränken, welche ihren Regenten auf die rechte Rheinseite gefolgt, und auch inzwischen ihren Wohnsitz nicht jenseits aufgeschlagen haben, — welcher Grundsatz allgemein anzuwenden ist. Es sind jedoch diejenigen Domherren, welche jenseits bei ihren Domkirchen geblieben sind, den herübergegangenen gleich zu halten, falls sie sich künftig diesseits niederlassen werden.

§. 75.

Für diejenigen geistlichen Regenten, mit ihren Domcapiteln und Dienerschaften, denen auf dieser Rheinseite, wie z. B. dem Herrn Fürstbischofe zu Basel, sehr wenig an Landen und Einkünften übrig bleibt, oder welche jenseits, wie z. B. der Herr Fürstbischof zu Lüttich, alles verloren haben, ist billig einen besondern Fond zu bestimmen, woraus ihr billiger Unterhalt hergenommen wird. Diesemnach wird die Sustentation des Herrn Fürstbischofs von Lüttich, dessen Lage einzig ist, auf 20,000 Gulden festgesetzt. Diejenigen Fürstbischöfe, die im Besitze zweier oder mehrerer Bisthümer waren, geben zur Aufbringung dieser Summe den zehnten Theil der Pension eines ihrer Bisthümer ab; ebenso werden sie für den Herrn Fürstbischof von Basel den zwanzigsten Theil der Revenüen eines ihrer Bisthümer abgeben, um für ihn die Hälfte des Minimums, nämlich 10,000 Gulden, aufzubringen, indem ihm nur einige Parcellen seines Landes auf dem rechten Rheinufer geblieben sind. Im Falle nun einer der Fürstbischöfe, die den Zehntheil und Zwanzigtheil eines ihres Deputats an die

Fürstbischöfe von Lüttich und Basel abgeben, früher als oben gedachte Bischöfe versterben würde, so behält der Landesherr, dem eine solche Pension zurückfällt, die Verbindlichkeit, den Zehntheil und Zwanzigtheil an gedachte Herren Fürstbischöfe von Basel und Lüttich fortzuentrichten. Ferner werden die beiden Herren Fürstbischöfe von Basel und Lüttich zu den ersten offen werdenden bischöflichen Sitzen empfohlen, jedoch bleibt es der Willkühr der beiden gedachten Herrn Fürsten überlassen, Bisthümer zu übernehmen oder nicht, ohne in einem oder dem andern Falle ihre ohnehin auf das Mininum gesetzten Sustentationsgelder an den Einkünften des Bisthums aufgerechnet zu erhalten.

Die beiden bemerkten Summen von 20,000 und 10,000 Gulden werden nach folgender Austheilung von den Fürstbischöfen entrichtet:

Der Herr Kurfürst von Trier geben von ihrer Pension von 60,000 Gulden als Bischof von Augsburg, an den Bischof von Basel 3000, an jenen von Lüttich 6000 Gulden. Ferner als Probst von Ellwangen von der Pension von 20,000 Gulden:

an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden.

Der Herr Bischof von Wirzburg, wegen der Coadjutorie von Bamberg, à 30,000 Gulden:

an Basel 1500, an Lüttich 3000 Gulden.

Der Herr Bischof von Hildesheim und Paderborn erhält für beide Sitze 50,000 preussische Thaler oder 80,000 Gulden, giebt also von der Hälfte ab:

an Basel 2000, an Lüttich 4000 Gulden.

Der Herr Bischof von Regensburg von seiner Pension von Freisingen, à 20,000 Gulden:

an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden.

Ebenderselbe, wegen der Probstey Berchtolsgaden, à 20,000 Gulden:

an Basel 1000, an Lüttich 2000 Gulden.

Der Herr Kurfürst-Erzkanzler, als Fürstbischof von Konstanz und Worms, à 10,000 Gulden:

an Basel 500, an Lüttich 1000 Gulden.

Betreffend hingegen die Domkapitel und Dienerschaften, welche aus den diesseits rheinischen Gütern und Einkünften von den neuen Landesherren ihren nöthigen Unterhalt nicht erhalten können, als jene von Köln, Trier, Worms, Lüttich, Basel, Speier, Strassburg und andere, welche sich im ähnlichen Falle befinden; so soll für Sie eine eigene Kasse dadurch errichtet werden, dass jenen Domherrn, welche mehr als eine Präbende hatten, zwei Zehntheile ihrer neun Zehntheile, welche Sie von diesen Präbenden zu beziehen haben, eingehalten, und diese Kasse dem Kurfürsten Reichserzkanzler untergeben werde, um hiervon nach einem gerechten Maasstabe die Austheilung dergestalten zu machen, damit nach den Kräften der Kasse ihr Zweck erreicht werde. Nichts desto weniger haben diejenigen Landesherrn, welchen die Ueberreste solcher Lande, auch der Einkünfte der Domkapitel und anderer Corporationen zufallen, nach deren Verhältnisse für den Unterhalt der leidenden Interessenten zu sorgen.

§. 76.

In Ansehung derjenigen Geistlichen und Diener endlich, deren Körperschaften jenseits auf der linken Rheinseite aufgehoben worden, welche jedoch noch mehr oder weniger Güter auf dieser rechten Rheinseite haben, die künftig der Disposition der respectiven Landesherrn überlassen sind, versteht sich von selbst, dass diese Landesherrn, so weit diese Einkünfte reichen, den Unterhalt derjenigen Personen, welche als diesseits geborene von dem französischen Gouvernement zu dem Unterhalt ohne Pension auf diese Seite verwiesen worden, oder welche eben dieser Einkünfte und ihrer Administration wegen, um davon ihren Unterhalt zu ziehen, schon während des Krieges auf dieser Rheinseite ihre Wohnungen genommen, auch diese Einkünfte bisher wirklich genossen haben, ebenso wie alle andere neue Landesherren, diesen Unterhalt zu übernehmen, und zu diesem Ende diesen unglücklichen Individuen ihre Einkünfte, woran ihnen ein gegründetes Recht zustehet, lebenlänglich zu belassen, und über solche nur nach deren Tode anderweit zu disponiren haben.

§. 77.

Da auch wegen der auf den Entschädigungslanden haft
Schulden zur Beruhigung so vieler Gläubiger Vorsehung ge
hen muss, so versteht sich zuvörderst von selbst, dass b
chen Landen, welche ganz von einem geistlichen
genten auf einen weltlichen übergehen, letzterer
sowohl Kameral- als Landesschulden eines solchen Land
zu übernehmen, mithin solche respective aus seinen neuen
mer-Einkünften und Steuern ebenso zu verzinsen und
führen habe, wie es der geistliche Regent würde haben
müssen.

§. 78.

Bei solchen geistlichen Landen hingegen, welche u
Mehrere vertheilt werden, kann sich zwar der G
ger, wenn ihm ein Specialunterpfand verschrieben ist, an
Specialunterpfand allerdings dergestalt halten, dass diej
Theilhaber eines solchen Landes, welche die Specialhypoth
sitzen, ihm einstweilen die Zinsen fort entrichten müss
sind aber hiernächst diese Schulden ebenso, wie diejen
welche nur eine Generalhypothek, oder auch nur versio
rem für sich, oder endlich, die ihre bisher gehabte Speci
thek, z. B. Zölle verloren haben, als allgemeine Landessch
unter sämmtlichen Theilhabern eines solchen Landes in v
nissmässige Theile, und zwar die Kammerschulden
dem Domainenertrage, die Landesschulden aber nach
Steuercapitale zu vertheilen.

§. 79.

Damit jedoch die Gläubiger bis zu dieser Austheilung
auf ihre Zinsen warten müssen, so hat von solchen Capit
denen es an einer Specialhypothek fehlt, der Inhaber
Hauptorts, oder des grösseren Theils des Land
einstweilen bis zur Abrechnung, diese Zinsen zu berichti
es wäre denn, dass sich die Theilhaber da, wo die Theile
merklich verschieden sind, wenigstens der Verzinsung s
Kapitalien wegen, einstweilen unter sich verständen.

§. 80.

Liegen hingegen die geistlichen Lande, von deren Schulden die Frage ist, zum Theil auf der linken Rheinseite, so sind diejenigen Landesschulen, die ihre Specialhypothek auf der linken Rheinseite haben, oder die sonst nach dem Lüneviller Frieden geeignet sind, auf die französische Republik überzugehen, von der zu vertheilenden Schuldenmasse eines solchen Landes voraus abzuziehen.

§. 81.

Sollten aber etwa irgendwo noch nach dem 24. August 1802. neue Schulden contrahirt worden seyn, so hängt deren Zahlung davon ab, ob wirklich der Nutzen oder das Bedürfniss des Staates solche Geldaufnahmen noch erfordert haben.

§. 82.

Was sodann die Schulden ganzer Kreise und zwar zuerst solcher, welche, wie der Fränkische und Schwäbische, ganz auf der rechten Rheinseite liegen, betrifft, so bleiben alle diejenigen Länder, welche bisher zu diesen Kreisen gehört haben, für solche Schulden verhaftet. Werden aber einzelne geistliche Kreislande unter mehrere weltliche Herren vertheilt, so muss ohnehin jedem Theile eines solchen Landes seine pro matricularis an Reichs- und Kreisprästanden bald thunlichst equirt werden; nach welchem Maassstabe alsdann auch die neuen Besitzer zu Abtrag- und Verzinsung der Kreiskapitalien zu concurriren haben. Bis aber diese Repartition wirklich geschehen ist, kann der Beitrag von solchen getheilten Ländern zu allen Kreisprästanden, mithin auch zu Verzinsung der Kapitalschulden nicht anders geschehen, als auf die nämliche Art, wie solches in Betreff der Landesschulden getheilter Lande erwähnt worden ist.

§. 83.

In Ansehung derjenigen Schulden aber endlich, welche die auf beiden Rheinseiten gelegenen Kur- und Oberrheinischen Kreise, und zwar Kurrhein unmittelbar vor dem

Kriege, Oberrhein aber erst während und zu dem Kriege e
trahirt haben, so sind nach allen vorwaltenden Verhältniss
Gläubiger dieser Kur- und Oberrheinischen Kreise wegen
ihrer Kapitalien und Zinsen sich an den diesseits rhein
Landen der beiden Kreise zu halten allerdings befugt. Die
ren der diesseits rheinischen Lande, welche zu einem
Kreise gehören, haben sich über die Verzinsung und Abf
dieser Kapitalien zu verstehen. Vor allem sind zu diesem
bei Oberrhein zu den dort eingeführten General- und S
kassen die exigibeln Ausstände, in so fern keine rechtliche
schuldigung obwaltet, beizutreiben; sodann zur Zinsen- un
pitalienzahlung zu verwenden, das weiter Erforderliche a
durch gewöhnliche Kreisrömermonate*) von den zu
Kreise noch gehörigen Landen beizubringen.

§. 84.

In so fern hingegen der matricularmässige Antheil de
seits Rheins gelegenen Kreislande an diesen Schulden v
französischen Republik nicht unter die Kategorie der von
ben zu übernehmenden Schulden gerechnet wird, so ist d
theil der jenseits Rheins gelegenen weltlichen Kreislande
Kreisschulden denjenigen Landesschulden beizuzählen,
von den entschädigten Reichsständen ohne Belastung ihrer
Unterthanen zu übernehmen sind, und nur der Antheil der
lichen Kreislande an den Kreisschulden fällt ohne Ueberti
hinweg, und vermehrt die Schuldenmasse der diesseits
übrigen Kreisgebiete, weil für dieselbe keine Entschädig
geben wird.

§. 85.

Die Vollziehung dieser Beschlüsse haben sich die
ausschreibenden Herren Fürsten, und am Ku
Oberrheinischen Kreise Kurmainz und Hessenkas
meinsam angelegen seyn zu lassen.

Würden jedoch, sowohl bei Austheilung dieser Sch
als des zu regulirenden Unterhalts für die Geistlichkeit,
eintreten, wo wegen Collision der Interessen, und auf
gütlicher Uebereinkunft die Beiziehung eines dritten

sten nothwendig werde, so haben sich die kreisausschreibenden Herren Fürsten oder Commissarien einen Obmann selbst zu erküren.

§. 86.

Obgleich nun auch sich von selbst versteht, dass die den Ständen des Reichs als Entschädigung zufallenden Reichslande, die bisher von solchen Landen entrichteten Kreis- und Reichssteuern, insbesondere die der Unterhaltung des kaiserl. Reichskammergerichts gewidmeten Beiträge, oder Kammerzieler, ferner zu zahlen schuldig seyen: so findet man jedoch bei den vorgehenden Besitzveränderungen, und sonderlich bei der Verstückelung mehrerer Reichslande zu mehrerer Sicherstellung des kammergerichtlichen Unterhalts nöthig, nach dem Sinne der ältern Reichsgesetze, insbesondere des §. 16 des jüngsten R. A. festzusetzen:

dass 1) alle erblichen Reichsstände von den Ihnen als Entschädigung zufallenden geistlichen reichsunmittelbaren Landen, auch Reichsstädten, die davon bisher bezahlten Kammerzieler fortzubezahlen haben. Sodann

§. 87.

dass 2) eben diese Verbindlichkeit denjenigen Reichsständen obliegt, welchen abgerissene Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden, oder nur Theile diesseits rheinischer Entschädigungslande zufallen, dergestalt, dass der künftige Besitzer abgerissener Lande von jenseits rheinischen Hauptlanden die ratam, welche ein solches abgerissenes Land zum jenseitigen Hauptlande beigetragen hatte; von mehreren Theilhabern aber eines zertheilten Reichslandes der künftige Besitzer des grösseren Theiles eines solchen Landes, oder dessen Hauptorts, den ganzen Kammerzielerbeitrag, salvo regresu gegen die übrigen Theilhaber, einstweilen abzuführen habe; es wäre denn, dass dieser mit den Inhabern der kleinern Landesantheile über ihre Concurrenz binnen zwei Monaten sich verglichen, und diese getroffene Uebereinkunft dem Kaiserlichen Reichskammergerichte angezeigt haben würde. Endlich

§. 88.

dass 3) wo ein Land in mehrere kleine Parcell zerfällt, die Kammerzieler, welche auf dem Ganzen bis gehaftet, unter die einzelnen Theilhaber einstweilen ex aequo bono von den kreisausschreibenden Herrn Fürsten, im Kur- u Oberrheinischen Kreise aber von Kurmainz und Hessenkas bis zur künftigen Rectification der Kammermatrikel, auf den zu vertheilen sind, wenn solche Theilhaber sich desfalls unter sich selbst binnen den vorgedachten zwei Monaten gü verglichen, und hievon das Kaiserl. Reichskammergericht nachrichtiget hätten.

§. 89.

Schliesslich wird Kaiserl. Majestät und dem Reiche heim gestellt, den über das Sustentationswesen die Reichsgerichtes von demselben erstatteten Hauptbericht thunlichst zu erledigen, und dessen künftige Verhältnisse be Abnahme seines Sustentationsfonds, und den eintretenden änderungen, gesetzlich zu bestimmen.

Signatum Regensburg den 25. Februar 1803.

(L. S.)
Kurfürstlich Mainzische Kanzle

a) Der Westphälische Frieden wurde für ein Reichs-Fu mental-Gesetz erklärt.

b) Die Siege der Franzosen bei Marengo und Hohenlinden (14 und 3. December 1799), welche über den Besitz der Reichsländ der linken Rheinseite und in Italien entschieden, raubten Deutsc die Aussicht, durch ferneren Krieg ein günstiges Resultat zu e gen, und der Lunéviller Frieden vom 9. Februar 1801 (s. beendigte die Feindseligkeiten und bestimmte den Thalweg des R und der Etsch zur westlichen Reichsgränze. Nach den Art: I und VII des gedachten Friedens sollten aber alle durch denselbe Länderverlusten getroffenen Souveraine, einschliesslich des Her von Modena und des Grossherzogs von Toscana, Entschädigung deutschen Reiche erhalten.

Es bestimmte nämlich der Art. IV:

„S. M. l'Empereur et Roi s'oblige à céder au Duc de Mod

en indemnité des pays, que ce Prince et ses héritiers avaient en Italie, le Brisgau, qu'il possédera aux mêmes conditions, que celles en vertu desquelles il possédait le Modenois."

Ferner der Art. V:

„Le Grand-Duc (de Toscane) obtiendra en Allemagne une indemnité pleine et entière de ses états en Italie."

und der Art. VII:

„— qu'en conformité des principes formellement établis au Congrès de Rastadt, l'Empire sera tenue de donner aux princes héréditaires qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un dédommagement qui sera pris dans le sein du dit Empire, suivant les arrangemens qui, d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés."

Nach manchen Weiterungen über die Art und Weise der Ermittelung der Verluste und der in Folge dieser Artikel festzusetzenden Entschädigungen, wurde zur Beendigung dieser Angelegenheiten eine ausserordentliche Reichsdeputation, in Gemässheit des Reichsgutachtens vom 2. October und der Kaiserlichen Genehmigung vom 7. November 1801, niedergesetzt, welche sich am 24. August 1802 zum ersten Male versammelte und constituirte. Dieselbe war aus acht Mitgliedern (eine Hälfte aus den Churfürsten, die andere aus dem Fürsten-Collegium bestehend), nebst einem Kaiserlichen Plenipotentiarius zusammengesetzt, denen die beiden ausserordentlichen Gesandten der vermittelnden Mächte (Frankreichs und Russlands) hinzutraten. Ihr Auftrag bestand nach ihrer General-Reichs-Vollmacht darin: „dass sie die in dem Lunéviller Friedensschlusse Art. V und VII einer besonderen Uebereinkunft noch vorbehaltenen Gegenstände mit und neben der Kaiserlichen Plenipotenz, einverstanden mit der Französischen Regierung, zu untersuchen, zu prüfen, und mit Rücksicht auf das Reichsgutachten vom 2. October 1801 zu erledigen habe." (Vergl: de Martens recueil etc. Supplém. Tom. III. p. 231.)

Der Einfluss, den die Französische Regierung auf das Entschädigungsgeschäft übte, zeigte sich besonders auch in einer Reihe von Verträgen, welche sie fast mit allen grösseren Ständen abschloss, und worin sie nach ihrem Gutdünken die Entschädigungen für jene bestimmte. Frankreich nahm alle Reclamationen betheiligter Stände an und gab deutlich seine Absicht zu erkennen, dass von ihm die neue politische und geographische Organisation des Deutschen Reiches ausgehen solle. Bei der Absicht das kaiserliche Ansehen zu schwächen,

würde Frankreich, da ohnediess der Kaiser unter allen betheilig
Ständen die grössten Ansprüche auf die Entschädigungsmasse für
Haus hatte, ohne Unterstützung schwerlich eines sicheren Erfo
gewiss gewesen seyn, obgleich das Interesse Preussens mit
Frankreichs übereinstimmte. Russland trat daher, nach vorgä
gen Verabredungen, als mitvermittelnde Macht, bei den
ihm gebilligten Anträgen der französischen Regierung, auf
vermittelnden Mächte hatten die lang verzögerte, schleunigste E
nung der Sitzungen der ausserordentlichen Reichsdeputation drin
gefordert, um derselben den von Frankreich, Russland und Pre
entworfenen Entschädigungsplan vorzulegen. Dies geschah
18. August 1802. Die Mitwirkung Russlands bei diesem Entsch
gungsplane war für Deutschland von der grössten Wichtigkeit,
Frankreich, obgleich es die Absicht zu erkennen gegeben hatte,
Macht der andern deutschen Fürsten zu vermehren, um ein Gegg
wicht gegen Oestreich zu bilden, doch ohne jene Vermittelung,
Forderungen leicht eine noch grössere Ausdehnung gegeben
würde.

Da der erste Entschädigungsplan manche nicht unbedeuten
clamationen hervorrief (vergl: F. M. Oertel, die Staatsgr
setze des deutschen Reichs, S. 509), so wurde er am 8. Oc
zurückgenommen und bereits in einer der vorbereitenden Sitz
von den Bevollmächtigten der vermittelnden Mächte ein zwe
allgemeiner umgeänderter Entschädigungsplan in d
Sitzung am 9. October 1802 vorgelegt, welcher die erhobenen
ken berücksichtigte. Derselbe wurde von der Deputation, der
tät nach angenommen und seinem ganzen, von den Ministern
aber in manchen Punkten abgeänderten, Inhalte nach in den
November, in der 30. Sitzung, zu Stande gebrachten ersten
tations-Hauptschluss aufgenommen, welcher ausserdem
die der Erörterung und Bestimmung der Deputation überla
Punkte enthielt, und deshalb von dem erwähnten allgemeinen
wesentlich abwich, so dass er den dritten Entschädigungs
bildet. Obgleich die unerwartete Protestation Schwedens, w
als Garant des westphälischen Friedens auftrat, wirkungslos
so machten doch die Pariser Convention vom 26. December 180
die Entschädigung von Toscana und mehrere Veränderungen un
sätze eine nochmalige Redaction jenes ersten Hauptschlusses
gänglich nöthig. So entstand der zweite Deputations-Ha
schluss (der vierte Entschädigungsplan), vom 25. Feb

1803, an welchem Tage, in der 46. Sitzung das Directorium der Deputation das Einverständniss der Bevollmächtigten der vermittelnden Mächte mit den neu redigirten Paragraphen des Hauptschlusses anzeige. Es wurde der Beschluss gefasst, den mit Zusätzen und Modificationen berichtigten vollständigen Deputations-Hauptschluss, nebst den billigenden Noten der Minister der vermittelnden Mächte und der Expedition der ersten 47 Paragraphen des Hauptschlusses in französischer Sprache, an die Reichsversammlung zu bringen. Dies geschah vermittelst des folgenden, vom Directorium entworfenen, in derselben Sitzung vorgelesenen und genehmigten Berichtes, vom 25. Februar 1803:

„Der von der ausserordentlichen Reichs-Deputation an die allgemeine Reichsversammlung beförderte, und allda wirklich in Berathung stehende Deputations-Hauptschluss vom 23. November v. J. konnte noch nicht alle zu dem Entschädigungsgeschäfte gehörigen Gegenstände gänzlich erschöpfen, sondern es mussten darin noch manche wichtige Bestimmungen vorbehalten werden. Die Herren Minister der vermittelnden Mächte haben mittlerweile über diese noch vorbehaltenen näheren Bestimmungen ihre weitern Anträge an die Deputation gebracht, auch ist bei dieser der Bericht von der über das besondere Entschädigungswesen der Herren Reichsgrafen ernannten Commission inzwischen eingekommen. Sie hat erstgedachte weitern Anträge der Herren Minister sowohl, als den nur erwähnten commissarischen Bericht gründlich erwogen und befunden, dass die in ihrem ersten Hauptschlusse noch fehlenden wesentlichen Bestimmungen nunmehr wirklich erfolgen konnten. Sie hat daher hiernach bei allen einschlagenden Stellen und Paragraphen des Hauptschlusses die nöthigen Abänderungen getroffen, und mehrere Paragraphen neu redigirt, sich sodann hierüber mit der höchstansehnlichen Kaiserlichen Plenipotenz und den Herren Ministern der vermittelnden Mächte gebührend benommen, wornach sie dann die neu redigirten Paragraphen mit gänzlicher Beibehaltung der vorigen Zifferzahl an die Stelle der vorherigen gesetzt, um auf solche Art der hochlöblichen allgemeinen Reichsversammlung diesen abgeänderten Deputations-Hauptschluss abermals im vollen Zusammenhange vorlegen zu können. Dieses nun geschieht etc."

c) Der erste Absatz dieses Paragraphen ist erst in dem neu redigirten Hauptschlusse vom 25. Februar 1803 hinzugekommen. In dem über die Entschädigungen von Toscana am 26. December 1802 zu Paris abgeschlossenen Vertrage hatte Oestreich die Ortenau förmlich abgetreten.

d) Die Entschädigung des Kurfürsten von Pfalz-Bayern nächst der von Toscana, unter allen nicht nur die bedeutendste, dern auch die schwierigste, da selbst der Verlust wegen der w sprechenden Angaben nicht leicht zu ermitteln war.

Vergl: die Bayerische Erklärung in der 21. Sitzung, Schöpf, historisch-statistische Beschreibung des Hoch Wirzburg. 1802.

e) Das Hochstift Osnabrück sollte nach den Bestimmunge westphälischen Friedens abwechselnd einen katholischen und evangelischen Bischof erhalten, und zwar ersteren stets aus d gern Linie des Braunschweigischen Hauses, von welcher in Paragraphen die Rede ist. Die grossen auf Umfang des Territo Bevölkerung und Fruchtbarkeit begründeten Vortheile für Ha bei diesem Tausche waren unverkennbar.

f) Der Herzog von Holstein-Oldenburg hatte sich geweigert, an dem Entschädigungswerke irgend einen Ant nehmen, da dasselbe auf ihn „nach der geographischen Lage d ner Fürsorge anvertraueten Reichslande, nach den ausdrück Stipulationen des Lunéviller Friedens", worauf sich dasselbe r allein gründen könne, und selbst nach dem Grundsatze des G wichts, durchaus keinen Bezug habe. Es war indessen zu P schon in den Rastadter Verhandlungen vergebens versuchte bung des Elsflether Zolles, eines Reichsthronlehens, beschl Der Ertrag jenes Zolles belief sich angeblich jährlich auf un 130,000 Gulden, und Oldenburg hielt die Entschädigung nicht friedigend und reclamirte. Nachdem der zweite Deputations- schluss bereits von der Reichsversammlung genehmigt und das gutachten dem Kaiser übergeben worden war, kam, durch Preu Vermittelung, am 6. April 1803 eine Convention zu Stande, w der gedachte Zoll auf ewig für aufgehoben und das Privilegium ben vom Tage der Kaiserlichen Ratification an für erloschen, j zur Ergänzung der angeführten Entschädigung, die Fortdau Administration und Einnahme jenes Zolles noch auf zehn Jahre 1. Januar an gerechnet, bewilliget wurde. (Vergl: Art. XI der schen Bundes-Acte und den in Folge desselben zwischen Bremen Oldenburg abgeschlossenen Vergleich, nach welchem die Erh jenes Zolles mit dem 7. Mai 1820 aufhörte.)

g) Die Herrschaft Trasp, früher zu Tyrol gehörend, kam diesem im Jahre 1686 im Wege der Schenkung, jedoch unter V halt der Landeshoheit, an Dietrichstein.

h) Das dem fürstlichen Hause Thurn und Taxis im Jahre 1615 als Reichsmannlehen verliehene Reichs-Post-Regal wurde im Jahre 1744 zu einem Reichs-Thronlehn erhoben, und war mithin zu einer Entschädigung für die Verluste geeignet, die es durch die Rheingränze an seinen sehr beträchtlichen Post-Einkünften jenseit des Rheines erlitt. Die am Ende dieses Paragraphen erwähnte Garantie wurde später durch die Deutsche Bundes-Acte (s. Bd. II) von Neuem anerkannt und bestätiget.

i) Vergl: Gaspari in dem unten angeführten Werke, Th. II. S. 224–231.

k) Der Reichs-Deputations-Hauptschluss, den Grundsatz der Säcularisation befolgend, nahm allen geistlichen Staaten, und, mit Ausnahme von Augsburg, Lübeck, Nürnberg, Frankfurt, Bremen und Hamburg, allen Reichsstädten die Hoheitsrechte, und entschädigte durch diese Gebiete die Staaten, welche Verluste erlitten hatten.

Vergl. auch: Gaspari a. a. O. Th. II. S. 234 u. f.

l) Vier der 52 freien Reichsstädte, welche gegen das Ende des achtzehnten Jahrhunderts noch reichsunmittelbar waren, kamen im Lunéviller Frieden an Frankreich, d. s: Cöln, Aachen, Speier und Worms. Ausserdem verloren durch diesen Reichsdeputations-Hauptschluss noch zwei und vierzig die Reichsunmittelbarkeit, d. s: Aalen, Biberach, Bopfingen, Buchau, Buchhorn, Dinkelsbühl, Dortmund, Esslingen, Friedberg, Gelnhausen, Gemünd, Gengenbach, Giengen, Goslar, Hall, Heilbronn, Isny, Kaufbeuern, Kempten, Leutkirchen, Lindau, Memmingen, Mühlhausen, Nordhausen, Nördlingen, Offenburg, Pfullendorf, Ravensburg, Regensburg, Reutlingen, Rothenburg, Rothwlei, Schweinfurt, Ueberlingen, Ulm, Wangen, Weil, Weissenburg, Wetzlar, Wimpfen, Windsheim, Zell am Hammerbach. (Vergl: §§. 2, 3, 5, 6, 7, 12, 13, 23, 24, 25.) Es blieben demnach nur sechs Freie Reichsstädte (§. 28.) d. s: Augsburg, Bremen, Lübeck, Hamburg, Frankfurt a. M. und Nürnberg. Augsburg kam durch den Pressburger Frieden (s. unten) an Baiern, so wie in Folge des Rheinbundes Nürnberg ebenfalls an Baiern und Frankfurt an den Fürsten Primas. Bremen, Lübeck und Hamburg, noch vier Jahre länger unter dem Namen Hansestädte selbstständig, wurden durch das Decret Napoleons vom 13. Dec. 1810 als zum französischen Kaiserreiche gehörig erklärt, und erlangten, so wie Frankfurt, erst 1813 ihre Selbstständigkeit wieder, worauf sie im Jahre 1815 als freie Städte Mitglieder des Deutschen Bundes wurden.

Vergl: Oertel a. a. O. S. 600 u. f.

m) Schon in der goldenen Bulle war die Befreiung der Churfü von den Reichsgerichten festgesetzt.

n) Vergl: Gaspari a. a. O. Th. II. S. 277 u. f. — Oer a. a. O. S. 621.

o) Vergl: Erläuterung des Reichsdeputations-Hau schlusses von 1803 §. 38, betreffend die Verschiedenh der Schulden und Besitzungen der entschädigten Reichsst in: Klüber's Abhandlungen und Beobachtungen für Geschi kunde, Staats- und Rechtswissenschaften. (Frankfurt a. M. 1830, Bd. II. S. 331 u. f.

p) Vergl. im II. Bande: die Verhandlungen und den Rec spruch der zur Entscheidung über die durch den Reichsdeputa Hauptschluss vom 25. Februar 1803 auf den Rheinschifffahrts- gelegten directen Renten ernannten Commission.

q) In einigen, incorrecte Abdrücke des Reichs-Deputations- schlusses enthaltenden, sowohl älteren als neueren Samml sind diese Summen irrthümlich auf 2000 und 6000 Gulden angeg Dies sehr erhebliche Versehen findet sich zwar schon in dem der im Jahre 1803 zu Regensburg publicirten Protokolle, dasse indessen bereits in dem dort angehängten Druckfehler-Verzeic erwähnt.

r) Ueber Precisten und Panisten s: Oertel a. S. 303, 457.

s) Ueber die Kreis- und Reichssteuer Römermonat s: tel a. a. O. S. 634.

Vergl:

Protokoll der ausserordentlichen Reichs-Dep tion zu Regensburg. 2 Bde. Regensburg, 1803. 4.

Beilagen zu dem Protokolle der ausserordentlichen Re Deputation zu Regensburg. 4 Bde. Regensburg, 1803. 4.

A. C. Gaspari, der Deputations-Recess, mit historischen graphischen und statistischen Erläuterungen und einer Ve chungs-Tafel. 2 Thle. Hamburg, 1803. 8.

Leist, teutsches Staatsrecht. 1803. 2. Ausg. 1805. 8.

J. R. v. Roth, Abhandlungen aus dem teutschen Staats- und kerrecht verschiedener practischer Gegenstände und wirkli Fälle zur Erläuterung der Tractaten des Rastadtschen denscongresses, des Lunéviller Friedens, der Entschädig

und Vermittelungs-Plane von Russland und Frankreich und vorzüglich des Regensburger Reichsdeputationshauptschlusses. Bamberg und Würzburg, 1804. 8. (VI Hefte.)

J. V. Cammerer, Auszüge aus allen bei der hohen Reichs-Deputation zu Regensburg übergebenen Vorstellungen und Reclamationen nach chronologischer Ordnung. Regensburg, 1802. 4.

J. V. Cammerer, Hauptschluss der ausserordentlichen Reichs-Deputation vom 25. Februar 1803, nebst dem Reichsgutachten vom 24. März und dem Kayserl. Ratificationsdecrete vom 28. April nach den Originalacten durchgesehen. Regensburg, 1804. 8. 1814. 8.

J. A. Vahlkampf, Reichsschluss vom 27. April 1803, dem Kaiserl. und Reichskammergerichte mit verschiedenen Staatsacten am 3. August 1803 insinuirt. Wetzlar, 1804. 4. S. 60–103. (Ebendaselbst S. 35 u. f. ist auch das französische Original der oben erwähnten 47 Paragraphen, unterzeichnet von den Gesandten der vermittelnden Mächte (Laforest, le 5. Ventôse an XI. und Le Baron de Bühler, le $\frac{17}{25}$ Février 1803), abgedruckt, auch findet sich dasselbe in: de Martens recueil etc. supplément, Tom. III. p. 239.)

Koch et Schoell, histoire abrégée des traités etc. Tom. VI. p. 164—483, Tom. VII. p. 5—163.

Einige Betrachtungen über den Werth der Gesetze des Reichsdeputationsschlusses vom Jahre 1803, in Ansehung der Säcularisation der geistlichen Güter. (Auf dem Wiener Congresse im Mai 1815 von den Oratoren für die katholische Kirche Deutschlands vorgelegt) in:

Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. IV. (Heft 15.) S. 318 u. f.

Die Staatsgrundgesetze des deutschen Reiches. Zusammengestellt, eingeleitet und historisch erklärt von Fried. Max. Oertel. Leipzig, 1841. 8. S. 566—639.

Gust. Emminghaus, Corpus Juris Germanici tam publici quam privati academicum. 2. Aufl. Jena, 1844. 8. S. 612–622.

VI.

An Ihro Römisch-Kaiserliche Majestät a unterthänigstes Reichsgutachten de Regensburg den 24. März 1803, den va Kaiserl. Majestät und des Reichs wegen zu ratificir am 25. Februar d. J. verfassten Hauptschluss der ordentlichen Reichsdeputation dahier betreffend.

Dictatum Ratisbonae die 24. *Mart.* 1803 *per Mogunti*

Ihrer Römisch Kaiserlichen Majestät, unsers Allergn sten Herrn, zu gegenwärtiger Reichsversammlung bevoll tigtem höchstansehnlichen Principal-Commissarius, Herrn Alexander Fürsten von Thurn und Taxis etc. etc. hochfürs Gnaden bleibt hiemit im Namen der Kurfürsten, Fürsten Stände des Reichs gebührend unverhalten.

Nachdem von der zur gänzlichen Berichtigung des Lüne Friedens ernannten, und durch das Kaiserliche allergnä Kommissionsdecret vom 2. August v. J. hierher berufenen a ordentlichen Reichsdeputation nach vielfältigen mit der höc sehnlichen Kaiserlichen Plenipotenz und den Herren Min der vermittelnden Mächte gepflogenen Communicationen be den 23. November v. J. ein Hauptschluss verfasst, und da nicht nur schon am 6. December von ersagten Ministern N an die allgemeine Reichsversammlung gebracht, sondern auch Kaiserliches allergnädigstes Commissionsdecret unterm 21. ge ten Monats an dieselbe erlassen, ferner von der Deputation s

unterm 5. und 31. Jänner, auch 4. und 26. Februar d. J. Berichte, sammt Anlagen erstattet, und dem letzten Berichte ein mit mehreren Abänderungen und Zusätzen Tags vorher neu verfasster Deputationshauptschluss, auch das nur erwähnte Kaiserl. Allerhöchste Commissionsdecret, die Noten und Berichte, so wie die neuesten Noten der Herren Minister der vermittelnden Mächte vom 28. vorigen Monats und 9. d. jederzeit durch die Reichsdictatur zur Wissenschaft aller drei Reichscollegien befördert, sodann alle diese Verhandlungen in allen drei Reichscollegien in Vortrag und Umfrage gestellt worden, so hat man nach reifer Erwägung der Sache dafür gehalten und geschlossen: dass

1) der nunmehr zur Vollständigkeit gediehene hier mitkommende Deputationshauptschluss vom 25. v. M., als das einzige Mittel, den für das Wohl des gesammten deutschen Vaterlandes *), und die Erhaltung des Reichsverbandes selbst so nothwendigen Ruhestand zu befestigen, und eine gute Ordnung der Dinge im Reiche wieder herzustellen, von gesammten Reichswegen zu genehmen; dabei auch

2) die bisherigen Reichsgrundgesetze, insonderheit den westphälischen Frieden, und alle darauf erfolgten Friedensschlüsse, in so weit solche durch den Lüneviller Tractat, und diesen jetzt zu genehmigenden Deputationshauptschluss nicht ausdrücklich abgeändert worden, zu bestätigen, in wessen Folge also

3) die deutsche Reichsverfassung in allen ihren übrigen, nicht ausdrücklich abgeänderten Punkten, wie solche für Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden, auch für die Zukunft zu verwahren sey; dass demnach

4) Sr. Kaiserl. Majestät für die reichsoberhauptliche Vorsorge zur möglichsten Erhaltung der deutschen Reichsverfassung, weise Einleitung und Mitwirkung zur glücklichen Beendigung dieses beschwerlichen Entschädigungsgeschäftes der allerunterthänigste Dank gebühre, und mit der ehrerbietigsten Bitte hiermit erstattet werde, dass Allerhöchstdieselben geruhen mögen, auch den hohen vermittelnden Mächten für Ihre weisen Rathschläge, und Ihre rühmliche Verwendung zur endlichen Ausgleichung dieser wichtigen National-Angelegenheit, die dankbaren

Empfindungen der Reichsversammlung zu erkennen zu g
welches Alles

5) durch ein allergehorsamstes Reichsgutachten, wie
geschieht, zur reichsoberhauptlichen Genehmigung aller
thänigst zu bringen sey.

Womit des Kaiserl. Herrn Prinzipal-Commissarius
fürstlichen Gnaden der Kurfürsten, Fürsten und Stände
Reichs anwesende Räthe, Botschafter und Gesandte sich
Fleisses und geziemend empfehlen.

Signatum Regensburg den 24. März 1803.

(L. S.) Kurfürstlich Mainzische Kanz

a) Der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar
trotz seiner gerechten Tendenz, dem Reiche keinen Ersatz
Lunéviller Frieden erlittenen Verlust von mehr als 1200 Qua
Flächeninhalt mit 3,900,000 Einwohnern, so wie er auch die
verfassung in ihren Hauptsätzen erschütterte.

Vergl: Oertel a. a. O. S. 637—639.

VIII.

Kaiserlich allergnädigstes Kommissions-Ratificationsdecret an die hochlöbliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg de date 27. April 1803, die von Ihrer Kaiserlichen Majestät ertheilte Ratification des Reichsgutachtens vom 24. März über *den* Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar d. J. betreffend. *)

Dictatum Ratisbonae die 28. *April.* 1803, *per Archicancellariensem.*

Von der Römisch Kaiserlichen Majestät Franz II, unsers Allergnädigsten Kaisers und Herrn Herrn, zur gegenwärtigen hiesigen Reichsversammlung verordneter höchstansehnlicher Kaiserl. Principal-Commissarius, Herr Carl Alexander, des heiligen Römischen Reichs Fürst von Thurn und Taxis, gefürsteter Graf zu Friedberg-Scheer, Graf zu Valsassina, Herr der Reichsherrschaft Eglingen, und der freien Herrschaften Tischingen, Denningen, Balmertshofen etc., Sr. Röm. Kaiserl. Majestät wirklicher Geheimer Rath, Ritter des goldenen Vliesses etc. geben den allhier versammelten des heiligen Römischen Reichs Kurfürsten, Fürsten und Ständen, vortrefflichen Räthen, Bothschaftern und Gesandten hiermit zu vernehmen:

Da die zur Erfüllung des fünften und siebenten Artikels des Lüneviller Friedens bevollmächtigte ausserordentliche Reichsdeputation das ihr anvertraute Werk nunmehr zu Stande gebracht hat,

und von den Kurfürsten, Fürsten und Ständen des deutsch
Reichs in ihrem gemeinsamen Gutachten vom 24. März auf d
Bestätigung angetragen worden ist; so wollen Sr. Majestät
Kaiser nicht verweilen, diesem in seiner Beschaffenheit u
seinen Folgen so wichtigen Werke aus reichsväterlicher So
für die Erhaltung des Friedens und der Ruhe Deutschlands
Maassgabe Ihrer Pflichten die gesetzliche Vollendung z
theilen.

Der Endzweck, auf welchen in diesem entscheidende
genblicke Ihre Aufmerksamkeit sich richtet, besteht dari
Erfüllung der von Sr. Kaiserl. Majestät und dem deutschen
übernommenen Verbindlichkeiten einerseits mit der Erhaltu
hergebrachten Reichsverfassung, andererseits mit den
schaftlichen Rücksichten thunlichst zu vereinbaren, die
höchstdieselben für die Vorschläge der zwei als Vermittl
geschrittenen Mächte, so wie für die Wünsche und Zufrie
der Reichsstände tragen.

Es ist dieses der nämliche Zweck, der alle Schritte u
mühungen Sr. Majestät des Kaisers bei Zusammenberufu
bei allen Verhandlungen der erwähnten Reichsdeputation g
hat. In Gemässheit desselben haben Sie Sich während dem
dieser Verhandlungen dem von den vermittelnden Mächten
geschlagenen, von der Deputation durch entschiedene Stim
mehrheit angenommenen Entschädigungsplane so beförderl
wiesen, als es immer die Vorschrift der maassgebenden Fri
artikel und die Gränzen der auf die Erfüllung dieser Artik
auf die Aufrechthaltung der damit vereinbarlichen Reichsv
sung abgezielten Deputationsvollmacht erlauben konnten.

Und mit welcher freiwilligen Mässigung und grossen
sichten für die vermittelnden Mächte und die mit interes
Reichsstände Sr. Kaiserl. Majestät sich hiebei bestrebt habe
Behebung der sich ergebenden Anstände, wenn selbe v
rechtmässigen Interessen Allerhöchst Ihres Hauses herrü
zu erleichtern, solches hat Ihre zu Paris den 26. December
geschlossene Convention an den Tag gelegt, worin Sie die
bindlichkeiten des Luneviller Tractates freiwillig erweiter
die einem Fürsten Ihres Hauses gebührende volle Entschädi
möglichst beschränkt haben.

Ebenso haben Sr. Kaiserl. Majestät die thunlichste Beförderung in Ansehung der dem Entschädigungsplane beigerückten, aus der angenommenen Entschädigungs-Basis nicht gehörenden, oder in ihre innere Verfassung des deutschen Reichskörpers einschlagenden weitern Anträge bewiesen. Auch hierüber haben Sie Sich durch die angeführten Rücksichten bewogen gefunden, in vorgedachter Pariser Convention Ihre Beistimmung zu dem Deputationshauptschlusse vom 23. November v. J. in der Maasgabe zuzusagen, dass Sie dabei sämmtliche mit dem Entschädigungsplane an sich vereinbarlichen Gerechtsame ausdrücklich verwahrten, die Allerhöchstdenenselben theils in Ihrer reichsoberhauptlichen Würde, theils als Regent Ihrer Erbstaaten gebühren; da Sie in dieser letzten Eigenschaft, gleich wie Sie für Ihre Kriegsverluste an den Entschädigungen keinen Theil bekommen, auch den damit verknüpften Einschränkungen nur in so fern, als es die Ausführungsmöglichkeit der allgemeinen Entschädigungsbasis erheischet, unterliegen können.

Nachdem endlich nach dem Schlusse der Convention vom 26. December zu dem Deputationshauptschlusse vom 23. November noch verschiedene Zusätze, Aenderungen und Anträge hinzugekommen sind, und daraus der neue Deputationshauptschluss vom 25. Hornung entstanden ist, auf dessen Gutheissung das Reichsgutachten unter einigen ausdrücklichen Vorbehaltungen beträgt, so sehen Sr. Kaiserl. Majestät Sich nach reiflicher Abwägung aller bisher angeführten Umstände, und nach dem Gefühle Ihrer auflabenden theuersten Pflichten veranlasst, dem eben genannten Reichsgutachten Ihre Reichsoberhauptliche Genehmigung unter folgenden Bedingnissen zu ertheilen:

Dass die zu Paris am 26. December v. J. geschlossene und zur Kenntniss der Reichsversammlung vorgelegte Convention in ihrer Kraft und Verbindlichkeit nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4. Artikel enthaltenen Vorbehaltungen aufrecht zu bestehen habe.

Dass, in so fern diese Vorbehaltungen die Sr. Majestät als Kurer und Reichsoberhaupte zustehenden Gerechtsame betreffen, die gesetz- und herkommensmässige Ausübung dieser Gerechtsame sowohl bei der Ausführung des gegenwärtigen Reichsschlusses, als für alle zukünftige Zeiten ungeschmälert erhalten werde.

Dass die in dem Reichsgutachten vom 24. März erwähnte Bestätigung der Reichsgrundgesetze, insonderheit des westphälischen Friedens, und der darauf erfolgten Friedensschlüsse, in so fern solche durch den Luneviller Tractat und den gegenwärtigen Reichsschluss nicht ausdrücklich abgeändert werden, desgleichen die darin angetragene Verwahrung der deutschen Reichsverfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Punkten, wie solche für Kurfürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe.

Dass, nachdem die Bedenken, welche von Sr. Kaiserl. Majestät bei Gelegenheit der in den früheren Deputationsvorschlägen gemachten Anträge zur Vermehrung der Virilstimmen im Reichsfürstenrathe geäussert wurden, durch die spätern Vorschläge keineswegs gehoben worden sind, Sr. Kaiserliche Majestät Sich durch Ihre für die Erhaltung der Reichsverfassung und die Beschützung der katholischen Religion heilig beschwornen Pflichten gemüssigt sehen, Ihre Ratification über diesen Gegenstand einstweilen zu suspendiren, und Sich vorzubehalten, durch ein unverzügliches ferneres Commissionsdecret die Erstattung eines weitern Reichsgutachtens zu dem Ende zu verlangen, damit durch angemessene Vorschläge dafür gesorgt werde, dass, nachdem dem protestantischen Religionstheile schon in den Kurfürstlichen und Reichsstädtischen Collegien eine so entschiedene Stimmenmehrheit zufällt, die hergebrachten Verhältnisse der zwei Religionstheile nicht auch in dem fürstlichen Collegium bis zur wesentlichen Ueberschreitung der Stimmenparität abgeändert werden.

Dass endlich in Ansehung derjenigen Punkte des letzten allgemeinen Deputationsschlusses, deren Erörterung erst noch künftigen Anträgen und Unterhandlungen zu unterliegen hat, wie dergleichen namentlich in dem Schlusse des 2. und 39. §. vorkommen, Sr. Kaiserl. Majestät und dem Reiche die weitere gebührende Einschreitung vorbehalten bleibe.

Indem nun Se. Kaiserl. Majestät unter diesen vorausgesetzten Bedingnissen dem Reichsgutachten vom 24. März Ihre reichsoberhauptliche Genehmigung hiemit förmlich ertheilen, so ergreifen Sie auch diese Gelegenheit, um Ihren und des gesammten Reichs

aufrichtigsten Dank für die von den zwei vermittelnden Mächten in der vorliegenden wichtigen Angelegenheit verwendete Sorgfalt und Bemühungen öffentlich hiemit abzustatten; gleich wie Sie mit Zuversicht hoffen, dass gedachte Mächte die hiebei von Seiten Kaisers und Reichs erhaltenen überzeugendsten Beweise bereitwilliger Rücksicht für ihre Wünsche und Vorschläge freundschaftlich erkennen werden, und dass somit das nunmehr gänzlich zu Stande gebrachte Friedenswerk auf das dauerhafteste versichert und befestiget worden sey.

Es verbleiben übrigens des höchstansehnlichen Kaiserlichen Herrn Principalcommissarius Hochfürstliche Gnaden den allhier versammelten vortrefflichen Räthen, Botschaftern und Gesandten mit freundlichem, auch geneigtem und gnädigem Willen beständig wohl zugethan.

Signatum Regensburg den 27 b) April 1803.

(L. S.) Carl, Fürst von Thurn und Taxis. m. pr.

Dem Hochlöblichen Kurerzkanzlerischen Reichs-Directorio anzuhändigen.

a) Durch die Ratification des Kaisers erhielt der Hauptschluss der ausserordentlichen Reichs-Deputation vom 25. Februar 1803 die völlige Kraft eines Reichs-Grundgesetzes.

b) In mehreren Sammlungen ist das Datum des Kaiserlichen Ratifications-Decretes irrthümlich vom 17. oder 26. April angegeben.

Vergl: J. A. Vahlkampf, Reichsschluss vom 27. April 1803 etc.

VIII.

Deputations-Abschied vom 9. May 1803.

Der Römisch Kaiserlichen Majestät zu gegenwärtiger ausserordentlicher Reichs-Deputation verordnete höchstansehnliche Commission hat von Ihrer Kaiserlichen Majestät den allerhöchsten Auftrag erhalten, der ausserordentlichen Reichs-Deputation im Reichsoberhauptlichen Namen zu erklären, dass Allerhöchstdieselbe nach nunmehr erfolgter Ratification über den von der Reichsversammlung genehmigten Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar d. J. das Geschäft der Reichs-Deputation für erfüllt und jene Vollmacht für erloschen erachten, welche von dem gesammten Reiche derselben zur Erledigung der in dem Artikel 5 und 7 des Lunéviller Friedens einer besondern Uebereinkunft vorbehaltenen Gegenstände unterm 3. August v. J. ertheilt worden war, und dass dem zufolge Allerhöchstsie die Ihrem Kaiserlichen Bevollmächtigten übertragene Gewalt hinwieder einzuziehen bewogen worden sind a).

Es ist der Kaiserlichen Commission sehr schmeichelhaft, den sämmtlichen fürtrefflichen Herren Subdelegirten zugleich Sr. Kaiserlichen Majestät allergnädigstes Wohlgefallen und allerhöchste Zufriedenheit über die anhaltende Thätigkeit, Mühe und Sorgfalt ausdrücken zu können, womit dieselben sammt und sonders sich angelegen seyn liessen, dieses schwere vaterländische Werk unter den vorgelegenen Umständen so bald zur Erledigung zu befördern und dadurch die Aussicht zu begründen, dass Deutschland unter dem Schutze des Allmächtigen und seiner Verfassung die Früchte des unter vielen Mühseeligkeiten und grossen Opfern zu Stande gebrachten neuen Reichsschlusses zu

einen dauerhaften Ruhestande und ungestöhrter Eintracht auf die spätesten Zeiten geniesse.

Indem die Kaiserliche Commission sich hierdurch des allerhöchsten Auftrages entlediget, unterlässt sie nicht — dem aufrichtigsten Wunsche, dass das Resultat ihrer mit den sämmtlichen fürtrefflichen Herren Subdelegirten vereinten Bemühungen die obigen glücklichen Folgen recht bald herbeiführe — den reinsten Ausdruk ihrer dankbarsten Gesinnungen für das ihr während dem ganzen Geschäffte bewiesene sehr schätzbare Vertrauen beizufügen, und verbleibet etc.

Regensburg, den 9ten May 1803.

Johann Aloys Joseph, des heiligen Römischen Reichs Freiherr von Hügel.

a) Bereits in dem Kaiserlichen Commissions-Ratifications-Decrete vom 27. *April* 1803 wurde erwähnt:

„dass die zur Erfüllung des fünften und siebenten Artikels des Lunéviller *Friedens* bevollmächtigte ausserordentliche Reichsdeputation das ihr anvertrauete Werk nunmehr zu Stande gebracht habe."

Dieselbe hielt am 10. Mai 1803 ihre fünfzigste und letzte Sitzung und wurde aufgelöset.

IX.

Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Allema et d'Autriche, et S. M. l'Empereur des Français, d'Italie, signé à Presbourg le 26. Décembre 180

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et l'Empereur des Français, Roi d'Italie, également animés du de mettre fin aux calamités de la guerre, ont résolu de pro sans délai, à la conclusion d'un traité de paix définitif, e en conséquence, nommé pour plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche

M. le Prince Jean de Liechtenstein, Prince du S Empire Romain, Grand-Croix de l'ordre militaire de Marie rèse, Chambellan, Lieutenant-général des armées de S Majesté l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et Propriét d'un régiment d'hussars;

Et M. le Comte Ignace de Gyulai, Commandeur de l'o militaire de Marie-Thérèse, Chambellan de Sadite Majesté pereur d'Allemagne et d'Autriche, Lieutenant-général de armées et Propriétaire d'un régiment d'infanterie;

Et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie:

M. Charles Maurice Talleyrand-Périgord, G Chambellan, Ministre des rélations extérieures de Sa dite M l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Grand-Cordon de la L d'honneur, Chevalier des ordres de l'aigle rouge et noir de Pr

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, convenus des articles suivans:

Article I.

Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Leurs Héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets respectifs à perpétuité.

Article II.

La France continuera de posséder, en toute propriété et souveraineté, les Duchés, Principautés, Seigneuries et Territoires au delà des Alpes, qui étoient, antérieurement au présent traité, réunis et incorporés à l'Empire Français, ou régis par les lois et les administrations françaises.

Article III.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, pour Lui, Ses héritiers et Successeurs, reconnoit les dispositions faites par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, relativement aux Principautés de Lucques et de Piombino.

Article IV.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche renonce tant pour Lui que pour Ses héritiers et Successeurs, à la partie des états de la République de Vénise, à Lui cédée par les traités de Campo Formio et Lunéville, laquelle sera réunie à perpétuité au royaume d'Italie.

Article V.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnoit S. M. l'Empereur des Français comme Roi d'Italie. Mais il est convenu que, conformement à la déclaration faite par S. M. l'Empereur des Français, au moment où il a pris la couronne d'Italie, aussitôt que les Puissances nommées dans cette déclaration, auront rempli les conditions qui s'y trouvent exprimées, les Couronnes de France et d'Italie seront séparés à perpétuité, et ne pourront plus, dans aucun cas, être réunies sur la même tête. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à reconnoître, lors de la séparation, le successeur que S. M. l'Empereur des Français se sera donné comme Roi d'Italie.

Article VI.

Le présent traité est déclaré commun à LL. AA. SS. Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade, et à la publique Batave, Alliés de S. M. l'Empereur des Français, d'Italie, dans la présente guerre.

Article VII.

Les Electeurs de Bavière et de Wurtemberg ayant pr titre de Roi *), sans néanmoins cesser d'appartenir à la Con ration Germanique, S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Aut les reconnoit en cette qualité.

Article VIII.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour Ses Héritiers et Successeurs respectifs, que pour Les Prin Sa maison, Leurs Héritiers et Successeurs, renonce aux pr pautés, seigneuries, domaines et territoires ci-après désign

Céde et abandonne à S. M. le Roi de Bavière: le Ma viat de Burgau et ses dépendances; la Principauté d'Eichst la partie du territoire de Passau, appartenante à S. A. R. l'E teur de Salzbourg, et située entre la Bohême, l'Autriche, le nube et l'Inn; le Comté de Tyrol, y compris les principauté Brixen et de Trente; les sept Seigneuries du Vorarlberg leurs enclaves; le Comté de Hohenems, le Comté de Koenigs Rothenfels; les Seigneuries de Tetnang et Argen, et la vil territoire de Lindau;

A. S. M. le Roi de Wurtemberg: les cinq villes dite Danube, savoir: Ehingen, Munderkingen, Reidlingen, Me et Sulgau, avec leurs dépendances; le haut et bas Comt Hohenberg, le Landgraviat de Nellenbourg et la préfecture d dorff, avec leurs dépendances (la ville de Constance excepté partie du Brisgau, faisant enclave dans les possessions Wur bergeoises et située à l'est d'une ligne tirée du Schlegelberg qu'à la Molbach; et les villes et territoires de Villingen et Br lingen;

A S. A. S. l'Electeur de Bade: le Brisgau (à l'exce de l'enclave et des portions séparées, ci-dessus désigné

l'Ortenau et leurs dépendances; la ville de Constanze et la Commanderie de Meinau.

Les principautés, seigneuries, domaines et territoires susdits seront possédés respectivement par L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et par S. A. S. l'Electeur de Bade, soit en suzeraineté, soit en toute propriété et souveraineté, de la même manière, aux mêmes droits et prérogatives, que les possedoient S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, ou les Princes de Sa maison, et non autrement [b]).

Article IX.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche reconnoit les dettes contractées par la Maison d'Autriche au profit des particuliers et des établissemens publics du pays, faisant actuellement partie intégrante de l'Empire Français; et il est convenu que Sadite Majesté restera libre de toute obligation, par rapport à toutes dettes quelconques, que la Maison d'Autriche auroit contractées à raison de la possession, et hypothéquées sur le sol des pays, auxquels Elle renonce par le présent traité.

Article X.

Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden, appartenant à S. A. R. et E. l'Archiduc Ferdinand, seront incorporés à l'Empire d'Autriche, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche les possédera en toute propriété et souveraineté, mais à titre de Duché seulement.

Article XI.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engage à obtenir en faveur de S. A. R. l'Archiduc Ferdinand, Electeur de Salzbourg, la cession, par S. M. le Roi de Bavière, de la Principauté de Wurzbourg, telle qu'elle a été donnée à Sadite Majesté par le Recès de la Députation de l'Empire Germanique du 25. Février 1803 (6. Ventose an 11.).

Le titre Electoral de S. A. R. sera transféré sur cette Principauté, que S. A. R. possédera en toute propriété et souveraineté, de la même manière et aux mêmes conditions qu'elle possédoit l'Electorat de Salzbourg. Et quant aux dettes, il est

convenu, que le nouveau possesseur n'aura à sa charge que les dettes resultantes d'emprunts formellement consentis par les états du pays, ou des dépenses faites pour l'administration effective dudit pays.

Article XII.

La dignité de Grand-Maitre de l'Ordre Teutonique, les droits, domaines et revenus, qui, antérieurement à la présente guerre, dépendoient de Mergentheim, chef-lieu de l'Ordre, les autres droits, domaines et revenus qui se trouvoient attachés à la Grande-Maitrise à l'époque de l'échange des ratifications du présent traité, ainsi que les domaines et revenus, dont, à cette même époque, le dit Ordre se trouvera en possession, deviendront héréditaires dans la personne et la descendance directe et masculine, par ordre de primogéniture, de celui des Princes de la Maison Impériale, qui sera désigné par S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche.

S. M. l'Empereur Napoléon promet Ses bons offices pour faire obtenir, le plutôt possible, à S. A. R. l'Archiduc Ferdinand une indemnité pleine et entière en Allemagne.

Article XIII.

S. M. le Roi de Bavière pourra occuper la ville d'Augsbourg et son territoire, les réunir à Ses états et les posséder en toute propriété et souveraineté. Pourra également S. M. le Roi de Wurtemberg occuper, réunir à ses états et posséder en toute propriété et souveraineté le Comté de Bondorff, et S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche s'engage à n'y mettre aucune opposition.

Article XIV.

L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et S. A. S. l'Electeur de Bade jouiront sur les territoires à Eux cédés, comme aussi sur Leurs anciens états, de la plénitude de la souveraineté et de tous les droits qui en dérivent et qui Leur ont été garantis par S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, ainsi et de la même manière qu'en jouissent S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse sur Leurs états

allemands. S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, soit comme Chef de l'Empire, soit comme Co-Etat, s'engage à ne mettre aucun obstacle à l'exécution des actes qu'ils auroient faits ou pourraient faire en conséquence.

Article XV.

S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, tant pour Lui, Ses Héritiers et Successeurs, que pour les Princes de Sa Maison, Leurs Héritiers et Successeurs, renonce à tous droits, soit de souveraineté, soit de suzeraineté, à toutes prétentions quelconques, actuelles ou éventuelles, sur tous les états, sans exception, de L. L. M. M. les Rois de Bavière et de Wurtemberg et de S. A. S. l'Electeur de Bade, et généralement sur tous les états, domaines et territoires, compris dans les cercles de Bavière, de Franconie et de Souabe, ainsi qu'à tout titre pris des dits domaines et territoires; et réciproquement toutes prétentions actuelles ou éventuelles des dits états à la charge de la Maison d'Autriche ou de Ses Princes, sont et demeureront éteintes à perpétuité; néanmoins les renonciations contenues au présent article ne concernent point les propriétés qui sont par l'article XI, ou seront, en vertu de l'article XII ci-dessus, concédées à L. L. A. A. R. R. les Archiducs désignés dans lesdits articles.

Article XVI.

Les titres domaniaux et archives, les plans et cartes des différens pays, villes et forteresses, cédés par le présent traité seront remis dans l'espace de trois mois à dater de l'échange des ratifications aux Puissances qui en auront acquis la propriété.

Article XVII.

S. M. l'Empereur Napoléon garantit l'intégrité de l'Empire d'Autriche dans l'état où il sera en conséquence du présent traité de paix, de même que l'intégrité des possessions des Princes de la Maison d'Autriche désignés dans les articles XI et XII.

Article XVIII.

Les hautes Parties contractantes reconnaissent l'indépendance

de la République Helvétique régie par l'acte de médiation, de même que l'indépendance de la République Batave.

Article XIX.

Les prisonniers de guerre faits par la France et ses alliés sur l'Autriche, et par l'Autriche sur la France et ses alliés, et qui n'ont pas été restitués, le seront dans quarante jours, à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Article XX.

Toutes les communications et relations commerciales seront rétablies dans les deux pays comme elles étoient avant la guerre.

Article XXI.

S M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, conserveront entre Eux le même cérémonial, quant au rang et aux autres étiquettes, que celui qui a été observé avant la présente guerre.

Article XXII.

Dans les cinq jours qui suivront l'échange des ratifications du présent traité, la ville de Presbourg et ses environs à la distance de six lieues seront évacués; dix jours après le dit échange les troupes françaises et alliées de la France auront évacué la Moravie, la Bohème, le Viertel Unter-Wiener-Wald, le Viertel Unter-Manhartsberg, la Hongrie et toute la Styrie; dans les dix jours suivans elles évacueront le Viertel Ober-Wiener-Wald et le Viertel Ober-Manhartsberg; — enfin dans le délai de deux mois à compter de l'échange des ratifications les troupes françaises et alliées de la France auront évacué la totalité des états héréditaires de S. M. l'Empereur de l'Allemagne et d'Autriche, à l'exception de la place de Braunau, laquelle restera pendant un mois de plus à la disposition de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, comme lieu de dépôt pour les malades et pour l'artillerie.

Il ne sera, pendant le dit mois, fait aux habitans aucune requisition de quelque nature que ce soit; mais il est convenu que jusqu'à l'expiration du dit mois il ne pourra être stationné,

ni introduit aucun corps quelconque de troupes autrichiennes dans un arrondissement de six lieues autour de la dite place de Braunau. Il est pareillement convenu que chacun des lieux qui devront être évacués successivement par les troupes françaises dans les délais susmentionnés ne pourra être occupé par les troupes autrichiennes que 48 heures après l'évacuation.

Il est aussi convenu que les magasins laissés par l'armée française dans les lieux qu'elle devra successivement évacuer, resteront à sa disposition, et qu'il sera fait par les hautes Parties contractantes un arrangement relatif à toutes les contributions quelconques de guerre, précédemment imposés sur les divers états héréditaires occupés par l'armée française; arrangement en conséquence duquel la levée desdites contributions cessera entièrement à compter du jour de l'échange des ratifications. L'armée française tirera son entretien et ses subsistances de ses propres magasins établis sur les routes qu'elle doit suivre.

Article XXIII.

Immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité, des commissaires seront nommés de part et d'autre pour remettre et recevoir au nom des Souverains respectifs toutes les parties du territoire Vénitien non occupées par les troupes de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie. La ville de Venise, les Lagunes et les possessions de Terre-Ferme seront remises dans le délai de quinze jours. L'Istrie et la Dalmatie Vénitiennes, les Bouches du Cattaro, les Isles Vénitiennes de l'Adriatique et toutes les places et forts qu'elles renferment, dans le délai de six semaines à compter de l'échange des ratifications.

Les commissaires respectifs veilleront à ce que la séparation de l'artillerie ayant appartenu à la République de Venise et de l'artillerie Autrichienne soit exactement faite, la première devant rester en totalité au royaume d'Italie. Ils détermineront, d'un commun accord, l'espèce et la nature des objets qui, appartenant à S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche devront en conséquence rester à Sa disposition. Ils conviendront, soit de la vente au royaume d'Italie de l'artillerie impériale et des objets susmentionnés, soit de leur échange contre une quantité équivalente

d'artillerie ou d'objets de même ou d'autre nature, qui seront laissés par l'armée française dans les états héréditaires *).

Il sera donné toute facilité et toute assistance aux troupes autrichiennes et aux administrations civiles et militaires pour retourner dans les états d'Autriche par les voies les plus convenables et les plus sûres, ainsi que pour le transport de l'artillerie impériale, des magasins de terre et de mer, et d'autres objets qui n'auroient pas été compris dans les stipulations, soit de vente soit d'échange qui pourront être faits.

Article XXIV.

Les ratifications du présent traité seront échangées *) dans l'espace de huit jours ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Presbourg, le 26. Décembre 1805 *) (6 Nivose an 14.)

(L. S.) Jean Prince de Liechtenstein.
(L. S.) Ignace Comte de Giulay.
(L. S.) Charles Maurice Talleyrand.

a) Vergl:

Baierische Königs-Proclamation, München, den 1. Januar 1806.
de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 224.

Königlich Baierische Note an die Gesandten fremder Höfe, wegen der Königswürde, München, den 1. Januar 1806.
de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 225.

Württembergische Königs-Proclamation, Stuttgard 1. Januar 1806.
de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 226.

Königlich Württembergische Note an die Gesandten fremder Höfe, wegen der Königswürde, Stuttgard 10. Januar 1806.
de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 227.

Proclamation des nouveaux titres adoptés par le Landgrave de Bade, Electeur du S. E. Romain, en date Carlsruhe du 16. Janvier 1806.
de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 228.

b) Vergl: Actes relatifs à la cession de diverses provinces à la France et par elle à plusieurs autres états à la suite du traité de Presbourg et des conventions subséquentes.

de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 237—249.

Décret de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie portant réunion au Royaume d'Italie des Etats Vénitiens cédés par la paix de Presbourg, en date du 30. Mars 1806.

de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 255.

c) Convention conclue entre le Prince de Liechtenstein et le Maréchal Berthier relativement à l'échange de l'artillerie et des munitions de guerre autrichiennes existantes dans les pays de Venise contre celles qui seront laissées dans les états Autrichiens par l'armée française, en exécution de l'article XXIII du traité de paix de Presbourg, signée le 3. Janvier 1806.

de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 222.

d) Die Ratification erfolgte von Frankreich am 27. December 1805 (6. Nivôse an 14), und von Oestreich am 30. December 1805: die Auswechselung der Ratifications-Urkunden fand Statt am 1. Januar 1806.

Vergl: 1) Déclaration remise par M. M. les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur des Romains et d'Autriche au moment de l'échange des ratifications à Vienne le 1. Janvier 1806:

„Les soussignés Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur des Romains et d'Autriche, en échangeant aujourdhui les Ratifications du traité de Paix signée à Presbourg le 26. Décembre 1805 par ordre et au nom de S. M. J. et R. Apostolique, déclarent:

Que leur Auguste Souverain y étant convenu avec S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, de plusieurs stipulations qui concernent l'Empire Germanique, il n'a pas entendu soustraire les articles y relatifs à la connoissance et à la participation compétente à l'Empire, dont S. M. J. et R. A. Se confie dans les sentimens connus de S. M. l'Empereur des Français, qui seront d'accord avec les siens sur la teneur de la présente Déclaration."

2) Lettre des Ministres comitiaux de Bohême et l'Autriche à la Diète Germanique en lui faisant part de la paix de Presbourg, signée à Ratisbonne le 20. février 1806:

„Conformement à l'ordre qu'ils ont reçu de S. M. l'Empereur et Roi, Leur Auguste Souverain, les soussignés ont l'honneur de commu-

niquer à la Diète Générale de l'Empire dans la forme usitée, le Tr
de Paix conclu à Presbourg le 26. Décembre de l'année dernière
ratifié le 30. du même mois par S. M. J. et R., ainsi que la Dé
ration, par laquelle Sa Majesté a eu soin de maintenir les attribut
de l'Empire Germanique pour les Articles qui le concernent. La
Déclaration a été remise par les Plénipotentiaires de Sa Majesté
Plénipotentiaire de S. M. l'Empereur des Français, aussitôt a
l'échange des ratifications le 1. Janvier de cette année, et elle a
acceptée par lui. Les soussignés profitent de cette occasion pour
nouveler l'assurance du devouement, avec lequel etc."

„Ratisbonne, le 20. Février 1806.

Frédéric Comte de Stadion.
E. J. E. de Fahnenberg."

e) Dieser Friedensschluss erwähnt weder der unmittelb
Reichsritterschaft in Bayern, noch der in Württem
und Baden; sie war durch einen Befehl Napoleons vom 19. D
ber 1805 bereits den Regenten der gedachten Länder zuge
worden.

Sogleich nach Unterzeichnung des Pressburger Friedens er
Napoleon (am 27. December) dass: „die Dynastie von N
zu regieren aufgehört habe", weil durch Ferdinan
der am 21. September 1805 zu Paris abgeschlossene Neutralitä
trag gebrochen sey.

S: de Martens recueil etc. Supplem. Tom. IV. p. 186.

Vergl:

Friedensschluss zwischen dem Kaiser von Frank
und dem Kaiser von Oestreich (1805), in den:
Miscellen für die Königl. Baierischen Staaten. St. I.

Beytrag zur Erläuterung des XII. Artikels des Pressb
Friedensschlusses insoweit derselbe den teutschen Ritt
betrifft. Mit Urkunden. Teutschland, 1807. 8.

X.

Traité entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et les Membres de l'Empire Germanique dénommés dans le traité même, signé à Paris le 12. juillet 1806. (L'acte de la Confédération du Rhin.) *)

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, d'une part, et d'autre part Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, Leurs Altesses Sérénissimes les Electeurs Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et de Salm-Kyrbourg, le Prince d'Isenbourg-Birstein, le Duc d'Arenberg et le Prince de Liechtenstein, et le Comte de la Leyen, voulant, par des stipulations convenables, assûrer la paix intérieure et extérieure du midi de l'Allemagne, pour laquelle l'expérience a prouvé depuis long tems et tout recemment encore, que la constitution germanique ne pouvait plus offrir aucune sorte de garantie, ont nommé pours Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie:

Mr. Charles Maurice Talleyrand, Prince et Duc de Bénévent, Son Grand-Chambellan et Ministre des relations extérieures, Grand-Cordon de la légion d'honneur, Chevalier des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse et de l'ordre de St. Hubert.

S. M. le Roi de Bavière:

Mr. Antoine de Cetto, Son Conseiller d'état ordinaire, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et Chevalier de l'ordre du lion.

S. M. le Roi de Wurtemberg:

Mr. Levin Comte de Winzingeroda, Son Ministre d'état, des conférences et du cabinet, Chevalier de Son grand-ordre, Commandeur de celui de St. Jean de Jérusalem, Chevalier de l'aigle blanc.

S. A. Eminentissime l'Electeur Archichancelier de l'Empire Germanique:

Mr. Charles Comte de Beust, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et Chevalier de l'ordre du lion d'or.

S. A. Sérénissime l'Electeur de Bade:

Mr. Sigismond Charles Jean Baron de Reitzenstein, Ministre du Cabinet de Son Altesse Electorale, Grand-Croix de l'ordre de la fidélité.

S. A. Impériale Monseigneur le Prince Joachim Duc de Clèves et Berg:

Mr. le Baron Maximilien de Schell.

S. A. Sérénissime le Landgrave de Hesse-Darmstadt:

Mr. Auguste Baron de Pappenheim, Son Ministre plénipotentiaire près S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie.

L. L. A. A. S. S. les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg:

Mr. Jean Ernest Baron de Gagern, Leur Ministre.

L. L. A. A. S. S. les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern Sigmaringen:

Mr. François Xavier Major de Fischler.

L. L. A. A. S. S. les Princes de Salm-Salm et Salm Kyrbourg:

Le même Mr. François Xavier Major de Fischler.

S. A. Sérénissime le Prince d'Isenbourg-Birstein:

Mr. de Greuhm, Résident et Chargé des pouvoirs de Son Altesse.

S. A. Sérénissime le Duc d'Ahremberg:
Mr. Durant St. André.
Le Comte de la Leyen:
Mr. Durant St. André.

Lesquels après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Les états de Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg, de Leurs Altesses Sérénissimes les Electeurs Archichancelier et de Bade, le Duc de Berg et Clèves, le Landgrave de Hesse-Darmstadt, les Princes de Nassau-Usingen et Nassau-Weilbourg, les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Hohenzollern-Sigmaringen, les Princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, le Prince d'Isenbourg-Birstein, le Duc d'Ahremberg et le Prince de Liechtenstein, et du Comte de la Leyen, seront séparés à perpétuité de l'Empire Germanique et unis entr'eux par une confédération particulière sous le nom d'Etats confédérés du Rhin.

Article II.

Toute loi de l'Empire germanique qui a pu jusqu'à présent concerner et obliger Leurs Majestés et Leurs Altesses Sérénissimes les Rois et Princes et le Comte, dénommés en l'Article précédent, Leurs sujets et Leurs états ou partie d'iceux, sera à l'avenir, relativement à Leurs dites Majestés et Altesses et au dit Comte à Leurs états et sujets nulle et de nul effet, sauf néanmoins les droits acquis à des créanciers et pensionnaires par le recès de mille huit cent trois, et les dispositions du paragraphe cent neuf du dit recès relatives à l'octroi de navigation du Rhin, lesquelles continueront d'être exécutées selon leur forme et teneur.

Article III.

Chacun des Rois et Princes confédérés renoncera à ceux de ses titres qui expriment des rapports quelconques avec l'Empire germanique, et le premier août il fera notifier à la Diète Sa séparation d'avec l'Empire.

Article IV.

S. A. S. l'Electeur Archichancelier prendra les titres de Prince-Primat et d'Altesse Eminentissime [b]).

Le titre de Prince-Primat n'emporte avec lui aucune prérogative contraire à la plénitude de la souveraineté, dont chacun des Confédérés doit jouir.

Article V.

Leurs Altesses Sérénissimes l'Electeur de Bade, le Duc de Berg et Clèves et le Landgrave de Hesse-Darmstadt prendront le titre de Grand-Duc, et jouiront des droits, honneurs et prérogatives attachés à la dignité royale. Le rang et la prééminence entr'eux sont et demeureront fixés conformément à l'ordre dans lequel ils sont nommés au présent article [c]).

Le Chef de la Maison de Nassau prendra le titre de Duc et le Comte de la Leyen le titre de Prince.

Article VI.

Les intérêts communs des états confédérés seront traités dans une Diète, dont le siège sera à Francfort, et qui sera divisée en deux Collèges, savoir le Collège des Rois et le Collège des Princes.

Article VII.

Les Princes devront nécessairement être indépendans de toute Puissance étrangère à la Confédération, et ne pourront conséquemment prendre du service [d]) d'aucun genre que dans les états confédérés ou alliés à la confédération. Ceux qui, étant déjà au service d'autres puissances, voudront y rester, seront tenus de faire passer leurs Principautés sur la tête d'un de leurs Enfans.

Article VIII.

S'il arrivoit qu'un des dits Princes voulût aliéner en tout ou en partie Sa souveraineté, il ne pourra le faire, qu'en faveur de l'un des états confédérés.

Article IX.

Toutes les contestations qui s'éleveront entre les états confédérés [e] seront décidées par la Diète de Francfort.

Article X.

La Diète sera présidée par Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat. Et lorsqu'un des deux Collèges aura à délibérer sur quelqu'affaire, Son Altesse Eminentissime présidera le Collège des Rois et le Duc de Nassau le Collège des Princes.

Article XI.

Les époques où, soit la Diète, soit un des Collèges séparément, devra s'assembler, le mode de leur convocation, les objets qui devront être soumis à leurs déliberations, la manière de former les resolutions et de les faire exécuter seront déterminés par un statut fondamental, que Son Altesse Eminentissime proposera dans le délai d'un mois après la notification faite à Ratisbonne et qui devra être approuvé par les états confédérés. Le même statut fixera définitivement le rang entre les Membres du Collège des Princes.

Article XII.

Sa Majesté l'Empereur des Français sera proclamé Protecteur de la confédération; et en cette qualité, au décès de chaque Prince-Primat, il en nommera le successeur.

Article XIII [f].

Sa Majesté le Roi de Bavière céde à S. M. le Roi de Wurtemberg, la seigneurie de Wiesensteig, et renonce aux droits, que à raison de la préfecture de Burgau, il pourrait avoir ou prétendre sur l'abbaye de Wiblingen.

Article XIV.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg céde à Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade, le Comté de Bondorf, les villes de Breunlingen et de Villingen, avec la partie du territoire de cette dernière, située à la droite de la Brigach, et la ville de

Tuttlingen avec les dépendances du Bailliage de ce nom, si à la droite du Danube.

Article XV.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade céde Majesté le Roi de Wurtemberg la ville et le territoire de l rach, avec ses dépendances.

Article XVI.

Son Altesse Sérénissime le Duc de Nassau céde à S tesse Impériale le Grand-Duc de Berg, la ville de Deutz ou avec son territoire, la ville et le bailliage de Koenigswint le bailliage de Villich.

Article XVII.

Sa Majesté le Roi de Bavière réunira à Ses états et po en toute souveraineté et propriété la ville et le territoire remberg et les Commanderies de Rohr et de Waldste l'Ordre Teutonique.

Article XVIII.

Sa Majesté le Roi de Wurtemberg réunira à Ses é possédera en toute souveraineté et propriété la seigneu Wiesensteig, et les ville, territoire et dépendances de B en conséquence des cessions à Lui faites par S. M. le Bavière et S. A. S. le Grand-Duc de Bade, la ville de W le Comté de Schelklingen, la Commanderie de Kapfe ou Lauchheim et la Commanderie d'Alschhausen, dist faite des Seigneuries d'Achberg et Hohenfels, et l'Ab Wiblingen.

Article XIX.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Bade ré Ses états et possédera en toute propriété et souveraineté le de Bondorf, les villes de Breunlingen, Villingen et Tutt les parties de leurs territoires et leurs dépendances spec l'article quatorze, et tels, qu'ils lui ont été cédés par S. Roi de Wurtemberg.

Il possédera en toute propriété la Principauté de Heitersheim, et toutes celles de ces dépendances situées dans les possessions de S. A. telles, qu'elles seront en conséquence du présent traité.

Il possédera également en toute propriété les Commanderies Teutoniques de Beuggen et de Fribourg.

Article XX.

Son Altesse Impériale le Grand-Duc de Berg possédera en toute souveraineté et propriété la ville de Deutz ou Duytz avec son territoire, la ville et le bailliage de Koenigswinter et le bailliage de Villich, en conséquence de la cession à Lui faite par S. A. le Duc de Nassau.

Article XXI.

Son Altesse Sérénissime le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt réunira *à Ses* états le Bourggraviat de Friedberg, pour le posséder *en* souveraineté seulement pendant la vie du Bourggrave actuel, et en toute propriété après le décès du dit Bourggrave.

Article XXII.

Son Altesse Eminentissime le Prince-Primat réunira à Ses états et possédera en toute propriété et souveraineté la ville et le territoire de Francfort.

Article XXIII.

Son Altesse Sérénissime le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen possédera en toute propriété et souveraineté les Seigneuries d'Achberg et de Hohenfels dépendantes de la Commanderie d'Altshausen et les Couvens de Klosterwald et de Habsthal.

S. A. S. possédera en souveraineté les terres équestres situés entre les possessions actuelles et les territoires, au nord du Danube, sur lesquels Sa souveraineté doit s'étendre en conséquence du présent traité et notamment les seigneuries de Gamertingen et de Hettingen.

Article XXIV.

Leurs Majestés les Rois de Bavière et de Wurtemberg;

Leurs Altesses Sérénissimes les Grand-Ducs de Bade; de Be et de Hesse-Darmstadt; Son Altesse Eminentissime le Prin Primat; Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Princes Nassau-Usingen et Weilbourg, de Hohenzollern-Sigmarin de Salm-Kyrbourg, d'Isenbourg-Birstein et le Duc d'Ahren exerceront tous les droits de souveraineté, savoir:

S. M. le Roi de Bavière, sur la Principauté de Schwarz berg, le Comté de Castel, les Seigneuries de Speckfeld et Wiesentheid, les dépendances de la Principauté de Hohenl enclavées dans le Marggraviat d'Ansbach et dans le territoi Rothenbourg, nommément les grands bailliages de Schillingsf et de Kirchberg, le Comté de Sternstein, les Principautés d tingen, les possessions du Prince de la Tour et Taxis au no la Principauté de Neubourg, le Comté d'Edelstetten, les po sions des Prince et Comtes de Fugger, le Bourggraviat de W terrieden, et enfin les Seigneuries de Buxheim et de Tannh et sur la totalité de la grande route allant de Memmin Lindau.

S. M. le Roi de Wurtemberg, sur les possessions des P et Comtes Truchsess-Waldbourg, les Comtés de Baindt, d'E de Guttenzell, de Hegbach, d'Isny, de Koenigseck-Aulen d'Ochenhausen, de Roth et de Schussenried et Weisenau Seigneuries de Mietingen et Sulmingen, Neu-Ravensb Thannheim, Warthausen et Weingarten, distraction faite Seigneurie de Hagnau; les possessions du Prince de la To Taxis, à l'exception de celles qui sont situées au nord de la cipauté de Neubourg et de la Seigneurie de Strasberg et du liage d'Ostrach, les Seigneuries de Gundelfingen et de Ne les Parties du Comté de Limbourg-Gaildorf non possédée Sa dite Majesté; toutes les possessions des Princes de H lohe, sauf l'exception faite au paragraphe précédent, et enfi la partie du bailliage ci-devant Mayençais de Krautheim, situ la gauche de la Yaxt.

S. A. S. le Grand-Duc de Bade, sur la Principaut Fuerstenberg (étant exceptées les Seigneuries de Gundelfin Neufra, Trochtelfingen, Jungnau et la partie du bailliag Moeskirch, située à la gauche du Danube) la Seigneurie de H nau, le Comté de Thengen, le Landgraviat de Klettgau,

bailliages de Neidenau et Billigheim, la Principauté de Linange, les possessions des Prince et Comtes de Loewenstein-Wertheim situés à la rive gauche du Mein (étant exceptés le Comté de Loewenstein, la partie du Limbourg-Gaildorf appartenant aux Comtes de Loewenstein et les Seigneuries de Heubach, de Breuberg et de Habizheim); et enfin les possessions du Prince de Salm-Reifferscheid-Krautheim, situées au nord de la Yaxt.

S. A. I. le Grand-Duc de Berg, sur les Seigneuries de Limbourg-Styrum, de Bruck, de Hardenberg, de Gimborn et Neustadt, de Wildenberg, les Comtés de Hombourg, de Bentheim, de Steinfourt, de Horstmar, les possessions du Duc de Looz, les Comtés de Siegen, de Dillenbourg (les bailliages de Wehrheim et Burbach exceptés) et de Hadamar, les Seigneuries de Westerbourg, de Schadeck et de Beilstein, et la partie de la Seigneurie de Runkel, proprement dite, située à la droite de la Lahn; et pour les communications entre le Duché de Clèves et les possessions susdites au nord de ce Duché, S. A. I. aura l'usage d'une route à travers les états des Princes de Salm.

S. A. S. le Grand-Duc de Darmstadt, sur les Seigneuries de Breuberg et de Heubach, sur la Seigneurie ou bailliage d'Habizheim, le Comté d'Erbach, la Seigneurie d'Ilbenstadt, la partie du Comté de Koenigstein, possédée par le Prince de Stolberg-Gedern, les possessions des Barons de Riedesel enclavées dans les états de Sa dite Altesse Sérénissime ou qui leurs sont contigues, nommément les jurisdictions de Lauterbach, de Stockhausen, de Moos et de Freienstein, les possessions des Princes et Comtés de Solms en Wetteravie, à l'exception des bailliages de Hohensolms, Braunfels et Greifenstein, et enfin les Comtés de Wittgenstein et Berlebourg, et le bailliage de Hesse-Hombourg possédé par la branche de ce nom appanagée de Hesse-Darmstadt.

S. A. E. le Prince-Primat, sur les possessions des Prince et Comtes de Loewenstein-Wertheim situées à la droite du Mein et sur le Comté de Rineck.

L. L. A. A. S. S. le Duc de Nassau-Usingen et le Prince de Nassau-Weilbourg, sur les bailliages de Dierdorf, Altenwied, Newerbourg et la partie du Comté du Bas-Isenbourg appartenante au Prince de Wiedrunkel, les Comtés de Wied-Neuwied et de Holzapfel, la Seigneurie de Schaumburg, le Comté de Diez et

ses dépendances, la partie du village de Muenzfelden appartena au Prince de Nassau-Fulde, le bailliage de Wehrheim et Burbach, la partie de la Seigneurie de Runkel située à la gau de la Lahn, la terre équestre de Granzberg et enfin le baill de Hohensolms, de Braunfels et de Greifenstein.

S. A. S. le Prince de Hohenzollern-Sigmaringen sur Seigneuries de Trochtelfingen, de Jungnau, de Strasberg, s bailliage d'Ostrach et la partie de la Seigneurie de Moesk située à la gauche du Danube.

S. A. S. le Prince de Salm-Kyrbourg sur la Seigneuri Gehmen.

S. A. S. le Prince d'Isenbourg-Birstein sur les posses des Comtes d'Isenbourg-Budingen, Waechtersbach et Meer sans que les Comtes appanagés de sa branche puissent se valoir de cette stipulation pour former aucune prétention charge.

Et S. A. S. le Duc d'Ahremberg sur le Comté de Dul

Article XXV.

Chacun des Rois et Princes confédérés possédera en souveraineté les terres équestres g) enclavées dans ses possess Quant aux terres équestres interposées entre deux des états fédérés, elles seront partagées, quant à la souveraineté entr deux états, aussi également que faire se pourra, mais de ma à ce qu'il n'en resulte ni morcellement, ni melange des terri

Article XXVI.

Les droits de souveraineté sont ceux de législation, de diction suprême, de haute police, de conscription militai recrutement, et d'impôt.

Article XXVII.

Les Princes ou Comtes actuellement régnans h) conserve chacun, comme propriété patrimoniale et privée, tous les do nes sans exception qu'ils possédent maintenant, ainsi que les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inh à la souveraineté et notamment les droits de basse et moy jurisdiction en matière civile et criminelle, de jurisdiction

police forestière, de chasse, de pêche, de mines, d'usines, de dîmes et prestations féodales, de patronage et autres semblables et les revenus provenans des dits domaines et droits.

Leurs domaines et biens seront assimilés, quant à l'impôt aux domaines et biens des Princes de la maison sous la souveraineté de laquelle ils doivent passer en vertu du présent traité; ou si aucun des Princes de la dite maison ne possédait d'immeubles, aux domaines et biens de la classe la plus privilégiée, ne pourront les dits domaines et droits être vendus à un souverain étranger à la Confédération, ni autrement aliénés, sans avoir été préalablement offerts au Prince sous la souveraineté du quel ils sont placés.

Article XXVIII.

En matière criminelle les Princes et Comtes actuellement régnans et leurs héritiers jouiront du droit d'austrègues, c'est à dire, d'être jugés par leurs pairs; et dans aucun cas la confiscation de leurs biens ne pourra être prononcée ni avoir lieu, mais les revenus pourront être séquestrés pendant la vie du condamné.

Article XXIX.

Les états confédérés contribueront au payement des dettes actuelles des cercles, non seulement pour leurs possessions anciennes, mais aussi pour les territoires qui doivent être respectivement soumis à leur souveraineté.

La dette du cercle de Souabe sera à la charge de Leurs Majestés les Rois de Bavière, de Wurtemberg, de S. A. S. le Grand-Duc de Bade, et de Leurs Altesses Sérénissimes les Princes de Hohenzollern-Hechingen et Sigmaringen, de Lichtenstein et de la Leyen; et divisée entr'eux dans la proportion de ce que chacun des dits Rois et Princes possédera dans la Souabe.

Article XXX.

Les dettes propres de chaque Principauté, Comté ou Seigneurie passant sous la souveraineté de l'un des états confédérés, seront divisées entre le dit état et les Princes ou Comtes actuellement régnans, dans la proportion des revenus que le dit état

doit acquérir et de ceux que les Princes ou Comtes doivent conserver d'après les stipulations ci-dessus.

Article XXXI.

Il sera libre aux Princes ou Comtes actuellement régnans et à leurs héritiers, de fixer leur résidence par tout où ils le voudront, pourvû que ce soit dans un des états membres ou alliés de la Confédération du Rhin, ou dans les possessions qu'ils conserveront en souveraineté hors du territoire de la dite Confédération, et de retirer leurs revenus ou leurs capitaux, sans pouvoir être assujettis pour cette cause, à aucun droit ou impôt quelconque.

Article XXXII.

Les individus employés dans l'administration publique des Principautés, Comtés ou Seigneuries qui doivent en vertu du présent traité passer sous la Souveraineté de l'un des états confédérés, et que le Souverain ne jugerait pas à propos de conserver dans leurs emplois, jouiront d'une pension de retraite égale à celle, que les loix ou réglemens de l'état accordent aux officiers du même grade.

Article XXXIII.

Les membres des ordres militaires ou réligieux qui pourront être, en conséquence du présent traité, dépossédés ou sécularisés, recevront une pension annuelle et viagère, proportionnée aux revenus dont ils jouissaient, à leur dignité et à leur âge, et hypothéquée sur les biens dont ils étaient usufruitiers.

Article XXXIV.

Les Rois, Grand-Ducs, Ducs et Princes confédérés renoncent[1]), chacun d'eux pour soi, ses héritiers et successeurs, à tout droit actuel qu'il pourra avoir ou prétendre sur les membres de la Confédération telles qu'elles sont et telles qu'elles doivent être, en conséquence du présent traité, les droits éventuels de succession demeurant seuls réservés, et pour le cas seulement où viendrait à s'eteindre la maison ou la branche, qui possède maintenant, ou doit, en vertu du présent traité, posséder

en souveraineté les territoires, domaines et biens, sur lesquels les dits droits peuvent s'étendre.

Article XXXV.

Il y aura entre l'Empire Français et les Etats Confédérés du Rhin, collectivement et séparément, une alliance, en vertu de laquelle toute guerre continentale, que l'une des parties contractantes aurait à soutenir, deviendra immédiatement commune à toutes les autres.

Article XXXVI.

Dans le cas où une puissance étrangère à l'alliance et voisine s'armerait, les hautes Parties contractantes, pour ne pas être prises au dépourvu, s'armeront pareillement, d'après la demande, qui en sera faite par le Ministre de l'une d'elles à Francfort.

Le contingent que chacun des alliés devra fournir, étant divisé en quatre quarts, la diète déterminera combien de quarts devront être rendus mobiles, mais l'armement ne sera effectué qu'en conséquence d'une invitation adressée par S. M. l'Empereur et Roi à chacune des puissances alliées.

Article XXXVII.

Sa Majesté le Roi de Bavière S'engage à fortifier les villes d'Augsbourg et de Lindau, à former et entretenir, en tout tems, dans la première de ces deux places, des établissemens d'artillerie, et à tenir dans la seconde une quantité de fusils et de munitions suffisante pour une reserve, de même qu'à avoir à Augsbourg de boulangeries, pour qu'on puisse confectionner une quantité de biscuits, telle qu'en cas de guerre, la marche des armées n'éprouve pas de retard.

Article XXXVIII.

Le contingent [k]) à fournir par chacun des alliés pour le cas de guerre, est fixé comme il suit:

La France fournira deux cents mille hommes de toutes armes, le royaume de Bavière trente mille hommes de toutes armes, le royaume de Wurtemberg douze mille, le Grand-Duc de Bade huit mille, le Grand-Duc de Berg cinq mille, le Grand-

Duc de Darmstadt quatre mille. Leurs Altesses Sérénissim Duc et Prince de Nassau avec les autres Princes confédérés niront un contingent de quatre mille hommes.

Article XXXIX.

Les hautes Parties contractantes se réservent d'admet par la suite dans la nouvelle confédération d'autres Prin Etats d'Allemagne m) qu'il sera trouvé de l'intérêt commu admettre.

Article XL.

Les ratifications n) du présent traité seront échangées nich le vingt cinq juillet de la présente année.

Fait à Paris le 12. juillet 1806.

Signé:

(*L. S.*) Charles Maurice Talleyrand, Prin Bénévent, Grand-Chambellan de Sa M l'Empereur des Français et Roi d' Ministre des relations extérieures.

(*L. S.*) Antoine de Cetto.

(*L. S.*) Levin Comte de Winzingeroda o).

(*L. S.*) Charles Comte de Beust.

(*L. S.*) Sigismond Ch. J. Baron de Reizenste

(*L. S.*) Maximilien Baron de Schell.

(*L. S.*) Auguste de Pappenheim.

(*L. S.*) Jean Ernest Baron de Gagern q).

Pour les Maisons de Hohenzollern:

(*L. S.*) François Xavier de Fischler.

Pour les Maisons de Salm:

(*L. S.*) François Xavier de Fischler.

Pour le Prince d'Isenbourg-Birstein:
(*L. S.*) Louis de Greuhm.

Pour S. A. S. le Duc d'Ahremberg:
(*L. S.*) Durant St. André.

Pour le Comte de la Leyen:
(*L. S.*) Durant St. André.

a) Von dem hier aufgenommenen Texte des Originals weichen andere, nach unrichtigen Copien besorgte, Abdrücke (z. B. im Moniteur, bei Lucchesini u. s. w.) an vielen Stellen und selbst hinsichtlich wesentlicher Punkte ab.

Es existiren von der Rheinbunds-Akte eigentlich zwei Originale, die zu Paris unterzeichnete und die von allen Mitgliedern am 25. Juli zu München ratificirte Urkunde, von welcher letzteren jeder confoederirte Souverän ein Exemplar erhielt.

Eine sehr getreue Uebersetzung, welche vor allen früher erschienenen in jeder Beziehung den Vorzug verdient, findet sich in:

P. A. Winkopp, die Rheinische Konföderations-Akte oder der am 12. Julius 1806 zu Paris abgeschlossene Vertrag. Frankfurt a. M. 1808.

Napoleon realisirte seine ehrgeizigen Pläne hauptsächlich vermittelst Verbindungen seiner Familienglieder und Günstlinge mit legitimen souveränen Häusern, durch Gründung neuer, mithin von ihm abhängiger, Throne und durch die Stiftung des Rheinbundes, zu dessen Fürsten-Primas er den bisherigen Churerzkanzler ernannte, während er selbst sich den Titel eines Protectors dieser Conföderation beilegte. Die am 12. Juli 1806 zu Paris von den Bevollmächtigten Napoleon's und denen von sechszehn bisher deutschen Reichsständen unterzeichnete Urkunde des Rheinbundes bildet gleichsam eine Ergänzung des Pressburger Friedens und der seit Abschluss desselben erfolgten Umgestaltungen in dem Staatensysteme Europa's. Diese Trennung des südwestlichen Deutschlands von dem nordöstlichen, und des ersteren Verbindung mit dem französischen Kaiserreiche wurde vorzüglich durch den Verfall der alten Reichsverfassung und das Glück der französischen Waffen gegen die Oesterreicher und Reichstruppen, so wie durch anhaltende Kriegsnoth, von der Baiern,

Württemberg, Baden und die niederrheinischen Staaten heimgesucht waren, herbeigeführt, und alle diese Umstände mussten zusammentreffen, um Napoleons Herrschsucht zu unterstützen, und gegen neun Millionen Deutsche im westlichen und südlichen Theile des Reiches von jeder Verbindung mit diesem loszureissen. Napoleon erkannte die Souveränetät aller Mitglieder des neugestifteten Bundes an, während die als solche nicht aufgenommenen Fürsten mediatisirt wurden. Dieser bisher reichunmittelbaren Fürsten und Grafen, welche der Souveränetät der Mitglieder des Rheinbundes unterworfen wurden, waren zwei und siebenzig (s. Art. XXIV.); ausserdem theilten dies Loos drei Reichsritterschaften (die fränkische, schwäbische und rheinische), die Besitzungen des deutschen Ordens und die freien Reichsstädte Nürnberg und Frankfurt. Zur Eröffnung der Versammlung des Bundes (in zwei Collegien —, dem königlichen und dem fürstlichen) — zu Frankfurt a. M. wurde der 1. September 1806 bestimmt, es hat indessen eine solche während der ganzen Dauer des Rheinbundes nicht Statt gefunden, ebenso wenig ist das Art. VI. erwähnte Fundamental-Statut zu Stande gekommen.

Vergl. auch:

K. H. L. Pölitz, die Regierung Friedrich August's, Königs von Sachsen. (2 Th. Leipzig, 1830. 8.) Th. 1. S. 270, 271.

F. M. Oertel, die Staatsgrundgesetze des deutschen Reichs etc. S. 639—649.

b) Im Deutschen Reiche erhielten die geistlichen Churfürsten, wenn sie nicht geborene Prinzen waren, nur den Titel: „churfürstliche Gnaden," obgleich Frankreich dieselben schon längst „Altesse" nannte. Den durch Art. IV. dem Fürst-Primas verliehenen Titel: „Altesse Eminentissime" suchte man im Deutschen durch: „hochwürdigste oder durchlauchtigste Hoheit" wieder zu geben. In Rescripten findet sich der Ausdruck: „Sr. Hoheit der Fürst-Primas," auch wohl: „Eminentissimus" ohne weiteren Beisatz. Nach der Bekanntmachung des Provincial-Directoriums des Fürsten-Primas vom 4. August 1806 erhält derselbe auf der Adresse den Titel: Sérénissime Prince-Primat, très-gracieux Souverain, und im Contexte den Titel: Votre Altesse.

c) In Betreff der später dem Rheinbunde beigetretenen Souveräne, erhielten, zufolge der besondern Accessions-Verträge (s. unten), der König von Sachsen und der Grossherzog von Würzburg Sitz

und Stimme im Collegium der Könige, während nach den Accessions-Verträgen mit den später der Conföderation beigetretenen Fürsten der Rang der letzteren der Entscheidung der Bundesversammlung überlassen bleiben soll. — Der französische Almanach vom Jahre 1808 nennt, unter der Rubrik: Confédération du Rhin, die Mitglieder in der Ordnung nach der Zeit ihrer Aufnahme in den Bund.

d) Der Fürst von Liechtenstein, welcher ohne sein Wissen und Verlangen in den Rheinbund aufgenommen war, blieb in k. k. österreichischen Diensten, und trat deshalb sein deutsches souveraines Fürstenthum an seinen dritten unmündigen Prinzen ab.

Die Sequestration des Herzogthums Sachsen-Coburg-Saalfeld, vom 27. Jan. bis 15. Jul. 1807, gründete sich ebenfalls auf diesen Artikel. S: Oertel a. a. O. S. 654.

Vergl. auch: Décret de l'Empereur des Français portant apposition du séquestre sur les biens de Princes et Comtes de l'Empire sous la Confédération du Rhin, qui sont au service de l'Autriche, en date de Ratisbonne le 24. avril 1809.

S. ferner: *F.* M. Oertel a. a. O. S. 651.

e) Zur Erläuterung dieses Artikels dient nachfolgendes Schreiben:

Lettre de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin à S. A. E. le Prince-Primat.

Mon frère! Les formes de Nos communications en Notre qualité de Protecteur, avec les Souverains réunis en congrès à Francfort, n'étant pas encore déterminées, Nous avons pensé qu'il n'en étoit aucune qui fût plus convenable que d'adresser la présente à V. A. E., afin qu'elle en fasse part aux deux collèges. En effet, quel organe pouvions Nous plus naturellement choisir, que celui d'un Prince dont la sagesse duquel a été confié le soin de préparer le premier statut fondamental? Nous aurions attendu que ce statut eût été arrêté par le Congrès et Nous eût été donné en communication, s'il ne devait pas contenir des dispositions qui Nous regardent personellement. Cela seul a dû Nous porter à prendre Nous-mêmes l'initiative pour soumettre Nos sentimens et Nos réflexions à la sagesse des Princes considérés.

Lorsque Nous avons accepté le titre de Protecteur de la Confédération du Rhin, Nous n'avons eu en vue que d'établir en droit ce qui existoit de fait depuis plusieurs siècles. En l'acceptant, Nous avons contracté la double obligation de garantir le territoire de la Confédé-

ration contre les troupes étrangères et le territoire de chaque con déré contre les entreprises des autres. Ces obligations toutes conse vatrices plaisent à Notre coeur; elles sont conformes à ces sentimen de bienveillance et d'amitié dont Nous n'avons cessé, dans toutes l circonstances, de donner des preuves aux membres de la Confédéra tion. Mais là se bornent Nos devoirs envers elle. Nous entendons rien Nous arroger la portion de souveraineté qu'exercoit l'Empere d'Allemagne comme Suzerain. Le gouvernement des peuples que Providence Nous a confié, occupant tous Nos momens, Nous ne sa rions voir croitre Nos obligations sans en être allarmé. Comme Ne ne voulons pas qu'en puisse Nous attribuer le bien que les souverai font dans leurs états, Nous ne voulons pas non plus qu'on Nous impu les maux que la vicissitude des choses humaines peut y introduir Les affaires intérieures de chaque état ne Nous régardent pas. Le princes de la confédération du Rhin sont des Souverains qui n'on point de Suzerain. Nous les avons reconnus comme tels. Les discus sions qu'ils pourroient avoir avec leurs sujets ne peuvent donc êtr portées à un tribunal étranger. La diète est le tribunal politique con servateur de la paix entre les différens souverains qui composent l confédération. Ayant reconnu tous les autres princes qui formaien le corps germanique comme souverains indépendans, Nous ne pouvon reconnoître qui que ce soit comme leur Suzerain. Ce ne sont point des rapports de suzeraineté qui Nous lient à la Confédération du Rhin mais des rapports de simple protection. Plus puissant que les princes confédérés, Nous voulons user de la supériorité de Notre puissance non pour restreindre leurs droits de souveraineté, mais pour leur en garantir la plénitude.

Sur ce, Nous prions Dieu, mon frère, qu'il Vous ait en sa sain et digne garde.

Donné en Notre palais impérial de Saint-Cloud, le 11. Sep tembre 1806.

Signé: Napoléon.

Certifié conforme:

Le ministre des relations extérieures,

Signé: Ch. Maur. Talleyrand,
Prince de Bénévent.

Sowohl dies Schreiben als der folgende Artikel XII. beweisen d Wichtigkeit der Stellung des Fürsten-Primas, welcher zugleich

Organ der Mittheilungen zwischen der Conföderation und deren Protector bestimmt ist. Vergl. auch:

Note circulaire à Leurs Majestés, Altesses Impériales et Royales, Ducs et Princes Sérénissimes, associés à la Confédération Rhenane, de la part du Prince-Primat de cette confédération, sur l'inviolabilité du Territoire de la Confédération en date d'Aschaffenbourg le 13. Septembre 1806.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 343.

Von dem durch Art. XII. dem Protector eingeräumten Ernennungsrechte machte derselbe im Jahre 1810 Gebrauch; indem er durch Decret vom 1. März die Besitzungen des Fürsten-Primas zum Grossherzogthum Frankfurt erhob, die Wahl des Cardinals Fesch zum Coadjutor und Nachfolger für nicht geschehen und seinen Adoptivsohn, Eugen, Vicekönig von Italien, zum Nachfolger und künftigen erblichen Grossherzog von Frankfurt erklärte.

ſ) In Betreff der Artikel XIII—XXIII, welche die gegenseitigen Cessionen enthalten, vergl. im Allgemeinen:

Conditions sous lesquelles les possessions assignées par le traité de Paris sont remises aux états confédérés du Rhin par les commissaires de Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin;

u. a. bei Winkopp a. a. O. S. 114. u. f.

Der König von Württemberg erklärte sich durch die Verwahrungs-Urkunde vom 24. Juli 1806 gegen die im Artikel XIV. stipulirte Cession der Stadt Tuttlingen, mit allen auf der rechten Seite der Donau gelegenen Pertinentien des Amtes gleiches Namens, — da er zufolge der bei seinem Regierungsantritte eingegangenen Verpflichtungen in die theilweise Veräusserung seiner Erblande nicht willigen könne. Derselbe erklärte sich zugleich bereit, den Grossherzog von Baden anderweitig zu entschädigen. Die Folge der deshalb gepflogenen Unterhandlungen war der

zu Carlsruhe am 17. October 1806 unterzeichnete Tausch- und Epurations-Vertrag zwischen dem Könige von Württemberg und dem Grossherzoge von Baden.

(Derselbe findet sich u. a. in: de Martens recueil etc. Suppl. Tom. IV. p. 358.)

Dieser Vertrag bestimmte namentlich, dass die Stadt Tuttlingen etc. dem Könige von Württemberg verbleiben solle, von diesem

dagegen an das Grossherzogthum Baden der durch den Pressbu
Frieden ihm zugefallenen Theil des Breisgau, ferner der Theil
dem Stadtbann und Stadtgebiet der Stadt Villingen, welcher links
Brigach liegt, etc. abgetreten werde.

Vergl. ferner:

die Uebereinkunft zwischen dem Grossherzoge von H
sen und dem souverainen Fürsten zu Isenburg, versch
dene ritterschaftliche und andere unmittelb
Besitzungen betreffend, geschlossen zu Frankfurt a.
den 24. Septemher 1806.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. IV. p. 351.

Uebereinkunft und Vertrag zwischen der Grossherzog
Badischen und der Grossherzoglich Hessischen
gierung, verschiedene streitige Länderpunkte
treffend, geschlossen zu Darmstadt am 6. October 180

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. IV. p. 356.

Substance de la convention pour arranger quelques
ferends territoriaux entre S. A. le Prince Prim
S. A. R. le Grand-Duc de Hesse signée le 26. Sept
1806.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. IV. p. 355.

Klüber, Staatsrecht des Rheinbundes S. 124. u. f.

g) Bei diesem Artikel vergl. man besonders:

den oben erwähnten Vertrag zwischen dem Grossher
von Hessen und dem Fürsten von Isenburg, vom 24.
tember 1806, und:

Substance d'un traité entre le Grand-Duc de Hesse
Prince de Nassau-Weilbourg concernant diverses po
sions équestres, signé le 30. Août 1806.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. IV. p. 349.

Winkopp a. a. O. S. 205. u. f.

h) Die im Artikel 27. nur allgemein bestimmten Befug
welche die mediatisirten Fürsten und Grafen behalten sollten,
mehrere Souveraine zu besonderen Declarationen darüber ve
lasst, wie in ihren Staaten die Standesherrn (d. h. die ehe
gen Reichsstände) und die Grundherrn (d. h. die vormalige Re
ritterschaft) hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten betrachtet we
sollen. Ausserdem hat der verschiedene Sinn der Ausdrücke de
wähnten Artikels zu mannichfachen Abhandlungen von Gelel
Veranlassung gegeben, vergl. besonders:

Zachariae, jus publicum civitatum, quae foederi Rhenano adscriptae sunt.

Winkopp, der Rheinische Bund etc.

Winkopp, die Rheinische Konföderations-Akte etc. S. 208. u. f.

f) Vergl: Winkopp, die Rheinische Konföderations-Akte etc. S. 213. u. f.

Klüber, Abhandlungen und Beobachtungen für Geschichtskunde, Staats- und Rechtswissenschaften (Frankfurt a. M. 1830) Bd. I. S. 1. u. f. („Fortwährender Rechtsbestand teutscher Staatsverhältnisse aus dem Zeitraum des rheinischen Bundes, insbesondere wahrer Sinn, Umfang und fortdauernde Wirksamkeit des 34. Artikels der Rheinischen Bundes-Acte, d. h. des von allen rheinischen Bundesfürsten gegenseitig geleisteten Verzichts auf Staatsgerechtsame und auf Ansprüche auf Staatsberechtigungen, in Ansehung ihrer bundesverwandten Staatsbesitzungen.“)

k) Die Souveraine der Rheinischen Conföderation stellten nachstehende Contingente.

1. Königreich Bayern		30,000	Mann
2. Königreich Württemberg		12,000	-
3. Grossherzogthum Baden		8,000	-
4. Grossherzogthum Berg		5,000	-
5. Grossherzogthum Hessen		4,000	-
6. Herzogthum Nassau und die übrigen im Pariser Vertrage Verbündeten und zwar nach Uebereinkunft (zu Frankfurt):			
a) Fürst Primas	968		
b) das Nassauische Haus	1,680		
c) der Herzog von Ahremberg	379		
d) das Haus Salm	323		
e) der Fürst von Isenburg	291		
f) der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	193		
g) der Fürst von Hohenzollern-Hechingen	97		
h) der Fürst von Liechtenstein	40		
i) der Fürst von der Leyen	29		
Zusammen		4,600	Mann

Diese Contingente wurden vermöge Art. XXVIII. der Conföderations-Acte gestellt, wobei aber nicht bestimmt war, wie viel Cavallerie oder Infanterie.

7. Grossherzogthum Würzburg, vermöge Art. VI. des Vertrages vom 25. September 1806, ebenfalls unbestimmt in Ansehung der Gattung des Militairs ..... 2,000 M

8. Königreich Sachsen, vermöge Art. VIII. des Posener Vertrages vom 11. December 1806, und zwar von allen Arten von Waffen ..... 20,000 M

9. Die Sächsischen Herzogthümer, vermöge Art. V. des Posener Vertrages vom 15. December 1806, an Infanterie und zwar:

a) Weimar	800	
b) Gotha	1,100	
c) Meiningen	300	
d) Hildburghausen	200	
e) Koburg	400	
Zusammen		2,800 M

Vermöge Art. V. des Warschauer Vertrages vom 18. April 1807:

an Infanterie

10. Die Herzogthümer Anhalt und zwar:

a) Dessau	350	
b) Bernburg	240	
c) Cöthen	210	
Zusammen		800 M

11. Die Fürstenthümer Lippe und zwar:

a) Lippe-Detmold	500	
b) Lippe-Schaumburg	150	
Zusammen		650 M

12. Die Fürstenthümer Reuss zusammen nach der Population ..... 450 M

13. Die Fürstenthümer Schwarzburg zur Hälfte auf jede Linie ..... 650 M

14. Der Fürst von Waldeck ..... 400 M

Vermöge Tit. 2. Art. 5. der Constitution:

15. Das Königreich Westphalen:

Infanterie	20,000	
Cavallerie	3,500	
Artillerie	1,500	
Zusammen		25,000 Mann
16. Der Herzog von Holstein-Oldenburg, Infanterie		800 Mann
17. Der Herzog von Meklenburg-Strelitz, Infanterie		400 Mann
18. Der Herzog von Meklenburg-Schwerin, Infanterie		1,900 Mann
Ganze Summe der Contingente		118,850 Mann
Hierzu Frankreich vermöge Art. XXXVIII. der Conföderations-Acte		200,000 Mann
Zusammen		318,850 Mann

Vergl: Winkopp, die Rheinische Konföderations-Akte etc. S. 225. 161. u. f. wo die Contingente von Oldenburg, Meklenburg-Strelitz und Schwerin nicht angegeben sind.

Der Protector allein bestimmte, da eine Bundes-Versammlung nicht vorhanden war, in den Kriegen gegen Preussen 1806, gegen Oestreich 1809 und gegen Russland 1812, nicht nur die jedesmalige Bewaffnung, sondern auch die Anzahl der Truppen, welche in's Feld rücken sollten.

l) Die Accessionen anderer Souveraine geschahen durch besondere Verträge derselben mit dem Protector des Bundes, und wurden erst nach dem Abschlusse den Conföderirten mitgetheilt; es sind dieselben folgende:

1. Traité entre l'Empereur des Français et l'Archi-Duc Prince de Wurzbourg, touchant l'accession de celuici à la Confédération du Rhin, signé à Paris le 15. Septembre 1806. de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 345.

Vergl. auch: Beitrag zur Erläuterung des XII. Artikels des Pressburger Friedensschlusses insoweit derselbe den deutschen Ritterorden betrifft. Mit Urkunden. Deutschland 1807. 8.

2. Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. A. S. l'Electeur de Saxe, signé à Posen le 11. Décembre 1806.

Der zweite Artikel dieses Friedens bestimmt den Beitritt

venus attachés à la grande maitrise, et mentionnés dans l'article du traité de Presbourg, sont réunis à la Couronne de Wurtemberg

Signé: Napoléon.

Par l'Empereur:

Le Ministre-secrétaire d'état,

Signé: H. B. Maret.

n) Vergl: Winkopp, die Rheinische Konföderations- u. s. w. S. 225.

o) Vergl: Ordonnance du Roi de Wurtemberg, co nant les titres du Souverain et de Sa famille, en date du 23. 1806.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 339.

p) Vergl: Edit de S. A. S. le Grand-Duc de Bade, co nant les nouveaux titres adoptés à la suite du traité de confédé du 12. juillet 1806.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 336.

q) Vergl: Lettre patente dans les pays de Nass sujet de la dignité Ducale et les possessions acquises par le tr 12. juillet 1806.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 333.

Von den hierher gehörigen Schriften sind besonders z wähnen:

P. Oesterreicher, Archiv des rheinischen Bundes. Ba 1806—1808. Heft I—XII. 4.

Aktenstücke und Verfassung des Rheinbundes. zig, 1806. 8.

C. S. Zachariae, jus publicum civitatum quae foederi Rh adscriptae sunt. Heidelb. 1807. 8.

J. Zintel, Entwurf eines Staatsrechts für den Rheinischen München, 1807. 8.

J. N. F. Brauer, Beiträge zu einem allgemeinen Staatsrech rheinischen Bundesstaaten, in 50 Sätzen. Carlsruhe, 180

J. L. Klüber, Staatsrecht des Rheinbundes. Tübingen, 180

Die rheinische Bundesakte, der Pressburger Friede Beitritt des Königs von Sachsen und der übrigen sächsi Herzoge zum rheinischen Bunde, nebst einigen andern hi gehörigen Urkunden. Französisch u. deutsch. Coburg, 180

P. A. Winkopp, der Rheinische Bund, eine Zeitschrift historisch-politisch-statistisch-geographischen Inhalts, 66 Hefte und 4 Supplementhefte. Frankf. a. M. 1806. etc. 8. (Insbesondere: Heft IV, No. 1, 5, Heft V, No. 22, Heft X, No. 3: „über die Auslegung der rheinischen Bundesakte;" Heft II, No. 23: „über die Verhältnisse des Protektors des rheinischen Bundesstaates zum rheinischen Bunde"; Heft VII, No. 11, Heft XI, No. 23, Heft XIV, No. 21: „über das Recht des Protektors, die zwischen den Souverains und den Mediatisirten über den Sinn und Umfang der bundesaktsmässigen Rechte der letzteren entstandenen Streitigkeiten zu entscheiden"; Heft XX, No. 14: „v. Kamptz Literatur des Rheinbundes."

P. A. Winkopp, die Rheinische Konföderations-Akte, oder der am 12. Julius 1806 zu Paris abgeschlossene Vertrag. Französisch und deutsch mit diplomatischer Genauigkeit abgedruckt, nebst allen diesen Vertrag erläuternden und das Staatsrecht des rheinischen Bundes in seiner Gesammtheit bestimmenden Urkunden und Aktenstücken, auch allen noch geltenden Gesetzen. Mit Anmerkungen. Frankfurt a. M. 1808. 8.

Günth. Heinr. v. Berg, Abhandlungen zur Erläuterung der Rheinischen Bundes-Akte. 2 Th. Hannover, 1808. 8.

K. H. L. Pölitz, der Rheinbund historisch und statistisch dargestellt. Leipzig, 1811. 8.

March. Lucchesini, historische Entwickelung der Ursachen und Wirkungen des Rheinbundes. Aus dem Italienischen von B. J. F. v. Halem. 2 Th. Leipzig, 1821. 8.

XI.

Urkunden, welche sich auf die Auflösung der Deutschen Reichs-Verfassung*) beziehen.

A. Note remise à la Diète de Ratisbonne par M. Bacher, Chargé d'affaires de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, le 1. Août 1806.

Le soussigné Chargé d'affaires de Sa Majesté l'Empereur des Français et Roi d'Italie près la Diète générale de l'Empire Germanique a reçu de S. M. l'ordre de faire à la Diète les déclarations suivantes.

Leurs Majestés le Roi de Bavière et de Wurtemberg, les Princes Souverains de Ratisbonne, de Bade, de Berg, de Hesse-Darmstadt, de Nassau et les autres principaux Princes de midi et de l'ouest de l'Allemagne, ont pris la résolution de former entr'Eux une Confédération, qui les mette à l'abri de toutes les incertitudes de l'avenir, et ils ont cessé d'être Etats de l'Empire.

La situation dans laquelle le traité de Presbourg a placé directement les Cours alliées de la France, et indirectement les Princes, qu'elles entourent et qui les avoisinent, étant incompatible avec la condition d'un état d'Empire, c'était pour elles pour ces Princes une nécessité d'ordonner sur un nouveau plan le système de leurs rapports, et d'en faire disparoître une contradiction, qui aurait été une source permanente d'agitation, d'inquiétude et de danger.

De son côté la France, si essentiellement interessée au maintien de la paix dans le midi de l'Allemagne et qui ne pouvoit

pas douter que, du moment, où elle aurait fait repasser le Rhin à ses troupes, la discorde, conséquence inévitable de relations contradictoires ou incertaines, mal définies ou mal connues, aurait compromis de nouveau le repos des peuples, et rallumé peut-être la guerre sur le continent, obligée d'ailleurs de concourir au bien-être de ses alliés et de les faire jouir de tous les avantages, que le traité de Presbourg leur assure, et qu'elle leur a garanti, la France n'a pu voir dans la Confédération qu'ils ont formé, qu'une suite naturelle et le complétement nécessaire de ce traité.

Depuis long-tems, des altérations successives, qui, de siècle en siècle, n'ont été qu'en augmentant, avaient réduit la constitution germanique à n'être plus qu'une ombre d'elle même. Le tems avait changé tous les rapports de grandeur et de force qui existaient primitivement entre les divers membres de la Confédération, entre chacun d'eux et le tout dont ils faisaient partie.

La Diète avait cessé d'avoir une volonté qui lui fut propre. Les sentences des tribunaux suprêmes [b]) ne pouvaient être mises à exécution. Tout attestait un affaiblissement [c]) si grand, que le lien fédératif n'offrait plus de garantie à personne, et n'était entre les puissances qu'un moyen de dissension et de discorde. Les événemens de trois coalitions ont porté cet affaiblissement à son dernier terme. Un Electorat a été supprimé par la réunion du Hanovre à la Prusse; un Roi du Nord a incorporé à ses autres états une des provinces de l'Empire; le traité de Presbourg a attribué à LL. MM. les Rois de Bavière et de Wurtemberg, et à S. A. S. l'Electeur de Bade la plénitude de la souveraineté, prérogative, que les autres Electeurs reclameraient sans doute, et seraient fondés à reclamer, mais qui ne peut s'accorder, ni avec la lettre, ni avec l'esprit de la constitution de l'Empire.

S. M. l'Empereur et Roi est donc obligé de déclarer qu'il ne reconnait plus l'existence de la constitution germanique, en reconnoissant néanmoins la souveraineté entière et absolue de chacun des Princes dont les états composent aujourd'hui l'Allemagne, et en conservant avec eux les mêmes relations qu'avec les autres Puissances indépendantes de l'Europe.

S. M. l'Empereur et Roi a accepté le titre de Protecteur de la Confédération du Rhin. Il ne l'a fait que dans des

vues de paix et pour que Sa médiation constamment inter
entre les plus faibles et les plus forts, prévienne toute espè
dissension et de troubles.

Ayant ainsi satisfait aux plus chers intérêts de son peu
de ses voisins, ayant pourvu, autant qu'il était en Lui, à la
quillité future de l'Europe et en particulier à la tranquilli
l'Allemagne, qui a été constamment le théâtre de la guerr
faisant cesser la contradiction qui plaçait les peuples et les Pr
sous la protection apparente d'un système réellement contr
leurs intérêts politiques et à leurs traités, S. M. l'Empere
Roi espère, qu'enfin les nations de l'Europe fermeront l'o
aux insinuations de ceux qui voudraient entretenir sur le
tinent une guerre éternelle; que les armées françaises qu
passé le Rhin, l'auront passé pour la dernière fois, et qu
peuples d'Allemagne ne verront plus que dans l'histoire du
l'horrible tableau des désordres de tout genre, des dévast
et des massacres que la guerre entraine toujours avec elle.

S. M. a déclaré, qu' Elle ne porterait jamais les limi
la France au-delà du Rhin. Elle a été fidèle à Sa pro
Maintenant Son unique désir est, de pouvoir employ
moyens, que la Providence Lui a confiés, pour affranch
mers, rendre au commerce sa liberté, et assurer ainsi le
et le bonheur du monde.

Ratisbonne, le 1. Août 1806 d).

Bacher.

a) Das Deutsche Reich war eine, aus untergeordnete
ten zusammengesetzte, beschränkte Wahlmonarchie. Die Re
regierung wurde ausgeübt durch den Kaiser und die Re
stände (bestehend aus dem churfürstlichen, fürstlichen und
städtischen Collegium), wobei jedoch ersterem gewisse Reser
rechte zustanden. Jene drei Collegien bildeten, nebst dem
den Reichstag (Reichsversammlung, Kaiser und Reich).

Die unabhängige Staatsgewalt (Reichshoheit, R
staatsgewalt) wurde von dem Kaiser und den Reichsständen au
und zwar über das Reich (den Reichsstaat) im Ganzen. Die u
geordnete Staatsgewalt (Territorial-Staatsgewalt, Lande
heit) stand den Regenten der besonderen Staaten, welche i

rade Theile des Deutschen Reiches bildeten, zu, und war auf deren Gränzen beschränkt; wurde aber nach eigenem Rechte ausgeübt, obgleich alle Particularstaaten, der Reichshoheit subordinirt, sich zu einem Ganzen, dem Reichsstaate, vereinigten.

Deshalb nannte man reichsunmittelbare Staatsbürger diejenigen, welche nur der Reichshoheit, mittelbare diejenigen, welche zunächst einer Landeshoheit unterworfen waren. Beide waren also der Reichshoheit unterworfen.

Vergl: die goldene Bulle Kaiser Carls IV. vom Jahre 1356.
die Wahlcapitulation Kaiser Franz II. vom Jahre 1792.
den Westphälischen Frieden vom 14. Oktober 1648.
Pütter's historische Entwickelung der heutigen Staatsverfassung des teutschen Reiches. 3 Thle. Göttingen, 1786. (2. Auflage 1788, 3. Auflage 1798.)
Posselt's europäische Annalen (1806.) Bd. IX. S. 239. 243.

b) Es bestanden zur Handhabung der Reichsjustiz zwei höchste Reichsgerichte, das Reichskammergericht und der Reichshofrath.

c) Als Stütze der Deutschen Reichsverfassung sollte noch in der neuesten Zeit der am 23. Juli 1785 gestiftete Fürstenbund dienen.

Vergl:
(J. Müller) Darstellung des Fürstenbundes. 2. Auflage 1788.
de Martens recueil etc. Tom. II. p. 553. (2. Ausgabe: Tom. IV. p. 18.)

d) Die officielle Mittheilung an den Reichstag zu Regensburg über den Bund und die Trennung seiner Glieder vom Reichsverbande geschah nach der Bestimmung des Art. III. der Rheinbunds-Acte an diesem Tage sowohl durch die obige besondere Note, welche Napoleon durch seinen Geschäftsträger mittheilen liess, als auch durch die unten folgende Lossagungsurkunde der nunmehrigen souveränen Rheinbundsfürsten. Durch letztere war indessen das Deutsche Reich noch nicht aufgelöset, obgleich auch Napoleon in der gedachten Note erklären liess, dass er das Vorhandenseyn der Deutschen Reichsverfassung nicht mehr anerkenne. Es geschah diese Auflösung erst durch die unten folgende Entsagungs-Acte Kaiser Franz II.

B. Lossagungs-Urkunde der Reichsstände, welche die Rheinische Conföderations-Acte unterzeichnet haben, d. d. Regensburg, den 1. August 1806. *)

Dictatum Ratisbonae die 1. Augusti 1806 per Archicancellariensem.

Hochwürdigste, Hoch- und Hochwohl- auch Wohlgeborene, Insonders Hoch- und vielgeehrteste Herren!

Die zur allgemeinen Deutschen Reichsversammlung bevollmächtigten unterzeichneten Botschafter und Gesandte haben den Befehl erhalten, Namens Ihrer Höchst- und Hohen Committenten Euren Excellenzien, Hochwürden, Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeborenen nachstehende Erklärung mitzutheilen:

Die Begebenheiten der drei letzten Kriege, welche Deutschland beinahe ohnunterbrochen beunruhigt haben, und die politischen Veränderungen, welche daraus entsprungen sind, haben die traurige Wahrheit in das hellste Licht gesetzt, dass das Band, welches bisher die verschiedenen Glieder der Deutschen Staatskörper miteinander vereinigen sollte, für diesen Zweck nicht mehr hinreiche, oder vielmehr, dass es in der That schon aufgelöset sey; das Gefühl dieser Wahrheit ist schon lange Zeit in dem Herzen jedes Deutschen, und so drückend auch die Erfahrung der letzten Jahre war, so hat sie doch im Grunde nur die Hinfälligkeit einer in ihrem Ursprunge ehrwürdigen, aber durch den allen menschlichen Anordnungen anklebenden Unbestand fehlerhaft gewordenen Verfassung bestätiget. Nur diesen Umstande muss man ohne Zweifel die im Jahre 1795 im Reiche selbst sich hervorgethane Trennung zuschreiben, die eine Abänderung des nördlichen und südlichen Deutschlands zur Folge hatte. Von diesem Augenblicke an mussten nothwendig alle Begriffe von gemeinschaftlichem Vaterlande und Interesse verschwinden; die Ausdrücke: Reichskrieg und Reichsfrieden wurden Worte ohne Schall; vergeblich suchte man Deutschland mitten im Deutschen Reichskörper. Die Frankreich zunächst gelegenen, von allem Schutz entblössten und allen Drangsalen eines

Krieges, dessen Beendigung in den verfassungsmässigen Mitteln zu suchen nicht in ihrer Gewalt stand, ausgesetzten Fürsten sahen sich gezwungen, sich durch Separatfrieden von dem allgemeinen Verbande in der That zu trennen. Der Friede von Lüneville, und mehr noch der Reichsschluss von 1803, hätten allerdings hinlänglich scheinen sollen, um der Deutschen Reichsverfassung neues Leben zu geben, indem sie die schwachen Theile des Systems hinwegräumten und die Hauptgrundpfeiler desselben befestigten. Allein die in den letztverflossenen zehn Monaten unter den Augen des ganzen Reiches sich zugetragenen Ereignisse haben auch diese letzte Hoffnung vernichtet, und die gänzliche Unzulänglichkeit der bisherigen Verfassung aufs neue ausser allem Zweifel gesetzt. Bei dem Drange dieser wichtigen Betrachtungen haben die Souverains und Fürsten des mittäglichen und westlichen Deutschlands sich bewogen gefunden, einen neuen und den Zeitumständen angemessenen Bund zu schliessen.

Indem sie sich durch gegenwärtige Erklärung von ihrer bisherigen Verbindung mit dem Deutschen Reichskörper lossagen, heiligen sie blos das durch frühere Vorgänge und selbst durch Erklärungen der mächtigern Reichsstände aufgestellte System. Sie hätten zwar den leeren Schein einer erloschenen Verfassung beibehalten können, allein sie haben im Gegentheil ihrer Würde und der Reinheit ihrer Zwecke angemessener geglaubt, eine offene und freie Erklärung ihres Entschlusses und der Beweggründe, durch welche sie geleitet worden sind, abzugeben. Vergeblich aber würden sie sich geschmeichelt haben, den gewünschten Endzweck zu erreichen, wenn sie sich nicht zugleich eines mächtigen Schutzes versichert hätten, wozu sich nunmehr der nämliche Monarch, dessen Absichten sich stets mit dem wahren Interesse Deutschlands übereinstimmend gezeigt haben, verbindet. Eine so mächtige Garantie ist in doppelter Hinsicht beruhigend. Sie gewährt die Versicherung, dass Sr. Majestät der Kaiser von Frankreich, Allerhöchstdero Ruhms halber eben so sehr, als wegen des eigenen Interesse des französischen Kaiserstaates, die Aufrechthaltung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland und die Befestigung der innern und äussern Ruhe sich angelegen seyn lassen werden. Dass diese kostbare Ruhe

der Hauptzweck des Rheinischen Bundes ist, davon finden die bisherigen Reichsmitstände der Souverains, in deren Namen die gegenwärtige Erklärung geschieht, den deutlichen Beweis darin, dass jedem unter ihnen, dessen Lage ihm eine Theilnahme daran erwünschlich machen kann, der Beitritt zu demselben offen gelassen ist [b]).

Indem wir uns nun dieses höchsten und hohen Auftrags hierdurch schuldigst entledigen, so haben wir zugleich die Ehre, die Versicherung der hochachtungsvollsten Ergebenheit hinzuzufügen, womit wir sind

Eurer Excellenzien, Hochwürden, Hoch-, Hochwohl- und Wohlgebornen

Regensburg,
den 1. August 1806. gehorsamstergebenste

Freiherr von Rechberg, Ihrer königlichen Majestät von Bayern Geheimer Rath und bisheriger Komitial-Gesandter.

Freiherr von Seckendorf, Ihrer königlichen Majestät von Würtemberg Staatsminister und bisheriger Komitial-Gesandter.

Kurfürstlich-Reichs-Erzkanzlerischer Staatsminister und Directorial-Gesandter, Freiherr von Albini.

Der kurfürstlich Badensche Gesandte Albrecht Freiherr von Seckendorf.

Landgräflich Hessischer Gesandter Freiherr von Türkheim.

Edmund Freiherr von Schmitz-Grollenburg, Sr. hochfürstlichen Durchlaucht zu Hohenzollern-Hechingen und des hochfürstlichen Gesammthauses Hohenzollern Gesandter.

Weihbischof und Domdechant von Wolf, als Salm-Kyrburgischer Komitial-Gesandter.

Von Mollenbeck, von wegen Sr. hochfürstlichen Durchlaucht zu Isenburg.

a) Dem zu Regensburg in folio erschienenen Abdrucke dieser Erklärung ist nachstehende Note hinzugefügt:

„Zu den bestimmt beitretenden, noch nicht unterzeichneten, Fürsten gehören noch: Nassau, welches hier keinen Vertreter hat, Aremberg, Liechtenstein und von der Leyen, welche ihre Erklärungen mit den etwa noch Beitretenden nachtragen werden. Berg hat, da es eigentlich in das Reich nicht aufgenommen war, blos eine beifällige Stimme, ohne sich vom Reich erst lossagen zu müssen. — Die Verfassungsurkunde ist bis jetzt bloss den theilnehmenden Höfen unmittelbar bekannt geworden und wird, da Frankreich den Reichstag als aufgelöset betrachtet, diesem nicht mehr vorgelegt werden, deshalb ist auch über die zu mediatisirenden Reichsbestandtheile noch kein bestimmtes öffentliches Resultat möglich."

Im Moniteur vom 13. August 1806 findet sich eine französische Uebersetzung jener Lossagungs-Akte.

b) Diese Lossagung verringerte den Flächeninhalt des Deutschen Reiches, von fast 10,000 Quadratmeilen mit ungefähr 30,000,000 Einwohnern, so bedeutend, dass derselbe demnächst nur gegen 7000 Quadratmeilen, mit ungefähr 21,000,000 Einwohnern betrug. Es gehörten dann nur noch: die österreichisch- und die preussisch-deutschen Länder, die Curfürstenthümer Sachsen, Hannover (von Napoleon an Preussen abgetreten), Würzburg und Hessen-Cassel, die Herzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Holstein, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha-Altenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Hildburghausen und Sachsen-Coburg-Saalfeld, die Fürstenthümer Anhalt-Dessau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Köthen, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuss-Greiz, Reuss-Schleiz, Reuss-Lobenstein-Ebersdorf, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Waldek und Fulda, und die freien Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen.

Von den beiden Hauptmächten war Preussen für eine neue Constituirung dieser Länder, Oesterreich für die Aufhebung des Reichsverbandes. Letztere fand, wie erwähnt, dadurch Statt, dass Franz II. die römisch-deutsche Kaiserkrone niederlegte.

Vergl. auch: Schoell histoire etc. Tom. VIII, p. 156.

C. Entsagungs-Acte des Kaisers Franz II., wodurch derselbe die Deutsche Kaiserkrone und Kaiserliche Regierung niederlegt, und die Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die Reichsdienerschaft, von ihren Pflichten entbindet, d. d. Wien, den 6. August 1806.

Wir Franz der Zweite, von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kaiser, zu allen Zeiten Mehrer des Reichs, Erbkaiser von Oestreich u. s. w., König in Germanien, zu Hungarn, Böheim, Croatien, Dalmatien, Slavonien, Galicien, Lodomerien und Jerusalem, Erzherzog zu Oestreich u. s. w.

Nach dem Abschlusse des Pressburger Friedens war Unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorgfalt dahin gerichtet, allen Verpflichtungen, die Wir dadurch eingegangen hatten, mit gewohnter Treue und Gewissenhaftigkeit das vollkommenste Genüge zu leisten, und die Segnungen des Friedens Unsern Völkern zu erhalten, die glücklich wieder hergestellten friedlichen Verhältnisse allenthalben zu befestigen, und zu erwarten, ob die durch diesen Frieden herbeigeführten wesentlichen Veränderungen im Deutschen Reiche, es Uns ferner möglich machen würden, den nach der kaiserlichen Wahlkapitulation Uns als Reichs-Oberhaupt obliegenden schweren Pflichten genug zu thun. Die Folgerungen, welche mehreren Artikeln des Pressburger Friedens gleich nach dessen Bekanntwerdung und bis jetzt gegeben worden, und die allgemein bekannten Ereignisse, welche darauf im Deutschen Reiche Statt hatten, haben Uns aber die Ueberzeugung gewährt, dass es unter den eingetretenen Umständen unmöglich seyn werde, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen ferner zu erfüllen, und wenn noch der Fall übrig blieb, dass sich nach fördersamer Beseitigung eingetretener politischer Verwicklungen ein veränderter Stand ergeben dürfte, so hat gleichwohl die am 12. Julius zu Paris unterzeichnete, und seitdem von den betreffenden Theilen genehmigte Uebereinkunft mehrerer

vereinigten Stände zu ihrer gänzlichen Trennung von dem Reiche und ihrer Vereinigung zu einer besondern Conföderation, die gehegte Erwartung vollends vernichtet.

Bei der hierdurch vollendeten Ueberzeugung von der gänzlichen Unmöglichkeit, die Pflichten Unseres kaiserlichen Amtes länger zu erfüllen, sind wir es Unsern Grundsätzen und Unserer Würde schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Werth in Unsern Augen haben konnte, als Wir dem von Kurfürsten, Fürsten und Ständen und übrigen Angehörigen des Deutschen Reichs Uns bezeigten Zutrauen zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten ein Genüge zu leisten im Stande waren.

Wir erklären demnach durch Gegenwärtiges, dass Wir das Band, welches Uns bis jetzt an den Staatskörper des Deutschen Reichs gebunden hat, als gelöset ansehen, dass Wir das reichsoberhauptliche Amt und Würde durch die Vereinigung der conföderirten rheinischen Stände als erloschen und Uns dadurch von allen übernommenen Pflichten gegen das Deutsche Reich losgezählt betrachten und die von wegen desselben bis jetzt getragene Kaiserkrone und geführte kaiserliche Regierung, wie hiermit geschieht, niederlegen.

Wir entbinden zugleich Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörigen, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die übrige Reichsdienerschaft von ihren Pflichten, womit sie an Uns, als das gesetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Constitution gebunden waren. Unsere sämmtlichen Deutschen Provinzen und Reichsländer zählen Wir dagegen wechselseitig von allen Verpflichtungen, die sie bis jetzt unter was immer für einem Titel gegen das Deutsche Reich getragen haben, los, und Wir werden selbige in ihrer Vereinigung mit dem ganzen österreichischen Staatskörper, als Kaiser von Oesterreich *), unter den wiederhergestellten und bestehenden friedlichen Verhältnissen mit allen Mächten und benachbarten Staaten, zu jener Stufe des Glücks und Wohlstandes zu bringen befliesen seyn, welche das Ziel aller Unserer Wünsche, der Zweck Unserer angelegensten Sorgfalt stets seyn wird.

Gegeben in Unserer Haupt- und Residenzstadt Wien den sechsten August im eintausend achthundert und sechsten, Unse-

rer Reiche des Römischen und der Erbländischen im fünfzehnten Jahre [b]).

(L. S.) **Franz.**

Johann Philipp Graf von Stadion.

Ad Mandatum Sacrae Caesareae ac Caes. Regiae apost. Maj. proprium.

Hofrath von Hudelist.

a) Unter dem Namen Franz I. vergl:

Pragmatical-Verordnung vom 6. August 1806, und die neuesten Verordnungen vom Jahre 1836 wegen der Titel und Wappen. (A. Miruss, die Hoheitsrechte in den deutschen Bundesstaaten. (Augsb. 1840.) Abth. I. S. 111. u. f.)

Schon im Jahre 1804 nahm Franz II. den Titel eines Erb-Kaisers von Oestreich an durch folgendes:

Patente de S. M. l'Empereur Romain au sujet de l'adoption du Titre d'Empereur héréditaire d'Autriche, en date du 11. Août 1804.

Nous François II., par la grace de Dieu Empereur élu des Romains, toujours Auguste Roi de Germanie, de Hongrie et de Bohème, de Gallicie, Lodomerie etc., Archiduc d'Autriche, Duc de Bourgogne et de Lorraine, Grand-Duc de Toscane etc. etc.

Quoique Nous soyons déjà parvenus par la Volonté Divine et par le choix des Electeurs de l'Empire Romain et Germanique, à une dignité qui ne Nous laisse désirer aucune augmentation de titres et de consideration, Nous devons cependant, en Notre qualité de Chef de la Maison et de la Monarchie Autrichienne, veiller au maintien et à la conservation de cette égalité de titre et dignité héréditaires avec les premiers Souverains et Puissances de l'Europe, qui convient aux Souverains de l'Autriche, tant à cause de l'ancien lustre de Leur Maison, que sous le rapport de l'étendue et de la population de Leurs Etats, comprenant des royaumes et des principautés indépendantes et considérables, et qui Leur a été assurée par une jouissance conforme au droit des gens et par les traités. Pour affermir d'une manière durable cette parfaite égalité de rang, Nous Nous sommes déterminés et croyons être autorisés, d'après l'exemple qui Nous a été donné dans le siècle

précédent par la Cour Impériale de Russie, et d'après celui qui Nous est donné maintenant par le nouveau Souverain de la France, à déférer également à la Maison d'Autriche, par rapport à Ses états indépendans, le titre d'Empereur héréditaire. En conséquence, Nous avons résolu, après mûre réflexion, de prendre et d'établir solemnellement, pour Nous et pour Nos Successeurs, dans la possession inaltérable de Nos royaumes et états indépendans, le titre et la dignité d'Empereur héréditaire d'Autriche, (comme dénomination de Notre Maison), de manière que tous Nos royaumes, principautés et provinces conserveront invariablement les titres, constitutions, prérogatives et rapports, dont ils ont joui jusqu'à présent. D'après cette décision et déclaration suprême, Nous arrêtons et statuons:

1. Qu'immédiatement après Notre titre d'Empereur élu des Romains sera intercalé celui d'Empereur héréditaire d'Autriche, après lequel suivront Nos autres titres de Roi de Germanie, Hongrie, Bohême etc., puis ceux d'Archiduc d'Autriche, Duc de Styrie etc. etc., et ceux des autres pays héréditaires. Mais comme, depuis Notre avénement au trône, il est survenu successivement dans les possessions de Notre Maison plusieurs changemens, qui ont été confirmés par des traités solemnels, Nous faisons en même temps connoître les titres ci-dessous, nouvellement réglés d'après l'état actuel des choses, et Notre volonté est, qu'ils soient introduits et employés à l'avenir à la place de ceux qui ont été usités jusqu'à présent.

2. Le titre de Prince Impérial et Princesse Impériale sera donné et conféré, avec celui d'Archiduc et d'Archiduchesse, ainsi que d'Altesse Royale, tant à Nos descendans des deux sexes, qu'à ceux de Nos successeurs dans la souveraineté de la Maison d'Autriche.

3. De même que tous Nos royaumes et autres possessions doivent conserver sans restriction leurs dénominations et rapports actuels, cela s'entend particulièrement de Notre royaume de Hongrie et des pays qui y sont réunis, ainsi que de ceux de Nos états héréditaires, qui ont été jusqu'à présent en relation immédiate avec l'Empire Germanique, qui doivent conserver à l'avenir les mêmes rapports avec lui, conformément aux priviléges accordés à Notre Maison par les Empereurs Nos prédécesseurs.

4. Nous Nous réservons de déterminer ultérieurement les solem-

nités, qui devront avoir lieu pour Notre Couronnement et celui de Nos successeurs, comme l'Empereur héréditaire, cependant ce qui a été pratique lors de Notre Couronnement et celui de Nos prédécesseurs, comme Roi de Hongrie et de Bohême, continuera à subsister à l'avenir sous aucun changement.

5. Cette déclaration et ordonnance sera publiée et mise à exécution dans tous Nos royaumes et états héréditaires, sans délai, et dans les formes accoutumés. Nous ne doutons pas, que tous Nos états et sujets ne reçoivent avec reconnoissance et un intérêt patriotique cette disposition, qui a pour objet le maintien de la considération de la Monarchie autrichienne.

Donné à Vienne, le 11. Août 1804.

Vergl. auch:

K. H. L. Pölitz a. a. O. Th. I. S. 270, 271.
Schoell a. a. O. Tom. VIII. p. 161.
F. M. Oertel a. a. O. S. 671—673.

b) Die Entsagungs-Acte des Kaisers Franz II. ist das letzte Staatsgrundgesetz des Deutschen Reiches.

An demselben Tage (6. August 1806) erliess er ein Ausschreiben, wodurch er den bisherigen Reichsständen empfahl für die Mitglieder des zugleich aufgelöseten Reichskammergerichts „ergiebig zu sorgen", während er selbst dem Reichshofrath und andern kaiserlichen, bisher aus dem Kammer-Aerarium besoldeten, Dienern, die bis jetzt bezogene Besoldung auch ferner bezahlen wolle. — Es erfolgten demnächst zusagende Erklärungen der gedachten bisherigen Reichsstände.

Vergl: P. A. Winkopp, der rheinische Bund u. s. w. Bd. I, Heft 1, S. 116 u. f., Heft 3, S. 390 u. f.

Bald darauf (9. September) vereinigte der König von Dänemark sein bisher zu Deutschland gehörendes Herzogthum Holstein nebst Altona mit der Dänischen Monarchie.

XII.

Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, conclu à Tilsit le $\frac{7. \text{ juillet}}{25. \text{ juin}}$ 1807.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, étant animés d'un égal désir de mettre fin aux calamités de la guerre, ont, à cet effet, nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin:

M. Charles Maurice Talleyrand, Prince de Bénévent, Grand-Chambellan et Ministre des rélations extérieures, Grand-Cordon de la légion d'honneur, Chevalier Grand-Croix des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse et de St. Hubert de Bavière;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

M. le Prince Alexandre Kourakin, Son Conseiller privé actuel, Membre du conseil d'état, Sénateur, Chancelier de tous les ordres de l'Empire, Chambellan actuel, Ambassadeur extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. l'Empereur de toutes les Russies près S. M. l'Empereur d'Autriche, et Chevalier des ordres de Russie et de St. André, de St. Alexandre-Newsky, de Ste. Anne et de St. Wolodimir de la première classe, de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, de St. Hubert de

Bavière, de Danebrog et de l'union parfaite de Danemarc, et Bailli Grand-Croix de l'ordre souverain de St. Jean de Jérusalem;

Et M. le Prince Dimitry Labanoff de Rostoff, Lieutenant-Général des armées de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Chevalier des ordres de Ste. Anne de la première classe, de l'ordre militaire de St. Georges et de l'ordre de St. Wolodimir de la troisième classe.

Lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs respectifs, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Il y aura à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié parfaite entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies.

Article II.

Toutes les hostilités cesseront immédiatement, de part et d'autre, sur terre et sur mer, dans tous les points où la nouvelle de la signature du présent traité sera officiellement parvenue. Les hautes Parties contractantes la feront porter, sans délai, par des couriers extraordinaires à Leurs généraux et commandans respectifs.

Article III.

Tous les bâtimens de guerre ou autres appartenant à une des Parties contractantes ou à Leurs sujets respectifs, qui auroient été pris postérieurement à la signature du présent traité, seront restitués, ou, en cas de vente, le prix en sera restitué.

Article IV.

S. M. l'Empereur Napoléon, par égard pour S. M. l'Empereur de toutes les Russies et voulant donner une preuve du désir sincère qu'il a d'unir les deux nations par les liens d'une confiance et d'une amitié inaltérables, consent à restituer à S. M. le Roi de Prusse, allié de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, tous les pays, villes et territoires conquis et dénommés ci-après, savoir:

La partie du duché de Magdebourg située à la droite de l'Elbe;

La marche de Priegnitz, l'Uckermark, la moyenne et la nouvelle marche de Brandebourg, à l'exception du Cotbuser-Kreis ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace, lequel devra appartenir à S. M. le Roi de Saxe;

Le duché de Pomeranie;

La haute, la basse et la nouvelle Silésie, avec le comté de Glatz;

La partie du district de la Netze, située au nord de la chaussée allant de Driesen à Schneidemuhl, et d'une ligne allant de Schneidemuhl à la Vistule par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg, la navigation par la rivière de Netze et le canal de Bromberg, depuis Driesen jusqu'à la Vistule, et réciproquement, devant être libre et franche de tout péage, la Poméréllie, l'île de Nogat, les pays à la droite du Nogat et de la Vistule, à l'ouest de la vieille Prusse et au nord du cercle de Culm, l'Ermeland, et enfin le royaume de Prusse, tel qu'il étoit au 1. janvier 1772, avec les places de Spandau, Stettin, Custrin, Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neisse, Brieg, Cosel et Glatz, et généralement toutes les places, citadelles, châteaux et forts des pays ci-dessus dénommés, dans l'état où lesdites places, citadelles, chateaux et forts se trouvent maintenant, et en outre, la ville et la citadelle de Graudenz.

Article V.

Les provinces qui, au 1. janvier 1772, faisoient partie de l'ancien royaume de Pologne, et qui ont passé depuis, à diverses époques, sous la domination prussienne, seront, à l'exception des pays qui sont nommés ou designés au précédent article, et de ceux qui sont spécifiés en l'article IX ci-après, possédés en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Saxe, sous le titre de duché de Varsovie, et régis par des constitutions qui, en assurant les libertés et les privilèges des peuples de ce duché, se concilient avec la tranquillité des états voisins.

Article VI.

La ville de Dantzig avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera rétablie dans son indépendance, sous la protection de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. le Roi

de Saxe, et gouvernée par les lois qui la regissoient à l'ép
où elle cessa de se gouverner elle-même.

Article VII.

Pour les communications entre le royaume de Saxe
duché de Varsovie le Roi de Saxe aura le libre usage d'une
militaire à travers les possessions de S. M. le Roi de Pru
Ladite route, le nombre des troupes qui pourront y passer
fois et les lieux d'étape seront déterminés par une conv
spéciale, faite entre Leurs dites Majestés, sous la médiat
la France.

Article VIII.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, ni
de Dantzig ne pourront empêcher par aucune prohibitio
entraver par l'établissement d'aucun péage, droit ou im
quelque nature qu'il puisse être, la navigation de la Vistul

Article IX.

Afin d'établir, autant qu'il est possible, des limites nat
entre la Russie et le duché de Varsovie, le territoire circ
par la partie des frontières russes actuelles, qui s'étend de
Bug jusqu'à l'embouchure de la Lossosna et par une ligne
de la dite embouchure et suivant le thalweg de cette rivi
thalweg de la Bobra jusqu'à son embouchure, le thalwe
Narew, depuis le point susdit jusqu'à Suratz, de la Lissa
sa source, près le village de Mien, de l'affluent de la N
jusqu'à son embouchure au dessus de Nurr, et enfin le t
du Bug, en le remontant jusqu'aux frontières russes ac
sera réuni, à perpetuité à l'Empire de Russie.

Article X.

Aucun individu de quelque classe et condition qu'
ayant con domicile ou des propriétés dans le territoire spéc
l'article précédent, ne pourra, non plus qu'aucun individu
cilié, soit dans les provinces de l'ancien royaume de P
qui doivent être restituées à S. M. le Roi de Prusse, so
le duché de Varsovie, mais ayant en Russie des biens

rains, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions ou revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part, ou politique ou militaire, qu'il ait pu prendre aux événemens de la guerre présente.

Article XII.

Tous les engagemens et toutes les obligations de S. M. le Roi de Prusse, tant envers les anciens possesseurs, soit de charges publiques, soit de bénéfices ecclésiastiques, militaires ou civils, qu'à l'égard des créanciers ou des pensionnaires de l'ancien gouvernement de Pologne, restent à la charge de S. M. l'Empereur de toutes les Russies et de S. M. le Roi de Saxe, dans la proportion de ce que chacune de leurs dites Majestés acquiert par les articles V et IX, et seront acquittés pleinement, sans restriction, exception, ni reserve aucune.

Article XIII.

Leurs Altesses Sérenissimes les Ducs de Saxe-Cobourg, d'Oldenbourg et de Mecklenbourg-Schwerin, seront remis chacun en la pleine et paisible possession de Ses états; mais les ports des duchés d'Oldenbourg et de Mecklenbourg continueront d'être occupés par des garnisons françaises, jusqu'à l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre.

Article XIII.

S. M. l'Empereur Napoléon accepte la médiation de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, à l'effet de négocier et conclure un traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre, dans la supposition que cette médiation sera aussi acceptée par l'Angleterre, un mois après l'échange des ratifications du présent traité.

Article XIV.

De Son côté S. M. l'Empereur de toutes les Russies, voulant prouver combien il désire d'établir entre les deux Empires des rapports les plus intimes et les plus durables, reconnoit S. M.

le Roi de Naples, Joseph Napoléon, et S. M. le Roi de Hollande Louis Napoléon.

Article XV.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies reconnoit pareillement la confédération du Rhin, l'état actuel de possession de chacun des Souverains qui la composent, et les titres donnés à plusieurs d'entre eux, soit par l'acte de Confédération, soit par les traités d'accession subséquens. Sa dite Majesté promet de reconnoitre, sur les notifications qui Lui seront faites de la part de S. M. l'Empereur Napoléon, les Souverains qui deviendront ultérieurement membres de la Confédération, en la qualité qui leur sera donnée par les actes qui les y feront entrer.

Article XVI.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies céde, en toute propriété et souveraineté, à S. M. le Roi de Hollande, la seigneurie de Jever *) dans l'Ost-Frise.

Article XVII.

Le présent traité de paix et d'amitié est déclaré commun à L. L. M. M. les Rois de Naples et de Hollande, et aux Souverains confédérés du Rhin, alliés de S. M. l'Empereur Napoléon.

Article XVIII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies reconnait aussi S. A. J. le Prince Jérôme Napoléon, comme Roi de Westphalie.

Article XIX.

Le Royaume de Westphalie sera composé des provinces cédées par S. M. le Roi de Prusse à la gauche de l'Elbe, et d'autres états actuellement possédés par S. M. l'Empereur Napoléon.

Article XX.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de reconnoître la disposition qui, en conséquence de l'Article XIX ci-dessus et des cessions de S. M. le Roi de Prusse, sera faite par

S. M. l'Empereur Napoléon (laquelle devra être notifiée à S. M. l'Empereur de toutes les Russies), et l'état de possession en résultant pour les Souverains au profit desquels elle aura été faite.

Article XXI.

Toutes les hostilités cesseront immédiatement sur terre et sur mer entre les forces de S. M. l'Empereur de toutes les Russies et celles de Sa Hautesse, dans tous les points où la nouvelle de la signature du présent traité sera officiellement parvenue. Les hautes parties contractantes la feront porter, sans délai, par des couriers extraordinaires, pour qu'elle parvienne le plus promptement possible, aux généraux et commandans respectifs.

Article XXII.

Les troupes russes se retireront des provinces de Valachie et Moldavie; mais les dites provinces ne pourront être occupées par les troupes de Sa Hautesse jusqu'à l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la Russie et la Porte Ottomane.

Article XXIII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies accepte la médiation de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, à l'effet de négocier et conclure une paix avantageuse et honorable aux deux Empires. Les plénipotentiaires respectifs se rendront dans le lieu que les deux parties intéressées conviendront, pour y ouvrir et suivre les négociations [b]).

Article XXIV.

Les délais dans lesquels les hautes Parties contractantes devront retirer Leurs troupes des lieux qu'elles doivent quitter, en conséquence des stipulations ci-dessus, ainsi que le mode d'exécution des diverses clauses que contient le présent traité, seront fixés par une convention spéciale.

Article XXV.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M.

l'Empereur de toutes les Russies, Se garantissent mutuelle l'intégrité de Leurs possessions et celles des Puissances comp au présent traité de paix, telles qu'elles sont maintenan seront en conséquence des stipulations ci-dessus.

Article XXVI.

Les prisonniers de guerre faits par les Parties contractan ou comprises au présent traité de paix, seront rendus réci quement sans échange et en masse.

Article XXVII.

Les rélations de commerce entre l'Empire Français, royaume d'Italie, les royaumes de Naples et de Hollande, e états confédérés d'une part, et d'autre part l'Empire de Ru seront rétablies sur le même pied qu'avant la guerre.

Article XXVIII.

Le cérémoniel des deux Cours des Tuileries et de St. Pe bourg entr' Elles et à l'égard des ambassadeurs, ministre envoyés qu' Elles accréditeront l'une près de l'autre, sera sur le principe d'une réciprocité et d'une égalité parfaite.

Article XXIX.

Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur Français, Roi d'Italie, et par S. M. l'Empereur de toute Russies.

L'échange des ratifications [c]) aura lieu dans cette ville, le délai de quatre jours.

Fait à Tilsit [d]), le $\frac{7 \text{ juillet}}{25 \text{ juin}}$ 1807.

(L. S.) Charles Maurice Talleyrand, Prin Bénévent.

(L. S.) Le Prince Alexandre Kourakin.

(L. S.) Le Prince Dimitry Labanoff de Rost

a) Traité entre la France et le royaume d'Hollande co nant la cession le l'Ost-Frise, de Jever, et autres terr

res, et celle de Flessingue, signé à Fontainebleau le 11. novembre 1807.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 485.

b) Traité d'armistice entre la Russie et la Porte Ottomane; signé à Slobosia le 25. août 1807.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 456.

c) Die Auswechselung der Ratificationen fand Statt zu Königsberg am 9. Juli 1807.

d) Die Stadt Tilsit wurde, nach abgeschlossenem Waffenstillstande, von Napoleon für neutral erklärt, und war, vom 28. Juni an, das Hauptquartier der kriegführenden Monarchen.

XIII.

Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Franç Roi d'Italie, et S. M. le Roi de Prusse, conclu à Ti le 9. juillet 1807.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Prote de la Confédération du Rhin, et S. M. le Roi de Prusse, animés d'un égal désir de mettre fin aux calamités de la gu ont, à cet effet, nommé pour Leurs plénipotentiaires, savoi

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Prote de la Confédération du Rhin:

M. Charles Maurice Talleyrand, Prince de Béné Son Grand-Chambellan et Ministre des rélations extérie Grand-Cordon de la légion d'honneur, Chevalier des ordr l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, et de l'ordre de Hubert;

Et S. M. le Roi de Prusse:

M. le Feldmaréchal de Kalkreuth, Chevalier des o de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, et

M. le Comte de Goltz, Son Conseiller privé et Em extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. l'Emp de toutes les Russies, Chevalier de l'ordre de l'aigle rou Prusse;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs respe sont convenus des articles suivans:

Article I.

Il y aura, à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié parfaite entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie et S. M. le Roi de Prusse.

Article II.

La partie du duché de Magdebourg sur la droite de l'Elbe; la marche de Priegnitz, l'Ucker-Mark, la moyenne et nouvelle marche de Brandebourg, à l'exception du Cotbuser Kreis, ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace; le duché de Pomeranie; la haute, la basse et la nouvelle Silésie, avec le comté de Glatz; la partie du district de la Netze, située au nord de la chaussée allant de Driesen à Schneidemuhl, et d'une ligne allant de Schneidemuhl à la Vistule par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg, la Poméréllie, l'île de Nogat, les pays à la droite du Nogat et de la Vistule, à l'ouest de la vieille Prusse, et au nord du cercle de Culm, l'Ermeland, et enfin le royaume de Prusse tel qu'il étoit au 1. janvier 1772,

seront restitués à S. M. le Roi de Prusse avec les places de Spandau, Stettin, Custrin, Glogau, Breslau, Schweidnitz, Neisse, Brieg, Cosel et Glatz, et généralement toutes les places, citadelles, châteaux et forts des pays ci-dessus dénommés, dans l'état où les dites places, citadelles, châteaux et forts se trouvent maintenant. La ville et citadelle de Graudenz avec les villages de Neudorf, Garschken et Swierkorzy, seront aussi restitués à S. M. le Roi de Prusse.

Article III.

S. M. le Roi de Prusse reconnoît S. M. le Roi de Naples, Joseph Napoléon, et S. M. le Roi de Hollande, Louis Napoléon.

Article IV.

S. M. le Roi de Prusse reconnoît pareillement la Confédération du Rhin, l'état actuel de possession de chacun des Souverains qui la composent, et les titres donnés à plusieurs d'entre eux, soit par l'acte de Confédération, soit par les traités d'accession subséquens. Promet Sadite Majesté de reconnoître les Souverains qui deviendront ultérieurement membres de la dite Con-

fédération en la qualité qui leur sera donnée par les actes qui l
y feront entrer.

Article V.

Le présent traité de paix et d'amitié est déclaré commu
S. M. le Roi de Naples, Joseph Napoléon, à S. M. le Ro
Hollande, et aux Souverains confédérés du Rhin, alliés de S.
l'Empereur Napoléon.

Article VI.

S. M. le Roi de Prusse reconnoît pareillement S. A. I.
Prince Jérôme Napoléon, comme Roi de Westphalie.

Article VII.

S. M. le Roi de Prusse céde en toute propriété et sou
neté aux Rois, Grand-Ducs ou Princes qui seront désignés
S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, tous les du
marquisats, principautés, comtés, seigneuries, et généralem
tous les territoires ou parties de territoire quelconques, ainsi
tous les domaines et biens-fonds de toute nature que Sadite
jesté le Roi de Prusse possédait, à quelque titre que ce fût,
le Rhin et l'Elbe au commencement de la guerre présente.

Article VIII.

Le royaume de Westphalie sera composé de provinces co
par S. M. le Roi de Prusse et d'autres états actuellement poss
par S. M. l'Empereur Napoléon.

Article IX.

La disposition qui sera faite par S. M. l'Empereur Nap
des pays désignés dans les deux articles précédens, et l'é
possession en résultant pour les Souverains, au profit de
elle aura été faite, sera reconnue par S. M. le Roi de Pr
de la même manière que si elle étoit déjà effectuée et con
au présent traité.

Article X.

S. M. le Roi de Prusse pour Lui, Ses Héritiers et Suc

sans, renonce à tout droit actuel qu'il pourrait avoir ou prétendre:

1) sur tous les territoires, sans exception, situés entre le Rhin et l'Elbe, et autres que ceux désignés en l'article VII;

2) sur celles des possessions de S. M. le Roi de Saxe et de la maison d'Anhalt, qui se trouvent à la droite de l'Elbe. Réciproquement tout droit actuel ou éventuel et toute prétention des états compris entre l'Elbe et le Rhin, sur les possessions de S. M. le Roi de Prusse, telles qu'elles seront en conséquence du présent traité, sont et demeureront éteints à perpetuité.

Article XI.

Tous pactes, conventions ou traités d'alliance, patents ou secrets, qui auroient pu être conclus entre la Prusse et aucun des états situés à la gauche de l'Elbe, et que la guerre présente n'auroit point rompus, demeureront sans effet, et seront réputés nuls et non avenus.

Article XII.

S. M. le Roi de Prusse céde en toute propriété et souveraineté à S. M. le Roi de Saxe le Cotbuser Kreis, ou cercle de Cotbus, dans la Basse-Lusace.

Article XIII.

S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité à la possession de toutes les provinces, qui ayant appartenu au royaume de Pologne, ont, postérieurement au 1. janvier 1772, passé, à diverses époques, sous la domination de la Prusse, à l'exception de l'Ermeland et des pays situés à l'ouest de la vieille Prusse à l'est de la Poméranie et de la nouvelle Marche, au nord du cercle de Culm, d'une ligne allant de la Vistule à Schneidemuhl par Waldau, en suivant les limites du cercle de Bromberg et de la chaussée allant de Schneidemuhl à Driesen, lesquels, avec la ville et citadelle de Graudenz et les villages de Neudorf, Garschken et Swierkorzy, continueront d'être possédés en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Prusse.

Article XIV.

S. M. le Roi de Prusse renonce pareillement à perpetuité à la possession de la ville de Dantzig.

Article XV.

Les provinces auxquelles S. M. le Roi de Prusse renonce par l'article XIII ci-dessus, seront, à l'exception du territoire spécifié en l'article XVIII ci-après, possédées en toute propriété et souveraineté par S. M. le Roi de Saxe sous le titre de duché de Varsovie, et régies par des constitutions, qui, en assurant la liberté et les priviléges des peuples de ce duché, se concilient avec la tranquillité des états voisins.

Article XVI.

Pour la communication entre le royaume de Saxe et le duché de Varsovie, S. M. le Roi de Saxe aura le libre usage d'une route militaire *) à travers les états de S. M. le Roi de Prusse. La dite route, le nombre des troupes qui pourront y passer à la fois, et les lieux d'étape, seront déterminés par une convention spéciale, faite entre Leurs dites Majestés, sous la médiation de la France.

Article XVII.

La navigation par la rivière de Netze et le canal de Bromberg, depuis Driesen jusqu'à la Vistule et réciproquement, sera libre et franche de tout péage.

Article XVIII.

Afin d'établir autant qu'il est possible des limites naturelles entre la Russie et le duché de Varsovie, le territoire circonscrit par la partie des frontières Russes actuelles, qui s'étend depuis le Bug jusqu'à l'embouchure de la Lossosna, et par une ligne partant de la dite embouchure et suivant le thalweg de cette rivière, le thalweg de la Bobra jusqu'à son embouchure, le thalweg de la Narew depuis le point susdit jusqu'à Suratz, de la Lisa jusqu'à sa source près le village de Mien, de l'affluent de la Nurzeck, prenant sa source près de même village, de la Nurzeck jusqu'à son embouchure au-dessus de Nurr; et enfin le

thalweg du Bug, en le remontant jusqu'aux frontières Russes actuelles, sera réuni à perpétuité à l'Empire de Russie.

Article XIX.

La ville de Dantzig avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte, sera rétablie dans son indépendance, sous la protection de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. le Roi de Saxe, et gouvernée par la loi qui la régissoit, à l'époque où elle cessa de se gouverner elle-même.

Article XX.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, ni la ville de Dantzig ne pourront empêcher par aucune prohibition, ni entraver par l'établissement d'aucun péage, droit ou impôt, de quelque nature qu'il puisse être, la navigation de la Vistule.

Article XXI.

La ville, port et territoire de Dantzig seront fermés pendant la durée de la présente guerre maritime au commerce et à la navigation des Anglais.

Article XXII.

Aucun individu, de quelque classe et condition qu'il soit, ayant son domicile ou des propriétés dans les provinces ayant appartenu au royaume de Pologne et que S. M. le Roi de Prusse doit continuer de posséder, ne pourra, non plus qu'aucun individu domicilié, soit dans le duché de Varsovie, soit dans le territoire qui doit être réuni à l'Empire de Russie, mais ayant en Prusse des biens-fonds, rentes, pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient, être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait pu politiquement ou militairement prendre aux événemens de la guerre présente.

Article XXIII.

Pareillement aucun individu né, demeurant ou propriétaire dans les pays ayant appartenu à la Prusse antérieurement au

1. janvier 1772, et qui doivent être restitués à S. M. le Roi de Prusse, aux termes de l'article II ci-dessus, et notamment aucun individu, soit de la garde bourgeoise de Berlin, soit de la gensdarmerie, lesquelles ont pris les armes pour le maintien de la tranquillité publique, ne pourra être frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus de tout genre, dans son rang et son grade, ni poursuivi, ni recherché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il ait prise ou pu prendre de quelque manière que ce soit aux événemens de la guerre présente.

Article XXIV.

Les engagemens, dettes et obligations de toute nature que S. M. le Roi de Prusse a pu avoir, prendre et contracter antérieurement à la présente guerre, comme possesseur des pays, territoires, domaines, biens et revenus que Sadite Majesté céde, ou auxquels Elle renonce par le présent traité, seront à la charge des nouveaux possesseurs et par eux acquittés, sans exception, restriction, ni réserve aucune.

Article XXV.

Les fonds et capitaux appartenant, soit à des particuliers, soit à des établissemens publics, religieux, civils ou militaires des pays que S. M. le Roi de Prusse céde ou auxquels renonce par le présent traité, et qui auroient été placés, soit à la banque de Berlin, soit à la caisse de la société maritime, soit de toute autre manière quelconque dans les états de S. M. le Roi de Prusse, ne pourront être ni confisqués, ni saisis; mais les propriétaires desdits fonds et capitaux, seront libres d'en disposer et continueront d'en jouir, ainsi que des intérêts échus ou à échoir aux termes des contracts ou obligations passés à cet effet. Réciproquement, il en sera usé de la même manière, pour tous les fonds et capitaux que des sujets ou des établissemens publics quelconques de la monarchie Prussienne auroient placés dans les pays que S. M. le Roi de Prusse céde, ou auxquels Elle renonce par le présent traité.

Article XXVI.

Les archives contenant les titres de propriété, documens et papiers généralement quelconques relatifs aux pays, territoires, domaines et biens que S. M. le Roi de Prusse céde ou auxquels Elle renonce par le présent traité, ainsi que les cartes et plans des villes fortifiées, citadelles, châteaux et forteresses situés dans lesdits pays, seront remis par des commissaires de Sa dite Majesté, dans le délai de trois mois à compter de l'échange des ratifications, savoir:

à des commissaires de S. M. l'Empereur Napoléon, pour ce qui concerne les pays cédés à la gauche de l'Elbe;

et à des commissaires de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, de S. M. le Roi de Saxe et de la ville de Dantzig, pour ce qui concerne les pays que Leursdites Majestés et la ville de Dantzig doivent posséder en conséquence du présent traité.

Article XXVII.

Jusqu' au jour de l'échange des ratifications du futur traité de paix définitive entre la France et l'Angleterre, tous les pays de la domination de S. M. le Roi de Prusse seront, sans exception, fermés à la navigation et au commerce des Anglais. Aucune expédition ne pourra être faite des ports Prussiens pour les isles Britanniques, ni aucun bâtiment venant de l'Angleterre ou de ses colonies, être reçu dans les dits ports.

Article XXVIII.

Il sera fait immédiatement une convention [b]) ayant pour objet de régler tout ce qui est relatif au mode et à l'époque de la remise des places, qui doivent être restitués à S. M. le Roi de Prusse, ainsi que les détails qui regardent l'administration civile et militaire des pays qui doivent être aussi restitués.

Article XXIX.

Les prisonniers de guerre seront rendus de part et d'autre sans échange et en masse, le plutôt que faire se pourra.

Article XXX.

Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur des

Français, Roi d'Italie, et par S. M. le Roi de Prusse; et les ratifications c) en seront échangées à Koenigsberg, dans le délai de six jours, à compter de la signature, ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Tilsit, le 9. juillet 1807 d).

(L. S.) Charles Maurice Talleyrand, Prince de Bénévent.
(L. S.) Le Maréchal Comte de Kalkreuth.
(L. S.) Auguste Comte de Goltz.

a) S: Convention entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. le Roi de Prusse relativement à la route militaire qui sera établie entre la Saxe et le Duché de Varsovie, signée à Elbing, le 13. Octobre 1807.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 474.

b) S: Convention entre les soussignés, le Major-Général Prince de Neufchâtel (Berthier) d'une part, et le Feldmaréchal Comte de Kalkreuth de l'autre, comme Plénipotentiaires de leurs Souverains, en conséquence de l'article XXVIII du traité conclu à Tilsit entre L. L. M. M. l'Empereur Napoléon et le Roi de Prusse, signée à Koenigsberg, le 12. juillet 1807.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 452.

c) Die Ratificationen sind ausgewechselt zu Königsberg, am 12. Juli 1807.

d) Vergl:

Convention secrète entre la Russie et la Prusse, signée à Potsdam par les plénipotentiaires de ces deux Puissances, le 3. November 1805.

Nouveaux Supplémens au recueil etc. Tom. I. p. 316, 317.

Manso, Geschichte des preussischen Staats. Th. II. S. 90.

Convention entre la France et la Prusse sur le payement de la contribution de guerre, signée à Paris, le 8. Septembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 102.

Convention entre la France et la Prusse sur le payement de la contribution de guerre et sur l'évacuation des Pays, signée à Berlin, le 5. novembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 106.

Convention entre la France et la Prusse sur l'approvi-

tionnement des places et le service des hôpitaux, signée à Berlin, le 8. et 12. novembre 1808.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. V. p. 113.

Convention pour l'exécution de l'article XII de celle signée à Paris, le 8. septembre, entre S. A. R. le Prince Guillaume de Prusse et S. E. M. le Comte de Champagny, Ministre des affaires étrangères de S. M. l'Empereur des Français et Roi d'Italie, signée à Berlin, le 28. novembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 124.

Convention additionnelle à celle du 8. septembre 1808, signée à Paris entre S. A. R. le Prince Guillaume de Prusse et S. E. M. le Comte de Champagny etc., signée à Berlin, le 29. novembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 126.

Convention entre M. Villemanzy l'Intendant-général de l'armée française et S. E. M. le Comte de Voss, Ministre-Secrétaire d'état de S. M. le Roi de Prusse, sur l'approvisionnement des places, signée à Berlin, le 30. novembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 128.

Convention additionnelle à celle du 28. Novembre 1808, signée à Berlin, le 1. décembre 1808.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 129.

Convention d'étapes entre la France et la Prusse sur les chemins militaires entre les places occupées par les troupes de l'Empereur, signée à Berlin, le 22. février 1809.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 130.

Vergl. ferner:

Klüber, öffentl. Recht des teutschen Bundes etc. §. 31. 58. 84.

Die geheimen Artikel des Friedens zu Tilsit wurden durch eine von Lewis Goldsmith zu London herausgegebene Schrift zur Publicität gebracht, nach den Angaben in derselben sollte Russland die europäische Türkei in Besitz nehmen; ein Prinz aus der Dynastie Napoleons die Kronen von Spanien und Portugal erhalten; die weltliche Macht des Papstes aufhören; Frankreich die afrikanischen Staaten in Besitz nehmen, dasselbe von Russland bei der Eroberung Gibraltars unterstützt werden und Malta und Aegypten zurück erhalten; ferner sollte das Mittelmeer nur den Schiffen von Russland, Frankreich, Spanien und Italien offen stehen; und Dänemark in Nord-

Deutschland durch die Hansestädte entschädiget werden, wenn die Operationen gegen England durch seine Flotte unterstützt würde u. s. w.

S. auch:

Preussisches Manifest gegen Frankreich, d. d. Erfurt den 9. October 1806, in den:

ausgewählten Schriften von Friedrich von Gentz (herausgegeben von W. Weick). Bd. IV. (Stuttgart und Leipzig 1838.) S. 253—274.

In der geheimen Geschichte des Anfangs des Krieges von 1806 (ebendaselbst S. 201—252), belehrt uns F. v. Gentz selbst über die Entstehung dieses Manifestes. Ursprünglich von dem Cabinets-Rath Lombard in französischer Sprache entworfen, sollte F. v. Gentz dasselbe umarbeiten und in's Deutsche übersetzen. Durch eine mündliche Besprechung mit dem Verfasser wurde es indessen so wesentlich verändert, dass es wohl als eine Arbeit von Gentz betrachtet werden kann.

XIV.

Convention additionnelle de paix et de limites entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur d'Autriche, signée à Fontainebleau le 10. Octobre 1807.

Au nom de la Très Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, voulant consolider l'union qui existe déjà entre les deux états, et prévenir pour l'avenir tout motif de dissentions en établissant des frontières certaines et faciles à reconnoître entre le royaume d'Italie et les provinces autrichiennes qui l'environnent dans la partie du nord-est, ont nommé pour s'entendre à ce sujet, savoir:

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie:

Mr. Baptiste Nompère de Champagny, Grand-aigle de la légion d'honneur, Grand-croix de l'ordre de la fidélité de Bade, Son Ministre des rélations extérieures;

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême:

S. E. M. le Comte Clemens Wenceslas de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Grand-croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, Son Chambellan, Conseiller intime d'état actuel, et Son Ambassadeur près S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, sont co
venus des articles suivans :

Article I.

Le thalweg de l'Isonzo sera la limite de l'Italie et des p
vinces autrichiennes situées sur la rive gauche de son embouch
dans le fond du Golfe Adriatique jusque vis à vis du villa
Christianisa près le Canal. De là par la ligne la plus droite
soit possible d'assigner, la limite ira rejoindre l'ancienne
tière près le village de Bistoff de manière que les deux terri
de Christianisa et de Bistoff restent au royaume d'Italie.
suivra l'ancienne frontière jusqu'au sommet du Mont Mé
et du Mont Mataiame une ligne qui passe de l'est au
Sturazella, et suit la hauteur de la montagne qui se trou
delà des villages de Creda, Batoco et Boziana, de manièr
ces villages et celui de Sturazella appartiennent au roy
d'Italie; la dite ligne, prolongée jusqu'au sommet du mont
suivra l'ancienne frontière.

Article II.

A cet effet S. M. l'Empereur des Français en Sa qua
Roi d'Italie céde à S. M. l'Empereur d'Autriche tout ce
posséde sur la rive gauche de l'Isonzo, en toute propri
souveraineté. L'Empereur d'Autriche céde pareillement à
l'Empereur des Français, Roi d'Italie, en toute propriété
veraineté tout ce qu'il posséde sur la rive droite de ce
jusqu'au point indiqué dans l'article précédent, en y compr
tout ce qui est placé dans quelque partie que ce soit de
exvenitiens, pour être réuni au royaume d'Italie. L'isle
signa étant située sur la rive droite du bras principal de l'
restera au royaume d'Italie.

Article III.

Dans les territoires respectivement cédés, les sujets
des deux Puissances établis sur l'une des rives de l'Isonz
possesseurs de biens sur l'autre rive, seront autorisés à re
les produits de leurs propriétés en nature, bien entendu que
produits seront légalement constatés, conformement aux lo

police et des douanes en vigueur dans l'un des deux états. Cette disposition ne regarde que la portion de territoire contigue au fleuve.

Article IV.

Il y aura une route militaire pour la communication entre les provinces du royaume d'Italie à la droite de l'Isonzo, de l'Istrie et la Dalmatie, et réciproquement. Les conventions relatives à cette route seront annexées au présent acte.

Article V.

Il sera accordé passage à travers le territoire Autrichien aux troupes Russes venant de Cattaro, pour se rendre du royaume d'Italie sur le Nieper. Ces troupes marcheront par bataillons, avec armes, bagages et artillerie; il leur sera accordé tous les secours dont elles pourront avoir besoin, et tout ce qui sera relatif à leur subsistance, sera reglé entre les Cours de St. Petersbourg et de Vienne.

Article VI.

Les difficultés survenues à la suite du traité de Presbourg sont levées par la restitution des Bouches de Cattaro et par la présente convention, S. M. l'Empereur des Français s'engage à faire évacuer par Ses troupes et par celles de Ses alliés la place de Braunau, qui sera remise aux troupes autrichiennes, un mois au plus tard après l'échange des ratifications.

Article VII.

La présente convention sera ratifiée le plus tôt possible et les ratifications seront échangées à Paris dans un mois au plus tard.

A Fontainebleau, le 10. Octobre 1807.

(L. S.) Baptiste Nompere de Champagny.
(L. S.) Clement Wenceslas Comte de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen.

XV.

Uebereinkunft zwischen der k. k. Oestreichis und der k. Baierischen Regierung, betreffend die hebung des Sequesters vom Vermögen der personen u. s. w., unterzeichnet zu München den vember 1807.

Nachdem der, in den flirgewesenen kriegerischen V nissen des Jahres 1805, zwischen dem allerhöchsten K. dem K. Baierischen Hofe reciproce verhängte unbeschränk quester auch nach abgeschlossenem Pressburger Friede und dort nicht aufgehoben, ja sogar durch mehrfaltige M ständnisse noch mehr erweitert, und dadurch ein neuer, meiner, sogar das Vermögen und die Rechte der Private noch unverändert fortbestehender Stiftungen umfassender B nach dem Retorsions- oder Repressalien-Rechte herbeig worden war, der somit auf keine Weise den Gesinnungen Höfe und ihren ungetrübten freundnachbarlichen Verhält entsprach; so ist zu dessen völliger, wechselseitiger Auf unterm 5. d. M. folgende Uebereinkunft zwischen den beid tigen Bevollmächtigten abgeschlossen und unterzeichnet w

Nachdem verschiedentlich in den K. K. Oesterreichi sowohl, als den K. Baierischen Landen der Grundsatz der w selseitigen Inkamerirung der in jedem Gebiete befindlichen seitigen Staatsgüter durch irrige Auslegung auch auf die der Privaten und bestehenden Stiftungen ausgedehnt worden so ist zu dessen Abstellung von den Unterzeichneten aus A

und in Namen Sr. K. K. Oesterreichischen und Sr. K. Baierischen Majestät folgende Erklärung verbindlich verabredet und gemeinsam erlassen worden:

1. Alle zeither in den K. K. Oesterreichischen und wechselseitig in den K. Baierischen Staaten verhängte Sequester oder Einziehungen von Realitäten, Capitalien oder irgend anderen Vermögenstheilen der Privaten und der bestehenden geistlichen und weltlichen Körperschaften oder Stiftungen, litterarischen und milden Institute und ähnlichen selbstständig fortdauernden, mit dem Staatsvermögen nicht consolidirten, Anstalten des Kaiserthums Oesterreich und des Königreichs Baiern, sollen von nun an aufgehoben seyn und verbleiben.

2. Die Eigenthümer sollen sofort auf ihre Anmeldung und gehörige Legitimation in den Besitz und Genuss der eben genannten Vermögenstheile wieder eingesetzt und für die Zukunft stets in Beziehung der Erträgnisse und Capitalzinsen, auf Zeugnisse ihrer oben bestimmten selbstständigen Existenz erhalten werden. Auch sollen ihnen gleich bei der Wiedereinsetzung die seit der Sequestrirung oder Einziehung vorenthaltenen Ereignisse und Zinsen ausgefolgt werden.

3. Die Ausführung dieser Verfügungen soll den Provinzialbehörden beider Staaten dergestalt aufgetragen werden, dass solche binnen sechzig Tage nach Unterzeichnung dieser Erklärung ohne weiteres vor sich zu gehen hat.

So geschehen München, den 5. November 1807.

(L. S.) Friedrich, Graf von Stadion.
(L. S.) Freiherr von Montgelas.

XVI.

Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Autri Roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. l'Empereur Français, Roi d'Italie, signé à Vienne, le 14. O 1809.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie Bohème, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, tecteur de la Confédération du Rhin, Médiateur de la Con tion Suisse, également animés du désir de mettre fin à la qui s'est allumée entre Eux, ont résolu de procéder sans à la conclusion d'un traité de paix définitif, et ont en conséq nommé pour Leurs plénipotentiaires:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie Bohème:

M. le Prince Jean de Liechtenstein, Chevalier de l' de la toison d'or, Grand-Croix de l'ordre de Marie-Th Chambellan, Maréchal des armées de Sa dite Majesté l'Em d'Autriche, et Propriétaire d'un régiment des hussards service;

Et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, P teur de la Confédération du Rhin:

M. Jean Baptiste Nompère de Champagny, Duc d dore, Grand-aigle de la légion d'honneur, Commandeur de l' de la couronne de fer, Chevalier de l'ordre de St. An Russie, Grand-Dignitaire de celui des deux Siciles, Grand des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, des o

de S. Joseph de Wurzbourg, de la fidélité de Bade, de l'ordre de Hesse-Darmstadt, Son Ministre des relations extérieures;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Il y aura, à compter du jour de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié entre S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin, Leurs Héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets respectifs, à perpétuité.

Article II.

La présente paix est déclarée commune à S. M. le Roi d'Espagne, S. M. le Roi de Hollande, S. M. le Roi de Naples, S. M. le Roi de Bavière, S. M. le Roi de Wurtemberg, S. M. le Roi de Saxe, S. M. le Roi de Westphalie, S. A. Em. le Prince-Primat, à L. L. A. A. R. R. le Grand-Duc de Bade, le Grand-Duc de Berg, le Grand-Duc de Hesse-Darmstadt et S. A. I. le Grand-Duc de Wurzbourg, et à tous les Princes et Membres de la Confédération du Rhin, alliés de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de la Confédération du Rhin, dans la présente guerre.

Article III.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, tant pour Lui, Ses Héritiers et Successeurs, que pour les Princes de Sa Maison, Leurs Héritiers et Successeurs respectifs, renonce aux principautés, seigneuries, domaines et territoires ci-après désignés, ainsi qu'à tout titre quelconque qui pourroit dériver de leur possession, et aux propriétés, soit domaniales, soit possédées par Eux à titre particulier, que ces pays renferment.

1) Il cède et abandonne à S. M. l'Empereur des Français, pour faire partie de la Confédération du Rhin et en être disposé en faveur des Souverains de la Confédération:

Les pays de Salzbourg et de Berchtolsgaden, la partie de la

Haute-Autriche, située au delà d'une ligne partant du Da
auprès du village de Strass, et comprenant Weissenkirch,
dersdorff, Michelbach, Greiss, Muckenhofen, Helft, Ge
delà la route jusqu'à Schwanstadt, la ville de Schwanstad
l'Aller et continuant en remontant le cours de cette rivière
lac de ce nom jusqu'au point où ce lac touche la frontière du
de Salzbourg. — S. M. l'Empereur d'Autriche conserve
propriété seulement des bois dépendans du Salzcammergut,
faculté d'en exporter la coupe, sans avoir aucun droit de s
raineté à exercer sur ce territoire.

2) Il céde également à S. M. l'Empereur des Français,
d'Italie, le Comté de Gorice, le territoire de Montefalco
Gouvernement et la ville de Trieste, la Carniole avec ses
ves sur le golfe de Trieste, le cercle de Villach en Carinth
tous les pays situés à la droite de la Save, en partant du
où cette rivière sort de la Carniole, et la suivant jusqu'à la
tière de la Bosnie, savoir: partie de la Croatie provinciale,
districts de la Croatie militaire, Fiume et le Littoral Hon
l'Istrie Autrichienne, ou district de Castua, les îles dépend
des pays cédés, et tous autres pays sous quelque dominatio
ce soit sur la rive droite de la Save, le thalweg de cette r
servant de limite entre les deux états. — Enfin la seigneu
Rhazums, enclavée dans le pays des Grisons.

3) Il céde et abandonne à S. M. le Roi de Saxe: les en
dépendantes de la Bohème et comprises dans le territoi
royaume de Saxe, savoir: les paroisses et villages de Gu
dorff, Taubentraenke, Gerlachsheim, Lenkersdorff, Sch
walde, Winkel etc.

4) Il céde et abandonne à S. M. le Roi de Saxe, pou
réunis au duché de Varsovie: toute la Galicie occidenta
nouvelle Galicie, un arrondissement autour de Cracovie,
rive droite de la Vistule, qui sera ci-après déterminé, et le
de Zamosc, dans la Galicie orientale. — L'arrondissement
de Cracovie sur la rive droite de la Vistule, en avant de
gorze, aura partout pour rayon la distance de Podgorze à
lieczka; la ligne de démarcation passera par Wielieczka e
puiera à l'ouest sur la Skavina et à l'est sur le ruisseau
jette dans la Vistule à Brzdegy.

Wieliczka et tout le territoire des mines de sel appartiendront en commun à l'Empereur d'Autriche et au Roi de Saxe; la justice y sera rendue au nom de l'autorité municipale. Il n'y aura de troupes que pour la police, et elles seront en égal nombre de chacune des deux nations. Les sels autrichiens de Wieliczka pourront être transportés sur la Vistule, à travers le Duché de Varsovie, sans être tenus à aucun droit de péage. Les grains provenant de la Galicie Autrichienne pourront être exportés par la Vistule. Il pourra être fait entre S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Saxe une fixation de limites, telle que le San, depuis le point où il touche le cercle de Zamosc jusqu'à son confluent dans la Vistule, serve de limite aux deux états.

5) Il céde et abandonne à S. M. l'Empereur de Russie: dans la partie la plus orientale de l'ancienne Galicie, un territoire renfermant quatre cent mille ames de population, dans lequel la ville de Brody ne pourra être comprise. Ce territoire sera déterminé à l'amiable entre les commissaires des deux Empires.

Article IV.

L'Ordre Teutonique ayant été supprimé dans les états de la Confédération du Rhin, S. M. l'Empereur d'Autriche renonce pour S. A. I. l'Archiduc Antoine à la grande-maîtrise de cet Ordre dans ces états, et reconnait la disposition faite des biens de l'Ordre situés hors du territoire de l'Autriche. Il sera accordé des pensions aux employés de l'Ordre.

Article V.

Les dettes hypothéquées sur le sol des provinces cédées, et consenties par les états de ces provinces, ou résultant des dépenses faites pour leur administration effective, suivront seules le sort de ces provinces.

Article VI.

Les provinces restituées à S. M. l'Empereur d'Autriche seront administrées à Son compte par les autorités autrichiennes, à partir du jour de l'échange des ratifications du présent traité, et les domaines impériaux, à compter du 1. Novembre prochain, quelque part qu'ils soient situés. Il est bien entendu toutefois que

l'armée française prendra dans le pays ce que ses magasins pourront lui fournir pour la nourriture des troupes, l'entret des hôpitaux, ainsi ce qui sera nécessaire pour l'évacuation ses malades et de ses magasins. — Il sera fait par les ha Parties contractantes un arrangement relatif à toutes les co butions quelconques de guerre précédemment imposées sur provinces autrichiennes occupées par les armées françaises alliées, arrangement en conséquence duquel la levée des contributions cessera entièrement à compter du jour de l'éch des ratifications.

Article VII.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, s'engage mettre aucun empêchement au commerce d'importation et portation de l'Autriche par le port de Fiume, sans que cela p s'entendre des marchandises Anglaises ou provenant du com Anglais. Les droits de transit seront moindres pour les chandises ainsi importées ou exportées, que pour celles de autre nation que la nation Italienne.

On examinera s'il peut être accordé quelques avantag commerce Autrichien dans les autres ports cédés par le pr traité.

Article VIII.

Les titres domaniaux, archives, les plans et cartes des p villes et forteresses cédés, seront remis dans l'espace de mois après l'échange des ratifications.

Article IX.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Boh s'engage à acquitter les intérêts annuels et arriérés des capi placés, soit sur le gouvernement, soit sur les états, la ban la loterie et autres établissemens publics par les sujets, cor corporations de la France, du royaume d'Italie et du grand-du de Berg.

Des mesures seront prises pour acquitter aussi, ce qui dû au Mont-Sainte-Thérèse, devenu le Mont-Napoléon à M

Article X.

S. M. l'Empereur des Français s'engage à faire accorder un pardon plein et entier aux habitans du Tyrol et du Vorarlberg qui ont pris part à l'insurrection, lesquels ne pourront être recherchés ni dans leurs personnes, ni dans leurs biens.

S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage également à accorder un pardon plein et entier à ceux des habitans des pays dont il recouvre la possession en Galicie, soit militaires, soit civils, soit fonctionnaires publics, soit particuliers, qui auraient pris part aux levées de troupes ou à l'organisation des tribunaux et administrations, ou à quelque acte que ce soit qui ait eu lieu pendant la guerre, lesquels habitans ne pourront être recherchés ni dans leurs personnes, ni dans leurs biens.

Ils auront pendant six ans la liberté de disposer de leurs propriétés, de quelque nature qu'elles soient; de vendre leurs terres, même celles qui sont censées inaliénables, comme les fidéicommis et les majorats; de quitter le pays et d'exporter le produit de ces ventes ou dispositions en argent comptant ou en fonds d'une autre nature, sans payer aucun droit sur leur sortie, et sans éprouver ni difficulté, ni empêchemens.

La même faculté est réciproquement reservée aux habitans et propriétaires des pays cédés par le présent traité et pour le même espace de temps. Les habitans du duché de Varsovie possessionés dans la Galicie Autrichienne, soit fonctionnaires publics, soit particuliers, pourront en tirer leurs revenus sans avoir aucun droit à payer et sans éprouver d'empêchement.

Article XI.

Dans les six semaines qui suivront l'échange des ratifications du présent traité, des poteaux seront placés pour marquer l'arrondissement de Cracovie sur la rive droite de la Vistule. Des commissaires Autrichiens, Français et Saxons seront nommés à cet effet.

Il en sera également placé, et dans un délai semblable, sur la frontière de la Haute-Autriche, sur celles de Salzbourg, de Villach et de la Carniole, jusqu'à la Save. Les îles de la Save qui doivent appartenir à l'une ou à l'autre Puissance seront déter-

minées d'après le thalweg de la Save. Des commissaires Franç et Autrichiens seront nommés à cet effet.

Article XII.

Il sera conclu immédiatement une convention militaire pour régler les termes respectifs de l'évacuation des différe provinces restituées à S. M. l'Empereur d'Autriche. La dite co vention sera calculée de manière à ceque la Moravie soit évac dans quinze jours; la Hongrie, la partie de la Galicie que co serve l'Autriche, la ville de Vienne et ses environs dans un mo la Basse-Autriche dans deux mois, et le surplus des provinc et districts non cédés par le présent traité dans deux mois demi, ou plutôt si faire se peut, à compter du jour de l'écha des ratifications, tant par les troupes françaises que par c des alliés de la France.

La même convention réglera tout ce qui est relatif à l'é cuation des hôpitaux et des magasins de l'armée française, e l'entrée des troupes autrichiennes sur le territoire abandonné les troupes françaises et alliées, ainsi qu'à l'évacuation d partie de la Croatie, cédée à S. M. l'Empereur des Français le présent traité.

Article XIII.

Les prisonniers de guerre faits par la France et ses Alli sur l'Autriche, et par l'Autriche sur la France et ses Alliés, qui n'ont pas encore été restitués, le seront dans quarante jou à dater de l'échange des ratifications du présent traité.

Article XIV.

S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur la Confédération du Rhin, garantit l'intégrité des possessions S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohê dans l'état où elles se trouvent d'après le présent traité.

Article XV.

S. M. l'Empereur d'Autriche reconnait tous les changem survenus ou qui pourraient survenir en Espagne, en Portuga en Italie.

Article XVI.

S. M. l'Empereur d'Autriche voulant concourir au retour de la paix maritime, adhère au système prohibitif adopté par la France et la Russie vis-à-vis l'Angleterre pendant la guerre maritime actuelle. S. M. Impériale fera cesser toute relation avec la Grande-Bretagne et se mettra à l'égard du gouvernement Anglais dans la position où Elle était avant la guerre présente.

Article XVII.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, conserveront entre Eux le même cérémonial, quant au rang et autres étiquettes, que celui qui a été observé avant la présente guerre.

Article XVIII.

Les ratifications du présent traité [b]) seront échangées dans l'espace de six jours, ou plutôt si faire se peut.

Fait et signé à Vienne, le 14. Octobre 1809 [c]).

(L. S.) Jean Prince de Liechtenstein.
(L. S.) J. B. Nompère de Champagny.

[a]) Convention militaire conclue en conséquence de l'article XII du traité de Vienne entre la France et l'Autriche, signée à Schoenbrunn le 27. Octobre 1809.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 217.

[b]) Vergl: Convention entre S. M. l'Empereur d'Autriche et la France portant révocation du Décret du 24. Avril 1809 et levée des séquestres, signée à Paris le 30. Août 1810.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 277.

[c]) Ce Decret lautet:

Décret de l'Empereur des Français portant apposition du séquestre sur les biens des Princes et Comtes de l'Empire sous la Confédération du Rhin qui sont au service de l'Autriche; en date de Ratisbonne le 24. Avril 1809:

En notre camp impérial de Ratisbonne, le 24. Avril 1809.

Napoleon, Empereur des Français, Roi d'Italie, Protecteur de Confédération du Rhin, etc. etc.

Considérant que les anciens princes et comtes de l'Empire qui l'effet de l'acte de la Confédération du Rhin, ont cessé d'être pri et comtes immédiats, ont dû, conformément aux dispositions des VII et XXXI du dit acte, renoncer au service de toutes autres Pu sances que celles des états confédérés ou alliés de la Confédérati et établir leur résidance dans les états confédérés ou alliés;

Que cependant un certain nombre d'entr'eux non seulement s'est pas conformé à ces dispositions, mais s'est mis en état de révo permanente contre Nous et contre les Souverains de la Confédérati

Que c'est principalement à leurs intrigues que les peuples du ci tinent doivent le renouvellement des hostilités;

Que pour consolider la Confédération du Rhin et repousser de s sein toute influence contraire à ses premiers intérêts, il est indisp sable de déposséder les anciens princes et comtes de l'Empire qui o profité des relations que leur donnent leurs propriétés dans ses ét pour conspirer contre elle avec l'Autriche;

Qu'enfin des considérations de haute politique commandant ce mesure comme la plus propre à procurer le rétablissement de la p publique en Allemagne;

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. I. Le séquestre sera apposé sur tous les biens des ci-devt princes et comtes de l'Empire, et membres de l'ordre équestre qui se sont pas conformés aux dispositions des articles VII et XXXI l'acte de la Confédération du Rhin, et spécialement de ceux qui continué à occuper des emplois soit civils, soit militaires au serv de l'Autriche.

Art. II. Les dits biens seront confisqués savoir: une moitié profit des princes de la Confédération du Rhin, tant comme indem des frais de la guerre, que pour dédommager leurs sujets des réqu tions, et autres charges et pertes occasionnées par la guerre; — une autre moitié à notre profit pour être employée, tant comme demnité des frais de la guerre, que pour recompenser les officier soldats de nos armées qui auront rendu le plus de services pendan durée de cette campagne.

Signé: **Napoléon.**

par l'Empereur:

Le ministre secrétaire d'état,

Signé: H. L. Maret.

c) Die Schlacht bei Wagram am 5. und 6. Juli 1809 führte den zu Znaim am 12. Juli 1809 abgeschlossenen Waffenstillstand und den vorliegenden Friedensschluss herbei, wodurch der Krieg, welchen Oestreich im April desselben Jahres ohne Alliirte unternommen hatte, um den Rheinbund zu erschüttern, beendiget wurde.

Vergl:

Oesterreichisches Manifest gegen Frankreich im April 1809 in den:

ausgewählten Schriften von F. v. Gentz (herausgeg. von W. Weick). Bd. IV. S. 275—300.

Und

Klüber, öffentliches Recht des teutschen Bundes etc. §. 58 a.

XVII.

Traité de paix, d'amitié et d'alliance entre la Russie et la Prusse, signé à Kalisch le $\frac{16}{28}$ février et à Breslau le $\frac{15}{27}$ février 1813.

Au Nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

La destruction totale des forces ennemies qui avoient pénétré dans le coeur de la Russie, a préparé la grande époque l'independance de tous les états qui voudront la saisir s'affranchir du joug que la France a fait peser sur eux de tant d'années. En conduisant Ses troupes victorieuses hors Ses frontières, le premier sentiment de S. M. l'Empereur toutes les Russies fut celui de rallier à la belle cause que la vidence a si visiblement protégée, Ses anciens et plus che liés, afin d'accomplir avec eux des destinées auxquelles tie et le repos et le bonheur des peuples épuisés par tant de fices. Le temps arrivera où les traités ne seront plus des tr où ils pourront de nouveau être observés avec cette foi religi cette inviolabilité sacrée auxquelles tiennent la considération force et la conservation des empires. C'est dans ces cir stances solennelles et decisives qu'un mouvement spontané proché S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Prusse. Tous deux également guidés par le généreux m la delivrance de l'Europe, ont commencé, pour procéder oeuvre salutaire, par resserrer les liens de leur ancienne all par retablir, dans le sens le plus étendu, leur première int et voulant fixer la base de leurs engagemens réciproques p

traité de paix, d'amitié, d'alliance offensive et défensive, ils ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

M. le Prince Michel Koutousoff de Smolensk, Maréchal de Ses armées, Chef du régiment de Pleskow, Chevalier des ordres de St. André, Grand-Croix de celui de St. George de la première classe, Chevalier de l'ordre de St. Alexandre Newsky, Grand-Croix de ceux de St. Wladimir et de Ste. Anne de la première classe, Chevalier Grand-Croix de l'ordre militaire de Marie-Thérèse;

Et S. M. le Roi de Prusse:

Son Chancelier d'état, le Sieur Charles Auguste Baron de Hardenberg, Chevalier de l'ordre de l'aigle noir, de celui de l'aigle rouge et de St. Jean de Jerusalem, de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky, Grand-aigle de la Légion d'honneur, Chevalier de l'aigle blanc, de St. Stanislaus etc.

Lesquels après avoir échangé entre eux leurs pleinspouvoirs respectifs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus et ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Il y aura, à dater du jour de la signature du présent traité, paix, amitié et alliance entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse, Leurs héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets respectifs, à toute perpetuité.

Article II.

L'alliance entre la Russie et la Prusse est offensive et défensive pour la guerre actuelle. Son but immédiat est de reconstruire la Prusse dans les proportions qui doivent assurer la tranquillité des deux états et en établir la garantie. Comme ce double objet ne sauroit être atteint aussi longtemps que les forces militaires de la France occuperont des positions ou des places fortes dans le nord de l'Allemagne, aussi longtemps même que cette Puissance y exerceroit une influence quelconque, les principales

operations de la guerre seront dirigées en premier lieu vers
point essentiel.

Article III.

En conséquence de l'article ci-dessus les deux hautes Parti
contractantes sont convenues de s'aider réciproquement de to
les moyens que la Providence a mis à leur disposition ; mais po
préciser davantage sur les forces qui seront immédiatement e
ployées, S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'engage
mettre en campagne 150,000 hommes, et S. M. le Roi de Prus
au moins 80,000 hommes sans compter les garnisons des place
bien entendu que S. M. Prussienne promet avec la bonne foi q
la caracterise, d'augmenter ce nombre autant que les circo
stances et Ses moyens de tous genres, y compris l'organisati
d'une milice nationale, le permettront, les resultats directs qu'e
doit attendre ne pouvant que repondre aux efforts communs.

Article IV.

On conviendra incessamment des bases d'un plan de campagn
et l'on se concertera constamment sur les operations de la guer
S. M. le Roi de Prusse déléguera a cet effet un officier superie
qui, attaché au quartier général de S. M. l'Empereur de tou
les Russies sera muni des pouvoirs necessaires pour faire ex
cuter, sans perte de temps, les mouvemens qui auront été
cidés.

Article V.

Tout ce qui est disponible des armées prussiennes comme
cera à coopérer avec celles de S. M. l'Empereur de toutes
Russies à dater du jour de la ratification du présent traité.

Article VI.

Les principes qui ont réuni les deux hautes Parties cont
ctantes ayant pour base une unité d'actions et d'intentions, S.
l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse s'
gagent réciproquement à ne point négocier en particulier a
l'ennemi à ne point signer ni paix, ni trêve, ni convention qu
conque autrement que d'un commun accord.

Article VII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse se communiqueront réciproquement et confidentiellement tout ce qui a rapport à leur politique, et mettront promptement tous Leurs soins à porter la Cour de Vienne à s'unir le plutôt possible à Leur cause.

Article VIII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet d'appuyer, de la manière la plus efficace, toutes les demarches que va faire S. M. le Roi de Prusse en Angleterre pour s'allier avec cette Puissance et en obtenir armes, munitions et subsides.

Article IX.

On s'occupera, à la suite du présent traité, à régler par une convention séparée les relations commerciales entre les deux états; elles seront basées sur les principes de l'alliance qui vient d'être retablie entre les hautes Parties contractantes.

Article X.

Il sera conclu également une pareille convention pour régler tout ce qui pourroit être necessaire relativement aux marches et à l'approvisionnement des armées de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, tant qu'elles se trouveront dans les états de S. M. Prussienne.

Article XI.

Les articles ci-dessus seront tenus secrets pendant l'espace de deux mois, mais pourront être communiqués immédiatement à l'Autriche, l'Angleterre et la Suède.

Article XII.

Le présent traité sera ratifié dans les plus courts délais possibles, sans que pour cela les préparatifs ou les mesures militaires puissent être suspendus.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le

présent traité de paix, d'amitié et d'alliance de leurs propres mains, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Kalisch le $\frac{6}{18}$. février, l'an de grâce 1813.

Michel Prince Koutousoff de Smolensk.

Fait à Breslau le $\frac{15}{27}$. février, l'an de grâce 1813.

Charles Auguste Baron de Hardenberg.

Articles secrets.

Article I.

La sureté entière et l'indépendance de la Prusse ne pouvant être solidement établies qu'en lui rendant la force réelle qu'elle avoit avant la guerre de 1806, S. M. l'Empereur de toutes les Russies, qui avoit, à cet égard, dans Ses déclarations officielles été au devant des voeux de S. M. le Roi de Prusse, s'engage par le présent article secret et séparé, à ne pas poser les armes aussi longtemps que la Prusse ne sera point reconstituée dans ses proportions statistiques, geographiques et financières, conformes à ce qu'elle étoit avant l'époque précitée. Pour cet effet S. M. l'Empereur de toutes les Russies promet de la manière la plus solennelle, d'appliquer aux équivalens que les circonstances pourroient exiger pour l'intérêt même des deux états, et à l'agrandissement de la Prusse, toutes les acquisitions qui pourroient être faites par Ses armes et les négociations dans la partie septentrionale de l'Allemagne, à l'exception des anciennes possessions de la maison d'Hanovre. Dans tous les arrangemens, il sera conservé entre les differentes provinces qui doivent rentrer sous la domination Prussienne, l'ensemble et l'arrondissement nécessaires pour constituer un corps d'état indépendant.

Article II.

Pour donner à l'article précédent une précision conforme à la parfaite intelligence qui existe entre les deux hautes Parties contractantes, S. M. l'Empereur de toutes les Russies garantit à S. M. le Roi de Prusse, avec Ses possessions actuelles, et particulièrement la vieille Prusse, à laquelle il sera joint un

riaire qui, sous les rapports, tant militaires que géographiques, lie cette province à la Silesie.

Les articles ci-dessus seront ratifiés dans le plus court délai possible. En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé les présentes de leurs propres mains et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Kalisch le $\frac{16}{28}$. février, l'an de grâce 1813.

Michel Prince Koutousoff de Smolensk.

Fait à Breslau le $\frac{14}{26}$. février, l'an de grâce 1813.

Charles Auguste Baron de Hardenberg.

XVIII.

Convention entre la Russie et la Prusse, sig à Kalisch le $\frac{26.\ mars}{7.\ avril}$ 1813.

L'article X. du traité de paix, d'amitié et d'alliance offen et defensive signé à Kalisch le $\frac{16}{28}$ février et à Breslau le $\frac{1}{1}$ même mois porte:

„qu'il sera conclu à la suite de ce traité une convention parée pour régler tout ce qui pourra être nécessaire relativ aux marches et à l'approvisionnement des armées de S. M. l'E pereur de toutes les Russies, tant qu'elles se trouvent dans états de S. M. Prussienne.“

Les deux hautes Parties contractantes, voulant en co quence satisfaire le plustôt possible aux stipulations du di ticle, ont nommé pour leurs Plénipotentiaires respectifs, sa

S. M. le Roi de Prusse:

Son Général-major et Conseiller intime d'état, Com Lottum, Chevalier de l'ordre de l'aigle rouge de la troi classe et de celui pour le mérite militaire;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Son Conseiller privé d'Anstett, Chevalier Grand-C de l'ordre de St. Wladimir de la deuxième et de Ste. Anne d première classe, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jerusa

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs tro en bonne et due forme, sont convenus des arrangemens et arrêté les articles suivans:

Article I.

Les prestations en vivres et fourages pour la subsistance des troupes Russes, tant que celles-ci se trouveront sur le territoire prussien, s'effectueront de la part de S. M. le Roi de Prusse. Les subsistances seront tirées immédiatement du pays même ou des magasins qui seront établis à cet égard. La même chose aura lieu dans le cas où l'armée Russe occuperoit une partie contigue du pays ennemi, qui ne seroit point en état de fournir les subsistances necessaires, et cela jusqu'à l'établissement des magasins.

Article II.

Les requisitions ne seront point adressées immédiatement aux autorités locales prussiennes, mais aux commissaires royaux qui seront nommés à cet effet. Il se trouvera, en conséquence, près la grande armée, un commissaire général, près les autres armées un commissaire en chef, et près chaque corps détaché un commissaire de marche. Ces différens employés seront revêtus d'une autorité suffisante pour qu'ils ne soient pas dans le cas d'solliciter pour agir une autorisation particulière.

Article III.

Les requisitions des magasins se feront par les commissaires civils, ou, en cas de besoin urgent, par les régimens ou les détachemens même. Les magasiniers ne seront, dans aucun cas, responsables si les quantités livrées sont dans la proportion légale. Ceux qui requièrent repondent de la requisition; cependant on dressera un tarif sur ces proportions, afin que, dans des cas particuliers, surtout pour le passage de quelques petits détachemens, on sache à quoi s'en tenir, et afin que l'on puisse se fonder sur une règle fixe en rejetant des demandes illégales.

Article IV.

Les grandes mesures d'approvisionnemens seront réglées au quartier général avec le commissaire en chef.

Article V.

Le charroi nécessaire au transport des objets indispensables

pour l'armée sera fourni par le pays. Cependant il sera pris
mesures pour que la requisition des chevaux se fasse stricte
d'après la mesure des besoins. Un ordre du jour réglera
tivement cet article. Cet ordre organique sera communiqué
tout où besoin sera aux commissaires en chef de marche.
mettre cependant plus de régularité et d'exactitude encore
cette partie essentielle du service de l'armée, il sera dés
dans les marche-routes que suivront les transports de ce g
de quatre en quatre milles, un endroit de déchargement
rechargement, et l'on attachera à chaque colonne de ce g
charroi un conducteur à cheval pris parmi les habitans,
surveiller les charretiers et soigner leur retour dans leurs
tations.

Article VI.

La Russie remboursera le montant des fournitures fai
la Prusse, selon les quantités documentées des livraisons,
des cas particuliers d'après le nombre des portions fournie
partie des livraisons sera payée comptant, une partie en
qui seront transportés dans des ports de la Baltique; une
en reconnoissances qui seront acquittées après la paix.

Article VII.

Pour donner à l'article ci-dessus la précision néce
l'égard des trois genres de remboursement indiqués, il a
pulé que deux huitièmes du payement se feront en assig
de banque russes, trois huitièmes en grains, et trois h
en reconnoissances. Il sera toujours payé chaque mois
une somme proportionnelle, et comme les comptes seront
en écus courans de Prusse, le cours des assignations de
russes contre cette monnoie se réglera chaque mois d'a
côtes imprimées de la bourse de St. Petersbourg; l'in
général de l'armée fournira ces côtes, ou bien les ac
pourront également s'effectuer en bonnes lettres de ch
des places d'Allemagne ou de la Prusse.

Article VIII.

L'évaluation du prix des denrées se fera d'après

moyen des marchés principaux de la Prusse. Pour avoir une mesure fixe et stable à cet égard pour toute l'année on prendra pour base le prix moyen des marchés de Janvier à Mai de l'année courante; et pour établir une réciprocité parfaite à l'égard du second mode de remboursement, les grains livrés par la Russie seront acceptés au même prix que ceux de la Prusse auront été portés en compte.

Article IX.

Les gouvernemens militaires prussiens rassembleront toutes les quittances données par les troupes russes et dresseront d'après elles, chaque mois un compte général des livraisons faites.

Ces comptes seront divisés dans les rubriques suivantes:

1. Le charroi.
2. Les livraisons documentées des productions en nature.
3. Les prestations faites par portions, sur lesquelles il existera des quittances ou sur lesquelles il n'en existera point, et qui ne seront attestées que par les autorités locales. Ce qui aura été pris par force ou abus hors de la catégorie des subsistances, formera l'objet des plaintes et de réclamations particulières.

Le montant des différentes quittances dont on indiquera le nbre en bloc, prouvera la quantité des prestations faites dans mois, et servira d'échelle pour l'avance à faire pour le mois vant. La liquidation spéciale, l'examen et la revision des doments servant de preuves aux livraisons, seront confiés à une mission particulière qui se rassemblera le plus tôt possible et s'établira à Koenigsberg.

Article X.

Les grands magasins de reserve à établir dans les provinces ussiennes ou adjacentes, où les achats de vivres dans l'étranger feront en commun, dans la proportion entre la Russie et la usse de cent cinquante à quatre-vingt. La manière dont la ussie voudra effectuer la constitution de sa part soit par des nsports d'autres provinces ou par achat, depend d'elle. Si les upes prussiennes tiroient de ces depôts plus qu'il n'auroit été

livré de leur part, cet excedant sera porté en deduction comptes courans, et vice versa.

Article XI.

Dans toutes les operations de ce genre qui auront l Prusse, ses employés y prêteront leurs services sans emol Les magasins qui se trouveront dans le pays au momen paix, c'est à dire la part de ces magasins qui aura été liv la Russie, sera abandonnée à la Prusse en à-compte des s qui resteront dues.

Article XII.

Les prestations sur les routes militaires à travers l prussiens seront faites par réquisition dans le pays; elles payées d'après le principe de l'article VIII.

Article XIII.

Quant au charroi necessaire au transport des trou celui des malades d'un hôpital à l'autre, ils seront payés les mêmes principes de l'article VIII; et selon la taxe fix l'armée prussienne. Sont exclus de cette catégorie to transports de vivres, ceux de blessés du champ de batai transit des articles de requisition venant d'autres province

Article XIV.

La Russie payera directement les frais de transport ou par terre de tous les objets non compris dans le dispos prestations à faire par la Prusse. Il sera determiné pour prix fixe pour les envois par eau; ce prix sera réglé autorités locales prussiennes sur le pied le plus modique genre de transport sur les canaux de Bromberg, de Finow l'Oder et sur l'Elbe.

Article XV.

La Prusse assignera pour les hôpitaux russes des cemens convenables, sans cependant être tenue à des d pour des arrangemens intérieurs. Le bois et la paille livrés par le pays; le reste de l'établissement et de l'en

sera fait par les autorités russes. Les autorités locales porteront aux hôpitaux la surveillance et les soins que doit leur prescrire l'humanité. Les médecins et chirurgiens seront tenus d'administrer leurs soins aux malades. Leurs honorairs seront réglés par le médecin en chef de l'armée russe. Quant aux hôpitaux déjà établis au de là de la Vistule les choses resteront sur l'ancien pied, c'est à dire que la somme pour la sustentation journalière de chaque malade, et tout ce qui a rapport à cet article, comme médicamens, linge, lits etc. demeure fixé à quinze et vingt gros de Prusse par jour. Si cependant il étoit démontré d'une manière positive, que cette somme n'est pas suffisante, surtout sous le rapport de médicamens, il sera fait directement à cet égard une réclamation près du maréchal commandant en chef les armées, qui, d'après les preuves qu'il aura acquises ordonnera quelques concessions de médicamens en nature. Dans tous les cas, il sera libre a l'armée russe de faire administrer ses hôpitaux de la manière qu'elle croira avantageuse, cet objet intéressant ne pouvant que faire celui de la sollicitude constante des Souverains.

Article XVI.

Quant aux cas particuliers qui resulteroient relativement aux approvisionnemens ou aux hôpitaux par suite de combats ou de mouvemens militaires subits qui ne sauroient être compris dans la présente convention parce qu'ils ne sauroient être déterminés d'avance, on s'en tiendra toujours aux principes généraux adoptés pour base, et l'on se conformera aux règles de l'intime harmonie et de la bonne intelligence qui régnent entre les deux états.

Article XVII.

La présente convention ressortira son plein et entier effet à dater du $\frac{\text{20. mars}}{\text{1. avril}}$ de l'année courante. Le troisième mode adopté pour le remboursement des livraisons prussiennes devant avoir lieu après la guerre, on commencera à s'occuper de cet objet trois mois après la signature de la paix et la liquidation sera conduite de manière à pouvoir être achevée dans le courant de l'année. Les prétentions pour toutes les fournitures ou prestations faites

avant l'époque du $\frac{\text{20. mars}}{\text{1. avril}}$ feront l'objet d'explications et d'u
arrangement particulier.

Article XVIII.

La présente convention a) sera ratifiée dans le plus co
délai possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé
y ont apposé le cachet de leurs armes.

A Kalisch le $\frac{\text{26. mars}}{\text{7. avril}}$ 1813.

(L. S.) Comte Lottum.
(L. S.) d'Anstettt.

a) Vergl: Convention supplémentaire à celle de Kali
entre la Prusse et la Russie, pour le passage des tr
pes russes à travers les états prussiens, sign
Vienne le 28. Mai 1815.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 129.

XIX.

Convention entre la Russie et la Prusse, signée à Breslau le $\frac{7}{19}$. mars 1813.

Les armées combinées de S. M. l'Empereur de toutes les Russies et de S. M. le Roi de Prusse étant sur le point d'entrer dans les états de la fédération du Rhin et dans les provinces du Nord d'Allemagne réunies à l'Empire Français, les deux Souverains ont jugé nécessaire de Se concerter tant sur les principes politiques à proclamer au moment de l'occupation de ces pays, que sur le mode d'après lequel ils doivent être administrés au plus grand avantage de la cause commune. A cet effet S. M. l'Empereur nomme Ses plénipotentiaires le Baron de Stein et le Comte de Nesselrode, le Roi de Prusse le Baron de Hardenberg et le Général de Scharnhorst, lesquels sont convenus des articles suivans:

Article I.

Il sera immédiatement publié au nom des deux Puissances souveraines une proclamation. Elle se borne à annoncer que les deux Puissances n'ont d'autre but que de soustraire l'Allemagne à l'influence et à la domination de la France et à inviter les Princes et les peuples à concourir à l'affranchissement de Leur Patrie. Tout Prince Allemand qui ne répondra pas à cet appel dans un délai fixé sera menacé de la perte de ses états.

Article II.

Il sera établi un Conseil central d'administration [a]) muni de

pouvoirs illimités. Les Puissances alliées nommeront chacu un membre à ce conseil. Pour le moment il sera composé d Délégués de la Russie et de la Prusse, à mesure que les arm des autres puissances prendront une part active aux opérati en Allemagne elles acqueront la faculté de nommer également membre à ce conseil et particulièrement le Roi d'Angleterre. Princes d'Allemagne qui accederont à la coalition n'auront qu nomination collective d'un membre.

Article III.

Les attributions du conseil consistent principalement à or niser dans les Pays occupés des administrations provisoires, les surveiller et de leur fixer des principes d'après lesquels doivent utiliser les ressources de ces pays en faveur de la ca commune.

Article IV.

Les revenus des pays occupés seront partagés entre Russie et la Prusse en parties égales. La Régence du d'Hanovre y participera dans la proportion du contingent qu fournira.

Article V.

Tous les pays qui seront occupés depuis la Saxe jusq frontières de la Hollande à l'exception des anciennes prov Prussiennes et de celles de la maison d'Hanovre, doivent êtr visés en cinq grandes sections, savoir:

1. La Saxe et les Duchés.
2. Le royaume de Westphalie à l'exception de l'Hanovr des anciennes provinces Prusiennes.
3. Les duchés de Berg de Westphalie et de Nassau.
4. Le département de la Lippe.
5. Les départemens des bouches de l'Elbe et le Mec bourg.

Article VI.

On proposera à chaque section un gouverneur civil et m taire. Le prémier dépendra du conseil central, le second du néral en chef pour tout ce qui a rapport aux opérations m

taires. Le gouverneur civil formera auprès de lui un conseil local provisoire qui l'assistera dans l'exercice de ses fonctions.

Article VII.

Le conseil central sera aussi chargé de régler tout ce qui tient à la levée des recrues, au système des réquisitions et des magasins pour les armées actives et aux armemens à exécuter dans les pays occupés.

Article VIII.

On y organisera

1. une armée de ligne,
2. une milice,
3. une levée en masse.

En donnant la promesse formelle à ces troupes que pourtant dans aucun cas elles ne serviront à un autre but qu'à celui de défendre l'Allemagne contre l'usurpation de la France, les formations auront lieu sous la protection d'un corps de l'armée alliée.

Article IX.

Le conseil central aura la faculté de choisir pour les places de gouverneurs et pour l'administration locale les individus qu'il jugera les plus propres à remplir ces fonctions, tant par leurs talens que par la considération dont ils jouissent auprès de leurs compatriotes.

Article X.

Les arrangemens contenus dans ce plan seront immédiatement annoncés à l'Autriche et à l'Angleterre.

Fait à Breslau le $\frac{7}{19}$ mars 1813.

Stein.
Nesselrode.
Hardenberg.
Scharnhorst.

a) Vergl: Acte de formation d'un Conseil administratif arrêté le $\frac{23.\ \text{mars}}{4.\ \text{avril}}$ 1813 à Kalisch.
de Martens recueil etc. Suppl. Tom. V. p. 566.

XX.

Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. le Roi de Prusse, signée à Reichenbach le 14. juin 1813.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

S. M. le Roi du royaume uni d'Angleterre et d'Irlande, et S. M. le Roi de Prusse ayant tous deux pour but d'assurer l'indépendance de l'Europe, ont pris la résolution de stipuler par convention expresse la nature et l'étendue des subsides et secours qu'ils doivent Se donner mutuellement. A cette fin ont nommé réciproquement Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande:

M. Charles William Stewart, Chevalier de l'ordre du bain etc., membre du Parlement du royaume uni, Lieutenant-général, et Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Prusse;

Et S. M. le Roi de Prusse:

Le Baron Charles Auguste Hardenberg, Son Chancelier d'état, Chevalier de l'aigle noir et de l'aigle rouge, de la couronne de fer, de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, des ordres Russes de St. André, St. Alexandre-Newsky et Ste. Anne, ainsi que des plusieurs autres ordres;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs sont convenus des articles suivans:

Article I.

Comme le but de la guerre actuelle est de retablir l'indé-

dans des états opprimés par la France, les deux hautes Parties contractantes se sont en conséquence engagées à diriger toutes leurs operations vers ce but; et comme pour l'atteindre il est absolument nécessaire de remettre la Prusse en possession de ses forces, et d'empêcher la France d'occuper plus longtemps aucune des places fortes dans le Nord de l'Allemagne, et d'exercer aucune influence dans cette partie, S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Brétagne et de l'Irlande S'engage à coopérer de toutes Ses forces à ce but. D'un autre côté S. M. le Roi de Prusse, qui, dans Ses négociations avec la Russie, a reservé expressement les droits de la maison de Brunswic-Lunebourg sur Hanovre, coopérera par tous les moyens en Son pouvoir pour que ladite Maison, ainsi que la Maison Ducale de Brunswic recouvrent leurs états héréditaires.

Article II.

La Prusse s'oblige à entretenir en campagne une armée de 80,000 hommes, outre les garnisons des forteresses.

Article III.

L'Angleterre s'oblige à remettre à la disposition de S. M. le Roi de Prusse pour l'année 1813 la somme de 666,660 livres Sterl. payable par mois. Elle contracte les mêmes obligations relativement au cinq millions de papier fédératif qui ont été stipulés dans le traité avec la Russie.

Article IV.

Pour remedier au manque d'argent comptant qui devient chaque jour plus sensible dans la circulation du continent, et pour réunir dans cette lutte importante tous les moyens qui peuvent en assurer le succès, les hautes Parties contractantes sont, de concert avec S. M. le Roi de Prusse, convenus d'émettre sous le nom d'argent fédératif des billets de banque payables au porteur.

a) La quantité de ce papier monnaye ne s'élevera pas au delà de cinq millions livr. Sterl., dont les trois Puissances contractantes se rendent garantes. Les deux tiers de cette somme

seront à la disposition de la Russie, et un tiers à celle de Prusse.

b) Le remboursement de cette somme de cinq millions liv Sterl. se fera par les trois Puissances et de manière que l'Ang terre sera chargée de trois sixièmes, la Russie de deux, et Prusse d'un sixième seulement.

c) Ce remboursement ne sera pas effectué avant le 1. juil 1815 ou six mois après la conclusion d'une paix définitive.

d) Les cinq millions livr. Sterl. d'argent fédératif, ainsi é au nom des trois puissances, ne seront appliqués qu'aux dépen de la guerre et pour entretenir les armées en activité.

e) Une commission nommée par les trois Puissances régl tout ce qui est relatif à la repartition de cette somme. Les pa mens se feront successivement mois par mois. Quant à ce concerne la forme, la garantie, l'émission. le transfer, la cir lation et le remboursement de ce papier monnaye, ce scra ré par une commission spéciale, et les stipulations à ce relati auront la même force et la même validité que si elles étoient à mot insérées dans le présent traité.

Article V.

Le gouvernement Anglais s'étant, d'après le II. arti chargé pour la somme de 500,000 livr. Sterl. de l'entretien d flotte Russe, S. M. l'Empereur de toutes les Russies consen Son côté, que S. M. Britannique employe la dite flotte dan mers d'Europe, comme Elle le jugera le plus convenable pour operations contre l'ennemi commun.

Article VI.

Quoiqu'il soit stipulé par la présente convention, que subsides de la Grande-Bretagne ne seront payés que durant l'a née 1813, néanmoins les hautes Parties contractantes, parce Leurs obligations mutuelles seront en vigueur aussi longtemps durera la guerre actuelle, promettent de s'entendre relativem à un nouveau secours, si, ce qu'à Dieu ne plaise, la guerre dur au delà du temps mentionné plus haut; puisqu'un nouveau trai auroit pour fin principale de donner encore plus d'extension Leurs efforts.

Article VII.

La marine Anglaise coopérera, dans les endroits où cela sera possible, à défendre les états Prussiens, à soutenir les entreprises militaires pour la cause commune et à protéger le commerce Prussien.

Article VIII.

Ce traité sera communiqué de suite à la Russie, à la Suède et à l'Autriche.

Article IX.

Il sera ratifié aussitôt que possible a).

En foi de quoi nous avons signé le présent traité et y avons apposé notre cachet.

Reichenbach le 14. juin 1813.

(L. S.) Charles Stewart.
(L. S.) C. A. de Hardenberg.

a) Article séparé et secret: Sa Majesté le Roi des royaumes unis de la Grande-Bretagne et d'Irlande S'engage, par le présent article séparé et secret, à contribuer à l'agrandissement de la Prusse si les succès des armées alliées le permettent, dans des proportions statistiques et géographiques pour le moins telles qu'elles étoient avant la guerre de mil huit cent six.

Vergl: Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. 7. (Heft 26) S. 281.

XXI.

Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, signée à Reichenbach le 15. juin 1813.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies n'ont épargné aucun sacrifice, négligé aucun effort pour mettre des bornes aux projets désastreux de l'ennemi de l'Europe. A une époque où la Providence a si manifestement béni Leurs armes, L. L. M. M. animées du desir de rendre aux peuples l'indépendance, la paix et le bonheur, et dans l'intention d'employer tous les moyens qui sont en leur pouvoir pour atteindre à ce but salutaire, sont convenues de régler, par une convention expresse, la nature des subsides en argent et des secours que les deux Couronnes se fourniront mutuellement dans la guerre présente. Elles ont nommé pour Leurs plénipotentiaires respectifs, savoir:

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande:

Guillaume Shaw, Vicomte Cathcart, Baron Cathcart et Greenock, un des Pairs du Parlement, Son Conseiller privé, Vice-amiral d'Ecosse et Général d'armée, Colonel du deuxième régiment des gardes du corps et Chevalier du très-ancien et très-noble ordre du Chardon etc., Son Envoyé extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur de toutes les Russies;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Le Comte Charles de Nesselrode, Son Conseiller privé, Secrétaire d'état, Chambellan actuel, Chevalier de l'ordre de St. Wladimir de la troisième classe; et

Jean d'Anstett, Son Conseiller privé, Grand-Croix de l'ordre de St. Wladimir de la deuxième, et de celui de Ste. Anne de la première classe, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jerusalem;

Lesquels après avoir verifié et échangé leurs pleinspouvoirs sont convenus des articles suivans:

Article I.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies fermement resolue à poursuivre la guerre actuelle avec la plus grande énergie, s'oblige à tenir constamment sur pied, indépendamment des garnisons des places fortes, cent soixante mille hommes de troupes de toutes armes.

Article II.

Pour concourir de Son côté au même but de la manière la plus efficace et la plus prompte S. M. le Roi de la Grande-Bretagne s'oblige à tenir à la disposition de S. M. l'Empereur de toutes les Russies les sommes suivantes pour les besoins de l'année 1813:

1. Un million cent trente trois mille trois cent trente quatre livres Sterl., payables à Londres;
2. L'Angleterre se charge de l'entretien de la flotte Russe qui se trouve actuellement dans les ports de la Grande-Bretagne, ainsi que des équipages qui la montent, dépense estimée à cinq cent mille livres sterling.

Article III.

La somme de 1,133,334 liv. Sterl. sera payée par mois de manière à ce que tout soit acquitté le 1. janv. 1814.

Article IV.

Pour remedier au manque d'argent comptant qui devient chaque jour plus sensible dans la circulation du continent, et pour réunir dans cette lutte importante tous les moyens qui

peuvent en assurer le succès, les hautes Parties contractantes sont, de concert avec S. M. le Roi de Prusse, convenus de mettre sous le nom d'argent fédératif des billets de banque payables au porteur.

a) La quantité de ce papier monnaye ne s'élevera pas au delà de cinq millions livr. Sterl., dont les trois Puissances contractantes se rendent garantes. Les deux tiers de cette somme seront à la disposition de la Russie, et un tiers à celle de la Prusse.

b) Le remboursement de cette somme de cinq millions livr. Sterl. se fera par les trois Puissances et de manière que l'Angleterre sera chargée de trois sixièmes, la Russie de deux, et la Prusse d'un sixième seulement.

c) Ce remboursement ne sera pas effectué avant le 1. juillet 1815 ou six mois après la conclusion d'une paix définitive.

d) Les cinq millions livr. Sterl. d'argent fédératif, ainsi émis au nom des trois puissances, ne seront appliqués qu'aux dépenses de la guerre et pour entretenir les armées en activité.

e) Une commission nommée par les trois Puissances réglera tout ce qui est relatif à la repartition de cette somme. Les payemens se feront successivement mois par mois. Quant à ce qui concerne la forme, la garantie, l'émission, le transfer, la circulation et le remboursement de ce papier monnaye, ce sera réglé par une commission spéciale, et les stipulations à ce relatives auront la même force et la même validité que si elles étoient mot à mot insérées dans le présent traité.

Article V.

Le gouvernement Anglais s'étant, d'après le II. article, chargé pour la somme de 500,000 livr. Sterl. de l'entretien de la flotte Russe, S. M. l'Empereur de toutes les Russies consent de Son côté, que S. M. Britannique employe la dite flotte dans les mers d'Europe, comme Elle le jugera le plus convenable pour les operations contre l'ennemi commun.

Article VI.

Quoiqu'il soit stipulé par la présente convention, que les subsides de la Grande-Brétagne ne seront payés que durant l'an-

née 1813, néanmoins les hautes Parties contractantes, parceque Leurs obligations mutuelles seront en vigueur aussi longtemps que durera la guerre actuelle, promettent de s'entendre relativement à un nouveau secours, si, ce qu'à Dieu ne plaise, la guerre duroit au delà du temps mentionné plus haut; puisqu'un nouveau traité auroit pour fin principale de donner encore plus d'extension à Leurs efforts.

Article VII.

Les hautes Parties contractantes agiront avec le plus grand accord relativement aux opérations militaires, et Se communiqueront franchement ce qui concerne Leur politique respective. Les Puissances susnommées s'obligent mutuellement à ne pas négocier séparément avec l'ennemi commun, et à ne conclure ni paix ni armistice, ni telle convention que ce soit, que d'un consentement mutuel.

Article VIII.

Il sera loisible d'avoir auprès des commandans en chef des différentes armées qui se trouvent en activité de service, des officiers accrédités qui auront la faculté de correspondre avec leurs cours, et de les tenir constamment au courant des événemens militaires, ainsi que de tout ce qui a rapport aux opérations de leurs armées.

Article IX.

La présente convention a) sera ratifiée aussitôt que possible. En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé de leur main la présente convention et y ont apposé leur sceau.

Fait à Reichenbach le $\frac{5}{15}$ Juin 1813.

(L. S.)	Cathcart.
(L. S.)	Charles Comte de Nesselrode.
(L. S.)	Jean d'Anstett.

a) Vergl: Convention supplémentaire des traités de Subside entre le Roi de la Grande-Bretagne d'une part, et l'Em-

pereur de toutes les Russies et le Roi de Prusse de l'autre, sig
à Londres le $\frac{15}{27}$. Septembre 1813.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. V. p. 577.

Traité entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de to
les Russies, signé à Peterswaldau le 6. juillet 1813.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. V. p. 573.

XXII.

Traités d'alliance*) signés à Toeplitz entre la Russie, l'Autriche, la Grande-Bretagne et la Prusse.

A. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre S. M. I. et R. l'Empereur d'Autriche et S. M. I. l'Empereur de toutes les Russies, signé à Toeplitz le $\frac{9. \text{ Septembre}}{28. \text{ Août}}$ 1813.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, animées d'un même désir de mettre un terme aux souffrances de l'Europe et d'assurer son repos futur par le rétablissement d'un juste équilibre des Puissances, ont résolu de continuer avec toutes les forces que la providence a mises en leur pouvoir, la guerre dans laquelle Elles Se sont engagées pour arriver à ce but, salutaire voulant en même temps étendre les effets d'un concert aussi bienfaisant au-delà de l'époque où, après avoir atteint le but de la guerre actuelle, Leur intérêt réciproque exigera le maintien de l'ordre des choses introduit par son heureuse issue, Elles ont, pour régler les articles d'un traité d'amitié et d'alliance défensive, nommé pour Leurs plénipotentiaires munis de Leurs instructions, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de
hème:

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire, Comte de Met
nich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de l'
de la toison d'or, Grand-Croix de l'ordre royal de St. Etien
Hongrie, Grand-aigle de la légion d'honneur, Grand-Cro
l'ordre de Wurzbourg de St. Joseph, Chevalier de l'ordre d
Jean, Chancelier de l'ordre militaire de Marie Thérèse, Cur
de l'académie Impériale des arts unis, Chambellan actuel de
I. et R. A., Son Conseiller intime et Ministre d'état et des
férences, et Ministre des affaires étrangères;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur Charles Robert Comte de Nesselrode,
Conseiller privé, Secrétaire d'état, Chambellan actuel et
valier de St. Wladimir de la troisième classe;

Lesquels, après l'échange de leurs pleinpouvoirs respe
trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des ar
suivans:

Article I.

Il y aura amitié, union sincère et constante entre S
l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S
l'Empereur de toutes les Russies et Leurs Héritiers et Su
seurs. Les hautes Parties contractantes apporteront en c
quence la plus grande attention à ce que l'amitié et la bonn
telligence soient maintenus entre Elles, et à éviter tout c
pourrait troubler l'union et le bon accord qui existent heu
ment entre Elles.

Article II.

S. M. l'Empereur d'Autriche garantit à S. M. l'Em
de toutes les Russies la possession de tous Ses états, pro
et domaines.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies garantit de Son
à S. M. l'Empereur d'Autriche, la possession de tous les
provinces et domaines qui appartiennent à la couronne de S
I. et R. Apostolique.

Article III.

En conséquence de cette garantie mutuelle, les deux hautes Parties contractantes travailleront constamment de concert aux mesures qui leur paroissent les plus propres au maintien de la paix en Europe, et dans le cas où les états de l'une ou de l'autre des Puissances seroient menacés d'une attaque, ils interviendront de la manière la plus efficace.

Article IV.

Comme néanmoins cette intervention promise mutuellement pourroit ne pas avoir l'issue desirée, L. L. M. M. I. I. s'engagent dès ce moment, pour le cas où l'une d'Elles seroit attaquée, à Se soutenir mutuellement avec un corps de soixante mille hommes.

Article V.

Cette armée consistera en cinquante mille hommes d'infanterie et dix mille hommes de cavalerie; elle sera pourvue d'un corps d'artillerie de campagne, avec les munitions et tous les objets nécessaires, le tout dans la proportion du nombre de troupes stipulé plus haut. L'armée auxiliaire sera, deux mois au plus tard après la requisition qui en aura été faite, sur les frontières de la Puissance attaquée ou menacée d'une invasion dans ses possessions.

Article VI.

L'armée auxiliaire est sous le commandement immédiat du général en chef de la Puissance requérante; elle sera conduite par son propre général, et employée à toutes les operations militaires d'après les règles de la guerre. La solde de l'armée auxiliaire sera payée par la Puissance requérante; les rations de vivres et de fourrages, ainsi que les logemens, seront, aussitôt que l'armée auxiliaire aura passée ses frontières, fournis par la Puissance requérante sur le même pied qu'elle entretient ou entretiendra ses propres troupes en campagne ou dans les quartiers.

Article VII.

L'ordre militaire et l'économie dans l'administration inté-

rieure de ces troupes dépendent uniquement de leur propre
Elles ne peuvent pas être séparées. Les trophées et le butin
levés à l'ennemi appartiennent aux troupes qui les ont conqu

Article VIII.

Dans le cas où le secours stipulé ne seroit pas suffisant
celle des hautes Parties contractantes qui seroit attaquée, S
l'Empereur d'Autriche et S. M. l'Empereur de Russie se r
vent, d'après l'exigence des conjonctures de s'entendre resp
vement sans délai sur une augmentation de secours.

Article IX.

Les hautes Parties contractantes se promettent réciproq
ment que, dans le cas où l'une des deux seroit obligée de pre
les armes, de ne conclure ni paix, ni armistice sans son al
afin que celle-ci ne puisse pas être attaquée en haine du sec
qu'elle aura fourni.

Article X.

Les envoyés et ambassadeurs des hautes Parties co
ctantes auprès des cours étrangères recevront ordre de se sout
par des interventions mutuelles, et d'agir parfaitement d'in
gence dans toutes les occasions qui concernent les intérêt
leurs Souverains.

Article XI.

Les hautes Parties contractantes n'ayant, dans la conclu
de ce traité d'amitié et d'alliance purement défensif, d'autr
que de se garantir mutuellement leurs possessions, et d'ass
autant qu'il dépend d'elles, la paix générale, non seulement
ne veulent pas par-là porter la moindre atteinte aux obliga
également défensives qu'elles ont contractées précédemment
particulier avec leurs alliés respectifs, mais elles se reser
mutuellement la liberté de conclure à l'avenir d'autres tr
avec les Puissances qui, loin par leurs alliances d'apporte
moindre préjudice ou des obstacles au présent traité, pour
lui donner encore plus de force et efficacité; elles promet
cependant de n'entrer dans aucun engagement contraire au

sent traité, et même de s'entendre en commun pour inviter à y prendre part les Cours qui sont animées des mêmes sentimens.

Article XII.

Le présent traité sera ratifié par S. M. l'Empereur d'Autriche et par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, et les ratifications en seront échangées dans quatorze jours, à compter du jour de la signature, ou plustôt, si faire se peut.

En foi de quoi, nous Plénipotentiaires soussignés, avons, en vertu de nos pleinpouvoirs, signé le présent traité d'amitié et d'alliance défensive et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Toeplitz $\frac{\text{9. Septembre}}{\text{28. Août}}$ de l'an 1813.

(L. S.) Signé: Clément Venceslas Lothaire Comte de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen.

(L. S.) Charles Robert Comte de Nesselrode.

Vergl: Actes relatifs aux mesures à prendre pour la réunion de toutes les forces disponibles en Allemagne, pour l'administration des provinces ennemies, l'approvisionnement de l'armée etc. — 21. oct. 1813 — 12. janvier 1814.

de Martens recueil etc. Suppl. Tom. V. p. 615.

Die Central-Verwaltung der verbündeten Mächte. 1814. S. 89.

Manifest Sr. Majestät des Kaisers von Oestreich, Königs von Ungarn und Böhmen, vom J. 1813, in den:

Ausgewählten Schriften von F. v. Gentz (herausg. von W. Weick). Bd. IV. S. 201—322.

B. Traité d'amitié et d'alliance défensive signé entre les Cours de Vienne et de Berlin, en date de Toeplitz le 9. Septembre 1813.

Dieser Vertrag, für Oestreich von dem Grafen von Metternich und für Preussen von dem Freiherrn von Hardenberg unterzeichnet, enthält hinsichtlich der contrahirenden Mächte dieselben Artikel, welche den Vertrag zwischen Oestreich und Russland vom 9. September 1813 (A.) bilden *a*).

Derselbe findet sich u. a. in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. (nouveau recueil Tom. I.) pag. 600—603.

Gesetz-Sammlung für die Preussischen Staaten, Jahrgang 1813. Nr. 198.

a) Article séparé et secret: La reconstruction de la monarchie autrichienne et de la monarchie prussienne, sur l'échelle la plus rapprochée de celle, où elles se trouvoient en 1805.

Vergl: de Martens recueil etc. Suppl. Tom. VII. p. 295.

C. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre les Cours de St. Petersbourg et de Berlin, signé à Toeplitz le $\frac{\text{9. Septembre}}{\text{28. Août}}$ 1813

Dieser Vertrag, für Russland von dem Grafen von Nesselrode und für Preussen von dem Freiherrn von Hardenberg unterzeichnet, enthält hinsichtlich der contrahirenden Mächte dieselben Bestimmungen, welche in den Artikeln II —XII. der Verträge zwischen Oestreich und Russland, und Oestreich und Preussen vom 9. September 1813 (A. B.) enthalten sind.

Derselbe findet sich in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. pag. 604—607.

Gesetz-Sammlung für die Preussischen Staaten. Jahrgang 1813. Nr. 199.

D. Traité préliminaire d'alliance entre la Grande-Brétagne et l'Autriche, signé à Toeplitz le 3. Octobre 1813.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême, et S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande animées du désir de renouveler l'amitié et le bon accord entre Leurs couronnes et Leurs états respectifs, et pénétrées de la nécessité de convenir d'un commun accord dans le dessein d'accélérer l'époque si vivement désirée d'une paix générale, qui, par le retablissement d'un juste équilibre entre les Puissances assure la tranquillité et le bonheur de l'Europe sous la garantie de bases solides et durables, sont, pour l'obtention de ce double but, convenues de conclure la présente alliance préliminaire.

A ces fins, Leurs dites Majestés ont nommé Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême:

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Comte de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la toison d'or, Grand-Croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, des ordres Russes de St. André, St. Alexandre-Newsky et Ste. Anne, ainsi que des ordres Prussiens de l'aigle noir et de l'aigle rouge, et de plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'académie impériale des arts réunis, Chambellan actuel de S. M. I. et R. A., Son Conseiller privé, et Ministre des conférences, ainsi que Son Ministre des affaires étrangères;

Et S. M. le Roi de la Grande-Bretagne:

Le Sieur George Gordon Comte d'Aberdeen, Vicomte de Formaline, Lord Raddy Methlèc, Tarvis et Kelie etc., l'un des Seize Lords Ecossais dans la chambre haute, Chevalier de l'ordre très-ancien et très-noble ordre du chardon, Son Ambassadeur extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès de S. M. I. et R. Apostolique;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs respecti sont convenus des articles suivans :

Article I.

Il y aura amitié et concorde sincère et constante entre S. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, L Héritiers et Successeurs ; et les anciens rapports entre les Cours seront rétablis dans toute leur étendue. Les deux P contractantes porteront, en conséquence, la plus grande atte à ce qu'une amitié réciproque et un bon accord soient maint entre Elles, et à ce que tout ce qui pourroit troubler la conc et la bonne intelligence si heureusement rétablies entre Elles, évité ; Elles conviendront au plustôt des articles d'un traité liance définitive.

Article II.

S. M. l'Empereur d'Autriche, fermément resolue de c nuer avec toute la vigueur possible la présente guerre, s'en à employer toutes Ses forces aux opérations actives contre nemi commun.

Article III.

S. M. le Roi de la Grande-Bretagne s'engage, de Son à soutenir de tous les moyens qui sont en Son pouvoir les e de l'Autriche.

Article IV.

Les deux Parties contractantes agiront dans les opéra militaires avec la plus parfait accord. Elles se communiqu sans réserve tout ce qui concerne leur politique. Avant tout s'obligent réciproquement à n'entamer avec l'ennemi co aucune négociation séparée, et à ne conclure aucune paix, pension d'armes, ni telle convention que ce soit, que d'un c mun accord.

Article V.

Il sera accrédité, auprès des commandans en chef, des ciers qui auront le droit de correspondre avec leurs cours e

les tenir continuellement au courant des évènemens militaires et de tout ce qui se rapporte aux opérations de cette armée.

Article VII.

Les relations commerciales entre les deux pays sont respectivement rétablies.

Article VIII.

Le présent traité sera communiqué aux Alliés des deux Cours.

Article VIII.

Il sera réciproquement ratifié dans deux mois, ou plustôt, si faire se peut.

En foi de quoi nous, Plénipotentiaires soussignés, en vertu de nos pouvoirs, avons signé le présent traité préliminaire d'alliance, et y avons fait apposer notre sceau.

Fait à Toeplitz, le 3. Octobre 1813.

(L. S.) Signé: Clément Venceslas Lothaire Comte de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen.

(L. S.) Aberdeen.

XXIII.

Traités d'accession à la grande alliance de 1813.

A. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et la Bavière, signé à Ried, le 8. Octobre 1813 *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. le Roi de Bavière animés d'un égal désir de rétablir des rapports que des circonstances malheureuses avaient rompus, et assurés que Leur union la plus intime devra essentiellement contribuer au bien être de Leurs états, et S. M. le Roi de Bavière ayant acquis la conviction, que les efforts faits par les Puissances alliées pour faire cesser les malheurs de la guerre, ont été infructueux, s'étant décidé en conséquence a s'unir d'intentions avec les Puissances engagées dans la présente guerre contre la France et à concourir avec Elles par tous les moyens en Son pouvoir au but du rétablissement d'un équilibre entre les Puissances, propre à assurer à l'Europe un état de paix véritable, ont nommé pour arrêter les préliminaires d'une alliance, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

S. A. le Prince Henri XV. de Reuss-Plauen, Grand-Croix de l'ordre impérial de St. Léopold, Chevalier de l'ordre

militaire de Marie-Thérèse et de celui de St. Hubert de Bavière, Général de cavalerie de Ses armées, Propriétaire d'un régiment d'infanterie à Son service; et

S. M. le Roi de Bavière:

S. E. Charles Philippe Comte de Wrede, Général de cavalerie, Membre de la section de la guerre du conseil d'état, Grand-Cordon des ordres militaire et civil de la Couronne de Bavière, Grand-Officier de la légion-d'honneur de France;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs sont convenus des articles suivans [b]):

Article I.

A partir du jour de la signature du présent acte, il y aura paix et amitié entre L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Bavière, Leurs Héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets à toute perpétuité, et les rapports de commerce et autres entre les deux états seront rétablis tels qu'ils existoient avant la guerre.

Article II.

L'alliance entre les deux hautes Parties contractantes aura pour but la coopération la plus active des deux Puissances pour le rétablissement d'un ordre des choses en Europe, qui assure à elles l'indépendance et leur tranquillité future. La Bavière en conséquence se dégage des liens de la confédération du Rhin, et se joindra immédiatement ses armées à celles des Puissances alliées.

Article III.

Par suite de l'article précédent, les hautes Parties contractantes sont convenues de s'aider avec tous les moyens que la Providence a mis à Leur disposition et à ne pas poser les armes que d'un commun accord.

Article IV.

S. M. l'Empereur d'Autriche garantit [c]) tant en Son nom, qu'au nom de Ses Alliés à S. M. le Roi de Bavière, la jouissance libre et paisible, ainsi que la Souveraineté pleine et entière de

tous les états, villes, domaines et forteresses dont elle se trou
en possession avant le commencement des hostilités.

Article V.

L'armée Bavaroise fera partie de la grande armée Autrichie
elle sera sous le commandement du général en chef de cette ar
et sous les ordres immédiats d'un général Bavarois; elle
pourra être séparée ni disséminée, mais restera constam
unie en corps, agissant sous ses propres officiers et soumise
la discipline et l'économie à ses réglemens particuliers. S
défense de la propre patrie rendoit son secours nécessaire,
pourra y entrer sans difficulté [d]).

Article VI.

L'armée Bavaroise et l'armée Autrichienne commencer
coopérer à dater de la ratification du présent traité.

Article VII.

Les trophées, butin et prisonniers faits sur l'ennemi a
tiendront aux troupes qui l'ont pris.

Article VIII.

Les hautes Parties contractantes procéderont immédiat
à la négociation d'un traité formel d'alliance.

Article IX.

Elles se réservent également la faculté de conclure une
vention de cartel à la suite du présent traité.

Article X.

Les deux hautes Parties contractantes s'engagent for
ment à n'entrer dans aucun arrangement ou négociation p
paix que d'un commun accord et elles se promettent de la ma
la plus solemnelle de n'écouter aucune insinuation ou propos
qui leur seroit addressée directement par le cabinet Français
se la communiquer réciproquement.

Article XI.

Le présent traité sera ratifié par S. M. I. et R. A. et S. M. le Roi de Bavière et les ratifications en seront échangées dans l'espace de huit jours à compter du jour de la signature ou plustôt si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés, en vertu de nos pleinpouvoirs, avons signé le présent traité, et y avons apposé le cachet de nos armes.

Fait à Ried, le 8. Octobre 1813.

(L. S.) Henri XV, Prince de Reuss.
(L. S.) Le Comte de Wrede.

Articles séparés et secrets.

Le but des Puissances en guerre contre la France ne pouvant être atteint, et les heureux résultats de leurs efforts ne pouvant être assurés que par une juste répartition des forces respectives des Puissances et par l'établissement de leurs limites sur des bases naturelles et réciproques convenables, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Bavière voulant écarter dorénavant toutes les difficultés qui, dans l'application de ce principe à l'époque de la paix, pourraient se présenter entre elles, sont convenus des arrangemens suivans, savoir:

Article I.

Les deux hautes Puissances contractantes regardent comme un des objets principaux de leurs efforts, dans la guerre actuelle, la dissolution de la confédération du Rhin, et l'indépendance entière et absolue de la Bavière, de sorte que, dégagée et placée hors de toute influence étrangère, elle jouisse de la plénitude de la souveraineté.

Article II.

S. M. le Roi de Bavière Se prêtera à toutes les cessions, qui seront jugées nécessaires pour assurer aux deux états une ligne militaire convenable.

Article III.

S. M. l'Empereur d'Autriche S'engage en retour, pour Lui même et de concert avec Ses alliés, à employer Son interventi la plus efficace, et s'il en est besoin, toutes Ses forces à l'ef de procurer à S. M. le Roi de Bavière l'indemnité la plus compl et calculée sur les proportions géographiques, statistiques financières des provinces cédées; ladite indemnité devra être à bienséance du royaume de Bavière, et de manière à former av lui un contigu complet et non interrompu e).

Article IV.

La situation géographique des deux états exigeant une n velle démarcation entre eux, S. M. I. et R. A. promet, de c cert et sous la garantie des Puissances alliées, à S. M. Bavar une pleine et entière indemnité pour les cessions qu'en suite ce principe la Bavière seroit dans le cas de faire à l'Autric Tout changement dans l'état des possessions actuelles de la vière est toutefois expressément réservé à l'époque de la pa cation future, et ne pourra avoir lieu que par un arrangem de gré à gré entre les deux Puissances.

Article V.

Quoique S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Ro Bavière aient consacré au soutien de la cause qu'elles defend la totalité de Leurs forces, ils prennent encore l'engage formel de maintenir Leurs armées au plus grand complet pen toute la durée de la guerre actuelle. Cependant pour pré davantage Leurs engagemens à cet égard, ils promettent tenir chacun constamment en campagne, savoir S. M. l'Emp d'Autriche pour le moins 150,000 hommes, et S. M. le R Bavière pour le moins 30,000 hommes, les garnisons des p de l'intérieur non comprises, et d'augmenter le nombre en a que Leurs moyens le permettront.

Article VI.

Les hautes Puissances contractantes se réservent de c nir, le plutôt que faire se pourra, des arrangemens mili

alliés, que pourroit exiger la coopération de l'armée Bavaroise avec l'armée Autrichienne [1].

Article VII.

Les opérations militaires exigeant, que le Tyrol soit ouvert aux troupes autrichiennes, S. M. le Roi de Bavière n'y mettra aucun obstacle, et promet d'y traiter lesdites troupes, comme les siennes propres, et de leur prêter tous secours nécessaires pour atteindre le but devenu désormais commun entre les Puissances contractantes. Si par la suite des circonstances inattendues, l'armée passeroit de l'offensive à la defensive, S. M. le Roi de Bavière, dans le cas que Ses troupes ne fussent pas à portée de défendre le Tyrol bavarois, ne mettra aucun obstacle à ce que celles de S. M. l'Empereur d'Autriche se portent partout où les intérêts de la Bavière l'exigent, en observant les stipulations particulières dont on est convenu à cet égard.

Article VIII.

En conséquence de l'union intime de principes et d'intentions, qui règne entre les Puissances alliées, S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur Elle de promettre à leur nom, que du moment que le présent traité aura reçu sa sanction, les hostilités cesseront entre les troupes alliées et celles de S. M. le Roi de Bavière. S. M. I. et R. d'Autriche est également prête à interposer Ses bons offices auprès de L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse, pour faciliter la restitution réciproque des prisonniers faits sur l'armée bavaroise par les Puissances alliées.

Article IX.

Dans le cas, que S. M. le Roi de Bavière désireroit l'entremise des bons offices de l'Autriche pour faciliter un arrangement avec l'Angleterre, l'Autriche est prête à les faire valoir auprès de cette Puissance.

Article X.

S. M. l'Empereur d'Autriche prend également l'engagement de faire accéder L. L. M. M. l'Empereur de Russie et le Roi de

Prusse, par un acte formel d'adhésion et de garantie aux artic
tant patents que secrets du présent traité.

Article XI.

Les articles secrets auront la même force et valeur, s'ils étaient insérés dans le traité présent.

En foi de quoi nous soussignés, en vertu de nos pleinp voirs, les avons signés et munis du s) cachet de nos armes.

Fait à Ried, le 8. Octobre 1813.

(L. S.) Henri XV, Prince de Reuss.
(L. S.) Le Comte de Wrede.

a) Russland und Preussen sind diesem Vertrage beigetre

b) Baiern gab das Beispiel des Beitritts zum grossen Bunde focht schon bei Würzburg und Hanau für die gemeinschaftliche Sa Jenem Beispiele folgte Württemberg durch den Vertrag vo November, und demnächst Baden durch den Vertrag vom 20. vember 1813.

Die Artikel, welche den Zweck des Bündnisses, die tel um dessen Erfolg sicher zu stellen, die Garantie wie die Cessionen und Entschädigungen betreffen, sin jedem der drei Verträge enthalten, jedoch hin und wieder in vers denen Ausdrücken und unter verschiedenen Bedingung

Während in allen dreien die Auflösung des Rheinbundes stip und vollständige Ruhe und Unabhängigkeit zugesichert wurde, s in letzterer Hinsicht doch nur Baierns politische Stellung zu andern Mächten ganz genau und fest bezeichnet, während die Württemberg und Baden noch von künftigen Bestimmu abhängig gemacht wird.

Vergl: Art. 2 und den 1. geheimen Artikel der Verträge von F und Fulda;

den Eingang und den 1. und 2. geheimen Artikel des Fr furter Vertrages.

c) Dem Könige von Baiern wurde der freie und ruhige B seiner Staaten, so wie die volle und unumschränkte Souverai garantirt, und zwar noch verbindlicher und umfassender als Könige von Württemberg (Art. 4 des Vertrages von Fulda). Grossherzoge von Baden wurden seine Besitzungen und seine

veranlaßt unter der Bedingung garantirt, dass er sich rücksichtlich derselben, so wie überhaupt, den Verfügungen gemäss benähme, welche definitiv zur Aufrechthaltung der Unabhängigkeit Deutschlands getroffen werden würden (Art. 4 des Frankfurter Vertrages).

d) Dies Recht, seine Armee zurückzurufen, wenn die Vertheidigung seiner eigenen Staaten deren Hülfe nothwendig machen würde, wurde allein Baiern vorbehalten, während diese Begünstigung in den Verträgen mit Württemberg und Baden nicht ausgesprochen ist (s. Art. 5 des Vertrages von Fulda und Art. 3 des Frankfurter Vertrages).

e) Vergl. dagegen: den 2. geheimen Artikel des Vertrages von Fulda und den 2. geheimen Artikel des Frankfurter Vertrages.

f) Eine ähnliche Bestimmung findet sich in den beiden andern erwähnten Verträgen nicht.

g) Vergl: Convention entre S. M. Impériale d'Autriche et S. M. le Roi de Bavière, signé à Paris, le 3. juin 1814. de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI, p. 18.

B. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et le Wurtemberg, signé à Fulde, le 2. Novembre 1813.

Dieser Namens Oestreichs von dem Fürsten v. Metternich und Namens Württembergs von dem Grafen v. Zeppelin unterzeichnete Vertrag enthält hinsichtlich der contrahirenden Mächte zum Theil dieselben Bestimmungen a), wie der Vertrag zwischen Oestreich und Baiern vom 8. October 1813 b). Abweichend sind:

Article IV.

S. M. l'Empereur d'Autriche garantit tant en Son nom qu'au nom de Ses Alliés à S. M. le Roi de Wurtemberg la souveraineté et la jouissance libre et paisible de Ses états.

Article V.

L'armée Wurtembergeoise fera partie de la grande armée autrichienne et alliée. Elle sera sous le commandement du général

en chef de cette armée, et sous les ordres immédiats d'un général Wurtembergeois; elle restera constamment unie en corps, agissant sous ses propres officiers, et soumise pour la discipline et l'économie à ses réglemens particuliers.

Articles séparés et secrets *).

Die von den Bestimmungen des Vertrages mit Baiern abweichenden Stellen sind:

Article I.

..... du Rhin, S. M. le Roi de Wurtemberg dégagé de tout lien constitutionnel étranger, jouira en conséquence de toute Sa souveraineté, sous la garantie des rapports politiques qui devront être la suite des arrangemens à prendre à l'époque de la paix future dans la vue de retablir et assurer l'indépendance et la liberté de l'Allemagne.

Article II.

S. M. le Roi de Wurtemberg Se prêtera à toutes les cessions qui seront jugées nécessaires pour atteindre le but indiqué dans l'article précédent, et fixer des rapports géographiques, militaires et politiques des états de l'Allemagne d'une manière conforme à ce but. S. M. l'Empereur d'Autriche donne néanmoins à S. M. le Roi de Wurtemberg la garantie formelle que ces cessions ou reviremens ne sauroient point être étendus à d'anciennes possessions Wurtembergeoises.

Article III.

S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage en retour, pour Elle-même et de concert avec Ses alliés, à procurer à S. M. le Roi de Wurtemberg, en échange des cessions qu'Elle pourroit être dans le cas de faire, une indemnité aussi complète que le permettra la masse des objets disponibles à la paix, et la plus rapprochée des dimensions présentes du royaume. Cette indemnité sera fixée, autant que possible, à la convenance du royaume de Wurtemberg et de manière à former avec lui un contigu complet et non interrompu.

Article IV [c]).

.... et S. M. le Roi de Wurtemberg pour le moins 12,000 hommes.

c) Die Bestimmung des Art. VI des Vertrages mit Baiern fehlt.

b) Dem Vertrage zwischen Oestreich und Würtemberg ist der König von Preussen beigetreten durch die Accessions-Urkunde vom 21. November 1813, gezeichnet zu Frankfurt a. M.

c) Auch diesen Artikeln ist der König von Preussen durch eine besondere, zu Frankfurt a. M. unterzeichnete, Accessions-Urkunde beigetreten.

Sowohl diese, als die oben erwähnte, findet sich u. a. in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. pag. 645. 648.

d) Die Bestimmungen der Artikel IV, VI, VII des Vertrages mit Baiern fehlen.

C. Traité entre S. M. le Roi de Prusse [a]) et S. A. R. le Grand-Duc de Bade pour l'admission de celui-ci à la grande alliance, signé à Francfort s. M., le 20. novembre 1813 [b]).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse animé ainsi que tous Ses Augustes alliés du désir de rallier les Souverains de l'Allemagne à la cause commune et de les faire participer aux bienfaits de l'indépendance de Leur patrie, admet pour Sa part à la grande alliance S. A. R. le Grand-Duc de Bade.

Pour déterminer les conditions de cette admission S. M. le Roi de Prusse a nommé et donné Ses pleinpouvoirs au

Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'état, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A., Chevalier des ordres de Prusse de l'aigle rouge, de la croix de fer, et de Ste. Anne de Russie;

Et S. A. R. le Grand-Duc de Bade ayant nommé de S
côté et muni de Ses pleinpouvoirs:

Le Sieur Sigismond Charles Jean Baron de Reitzenstei
Son Ministre d'état et du cabinet, Grand-Croix de l'ordre de
fidélité;

Les plénipotentiaires respectifs sont convenus et ont arr
les articles suivans:

Article I.

S. A. R. le Grand-Duc de Bade renonce pour Lui et S
Successeurs à la confédération du Rhin et à tous les liens, devo
et obligations qui en résultent pour Eux.

Article II.

S. A. R. s'engage au contraire à soutenir la cause de l'Ind
pendance de l'Allemagne par tous les moyens en Son pouvoir.

Article III.

Les secours que S. A. R. sera tenue de fournir à la cau
commune sont specifiés dans un instrument séparé qui doit ê
envisagé comme partie intégrante du présent traité.

Article IV.

S. M. le Roi de Prusse garantit à S. A. R. le Grand-D
de Bade Sa souveraineté et Ses possessions.

Par contre S. A. R. s'engage à se conformer à cet egard
en général aux engagemens qu'exigera l'ordre des choses q
sera définitivement établi pour le maintien de l'indépendance
l'Allemagne.

Article V.

Le présent traité d'alliance sera ratifié et les ratifications
seront échangées dans le plus court délai possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé
y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur Mein, le 20. novembre, l'an
grâce 1813.

(L. S.) Charles Guillaume Baron de Humbold
(L. S.) Sigismond Charles Jean Baron de Rei
zenstein.

Articles séparés et secrets.

Article I.

S. A. R. le Grand-Duc de Bade se prêtera à toutes les cessions qu'exigeront les arrangemens futurs en Allemagne, calculés pour le maintien de la force et de l'indépendance de ce pays.

Article II.

S. M. le Roi de Prusse s'engage par contre à s'employer à procurer à S. A. R. en retour de ces cessions si elles devenoient nécessaires, une indemnité compatible avec la masse des objets qui seront disponibles à l'époque de la pacification et avec le but énoncé ci-dessus et les plus rapprochées des dimensions actuelles des états de S. A. R.

Les présents articles séparés et secrets auront la même force et valeur comme s'ils étoient insérés de mot à mot au traité principal de ce jour.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé ces articles séparés et secrets et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur Mein, le 20. novembre, l'an de grâce 1813.

(L. S.) Charles Guillaume Baron de Humboldt.
(L. S.) Sigismond Charles Jean Baron de Reitzenstein.

a) Verträge desselben Inhalts sind von Oestreich und Baden, wie von Russland und Baden abgeschlossen worden.

b) Vermittelst ähnlicher Verträge haben auch mehrere andere deutsche Fürsten den Zutritt zur Allianz erhalten, vergl. u. a:

Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche etc. et S. A. S. le Grand-Duc de Hesse pour l'admission de celui-ci à la grande alliance, signé à Francfort s. M., le 23. novembre 1813.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 97.

Traité d'alliance entre l'Autriche et ses alliés et les Duc et Prince de Nassau, signé à Francfort s. M., le 23. novembre 1813.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 99.

Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche etc. et S. A. S. Duc de Saxe-Cobourg-Saalfeld pour l'admission celui-ci à l'alliance, signé à Francfort s. M., le 2 novembre 1813.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 109.

D. Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche Ses Alliés d'une part et S. A. S. E. l'Electe de Hesse de l'autre, signé à Francfort sur Mein, le 2. décembre 1813 *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et Bohême, d'accord avec Ses Augustes alliés, désirant concourir retablissement de Son Altesse Sérénissime Electorale de He dans Ses droits et possessions, et déterminer les secours que S Altesse Sérénissime Electorale fournira à la cause commune, moment où Elle sera admise à la grande alliance dont l'indép dance de l'Allemagne est un des principaux objets, a nomm donné Ses pleinpouvoirs au

Sieur François Baron de Binder de Kriegelste Grand-Croix de l'ordre du mérite civil de Wurtemberg;

Et S. A. S. E. ayant nommé et muni de Ses pleinpouvoi

Le Sieur Maurice de Muller, Colonel à Son service; et

Le Sieur Georges Ferdinand Baron de Lepel, Son C seiller privé de legation et Chambellan.

Les plénipotentiaires sont convenus des articles suivans :

Article I.

S. A. S. E. rentre dès ce moment dans la partie de possessions qui a été réunie au royaume de Westphalie et Grand-Duché de Francfort, de mêmes des Salines de Nau et du Comté de Nieder-Katzenelinbogen.

Article II.

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, garantit à S. A. S. E. de Hesse Sa Souveraineté et Ses possessions.

S. A. S. E. permet par contre de Se conformer à cet égard et en général, aux arrangemens qui seront jugés nécessaires au moment de la pacification, pour le maintien de l'indépendance de l'Allemagne.

Article III.

Toutes les ventes de propriétés Hessoises faites par le Gouvernement du Grand-Duc de Francfort sont déclarées de nulle valeur et envisagées comme non-avenues. Si cependant il avoit été payé par les acquereurs de bonne foi quelques termes à compte du prix de l'achat, S. A. S. E. en bonifiera le montant d'après une liquidation régulière.

Article IV.

S. A. S. E. en entrant dans l'Alliance, s'engage à soutenir de tous Ses moyens la cause de l'indépendance de l'Allemagne.

Article V.

Pour préciser davantage les secours auxquels S. A. S. E. est tenue envers la cause commune, Elle s'oblige à fournir immédiatement un contingent de 12,000 hommes de troupes de ligne, et de 12,000 hommes de Landwehr, et à organiser le Landsturm. La composition, l'organisation et l'emploi de ces différentes troupes étant détaillées d'une manière positive dans l'instrument annexé sub Lit. A. cet acte organique sera envisagé comme s'il était inséré mot à mot au présent traité.

Article VI.

S. A. S. E. s'engage à rétablir sans délai à Ses frais la forteresse de Hanau.

Article VII.

S. A. S. E. s'engage de même à Se conformer aux mesures analogues qui ont été adoptées pour les prestations à faire aux

armées, ainsi que pour la constitution des fonds nécessaires à continuation de la guerre. Ces deux objets se trouvant dévelo pés dans les annexes B et C ces pièces sont également envisagé comme partie intégrante du présent traité.

Article VIII.

Le présent traité d'alliance sera ratifié, et les ratificatio en seront échangées dans le plus court délai possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 2. décembre, l'an grâce 1813.

(L. S.) Binder.
(L. S.) Maurice de Muller.
(L. S.) Georges Ferdinand de Lepel.

Articles séparés et secrets.

Article I.

Les parties des états de S. A. S. E. de Hesse qui ont pa sous la domination du Grand-Duc de Hesse reviendront à S. S. E., au moment de la paix générale, en vertu d'un arrangem de famille entre Elle et cette branche de Sa maison, qui s garanti par les Puissances alliées.

Article II.

S. A. S. E. rentrant dans la possession des Salines de N heim le jour de la signature du présent traité, les sels qui trouvent le 30. novembre restent à la disposition du départem central d'administration.

Article III.

S. A. S. E. s'engage à retablir les états de Son pays d les constitutions et priviléges dont ils jouissaient en 1805, s que pour cela aucun individu puisse se soustraire aux char communes.

Article VI.

S. A. S. E. laissera subsister dans son état présent la di

tion des postes du Prince de la Tour et Taxis dans les comtés de Hanau et de Nieder-Katzenellnbogen jusqu'au moment d'une organisation définitive de cette administration qui aura lieu à la paix.

Article V.

La ville de Cassel ayant été, sous le régime Westphalien, le dépôt de toutes les Archives, il sera nommé une commission chargée de séparer les papiers, actes et documens appartenans aux provinces qui composaient le royaume de Westphalie. Les commissaires de S. A. S. E. recueilleront ceux qui reviennent aux pays qui rentrent sous Sa domination, et on en nommera pour les provinces qui retournent à d'autres Souverains, ou qui se trouvent sous administration provisoire. La même commission sera chargée de séparer et de régler tous les intérêts qui ont été communs jusqu' ici aux différentes provinces du royaume de Westphalie.

Article VI.

Le même principe s'applique aux possessions Hessoises qui avoient été incorporées au Grand-Duché de Francfort.

Les présens articles séparés et secrets auront la même force et valeur comme s'ils se trouvaient textuellement insérés au traité conclu ce jour.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs les ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur Mein, le 2. décembre 1813.

(L. S.) Binder.
(L. S.) Maurice de Muller.
(L. S.) George Ferdinand de Lepel.

a) Vergl. auch: Traité préliminaire d'union et de cessions reciproques entre les branches de la maison d'Orange et de Nassau, signé à Francfort le 26. novembre 1816.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 111.
Traité entre S. A. R. le Prince d'Orange Prince-Souverain des Pays-Bas et les Duc et Prince Souverains de Nassau, signé à la Haye le 14. juillet 1814.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 23.

XXIV.

Traité d'alliance entre l'Autriche, la Russie, Grande-Bretagne et la Prusse, signé à Chaumon le 1. Mars 1814 [a]).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, l'Empere d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. l'Empereur toutes les Russies, S. M. le Roi du royaume-uni de la Gran Bretagne et de l'Irlande, et S. M. le Roi de Prusse, ayant parvenir au Gouvernement Français des propositions pour conclusion d'une paix générale, et désirant, au cas que la Fra refusât les conditions de cette paix, resserrer les liens qui unissent pour la poursuite vigoureuse d'une guerre, entrepr dans le but salutaire de mettre fin aux malheurs de l'Europe, d assurer le repos futur par le rétablissement d'un juste équili des Puissances, et voulant en même temps, si la Provide bénissoit leurs intentions pacifiques, déterminer les moyens maintenir contre toute atteinte l'ordre des choses, qui aura l'heureux résultat de leurs efforts, sont convenus de sanction par un traité solennel, signé séparément par chacune des qua Puissances avec les trois autres [a]), ce double engagement.

En conséquence S. M. I. et R. A. a nommé pour discut arrêter et signer les conditions du présent traité avec S. l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur Clément Wenceslas Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la Tois d'or etc. etc., Son Ministre d'état, des conférences et des affai étrangères;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies ayant nommé de Son côté:

Le Sieur Charles Robert Comte de Nesselrode, Son Conseiller privé, Secrétaire d'état etc. etc.;

Les dits Plénipotentiaires, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Les hautes Parties contractantes ci-dessus dénommées s'engagent solennellement l'une envers l'autre par le présent traité, et pour le cas où la France refuserait d'accéder aux conditions de la paix proposée, de consacrer tous les moyens de leurs états respectifs à la poursuite vigoureuse de la présente guerre contre elle, et de les employer dans un parfait concert, afin de se procurer à elles-mêmes et à l'Europe une paix générale, sous la protection de laquelle les droits de la liberté de toutes les nations puissent être établis et assurés.

Cet engagement ne pourra pas porter préjudice aux stipulations, que les états respectifs ont déja contractées rélativement au nombre de troupes à tenir en campagne contre l'ennemi, et il est bien entendu, que les Cours d'Autriche, de Russie, d'Angleterre et de Prusse s'engagent par le présent traité à tenir constamment en campagne chacune cent-cinquante-mille hommes au complet, sans compter les garnisons, et de les employer activement contre l'ennemi commun.

Article II.

Les hautes Parties contractantes s'engagent réciproquement à ne pas négocier séparément avec l'ennemi commun, et à ne signer ni paix, ni trêve, ni convention, que d'un commun accord. Elles s'engagent de plus à ne pas poser les armes avant que l'objet de la guerre mutuellement convenu et entendu n'ait été atteint.

Article III.

Pour contribuer de la manière la plus prompte et la plus efficace à remplir ce grand objet, S. M. Britannique s'engage à fournir un subside de cinq millions livres sterl. pour le service de

l'année mil-huit-cent-quatorze, à répartir en parties égales entre les trois Puissances, et ladite Majesté promet en sus de convenir avant le premier janvier de chaque année avec Leurs Majestés Impériales et Royales des secours ultérieurs à fournir pendant chaque année subséquente, si, ce qu'à Dieu ne plaise, la guerre devoit se prolonger jusque-là.

Le subside ci-dessus stipulé de cinq-millions livres sterl. sera payé à Londres en termes mensuels et en proportions égales aux Ministres des Puissances respectives dûment autorisés à le recevoir.

Dans le cas que la paix entre les Puissances alliées et la France fût signée avant l'expiration de l'année, le subside, calculé sur l'échelle de cinq-millions livres sterl., sera payé jusqu'à la fin du mois dans lequel le traité définitif aura été signé, et S. M. Britannique promet en outre de payer à l'Autriche et à la Prusse deux mois, et à la Russie quatre mois en sus du subside stipulé pour couvrir les frais du retour de leurs troupes dans leurs propres frontières.

Article IV.

Les hautes Parties contractantes auront la faculté d'accréditer respectivement auprès des généraux commandant leurs armées des officiers, qui auront la liberté de correspondre avec leurs gouvernemens pour les informer des événemens militaires et tout ce qui est relatif aux opérations des armées.

Article V.

Les hautes Parties contractantes, se réservant de se concerter entre elles, au moment de la conclusion de la paix avec la France sur les moyens les plus propres à garantir à l'Europe et à se garantir réciproquement le maintien de cette paix, n'en sont pas moins convenues, d'entrer sans délai dans des engagemens défensifs pour la protection de leurs états respectifs en Europe contre toute atteinte que la France voudrait porter à l'ordre des choses résultant de cette pacification.

Article VI.

Pour obtenir ce résultat elles conviennent que dans le cas

où les états de l'une des hautes Parties contractantes seraient menacés d'une attaque de la part de la France, les autres emploieront activement tous leurs efforts pour la prévenir par une intervention amicale.

Article VII.

Les hautes Parties contractantes se promettent pour le cas où ces efforts resteraient sans effet, de venir immédiatement au secours de la Puissance attaquée chacune avec un corps de soixante-mille hommes.

Article VIII.

Ce corps auxiliaire sera composé respectivement de cinquante-mille hommes d'infanterie et de dix-mille hommes de cavalerie, avec un train d'artillerie et des munitions proportionnés au nombre de ces troupes. Le corps auxiliaire sera prêt à entrer en campagne de la manière la plus efficace pour la sûreté de la Puissance attaquée ou menacée deux mois au plus tard après la réquisition en aura été faite.

Article IX.

La situation du théâtre de la guerre, ou d'autres circonstances pouvant rendre difficile pour la Grande-Bretagne l'envoi des secours stipulés en forces anglaises dans le terme convenu, et le maintien de ces forces sur le pied de guerre, S. M. Britannique se réserve le droit de fournir à la Puissance requérante Son contingent en troupes étrangères à Sa solde, ou de lui payer annuellement une somme d'argent au taux de vingt livres sterlings par homme pour l'infanterie, et de trente livres sterlings pour la cavalerie, jusqu'à la concurrence du secours stipulé. Le mode du secours que fournira la Grande-Bretagne sera déterminé à l'amiable, dans chaque cas particulier, entre elle et la Puissance menacée ou attaquée, au moment où la réquisition sera faite. Le même principe sera adopté à l'égard des forces que S. M. Britannique s'est engagée à fournir par l'article I. du présent traité.

Article X.

L'armée auxiliaire sera sous le commandement du général en

chef de l'armée de la Puissance requérante, elle sera condu
par un général à elle et employée dans toutes les opérations mi
taires selon les règles de la guerre. La solde de l'armée auxilia
sera à la charge de la Puissance requise, les rations et les portio
en vivres, fourages etc., ainsi que les quartiers, seront four
par la Puissance requérante, aussitôt que l'armée auxiliaire s
sortie de ses frontières, et cela sur le pied sur lequel elle ent
tient ou entretiendra ses propres troupes en campagne et dans
quartiers.

Article XI.

L'ordre et l'économie militaire dans l'intérieur de ces trou
dépendront uniquement de leur propre chef. Elles ne pourr
être séparées. Les trophées et le butin qu'on aura faits sur
ennemis, appartiendront aux troupes qui les auront pris.

Article XII.

Les hautes Parties contractantes se réservent, toutes les
que le montant des secours stipulés sera trouvé insuffisant p
l'exigence du cas, de convenir ultérieurement, et sans perte
temps, des secours additionnels qu'on jugera nécessaires.

Article XIII.

Les hautes Parties contractantes se promettent mutuellem
pour le cas où elles seraient engagées réciproquement dans
hostilités par la prestation des secours stipulés, que la p
requérante et les parties requises, et agissant comme auxilia
dans la guerre, ne feront la paix que d'un commun accord.

Article XIV.

Les engagemens contractés par le présent traité ne saurv
préjudicier à ceux que les hautes Parties contractantes peu
avoir pris envers d'autres états, ni les empêcher d'en former
d'autres états, dans le but d'atteindre au même résultat
faisant.

Article XV.

Pour rendre plus efficaces les engagemens défensifs stip
plus haut, en unissant pour une défense commune les Puissa

les plus exposées à une invasion française, les hautes Parties contractantes conviennent entre Elles d'inviter ces Puissances à accéder au présent traité d'alliance défensive.

Article XVI.

Le présent traité d'alliance défensive, ayant pour but de maintenir l'équilibre en Europe, d'assurer le repos et l'indépendance des Puissances, et de prévenir les envahissemens qui depuis tant d'années ont désolé le monde, les hautes Parties contractantes se sont convennes entre elles d'en étendre la durée à vingt ans, à dater du jour de la signature, et elles se réservent de convenir, lorsque les circonstances l'exigent, trois ans avant son expiration, de sa prolongation ultérieure.

Article XVII.

Le présent traité [b]) sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Chaumont, le $\frac{1. \text{ mars}}{17. \text{ février}}$ l'an de grâce 1814.

(L. S.) Le Prince de Metternich.
(L. S.) Le Comte de Nesselrode.

a) Es sind demnach ausser dem obigen Instrumente zwischen Oestreich und Russland, besondere Instrumente unterzeichnet worden:

Oestreich und Gross-Britannien; Oestreich und Preussen; Russland und Gross-Britannien; Preussen und Gross-Britannien; Russland und Preussen

Vergl. auch:

Acte du Congrès de Vienne pour le renouvellement du Traité de Chaumont, du 25. mars 1815.

Nouveaux Supplém. au recueil etc. fondé par G. F. de Martens, par F. Murhard. Tom. I. p. 428.

b) Die mit Bezug auf diesen Vertrag zu London am 29. Juni zwischen Gross-Britannien und Russland, Gross-Britannien und Oestreich, und Gross-Britannien und Preussen abgeschlossene Supplementar-Convention s. unten.

net, et déduction faite de toutes charges, de deux millions c
cent mille francs. Ces domaines ou rentes appartiendront
toute propriété, et pour en disposer comme bon leur semble
aux Princes et Princesses de Sa famille, et seront répartis en
eux de manière à ce que le revenu de chacun soit dans la prop
tion suivante, savoir:

A Madame mère, trois cent mille francs;
Au Roi Joseph et à la Reine, cinq cent mille francs;
Au Roi Louis *), deux cent mille francs;
A la Reine Hortense et à ses enfans, quatre cent mille fran
Au Roi Jérôme et à la Reine, cinq cent mille francs;
A la Princesse Elisa, trois cent mille francs;
A la Princesse Pauline, trois cent mille francs.

Les Princes et Princesses de la famille de Napoléon cons
veront, en outre, tous les biens meubles et immeubles, de qu
que nature que ce soit, qu'ils possédent à titre particulier,
notamment les rentes dont ils jouissent (également comme pa
culiers) sur le grand livre de France ou le monte Napoléone
Milan.

Article VII.

Le traitement annuel de l'Impératrice Joséphine sera ré
à un million en domaines ou en inscriptions sur le grand livre
France. Elle continuera à jouir, en toute propriété, de tous
biens meubles et immeubles particuliers, et pourra en dispo
conformément aux lois françaises.

Article VIII.

Il sera donné au Prince Eugène, Vice-Roi d'Italie,
établissement convenable hors de France.

Article IX.

Les propriétés que S. M. l'Empereur Napoléon possède
France, soit comme domaines extraordinaires, soit comme dom
nes privés, resteront à la Couronne.

Sur les fonds placés par l'Empereur Napoléon, soit su
grand livre, soit sur la banque de France, soit sur les acti
des forêts, soit de toute autre manière, et dont S. M. fait l'ab

ion à la Couronne, il sera réservé un capital qui n'excédera pas deux millions, pour être employé en gratifications, en faveur des personnes qui seront portées sur l'état qui signera l'Empereur Napoléon, et qui sera remis au gouvernement Français.

Article X.

Tous les diamans de la Couronne resteront à la France.

Article XI.

L'Empereur Napoléon fera retourner au trésor et aux autres caisses publiques toutes les sommes et effets qui en auroient été déplacés par Ses ordres, à l'exception de ce qui provient de la liste civile.

Article XII.

Les dettes de la Maison de S. M. l'Empereur Napoléon, telles qu'elles se trouvent au jour de la signature du présent traité, seront immédiatement acquittées sur les arrérages dûs par le trésor public à la liste civile, d'après les états qui seront signés par un commissaire nommé à cet effet.

Article XIII.

Les obligations du monte Napoléone de Milan envers tous les créanciers, soit français, soit étrangers, seront exactement remplies, sans qu'il soit fait aucun changement à cet égard.

Article XIV.

On donnera tous les saufs conduits nécessaires pour le libre voyage de S. M. l'Empereur Napoléon, de l'Impératrice, des Princes et Princesses, et de toutes les personnes de Leur suite qui voudront les accompagner ou s'établir hors de France, ainsi que pour le passage de tous les équipages, chevaux et effets qui leur appartiennent.

Les Puissances alliées donneront en conséquence des officiers et quelques hommes d'escorte.

Article XV.

La garde impériale française fournira un détachement de

douze à quinze cents hommes de toute arme, pour servir d'escorte jusqu'à St. Tropez, lieu de l'embarquement.

Article XVI.

Il sera fourni une corvette armée, et les bâtimens de transport nécessaires pour conduire, au lieu de Sa destination, S. M. l'Empereur Napoléon, ainsi que Sa Maison; la corvette demeurera en toute propriété à S. M.

Article XVII.

S. M. l'Empereur Napoléon pourra emmener avec Lui, et conserver pour Sa garde, quatre cents hommes de bonne volonté, tant officiers que sousofficiers et soldats.

Article XVIII.

Tous les Français qui auront suivi S. M. l'Empereur Napoléon ou Sa famille, seront tenus, s'ils ne veulent perdre leur qualité de français, de rentrer en France dans le terme de trois ans, à moins qu'ils ne soient compris dans les exceptions que le gouvernement français se réserve d'accorder après l'expiration de ce terme.

Article XIX.

Les troupes polonaises de toute arme qui sont au service de France auront la liberté de retourner chez elles, en conservant armes et bagages, comme un témoignage de leurs services honorables. Les officiers, sousofficiers et soldats conserveront les décorations qui leur ont été accordées, et les pensions affectées à ces décorations.

Article XX.

Les hautes Puissances alliées garantissent l'exécution de tous les articles du présent traité. Elles s'engagent à obtenir qu'ils soient adoptés et garantis par la France.

Article XXI.

Le présent traité sera ratifié [d]), et les ratifications en seront

échangées à Paris dans le terme de deux jours, ou plutôt si faire se peut.

Fait à Paris, le 11. avril 1814.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Charles Robert Comte de Nesselrode.
(L. S.) Charles Auguste Baron de Hardenberg.
(L. S.) Caulaincourt.
(L. S.) Ney, Maréchal.
(L. S.) Macdonald, Maréchal.

c) Acte d'accession (partielle) de la Grande-Bretagne au traité du 11. avril, donnée par Lord Castlereagh, en date du 27. avril 1814. (Traduction.)

Comme L. L. M. M. I. I. et R. R. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, l'Empereur de toutes les Russies et le Roi de Prusse, sont entrées dans un traité, conclu à Paris le 11. avril de cette année, ayant pour objet d'accorder, pour tel temps qui est déterminé au dit traité, à la personne et à la famille de Napoléon Buonaparte, la possession, en souveraineté, de l'ile d'Elbe, et des Duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalla ainsi que d'autres objets; lequel traité a été communiqué au Prince-Régent du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, par les ministres de L. L. M. M. I. I. et R. R., l'Empereur d'Autriche; Roi de Hongrie et de Bohème, l'Empereur de toutes les Russies et le Roi de Prusse qui, au nom de leurs Souverains respectifs, se sont réunis pour inviter le Prince-Régent à accéder à ce traité, au nom et pour S. M.

S. A. R. le Prince-Régent ayant pleine connoissance du contenu dudit traité, y accéde au nom et pour S. M., autant qu'il regarde les stipulations relatives à la possession en souveraineté de l'ile d'Elbe, et des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla; mais S. A. R. ne doit pas être considerée comme étant, par cette acte d'accession, devenue partie contractante, au nom de S. M., à quelques autres stipulations y contenues.

Fait, signé de ma main et scellé de mon sceau, à Paris, le 27. jour d'avril, l'an de notre Seigneur 1814.

Par ordre de S. A. R. le Prince-Régent, agissant au nom et pour S. M.

(*L. S.*) Signé: Castlereagh.

Der englische Text dieser Urkunde findet sich u. a. in: de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 702.

b) Die Abdankungs-Urkunde lautet:

Les Puissances alliées ayant proclamé que l'Empereur Napol
étoit le seul obstacle au rétablissement de la paix en Europe, l'E
reur Napoléon, fidèle à son serment, déclare
qu'il renonce pour lui et ses héritiers aux trônes
France et d'Italie,
et qu'il n'est aucun sacrifice personnel, même celui de la vie, qu'
soit prêt à faire à l'intérêt de la France.

Fait au palais de Fontainebleau, le 11. Avril 1814.

Napoléon.

Pour copie conforme:

Dupont de Nemours,

Sécrétaire-général du gouvernement provisoire.

c) Louis Buonaparte gab in der Lausanner Zeit
nachstehende Erklärung:

„L'ancien Roi de Hollande, portant, depuis le mois de ju
1810, le nom de Louis de St. Leu, ayant lu dans la gazet
Lausanne du 17 de ce mois une convention, dans laquelle il se tr
compris (le traité du 11. avril), déclare qu'il renonce à tout c
pourroit le concerner dans l'article 6 du dit acte. Il déclare en o
que, nul, n'ayant le droit d'accepter des avantages particuliers o
stipuler pour ses enfans sans son consentement, il renonce pour
et désapprouve tout ce qui pourroit avoir été fait, ou pourroit
encore durant leur séparation d'avec lui."

Fait et signé à Lausanne, le 18. juin 1814.

Louis de St. Leu.

Vergl. auch: dessen Protestation gegen die ihm unter
December 1810 zugesprochene Appanage.

Journal de Francfort, 7. juillet 1815. nr. 188.

d) Vergl: Acte de ratification de l'Empereur Napol
en date du 12. avril 1814, in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 701.

Diesem Vertrage ging vorher:

Procès-verbal entre les Plénipotentiaires des A
et ceux de l'Empereur Napoléon Buonaparte, en d
du 10. Avril 1814, folgenden Inhalts:

Les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur Napoléon et ceux
Puissances alliées s'étant réunis aujourd'hui, sont convenus des ar
du Traité qui fixe les arrangemens relatifs à l'Empereur Napolé
à Sa famille.

Lord Castlereagh Ministre de S. M. Britannique a déclaré que l'Angleterre ne pouvait intervenir comme partie au susdit Traité, mais a promis de rapporter l'acte d'accession de Sa Cour dans le plus bref délai, en tant que cela concerne la libre possession et paisible jouissance en toute Souveraineté de l'Isle de l'Elbe et des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla. Lord Castlereagh a aussi promis de donner les passeports et sûretés nécessaires pour le voyage.

Les Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur Napoléon ayant insisté pour qu'il soit accordé à S. M. l'Impératrice Marie Louise en toute propriété deux millions de revenu annuel pour Elle et Ses héritiers, à prélever sur les fonds placés par l'Empereur, soit sur le grand livre, soit sur la banque de France, soit sur les actions des forêts, soit de toute autre manière et dont S. M. fait l'abandon de la couronne.

Les Plénipotentiaires des Cours alliées ont déclaré, que le Gouvernement provisoire de France s'étant refusé à prendre sur lui cette détermination, leurs Cours s'engageoient à employer Leurs bons offices au nouveau Souverain de la France que cette dotation soit accordée à S. M. l'Impératrice Marie Louise.

Il a ensuite été convenu avec les Plénipotentiaires des Puissances alliées que le Gouvernement provisoire de France remettrait aux Plénipotentiaires de S. M. l'Empereur Napoléon une déclaration contenant Leur adhésion et Leur garantie pleine et entière aux stipulations du susdit Traité qui concernent la France.

Paris, le 10. Avril 1814.

Rückkehr Ludwig XVIII. erfolgte am 3. Mai 1814.

Vergl. auch:

Koch, Mémoires pour servir à l'histoire de la campagne de 1814. II. Vol. Paris, 1819.

XXVI.

Traité de paix entre la France et les Puiss ces alliées*), conclu à Paris, le 30. Mai 181

*) Es folgt hier das von Frankreich und Oestreich unterzeich Friedens-Instrument. Hinsichtlich der anderen alliirten Mä s. unten.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, d'une part, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohè et Ses Alliés, d'autre part, étant animés d'un égal désir mettre fin aux longues agitations de l'Europe et aux malh des peuples, par une paix solide, fondée sur une juste répartit de forces entre les Puissances, et portant dans ses stipulation garantie de sa durée, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi Hongrie et de Bohème, et Ses Alliés, ne voulant plus exige la France, aujourd'hui, que, s'étant replacée sous le gouver ment paternel de ses Rois, elle offre ainsi à l'Europe un gage sécurité et de stabilité, des conditions et des garanties qu'ils avoient à regret demandées sous son dernier gouverneme Leurs-dites Majestés ont nommé des Plénipotentiaires pour cuter, arrêter et signer un traité de paix et d'amitié; savoir:

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre:

M. Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, Pri de Bénévent, Grand-aigle de la Legion-d'honneur, Grand-cr de l'ordre de Léopold d'Autriche, Chevalier de l'ordre de André de Russie, des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge Prusse etc., Son Ministre et Sécrétaire d'état des affai étrangères;

Et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

M. M. le Prince Clément Wenceslas Lothaire de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la toison d'or, Grand'-Croix de l'ordre de St. Etienne, Grand-aigle de la Légion-d'honneur, Chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de St. Anne de la première classe de Russie, Chevalier Grand'-Croix des ordres de l'aigle-noir et de l'aigle rouge de Prusse, Grand'-Croix de l'ordre de St. Joseph de Wurzbourg, Chevalier de l'ordre de St. Hubert de Bavière, de celui de l'aigle d'or de Wurtemberg et de plusieurs autres, Chambellan, Conseiller intime actuel, Ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères de S. M. I. et R. Apostolique;

Et le Comte Jean Philippe de Stadion-Thannhausen et Warthausen, Chevalier de la Toison d'or, Grand'-Croix de l'ordre de St. Etienne, Chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, Chevalier-Grand'-Croix des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse, Chambellan, Conseiller intime actuel, Ministre d'état et des conférences de S. M. I. et R. Apostolique;

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Paix et amitié.

Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. le Roi de France et de Navarre, d'une part, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et Ses alliés, de l'autre part, Leurs héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets respectifs à perpetuité.

Les hautes parties contractantes apporteront tous leurs soins à maintenir, non seulement entre elles, mais encore, autant qu'il dépend d'elles, entre tous les états de l'Europe, la bonne harmonie et intelligence si nécessaires à son repos.

Article II.

Territoire Français.

Le Royaume de France conserve l'intégrité de ses limites, telles qu'elles existaient à l'époque du 1. janvier 1792. Il recevra

de la Roche (à l'exception des endroits nommés la Roche et
manoy avec leurs districts) resteront à la France. La fronti
suivra les limites de ces différens cantons et les lignes qui sé
rent les portions qui demeurent à la France de celles qu'elle
conserve pas.

8. Dans le département du Mont-Blanc, la France acqu
la sous-préfecture de Chambéry (à l'exception des cantons
l'Hôpital de Saint-Pierre d'Albigny de la Rocette et de M
mélian); et la sous-préfecture d'Annecy (à l'exception de la p
tie du canton de Faverge, située à l'est d'une ligne qui pa
entre Ourechaise et Marlens du côté de la France, et Martho
Ugine du côté opposé, et qui suit après la crête des montag
jusqu'à la frontière du canton de Thones); c'est cette ligne q
avec la limite des cantons mentionnés, formera de ce côté
nouvelle frontière.

Du côté des Pyrénées, les frontières restent telles qu'e
étaient entre les deux royaumes de France et d'Espagne à l'épo
du 1. janvier 1792, et il sera de suite nommé une commis
mixte de la part des deux couronnes, pour en fixer la déma
tion finale.

La France renonce à tous droits de souveraineté, de s
raineté et de possession sur tous les pays et districts, villes
endroits quelconques situés hors de la frontière ci-dessus
signée, la principauté de Monaco étant toutefois replacée dans
rapports où elle se trouvoit avant ou après le 1. janvier 1792.

Les Cours alliées assurent à la France la possession d
principauté d'Avignon, du comtat Venaissin, du comté de M
béliard et de toutes les enclaves qui ont appartenu autrefo
l'Allemagne, comprises dans la frontière ci-dessus indiqu
qu'elles aient été incorporées à la France avant ou après l
janvier 1792.

Les Puissances se réservent réciproquement la faculté
tière de fortifier tel point de leurs états qu'elles jugeront co
nable pour leur sûreté.

Pour éviter toute lésion de propriétés particulières et me
à couvert, d'après les principes les plus libéraux, les biens d
dividus domiciliés sur les frontières, il sera nommé par cha
des états limitrophes de la France, des commissaires pour

dier, conjointement avec des commissaires français, à la délimitation des pays respectifs.

Aussitôt que le travail des commissaires sera terminé, il sera dressé des cartes signées par les commissaires respectifs, et placé des poteaux qui constateront les limites réciproques.

Article IV.

Communications entre Genève et la Suisse.

Pour assurer les communications de la ville de Genève avec d'autres parties du territoire de la Suisse, situées sur le lac, la France consent à ce que l'usage de la route par Versoy soit commun aux deux pays. Les gouvernements respectifs s'entendront à l'amiable sur les moyens de prévenir la contrebande et de régler le cours des postes et l'entretien de la route.

Article V.

Navigation du Rhin.

La navigation sur le Rhin, du point où il devient navigable jusqu'à la mer et réciproquement, sera libre, de telle sorte qu'elle ne puisse être interdite à personne, et l'on s'occupera au futur congrès des principes d'après lesquels on pourra régler les droits à percevoir par les états riverains, de la manière la plus égale et la plus favorable au commerce de toutes les nations.

Il sera examiné et décidé de même dans le futur congrès, de quelle manière, pour faciliter les communications entre les peuples et les rendre toujours moins étrangers les uns aux autres, cette disposition ci-dessus pourra être également étendue à tous les cours d'eau fleuves qui, dans leur cours navigable, séparent ou traversent différens états.

Article VI.

Hollande, Allemagne, Suisse, Italie.

La Hollande, placée sous la souveraineté de la maison d'Orange, recevra un accroissement de territoire. Le titre et l'exercice de la souveraineté n'y pourront, dans aucun cas, appartenir à aucun prince portant ou appelé à porter une couronne étrangère.

Les états de l'Allemagne seront indépendans et unis par u lien fédératif a).

La Suisse indépendante continuera de se gouverner par el même.

L'Italie, hors des limites des pays qui reviendront à l'A triche, sera composée d'états souverains.

Article VII.

Malte.

L'isle de Malte et ses dépendances appartiendront en tou propriété et souveraineté à S. M. Britannique.

Article VIII.

Colonies etc.

S. M. Britannique stipulant pour Elle et Ses Alliés, s'e gage à restituer à S. M. très-chrétienne, dans les délais q seront ci-après fixés, les colonies, pêcheries, comptoirs et é blissemens de tout genre que la France possédoit au 1. janv 1792 dans les mers et sur les continens de l'Amérique, l'Afrique et de l'Asie, à l'exception toutefois des isles de Tab et de Sainte-Lucie et de l'isle de France et de ses dépendanc nommément Rodrigue et les Séchelles, lesquelles S. M. t chrétienne cède en toute propriété et souveraineté à S. M. B tannique, comme aussi de la partie de Saint-Domingue cédé la France par la paix de Basle, et que S. M. très-chrétienne trocède à S. M. catholique en toute propriété et souveraineté.

Article IX.

Guadeloupe.

S. M. le Roi de Suède et de Norwège, en conséquence d rangemens pris avec Ses Alliés, et pour l'exécution de l'art précédent, consent à ce que l'isle de la Guadeloupe soit restit à S. M. très-chrétienne, et cède tous les droits qu'il peut a sur cette isle.

Article X.

Guyane.

S. M. très-fidèle, en conséquence d'arrangemens pris

Ses Alliés, et pour l'exécution de l'article VIII, s'engage à restituer à S. M. très-chrétienne, dans le délai ci-après fixé, la Guyane française, telle qu'elle existoit au 1. janvier 1792.

L'effet de la stipulation ci-dessus, étant de faire revivre la contestation existante à cette époque au sujet des limites, il est convenu que cette contestation sera terminée par un arrangement amiable entre les deux Cours, sous la médiation de S. M. Britannique.

Article XI.

Forts.

Les places et forts existans dans les colonies et établissemens qui doivent être rendus à S. M. très-chrétienne, en vertu des articles VIII, IX et X, seront remis dans l'état où ils se trouveront au moment de la signature du présent traité.

Article XII.

Continent des Indes.

S. M. Britannique s'engage à faire jouir les sujets de S. M. très-chrétienne relativement au commerce et à la sûreté de leurs personnes et propriétés dans les limites de la souveraineté Britannique sur le continent des Indes, des mêmes facilités, privileges et protection qui sont à présent ou seront accordés aux nations les plus favorisées. De Son côté, S. M. très-chrétienne n'ayant rien plus à coeur que la perpetuité de la paix entre les deux couronnes de France et d'Angleterre, et voulant contribuer, autant qu'il est en Elle, à écarter dès-à-présent des rapports des deux peuples, ce qui pourroit un jour altérer la bonne intelligence actuelle, s'engage à ne faire aucun ouvrage de fortification dans les établissemens qui Lui doivent être restitués et qui sont situés dans les limites de la souveraineté Britannique sur le continent des Indes, et à ne mettre dans ces établissemens que le nombre de troupes nécessaires pour le maintien de la police.

Article XIII.

Terre-Neuve.

Quant au droit de pêche des Français sur le grand-banc de Terre-Neuve, sur les côtes de l'isle de ce nom et des isles adjacentes,

centes, et dans le golfe de Saint-Laurent, tout sera remis sur même pied qu'en 1792.

Article XIV.

Epoques de restitutions.

Les colonies, comptoirs et établissemens qui doivent ê restitués à S. M. très-chrétienne par S. M. Britannique ou S Alliés, seront remis, savoir: ceux qui sont dans les mers du No ou dans les mers et sur les continens de l'Amérique et l'Afrique, dans les trois mois, et ceux qui sont au-delà du C de Bonne-Espérance dans les six mois qui suivront la ratificati du présent traité.

Article XV.

Arsenaux, vaisseaux de guerre, munitions. — Anvers.

Les hautes Parties contractantes s'étant réservé par l'arti IV. de la convention du 23. avril dernier, de régler dans le p sent traité de paix définitive le sort des arsenaux et des vaisse de guerre armés et non armés qui se trouvent dans les pla maritimes remises par la France en exécution de l'article II. ladite convention, il est convenu que lesdits vaisseaux et b mens de guerre armés et non-armés, comme aussi l'artillerie vale et les munitions navales et tous les matériaux de construct et d'armement, seront partagés entre la France et le pays où places sont situées, dans la proportion de deux tiers pour France et d'un tiers pour les Puissances auxquelles les di places appartiendront.

Seront considérés comme matériaux et partagés comme dans la proportion ci-dessus énoncée, après avoir été déme les vaisseaux et bâtimens en construction qui ne seraient pas état d'être mis en mer six semaines après la signature du pré traité.

Des commissaires seront nommés de part et d'autre p arrêter le partage et en dresser l'état, et des passeports ou sa conduits seront donnés par les Puissances alliées pour assurer retour en France des ouvriers, gens de mer et employés franç

Ne sont compris dans les stipulations ci-dessus les vaisse et arsenaux existant dans les places maritimes qui seraient t

tés au pouvoir des Alliés antérieurement au 23. avril, ni les vaisseaux et arsenaux qui appartenoient à la Hollande, et nommément la flotte du Texel.

Le Gouvernement français s'oblige à retirer ou à faire vendre tout ce qui lui appartiendra par les stipulations ci-dessus énoncées, dans le délai de trois mois après le partage effectué.

Dorénavant le port d'Anvers sera uniquement un port de commerce.

Article XVI.

Amnistie.

Les hautes Parties contractantes, voulant mettre et faire mettre dans un entier oubli les divisions qui ont agité l'Europe, déclarent et promettent que, dans les pays restitués et cédés par le présent traité, aucun individu, de quelque classe et condition qu'il soit, ne pourra être poursuivi, inquiété ou troublé, dans sa personne ou dans sa propriété, sous aucun prétexte, ou à cause de sa conduite ou opinion politique, ou de son attachement, soit à aucune des Parties contractantes, soit à des Gouvernemens qui ont cessé d'exister, ou pour toute autre raison, si ce n'est pour les dettes contractées envers les individus, ou pour des actes postérieurs au présent traité.

Article XVII.

Emigration.

Dans tous les pays qui doivent ou devront changer de maître, tant en vertu du présent traité, que des arrangemens qui doivent être faits en conséquence, il sera accordé aux habitans naturels et étrangers, de quelque condition et nation qu'ils soient, un espace de six ans, à compter de l'échange des ratifications, pour disposer, s'ils le jugent convenable, de leurs propriétés acquises, soit avant, soit depuis la guerre actuelle, et se retirer dans tel pays qu'il leur plaira de choisir.

Article XVIII.

Réclamations des Gouvernemens.

Les Puissances alliées voulant donner à S. M. très-chrétienne un nouveau témoignage de leur désir de faire disparoître, autant

qu'il est en elles, les conséquences de l'époque de malheur si he
reusement terminée par la présente paix, renoncent à la totali
des sommes que les Gouvernemens ont à réclamer de la France
raison des contracts, de fournitures ou d'avances quelconqu
faites au Gouvernement Français dans les différentes guerres q
ont eu lieu depuis 1792.

De Son côté, S. M. très-chrétienne renonce à toute réclam
tion qu'Elle pourroit former contre les Puissances alliées au
mêmes titres. En exécution de cet article, les hautes Parti
contractantes s'engagent à se remettre mutuellement tous l
titres, obligations et documens qui ont rapport aux créances au
quelles elles ont réciproquement renoncé.

Article XIX.

Sommes dûes à des particuliers.

Le Gouvernement Français s'engage à faire liquider et pay
les sommes qu'il se trouverait devoir d'ailleurs dans des pa
hors de son territoire, en vertu de contrats ou d'autres engag
mens formels passés, entre des individus ou des établisseme
particuliers et les autorités françaises, tant pour fournitures qu
raison d'obligations légales.

Article XX.

Commissaires.

Les hautes Puissances contractantes nommeront immédi
tement après l'échange des ratifications du présent traité, d
commissaires pour régler et tenir la main à l'exécution de l'e
semble des dispositions renfermées dans les articles XVIII
XIX. Ces commissaires s'occuperont de l'examen des réclam
tions dont il est parlé dans l'article précédent, de la liquidati
des sommes réclamées, et du mode dont le Gouvernement Fra
çais proposera de s'en acquitter. Ils seront chargés de même
la remise des titres, obligations et documens relatifs aux créanc
auxquelles les hautes Parties contractantes renoncent mutuell
ment, de manière que la ratification du résultat de leur trav
complétera cette renonciation réciproque.

Article XXI.

Dettes hypothéquées.

Les dettes spécialement hypothéquées dans leur origine sur les pays qui cessent d'appartenir à la France ou contractées pour leur administration intérieure, resteront à la charge de ces mêmes pays. Il sera tenu compte en conséquence au Gouvernement Français, à partir du 22. décembre 1813, de celles de ces dettes qui ont été converties en inscriptions au grand livre de la dette publique de France. Les titres de toutes celles qui ont été préparées pour l'inscription et n'ont pas encore été inscrites, seront remis aux gouvernemens des pays respectifs. Les états de toutes ces dettes seront dressés et arrêtés par une commission mixte.

Article XXII.

Cautionnemens, dépôts etc.

Le Gouvernement Français restera chargé, de son côté, du remboursement de toutes les sommes versées par les sujets des pays ci-dessus mentionnés, dans les caisses françaises, soit à titre de cautionnemens, de dépôts ou de consignations. De même les sujets français, serviteurs desdits pays, qui ont versé des sommes à titre de cautionnemens, dépôts ou consignations, dans leurs trésors respectifs, seront fidélement remboursés.

Article XXIII.

Titulaires à rembourser.

Les titulaires des places assujetties à cautionnement, qui n'ont pas le maniement de deniers, seront remboursés avec les intérêts jusqu'à parfait paiement à Paris, par cinquième et par année, à partir de la date du présent traité.

A l'égard de ceux qui sont comptables, ce remboursement commencera au plus tard six mois après la présentation de leurs comptes, le seul cas de malversation excepté. Une copie du dernier compte sera remise au Gouvernement de leur pays, pour lui servir de renseignement et de point de départ.

Article XXIV.

Dépôts judiciaires.

Les dépôts judiciaires et consignations faits dans la caisse

d'amortissement en exécution de la loi du 28. nivôse an 13. (
janvier 1805), et qui appartiennent à des habitans des pays
la France cesse de posséder, seront remis, dans le terme d'
année à compter de l'échange des ratifications du présent
entre les mains des autorités desdits pays, à l'exception de
de ces dépôts et consignations qui intéressent des sujets fra
dans lequel cas ils resteront dans la caisse d'amortissement,
n'être remis que sur les justifications résultantes des déc
des autorités compétentes.

Article XXV.

Fonds des communes.

Les fonds déposés par les communes et établissemens publ
dans la caisse de service et dans la caisse d'amortissement,
dans toute autre caisse du Gouvernement, leur seront rembo
par cinquièmes d'année en année, à partir de la date du p
traité, sous la déduction des avances qui leur auraient été
et sauf les oppositions régulières faites sur ces fonds par d
anciers desdites communes et desdits établissemens publics.

Article XXVI.

Pensions.

A dater du 1. janvier 1814, le Gouvernement Français c
d'être chargé du paiement de toute pension civile, milita
ecclésiastique, solde de retraite et traitement de réforme, à
individu qui se trouve n'être plus sujet français.

Article XXVII.

Domaines nationaux.

Les domaines nationaux acquis à titre onéreux par des
français dans les ci-devant départemens de la Belgique, de l
gauche du Rhin et des Alpes, hors des anciennes limites
France, sont et demeurent garantis aux acquéreurs.

Article XXVIII.

Droits d'aubaine et de détraction.

L'abolition des droits d'aubaine, de détraction et autr
la même nature, dans les pays qui l'ont réciproquement st

avec la France, ou qui lui avoient précédemment été réunis, est expressément maintenue.

Article XXIX.

Restitution de titres.

Le Gouvernement Français s'engage à faire restituer les obligations et autres titres qui auraient été saisis dans les provinces occupées par les armées ou administrations françaises; et, dans le cas où la restitution ne pourroit en être effectuée, ces obligations et titres sont et demeurent anéantis.

Article XXX.

Travaux d'utilité publique.

Les sommes qui seront dûes pour tous les travaux d'utilité publique non encore terminés, ou terminés postérieurement au 31. décembre 1812 sur le Rhin et dans les départemens détachés de la France par le présent traité, passeront à la charge des futurs possesseurs du territoire, et seront liquidées par la commission chargée de la liquidation des dettes des pays.

Article XXXI.

Archives.

Les archives, cartes, plans et documens quelconques appartenans aux pays cédés, ou concernant leur administration, seront également rendus en même temps que le pays, ou, si cela était impossible, dans un délai qui ne pourra être de plus de six mois après la remise des pays mêmes.

Cette stipulation est applicable aux archives, cartes et plans qui pourroient avoir été enlevés dans les pays momentanément occupés par les différentes armées.

Article XXXII.

Congrès a Vienne.

Dans le délai de deux mois, toutes les Puissances qui ont été engagées de part et d'autre dans la présente guerre, enverront des plénipotentiaires à Vienne [b]), pour régler, dans un congrès général, les arrangemens qui doivent compléter les dispositions du présent traité.

Article XXXIII.

Ratifications.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans le délai de 15. jours, ou plustôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 30. mai, l'an de grâce 1814 [c]).

(L. S.) Signé: Le Prince de Bénévent.
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: J. P. Comte de Stadion.

Article additionnel [d]).

Droits contre les sujets français.

Les hautes Parties contractantes voulant effacer toutes les traces des événemens malheureux qui ont pesé sur leurs peuples sont convenues d'annuller explicitement les effets des traités de 1805 et 1809, en autant qu'ils ne sont déjà annullés de fait par le présent traité. En conséquence de cette détermination, S. M. Très-Chrétienne promet que les décrets portés contre des sujets français ou réputés français, étant ou ayant été au service de S. M. I. et R. Apostolique, demeureront sans effet, ainsi que les jugemens qui ont pu être rendus en exécution de ces décrets.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot au traité patent de ce jour. Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30. mai, l'an de grâce 1814.

(L. S.) Signé: Le Prince de Bénévent.
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: J. P. Comte de Stadion.

Article additionnel au traité avec la Russie.

Varsovie.

Le duché de Varsovie étant sous l'administration d'un conseil provisoire établi par la Russie, depuis que ce pays a été occupé par ses armes, les deux hautes Parties contractantes sont convenues de nommer immédiatement une commission spéciale composée de part et d'autre, d'un nombre égal de commissaires qui seront chargés de l'examen, de la liquidation et de tous les arrangemens relatifs aux prétentions réciproques.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot au traité patent de ce jour. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30. mai 1814.

(L. S.) Signé: Le Prince de Bénévent.
(L. S.) Signé: André Comte de Rasoumoffsky.
(L. S.) Signé: Charles Robert Comte de Nesselrode.

Articles additionnels au traité avec la Grande-Bretagne.

Article I.

Traite de noirs.

S. M. Très-Chrétienne, partageant sans réserve tous les sentimens de S. M. Britannique relativement à un genre de commerce que repoussent et les principes de la justice naturelle et les lumières des temps où nous vivons, s'engage à unir, au futur congrès, tous Ses efforts à ceux de S. M. Britannique, pour faire prononcer par toutes les Puissances de la chrétienté l'abolition de la traite des noirs, de telle sorte que ladite traite cesse universellement, comme elle cessera définitivement et dans tous les cas, de la part de la France, dans un délai de cinq années, et qu'en outre, pendant la durée de ce délai, aucun trafiquant d'esclaves

n'en puisse importer, ni vendre ailleurs que dans les colonies l'état dont il est sujet.

Article II.

Prisonniers de guerre.

Le Gouvernement Britannique et le Gouvernement Franç nommeront incessamment des commissaires pour liquider leurs penses respectives pour l'entretien des prisonniers de guerre, de s'arranger sur la manière d'acquitter l'excédant qui se tr veroit en faveur de l'une ou de l'autre des deux Puissances.

Article III.

Idem.

Les prisonniers de guerre respectifs seront tenus d'acquitt avant leur départ du lieu de leur détention, les dettes parti lières qu'ils pourroient y avoir contractées, ou de donner moins caution satisfaisante.

Article IV.

Séquestre.

Il sera accordé de part et d'autre, aussitôt après la rati tion du présent traité de paix, main-levée du séquestre qui a été mis depuis l'an mil sept cent quatre-vingt-douze, sur fonds, revenus, créances et autres effets quelconques des hab Parties contractantes ou de leurs sujets.

Les mêmes commissaires dont il est fait mention à l'ar II, s'occuperont de l'examen et de la liquidation des réclamat des sujets de S. M. Britannique envers le Gouvernement Fran pour la valeur des biens-meubles ou immeubles induement fisqués par les autorités françaises, ainsi que pour la perte ou partielle de leurs créances, ou autres propriétés indument tenues sous le séquestre depuis l'année mil sept cent qu vingt-douze.

La France s'engage à traiter à cet égard les sujets an avec la même justice que les sujets français ont éprouvé Angleterre, et le Gouvernement Anglois désirant concourir sa part au nouveau témoignage que les Puissances alliées voulu donner à S. M. Très-Chrétienne de leur désir de faire

pendre les conséquences de l'époque de malheur, si heureusement terminée par la présente paix, s'engage de son côté à renoncer, dès que justice complète sera rendue à Ses sujets, à la totalité de l'excédent qui se trouveroit en sa faveur, relativement à l'entretien des prisonniers de guerre, de manière que la ratification du résultat du travail des commissaires susmentionnés et le paiement des sommes, ainsi que la restitution des effets qui seront jugés appartenir aux sujets de S. M. Britannique, compléteront la renonciation.

Article V.

Commerce.

Les deux hautes Parties contractantes désirant d'établir les relations les plus amicales entre leurs sujets respectifs, se réservent et promettent de s'entendre et de s'arranger, le plutôt que faire se pourra, sur leurs intérêts commerciaux, dans l'intention d'encourager et d'augmenter la prospérité de leurs états respectifs.

Les présens articles additionnels auront la même force et valeur que s'ils étaient insérés mot à mot au traité de ce jour. Ils seront ratifiés, et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs les ont signés et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30. mai de l'an de grâce 1814.

(L. S.) Signé: Le Prince de Bénévent.
(L. S.) Signé: Castlereagh.
(L. S.) Signé: Aberdeen.
(L. S.) Signé: Cathcart.
(L. S.) Signé: Charles Stewart, Lieutenant-Général.

Article additionnel au traité avec la Prusse.

Traités de 1795, 1807, 1808.

Quoique le traité de paix conclu à Bâle le 5. Avril 1795, celui de Tilsit du 9. juillet 1807, la convention de Paris du 20. décembre 1808, ainsi que toutes les conventions et actes quel-

conques conclus depuis la paix de Bâle entre la Prusse et
France soient déjà annullés de fait par le présent traité, les haut
Parties contractantes ont jugé néanmoins à propos de déclar
encore expressément que lesdits traités cessent d'être obligatoir
pour tous leurs articles tant patents que secrets, et qu'elles
noncent mutuellement à tout droit et se dégagent de toute oblig
tion qui pourraient en découler.

S. M. Très-Chrétienne promet que les décrets portés cont
des sujets français ou réputés français, étant ou ayant été
service de S. M. Prussienne, demeureront sans effet, ainsi q
les jugemens qui ont pu être rendus en exécution de ces décre

Le présent article additionnel aura la même force et vale
que s'il étoit inséré mot à mot au traité patent de ce jour. Il s
ratifié, et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé
y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 30. mai 1814.

(L. S.) Signé: Le Prince de Bénévent.
(L. S.) Signé: Charles Auguste Baron de Hardenbe
(L. S.) Signé: Charles Guillaume Baron de Humbol

a) Diese allgemeine Bestimmung war die einzige, mit welche
diesem Frieden Deutschlands gedacht wurde. Namentlich entsch
derselbe nichts über den künftigen Länderbestand in Deutschla
Alles Nähere blieb den Verhandlungen des, nach Art. XXXII, zu W
zu eröffnenden Congresses vorbehalten.

b) Unterm 8. Oktober 1814 wurde eine Bekanntmachu
erlassen, dass die förmliche Eröffnung des Wiener Congr
ses bis zum 1. November 1814 ausgesetzt worden sey (s. unt

c) An demselben Tage ist zu Paris derselbe Friedens-Ver
unterzeichnet von:

Frankreich und Russland,
Frankreich und Grossbritannien,
Frankreich und Preussen, nämlich:

Le traité entre la France et la Russie:

pour la France, par

M. Charles Maurice Talleyrand-Périgord, Prince de Bénévent etc.;

et pour la Russie, par

M. M. André Comte de Rasoumoffsky, Conseiller privé actuel de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wladimir de la première classe;

et Charles Robert Comte de Nesselrode, Conseiller privé de Sa dite Majesté, Chambellan actuel, Sécrétaire d'état, Chevalier des ordres de St. Alexandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wladimir de la 2. classe, Grand'-Croix de l'ordre de St. Léopold d'Autriche, de celui de l'aigle rouge de Prusse, de l'étoile polaire de Suède et de l'aigle d'or de Wurtemberg;

Le traité entre la France et la Grande-Bretagne,

pour la France, par

M. Charles Maurice Talleyrand-Périgord, Prince de Bénévent;

et pour la Grande-Bretagne, par

Le très-honorable Robert Stewart, Vicomte Castlereagh, Conseiller de S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande en Son conseil privé, Membre de Son Parlement, Colonel du régiment de milice de Londonderry et Son principal Secrétaire d'état pour le département des affaires étrangères, etc., etc., etc.;

Le Sieur Georges Gordon Comte d'Aberdeen, Vicomte de Gordon, Lord Haddo, Methlic, Tarvis et Kellie, etc., l'un des seize pairs, représentant la pairie de l'Ecosse dans la chambre haute, Chevalier de Son très-ancien et très-noble ordre du chardon, Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. I. et R. Apostolique;

Le Sieur Guillaume Shaw Cathcart, Vicomte de Cathcart, Baron Cathcart et Greenock, Conseiller de Sadite Majesté en Son conseil privé, Chevalier de Son ordre du Chardon et des ordres de Russie, Général dans Ses armées, et Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. l'Empereur de toutes les Russies; et

L'honorable Charles Guillaume Stewart, Chevalier de Son très-honorable ordre du Bain, Membre de Son Parlement, Lieutenant-Général dans Ses armées, Chevalier des ordres de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse et de plusieurs autres, et Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Prusse;

Le traité entre la France et la Prusse:

pour la France, par

M. Charles Maurice Talleyrand-Périgord, Prince de B
névent etc.;

et pour la Prusse, par

M. M. Charles Auguste Baron de Hardenberg, Ch
d'état de S. M. le Roi de Prusse, Chevalier du grand ordre de
noir, de l'aigle rouge, de celui de St. Jean de Jérusalem
croix-de-fer de Prusse, Grand-Aigle de la Légion-d'honneur
lier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et
Anne de première classe de Russie, Grand'-croix de l'ordre
Etienne de Hongrie, Chevalier de l'ordre de St. Charles d'E
de celui de Séraphins de Suède, de l'aigle d'or de Wurtemb
de plusieurs autres; et

Charles Guillaume Baron de Humboldt, Ministre d'
Sadite Majesté, Chambellan et Envoyé extraordinaire et Minis
nipotentiaire auprès de S. M. I. et R. apostolique, Chevalier du
ordre de l'aigle rouge, de celui de la croix-de-fer de Prusse et
de Ste. Anne de première classe de Russie.

d) Der vollständige Inhalt der dem Pariser Frieden vom
1814 beigefügten geheimen Artikel ist nicht bekannt ge

In dem: Projet de déclaration à donner sur le m
constituer le Congrès et d'y traiter les affaires, ainsi
la suspension de son ouverture, proposé par Lord Castlereagh,
potentiaire anglais, le 3. octobre 1814, heisst es: „et le I. a
secret portant:

„que les arrangemens desquels doit résulter un systèm
quilibre réel et durable en Europe, seront réglés au C
sur des bases arrêtées par les puissances alliées entre el
d'après la disposition générale contenue dans les autres
secrets."

In dem Protokoll der Sitzung der acht Mächte vom
vember 1814 heisst es:

„Après avoir fait lecture d'un paragraphe de l'article
eret du traité de Paris, conçu en ces termes:"

„Le Roi de Sardaigne reçevra un accroissement de te
par l'état de Gênes, le port de Gênes sera port libre, le
sances se réservent de prendre à ce sujet des arrangem
le Roi de Sardaigne."

M. le Prince de Metternich a proposé à M. M. les plénipotentiaires présens de délibrer sur l'exécution de cet article."

Der III. geheime Artikel bezieht sich theilweise auf die freie Rhein- und Scheide-Schifffahrt.

Der IV. geheime Artikel, bezüglich auf die Hamburger Bank, ist bekannt gemacht worden und lautet:

„Le gouvernement français ayant offert par l'article secret de la convention du 23. avril de faire rechercher et employer tous ses efforts pour retrouver les fonds de la banque de Hambourg, promet d'ordonner des perquisitions les plus sevères pour decouvrir les dits fonds et de poursuivre tous ceux qui pourraient en être détenteurs."

Der V. geheime Artikel ist ebenfalls bekannt geworden und lautet:

„La renonciation du Gouvernement français contenue dans l'article XVIII. s'étend nommément à toutes les réclamations qu'il pourrait former contre les Puissances alliées à titre de dotations, de donations, de revenus, de la légion d'honneur, de senatoreries, de pensions et autres charges de cette nature."

Vergl:

Articles séparés et secrets du Traité de Paris du 30. Mai 1814 in:

de Martens recueil etc. nouv. Suppl. etc. Tom. I. p. 329.

Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses, S. 7, (hinsichtlich des 1. geheimen Artikels).

Lagern, mein Antheil an der Politik, Th. II. S. 16, (hinsichtlich des 1., 3. und 4. geheimen Artikels).

Vergl. ferner:

Conventions arrêtées entre S. A. R. Monsieur, Lieutenant-Général du Royaume, et les hautes Puissances alliées, au château des Tuileries, le 23. avril 1814, in:

dem unten angegebenen Recueil des Traités et Conventions etc. p. 1—5.

Traités relatifs à l'occupation provisoire des pays cédés par la France en vertu du Traité de Paris du 30. Mai 1814. u. a. in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 309.

Klüber, öffentliches Recht des Teutschen Bundes u. s. w. §. 56. 88. 91.

Les Diplomates Européens, par M. Capefigue, (Paris, 1843. 8.) p.

Traité de Paix signé à Paris le 30. Mai 1814 etc. Copie c
cielle imprimée de l'Imprimérie Impériale et Roya
Vienne. 4.

Recueil des Traités et Conventions entre la Franc
les Puissances alliées, en 1814 et 1815; suivi de l'Ac
Congrès de Vienne. A Paris, 1815. 8. De l'Imprim
Royale. (Enthält den ersten Pariser Frieden in einer ver
Minister-Staats-Secretär der auswärtigen Ang
genheiten, Fürsten v. Bénévent, beglaubigten A
des Originals.)

XXVII.

Convention supplémentaire entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, signée à Londres le 29. juin 1814 a).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et S. M. l'Empereur de toutes les Russies de concert avec Leurs hauts Alliés, S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse considérant que le grand objet de Leur alliance, assurer la tranquillité future de l'Europe et d'établir un juste équilibre de puissance, ne peut être censé parfaitement accompli qu'à ce que les arrangemens concernant l'état de possession des différens pays qui le composent aura été définitivement fixé au Congrès qui sera réuni en conformité de l'article XXXII. du traité de paix signé à Paris le 30. mai 1814 b), ont jugé nécessaire conformément au traité de Chaumont du 1. mars de la même année de détenir constamment sur pied une partie de Leurs armées, afin d'effectuer les susdits arrangemens, et de maintenir l'ordre et la tranquillité jusqu'à ce que l'état de l'Europe aura été entièrement rétabli.

Les hautes Parties contractantes ont en conséquence nommé Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande:

Le très-honorable Robert Stewart Vicomte Castlereagh, membre du très-honorable Conseil-Privé de Sa Majesté etc.;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Charles Robert Comte de Nesselrode, Son Cons
intime etc.;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinpouvoirs et les
trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suiv

Article I.

Sa Majesté Britannique et S. M. l'Empereur de toute
Russies sont convenus sur le pied de guerre, jusqu'à l'arra
ment définitif qui aura lieu au Congrès susdit, une armé
soixante et quinze mille hommes, savoir 60,000 d'infante
15,000 de cavalerie, ensemble avec un train d'artillerie et
des équipemens proportionnés à ce nombre de troupes,
nombre est égal à celui que S. M. Impériale et Royale Ap
lique l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Prusse s'eng
à tenir sur pied pour le même but.

Article II.

S. M. Britannique Se reserve de fournir Son contingt
conformité du IX. article du traité de Chaumont du 1. mars

Article III.

Les hautes Parties contractantes ainsi que Leurs Ma
l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse s'engagent à em
ces armées uniquement d'après la plan commun et en conf
de l'esprit et pour le but de Leur alliance susmentionnée.

Article IV.

La présente convention sera ratifiée et les ratificatio
seront échangées dans l'espace de deux mois ou plutôt s
possible.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont si
présente convention et y ont apposé les cachets de leurs ar

Fait à Londres le 29. de juin 1814.

(L. S.) Signé: Castlereagh
(L. S.) Signé: Nesselrode.

a) Ein gleichlautender Vertrag ist mutatis mutan
demselben Tage und an demselben Orte unterzeichnet worden:

von Gross-Britannien und Oestreich, und
von Gross-Britannien und Preussen.

Der östreichische Bevollmächtigte war der Fürst v. Metternich, der preussische der Fürst v. Hardenberg.

b) Vergl. auch: Convention entre la Grande-Bretagne et la Suède, en exécution de l'article IX. du traité de Paris, signée à Londres le 13. août 1814.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 55.

XXVIII.

Déclaration des huit Puissances qui ont s le traité de Paris, réunies au Congrès de Vi sur l'évasion de Napoléon Buonaparte, sig Vienne le 13. mars 1815.

Les Puissances qui ont signé le traité de Paris, réuni Congrès de Vienne, informées de l'évasion de Napoléon B parte et de son entrée à main armée en France, doivent à propre dignité et à l'intérêt de l'ordre social une déclaration sentimens que cet événement leur a fait éprouver.

En rompant ainsi la convention qui l'avoit établi à d'Elbe, Buonaparte détruit le seul titre légal auquel son exis se trouvoit attachée. En reparoissant en France, avec des jets de troubles et de bouleversemens, il s'est privé lui-mê la protection des lois, et a manifesté, à la face de l'univers, ne sauroit y avoir ni paix ni trêve avec lui.

Et quoiqu' intimement persuadés, que la France entière, ralliant autour de son Souverain légitime, fera incessam rentrer dans le néant cette dernière tentative d'un délire cri et impuissant, tous les Souverains de l'Europe, animés mêmes sentimens et guidés par les mêmes principes, décla que si, contre tout calcul, il pouvoit résulter de cet événe un danger réel quelconque, ils seroient prêts à donner au B France et à la nation française, ou à tout autre gouverne attaqué, dès que la demande en seroit formée, les secours n

saires pour rétablir la tranquillité publique, et à faire cause commune contre tous ceux qui entreprendoient de la compromettre.

Les Puissances déclarent en conséquence que Napoléon Buonaparte s'est placé hors des rélations civiles et sociales, et que, comme ennemi et perturbateur du repos du monde, il s'est livré à la vindicte publique.

Elles déclarent en même temps, que fermément resolues de maintenir intact le traité de Paris du 30. mai 1814 et les dispositions sanctionnées par ce traité, et celles qu'elles ont arrêtées ou qu'elles arrêteront encore pour le compléter et le consolider, elles emploieront tous leurs moyens et réuniront tous leurs efforts pour que la paix générale, objet des voeux de l'Europe, et but constant de leurs travaux, ne soit pas troublée de nouveau, et pour la garantir de tout attentat qui menaceroit de replonger les peuples dans les désordres et les malheurs des révolutions.

La présente déclaration, insérée au protocole du Congrès réuni à Vienne dans la séance du 15. mars 1815, sera renduc publique *).

Fait et certifié véritable par les Plénipotentiaires des huit Puissances signataires du traité de Paris, à Vienne le 13. mars 1815.

Autriche.
Prince de Metternich.
Baron de Wessenberg.

Espagne.
Gomez Labrador.

France.
Prince de Talleyrand.
Duc de Dalberg.
Latour du Pin.
Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne.
Wellington.
Clancarty.
Cathcart.
Stewart.

Portugal.
Le Comte de Palmella.
Saldanha.
Lobo.

Prusse.
Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russsie.	Suède.
Le Comte de Rasoumoffsky.	Löwenhielm.
Le Comte de Stackelberg.	
Le Comte de Nesselrode.	

a) Vergl. über die Rückkehr Napoleon's von Elba:

Circulaire adressée aux ambassadeurs, ministres, autres agens de France à l'extérieur, par le ministre des relations extérieures de Napoléon Buonaparte (Caulaincourt, Duc de Vicence), en date de Paris le mars 1815.

Dasselbe ist u. a. abgedruckt in:

Klüber's Acten des Wiener Congresses, Bd. VI. (Heft 22) S. 2

Lettre autographe de Napoléon Buonaparte aux Souverains étrangers, datée de Paris le 4. avril 1815.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 251.

Lettre adressée, par le ministre des affaires étrangères de Napoléon Buonaparte, aux ministres des affaires étrangères des principaux cabinets de l'Europe, en date de Paris le 4. avril 1815.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 252.

Observation sur une déclaration du Congrès de Vienne, publiée dans:

le Journal de Paris du 4. avril et
le Moniteur du 5. avril 1815.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 253 u. f., 279 u. f.

Rapport du ministre français des relations extérieures à Napoléon Buonaparte, publié dans:

le Moniteur du 14. avril 1815.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 261 u. f.

Vergl. auch:

Ueber die Declaration der acht Mächte gegen Napoleon vom 13. März 1815, in:

Fr. v. Genz Schriften (herausgegeben von G. Schlesier) Th. II. (1838) S. 394.

Article officiel inséré dans la Gazette de Vienne du 26. avril 1815, contre un article inséré dans le Journal de Paris.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 275.

Rede des Lord Castlereagh zu London im Unterhause des Parlaments in der Sitzung vom 28. April 1815, betreffend:

die von Grossbritannien in Verbindung mit seinen Verbündeten wider Napoleon Buonaparte und dessen Anhänger ergriffenen Maassregeln.

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 281 u. f.

Extrait du Procès-verbal des conférences des Puissances signataires du Traité de Paris, (12. Mai 1815).

Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22) S. 290 u. f.

XXIX.

Convention sur la garde de Napoléon, entre l'... triche (la Russie, la Prusse) et la Grande-Breta... signée à Paris le 2. Août 1815 *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Napoléon Buonaparte étant au pouvoir des Puissanc... liées, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de R... le Roi de Prusse et le Roi du royaume uni de la Grande-Br... et d'Irlande, se sont réunis, en vertu des stipulations du ... du 25. mars 1815 sur les mesures les plus propres à rend... possible toute entreprise de sa part contre le repos de l'Eur...

S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi du roy... uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande ayant, en conséq... nommé des plénipotentiaires à cet effet, savoir:

Sa Majesté Impériale et Royale Apostoli...

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire, Prince de Met... nich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la t... d'or, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne, Chevalier ... ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky, et de Ste. ... de la première classe, Grand'-Cordon de la légion d'honneur, ... valier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre suprême de l'annon... de l'aigle noir, de l'aigle rouge, des séraphins, de St. Jose... Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or de Wurtemberg, ... fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem et de plusieurs au... Chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Curate... l'académie des beaux arts, Chambellan, Conseiller intime ... de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bo... Son Ministre d'état, des conférences et des affaires étrangè...

Et Sa Majesté Britannique:

Le très-honorable Robert Stewart Vicomte Castlereagh, Chevalier de l'ordre très-noble de la Jarretière, Conseiller de Sadite Majesté en Son Conseil privé, Membre du Parlement, Colonel du régiment de milice de Londonderry, et Son principal Secrétaire d'état ayant le département des affaires étrangères;

Et le très noble Seigneur Arthur Duc, Marquis et Comte de Wellington, Marquis de Douro, Vicomte de Wellington, et Baron Douro de Wellesley, Conseiller de Sadite Majesté en Son conseil privé, Feld-Maréchal de Ses armées, Colonel du régiment royal des gardes à cheval, Chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, et Chevalier Grand'-Croix du très-honorable ordre militaire du bain, Prince de Waterloo, Duc de Ciudad-Rodrigo et Grand d'Espagne de la première classe, Duc de Vittoria, Marquis de Torres Vedras, Comte de Vimiora en Portugal, Chevalier de l'ordre très-illustre de la toison d'or, de l'ordre militaire d'Espagne de St. Ferdinand, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre impérial militaire de Marie-Thérèse, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre impérial de St. George de Russie, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre royal militaire de Portugal de la tour et de l'épée, et Chevalier de plusieurs autres ordres, et Commandant en chef les armées Britanniques et celles de S. M. le Roi des Pays-Bas en France;

Les dits plénipotentiaires sont convenus des points et articles suivans:

Article I.

Napoléon Buonaparte est regardé par les Puissances, qui ont signé le traité du 25. mars dernier, comme Leur prisonnier.

Article II.

Sa garde est spécialement confiée au Gouvernement Britannique.

Le choix du lieu et celui des mesures qui peuvent le mieux assurer le but de la présente stipulation, sont réservés à S. M. Britannique.

Article III.

Les Cours Impériales d'Autriche et de Russie et la C
Royale de Prusse nommeront des Commissaires, qui se rendr
et demeureront au lieu que le Gouvernement de S. M. Britanni
aura assigné pour le séjour de Napoléon Buonaparte, et qui, s
être chargés de la responsabilité de sa garde, s'assureront de
présence.

Article IV.

S. M. Très-Chrétienne sera invitée au nom des quatre Co
ci-dessus mentionnées à envoyer également un commissaire fr
çais au lieu de détention de Napoléon Buonaparte.

Article V.

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d
lande, s'engage à remplir les obligations qui résultent pour l
de la présente Convention.

Article VI.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications
seront échangées dans le terme de quinze jours, ou plutôt si f
se peut.

En foi de quoi, les Plenipotentiaires respectifs ont sign
présente Convention et l'ont munie du cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 2. Août de l'an de grace 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternl
(L. S.) Signé: Castlereagh.
(L. S.) Signé: Wellington.

a) Dieser Vertrag ist des Zusammenhanges wegen hier au
nommen worden. Die gleichlautenden Verträge zwischen Gr
Britannien und Russland, so wie zwischen Gross-Brit
nien und Preussen sind für Russland vom Grafen Nes
rode, für Preussen vom Fürsten Hardenberg unterzeichn

XXX.

Traité d'alliance entre la Grande-Bretagne, l'Autriche*), la Russie et la Prusse, signé à Vienne le 25. mars 1815 **).

*) Es folgt hier das von den Bevollmächtigten der Höfe zu Wien und London unterzeichnete Instrument. Hinsichtlich der übrigen contrahirenden Mächte s. unten.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et Irlande et S. M. l'Empereur d'Autriche Roi de Hongrie et de Bohême ayant pris en considération les suites que l'invasion en France de Napoléon Buonaparte et la situation actuelle de ce royaume peuvent avoir pour la sureté de l'Europe, ont résolus, d'un commun accord avec S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse, d'appliquer à cette circonstance importante les principes consacrés par le traité de Chaumont.

En conséquence ils sont convenus de renouveler par un traité spécial, signé séparément par chacune des quatre Puissances avec chacune des trois autres, l'engagement de préserver, contre toute atteinte, l'ordre des choses si heureusement rétabli en Europe, et de déterminer les moyens les plus efficaces de mettre cet engagement à exécution, ainsi que de lui donner dans les circonstances présentes toute l'extension qu'elles réclament impérieusement.

A cet effet

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la Grande-Bre-

tagne et d'Irlande a nommé pour discuter, conclure et signer les conditions du présent traité avec S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème :

Le Sieur Arthur Wellesley Duc, Marquis et Comte de Wellington, Marquis Douro, Vicomte Wellington de Talavera et de Wellington et Baron Douro de Wellesley, Pair du Parlament du royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, Conseiller de S. M. Britannique en Son conseil privé, Maréchal de Ses armées, Colonel du régiment des gardes royales à cheval, Chevalier de l'ordre illustre de la jarretière et Grand'-Croix du très-honorable ordre militaire du Bain, Duc de Ciudad Rodrigo, Marquis de Torres Vedras, et Comte de Vimiera en Portugal, Chevalier de la toison d'or d'Espagne, de l'ordre militaire de St. Ferdinand, Grand'-Croix de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, de l'ordre de St. George, de l'ordre de la tour et de l'epée du Portugal, de l'ordre de l'epée de Suède, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. Britannique près S. M. T. C., et Son premier plénipotentiaire au Congrès de Vienne ;

Et Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique ayant nommé de Son côté :

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la toison d'or, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, Chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, Grand'-Cordon de la légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre suprême de l'annonciade, de l'aigle noir et de l'aigle rouge, des séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem et plusieurs autres ; Chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'académie des beaux arts, Chambellan, Conseiller intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères, son premier plénipotentiaire au Congrès ;

Et le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Chambellan et Conseiller intime actuel de S. M. I. et R. A., Son second plénipotentiaire au Congrès.

Les dits plénipotentiaires, après avoir échangé leurs plein-

pouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont arrêté les articles suivans:

Article I.

Les hautes Puissances contractantes ci-dessus dénommées s'engagent solennellement à réunir les moyens de leurs états respectifs pour maintenir dans toute leur intégrité les conditions du traité de paix conclu à Paris le 30. mai 1814, ainsi que les stipulations arrêtées et signées au Congrès de Vienne dans le but de compléter les dispositions de ce traité, de les garantir contre les desseins de Napoléon Buonaparte. A cet effet Elles s'engagent à diriger, si le cas l'exigeoit, et dans le sens de la déclaration du 13. mars dernier, de concert et de commun accord, tous leurs efforts contre lui, et contre tous ceux qui se seroient déjà ralliés à sa faction, ou s'y réuniroient dans la suite, afin de le forcer à se désister de ses projets, et de le mettre hors d'état de troubler à l'avenir la tranquillité de l'Europe et la paix générale, sous la protection de laquelle le droit, la liberté et l'indépendance des nations venoient d'être placées et assurées.

Article II.

Quoiqu'un but aussi grand et aussi bienfaisant ne permette qu'en mesure les moyens destinés pour l'atteindre et que les hautes Parties contractantes soient résolues d'y consacrer tous dont, d'après leur situation Elles peuvent disposer, Elles néanmoins convenues de tenir constamment en campagne ume 150,000 hommes au complet y compris, pour le moins, proportion d'un dixième de cavalerie et une juste proportion rtillerie, sans compter les garnisons, et de les employer acti- ent et de concert contre l'ennemi commun.

Article III.

Les hautes Parties contractantes s'engagent réciproquement ne pas poser les armes que d'un commun accord, et avant que bjet de la guerre désigné dans l'article I. du présent traité n'ait atteint; et tant que Buonaparte ne sera mis absolument hors possibilité d'exciter des troubles, et de renouveler les tentatives r s'emparer du pouvoir suprême en France.

Article IV.

Le présent traité, principalement applicable aux circonstan présentes, les stipulations du traité de Chaumont et nommém celles contenues dans l'article XVI. auront de nouveau toute l force et vigueur aussitôt que le but actuel aura été atteint.

Article V.

Tout ce qui est relatif au commandement des armées co binées, aux subsistances etc. sera réglé par une convent particulière.

Article VI.

Les hautes Parties contractantes auront la faculté d'acc diter respectivement auprès des généraux commandans le armées des officiers qui auront la liberté de correspondre a leurs gouvernemens, pour les informer des événemens militai et de tout ce qui est relatif aux opérations des armées.

Article VII.

Les engagemens stipulés par le présent traité ayant pour le maintien de la paix générale, les hautes Parties contractan conviennent entr'elles d'inviter toutes les Puissances de l'Eur à y accéder [b]).

Article VIII.

Le présent traité étant uniquement dirigé dans le but soutenir la France ou tout autre pays envahi contre les entrepri de Buonaparte et de ses adhérens, Sa Majesté Très-Chrétie sera spécialement invitée à y donner Son adhésion, et à f connoître dans le cas où Elle devroit requérir les forces stipul dans l'article deuxième, quels secours les circonstances Lui p mettront d'apporter à l'objet du présent traité [c]).

Article IX.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en ser échangées dans deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 25. mars, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Wellington.
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.

Article additionnel et séparé.

Comme les circonstances pourroient empêcher S. M. le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande de tenir constamment en campagne le nombre des troupes spécifié dans l'article II., il est convenu que S. M. Britannique aura le droit ou de fournir son contingent, ou de payer au taux de trente livres sterling par an pour chaque homme d'infanterie jusqu'à la concurrence du nombre stipulé par l'article II.

Le présent article additionnel et séparé aura la même force et valeur que s'il étoit inséré mot à mot au traité de ce jour; il sera ratifié et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 25. mars, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Wellington.
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.

a) Ausserdem ist dieser Vertrag unterzeichnet in besonderen, gleichlautenden Instrumenten von:

Gross-Britannien und Russland;
Gross-Britannien und Preussen;
Oestreich und Russland;
Oestreich und Preussen;
Russland und Preussen;

zwar von Seiten Russlands durch den Grafen Rasoumoffsky

und den Grafen Nesselrode, von Seiten Preussens durch
Fürsten Hardenberg und den Baron Humboldt.

b) S. Nr. XXXI, Note b.

c) Auf den Artikel VIII des obigen Allianz-Vertrages be
sich das nachstehende Memorandum, nebst Declaration
gross-britannischen Gouvernements:

Memorandum.

Bureau des affaires étrangères, le 15. avril

Il a été ordonné de ratifier le traité dont la substance est
ci-dessus et il a été notifié de la part du Prince-Régent aux
Parties contractantes, que la détermination du Prince-Régent a
au nom et de la part du Roi, est d'ordonner que les dites ratifi
soient duement échangées contre de semblables actes de la pa
Puissances respectives avec la déclaration explicative de la
suivante, en ce qui concerne l'article VIII dudit traité.

Déclaration.

The undersigned, on the exchange of the ratifications of the
of the 25. of March last, on the part of his Court, is hereby com
to declare, that the eight article of the said treaty, wherein h
Christian Majesty is invited to accede under certain stipulati
to be understood as binding the contracting Parties, upon pr
of mutual security, to a common effort against the power of N
Buonaparte, in pursuance of the third article of the said trea
is not to be understood as binding His Britannic Majesty to pr
the war, with a view of imposing upon France any partic
vernment.

However solicitous the Prince Regent must be to see h
Christian Majesty restored to the Throne, and however anxio
to contribute in conjunction with his allies, to so auspicious a
he nevertheless deems Himself called upon to make this Dec
on the exchange of the ratifications, as well in consideration
is due to his most Christian Majestys interests in France, as
formity to the principles upon which the British Governm
invariably regulated its conduct.

Foreign office, april 15. 1815.

Signed: Castlereagh.

(Traduction: Le soussigné, lors de l'échange des ratificati
traité du 25. mars dernier au nom de sa Cour, déclare par

exprès, que l'article VIII dudit traité par lequel S. M. T. C. est invitée à y accéder, sous certaines conditions, doit être entendu de manière qu'il oblige les Parties contractantes, d'après les principes d'une sureté mutuelle, à un effort commun contre le pouvoir de Napoléon Buonaparte, par suite des huit articles du dit traité, mais qu'il ne doit pas être entendu de manière qu'il oblige S. M. Britannique à poursuivre la guerre dans la vue d'imposer à la France un gouvernement particulier.

Quelque soit le voeu que le Prince-Régent doive former pour voir S. M. T. C. rétablie sur le trône, et quelque soit Son envie de contribuer, conjointement avec Ses alliés, à un événement si heureux; Il se croit cependant obligé de faire, à l'échange des ratifications, cette déclaration, aussi bien par la considération de ce qui est dû aux intérêts de S. M. T. C. de France, qu'en conformité des principes d'après lesquels le gouvernement Britannique a invariablement réglé sa conduite.

Au Département des affaires étrangères, le 15. avril 1815.

Signé: Castlereagh.)

Diese Erklärung veranlasste übereinstimmende Gegenerklärungen des Oestreichischen, Russischen und Preussischen Hofes, deren erstere hier folgt:

Contredéclaration faite le 9. mai 1815 au nom de S. M. l'Empereur d'Autriche.

Le soussigné Ministre d'état et des affaires étrangères de S. M. l'Empereur d'Autriche, ayant rendu compte à son Auguste Maître de la communication que S. E. Mylord Castlereagh lui a faite relativement à l'article VIII du traité du 25. mars dernier, a reçu ordre de déclarer que l'interprétation donnée par le gouvernement Britannique à cet article est entièrement conforme aux principes d'après lesquels S. M. I. et R. A. s'est proposée de régler Sa politique durant la présente guerre, irrévocablement résolu de diriger tous Ses efforts contre l'usurpation de Napoléon Buonaparte, ainsi que ce but a été exprimé dans l'article III, et d'agir à cet égard dans le plus parfait accord avec Ses alliés, l'Empereur est néanmoins convaincu que les devoirs que Lui impose l'intérêt de Ses sujets, ainsi que les principes qui le guident, ne Lui permettroient pas de prendre l'engagement de poursuivre la guerre dans l'intention d'imposer un gouvernement à la France.

Quelque soient les voeux que S. M. l'Empereur forme de voir

S. M. T. C. replaçée sur le trône, ainsi que Sa constante sollicitud contribuer, conjointement avec Ses alliés, à obtenir un résultat au désirable, S. M. a cru cependant devoir faire répondre, par ce explication, à la déclaration que S. E. Mylord Castlereagh a remi l'échange des ratifications, et que le soussigné est pleinement auto à accepter de Sa part.

Signé: Le Prince de Metternich.

Die Gegenerklärung Namens des Kaisers von Russland unterzeichnet: „Lieven"; die Namens des Königs von Preu „Hardenberg".

XXXI.

Convention additionnelle au traité d'alliance du 25. mars 1815, signée en trois instrumens séparés entre la Grande-Bretagne et l'Autriche*), la Grande-Bretagne et la Russie, la Grande-Bretagne et la Prusse, à Vienne, le 30. Avril 1815 *).

*) Es folgt hier das von den Bevollmächtigten Gross-Britanniens und Oestreichs unterzeichnete Instrument.

Sa Majesté le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême étant convenus d'un commun accord, de règles moyennant une convention particulière, qui sera ajoutée en forme d'article additionnel au traité conclu à Vienne le 25. mars, les arrangemens qui ont été jugé nécessaires pour donner aux stipulations de ce traité toute la force et exécution conforme au grand et noble but que Leurs dites Majestés se sont proposés de poursuivre. Elles ont nommé pour conclure, arrêter et signer les conditions de la présente convention.

Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande:

Le très-honorable Richard de Poer Trench, Comte de Clanrarty, Vicomte Dunlo, Baron Kilconnel, Conseiller de Sa dite Majesté en Son conseil privé de la Grande-Bretagne et aussi d'Irlande, Président du comité du premier pour les affaires du commerce et des colonies, Directeur-général de Ses postes, Colonel du régiment de Milice du Comté de Galway, Chevalier Grand'-Croix du très-honorable ordre du Bain et Ministre-plénipotentiaire de Sa dite Majesté au Congrès;

Et Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique:
Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen etc. et
Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg etc.;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de l'article suivant:

Article.

Sa Majesté Britannique s'engage à fournir un subside de cinq millions de livres Sterling pour le service de l'année qui finira le 1. jour d'Avril 1816, à répartir en parties égales entre les trois Puissances, c'est à dire entre S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, S. M. l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de Prusse. Le subside ci-dessus stipulé de cinq millions de livres Sterl. sera payé à Londres en termes mensuels et en proportions égales, aux Ministres des Puissances respectives duement autorisés à le recevoir. Le premier payement sera censé échu le 1. jour de mai de la présente année, et sera effectué au moment de l'échange des ratifications de la présente convention additionnelle. Dans le cas que la paix entre les Puissances alliées et la France fut signée avant l'expiration de l'année, le subside calculé sur l'échelle de cinq millions de livres Sterl. sera payé jusqu'à la fin du mois dans lequel le traité définitif aura été signé, et Sa Majesté promet en outre de payer à la Russie quatre mois et à l'Autriche et à la Prusse deux mois, en sus du subside stipulé, pour couvrir les frais du retour de leurs troupes dans leurs propres frontières.

La présente convention additionnelle aura la même force et valeur que si elle étoit insérée mot à mot au traité du 25. mars [illegible].

Elle sera ratifiée et les ratifications en seront échangées le plutôt que faire se pourra.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 30. avril de l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Clancarty.
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.

a) Die gleichlautenden Instrumente zwischen Gross-Britannien und Russland, und zwischen Gross-Britannien und Preussen, sind Namens Russlands und Preussens von denselben Bevollmächtigten unterzeichnet, welche den Haupt-Vertrag vollzogen haben.

b) Bald nach dem Abschlusse der Allianz vom 25. März 1815 schlossen sich fast sämmtliche Europäische Regenten derselben durch besondere Verträge an.

Die einzelnen Beitrittserklärungen anderer Souveraine zu dem Haupt-Vertrage vom 25. März 1815 finden sich vollständig in:

G. F. de Martens recueil des principaux traités etc. Supplém. Tom. VI nämlich:

Accession du Royaume d'Hanovre au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signée à Vienne le 7. avril 1815.

de Martens l. c. p. 124—128.

Traité d'accession du Portugal au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 8. avril 1815.

de Martens l. c. p. 128—130.

Traité d'accession de la Sardaigne au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 9. avril 1815.

de Martens l. c. p. 130—133.

Traité d'accession de la Bavière au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 15. avril 1815.

de Martens l. c. p. 134—137.

Traité d'accession des Princes et des Villes libres d'Allemagne au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 27. avril 1815.

de Martens l. c. p. 138—143.

Traité d'accession de S. M. le Roi des Pays-Bas au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 28. avril 1815.

de Martens l. c. p. 144—145.

Traité d'accession du Grand-Duc de Bade au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 11. mai 1815.

de Martens l. c. p. 146—148.

Traité d'accession de la Confédération Suisse au traité d'alliance générale du 25. mars 1815, signé à Zurich le 20. mai 1815.

de Martens l. c. p. 148.

Traité d'accession du Grand-Duc de Hesse au traité d'allia
générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 23. mai 1815.
de Martens l. c. p. 148—150.

Traité d'accession du Royaume de Saxe au traité d'allia
générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 27. mai 1815.
de Martens l. c. p. 151—152.

(Der König von Sachsen verpflichtete sich, 8000 Mann Linie
truppen und eben so viel Mann Landwehr zu stellen, welche zu Ein
Corps vereinigt und der Militairjurisdiction des von dem Kön
zu ernennenden commandirenden Generals unterworfen blei
sollten.)

Traité d'accession du Roi de Wurtemberg au traité d'allia
générale du 25. mars 1815, signé à Vienne le 30. mai 1815.
de Martens l. c. p. 153—155.

Traité d'accession du Danemarc au traité d'alliance géné
du 25. mars 1815, signé à Paris le 1. Septembre 1815.
de Martens l. c. p. 155—156.

S. auch:

Note de l'ambassadeur d'Espagne à Vienne, addres
au congrès au sujet de l'alliance du 25. mars 1815,
date de 30. mars 1815.
de Martens l. c. p. 466.

Verhandlungen der Bevollmächtigten der verein
ten souverainen Fürsten und freien Städte Deuts
lands, betreffend ihren Beitritt zu dem zwischen Oestrei
Russland, England und Preussen am 25. März 1815
Wien geschlossenen Allianz-Vertrag, ihre Theilnahme
dem Kriege mit Frankreich, und die Festsetzung der Grundlagen ei
deutschen Bundes-Verfassung noch während des Wiener Congres
J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. IV. (Heft
S. 391 u. f.

Verhandlungen der von Oestreich, Russland
Preussen zu einer Berathung und Unterhandlung mit den Bev
mächtigten der vereinigten souverainen Fürsten und frei
Städte Deutschlands über die Verpflegung der drei Arme
(vom Oberrhein, Niederrhein und den Niederlanden) für den Kr
mit Buonaparte und dessen Anhänger, über die Hülfsmittel

ihrer Herbeischaffung und über das Lazarethwesen niedergesetzten Commission.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. (Heft 16.) S. 439 u. f.

(Aus diesen Verhandlungen ging die Abschliessung besonderer Verträge hervor.)

Vertrag zwischen Oestreich und Württemberg über den Durchmarsch der k. k. östreichischen Kriegsmannschaft durch königl. württemb. Gebiet, d. d. Wien d. 5. April 1815.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 185.

XXXII.

Urkunde über die Aufnahme des Cantons Neue burg *) (Neufchâtel) in die schweizerische Ei genossenschaft, vom 7. April 1815.

(*Extract aus dem Protokolle der eidgenössischen Tagsatzu vom 7. April* 1815.)

Wir die Gesandten der Cantone der Schweiz, auf der genössischen Tagsatzung in Zürich ausserordentlich versamm thun kund und zu wissen hiermit:

Dass, nachdem die Tagsatzung der schweizerischen E genossenschaft bereits unterm 12ten Herbstmonat 1814 beschl sen hat, in das Begehren des souverainen Staats Neuenburg zuwilligen, und denselben als Canton in den Schweizerbund a zunehmen, Wir es für angemessen erachtet haben, diese endl Vereinigung nicht länger aufzuschieben, welche für beide Th gleich vortheilhaft und geeignet ist, die seit Jahrhunderten geg seitig bestandenen freundschaftlichen Verhältnisse durch völlige Gemeinschaft der Schicksale und Interessen immer m zu befestigen.

Zu dem Ende haben Wir ernannt und mit den erforderlic Vollmachten versehen die Herren etc. etc., und der souver Staat Neuenburg die Herren etc. etc., welche hierauf denjen Vereinigungspunkt abgeschlossen haben, dessen Inhalt hier fo

Artikel I.

Der souveraine Staat Neuenburg wird als Canton in schweizerische Eidgenossenschaft aufgenommen. Diese A nahme findet unter der ausdrücklichen Bedingung Statt, dass

Erfüllung aller Verpflichtungen, welche dem Staat Neuenburg als Glied der Eidgenossenschaft obliegen, die Theilnahme dieses Standes an der Berathung der allgemeinen Angelegenheiten der Schweiz, die Ratification und Vollziehung der Beschlüsse der Tagsatzung, ausschliesslich die in Neuenburg residirende Regierung betreffen werden, ohne dass dafür eine weitere Sanction und Genehmigung erforderlich sey.

Artikel II.

Der Canton Neuenburg tritt allen Bestimmungen des Bundesvertrages bei, den er gleich den übrigen Ständen der Schweiz zu beschwören hat.

Artikel III.

Er liefert sein Contingent zur eidgenössischen Armee in dem für alle andern Stände angenommenen Verhältniss von zwei Mann auf hundert Seelen der ganzen Bevölkerung, nach welchem demnach auf fünfzigtausend Seelen das Contingent tausend Mann betragen soll.

Artikel IV.

Sein Geldcontingent, nach dem gleichen Verhältniss, wie es der Stände Basel und Genf berechnet, ist auf fünf und zwanzigtausend Schweizer-Franken festgesetzt. Durch diese Bestimmung und durch jene im vorhergehenden Artikel soll indess der sich den dritten Artikel des Bundesvertrags vorbehaltenen Revision der Beiträge an Mannschaft und Geld nicht vorgegriffen haben.

Artikel V.

Der Staat Neuenburg ist der ein und zwanzigste Canton der Schweiz; er nimmt seinen Rang in der Tagsatzung unmittelbar nach der Republik Wallis.

Artikel VI.

Die gegenwärtige Vereinigungs-Urkunde, welche von den Commissarien der Tagsatzung unterzeichnet worden, soll alsobald den eidgenössischen Ständen und der Regierung von Neu-

enburg zur Ratification vorgelegt werden; sobald diese erfolgt wird die Vereinigung vollendet, und definitiv beschlossen seyn

a) S: die Aufnahms-Urkunden der Cantone Genf und Wallis vom 7. April und 17. Juni 1815.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 170. 171.

Die Erklärung Friedrich Wilhelm III. Königs von Preussen, vom 18. Juni 1814. (Im Jahre 1707 fiel das Fürstenthum Neuchâtel und die Grafschaft Valengin an Friedrich I., König von Preussen, welcher am 17. August als souverainer Fürst bekannt, daselbst am 8. November desselben Jahres die Huldigung nehmen und die Vorrechte des Landes bestätigen liess.)

Vergl. auch: A. Miruss übersichtliche Darstellung des Preussischen Staatsrechts etc. S. 165—171.

XXXIII.

Traité entre le Danemarc et la Prusse relativement à la cession réciproque de la Pomeranie Suédoise, y compris l'île de Rugen et le Duché de Lauenbourg, signé à Vienne, le 4. juin 1815.

S. M. le Roi de Danemarc et S. M. le Roi de Prusse, désirant par des motifs d'utilité mutuelle convenir de la cession réciproque du Duché de la Pomeranie Suédoise avec la Principauté de Rugen, et du Duché de Lauenbourg, et ayant résolu de conclure un traité formel pour cet effet, ont nommé des Plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet, savoir:

S. M. le Roi de Danemarc:

Le Sieur Chrétien Gunther Comte de Bernstorff etc.; et

Le Sieur Joachim Frédéric Comte de Bernstorff etc.;

Et S. M. le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg etc. et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt etc.

Lesquels après avoir échangé leurs pleinpouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

S. M. le Roi de Danemarc, tant pour Lui, que pour Ses Successeurs renonce irrévocablement et à perpetuité en faveur de S. M. le Roi de Prusse et de Ses Successeurs à tous les droits et titres, que Son traité de paix avec S. M. le Roi de Suède, conclu

à Kiel le 14. janvier 1814 [a]) lui a donnés sur le Duché de Pomeranie Suédoise et la Principauté de l'isle de Rugen.

Article II.

S. M. le Roi de Prusse en entrant en possession de ces dr et titres, s'impose également les obligations, que S. M. le de Danemarc a contractées par rapport à la cession qui lui a faite de la Pomeranie Suédoise et de l'isle de Rugen, par articles 8, 9, 10, 11, 12, 20, 22, 23, 24 et 26 du Traité de K

Article III.

S. M. le Roi de Prusse cède à perpetuité à S. M. le Ro Danemarc le Duché de Lauenbourg, pour être possédé par S. en toute Souveraineté et propriété, avec Ses droits, titre émolumens tel que le dit Duché a été cédé à S. M. Prussie par l'article IV du traité conclu à Vienne le 29. mai 1815 e Elle et S. M. Britannique, Roi d'Hanovre [b]). Le bailliage de N hauss, situé entre le Mecklenbourg et l'Elbe, ainsi que les vill Lunebourgois, qui sont contigus à ce bailliage, ou qui s'y t vent enclavés, sont cependant exceptés de cette cession.

Article IV.

S. M. le Roi de Danemarc S'engage à Se charger des gations que S. M. le Roi de Prusse a contractées par rappor duché de Lauenbourg par les articles IV, V et IX du traité co le 29. mai 1815 entre la Prusse et S. M. Britannique, Roi d novre, bien entendu cependant que le bailliage de Neuh partagera à proportion de sa population la charge des dettes, avec la possession du duché passent au nouvel acquereur. point sera définitivement réglé par les commissaires respec que l'on nommera, d'un côté pour remettre, de l'autre recevoir la province cédée. Les stipulations de l'article VI même traité sont conservées en faveur de S. M. le Roi de nemarc.

Article V.

S. M. le Roi de Prusse S'engage à faire délivrer à S. Danoise tous les titres, documens, papiers, cartes et plans,

ernant la partie cédée du duché de Lauenbourg, tels et aussitôt que le gouvernement Hanovrien les Lui fera remettre.

Article VII.

En vertu d'un accord fait entre les Cours de Prusse et de Suède, S. M. le Roi de Prusse S'engage à payer à S. M. le Roi de Danemarc la somme de 600,000 écus de banque de Suède, qui est encore due par le gouvernement Suédois à S. M. Danoise. Ce payement se fera comptant, dans le terme de deux mois à dater de la signature du présent traité et d'après le Cours de change du jour de cette signature.

Article VIII.

Pour compléter l'indemnité due à S. M. le Roi de Danemarc pour la cession de la Pomeranie Suédoise et de l'isle de Rugen, S. M. le Roi de Prusse S'engage en outre à payer à S. M. Danoise la somme de deux millions d'écus, argent courant de Prusse. Cette somme sera payée aux termes suivans, savoir:

Cinq cent mille écus le 1. janvier de la première année après la conclusion de la paix, qui terminera la guerre actuelle avec la France.

Cinq cent mille écus le 1. juillet de la même année, et la même somme le 1. janvier et le 1. juillet de l'année suivante.

S. M. le Roi de Prusse fera délivrer à S. M. le Roi de Danemarc pour ces sommes quatre obligations, chacune pour 500,000 écus payables aux quatre termes susdits et portant 4 p. Ct. d'intérêts.

Ces obligations seront délivrées lors de la prise de possession de la Pomeranie Suédoise au nom de S. M. Prussienne, et le payement des intérêts sera compté de cette même époque.

Le premier payement de ces intérêts se fera le 1. janvier 1816, et l'on continuera ensuite à les payer de six en six mois.

Tous ces différents payemens, y compris celui de la somme stipulée dans l'article précédent, se feront à Hambourg, et aux personnes chargées par S. M. Danoise de les recevoir.

Article VIII.

S. M. le Roi de Prusse S'engage à faire remettre le Duché

de Lauenbourg au Gouvernement Danois, s'il est possible d
le terme de deux, et au plus tard dans celui de trois mois, à d
de la signature du présent traité.

Article IX.

Les deux hautes Parties contractantes souhaitant de termi
le plutôt possible les discussions relatives aux réclamations p
venant des griefs ou plaintes, que Leurs sujets respectifs ont
pouvoir former, avant la derniere guerre, contre l'un ou l'au
des deux gouvernemens, et considérant que le mode adopté
la convention du 2. juin de l'année passée, ainsi que par le tr
du 25. août de la même année, est sujet à des lenteurs et à
difficultés inévitables, conviennent de traiter cet objet de gou
nement à gouvernement, et d'y mettre de part et d'autre la s
et les facilités nécessaires pour que cette affaire puisse être
minée à l'époque de la prise de possession des provinces resp
vement cédées.

Article X.

S. M. le Roi de Danemarc [a]) et S. M. le Roi de Prusse r
fieront le traité actuel, et les ratifications en seront échangées
quartier général des Souverains alliés, dans l'espace de
semaines ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont sign
présent traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 4. juin 1815.

(L. S.)	Signé:	C. Bernstorff.
(L. S.)	Signé:	J. Bernstorff.
(L. S.)	Signé:	Le Prince de Hardenberg.
(L. S.)	Signé:	Le Baron de Metternich.

a) Im Jahre 1814 hatte Dänemark mit den verbündeten Mäch
Friedensverträge geschlossen, nämlich:

mit Grossbritannien zu Kiel, am 14. Januar;
mit Russland zu Hannover, am 8. Februar;
mit Preussen zu Berlin, am 25. August;
mit Schweden zu Kiel, am 14. Januar.

Zufolge dieses letzteren Vertrages hatte Schweden an Dänemark für Norwegen abgetreten: — den ihm gehörenden Theil von Pommern und die Insel Rügen. Nachdem durch den obigen Vertrag Dänemark diese Provinzen an Preussen, gegen die dort genannten Abtretungen, cedirt hatte, — nahm Preussen von denselben am 1. October 1815 Besitz.

Vergl: Traité conclu à Vienne le 7. juin 1815 entre S. M. le Roi de Prusse d'une part, et S. M. le Roi de Suède et de Norwège d'autre part.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 149.

Note des königlich dänischen Bevollmächtigten an die Bevollmächtigten von Oestreich, Russland, Frankreich, Grossbritannien und Preussen, betreffend Dänemarks vollständige Entschädigung für den Verlust von Norwegen, d. d. Wien, den 19. November 1814.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 20.) S. 502, 511.

b) Traité de cessions entre la Prusse et le Hanovre, signé à Vienne le 29. Mai 1815.

(Annexe VI. à l'acte du Congrès.)

XXXIV.

Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 181 avec ses Annexes *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Les Puissances qui ont signé le Traité conclu à Paris le 3 Mai 1814 s'étant réunies à Vienne, en conformité de l'article de cet acte, avec les Princes et Etats Leurs Alliés, pour compléter les dispositions dudit traité, et pour y ajouter les arrangemens rendus nécessaires par l'état dans lequel l'Europe étoit restée à la suite de la dernière guerre, désirant maintenant de comprendre dans une transaction commune les différens résultats de leurs négociations, afin de les revêtir de Leurs ratifications réciproques, ont autorisé Leurs Plénipotentiaires a réunir dans un instrument général les dispositions d'un intérêt majeur et permanent, et à joindre à cet acte, comme parties intégrantes des arrangemens du Congrès, les Traités, Conventions, Déclarations, Réglemens et autres actes particuliers, tels qu'ils se trouvent cités dans le présent Traité. Et ayant les susdites Puissances nommé Plenipotentiaires au Congrès, savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Clément-Venceslas-Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la Toison d'or, Grand'-Croix de l'Ordre Royal de St. Etienne, Chevalier des Ordres de St. André, de St. Alexandre-Newski et de St. Anne de la première Classe, Grand-Cordon de la Légion d'honneur, Chevalier de l'Ordre de l'Eléphant, de l'Ordre suprême

de l'Annonciade, de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'Aigle d'or de Wurtemberg, de la Fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem, et de plusieurs autres; Chancelier de l'Ordre militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'Académie des beaux arts, Chambellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'Etat, des Conférences et des affaires étrangères;

Et le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Chevalier Grand'-Croix de l'Ordre militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, Grand'-Croix de l'Ordre de l'Aigle rouge de Prusse et de celui de la Couronne de Bavière, Chambellan et Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique.

Sa Majesté le Roi d'Espagne et des Indes:

Don Pierre Gomez Labrador, Chevalier de l'Ordre Royal et distingué de Charles III, Son Conseiller d'Etat.

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre:

Monsieur Charles Maurice de Talleyrand-Périgord, Prince de Talleyrand, Pair de France, Ministre-Secrétaire d'Etat au département des affaires étrangères, Grand-Cordon de la Légion d'honneur, Chevalier de l'Ordre de la Toison d'or, Grand'-Croix de l'Ordre de St. Etienne de Hongrie, de l'Ordre de St. Alexandre, des Ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, de l'Ordre de l'Eléphant, de l'Ordre de St. Hubert, de la Couronne de Saxe, de l'Ordre de St. Joseph, de l'Ordre du Soleil de Perse, etc. etc.;

Monsieur le Duc de Dalberg, Ministre d'Etat de Sa Majesté le Roi de France et de Navarre, Grand-Cordon de la Légion d'honneur, de celui de la Fidélité de Bade, et Chevalier de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem;

Monsieur le Comte Gouvernet de Latour du Pin, Chevalier de l'Ordre Royal et militaire de St. Louis et de la Légion d'honneur, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté près Sa Majesté le Roi des Pays-Bas;

Et Monsieur le Comte Alexis de Noailles, Chevalier de l'Ordre Royal et militaire de St. Louis, Grand'-Croix de l'Ordre Royal et militaire des Sts. Maurice et Lazare, Chevalier

de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem, de Léopold, de St. W
dimir, du Mérite de Prusse, et Colonel au service de France

Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-B
tagne et d'Irlande:

Le très-honorable Robert Stewart, Vicomte Cas
reagh, Conseiller de Sadite Majesté en Son Conseil pr
Membre de Son Parlement, Colonel du Régiment de Milice
Londonderry, Son principal Secrétaire d'Etat ayant le dépa
ment des affaires étrangères, et Chevalier du très-noble O
de la Jarretière etc. etc.;

Le très-excellent et très-illustre Prince Arthur We
ley, Duc, Marquis et Comte de Wellington, Marquis De
Vicomte Wellington de Talavera et de Wellington et B
Douro de Wellesley; Conseiller de Sa dite Majesté en Son
seil privé, Maréchal de Ses Armées, Colonel du Régiment
des Gardes à cheval, Chevalier du très-noble Ordre de la J
tière et Chevalier Grand'-Croix du très-honorable Ordre mil
du Bain, Duc de Ciudad Rodrigo et Grand d'Espagne de l
mière classe; Duc de Vittoria, Marquis de Torres-Vedras,
de Vimeira en Portugal, Chevalier du très-illustre Ordre
Toison d'or, de l'Ordre militaire de St. Ferdinand d'Esp
Chevalier Grand'-Croix de l'Ordre Impérial et militaire de
Thérèse, Chevalier Grand'-Croix de l'Ordre militaire
George de Russie de la première classe, Chevalier Grand'
de l'Ordre Royal et militaire de la Tour et de l'Epée de Por
Chevalier Grand'-Croix de l'Ordre militaire et Royal de
de Suède etc. etc.;

Le très-honorable Richard de Poër Trench, Co
Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron de Kilconnel, Co
de Sadite Majesté en Son Conseil privé, Président du Co
ce Conseil pour les affaires de Commerce et des Colonies,
général de Ses postes aux lettres, Colonel du Régiment de
du Comté de Galway, et Chevalier Grand'-Croix du très
rable Ordre du Bain;

Le très-honorable Guillaume Shaw, Comte Cath
Baron Cathcart et Greenock, Pair du Parlement, Conse
Sa Majesté en Son Conseil privé, Chevalier du très-an
très-honorable Ordre du Chardon, et des Ordres de

Général de Ses Armées, Vice-Amiral d'Ecosse, Colonel du second Régiment des Gardes du Corps, Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies;

Et le très-honorable Charles Guillaume Stewart, Lord Stewart, Seigneur de la Chambre de Sadite Majesté, Conseiller de Sa Majesté en Son Conseil privé, Lieutenant-Général de Ses Armées, Colonel du vingt-cinquième Régiment de Dragons légers, Gouverneur du Fort Charles dans la Jamaïque, Chevalier Grand'-Croix du très-honorable Ordre militaire du Bain, Chevalier Grand'-Croix des Ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge de Prusse, Chevalier Grand'-Croix de l'Ordre de la Tour et de l'Epée de Portugal, Chevalier de l'Ordre de St. George de Russie.

Son Altesse Royale le Prince Régent du Royaume de Portugal et de celui du Brésil:

Le Sieur Dom Pierre de Sousa-Holstein, Comte de Palmella, de Son Conseil, Commandeur de l'Ordre du Christ, Colonel de la Compagnie Allemande des Gardes du Corps; Grand'-Croix de l'Ordre Royal et distingué de Charles III. d'Espagne;

Le Sieur Antoine de Saldanha da Gama, de Son Conseil, et de celui des Finances, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Commandeur de l'Ordre militaire de St. Benoît d'Avis, premier Ecuyer de Son Altesse Royale la Princesse du Brésil;

Et le Sieur Dom Joaquin Lobo da Silveyra, de Son Conseil, Commandeur de l'Ordre du Christ.

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état, Chevalier des grands Ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem et de la Croix de fer de Prusse, de l'Ordre de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de St. Anne de première classe de Russie, Grand'-Croix de l'Ordre Royal de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la Légion d'honneur, Grand'-Croix de l'Ordre de Charles III. d'Espagne, de celui de St. Hubert de Bavière, de l'Ordre suprême de l'Annonciade de Sardaigne, Chevalier de l'Ordre des Séraphins de Suède, de

celui de l'Eléphant de Danemarc, de l'Aigle d'Or de Wurtembe
et de plusieurs autres;

Et le Sieur Charles Guillaume Baron de Humbold
Son Ministre d'état, Chambellan, Envoyé extraordinaire
Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Roy
Apostolique, Chevalier du Grand Ordre de l'Aigle rouge et
celui de la Croix de fer de Prusse de la première classe, Gra
Croix de l'Ordre de Ste. Anne de Russie, de celui de Léop
d'Autriche et de celui de la Couronne de Bavière.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur André Prince de Rasoumoffsky, Son C
seiller privé actuel, Sénateur, Chevalier des Ordres de St. And
de St. Wolodimir, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne
la première classe, Grand'-Croix de l'Ordre Royal de St. Etie
et de celui de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge de Prusse;

Le Sieur Gustave Comte de Stakelberg, Son Consei
privé actuel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotenti
près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Chambel
actuel, Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre-Newsky, Gra
Croix de celui de St. Wolodimir de la seconde classe et de
Anne de la première, Grand'-Croix de l'Ordre de St. Etien
de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge de Prusse;

Et le Sieur Charles Comte de Nesselrode, Son C
seiller privé, Chambellan actuel, Secrétaire d'état pour les af
res étrangères, Chevalier de l'Ordre de St. Alexandre-News
Grand'-Croix de celui de Wolodimir de la seconde classe,
Léopold d'Autriche, de l'Aigle rouge de Prusse, de l'Etoile pola
de Suède et de l'Aigle d'Or de Wurtemberg.

Sa Majesté le Roi de Suède et de Norwège:

Le Sieur Charles Axel Comte de Loewenhjelm, G
néral-Major dans Ses Armées, Colonel d'un Régiment d'Inf
terie, Chambellan actuel, Son Envoyé extraordinaire et Mini
plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russ
Sous-Chancelier de Ses Ordres, Commandeur de Son Ordre
l'Etoile polaire, et Chevalier de celui de l'Epée, Chevalier
Ordres de Russie de Ste. Anne de la première classe, et de
George de la quatrième classe, Chevalier de l'Ordre de Pru

de l'Aigle rouge, première classe, et Commandeur de l'Ordre de St. Jean de Jérusalem.

Ceux de ces Plénipotentiaires qui ont assisté à la clôture des négociations, après avoir exhibé leurs pleinpouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de placer dans ledit instrument général, et de munir de leur signature commune les articles suivans [b]):

Article I.

Dispositions relatives à l'ancien Duché de Varsovie.

Le Duché de Varsovie, à l'exception des Provinces et Districts, dont il a été autrement disposé dans les articles suivans, est uni à l'Empire de Russie [c]). Il y sera lié irrévocablement par Constitution, pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Ses héritiers et Ses successeurs à perpétuité. Sa Majesté Impériale se réserve de donner à cet état, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure, qu'Elle jugera convenable. Elle prendra avec Ses autres titres celui de Tsar, Roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés à Ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique que chacun des Gouvernemens auxquels ils appartiennent jugera utile et convenable de leur accorder.

Article II.

Limites du Grandduché de Posen.

La partie du duché de Varsovie que S. M. le Roi de Prusse possédera en toute souveraineté et propriété pour Lui et Ses successeurs, sous le titre de Grand-Duché de Posen [d]), sera comprise par la ligne suivante:

En partant de la frontière de la Prusse orientale au village Schönhoff, la nouvelle limite suivra la frontière de la Prusse orientale, telle qu'elle a subsisté depuis 1772 jusqu'à la paix de Tilsit, jusqu'au village de Leibitsch, qui appartiendra au Duché de Varsovie: de là il sera tiré une ligne qui, en laissant Rogasnia, Grabowiec et Szczytno à la Prusse, passe la Vistule

auprès de ce dernier endroit de l'autre côté de la rivière tombe vis-à-vis de Szczytno dans la Vistule, jusqu'à l'ancie li mite du district de la Netze auprès de Gross-Opoczko, de nière que Sluzewo appartiendra au Duché, et Przybranowa, läender et Maciejewo à la Prusse. De Gross-Opoczko on pass par Chlewicka, qui restera à la Prusse, au village de Przyb law, et de là, par les villages Piasky, Chelmce, Witowicz Kobylinka, Woyczyn, Orchowo, jusqu'à la ville de Powidz.

De Powidz on continuera par la ville de Slupce jusqu point du confluent des rivières de Wartha et Prosna.

De ce point on remontera le cours de la rivière Pro jusqu'au village Koscielnawies à une lieue de la ville de Kali

Là, laissant à cette ville (du côté de la rive gauche d Prosna) un territoire en demi-cercle, mesuré sur la distance y a de Koscielnawies à Kalisch, on rentrera dans le cours Prosna, et l'on continuera à la suivre, en remontant par les v Grabow, Wieruszow, Boleslawiec, pour terminer la ligne du village Gola à la frontière de la Silésie vis-à-vis de Pitsc

Article III.

Salines de Wieliczka.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique posséder toute propriété et souveraineté les salines de Wieliczka, que le territoire y appartenant [e]).

Article IV.

Limites entre la Galicie et l'Empire Russe.

Le Thalweg de la Vistule séparera la Galicie du terri de la ville libre de Cracovie. Il servira de même de frontière la Galicie et la partie du ci-devant Duché de Varsovie réuni Etats de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, jusqu environs de la ville de Zawichost.

De Zawichost jusqu'au Bug la frontière sèche sera d minée par la ligne indiquée dans le traité de Vienne de 1809, rectifications près que d'un commun accord on trouvera néces d'y apporter.

La frontière à partir du Bug, sera rétablie de ce côté les deux empires telle qu'elle a été avant ledit traité.

Article V.

Restitution des districts détachés de la Galicie orientale.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies cède a S. M. I. et R. A. les districts qui ont été détachés de la Galicie orientale, en vertu du traité de Vienne de 1809, des cercles de Zloczow, Brzezan, Tarnopol et Zalesczyk, et les frontières seront rétablies de ce côté telles qu'elles avoient été avant l'époque dudit traité.

Article VI.

Cracovie déclarée ville libre.

La ville de Cracovie (1) avec son territoire est déclarée, à perpétuité, cité libre, indépendante et strictement neutre, sous la protection de la Russie, de l'Autriche et de la Prusse.

Article VII.

Limites du territoire de Cracovie.

Le territoire de la ville libre de Cracovie aura pour frontière, sur la rive gauche de la Vistule, une ligne qui, commençant au village de Woliça, a l'endroit de l'embouchure d'un ruisseau, qui vis-à-vis de ce village se jette dans la Vistule, remontera ce ruisseau jusqu'à Clo, Koscielniki jusqu'à Czulice, de sorte que ces villages soient compris dans le rayon de la ville libre de Cracovie. De là, longeant les frontières des villages, continuera par Dzickarice, Garlice, Tomaszow, Karniowice, qui resteront également dans le territoire de Cracovie, jusqu'au point où commence la limite, qui sépare le district de Krzeszovice de celui d'Olkusz; là elle suivra cette limite entre les deux districts cités, pour aboutir aux frontières de la Silésie Prussienne.

Article VIII.

Privilèges accordés à Podgorze.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche voulant contribuer en particulier de Son côté à ce qui pourra faciliter les relations de commerce et de bon voisinage entre la Galicie et la ville libre de Cracovie, accorde à perpétuité à la ville riveraine de Podgorze les privilèges d'une ville libre de commerce, tels qu'en jouit la ville de Brody. Cette liberté de commerce s'étendra à un rayon

de cinq cents toises, à prendre de la barrière des fauxbourg la ville de Podgorze. Par suite de cette concession perpétu qui cependant ne doit point porter atteinte aux droits de so raineté de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, les dou Autrichiennes ne seront établies que dans des endroits situés dehors du dit rayon. Il n'y sera formé de même aucun éta sement militaire, qui pourroit menacer la neutralité de Crac ou gêner la liberté de commerce, dont Sa Majesté Impérial Royale Apostolique veut faire jouir la ville et le rayon de Podgo

Article IX.

Neutralité de Cracovie.

Les Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse s'engage respecter et à faire respecter, en tout temps, la neutralité d ville libre de Cracovie et de son territoire; aucune force ar ne pourra jamais y être introduite sous quelque prétexte ce soit.

En révanche il est entendu et expressément stipulé, qu'il pourra être accordé dans la ville libre et sur le territoire de C covie aucun asyle ou protection à des transfuges, déserteu ou gens poursuivis par la loi, appartenant aux pays de l'une de l'autre des hautes Puissances susdites, et que, sur la dema d'extradition, qui pourra en être faite par les autorités com tentes, de tels individus seront arrêtés et livrés sans délai, s bonne escorte, à la garde qui sera changée de les recevoir frontière.

Article X.

Constitution, académie, évêché de Cracovie.

Les dispositions sur la Constitution de la ville libre de C covie, sur l'Académie de cette ville et sur l'Evêché et le Chapi de Cracovie, telles qu'elles se trouvent énoncées dans les artic 7, 15, 16 et 17 du traité additionnel relatif à Cracovie, annex au présent traité général, auront la même force et valeur, q si elles étoient textuellement insérées dans cet acte.

Article XII.

Amnistie générale en Pologne.

Il y aura amnistie pleine, générale et particulière en faveur de tous les individus, de quelque rang, sexe, ou condition qu'ils puissent être.

Article XIII.

Séquestres levés.

Par suite de l'article précédent personne ne pourra à l'avenir être recherché ou inquiété, en aucune manière, pour cause quelconque de participation directe ou indirecte, à quelqu' époque que ce soit, aux événements politiques civils ou militaires en Pologne. Tous les procès, poursuites ou recherches seront regardés comme non-avenus, les séquestres ou confiscations provisoires seront levés, et il ne sera donné suite à aucun acte provenant d'une cause semblable.

Article XIII.

Exception à l'article précédent.

Sont exceptés de ces dispositions générales à l'égard des confiscations, tous les cas, où les édits ou sentences prononcés en dernier ressort auroient déja reçu leur entière exécution, et n'auroient pas été annullés par des événemens subséquens.

Article XIV.

Libre navigation des rivières en Pologne.

Les principes établis sur la libre navigation des fleuves et rivières dans toute l'étendue de l'ancienne Pologne, ainsi que sur la fréquentation des ports, sur la circulation des productions du sol et de l'industrie entre les différentes provinces Polonoises, et sur le commerce de transit, tels qu'ils se trouvent énoncés dans les articles 24, 25, 26, 28 et 29 du traité entre l'Autriche et la Russie, et dans les articles 22, 23, 24, 25, 28 et 29 du traité entre la Russie et la Prusse, seront invariablement maintenus.

Article XV.

Cessions de S. M. le Roi de Saxe à S. M. le Roi de Prusse.

La Majesté le Roi de Saxe s) renonce à perpétuité, pour

Lui et tous Ses descendans et successeurs, en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse, à tous ses droits et titres sur les Provinces, districts et territoires ou parties de territoires du Royaume de Saxe désignés ci-après, et S. M. le Roi de Prusse possédera ces pays en toute souveraineté et propriété, et les réunira à Sa monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du Royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires Prussien et Saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe, mais que S. M. renonce à tous les districts et territoires qui seroient situés au delà de cette ligne, et qui lui auroient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira des confins de la Bohème près de Wiesa dans les environs de Seidenberg, en suivant le courant du ruisseau Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse elle passera au cercle d'Eigen entre Tauchritz venant à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe; puis elle suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Ober-Sohland; de là elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Goerlitz de celui de Bautzen, de manière que Ober-, Mittel- et Nieder-Sohland, Ober- et Radewitz restent à la Saxe.

La grande route de poste entre Goerlitz et Bautzen sera à la Prusse jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke, ensuite elle s'étendra sur les hauteurs à la droite du Loebauer-Wasser, de manière que ce ruisseau avec ses deux rives et les endroits riverains jusqu'à Neudorf, restent, avec ce village, à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarz-Wasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster près de Solchdorf on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la Seigneurie de Koenigsbrueck près de Grossgraebchen. Cette Seigneurie reste à la Saxe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette Seigneurie jusqu'à celle du bailliage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route depuis cet endroit par Maerzdorf, Stoizenhayn, Groebeln à Muehlberg, avec les villages que cette route traverse

de manière qu'aucune partie de ladite route ne reste hors du ritoire Prussien, passent sous la domination de la Prusse. La ntière, depuis Groebeln, sera tracée jusqu'à l'Elbe près de ittenberg, et suivra celle du bailliage de Muehlberg; Fichten- g vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg, sera réglée de manière que les bailliages de Torgau, Eilen- g et Delitsch passent à la Prusse, et ceux d'Oschatz, Wur- et Leipsic restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières es bailliages; en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. route de Muehlberg à Eilenbourg sera en entier sur le territoire ssien.

De Podelwitz, appartenant au bailliage de Leipsic et restant Saxe, jusqu'à Eytra, qui lui reste également, la ligne cou- a le pays de Mersebourg, de manière que Breitenfeld, Haeni- n, Gross- et Klein-Dolzig, Mark-Ranstaedt et Knaut-Nauen- f restent à la Saxe, Modelwitz, Skeuditz, Klein-Liebenau, Ranstaedt, Schkoehlen et Zietschen passent à la Prusse.

Depuis là, la ligne coupera le bailliage de Pegau, entre le graben et la Weisse-Elster. Le premier du point où il se re au-dessous de la ville de Crossen (qui fait partie du bail- de Hainsbourg), de la Weisse-Elster, jusqu'au point où, essous de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, ap- endra dans tout son cours entre ces deux villes, avec ses rives, au territoire Prussien.

De là, où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle a celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Luckau. Les frontières du cercle de Neustadt, qui passe en entier la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reuss, savoir: ell, Blintendorf, Sparenberg et Blankenberg se trouvent rises dans le lot de la Prusse.

Article XVI.

Titres à prendre par S. M. le Roi de Prusse.

Les Provinces et districts du royaume de Saxe, qui passent la domination de Sa Majesté le Roi de Prusse, seront désig- sous le nom de Duché de Saxe, et S. M. ajoutera à Ses titres

ceux de Duc de Saxe, Landgrave de Thuringe, Margrave
Deux-Lusaces et Comte de Henneberg. Sa Majesté le R
Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la Haute-Lu
S. M. continuera de même, relativement et en vertu de Ses
de succession éventuelle sur les possessions de la bra
Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thuringe et de C
de Henneberg.

Article XVII.

Garantie des cessions désignées dans l'article XV.

L'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne et la F
garantissent à S. M. le Roi de Prusse, Ses descendans et su
seurs la possession des pays désignés dans l'article 15, en
propriété et souveraineté.

Article XVIII.

*Renonciation de S. M. l'Empereur d'Autriche aux droi
suzeraineté sur la Lusace.*

S. M. Impériale et Royale Apostolique voulant donner
M. le Roi de Prusse une nouvelle preuve de son désir d'é
tout objet de contestation future entre les deux Cours, ren
pour Elle et Ses successeurs, aux droits de suzeraineté s
Marggraviats de la Haute- et Basse-Lusace, droits qui lui a
tiennent en sa qualité de Roi de Bohème, en autant qu'ils
cernent la partie de ces provinces qui a passé sous la domi
de S. M. le Roi de Prusse, en vertu du traité conclu avec S
le Roi de Saxe à Vienne, le 18. mai 1815.

Quant au droit de réversion de S. M. Impériale et R
Apostolique sur ladite partie des Lusaces, réunie à la Prus
est transféré à la maison de Brandebourg actuellement rég
en Prusse, S. M. I. et R. A. réservant pour Elle et Ses su
seurs la faculté de rentrer dans ce droit, dans le cas d'extin
de ladite Maison régnante.

S. M. I. et R. A. renonce également, en faveur de S
Prussienne, aux districts de la Bohème enclavés dans la part
la Haute-Lusace, cédée par le traité du 18. mai 1815 à Sa Ma
Prussienne, lesquels renferment les endroits Guentersdorf,

Lautracke, Neu-Kretschen, Nieder-Gerlachsheim, Winkel et Klinkel avec leurs territoires.

Article XIX.

Renonciation réciproque aux droits de féodalité.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe désirant écarter soigneusement tout objet de contestation ou de discussion future, renoncent, chacun de Son côté, et réciproquement en faveur l'un de l'autre, à tout droit ou prétention de féodalité qu'ils exerceroient ou qu'ils auroient exercé au-delà des frontières fixées par le présent traité.

Article XX.

Liberté réciproque d'émigration.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout ce qui peut regarder la propriété et les intérêts des sujets respectifs, d'après les principes les plus libéraux. Le présent article sera particulièrement appliqué aux rapports des individus qui conservent leurs biens sous les deux dominations, Prussienne et Saxonne, au cercle de Leipsic, et à tous les autres objets de la même nature; et pour que la liberté individuelle des habitans, tant des provinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il leur sera permis d'émigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligation du service militaire, et en remplissant les formalités requises par les lois. Ils pourront également exporter leurs biens sans être astreints à aucun droit d'issue ou de détraction (*Abzugsgeld*).

Article XXI.

Propriétés des établissemens religieux.

Les communautés, corporations et établissemens religieux d'instruction publique qui existent dans les Provinces et districts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les Provinces et districts qui restent à S. M. Saxonne, conserveront, quelque soit le changement que leur destination puisse subir, leurs propriétés, ainsi que les redevances qui leur appartiennent d'après l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis lors, par un titre valable devant les lois, sous les deux domi-

nations, Prussienne et Saxonne, sans que l'administration et revenus à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni l'autre, en se conformant toutefois aux lois, et en support les charges auxquelles toutes les propriétés ou redevances d même nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elle trouvent.

Article XXII.

Amnistie générale en Saxe.

Aucun individu domicilié dans les Provinces qui se trou sous la domination de S. M. le Roi de Saxe, ne pourra, plus qu'aucun individu domicilié dans celles qui passent p présent traité sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, frappé dans sa personne, dans ses biens, rentes, pension revenus de tout genre, dans son rang et ses dignités, ni p suivi, ni recherché, en aucune façon quelconque, pour au part qu'il ait pu, politiquement ou militairement, prendre événemens qui ont eu lieu depuis le commencement de la g terminée par la paix conclue à Paris le 30. mai 1814. Cet a s'étend également à ceux qui, sans être domiciliés dans l'un dans l'autre partie de la Saxe, y auroient des biens-fonds, re pensions ou revenus, de quelque nature qu'ils soient.

Article XXIII.

Désignation des Provinces, dont la Prusse reprend posses

S. M. le Roi de Prusse étant rentrée, par une suite dernière guerre, en possession de plusieurs Provinces et toires qui avoient été cédés par la paix de Tilsit, il est re et déclaré par le présent article, que S. M., Ses héritiers et cesseurs, posséderont de nouveau, comme auparavant, en souveraineté et propriété, les pays suivans, savoir:

La partie de Ses anciennes Provinces Polonoises désig l'article 2;

La ville de Danzic et son territoire, tel qu'il a été fix le traité de Tilsit;

Le cercle de Cottbus;

La Vieille-Marche;

La partie du Duché de Magdebourg sur la rive gauche de l'Elbe, avec le cercle de la Saale;

La Principauté de Halberstadt, avec les seigneuries de Derenbourg et de Hassenrode;

La ville et le territoire de Quedlinbourg, sous la réserve des droits de S. A. R. Madame la Princesse Sophie-Albertine de Suède, Abbesse de Quedlinbourg, conformément aux arrangemens faits en 1803;

La partie prussienne du Comté de Mansfeld;

La partie prussienne du Comté de Hohenstein;

L'Eichsfeld;

La ville de Nordhausen, avec son territoire;

La ville de Muehlhausen, avec son territoire,

La partie prussienne du district de Treffourt, avec Dorla;

La ville et le territoire d'Erfourt, à l'exception de Klein-Brembach et Berlstedt, enclavés dans la principauté de Weimar, cédés au Grand-Duc de Saxe-Weimar par l'article 39;

(La partie prussienne du Comté de Gleichen;

La Seigneurie inférieure de Kranichfeld;

La Seigneurie de Blankenhayn;)*)

*) *Diese drei Zeilen finden sich nicht in allen Ausgaben (nämlich nicht in der Wiener amtlichen), da Preussen zwar die Besitzungen auf dem Congresse zugewiesen erhielt, dieselben aber nach Art. 39 sofort an Sachsen-Weimar abtrat.*

Le Bailliage de Wandersleben, appartenant au Comté de Untergleichen;

La Principauté de Paderborn, avec la partie prussienne des bailliages de Swalenberg, Oldenbourg et Stoppelberg, et des jurisdictions (*Gerichte*) de Hagendorn et d'Odenhausen, situées dans le territoire de Lippe;

Le Comté de Mark, avec la partie de Lippstadt qui y appartient;

Le Comté de Werden;

Le Comté d'Essen;

La partie du Duché de Clèves, sur la rive droite du Rhin, avec la ville et forteresse de Wésel; la partie de ce Duché située sur la rive gauche, se trouvant comprise dans les provinces spécifiées à l'article 25;

Le Chapitre sécularisé d'Elten;

La Principauté de Muenster, c'est-à-dire la partie prussien
du ci-devant Evêché de Muenster, à l'exception de ce qu
été cédé à S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, en vertu
l'article 27 (28);
La Prévôté sécularisée de Cappenberg;
Le Comté de Teklenbourg;
Le Comté de Lingen, à l'exception de la partie cédée par l'a
27 au Royaume d'Hanovre;
La Principauté de Minden;
Le Comté de Ravensberg;
Le Chapitre sécularisé de Herford;
La Principauté de Neufchâtel avec le comté de Valengin, t
que leurs frontières ont été rectifiées par le traité de Pa
et par l'article 76 du présent traité général.

La même disposition s'étend aux droits de souveraineté et
suzeraineté sur le Comté de Wernigerode, à celui de haute p
tection sur le Comté de Hohen-Limbourg, et à tous les aut
droits ou prétentions quelconques que S. M. Prussienne a pos
dés et exercés avant la paix de Tilsit, et auxquels Elle
point renoncé par d'autres traités, actes ou conventions.

Article XXIV.

Possessions Prussiennes en deçà du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse réunira à Sa monarchie en Allemag
en deçà du Rhin, pour être possédés par Elle et Ses successeu
en toute propriété et souveraineté, les pays suivans, savoir:
Les provinces de la Saxe désignées dans l'article 15,
l'exception des endroits et territoires qui en sont cédés
vertu de l'article 39, à S. A. R. le Grand-Duc de Sa
Weimar;
Les territoires cédés à la Prusse par S. M. Britannique,
d'Hanovre, par l'article 29;
La partie du département de Fulde et les territoires y compr
indiqués a l'article 40;
La ville de Wetzlar et son territoire, d'après l'article 42;
Le Grand-Duché de Berg, avec les Seigneuries de Hardenber
Brock, Styrum, Schoeller et Odenthal, lesquelles ont d
appartenu audit Duché sous la domination Palatine [b]);

Les districts du ci-devant Archevêché de Cologne, qui ont appartenu en dernier lieu au Grand-Duché de Berg;

Le Duché de Westphalie, ainsi qu'il a été possédé par S. A. R. le Grand-Duc de Hesse;

Le Comté de Dortmund;

La Principauté de Corvey;

Les districts médiatisés spécifiés à l'article 43;

Les anciennes possessions de la Maison de Nassau-Dietz ayant été cédées à la Prusse par S. M. le Roi de Pays-Bas, et une partie de ces possessions ayant été échangée contre les districts appartenans à Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Prince de Nassau [1]), S. M. le Roi de Prusse possédera, en toute souveraineté et propriété, et réunira à Sa monarchie:

1) La Principauté de Siegen avec les bailliages de Burbach et Neunkirchen, à l'exception d'une partie renfermant 12,000 habitans, qui appartiendra aux Duc et Prince de Nassau;

2) Les bailliages de Hohen-Solms, Greifenstein, Braunfels, Braunberg, Friedewald, Schoenstein, Schoenberg, Altenkirchen, Altenwied, Dierdorf, Neuerbourg, Linz, Hammerstein avec Sayn et Heddesdorf, la ville et territoire (banlieue, *Gemarkung*) de Neuwied, la paroisse de Hamm appartenant au bailliage de Schoenbourg, la paroisse de Hochausen, faisant partie du bailliage de Hersbach, et les parties des bailliages de Vallendar et Arenbreitstein, sur la rive droite du Rhin, désignés dans la convention conclue entre S. M. le Roi de Prusse et L. L. A. A. S. les Duc et Prince de Nassau, annexée au présent traité.

Article XXV.

Possessions Prussiennes sur la rive gauche du Rhin.

S. M. le Roi de Prusse possédera de même, en toute propriété et souveraineté, les pays situés sur la rive gauche [b]) du Rhin, et compris dans la frontière ci-après désignée.

Cette frontière commencera sur le Rhin à Bingen; elle remontera de-là le cours de la Nahe jusqu'au confluent de cette rivière avec la Glan, puis la Glan jusqu'au village de Médart au-dessous de Lauterecken; les villes de Kreuznach et de Mei-

senheim avec leurs banlieues appartiendront en entier à la Prusse, mais Lauterecken et sa banlieue resteront en dehors de la frontière Prussienne. Depuis la Glan cette frontière passera par Méda Merzweiler, Langweiler, Nieder- et Ober-Feckenbach, Elle bach, Creunchenborn, Ausweiler, Cronweiler, Niederbrambac Burbach, Boeschweiler, Heubweiler, Hambach et Rintzenber jusqu'aux limites du canton de Hermerskeil; les susdits endro seront renfermés dans les frontières Prussiennes, et appartiendron avec leurs banlieues, à la Prusse.

De Rintzenberg jusqu'à la Sarre, la ligne de démarcati suivra les limites cantonales, de manière que les cantons Hermeskeil et Conz (le dernier toutefois à l'exception des endro sur la rive gauche de la Sarre), resteront en entier à la Prus pendant que les cantons Wadern, Merzig et Sarrebourg, ser en dehors de la frontière Prussienne.

Du point où la limite du canton Conz, au-dessus de Gom gen, traverse la Sarre, la ligne descendra la Sarre jusqu'à embouchure dans la Moselle, ensuite elle remontera à la Mos jusqu'à son confluent avec la Sure, cette dernière rivière jusq l'embouchure de l'Our, et l'Our jusqu'aux limites de l'an département de l'Ourthe. Les endroits traversés par ces rivi ne seront partagés nulle part, mais appartiendront avec le banlieues à la puissance sur le terrain de laquelle la maje partie de ces endroits sera située. Les rivières elles mêmes, tant qu'elles forment la frontière, appartiendront en commun deux Puissances limitrophes.

Dans l'ancien département de l'Ourthe, les cinq canton Saint-Vith, Malmédy, Cronenbourg, Schleiden et Eupen la pointe avancée du canton d'Aubel, au midi d'Aix-la-Chap appartiendront à la Prusse, et la frontière suivra celle de cantons, de manière qu'une ligne tirée du midi au nord, cou ladite pointe du canton d'Aubel, et se prolongera jusqu'au p de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Me Inférieure et de la Roër; en partant de ce point, la front suivra la ligne qui sépare ces deux derniers départemens, jus ce qu'elle ait atteint la rivière de Worm (ayant son embouch dans la Roër), et longera cette rivière jusqu'au point où touche de nouveau aux limites de ces deux départemens, p

suivra cette limite jusqu'au midi de Hillensberg, remontera de là vers le nord, en laissant Hillensberg à la Prusse, et, coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Suestereen restent à gauche, arrivera à l'ancien territoire Hollandois; puis, suivant l'ancienne frontière de ce territoire jusqu'au point où celle-ci touchoit à l'ancienne Principauté Autrichienne de Gueldres, du côté de Ruremonde, et se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire Hollandois au nord de Swalmen, elle continuera à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, cette autre partie du territoire Hollandois, où se trouve Venloo, sans renfermer cette ville et son territoire. De là jusqu'à l'ancienne frontière Hollandoise, près de Mook, situé au-dessous de Grave, elle suivra le cours de la Meuse à une distance de la rive droite, telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*rheinländische Ruthen*) appartiendront, avec leurs banlieues, au Royaume des Pays-Bas, bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meuse ne fasse partie du territoire Prussien, qui ne pourra en approcher de huit cents perches d'Allemagne.

Du point où la ligne, qui vient d'être décrite, atteint l'ancienne frontière Hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle quelle étoit en 1795 entre Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée incessamment par les deux Gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du Royaume des Pays-Bas que du Grand-Duché de Luxembourg, désignées dans les articles 66 et 68; et cette commission réglera, à l'aide d'experts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres choses analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux intérêts mutuels des Etats Prussiens et de ceux des Pays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixation des limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith, et de tout territoire jusqu'à Keckerdom.

Les endroits Huissen, Malbourg, le Limers avec la ville Bevenaer et la Seigneurie de Weel, feront partie du Royaume

des Pays-Bas, et S. M. Prussienne y renonce à perpétuité p
Elle et tous Ses descendans et successeurs.

S. M. le Roi de Prusse, en réunissant à Ses Etats les p
vinces et districts désignés dans le présent article (et le précéde
entre dans tous les droits, et prend sur Lui toutes les charge
tous les engagemens stipulés par rapport à ces pays détachés
la France, dans le traité de Paris du 30. mai 1814.

Les Provinces Prussiennes sur les deux rives du Rhin
qu'au dessus de la ville de Cologne, qui se trouvera encore c
prise dans cet arrondissement, porteront le nom de Grand-Du
du Bas-Rhin, et S. M. en prendra le titre.

Article XXVI.

Royaume d'Hanovre.

S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagn
d'Irlande, ayant substitué à Son ancien titre d'Electeur du S
Empire Romain celui de Roi d'Hanovre [1]), et ce titre ayan
reconnu par les Puissances de l'Europe, et par les Prince
villes libres d'Allemagne, les pays qui ont composé jusq
l'Electorat de Brunswic-Lunebourg, tels que leurs limites on
reconnues et fixées pour l'avenir par les articles suivans, fo
ront dorénavant le Royaume d'Hanovre.

Article XXVII.

*Cessions faites par S. M. le Roi de Prusse au Roy
d'Hanovre.*

S. M. le Roi de Prusse cède a S. M. le Roi du Royaum
de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour
possédés par S. M. et Ses successeurs en toute propriété et
veraineté:

1) La Principauté de Hildesheim qui passera sous la d
nation de S. M. avec tous les droits et toutes les charges
lesquelles ladite Principauté a passé sous la domination Prussie

2) La ville et le territoire de Goslar;

3) La Principauté d'Ost-Frise, y compris le pays d
Harlingerland, sous les conditions réciproquement stipulé

l'article 30 pour la navigation de l'Ems et le commerce par le port d'Emden. Les Etats de la Principauté conserveront leurs droits et privilèges.

4) Le Comté inferieur (*niedere Grafschaft*) de Lingen et la partie de la Principauté de Muenster Prussienne, qui est située entre ce Comté et la partie de Rheina-Wolbeck, occupée par le Gouvernement Hanovrien. Mais comme on est convenu que le Royaume d'Hanovre obtiendra par cette cession un agrandissement renfermant une population de 22,000 âmes, et que le Comté inférieur de Lingen et la Principauté de Muenster, ici mentionnée, pourroient ne pas répondre a cette condition, S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire étendre la ligne de démarcation dans la Principauté de Muenster, autant qu'il sera nécessaire pour renfermer ladite population. La commission que les Gouvernemens Prussien et Hanovrien nommeront incessament pour procéder à la fixation exacte des limites, sera spécialement chargée de l'exécution de cette disposition.

S. M. Prussienne renonce a perpétuité, pour Elle, Ses descendans et successeurs, aux provinces et territoires mentionnés dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article XXVIII.

Renonciation de la Prusse au Chapitre de Saint-Pierre à Noerten.

S. M. le Roi de Prusse renonce à perpétuité, pour Lui, Ses descendans et successeurs, à tout droit et prétention quelconque, que S. M. pourroit, en Sa qualité de Souverain de l'Eichsfeld, former sur le Chapitre de Saint-Pierre, dans le bourg de Noerten, et sur ses dépendances situées dans le territoire Hanovrien.

Article XXIX.

Cessions faites par le Royaume d'Hanovre à la Prusse.

S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et Irlande, Roi d'Hanovre, cède à S. M. le Roi de Prusse, pour être possédés en toute propriété et souveraineté, par Lui et Ses successeurs:

1) La partie du Duché de Lauenbourg, située sur la r
droite de l'Elbe, avec les villages Lunebourgeois situés sur
même rive; la partie de ce Duché située sur la rive gauche deme
au Royaume d'Hanovre. Les Etats de la partie du Duché qui p
sent sous la domination Prussienne conserveront leurs droits
privilèges, et nommément ceux fondés sur le recès provincial
15. septembre 1702, confirmé par S. M. le Roi de la Gran
Bretagne, actuellement régnant, en date du 21. juin 1765;

2) Le Bailliage de Kloetze;

3) Le Bailliage d'Elbingerode;

4) Les villages de Ruedigershagen et Gaensteich;

5) Le Bailliage de Reckeberg.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, renonce à perpétui
pour Elle, Ses descendans et successeurs, aux provinces et distri
compris dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qu
sont relatifs.

Article XXX.

Navigation et commerce entre les deux Etats.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. Britannique, Roi d'Hanov
animés du désir de rendre entièrement égaux et communs à le
sujets respectifs les avantages du commerce de l'Ems et du p
d'Emden, conviennent à cet égard de ce qui suit:

1) Le Gouvernement Hanovrien s'engage à faire exécute
ses frais, dans les années 1815 et 1816, les travaux qu'une co
mission mixte d'experts, qui sera nommée immédiatement par
Prusse et le Hanovre, jugera nécessaires pour rendre naviga
la partie de la rivière de l'Ems, de la frontière de la Pru
jusqu'à son embouchure, et d'entretenir constamment cette pa
de la rivière dans l'état dans lequel lesdits travaux l'auront m
pour l'avantage de la navigation.

2) Il sera libre aux sujets Prussiens d'importer et d'expor
par le port d'Emden toutes denrées, productions et marchandi
quelconques, tant naturelles qu'artificielles, et de tenir dans
ville d'Emden des magasins pour y déposer lesdites marchandi
durant deux ans, à dater de leur arrivée dans la ville, sans

ces magasins soyent assujettis à une autre inspection que celle à laquelle sont soumis ceux des sujets Hanovriens eux-mêmes.

3) Les navires Prussiens ainsi que les négocians Prussiens ne payeront pour la navigation, l'exportation ou l'importation des marchandises, ainsi que pour la magasinage, d'autres péages ni droits quelconques que ceux auxquels seront tenus les sujets Hanovriens eux-mêmes. Ces péages et droits seront régiés d'un commun accord entre la Prusse et le Hanovre, et le tarif ne pourra être changé a l'avenir, que d'un commun accord.

Les prérogatives et libertés spécifiées ici s'étendent également aux sujets Hanovriens, qui navigueroient sur la partie de la rivière de l'Ems, qui reste à S. M. prussienne.

4) Les sujets Prussiens ne seront point tenus de se servir des négocians d'Emden pour le trafic qu'ils font pour ledit port, mais il leur sera libre de faire le négoce avec leurs marchandises à Emden, soit avec des habitans de cette ville, soit avec des étrangers, sans payer d'autres droits que ceux auxquels seront soumis les sujets Hanovriens, et qui ne pourront être haussés que d'un commun accord.

S. M. le Roi de Prusse, de Son côté, s'engage à accorder aux sujets Hanovriens la libre navigation sur le canal de la Dortmund, de manière qu'ils n'y seront tenus qu'aux mêmes droits qui seront payés par les habitans du duché de Lauenbourg. S. M. prussienne s'engage en outre d'assurer ces avantages aux sujets Hanovriens, dans le cas que le Duché de Lauenbourg fût cédé par elle à un autre Souverain.

Article XXXI.

Routes militaires.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi du Royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, consentent réciproquement à ce qu'il existe trois routes militaires par Leurs Etats respectifs, savoir:

1) une de Halberstadt par le pays de Hildesheim à Minden;

2) une seconde de la Vieille-Marche par Gifhorn et Neustadt à Minden;

3) une troisième d'Osnabrueck par Ippenbueren et Rheina Bentheim.

Les deux premières en faveur de la Prusse, et la troisiè en faveur d'Hanovre.

Les deux Gouvernemens nommeront sans délai une comm sion, pour faire dresser d'un commun accord les réglemens néc saires pour lesdites routes.

Article XXXII.

Relations du Duc de Looz-Corswarem et du Comte de Benthe avec le Royaume d'Hanovre.

Le bailliage de Meppen appartenant au Duc d'Arembe ainsi que la partie de Rheina-Wolbeck, appartenant au Duc Looz-Corswarem, qui dans ce moment se trouvent occupés le Gouvernement Hanovrien, seront placés dans les relations a le Royaume d'Hanovre que la constitution fédérative de l'A magne réglera pour les territoires médiatisés.

Les Gouvernemens Prussien et Hanovrien s'étant néanmo réservé de convenir dans la suite, s'il étoit nécessaire, de fixation d'une autre frontière par rapport au Comté apparten au Duc de Looz-Corswarem, lesdits Gouvernemens chargeron Commission qu'ils nommeront pour la délimitation de la pa du Comté de Lingen cédée au Hanovre, de s'occuper de l'o susdit, et de fixer définitivement les frontières de la parti Comté appartenant au Duc de Looz-Corswarem, qui doit, a qu'il est dit, être occupée par le Gouvernement Hanovrien.

Les rapports entre le Gouvernement d'Hanovre et le C de Bentheim, resteront tels qu'ils sont réglés par les tr d'hypothèque existans entre S. M. Britannique et le Comt Bentheim, et après que les droits qui découlent de ce traité, se éteints, le Comté de Bentheim se trouvera, envers le Roya d'Hanovre, dans les relations que la constitution fédérativ l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Article XXXIII.

Cession à faire au Duc d'Oldenbourg.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, afin de concourir au

de S. M. Prussienne, de procurer un arrondissement de territoire convenable à Son Altesse Sérénissime le Duc d'Oldenbourg, pourvu de lui céder un district renfermant une population de cinq mille habitans *).

Article XXXIV.

Titre de Grand-Duc dans la Maison de Holstein-Oldenbourg.

S. A. S. le Duc de Holstein-Oldenbourg prendra le titre de Grand-Duc d'Oldenbourg.

Article XXXV.

Titre de Grand-Duc dans les Maisons de Mecklenbourg-Schwerin et Mecklenbourg-Strelitz.

L. L. A. A. S. S. les Ducs de Mecklenbourg-Schwerin et Mecklenbourg-Strelitz prendront les titres de Grands-Ducs de Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz.

Article XXXVI.

Titre de Grand-Duc dans la Maison de Saxe-Weimar.

S. A. S. le Duc de Saxe-Weimar prendra le titre de Grand-Duc de Saxe-Weimar *).

Article XXXVII.

Cessions à faire par la Prusse au Grand-Duc de Saxe-Weimar.

S. M. le Roi de Prusse cédera de la masse de Ses Etats, tels qu'ils ont été fixés et reconnus par le présent traité, à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar des districts d'une population de soixante mille habitans, ou contigus, ou voisins de la Principauté de Weimar.

S. M. Prussienne s'engage également à céder à S. A. R., de la partie de la Principauté de Fulde, qui Lui a été remise en vertu des mêmes stipulations, des districts d'une population de quatre sept mille habitans.

S. A. R. le Grand-Duc de Weimar possédera les susdits districts en toute souveraineté et propriété et les réunira à perpétuité à Ses Etats actuels.

Article XXXVIII.

Dispositions ultérieures relatives à ces cessions.

Les districts et territoires qui doivent être cédés à S. A. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, en vertu de l'article précé seront déterminés par une convention particulière, et S. M. Roi de Prusse s'engage à conclure cette convention, et à remettre à S. A. R. les susdits districts et territoires d terme de deux mois, à dater de l'échange des ratificati traité conclu a Vienne le 1. juin 1815 entre S. M. Prussi S. A. R. le Grand-Duc.

Article XXXIX.

Territoires à remettre immédiatement au Grand-Duc Weimar.

S. M. le Roi de Prusse cède toutefois, dès-à-pré promet de faire remettre a S. A. R. dans le terme de jours, à dater de la signature du susdit traité, les distr territoires suivans, savoir:

La Seigneurie de Blankenhayn avec la réserve, que le b de Wandersleben, appartenant à Unter-Gleichen, ne soi compris dans cette cession;

La Seigneurie inferieure (*niedere Herrschaft*) de Krani les Commanderies de l'Ordre Teutonique Zwaetzen, Lehe Liebstaedt, avec leurs revenus domaniaux, lesquelles partie du bailliage d'Eckartsberga, forment des enclaves territoire de Saxe-Weimar, ainsi que toutes les autres en situées dans la Principauté de Weimar et appartenant bailliage;

Le bailliage de Tautenbourg, à l'exception de Droizen, schen, Wethabourg, Wetterscheid et Moellschuetz, qui re à la Prusse;

Le village de Remssla, ainsi que ceux de Klein-Bren Berlstedt enclavés dans la Principauté de Weimar et appa au territoire d'Erfourt;

La propriété des villages de Bischoffsroda et Probs enclavés dans le territoire d'Eisenach, dont la souveraineté tient déjà a S. A. R. le Grand-Duc.

La population de ces différens districts entrera dans celle des cinquante mille âmes assurée a S. A. R. le Grand-Duc par l'art. 37, et en sera décomptée.

Article XL.

Cession d'une partie du ci-devant département de Fulde à la Prusse.

Le département de Fulde avec les territoires de l'ancienne Hesse immédiate qui se trouvent compris actuellement sous l'administration provisoire de ce département, savoir: Mansbach, Buchenau, Wehrda, Lengsfeld, à l'exception toutefois des bailliages et territoires suivans, savoir: les bailliages de Hammelbourg avec Thalba et Saleck, Brueckenau avec Motten, Salmuenster avec Orzel et Sannerz, de la partie du bailliage de Biberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Findlos, Liebhards, Meiperz, Ober-Bernhardt, Saifferts et Thaiden, ainsi que du domaine de Holzkirchen, enclavé dans le Grand-Duché de Hanau, est cédé a S. M. le Roi de Prusse, et la possession en sera remise dans le terme de trois semaines, à dater du 1.er de cette année.

S. M. Prussienne promet de se charger, dans la proportion de la partie, qu'Elle obtient par le présent article, de Sa part aux indemnations que tous les nouveaux possesseurs du ci-devant Grand-Duché de Francfort auront à remplir, et de transférer cet engagement sur les Princes avec lesquels S. M. feroit des échanges ou arrangemens des districts et territoires Fuldois.

Article XLI.

Dispositions relatives aux acquéreurs des domaines dans la Principauté de Fulde et le Comté de Hanau.

Les domaines de la Principauté de Fulde et du Comté de Hanau ayant été vendus, sans que les acquéreurs se soyent acquittés jusqu'ici de tous les termes du payement, il sera nommé, par les Princes, sous la domination desquels passent lesdits pays, une commission pour régler d'une manière uniforme ce qui est relatif à cette affaire, et pour faire droit aux réclamations des acquéreurs desdits domaines. Cette commission aura particulière-

ment égard au traité conclu le 2. décembre 1813 à Franc
entre les Puissances alliées et S. A. R. l'Electeur de Hesse
il est posé en principe, que, si la vente de ces domaines n'é
maintenue, les sommes déjà payées seront restituées aux a
reurs, qui ne seront obligés de sortir de possession que l
cette restitution aura eu son plein et entier effet.

Article XLII.

Cession de la ville de Wetzlar à S. M. le Roi de Pr

La ville de Wetzlar, avec son territoire, passe, en
propriété et souveraineté, à S. M. le Roi de Prusse.

Article XLIII.

*Relations des pays médiatisés dans l'ancien cercle de
phalie avec la Monarchie Prussienne.*

Les districts médiatisés suivans: savoir les possessi
les Princes de Salm-Salm et Salm-Kyrbourg, les Comtes dé
les *Rhein- und Wildgrafen,* et le Duc de Croy, ont obte
les recès principal de la députation extraordinaire de l'E
25. février 1803 dans l'ancien cercle de Westphalie, a
les Seigneuries d'Anholt et de Gehmen, les possessions
de Looz-Corswarem, qui se trouvent dans le même cas (e
qu'elles ne sont point placées sous le Gouvernement Ha
leComté de Steinfurt, appartenant au Comte de Bentheim-B
le Comté de Recklinghausen, appartenant au Duc d'Ar
les Seigneuries de Rheda, Guetersloh et Gronau, apparte
Comte de Bentheim-Tecklenbourg, le Comté de Rittberg,
tenant au Prince de Kaunitz, les Seigneuries de Neusta
Gimborn, appartenant au Comte de Walmoden, et la Sei
de Hombourg, appartenant aux Princes de Sayn-Witt
Berlebourg, seront placées dans les relations avec la M
Prussienne, que la constitution fédérative de l'Allemagn
pour les territoires médiatisés p).

Les possessions de l'ancienne noblesse immédiate,
dans le territoire Prussien, et nommément la Seigneurie
denberg dans le Grand-Duché de Berg, et la Baronie de
dans la Principauté de Halberstadt, appartiendront à la M
Prussienne.

Article XLIV.

Cession du Grand-Duché de Wurzbourg et de la Principauté d'Aschaffenbourg, à S. M. le Roi de Bavière.

S. M. le Roi de Bavière [1]) possédera, pour Lui, Ses héritiers successeurs, en toute propriété et souveraineté, le Grand-Duché de Wurzbourg, tel qu'il fut possédé par S. A. I. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche, et la Principauté d'Aschaffenbourg, telle qu'elle a fait partie du Grand-Duché de Francfort, sous la dénomination de département d'Aschaffenbourg.

Article XLV.

Sustentation du Prince-Primat.

A l'égard des droits et des prérogatives et de la sustentation du Prince-Primat, comme ancien Prince Ecclésiastique, il est arrêté:

1) Qu'il sera traité d'une manière analogue aux articles du [illegible], qui, en 1803, ont réglé le sort des Princes sécularisés, tout ce qui a été pratiqué à leur égard.

2) Il recevra à cet effet, à dater du 1. juin 1814, la somme de cent mille florins, payables par trimestre, en bonnes [illegible] sur le pied de vingt-quatre florins au marc, comme rente [illegible].

Cette rente sera acquittée par les Souverains sous la domination desquels passent les provinces ou districts du Grand-Duché de Francfort, dans la proportion de la partie que chacun d'eux possédera.

3) Les avances faites par le Prince-Primat de ses propres fonds à la caisse générale de la Principauté de Fulde, telles que celles seront liquidées et prouvées, lui seront restituées à lui [illegible] ses héritiers ou ayans cause.

Cette charge sera supportée proportionnellement par les Souverains, qui posséderont les provinces et districts qui forment la Principauté de Fulde.

4) Les meubles et autres objets, qui pourront être prouvés appartenir à la propriété particulière du Prince-Primat, lui seront [illegible].

5) Les serviteurs du Grand-Duché de Francfort, tant et ecclésiastiques, que militaires et diplomatiques, seront conformément aux principes de l'art. 59 du recès de l'E du 25. février 1803, et les pensions seront payées prop nellement par les Souverains qui entrent dans la possess Etats qui ont formé ledit Grand-Duché, à dater du 1. juin

6) Il sera, sans délai, établi une commission dont Souverains nomment les membres, pour régler tout ce relatif à l'exécution des dispositions renfermées dans le article.

7) Il est entendu, qu'en vertu de cet arrangement, prétention qui pourroit être élevée envers le Prince-Primat, qualité de Grand-Duc de Francfort, sera éteinte, et q pourra être inquiété par aucune réclamation de cette natur

Article XLVI.

Ville libre de Francfort.

La ville de Francfort r) avec son territoire, tel qu'il voit en 1803, est déclarée libre, et fera partie de la lig manique. Ses institutions seront basées sur le princip parfaite égalité des droits entre les différens cultes de la chrétienne. Cette égalité de droits s'étendra à tous les civils et politiques, et sera observée dans tous les rapp gouvernement et de l'administration.

Les discussions qui pourront s'élever, soit sur l'établis de la constitution, soit sur son maintien, seront du ressor Diète Germanique, et ne pourront être décidées que par e

Article XLVII.

Indemnités du Grand-Duc de Hesse.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse obtient, en éch Duché de Westphalie, qui est cédé à S. M. le Roi de Pr territoire sur la rive gauche du Rhin, dans le ci-devant ment du Mont-Tonnerre, comprenant une population de habitans. S. A. R. possédera ce territoire en toute souv et propriété; elle obtiendra de même la propriété de la p salines de Kreutznach située sur la rive gauche de la souveraineté en restera à la Prusse.

Article XLVIII.

Réintégration du Landgrave de Hesse-Hombourg.

Le Landgrave de Hesse-Hombourg [a]) est réintégré dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques dont il a été privé par suite de la confédération rhénane.

Article XLIX.

Territoires réservés pour les maisons d'Oldenbourg, Saxe-Cobourg, Mecklenbourg-Strelitz, Hesse-Hombourg et le Comte de Pappenheim.

Il est réservé dans le ci-devant département de la Sarre, sur les frontières des Etats de S. M. le Roi de Prusse, un district comprenant une population de soixante-neuf mille âmes, dont il sera disposé de la manière suivante [1]):

Le Duc de Saxe-Cobourg et le Duc d'Oldenbourg obtiendront, chacun, un territoire comprenant vingt-mille habitans. Le Duc de Mecklenbourg-Strelitz et le Landgrave de Hesse-Hombourg, chacun, un territoire comprenant dix-mille habitans, et le Comte de Pappenheim un territoire comprenant neuf-mille habitans.

Le territoire du Comte de Pappenheim sera sous la souveraineté de S. M. Prussienne.

Article L.

Arrangemens futurs relativement à ces territoires.

Les acquisitions assignées par l'article précédent aux Ducs de Saxe-Cobourg, Oldenbourg, Mecklenbourg-Strelitz, et au Landgrave de Hesse-Hombourg n'étant point contigues à Leurs Etats respectifs, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de toutes les Russies, le Roi de la Grande-Bretagne et le Roi de Prusse, promettent d'employer Leurs bons offices à l'issue de la présente guerre, ou aussitôt que les circonstances le permettront, pour faire obtenir par des échanges ou d'autres arrangemens, auxdits Princes, les avantages qu'Elles sont disposées à leur procurer. Afin de ne point trop multiplier les administrations desdits districts, il est convenu, qu'ils seront provisoirement sous l'administration Prussienne au profit des nouveaux acquéreurs.

Article LI.

Pays sur les deux rives du Rhin cédés à S. M. l'Empereur d'Autriche.

Tous les territoires et possessions, tant sur la rive gauche du Rhin, dans les ci-devant départemens de la Sarre et du Mont-Tonnerre, que dans les ci-devant départemens de Fulde et de Francfort, ou enclavés dans les pays adjacens, mis à la disposition des Puissances alliées par le traité de Paris du 30. mai 1814, dont il n'a pas été disposé par les articles du présent traité, passent en toute souveraineté et propriété sous la domination de S. M. l'Empereur d'Autriche [u]).

Article LII.

Principauté d'Isenbourg.

La Principauté d'Isenbourg est placée sous la souveraineté de S. M. I. et R. A., et sera envers Elle dans les rapports que la constitution fédérative de l'Allemagne réglera pour les États médiatisés.

Article LIII.

Confédération Germanique.

Les Princes souverains et les Villes libres d'Allemagne, comprenant dans cette transaction L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, les Rois de Prusse, de Danemarc et des Pays-Bas, et nommément:

L'Empereur d'Autriche

et

Le Roi de Prusse,

pour toutes celles de Leurs possessions qui ont anciennement appartenu à l'Empire Germanique;

Le Roi de Danemarc

pour le Duché de Holstein;

Le Roi des Pays-Bas

pour le Grand-Duché de Luxembourg;

établissent entre Eux une confédération perpétuelle, qui portera le nom de Confédération Germanique [v]).

Article LIV.

But de cette Confédération.

Le but de cette confédération est le maintien de la sûreté extérieure et intérieure de l'Allemagne, de l'indépendance et de l'inviolabilité des Etats confédérés.

Article LV.

Egalité de ses membres.

Les membres de la confédération, comme tels, sont égaux en droits; ils obligent tous également à maintenir l'acte qui constitue leur union.

Article LVI.

Diète fédérative.

Les affaires de la confédération seront confiées à une Diète fédérative dans laquelle tous les membres voteront par leurs plénipotentiaires, soit individuellement, soit collectivement, de la manière suivante, sans préjudice de leur rang:

1.	Autriche	une voix
2.	Prusse	une -
3.	Bavière	une -
4.	Saxe	une -
5.	Hanovre	une -
6.	Wurtemberg	une -
7.	Bade	une -
8.	Hesse Electorale	une -
9.	Grand-Duché de Hesse	une -
10.	Danemarc, pour Holstein	une -
11.	Pays-Bas, pour Luxembourg . . .	une -
12.	Maisons Grand-Ducale et Ducales de Saxe	une -
13.	Brunswic et Nassau	une -
14.	Mecklenbourg-Schwerin et Strelitz . .	une -
15.	Holstein-Oldenbourg, Anhalt et Schwarzbourg	une -
16.	Hohenzollern, Liechtenstein, Reuss, Schaumbourg-Lippe, Lippe et Waldeck	une -
17.	Les villes libres de Lubeck, Francfort, Brême et Hambourg	une -
	Total:	dix sept voix.

Article LVII.

Présidence de l'Autriche.

L'Autriche présidera la Diète fédérative. Chaque Etat de la Confédération a le droit de faire des propositions, et celui qui préside est tenu à les mettre en délibération dans un espace de temps qui sera fixé.

Article LVIII.

Composition de l'Assemblée générale.

Lorsqu'il s'agira de lois fondamentales à porter, de changemens à faire dans les lois fondamentales de la Confédération, de mesures à prendre par rapport à l'acte fédératif même, de constitutions organiques, ou d'autres arrangemens d'un intérêt commun à adopter, la Diète se formera en Assemblée générale, dans ce cas la distribution des voix aura lieu de la manière suivante, calculée sur l'étendue respective des Etats individuels.

L'Autriche aura	quatre voix.
La Prusse	quatre -
La Saxe	quatre -
La Bavière	quatre -
Le Hanovre	quatre -
Le Wurtemberg	quatre -
Bade	trois -
Hesse Electorale	trois -
Grand-Duché de Hesse	trois -
Holstein	trois -
Luxembourg	trois -
Brunswic	deux -
Mecklenbourg-Schwerin	deux -
Nassau	deux -
Saxe-Weimar	une -
Saxe-Gotha	une -
Saxe-Cobourg	une -
Saxe-Meinungen	une -
Saxe-Hildbourghausen	une -
Mecklenbourg-Strelitz	une -
Holstein-Oldenbourg	une -

Anhalt-Dessau	une voix
Anhalt-Bernbourg	une -
Anhalt-Coethen	une -
Schwarzbourg-Sondershausen	une -
Schwarzbourg-Rudolstadt	une -
Hohenzollern-Hechingen	une -
Liechtenstein	une -
Hohenzollern-Sigmaringen	une -
Waldeck	une -
Reuss, branche ainée	une -
Reuss, branche cadette	une -
Schaumbourg-Lippe	une -
Lippe	une -
La ville libre de Lubeck	une -
La ville libre de Francfort	une -
La ville libre de Brême	une -
La ville libre de Hambourg	une -
Total :	soixante-neuf voix.

La Diète, en s'occupant des lois organiques de la Confédération, examinera, si on doit accorder quelques voix collectives aux anciens Etats de l'Empire médiatisés.

Article LIX.

Dispositions relatives à la Diète.

La question si une affaire doit être discutée par l'Assemblée générale, conformément aux principes ci-dessus établis, sera décidée dans l'Assemblée ordinaire, à la pluralité des voix.

La même Assemblée préparera les projets de résolution qui devront être portés à l'Assemblée générale, et fournira à celle-ci tout ce qu'il lui faudra pour les adopter ou les rejeter. On décidera par la pluralité des voix, tant dans l'Assemblée ordinaire, que dans l'Assemblée générale, avec la différence toutefois, que dans la première il suffira de la pluralité absolue, tandis que dans l'autre les deux tiers des voix seront nécessaires pour former la pluralité.

Lorsqu'il y a parité de voix dans l'Assemblée ordinaire, le Président décidera la question. Cependant chaque fois qu'il s'agira

d'acceptation ou le changement de lois fondamentales, d'in
tutions organiques, de droits individuels, ou d'affaires de reli
la pluralité des voix ne suffira pas, ni dans l'Assemblée ordi
ni dans l'Assemblée générale.

La Diète est permanente. Elle peut cependant, lorsq
objets soumis à sa délibération se trouvent terminés, s'ajo
à une époque fixe, mais pas au delà de quatre mois.

Toutes les dispositions ultérieures relatives à l'ajour
et à l'expédition des affaires pressantes, qui pourroient su
pendant l'ajournement, sont réservées à la Diète, qui s'en
pera lors de la rédaction des lois organiques.

Article LX.

Ordre à observer pour les votes.

Quant à l'ordre dans lequel voteront les membres de l
fédération, il est arrêté, que, tant que la Diète sera occu
la rédaction des lois organiques, il n'y aura aucune règ
égard, et quel que soit l'ordre que l'on observera, il ne
ni préjudicier à aucun des membres, ni établir un princi
l'avenir. Après la rédaction des lois organiques la Diète
rera sur la manière de fixer cet objet par une règle perm
pour laquelle elle s'écartera le moins possible de celles q
eu lieu à l'ancienne Diète, et notamment d'après le recès
députation de l'Empire de 1803. L'ordre que l'on adoptera,
fluera d'ailleurs en rien sur le rang et la préséance des me
de la Confédération, hors de leurs rapports avec la Diète.

Article LXI.

Résidence de la Diète à Francfort.

La Diète siégera à Francfort sur Mein. Son ouvert
fixée au premier septembre 1815.

Article LXII.

Rédaction des lois fondamentales.

Le premier objet à traiter par la Diète, après son ou
sera la rédaction des lois fondamentales de la Confédéra

de ses institutions organiques relativement à ses rapports extérieurs, militaires et intérieurs.

Article LXIII.

Maintien de la paix en Allemagne.

Les Etats de la Confédération s'engagent à défendre, non seulement l'Allemagne entière, mais aussi chaque Etat individuel de l'union, en cas qu'il fût attaqué, et se garantissent mutuellement toutes celles de leurs possessions, qui se trouvent comprises dans cette union.

Lorsque la guerre est déclarée par la Confédération, aucun membre ne peut entamer des négociations particulières avec l'ennemi, ni faire la paix ou un armistice, sans le consentement des autres.

Les Etats confédérés s'engagent de même à ne se faire la guerre sous aucun prétexte, et à ne point poursuivre leurs différends par la force des armes, mais à les soumettre à la Diète. Celle-ci essayera, moyennant une commission, la voie de la médiation. Si elle ne réussit pas, et qu'une sentence juridique devient nécessaire, il y sera pourvu par un jugement austrégal (*austrägalinstanz*) bien organisé, auquel les parties litigeantes se soumettront sans appel.

Article LXIV.

Confirmation des Dispositions particulières de l'acte de la Confédération.

Les articles compris sous le titre de dispositions particulières dans l'acte de la Confédération Germanique, tel qu'il se trouve annexé en original et dans une traduction française au présent traité général, auront la même force et valeur que s'ils étaient textuellement insérés ici.

Article LXV.

Royaume des Pays-Bas.

Les anciennes Provinces-Unies des Pays-Bas et les ci-devant Provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites fixées par l'article suivant, formeront, conjointement avec les pays et territoires désignés dans le même article, sous la souveraineté

de S. A. R. le Prince d'Orange-Nassau, Prince souverain d
Provinces-Unies, le Royaume des Pays-Bas, héréditaire d
l'ordre de succession déjà établi par l'acte de constitution desdi
Provinces-Unies. Le titre et les prérogatives de la dignité roya
seront reconnus par toutes les Puissances dans la Mai
d'Orange-Nassau *).

Article LXVI.

Limites du Royaume des Pays-Bas.

La ligne comprenant les territoires qui composeront le
yaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suiva
Elle part de la mer et s'étend le long des frontières de la Fr
du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fi
par l'article 3 du traité de Paris, du 30. mai 1814, jusqu'
Meuse, et ensuite le long des mêmes frontières jusqu'aux ancien
limites du Duché de Luxembourg. De là elle suit la direction
limites entre ce Duché et l'ancien Evêché de Liège, jusqu
qu'elle rencontre (au midi de Deiffelt) les limites occidentale
ce canton, et de celui de Malmédi jusqu'au point où cette der
atteint les limites entre les anciens départemens de l'Our
de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'
touchent à celles du canton ci-devant français d'Eupen, d
Duché de Limbourg, et en suivant la limite occidentale d
canton dans la direction du nord, laissant à droite une p
partie du ci-devant canton français d'Aubel, se joint au poi
contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la M
inférieure et de la Roer; en partant de ce point, la dite l
suit celle qui sépare ces deux derniers départemens jusque-
elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure d
Roer), et longe cette rivière jusqu'au point où elle atteint
nouveau la limite de ces deux départemens, poursuit
limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien département
Roer), remonte de là vers le nord, et laissant Hillen
à droite, et coupant le canton de Sittard en deux pa
à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren reste
gauche, arrive à l'ancien territoire hollandois; puis laissa
territoire à gauche, elle en suit la frontière orientale jus
point où celle-ci touche à l'ancienne Principauté autrichien
Gueldres, du côté de Ruremonde, et, se dirigeant vers le

plus oriental du territoire Hollandois au nord de Swalmen, tinue à embrasser ce territoire.

Enfin elle va joindre, en partant du point le plus oriental, e autre partie du territoire Hollandois, où se trouve Venloo; renfermera cette ville et son territoire. De là, jusqu'à l'an- frontière hollandoise près de Mook, situé au-dessous de , elle suivra le cours de la Meuse, à une distance de la droite; telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés tre rive de plus de milles perches d'Allemagne (*rheinländische*) appartiendront, avec leurs banlieues, au Royaume des -Bas, bien entendu toutefois, quant à la réciprocité de ce ipe, que le territoire Prussien ne puisse sur aucun point er à la Meuse, ou s'en approcher à une distance de huit perches d'Allemagne.

Du point où la ligne qui vient d'être décrite atteint l'ancienne tière Hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour ntiel, telle qu'elle étoit en 1795 entre Clèves et les Provin- laises. Elle sera examinée par la commission qui sera nommée mment par les deux gouvernemens de Prusse et des Pays- pour procéder à la détermination exacte des limites tant du me des Pays-Bas, que du Grand-Duché de Luxembourg, ées dans l'article 68, et cette commission réglera, à l'aide rts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniques, res points analogues, de la manière la plus équitable et la conforme aux intérêts mutuels des Etats Prussiens, et de des Pays-Bas. Cette même disposition s'étend sur la fixa- es limites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith, et de tout ritoire jusqu'à Kekerdam.

Les enclaves Huissen, Malbourg, le Lymers avec la ville vemaer et la Seigneurie de Weel, feront partie du Royaume ays-Bas: et S. M. Prussienne y renonce à perpétuité pour et tous Ses descendans et successeurs.

Article LXVII.

Grand-Duché de Luxembourg.

La partie de l'ancien Duché de Luxembourg, comprise dans mites spécifiées par l'article suivant, est également cédée au e Souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui Roi des Pays-

Bas, pour être possédée à perpétuité par Lui et Ses succ
en toute propriété et souveraineté. Le Souverain des P
ajoutera à ses titres celui de Grand-Duc de Luxembourg
faculté est réservée à S. M. de faire, relativement à la
sion dans le Grand-Duché, tel arrangement de famille
Princes Ses fils, qu'Elle jugera conforme aux intérêts
monarchie, et à Ses intentions paternelles.

Le Grand-Duché de Luxembourg, servant de compé
pour les Principautés de Nassau-Dillenbourg, Siegen,
et Dietz, formera un des Etats de la Confédération Ger
et le Prince, Roi des Pays-Bas, entrera dans le système
Confédération comme Grand-Duc de Luxembourg, avec
les prérogatives et privilèges dont jouiront les autres
Allemands.

La ville de Luxembourg sera considérée, sous le
militaire, comme forteresse de la confédération [x]). Le Gr
aura toutefois le droit de nommer le gouverneur et com
militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir
de la Confédération, et sous telles autres conditions q
jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitutio
de ladite Confédération.

Article LXVIII.

Limites du Grand-Duché de Luxembourg.

Le Grand-Duché de Luxembourg se composera de
territoire situé entre le Royaume des Pays-Bas, tel qu
désigné par l'article 66, la France, la Moselle jusqu'à
chure de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent d
et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du c
canton français de Saint-Vith, qui n'appartiendra point au
Duché de Luxembourg.

Article LXIX.

Dispositions relatives au Duché de Bouillon.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxe
possédera à perpétuité, pour Lui et Ses successeurs, la
raineté pleine et entière de la partie du Duché de Bouillo

ée à la France par le traité de Paris; et sous ce rapport, elle
a réunie au Grand-Duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur ledit Duché de Bouillon,
ul des compétiteurs, dont les droits seront légalement constatés,
s les formes énoncées ci-dessous, possédera en toute propriété
te partie du Duché, telle qu'elle l'a été par le dernier Duc,
s la souveraineté de S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc
Luxembourg.

Cette décision sera portée, sans appel, par un jugement
itral. Des arbitres seront à cet effet nommés, un par chacun
deux compétiteurs, et les autres, au nombre de trois, par
Cours d'Autriche, de Prusse et de Sardaigne. Ils se réuniront
ix-la Chapelle aussitôt que l'état de guerre et les circonstan-
le permettront, et leur jugement interviendra dans les six
s à compter de leur réunion.

Dans l'intervalle, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc
Luxembourg, prendra en dépôt la propriété de ladite partie
Duché de Bouillon, pour la restituer, ensemble le produit de
administration intermédiaire, à celui des compétiteurs en
ur duquel le jugement arbitral sera prononcé. Sadite Majesté
demnisera de la perte des revenus provenant des droits de
veraineté, moyennant un arrangement équitable. Et si c'est
rince Charles de Rohan, que cette restitution doit être faite,
biens seront entre ses mains soumis aux lois de la substitution
orme son titre.

Article LXX.

ion des possessions Allemandes de la Maison de Nassau-Orange à la Prusse.

S. M. le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité, pour Lui
es descendans et successeurs, en faveur de S. M. le Roi de
sse, aux possessions souveraines que la Maison de Nassau-
nge possédoit en Allemagne, et nommément aux Principautés
illenbourg, Dietz, Siegen et Hadamar, y compris la Seig-
ie de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définiti-
ent réglées entre les deux branches de la Maison de Nassau,
le traité conclu à la Haye le 14. juillet 1814.

S. M. renonce également à la Principauté de Fulde, et aux

autres districts et territoires qui lui avoient été assurés par l'article 12 du recès principal de la députation extraordinaire de l'Empire, du 25. février 1803.

Article LXXI.

Pacte de famille entre les Princes de Nassau.

Le droit et l'ordre de succession, établi entre les deux branches de la Maison de Nassau par l'acte de 1783, dit Nassscher Erbverein, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au Grand-Duché de Luxembourg.

Article LXXII.

Charges et engagemens tenant aux Provinces détachées de la France.

S. M. le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous Sa souveraineté les pays désignés dans les articles 66 et 68, entre tous les droits, et prend sur Lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris le 30. mai 1814.

Article LXXIII.

Acte de réunion des Provinces Belgiques.

S. M. le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné sous la date du 21. juillet 1814, comme bases de la réunion des Provinces Belgiques avec les Provinces-Unies, les huit articles renfermés dans la pièce annexée au présent traité, lesdits articles auront la même force et valeur comme s'ils étoient insérés mot à mot dans la transaction actuelle.

Article LXXIV.

Intégrité des dix-neuf Cantons de la Suisse.

L'intégrité des dix-neuf Cantons, tels qu'ils existoient comme corps politique lors de la convention du 29. décembre 1813, est reconnue comme base du système Helvétique [1]).

Article LXXV.

Réunion de trois nouveaux Cantons.

Le Valais, le territoire de Genève, la Principauté de

châtel sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouveaux Cantons.

La vallée de Dappes [aa]), ayant fait partie du Canton de Vaud, lui est rendue.

Article LXXVI.

Réunion de l'Evêché de Bâle et de la ville et du territoire de Bienne au Canton de Berne.

L'Evêché de Bâle, et la ville et le territoire de Bienne, seront réunis à la Confédération Helvétique, et feront partie du canton de Berne.

Sont exceptés cependant de cette dernière disposition les districts suivans :

1) Un district d'environ trois lieues carrées d'étendue, renfermant les communes d'Altschweiler, Schoenbuch, Oberweiler, Neuweiler, Ettingen, Fuerstenstein, Plotten, Pfeffingen, Aesch, Birseck, Reinach, Ariesheim, lequel district sera réuni au Canton de Bâle;

2) Une petite enclave située près du village neufchâtelois de Valangin, laquelle, étant aujourd'hui, quant à la jurisdiction civile, sous la dépendance du Canton de Neufchâtel, et quant à la jurisdiction criminelle, sous celle de l'Evêché de Bâle, appartiendra en toute souveraineté à la Principauté de Neuchâtel.

Article LXXVII.

Droits des habitans dans les pays réunis au Canton de Berne.

Les habitans de l'Evêché de Bâle et ceux de Bienne, réunis aux Cantons de Berne et de Bâle, jouiront à tous égards, sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état présent), des mêmes droits politiques et civils, dont jouissent et pourront jouir les habitans des anciennes parties desdits Cantons. En conséquence, ils concourront avec eux aux places de représentans et aux autres fonctions, suivant les constitutions cantonales. Il sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant formé sa jurisdiction, les privilèges municipaux compatibles avec la nouvelle constitution et les réglemens généraux du Canton de Berne.

La vente des domaines nationaux sera maintenue, et rentes féodales et les dîmes ne pourront point être rétablies.

Les actes respectifs de réunion seront dressés, conformément aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions composées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée. Ceux de l'Evêché de Bâle seront choisis par le Canton directeur parmi les citoyens les plus notables du pays. Lesdits actes seront garantis par la Confédération Suisse. Tous les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre, seront décidés par un arbitre nommé par la Diète.

Article LXXVIII.

Restitution de la Seigneurie de Razüns au Canton des Grisons.

La cession qui avoit été faite par l'article 3 du traité de Vienne du 14. Octobre 1809 de la Seigneurie de Razüns, située dans le pays des Grisons, étant venue à cesser, et S. M. l'Empereur d'Autriche se trouvant rétabli dans tous les droits qui a ladite possession, confirme la disposition qu'il en a faite par déclaration du 20. mars 1815, en faveur du Canton des Grisons.

Article LXXIX.

Arrangemens entre la France et Genève.

Pour assurer les communications commerciales et militaires de Genève avec le Canton de Vaud et le reste de la Suisse, pour compléter à cet égard l'article 4 du traité de Paris du 30. mai 1814, S. M. Très-Chrétienne consent à faire placer les bureaux des douanes de manière à ce que la route qui conduit de Genève par Versoy en Suisse soit en tout temps libre, et que les postes, ni les voyageurs, ni les transports de marchandises ne soient inquiétés par aucune visite de douanes, ni soumis à aucun droit. Il est également entendu que le passage des troupes suisses ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les réglemens additionnels à faire à ce sujet, on adoptera, de la manière la plus convenable aux Genevois, l'esprit des traités relatifs à leurs libres communications entre la ville de Genève et le mandement de Pency. S. M. T. C. consent outre à ce que la gendarmerie et les milices de Genève

la grande route du Meyrin dudit mandement à la ville de ève, et réciproquement, après en avoir prévenu le poste mili- de la gendarmerie française le plus voisin.

Article LXXX.

Cessions du Roi de Sardaigne au Canton de Genève.

S. M. le Roi de Sardaigne cède la partie de la Savoie qui se e entre la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie Savoie cédée à la France et la montagne de Salève, jusqu'à y inclusivement; plus celle qui se trouve comprise entre la e route dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire du Canton de Genève, depuis Vénézas jusqu'au point où ière d'Hermance traverse la susdite route, et de là, con- le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le e Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au Canton ève, sauf à déterminer plus précisément les limites par missaires respectifs, surtout pour ce qui concerne la ion en dessus de Veiry et sur la montagne de Salève, ant Sadite Majesté, pour Elle et Ses successeurs, à per- sans exceptions ni réserves, à tous droits de souveraineté es qui peuvent Lui appartenir dans les lieux et territoires dans cette démarcation.

M. le Roi de Sardaigne consent en outre à ce que la com- ion entre le Canton de Genève et le Valais, par la route Simplon, soit établie de la même manière que la France rdée entre Genève et le Canton de Vaud, par la route de . Il y aura aussi en tout temps une communication libre troupes Genevoises entre le territoire de Genève et le ent de Jussy, et on accordera les facilités qui pourroient cessaires dans l'occasion pour arriver par le lac à la route Simplon.

e l'autre côté, il sera accordé exemption de tout droit de à toutes les marchandises et denrées qui, en venant des e S. M. le Roi de Sardaigne et du port franc de Gênes, roient la route dite du Simplon dans toute son étendue Vallais et l'Etat de Genève. Cette exemption ne regardera

toutefois que le transit, et ne s'étendra ni aux droits établis
l'entretien de la route, ni aux marchandises et denrées des
à être vendues ou consommées dans l'intérieur.

La même réserve s'appliquera à la communication ac
aux Suisses entre le Valais et le Canton de Genève; et les
vernemens respectifs prendront à cet effet, de commun
les mesures qu'ils jugeront nécessaires, soit pour la tra
pour empêcher la contrebande, chacun sur son territoire.

Article LXXXI.

Compensations entre les anciens et les nouveaux Can

Pour établir des compensations mutuelles, les Canto
govie, de Vaud, du Tessin et de Saint-Gall fourniront aux
Cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Glaris, Zug et Ap
(Rhode intérieure) une somme, qui sera appliquée à l'in
publique et aux frais d'administration générale, mais pr
ment au premier objet, dans lesdits Cantons.

La quotité, le mode de payement et la répartition
compensation pécuniaire sont fixés ainsi qu'il suit:

Les cantons d'Argovie, de Vaud et de Saint-Gall fo
aux Cantons de Schwitz, Unterwald, Uri, Zug, G
Appenzell (Rhode intérieure) un fonds de cinq cent mill
de Suisse.

Chacun des premiers payera l'intérêt de sa quote-part
de cinq pour cent par an, ou remboursera le capital,
argent, soit en biens-fonds, à son choix.

La répartition, soit pour le payement, soit pour l
de ces fonds, se fera dans les proportions de l'échelle d
bution, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

Le canton du Tessin payera chaque année au Can
la moitié du produit des péages dans la vallée Levantine.

Article LXXXII.

Dispositions relatives aux fonds placés en Angleter

Pour mettre un terme aux discussions qui se son
par rapport aux fonds placés en Angleterre par les Ca
Zuric et de Berne, il est statué:

1) Que les Cantons de Berne et de Zuric conser

propriété du fonds capital, tel qu'il existoit en 1803, à l'époque de la dissolution du Gouvernement Helvétique, et jouiront, à dater du 1. janvier 1815, des intérêts à échoir.

2) Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798, jusques et y compris l'année 1814, seront affectés au payement du capital restant de la dette nationale, désignée sous la dénomination de dette Helvétique.

3) Que le surplus de la dette Helvétique restera à la charge des autres Cantons, ceux de Berne et de Zuric étant exonérés par la disposition ci-dessus. La quote-part de chacun des Cantons qui restent chargés de ce surplus, sera calculée et fournie dans la proportion fixée pour les contributions destinées au payement des dépenses fédérales; les pays incorporés à la Suisse depuis 1803 ne pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette helvétique.

S'il arrivoit qu'après le payement de la susdite dette, il y eut un excédent, il seroit réparti entre les Cantons de Berne et de Zuric, dans la proportion de leurs capitaux respectifs.

Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de quelques autres créances, dont les titres sont déposés sous la garde du Président de la Diète.

Article LXXXIII.

Indemnités pour les propriétaires des Lods.

Pour concilier les contestations élevées à l'égard des Lods [bb]), mais sans indemnité, une indemnité sera payée aux particuliers propriétaires des Lods. Et afin d'éviter tout différend ultérieur à ce sujet entre les Cantons de Berne et de Vaud, ce dernier versera au gouvernement de Berne la somme de trois cent mille livres de Suisse, pour être ensuite répartie entre les ressortissans susdits, propriétaires des Lods. Les payemens se feront à raison d'un cinquième par an, à commencer du 1. janvier 1816.

Article LXXXIV.

Affirmation générale de la declaration du 20. mars 1815 sur les affaires de la Suisse.

La déclaration adressée en date du 20. Mars par les Puis-

sances, qui ont signé le traité de Paris, à la Diète de la Confédération Suisse, et acceptée par la Diète, moyennant son acte d'adhésion du 27. mai, est confirmée dans toute sa teneur, et les principes établis, ainsi que les arrangemens arrêtés dans ladite déclaration, seront invariablement maintenus.

Article LXXXV.

Limites des Etats de S. M. le Roi de Sardaigne.

Les limites des Etats de S. M. le Roi de Sardaigne seront:

Du côté de la France, telles qu'elles existoient au 1. janvier 1792, à l'exception des changemens portés par le traité de Paris du 30. mai 1814.

Du côté de la Confédération Helvétique, telles qu'elles existoient au 1. janvier 1792, à l'exception du changement opéré par la cession faite en faveur du Canton de Genève, telle que cette cession se trouve spécifiée dans l'article 80 du présent acte.

Du côté des Etats de S. M. l'Empereur d'Autriche, telles qu'elles existoient au 1. janvier 1792, et la convention conclue entre L. L. M. M. l'Impératrice Marie-Thérèse et le Roi de Sardaigne le 4. octobre 1751, sera maintenue de part et d'autre dans toutes ses stipulations.

Du côté des Etats de Parme et de Plaisance, la limite, pour ce qui concerne les anciens Etats de S. M. le Roi de Sardaigne, continuera à être telle qu'elle existoit au 1. janvier 1792.

Les limites des ci-devant Etats de Gènes et des pays nommés Fiefs Impériaux, réunis aux Etats de S. M. le Roi de Sardaigne, d'après les articles suivans, seront les mêmes qui, le 1. janvier 1792, séparoient ces pays des Etats de Parme et de Plaisance, et de ceux de Toscane et de Massa.

L'île de Capraja ayant appartenu à l'ancienne république de Gènes, est comprise dans la cession des Etats de Gènes à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article LXXXVI.

Réunion des Etats de Gènes aux Etats de S. M. le Roi de Sardaigne.

Les Etats qui ont composé la ci-devant République de Gènes, sont réunis [cc]) à perpétuité aux Etats de S. M. le Roi de Sardaigne,

pour être, comme ceux-ci, possédés par Elle en toute souveraineté, propriété et hérédité de mâle en mâle, par ordre de primogéniture dans les deux branches de Sa Maison; savoir, la branche Royale et la branche de Savoie-Carignan.

Article LXXXVII.

Titre de Duc de Gènes.

S. M. le Roi de Sardaigne joindra à Ses titres actuels, celui de Duc de Gènes.

Article LXXXVIII.

Droits et privilèges des Génois.

Les Génois jouiront de tous les droits et privilèges spécifiés dans l'acte intitulé: Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gènes à ceux de S. M. Sarde; et ledit acte, tel qu'il se trouve annexé à ce traité général, sera considéré comme partie intégrante de celui-ci, aura la même force et valeur, que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article LXXXIX.

Réunion des Fiefs Impériaux.

Les pays nommés Fiefs Impériaux, qui avoient été réunis à l'ci-devant République Ligurienne, sont réunis définitivement aux Etats de S. M. le Roi de Sardaigne, de la même manière que le reste des Etats de Gènes; et les habitans de ces pays jouiront des mêmes droits et privilèges que ceux des Etats de Gènes désignés dans l'article précédent.

Article XC.

Droit de fortification.

La faculté que les Puissances signataires du traité de Paris du 30. mai 1814 se sont réservée par l'article 3. dudit traité, de fortifier tel point de Leurs Etats qu'elles jugeront convenable à leur sûreté, est également réservée sans restriction à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article XCII.

Cessions de S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Ge

S. M. le Roi de Sardaigne cède au Canton de Genè districts de la Savoie, désignés dans l'article 80 ci-dess aux conditions spécifiées dans l'acte intitulé: Cession par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Gen Cet acte sera considéré comme partie intégrante du présent général, auquel il est annexé, et aura la même force et v que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article XCIII.

Neutralité du Chablais et du Faucigny.

Les provinces du Chablais et du Faucigny, et tout l ritoire de Savoie au nord d'Ugine, appartenant à S. M. le Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle est reconnue et garantie par les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les Puissances vo de la Suisse se trouveront en état d'hostilité ouverte ou nente, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pou se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront à c passer par le Valais, si cela devient nécessaire; aucunes troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront tra ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf que la Confédération Suisse jugeroit à propos d'y placer entendu que cet état de choses ne gène en rien l'admini de ces pays, où les agens civils de S. M. le Roi de Sa pourront aussi employer la garde municipale pour le main bon ordre.

Article XCIII.

Désignation des pays dont S. M. l'Empereur d'Au reprend possession du côté de l'Italie.

Par suite des renonciations stipulées dans le traité d du 30. mai 1814, les Puissances signataires du présent reconnoissent S. M. l'Empereur d'Autriche, Ses héritiers cesseurs, comme Souveraine légitime des provinces et ter qui avoient été cédés, soit en tout, soit en partie, par les

de Campo-Formio de 1797, de Lunéville de 1801, de Presbourg de 1805, par la convention additionnelle de Fontainebleau de 1807, et par le traité de Vienne de 1809, et dans la possession desquelles provinces et territoires S. M. I. et R. A. est rentrée par suite de la dernière guerre, telles que: l'Istrie tant Autrichienne que ci-devant Vénitienne, la Dalmatie, les îles ci-devant Vénitiennes de l'Adritiaque, les bouches du Cattaro, la ville de Venise, les Lagunes, de même que les autres provinces et districts de la Terre-Ferme des Etats ci-devant Vénitiens sur la rive gauche de l'Adige, les Duchés de Milan et de Mantoue, les Principautés de Brixen et de Trente, le Comté de Tyrol, le Voralberg, le Frioul Autrichien, le Frioul ci-devant Vénitien, le territoire de Montefalcone, le gouvernement et la ville de Trieste, la Carniole, la Haute-Carinthie, la Croatie à la droite de la Save, Fiume et le Littoral Hongrois, et le district de Castua [dd]).

Article XCIV.

Pays réunis à la Monarchie Autrichienne.

S. M. I. et R. A. réunira à Sa monarchie, pour être possédé par Elle et Ses successeurs, en toute propriété et souveraineté:

1) Outre les parties de la Terre-Ferme des Etats Vénitiens, dont il a été fait mention dans l'article précédent, les autres parties desdits Etats, ainsi que tout autre territoire qui se trouve situé entre le Tessin, le Pô et la mer Adriatique.

2) Les vallées de la Valteline, de Bormio et de Chiavenna.

3) Les territoires ayant formé la ci-devant République de Raguse.

Article XCV.

Frontières Autrichiennes en Italie.

En conséquence des stipulations arrêtées dans les articles précédens, les frontières des Etats de S. M. I. et R. A. en Italie seront:

1) Du côté des Etats de S. M. le Roi de Sardaigne, telles qu'elles étoient au 1. janvier 1792.

2) Du côté des Etats de Parme, Plaisance et Guastalla, le

cours du Pô, la ligne de démarcation suivant le Thalweg du fleuve.

3) Du côté des Etats de Modène, les mêmes qu'elles étaient au 1. janvier 1792.

4) Du côté des Etats du Pape, le cours du Pô jusqu'à la bouchure du Goro.

5) Du côté de la Suisse, l'ancienne frontière de la Lombardie, et celle qui sépare les vallées de la Valteline, de Bormio, Chiavenna, des Cantons des Grisons et du Tessin.

Là où le Thalweg du Pô constituera la limite, il est stipulé que les changemens que subira par la suite le cours de ce fleuve n'auront à l'avenir aucun effet sur la propriété des îles qui se trouvent.

Article XCVI.

Navigation du Pô.

Les principes généraux, adoptés par le Congrès de Vienne pour la navigation des fleuves, seront appliqués à celle du Pô.

Des commissaires seront nommés par les Etats riverains, plus tard dans le délai de trois mois après la fin du Congrès, pour régler tout ce qui a rapport à l'exécution du présent article.

Article XCVII.

Dispositions relatives au Mont-Napoléon de Milan.

Comme il est indispensable de conserver à l'établissement connu sous le nom de Mont-Napoléon à Milan, les moyens de remplir ses obligations envers ses créanciers, il est convenu que les biens-fonds et autres immeubles de cet établissement, situés dans des pays qui, ayant fait partie du ci-devant Royaume d'Italie, ont passé depuis sous la domination de différens Princes d'Italie, de même que les capitaux appartenans audit établissement, et placés dans ces différens pays, resteront affectés à la même destination.

Les redevances du Mont-Napoléon non fondées et non rachetées, telles que celles dérivant de l'arriéré de ses charges et tout autre accroissement du passif de cet établissement, seront réparties sur les territoires dont se composoit le ci-devant Royaume d'Italie, et cette répartition sera assise sur les bases réunies

la population et du revenu. Les Souverains desdits pays nommeront, dans le terme de trois mois, à dater de la fin du Congrès, des commissaires pour s'entendre avec les commissaires autrichiens sur ce qui a rapport à cet objet.

Cette commission se réunira à Milan.

Article XCVIII.

Etats de Modène et de Massa et Carrara.

S. A. R. l'Archiduc François d'Este, Ses héritiers et successeurs, posséderont, en toute propriété et souveraineté, les Duchés de Modène, de Reggio et de Mirandole, dans la même étendue qu'ils étoient à l'époque du traité de Campo-Formio.

S. A. R. l'Archiduchesse Marie Béatrix d'Este, Ses héritiers et successeurs, posséderont en toute souveraineté et propriété le Duché de Massa et la Principauté de Carrara, ainsi que les Fiefs impériaux dans la Lunigiana. Ces derniers pourront servir à des échanges ou autres arrangemens de gré à gré avec S. A. I. le Grand-Duc de Toscane, selon la convenance réciproque.

Les droits de succession et réversion établis dans les branches des Archiducs d'Autriche relativement au Duché de Modène, Reggio et Mirandole, ainsi que des Principautés de Massa et Carrara, sont conservés.

Article XCIX.

Parme et Plaisance.

S. M. l'Impératrice Marie-Louise possédera, en toute propriété et souveraineté, les Duchés de Parme, de Plaisance et de Guastalla, à l'exception des districts enclavés dans les Etats de S. M. I. et R. A. sur la rive gauche du Pô.

La réversibilité de ces pays sera déterminée de commun accord entre les cours d'Autriche, de Russie, de France, d'Espagne, d'Angleterre et de Prusse, toutefois ayant égard aux droits de réversion de la Maison d'Autriche et de S. M. le Roi de Sardaigne sur lesdits pays [ee]).

Article C.

Possessions du Grand-Duc de Toscane.

S. A. I. l'Archiduc Ferdinand d'Autriche est rétabli [ff]), tant

pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs, dans tous
droits de souveraineté et propriété sur le Grand-Duché de T
cane et ses dépendances, ainsi que S. A. I. les a possédés
rieurement au traité de Lunéville.

Les stipulations de l'article 2. du traité de Vienne, d
octobre 1735, entre l'Empereur Charles VI. et le Roi de Fr
auxquelles accédèrent les autres Puissances, sont pleine
rétablies en faveur de S. A. I. et ses descendans, ainsi q
garanties résultantes de ces stipulations.

Il sera en outre réuni audit Grand-Duché, pour être po
en toute propriété et souveraineté par S. A. I. et R. le G
Duc Ferdinand et Ses héritiers et descendans:

1) L'Etat des Présides;

2) La partie de l'île d'Elbe et de ses appartenances qui
sous la suzeraineté de S. M. le Roi des Deux-Siciles
l'année 1801;

3) La suzeraineté et souveraineté de la Principauté de
bino et ses dépendances.

Le Prince Ludovisi Buoncompagni conservera pour lui
successeurs légitimes, toutes les propriétés que sa famille p
doit dans la Principauté de Piombino, dans l'île d'Elbe e
dépendances, avant l'occupation de ces pays par les tr
françaises en 1799, y compris les mines, usines et salines.

Le Prince Ludovisi conservera également le droit de
et jouira d'une exemption de droits parfaite, tant pour l'ex
tion des produits de ses mines, usines, salines et domaine
pour l'importation des bois et autres objets nécessaires pou
ploitation des mines. Il sera de plus indemnisé par S. A. I
le Grand-Duc de Toscane, de tous les revenus que sa
tiroit des droits régaliens avant l'année 1801. En cas qu
vint des difficultés dans l'évaluation de cette indemnité, les
intéressées s'en rapporteront à la décision des Cours de V
et de Sardaigne.

4) Les ci-devant Fiefs-Impériaux de Vernio, Monta
Monte Santa-Maria, enclavés dans les états Toscans.

Article CI.

Duché de Lucques.

La Principauté de Lucques sera possédée en toute souveraineté par S. M. l'Infante Marie Louise et Ses descendans en ligne directe et masculine. Cette Principauté est érigée en Duché, et conservera une forme de gouvernement basée sur les principes de celle qu'elle avoit reçue en 1805.

Il sera ajouté aux revenus de la principauté de Lucques une somme de cinq cent mille francs, que S. M. l'Empereur d'Autriche et S. A. I. le Grand-Duc de Toscane s'engagent à payer régulièrement aussi longtemps que les circonstances ne permettront pas de procurer à S. M. l'Infante Marie Louise et à Son fils et à leurs descendans un autre établissement.

Cette rente sera spécialement hypothéquée sur les Seigneuries de Bohème, connues sous le nom de Bavaro-Palatines, qui, dans le cas de réversion du Duché de Lucques au Grand-Duché de Toscane, seront affranchies de cette charge, et rentreront dans le domaine particulier de S. M. I. et R. A.

Article CII.

Réversibilité du Duché de Lucques.

Le Duché de Lucques (68) sera réversible au Grand-Duc de Toscane, soit dans le cas qu'il devint vacant par la mort de S. M. l'Infante Marie Louise ou de Son Fils Don Carlos et de Leurs descendans mâles et directs, soit dans celui que l'Infante Marie Louise ou Ses héritiers directs obtinssent un autre établissement et succédassent a une autre branche de Leur dynastie.

Toutefois le cas de réversion échéant, le Grand-Duc de Toscane s'engage à céder, dès qu'il entrera en possession de la Principauté de Lucques, au Duc de Modène, les territoires suivans:

1) Les districts toscans de Fivizano, Pietra-Santa et Barga; et

2) Les districts Lucquois de Castiglione et Gallicano, enclavés dans les Etats de Modène, ainsi que ceux de Minucciano et Monte-Ignose, contigus au pays de Massa.

Article CIII.

Dispositions relatives au St. Siège.

Les Marches, avec Camerino et leurs dépendances, ainsi que le Duché de Bénévent et la Principauté de Ponte-Corvo, sont rendus au Saint-Siège [hh]).

Le Saint-Siège rentrera en possession des Légations de Venne, de Bologne et de Ferrare, à l'exception de la partie Ferrarois située sur la rive gauche du Pô.

S. M. I. et R. A. et Ses successeurs auront droit de garnison dans les places de Ferrare et Commachio.

Les habitans des pays qui rentrent sous la domination du Saint-Siège par suite des stipulations du Congrès, jouiront des effets de l'article 16. du traité de Paris du 30. mai 1814. Toutes les acquisitions faites par des particuliers, en vertu d'un titre reconnu légal par les lois actuellement existantes, sont maintenues, et les dispositions propres à garantir la dette publique et le payement des pensions, seront fixées par une convention particulière entre la Cour de Rome et celle de Vienne.

Article CIV.

Rétablissement du Roi Ferdinand IV. à Naples.

S. M. le Roi Ferdinand IV. [ii]) est rétabli, tant pour Lui que pour Ses héritiers et successeurs, sur le trône de Naples, reconnu par les Puissances comme Roi du Royaume des Deux Siciles.

Article CV.

Affaires du Portugal. Restitution de la ville d'Olivença.

Les Puissances reconnoissant la justice des réclamations formées par S. A. R. le Prince-Régent de Portugal et du Brésil sur la ville d'Olivença et les autres territoires cédés à l'Espagne par le traité de Badajoz de 1801, et envisageant la restitution de ces objets comme une des mesures propres à assurer entre les deux Royaumes de la péninsule cette bonne harmonie constante, dont la conservation dans toutes les parties de l'Europe a été le but constant de Leurs arrangemens, s'engagent solennellement à employer dans les voies de conciliation leurs efforts les plus efficaces, afin que la rétrocession desdits territoires

r du Portugal soit effectuée; et les Puissances reconnoissent, ant qu'il dépend de chacune d'Elles, que cet arrangement doit ir lieu au plus tôt.

Article CVI.

Rapports entre la France et le Portugal.

Afin de lever les difficultés qui se sont opposées de la part A. R. le Prince-Régent du Royaume de Portugal et de celui Brésil, à la ratification du traité signé le 30. mai 1814, entre rtugal et la France, il est arrêté que la stipulation contenue l'article 10. du dit traité, et toutes celles qui pourroient y rapport, resteront sans effet, et qu'il y sera substitué, ord avec toutes les Puissances, les dispositions énoncées l'article suivant, lesquelles seront seules considérées comme les.

Au moyen de cette substitution, toutes les autres clauses dit traité de Paris seront maintenues et regardées comme ellement obligatoires pour les deux Cours.

Article CVII.

Restitution de la Guyane Française.

S. A. R. le Prince-Régent du Royaume de Portugal et de du Brésil, pour manifester d'une manière incontestable Sa ération particulière pour S. M. T. C., s'engage à restituer te Majesté la Guyane Française jusqu'à la rivière d'Oya-, dont l'embouchure est située entre le quatrième et le cin-e degré de latitude septentrionale, limite que le Portugal a urs considérée comme celle qui avoit été fixée par le traité recht.

L'époque de la remise de cette colonie a S. M. T. C. sera minée, dès que les circonstances le permettront, par une ation particulière entre les deux Cours, et l'on procédera sible, aussitôt que faire se pourra, à la fixation définitive mites des Guyanes Portugaise et Française, conformément ns précis de l'article huitième du traité d'Utrecht.

Article CVIII.

Navigation des rivières traversant différens Etats.

es Puissances, dont les Etats sont séparés ou traversés par

une même rivière navigable, s'engagent à régler, d'un c
accord, tout ce qui a rapport à la navigation de cette
Elles nommeront à cet effet des commissaires, qui se r
au plus tard six mois après la fin du Congrès, et qui pr
pour bases de leurs travaux les principes établis dans les
suivans.

Article CIX.

Liberté de la Navigation.

La navigation dans tout le cours des rivières indiqu
l'article précédent, du point où chacune d'elles devient n
jusqu'à son embouchure, sera entièrement libre, et ne
sous le rapport du commerce, être interdite à person
entendu que l'on se conformera aux réglemens relatifs à
de cette navigation, lesquels seront conçus d'une manié
forme pour tous, et aussi favorables que possible au co
de toutes les nations.

Article CX.

Uniformité de système pour la perception des dro

Le système qui sera établi, tant pour la percep
droits que pour le maintien de la police, sera, autant
se pourra, le même pour tout le cours de la rivière, et
aussi, à moins que les circonstances particulières ne s'y o
sur ceux de ses embranchemens et confluens, qui, d
cours navigable, séparent ou traversent différens Etats.

Article CXI.

Rédaction du tarif.

Les droits sur la navigation seront fixés d'une ma
forme, invariable, et assez indépendante de la qualité
des marchandises, pour ne pas rendre nécessaire un ex
taillé de la cargaison, autrement que pour cause de fra
contravention. La quotité de ces droits, qui, en aucun
pourront excéder ceux existans actuellement, sera dé
d'après les circonstances locales, qui ne permettent guère
une règle générale à cet égard. On partira néanmoins,
sant le tarif, du point de vue d'encourager le commerce

…nt la navigation, et l'octroi établi sur le Rhin pourra servir …e forme approximative.

…Le tarif une fois réglé, il ne pourra plus être augmenté que …n arrangement commun des Etats riverains, ni la navigation …ée d'autres droits quelconques, outre ceux fixés dans le ré…ent.

Article CXII.

Bureaux de perception.

…Les bureaux de perception, dont on réduira autant que pos…le nombre, seront fixés par le règlement, et il ne pourra …re ensuite aucun changement que d'un commun accord, à …qu'un des Etats riverains ne voulut diminuer le nombre de …qui lui appartiennent exclusivement.

Article CXIII.

Chemins de halage.

…Chaque Etat riverain se chargera de l'entretien des chemins …age qui passent par son territoire, et des travaux néces…s pour la même étendue dans le lit de la rivière, pour ne …ouver aucun obstacle à la navigation.

…Le règlement futur fixera la manière dont les Etats riverains …t concourir à ces derniers travaux, dans le cas où les deux …appartiennent à différens gouvernemens.

Article CXIV.

Droits d'étape et de relâche.

…n n'établira nulle part des droits d'étape, d'échelle ou de …e forcée. Quant à ceux qui existent déjà, ils ne seront …vés qu'en tant que les Etats riverains, sans avoir égard à …t local de l'endroit, ou du pays où ils sont établis, les …oient nécessaires ou utiles à la navigation et au commerce …éral [11]).

Article CXV.

Douanes.

…es douanes des Etats riverains n'auront rien de commun …es droits de navigation. On empêchera, par des disposi-

tions réglementaires, que l'exercice des fonctions des douanes ne mette pas d'entraves à la navigation; mais on surveillera une police exacte sur la rive, toute tentative des habitans faire la contrebande à l'aide des bateliers.

Article CXVI.

Réglement commun à rédiger.

Tout ce qui est indiqué dans les articles précédens, sera terminé par un réglement commun qui renfermera également ce qui auroit besoin d'être fixé ultérieurement. Le réglement une fois arrêté, ne pourra être changé que du consentement tous les Etats riverains, et ils auront soin de pourvoir à son cution d'une manière convenable et adaptée aux circonstances aux localités.

Article CXVII.

Confirmation des réglemens particuliers sur la navigation Rhin, du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut.

Les réglemens particuliers relatifs à la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut, tels qu'ils se trouvent joints au présent acte, auront la même force et valeur, que s'ils y avoient été textuellement insérés.

Article CXVIII.

Confirmation des Traités et Actes particuliers annexés au traité général.

Les traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, qui se trouvent annexés au présent acte, sont nommément:

1) Le traité entre la Russie et l'Autriche, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815.

2) Le traité entre la Russie et la Prusse, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815.

3) Le traité additionnel relatif à Cracovie, entre l'Autriche, la Prusse et la Russie, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815.

4) Le traité entre la Prusse et la Saxe, du 18. mai 1815.

5) La déclaration du Roi de Saxe sur les droits de la Maison de Schoenbourg, du 18. mai 1815.

6) Le traité entre la Prusse et le Hanovre, du 29. mai 1815.

7) La convention entre la Prusse et le Grand-Duc de Saxe-Weimar, du 1. juin 1815.

8) La convention entre la Prusse et les Duc et Prince de Nassau, du 31. mai 1815.

9) L'acte sur la Constitution Fédérative de l'Allemagne, du 8. juin 1815.

10) Le traité entre le Roi des Pays-Bas et la Prusse, l'Angleterre, l'Autriche et la Russie, du 31. mai 1815.

11) La déclaration des Puissances sur les affaires de la Confédération Helvétique, du 20. mars, et l'acte d'accession de la Diète, du 27. mai 1815.

12) Le protocole du 29. mars 1815, sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au Canton de Genève.

13) Le traité entre le Roi de Sardaigne, l'Autriche, l'Angleterre, la Russie, la Prusse et la France, du 20. mai 1815.

14) L'acte intitulé: „Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gènes à ceux de S. M. Sarde.“

15) La déclaration des Puissances sur l'abolition de la traite des nègres, du 8. février 1815.

16) Les réglemens pour la libre navigation des rivières;

17) Le réglement sur le rang entre les agens diplomatiques;

sont considérés comme parties intégrantes des arrangemens congrès, et auront partout la même force et valeur que s'ils ent insérés mot à mot dans le traité général.

Article CXIX.

Invitation d'accéder au Traité général adressée aux Puissances réunies au Congrès.

Toutes les Puissances, qui ont été réunies au Congrès, ainsi les Princes et Villes Libres qui ont concouru aux arrangeconsignés, ou aux actes confirmés dans ce traité général, invitées à y accéder [n]).

Article CXX.

Article de réserve par rapport à l'emploi de la lang Française dans la rédaction de cet acte.

La langue Française ayant été exclusivement employ dans toutes les copies du présent traité, il est reconnu Puissances qui ont concouru à cet acte, que l'emploi de langue ne tirera point à conséquence pour l'avenir; de sor chaque Puissance se réserve d'adopter dans les négocia conventions futures la langue dont elle s'est servie jusqu' ses relations diplomatiques, sans que le traité actuel puis cité comme exemple contraire aux usages établis.

Article CXXI.

Ratification du Traité et consignation de l'original aux chives de la Chancellerie de Cour et d'Etat à Vienne.

Le présent traité sera ratifié, et les ratifications [nn]) échangées, dans l'espace de six mois, par la Cour de P dans un an, ou plutôt, si faire se peut.

Il sera déposé à Vienne aux Archives de Ccour et d'E M. I. et R. A. un exemplaire de ce traité général, pe dans le cas, où l'une ou l'autre des Cours de l'Europe juger convenable de consulter le texte original de cette p

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont traité et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le neuf Juin de l'an de grâce Mil-h quinze.

(Suivent les signatures, dans l'ordre alphabétique des

(*L. S.*) Signé: Le Prince de Metternich.
(*L. S.*) Signé: Le Baron de Wessenberg.
. . . . . [oo]).
(*L. S.*) Signé: Le Prince de Talleyrand.
(*L. S.*) Signé: Le Duc de Dalberg.
(*L. S.*) Signé: Le Comte Alexis de Noailles.
(*L. S.*) Signé: Clancarty.
(*L. S.*) Signé: Cathcart.

(L. S.) Signé: Stewart. L. G. [a]).
(L. S.) Signé: Le Comte de Palmella.
(L. S.) Signé: Antonio de Saldanha da Gama.
(L. S.) Signé: D. Joaquim Lobo da Silveira.
(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Le Prince de Rasoumoffski [a]).
(L. S.) Signé: Le Comte de Stackelberg.
(L. S.) Signé: Le Comte de Nesselrode.
(L. S.) Signé: Le Comte Charles Axel de Loewenhjelm, *sauf la réservation faite aux articles 101, 102 et 104 du traité.*

a) Durch den Artikel XXXII des Friedens zu Paris vom 30. Mai war bestimmt worden, dass von allen Mächten, welche an dem Theil genommen hatten, innerhalb zweier Monate Bevollmächtigte nach Wien gesendet werden sollten, um dort auf einem allgemeinen Congress die Maassregeln festzusetzen, welche zur Vervollständigung des erwähnten Tractats erforderlich befunden würden. Dieser Congress sollte zugleich die Bestimmungen ins Leben rufen, durch welche ein dauerndes System des Gleichgewichts in Europa begründet würde (s. d. L. geheimen Artikel). Die Eröffnung wurde von den in London anwesenden Souverainen auf den 1. October 1814 verschoben. Die folgende öffentliche Erklärung der Bevollmächtigten derjenigen Mächte, welche den Pariser Frieden unterzeichnet hatten, datirt vom 8. October, setzte die förmliche Eröffnung des Congresses bis zum 1. November aus.

Declaration.

Die bevollmächtigten Minister dieser Höfe, von denen am 30. Mai 1814 der Pariser Friedens-Tractat unterzeichnet wurde, haben den 32. Artikel desselben, durch wel-

Déclaration.

Les Plénipotentiaires des Cours qui ont signé le traité de paix de Paris du 30. mai 1814 ont pris en considération l'article 32

chen bestimmt war, dass die von einer und der anderen Seite in dem letzten Kriege begriffen gewesenen Mächte, Bevollmächtigte nach Wien schicken sollten, um auf einem allgemeinen Congress die zur Vervollständigung jenes Tractats erforderlichen Maassregeln festzusetzen, in Erwägung gezogen, und nach reifem Nachdenken über die daraus entspringenden Verhältnisse und Pflichten, erkannt, dass es ihre erste Sorge seyn musste, zwischen den Bevollmächtigten sämmtlicher Höfe freie und vertrauliche Erörterungen einzuleiten. Zugleich aber sind sie zu der Ueberzeugung gelangt, dass es dem gemeinschaftlichen Interesse aller Theilnehmer angemessen seyn wird, eine allgemeine Zusammenberufung ihrer Bevollmächtigten bis auf den Zeitpunkt zu verschieben, wo die von ihnen zu entscheidenden Fragen den Grad von Reife gewonnen haben werden, ohne welchen ein mit den Grundsätzen des Völkerrechts, den Stipulationen des Pariser Friedens und den gerechten Erwartungen der Zeitgenossen möglichst übereinstimmendes Resultat, nicht zu erreichen seyn würde. Die förmliche Eröffnung des Congresses ist demnach bis auf den 1. November ausgesetzt worden, und die obgedachten bevollmächtigten Minister leben der Hoffnung, dass

de ce traité, par lequel il est
que toutes les Puissances
gées de part et d'autre
dernière guerre, enverro
Plénipotentiaires à Vienne,
régler dans un Congrès
les arrangemens qui doive
pléter les dispositions du
et, après avoir mûrement
sur la situation dans laqu
se trouvent placés, et sur
voirs que leur sont impos
ont reconnu, qu'ils ne sau
mieux les remplir, qu'en
sant d'abord des communi
libres et confidentielles
Plénipotentiaires de tou
Puissances. Mais ils se
vaincus en même temps,
de l'intérêt de toutes les
intervenantes de suspre
réunion générale de leurs
potentiaires jusqu'à l'épo
les questions, sur lesqu
devra prononcer, seront
nues à un degré de matu
fisant pour que le résul
ponde aux principes du
blic, aux stipulations
de Paris, et à la juste
contemporains. L'ouver
melle sera donc ajournée
du mois de Novembre, et
dits Plénipotentiaires se

die in der Zwischenzeit vorzunehmenden Arbeiten, zur Berichtigung der Ideen, zur Ausgleichung der Ansichten und zur Beförderung des grossen Werkes, welches der Gegenstand ihrer gemeinschaftlichen Sendung ist, wesentlich beitragen werden.

Wien, den 8. October 1814.

que le travail auquel ce délai sera consacré, en fixant les idées, et en conciliant les opinions, avancera essentiellement le grand ouvrage qui est l'objet de leur mission commune.

Vienne, le 8. Octobre 1814.

Demnächst folgte die nachstehende Bekanntmachung vom 4. November 1814 hinsichtlich der Einreichung und Prüfung der Vollmachten:

Declaration.

Da durch die Declaration vom 8. October die Eröffnung des Congresses bis auf den 1. November ausgesetzt worden ist; so haben die bevollmächtigten Minister der Mächte, welche den Friedens-Tractat vom 30. Mai unterzeichneten, sich dahin vereinigt, einander wechselseitig ihre Vollmachten mitzutheilen, und solche in einem bei der geheimen Kanzlei und Staatskanzlei Sr. k. k. apostolischen Majestät hierzu bestimmten Bureau niederzulegen. Damit man aber auf eine authentische Weise zur Kenntniss der von den übrigen Höfen beauftragten Personen gelange, werden alle diejenigen, die mit Vollmachten zum Congress versehen sind, hierdurch aufgefordert, solche in dem nämlichen Bureau zu überreichen. Die Verification der Vollmachten wird durch eine, aus den bevollmächtigten Ministern

Déclaration.

L'ouverture du Congrès ayant été par la déclaration du 8. octobre ajournée au 1. novembre, les Plénipotentiaires des Puissances, qui ont signé le traité du 30. mai, sont convenus de se communiquer réciproquement leurs pleinpouvoirs et de les faire déposer à un bureau établi pour cet effet à la chancellerie intime de cour et d'état de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique. Et afin de connoître et de constater d'une manière authentique les personnes chargées des intérêts des autres Puissances, ils invitent tous ceux qui sont munis de pouvoirs pour le Congrès, à les faire remettre au dit bureau. Une commission de trois Plénipotentiaires procédera à la vérification de ces pouvoirs, et à la suite de cette vérification les Plénipotentiaires des susdites Puissances proposeront les mesures qu'ils auront jugées les plus convena-

bestehende Commission vollzogen werden, und nach Beendigung dieses Geschäftes werden die Minister der obgedachten Höfe die Maassregeln in Vorschlag bringen, die sie für die zweckmässigsten halten werden, um den fernern Geschäftsgang des Congresses zu bestimmen.

Das Bureau zur Annahme der Vollmachten wird am 3. November eröffnet werden.

Wien, den 1. November 1814.

bles per régler la marche ultérieure du Congrès.

Le bureau où les plénipotentiaires seront reçus et déposés sera ouvert à dater du 3. novembre.

Vienne, le 1. novembre 1814.

Von besonderem Interesse ist auch die nachstehende:

Notiz über die Förmlichkeiten des Wiener Congresses, über den dermaligen Sinn des Wortes Congress, über Lage und Abtheilungen seiner Geschäfte,

bekannt gemacht zuerst im Oestreichischen Beobachter vom 24. Nov. 1814. (Nr. 328.)

In einem Augenblick, wo die Aufmerksamkeit des gesammten europäischen Publikums auf die Negociationen in Wien gerichtet ist, glauben wir unsern Lesern einen Dienst zu erweisen, indem wir ihnen folgenden Auszug aus einem Schreiben eines unserer dortigen Correspondenten mittheilen.

Die Geschäfte werden auf dem Congress ohne alles Geräusch, aber nichts desto weniger mit Ernst und Folge betrieben, und wir überzeugen uns mit jedem Tage mehr, dass, wenn die Cabinette die lästigen Formalitäten beseitigten, dies nur geschah, um die grossen Entscheidungen, welche der Pariser Frieden auf diesen Congress ausgesetzt hatte, so schnell, als es bei der Vielseitigkeit der damit verknüpften Rücksichten möglich war, zu Stande zu bringen. Aus den Declarationen vom 8. October und 1. November ergibt sich, dass die Mächte, welche den Pariser Friedens-Tractat unterzeichnet, sich auch berufen fühlten, dem Artikel, der die Berichtigung der offen gebliebenen Fragen nach Wien verwies, seine bestimmte Deutung und Anwendung zu geben.

Es erfordert keine tiefe politische Einsicht, um zu begreifen, dass dieser Wiener Congress keinen früheren Congress zum

...nnen konnte. Das Geschäft der Versammlungen, die bisher diesen ...nen geführt haben, war ein auf bestimmte Gegenstände gerichteter ...rechtlicher Prozess, zwischen zwei oder mehreren zum Kriege ...rten oder im Kriege mit einander begriffenen Parteien, dessen ...ung ein Friedensschluss seyn sollte.

Diesmal ist der Friede bereits wirklich geschlossen; Parteien tre... als Freunde auf, die, wenn gleich mit mehr oder weniger ge...eilten Interesse, doch gemeinschaftlich an der Vervollständigung ...d Befestigung desselben arbeiten wollen; und die Gegenstände der ...erhandlung sind in einer grossen Mannichfaltigkeit, theils durch ...here Entscheidungen vorbereiteter, theils noch ganz unentschie...er Fragen enthalten. Die Mächte, welche den Pariser Frieden ...ssen, waren unstreitig am besten berechtiget, den Sinn, ...elcher mit dem Worte Congress in dieser ganz neuen Zusam...enstellung verbunden werden sollte, und folglich auch die Form ...bestimmen, die der Erreichung des ihnen vorschwebenden Zwe... am zuträglichsten war. Sie bedienten sich dieses ihres Rechtes ...r eine für die sämmtlichen Interessenten, und mithin auch für das ...meinschaftliche Wohl von Europa, gleich vortheilhafte Weise, in...em sie durch die Declaration vom 8. October alle in Wien versam...elten Bevollmächtigten aufforderten, die zwischen ihnen auszugleichenden Gegenstände auf dem schnellsten und wirksamsten Wege, ...lich dem confidentiellen, zu verhandeln.

So hat der Congress sich ohne irgend eine förmliche Einleitung, ...e vorher bestehende gesetzliche Vorschrift, die Niemand ihm zu ...n befugt war, von selbst gebildet. Der Rath jener Mächte, die ...igentlich geschaffen hatten, behielt sich bloss die allgemeine Lei...g des Geschäftsganges, ohne irgend einen Eingriff in die Rechte ...einzelnen, durchaus unabhängigen Parteien vor. Durch die per...liche Gegenwart so vieler Monarchen, Cabinete und Bevollmäch...n grösserer und kleinerer Höfe wurden die Hindernisse, welche ...ntfernung und Zeitverlust so oft dem glücklichen Erfolge ver...elter Unterhandlungen entgegensetzen, beseitiget; und die euro...ischen Mächte, auf einem und demselben Schauplatze versammelt, ...r einander wechselseitig, zur wesentlichen Erleichterung ihres ...häftes, eine Menge von Vereinigungspunkten und Negociations...n dar, die in ihrer gewöhnlichen getrennten Lage nie Statt fin...konnten. Die ersten europäischen Höfe benutzten diese Stellung, ...mit Zuziehung eines oder mehrerer unparteiischer Mittler, in ...die Unterhandlungen zu treten; zu gleicher Zeit vereinigten sich

die ersten teutschen Mächte, um über die Fundamental-Ge
der im Tractat von Paris angekündigten Föderativ-Ver
sung der teutschen Staaten zu berathschlagen.

Die jetzige Lage der Congress-Geschäfte ist,
den besten Angaben, die ich mir darüber zu verschaffen ge
folgende:

Als Centralpunkt der Geschäftsleitung besteht
Rath der acht Mächte (Russland, Preussen, Oesterreich, Fra
England, Schweden, Portugal und Spanien), die den Trak
Paris unterzeichnet hatten. Die Minister, welche de
bilden, haben dem ersten kaiserl. österreichischen Be
mächtigten den Vorsitz in ihren Versammlungen übertr

Die teutsche Bundesverfassung wird von den
mächtigten von Oesterreich, Preussen, Baiern, Han
und Württemberg entworfen, und soll, dem Vernehmen
nächstens mit den übrigen teutschen Höfen in Berathung ge
werden. Teutschland wird durch die ihm zugedachte Ver
wieder ein eigener politischer Körper, und so in sich selbst
gründet, und für innere und äussere Zwecke vollständig g
durch seine Lage in der Mitte der civilisirten Welt, der Schl
eines politischen Gebäudes, welches den sämmtlichen europ
Staaten eine dauerhafte Garantie ihrer Sicherheit und Ruhe
ten soll.

Die Unterhandlungen in Betreff des künftigen Schicksals d
zogthums Warschau werden zwischen Oesterreich, Rus
und Preussen unmittelbar mit Zuziehung Englands betr

Die noch unberichtigten Territorial-Verhältnis
Teutschland sind ein Hauptgegenstand der Verhandlunge
schen den Ministern der dabei interessirten Mächte,
abgesondert von den Berathschlagungen über die künftige p
Verfassung Teutschlands, damit beschäftigen.

Die Angelegenheiten der Schweiz werden mit den Abg
ten der Föderation, unter Vermittelung der europäischen Haup
geführt.

Zur Berichtigung der noch offenen Fragen in Italien s
so viel abgesonderte Unterhandlungen eingeleitet, als es abge
Interessen und Negociations-Punkte giebt.

Die in diese verschiedenen Unterhandlungen eingreifenden
behalten sich vor, die Resultate derselben, welche nur i
Verbindung mit dem Ganzen auf definitive Gültigkeit Anspruc

...nen, nach Beendigung sämmtlicher Geschäfte, unter die allgemeine Garantie aller Theilnehmer zu stellen.

Vergl: Actenstücke, betreffend die Einrichtung des Congresses, den Gang und die Förmlichkeiten der Verhandlungen und die hierbei zu befolgenden Grundsätze.

J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. VIII. (Heft 29.) S. 60 u. f.

In Gemässheit der Bestimmung der Declaration vom 1. November ...d, dass, nach Beendigung des Geschäftes der Verification der ...mächten, die Minister der acht Mächte, welche den Pariser Frie... unterzeichnet hatten, die von ihnen für zweckmässig erachteten ...regeln in Vorschlag bringen würden, um den fernern Geschäftsgang des Congresses festzusetzen, — berathschlagten die ...chten Bevollmächtigten am zweiten November (ohne Ab...ung eines besonderen Protokolles) mündlich über die Grund...ze, nach denen auf dem Congresse die Geschäfte behandelt ...den sollten, namentlich auch über die Conferenzen der Be...llmächtigten und die Vertheilung der Arbeiten.

...n unterschied in Betreff der Sitzungen der Congress-Bevoll...tigten:

europäische Angelegenheiten überhaupt, und deutsche insbesondere.

...zungen für die ersteren waren von doppelter Art.

Für gewisse Angelegenheiten versammelten sich näm...r Bevollmächtigte der fünf Mächte: Oesterreich, Russland, ...nd, Frankreich und Preussen. Für die übrigen europä...en Angelegenheiten fanden Conferenzen der Bevollmäch...n der acht Mächte statt, welche den Pariser Frieden unter...net hatten, oder ihm beigetreten waren, d. h. ausser den oben ...nten Mächten noch: Spanien, Portugal und Schweden.

...gl: Protocoles tenus au Congrès de Vienne, par M. M. les Plénipotentiaires des cinq Puissances de l'Autriche, de la France, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie.

J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814. 1815. Bd. IX. S. 1—170.

Procès-verbaux de M. M. les Plénipotentiaires des huit Puissances signataires du traité de paix de Paris, dans leurs séances au Congrès de Vienne.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VIII. (Heft 22.) S. 70 u. f.

Für die Deutschen Angelegenheiten fanden Sitzungen von Bevollmächtigten deutscher Staaten Statt, und zwar Beginne des Congresses nur von den Bevollmächtigten von Oestr Preussen, Baiern, Hannover und Württemberg. Gegen das des Congresses hatten diese Conferenzen Statt von den Bevoll tigten Oesterreichs, Preussens und aller deutschen Souverä freien Städte, mit Ausnahme von Baden und Württemberg, sich nicht repräsentiren liessen, und der Fürsten von Isenb Leyen, welche wegen ihres Verhaltens zu Frankreich ausgest waren.

Ausser jenen Sitzungen wurden auch noch für besondere legenheiten Commissions-Sitzungen angeordnet (s. In dieser Beziehung ist hier die statistische Commissi erwähnen. Es war nämlich ein Hauptgegenstand der Congre handlungen die Verfügung über verschiedene eroberte und Länder oder Bezirke, welche, neu erworben, den früheren tzern wieder überlassen und angerechnet, abgetreten, vert oder vertheilt werden sollten. Die Ermittelung des statisti Werths war dabei von besonderer Wichtigkeit. Um nun in Hinsicht bei den Unterhandlungen über dergleichen Verfügung aufgehalten zu werden, wurde jene Ermittelung als vorbe Arbeit einer hierzu besonders ernannten Commission aufge welche sich nach den besten statistischen Hülfsmitteln über e stimmte Summe und die Beschaffenheit der Volksmenge eines in Rede stehenden Landes oder Bezirkes zu vereinigen hatt deren Angaben bei den Congress-Verhandlungen als allein rich unwiderruflich gelten sollten. Vergl. namentlich:

die Instruction für die statistische Commissio 24. December 1814;

sechs Protokolle derselben vom 24., 25. und 28. Decembe und vom 7., 17. und 19. Januar 1815;

die Berichte derselben an ihre Committenten, enthaltend sultate ihrer Nachforschungen, in:

den Acten der statistischen Commission a Wiener Congresse.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 17.) S. 8 u. f.

Der k. k. Oesterreichische erste Congress-Bevollmächtigte von Metternich, trat, in einer Sitzung der acht Mächte October einstimmig zum Präsidenten des Congresses e diese Stelle in der Sitzung des folgenden Tages an.

Für jede Art der Sitzungen wurde ein General-Secretaer zur Führung des Protokolles erwählt, welches in der Regel nicht in der Sitzung selbst, sondern erst nachher förmlich aufgesetzt und demnächst in der folgenden Sitzung den anwesend gewesenen Bevollmächtigten zur Genehmigung und Vollziehung vorgelegt wurde, worauf sodann auch eine beglaubigte Abschrift erhalten konnten.

Aeusserst zahlreich waren die auf dem Wiener Congresse vorgebrachten Ansprüche, Forderungen und Gesuche, welche ganz oder theilweise unerledigt blieben; s. dieselben im Allgemeinen in:

J. L. Klüber's Uebersicht etc. S. 559 u. f.,

vergl. ausserdem:

Mémoire présenté par les ministres plénipotentiaires de l'ordre souverain de St. Jean de Jérusalem au Congrès de Vienne, d. d. Vienne, le 20. septembre 1814.

J. L. Klüber, Acten etc. Bd. 1. (Heft 3.) S. 85 u. f. Bd. V. (Heft 20.) S. 491 u. f. Bd. VI. (Heft 23.) S. 463.

Denkschrift über den Bücher-Nachdruck, zugleich Bittschrift um Bewirkung eines deutschen Reichsgesetzes gegen denselben; den erlauchten, bei dem Congresse zu Wien versammelten Gesandten Deutscher Staaten ehrerbietigst überreicht im Namen deutscher Buchhändler.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. (Heft 13.) S. 3 u. f.

b) Nachstehende kurze Uebersicht bezeichnet den Hauptinhalt der Artikel der Wiener Congress-Akte.

Polen. Art. I—XIV.

Deutschland.

1) Territorial-Veränderungen.

a) Preussen. Art. XV—XXV.

b) Königreich Hannover. Art. XXVI—XXXII.

c) Grossherzogthum Oldenburg. Art. XXXIII. XXXIV.

d) Grossherzogthümer Meklenburg-Schwerin und Meklenburg-Strelitz. Art. XXXV.

e) Grossherzogthum Sachsen-Weimar. Art. XXXVI—XXXIX.

f) Fulda. Art. XL.

g) Verkaufte Domänen von Fulda und Hanau. Art. XLI.

h) Wetzlar. Art. XLII.

i) Mediatisirte Bezirke in dem westphälischen Kreise. Art. XLIII.

k) Würzburg und Aschaffenburg. Art. XLIV.
l) Verhältnisse des Fürsten Primas. Art. XLV.
m) Freie Stadt Frankfurt. Art. XLVI.
n) Grossherzogthum Hessen. Art. XLVII.
o) Landgrafschaft Hessen-Homburg. Art. XLVIII.
p) Besitzungen, vorbehalten für die Häuser Oldenburg, sen-Coburg, Meklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg Grafen von Pappenheim. Art. XLIX. L.
q) Ländererwerbungen auf beiden Seiten des Rheines sterreich. (Isenburg.) Art. LI. LII.

2) Deutscher Bund. Art. LIII—LXIV.

C. Königreich der Niederlande und Grossherzogthum Luxe Art. LXV—LXXIII.

D. Angelegenheiten der Schweiz. Art. LXXIV—LXXXIV.

E. Italien.

1) Sardinien. Art. LXXXV—XCII.
2) Oesterreichische Staaten. Art. XCIII—XCVII.
3) Staaten des Hauses Este. (Modena, Massa und C Art. XCVIII.
4) Parma und Piacenza. Art. XCIX.
5) Grossherzogthum Toscana. Art. C.
6) Herzogthum Lucca. Art. CI, CII.
7) Kirchenstaat. Art. CIII.
8) Neapel. (Ferdinand IV.) Art. CIV.

F. Portugiesische Angelegenheiten. Art. CV—CVII.

G. Bestimmungen über die Fluss-Schifffahrt. Art. CVIII—C

H. Allgemeine Bestimmungen:

1) Bestätigung der besonderen Verträge u. s. w., we Congress-Acte beigefügt sind. Art. CXVIII.
2) Einladung zum Beitritt. Art. CXIX.
3) Vorbehalt hinsichtlich des Gebrauches der franz Sprache. Art. CXX.
4) Ratification und Deposition des Originals in dem Staats-Archive zu Wien. Art. CXXI.

a) Beim Beginne der Congress-Verhandlungen wurde sow Herzogthum Warschau, als das Königreich Sachsen v starken Anzahl russischer Truppen besetzt gehalten.

Die Angelegenheiten von Polen und Sachsen (s. unte ten nur nach mannichfaltigen Schwierigkeiten ihre Erledigu stere wurden durch die unten folgenden Verträge zwischen

nd und Oesterreich, und Russland und Preussen, so wie durch den Additional-Vertrag jener drei Mächte über Verhältnisse von Cracau, — sämmtlich vom 3. Mai 1815 — kannt. (Annex. I. II. III.)

Das hiernach für immer mit dem Russischen Reiche vereinigte Königreich Polen hatte schon damals eine Bevölkerung von mehr als zwei und einer halben Million.

Vergl: Entsagung S. M. des Königs von Sachsen auf das Herzogthum Warschau, d. d. Laxenburg d. 22. Mai 1815. Bei L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 26.) S. 95.

Mehrere Abdrücke haben Statt des in diesem enthaltenen Wortes: Arrondissement, das Wort: „invariablement".

d) Vergl: Patent Sr. Maj. des Königs von Preussen, betreffend die Besitznahme des an Preussen zurückfallenden Theils des Herzogthums Warschau, d. d. Wien den 15. Mai 1815. Bei L. Klüber, Acten etc. Bd. VII. (Heft 26.) S. 193.

e) Russland gab an Oesterreich die polnischen Provinzen, Theile von Ost-Gallizien, zurück, welche es durch den Wiener Frieden vom 14. October 1809 erhalten hatte.

f) Vergl: Annex. Nr. III, also vor der förmlichen Eröffnung des Congresses.

g) Durch die am 21. October 1813 deshalb von den Alliirten abgeschlossene Convention, trat die bereits im April desselben Jahres errichtete Centralverwaltung aller von ihnen zu erobernden Länder, in einem noch ausgedehnteren Sinne in's Leben. An die Spitze der obersten Verwaltung wurde der Staatsminister Freiherr vom Stein gestellt. Es lag derselben ob: 1) für den Unterhalt der Armeen in den unter die Verwaltung gestellten Ländern zu sorgen; 2) durch Geldzahlungen und Lieferungen aus den verwalteten Gebieten zu den gemeinschaftlichen Kriegskosten beizutragen; 3) alle militairischen Hülfsquellen jener Länder zu entwickeln; und 4) die innere Verwaltung durch die Landesbehörden zu beaufsichtigen. Am 23. Nov. erschien zu Leipzig nachstehendes von dem Staatsminister Freiherrn v. Stein unterzeichnetes Publicandum:

„Die hohen verbündeten Mächte wollen, stets eingedenk ihres erhabenen und festen Vorsatzes, Deutschland von seinem bisherigen Joche zu befreien, die Kräfte der von ihren siegreichen Armeen eroberten Länder zu keinem andern, als diesem Zwecke benutzen, mit welchem die Herzen aller Deutschen einverstanden sind. Sie haben zu dem Ende für die Verwaltung der eroberten

Länder in der Person des unterzeichneten Staatsmini
Ritters des hohen Andreas-Ordens Freiherrn v. Stein
stes Verwaltungsdepartement angeordnet, d
stimmung und Bestreben es seyn wird, die Hülfsquelle
schiedenen Länder zu dem angegebenen militärisch-p
Zwecke zu benutzen. Den Ländern werden Generalgo
vorgesetzt werden, als die höchste Behörde und der
gungspunct aller Militair- und Civil-Administration.
Einwohnern wird treue und feste Anhänglichkeit an j
benen Zweck erwartet, dem sich die bessern bisher sch
schlossen, und strenger Gehorsam gegen die vom ober
waltungsdepartement und dem General-Gouverneur zu
Anordnungen. Für die bisherigen Behörden der erobert
ist dieses doppelte Pflicht. Sie werden durch einen, ihn
ders vorzulegenden, Revers diesen Gehorsam angelobe
aus ihrem Dienstverhältnisse ausscheiden,
dadurch für Gegner der guten und gerechten Sache
müssen."

Vergl: General-Gouvernements-Blatt. 1813. St.
Die Centralverwaltung der Verbündeten
dem Freiherrn von Stein. (Teutschland,
S. 89.

Am 22. October war der kaiserl. russische General
Generaladjutant Fürst von Repnin von den Verbünde
Generalgouverneur im Königreiche Sachsen ern
der Staatsminister Freiherr v. Stein begab sich, nach Ei
der Verwaltung in Sachsen, bereits am 9. November 1813 n
furt a. M. in's Hauptquartier der Alliirten.

Am 12. November erliess der Fürst Repnin eine
nung, nach welcher im Königreiche Sachsen, im Für
Altenburg und den Reussischen Ländern (welche mit diesem
Gouvernement verbunden waren, s. General-Gouvern
Blatt. 1813. St. 1. S. 2.), und in den, — zu diesem
Anordnung des Centraldepartements dazu geschlagenen, —
burgischen Ländern eine ausserordentliche Steuer v
Millionen Thalern ausgeschrieben wurde, deren Z
Central-Steuerscheinen zu 5 Proc. Zinsen geleistet werden
Vergl. darüber:

General-Gouvernements-Blatt. 1813. S. 28, 100.
K. H. L. Pölitz, die Regierung Frdr. Augusts etc. Th. II. S.

bei der Verlegung des General-Gouvernements nach Dresden
der Fürst Repnin am 13. November ein Patent, vermöge
dem General-Gouverneur ein Gouvernementsrath beige-
wurde, welcher in vier Sectionen die eingehenden Sachen
ten und dem Generalgouverneur zur Entscheidung unterlegen
Ueber die ferneren Verordnungen des Fürsten Repnin vergl:
L. Pölitz a. a. O. Th. II. S. 158—160.
8. November 1814 übergab der Fürst Repnin das General-
rnement des Königreichs Sachsen zu Dresden an den königl.
sischen Staatsminister v. d. Reck und den Generalmajor
di.
gl: General-Gouvernements-Blatt. 1814. St. 85.
S. 627.
L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. 1. Heft 2.
S. 6. 7.
II. L. Pölitz a. a. O. Th. II. S. 175—178.
ber die Verfügungen aus der Zeit des preussischen
ral-Gouvernements in Sachsen vergl:
eneral-Gouvernements-Blatt. 1814. St. 85. S. 627.
Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. 1. Heft 2.
8.
21. November 1814 theilte der Graf v. d. Schulenburg
den Congresse repräsentirten Mächten eine aus Fried-
elde vom 4. November 1814 datirte
echtsverwahrung des Königs von Sachsen gegen
e königlich-preussische provisorische Besitz-
hme seiner Staaten und gegen jede Verfügung
ber dieselben"
elche ist u. a. abgedruckt in:
Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. 1. Heft 2.
1.
dem (s. unten) am 18. Mai 1815 der Frieden mit Sachsen
en, verliess das Preussische Gouvernement am 5. Juni
n Jahres Dresden und verlegte seinen Sitz nach Merseburg.
eits in der ersten Hälfte des Octobers 1814 begann wegen
en und Polen unter den vier Hauptmächten, Oesterreich, Russ-
England und Preussen ein lebhafter Notenwechsel, und zwar
rs zwischen Oesterreich und Preussen. Hin und wieder fanden
athung über diese Angelegenheiten auch besondere Sitzungen
vollmächtigten der fünf Mächte Statt. Anfänglich hatte Gross-

Britannien und selbst Oesterreich in die Vereinigung des ganz
Königreichs Sachsen mit Preussen gewilligt. Am 12. Januar
schlug Oesterreich die Theilung Sachsens vor, worauf
Verhandlungen Seitens der Fürsten Metternich und Talleyrand
des Herzogs v. Wellington mit dem nach Pressburg eing
Könige von Sachsen erfolgten, der nach langen Weigerungen
den Frieden mit Preussen, Russland und Oesterreich vom 18.
unterzeichnete (Ann. IV.), und (s. oben Note c) am 22. d
Monats auch auf das Herzogthum Warschau Verzicht leistete
die neue Vertheilung der polnischen Länder, wie sie in den
Verträgen vom 3. Mai 1815 stipulirt worden, zur Ausführung
werden konnte.

Vergl: K. H. L. Pölitz a. a. O. Th. II. S. 169—175, 18

Die Actenstücke betreffend die Unterhandlungen
Polen und Sachsen in:

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 25.) S. 3 u. f. (
S. 145 u. f.

J. L. Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlu
Wiener Congresses etc. S. 24 u. f.

de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. etc. To
377—384.

S. auch:

Actes concernant les affaires de la Saxe au C
de Vienne. 8. mars — 27. mai 1815, in:
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. To
388—427.

Königl. preussisches Patent über die Besitznahm
gen Theils des Königreichs Sachsen, welcher durch d
densschluss vom 18. Mai 1815 an Preussen abgetreten
d. d. Wien, 22. Mai 1815.
J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 26.) S. 197.

Traité entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. S. le
Schwarzbourg-Sondershausen pour régler L
ports respectifs, signé à Berlin le 15. juin 1816.
Prusse et Schwarzbourg-Rudolstadt le 19. ju
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 22

Haupt-Convention vom 28. August 1819, nebst Bolla
zu Vollziehung des zwischen Preussen und dem K
Sachsen zu Wien am 18. Mai 1815 geschlossenen
tractats, und zu näherer Bestimmung der durch diesen

veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen. (S. unten.)

Während der Unterhandlungen über jene Angelegenheiten, traten Oesterreich, Frankreich und Gross-Britannien immer näher zusammen und schlossen sogar zu Wien am 3. Januar 1815 einen Geheimen Defensiv-Allianz-Vertrag.

(Klüber a. a. O. Bd. VII. S. 77, vergl. Bd. IX. S. 171, und Schoell a. a. O. Tom. IX. p. 56 geben als den Tag der Unterzeichnung den 6. Januar an, v. Martens dagegen und v. Gagern a. a. O. Th. 2. S. 303 — ebenfalls den 3. Januar.)

Am 1. Februar, also bald nach dem Abschlusse dieses wichtigen Vertrages, trat der Herzog von Wellington an die Spitze der grossbritannischen Congressgesandtschaft, und Lord Castlereagh verliess Wien am 15. Februar 1815, um nach London zurückzukehren, wo die Parlaments-Sitzungen eröffnet werden sollten.

Die Nachricht von dem Vertrage war nach England gelangt, und Hr. Brougham verlangte noch am 9. Februar 1816 im Unterhause die Vorlegung desselben von Lord Castlereagh. Dieser antwortete indessen:

„Wenn auch alle Verträge dem Hause mitgetheilt werden müssten, zu welchen das Land sich verpflichtete, so gibt es doch gewisse Verträge, welche erst unter gewissen Umständen in Kraft treten, und daher nicht ohne Nachtheil für das öffentliche Wohl bekannt gemacht werden können, bevor nicht diese Umstände eingetreten sind. Diese Verträge sind als unvollendet anzusehen, welche auf den wirklichen Zustand nicht angewendet werden, noch Einfluss haben können.“

Hr. Brougham meinte: „Dieser Vertrag sey von der allergrössten Wichtigkeit, indem er England mit zweien seiner Alliirten zum Widerstand gegen einen andern Alliirten aufs Genaueste verbinde, welcher wegen seiner Treue, Festigkeit und Grossmuth beständig ein Gegenstand der Lobeserhebung der Briten gewesen sey.“ Lord Castlereagh entgegnete hierauf:

„Ich gestehe, es ist alle mögliche Kunst angewendet worden, um Unruhe und Misstrauen in Ansehung dieses Vertrages zu erregen; aber ich muss bemerken, dass derselbe, welcher ein Beweis der Uneinigkeit seyn soll, drei Monate nachher zu Erklärungen und Verträgen führte, aus welchen die höchste Einigkeit hervorging. Diese letzteren beweisen es genug, dass die früheren Schwierigkeiten, welche den erwähnten Vertrag veranlassen

mochten, beseitigt worden waren, und dass der Geist, der j
früheren Vertrag dictirte, gänzlich verschwunden war.
erwähnte Vertrag ist ein blosses historisches Fact
welches auf gegenwärtige Zeit gar keinen Bezug hat, und d
Mittheilung unnöthig ist."

Das für den König von Frankreich bestimmte Exemplar d
Triple-Allianz war Napoleon nach dessen Rückkehr von Elba zu
am 20. März 1815 in die Hände gefallen; er sandte dasselbe in
glaubigter Abschrift dem Kaiser von Russland, in der Hoffnung
diese Weise Zwietracht unter den Verbündeten hervorzurufen.
Erfolg war indessen dieser Absicht durchaus nicht entsprech
denn die neue gemeinsame Gefahr vereinigte Russland und Pre
noch inniger als früher mit den Theilnehmern der erwähnten T
Allianz; so wie man sich auch zugleich überzeugte, dass hinsich
der Berichtigung der sächsischen Angelegenheit, so wie der üb
wichtigsten Congress-Angelegenheiten, ferner keine Zeit zu v
ren sey.

Vergl: Traité sécret d'alliance défensive conc
Vienne le 3. janvier 1815, entre l'Autriche, la Gra
Bretagne et la France contre la Russie et la Prusse
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom.
368—374.

Freiherr v. Völderndorff und Waradein, Kriegsgesch
von Baiern unter König Maximilian Joseph I. (4 Bde. Münc
1826. 8.) Bd. 4. S. 331.

(Auch hier wird ausdrücklich der 3. Januar als der Tag der
terzeichnung genannt, und gesagt, dass aber, vermöge gehe
Artikel, am 6. Januar die Niederlande, Baiern und Hannover
Beitritt aufgefordert wurden.) S. auch:

de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. etc. Tom
p. 376.

4) Vergl: Königl. preussisches Patent über die Besitzer
fung von einem Theile des vormaligen Departements Niederm
und Roer, dann von verschiedenen Cantonen am rechten Rh
ufer, welche unter Herstellung der alten Benennungen der H
zogthümer Cleve, Berg und Geldern, des Fürstenth
Moeurs und der Grafschaften Essen und Werden mit der pr
sischen Monarchie vereinigt werden, d. d. Wien den 5. April 1
J. L. Klüber's Acten des Wiener Congresses. Bd. VII. (
26.) S. 286.

Statt „Brock“, wie namentlich in der Wiener amtlichen Ausgabe steht, haben einige Abdrücke: „Broik“. Es ist die Herrschaft Broich (auch Bruch) an der Ruhr.

f) Vergl: Königl. preussisches Patent, betreffend die Besitzergreifung Oranischer und Nassauischer Aemter etc., d. d. Berlin den 21. Juni 1815.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 347, so wie den unten folgenden Vertrag vom 31. Mai 1815.

k) Vergl: Königl. preussisches Patent über die Besitzergreifung von dem ganzen vormaligen Departement Rhein und Mosel, dann von einem Theile der Departements Saar, der Wälder, Ourthe, Niedermaas und Roer, welche unter dem Namen Grossherzogthum Niederrhein mit der preussischen Monarchie vereinigt werden, d. d. Wien den 5. April 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 26.) S. 282.

Actenstücke betreffend den künftigen Rechtszustand der wiedereroberten Länder auf der linken Rheinseite, insbesondere die Verhältnisse des ehemaligen unmittelbaren Reichsadels, die vormaligen Patrimonialrechte, Lehr- und Familien-Fideicommiss-Verbindungen, Zehnten, und die vernichteten oder vorenthaltenen Privat-Eigenthumsrechte und verkauften Gemeindegüter daselbst.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 24.) S. 475 u. f.

l) Vergl: Note des hannöverischen Bevollmächtigten auf dem Wiener Congresse, wodurch derselbe erklärt, dass der Kurfürst von Hannover den Königstitel angenommen habe, d. d. Wien den 12. Oktober 1814.

Patent, wodurch der Kurfürst von Hannover bekannt macht, dass er die Königswürde angenommen habe, d. d. Carltonhouse den 26. Oktober 1814.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. I. (Heft 1.) S. 64, 65.

Preussen setzte seine Territorial-Verhältnisse mit Hannover durch die Verträge vom 14. Februar und 29. Mai 1815 fest.

Vergl: Anm. Nr. VI.

Den erworbenen Theil des Herzogthums Lauenburg vertauschte es an Dänemark gegen Schwedisch-Pommern und Rügen durch den Vertrag vom 4. Juni 1815. (S. unten.)

m) Holstein-Oldenburg, welches bis dahin eine Volksmenge von 171,000 Menschen hatte, erhielt im Ganzen eine Territorial-Ver-

grösserung von 25,000 Einwohnern, nämlich 5000 von Hannover
20,000 von dem Saar-Departement.

Vergl: Art. 49 und 50.

Andere Ausgaben haben Statt des Wortes „habitans", wel
namentlich in dem Petersburger und dem Wiener amtlich
Abdrucke steht, das Wort „âmes".

Holstein-Oldenburg bedient sich des Grossherzoglich
Titels (s. Art. 34) erst seit dem Jahre 1829.

Vergl: Patent wegen des Regierungsantritts des Grossherz
Paul Friedrich August vom 28. Mai 1829.

n) Die Bevölkerung von Sachsen-Weimar erhöhete sich
121,000 auf 198,000 Menschen.

Preussen verwendete die ihm nach Art. 40 zugefallenen F
daischen Landesbezirke zu Territorialausgleichungen mit Sach
Weimar und Kurhessen. An Sachsen-Weimar wurden die
zirke Dermbach und Geisa abgetreten, während, nachdem Preu
mehrere Fuldaische Bezirke an Baiern gegen andere ebenfalls
daische Bezirke vertauscht hatte, diese nebst dem Uebrigen Kur
sen erhielt.

Vergl: die Verträge zwischen Preussen und Sachsen-W
mar, abgeschlossen zu Wien am 1. Juni 1815 (Ann. Nr.
und zu Paris am 22. September 1815. (S. unten.)

Recès-Général de la Commission territoriale, ras
blée à Francfort, en date du 20. juillet 1819, signé par
plénipotentiaires de l'Autriche, de la Grande-Bretag
de la Prusse et de la Russie (s. unten). Art. II. Nr. II. L

Hauptvertrag der an dem vormaligen Grossherzogthum Fr
furt betheiligten Regierungen, über die Ausgleichung der G
herzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departeme
Lasten, unterzeichnet zu Frankfurt den 2. Juli 1828. (Frank
a. M. 152 S. in Fol.)

Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche et Ses Al
d'une part et S. A. R. l'Electeur de Hesse de l'autre, s
à Francfort sur le Mein, le 2. décembre 1813.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 651.

S. auch: Note des Herzoglich Sachsen-Weimarisch
Bevollmächtigten, wodurch derselbe bekannt macht, dass
Souverain die Grossherzogliche Würde angenommen h
d. d. Wien den 6. April 1815.

Patent der Grossherzoglich Sachsen-Weimarischen

gierung, wodurch sie bekannt macht, dass der Herzog von Sachsen-Weimar, unter Anerkennung der auf dem Congress zu Wien versammelten verbündeten Monarchen die Grossherzogliche Würde mit dem Titel Königliche Hoheit angenommen habe, d. d. Weimar den 21. April 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. II. (Heft 6.) S. 198, 200.

o) Vergl: Note der Kurfürstlich-Hessischen Gesandtschaft, wodurch der Kurfürst die Beibehaltung des Kurfürstlichen Titels und die Annahme des Prädicats „Königliche Hoheit" bekannt machen lässt, d. d. Wien den 28. April 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. II. (Heft 6.) S. 201.

In dem Artikel 4 der Congress-Acte wurde jenes Prädicat stillschweigend anerkannt.

Ueber die Gültigkeit der in Kurhessen unter der usurpirten Herrschaft des Jérome Buonaparte geschehenen Beeinträchtigungen des Staatsvermögens s:

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. S. 167 u. f.

p) Vergl: Rechtsverwahrung vormaliger reichsständischer Landesherrn, welche jetzigen deutschen Souverainen untergeordnet sind, wider den sie betreffenden Inhalt der deutschen Bundes-Acte, mit Beziehung auf ihren Rechts- und Besitzstand von 1805, d. d. Wien den 13. Juni 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. II. (Heft 8.) S. 584.

q) In dem Vertrage zu Ried vom 8. October 1813 (s. oben) war Baiern ausser der vollen Souverainetät und dem damaligen Zustande seiner Besitzungen, Schadloshaltung für den Fall zugesichert, wenn es Territorial-Cessionen zu machen hätte, namentlich hinsichtlich einer für Oesterreich zu bildenden militairischen Gränze. In Folge eines zweiten Vertrages mit den verbündeten Mächten, abgeschlossen zu Paris am 3. Juni 1814, welcher diese militairische Gränze dahin bestimmte, dass Oesterreich von Baiern erhalten sollte: Das Inn- und Innsruk-Viertel, Tyrol und Vorarlberg; Baiern dagegen: das Grossherzogthum Würzburg, das Fürstenthum Aschaffenburg, die Städte Frankfurt und Mainz u. s. w., — nahm Oesterreich von Tyrol und Vorarlberg, so wie Baiern von Würzburg und Aschaffenburg schon vor dem Wiener Congresse Besitz. Die gänzliche Vollziehung dieses letztern Vertrages fand indessen im Verlaufe der Unterhandlungen des Wiener Congresses nicht unbedeutende Schwierigkeiten. Es kam lezterem, unter russischer, preussischer und grossbritannischer Mit-

wirkung, zu dem zwischen Oesterreich und Baiern am 23. Ap
1815 zu Wien abgeschlossenen Vertrage.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 451.

Die Artikel desselben waren zugleich bestimmt, der Schluss-Ac
des Wiener Congresses einverleibt zu werden, und zwar unter de
jenigen Ziffern, welche hinter der Zahl eines jeden Artikels in Kla
mern eingeschlossen sind.

Oesterreich beschränkte sich in diesem Vertrage auf das Hau
ruk-Viertel, einen Theil des Innviertels und einen Theil von Salzbu
nebst dem Amte Vils. Baiern wurde dagegen zugesichert: ein b
trächtlicher Theil des Fürstenthums Fulda, die Stadt Hanau nebst ac
Aemtern des ehemaligen Departements dieses Namens, der Rückf
der badischen Rheinpfalz nach Erlöschung der Linie des damalig
Souverains, mehrere Bezirke von Württemberg, Baden und Hess
Darmstadt.

Es kam aber dieser Vertrag nicht zur Ratificatio
obgleich er von den Bevollmächtigten Russlands, Gross-Britannie
und Preussens mit unterzeichnet war. Die Congress-Acte sprach
Artikel 44 Baiern nicht mehr zu, als was es in Folge des Vertrages
Paris vom 3. Juni bereits in Besitz genommen hatte. Es wurden in
sen hierdurch weder die Ansprüche, welche Oesterreich auf das Hau
ruk-Viertel, das Innviertel und den grössten Theil von Salzburg mach
noch die Baiern dafür gebührenden Entschädigungen regulirt.
kamen daher die vier erwähnten Mächte am 3. November 1815
Paris dahin überein, für diese Angelegenheit in folgender Art Sor
zu tragen:

Baiern sollte an Oesterreich abtreten: das Hausru
Viertel, das Inn-Viertel, den grössten Theil von Salzburg u
das Tyroler Amt Vils, — im Ganzen 387,031 Einwohner; u
zugleich die freie Durchfuhr einer gewissen Quantität von S
und Getreide auf der von Tyrol nach Bregenz führenden Stra
gestatten.

Dafür sollte Baiern erhalten: verschiedene Landesbezirk
besonders in den Departements Donnersberg, Saar und Niederrhe
wobei auch die Souverainetät nebst dem Besatzungsrecht der Bund
festung Landau. Ferner das böhmische Amt Redwitz, die hess
darmstädtischen Aemter Miltenberg, Amorbach, Heubach und Al
nau, einen Theil des badischen Amtes Wertheim und mehrere fuldis
Aemter; zusammen mit 469,634 Einwohnern. Ferner sollte
15,000000 Franken zur Anlegung demnächst zu bestimmender Be

stigungen und eine Militairstrasse von Würzburg nach Frankenthal erhalten, so wie den Rückfall der badischen Rheinpfalz nach dem Aussterben der directen Linie des regierenden Grossherzogs.

Vergl. auch: Actes concernant les arrangemens territoriaux entre l'Autriche et la Bavière, 3. avril — 10. juin 1815.

de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. etc. Tom. I. p. 431—443.

Endlich kam man dahin überein:

Baiern zu veranlassen, mit dem Kurfürsten von Hessen die Aemter von Ausenau, Wört und Höchst, so wie die Strasse von Saalmünster nach Gelnhausen gegen einen genügenden Theil des Amtes Lohrhaupten zu vertauschen.

Vergl: Protocole pour régler les dispositions relatives aux territoires et places cédées par la France, aux arrangemens territoriaux qu'il reste à faire en Allemagne et au système défensif de la Confédération Germanique, signé par les ministres des Cours I. et R. d'Autriche, de Russie, de la Grande-Bretagne et de Prusse, paragraphé à Paris le 3. novembre 1815 et signé le 20. novembre. (S. unten.)

Nachdem zur Vollziehung dieser Verabredungen durch einen mit Baiern abzuschliessenden Vertrag, zu München Unterhandlungen gepflogen worden, kam es daselbst zu dem Tractate vom 14. April 1816.

Vergl: Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Bavière pour fixer les limites et les rapports de Leurs états respectifs, signé à Munich le 14. avril 1816; avec les articles additionnels et sécrets. (S. unten.)

Convention entre l'Autriche et la Bavière, concernant la liquidation et la compensation des arrérages et des dettes dans les pays cédés réciproquement, conclue le 13. décembre 1828 et publiée à Munic le 14. mai 1829.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XIII. p. 68.

r) Vergl: Note des Congress-Präsidenten, Fürsten von Metternich, wodurch derselbe den Bevollmächtigten der freien Stadt Frankfurt die von den verbündeten Mächten neuerdings erfolgte Bestätigung der Selbstständigkeit und Freiheit der Stadt Frankfurt anzeigt; d. d. Wien den 9. Juni 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 23.) S. 422.

Hauptvertrag der an dem vormaligen Grossherzogthum Fra
furt betheiligten Regierungen über die Ausgleichung der Gr
herzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departemen
Lasten, unterzeichnet Frankfurt den 2. Juli 1820.

s) Vergl: Das bereits oben angeführte Pariser Protok
vom 3. November 1815.

Der geheime Separat-Artikel des Vertrages zwisc
Oesterreich und Preussen einerseits und Hessen-Darmst
andererseits, unterzeichnet zu Wien am 10. Juni 1815, lautet wö
lich ebenso, wie der Artikel 48 der Congress-Acte.

t) Vergl. hinsichtlich der Vollziehung der Bestimmungen di
Artikels:

Recès-général de la commission territoriale etc.
tikel 28, 29, 33.

Tractat zwischen S. M. dem Könige von Preussen und Sr
H. dem Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz, gesch
sen zu Frankfurt den 18. September 1816.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 259.

Procès-verbal des commissaires de S. M. le Roi de Pru
et S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg portant la remise
territoires cédés par S. M. Prussienne au G. D. d'Oldenbour
exécution de l'art. 51 de l'acte de Congrès de Vienne, signé
avril 1817.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 405.

u) Vergl: Convention entre les commissaires d'Autri
et de Prusse au sujet de la cession à la Prusse d'une parti
l'ancien departement de la Saar, en exécution de l'arti
51, de l'acte du Congrès de Vienne et de l'article 6
Protocole du 3. novembre 1815, signée à Worms le 1. juil.
Procès-verbal entre les commissaires Autrichiens et Pr
siens pour la remise d'un district sur la rive dr
de la Moselle à la Prusse, dressé à Kreutznach l
mai et signé le 2. juin 1815.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 241. p.

v) S. den II. Theil.

w) Vergl: Annex. Nr. X, ferner:

Note der Niederländischen Bevollmächtigten auf dem Wi
Congresse, wodurch sie bekannt machen, dass ihr Souverain
Königswürde angenommen habe, d. d. Wien den
März 1815.

Patent, wodurch der souveraine Fürst der Niederlande bekannt macht, dass er die königliche Würde und den Titel: „König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Herzog (Grossherzog) von Luxemburg etc.“ angenommen habe, d. d. Haag den 16. März 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. I. (Heft 4.) S. 61. 65. Vergl: C. A. Art. 67.

x) Vergl: Recès-Général de la Commission territoriale etc. Art. 35, welcher bestimmt, dass die Bundesfestung Luxemburg gemeinschaftliche, d. h. preussische und holländische, Garnison erhalten soll.

y) Ein zu Leipzig am 1. Juli 1816 gefälltes schiedsrichterliches Erkenntniss sprach die Succession in das Herzogthum Bouillon dem Prinzen Carl Alain von Rohan-Montbazon (Guéménée) zu.

Vergl: Müller, deutsche Staatsanzeigen, Bd. I. St. 3. Nr. 3.

Ausser diesem Prätendenten war als solcher Philipp d'Auvergne, Adoptiv-Sohn des vorletzten Herzogs von Bouillon, aufgetreten.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. S. 57 u. f. Bd. VI. (Heft 23.) S. 470. Bd. VIII. (Heft 30.) S. 259.

Später meldete sich ein dritter Prätendent, Gottfried de la Tour d'Auvergne, bei der deutschen Bundes-Versammlung; der Beschluss vom 5. December 1816 wiess indessen sein Gesuch, als dahin nicht gehörend, zurück. Vergl:

J. L. Klüber, Staats-Archiv etc. Bd. II. S. 167 u. f.

Das Herzogthum Bouillon besteht aus der Stadt Bouillon, welche ungefähr 2200 Einwohner hat, und 21 Dörfern. Die ganze Einwohnerzahl desselben wird auf ungefähr 5000 angegeben.

In dem Pariser Frieden vom 20. Nov. 1815, Art. I. ward das ganze Herzogthum Bouillon, nach seinen Gränzen vom Jahre 1790 an Frankreich abgetreten, und dies bestätiget durch den Recès-Général etc. Art. 34.

z) Vergl: Acten des Congress-Comité's für die Angelegenheiten der Schweiz, bestehend aus den Bevollmächtigten von Oesterreich, Russland, Frankreich, Gross-Britannien und Preussen, Protokoll 1—13, vom 14., 15., 30. November, 10., 13., 15., 17., 19. December 1814; 16. Januar, 20. Februar, 19. März 1815, nebst Beilagen.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 18.) S. 158 u. f. (Heft 19.) S. 265 u. f.

Déclaration du plénipotentiaire de S. M. le Roi de Sardaig contenant les conditions auxquelles le Roi consent à la cession provinces de Chablais et Faucigny etc. en faveur du ton de Genève, acceptée par les plénipotentiaires des puis signataires du traité de Paris, datée de Vienne le 26. mars 18

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 19.) S. 328.

Uebereinkunft, betreffend die Abtretung der Pro Chablais und Faucigny durch Sr. Maj. den König von S an den Canton Genf, d. d. Wien den 26. März 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 19.) S. 331.

Urkunde, enthaltend die Erklärung des Beitritts der sch zerischen Eidgenossenschaft zu den Verhandlungen Wiener Congresses, betreffend Abtretungen Savoyis Landestheile an den Canton Genf, und die Neutra der Landschaften Chablais und Faucigny, d. d. Züric 12. August 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IX. S. 239 u. f.

Rechtsverwahrung des Cantons Graubünden, der von ihm verlangten, auf dem Wiener Congresse aber ver ten Rückgabe der Landschaften Veltlin, Borm Chiavenna, in einem Schreiben an die Tagssatzung vom 9. Ju

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 19.) S. 343 u. f.

Acte par lequel la neutralité de la Suisse a été s nellement reconnue par les hautes Puissances alliées, de Paris le 20. novembre 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 20.) S. 483.

K. Oestreich. Bekräftigung dieser Anerkennun Neutralität der Schweiz, d. d. Wien den 10. August

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IX. S. 243.

(Ueber die Neutralität der Schweiz (1813) in: Gentz Schriften. Th. III. S. 3.)

S. auch:

Convention des Cantons formant la confédér Helvétique, signée à Zurich le 29. décembre 1813. Vereinigungs-Vertrag.)

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. V. p. 659.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IX. S. 230.

Traité d'alliance conclu le 16. août entre les Canto

la confédération Suisse; et Acte d'acceptation en date de Zurich, le 8. septembre 1814.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 68.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IX. S. 232.

Von den zahlreichen auf dem Congresse zu Wien vorgelegten Druckschriften über die Angelegenheiten der Schweiz, insbesondere der Cantone Bern, Waadt und Aargau, vergl. u. a:

Ueber den schweizerischen Bundes-Verein und die Ansprüche Bern's. 1814.

aa) Dappenthal.

bb) Löbergerechtsame, d. i. eine Art Laudemium. In der Wiener édition officielle steht „Lands".

cc) Vergl: Recès-Général etc. Art. 39.

Acten, die Vereinigung der Staaten der ehemaligen Republik Genua und derjenigen deutschen Reichslehne, welche der vormaligen ligurischen Republik einverleibt waren, mit den Staaten des Königs von Sardinien.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 28.) S. 401 u. f.

J. L. Klüber, Uebersicht etc. S. 10, 50, 54, 94, 98 und 560.

Proclamation du Gouvernement provisoire de Gênes, contenant son abdication, en date de Gênes le 26. décembre 1814.

J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. VII. (Heft 28.) S. 435.

dd) Vergl: Patent, wodurch Kaiser Franz I. verkündigt, dass er die ihm zugefallenen venetianischen und lombardischen Provinzen, nebst einem Theile des Mantuaischen Gebietes auf der rechten Seite des Po, dann die Landschaft Veltlin, und die Grafschaften Cleven (Chiavenna) und Bormio, mit dem österreichischen Kaiserstaate unter dem Namen des lombardisch-venetianischen Königreiches vereinigt habe, d. d. Wien den 7. April 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22.) S. 303 u. f.

ee) Bekanntmachung der Kaiserin Marie Louise, dass die provisorische Verwaltung ihrer Staaten Parma, Piacenza und Guastalla dem Kaiser von Oestreich übergeben habe, d. d. Schönbrunn den 31. März 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22.) S. 312.

Bekanntmachung des Kaisers von Oestreich, dass er provisorische Verwaltung der Staaten Parma, Pia-

cenza und Guastalla in eigenem Namen übernom
habe, d. d. Wien den 2. April 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 22.) S. 313.

Traité conclu à Paris le 10. juin 1817 entre les Cours d
triche, d'Espagne, de France, de la Grande-
tagne, de Prusse et de Russie, lequel, en exécuti
l'article 99. de l'acte du Congrès, détermine la r
sion des Duchés de Parme, Plaisance et Gua
(S. unten.)

Recès-Général etc. Art. 43—45.

ff) Der bisherige Grossherzog von Würzburg entsagt
Regierung des Grossherzogthums Würzburg, und erhielt da
mit der Regierung von Toscana, auch wieder die grossher
Würde wegen des Besitzes dieses Staates.

gg) Vergl: J. L. Klüber, Uebersicht etc. S. 93, 94.

hh) Vergl: J. L. Klüber, Uebersicht etc. S. 100, 13
470, 473, 475, 413, 419, 444, 445, 479, 568, 99.

ii) Vergl: Notenwechsel zwischen den Bevollmächtigt
Oestreich und Neapel im Januar und April 1815, nebst de
auf erfolgten Kriegserklärung.

J. L. Klüber, Acten etc. Bd. VII. (Heft 27.) S. 375 u. f.

Ueber die Verhältnisse des König Joachim von N
(Murat) s: J. L. Klüber, Uebersicht etc. S. 16, 31, 100—10

kk) Vergl: Promemoria der Stadt Frankfurt, bet
die von der Stadt Mainz gegen Frankfurt auf dem Rhein beh
Stationsfahrt und Umschlaggerechtigkeit, vom 21.
tember 1814.

Das Staffelrecht oder die Stationsfahrt auf dem Rh
insbesondere die Staffelgerechtsame der Stadt Mainz, in ge
licher, rechtlicher und polizeilicher Hinsicht dargestellt.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. I. (Heft 3.) S. 1 u. f.

ll) Hierauf beziehen sich folgende Actenstücke:

1) Note adressée par S. A. Mr. le Prince de Metternich
M. les Plénipotentiaires des Princes souve
et Villes libres d'Allemagne, avec invitation
céder à l'Acte final du Congrès, en date de Vie
13. juin 1815.

Les plénipotentiaires des Puissances qui ont signé le t
Paris du 30. mai 1814, ayant terminé les travaux, pour les
s'étoient réunis à Vienne, en conformité de l'Article XXXII

traité, avec les Princes et Etats leurs alliés, et voulant comprendre les résultats des négociations qui ont eu lieu au congrès, ont résolu de réunir dans un traité général les dispositions d'un intérêt majeur et permanent, et de joindre à cet acte, comme parties intégrantes, les différens traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes particuliers, concertés et arrêtés entre les Puissances pendant le Congrès.

L'Article CXIX du dit traité général portant, en conséquence,

„que toutes les Puissances qui ont été réunies au Congrès, ainsi que les Princes et Villes libres qui ont concouru aux arrangemens consignés, ou aux actes confirmés dans ce traité général, sont invités à y accéder."

Le soussigné, en sa qualité de président à l'assemblée des plénipotentiaires des huit Puissances qui ont signé le traité de Paris, est chargé d'informer Monsieur ..... que le susdit instrument, étant trop volumineux pour être communiqué à chacun des Messieurs les plénipotentiaires en particulier, se trouvera déposé, à dater du 20. de ce mois, à la chancellerie de cour et d'état de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, où Monsieur . . . voudra bien en prendre connoissance, pour en faire son rapport et mettre sous les yeux de Son Altesse Sérénissime le Prince ..... l'invitation contenue ledit Article CXIX d'accéder à cet Acte final du Congrès.

Le soussigné, en s'acquittant de cette commission, a l'honneur de renouveler à Monsieur ..... les assurances de sa considération distinguée.

Vienne, le 13. juin 1815.

Metternich.

---

2) Procès-verbal de la conférence de M. M. les plenipotentiaires d'Autriche, de Russie, d'Angleterre et de Prusse, à Paris le 4. novembre 1815, touchant les formes à donner aux actes de ratifications par rapport au traité de Paris du 30. mai 1814, à l'Acte final du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, et aux Actes d'accession et d'acceptation relatifs au dit acte; avec trois formulaires sub lit. A, B et C.

M. M. les Ministres des cabinets alliés jugeant nécessaire de convenir d'un mode uniforme pour les ratifications de l'Acte du Congrès de Vienne du 9. juin entre les Puissances signataires, ainsi que pour régler les actes d'accession de la part des autres

Puissances et Etats, et acceptation de la part des Puissances
nataires, ont arrêté les points suivans:

1) Le traité de Paris de 1814, et les transactions
mentaires de Vienne, éprouvant quelques légères modifications
toriales par le second traité de Paris de 1815, M. M. les ministres
cabinets ont trouvé dans cette circonstance un motif de plus de
observer dans les dates des ratifications l'ordre successif des
En conséquence il a été reconnu, que les instrumens de ratifi
du traité général de Vienne du 9. juin 1815 seroient expédiés sous
date antérieure aux actes de ratification du traité de Paris du
novembre, et on est convenu de ne recevoir ni échanger des
cations dudit traité de Paris de 1815, avant d'avoir reçu et éch
les ratifications de l'Acte du Congrès du 9. juin.

2) Le traité de Vienne et ses Annexes ayant été exp
en huit exemplaires entièrement conformes, dont l'un est dépo
archives d'état à Vienne pour être à la disposition de tous les i
sés, l'authenticité et l'itendité du contenu des expéditions for
de cet acte sont assez assurées, pour qu'il ne soit pas nécessair
transcrire de nouveau le texte dans les actes de ratification,
qu'il est d'usage; et d'après ce motif, il a été convenu que
dispenseroit de l'insertion dudit traité et de ses annexes dans le
de ratification, pour lesquels on a adopté un formulaire
sens du projet ci-joint sub lit. A.

3) Le même motif existant pour les actes d'accessi
d'acceptation relatifs au dit traité du 9. juin, dont un exe
original a été mis à Vienne depuis plusieurs mois à la disposit
intéressés, on a reconnu également superflu d'insérer dans ce
le texte des traités, et qu'il suffiroit que les parties accédan
rapportassent, en déclarant dans leur acte d'accession qu'elles
reçu la communication, et qu'elles en ont pleine et entière co
sance. De plus, comme on étoit convenu à Vienne, que l'invit
accéder au traité du 9. juin 1815 seroit adressée (ainsi qu'elle
au nom des Puissances Signataires, par M. le Prince de Met
il a été arrêté que, dans les actes d'accession, il seroit fait
de cette circonstance, néanmoins chaque Puissance accédante
s'engager, par un acte particulier d'accession, envers chac
sept Puissances Signataires du traité de Vienne, et que, par
quent, il sera fait mention dans les actes d'accession respecti
puissance à laquelle l'expédition est destinée.

D'après ces observations, il est convenu d'adopter pour les actes d'accession et d'acceptation les formulaires ci-joints sub B et C.

Signé:	Castlereagh.
Signé:	Rasoumoffsky.
Signé:	Capo d'Istria.
Signé:	Metternich.
Signé:	Wessenberg.
Signé:	Wellington.
Signé:	Hardenberg.
Signé:	Humboldt.

Annexes
du procès-verbal du 4. novembre 1815.

A.
Formulaire
de la ratification de l'Acte du Congrès.

Nous François (Alexandre) etc.

Les puissances qui avoient signé le traité de Paris du 30. mai 1814 s'étant réunies à Vienne, en conformité de l'article 32 de cet acte, avec les Princes et Etats, leurs alliés, pour compléter les dispositions de cette transaction, il a été conclu et signé, en la ville de Vienne, le 9. juin du présente année 1815, entre

l'Autriche,
la France,
la Grande-Bretagne,
le Portugal,
la Prusse,
la Russie et
la Suède,

(*Es war festgesetzt worden, dass jede ratificirende Macht sich zuerst nennen und die andern in alphabetischer Ordnung folgen sollten.*)

traité général et commun en huit exemplaires originaux, tous de mot à mot les mêmes et entièrement conformes entr'eux, dont sept exemplaires pour chacune des Sept Puissances Signataires et le huitième exemplaire se trouve déposé en exécution de l'article 121 de cet acte, aux archives de cour et d'état à Vienne, pour servir de titre

commun tant aux Signataires ci-dessus mentionnés qu'aux
puissances et états accédans, et ledit traité général ayant été
entre autres signatures de celle de Nos ministres plénipotenti
de ceux de S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bret
d'Irlande;

S. M. l'Empereur de Russie etc.

Nous après avoir lu et examiné tant le traité général du
1815 que les traités, conventions, déclarations, réglemens
actes cités dans le 118 article et joints à la transaction comm
quels sont les uns et les autres, censés insérés ici de mot à m
avons trouvés, en tout point, conformes à Notre volonté. En
quence, Nous les avons approuvés, confirmés et ratifiés, co
les présentes Nous les approuvons, confirmons et ratifions,
tant, tant en Notre nom qu'en celui de Nos héritiers et succe
d'en accomplir fidèlement le contenu.

En foi de quoi, Nous avons signé et fait munir de Notre
les actes de ratification en sept expéditions conformes, dont u
réunie au traité déposé, comme titre commun, aux archives i
à Vienne, et les six autres seront échangés avec les six Pu
Signataires, entre lesquelles expéditions la présente sera é
contre les actes de ratification de S. M. le Roi du royaume-
Grande-Bretagne et d'Irlande fait en double, pour qu'un ex
de ratification de sa part soit également joint au traité commu
à Vienne, et que l'autre soit remis aux archives d'état et d
Maison Impériale.

Fait à ..... le ..... de l'an de grâce 1815.

(*Suit Signature.*)

B.

Formulaire

d'un acte d'accession à l'Acte du Congrès du 9. juin

S. M. le Roi de Sardaigne (Wurtemberg etc.) ayant été amic
invitée par S. M. l'Empereur d'Autriche, tant en Son nom, q
de L. L. M. M. I. I. R. R. le Roi de France, du Roi du royau
la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. A. R. le Prince-Régent d
mes de Portugal et du Brésil, le Roi de Prusse, l'Empereur d
les Russies et le Roi de Suède et de Norwège, à accéder au

Paris du 30. mai 1814 et au traité signé en la ville de Vienne le 9. juin de la présente année 1815 entre les Puissances ci-dessus dénommées, lequel traité a été fait et signé en huit exemplaires originaux, tout de mot à mot les mêmes et entièrement conformes entr'eux, dont sept exemplaires pour chacune des Puissances signataires, et le huitième exemplaire se trouve déposé en exécution de l'article 121 de cet acte, aux archives de cour et d'état à Vienne pour servir de titre commun, tant aux signataires ci-dessus mentionnés qu'aux autres Puissances et Etats accédans;

Et Sadite Majesté le Roi de Sardaigne, après avoir eu la communication tant dudit traité commun du 9. juin, que des traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes cités dans le 118. article et joints au dit instrument général, voulant donner à L. L. M. M. I. I. et R. R. toutes les preuves de confiance et d'amitié qui sont en son pouvoir, a muni, à cet effet, de Ses pleins-pouvoirs le Sieur . . . . . leur, en Son nom, donner acte de cette accession, lequel, en conséquence, déclare, que S. M. le Roi de Sardaigne accède, par le présent acte, aux dits traités, conventions, déclarations, réglemens et autres actes cités dans le 118. article, lesquels actes sont, les uns et les autres, censés insérés de mot à mot, en s'engageant formellement et réciproquement, non seulement envers S. M. l'Empereur etc. mais aussi envers toutes les autres Puissances et Etats qui, soit comme signataires, soit comme accédans, ont pris part aux engagemens de l'acte du Congrès, à concourir de Son côté à l'accomplissement des obligations contenues au dit traité, qui peuvent concerner S. M. le Roi de Sardaigne. Le présent acte d'accession sera ratifié dans les trois mois, qui suivront la remise de l'acte d'acceptation, et, avant l'expiration du dit terme, il sera procédé à l'échange des instrumens de ratification, de l'accession d'une part, et de ratification de l'acceptation d'autre part, lesquels instrumens seront expédiés en double, dont des expéditions devant servir de titre entre les parties accédantes et acceptantes, et l'autre expédition devant être réunie au traité général du 9. juin 1815 déposé à Vienne.

En foi de quoi, nous plénipotentiaires de S. M. le Roi de Sardaigne avons, en vertu de nos pleins-pouvoirs, dont copie vidimée restera jointe, signé le présent acte d'accession.

Fait à . . . . . le . . . . . .

(*Suit Signature.*)

C.

Formulaire

d'un Acte d'acceptation de l'accession au traité de Vien 9. juin 1815, p. e. entre l'Autriche et la Sardaigne.

Comme S. M. le Roi de Sardaigne a accédé au traité comple taire du traité de Paris du 30. mai 1814, conclu et signé à Vie 9. juin 1815, par l'acte d'accession délivré par le Sieur ..... des pleins-pouvoirs de Sa dite Majesté le Roi de Sardaigne, du acte d'accession la teneur suit ici mot pour mot,

(*fiat insertio de l'Acte d'accession.*)

S. M. l'Empereur d'Autriche a autorisé le soussigné, Son mi d'état et des affaires étrangères, à accepter formellement ladite sion, S. M. I. et R. A. s'engageant réciproquement envers S. Roi de Sardaigne, à concourir de Son côté à l'accomplissemen obligations contenues au dit traité, qui peuvent concerner S Majesté Impériale.

Le présent acte d'acceptation sera ratifié dans le terme de mois, et avant l'expiration du dit terme, il sera procédé à l'éc des instrumens respectifs de ratification de l'accession et de l'ac tion, lesquels instrumens seront expédiés au double, l'une des ditions servant de titre entre les parties accédantes et acceptant l'autre expédition devant être réunie au traité général du 9. juin déposé à Vienne.

En foi de quoi Nous, ministre d'état etc. de S. M. l'Emp d'Autriche, avons signé le présent acte d'acceptation et y avo apposer le cachet de Nos armes.

Fait à Vienne le ..... de l'an de grâce.

(*Suit Signature.*)

mm) Man bediente sich fast bei allen Verhandlungen und V gen des Wiener Congresses, mit Ausnahme des grössten Thei deutschen Angelegenheiten, der französischen Sprache. ähnliche rechtsverwahrende Erklärung, wie sie der Artikel 1 Congress-Acte enthält, wurde auch schon früheren Verträgen fügt, z. B. dem Rastadter Frieden vom Jahre 1714, dem Aac Frieden vom Jahre 1748, dem Allianz-Vertrage zwischen Oeste und Frankreich vom Jahre 1756 u. s. w. Es ist indessen auch au Congresse hin und wieder der Gebrauch der eigenen La sprache, oder, wie bei dem päpstlichen Hofe (s. unte

Protestation) und Oesterreich, der der lateinischen Sprache vorgekommen. So war z. B. die österreichische Ratification des mit der schweizerischen Eidgenossenschaft geschlossenen Accessions-Vertrages vom 29. Mai 1815 in lateinischer Sprache abgefasst. Ueberhaupt erklärt sich die Wahl der französischen Sprache bei den auf dem Congresse zu Wien gepflogenen Verhandlungen leicht aus der allgemeinen Verbreitung derselben, abgesehen davon, dass sie in mehreren Staaten, auch ausserhalb Frankreich, Staatssprache ist.

nn) Vergl: Note 11.

Vergl. auch: Projet d'une Déclaration finale des huit Puissances signataires de l'Acte du Congrès de Vienne. Vraisemblablement du mois de février 1815. (Attribué à Mr. F. de Gentz.)

de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. I. p. 385.

oo) Vergl: Note des königl. spanischen Bevollmächtigten an den Fürsten von Metternich, als Präsidenten des Congresses, worin derselbe seine Unterschrift der Haupt-Acte des Congresses, aus verschiedenen, bestimmt angegebenen Gründen, verweigert, und die Rechte seines Hofes, so wie des Königs von Etrurien gegen diese Acte verwahrt, d. d. Wien den 5. Juni 1815.

cf. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 21.) S. 208—210. Bd. VII. (Heft 28.) S. 446 u. *f.*

Der gedachte Gesandte erklärt in jener Note, dass er hinsichtlich des mitgetheilten Tractats seinem Hofe die Entscheidung überlasse, und bis dahin nicht unterzeichnen könne, weil

1) es gegen seine Instructionen sey, irgend eine der unmittelbaren und völligen Wiederherstellung der drei Herzogthümer Parma, Piacenza und Guastalla widersprechende Convention zu unterzeichnen;

2) weil, indem Spanien von Oesterreich in seinem Namen die Wiederherstellung von Toscana, und subsidiarisch die von Parma verlangt habe, und Sr. königl. Majestät ausserdem ein unmittelbares Interesse an dem Schicksale Sr. Majestät des Königs von Hetrurien nehme, selbst wenn er, der Gesandte, nicht, wie die Bevollmächtigten der andern Mächte, welche den Frieden zu Paris geschlossen haben, zum Wiener Congress zugelassen wäre, doch keineswegs die Bevollmächtigten von Oesterreich, Britannien u. s. w. gesetzlich über das Schicksal von Toscana und Parma ohne seine Dazwischenkunft verfügen könnten;

3) weil unter der grossen Anzahl der Artikel, aus denen der T
tat bestehe, sich nur eine kleine Zahl befinde, worüber ma
den Conferenzen an die Bevollmächtigten der acht Mäc
welche den Pariser Frieden unterzeichnet, Bericht erstat
habe; und, da alle diese Bevollmächtigten unter einan
gleich, und ihre Souveraine gleich unabhängig sey
man nicht einem Theil daran das Recht gestatten könne,
erörtern und zu beschliessen, und dem andern all
das zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu v
weigern, ohne eine offenbare Vernachlässigung der wese
lichsten Formen, ohne die schreiendste Verletzu
aller Grundsätze des Völkerrechts etc.

Vergl. auch: Note des spanischen Gesandten d. d. Wien
4. April 1815, worin derselbe verlangt, dass die von österreichis
Truppen besetzten Staaten von Parma, Piacenza und Guast
dem Infanten Don Carl Ludwig, König von Hetrurien, ohne
zug eingeräumt werden möchten.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 28.) S. 441.

Note desselben an die Bevollmächtigten von Oesterreich, R
land, England und Preussen, worin derselbe den Beitritt sei
Hofes zu der Allianz vom 25. März 1815 unter der Bedin
zusichert, dass Spanien gleichfalls als Haupt-Contrahent w
betrachtet werden; d. d. Wien den 30. März 1815.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VII. (Heft 28.) S. 451 u. f.

pp) Lieutenant-Général.

qq) In der Wiener amtlichen Ausgabe u. a. s
„Comte". Während des Wiener Congresses war indessen der
Rasoumoffsky in den Fürstenstand erhoben; auch steht im Eing
der Congress-Acte: „Prince".

Vergl. von den verschiedenen Abdrücken der Wiener Congr
Acte und den Schriften über den Congress:

Acte du Congrès de Vienne du 9. Juin 1815, avec ses anne
Edition officielle et collationnée avec le texte de l'instru
original déposé aux Archives de la Chancellerie de la Co
d'Etat. Vienne. De l'imprimerie impériale et royale. 4. (
Jahreszahl. Dieser amtliche Abdruck ist nicht in den B
handel gekommen.)

Traité général signé au Congrès de Vienne, le 9.
1815, avec les Actes y annexés; présenté aux deux cham

du Parlement, par ordre de S. A. R. le Prince-Régent. A Londres, février 1816. fol. (Nebst einer besonders beigefügten englischen Uebersetzung, welche den Titel führt: Translation of the general Treaty signed in Congress at Vienna, june 9. 1815; with the Actes thereunto annexed. Presented to both Houses of Parliament, by command of His royal Highness, the Prince Royal, February 1816. — Hinsichtlich der Beilagen ist bei dieser Ausgabe zu bemerken, dass die deutsche Bundes-Acte und der Vertrag zwischen Preussen und Nassau vom 31. Mai 1815 nicht im deutschen Texte, sondern nur in französischer und englischer Uebersetzung aufgenommen sind.)

Actes du Congrès de Vienne, publiés d'après un des originaux déposés aux archives du département des affaires étrangères. Paris 1816. 4. (Auch bei diesem amtlichen Abdrucke fehlt der deutsche Text der Bundes-Acte und des Vertrages zwischen Preussen und Nassau vom 31. Mai 1815.)

Recueil des traités et conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815; suivi de l'Acte du Congrès de Vienne, et terminé par une table alphabétique des matières, des lieux et des personnes, contenus dans les Actes composant ce Recueil. De l'imprimerie Royale. A Paris 1815. 8.

Acte du Congrès de Vienne, signé le 9. juin 1815. 4. (Dieser Abdruck erschien zu Frankfurt a. M. ohne Angabe des Druckortes, und ist eben so fehlerhaft als die Abdrücke in der Gazette officielle de France du 19. juillet 1815, im Journal de Francfort 1815. Nr. 225, 229, 232, 236, 239 u. s. w., wo ausserdem überall die 17 Beilagen fehlen.)

Dokumenty dlja istorij diplomatitscheskych snoschenij rossij si sapadipimj derschawami ewropeiskimi, ott sakliitschenijü wseobschago mira w' 1814, do kongressa w' Weronje (Verona) w' 1822 godu, isdannié ministerstwomi inostrannichj djeli. Tschasti perwaja acktii publitschüe Tomm perwij. Sanktpeterburgi Petschatano w' Boennoi Typographij glabnago staba Ego Imperatorskago belitschba. 1823. Fol. (Die Herausgabe dieser ebenfalls amtlichen, nicht in den Buchhandel gekommenen, Sammlung war dem wirkl. Staatsrath Bludow übertragen. Bd. I. enthält die Congress-Acte mit russischer Uebersetzung.)

Schluss-Acte des Wiener Congresses vom 9. Juni 1816 und Bundes-Acte oder Grundvertrag des teutschen Bundes

vom 8. Juni 1815. Beide in der Ursprache. Kritisch berichtigt mit Vorbericht, Uebersicht des Inhalts und Anzeige verschiedener Lesarten, vollständig herausgegeben von Dr. J. L. Klüber. Erlangen 1816. 8. 2. Auflage, Erlangen 1818.

Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815 avec les pièces qui y sont annexées, publié d'après un des originaux déposés aux archives du département des affaires étrangères de S. M. le roi de Prusse, par Fréd. Schoell. A Paris 1815. 8. (Bildet den achten Theil des „recueil des pièces officielles etc.")

Hauptvertrag des zu Wien versammelten Congresses der europäischen Mächte, Fürsten und freien Städte. Mit einer deutschen Uebersetzung herausgegeben von dem Geh. Rath Schmidt. Hildburghausen 1815. 8. (Bildet das 3. Heft von dessen Zeitschrift: „der deutsche Bund". — Der französische Text ist nach der gedachten Ausgabe von F. Schoell.

J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses in den Jahren 1814 und 1815. IX Bde. Erlangen 1815, 1816. 8.

J. L. Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Congresses überhaupt, und insonderheit über die wichtigen Angelegenheiten des teutschen Bundes. III. Abth. Frankfurt a. M. 1816. 8.

Du Congrès de Vienne, par l'auteur de l'Antidote au Congrès de Rastadt et de l'histoire de l'Ambassade à Varsovie (de Pradt). à Paris 1815. II. Vol. 8. (S. unten beim Aachener Congress Schriften von Gentz gegen de Pradt.)

Ueber den Wiener Congress, von Herrn de Pradt. Aus dem Französischen übersetzt, mit angehängten Betrachtungen des Uebersetzers. 2 Thle. Deutschland 1816. 8.

Am Schlusse des Wiener Congresses (1815), in: Fr. von Gentz Schriften. Th. III. S. 12.

H. C. Freiherr v. Gagern, mein Antheil an der Politik (6 Thle. Stuttgart und Tübingen 1823—1845. 8.) II. „Nach Napoleons Fall. Der Congress zu Wien". (1826.)

Flassan, histoire du Congrès de Vienne avec l'acte général du 9 juin 1815 et les différentes annexes. 3. Vol. Paris 1829. 8.

G. Flassan, der Wiener Congress, geschichtlich dargestellt. Aus dem Französischen mit einer Vorrede von A. C. Herrmann. 2 Bde. Leipzig 1830. 8.

Graf de la Garde, Gemälde des Wiener Congresses 1814—15. übersetzt von L. Eichler. Leipzig 1844. 4 Bde. 8.

Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, du 9. Juin 1815.

A. (Nr. I.)

Traité entre la Russie et l'Autriche, du $\frac{21.\ \text{avril}}{3.\ \text{mai}}$ 1815.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, et Sa Majesté le Roi de Prusse, ayant également à coeur de s'entendre amicalement sur les mesures les plus propres à consolider le bien être des Polonois dans les nouveaux rapports, où ils se trouvent placés par les changemens amenés dans le sort du Duché de Varsovie, et voulant en même temps étendre les effets de ces dispositions bienveillantes aux Provinces et Districts qui composoient l'ancien Royaume de Pologne, moyennant des arrangemens libéraux, autant que les circonstances l'ont rendu possible, et par le développement des rapports les plus avantageux au commerce réciproque des habitans, sont convenus de rédiger deux Traités séparés à conclure: l'un entre la Russie et l'Autriche, et l'autre entre cette première Puissance et la Prusse, pour y comprendre aussi bien les obligations générales communes aux trois Puissances, que les stipulations qui leur sont particulières. Leurs Majestés Impériales ont nommé à cet effet, pour Leur Traité direct, les Plénipotentiaires suivans:

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur André Comte de Rasoumoffsky, Son Conseiller privé actuel, Chevalier des ordres de St. André et de St. Alexandre-

Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wolodimir, et Son pr
mier Plénipotentiaire au Congrès; et

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche:

Le Sieur Clement-Venceslas-Lothaire Prince de Mette
nich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la Toison d'
Grand'-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne de Hongrie, Ch
valier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et
Ste. Anne de la première classe, Grand-Cordon de la légio
d'honneur, Chevalier de l'ordre de l'Eléphant, de l'ordre suprê
de l'Annonciade, de l'aigle noir, de l'aigle rouge, des Séraphi
de Suède, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aig
d'or de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jér
salem et de plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire
Marie Thérèse, Curateur de l'Academie des beaux arts, Cha
bellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur d'A
triche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'Etat,
conférences et des affaires étrangères, Son Plénipotentiaire
Congrès;

Lesquels, après avoir échangé Leurs pleinpouvoirs, trou
en bonne et due forme, ont conclu, signé et arrêté les artic
ci-après.

Article I.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies cède à
Majesté Impériale et Royale Apostolique les districts qui
été détachés de la Galicie orientale en vertu du Traité de Vie
de 1809 des cercles de Zloczow, Brzezan, Tarnopol et Zalesczy
et les frontières seront rétablies de ce côté telles qu'elles avoi
été avant l'époque dudit Traité.

Article II.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique possédera,
toute propriété et souveraineté, les Salines de Wieliczka, a
que le territoire y appartenant.

Article III.

Le Thalweg de la Vistule séparera la Galicie du territ
de la ville libre de Cracovie. Il servira de même de front
entre la Galicie et la partie du ci-devant Duché de Varso

réunie aux Etats de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, jusqu'aux environs de la ville de Zawichost.

De Zawichost jusqu'au Bug la frontière sèche sera déterminée par la ligne indiquée dans le Traité de Vienne de 1809, aux rectifications près, que d'un commun accord on trouvera nécessaires d'y apporter.

La frontière, à partir du Bug, sera rétablie de ce côté entre les deux Empires, telle qu'elle a été avant ledit Traité.

Article IV.

La ville de Cracovie est déclarée libre et indépendante, ainsi que le territoire désigné dans le Traité additionnel, signé en commun entre les Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse.

Article V.

Le Duché de Varsovie, à l'exception des parties dont il a été autrement disposé, en vertu des articles ci-dessus et par le Traité signé le même jour entre Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté le Roi de Prusse, est réuni à l'Empire de Russie. Il y sera lié irrévocablement par sa constitution, pour être possédé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Ses héritiers et Ses successeurs à perpétuité. S. M. I. se réserve de donner à cet Etat, jouissant d'une administration distincte, l'extension intérieure qu'Elle jugera convenable. Elle prendra avec ses autres Titres celui de Czar, Roi de Pologne, conformément au protocole usité et consacré pour les titres attachés a Ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs des hautes parties contractantes, obtiendront une représentation et des institutions nationales, réglées d'après le mode d'existence politique, que chacun des Gouvernemens, auxquels ils appartiennent, jugera utile et convenable de leur accorder.

Article VI.

Les habitans et propriétaires des pays, dont la séparation a lieu en conséquence du présent Traité, s'ils vouloient se fixer dans un autre Gouvernement, auront pendant six ans la liberté de disposer de leurs propriétés, meubles ou immeubles, de quelle nature qu'elles soient, de les vendre, de quitter le pays, et

d'exporter le produit de ces ventes en argent comptant, ou fonds d'autre nature, sans empêchement ni détraction quelconqu

Article VII.

Il y aura amnistie pleine, générale et particulière, en faveu de tous les individus, de quelque rang, sexe ou condition qu' puissent être.

Article VIII.

Par suite de l'article précédent, personne ne pourra à l'av nir être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cau quelconque de participation directe ou indirecte, à quelque é que que se soit, aux événemens politiques civils ou militaires Pologne. Tous les procès, poursuites ou recherches seront reg dées comme non avenus; les séquestres ou confiscations p visoires seront levées, et il ne sera donné suite a aucun a provenant d'une cause semblable.

Article IX.

Sont excepté de ces dispositions générales, à l'égard confiscations, tous les cas, où les édits ou sentences prononc en dernier ressort auroient déjà reçu leur entière exécution, n'auroient pas été annullées par des événemens subséquens.

Article X.

La qualité de sujet-mixte, quant à la propriété, sera rec nue et maintenue.

Article XI.

Tout individu qui possède des propriétés sous plus d' domination, est tenu dans le courant d'une année, à dater jour où le présent Traité sera ratifié, de déclarer par écrit, devant le magistrat de la ville la plus prochaine, ou bien le ca taine du cercle le plus voisin, ou bien l'autorité civile la p approchée, dans le pays qu'il a choisi, l'élection qu'il aura fa de son domicile fixe. Cette déclaration, que le susdit magis ou autre autorité devra transmettre à l'autorité supérieure de province, le rend pour sa personne et sa famille exclusivem sujet du Souverain dans les Etats duquel il a fixé son domicile

Article XII.

Quant aux mineurs et autres personnes qui se trouvent sous la tutelle ou curatelle, les tuteurs et curateurs seront tenus de faire, au terme prescrit, la déclaration nécessaire.

Article XIII.

Si un individu quelconque, propriétaire mixte, avoit négligé, au bout du terme prescrit d'une année, de faire la déclaration de son domicile fixe, il sera considéré comme étant sujet de la Puissance dans les Etats de laquelle il avoit son dernier domicile, son silence dans ce cas devant être envisagé comme une déclaration tacite.

Article XIV.

Tout propriétaire mixte, qui aura une fois déclaré son domicile, n'en conservera pas moins pendant l'espace de huit ans, à dater du jour des ratifications du présent Traité, la faculté de passer sous une autre domination, en faisant une nouvelle déclaration de domicile, et en produisant la concession de la Puissance sous le Gouvernement de laquelle il veut se fixer.

Article XV.

Le propriétaire mixte, qui a fait sa déclaration de domicile, ou qui est censé l'avoir faite conformément aux stipulations de l'article XIII, n'est pas tenu à se défaire, à quelqu' époque que ce soit, des possessions qu'il pourroit avoir dans les Etats d'un Souverain, dont il n'est pas sujet. Il jouira, à l'égard de ces propriétés, de tous les droits qui sont attachés à la possession. Il pourra en dépenser les revenus dans le pays où il aura élu son domicile, sans subir aucune détraction au moment de l'exportation. Il pourra vendre ces mêmes possessions et en transporter le montant sans être soumis à aucune retenue quelconque.

Article XVI.

Les prérogatives énoncées dans l'article précédent de non-détraction ne s'étendent toutefois qu'aux biens qu'un tel propriétaire possédera à l'époque de la ratification du présent Traité.

Article XVII.

Ces mêmes prérogatives s'appliquent cependant à toute

acquisition faite dans l'une des deux dominations à titre d'h
dité, de mariage ou de donation d'un bien, qui, à l'époque
ratification du présent Traité, appartenoit en dernier lieu
propriétaire mixte.

Article XVIII.

Dans le cas qu'il fut dévolu à un individu, qui ne p
aujourd'hui que dans l'un des deux Gouvernemens une
quelconque, à titre d'héritage, de legs, de donation, de m
dans l'autre Gouvernement, il sera assimilé au propriétair
et sera tenu de faire dans le terme préscrit la déclaration
domicile fixe. Ce terme d'un an datera du jour où il aura
la preuve légale de son acquisition.

Article XIX.

Il sera libre au propriétaire mixte ou à son fondé de po
de se rendre en tout temps de l'une de ses possessions dans l'
et pour cet effet, il est de la volonté des deux Cours,
Gouverneur de la Province la plus voisine délivre les pass
nécessaires à la requisition des parties. Ces passeports
suffisans pour passer d'un Gouvernement dans l'autre, et
réciproquement reconnus.

Article XX.

Les propriétaires, dont les possessions sont coupées
frontière, seront traités relativement à ces possessions
les principes les plus libéraux.

Ces propriétaires mixtes, leurs domestiques et les ha
auront le droit de passer et repasser avec leurs instrume
toires, leurs bestiaux, leurs outils, etc. etc., d'une p
la possession, ainsi coupée par la frontière, dans l'autr
égard à la différence de souveraineté, de transporter d
d'un endroit à l'autre leurs moisons, toutes les producti
sol, leurs bestiaux et tous les produits de leur fabrication
avoir besoin de passeport, sans empêchement, sans rede
et sans payer de droit quelconque.

Cette faveur est restreinte toutefois aux productions n
les ou industrielles dans le territoire ainsi coupé par la l
démarcation. De même elle ne s'étend qu'aux terres a

mises au même propriétaire dans l'espace déterminé d'un mille (de 15 au degré) de part et d'autre, et qui auroient été coupées par la ligne de frontière.

Article XXI.

Les sujets de l'une et de l'autre des deux Puissances, nommément les conducteurs de troupeaux et pâtres, continueront à jouir des droits, immunités et privilèges dont ils jouissoient par le passé.

Il ne sera également mis aucun obstacle à la pratique journalière de la frontière entre les limitrophes (en allemand: *Gränzverkehr.*)

Article XXII.

La jurisdiction du domicile sera aussi celle qui décidera, entre particuliers, des questions provenant du chef de ces territoires. Mais c'est le forum du territoire, dans lequel est situé la propriété en litige, qui fera exécuter la sentence. Cette disposition aura en vigueur pendant l'espace de dix ans, au bout desquels les deux hautes Cours se réservent de convenir, s'il y a lieu, d'une autre règle.

Article XXIII.

La souveraineté des moulins, fabriques ou usines, établies sur la largeur du lit d'une rivière qui fait la frontière, sera tracée par le Souverain dans le territoire duquel sera situé le passage ou l'endroit d'où dépendent ces établissemens.

Dans le cas où ils constitueroient une propriété particulière, il déléguera aux Commissaires, qui seront chargés de la démarcation des frontières sur le terrain, le soin de déterminer, selon les règles réciproques de l'équité et d'après les localités, ce qui sera convenable par rapport à la souveraineté.

Il est bien entendu, que l'on ne pourra point former de nouveaux établissemens de ce genre, sans le consentement réciproque des Gouvernemens riverains.

Article XXIV.

La navigation de tous les fleuves et canaux, dans toute l'étendue de l'ancien Royaume de Pologne (tel qu'il existoit avant l'année 1772) jusqu'à leur embouchure, tant en descendant qu'en

remontant, sera libre de telle sorte, qu'elle ne puisse être in
dite à aucun des habitans des provinces polonoises qui se t
vent sous les Gouvernemens Russe ou Autrichien.

La même liberté de pratique et de navigation est réci
quement concédée pour les fleuves ou rivières qui, n'étant p
navigables aujourd'hui, pourroient être rendus tels, ainsi
pour les canaux qui pourroient être construits à l'avenir.

Les mêmes principes seront adoptés en faveur des su
mentionnés pour la fréquentation des ports, où ils peuvent arr
par la navigation desdits fleuves et canaux.

Article XXV.

Les droits de halage et d'attérage seront communs sur
deux rives; les bateliers seront néanmoins obligés de se con
mer aux réglemens de police existant pour la pratique de la n
gation intérieure.

Article XXVI.

Pour assurer davantage encore cette liberté de naviga
et en écarter toute entrave pour l'avenir, les deux hautes pa
contractantes sont convenues de n'établir qu'une seule espèc
droit de navigation, portant sur la capacité, le jaugeage du v
seau, ou sur le poids de son chargement. Il sera nommé de
et d'autre des Commissaires pour régler ce droit, qui sera p
à un taux très-modéré, uniquement destiné à entretenir les fle
et les canaux en question dans un état navigable. Ce droit
fois approuvé par les deux Cours, ne pourra plus être cha
que d'un commun accord. Il en sera de même à l'égard
bureaux à déterminer pour la perception de ce même droit.

Si l'une des deux Puissances contractantes cependant fa
à ses frais l'établissement d'un nouveau canal, les sujets d
Majesté l'Empereur de toutes les Russies ne pourront jamais
assujettis à des droits de navigation plus élevés, que ceux d
M. l'Empereur d'Autriche. La réciprocité sera entière à
égard.

Article XXVII.

Les Commissaires qui seront chargés de la partie réglem
taire des objets arrêtés dans les articles ci-dessus, seront nom

sans perte de temps. Leur travail devra être achevé, vu et approuvé six mois au plus tard, à dater de la ratification du présent Traité.

Article XXVIII.

Les deux hautes parties contractantes, pour donner plus d'activité encore aux relations commerciales, nommément sur la route de Brody à Odessa, et réciproquement, sont convenues d'accorder la liberté la plus illimitée en faveur du transit dans toutes les parties de l'ancienne Pologne. Les droits à percevoir à cet égard, seront les plus modérés possibles, et tels qu'ils existent pour les marchands des pays ou les sujets étrangers les plus favorisés.

Article XXIX.

Dans la vue de faciliter de même le commerce d'importation et d'exportation entre les dites provinces, qui constituoient l'ancien Royaume de Pologne, il a été convenu entre les deux Cours de nommer réciproquement des Commissaires, qui seront chargés d'examiner les réglemens et tarifs en vigueur, de présenter des projets tendant à régler tout ce qui est relatif à ce commerce, et surtout pour prévenir toute espèce d'abus ou de vexations de la part des douanes.

Article XXX.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique ayant émis les obligations de Sa caisse générale des dettes de l'Etat (*Universal-Staats-Schulden-Casse*) pour la somme correspondante à la quote-part des anciennes dettes du Roi et de la République de Pologne, dont Elle avoit été grévée par suite de la convention du 14 janvier 1797, et ces obligations devant rester désormais à sa charge, avec tous leurs intérêts arriérés et courans, il est convenu entre les hautes parties contractantes, que le Gouvernement du Duché de Varsovie, sous la garantie de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, sera tenu de ce chef de bonifier à la Cour de Vienne, par forme d'arrangement en bloc, une somme conventionnelle de quatre millions de florins de Pologne.

Article XXXI.

Par contre S. M. I. et R. A. renonce pleinement à toutes ses prétentions, relatives aux emprunts et dettes, de quelque

nature qu'elles soient, qui ont été ou qui auroient pu être
tées, hypothéquées ou inscrites sur les parties cédées.

Article XXXII.

La somme de quatre millions de florins de Pologne, sti
à l'article 30. comme somme aversionnelle de la part du Go
nement du Duché de Varsovie, sera payée par ce Gouverne
au trésor Imperial Autrichien, en argent comptant, et en
termes égaux annuels de cinq cent mille florins de Pol
chacun. Le premier de ces termes annuels échoira le $\frac{12}{24}$ ju
l'année 1816, et le dernier au même jour en 1824. Ayant c
dant pris en considération l'état actuel des choses et les nouv
efforts que les circonstances exigeront, les hautes parties
tractantes sont convenues, si la paix n'étoit point réta
l'époque précitée du premier terme, de reculer le premier
ment, et par conséquent tous les autres progressivement
sorte, que le payement du premier terme aura lieu six mois
la ratification du Traité de paix définitif.

Article XXXIII.

Quant aux nouvelles dettes, qui datent depuis l'érecti
Duché de Varsovie, S. M. I. et R. A. se charge d'y conc
dans la proportion d'un neuvième. Il est entendu que la C
Vienne participera à l'actif, résultant de la liquidation à
dans la même proportion.

Article XXXIV.

Immédiatement après la signature du présent Traité, l
nommé une Commission, qui se réunira a Varsovie. Elle
composée d'un nombre suffisant de Commissaires et d'emp
Son objet sera:

1) de dresser une balance exacte de ce qui est dû par les
vernemens étrangers;
2) de régler réciproquement entre les parties contractant
comptes provenans de leurs prétentions respectives;
3) de liquider les prétentions des sujets vis-à-vis des Go
nemens. En un mot, de s'occuper de tout ce qui a r
à des questions de ce genre.

Article XXXV.

Dès que la commission mentionnée dans l'article précédent installée, elle nommera un comité chargé de procéder sur champ aux dispositions nécessaires pour la restitution de tous cautionnemens, soit qu'ils consistent en argent comptant, ou titres et documens, que des sujets de l'une des parties contractantes pourroient avoir faits, et qui se trouveroient dans les états de l'autre. Il en sera de même de tous les dépôts judiciaires qui pourroient avoir été transférés d'une province dans l'autre. Ils seront restitués aux jurisdictions des Gouvernemens auxquels ils appartiennent.

Article XXXVI.

Tous les documens, plans, cartes ou titres quelconques, qui pourroient se trouver dans les archives de l'une ou de l'autre des parties contractantes, seront réciproquement restitués à la Puissance dont ils concernent le territoire.

Si un document de ce genre a un effet commun, la partie qui sera en possession le conservera, mais il en sera donné à l'autre copie vidimée et légalisée.

Article XXXVII.

Les actes de l'administration seront séparés, chacune des parties contractantes recevra la part qui concerne ses Etats.

La même règle s'observera pour les livres et actes hypothéqués. Dans le cas prévu à l'article ci-dessus, il en sera donné copie légalisée.

Article XXXVIII.

Il sera nommé immédiatement une commission mixte, militaire et civile, pour lever une carte exacte de la nouvelle frontière, en faire la description topographique, placer les poteaux, et désigner les angles de relèvement, de manière à ce que dans aucun cas il ne puisse naître le moindre doute, contestation, ou difficulté, si par la suite du temps il s'agissoit de rétablir une ligne de bornage détruite par un accident quelconque.

Article XXXIX.

Il est convenu entre les deux hautes parties contractantes, que le contrat fait pour l'achat de cinq cent mille quintaux de sel,

sera réciproquement obligatoire pour l'espace de cinq année
bout desquelles il pourra être renouvelé aux conditions d
conviendra alors.

Article XL.

Aussitôt après la ratification du présent Traité, les
nécessaires seront envoyés aux commandans des troupes
autorités compétentes, pour l'évacuation des provinces qui
nent à S. M. l'Empereur d'Autriche, et la remise de ce p
commissaires qui seront désignés pour cet objet. Elle s'e
de manière à pouvoir être terminée dans l'espace de six s
à dater du jour de l'échange des ratifications du présent T

Article XLI.

Le présent Traité a) sera ratifié, et les ratifications e
échangées dans l'espace de six jours.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont
y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait a Vienne le $\frac{21 \text{ avril}}{3 \text{ mai}}$ de l'an de grâce mil-h
quinze.

(L. S.) Signé: Le Comte de Rasoumoff
(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich

a) Convention entre l'Autriche et la Russie e
cution du traité du 3. mai 1815, conclue à St. P
bourg le 17. août 1818.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 54

B. (Nr. II.)

Traité entre la Russie et la Prusse, du $\frac{\text{21. avril}}{\text{3. mai}}$ 1815.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies et Sa Majesté Roi de Prusse, animés du désir de resserrer les liens qui ont Leurs armées et Leurs peuples dans une guerre difficile et rtrière, et dont l'objet sacré fut de rendre la paix à l'Europe tranquillité aux nations, ont jugé nécessaire, pour remplir urs obligations immédiates et mettre un terme à toutes les inndes, de fixer définitivement et par un Traité solennel tout ui concerne les arrangemens relatifs au Duché de Varsovie, rdre des choses résultant à cet égard du concours des négoions et des principes d'équilibre et de répartition de forces, tés et soutenus au Congrès de Vienne. L'esprit national, ntage du commerce, les rapports qui peuvent ramener la ilité dans l'administration, l'ordre dans les finances, la prosé publique et individuelle dans les provinces de Leur nou- contiguité, tout a été consulté, et L. L. M. M. I. et R., r achever cette oeuvre salutaire, pour déterminer et tracer itivement les limites de Leurs Etats, pour convenir de toutes stipulations qui peuvent en assurer le bonheur, ont nommé r Leurs Plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur André Comte de Rasoumoffsky, Son Conseiller privé actuel, Chevalier des ordres de St. André et de St. xandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wolodimir de première classe, Son premier Plénipotentiaire au Congrès; et

S. M. le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'Etat, Che-

valier du grand ordre de l'aigle noire, de l'aigle rouge, de celu
de St. Jean de Jérusalem et de la Croix de fer de Prusse, d
ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Ann
de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'ordre roya
de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la Légion d'hon
neur, Chevalier de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de l'ordr
suprême de l'Annonciade de Sardaigne, de l'ordre des Séraphin
de Suède, de celui de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle d'or d
Wurtemberg et de plusieurs autres, Son premier Plénipotentiair
au Congrès;

Lesquels, après avoir échangé leurs plein-pouvoirs, trouvé
en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans.

Ces articles ayant été négociés en commun, pour les Traité
réciproques entre la Prusse, la Russie et l'Autriche ils sont ins
rés dans toute leur forme et teneur, aux exceptions près motivé
par la nature même des choses, dans celui conclu avec S. M.
et R. A.

Article I.

La partie du Duché de Varsovie *), que S. M. le Roi
Prusse possédera en toute souveraineté et propriété, pour Lui
Ses Successeurs, sous le titre de Grand-Duché de Posen, se
comprise dans la ligne suivante:

En partant de la frontière de la Prusse orientale au villa
de Neuhoff, la nouvelle limite suivra la frontière de la Prus
orientale, telle qu'elle a subsisté depuis 1772 jusqu'à la paix
Tilsit, jusqu'au village de Leibitsch, qui appartiendra au Duc
de Varsovie, de là il sera tiré une ligne qui, en laissant Ko
pania, Grabowiec et Szczytno à la Prusse, passe la Vistule e
près de ce dernier endroit, de l'autre côté de la rivière qui tom
vis-à-vis de Szczytno dans la Vistule, jusqu'à l'ancienne lim
du district de la Netze, auprès de Gross-Opoczko, de manie
que Sluzewo appartiendra au Duché, et Przybranowa, Hollaen
et Maciejewo à la Prusse. De Gross-Opoczko on passera p
Chlewiska, qui restera à la Prusse, au village de Przibislaw,
de là par les villages Piasky, Chelmce, Witowiczky, Kobylin
Woyczyn, Orchowo jusqu'à la ville de Powidz.

De Powidz on continuera par la ville de Slupce jusqu'
point du confluent des rivières Wartha et Prosna.

De ce point, on remontera le Cours de la rivière Prosna ...'au village Koscielnawicz à une lieue de la ville de Kalisch. Là, laissant à cette ville (du côté de la rive gauche de la ...sna) un territoire en demi-cercle, mesuré sur la distance qu'il ...de Koscielnawicz à Kalisch, on rentrera dans le cours de la ...sna, et l'on continuera à la suivre en remontant par les villes ...Grabow, Wieruszow, Boleslawice, pour terminer la ligne ...du village Gola, à la frontière de la Silésie, vis-à-vis de ...chin.

Article II.

La ville de Cracovie est declarée libre et indépendante, ainsi ...le territoire désigné dans le Traité additionnel, signé en ...mun entre les Cours de Russie, d'Autriche et de Prusse.

Article III.

Le Duché de Varsovie, à l'exception de la ville libre de ...covie et de son territoire, ainsi que du rayon qui sur la rive ...de la Vistule retourne a S. M. l'Empereur d'Autriche, et ...vinces dont il a été autrement disposé en vertu des articles ...ans, est réuni a l'Empire de Russie. Il y sera lié irrévoca-...ment par sa constitution, pour être possédé par S. M. l'Em-...r de toutes les Russies, Ses héritiers et Ses successeurs à ...nité. S. M. I. se réserve de donner à cet Etat, jouissant ...administration distincte, l'extension intérieure qu'elle jugera ...nable. Elle prendra, avec Ses autres titres, celui de Czar, ...e Pologne, conformément au protocole usité et consacré ...les titres attachés a Ses autres possessions.

Les Polonois, sujets respectifs des hautes parties contrac-...s, obtiendront des institutions qui assurent la conservation ...r nationalité, d'après les formes d'existence politique que ...des Gouvernemens, auxquels ils appartiennent, jugera ...nable de leur accorder.

Article IV.

Les habitans et propriétaires des pays, dont la séparation a ...conséquence du présent Traité, s'ils vouloient se fixer ...un autre Gouvernement, auront, pendant six ans, la liberté ...poser de leurs propriétés, meubles ou immeubles, de quel-

que nature qu'ils soient, de les vendre, de quitter le pays, e
d'exporter le produit de ces ventes en argent comptant, ou e
fonds d'autre nature sans empêchement ni détraction quelconque

Article V.

Il y aura amnistie pleine, générale et particulière en faveu
de tous les individus, de quelque rang, sexe ou condition qu'il
puissent être.

Article VI.

Par suite de l'article précédent, personne ne pourra à l'av
nir être recherché ni inquiété en aucune manière, pour cau
quelconque de participation directe ou indirecte, à quelque époq
que ce soit, aux événemens politiques, civils ou militaires
Pologne. Tous les procès, poursuites et recherches, seront régu
dés comme non avenus; les séquestres ou confiscations provis
res seront levés, et il ne sera donné suite à aucun acte proven
d'une cause semblable.

Article VII.

Sont exceptés de ces dispositions générales, à l'égard
confiscations, tout les cas, où les edits ou sentences, prono
en dernier ressort, auroient déjà reçu leur entière exécuti
et n'auroient pas été annullées par des événemens subséquens.

Article VIII.

La qualité de sujet mixte, quant à la propriété, sera re
nue et maintenue.

Article IX.

Tout individu qui possède des propriétés sous plus d'
domination, est tenu, dans le courant d'une année, à date
jour où le présent Traité sera ratifié, de déclarer par écrit,
devant le magistrat de la ville la plus prochaine, ou bien le c
taine du cercle le plus voisin, ou bien l'autorité civile la
rapprochée dans le pays qu'il a choisi, l'élection qu'il aura
de son domicile fixe. Cette déclaration, que le susdit magis
ou autre autorité devra transmettre à l'autorité supérieure
Province, le rend, pour sa personne et sa famille, exclusive
sujet du Souverain dans les états duquel il a fixé son domici

Article X.

Quant aux mineurs et autres personnes, qui se trouvent ... tutelle ou curatelle, les tuteurs ou curateurs seront tenus ... faire, au terme prescrit, la déclaration nécessaire.

Article XI.

Si un individu quelconque, propriétaire mixte, avoit négligé, ... bout du terme prescrit d'une année, de faire la déclaration ... son domicile fixe, il sera considéré comme étant sujet de la ...ssance dans les états de laquelle il avoit son dernier domi-..., son silence dans ce cas devant être envisagé comme une ...laration tacite.

Article XII.

Tout propriétaire mixte qui aura une fois déclaré son domi-..., n'en conservera pas moins, pendant l'espace de huit ans, ...er du jour des ratifications du présent Traité, la faculté de ...er sous une autre domination, en faisant une nouvelle décla-... de domicile, et en produisant la concession de la Puissance ... le Gouvernement de laquelle il veut se fixer.

Article XIII.

Le propriétaire mixte qui a fait sa déclaration de domicile, ... est censé l'avoir faite conformément aux stipulations de ...cle XI., n'est pas tenu à se défaire, à quelque époque que ...it, des possessions qu'il pourroit avoir dans les états d'un ...erain dont il n'est pas sujet. Il jouira, à l'égard de ces ...iétés, de tous les droits qui sont attachés à la possession. ...urra en dépenser les revenus dans le pays où il aura élu son ...cile, sans subir aucune détraction au moment de l'expor-... Il pourra vendre ces mêmes possessions et en trans-...r le montant, sans être soumis à aucune retenue quelconque.

Article XIV.

Les prérogatives énoncées dans l'article précédent, de non-...ction, ne s'étendent toutefois qu'aux biens qu'un tel pro-...ire possédera à l'époque de la ratification du présent Traité.

Article XV.

Ces mêmes prérogatives s'appliquent cependant à toute

acquisition faite dans l'une des deux dominations à titre d'hé
dité, de mariage ou de donation d'un bien qui, à l'époque de
ratification du présent Traité, appartenoit en dernier lieu à
propriétaire mixte.

Article XVI.

Dans le cas qu'il fût dévolu à un individu qui ne p
aujourd'hui que dans l'un des deux Gouvernemens, une te
quelconque, à titre d'héritage, de legs, de donation, de
riage, dans l'autre Gouvernement, il sera assimilé au p
taire mixte, et sera tenu de faire, dans le terme prescri
déclaration de son domicile fixe. Ce terme, d'un an, date
jour où il aura apporté la preuve légale de son acquisition.

Article XVII.

Il sera libre au propriétaire mixte, ou à son fondé de
voir, de se rendre, en tout temps, de l'une de ses posse
dans l'autre; et pour cet effet, il est de la volonté des
Cours, que le Gouverneur de la province la plus voisine d
les passe-ports nécessaires, à la réquisition des parties.
passeports seront suffisans pour passer d'un Gouvernement
l'autre, et seront réciproquement reconnus.

Article XVIII.

Les propriétaires, dont les possessions sont coupées p
frontière, seront traités, relativement à ces possessions, d
les principes les plus libéraux.

Ces propriétaires mixtes, leurs domestiques et les hab
auront le droit de passer et repasser avec leurs instrumens
toires, leurs bestiaux, leurs outils etc. etc., de l'une
de la possession, ainsi coupée par la frontière, dans l'autre,
égard à la différence de souveraineté, de transporter de
d'un endroit à l'autre leurs moissons, toutes les productio
sol, leurs bestiaux et tous les produits de leur fabrication,
avoir besoin de passe-ports, sans empêchement, sans redev
et sans payer de droit quelconque.

Cette faveur est restreinte toutefois aux productions
relles ou industrielles dans le territoire ainsi coupé par la
de démarcation. De même elle ne s'étend qu'aux terres

...ntes au même propriétaire dans l'espace déterminé d'un mille, ...quinze au degré, de part et d'autre, et qui auroit été coupé ...la ligne de frontière.

Article XIX.

Les sujets de l'une et de l'autre des deux Puissances, nom...ent les conducteurs de troupeaux et pâtres, continueront à ...des droits, immunités et privilèges dont ils jouissoient par le ...é. Il ne sera également mis aucun obstacle à la pratique ...alière de la frontière entre les limitrophes, (en allemand: ...z-*Verkehr*).

Article XX.

La jurisdiction du domicile sera aussi celle qui décidera ...particuliers des questions provenant du chef de ces terri... Mais c'est le forum du territoire dans lequel est située la ...été en litige, qui fera exécuter la sentence. Cette dispo... sera en vigueur pendant l'espace de dix ans, au bout des... les deux hautes Cours se réservent de convenir, s'il y a ...d'une autre règle [b]).

Article XXI.

...a souveraineté des moulins, fabriques ou usines établies ...largeur d'un lit de rivière qui fait la frontière, sera ...e par le Souverain dans le territoire duquel sera situé le ... ou l'endroit d'où dépendent ces établissemens.

...ans le cas où ils constitueroient une propriété particulière, ...iguera aux commissaires qui seront chargés de la démar... des frontières sur le terrain, le soin de déterminer, selon ...les réciproques de l'équité, et d'après les localités, ce qui ...venable par rapport à la souveraineté.

...est bien entendu que l'on ne pourra point former de nou... établissemens de ce genre sans le consentement réciproque ...vernemens riverains.

Article XXII.

...a navigation de tous les fleuves et canaux de toutes les ...de l'ancienne Pologne (année 1772) dans toute leur éten... jusqu'à leur embouchure, tant en descendant qu'en remon-

tant, que ces fleuves soient navigables actuellement, ou qu'
les rende tels à l'avenir, ainsi que sur les canaux qui pourro
être entrepris, sera libre de telle sorte, qu'elle ne puisse êtr
terdite à aucun des habitans des Provinces Polonoises qui
trouvent sous les Gouvernemens Prussien et Russe.

Les mêmes principes établis en faveur des sujets des
hautes Puissances, seront appliqués à la fréquentation des
par lesdits sujets; bien entendu qu'il ne s'agit ici que des
où ils peuvent arriver au moyen de la navigation des fle
canaux et rivières en question, ou au moyen de celle du
pour l'entrée de celui de Koenigsberg.

Article XXIII.

Le droit de halage et d'attérage sur les rives des fleuve
bords des rivières et canaux, sera commun à tous les su
question. Les bateliers seront assujettis néanmoins aux
mens de police concernant la pratique de la navigation int

Article XXIV.

Pour assurer davantage encore la liberté de la naviga
son activité, pour en écarter toute entrave pour l'avenir
deux hautes parties contractantes sont convenues de n'
qu'une seule espèce de droit de navigation, portant sur l
cité, le jaugeage du vaisseau ou sur le poids de son char

Il sera nommé de part et d'autre des commissaires
régler ce droit, qui sera porté à un taux très-modéré,
ment destiné à entretenir les fleuves et les canaux en
dans un état navigable. Ce droit, une fois approuvé par l
Cours, ne pourra plus être changé que d'un commun
Il en sera de même à l'égard des bureaux à déterminer
perception de ces mêmes droits. Le péage établi de ce
nière sera perçu, sur le territoire de chacune des deux Pu
contractantes, pour le compte respectif de chacune d'Elle

Si l'une des deux Puissances contractantes cependan
à ses frais l'établissement d'un nouveau canal, les suje
M. Prussienne ne pourront jamais être assujettis à des
navigation plus élevés que ceux de S. M. l'Empereur d
les Russies. La réciprocité sera entière à cet égard.

Article XXV.

En conséquence du principe admis dans l'article précédent, s les droits onéreux quelconques d'entrepôt, de rompre-rge, d'étape, de non-allège et autres de pareille nature, qui roient avoir existé contrairement à la liberté de la navigation fleuves, rivières et canaux en question dans toute leur éten-, seront abolis à jamais.

Article XXVI.

Quant aux droits et privilèges de quelques villes et leurs s, qui pourroient donner atteinte aux droits de propriété, et seroient par conséquent en contradiction avec les principes iproquement adoptés, il a été convenu qu'ils seroient examinés une commission composée de commissaires des deux Cours, convenir des abolitions nécessaires, et pour procurer ainsi mmerce la liberté et l'activité nécessaires à sa prospérité.

Les commissaires à déléguer pour cet objet, seront nommés ssamment, et leur travail devra être terminé, vu et approuvé lus tard six mois après la date de la ratification du présent .

Article XXVII.

Il sera libre à chacune des deux Puissances d'établir chez re des Consuls ou des Agens de commerce, à condition moins qu'ils se feront reconnoître d'après les formes usitées.

Article XXVIII.

Afin d'activer autant que possible la culture dans toutes les s de l'ancienne Pologne, d'exciter l'industrie des habitans, nsolider leur prospérité, les deux hautes parties contra-s, pour ne laisser aucun doute sur Leurs vues bienfaisantes rnelles à cet égard, sont convenues de permettre à l'avenir, ur toujours, entre toutes Leurs provinces Polonoises (à de 1772) la circulation la plus illimitée de toutes les pro-ns et produits du sol et de l'industrie de ces mêmes pro-s. Les commissaires nommés pour les arrangemens à faire, rément aux stipulations de l'article XXVI., seront chargés ment de convenir, dans le terme indiqué de six mois, d'un , d'après lequel sera payé le droit d'entrée et de sortie de

toutes les productions de la nature du sol, des manufactures des fabriques des provinces mentionnées, ce droit ne pourra excéder dix pour cent de la valeur de la marchandise au lieu son expédition. S'il convenoit aux deux Cours d'établir un sur l'importation réciproque des grains, il sera réglé sur le le moins onéreux par les mêmes commissaires, selon les structions qui leur seront données. Pour obvier que des gers ne profitent des arrangemens pris en faveur des pro citées, il est arrêté que tous les articles, produits de ces nières, qui passeront d'un Gouvernement dans l'autre, accompagnés d'un certificat d'origine, sans quoi ils n'entr pas. A défaut de celui du Consul, s'il se trouvoit trop él celui du magistrat du lieu sera admis.

Article XXIX.

Quant au commerce de transit, il sera parfaitement dans toutes les parties de l'ancienne Pologne. Il sera sou péage le plus modéré. La même commission, indiquée au ticles XXVI. et XXVIII., déterminera le mode d'après cette valeur devra être constatée, et avisera aux moyens le sûrs pour éviter toute espèce de retard dans les expédition douanes, ou d'autres vexations, de quelque nature qu'elles sent être.

Article XXX.

Les stipulations arrêtées dans les articles ci-dessus, re au commerce et à la navigation, ne pourront point souffrir plication partielle. En conséquence, jusqu'à l'époque (q pourra point passer le terme de six mois) où la commission tionnée aura terminé son travail, la navigation continue le pied où elle se trouvoit dans les derniers temps. A l'égar commerce d'importation, chacun des deux Gouvernemens tera, pendant cette époque intermédiaire, les mesures qu gera convenable.

Article XXXI.

Le réglement des dettes, et la fixation des proportion lesquelles chacune des Puissances contractantes concourra oeuvre sur laquelle se fonde l'avantage des individus, l

les finances, et l'application des traités, ont fixé l'attention
culière des deux hautes Cours. Il y a été convenu en con-
ance, pour procéder avec la précision que de pareilles stipu-
ns exigent, de séparer les dettes en anciennes, c'est-à-dire
du Roi Stanislas-Auguste et de la ci-devant république de
ne, et en nouvelles, c'est-à-dire celles du Duché de
vie.

Article XXXII.

Quant à la première catégorie, toute la part des dettes en
on à supporter par la Prusse, en conséquence du traité de
, ayant été convertie en obligations de la société maritime,
es sous le nom de reconnoissances, et S. M. le Roi
nt rester chargé de la totalité de ces obligations avec les
ts, la bonification à faire à la Prusse de ce chef, par le
de Varsovie, sous la garantie de S. M. l'Empereur de
les Russies, a été réglée, pour capital et intérêts, dans
eau A. Il a été arrêté en conséquence, que ce tableau
envisagé comme s'il avoit été inséré mot à mot au présent
. Il a été pour cet effet signé séparément, et la somme
qui en résulte, en faveur de la Prusse, sera remboursée
Puissance en huit termes égaux et annuels, les intérêts
s à quatre pour cent. Il est entendu que les payemens
réglés de manière à ce qu'il ne puisse jamais être payé
de l'intérêt. Le premier terme écherra le $\frac{12}{24}$. juin 1816.
ites parties contractantes ayant cependant pris en consi-
n l'état actuel des choses et les nouveaux efforts que les
tances exigeront, Elles sont convenues, si la paix n'étoit
établie à l'époque précitée, de reculer le terme du premier
ent, et les autres progressivement, selon l'ordre indiqué,
u temps où les troupes respectives rentreront dans leurs

Article XXXIII.

sera libre au Duché de Varsovie de rembourser à la Prusse
al et les intérêts, tels qu'ils sont arrêtés dans le tableau
né, soit en obligations de la société maritime, dites re-
issances, ou en tel autre papier par lequel ces recon-
ces pourroient être remplacées, soit en espèces, et dans

ce cas S. M. Prussienne consent à un rabais de dix pour
Ce rabais ne pourra point s'appliquer aux intérêts courans
pourront toutefois être acquittés en coupons courans.

Article XXXIV.

Quant aux nouvelles dettes, du Duché de Varsovie,
Prussienne se charge d'y concourir dans la proportion
dixièmes. Il est entendu que la Cour de Prusse partic
l'actif résultant de la liquidation qui aura lieu, dans les
proportions.

Article XXXV.

La quote-part, pour laquelle S. M. l'Empereur de to
Russies s'engage de concourir aux dettes anciennes du D
Varsovie, se trouvant détaillée et fixée au tableau B.,
envisagé comme s'il étoit inséré mot-à-mot au présent art
le trésor Impérial Russe payera directement au Gouver
Prussien le montant résultant de ce tableau dans les
séries, les mêmes termes et avec les mêmes intérêts st
arrêtés pour les remboursemens à faire par le trésor du D
Varsovie sous la garantie de S. M. I.; de sorte que ce
ne sera plus chargé, vis-à-vis de la Prusse, que d'une
de dix-huit-millions cinq cent soixante-treize mille neuf c
quante-deux et vingt-un trentièmes florins de Pologne.

Article XXXVI.

Immédiatement après la signature du présent Traité,
nommé une commission qui se réunira à Varsovie. E
composée d'une nombre suffisant de commissaires et d'e
Son objet sera:

1) de dresser une balance exacte de ce qui est dû par
vernemens étrangers;
2) de régler réciproquement entre les parties contract
comptes provenant de leurs prétentions respectives;
3) de liquider les prétentions des sujets vis-à-vis des
nemens; en un mot de s'occuper de tout ce qui a r
des questions de ce genre.

Article XXXVII.

Dès que la commission mentionnée dans l'article p

installée, elle nommera un comité chargé de procéder sur ... aux dispositions nécessaires pour la restitution de tous ...tionnemens, soit qu'ils consistent en argent comptant ou ...res et documens que des sujets de l'une de parties contra... pourroient avoir faits, et qui se trouveroient dans les ...de l'autre. Il en sera de même de tous les dépôts judiciaires, ...res quelconques, qui pourroient avoir été transférés d'une ...ce dans l'autre. Ils seront restitués aux jurisdictions des ...ernemens auxquels ils appartiennent.

Article XXXVIII.

Tous les documens, plans, cartes ou titres quelconques qui ...oient se trouver dans les archives de l'une ou de l'autre des ...s contractantes, seront réciproquement restitués à la Puis... dont ils concernent le territoire.

...il un document de ce genre a un effet commun, la partie ...est en possession, le conservera, mais il en sera donné ...re une copie vidimée et légalisée.

Article XXXIX.

...es actes de l'administration seront séparés; chacune des ... contractantes recevra la part qui concerne ses états.

...a même règle s'observera pour les livres et actes hypothé... Dans le cas prévu à l'article ci-dessus, il en sera donné ...légalisée.

Article XL.

...ant aux dépôts de tout genre qui, pendant la guerre de ... ont été mis par des employés Prussiens en sûreté à Koe...g, si la restitution n'en a pas encore été effectuée, elle ...en immédiatement, d'après les principes établis par la con... du 10. septembre 1810, et conformément à ce qui a été ...ns les conférences des commissaires respectifs qui ont ...et objet à Varsovie.

Article XLI.

... sera nommé immédiatement une commission mixte mili... civile, pour lever une carte exacte de la nouvelle fron... en faire la description topographique, placer les poteaux,

et en désigner les angles de relèvement, de manière à ce dans aucun cas, il ne puisse naître le moindre doute, contest ni difficulté, si, par la suite des temps, il s'agissoit de rét une marque de bornage détruite par un accident quelconque.

Article XLII.

Aussitôt après la ratification du présent Traité, les nécessaires seront envoyés aux commandans des troupes Duché de Varsovie, et aux autorités competentes, pou cuation des provinces qui retournent à S. M. Prussienne, remise de ces pays aux commissaires qui seront désignés cet objet. Elle s'effectuera de manière à pouvoir être te dans l'espace de vingt-un jours.

Article XLIII.

Le présent Traité c) sera ratifié, et les ratifications ront échangées dans l'espace de six jours.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont sig y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le $\frac{\text{vingt-un avril}}{\text{trois mai}}$ de l'an de grâce mil cent-quinze.

(L. S.) Signé: Le Comte de Rasoumof

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenbe

Tableaux faisant suite au précédent Trai

A.

Somme à bonifier par le trésor du Duché Varsovie.

Tableau relatif à l'article XXXII.

La part des dettes anciennes du Roi et de la république de Pologne, dont, par suite de la convention de 1797, la Prusse s'étoit chargé, à titre de ses acquisitions dans les deux derniers partages, et sur le montant de laquelle elle avoit créé des obligations connues sous le

Florins
leg

	Florins de Pologne.
de reconnoissances, se monte à sept millions deux cent soixante-six mille cent soixante-six et deux tiers, ci . . .	27,266,666⅔
Sur le total, la Prusse conserve, à sa charge, à titre d'une partie des susdits acquis qui lui restent, dix millions, ci . . .	10,000,000
Reste du capital à rembourser à la Prusse, sept millions deux cent soixante-six mille, cent soixante-six et deux tiers, ci . . .	17,266,666⅔
Les intérêts de la part totale susdite depuis juillet 1807 (date du Traité de Tilsit) jusqu'au 9. avril 1815, par conséquent pour sept ans et neuf mois, pendant lesquels la Prusse a été privée de ses possessions en Pologne, à raison de quatre pour cent par an, montant à 8,452,666	
La Prusse se chargeant des cinquièmes de ces arrérages d'intérêts qui sont envisagés comme dette nouvelle du Duché, il faut déduire du total des arrérages . . 2,535,799	
Reste à rembourser à la Prusse, pour d'arrérages d'intérêts, cinq millions neuf cent seize mille huit cent soixante sept, ci	5,916,867
Total de ce que le Duché doit rembourser à la Prusse	23,183,533⅓
Mais S. M. l'Empereur de toutes les Russies ayant engagé, en vertu de l'art. XXXV. du susdit traité, de faire rembourser directement par son trésor Impérial Russe la quote-part que S. M. I. est chargée d'après le tableau relatif à l'article XXXV. cité, avec la somme	4,609,580,7/10
Le trésor du Duché de Varsovie ne reste chargé que de celle de dix-huit millions	

cinq cent soixante-treize mille neuf cent cinquante-deux vingt-un trentièmes . . . . . | Flor. de Pol. 18,573,9

A Vienne, le trois Mai mil huit cent quinze.

Le Prince de Hardenberg.
Le Comte de Rasoumoffsky.

B.

Sommes à bonifier par le trésor Impériale Ro

Tableau relatif à l'article XXXV.

La part des dettes anciennes du Roi et de la république de Pologne, dont S. M. l'Empereur de toutes les Russies se charge, à titre de l'acquisition de Bialystock, équivalent à un douzième de la dette de 27,266,666⅔ florins de Pologne, résultant de la convention de 1797, à la charge de la Prusse, la somme à bonifier de ce chef immédiatement par le trésor Impérial Russe, est donc de deux millions deux cent soixante-douze mille deux cent vingt-deux un cinquième florins de Pologne, ci . . . . . | Florins de Pologne 2,272,

Intérêts arriérés de cette somme à quatre pour cent, à dater de la paix de Tilsit (9. juillet 1807), c'est-à-dire pour sept ans et neuf mois, sept cent quatre mille trois cent quatre-vingt-huit Flor. de Pol., ci . . . . . | 704,

Le Duché de Varsovie ayant été administré pour le compte de la Russie depuis le mois de novembre 1812, c'est-à-dire pendant deux ans et quatre mois, S. M. l'Empereur s'engage de faire bonifier de ce chef, immédiatement par le trésor Impérial Russe, à la place de celui du Duché de Varsovie, pour ce temps, sept dixièmes des intérêts du capital de 24,994,444 3/15 de Flor. de Pol., qui restoient à la charge du Duché par suite des acquisitions faites par le Traité de Tilsit, ce qui fait la somme d'un mil-

	Flor. de Pologne.
six cent trente-deux mille neuf cent soixante et demi Flor. de Pol., ci	1,632,970½
Total, quatre millions six cent neuf mille cent quatre-vingt et sept dixièmes florins Pologne, ci	4,609,580$\frac{7}{10}$

A Vienne, le trois mai mil-huit cent quinze.

Le Prince de Hardenberg.
Le Comte de Rasoumoffsky.

a) Vergl: Article additionnel à la convention signée à nne le 30. mars 1815. entre la Prusse et la Russie sur l'a-ition de la convention de Bayonne.
de Martens recueil etc. supplém. Tom. VI. p. 181.
Es ist zwar jene Convention vom 30. März 1815 nicht publicirt den, der Inhalt derselben ergibt sich indessen aus der preussi-n Bekanntmachung vom 17. April 1815, (Gesetz-Sammlung von S. 275.) Sie hebt namentlich die zwischen dem vormaligen r von Frankreich und dem Könige von Sachsen am 10. Mai zu Bayonne geschlossene Convention,
(de Martens recueil etc. supplém. Tom. V. p. 71)
welche die Capitalien preussischer Geldinstitute und Stiftungen erzogthume Warschau dem Könige von Sachsen und dem Her-ume Warschau abgetreten worden, gänzlich auf.

b) Vergl: Déclaration concernant l'art. 20. du traité con-Vienne le $\frac{3. \text{ mai}}{21. \text{ avril}}$ 1815 entre la Prusse et la Russie re-ment au Duché de Varsovie, d. d. Berlin, le $\frac{11}{19}$. Décembre
e Martens recueil etc. supplém. Tom. XIX. p. 64.

c) Vergl: Acte d'accession de la Cour Impériale d'Au-he au traité signé entre la Prusse et la Russie à Vienne mai 1815, — signé à Vienne le 4. mai 1815.
e Martens recueil etc. supplém. Tom. VIII. p. 123.
nventions entre l'Autriche d'une part et la Prusse et la Russie de l'autre en exécution du traité de Vienne du 3. mai 1815 (concl. à Varsovie le 22. mars 1817, à Peters-bourg le $\frac{5}{17}$. août 1818).
de Martens recueil etc. supplém. Tom. VIII. p. 537—548.

Traité de limites entre la Prusse et la Russie signé à Berlin le $\frac{11.\ nov.}{30.\ oct.}$ 1817 (s. unten).

Convention entre la Prusse et la Russie relativement aux liquidations entre la Prusse et la Pologne, signé à Berlin le 22. mai 1819.

de Martens recueil etc. supplém. Tom. VIII. p. 637.

Traité définitif de démarcation de la frontière entre les Etats Prussiens et le Royaume de Pologne depuis les confins du Grand-Duché de Posen jusqu'à ceux de la République de Cracovie, signé à Berlin le $\frac{4.\ mars}{20.\ février}$ 1835 (s. unten).

d) Beide finden sich nicht in der Wiener amtlichen Ausgabe.

Vergl. auch:

Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten. 1815. S. 151—153.

C. (Nr. III.)

aité additionnel relatif a Cracovie, entre l'Au- che, la Prusse et la Russie du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815;

ec la *Constitution de la ville libre de Cracovie.*)

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de me, Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur utes les Russies, voulant donner suite à l'article de Leurs ités respectifs, qui concerne la neutralité, la liberté et l'in- dance de la ville de Cracovie et de son territoire, ont né pour remplir leurs intentions bienveillantes à cet égard, r:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche etc.:

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Prince de Metter- -Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la Toison Grand'-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne de Hongrie, alier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et e. Anne de la première classe, Grand-Cordon de la Légion neur, Chevalier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre suprême Annonciade, de l'aigle noir, de l'aigle rouge, des séraphins ède, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jé- em, et des plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire Marie-Thérèse, Curateur de l'Académie des beaux arts, abellan, Conseiller intime actuel de Sa Majesté l'Empereur triche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'état, nférences et des affaires étrangères, Son Plénipotentiaire ongrès;

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état, C
valier du grand ordre de l'aigle noir, de l'aigle rouge, de
de St. Jean de Jérusalem, et de la croix de fer de Prus
ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky, et de Ste.
de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'ordre
de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la Légion
neur, Chevalier de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de
suprême de l'Annonciade de Sardaigne, de l'ordre des sé
de Suède, de celui de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle
Wurtemberg et de plusieurs autres, Son premier Plén
tiaire au Congrès; et

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies:

Le Sieur André Comte de Rasoumoffsky, Son
seiller privé actuel, Chevalier des ordres de St. André et
Alexandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wol
Son prémier Plénipotentiaire au Congrès;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs
en bonne et due forme, ont conclu, signé et arrêté les
suivans:

Article I.

La ville de Cracovie avec son territoire sera envi
perpétuité, comme cité libre, indépendante et strictement
sous la protection des trois hautes parties contractantes.

Article II.

Le territoire de la ville libre de Cracovie aura pou
tière, sur la rive gauche de la Vistule, une ligne qui, comm
au village de Woliça, à l'endroit de l'embouchure d'un r
qui près de ce village se jette dans la Vistule, remo
ruisseau par Clo, Koszielniki jusqu'à Czulice, de sorte
villages sont compris dans le rayon de la ville libre de C
De là, en longeant les frontières des villages, continu
Dziekanovice, Garlice, Tomaszow, Karniowice, qui
également dans le territoire de Cracovie, jusqu'au point
mence la limite, qui sépare le district de Krzeszovice
d'Olkusz, de là elle suivra cette limite entre les deux
cités, pour aller aboutir aux frontières de la Silésie Pru

Article III.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche voulant contribuer en ticulier de son côté a ce qui pourra faciliter les relations de merce et de bon voisinage entre la Galicie et la ville libre de covie, accorde à perpétuité à la ville riveraine de Podgorze privilèges d'une ville libre de commerce, tels, qu'en jouit la de Brody. Cette liberté de commerce s'étendra à un rayon inq cents toises à prendre de la barrière des fauxbourgs de la de Podgorze. Par suite de cette concession perpétuelle, qui ndant ne doit point porter atteinte aux droits de souveraineté Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, les douanes richiennes ne seront établies que dans des endroits situés au rs dudit rayon. Il n'y sera formé de même aucun établisse- militaire, qui pourrait menacer la neutralité de Cracovie ner la liberté de commerce, dont Sa Majesté Impériale et le Apostolique veut faire jouir la ville et le rayon de orze.

Article IV.

Par une suite de cette concession Sa Majesté Impériale et le Apostolique a résolu de permettre également à la ville de ovie d'appuyer ses ponts à la rive droite de la Vistule, aux its par lesquels elle a toujours communiqué avec Podgorze, y attacher ses bateaux. L'entretien de la rive, là où ses seront ancrés ou amarrés, sera à ses frais. Elle sera éga- t chargée de l'entretien des ponts, ainsi que des bâteaux ou s de passage pour la saison où les ponts ne peuvent point maintenus. S'il y avoit cependant à cet égard relâchement, gence ou mauvaise volonté dans le service, les trois Cours ndroient sur des faits constatés à cet égard, d'un mode inistration, pour le compte de la ville, qui écarteroit toute e d'abus de ce genre pour l'avenir.

Article V.

mmédiatement après la signature du présent Traité, il sera é une Commission mixte, composée d'un nombre égal de issaires et d'ingénieurs, pour tracer sur le terrain la ligne marcation, placer les poteaux, en décrire les angles et les mens, et lever une carte avec la description des localités,

afin que, dans aucun cas, il ne puisse y avoir par la suite difficulté ni doute a cet égard. Les poteaux qui désigneront territoire de Cracovie, devront être numérotés et marqués armes des Puissances limitrophes et de celles de la ville li Cracovie. Les frontières du territoire Autrichien vis-à- celui de Cracovie, étant formées par le Thalweg de la V les poteaux Autrichiens respectifs seront établis sur la rive de ce fleuve. Le rayon comprenant le territoire de Po déclaré libre pour le commerce, sera désigné par des p particuliers, marqués aux armes d'Autriche avec l'inscr Rayon libre pour le commerce, *Wolny Okrąg dla handl*

Article VI.

Les trois Cours s'engagent à respecter, et à faire res en tout temps, la neutralité de la ville libre de Cracovie son territoire; aucune force armée ne pourra jamais y être duite, sous quelque prétexte que ce soit.

En revanche, il est entendu et expressement stipulé ne pourra être accordé dans la ville libre et sur le terri Cracovie, aucun asyle ou protection à des transfuges, déser ou gens poursuivis par la loi, appartenans aux pays de l'u de l'autre des trois Puissances contractantes, et que sur mande d'extradition, qui pourra en être faite par les au compétentes, de tels individus seront arrêtés sans délai, et sous bonne escorte à la garde, qui sera chargée de les re à la frontière.

Article VII.

Les trois Cours ayant approuvé la Constitution, qui régir la cité libre de Cracovie et son territoire, et qui se annexée comme partie intégrante aux présens articles, prennent cette Constitution sous leur garantie commune. s'engagent en outre à déléguer chacune un Commissaire rendra à Cracovie pour y travailler de concert avec un temporaire et local, composé d'individus pris de préférence les fonctionnaires publics, ou de personnes dont la réputati établie. Chacune des trois Puissances choisira pour cet candidat dans l'une des trois classes, ou de la noblesse, clergé, ou du tiers. La présidence de ce comité sera exer

…ne et alternativement par l'un des commissaires des trois …rs. Le sort décidera de la première présidence, et le Prési… jouira de tous les droits et attributions attachés à cette …é. Ce Comité s'occupera du développement des bases con…ancelles en question, et en fera l'application. Il sera chargé …ment de faire les premières nominations des fonctionnaires, …aux s'entend, qui n'auroient pas été nommés pour le Sénat …s hautes parties contractantes, qui pour cette fois-ci se sont …vé le choix de quelques personnes connues. Il travaillera …ment à mettre en action et en activité le nouveau Gouver…ent de la ville libre de Cracovie et de son territoire. Il entrera …diatement dans la connoissance de l'administration actuelle, …est autorisé à y faire tous les changemens que l'utilité publi… pourroit exiger jusqu'au moment où cet état provisoire …ra.

Article VIII.

La Constitution de la cité libre de Cracovie et de son terri… n'admet point en sa faveur le privilège ou l'établissement …nes. Elle lui accorde cependant les droits de barrières …ontonage.

Article IX.

Pour établir une règle uniforme à l'égard des droits de pon… ou de passage à percevoir par la ville libre de Cracovie, …doivent être proportionnés à ses charges, il a été convenu, …croit fait un Tarif permanent et commun par la commission …à l'article septième. Ce tarif ne pourra porter que sur les …s, les bêtes de somme ou de trait, et le bétail; jamais …s personnes, excepté aux époques où le passage doit se …n bateau.

Les bureaux de perception seront établis sur la rive gauche …Vistule.

La même commission arrêtera également les principes relatifs …urs des monnoies.

Article X.

Tous les droits, obligations, avantages et prérogatives, …s par les trois hautes parties contractantes dans les articles …s aux propriétaires mixtes, à l'amnistie, à la liberté du

commerce et de la navigation, sont communs à la cité libre Cracovie et à son territoire.

Pour faciliter en outre l'approvisionnement de la ville territoire de Cracovie, les trois hautes Cours sont conven laisser sortir librement et passer sur le territoire de la v Cracovie, le bois de chauffage, les charbons et tous les de première nécessité pour la consommation.

Article XI.

Une Commission réglera, dans les terres du clergé fisc, les droits de propriété et de redevance des paysans, manière la plus propre à relever et améliorer l'état d derniers.

Article XII.

La ville libre de Cracovie conserve, pour elle et s territoire, le privilège des postes. Il est libre cependant cune des trois Cours, d'avoir à son gré, ou son propre de poste à Cracovie pour l'expédition des paquets allant ou de leurs états, ou d'adjoindre simplement au bureau des de Cracovie un secrétaire chargé de surveiller cette partie. aux frais d'expédition pour les lettres de passage ou de po l'intérieur, cet objet sera réglé d'après des instructions r en commun par la commission citée à l'article septième.

Article XIII.

Tout ce qui, dans la ville et le territoire libre de Cr se trouvera avoir été propriété nationale du Duché de Va appartiendra à l'avenir comme telle, à la cité libre de Cr Ces propriétés constitueront un de ses fonds de finances, revenus seront employés à l'entretien de l'académie, à instituts littéraires et principalement au perfectionneme moyens d'éducation publique. Les revenus des barrières ponts sont destinés, par leur nature même, à l'entreti ponts et voies publiques, tant dans la ville libre que sur ritoire de Cracovie. L'administration sera responsable partie du service public, si nécessaire aux communicatio commerce.

Article XIV.

La disposition des revenus de la ville libre de Cracovie étant
e de manière, à ce que l'excédant des frais de l'administration
employé aux objets indiqués dans l'article précédent, la ville
Cracovie ne pourra point être obligée de contribuer au paye-
des dettes du Duché de Varsovie, et réciproquement elle
a aucune part aux remboursemens, qui pourroient revenir
Duché. Il sera libre toutefois aux habitans de Cracovie de
er leurs prétentions particulières par devant la commission,
ra chargée de régler les comptes.

Article XV.

L'académie de Cracovie est confirmée dans ses privilèges, et
la propriété des bâtimens et de la bibliothèque qui en dépen-
, ainsi que des sommes qu'elle possède en terres ou en capi-
hypothéqués. Il sera permis aux habitans des provinces
limitrophes de se rendre à cette académie, et d'y faire
études, dès qu'elle aura pris un développement conforme
ations des trois hautes Cours.

Article XVI.

L'evêché de Cracovie et le chapitre de cette cité libre, ainsi
out le clergé séculier et régulier, seront maintenus. Les
, dotations, immeubles, rentes ou perceptions, qui consti-
leur propriété, leur seront conservés. Il sera libre cepen-
au Sénat de proposer aux assemblées de décembre un mode
partition différent de celui qui pourroit exister, s'il étoit
é que l'emploi actuel des revenus ne fût point conforme aux
ions des fondateurs, principalement dans ce qui a rapport à
uction publique et à la malheureuse position du clergé
ur. Tout changement à faire devra passer par les mêmes
ités que l'adoption d'une loi d'état.

Article XVII.

La jurisdiction ecclésiastique de l'evêché de Cracovie ne
t point s'étendre sur les territoires Autrichien et Prussien,
mination de l'evêque de Cracovie est réservée immédiate-
à Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, qui pour
fois-ci fera la première nomination d'après son choix. Par

la suite le chapitre et le Sénat auront le droit de présenter cun deux candidats, parmi lesquels Sadite Majesté choisi nouvel Evêque.

Article XVIII.

Un exemplaire des articles ci-dessus, ainsi que de la C tution qui en fait partie principale, sera déposé solennell par la commission mixte désignée à l'article septième, aux ves de la ville libre de Cracovie, comme une preuve perm des principes généreux adoptés par les trois hautes Puis en faveur de la cité et du territoire libre de Cracovie.

Article XIX.

Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications en s échangées dans l'espace de six jours.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont sig y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait a Vienne le $\frac{21.\ \text{avril}}{3.\ \text{mai}}$ de l'an de grâce Mil-hu quinze.

(L. S.) Le Prince de Metternich.
(L. S.) Le Prince de Hardenberg
(L. S.) Le Comte de Rasoumoff

Constitution
de la ville libre de Cracovie.

Article I.

La Religion Catholique Apostolique et Romaine est maintenue comme religion du pays.

Article II.

Tous les Cultes Chrétiens sont libres, et n'établissent aucune différence dans les droits sociaux.

Article III.

Les droits actuels des cultivateurs seront maintenus. Devant la loi tous les citoyens sont égaux, et tous en sont également protégés. La loi protège de même les cultes tolérés.

Article IV.

Le Gouvernement de la ville libre de Cracovie et de son territoire résidera dans un Sénat, composé de douze membres appelés Sénateurs, et d'un Président.

Article V.

Neuf des Sénateurs, y compris le Président, seront élus par l'Assemblée des Représentans.

Les quatre autres seront choisis par le Chapitre et l'Académie qui auront le droit de nommer chacun deux de ses membres pour siéger au Sénat.

Article VI.

Six des Sénateurs le seront à vie. Le Président du Sénat restera en fonctions pendant trois ans, mais il pourra être réélu.

La moitié des autres Sénateurs sortira chaque année du S
pour faire place aux nouveaux élus ; c'est l'âge, qui désigne
trois membres qui devront quitter leurs places au bout de la
mière année révolue, c'est-à-dire, que les plus jeunes d'âge
ront les premiers. Quant aux quatre Sénateurs délégués
chapitre et l'académie, deux d'entre eux resteront en fonc
vie, les deux autres seront remplacés au bout de chaque a

Article VII.

Les membres du Clergé séculier et de l'Université ; de
les propriétaires de terres, de maisons, ou de quelqu' aut
lité, s'ils payent cinquante florins de Pologne d'impôt fo
les entrepreneurs de fabriques ou de manufactures, les co
çans en gros et tous ceux qui sont inscrits en qualité de m
de la bourse ; les artistes distingués dans les beaux arts,
professeurs des écoles, auront, dès qu'ils seront entrés da
requis, le droit politique d'élire. Ils pourront de même êt
s'ils remplissent d'ailleurs les autres conditions détermin
la loi.

Article VIII.

Le Sénat nomme aux places administratives, et ré
volonté les fonctionnaires employés par son autorité. Il
de même à tous les bénéfices ecclésiastiques, dont la colla
réservée a l'état, à l'exception de quatre places au chapitr
seront réservées pour les docteurs des facultés, exer
fonctions de l'enseignement, et aux quelles nommera l'ac

Article IX.

La ville de Cracovie avec son territoire sera parta
communes de ville et de campagne. Les premières auront c
autant que les localités le permettront, deux mille, et les
trois mille cinq cents âmes au moins. Chacune de ces co
aura un Maire, élu librement et chargé d'exécuter les o
Gouvernement. Dans les communes de campagne, il p
avoir plusieurs substituts de Maires, si les circonstances l'e

Article X.

Chaque année il y aura au mois de décembre une As

Représentans, dont les séances ne pourront être prolongées delà de quatre semaines. Cette assemblée exercera toutes les fonctions du pouvoir législatif; elle examinera les comptes de l'administration publique, et réglera chaque année le budget. Elle élira les membres du Sénat suivant l'article organique arrêté à cet égard. Elle élira de même les Juges. Elle aura droit de mettre en accusation (par une majorité de deux tiers des voix) les fonctionnaires publics, quels qu'ils soient, s'ils se trouvent prévenus de péculat, de concussion ou d'abus dans la gestion de leurs places, et de les traduire par devant la cour suprême de justice.

Article XI.

L'assemblée des Représentans sera composée:

1) des députés des communes, dont chacune en élira un;

2) de trois membres délégués par le Sénat;

3) de trois prélats délégués par le Chapitre;

4) de trois docteurs des facultés, délégués par l'université.

5) de six magistrats conciliateurs en fonction, qui seront pris à tour de rôle.

Le Président de l'Assemblée sera choisi d'entre les trois membres délégués par le Sénat. Aucun projet de loi, tendant à produire quelque changement dans une loi ou un réglement existant, ne pourra être proposé à la délibération de l'Assemblée des Représentans, s'il na pas été préalablement communiqué au Sénat, et si celui-ci n'a pas agréé la proposition à la pluralité des voix.

Article XII.

L'Assemblée des Représentans s'occupera de la formation du code civil et criminel, et de la forme de procédure. Elle désignera incessamment un comité chargé de préparer ce travail, duquel on gardera de justes égards aux localités du pays et à l'esprit des habitans. Deux membres du Sénat seront réunis à ce comité.

Article XIII.

Si la loi n'a pas été consentie par les sept huitièmes des Représentans, et si le Sénat reconnait, à la pluralité de neuf voix,

qu'il y a des raisons d'intérêt public, à la soumettre en fois à la discussion des Législateurs, elle sera renvo décision de l'Assemblée de l'année prochaine. Si le cas les finances, la loi de l'année révolue restera en vigueu l'établissement de la loi nouvelle.

Article XIV.

Il y aura pour chaque arrondissement, composé au six mille âmes, un Magistrat conciliateur, nommé par l'A des Représentans. Son exercice sera fixé à trois ans. devoir de conciliateur, il veillera d'office aux affaires des ainsi qu'aux procès qui regardent les fonds et les appartenant à l'état, ou aux instituts publics. Il s'enten ce double rapport, avec le plus jeune des Senateurs, déféré expressément le soin de veiller aux intérêts des et à tout ce qui concerne les causes relatives aux fon propriétés de l'état.

Article XV.

Il y aura une cour de première instance et une cou Trois juges dans la première, et quatre dans la Cour compris leurs Présidens, seront à vie; les autres juge à chacune de ces Cours au nombre nécessaire, d'après lités, dépendront de la libre élection des communes ront leurs fonctions que pendant un intervalle de tem miné par les lois organiques. Ces deux Cours jugero procès sans distinction de leur nature ou de la quali sonnes. Si les arrêts des deux instances sont confo leurs décisions, il n'y a plus lieu à l'appel. Si leur sont discordantes pour le fond, ou bien si l'académie, examiné les actes du procès, reconnoît, qu'il y a lieu de violation de la loi ou des formes essentielles de pr matière civile, de même dans les arrêts emportant pei ou infamante, l'affaire sera portée encore une fois d'appel; mais dans ce cas, au nombre des juges ord sera adjoint tous les juges conciliateurs de la ville et q vidus, dont chacune des parties principales pourra ch gré la moitié parmi les citoyens. La présence de trois

...saire pour porter la décision en première, celle de cinq en ...de, et de sept en dernière instance.

Article XVI.

La Cour suprême, pour les cas prévus à l'article X, sera ...osée:

1) de cinq Représentans tirés au sort;

2) de trois membres du Sénat choisis par ce corps;

3) des Présidens des deux Cours de Justice;

4) de quatre Magistrats conciliateurs pris à tour de rôle;

5) de trois Citoyens choisis par le fonctionnaire mis en jugement.

La présence de neuf membres est requise pour porter la ...on.

Article XVII.

La procédure est publique en matière civile et criminelle. ...l'instruction des procès (et en premier de ceux qui sont ...ent criminels) on appliquera l'institution des Jurés, en ...t aux localités du pays, à la culture, et au caractère ...ains.

Article XVIII.

L'ordre judiciaire est indépendant.

Article XIX.

A la fin de la sixième année, à dater de la publication du ...constitutionnel, les conditions pour devenir Sénateur par ...n des Représentans, seront:

1) d'avoir l'âge de trente cinq ans accomplis;

2) d'avoir fait ses études complettes dans une des académies ...situées dans l'étendue de l'ancien Royaume de Pologne;

3) d'avoir géré les fonctions de Maire pendant deux ans, — celle de Juge pendant deux ans, — et celle de Représentant pendant deux sessions de l'Assemblée.

4) d'avoir une propriété immeuble taxée a cent cinquante florins de Pologne d'impôt territorial, et qui a été acquise au moins un an avant l'élection.

qu'il y
fois
dér
le

Les conditions pour devenir Juge seront :

1) d'avoir l'âge de trente ans accomplis ;

2) d'avoir fait ses études complettes dans une des acadé
précitées et obtenu le grade de docteur ;

3) d'avoir travaillé pendant un an près d'un greffe
d'avoir également pratiqué durant une année près
avocat ;

4) d'avoir une propriété immeuble de la valeur de hui
florins de Pologne, acquise au moins un an avant l'é

Pour devenir Juge de la seconde instance, ou Pré
d'une ou de l'autre Cour, il faudra, outre ces conditions,
fait ses fonctions de Juge de première instance, ou celle de
gistrat conciliateur, pendant deux ans, et avoir été une
Représentant.

Pour être été élu Représentant d'une commune, il faudra :

1) avoir vingt six ans accomplis ;

2) avoir fait le cours complet d'études à l'académie d
covie ;

3) avoir une propriété immeuble taxée à quatre-vingt
de Pologne, et acquise au moins un an avant l'élec

Toutes ces conditions exprimées à l'article présent, ne
plus applicables à ceux qui, durant l'existence du Duché d
sovie, avoient géré des fonctions dépendantes de la nom
du Roi ou de l'élection des diétines, ni à ceux qui mainten
auront obtenues de l'autorité des Souverains contractan
auront plein droit d'être nommés ou élus à toutes les place

Article XX.

Tous les actes du Gouvernement, de la législation
Cours judiciaires seront rédigés en langue polonoise.

Article XXI.

Les revenus et les dépenses de l'académie feront pa
budjet général de la ville et du territoire libre de Cracovie.

Article XXII.

Le service intérieur de sûreté et de police se fera
détachement suffisant de la milice municipale.

Ce détachement sera relevé alternativement et commandé par ficier de ligne qui, ayant servi avec distinction, acceptera are de retraite.

Il sera armé et monté un nombre suffisant de gendarmes la sûreté des chemins et des campagnes.

Fait a Vienne le trois mai de l'an de grâce mil-huit-cent-e.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Comte de Rasoumoffsky.

D. (Nr. IV.)

Traité entre la Prusse*) et la Saxe, du 18. M 1815 *).

*) Es folgt hier der zwischen Preussen und Sachsen [illegible] schlossene Traktat. An demselben Tage sind zu Wien die gl[eich]lautenden Verträge zwischen Sachsen und Oesterreich, so[wie] zwischen Sachsen und Russland unterzeichnet worden.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse d'une part, et Sa Maje[sté] Roi de Saxe d'autre part, animés du desir de renouer les [liens] d'amitié et de bonne harmonie qui ont si heureusement su[bsisté] entre Leurs Etats respectifs, et ayant à coeur de contribu[er au] rétablissement de l'ordre et de la tranquillité en Europe, [et à] l'exécution des arrangemens territoriaux stipulés au cong[rès de] Vienne, Leursdites Majestés ont nommés des Plénipoten[tiaires] pour discuter, arrêter et signer un Traité de paix et d'a[mitié], savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'Etat, [Chev]valier des grands ordres de l'aigle noire, de l'aigle roug[e], celui de St. Jean de Jérusalem et de la croix de fer de Pr[usse], de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky, et de [Ste.] Anne de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'[ordre] Royal de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la L[égion] d'honneur, Grand'-Croix de l'ordre de St. Charles d'Es[pagne], Chevalier de l'ordre suprême de l'Annonciade, de l'ord[re des] Séraphins de Suède, de l'éléphant de Danemarc, de l'aig[le noir] de Wurtemberg et de plusieurs autres, et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, [Conseiller] Ministre d'état, Chambellan, Envoyé extraordinaire et M[inistre]

Plénipotentiaire près S. M. Impériale et Royale Apostolique, Chevalier du Grand-Ordre de l'aigle rouge, de celui de la croix de fer de Prusse, et de celui de Ste. Anne de la première classe de Russie;

Et Sa Majesté le Roi de Saxe:

Le Sieur Frédéric Albert Comte de Schulenbourg, Son Chambellan, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, et

Le Sieur Hanns Auguste Fuerchtegott de Globig, Son Chambellan, Conseiller de la Cour et de Justice, et Référendaire privé.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Il y aura, à compter de ce jour, paix et amitié entre S. M. le Roi de Prusse, d'une part, et S. M. le Roi de Saxe, de l'autre part, Leurs Héritiers et Successeurs, Leurs états et sujets respectifs, à perpétuité.

Article II.

S. M. le Roi de Saxe renonce à perpétuité, pour Lui et tous Ses Descendans et Successeurs, en faveur de S. M. le Roi de Prusse, à tous Ses droits et titres sur les provinces, districts et territoires, ou parties de territoires du Royaume de Saxe désignés ci-après. S. M. le Roi de Prusse possédera ces pays en toute souveraineté et propriété, et les réunira à Sa Monarchie. Les districts et territoires ainsi cédés seront séparés du reste du Royaume de Saxe par une ligne qui fera désormais la frontière entre les deux territoires Prussien et Saxon, de manière que tout ce qui est compris dans la délimitation formée par cette ligne, sera restitué à S. M. le Roi de Saxe, et que S. M. renonce à tous districts et territoires qui seroient situés au delà de cette ligne et qui Lui auroient appartenu avant la guerre.

Cette ligne partira des confins de la Bohême près de Wiese dans les environs de Seidenberg, en suivant le cours du ruisseau Wittich jusqu'à son confluent avec la Neisse.

De la Neisse elle passera au cercle d'Eigen, entre Tauchritz, qui reste à la Prusse, et Bertschoff restant à la Saxe, puis elle

suivra la frontière septentrionale du cercle d'Eigen jusqu'à l'angle entre Paulsdorf et Obersohland; de là elle sera continuée jusqu'aux limites qui séparent le cercle de Goerlitz de celui de Bautzen, de façon que Ober-, Mittel-, et Nieder-Sohland, Ollech et Radewitz restent à la Saxe.

La grande route de poste entre Goerlitz et Bautzen sera à la Prusse, jusqu'aux limites des deux cercles susdits. Puis la ligne suivra la frontière du cercle jusqu'à Dubrauke; ensuite elle s'étendra sur les hauteurs, à la droite du Loebauer-Wasser, de manière que ce ruisseau avec ses deux rives, et les endroits riverains jusqu'à Neudorf, restent, avec ce village, à la Saxe.

Cette ligne retombera ensuite sur la Sprée et le Schwarzwasser; Liska, Hermsdorf, Ketten et Solchdorf passent à la Prusse.

Depuis la Schwarze-Elster, près de Solchdorf, on tirera une ligne droite jusqu'à la frontière de la Seigneurie de Koenigsbrueck près de Gross-Graebchen. Cette Seigneurie reste à la Saxe, et la ligne suivra la frontière septentrionale de cette Seigneurie jusqu'à celle du Bailliage de Grossenhayn dans les environs d'Ortrand. Ortrand et la route, depuis cet endroit, par Mordorf, Stolzenhayn et Groebeln, à Muehlberg, avec les villages que cette route traverse, et de manière qu'aucune partie de la route ne reste hors du territoire prussien, passent sous la domination de la Prusse. La frontière depuis Groebeln sera tirée jusqu'à l'Elbe près de Fichtenberg, et suivra celle du Bailliage de Muehlberg. Fichtenberg vient à la Prusse.

Depuis l'Elbe jusqu'à la frontière du pays de Mersebourg elle sera réglée de manière que les Bailliages de Torgau, Ellenbourg et Delitsch passent à la Prusse, et ceux d'Oschatz, Wurzen et Leipsic restent à la Saxe. La ligne suivra les frontières de ces Bailliages, en coupant quelques enclaves et demi-enclaves. La route de Muehlberg à Ellenbourg sera en entier sur le territoire Prussien.

De Podelwitz, appartenant au Bailliage de Leipsic et resté à la Saxe, jusqu'à Eytra, qui lui reste également, la ligne coupera le pays de Mersebourg, de manière que Breitenhaenichen, Gross- et Klein-Doelsig, Mark-Ranstaedt et Klein-Nauendorf restent à la Saxe; Modelwitz, Skeuditz, Klein-Li

Jessau, Alt-Ranstaedt, Schkoehlen et Zietschen passent à la Prusse.

Depuis là la ligne coupera le Bailliage de Pegau, entre le Flossgraben et la Weisse-Elster. Le premier, du point où il sépare au dessous de la ville de Crossen (qui fait partie du Bailliage de Haynsbourg), de la Weisse-Elster, jusqu'au point où, au dessous de la ville de Mersebourg, il se joint à la Saale, appartiendra dans tout son cours entre ces deux villes avec ses deux rives au territoire Prussien.

De là où la frontière aboutit à celle du pays de Zeitz, elle suivra celle-ci jusqu'à celle du pays d'Altenbourg près de Luckau.

Les frontières du cercle de Neustadt, qui passe en entier sous la domination de la Prusse, restent intactes.

Les enclaves du Voigtland dans le pays de Reuss, savoir: Schell, Blintendorf, Sparenberg et Blankenberg, se trouvent comprises dans le lot de la Prusse [b]).

Article III.

Pour éviter toute lésion de propriétés particulières, et mettre à couvert, d'après les principes les plus libéraux, les biens des individus domiciliés sur les frontières, il sera nommé, tant par S. M. le Roi de Prusse, que par S. M. le Roi de Saxe, des commissaires pour procéder conjointement à la délimitation des pays qui par les dispositions du présent traité, changent de Souverain.

Aussitôt que le travail des commissaires sera terminé et approuvé par les deux Souverains, il sera dressé des cartes signées par les commissaires respectifs, et placé des poteaux qui constateront les limites réciproques.

Article IV.

Les provinces et districts du Royaume de Saxe, qui passent sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, seront désignées sous le nom de Duché de Saxe, et S. M. ajoutera à Ses titres celui de Duc de Saxe, de Landgrave de Thuringe, Margrave des deux Lusaces, et Comte de Henneberg. S. M. le Roi de Saxe continuera à porter le titre de Margrave de la Haute-Lusace. S. M. continuera de même, relativement à et en vertu de ses droits de succession éventuelle sur les possessions de la branche

Ernestine, à porter ceux de Landgrave de Thuringe et de Co
de Henneberg.

Article V.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire évacuer par
troupes les provinces, districts et territoires du Royaum
Saxe, qui ne passent point sous Sa domination, et à en
remettre l'administration aux autorités de S. M. le Roi de
dans le terme de quinze jours, à dater de l'échange des ra
tions du présent Traité.

Article VI.

On s'occupera immédiatement de tous les arrangemen
sont une suite nécessaire et indispensable de la cession des
vinces et districts désignés dans l'article 2 à la Prusse, tel
ceux relatifs aux archives dettes, *Cassenbillets* ou autres ch
tant de ces provinces que du Royaume en général, aux c
publiques, arrérages, nommément à ceux des impôts ordin
et revenus domaniaux, échus pendant le temps de l'administr
Prussienne, aux biens des établissemens publics, réligieux,
ou militaires, à l'armée, l'artillerie, aux provisions et mu
de guerre, aux rapports de féodalité et autres objets de la
nature.

Quant aux rapports de féodalité, S. M. le Roi de Pru
S. M. le Roi de Saxe, désirant d'écarter soigneusement tout
de contestation ou de discussion futures, renoncent, chac
Son côté, et réciproquement, en faveur l'un de l'autre, à
droit ou prétention de ce genre, qu'ils exerceroient ou
auroient exercés au delà des frontières fixées par le pr
Traité.

L'exécution du présent article se fera d'un commun acc
et par des commissaires nommés par les deux Gouvernemens.

Article VII.

La séparation des archives se fera de la manière sui
Les titres domaniaux, documens et papiers se rapportant
sivement aux provinces, territoires ou endroits cédés en
par S. M. le Roi de Saxe à S. M. Prussienne, seront remis
le terme de trois mois, à dater du jour de l'échange des ra

dans, aux commissaires prussiens. La remise des plans et cartes des forteresses, villes et pays, se fera de la même manière et dans le même terme. Là où une province ou territoire ne passe pas en entier sous la domination prussienne, les documens qui en regardent la totalité, seront remis en original aux commissaires prussiens, ou resteront ainsi à la Saxe, selon que la plus grande ou la plus petite partie de ladite province ou territoire aura été cédée. Celle des deux parties, à qui passent ou restent les originaux, s'engage à en fournir à l'autre des copies légalisées. Quant aux actes et papiers qui, sans se trouver dans l'un ou l'autre des deux cas mentionnés ici, sont d'un commun intérêt pour les deux parties, le Gouvernement Saxon en conservera les originaux; mais il s'engage à en faire délivrer à la Prusse des copies légalisées. Les commissaires prussiens seront mis en état de pouvoir juger lèsquels de ces derniers actes, documens et papiers, pourroient avoir de l'intérêt pour leur Gouvernement.

Article VIII.

Relativement à l'armée, il est posé en principe, que les soldats, bas-officiers et tous les autres militaires qui n'ont pas rang d'officiers, suivront l'un ou l'autre des deux Gouvernemens, Prussien ou Saxon, selon que l'endroit de leur naissance passera respectera sous l'une ou l'autre domination. Les officiers de tout grade, ainsi que les chirurgiens et aumôniers, auront la liberté de choisir dans lequel des deux services ils préféreront de rester, cette même liberté s'etendra aussi aux soldats et autres militaires, n'ayant pas rang d'officiers, qui ne sont pas natifs ni du Royaume de Saxe ni de la Monarchie Prussienne.

Article IX.

Les dettes spécialement hypothéquées sur les provinces qui passent ou restent en entier sous la même domination, seront entièrement à la charge du Gouvernement auquel ces provinces appartiendront; quant à celles affectées aux provinces dont une partie reste à S. M. le Roi de Saxe, ainsi qu'à celles qui appartiennent au Royaume en général, S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe établissent le principe suivant:

On distinguera les dettes à l'acquittement desquels, soit

pour le capital, soit pour les intérêts, certains revenus ont été spécialement assignés (*fundirte Schulden*), de celles où ce cas n'existe point. Les premières suivront ces revenus, de façon que la proportion dans laquelle ceux-ci tombent sous l'une ou l'autre domination, soit aussi celle dans laquelle elles seront partagées entre les deux Gouvernemens. Pour ce qui est des dettes, à l'acquittement desquelles de certains revenus n'ont point été assignés (*unfundirte Schulden*), le motif qui les a fait contracter doit faire connoître aussi le fonds sur lequel elles auroient dû être assignées, c'est-à-dire, les branches de revenus qui auroient dû être affectées au payement des intérêts et au remboursement des capitaux. La Prusse et la Saxe y contribueront dans la proportion dans laquelle elles percevront ces revenus. Si, contre toute attente, ils se trouvoit des cas où il fût impossible de désigner exactement le fonds spécial auquel une dette auroit dû être affectée, on supposera que la totalité des revenus de la province, de l'établissement, de l'institution ou de la caisse, pour l'avantage desquels cette dette aura été contractée, en est grevée, et la dette sera à la charge des deux Gouvernemens, dans la proportion de la part de ces revenus que chacun d'eux percevra. Les gages qu'on retirera moyennant de remboursement du capital pour lequel ils avoient servi de nantissement, retomberont à la province, à l'établissement, à l'institution, ou à la personne, auxquels la propriété de ces gages appartient. Ceux qui sont la propriété d'une province partagée entre les deux Puissances, seront partagés dans la proportion dans laquelle les deux parties de cette province auront contribué à l'acquittement du capital.

Les principes ci-dessus établis pour les dettes, seront également appliqués aux créances.

Article X.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe, en reconnoissant la nécessité de remplir exactement les obligations contractées pour les besoins et le service du Royaume de Saxe, par la commission dite *Central-Steuer-Commission*, sont convenus que celles-ci seront garanties mutuellement et acquittées par les deux Gouvernemens. Il sera nommé, en conséquence, sans délai de part et d'autre, un nombre égal de commissaires, pour liquider

dettes, pour en faire le partage d'après le principe adopté pour dettes publiques non fondées par l'article 9, et pour arrêter termes et modalités de leur acquittement. Chacun des deux Gouvernemens s'engage à fournir les moyens de cet acquittement; ils se réservent néanmoins réciproquement d'effectuer ces payemens, soit par les arrérages de l'impôt et les coupes de bois extraordinaires, sur lesquelles ils avoient été assignés, soit par autre mesures offrant une sûreté égale, de manière que, pour époques du payement, les obligations pour lesquelles l'impôt les coupes de bois ont été ordonnés, soient exactement remplies. En autant toutefois que le produit de cet impôt et de ces coupes ne suffiroit pas, pour acquitter les engagemens contractés, il est convenu, que leur produit dans la partie Prussienne employé d'abord aux payemens dont la banque et la société ritime Prussiennes se sont chargées si, pour les remplir, il fait encore que la partie Saxonne contribuât, et que, contre attente, le produit de l'impôt et des coupes dans la partie onne ne suffit pas pour fournir à ces deux établissemens le plément nécessaire dans les termes échus, on accorde, de la de la Prusse, un délai jusqu'à la foire de Leipsic de St. bel de cette année. Pour ce qui regarde les autres payemens quels le produit de l'impôt et des coupes de bois doit être loyé, S. M. Prussienne et S. M. Saxonne se réservent, dans as de l'insuffisance de ce produit, de s'arranger, soit en tendant amiablement avec les créanciers, soit d'une autre ière, sur une prolongation des termes, et sur des facilités t au mode de payement.

Article XI.

S. M. le Roi de Prusse reconnoit expressément, que le papier, nu sous le nom de *Cassenbillets*, appartient aux dettes du qui doivent être partagées selon les principes établis par icle 9. S. M. Prussienne promet, en conséquence, de se ger de la part qui Lui reviendra, et tant Elle que S. M. le de Saxe, désirant de pourvoir, autant que possible, au bien- de Leurs sujets respectifs, s'engagent à prendre, d'un com- accord, relativement à ce papier, des mesures propres à tenir son crédit dans les deux territoires. Pour cet effet, les

deux Gouvernemens sont convenus d'établir une administr
commune des *Cassenbillets*, qui sera continuée au moins
qu'au premier septembre de cette année, et à laquelle on
nira, de commun accord, les fonds nécessaires pour mainte
crédit de ces billets. Ils sont convenus également, que les
mens qui subsistent à l'égard des *Cassenbillets*, relativem
leur acceptation dans les caisses publiques et dans d'
payemens, seront maintenus pendant cette époque, tant
partie du Royaume de Saxe, cédée à la Prusse, que dan
qui reste à S. M. le Roi de Saxe, et ne pourront être c
sans un commun accord.

Article XII.

S. M. le Roi de Saxe, formant des réclamations, so
les revenus échus du cercle de Cottbus, soit pour des a
faites à ce cercle, la commission, établie par l'article 14,
pera spécialement de la discussion de cet objet, et y appl
les principes convenus dans le présent traité pour des
analogues.

Article XIII.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire régler tout
peut regarder la propriété et les intérêts des sujets res
sur les principes les plus libéraux. Le présent article sera
culièrement appliqué aux rapports des individus qui cons
des biens sous les deux dominations Prussienne et Saxon
commerce de Leipsic et à tous les autres objets de la même
et pour que la liberté individuelle des habitans, tant d
vinces cédées que des autres, ne soit point gênée, il le
libre d'émigrer d'un territoire dans l'autre, sauf l'obligat
service militaire, et en remplissant les formalités requis
les lois. Ils pourront également exporter leurs biens, sa
sujets à aucun droits d'issue ou de détraction (*Abzugsgel*

Article XIV.

S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe nom
incessamment des commissaires, pour régler d'une manière
et détaillée les objets mentionnés dans les articles 6 à 13,
à 20. Cette commission se réunira à Dresde, et son travai

re terminé au plus tard dans le terme de trois mois, à dater de change des ratifications du présent traité.

Article XV.

S. M. l'Empereur d'Autriche ayant offert Sa médiation pour les arrangemens entre les Cours de Prusse et de Saxe, eaux nécessaires à la suite des cessions territoriales stipulées s l'article 2, S. M. le Roi de Saxe et S. M. le Roi de Prusse ceptent cette médiation, tant en général que spécialement pour arrangemens dont les commissions mentionnées dans les icles 3 et 14 seront chargées.

S. M. Impériale et Royale Apostolique s'engage, en conséence, à nommer sans délai un commissaire chargé de Ses ins-pouvoirs, pour intervenir aux travaux desdites commissions.

Article XVI.

Les communautés, corporations et établissemens religieux d'instruction publique qui existent dans les provinces et icts cédés par S. M. le Roi de Saxe à la Prusse, ou dans les aces et districts qui restent à S. M. Saxonne, conserveront, e que soit le changement que leur destination puisse subir, propriétés, ainsi que les redevances qui leur appartiennent s l'acte de leur fondation, ou qui ont été acquises depuis ux, par un titre valable devant les lois, sous les deux domi- s Prussienne et Saxonne, sans que l'administration et les s à percevoir puissent être molestés ni d'une part ni de re, en se conformant toutefois aux lois, et en supportant les ges auxquelles toutes les propriétés ou redevances de la e nature sont sujettes dans le territoire dans lequel elles se vent.

Article XVII.

Les principes généraux qui ont été adoptés au Congrès de ne pour la libre navigation sur les fleuves, serviront de e à la commission établie en vertu de l'article 14. pour régler délai tout ce qui est relatif à la navigation, et sont particu- ement appliqués à celles sur l'Elbe, et, par rapport aux trains ois et au bois de flottage, aussi aux eaux désignées sous le de Elsterwerdaer-Flossgraben, de la Schwarze-Elster et de

la Weisse-Elster, ainsi que du Flossgraben qui dérive de cette dernière rivière.

Article XVIII.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à remplir les conditions passés entre le Gouvernement Saxon et les fermiers des domaines ou revenus domaniaux dans les provinces et territoires cédés en vertu de l'article 2, et dont les termes ne sont point encore expirés.

Article XIX.

S. M. le Roi de Prusse promet de faire fournir annuellement au Gouvernement Saxon, et celui-ci s'engage à recevoir cinquante mille quintaux de sel (le quintal à cent dix livres marchand de Berlin), contre un prix qui, sans augmenter le prix de vente actuel pour les sujets Saxons, assure à S. M. le Roi de Saxe la jouissance d'une gabelle aussi rapprochée que possible de celle qu'il percevoit immédiatement avant la dernière guerre sur chaque quintal de sel vendu.

La commission qui sera établie en vertu de l'article 2 réglera, d'après ce principe, le prix du quintal, ainsi que le nombre d'années pendant lesquelles il ne pourra être changé, et à l'expiration desquelles une nouvelle fixation sera faite de commun accord, tant de la qualité, tant de la quantité de sel que de son prix. La quantité des cent cinquante mille quintaux ci-dessus pourra être portée sur la demande du Gouvernement Saxon (laquelle demande devra être articulée, et l'excédent est de cent quante mille quintaux ou de moins, six mois, s'il dépasse cette quantité, une année d'avance), jusqu'à deux cent cinquante mille quintaux, que le Gouvernement Prussien s'engage à fournir aux mêmes conditions que le minimum ci-dessus énoncé. Il est entendu que le terme convenu expiré, le minimum de cent cinquante mille quintaux ne pourra, dans aucun cas, être diminué à la volonté d'une des deux parties, et que le principe adopté pour le minimum dans le présent article, fera encore la base de la nouvelle fixation.

Les sels que le Gouvernement Saxon recevra d'après le présent article, seront fournis des salines de Duerrenberg et de Koesen, et, dans le cas qu'on n'en produisit point une assez grande quantité sur ces deux salines, des salines Prussiennes les plus rapprochées des frontières de la Saxe.

Les sels que le Gouvernement Prussien fournira, en vertu cet article, à la Saxe, ne pourront être grevés d'aucun droit exportation, et il n'en sera payé sur leur transport, des salines qu'à la frontière, d'autres droits quelconques que ceux de ière, ponts, canaux ou écluses, que les sujets Prussiens ient également à payer en se servant de la même route et mêmes moyens de transport.

Article XX.

L'exemption des droits d'exportation, énoncée à la fin de icle précédent pour les sels, est étendue sous les mêmes mo-ations de la part des deux Gouvernemens, Prussien et Saxon, exportation et l'importation respective d'un territoire dans re, des bleds, des combustibles de toute espèce, du bois de ente, de la chaux, de l'ardoise, des meules, briques et es de tout genre, que ces objets soient acquis par les sujets deux Gouvernemens, ou par les Gouvernemens eux-mêmes. S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Saxe s'engagent ne temps mutuellement à ne jamais prohiber ni gêner l'ex-tion des objets ci-dessus mentionnés.

Article XXI.

ucun individu domicilié dans les provinces qui se trouvent domination de S. M. le Roi de Saxe, ne pourra, non plus un individu domicilié dans celles qui passent par le présent sous la domination de S. M. le Roi de Prusse, être frappé sa personne, dans ses biens, rentes, pensions et revenus t genre, dans son rang et ses dignités, ni poursuivi, ni rché en aucune façon quelconque, pour aucune part qu'il politiquement ou militairement prendre aux événemens qui u lieu depuis le commencement de la guerre, terminée par x à Paris le 30. mai 1814. Cet article s'étend également à qui, sans être domiciliés dans l'une ou l'autre partie de la y auroient des biens-fonds, rentes, pensions, ou revenus, elque nature qu'ils soient.

Article XXII.

S. M. le Roi de Saxe, tant pour Lui, Ses Héritiers et Suc-rs, que pour les Princes de Sa Maison, Leurs Héritiers et

Successeurs, renonce à perpétuité à tout titre quelconque, d
nial ou autre, qui pourroit dériver de la possession du Duch
Varsovie.

S. M. reconnoît les droits de souveraineté sur ce pays,
qu'ils ont été stipulés par le Traité de Vienne du $\frac{21.\ \text{avril}}{3.\ \text{mai}}$ de
année, pour les provinces qui passent sous le sceptre de
l'Empereur de toutes les Russies, avec le titre de Roi de Po
pour les parties qui sur la rive droite de la Vistule retou
S. M. l'Empereur d'Autriche; ainsi que pour les provinc
seront possédées par S. M. le Roi de Prusse sous le t
Grand-Duché de Posen.

Article XXIII.

S. M. le Roi de Saxe s'engage à faire restituer fidè
les archives, cartes, plans et autres documens quelc
appartenans au Duché de Varsovie. Cette restitution au
dans un délai qui ne pourra point passer l'espace de six
dater du jour de l'échange des ratifications du présent Tra

Article XXIV.

S. M. le Roi de Saxe est dégagée de toute responsa
charges quelconques à l'égard de toutes les dettes cont
pour le Duché de Varsovie, avec le concours du minist
finances ou autres employés publics de ce pays, nommé
toute obligation à l'égard de la convention de Bayonne,
annullée [c]) et de l'emprunt ouvert sur les salines de Wie

Quant aux 2,550,193 florins réclamés pour avoir été
par les caisses Saxonnes dans celles du Duché de Varsovie,
par le Traité signé le $\frac{21.\ \text{avril}}{3.\ \text{mai}}$ entre la Prusse, l'Autriche
Russie, il est stipulé qu'il seroit établi incessamment à V
une commission de liquidation composée de commissaires
autrichiens et prussiens, et que les trois Cours ont inve
commission des pouvoirs nécessaires pour connoître de l
extérieure et intérieure, et même de Leurs prétentions ou
réciproques entre Elles, cette réclamation suivra le même
elle sera déférée à ladite commission, et il sera libre à S.

de Saxe d'y accréditer de Sa part un commissaire qui assis- à ses déliberations.

Article XXV.

Le présent Traité [d]) sera ratifié, et les actes de ratification seront échangés, dans le terme de trois jours, ou plutôt si se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 18. mai de l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Le Comte de Schulenbourg.
(L. S.) Signé: De Globig.

[c]) Ein besonderer, im Sept. 1815 zu Paris für Grossbrittan- von Lord Castlereagh und für Sachsen von dem Grafen Schulenburg unterzeichneter Vertrag, enthält die Erklä- des Beitritts des Königs von Gross-Britannien zu stimmungen der Wiener Congress-Acte über Sachsen und sau, und zu dem von Sachsen mit Preussen, Oesterreich und nd unterzeichneten Friedensvertrage.

[d]: Traité entre S. M. Britannique et S. M. le Roi de axe, portant accession au traité du 18. mai, signé à Paris, ptembre 1815.

L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. VIII. S. 199.
e Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 628.

[e]) Der nachstehenden statistischen Uebersicht der in die- rieden festgesetzten Länderabtretungen liegt die Bevöl- gliste vom Jahre 1812 zum Grunde:

	Flächenraum an □Meilen.	Volkszahl.
Wittenberger Kreis mit Bar- und Gommern, Baruth und lter-Nienburg.....	71	121,299
Thüringer Kreis mit Stoll- rg und den schwarzburgi- en Aemtern Ebeleben, He- gen und Kelbra.....	61	170,424
Neustädter Kreis.....	16	38,949

	Flächenraum an □Meilen.	Volkszahl
4) Ein Theil des Meissner Kreises (die Aemter Senftenberg, Finsterwalde, Mühlberg und Torgau und ein Theil des Amtes Grossenhayn)	15	48,414
5) Ein Theil des Leipziger Kreises (die Aemter Eilenburg, Düben, Zörbig und Delitzsch)	26	43,1[illegible]
6) Die zum Voigtländischen Kreise gehörenden Enclaven im Reussischen	1	1,5[illegible]
7) Die Nieder-Lausitz mit Dobrilugk und Sonnenwalda	80	143,9[illegible]
8) Von der Ober-Lausitz	45	151,5[illegible]
9) Das Fürstenthum Querfurt	8½	24,5[illegible]
10) Der grösste Theil des Hochstifts Naumburg-Zeitz	11	34,[illegible]
11) Der grösste Theil des Hochstifts Merseburg	15	33,[illegible]
12) Das königl. sächsische Henneberg	8¾	24,[illegible]
13) Der sächsische Antheil an der Grafschaft Mansfeld	6½	28,[illegible]
	367½ □M.	864,[illegible]

Das Königreich Sachsen behielt nach diesen Abtretun[illegible] einem Flächenraume von 271 □Meilen eine Volkszahl von 1,[illegible] Einwohnern. (Den grösseren Theil des Meissner, Leipziger un[illegible] ländischen Kreises und der Ober-Lausitz, so wie den ganzen[illegible] birgischen Kreis.)

Vergl: J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. [illegible] S. 139.'

Das Herzogthum Sachsen in historisch und statistisch[illegible] phischer Hinsicht nach dem Tractate vom 18. mai 1815. [illegible] 1815. 8.) S. 8.

K. H. L. Pölitz, die Regierung Friedrich Augusts, Kön[illegible] Sachsen. Th. II. S. 224 und Beilage E. S. 383—386.

Am 22. Mai 1815 unterzeichnete der König von Sach[illegible] Laxenburg die Entsagung auf das Herzogthum [illegible] schau, so wie die Urkunde, wodurch er den Staatsbeam[illegible] Unterthanen desselben jene Entsagung eröffnete und sie des [illegible]

ten Eides entband. An demselben Tage nahm er, von Laburg aus, von den Einwohnern der abgetretenen eile des Königreichs Sachsen Abschied, vergl:
eipziger polit. Zeitung, 1815. St. 104. S. 1319.
H. L. Pölitz a. a. O. Th. II. S. 227.
Hauptconvention zu Vollziehung des zwischen Sachsen und Preussen am 18. Mai 1815 zu Wien abgeschlossenen Friedenstractats, und zu näherer Bestimmung der, durch diesen Tractat veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen, vom 28. August 1819, nebst Beilagen. (S. unten.)
e) Die zwischen Napoleon und dem Könige von Sachsen Bayonne abgeschlossene Convention wurde durch den Vertrag chen Russland und Preussen vom 30. März 1815 für aufgehoben erklärt; s. oben und
L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. VIII. S. 204.
f) In den Artikeln XV—XXII der Wiener Congress-Acte 9. Juni 1815 wurden die Hauptbestimmungen dieses Friedens

---

gl. auch:
ziger Zeitung, 1815, St. 104, woselbst dieser Frieden rch die zur Uebernahme der Landesverwaltung im Königreiche chsen ernannte Commission (bestehend aus den beiden Conferenzministern v. Globig und Grafen v. Hohenthal, dem neralllieutenant v. Zeschau und dem Geh. Rathe v. Gutschmidt) in deutscher Uebersetzung bekannt gemacht rde.
etz-Sammlung für die königl. preussischen Staaten, 1815, St. 8, wo sich sowohl der Vertrag in französischer deutscher Sprache findet.
zu Dresden in 4. erschienenen officiellen Abdruck des ranzösischen Textes (imprimé par ordre de la Cour de Saxe.)
Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. VI. S. 120.

E. (Nr. V.)

Déclaration de Sa Majesté le Roi de Saxe [illegible] droits de la Maison de Schoenbourg, du 18. [illegible] 1815 *).

(*Avec l'Acte d'acceptation, datée de Vienne le* [illegible] *mai* 1815.)

S. M. le Roi de Saxe, désirant se conformer à l'[illegible] que les Cours de Russie, d'Autriche, de France, [illegible] Grande-Bretagne et de Prusse ont exprimées dans [illegible] relatif à la Maison de Schoenbourg, ici transcrit, et [illegible] le trente-troisième de ceux qui ont été communiqués [illegible] Majesté à Presbourg:

Article.

„Les hautes parties contractantes, en réservant [illegible] „ment à la Maison des Princes de Schoenburg les [illegible] „résulteront de ses rapports futurs avec la Ligue Ger[illegible] „lui confirment et garantissent respectivement, par [illegible] „ses possessions dans le Royaume de Saxe, toutes les pr[illegible] „ves que la Maison Royale de Saxe a reconnues dans le [illegible] „du 4. mai 1746, conclu entre Elle et la Maison de Schoen[illegible]

déclare

1) S'engager envers les cinq Puissances ci-dessus r[illegible] à reconnoître les avantages et les droits qui seront assu[illegible] la Ligue Germanique aux Princes et Comtes de Scho[illegible] sauf les droits que la Cour de Saxe exerce sur les biens [illegible] Maison.

2) S. M. le Roi de Saxe s'engage également envers [illegible] Puissances, pour Lui et Ses successeurs, à observer [illegible]

erver pour tous les tems à venir, et dans toute leur étendue, termes du Recès du 4. mai 1740.

La présente déclaration sera de la même force et valeur, me si elle avoit été insérée dans le Traité conclu sous la date ce jour entre Sadite Majesté et L. L. M. M. l'Empereur triche, l'Empereur de Russie et le Roi de Prusse.

Fait à Vienne le 18. mai 1815.

(L. S.) Signé: Le Comte de Schulenbourg.
(L. S.) Signé: De Globig.

Acte d'acceptation.

Les soussignés Plénipotentiaires d'Autriche, de Russie, rance, de la Grande-Bretagne et de Prusse, accep- formellement, au nom de leurs Cours respectives, la décla- ci-dessus faite au nom de S. M. le Roi de Saxe, à l'effet disposition y contenue ait la même force que si elle étoit ement comprise dans le Traité du 18. mai entre les Cours dénommées et S. M. le Roi de Saxe.

Fait à Vienne le 29. mai 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Prince de Rasoumoffsky.
(L. S.) Signé: Le Prince de Talleyrand.
(L. S.) Signé: Clancarty.

) Bereits in dem am 13. Mai 1779 zwischen Oesterreich und ssen abgeschlossenen Frieden zu Teschen verzichtete Böh- auf die seit längerer Zeit in Anspruch genommenen Lehns- te über die Schönburgischen Herrschaften.
de Hertzberg recueil etc. Tom. II. p. 267.
Dohm, Denkwürdigkeiten etc. Th. I. S. 194.
. Moser, der Teschenische Friedensschluss vom Jahre 1779. it Anmerkungen. Frankfurt a. M. 1779. 4.

Vergl. über die Schönburgische Angelegenheit:
K. H. L. Pölitz, die Regierung Friedrich Augusts, Königs
Sachsen. Th. I. S. 186—190.
Ferner:
Recess zwischen Chursachsen und Schönburg vom 4.
1740, in:
(Pinther), Topographie von Schönburg, Beilagen, S. 1.
Nebenrecess vom 4. Mai 1740, in Beziehung auf die
Grafschaft Hartenstein und Herrschaft Stein.
Ebendaselbst, Beilagen S. 25.

F. (Nr. VI.)

raité entre la Prusse et l'Hanovre, du 29. mai 1815.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi du Ro-me uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, rut de consigner, dans un Traité particulier, les stipulations ieux dans les procès-verbaux du 13. et 21. février 1815 du é des Plénipotentiaires de l'Angleterre, de l'Autriche, de la de, de la Prusse et de la France, à l'effet de mettre en tion les dispositions du traité conclu à Reichenbach le 14. 1813, et d'effectuer les arrangemens territoriaux qui sont uite de cet engagement pris par S. M. Prussienne, les deux verains ont nommé des Plénipotentiaires, pour concerter, er et signer tout ce qui est relatif à cet objet, savoir :

S. M. le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état, Che-r des grands ordres de l'aigle noire, de l'aigle rouge, de de St. Jean de Jérusalem et de la croix de fer de Prusse, eux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne première classe de Russie, Grand'Croix de l'ordre de St. ne de Hongrie, Grand-Cordon de la légion-d'honneur, d'-Croix de l'ordre de St. Charles d'Espagne et de St. Hu-de Bavière, de l'ordre suprême de l'Annonciade de Sardaigne, valier de l'ordre des séraphins de Suède, de celui de l'éléphant Danemarc, de l'aigle d'or de Wurtemberg, et de plusieurs es, Son premier Plénipotentiaire au Congrès de Vienne; et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Ministre t de Sa Majesté le Roi de Prusse, Son Chambellan, Envoyé

extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A
Chevalier du grand-ordre de l'aigle rouge, de celui de la c
de fer de Prusse et de celui de Ste. Anne de la première cl
de Russie, Son second Plénipotentiaire au Congrès de Vienne;

S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Breta
et d'Irlande, Roi d'Hanovre:

Le Sieur Erneste Fréderic Herberth Comte de Muenst
Land-Maréchal héréditaire du Royaume, Grand'-Croix de l'
Royal de St. Etienne, Son Ministre d'état et du cabin
Ministre plénipotentiaire au Congrès de Vienne; et

Le Sieur Erneste Chrétien George Auguste Comte de
denberg, Grand'-Croix de l'ordre de Leopold d'Autriche
l'aigle rouge de Prusse, Chevalier de l'ordre de St. Jean de
salem, Son Ministre d'état et du cabinet, Envoyé extraor
et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A. et Son M
plénipotentiaire au Congrès de Vienne;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, t
en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans

Article I.

S. M. le Roi de Prusse cède à S. M. le Roi du Ro
uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre,
être possédée par Sa Majesté et Ses Successeurs en tou
priété et souveraineté:

1) La Principauté de Hildesheim, qui passera sous la
nation de S. M., avec tous les droits et toutes les charge
lesquelles ladite Principauté a passé sous la domination prus

2) La ville et le territoire de Goslar.

3) La Principauté de la Frise Orientale, y compris l
dit le *Harlinger-Land*, sous les conditions réciproquement
lées à l'article V pour la navigation de l'Ems et le comm
le port d'Emden. Les états de la Principauté conserveron
droits et privilèges.

4) Le Comté inférieur (*niedere Grafschaft*) de Li
la partie de la Principauté de Muenster Prussienne, qui est
entre ce Comté et la partie de Rheina-Wolbeck occupée
Gouvernement Hanovrien. Mais comme les deux hautes

ntractantes sont convenus que le Royaume de Hanovre obtiendra ar cette cession un agrandissement renfermant une population de vingt-deux mille âmes, et que le Comté inférieur de Lingen et la partie de la Principauté de Muenster, ici mentionnés, pourraient ne pas repondre à cette condition, S. M. le Roi de Prusse s'engage à faire étendre la ligne de démarcation dans la Principauté de Muenster autant qu'il sera nécessaire pour renfermer ladite population. La commission que les Gouvernemens Hanovrien et Prussien nommeront incessamment pour procéder à la fixation exacte des limites, sera spécialement chargée de l'exécution de cette disposition.

S. M. Prussienne renonce à perpétuité, pour Elle, tous Ses Descendans et Successeurs, aux provinces et territoires mentionnés dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont actifs.

Article II.

Sa Majesté le Roi de Prusse renonce à perpétuité pour Lui, Ses Descendans et Successeurs, à tout droit et prétension quelconque que Sa Majesté pourroit en Sa qualité de Souverain de Eichsfeld former sur le Chapitre de St. Pierre dans le bourg de Gerten ou sur ses dépendances situées dans le territoire Hanovrien.

Article III.

Sa Majesté le Roi de Prusse s'engage à disposer moyennant les compensations à fournir sur la masse des pays dont la possession a été assurée à Sa Majesté Prussienne par les stipulations faites au Congrès de Vienne:

1) S. A. R. l'Electeur de Hesse, à céder à S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, pour être possédé par Lui et Ses Successeurs en toute souveraineté et propriété, les trois Bailliages de Uechte, Freudenberg et Vlotho, autrement dit Wagenfeld, avec les districts et territoires qui en dependent, ainsi que la partie que Son Altesse Royale possède du Comté de Schaumbourg *) et les Seigneuries de Plessen et de Neuengleichen;

2) S. A. S. le Landgrave de Hesse-Rothenbourg, à renoncer à perpétuité aux droits qu'il possède dans la dite Seigneurie de

Plessen, pour que ces droits passent à S. M. Britannique, d'Hanovre.

La cession de la part de S. A. R. l'Electeur de Hesse, renonciation du Landgrave de Hesse-Rothenbourg, ci-d énoncées, n'ayant pas été obtenues dans le terme de trois prescrit dans l'article XL du procès-verbal du 13. février, cessions réciproques ayant, en vertu de l'article mentio être mises en exécution sous la réserve que, tandis que la continue à jouir du territoire qu'elle auroit destiné à l'Electeur de Hesse et le Landgrave de Rothenbourg, l'H retiendrait de son côté, la partie du Duché de Lauenbour il a été disposé par l'article IV en faveur de S. M. Prus cet arrangement continuera d'avoir lieu jusqu'à ce que l'H ait effectivement obtenu lesdites cessions et renonciations ses, ou que les Gouvernemens de Prusse et d'Hanovre convenus sur les indemnités égales à la diminution qui re pour l'Hanovre de la perte des territoires compris dan cession et renonciation, indemnités qui doivent être p l'Eichsfeld et sur la partie Prussienne du Comté de Hoh

Quant aux autres cessions à faire en vertu des stip consignées dans le procès verbal du 13. février 1815, le tement de S. M. Prussienne et de S. A. R. le Prince-R la Grande-Bretagne et d'Hanovre ayant déjà, à cet e obtenu, les deux hautes parties contractantes donneront l nécessaires pour qu'elles soient effectués en huit sem dater de la signature du présent Traité.

Article IV.

S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bret d'Irlande, Roi d'Hanovre cède à S. M. le Roi de Prusse p possédé en toute propriété et souveraineté par Lui et s cesseurs:

1) La partie du Duché de Lauenbourg située sur droite de l'Elbe avec les villages Lunebourgeois situés sur rive; la partie de ce Duché située sur la rive gauche de Royaume d'Hanovre. Les états de la partie du Duché, sous la domination Prussienne, conserveront leurs droit vilèges, et nommément ceux fondés sur le recès provi

septembre 1702, confirmé par S. M. le Roi de la Grande-Bretagne, actuellement régnant, en date du 21. juin 1765;

2) Le Bailliage de Kloetze;

3) Le Bailliage d'Elbingerode;

4) Les villages de Rüdigershagen et de Gaensteich;

5) Le Bailliage de Reckeberg.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre renonce à perpétuité, Elle, Ses Descendans et Successeurs, aux provinces et districts, compris dans le présent article, ainsi qu'à tous les droits qui y sont relatifs.

Article V.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, et S. M. le Roi de Prusse, animés du désir de rendre entièrement égaux et communs à Leurs sujets respectifs les avantages du commerce de la ville et du port d'Emden, conviennent à cet égard de ce qui suit:

1) Le Gouvernement Hanovrien s'engage à faire exécuter à ses frais dans les années 1815 et 1816 les travaux qu'une commission mixte d'experts, qui sera nommée immédiatement par la Prusse et l'Hanovre, jugera nécessaires pour rendre navigable la partie de la rivière de l'Ems, de la frontière de Prusse jusqu'à son embouchure, et d'entretenir après l'exécution de ces travaux également cette partie de la rivière dans l'état dans le quel les travaux l'auront mise pour l'avantage de la navigation.

2) Il sera libre aux sujets prussiens d'importer et d'exporter par le port d'Emden toutes denrées, productions et marchandises quelconques, tant naturelles qu'artificielles et de tenir dans la ville d'Emden des magasins pour y déposer lesdites marchandises pendant deux ans, à dater de leur arrivée dans la ville, sans que lesdits magasins soient assujettis à aucune autre inspection que celle à laquelle sont soumis ceux des sujets hanovriens eux-mêmes.

3) Les navires prussiens, ainsi que les negocians prussiens, payeront pour la navigation, l'exportation et l'importation des marchandises, ainsi que pour le magasinage, d'autres péages ou droits quelconques que ceux auxquels sont tenus les sujets hano-

vriens eux-mêmes. Ces péages et droits seront réglés d'un c
mun accord entre l'Hanovre et la Prusse, et le tarif ne p
être changé ensuite que d'un commun accord.

Les prérogatives et libertés spécifiées ici s'étendront
ment aux sujets hanovriens qui navigueront sur la parti
rivière de l'Ems qui reste à S. M. Prussienne.

4) Les sujets prussiens ne seront point tenus de se
des négocians d'Emden pour le trafic qu'ils font pour le
et il leur sera libre de faire le négoce avec leurs marcha
Emden, soit avec des habitans de cette ville, soit avec de
gers, sans payer d'autres droits que ceux auxquels seront
les sujets hanovriens, et qui ne pourront être haussés qu
commun accord.

S. M. le Roi de Prusse, de Son côté, s'engage à a
aux sujets hanovriens la libre navigation sur le Can
Stecknitz, de manière qu'ils n'y seront tenus qu'aux
droits qui seront payés par les habitans du Duché de Lau
S. M. Prussienne s'engage, en outre, d'assurer ces a
aux sujets hanovriens, aussi dans le cas que le Duché de
bourg fût cédé par Elle à un autre Souverain.

Article VI.

S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bret
d'Irlande, Roi d'Hanovre, et S. M. le Roi de Prusse co
mutuellement à ce qu'il existe trois routes militaires p
états respectifs, savoir:

1) Une de Halberstadt par le pays de Hildesheim à M

2) Une seconde, de la Vieille-Marche, par Gifhorn
stadt a Minden;

3) Une troisième d'Osnabrueck, par Ippenbueren et
à Bentheim.

Les deux premières en faveur de la Prusse, et la tr
en faveur du Hanovre.

Les deux Gouvernemens nommeront, sans délai, u
mission, pour faire dresser, d'un commun accord, les ré
nécessaires pour lesdites routes.

Article VII.

Les militaires en activité de service auprès de l'une et de l'autre des deux hautes Puissances contractantes et natifs des [illegible] cédés par l'une de celles-ci à l'autre en vertu de la présente [illegible]vention, seront renvoyés dans leur patrie dans l'espace d'un [illegible] à dater de l'échange des ratifications de la présente Convention ; [illegible] officiers de tout grade pourront, s'ils le préfèrent, continuer [illegible]rvice auquel ils sont actuellement attachés.

Les pensions des militaires de tout grade continueront à [illegible] payées par celle des puissances qui les a accordées.

Article VIII.

Les hautes parties contractantes s'engagent à se remettre [illegible]roquement les titres domaniaux, documens et papiers, relatifs [illegible] provinces et districts réciproquement cédés, dans le terme [illegible]ux mois, à dater du jour de la remise de chacune desdites [illegible]ces ou districts. La même disposition s'étendra aux plans [illegible]ies des villes et pays ci-dessus mentionnés.

Article IX.

Dans tous les pays cédés ou échangés par la présente Con[illegible]n, le nouveau possesseur se chargera des dettes spéciale[illegible] hypothéquées sur le sol desdits pays, et de celles contractées [illegible]es dépenses faites pour l'amélioration effective de ces pays. [illegible] dettes contractées constitutionnellement au nom du pays, [illegible]culièrement celles qui dans le Duché de Lauenbourg ont été [illegible] depuis 1798 pour subvenir aux frais de la ligne de démar[illegible]n et à ceux causés par l'occupation française, seront recon[illegible] dettes du pays, et il sera avisé avec le concours des états [illegible]ciaux aux moyens pour le remboursement prompt et exact [illegible]pitaux et des intérêts.

Article X.

Le Bailliage de Meppen appartenant au Duc d'Aremberg, [illegible] que la partie de Rheina-Wolbeck, appartenant au Duc de [illegible]-Corswarem, qui dans ce moment se trouvent provisoirement [illegible]pés par le Gouvernement Hanovrien seront placés dans les [illegible]ens avec le Royaume d'Hanovre que la Constitution fédéra-

tive de l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés. Gouvernemens Hanovrien et Prussien s'étant néanmoins ré dans l'article XLIII du procès-verbal du 13. février menti de convenir dans la suite, s'il étoit nécessaire, de la fix d'une autre frontière par rapport au Comté appartenant au de Looz-Corswarem, lesdits Gouvernemens chargeront la mission qu'ils nommeront pour la délimitation de la part Comté de Lingen, cédée au Hanovre, de s'occuper de l susdit, et de fixer définitivement les frontières de la par Comté appartenant au Duc de Looz-Corswarem, qui doit, qu'il est dit, être occupée par le Gouvernement Hanovrien.

Les rapports entre le Gouvernement d'Hanovre et le C de Bentheim resteront tels qu'ils sont réglés par les traité pothéqués existans entre S. M. Britannique et le Comte d heim; et après que les droits qui découlent de ce traité éteints, le Comté de Bentheim se trouvera envers le R d'Hanovre dans les relations que la Constitution Fédér l'Allemagne réglera pour les territoires médiatisés.

Article XI.

S. M. le Roi de Prusse désirant faire quelques écha territoire avec S. A. S. le Duc de Brunswic, pour purifie territoires respectifs, S. M. le Roi du Royaume uni de la Bretagne et d'Irlande, Roi d'Hanovre, s'engage à faire to dépendra de Lui pour porter S. A. S. à ces arrangemens les faciliter, et consent d'avance aux cessions desquelles parties pourroient convenir. Le présent article s'étendra lièrement sur Calvoerde et Walkenried, sans être ab restreint à ces deux endroits.

Article XII.

S. M. Britannique, Roi d'Hanovre, afin de conco voeux de S. M. Prussienne, de procurer un arrondisse territoire convenable à S. A. S. le Duc d'Oldenbourg, p Lui céder un district renfermant une population de c habitans.

Article XIII.

Le présent Traité sera ratifié et les Actes de ratific

ont échangés dans le terme de quatre semaines, ou plutôt si
on se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et
mis du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le vingt-neuf mai, l'an de grâce mil-huit-
cent-quinze.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Le Comte de Muenster.
(L. S.) Signé: Le Comte de Hardenberg.

a) Vergl: Tractat zwischen Hannover und Preussen die Entschädigung wegen Schaumburg betreffend, d. d. Paris den 29. September 1815.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 652.
Dieser Vertrag wurde abgeschlossen, um die Entschädigung zu bestimmen, welche dem Königreiche Hannover für den kurhessischen Antheil an der Grafschaft Schaumburg gebührte, dessen Abtretung von Kurhessen nicht zu erlangen war. Preussen entsagte deshalb dem ihm aus dem Staatsvertrage vom 29. Mai 1815 zustehenden Anrechte auf die Erwerbung und den erb- und eigenthümlichen Besitz:
des Amtes Elbingerode, und
des zu dem Herzogthum Lauenburg gehörigen Amtes Neuhaus, nebst den in diesem Amte oder zwischen demselben und dem Mecklenburgischen Gebiete eingeschlossenen auf dem rechten Ufer belegenen Lüneburgischen Ortschaften und Ländereien.
Ferner: den Staatsvertrag, betreffend die Berichtigung der streitigen Hoheitsgränze zwischen den Königreichen Preussen und Hannover auf dem rechten und linken Weserufer, ferner den damit in Verbindung stehenden Austausch der sogenannten Mengedörfer, so wie die Ueberweisung der nach den Tractaten vom 29. Mai und 23. September 1815 von der Krone Preussen der Krone Hannover annoch zu gewährenden 1654 Seelen, abgeschlossen zu Bückeburg am 25. November 1837.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XVIII. p. 468.

G. (Nr. VII.)

Convention entre la Prusse et le Grand-Duc Saxe-Weimar, du 1. juin 1815 *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse désirant mettre en ex
les dispositions qui ont été stipulées au Congrès de Vie
faveur de S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar,
S. M. Prussienne a pris sur Elle de remplir, et, tant
S. A. R. le Grand-Duc, ayant résolu de conclure un Tra
ticulier pour cet effet, les deux Souverains ont nommé
nipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce
relatif a cet objet, savoir:

S. M. le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état,
valier des grands ordres de l'aigle noire, de l'aigle ro
celui de St. Jean de Jérusalem et de la croix de fer de
de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de St
de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'ordre
de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la légion-d'h
Grand'-Croix de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de
St. Hubert de Bavière, de l'ordre suprême de l'Annonc
Sardaigne, Chevalier de l'ordre des séraphins de Suède,
de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle d'or de Wurtembe
plusieurs autres, Son premier Plénipotentiaire au Con
Vienne; et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humbold
Ministre d'état, Chambellan, et Envoyé extraordinaire et

Plénipotentiaire près de S. M. I. et R. A., Chevalier du grand Cordon de l'aigle rouge, de celui de la croix de fer de Prusse, et Commandeur de celui de Ste. Anne de la première classe de Russie, Son second Plénipotentiaire au Congrès de Vienne;

Et S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar:

Le Sieur Erneste Auguste Baron de Gersdorff, Son Conseiller intime actuel;

Lesquels après avoir échangé leurs plenipouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

S. M. le Roi de Prusse s'engage à céder de la masse de Ses Etats, tels qu'ils ont été fixés et reconnus par les stipulations du Congrès de Vienne, à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, des districts de la population de cinquante mille habitans, ou environ, ou voisins de la Principauté de Weimar.

S. M. Prussienne s'engage également à céder à S. A. R., une partie de la Principauté de Fulde qui Lui a été remise en vertu des mêmes stipulations, des districts de la population de trente-mille habitans.

S. A. R. le Grand-Duc de Weimar possédera les susdits districts en toute souveraineté et propriété, et les réunira à perpétuité à Ses états actuels.

Article II.

Les districts et territoires qui devront être cédés à S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, en vertu de l'article précédent, seront déterminés par une Convention particulière, et S. M. le Roi de Prusse s'engage à conclure cette convention, et à faire remettre les susdits districts et territoires dans le terme de deux mois à dater de l'échange des ratifications du présent Traité.

Article III.

Afin de répondre toutefois au désir qui Lui en a été témoigné par S. A. R. le Grand-Duc de Saxe-Weimar, S. M. le Roi de Prusse cède dès à présent et promet de faire remettre à S. A. R., dans le terme de quinze jours, à dater de la signature du présent Traité, les districts et territoires suivans, savoir:

La Seigneurie de Blankenhayn, avec la réserve toutefois que le Bailliage de Wandersleben, appartenant à Unter-Gleichen, ne soit point compris dans cette cession;

La Seigneurie inférieure (*niedere Herrschaft*) de Kirchheilingen;

Les Commanderies de l'Ordre Teutonique Zwaetzen, Lehesten et Liebstaedt, avec leurs revenus domaniaux, lesquelles, faisant partie du Bailliage d'Eckartsberga, forment les enclaves dans le territoire de Saxe-Weimar ainsi que toutes les autres enclaves situées dans la Principauté de Weimar, et appartenant audit Bailliage;

Le Bailliage de Tautenbourg, à l'exception de Drohndorf, Görschen, Wethabourg, Wetterscheid et Moelischuetz, qui resteront à la Prusse;

Le village de Remssla, ainsi que ceux de Klein-Brembach et Berlstedt, enclavés dans la Principauté de Weimar et appartenant au territoire d'Erfourt;

La propriété des villages de Bischofsroda et Probstzella, enclavés dans le territoire d'Eisenach, dont la souveraineté appartient déjà a S. A. R. le Grand-Duc.

La population de ces différens districts entrera dans celle de cinquante mille âmes, assurée à S. A. R. le Grand-Duc par l'article I, et en sera décomptée.

Article IV.

Tous les arrangemens accessoires qui sont une suite des cessions stipulées à l'article III, relativement aux dettes, archives, caisses publiques et autres objets de la même nature, feront partie de la Convention particulière mentionnée à l'article II.

S. A. R. le Grand-Duc s'engage spécialement à Se charger pour les districts qu'il possédera dans la Principauté de Fulda, dans la proportion de ses possessions, de Sa part aux obligations que tous les nouveaux possesseurs du ci-devant Grand-Duché de Francfort auront à remplir.

Article V.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le terme de quatre semaines.

En foi de quoi les Plénipotentiaires dénommés ci-dessus l'ont signé, et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le premier juin, l'an de grâce mil-huit-cent-quinze.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Le Baron de Gersdorff.

a) Vergl: Convention territoriale entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. R. le Grand-Duc de Weimar, signée à Paris le 22. septembre 1815.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 323.
Convention entre la Prusse et le Grand-Duché de Saxe-Weimar pour l'exécution des traités de Vienne du 9. juin 1815 et de Paris du 22. septembre 1815, et pour régler les compensations dues par rapport aux territoires appartenant ci-devant à la Saxe-Royale, signée à Berlin le 1. mai 1826.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. X. p. 2. p. 924.

H. (Nr. VIII.)

Convention entre la Prusse et les Duc et Prince Nassau, du 31. Mai 1815.

Da, in Uebereinkunft der zum Congresse in Wien v nigten Mächte die Oranischen Erblande des Königs Preussen Majestät zur Entschädigung überwiesen sind dabei eine Ausgleichung der Territorial-Verhältnisse m Herrn Herzogs und Herrn Fürsten zu Nassau lauchten ausdrücklich vorbehalten worden ist, so haben

Sr. Majestät der König von Preussen:

Ihren Staatskanzler, Fürsten von Hardenberg, des grossen schwarzen und rothen Adler-, des St. Joha und des eisernen Kreuzes Ordens, so wie des Kaiserlich schen St. Andreas-, St. Alexander-Newsky- und St. A Ordens erster Klasse, Grosskreuz des Ungarischen St. phans-, der Ehrenlegion, des Spanischen St. Carls-, des Sardinischen Annunciade-Ordens, des Schwedischen Serap des Dänischen Elephanten-, des Baierischen St. Huberts- Würtembergischen goldenen Adler-, und mehrerer anderer Ritter, Ihren ersten Congress-Bevollmächtigten;

Und Ihre Durchlauchten der Herr Herzog und Fü Nassau:

Ihren dirigirenden Staats-Minister und Congress-B mächtigten, den Herrn Ernst Franz Ludwig Marschal Biberstein, Grosskreuz des Badenschen Ordens der Tr

bevollmächtigt, diese Ausgleichung abzuschliessen, nach gegenseitig ausgewechselten Vollmachten über nachst Artikel übereingekommen sind:

Artikel I.

Von Ihren Durchlauchten dem Herrn Herzoge und Herrn Fürsten zu Nassau werden an Sr. Majestät den König von Preussen *) mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit abgetreten die nachstehenden Aemter, Kirchspiele und Ortschaften:

1) das Amt Linz;
2) das Amt Altenwied;
3) das Amt Schönberg;
4) das Amt Altenkirchen;
5) das Kirchspiel Hamm, ehemals zum Amte Hachenburg gehörig;
6) das Amt Schönstein;
7) das Amt Freusburg;
8) das Amt Friedenwald;
9) das Amt Dierdorf;
10) derjenige abgesonderte Theil des Amtes Hersbach, der an Altenkirchen stösst;
11) das Amt Neuerburg;
12) das Amt Hammerstein, mit Irlich und Engers;
13) das Amt Huddersdorf;
14) die Stadt Neuwied;
15) von dem Amte Vallendar die Gemeinen Gladbach, Heimbach, Weiss, Sayn, Mühlhofen, Bendorf, Weltersburg, Vallendar und Mallendar;
16) von dem Amte Ehrenbreitstein die Gemeinen Nieder-Werth, Niederberg, Urbar, Immendorf, Neudorf, Arenberg, Ehrenbreitstein mit den Mühlen Arzheim, Pfaffendorf und Horchheim;
17) das Amt Braunfels;
18) das Amt Greifenstein;
19) das Amt Hohen-Solms.

Artikel II.

Von Sr. Majestät dem Könige von Preussen werden dagegen an Ihre Durchlauchten den Herrn Herzog und Herrn Fürsten zu Nassau, mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit, abgetreten:

1) die drei Oranien-Nassauischen Fürstenthümer Die
Hadamar und Dillenburg, mit Einschluss der hierun
begriffenen Herrschaft Beilstein und mit Ausschluss
Aemter Burbach und Neunkirchen;
2) ferner von dem Fürstenthume Siegen, und den Aem
Burbach und Neunkirchen, eine Bevölkerung von zw
tausend Einwohnern, in solchen Gemeinen, welche
an das Fürstenthum Dillenburg anschliessen;
3) endlich die Herrschaften Westerburg und Schadeck,
der vormals Bergische Antheil des Amtes Runkel.

Artikel III.

Die Ausmittelung des nach obiger Bestimmung abzut
den Antheils des Fürstenthums Siegen und der Aemter Bur
und Neunkirchen soll in der kürzesten Frist, und spätest
vier Wochen nach Auswechselung der Ratificationen des
wärtigen Tractats, auch in jedem Falle noch vor der
ergreifung von diesen oranischen Landestheilen durch g
schaftlich zu ernennende Commissarien bewirkt werden.
Commissarien sollen dabei von dem Grundsatze der Con
und des Anschlusses dieser Landestheile an beide Territori
von der Rücksicht vorzüglich ausgehen, dass der Zusa
hang der Communal-, kirchlichen und gewerblichen V
nisse, letzteres namentlich auch in Bezug auf den Bergbau,
fältig beachtet werden.

Auf den Fall, dass sich die Commissarien über den
oder den andern dieser Punkte nicht vereinigen könnten,
sie ermächtigt, auf die Entscheidung eines von ihnen sel
meinschaftlich ernannten Obmanns zu compromittiren, bei
Entscheidung es sein Verbleiben haben soll.

Artikel IV.

Die wechselseitig, in Gemässheit der Artikel I., I
abzutretenden Aemter und Landestheile gehen an den k
Besitzer über, mit den ganzen Gemarkungen der dazu ge
Gemeinen, so wie mit allem darin befindlichen Staat
Domanial-Eigenthum, wie dasselbe Namen haben
aus welchem Titel dasselbe früher erworben seyn mag
Theil wird Enclaven im Gebiete des andern besitzen, und

ich sind die Abteyen Kommersdorf, Sayn, Niederwerth und
lasselich, welche in den nach dem Artikel I. abzutretenden Ge-
enen liegen, mit ihrem in der preussischen Begränzung liegen-
n Eigenthum, in dem preussischen Landesantheil begriffen.

Auch begeben sich beide Theile aller und jeder dem einen
eile in dem Staatsgebiete des andern zustehenden Einkünfte,
heits-, Lehns- und anderen Gerechtsame, wie dieselben Namen
en mögen.

Die Münzgeräthschaften zu Ehrenbreitstein, die fürstlichen
blien zu Engers, und die fürstlichen Jagdschiffe, bleiben dem
rzoglich und fürstlich Nassauischen Hause, zur Wegnahme
nen drei Monaten nach Auswechselung der Ratificationen,
chalten.

Artikel V.

Um die Fortification und Vertheidigung der, in dem von
nischer Seite abgetretenen Territorio gelegenen, ehemali-
Festung Ehrenbreitstein, im Falle deren Wieder-
nung, vollkommen sicher zu stellen, wird festgesetzt, dass
upt und ohne Ausnahme, innerhalb der Entfernung von
end fünfhundert rheinländischen Ruthen von der Festung,
in den Gemarkungen solcher Orte, die etwa unter nassau-
r Hoheit verblieben seyn möchten, gegen Entschädigung der
deigenthümer und der Territorial-Verhältnisse unbeschadet,
königlich preussischer Seite zu Militair-Zwecken bestimmte
lten angelegt werden können.

Artikel VI.

Um die Handelsverhältnisse des Herzogthums Nas-
durch die Artikel I. bestimmten Abtretungen nicht zu be-
nken, wird hiemit festgesetzt, dass die Einfuhr von dem
ne und die Ausfuhr nach dem Rheine, auf den durch Ehren-
tein und Vallendar an diesen Fluss gehenden Strassen dem
gthume nicht erschwert, oder mit neuen Belästigungen des
eis belegt werden solle.

Artikel VII.

Wegen der Revenüen-Rückstände und Aerarial-
räthe in den abgetretenen Landestheilen sollen die näm-

lichen Grundsätze in Ausübung gebracht werden, welche in A
sehung der Revenüen-Rückstände und Aerarial-Vorräthe ge
S. M. den König der Niederlande in denjenigen Landesth
festgesetzt und beobachtet werden, welche aus dem Besitz
Majestät des Königs von Preussen an Höchstdieselben üb
gegangen sind.

Artikel VIII.

Wegen der auf den abgetretenen Landestheilen haften
Schulden wird festgesetzt:

a) dass die Particular-, Gemeinen-, Kirchspiels-, A
und Landes- oder Provincial-Schulden, mit den betroffenen
meinen, Kirchspielen, Aemtern und Ländern oder Provinz
den künftigen Besitzer übergehen, und auf demselben h
bleiben. Da, wo eine Theilung der Aemter und Länder
Provinzen Statt findet, werden die Particular-, Amts- und
des-Schulden nach eben dem Fusse und Maassstabe auf
Theile vertheilt, nach welchem die getrennten Theile zu de
zinsung und Capital-Rückzahlung, oder, wenn diess nich
zumitteln ist, überhaupt zu gemeinschaftlichen Ausgaben
tragen haben.

b) Die herzoglich nassauischen Staats- und Kammer-Ka
Schulden sollen, nach Constatirung der auf den Staats-
Kammer-Kassen am 31. December haftenden Schulden
nach Verhältniss des reinen Revenüen-Betrages, welcher a
abgetretenen Territorien in die Central-, Staats- und Ka
Kassen nach dem Durchschnitte der letzten fünf Jahre vor
Jahre 1812 geflossen ist, mit Hinzufügung des reine
venüen-Betrags des Amtes Runkel vom Jahre 1814, zwi
beiden Paciscenten getheilt werden.

c) Die nassau-oranischen Staats- und Kammerschulden
den nach eben diesem Maassstabe unter zu Grundelegung
ben Termins, jedoch nach dem Durchschnitte der oranien
sauischen reinen Kammer-Revenüen von den fünf Jahren
bis 1805 einschliesslich, welchen jedesmal der reine Ertr
Herrschaften Westerburg und Schadeck vom Jahre 1814
fügen ist, unter den beiden Paciscenten getheilt.

d) Ausgenommen von dieser Abtheilung sind die ehe

...sau-saarbrückischen, auf die herzoglich nassauischen Staats-...en übernommenen, noch passive ausstehenden Schulden. ...se bleiben dem herzoglich nassauischen Hause ausschliesslich ...r Last.

Artikel IX.

Diejenigen Staats-Pensionen, welche wegen in den ...zelnen Landestheilen geleisteter Local-Dienste bewilliget wor... sind, oder auf darin gelegenen säcularisirten Gütern ruhen, ...rhaupt ihrem Ursprunge nach einzelnen Landestheilen ange...n, sind von derjenigen Seite ferner zu berichtigen, in deren ...tz die Objekte übergehen, oder verbleiben, auf welchen sie ...m Ursprunge nach geruhet haben.

Militair-Pensionen fallen der Regierung zur Last, die den ...desantheil besitzt, aus dem die zu pensionirenden Militair-...onen gebürtig sind.

Die übrigen in diese Categorie nicht gehörigen Staats-Pen...irs werden nach dem Revenüen-Verhältnisse wie die Staats-...den abgetheilt. Leibrenten werden wie Schulden behandelt, ...e nachdem sie auf einzelnen Landestheilen oder auf dem ...en haften, ganz oder antheilsweise von beiden Theilen über...en.

Artikel X.

Die Local-Diener gehen mit den abgetretenen Territo... über. Bei getheilten Aemtern übernimmt sie derjenige ..., dem die Gemeine zufällt, in der sie bisher ihren Wohnort ...t haben.

Sämmtliche Central- und Provincial-Diener, die zu den ad...trirenden Stellen zu Wiesbaden, Weilburg, Diez und Dil...rg gehören, verbleiben Nassau, oder gehen an Nassau ..., die zu Ehrenbreitstein angestellten übernimmt Preussen.

Diejenigen Central-Diener, welche ihre Dienste bei einer ...der andern Regierung nicht fortsetzen können, oder deren ...tzung in den Quiescenten-Stand von einer oder der andern ... in den nächsten drei Monaten nach Abschluss gegenwär... Vertrags beschlossen wird, werden nach Maassgabe des ...uischen Edikts vom 3. und 6. December 1811 pensionirt, ...mit Quiescenten-Gehalten versehen, welche pro rata, nach

dem bei der Schuldenabtheilung angenommenen Maassstabe, gemeinschaftlich bezahlt werden sollen. Kein übernommener Staatsdiener soll weniger günstig behandelt werden, als das gezogene Edikt bestimmt.

Artikel XI.

Alle in den wechselseitig abgetretenen Landestheilen gebürtigen Militair-Personen, welche in einem geringeren Dienstrange als dem eines Oberofficiers stehen, werden, nach geschehenem gegenwärtig bevorstehenden Feldzuge, an die Militairbehörden desjenigen Staats abgegeben, zu welchem ihre Geburtsörter gehören. Bis zu diesem Zeitpunkte setzen sie ihre jetzigen Militair-Dienste fort.

Oberofficiere werden von dem Staate, in dessen Gebiet ihr Geburtsort fällt, nicht gehindert werden, ihre Dienste bei dem andern paciscirenden Staate, wenn sie diese vorziehen, fortzusetzen.

Artikel XII.

Die in den Zucht-, Arbeits- und Irrenhäusern befindlichen Verbrecher und Wahnsinnige werden nach den Geburtsorten an die betreffenden Behörden abgegeben.

Artikel XIII.

Archive und Registraturen werden, nach Maassgabe der Territorial-Veränderungen, abgesondert, und beiden Theilen die auf ihre Landesantheile sich beziehenden Aktenstücke geliefert.

Artikel XIV.

Preussen übernimmt diejenigen Verpflichtungen des herzoglich nassauischen Hauses, welche wegen der taxischen Posten auf den an dasselbe abgetretenen Ländertheilen haften.

Artikel XV.

Die grosse Landstrasse von Giessen durch das herzoglich nassauische Gebiet nach Ehrenbreitstein, wird eine Militair-Strasse für Preussen zur Verbindung zwischen Erfurt und Coblenz.

Es sollen für dieselbe eben die Bestimmungen gelten, welche für die preussischen Militairstrassen durch die [illegible]

növerischen und kurfürstlich hessischen Staaten angenommen erden.

Artikel XVI.

Zur endlichen Auseinandersetzung aller einer näheren usgleichung noch bedürfenden Punkte, namentlich r Schulden, Pensionen und Staatsdienerschaft-Verhältnisse, rden, gleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen rtrags, von beiden Seiten Commissarien ernannt werden, die Wiesbaden zusammentreten, um das Geschäft in der mögt kürzesten Zeit zu beendigen. Sie werden solche Maassln zu ergreifen bevollmächtigt seyn, dass der Zinsenlauf von Staatsschulden und die Zahlung der Pensionen nicht in's cken gerathe, der Credit der Staatspapiere nicht gefährdet der Kassendienst nicht unterbrochen werde.

Artikel XVII.

Da in den zwischen des Königs von Preussen und des gs der Niederlande Majestäten, über die gegenwärtigen seitigen Cessionen gleichzeitig abgeschlossenen Vertrag ein kel aufgenommen worden ist, welcher wörtlich folgenderssen lautet:

Article.

„Il sera nommé incessamment par S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas une commission pour régler tout ce qui est relatif à la cession des possessions nassauviennes à S. M., par rapport aux archives, dettes, excédens des caisses et autres objets de la même nature. La partie des archives qui ne regarde point les pays cédés, mais la Maison d'Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, collection des cartes et autres objets pareils, appartient à la propriété particulière et personnelle de S. M. le Roi des Pays-Bas, restera à S. M., et Lui sera aussitôt remis. Une partie des susdites possessions étant échangée contre des possessions des Duc et Prince de Nassau, S. M. le Roi de Prusse s'engage, et S. M. le Roi des Pays-Bas consent à faire transférer l'obligation stipulée par le présent article sur Leurs AA. SS. les Duc et Prince de Nassau pour la partie desdites possessions qui sera réunie à Leurs Etats;“

so verpflichten sich Ihre Durchlauchten der Herr Herzog u
Herr Fürst zu Nassau die in demselben von des Königs v
Preussen Majestät übernommenen Verpflichtungen in so w
ganz in gleicher Art zu erfüllen, als dieselben die jetzt an I
Durchlauchten übergehenden, vormals oranischen, Länder
Ländertheile betreffen.

Artikel XVIII.

Die Ratificationen sollen innerhalb vier Wochen, oder
wenn es seyn kann, ausgewechselt, auch die abzutretenden
terthanen gleichzeitig ihrer Pflichten gegen die vorige Regie
entbunden werden.

Dess zu Urkund haben die unterzeichneten Bevollmächtig
vorstehenden Vertrag eigenhändig vollzogen und mit ihrem
siegel bedrucken lassen.

So geschehen Wien, den 31. Mai 1815.

(L. S.) Fürst von Hardenberg.
(L. S.) Marschall von Bieberst

Traduction du présent Traité [b]).

Les possessions héréditaires de la Maison d'Orange
été transmises, comme indemnité, à S. M. le Roi de Pru
vertu des stipulations convenues entre les Puissances réun
Congrès de Vienne, et un arrangement territorial avec LL.
SS. les Duc et Prince de Nassau ayant été expressément ré

S. M. le Roi de Prusse a nommé, pour conclu
arrangement,

Son Chancelier d'Etat, Prince de Hardenberg, Che
des grands Ordres de l'Aigle noire, de l'Aigle rouge, de
de St. Jean de Jérusalem et de la Croix de fer de Prus
ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste.
de Russie de la première classe, Grand'-Croix de l'Ordre
de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la Légion
neur, Grand'-Croix de l'Ordre de St. Charles d'Espagn
l'Ordre suprême de l'Annonciade de Sardaigne, Chevali
l'Ordre des Séraphins de Suède, de celui de l'Eléphant de

re, de celui de St. Hubert de Bavière, de celui de l'Aigle d'or Wurtemberg et de plusieurs autres, premier Plénipotentiaire Congrès de Vienne;

Et Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Prince de assau,

Leur Ministre d'Etat dirigeant, et Plénipotentiaire au Con-s, Ernest François Louis Marschall de Biberstein, nd'-Croix de l'Ordre de la Fidélité de Bade;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, sont venus des articles suivans:

Article I.

Leurs Altesses Sérénissimes les Duc et Prince de Nassau nt à S. M. le Roi de Prusse, en toute souveraineté et pro-é, les bailliages, paroisses et endroits suivans:

1) Le bailliage de Linz,
2) celui d'Altenwied,
3) celui de Schoenberg,
4) celui d'Altenkirchen,
5) la paroisse de Hamm, faisant anciennement partie du bailliage de Hachenbourg,
6) le bailliage de Schoenstein,
7) celui de Freusbourg,
8) celui de Friedenwald,
9) celui de Dierdorf,
10) la partie détachée du bailliage de Hersbach qui confine à Altenkirchen,
11) le bailliage de Neuerbourg,
12) celui de Hammerstein avec Irlich et Engers,
13) le bailliage de Huddersdorf,
14) la ville de Neuwied,
15) les Communes de Gladbach, Heimbach, Weiss, Sayn, Muehlhofen, Bendorf, Weitersbourg, Vallendar et Mallendar, faisant partie du bailliage de Vallendar;
16) les Communes de Nieder-Werth, Niederberg, Urbar, Immendorf, Neudorf, Arenberg, Ehrenbreitstein avec les moulins Arzheim, Pfaffendorf et Horchheim, faisant partie du bailliage d'Ehrenbreitstein;

17) le bailliage de Braunfels,
18) celui de Greifenstein,
19) celui de Hohensolms.

Article II.

S. M. le Roi de Prusse, de Son côté, cède à LL. AA. les Duc et Prince de Nassau avec tous les droits de souver et de propriété:

1) Les trois Principautés anciennement possédées par l son de Nassau-Orange, Dietz, Hadamar et Dillen y compris la Seigneurie de Beilstein; mais à l'exc des bailliages de Burbach et de Neunkirchen;
2) une partie de la Principauté de Siegen et des bailli Burbach et de Neunkirchen renfermant une popula douze mille habitans, et composée de communes con à la Principauté de Dillenbourg;
3) enfin les Seigneuries de Westerbourg et Schadeck, partie du bailliage de Runkel qui appartenoit ci-de Grand-Duché de Berg.

Article III.

La partie de la Principauté de Siegen et des baill Burbach et de Neunkirchen qui d'après l'article ci-dessus être cédée, sera déterminée par des Commissaires nomm les deux hautes Parties contractantes dans le plus court d au plus tard dans les quatre semaines qui suivront imm ment la ratification du présent Traité, mais en tout cas prise de possession de ces provinces de la Maison de N Orange. Les Commissaires se conformeront au princip contiguité de ces portions avec les territoires respectifs, et un soin particulier pour que les rapports communaux, siastiques et industriels, actuellement existans, soient tenus; sous les rapports industriels sont spécialement c ceux qui regardent l'exploitation des mines.

Dans le cas où ces Commissaires ne pourroient p corder sur l'un ou l'autre de ces objets, ils sont autorisés promettre sur un arbitre, nommé par eux-mêmes, qui sans autre recours.

Article IV.

Les bailliages et portions de territoire à céder réciproquement, en conformité des articles I., II. et III., passeront au futur possesseur avec la totalité des banlieues des communes qui y appartiennent, ainsi qu'avec toutes les propriétés publiques et domaniales que ces territoires renferment, sous quelque dénomination qu'elles s'y trouvent, ou quel soit le titre auquel elles puissent avoir été acquises. Aucune partie ne possédera des enclaves dans le territoire de l'autre, et nommément les abbayes de Sommersdorf, Sayn, Nieder-Werth et Basselich, qui sont situées dans les communes cédées par l'article I., seront comprises dans le territoire Prussien avec leurs propriétés enclavées dans les limites prussiennes.

Les deux Parties contractantes renoncent réciproquement pour en faveur de l'autre à tous revenus, droits de suzeraineté, de feodalité ou autres, de telle nature qu'ils puissent être, qui leur appartiendroient à l'une d'elles dans le territoire de l'autre.

Les ustensiles de la monnoye à Ehrenbreitstein, les meubles qui se trouvent au château d'Engers, et les Yachts appartenant à LL. AA. SS. les Duc et Prince de Nassau Leur sont réservés pour être enlevés dans l'espace de trois mois, à dater de la ratification du présent Traité.

Article V.

Pour assurer et compléter les fortifications et la défense de l'ancienne forteresse d'Ehrenbreitstein, située dans le territoire cédé par la Maison de Nassau, dans le cas où l'on jugeât convenable de la rétablir, il est stipulé, qu'en général la Prusse pourra faire des travaux militaires partout où elle le voudra à la distance de quinze cents perches d'Allemagne (*Rheinländische Ruthen*) de la forteresse, même dans les communes qui pourroient être restées sous la souveraineté Nassauvienne, en indemnisant toutefois les propriétaires et sans préjudice des rapports territoriaux.

Article VI.

Pour empêcher que les cessions convenues par l'article I., n'entendent au détriment du commerce du Duché de Nassau, il est convenu, que l'importation par le Rhin et l'exportation par

ce fleuve, par le moyen des routes allant au Rhin par Ehrenbr stein et Vallendar, ne seront soumises à aucunes entraves rapport aux habitans du Duché, ni assujetties à de nouv charges.

Article VII.

A l'égard des arrérages des revenus et des excédens caisses publiques, on mettra à exécution les principes qui o adoptés et qui sont observés, quant à ces mêmes objets, p S. M. le Roi des Pays-Bas dans les parties de territoire d possession a été transmise à Sadite Majesté par S. M. le R Prusse.

Article VIII.

Quant aux dettes des parties de territoire cédées, il convenu ce qui suit:

a) Que les dettes particulières des communes, par bailliages, districts ou provinces passent avec ces com paroisses, bailliages, districts ou provinces au futur poss et continueront d'y être affectées. Lorsque les bailliage stricts ou provinces sont partagés, les dettes particulières bailliages, districts ou provinces seront reparties entre le Gouvernemens dans la proportion dans laquelle les parties ont dû contribuer jusqu'à présent au payement des intérêts remboursement des capitaux; ou si cette proportion ne p être déterminée, dans celle dans laquelle ils ont en génér tribué aux dépenses communes.

b) Les dettes des caisses d'Etat et de la Chambre des fi du Duché de Nassau, telles que leur montant au 31. Déc 1814 aura été constaté, seront reparties entre les deux dans la proportion des revenus nets que les territoires cé annuellement versé dans les caisses centrales de l'Etat e Chambre des finances, en prenant pour moyen terme l années immédiatement antérieures à 1812, en ajoutant t à cette moyenne proportionelle le revenu net du baill Runkel dans l'année 1814.

c) Les dettes de l'Etat et de la Chambre des finan Princes de Nassau-Orange seront reparties entre les deux contractantes dans la proportion et d'après l'époque qu'e

déterminer, en prenant pour moyen terme les revenus nets de Chambre de Nassau-Orange dans les cinq années de 1801 à , et ajoutant pour chacune de ces années le revenu net des ueries de Westerbourg et de Schadeck tel qu'il a été en 1814.

d) Les dettes provenant de Nassau-Saarbrueck, dont la se d'Etat du Duché de Nassau pourroit encore être grévée, ont pas comprises dans cette distribution. Elles resteront sivement à la charge de la Maison des Duc et Prince de au.

Article IX.

Les pensions qui ont été accordées pour services rendus à partie de territoire, ou qui proviennent des biens sécularisés és dans une de ces parties, en un mot, toutes les pensions d'après la nature de leur origine appartiennent à un territoire rticulier, seront payées par la partie qui possédera les objets auxquels elles étoient originairement affectées.

Les pensions militaires seront à la charge du Gouvernement ssédera le territoire d'où le pensionnaire est natif.

es autres pensions qui n'entrent pas dans cette catégorie, reparties dans la proportion des revenus, de la même manière qu'il a été dit pour les dettes publiques.

Les rentes viagères seront traitées à l'instar des dettes, et es en totalité ou en partie par les deux Gouvernemens, selon les portions de territoire ou le pays entier en sont grévés.

Article X.

Les fonctionnaires et employés locaux suivent les territoires . Dans les bailliages partagés, le Gouvernement auquel l'endroit de leur domicile actuel s'en chargera.

Tous les fonctionnaires centraux et provinciaux employés les administrations de Wiesbaden, Weilbourg, Dietz et bourg resteront à la Maison de Nassau, ou y passeront; use se charge de ceux d'Ehrenbreitstein.

Les fonctionnaires centraux qui ne peuvent continuer à l'un ou l'autre des deux Gouvernemens, ou auxquels l'un autre accordera leur retraite dans les trois mois qui suivront ellement la présente Convention, recevront les pensions, nsions de retraite fixées par l'Edit des Duc et Prince de

Nassau du 3. et du 6. décembre 1811; ces pensions seront payé
par les deux Gouvernemens au *prorata* de la proportion conve
à l'égard des dettes. Aucun fonctionnaire, dont l'un ou l'a
Gouvernement se sera chargé, ne sera traité moins favora
ment que ledit Edit ne l'a déterminé.

Article XI.

Tous les militaires nés dans un des territoires récipr
ment cédés, et qui n'ont pas rang d'officier, seront, apr
campagne dans laquelle on va entrer, remis aux autorités
taires du Gouvernement auquel leur endroit natal appartie
Jusqu'à cette époque ils continueront leur service actuel.

Les officiers ne seront pas empêchés par le Gouverne
auquel leur endroit natal reste ou passe, de continuer à se
s'ils le préfèrent, l'autre Gouvernement.

Article XII.

Les condamnés aux maisons de force ou de correctio
les gens en démence renfermés dans les hôpitaux, seront
aux Gouvernemens respectifs d'après les lieux de leur nais

Article XIII.

Les archives et dépôts d'écriture seront triés d'après l
tage des territoires, et chaque Gouvernement sera mis en p
sion des actes et instrumens qui se rapportent à la portion
est échue.

Article XIV.

La Prusse se charge des engagemens de la Maison
de Nassau relatifs aux postes de Taxis, autant que ces e
mens reposent sur les portions de territoire qui lui ont été

Article XV.

La grande route de Giessen à Ehrenbreitstein, qui tr
le pays de Nassau, formera une route militaire pour la
destinée à établir la communication entre Erfourt et Co
Tout ce qui aura été convenu à l'égard des routes mi
Prussiennes qui passent par les Etats du Roi d'Hanovre
l'Electeur de Hesse, sera appliqué à la susdite route de
à Ehrenbreitstein.

Article XVI.

Pour terminer définitivement tous les points qui exigent des ...gemens ultérieurs, nommément ce qui regarde les dettes, ...sions, et les fonctionnaires et employés, les deux Gouver...ens nommeront, immédiatement après la ratification du pré... Traité, des Commissaires qui se réuniront à Wiesbaden, ...fet de convenir, dans le plus bref délai possible, de tous ces ...gemens. Ils auront le pouvoir de prendre les mesures né...ires pour que le payement des intérêts des dettes publiques ...ui des pensions ne souffre pas d'interruption, que le crédit ...ets publics ne soit pas ébranlé, et que le service des caisses ...ne à se faire comme par le passé.

Article XVII.

Comme la Convention conclue le 31. mai entre LL. MM. ...i de Prusse et des Pays-Bas, relativement à des cessions ...oques, renferme un article ainsi conçu:

„Il sera nommé incessamment par S. M. le Roi de Prusse ...S. M. le Roi des Pays-Bas une Commission pour régler ...t ce qui est relatif à la cession des provinces Nassau-...anes à S. M. par rapport aux archives, dettes, excédens ...caisse et autres objets de la même nature. La partie des ...chives qui ne regarde point les pays cédés, mais la Maison ...Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, collection ...cartes et autres objets pareils, appartient à la propriété ...rticulière et personnelle de S. M. le Roi des Pays-Bas, ...tera à S. M. et Lui sera aussitôt remis. Une partie des ...dites possessions étant échangée contre des possessions ...Duc et Prince de Nassau, S. M. le Roi de Prusse s'en...ge, et S. M. le Roi des Pays-Bas consent à faire trans...rer l'obligation stipulée par le présent article sur LL. AA. ...les Duc et Prince de Nassau pour la partie desdites pos...ions qui sera réunie à Leurs Etats.“

...AA. SS. les Duc et Prince de Nassau s'engagent à ... au nom et place de S. M. le Roi de Prusse les obligations ...e y a contractées, pour autant que ces obligations concer...t territoires et parties de territoire de la Maison de Nas...ange qui, par le présent Traité, Leur sont cédées.

Article XVIII.

Les ratifications de cette Convention seront échangées d
l'espace de quatre semaines, ou plus tôt si faire se peut.

Les sujets cédés sont déliés à la fois des sermens de fi
qui les attacholent à leurs anciens Souverains.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont sign
présente Convention, et y ont fait apposer le cachet de l
armes.

Fait à Vienne, le 31. mai 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenbe
(L. S.) Signé: Marschall de Biberst

Article séparé au traité entre le Roi de Prusse
Duc et Prince de Nassau, signé à Vienne le 31. mai 18

Article séparé.

En concluant le Traité principal entre S. M. le
Prusse et LL. AA. les Duc et Prince d) de Nassau, le
signés Plénipotentiaires ont encore arrêté la convention
tuelle suivante:

Dans le cas où S. M. le Roi de Prusse, par suite des
gemens territoriaux qui vont être arrêtés avec la Hesse
rale, trouvoit moyen d'acquérir le Comté inférieu
Katzenellnbogen avec le parage de Hesse-Ro
bourg qui y est enclavé, S. M. s'engage à céder à LL
les Duc et Prince de Nassau le dit Comté, avec les propri
l'électeur de Hesse qui y ont situées, et avec les droits de
et les possessions de Hesse-Rothenbourg.

Par contre LL. AA. s'engagent à abandonner à S.
partie de la principauté de Siegen et des bail
de Burbach et de Neunkirchen, qui leur revient d
du traité principal, ainsi que le bailliage nassovien
bach, avec tous les droits et toutes les propriétés de la
ducale dans ce district. Toutes les dispositions du traité
pal sont applicables à cette cession éventuelle.

Cette convention particulière aura la même force ob

ue le traité principal, et les ratifications en seront échangées ans l'espace de quatre semaines.

En foi de quoi les soussignés Plénipotentiaires ont signé le ésent article séparé, et l'ont fait munir de leurs sceaux.

Fait à Vienne, le 31. mai 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.

(L. S.) Signé: Ernest François Louis Marschall de Biberstein.

) Vergl: Königl. Preuss. Besitzergreifungspatent vom 21. Juni 1815.

Gesetzsammlung für die Königl. Preuss. Staaten. 1815. S. 204.

) S: Edition officielle et collationnée avec le texte de l'instrument original déposé aux Archives de la Chancellerie de Cour et d'Etat etc. p. 198.

S: J. L. Klüber a. a. O. Bd. IX., S. 274.

Schoell, histoire abrégée des traités etc. Tom. XI. p. 619

der Edition officielle etc. findet sich dieser Artikel we- dem deutschen Texte des Vertrages vom 31. Mai 1815, noch französischen Uebersetzung.

Vergl. auch:

ds de S. A. S. S. le Duc de Nassau sur l'exécution de l'article séparé joint aut traité du 31. mai 1815 avec la Prusse, publiés en date du 17. octobre 1816.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 134—136.

Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau, 1816, Nr. 26.

Nicht „les Ducs et Princes" wie es z. B. durchweg in dem Abdruck dieses Artikels in F. Murhard nouveaux supplém. au recueil etc. fondé par G. F. de Martens etc. Tom. I. p. 446. 447. heisst.

J. (Nr. IX.)

Acte sur la Constitution Fédérative de l'Allemagne du 8. juin 1815 [a]).

a) Dieselbe ist, des Zusammenhanges wegen, in den zweiten Band aufgenommen worden.

K. (Nr. X.)

Traité entre le Roi des Pays-Bas et la Prusse, l'Angleterre, l'Autriche*) et la Russie du 31. mai 1815*).

*) Es folgt hier der zwischen dem Könige der Niederlande und dem Kaiser von Oesterreich abgeschlossene Vertrag.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et Bohême, et S. M. le Roi des Pays-Bas, désirant de mettre exécution et de compléter les dispositions du Traité de Paix ié à Paris le 30. mai 1814, qui, afin d'établir un juste équi- e en Europe, et de constituer les Provinces-Unies dans des positions qui les mettent à même de soutenir leur indépen- ce par leurs propres moyens, leur assure les pays compris e la mer, les frontières de la France et la Meuse, mais qui détermine point encore leurs limites sur la rive droite de ce ve; et LL. dites MM. ayant résolu de conclure pour cet effet Traité particulier, conforme aux stipulations du Congrès de ne, Elles ont nommé des Plénipotentiaires pour concerter, ter et signer tout ce qui est relatif à cet objet, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de ème:

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Prince de Metter- h-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la Toi- d'or, Grand'-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne, Che- er des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Anne de la première classe, Grand-Cordon de la Légion neur, Chevalier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre suprême Annonciade, de l'aigle noire et de l'aigle rouge, des Séra- , de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or

de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jéru
lem et de plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire
Marie-Thérèse, Curateur de l'Académie des beaux-arts, Ch
bellan, Conseiller intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autri
Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'état, des co
rences et des affaires étrangères, Son premier Plénipotentiair
Congrès; et

Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Che
Grand'-Croix de l'ordre militaire et religieux des Sts. Mauri
Lazare, Grand'-Croix de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse
celui de la couronne de Bavière, Chambellan et Conseiller i
actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Son s
Plénipotentiaire au Congrès;

Et S. M. le Roi des Pays-Bas:

Le Sieur Gerhard Charles Baron de Spaen de Voorst
den, membre du corps des nobles de la province de Gu
Envoyé extraordinaire de S. M. le Roi des Pays-Bas, P
d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, près la
de Vienne et l'un de Ses Plénipotentiaires au Congrès; et

Le Sieur Hanns Christophe Erneste, Baron de Ga
Grand'-Croix des ordres du lion de Hesse, et de la fidé
Bade, Plénipotentiaire de Sadite Majesté au Congrès de V

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs, t
en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans

Article I.

Les anciennes Provinces-Unies des Pays-Bas et les ci-
Provinces Belgiques, les unes et les autres dans les limites
par l'article suivant, formeront, conjointement avec les
territoires désignés dans le même article, sous la souve
de S. A. R. le Prince d'Orange-Nassau, Prince-Souver
Provinces-Unies, le Royaume des Pays-Bas, héréditair
l'ordre de succession déjà établi par l'acte de constitution
Provinces-Unies. S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de
et de Bohème, reconnoît le titre et les prérogatives de la
Royale dans la Maison d'Orange-Nassau.

Article II.

La ligne comprenant les territoires qui composeront

gaume des Pays-Bas, est déterminée de la manière suivante. Elle part de la mer et s'étend le-long des frontières de la France du côté des Pays-Bas, telles qu'elles ont été rectifiées et fixées par l'Article III. du Traité de Paris du 30. mai 1814, jusqu'à la Lys; et ensuite le-long des mêmes frontières jusqu'aux anciennes limites du Duché de Luxembourg. De là elle suit la direction des limites entre ce Duché et l'ancien Evêché de Liège, jusqu'à ce qu'elle rencontre (au midi de Deiffelt) les limites occidentales de ce canton et de celui de Malmédy, jusqu'au point où la dernière atteint les limites entre les anciens départemens de l'Ourthe et de la Roer; elle longe ensuite ces limites jusqu'à ce qu'elles touchent à celles du canton ci-devant français d'Eupen, et le Duché de Limbourg, et en suivant la limite occidentale de ce canton dans la direction du nord, laissant à droite une petite partie du ci-devant canton français d'Aubel, se joint au point de contact des trois anciens départemens de l'Ourthe, de la Meuse-inférieure et de la Roer; en partant de ce point, ladite limite suit celle qui sépare ces deux derniers départemens jusque-là elle touche à la Worm (rivière ayant son embouchure dans la Roer), et longe cette rivière jusqu'au point où elle atteint de nouveau la limite de ces deux départemens, poursuit cette limite jusqu'au midi de Hillensberg (ancien département de la Roer), monte de là vers le nord, et, laissant Hillensberg à droite et coupant le canton de Sittard en deux parties à peu près égales, de manière que Sittard et Susteren restent à gauche, arrive à l'ancien territoire hollandois; puis, laissant ce territoire à gauche, en suit la frontière orientale jusqu'au point ou celle-ci touche l'ancienne principauté autrichienne de Gueldre, du côté de Ruremonde, et, se dirigeant vers le point le plus oriental du territoire hollandois, au nord de Swalmen, continue à embrasser ce territoire.

Enfin, elle va joindre, en partant du point le plus oriental, l'autre partie du territoire hollandois, où se trouve Venloo; elle renfermera cette ville et son territoire. De là, jusqu'à l'ancienne frontière hollandoise, près de Mook, situé au-dessus de Nimegue, elle suivra le cours de la Meuse, à une distance de la rive droite, telle que tous les endroits qui ne sont pas éloignés de cette rive de plus de mille perches d'Allemagne (*rheinlan-*

dische Ruthen), dont 1070 équivalent à la quinzième partie d[u] degré du méridien, appartiendront, avec leurs banlieues, [au] Royaume des Pays-Bas, bien entendu toutefois, quant à la [ré]procité de ce principe, qu'aucun point de la rive de la Meus[e] fasse partie du territoire prussien, qui ne pourra en appro[cher] de huit cens perches d'Allemagne.

Du point où la ligne, qui vient d'être décrite, atteint [l'ac]cienne frontière hollandoise, jusqu'au Rhin, cette fro[ntière] restera, pour l'essentiel telle qu'elle étoit en 1795 entre [la] et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la comm[ission] qui sera nommée incessamment par les deux Gouvernemens, [et] procéder à la détermination exacte des limites, tant du Roy[aume] des Pays-Bas que du Grand-Duché de Luxembourg, désig[nées] dans l'article IV.; et cette commission réglera, à l'aide d[es] perts, tout ce qui concerne les constructions hydrotechniq[ues] autres points, suivant l'avantage mutuel des deux hautes p[arties] contractantes, et de la manière la plus équitable et la plu[s] venable. Cette même disposition s'étend sur la fixation d[es] mites dans les districts de Kyfwaerd, Lobith et de tout le [ter]toire jusqu'à Rekerdom.

Les enclaves Huissen, Malburg, le Lymers, avec [la] de Sevenaer, et la seigneurie de Weel, feront partie du Ro[yaume] des Pays-Bas; et S. M. Prussienne y renonce à perpétuit[é] Elle et tous Ses Descendans et Successeurs.

Article III.

La partie de l'ancien Duché de Luxembourg, compris[e] les limites spécifiées par l'article suivant, est également [cédée] au Prince-Souverain des Provinces-Unies, aujourd'hui [Roi] Pays-Bas, pour être possédée à perpétuité par Lui et Se[s] cesseurs en toute propriété et souveraineté. Le Souver[ain] Pays-Bas ajoutera à Ses titres celui de Grand-Duc de L[ux]bourg, et la faculté est réservée a S. M. de faire, relat[ive] à la succession dans le Grand-Duché, tel arrangement de[s] entre les Princes Ses fils, qu'Elle jugera conforme aux [lois] de Sa Monarchie et à Ses intentions paternelles.

Le Grand-Duché de Luxembourg servant de compe[nsation] pour les Principautés de Nassau-Dillenbourg, Siegen, [Hi]

Dietz, formera un des états de la Confédération Germanique, le Prince, Roi des Pays-Bas entrera dans le système de cette fédération, comme Grand-Duc de Luxembourg, avec toutes prérogatives et privilèges dont jouiront les autres Princes unis.

La ville de Luxembourg sera considérée, sous le rapport taire, comme forteresse de la Confédération. Le Grand- aura toutefois le droit de nommer le gouverneur et comman- militaire de cette forteresse, sauf l'approbation du pouvoir tif de la confédération, et sauf telles autres conditions qu'il jugé nécessaire d'établir en conformité de la constitution fe- de ladite Confédération [b]).

Article IV.

Le Grand-Duché de Luxembourg se composera de tout le toire situé entre le Royaume des Pays-Bas, tel qu'il a été né par l'article II., la France, la Moselle jusqu'à l'embou- de la Sure, le cours de la Sure jusqu'au confluent de , et le cours de cette dernière rivière jusqu'aux limites du ant canton françois de St. Vith, qui n'appartiendra point and-Duché de Luxembourg.

Des contestations s'étant élevées sur la propriété du é de Bouillon, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc Luxembourg, s'engage de restituer la partie dudit Duché qui comprise dans la démarcation ci-dessus indiquée, à celle des dont les droits seront légitimement constatés.

Article V.

S. M. le Roi des Pays-Bas renonce à perpétuité, pour Lui Descendans et Successeurs, en faveur de S. M. le Roi de , aux possessions souveraines que la Maison de Nassau- possédoit en Allemagne, et nommément aux Principautés embourg, Dietz, Siegen et Hadamar, y compris la seig- de Beilstein, et telles que ces possessions ont été définiti- réglées entre les deux branches de la Maison de Nassau traité conclu à la Haye, le 14. juillet 1814. S. M. renonce ment à la Principauté de Fulde et aux autres districts et ter- qui Lui avoient été assurés par l'article XII. du recès prin-

cipal de la députation extraordinaire de l'Empire du 25. Sept. 1803.

Article VI.

Le droit et l'ordre de succession établi entre les deux branches de la Maison de Nassau par l'acte de 1783, dit *Nassauischer Erbverein*, est maintenu et transféré des quatre principautés d'Orange-Nassau au Grand-Duché de Luxembourg.

Article VII.

S. M. le Roi des Pays-Bas, en réunissant sous Sa souveraineté les pays désignés dans les articles II. et IV., entre en tous les droits, et prend sur Lui toutes les charges et tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France, dans le Traité de Paix conclu à Paris le 30 mai 1814.

Article VIII.

S. M. le Roi des Pays-Bas ayant reconnu et sanctionné sous la date du 21. juillet 1814, comme bases de la réunion des Provinces Belgiques avec les Provinces-Unies, les huit articles renfermés dans la pièce annexée au présent Traité, lesdits articles auront la même force et valeur, comme s'ils étoient insérés de mot à mot dans la transaction actuelle.

Article IX.

Il sera nommé incessamment par S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas une commission, pour régler tout ce qui est relatif à la cession des possessions Nassoviennes de Siegen par rapport aux archives, dettes, excédens des caisses et autres objets de la même nature. La partie des archives qui ne regarde point les pays cédés, mais la Maison d'Orange, et tout ce qui, comme bibliothèque, appartient à la propriété particulière et personnelle de S. M. le Roi des Pays-Bas, restera à S. M. et lui sera aussitôt remis. Une partie des susdites possessions sera échangée contre des possessions des Duc et Prince de Nassau. S. M. le Roi de Prusse s'engage, et S. M. le Roi des Pays-Bas consent à faire transférer l'obligation stipulée par le présent article sur LL. AA. SS. les Duc et Prince de Nassau pour la partie desdites possessions qui sera réunie à Leurs états.

Article X.

Le présent Traité sera ratifié, et les ratifications seront échangées dans le terme de six semaines, et plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ci-dessus nommés l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Vienne, le 31. mai de l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Spaen.
(L. S.) Signé: Le Baron de Gagern.

Annexe de l'article VIII du traité du 31. mai 1815.

Acte signé par le Sécrétaire d'état pour les affaires étrangères, pour l'acceptation de la Souveraineté de Son Altesse Royale des Provinces Belgiques, à la Haye le 21. juillet 1814.

Son Excellence le Comte de Clancarty, Ambassadeur extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique auprès de Son Altesse Royale le Prince Souverain des Pays-Bas, ayant remis au Soussigné la copie du protocole d'une conférence qui a eu lieu au mois de juin passé entre les ministres desdites Puissances alliées, et signé par eux, au sujet de la réunion de la Belgique à la Hollande, et ledit Ambassadeur lui ayant aussi fait part des instructions qu'il venoit de recevoir de sa Cour, de se concerter avec le Général Baron de Vincent, Gouverneur-Général de la Belgique, afin de remettre le Gouvernement provisoire des Provinces Belgiques à celui qui en seroit chargé par S. A. R. au nom des Puissances alliées, jusqu'à leur

réunion définitive et formelle, pourvu que, préalablement
conjointement avec les ministres ou autres agens diplomati
de l'Autriche, de la Russie et de la Prusse actuellement
Haye, ledit Ambassadeur reçut de S. A. R. Son Adhésion
melle aux conditions de la réunion des deux Pays, selon
tation faite au Prince Souverain, par ledit protocole, le Sous
a mis la copie du protocole et la note officielle dudit Ambass
qui contenoit le précis de ses instructions à ce sujet, so
yeux de S. A. R.

S. A. R. le Prince Souverain reconnoit que les con
de la réunion contenues dans le protocole sont conform
huit articles dont la teneur suit:

Article I.

Cette réunion devra être intime et complète de faç
les deux Pays ne forment qu'un seul et même état, régi
constitution déjà établie en Hollande, et qui sera modifiée
commun accord, d'après les nouvelles circonstances.

Article II.

Il ne sera rien innové aux articles de cette constitu
assurent à tous les cultes une protection et une faveur ég
garantissent l'admission de tous les citoyens, quelle que s
croyance religieuse, aux emplois et offices publics.

Article III.

Les Provinces Belgiques seront convenablement repré
à l'Assemblée des Etats-Généraux, dont les sessions or
se tiendront, en temps de paix, alternativement dans u
hollandoise et dans une ville de la Belgique.

Article IV.

Tous les habitans des Pays-Bas se trouvant ainsi c
tionnellement assimilés entre eux, les différentes p
jouiront également de tous les avantages commerciaux e
que comporte leur situation respective, sans qu'aucune
ou restriction puisse être imposée à l'une au profit de l'au

Article V.

Immédiatement après la réunion les provinces et les villes Belgique seront admises au commerce et à la navigation des ies, sur le même pied que les provinces et les villes hol-ises.

Article VI.

Les charges devant être communes, ainsi que les bénéfices, ettes contractées jusqu'à l'époque de la réunion par les pro-s hollandoises d'un côté, et de l'autre par les provinces ques, seront à la charge du trésor général des Pays-Bas.

Article VII.

Conformément aux mêmes principes, les dépenses requises l'établissement et la conservation des fortifications sur la ère du nouvel état, seront supportées par le trésor général, résultant d'un objet qui intéresse la sûreté et l'indépen-de toutes les provinces et de la nation entière.

Article VIII.

Les frais d'établissement et d'entretien des Digues resteront compte des districts qui sont plus directement intéressées partie du service public, sauf l'obligation de l'état en à fournir des secours en cas de désastre extraordinaire, ainsi que cela s'est pratique jusqu'à présent en Hollande.

Et S. A. R. ayant accepté ces huit articles comme la base conditions de la réunion de la Belgique à la Hollande, sous veraineté de S. A. R.,

soussigné, Anne Willem Carel Baron de Nagell, Cham-de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Bas-Unis, et crétaire d'état pour les affaires étrangères, est chargé et é au nom et de la part de Son Auguste Maitre d'accepter la raineté des Provinces Belgiques sous les conditions con-dans les huit articles précédens, et d'en garantir, par le acte, l'acceptation et l'exécution.

En foi de quoi le soussigné Anne Willem Carel Baron de ell, Chambellan de S. A. R. le Prince Souverain des Pays-Unis et Son Secrétaire d'état pour les affaires étrangères, a

muni le présent acte de sa signature et y a fait apposer le ca de ses armes.

Fait à la Haye le 21. juillet 1814.

(L. S.) Signé: A. W. C. de Nagell.

Pour copie conforme:

Le Secrétaire-Général du département des affaires étrangères Van Zuylen van Nyevelt.

a) An demselben Tage ist der gleichlautende Vertrag u zeichnet worden von den Bevollmächtigten des Königs der Nie lande und denen Russlands, Grossbritanniens und Pr sens.

b) Vergl: Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi des Pays-Bas, concernant les arrangemens territori Royaume des Pays-Bas et du Grand-Duché de Luxembourg, Francfort le 12. mars 1817. Art. IV, V, VI, VII. (S. unten.)

Vergl. ferner:

Traité de limites entre L. L. M. M. le Roi de Prusse et des Pays-Bas, signé à Aix-la-Chapelle le 26. juin (Arrangement provisoire en faveur des Fabr placés sur la frontière des deux Etats pour l'e sortie libre et sans droits des matières premières et en manufacturées de leurs Etablissemens respectifs.)
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 24.

Traité de limites entre L. L. M M. le Roi de Prusse et des Pays-Bas, signé à Clèves le 7. Octobre 1816.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 45.

Traité complémentaire conclu entre L. L. M. M. le Prusse et le Roi des Pays-Bas, à Francfort le 8. no 1816.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 264.

L.ª. (Nr. XI.ª.)

Déclaration des Puissances sur les affaires de la Confédération Helvétique, du 20. mars 1815 *).

Les Puissances appelées à intervenir dans l'arrangement des affaires de la Suisse pour l'exécution de l'article VI du Traité de Paris du 30. mai mil-huit-cent-quatorze ayant reconnu, que l'intérêt général réclame en faveur du Corps Helvétique l'avantage d'une neutralité perpétuelle, et voulant par des restitutions territoriales et des cessions lui fournir les moyens d'assurer son indépendance et maintenir sa neutralité;

Après avoir recueilli toutes les informations sur les intérêts des différens Cantons, et pris en considération les demandes qui leur ont été adressées par la Legation Helvétique,

Déclarent,

que, dès que la Diète Helvétique aura donné son accession en forme et due forme aux stipulations renfermés dans la présente transaction, il sera fait un Acte, portant la reconnoissance et garantie de la part de toutes les Puissances de la neutralité perpétuelle de la Suisse dans ses nouvelles frontières, lequel Acte fera partie de celui qui, en exécution de l'Article XXXII du dit Traité de Paris du trente mai, doit compléter les dispositions de ce Traité.

Transaction.

Article I.

L'intégrité des dix-neuf Cantons, tels qu'ils existoient en corps politique à l'époque de la Convention du vingt-neuf décembre

mil-huit-cent-treize, est reconnue pour base du Système H
vétique.

Article II.

Le Valais, le territoire de Genève, la Principauté de N
châtel sont réunis à la Suisse, et formeront trois nouve
Cantons. La Vallée de Dappes, ayant fait partie du Canto
Vaud, lui est rendue.

Article III.

La Confédération Helvétique ayant témoigné le désir,
l'Evêché de Basle lui fut réuni, et les Puissances interven
voulant régler définitivement le sort de ces pays, ledit Evêc
la ville et territoire de Bienne feront à l'avenir partie du C
de Berne.

On n'excepte que les districts suivans:

1) Un district d'environ trois lieues quarrées d'étendue,
fermant les communes d'Altschweiler, Schoenbuch, Oberw
Terweiler, Ettingen, Fuerstenstein, Plotten, Pfeffingen, A
Bruck, Reinach, Arlesheim, lequel district sera réuni au C
de Basle.

2) Une petite enclave située près du village Neufch
de Lignières, et laquelle étant aujourd'hui, quant à la juris
civile, sous la dépendance du Canton de Neufchâtel, et
à la jurisdiction criminelle, sous celle de l'Evêché de B
appartiendra en toute souveraineté à la Principauté de Neuf

Article IV.

1) Les habitans de l'Evêché de Basle et ceux de B
réunis au Canton de Berne et de Basle, jouiront à tous é
sans différence de religion (qui sera conservée dans l'état pr
des mêmes droits politiques et civils dont jouissent et po
jouir les habitans des anciennes parties desdits Cantons. E
séquence ils concourront avec eux aux Places des Repré
et aux autres fonctions suivant les Constitutions cantona
sera conservé à la ville de Bienne, et aux villages ayant
sa jurisdiction, les privilèges municipaux compatibles a
Constitution et les réglemens généraux du Canton de Ber

2) La vente des domaines nationaux sera maintenue, et les ...tes féodales et les dîmes ne pourront point être rétablies.

3) Les actes respectifs de réunion seront dressés, confor...ment aux principes ci-dessus énoncés, par des commissions ...posées d'un nombre égal de députés de chaque partie intéressée. ...ux de l'Evêché de Basle seront choisis par le Canton directeur ...mi les citoyens les plus notables du pays.

Lesdits actes seront garantis par la Confédération Suisse. ...s les points sur lesquels les parties ne pourront s'entendre ...nt décidés par un arbitre nommé par la Diète.

4) Les revenus ordinaires du pays seront perçus pour le ...pte de l'administration actuelle jusqu'au jour de l'accession ...la Diète Helvétique à la présente Transaction. Il en sera de ...e pour l'arriéré desdits revenus: ceux levés extraordinaire..., et qui ne seroient pas encore entrés en caisse, cesseront ...e perçus.

...) Le ci-devant Prince-Evêque de Basle n'ayant reçu ni ...ité ni pension pour la quote part de l'Evêché, qui autrefois ...t partie de la Suisse, le recès de l'Empire Germanique de ...it-cent-trois n'ayant stipulé qu'en raison des pays qui ont ...rtie intégrante dudit Empire, les Cantons de Berne et de ... se chargent de lui payer, en augmentation de ladite pension ...e, la somme de douze mille florins d'Empire, à dater de la ...n de l'Evêché de Basle au Canton de Berne et de Basle. ...cinquième partie de cette somme sera employée et restera ...ée à la sustentation des Chanoines de l'ancienne Cathédrale ...le pour compléter la rente viagère qui a été stipulée par le ... de l'Empire Germanique.

...) La Diète Helvétique décidera, s'il est besoin de conserver ...êché dans cette partie de la Suisse, ou si ce Diocèse peut ...ni à celui qui, par suite des nouvelles dispositions, sera ...des territoires Suisses qui avoient fait partie du Diocèse de ...nce.

...n cas que l'Evêché de Basle dût être conservé, le Canton ...ne fournira, dans la proportion des autres pays qui à l'ave-

nir seront sous l'administration spirituelle de l'Evêque, les so
mes nécessaires à l'entretien de ce Prélat, de son Chapitre et
son Séminaire.

Article V.

Pour assurer les communications commerciales et mili
de Genève avec le Canton de Vaud et le reste de la Suisse
pour compléter à cet égard l'Article IV du Traité de Paris, S
Très-Chrétienne consent à faire placer la ligne de doua
manière à ce que la route, qui conduit de Genève par Ver
Suisse, soit en tout temps libre, et que, ni les postes, l
voyageurs, ni les transports de marchandises n'y soient in
par aucune visite de douanes, ni soumis à aucun droit.

Il est également entendu, que le passage des troupes
ne pourra y être aucunement entravé.

Dans les réglemens additionnels à faire à ce sujet, on
rera de la manière la plus avantageuse aux Genevois l'ex
des Traités relatifs à leurs libres communications entre
de Genève et le Mandement de Peney. Sa Majesté Tr
tienne consent en outre à ce que la gendarmerie et les m
Canton de Genève passent par la grande route du Meyr
Mandement à la ville de Genève, et réciproquement,
avoir prévenu le poste militaire de la Gendarmerie Fra
plus voisin.

Les Puissances intervenantes interposeront de pl
bons offices pour faire obtenir à la ville de Genève un
sement convenable du côté de la Savoie.

Article VI.

Pour établir des compensations mutuelles, les
d'Argovie, de Vaud, du Tessin et de St. Gall fourni
anciens Cantons de Schwitz, Unterwalden, Uri, Gl
et Appenzell (Rhode intérieure) une somme qui sera a
l'instruction publique et aux frais d'administration gén
principalement au premier objet) dans lesdits Cantons. L
le mode de payement et la répartition de cette compens
niaire sont fixés ainsi qu'il suit:

1) Les Cantons d'Argovie, de Vaud et de St. Gall fourni-
aux Cantons de Schwitz, Unterwalden, Uri, Zug, Glaris
Appenzell (Rhode intérieure) un fonds de 500,000 livres de
ce.

2) Chacun des premiers payera l'intérêt de sa quote part à
de 5 p. C^t. par an; on remboursera le capital, soit en
, soit en biens-fonds à son choix.

3) La répartition, soit pour le payement, soit pour la recette
fonds, se fera dans les proportions de l'échelle de contri-
, réglée pour subvenir aux dépenses fédérales.

) Le Canton du Tessin payera chaque année au Canton
la moitié du produit des péages dans la Vallée Levantine.
ne commission nommée par la Diète veillera à l'exécution
positions précédentes.

Article VII.

ur mettre un terme aux discussions qui se sont élevées
ort aux fonds placés en Angleterre par le Canton de
de Berne, il est statué:

Que les Cantons de Berne et de Zuric conserveront la
é du fonds capital, tel qu'il existoit en 1803, à l'époque
ssolution du Gouvernement Helvétique, et jouiront, à
1^r janvier 1815, des intérêts à échoir.

Que les intérêts échus et accumulés depuis l'année 1798
et y compris l'année 1814, seront affectés au payement
al restant de la dette nationale désignée sous la dénomi-
dette Helvétique.

Que le surplus de la dette Helvétique restera à la charge
s Cantons, ceux de Berne et de Zuric étant exonérés
position ci-dessus. La quote part de chacun des Cantons
t chargés de ce surplus, sera calculée et fournie dans
tion fixée pour les contributions déstinées au payement
ses fédérales. Les pays incorporés à la Suisse depuis
pourront pas être imposés en raison de l'ancienne dette
e. S'il arrivoit après le payement de la dette susdite,

qu'il y eût un excédent d'intérêt, cet excédent sera reparti en
les Cantons de Berne et de Zuric dans la proportion de l
capitaux respectifs.

4) Les mêmes dispositions seront suivies à l'égard de q
ques autres créances, dont les titres sont déposés sous la g
du Président de la Diète.

Article VIII.

Les Puissances intervenantes, voulant concilier les c
tations élevées à l'égard des Lods abolis sans indemnité, sta
qu'une indemnité sera payée aux particuliers propriétair
Lods.

Afin d'éviter tout différend ultérieur à ce sujet ent
Cantons de Berne et de Vaud, ce dernier payera au Gou
ment de Berne la somme de 300,000 livres de Suisse, po
ensuite repartie entre les ressortissans Bernois propriétair
Lods.

Les payemens se feront à raison d'un cinquième par
commencer du 1 r Janvier 1816.

Article IX.

Les Puissances intervenantes reconnoissant, qu'il e
d'assurer au Prince Abbé de St. Gall une existence honor
indépendante, statuent, que le Canton de St. Gall lui
une pension viagère de 6000 florins d'Empire, et à ses e
une pension viagère de 2000. Ces pensions seront ver
dater du 1 r Janvier 1815, par trimestre dans les mains
ton directeur, qui les remettra respectivement à la dispo
Prince Abbé de St. Gall et de ses employés.

Les Puissances intervenantes dans les affaires de la
ayant donné, par la déclaration ci-dessus, une preuve n
de leur désir d'assurer la paix intérieure de la Confédéra
font également un devoir de ne rien négliger qui puisse
l'accomplissement.

En conséquence, elles s'attendent à ce que les
sacrifiant au bien général toute considération secondaire,
deront plus à adhérer au pacte fédéral, librement arr

de majorité de leurs Co-Etats, l'intérêt commun exigeant érieusement, que toutes les parties de la Suisse se réunissent us tôt possible sous la même Constitution fédérative.

La Convention du 16. Août 1814, annexé au Pacte fédéral, ourroit plus retarder cette réunion. Son but étant déjà rempli la déclaration des Puissances, elle devient par le fait comme avenue.

Pour consolider de plus en plus le repos de la Suisse, les ances désirent, qu'une amnistie générale soit accordée à les individus qui, induits en erreur par une époque d'incer- e et d'irritation, on pu agir, de quelque manière que ce soit, re l'ordre existant, loin d'affoiblir l'autorité légitime des ernemens, cet acte de clémence leur donnera de nouveaux à exercer cette sévérité salutaire contre quiconque oseroit enir susciter des troubles dans le pays.

Enfin les Puissances intervenantes aiment à se persuader, e patriotisme et le bon jugement des Suisses leur prescriront venance, ainsi que la nécessité, de se sacrifier mutuellement venir des différends qui les ont divisés, et de consolider re de leur réorganisation, en travaillant à la perfection dans prit conforme au bien de tous, sans aucun retour sur le

---

a présente Déclaration a été insérée au Protocole du Congrès Vienne dans la séance du 19. Mars 1815.

ait et certifié véritable par les Plénipotentiaires des huit ces signataires du Traité de Paris. A Vienne le 20. 1815 b).

ent les Signatures dans l'ordre alphabétique des Cours:

Autriche:

Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne:

P. Gomez Labrador.

France:

Le Prince de Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Latour du Pin.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne:

Wellington.
Clancarty.
Cathcart.
Stewart.

Portugal:

Le Comte de Palmella.
Saldanha.
Lobo.

Prusse:

Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie:

Le Comte de Rasoumoffsky.
Le Comte de Stackelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Suède:

Le Comte de Löwenhielm.

a) Diese Declaration, das Resultat längerer Verhandlungen, in der Sitzung vom 19. März 1815 genehmigt und, dem Pr derselben beigefügt, am andern Tage unterzeichnet. Begle einer Note des Congress-Präsidenten, Fürsten v. Metterni 20. März 1815 wurde die Declaration der schweizerischen Tag in deren Sitzung vom 28. März mitgetheilt, und es erklärte

s sie den Cantonen bekannt gemacht werden solle. Am 31. März
erten die Gesandten der in der Declaration gedachten Mächte
er Schweiz letztere durch eine Note, welche die Declaration
e begleiten sollen, auf, sich vor dem Ablaufe des Monats über die
hme zu erklären. Diese Acceptation erfolgte am 27. Mai,
nicht sogleich einstimmig, jedoch gemäss der vorhandenen drei
theile der Stimmen.

b) Der Text dieser Declaration, wie er hier gegeben worden,
mt genau überein mit dem der Wiener Edition offi-
lle. Von demselben fast in sämmtlichen Artikeln in der Fassung
ichend sind andere Abdrücke z. B. in Klüber's Acten des
er Congresses etc. Bd. V. S. 310 u. f.

L b. (Nr. XI b.)

Acte d'accession a) (en date de Zuric le 27. 1815) de la Confédération Suisse, à la Déc ration des Puissances réunies au Cong de Vienne, en date du 20. mars 1815.

La Diète de la Confédération Suisse,

Réunie à Zuric en session extraordinaire, ayant reçu la séance du 3. avril 1815, par l'intermédiaire des Min accrédités auprès de la Confédération, savoir:

M. de Schraut, Ministre d'Autriche, au nom de S. et R. A.; comme aussi, en vertu d'un pouvoir spécial, au de S. A R. le Prince-Régent de Portugal;

M. Stratford-Canning, au nom de S. M. le Roi d yaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande;

M. le Comte Auguste de Talleyrand, au nom de S T. C. le Roi de France; comme aussi, en vertu d'un po spécial, au nom de S. M. C. le Roi d'Espagne et des Indes;

M. le Baron de Chambrier d'Olleyres, au nom M. le Roi de Prusse;

M. le Baron de Kruedener, Chargé d'affaires, au no S. M. l'Empereur de Russie;

La déclaration relative aux affaires de la Suisse, insé protocole du Congrès du Vienne le 19., et signée le 20. 1815 par les Plénipotentiaires des huit Puissances signatai traité de Paris du 30. mai 1814,

s'est empressée de communiquer cet acte aux dix-neu

s confédérés, en les invitant à mettre, par leurs suffrages, la te en état de déclarer en bonne et due forme l'accession généle de la Suisse aux stipulations renfermées dans ladite Transtion.

Les autorités souveraines de chaque canton ayant pris en re délibération l'objet de ce référé, et fait connoître successiment à l'autorité fédérale leur résolution définitive,

La Diète de la Confédération Suisse,

En vertu des actes déposés dans son archive, et des déclaons insérées dans son protocole, d'où il resulte qu'un nombre antons excédant celui que le pacte fédéral prescrit pour l'acion des résolutions les plus importantes du Corps helvétique, noncé un vote affirmatif, lequel, aux termes de la constitu, devient par la même celui de la confédération entière;

a pris l'arrêté dont la teneur suit:

1) La Diète accède, au nom de la Confédération Suisse, à claration des Puissances réunies au Congrès de Vienne, en du 20. mars 1815, et promet que les stipulations de la tion insérée dans cet acte, seront fidèlement et religieut observées.

2) La Diète exprime la gratitude éternelle de la nation suisse s les hautes Puissances qui, par la déclaration susdite, lui nt, avec une démarcation plus favorable, d'anciennes fron- importantes, réunissent trois nouveaux cantons à son ce, et promettent solennellement de reconnoître et garantir tralité perpétuelle que l'intérêt général de l'Europe réclame veur du Corps helvétique. Elle témoigne les mêmes senti- de reconnaissance pour la bienveillance soutenue, avec lle les augustes Souverains se sont occupés de la conciliation fférends qui s'étoient élevés entre les cantons.

3) En suite du présent acte d'accession et de la note adressée nvoyés suisses à Vienne le 20. mars 1815 par le Prince de rnich, président des conférences des huit Puissances, la exprime le vœu que les Ministres de L. L. M. M., résidan isse, veuillent, en vertu des instructions et des pouvoirs ont reçus, donner suite aux dispositions de la déclaration

du 20. mars, et compléter l'exécution des engagemens qui y so
énoncés.

En foi de quoi les présentes ont été signées et scellée
Zuric, le 27. mai 1815.

Au nom de la Diète de la Confédération Suisse,
Le Bourgmestre du canton de Zurich, Président

(L. S.) Signé: De Wyss.

Le Chancelier de la Confédération,

Contre-signé: Mousson.

a) Vergl: J. L. Klüber a. a. O. Bd. V. (Heft 19.) S. 325
VII. (Heft 27.) S. 291 u. f.

M. (Nr. XII.)

rotocole du 29. mars 1815 sur les cessions ites par le Roi de Sardaigne au canton de Genève.

Les Puissances alliées ayant témoigné le vif désir qu'il accordé quelque faculté au canton de Genève, soit pour le nclavement d'une partie de ses possessions, soit pour ses mmunications avec la Suisse; S. M. le Roi de Sardaigne nt empressée d'autre part de témoigner à Ses hauts et puissans és toute la satisfaction qu'Elle éprouve à faire quelque chose puisse Leur être agréable; les Plénipotentiaires sous-signés convenus de ce qui suit:

Article I.

S. M. le Roi de Sardaigne met à la disposition des hautes ssances alliées la partie de la Savoie qui se trouve entre la ère d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la Savoie upée par la France, et la montagne de Salève jusqu'à Veiry usivement; plus, celle qui se trouve comprise entre la grande e, dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire actuel anton de Genève, depuis Venezas, jusqu'au point ou la rivière rmance traverse la susdite route, et de là continuant le cours ectis rivière jusqu'à son embouchure dans le lac de Genève, levant du village d'Hermance (la totalité de la route dite du plon continuant à être possédée par S. M. le Roi de Sardaigne), r que ces pays soient réunis au canton de Genève, sauf à rminer plus précisément la limite par des commissaires re-ctifs, surtout pour ce qui concerne la délimitation en dessus Veiry, et sur la montagne de Salève. Dans tous les lieux et itoires compris dans cette démarcation, S. M. renonce, pour et Ses Successeurs, à perpétuité, à tous droits de souveraineté utres qui peuvent Lui appartenir, sans exceptions ni réserves.

Article II.

S. M. accorde la communication entre le canton de Genè et le Valais, par la route dite du Simplon, de la même mani que la France l'a accordée entre Genève et le pays de Vaud, p la route qui passe par Versoy. S. M. accorde de même, en t temps, une communication libre pour les milices génevoi entre le territoire de Genève et le mandement de Jussy, et facilités qui pourroient être nécessaires à l'occasion pour rev par le lac à la susdite route dite du Simplon.

Article III.

D'autre part S. M. ne pouvant se résoudre à cons qu'une partie de son territoire soit réunie à un état où la reli dominante est différente, sans procurer aux habitans du qu'Elle cède, la certitude qu'ils jouiront du libre exercice de religion, qu'ils continueront à avoir les moyens de fourni frais de leur culte, et à jouir eux mêmes de la plénitude droits de citoyens;

Il est convenu que:

§. 1. La religion catholique sera maintenue et protégé la même manière qu'elle l'est maintenant dans toutes les munes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne et qui seront r au canton de Genève.

§. 2. Les provinces actuelles qui ne se trouveront m membrées, ni séparées par la délimitation des nouvelles tières, conserveront leurs circonscriptions actuelles, et s desservies par le même nombre d'ecclésiastiques, et quant portions démembrées qui seroient trop foibles pour constitue paroisse, on s'adressera à l'évêque diocésain pour obtenir qu soient annexées à quelque autre paroisse du canton de Gen

§. 3. Dans les mêmes communes cédées par S. M., habitans protestant n'égalent point en nombre les habitans c liques, les maîtres d'école seront toujours catholiques. sera établi aucun temple protestant, à l'exception de la v Carouge qui pourra en avoir un.

Les officiers municipaux seront toujours, au moins les deux tiers, catholiques; et spécialement sur les trois vidus qui occuperont les places de maire et de deux adj

il y en aura toujours deux catholiques. En cas que le nombre des protestans vint, dans quelques communes, à égaler celui des catholiques, l'égalité et l'alternative seront établies, tant pour la formation du conseil municipal, que pour celle de la mairie. En ce cas cependant, il y aura toujours un maître d'école catholique, quand même on en établiroit un protestant.

On n'entend pas, par cet article, d'empêcher que les individus protestans, habitant une commune catholique, ne puissent, s'ils le jugent à propos, y avoir une chapelle particulière pour l'exercice de leur culte, établie à leurs frais, et y avoir, également à leurs frais, un maître d'école protestant pour l'instruction particulière de leurs enfans.

§. 4. Il ne sera point touché, soit pour les fonds et revenus, soit pour l'administration, aux donations et fondations pieuses existantes, et on n'empêchera pas les particuliers d'en faire de nouvelles.

§. 5. Le gouvernement fournira aux mêmes frais que fournit le gouvernement actuel, pour l'entretien des ecclésiastiques et du culte.

§. 6. L'église catholique actuellement existante à Genève, sera maintenue, telle qu'elle existe, à la charge de l'état, ainsi que les lois éventuelles de la constitution de Genève l'avoient déjà décrété; le curé sera logé et doté convenablement.

§. 7. Les communes catholiques, et la paroisse de Genève, continueront à faire partie du diocèse qui régira les provinces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé autrement par l'autorité du Saint-Siège.

§. 8. Dans tous les cas, l'évêque ne sera jamais troublé dans les visites pastorales.

§. 9. Les habitans des territoires cédés sont pleinement assimilés, pour les droits civils et politiques, aux Génevois de la ville; ils les exerceront concurrement avec eux, sauf la réserve des droits de propriété de cité ou de commerce.

§. 10. Les enfans catholiques seront admis dans les maisons d'éducation publique: l'enseignement de la religion n'y aura pas lieu en commun, mais séparément, et on emploiera à cet effet, pour les catholiques, des ecclésiastiques de leur communion.

§. 11. Les biens communaux ou propriétés appartenans aux nouvelles communes, leur seront conservés, et elles continueront à les administrer comme par le passé, et à employer les revenus à leur profit.

§. 12. Ces mêmes communes ne seront point sujettis à des charges plus considérables que les anciennes communes.

§. 13. S. M. le Roi de Sardaigne se réserve de porter à la connoissance de la diète helvétique, et d'appuyer par le canal de Ses agens diplomatiques auprès d'elle, toute réclamation à laquelle l'inexécution des articles ci-dessus pourroit donner lieu.

Article IV.

Tous les titres terriers et documens, concernant les choses cédées, seront remis par S. M. le Roi de Sardaigne au canton de Genève, le plus tôt que faire se pourra.

Article V.

Le traité conclu à Turin le 3. du mois de juin 1754, entre S. M. le Roi de Sardaigne et la république de Genève, est maintenu pour tous les articles auxquels il n'est point dérogé par la présente transaction; mais S. M. voulant donner au canton de Genève une preuve particulière de Sa bienveillance, consent néanmoins à annuller la partie de l'article XIII. du susdit traité qui interdisoit aux citoyens de Genève, qui se trouvoient dès à présent avoir des maisons et biens situés en Savoie, la faculté d'y établir leur habitation principale.

Article VI.

S. M. consent par les mêmes motifs à prendre des arrangemens avec le canton de Genève, pour faciliter la sortie de ses états, des denrées destinées à la consommation de la ville et du canton.

Vienne le 29. mars 1815.

De St. Marsan.

Autriche:

Le Prince de Metternich.

Le Baron de Wessenberg.

Espagne:

Gomez Labrador.

France:

Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne:

Clancarty.
Catheart.
Stewart, L. G.

Portugal:

Le Comte de Palmella.
Antonio de Saldanha da Gama.
Lobo da Silveira.

Prusse:

Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie:

Le Comte de Rasoumoffsky.
Le Comte de Stackelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Suède:

Le Comte de Loewenhielm.

N. (Nr. XIII.)

Traité entre le Roi de Sardaigne, l'Autrich l'Angleterre, la Russie, la Prusse et la Fra du 20. mai 1815.

*) Es folgt hier der Vertrag zwischen Sardinien und Oes reich.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne etc. etc., étant rentré la pleine et entière possession de Ses états de terre ferme, même manière qu'Elle les possedoit au 1. janvier 1792, e leur totalité, à la reserve de la partie de la Savoie cédé France par le Traité de Paris du 30. mai 1814;

Des changemens ayant été depuis convenus pendant le grès de Vienne, relativement à l'étendue et aux limites mêmes états;

S. M. l'Empereur d'Autriche et S. M. le Roi de Sard voulant confirmer et établir, par un traité formel, tout est relatif à ces objets, ont en conséquence nommé pour Plénipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie Bohème:

Le Sieur Clément Venceslas Lothaire Prince de Me nich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de son d'or, Grand'-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne, lier des Ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky Ste. Anne de la première classe, Grand-Cordon de la d'honneur, Chevalier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre

de l'Annonciade, de l'aigle noire et de l'aigle rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'or de Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jérusalem et de plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'académie des beaux arts, Chambellan, Conseiller intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères, Son premier Plénipotentiaire au Congrès; et

Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, Chambellan et Conseiller intime actuel de S. M. I. et R. A., Son second Plénipotentiaire au Congrès;

Et S. M. le Roi de Sardaigne etc. etc.,

Les Sieurs Dom Antoine Marie Philippe Asinari, Marquis de Saint-Marsan et de Carail, Comte de Costigliole, Cardon et Castelletto Val d'Erro, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, de ceux de l'aigle noire et de l'aigle rouge de Prusse, Général-Major de Cavalerie, Son Ministre d'état et premier Secrétaire de la guerre, Son premier Plénipotentiaire au Congrès; et

Le Comte Dom Joachim Alexandre Rossi, Chevalier Grand'-Croix et Commandeur de l'ordre Royal militaire des Saints Maurice et Lazare, Conseiller de Sa Majesté et Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès de la Cour I. et R. et Son second Plénipotentiaire au Congrès;

Lesquels, en vertu des pleinspouvoirs produits par eux au Congrès de Vienne, et trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Les limites des états de S. M. le Roi de Sardaigne seront:

Du côté de la France, telles qu'elles existoient au 1. janvier 1792, à l'exception des changemens portés par le traité de Paris du 30. mai 1814.

Du côté de la Confédération Helvétique, telles qu'elles existoient au 1. janvier 1792, à l'exception du changement opéré

par la cession faite en faveur du canton de Genève, telle cette cession se trouve spécifiée dans l'article VII. ci-après.

Du côté des états de S. M. l'Empereur d'Autriche, t qu'elles existoient au 1. janvier 1792; et la convention co entre LL. MM. l'Impératrice Marie-Thérèse et le Roi de daigne, le 4. octobre 1751, sera maintenue de part et d dans toutes ses stipulations.

Du côté des états de Parme et de Plaisance, la limite, ce qui concerne les anciens états de S. M. le Roi de Sard continuera à être telle qu'elle existoit au 1. janvier 1792.

Les limites des ci-devant états de Gênes et des pays no Fiefs Impériaux, réunis aux états de S. M. le Roi de Sard d'après les articles suivans, seront les mêmes qui, le 1. ja 1792, séparoient ces pays des états de Parme et de Plais et de ceux de Toscane et de Massa.

L'île de Capraja, ayant appartenu à l'ancienne répu de Gênes, est comprise dans la cession des états de Gên M. le Roi de Sardaigne.

Article II.

Les états qui ont composé la ci-devant république de sont réunis à perpétuité aux états de S. M. le Roi de Sard pour être, comme ceux-ci, possédés par Elle en toute pro souveraineté et hérédité, de mâle en mâle, par ordre de géniture, dans les deux branches de Sa Maison, savo branche Royale et la branche de Savoie-Carignan.

Article III.

S. M. le Roi de Sardaigne joindra à Ses titres actue de Duc de Gênes.

Article IV.

Les Génois jouiront de tous les droits et privilèges dans l'acte intitulé: AA. Conditions qui doivent de bases à la réunion des états de Gênes à c S. M. Sarde; et ledit acte sera considéré comme par grante du présent traité, et aura la même force et valeur etoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article V.

Les pays nommés Fiefs Impériaux, qui avoient été réunis à la ci-devant République Ligurienne, sont réunis définitivement aux états de S. M. le Roi de Sardaigne, de la même manière et ainsi que le reste des états de Gênes; et les habitans de ces pays jouiront des mêmes droits et privilèges que ceux des états de Gênes, désignés dans l'article précédent.

Article VI.

La faculté que les Puissances contractantes du Traité de Paris, du 30. mai 1814, se sont réservées par l'article III. dudit Traité, de fortifier tels points de Leurs états qu'Elles jugeront convenables pour Leur sûreté, est également réservée sans restriction à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article VII.

S. M. le Roi de Sardaigne cède au canton de Genève les districts de la Savoie spécifiés dans l'acte ci joint intitulé: BB. Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Genève et aux conditions spécifiées dans le même acte.

Cet acte sera considéré comme partie intégrante du présent traité, et aura la même force et valeur que s'il étoit textuellement inséré dans l'article présent.

Article VIII.

Les provinces du Chablais et du Faucigny et tout le territoire de Savoie au nord d'Ugine appartenant à S. M. le Roi de Sardaigne, feront partie de la neutralité de la Suisse, telle qu'elle est reconnue et garantie par toutes les Puissances.

En conséquence, toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités, ouvertes ou imminentes, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pourroient se trouver dans ces provinces, se retireront, et pourront, à cet effet, passer par le Valais, si cela devient nécessaire; aucunes autres troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront traverser ni stationner dans les provinces et territoires susdits, sauf toutefois que la Confédération Suisse jugeroit à propos d'y placer; bien entendu que cet état de choses ne gêne en rien l'administra-

tion de ces pays, ou les agens civils de S. M. le Roi de Sardaigne pourront aussi employer la garde municipale pour le maintien du bon ordre.

Article IX.

Le présent traité fera partie des stipulations définitives du Congrès de Vienne.

Article X.

Les ratifications du présent traité seront échangées dans le terme de six semaines, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent traité, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait a Vienne le 20. mai de l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Signé: Le Marquis de Saint-Marsan.
(L. S.) Signé: Le Comte de Rossi.

AA. Annexe de l'article IV. du Traité du 20. mai 1815.

Conditions qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gênes à ceux de Sa Majesté Sarde.

Article I.

Les Génois seront en tout assimilés aux autres sujets. Ils participeront, comme eux, aux emplois civils, judiciaires militaires et diplomatiques de la monarchie, et, sauf les privilèges qui leur sont ci-après concédés et assurés, ils seront soumis aux mêmes lois et réglemens, avec les modifications que jugera convenables.

La noblesse génoise sera admise, comme celle des autres parties de la Monarchie, aux grandes charges et emplois.

Article II.

Les militaires génois composant actuellement les

gnoises, seront incorporés dans les troupes Royales. Les officiers et sous-officiers conserveront leurs grades respectifs.

Article III.

Les armoiries de Gênes entreront dans l'écusson Royal, et les couleurs dans le pavillon de S. M.

Article IV.

Le port franc de Gênes sera rétabli, avec les réglemens qui existoient sous l'ancien gouvernement de Gênes.

Toute facilité sera donnée par le Roi pour le transit, par ses états, des marchandises sortant du port franc, en prenant les précautions que S. M. jugera convenables pour que ces mêmes marchandises ne soient pas vendues ou consommées en contrebande dans l'intérieur. Elles ne seront assujetties qu'à un droit modique d'usage.

Article V.

Il sera établi dans chaque arrondissement d'intendance un conseil provincial, composé de trente membres choisis parmi les notables des différentes classes, sur une liste des trois cents les plus imposés de chaque arrondissement. Ils seront nommés la première fois par le Roi, et renouvelés de même par cinquième tous les deux ans. Le sort décidera de la sortie des quatre premiers cinquièmes. L'organisation de ces conseils sera réglée par S. M.

Le président, nommé par le Roi, pourra être pris hors du conseil, en ce cas il n'aura pas le droit de voter.

Les membres ne pourront être choisis de nouveau que quatre ans après leur sortie.

Le conseil ne pourra s'occuper que des besoins et réclamations des communes de l'intendance, pour ce qui concerne leur administration particulière, et pourra faire des représentations à ce sujet.

Il se réunira chaque année au chef-lieu de l'intendance, à l'époque et pour le temps que S. M. déterminera.

S. M. le réunira d'ailleurs extraordinairement, si Elle le juge convenable.

L'intendant de la province, ou celui qui le remplace, présidera de droit aux séances, comme commissaire du Roi.

Lorsque les besoins de l'état exigeront l'établissement d nouveaux impôts, le Roi réunira les différens conseils prov ciaux, dans telle ville de l'ancien territoire génois qu'il désign et sous la présidence de telle personne qu'il aura déléguée à c effet.

Le président, quand il sera pris hors des conseils, n'au point voix délibérative.

Le Roi n'enverra à l'enrégistrement du Sénat de Gê aucun édit portant création d'impôts extraordinaires, qu'a avoir reçu le vote approbatif des conseils provinciaux ré comme ci-dessus.

La majorité d'une voix déterminera la vote des conseils p vinciaux assemblés séparément ou réunis.

Article VI.

Le maximum des impositions que S. M. pourra établir d l'état de Gênes, sans consulter les conseils provinciaux réu ne pourra excéder la proportion actuellement établie pour autres parties de Ses états; les impositions maintenant pe seront amenées à ce taux, et S. M. se réserve de faire des m fications que Sa sagesse et Sa bonté envers Ses sujets g pourront Lui dicter à l'égard de ce qui peut être reparti, so les charges foncières, soit sur les perceptions directes ou directes.

Le maximum des impositions étant ainsi réglé, toutes fois que le besoin de l'état pourra exiger qu'il soit assis de velles impositions ou des charges extraordinaires, S. M. de dera le vote approbatif des conseils provinciaux, pour la so qu' Elle jugera convenable de proposer, et pour l'espèce d'i sition à établir.

Article VII.

La dette publique, telle qu'elle existoit légalement so dernier gouvernement françois, est garantie.

Article VIII.

Les pensions civiles et militaires accordées par l'état, d les lois et les réglemens, sont maintenues pour tous les génois habitant les états de S. M.

Sont maintenues, sous les mêmes conditions, les pensions accordées à des ecclésiastiques ou à d'anciens membres de maisons religieuses des deux sexes, de même que celles qui, sous le titre de secours, ont été accordées à des nobles Génois par le gouvernement français.

Article IX.

Il y aura à Gênes un grand corps judiciaire ou tribunal suprême, ayant les mêmes attributions et privilèges que ceux de Turin, de Savoie et de Nice, et qui porte comme eux le nom de Sénat.

Article X.

Les monnoies courantes d'or et d'argent de l'ancien état de Gênes actuellement existantes, seront admises dans les caisses publiques concurremment avec les monnoies piémontoises.

Article XI.

Les levées d'hommes dites provinciales dans le pays de Gênes, n'excéderont pas en proportion des levées qui auront lieu dans les autres états de S. M.

Le service de mer sera compté comme celui de terre.

Article XII.

S. M. créera une compagnie génoise de Gardes-du-corps, qui formera une quatrième compagnie de Ses gardes.

Article XIII.

S. M. établira à Gênes un corps-de-ville, composé de quatre nobles, vingt bourgeois vivant de leurs revenus, ou exerçant des arts libéraux, et vingt des principaux négocians.

Les nominations seront faites la première fois par le Roi, et les remplacemens se feront à la nomination du corps-de-ville même, sous la réserve d'approbation du Roi. Ce corps aura ses règlemens particuliers, donnés par le Roi, pour la présidence et pour la division du travail.

Les présidens prendront le titre de syndics, et seront choisis parmi ses membres.

Le Roi se réserve, toutes les fois qu'il le jugera à propos, de faire présider le corps-de-ville par un personnage de grande distinction.

Les attributions du corps-de-ville seront l'administration [illegible] revenus de la ville, la surintendance de la petite police de [illegible] ville, et la surveillance des établissemens publics de charité [illegible] la ville.

Un commissaire du Roi assistera aux séances et delibé[illegible] tions du corps-de-ville.

Les Membres de ce Corps auront un costume, et les Syn[illegible] le privilège de porter la simarre ou toga comme les Présidens [illegible] tribunaux.

Article XIV.

L'Université de Gênes sera maintenue et jouira des m[illegible] privilèges que celle de Turin.

S. M. avisera aux moyens de pourvoir à ses besoins.

Elle prendra cet établissement sous Sa protection spé[illegible] de même que les autres instituts d'instruction, d'éducation [illegible] belles-lettres et de charité, qui seront aussi maintenus.

S. M. conservera, en faveur de Ses sujets génois[illegible] bourses qu'ils ont dans le collège dit Lycée, à la charge du [illegible] vernement, se réservant d'adopter sur ces objets les régl[illegible] qu'Elle jugera convenables.

Article XV.

Le Roi conservera à Gênes un tribunal et une chamb[illegible] commerce, avec les attributions actuelles de ces deux é[illegible] semens.

Article XVI.

S. M. prendra particulièrement en considération la situ[illegible] des employés actuels de l'état de Gênes.

Article XVII.

S. M. accueillera les plans et propositions qui Lui [illegible] présentés sur les moyens de rétablir la banque de Saint-Ge[illegible]

Pour copie conforme à l'Original déposé à la Ch[illegible] lerie intime de Cour et d'Etat à Vienne.

Signé: Le Prince de Metterni[illegible]

B. Annexe de l'Article VII du Traité du 20. mai 1815.

Cession faite par Sa Majesté le Roi de Sardaigne au Canton de Genève.

Article I.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne met à la disposition des ...tes Puissances alliées la partie de la Savoie qui se trouve ...re la rivière d'Arve, le Rhône, les limites de la partie de la ...oie occupée par la France et la montagne de Salève jusqu'à ...iry inclusivement; plus celle qui se trouve comprise entre la ...nde route dite du Simplon, le lac de Genève et le territoire ...el du Canton de Genève, depuis Venezas jusqu'au point où ...rivière d'Hermance traverse la susdite route, et de là conti...nt le cours de cette rivière jusqu'à son embouchure dans le ...de Genève, au levant du village d'Hermance (la totalité de la ...e dite du Simplon continuant à être possédée par S. M. le ...de Sardaigne), pour que ces pays soient réunis au Canton ...enève, sauf à déterminer plus précisément la limite par des ...missaires respectifs surtout pour ce qui concerne la délimi...n en dessus de Veiry et sur la montagne de Salève. Dans ...s les lieux et territoires compris dans cette démarcation, Sa ...esté renonce pour Elle et Ses successeurs à perpétuité à tous ...s de souveraineté et autres qui peuvent Lui appartenir, sans ...eptions, ni réserves.

Article II.

Sa Majesté accorde la communication entre le Canton de ...ève et le Valais, par la route dite du Simplon, de la même ...ière que la France l'a accordée entre Genève et le pays de ..., par la route qui passe par Versoy. Sa Majesté accorde de ...e en tout temps une communication libre pour les milices ...voises entre le territoire de Genève et le Mandement de ..., et les facilités qui pourroient être nécessaires à l'occasion ...r arriver par le lac à la susdite route du Simplon.

Article III.

D'autre part Sa Majesté ne pouvant se résoudre à consent qu'une partie de Son territoire soit réunie à un Etat où la re gion dominante est différente, sans procurer aux habitans pays qu'Elle cède la certitude, qu'ils jouiront du libre exer de leur religion, qu'ils continueront à avoir les moyens de fo nir aux frais de leur culte, et à jouir eux-mêmes de la pléni des droits de Citoyens,

Il est convenu que:

§. 1. La religion Catholique Romaine sera maintenu protégée de la même manière qu'elle l'est maintenant dans to les communes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne, et qui se réunies au Canton de Genève.

§. 2. Les paroisses actuelles, qui ne se trouveront m membrées, ni séparées par la délimitation des nouvelles fronti conserveront leurs circonscriptions actuelles, et seront desse par le même nombre d'Ecclésiastiques; et quant aux por démembrées qui seroient trop foibles pour constituer une par on s'addressera à l'Evêque diocésain pour obtenir quelles s annexées à quelque autre paroisse du Canton de Genève.

§. 3. Dans les mêmes communes cédées par Sa Majest les habitans Protestans n'égalent point en nombre les hab Catholiques Romains, les Maîtres d'école seront toujours C liques Romains. Il ne sera établi aucun temple Protest l'exception de la ville de Carouge qui pourra en avoir un.

Les officiers municipaux seront toujours, au moins po deux tiers, Catholiques Romains, et spécialement sur les individus qui occuperont les places de Maire et des deux Adj il y en aura toujours deux Catholiques Romains.

En cas que le nombre des Protestans vint dans q commune à égaler celui des Catholiques Romains, l'égal l'alternative sera établie, tant pour la formation du Conse nicipal que pour celle de la Mairie. En ce cas cependant aura toujours un Maître d'école Catholique Romain, quand on en établiroit un Protestant.

On n'entend pas par cet article empêcher, que des in Protestans, habitant une commune Catholique Romaine, ne

ont pas, s'ils le jugent à propos, y avoir une chapelle particu-
re pour l'exercice de leur culte, établie à leurs frais, et y
ir également à leurs frais un Maître d'école Protestant pour
truction particulière de leurs enfans.

§. 4. Il ne sera point touché, soit pour les fonds et revenus,
pour l'administration, aux donations et fondations pieuses
tantes, et on n'empêchera pas les particuliers d'en faire de
velles.

§. 5. Le Gouvernement fournira aux mêmes frais que four-
le Gouvernement actuel pour l'entretien des Ecclésiastiques
Culte.

§. 6. L'Eglise Catholique Romaine, actuellement existante
nève, y sera maintenue telle qu'elle existe à la charge de
, ainsi que les lois éventuelles de la Constitution de Genève
ent déjà décrété; le Curé sera logé et doté convenablement.

§. 7. Les communes Catholiques Romaines et la paroisse
nève continueront à faire partie du Diocèse qui régira les
ces du Chablais et du Faucigny, sauf qu'il en soit réglé
ment par l'autorité du Saint-Siège.

§. 8. Dans tous les cas, l'Evêque ne sera jamais troublé
les visites pastorales.

§. 9. Les habitans du territoire cédé sont pleinement assi-
, pour les droits civiles et politiques, aux Génevois de la
ils les exerceront concurremment avec eux, sauf la réserve
roits de propriété de cité ou de commune.

§. 10. Les enfans Catholiques Romains seront admis dans
aisons d'éducation publique, l'enseignement de la religion
ra pas lieu en commun, mais séparément, et on emploiera
effet, pour les Catholiques Romains, des Ecclésiastiques de
communion.

§. 11. Les biens communaux ou propriétés appartenantes
nouvelles communes, leur seront conservés, et elles conti-
nt à les administrer comme par le passé, et à en employer
venus à leur profit.

§. 12. Ces mêmes communes ne seront point sujettes à de charges plus considérables que les anciennes communes.

§. 13. Sa Majesté le Roi de Sardaigne se réserve de por à la connaissance de la Diète Helvétique, et d'appuyer par canal de Ses Agens diplomatiques auprès d'elle, toute réclamati à laquelle l'inexécution des articles ci-dessus pourroient don lieu.

Article IV.

Tous les titres terriers et documens concernant les ch cédées, seront remis par S. M. le Roi de Sardaigne au Can de Genève le plus tôt que faire se pourra.

Article V.

Le Traité conclu à Turin le trois du mois de juin mil-s cent cinquante-quatre entre S. M. le Roi de Sardaigne et la publique de Genève, est maintenu pour tous les articles aux il n'est point dérogé par la présente Transaction; mais Sa jesté voulant donner au Canton de Genève une preuve partic de Sa bienveillance consent néanmoins à annuller la part l'article XIII du susdit Traité qui interdisoit aux Citoyen Genève, qui se trouvoient dès-lors avoir des maisons et situés en Savoie, la faculté d'y faire leur habitation princip

Article VI.

Sa Majesté consent, par les mêmes motifs, à prendr arrangemens avec le Canton de Genève pour faciliter la sor Ses Etats des denrées destinées à la consommation de la v du Canton.

Article VII.

Il est accordé exemtion de tout droit de transit à tou marchandises, denrées etc., qui, en venant des Etats Majesté et du port franc de Gênes, traverseront la rout du Simplon dans toute son étendue par le Valais et l'E Genève.

Il est entendu que cette exemtion ne regarde que le t et ne s'étend pas, ni aux droits établis pour le maintie

ste, ni aux marchandises et denrées destinées à être vendues consommées dans l'intérieur.

Cette réserve s'applique également à la communication rdée aux Suisses entre le Valais et le Canton de Genève, et Gouvernemens prendront à cet effet, de commun accord, les sures qu'ils jugeront nécessaires, soit pour la taxe, soit pour pêcher la contrebande, chacun sur leur territoire.

Pour copie conforme à l'Original déposé à la Chancellerie intime de Cour et d'Etat à Vienne.

Signé: Le Prince de Metternich.

O. (Nr. XIV.)

Conditions qui doivent servir de bases à la réuni des Etats de Gênes à ceux de S. M. Sarde*).

*) Diese Urkunde findet sich bereits oben unter AA. als Beilage IV. Artikels des Vertrages vom 20. Mai 1815. (Nr. XIII.)

P. (Nr. XV.)

Déclaration des Puissances sur l'abolition de la traite des Nègres, du 8. février 1815 *).

Les Plénipotentiaires des Puissances qui ont signé le traité de Paris du 30. mai 1814, réunis en Conférence;

Ayant pris en considération:

Que le commerce connu sous le nom de traite des nègres d'Afrique a été envisagé par les hommes justes et éclairés de tous les temps, comme répugnant aux principes d'humanité et de morale universelle; que les circonstances particulières auxquelles ce commerce a dû sa naissance, et la difficulté d'en interrompre brusquement le cours, ont pu couvrir jusqu'à un certain point ce qu'il avoit d'odieux dans sa conservation; mais qu'enfin la voix publique s'est élevée dans tous les pays civilisés pour demander qu'il soit supprimé le plutôt possible; que depuis que le caractère et les détails de ce commerce ont été mieux connus, les maux de toute espèce qui l'accompagnent, complètement dévoilés, plusieurs des gouvernemens européens on pris en effet la résolution de le faire cesser, et que successivement toutes les Puissances possédant des colonies dans les différentes parties du monde ont reconnu, soit par des actes législatifs, soit par des traités et autres engagemens formels, l'obligation et la nécessité de l'abolir; que par un article spécial du dernier traité de Paris, la Grande-Bretagne et la France se sont engagées à reunir leurs efforts au Congrès de Vienne pour faire prononcer par toutes les Puissances de la Chrétienté l'abolition universelle et définitive de la traite des Nègres; que les Plénipotentiaires rassemblés dans ce Congrès ne sauraient mieux honorer leur mission, remplir leur devoir, et manifester les principes qui guident leurs augustes Souverains, qu'en tra-

vaillant à réaliser cet engagement, et en proclamant au nom
leurs Souverains, le voeu de mettre un terme à un fléau qui a
longtemps désolé l'Afrique, dégradé l'Europe et affligé l'humani

Lesdits Plénipotentiaires sont convenus d'ouvrir leurs d
berations sur les moyens d'accomplir un objet aussi salutai
par une déclaration solennelle des principes qui les ont dirig
dans ce travail.

En conséquence, et duement autorisés à cet acte d'adh
sion unanime de leurs Cours respectives au principe énon
dans ledit article séparé du traité de Paris, ils déclarent, à
face de l'Europe, que, regardant l'abolition universelle de
Traite des Nègres comme une mesure particulièrement digne
leur attention, conforme à l'esprit du siècle, et aux princ
généraux de leurs augustes Souverains, ils sont animés du d
sincère de concourir à l'exécution la plus prompte et la plus
cace de cette mesure, par tous les moyens à leur disposition
d'agir dans l'emploi de ces moyens avec tout le zèle et to
persévérance qu'ils doivent à une si grande et belle cause.

Trop instruits toutefois des sentimens de leurs Souve
pour ne pas prévoir que, quelque honorable que soit leur b
ne le poursuivront pas sans de justes ménagemens pour l
térêts, les habitudes et les préventions mêmes de Leurs s
lesdits Plénipotentiaires reconnaissent en même temps, que
déclaration générale ne saurait préjuger le terme, que c
Puissance en particulier pourrait envisager comme le plu
venable pour l'abolition définitive du commerce des Nègres
conséquent la détermination de l'époque, où ce commerc
universellement cesser, sera un objet de négociation en
Puissances; bien entendu que l'on ne négligera aucun
propre à en assurer et à en accélérer la marche; et que l
gement réciproque contracté par la présente déclaration en
Souverains, qui y ont pris part, ne sera considéré comme
qu'au moment où un succès complet aura couronné leurs
réunis.

En portant cette Déclaration à la connaissance de l'E
et de toutes les nations civilisées de la terre, lesdits Plén
tiaires se flattent d'engager tous les autres Gouvernem
notamment ceux qui, en abolissant la traite des Nègr

...festé déjà les mêmes sentimens, à les appuyer de leur suffrage ...s une cause, dont le triomphe final sera un des plus beaux ...mens du siècle qui l'a embrassée et qui l'aura glorieusement ...minée [b]).

Vienne le 8. février 1815.

Signé:	Castlereagh.	Gomez Labrador.
	Stewart.	Palmella.
	Wellington.	Saldanha.
	Nesselrode.	Lobo.
	Loewenhielm.	Humboldt.
	Talleyrand.	Metternich.

a) Die Angelegenheit der Abschaffung des Negerhan... wurde zuerst vom Fürsten Talleyrand, in der Sitzung ...0. December 1814, auf dem Wiener Congresse zur Sprache ...cht. Derselbe schlug vor, eine Commission von Bevoll...tigten der acht Mächte, welche den Pariser Frieden vom ...i 1814 unterzeichnet, niederzusetzen, um die gänzliche Ab...ung des Negerhandels vorzubereiten. Die Gesandten von Por...l und Spanien erklärten darauf, dass bei den Conferenzen ...diese Angelegenheit nur die Colonien besitzenden...te, also England, Frankreich, Portugal und Spanien interes...iren und zugelassen werden sollten, unter dem Vorbehalt jedoch ...ei Continental-Mächte, wie Russland und Oesterreich, als Mitt...zutreten. Lord Castlereagh trat jedoch dem ersten Vor...e bei, da die Sache für die ganze Menschheit von ...esse sey und desshalb keine Macht von der Erörterung derselben ...geschlossen werden dürfe. Nach ferneren Weigerungen der ...ten von Spanien und Portugal, bestanden auch Oesterreich, ...ssen, Russland und Schweden darauf, dass bei dieser ...der öffentlichen Moral und Humanität alle Mächte interessirt ...; auch blieb Lord Castlereagh bei seinem Vorschlage: ...gerade eine besondere Commission niederzusetzen, ...n die Sache in den Versammlungen der acht Mächte zu ver...n, und jede derselben zur Ernennung eines Bevollmächti...a einzuladen, um besondere, dieser Sache ausschliessend ...ete, Sitzungen zu halten, unter dem ausdrücklichen Vor...e, dass von dem Resultate der Verhandlungen der allge-

meinen Versammlung der Bevollmächtigten der ac
Mächte Bericht erstattet werde. Derselbe modificirte inde
diesen Vorschlag später dahin: dass in dieser Angelegenheit ni
gerade nur ein Gesandter jeder der acht Mächte den gedac
besonderen Sitzungen beiwohnen solle, sondern dass nur bes
dere Sitzungen ununterbrochen Statt finden möchten.

In Ausführung dieses modificirten Vorschlages fanden bis zu
Februar 1815 fünf besondere Sitzungen Statt, deren Re
tat die Declaration der Bevollmächtigten der ac
Mächte vom 8. Februar 1815 war.

Vergl: Notice sur les cinq conférences particuliè
de M.M. les plénipotentiaires des huit Puissances signataires du t
de paix de Paris, qui eurent lieu au Congrès de Vienne, en vertu
résolution contenue dans le procès-verbal de la séance de ces m
plénipotentiaires du 16. janvier 1815, relativement aux moyens
fectuer l'abolition générale de la traite des nègre

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. Heft 16. S. 523 u. f. Bd.
Heft 29. S. 3 u. f.

J. L. Klüber, Uebersicht der diplomatischen Verhandlung
Wiener Congresses. S. 17, 42 u. f., 54 u. f., 572.

Mémoire sur la nécessité et les moyens de faire cesser les
teries Barbaresques, présenté au Congrès de Vienne par l'
Sir Sidney Smith.

J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses etc. Bd. V.
S. 528 u. f.

Conférence entre les Plénipotentiaires de l'Autriche,
France, de la Grande-Bretagne, de la Prusse e
Russie tenues à Londres relativement à la traite des n
(1817.)
de Martens recueil etc. Nouveaux Supplém. Tom. III. p.

Actes et conférences au Congrès d'Aix la Chapelle
cernant la traite des nègres. (24. Oct.—19. Nov. 1818.)
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. III. p. 87

Mémoire sur la traite des nègres, présenté au Con
Vérone par les Plénipotentiaires de France, au m
novembre 1822.
M. de Chateaubriand le Congrès de Verone. (1838.)
p. 55.

(Die königl. französische Verordnung vom 8. Febru
befiehlt, dass jedes französische oder fremde Fahrzeug, wel

eine französische Colonie Schwarze als Sklaven („des noirs de traite") einführen werde, sofort confiscirt werden solle.)

Résolutions relatives à l'abolition de la traite des nègres adoptées au Congrès de Vérone à la Conférence du 28. novembre 1822.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. X. p. 139.

Vergl. ferner:

Actes relatifs à la cessation de la traite des nègres de la part de la France.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 602.

b) Von den besonderen diese Angelegenheit betreffenden späteren Verträgen und Gesetzen sind ausser

dem Zusatz-Artikel des Pariser Friedens vom 20. November 1815, durch welchen für die allgemeine Abschaffung des Negerhandels wieder ein bedeutender Schritt geschah (unten),

endlich zu vergleichen:

Réglements du Gouvernement Français concernant le commerce d'esclaves sur les côtes d'Afrique, du décembre 1814.

de Martens recueil etc. Nouveaux Supplém. Tom. II. p. 249—253.

Traité entre la Grande-Bretagne et le Portugal sur l'abolition du commerce des esclaves, signé à Vienne le 22. janvier 1815.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 97.

Traité d'amitié et d'alliance entre S. M. Britannique et S. A. R. le Prince-Régent de Portugal, signé à Rio de Janeiro le 19. février 1810. Article X.

de Martens recueil etc. Supplém. T. V. p. 245.)

Convention additionnelle au traite du 22. janvier 1815 entre la Grande-Bretagne et le Portugal, afin d'empêcher leurs sujets d'exercer un commerce illicite des nègres, signée à Londres le 28. juillet 1817.

de Martens recueil etc. Nouveaux Supplém. etc. Tom. II. p. 278—299.

Traité entre S. M. Britannique et S. M. le Roi des Pays-Bas, afin d'empêcher tout commerce des esclaves de la part de Leurs sujets respectifs, signé à la Haye le 4. mai 1818.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 511.

Traité entre la Grande-Bretagne et l'Espagne sur l'aboli-

tion de la traite des nègres, signé à Madrid le 23. septembre 1817.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 300—309.

Décret du Roi de Portugal sur la punition des personnes qui s'occupent du trafic d'esclaves. En date de Rio-Janeiro le 2 janvier 1818.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 357—365.

Loi dans les Pays-Bas contenant des dispositions pénales pour la répression et l'empêchement du commerce des noirs. En date de Bruxelles le 20. novembre 1818.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 382—384.

Loi renfermant des mesures ultérieures pour la répression et l'extinction du trafic des esclaves, promulguée dans les Pays-Bas le 23. décembre 1824.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 425.

Loi contenant les procédés à observer dans la condemnation des bâtimens pour le trafic des esclaves, promulguée dans les Pays-Bas le 10. mars 1825.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 43[illegible]

Circulaire du Gouvernement Autrichien touchant le commerce des esclaves et les mauvais traitemens qu'on leur aura à éprouver, en date de Vienne le 7. août 1826.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. 470.

Convention entre la Grande-Bretagne et le Brésil pour l'abolition de la traite des nègres, signée à Rio de Janeiro le 23. novembre 1826.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. [illegible]

Acte du Parlement Britannique pour mettre en exécution la convention conclue avec l'Empereur de Brésil sur l'abolition finale du commerce des esclaves de l'Afrique, en date du 2[illegible] 1827.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. [illegible]

Acte du Parlement Britannique pour mettre en exécution le traité entre la Grande-Bretagne et la Suède relativement au commerce des esclaves, en date du 2. juillet 1827.
de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. II. p. [illegible]

Traités entre la France et la Grande-Bretagne relatif à la répression du crime de la traite des noirs, conclus à Paris le 30. novembre 1831, et le 22. mars 1833.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XIII. p. 547.

Convention conclue entre la France et la Grande-Bretagne d'une part et le Danemarc de l'autre part, pour la répression de la traite des noirs, en date du 26. juillet 1834.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XVI. p. 713.

Accessions-Vertrag der freien und Hansestädte Lübek, Bremen und Hamburg zu den am 30. November 1831 und 22. März 1833 zwischen I. I. M. M. den Königen der Franzosen und des vereinigten Königreichs von Gross-Britannien und Irland, zum Zweck einer wirksameren Unterdrückung des Sklavenhandels, abgeschlossenen Traktaten, unterzeichnet zu Hamburg den 9. Juni 1837.
(Nebst dem hierzu wider den Sklavenhandel erlassenen Gesetze.)
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XVIII. p. 266.

Bref papal contre la traite des nègres, donné à Rome le 3. décembre 1839.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XX. part. 2. p. 1034.

Traité entre l'Autriche, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, pour la suppression de la Traite des nègres d'Afrique, signé à Londres le 20. décembre 1841.
Gesetz-Sammlung für die königl. preuss. Staaten, 1844. Nr. 31. S. 371—399.

Texte original anglais in:
Fréd. Murhard nouveau recueil général etc. (Continuation du grand recueil de feu de Martens.) Tom. II. (Goettingen, 1844.) p. 508 etc.

(Nachdem Frankreich von diesem Vertrage zurückgetreten, erfolgte die Ratification desselben von den vier andern Mächten am 24. Januar 1842.)
Von Seiten des kaiserl. Russischen Finanzministeriums erging folgende Bekanntmachung:
„In Gemässheit des Art. IV des zu London am 8. (20.) December 1841 zwischen Russland, Grossbritannien, Oesterreich und Preussen, zur gänzlichen Unterdrückung des Sclavenhandels abgeschlos-

senen und unterzeichneten Tractats, hat die kaiserlich russische Regierung der grossbritannischen Regierung für die englischen Kreuzer die ersten Mandate ausgeliefert, durch welche die benannten Kreuzer autorisirt werden, in den Gewässern, wo die gegenseitige Recht der Durchsuchung ausgeübt werden darf, die unter russischer Flagge segelnden Handelsschiffe, auf welche der Verdacht ruhet, dass sie sich mit dem Sclavenhandel befassen oder dass sie für diesen Handel ausgerüstet sind, oder dass sie während der Fahrt, auf welcher die Kreuzer sie angesprochen, Sclavenhandel getrieben haben, in Gemässheit des Tractats zu durchsuchen und anzuhalten. Diese, vom Admiralitäts-Co... unterschriebenen und besiegelten Mandate sind in russischer, ... lischer, deutscher und schwedischer Sprache ausgestellt wor... Die mit dem Durchsuchungsrecht belehnten Kreuzer werden ... eines besondern Signals bedienen, über welches die hohen ... trahirenden Parteien, von welchen der Tractat vom 8. (20.) ... cember 1841 unterzeichnet worden, sich verständiget haben."

Ukase de S. M. l'Empereur de Russie, en date de St. Pete... bourg le 26. mars 1842, relatif à la répression de la traite ... nègres.

Nouveau recueil général de traités etc. par F... Murhard. Tom. III. (à Gottingue, 1845. 8.) p. 126—129.

Traité conclu entre la Grande-Bretagne et le Portu... à Lisbonne le 3. juillet 1842, au sujet de l'abolition de la ... des noirs.

Nouveau recueil général etc. Tom. III. p. 244—312.

Article additionnel au traité signé à Lisbonne le 3. ... 1842 entre la Grande-Bretagne et le Portugal, au... de l'abolition de la traite des noirs. Signé à Lisbonne ... octobre 1842.

Nouveau recueil général etc. Tom. III. p. 312—314.

Publication officielle du traité entre la Grande-Breta... et le Portugal sur l'abolition de la traite des noirs, fa... Londres le 10. août 1843.

Nouveau recueil général etc. Tom. III. p. 314—327.

Traité entre la Grande-Bretagne et les Etats-Uni... l'Amérique septentrionale, pour fixer définitivement ... limites respectifs aux frontières de Canada, pour la répr... finale de la traite des nègres et pour l'extradition réciproq...

criminels fugitifs. Conclu et signé à Washington, le 9. août 1842.

Nouveau recueil général etc. Tom. III. p. 456—465.

Von den zu jener Zeit über diesen Gegenstand erschienenen Schriften s. besonders:

M. Clarkson, essai sur les désavantages politiques de la traite des nègres.

(Allgemeine geographische Ephemeriden. März 1814.)

Simonde de Sismondi, l'intérêt de la France à l'égard de la traite des nègres, à Genève 1814.

Recueil de diverses pièces et des discussions qui eurent lieu aux Cortès générales et extraordinaires d'Espagne, en l'année 1811, sur la traite et l'esclavage des nègres. Paris 1814.

Lettre à S. E. le Prince de Talleyrand-Périgord, ministre et secrétaire d'état de S. M. T. C. au département des affaires étrangères, et son plénipotentiaire au Congrès de Vienne, au sujet de la traite des nègres, par W. M. Wilberforce, écuyer, membre du parlement britannique; traduit de l'anglais, à Londres et Paris 1814.

Über den Sclavenhandel in:

den Miscellen aus der neuesten ausländischen Literatur (Leipzig 1815). S. 220—226.

Vgl. auch:

Francis J. Grund, das Untersuchungsrecht. Zur Beurtheilung der zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Königlich Grossbritannischen Regierung obschwebenden Frage. Leipzig 1842. 8.

Q. (Nr. XVI.)

Réglemens pour la libre navigation des rivières *). (24. mars 1815.)

1) Articles concernant la navigation des rivières qui [leur cours navigable séparent ou traversent [férens Etats.

Article I.

Les Puissances dont les états sont séparés ou traversés une même rivière navigable, s'engagent à régler d'un com accord tout ce qui a rapport à sa navigation. Elles nommer cet effet des Commissaires, qui se réuniront au plus tard mois après la fin du Congrès, et qui prendront pour base leurs travaux les principes suivans.

Article II.

La navigation dans tout le cours des rivières indiquées l'article précédent, du point où chacune d'elles devient navi jusqu'à son embouchure, sera entièrement libre, et ne p sous le rapport du commerce, être interdite à personne, conformant toutefois aux réglemens qui seront arrêtés p police, d'une manière uniforme pour tous, et aussi favorab possible au commerce de toutes les nations.

Article III.

Le système qui sera établi, tant pour la perception des que pour le maintien de la police, sera, autant que fai pourra, le même pour tout le cours de la rivière, et s'ét à moins que des circonstances particulières ne s'y opp aussi sur ceux de ses embranchemens et confluens qui dan cours navigable séparent ou traversent différents états.

Article IV.

Les droits sur la navigation seront fixés d'une manière uniforme, invariable, et assez indépendante de la qualité différente des marchandises, pour ne pas rendre nécessaire un examen détaillé de la cargaison, autrement que pour cause de fraude et contravention.

La quotité de ces droits, qui en aucun cas ne pourront excéder ceux existants actuellement, sera déterminée d'après les circonstances locales qui ne permettent guères d'établir une règle générale à cet égard. On partira néanmoins, en dressant le tarif, du point de vue d'encourager le commerce, en facilitant la navigation, et l'octroi établi sur le Rhin pourra servir d'une norme approximative. Le tarif une fois réglé, il ne pourra plus être augmenté que par un arrangement commun des états riverains, la navigation grévée d'autres droits quelconques, outre ceux fixés dans le réglement.

Article V.

Les bureaux de perception, dont on réduira autant que possible le nombre, seront fixés par le réglement, et il ne pourra y faire ensuite aucun changement que d'un commun accord, à moins qu'un des états riverains ne voulût diminuer le nombre de ceux qui lui appartiennent exclusivement.

Article VI.

Chaque état riverain se chargera de l'entretien des chemins de halage qui passent par son territoire, et des travaux nécessités par la même étendue dans le lit de la rivière, pour ne faire disparoître aucun obstacle à la navigation.

Le réglement futur fixera la manière dont les états riverains devront concourir à ces derniers travaux; dans le cas où les deux rives appartiennent à différens Gouvernements.

Article VII.

On n'établira nulle part des droits d'étape, d'échelle, ou de relâche forcée. Quant à ceux, qui existent déjà, ils ne seront conservés qu'en tant que les états riverains, sans avoir égard à l'intérêt local de l'endroit ou du pays où ils sont établis, les trou-

veraient nécessaires ou utiles à la navigation et au commerce
général.

Article VIII.

Les douanes des états riverains n'auront rien de comm
avec les droits de navigation. On empêchera, par des disposit
réglémentaires, que l'exercice des fonctions des douaniers
mette pas d'entraves à la navigation; mais on surveillera,
une police exacte sur la rive, toute tentative des habitans
faire la contrebande à l'aide des bateliers.

Article IX.

Tout ce qui est indiqué dans les articles précédens,
déterminé par un réglement commun qui renfermera égal
tout ce qui aurait besoin d'être fixé ultérieurement. Le régl
une fois arrêté, ne pourra être changé que du consentem
tous les états riverains, et ils auront soin de pourvoir,
manière convenable et adaptée aux circonstances et aux loc
à son exécution.

Signé: Dalberg.
Humboldt.
Clancarty.
Wessenberg.

---

2) Articles concernant la navigation du Rhi

Article I.

La navigation dans tout le cours du Rhin, du poin
devient navigable jusqu'à la mer, soit en descendant, s
remontant, sera entièrement libre, et ne pourra, sous le r
du commerce, être interdite à personne, en se conformant
fois aux réglemens qui seront arrêtés, pour la police,
manière uniforme pour tous et aussi favorable que poss
commerce de toutes les nations.

Article II.

Le système qui sera établi tant pour la perception de
que pour le maintien de la police, sera le même pour

urs de la rivière, et s'étendra autant que faire se pourra, aussi ur ceux de ses embranchements et confluens qui dans leur cours avigable séparent ou traversent différens états.

Article III.

Le tarif des droits à percevoir sur les marchandises transtées par le Rhin, sera réglé de manière que la totalité du droit ayer entre Strasbourg et la frontière du royaume des Pays-, soit, en remontant, de deux francs, et, en descendant, n franc et 33 centimes par quintal, et que ce même tarif rra être étendu (en augmentant par là dans la même proportion totalité du droit) aux distances entre Strasbourg et Bâle, et e la frontière du royaume des Pays-Bas et les embouchures a rivière.

Le droit de reconnoissance restera tel qu'il est réglé par 94 de la convention sur l'octroi de navigation du Rhin conclue ris le 15. août 1804, sauf à déterminer autrement l'échelle droits de manière à ce que les bateaux de 2500 à 5000 taux y soient compris également. Mais ce droit pourra aussi étendu dans la même proportion aux distances ci-dessus tionnées.

Les modérations du tarif général, qui établit le maximum roits fixées par les Art. 102—105 de la convention de 1804, nueront d'avoir lieu; mais la commission qui sera chargée a confection des nouveaux réglemens, examinera si leur ction en différentes classes ne nécessitera pas des change- encore plus favorables, tant à la navigation et au com-e, qu'à l'agriculture et aux besoins des habitans des états ains.

Article IV.

Le tarif ainsi fixé ne pourra être augmenté que d'un commun d, et les Gouvernemens riverains du Rhin, en partant du ipe que leur véritable intérêt consiste à vivifier le commerce urs états, et que les droits de la navigation sont principale- destinés à couvrir les frais de son entretien, prennent l'en-ment formel de ne se porter à une telle augmentation que s motifs les plus justes et les plus urgens, ni de gréver la ation d'aucun autre droit quelconque outre ceux fixés par

les réglemens actuels, sous quelque dénomination ou prétexte cela puisse être.

Article V.

Il n'y aura que douze bureaux de perception dans t l'étendue du Rhin entre Strasbourg et la frontière du Roy des Pays-Bas, et ceux qu'il conviendra d'établir entre Stra et Bâle, et dans les Pays-Bas, seront fixés d'après les m principes et dans les distances proportionnelles.

Les bureaux seront placés d'après les convenances de l vigation, et leur nombre ne pourra être augmenté, ni leur changée que d'un commun accord. Il sera néanmoins libre état riverain de diminuer le nombre de ceux que l'arrang actuel lui assigne exclusivement.

Article VI.

La perception des droits se fera dans chaque état ri pour son compte et par ses employés, en distribuant la t des droits d'une manière égale sur l'étendue des possessi spectives des différens états sur la rive. Les employé bureaux prêteront serment d'observer strictement le rég qui sera arrêté définitivement. Si un même bureau s'ét deux ou plusieurs états riverains, ils répartissent entre recette d'après l'étendue de leurs possessions respectives rive, et cette même disposition sera aussi appliquée au ca deux rives opposées appartiennent à deux différents états. ce qui a rapport à l'organisation des bureaux, au mode cevoir et de constater le payement des droits, sera fix manière uniforme par le réglement définitif, et ne pou être changé que d'un commun accord.

Article VII.

Chaque état riverain se charge de l'entretien des che halage qui passent par son territoire, et des travaux néc pour la même étendue dans le lit de la rivière, pour éprouver aucun obstacle à la navigation.

Article VIII.

Il sera établi auprès de chaque bureau de percep

rité judiciaire, pour examiner et décider, d'après le règlement, première instance toutes les affaires contentieuses qui regar- nt les objets fixés par ce règlement.

Ces autorités judiciaires seront entretenues aux frais de t riverain dans lequel elles se trouvent, et prononceront leurs ences au nom de leurs Souverains; mais les individus qui les posent prêteront serment d'observer strictement le règlement, s juges ne pourront perdre leurs places que par un procès té dans toutes les formes, et par une condamnation portée re eux. Leur procédure sera fixée par le règlement et devra uniforme pour tout le cours du Rhin, et aussi sommaire que ible.

Là où un bureau de perception appartiendra à plus d'un état, individus chargés de ces fonctions judiciaires seront nommés le Souverain dans le territoire duquel se trouve le bureau en tion, et les sentences seront prononcées en son nom; mais rais seront fournis par tous ceux à qui la recette du bureau mmune, et dans la proportion de la part qui leur en revient.

Article IX.

Les parties qui voudront se pourvoir en appel contre les nces prononcées par les autorités judiciaires spécifiées à cle précédent, auront le choix de s'adresser pour cet effet à mission centrale dont il sera parlé ci-dessous ou au tribunal rieur du pays dans lequel se trouve celui de première instance s duquel elles auront plaidé.

Chaque état riverain s'engage à établir un pareil tribunal de de instance, ou d'assigner un de ceux qui existent déjà, pour ision des causes de cette nature. Ces tribunaux prêteront ment serment d'observer le règlement de navigation; leur isation et leur procédure feront partie du règlement; et ils urront point siéger dans une ville trop éloignée de la rive in. Le règlement renfermera les dispositions précises à cet . Leurs sentences seront définitives et ne permettront point re recours.

Article X.

Afin d'établir un contrôle exact sur l'observation du règle- commun, et pour former une autorité qui puisse servir d'un

moyen de communication entre les états riverains, sur tout ce qui regarde la navigation, il sera créé une commission centrale.

Article XI.

Chaque état riverain nommera un commissaire pour la [illegible] mer, et elle se réunira régulièrement le 1. novembre de chaque année à Mayence.

Elle jugera par les circonstances et les affaires sur lesquelles elle aura à statuer, si, outre cette session, il sera nécessaire qu'elle en tienne une seconde au printems.

Le Président qui, sans autre prérogative, sera chargé de la direction générale des travaux de la commission, sera désigné par le sort, et renouvelé tous les mois dans le cas qu'une session se prolongeât. Un autre membre de la commission, sur le rang duquel ses membres conviendront, tiendra le procès verbal.

Article XII.

Afin qu'il existe une autorité permanente qui puisse, pendant l'absence de la commission centrale veiller au maintien du réglement, et à laquelle le commerce et les bateliers puissent recourir en tout temps, il sera nommé un inspecteur en chef et trois sous-inspecteurs.

L'inspecteur en chef résidera également à Mayence. Les sous-inspecteurs seront destinés pour le haut, moyen et bas [illegible]

Article XIII.

L'inspecteur en chef sera nommé par la commission centrale à la pluralité des voix, mais de la manière suivante. On [illegible] un nombre idéal de voix et le Commissaire Prussien en exercera un tiers, le Commissaire Français un sixième, le Commissaire des Pays-Bas un sixième, et celui des autres Princes Allemands outre la Prusse, un tiers.

La distribution des voix de ces Princes sera réglée dès qu'il aura été disposé définitivement de la rive entière du Rhin. Jusqu'à elle sera faite également d'après l'étendue des possessions respectives sur la rive.

Les trois sous-inspecteurs seront nommés l'un par la Prusse, le second alternativement par la France et les Pays-Bas, le troisième par les autres Princes Allemands co-possesseurs.

re, qui conviendront sur le mode de concourir à cette nomi-tion.

Article XIV.

Les places, tant de l'inspecteur en chef que des sous-inspec-rs, seront à vie.

Si la commission croyait devoir éloigner pour cause de contentement de ses services un de ces employés, elle pourra tre en délibération, s'il devra simplement être remplacé par autre, ou traduit au jugement.

Dans le premier cas, applicable également aux retraites pour se d'infirmités, l'employé jouira d'une pension de retraite la-le sera de la moitié du traitement, s'il n'a pas en dix années rvice, et des deux tiers, s'il a servi dix années ou au-delà. e pension sera payée de la même manière que le traitement même. Dans le second cas la commission décidera, en déli-nt de la manière prescrite par l'Article 17, quels seront les naux qui le jugeront en première et deuxième instance. ployé obtiendra sa pension de retraite, s'il s'est acquitté rement, et il sera statué sur lui selon la sentence prononcée le cas contraire. Aussi souvent que la commission mettra voix l'éloignement d'un des inspecteurs, elle votera de la ère indiquée à l'Art. 13, mais l'employé ne pourra perdre sa que lorsqu'il aura les deux tiers du nombre idéal des voix re lui.

Article XV.

L'inspecteur en chef, assisté des sous-inspecteurs, est destiné iller à l'exécution du réglement et à mettre de l'ensemble dans ce qui regarde la police de la navigation. Il aura en consé-ce le droit et le devoir d'adresser à cet égard les ordres aux ux de perception, et de se mettre en rapport avec les autres rités locales des états riverains.

Les employés des bureaux et les autorités locales devront ter obéissance et assistance dans tout ce qui regarde l'exé-n du réglement, et ne pourront surseoir à l'exécution de ses uctions que lorsqu'il dépasserait les limites de ses fonctions. ce cas elles en feront incessament rapport à leurs rieurs.

L'inspecteur en chef devra, en outre, préparer tous les

matériaux qui pourront éclaircir la commission centrale sur l'
et les besoins de la navigation et lui faire les propositions
venables sur les mesures qu'il serait bon de prendre. Dans le
urgens il pourra et devra entretenir à cet égard une corres
dence avec ses membres, aussi dans le temps qu'elle ne sera
réunie.

Article XVI.

La commission centrale se fera rendre compte par les in
teurs de leur administration, les assistera dans leurs fonct
et surveillera la manière dont ils s'en acquittent. Elle s'occ
en même temps de tout ce qui pourra tendre au bien géné
la navigation et du commerce, et publiera à la fin de chaque a
un rapport détaillé sur l'état de la navigation du Rhin, son
vement annuel, ses progrès, les changemens qui pourra
avoir lieu, et tout ce qui intéresse le commerce intéri
étranger.

Article XVII.

La commission centrale prendra ses décisions à la pl
absolue des voix, qui seront émises dans une parfaite é
Mais les membres devant être regardés comme des age
états riverains chargés de se concerter sur leurs intérêts
muns, ses décisions ne seront obligatoires pour les états rive
que lorsqu'ils y auront consenti par leur commissaire.

Article XVIII.

Le traitement de l'inspecteur en chef et des sous-inspec
mais non pas celui des commissaires qui pourront être de s
agens temporaires, sera fixé par le réglement. Il sera à la c
de tous les états riverains qui y contribùeront dans la pro
qu'ils prennent à leur nomination.

Le réglement contiendra tout ce qui appartient à l'o
sation ultérieure de la commission centrale et de l'adminis
permanente, et fixera d'une manière précise et détaillée
ses fonctions et ses attributions.

Article XIX.

Les droits d'étape ayant été supprimés par l'Art. 8 de
vention du 15. août 1804, la même suppression est
actuellement aux droits que les villes de Mayence et de C

ercoient sous le nom de droits de relâche, d'échelle ou de rompre rge (*Umschlag*), de façon qu'il sera libre de naviguer sur t le cours du Rhin, du point où il devient navigable jusqu'à embouchure dans la mer, soit en remontant, soit en descen-, sans qu'on soit obligé de rompre charge et de verser les rgemens dans d'autres embarcations dans quelque port, ville endroit que cela puisse être.

Article XX.

Il sera établi toutefois une police réglementaire pour obvier fraudes qui pourraient avoir lieu dans les endroits d'embar-on, de décharge, ou de versement de chargemens; et les de grue, de quai et de magasinage, là où ces établissemens ent ou seront nouvellement établis, seront fixées par le ement d'une manière uniforme, et sans pouvoir être augmen-ensuite autrement que d'un commun accord.

Article XXI.

Aucune association, moins encore un individu qualifié bate-(là où il n'existerait point d'association), d'un des états rains du Rhin, ne pourra exercer un droit exclusif de navi-n sur cette rivière, ou sur une de ses parties. Il sera libre sujets de chacun de ces états de rester membres d'une asso-on d'un autre de ces états.

Article XXII.

Les douanes des états riverains n'ayant rien de commun les droits de la navigation, elles resteront séparées de la ption de ces derniers. Le réglement définitif renfermera des itions propres à empêcher que la surveillance des douaniers tte pas d'entraves à la navigation.

Article XXIII.

Les bateaux et nacelles de l'octroi porteront le pavillon de des états riverains auquel ils appartiennent; mais, pour les ner comme destinés au service de l'octroi, il y sera ajouté t *Rhenus*.

Article XXIV.

Les droits de la navigation du Rhin ne pourront jamais affermés, soit en masse, soit particulièrement.

Article XXV.

Aucune demande en exemption ou modération des droits sera admise, ni par les préposés des bureaux, ni même par commission centrale, quelle que soit la nature, l'origine, et la nation des embarcations, des effets, ou des marchandises, quelques personnes, corps, villes ou états que les unes ou autres appartiennent, comme aussi pour quelque service et quelque ordre que le transport s'en effectue.

Article XXVI.

S'il arrivait (ce qu'à Dieu ne plaise) que la guerre ait avoir lieu entre quelques-uns des états situés sur le Rhin, la ception du droit de l'octroi continuera à se faire librement qu'il y soit apporté d'obstacle de part et d'autre.

Les embarcations et personnes employées au service l'octroi, jouiront de tous les privilèges de neutralité; il accordé des sauvegardes pour les bureaux et les caisses de l'o

Article XXVII.

La commission actuelle ayant dû se borner à poser les cipes les plus généraux, sans entrer dans tous les détails sera indispensable de régler, toutes les dispositions particu et nommément celles qui regardent le tarif des droits, tant qui est adopté pour toutes les marchandises en général, que pour les marchandises qui, d'après une certaine classifi payent des droits moins forts; la distribution des bure perception; leur organisation et le mode de percevoir, l'o sation des autorités judiciaires de première et seconde in et leur procédure; l'entretien des chemins de halage et vaux au lit de la rivière; les manifestes, le jaugeage, et la nation des bateaux et des trains de bois; les poids, mes monnoies qui seront adoptés et leur réduction et évaluat police pour les ports d'embarcation, de décharge et de ve de chargemens, les associations des bateliers, les co requises pour être batelier, la grande et la petite navig

une pareille distinction, qui ne peut plus exister dans le sens que lui donne la convention de 1804, devait être maintenue sous d'autres rapports et par d'autres raisons; la fixation du prix du fret, les contraventions; la séparation des bureaux pour la navigation, des douanes etc. etc., seront réservés au règlement définitif, qui sera dressé ainsi qu'il va être exposé ci-après.

Article XXVIII.

Les dispositions des §§. 9, 14, 17, 19 et 20 du recès principal de la députation extraordinaire de l'empire du 25. février 1803, concernant les rentes perpétuelles directement assignées sur le produit de l'octroi de la navigation du Rhin, sont maintenues. En conséquence de ce principe:

1) Les Gouvernemens Allemands co-possesseurs de la rive du Rhin se chargent du payement des susdites rentes, en se réservant néanmoins la faculté de racheter ces rentes, d'après la teneur du §. 30 du recès, ou au denier quarante, ou moyennant tout autre arrangement dont les parties intéressées conviendront entre elles à gré.

2) Sont exceptés du principe général du payement des rentes énoncées à l'alinéa précédent, les cas où le droit de réclamer ces rentes souffrirait des objections particulières et légales.
Ces cas seront examinés et décidés ainsi qu'il sera dit dans l'alinéa suivant.

3) L'application du principe énoncé à l'alinéa premier aux différentes réclamations, et le jugement sur les exceptions mentionnées à l'alinéa 2, sera confié à une commission composée de trois personnes, que la Cour de Vienne sera invitée par les Gouvernemens Allemands co-possesseurs de la rive à désigner, en choisissant autant que possible des individus qui ont été membres du conseil aulique de l'Empire, et qui se trouvent encore ici.
Cette commission décidera de cette affaire en toute justice et avec la plus grande équité, et les Gouvernemens débiteurs des rentes promettent de s'en tenir à cette décision, sans autre recours ni action quelconque.

4) La susdite commission examinera le droit de demander les arrérages des rentes et décidera, tant du principe, si les pos-

sesseurs actuels de la rive du Rhin sont obligés de paye arrérages, que de l'application de ce principe, s'il est rec par la commission, aux différentes réclamations d'arrérag particulier. Elle terminera son travail dans le terme de trois à dater du jour de sa convocation.

5) Si la commission décide que les arrérages devron payés et en fixe la quotité, la commission centrale déterm le mode des payemens, de sorte que les Gouvernemens dé auront le choix, ou de les acquitter dans dix années conséc par dixième chaque année, ou de les transformer d'après logie du §. 30 du recès au denier 40, en rentes additionn celles que les maisons, à qui ils appartiennent, possè présent.

La commission centrale déterminera également, si quelle portion la France devra contribuer au payement arrérages.

6) Tous les payements, dont il est question dans le p article, s'effectueront par semestre.

La commission centrale fixera le mode de ces payemen adoptant autant que possible celui qui sera le plus favor ceux qui jouissent de ces rentes, et les Gouvernemens dé y contribueront dans la proportion de la part qu'ils ont à la de l'octroi. Cette proportion sera fixée une fois pour tou la commission centrale à sa première réunion, sur la b produit de l'année commune des différens bureaux de perc qui ont existé dans le courant des six premières années convention de 1804 a été mise en activité.

Article XXIX.

Les dispositions renfermées dans les articles 73—7 convention du 15. août 1804, concernant le fonds destin quit des pensions de retraite et aux secours à accorder aux et enfants des employés, le montant des vacances, le retraite, le montant des pensions, et les secours à accor veuves et orphelins, étant intimement liés à la percep droits en commun, cessent désormais, et le soin d'acc pensions de retraite aux employés de l'octroi, et des s

leurs veuves et orphelins, est abandonné à chaque état riverain en particulier.

La commission centrale s'occupera nonobstant immédiatement après sa première réunion à s'arranger avec la France sur la restitution du fonds formé en vertu de l'art. 73 de la convention par la retenue de 4 p. Ct. sur les traitements, qui a été versé dans la caisse d'amortissement, et le Gouvernement français s'engage à cette restitution dès que le montant de ce fonds aura été liquidé par la commission centrale.

Cette restitution faite, la commission examinera, quelles pensions et secours sont encore à distribuer de ce fonds, et les assignera selon les principes de la convention de 1804.

Les individus qui ont été employés auprès de l'octroi, à qui on ne pourrait point proposer dans le nouvel ordre de choses des places convenables, ou qui allégueraient des raisons pour ne pas les accepter, qui seraient jugées valables par la commission centrale, seront pensionnés et traités d'après les principes de l'art. 51 du recès de l'Empire de 1803.

Article XXX.

Les pensions des anciens employés aux péages, supprimés par l'art. 39 du recès de 1803, seront payées par les Gouvernemens Allemands co-possesseurs de la rive.

Celles qui auraient été légalement accordées depuis l'époque où l'octroi de la navigation a été mis en activité, seront également payées; mais la commission centrale examinera et décidera en quelle proportion les Gouvernemens co-possesseurs de la rive, à l'exception toujours du royaume des Pays-Bas, devront y contribuer.

Elle liquidera le montant de toutes ces pensions et en arrêtera définitivement l'état qui servira de base au payement.

Le payement, tant de ces pensions que de celles mentionnées dans l'art. 29, se fera de la même manière que cela est arrêté après l'alinéa 6. de l'art. 28. pour le payement des rentes.

Article XXXI.

Dès que les principes généraux sur la navigation du Rhin auront été fixés au Congrès, les états riverains nommeront les indi-

vidus qui formeront la Commission centrale, et cette commis
se réunira au plustard le premier juin de cette anné
Mayence. A cette même époque l'administration provis
actuelle remettra la direction, dont elle a été chargée, à la c
mission centrale et aux autorités riveraines. La perception
tielle des droits sera substituée à la perception commune, et
fera émaner, au nom de tous les états riverains, une instru
intérimistique, par laquelle on ordonnera de suivre, jusqu
confection et sanction définitive du nouveau réglement, la
vention du 15. août 1804, en indiquant toutefois succinct
lesquels de ses articles se trouvent déjà supprimés par les d
sitions actuelles, et quelles autres dispositions il faut dé
présent y substituer.

Article XXXII.

Dès que la commission centrale sera réunie, elle s'occu

1) A dresser le réglement pour la navigation du Rhi
suffit d'observer ici que les présents articles lui serviront
struction, et que les objets que le réglement devra embra
sont indiqués tant dans le travail actuel, que dans la conve
du 15. août 1804, et qu'elle devra prendre à tâche de cons
tout ce que cette convention renferme de bon et d'utile.

Lorsque le réglement sera terminé, il sera soumis
sanction des Gouvernemens riverains, et ce n'est que l
cette sanction aura été donnée que le nouvel ordre des c
pourra commencer, et que la commission centrale pourra
dans ses fonctions ordinaires.

2) A remplacer l'administration centrale actuelle là o
sera nécessaire jusqu'à la publication du nouveau réglement

Signé: Dalberg.
Clancarty.
Wrede.
Tuerckheim.
Berckheim.
De Marschall.
Spaen.
Humboldt.
Wessenberg.

) Articles concernant la navigation du Neckar, du ein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut.

Article I.

La liberté de la navigation, telle qu'elle a été déterminée r le Rhin, est étendue au Neckar, au Mein, à la Mo-lle, à la Meuse et à l'Escaut, du point où chacune de rivières devient navigable jusqu'à son embouchure.

Article II.

Les droits d'étape ou de relâche forcée sur le Neckar et le Mein, seront et demeureront abolis, et il sera libre à batelier qualifié de naviguer sur la totalité de ces rivières de ême manière que cette liberté a été retablie par l'art. 19 sur hin.

Article III.

Les péages établis sur le Neckar et le Mein ne seront pas entés. Les Gouvernemens co-possesseurs de la rive pro-ent, au contraire, de les diminuer dans le cas qu'ils excéde-t actuellement les tarifs en usage en 1802 jusqu'au taux de arifs.

Ils s'engagent également à ne point gréver la navigation par ouvelles impositions quelconques, et se réuniront, aussitôt possible, pour convenir d'un tarif aussi analogue à celui de roi sur le Rhin que les circonstances le permettront.

Article IV.

Sur la Moselle et la Meuse les droits qui y sont perçus ellement, en vertu des Décrets du Gouvernement Français 2. novembre 1806 et du 19. brumaire an 14, ne seront point entés. Les Gouvernemens co-possesseurs de la rive pro-ent, au contraire, de les diminuer dans le cas qu'ils fussent considérables que ceux sur le Rhin jusqu'au même taux.

Cet engagement de ne pas élever les tarifs actuels ne s'é
tend néanmoins que de la totalité et du maximum des droits;
Gouvernemens se réservant expressément de fixer, par un
veau tarif réglémentant, ce qui a rapport à la distribution
marchandises assujetties à un moindre tarif dans différentes cl
ses, aux différences établies maintenant pour la remonte et
descente, aux bureaux de perception, au mode de percevoir,
la police de la navigation, ou à tout autre objet qui aurait be
d'être réglé ultérieurement.

Ce réglement sera rendu aussi conforme que possible à c
du Rhin, et pour obtenir davantage cette conformité, il
dressé par ceux des membres de la commission centrale po
Rhin, dont les Gouvernemens auront aussi des possessions
la rive de la Moselle et de la Meuse.

Une augmentation du tarif, tel qu'il sera définitiv
arrêté par le nouveau réglement, ne pourra plus avoir lie
si une pareille augmentation était jugée nécessaire sur le
et dans la même proportion seulement; et aucune autre
sition de réglement ne pourra être changée que d'un co
accord.

Article V.

Les états riverains des rivières spécifiées à l'articl
chargent de l'entretien des chemins de halage et des t
nécessaires dans le lit des fleuves, de la même manière q
a été arrêté à l'article 7 pour le Rhin.

Article VI.

Les sujets des états riverains du Neckar, du Mei
la Moselle jouiront des mêmes droits pour la navigation
Rhin, et les sujets prussiens pour celle sur la Meuse,
sujets des états riverains de ces deux dernières rivières,
conformant toutefois aux réglemens établis.

Article VII.

Tout ce qui aurait besoin d'être fixé ultérieuremen
navigation de l'Escaut, outre la liberté de la navigat
cette rivière, prononcée à l'article 1, sera définitivemen

la manière la plus favorable au commerce et à la navigation, la plus analogue à ce qui a été fixé pour le Rhin.

Signé:	Dalberg.	Berckheim.
	Le Comte de Keller.	De Marschall.
	Clancarty.	Le Baron de Linden,
	Wrede.	*sauf la ratification*
	Tuerckheim.	*de S. M. le Roi.*
	Danz.	Wessenberg.

a) Nach dem Protokolle vom 14. December 1814 wurde eine besondere Commission von den Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den Pariser Frieden unterzeichnet, ernannt, um über die Mittel zu berathschlagen, vermöge welcher der Art. V des gedachten Friedens, und der §. 2 des IIten geheimen Artikels, betreffend die freie Schifffahrt auf dem Rhein und der Schelde, so wie auf deren Flüssen, welche verschiedene Staaten trennen oder durchziehen, — auf die zweckmässigste Weise in Ausführung gebracht werden könnten.

Die Arbeiten dieser Commission, welche zwölf Sitzungen hielt, betrafen im Wesentlichen folgende Resultate:

Ste Sitzung, am 2. Februar 1815. — Beschluss, die Bevollmächtigten von Holland, Baiern, Baden, Grossherzogthum Hessen und Nassau zu den Sitzungen der Commission einzuladen. Vorlesung des

Projet d'articles pour le réglement de ce qui concerne la navigation des grands fleuves traversant plusieurs territoires, présenté par M. le Duc de Dalberg, plénipotentiaire de France, (abgedruckt in Klüber's Acten des Wiener Congresses. Bd. III. Heft 9. S. 13 u. f.)

Zeite Sitzung, am 8. Februar 1815. — Beilage 1 des Protokolles derselben:

Mémoire préparative sur le travail de la commission de navigation, présenté par M. le Baron de Humboldt, plénipotentiaire de la Prusse, (bereits in der 1. Sitzung vorgelesen und abgedruckt bei Klüber a. a. O. Bd. III. Heft 9. S. 24 u. f.)

Dritte Sitzung, am 20. Februar 1815.

Vierte Sitzung, am 23. Februar 1815. — Beschluss der Abschaffung des Mainzer und Cölner gezwungenen Umschlags.

Fünfte Sitzung, am 24. Februar 1815. — Die Bevollmächtigte von Preussen, Frankreich, Baden, Nassau und Grossherzogthum Hessen legen Pläne vor über die Einrichtung Befugnisse einer Central-Commission für die Rheinschifffahrt.

Beschluss der Einsetzung einer periodischen Central-Commission für die Rheinschiffahrt, welche sich alle sechs Monate, zur Zeit der Eröffnung und des Schlusses der Schifffahrt versammeln soll; und von Special-Commissionen für die Gegenstände, welche die Schifffahrt auf den Main und Neckar betreffen.

Sechste Sitzung, am 28. Februar 1815. — Nouvelle rédaction d'articles, présenté par Mr. le Baron de Humboldt. (Beilage 3 des Protokolles, — abgedruckt bei Klüber a. a. O. Bd. III. Heft S. 146 u. f.)

Siebente Sitzung, am 3. März 1815. — Beschluss der Aufhebung des seit dem Jahre 1808 eingeführten gezwungenen Umschlages zu Mannheim.

Examen de la convention du 5. août 1804, par M. le Baron de Humboldt. — Continuation des articles proposés par M. le Baron de Humboldt.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. III. Heft 10. S. 199 u. f. 209 u. f.

Achte Sitzung, am 14. März 1815. — Beschluss (nach der Erklärung des holländischen Bevollmächtigten, — Beilage 1 des Protokolles), dass nur der Leck als Fortsetzung des Rheins, die Waal aber als Fortsetzung der Maas betrachtet werden solle. (In der 6. Sitzung war der Vorschlag gemacht, beide gedachten Flüsse unter der Benennung des Rheins mit zu begreifen.)

Erklärung des preussischen Bevollmächtigten, dass seine Regierung auch für die Mosel die für den Rhein gemachten Bestimmungen annehme, mit Ausnahme dessen, was die Central-Commission betrifft, jedoch unter der Bedingung, dass diese Grundsätze auch für die Maas gelten, und die Abgaben auf keiner nicht erhöhet werden sollen.

Projet d'articles sur l'organisation de la commission centrale à mettre à la place de ceux concernant le même objet proposés dans la séance du 28. février 1815, présenté par M. le Baron de Humboldt, (abgedruckt bei Klüber a. a. O. Bd. III. Heft S. 220 u. f.)

…nte Sitzung, am 16. März 1815. — Die Freiheit der Schelde-Schifffahrt soll festgesetzt werden, die näheren Bestimmungen sollen Frankreich und Holland, den allgemeinen Grundsätzen gemäss, verabreden.

Der preussische Bevollmächtigte erhält den Auftrag: nunmehr alles was die fünf Flüsse, Main, Neckar, Mosel, Maas und Schelde betrifft, in einem Aufsatz zusammenzustellen.

Projet de rédaction d'articles, relatives aux rentes et pensions affectées sur l'octroi de la navigation, présenté par Mr. le Baron de Humboldt.

Projet de rédaction d'un article sur la Moselle, présenté par M. le Baron de Humboldt.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. III. Heft 10. S. 235.

…nte Sitzung, am 20. März 1815. — Erklärung des würtembergischen Bevollmächtigten, dass sein Souverain in die Abschaffung des gezwungenen Umschlages und der Stationfahrt auf dem Main und dem Neckar willige.

Nouvelle rédaction d'articles, relatives aux rentes et pensions affectées sur l'octroi de la navigation, présenté par M. le Baron de Humboldt.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. III. Heft 10. S. 239.

Articles sur la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut. (Entwurf vorgelegt von dem preussischen Bevollmächtigten, nach den Bestimmungen, welche die für diesen Gegenstand ernannte Special-Commission angenommen.) Diese Artikel wurden mit wenigen Abänderungen angenommen (und in der letzten Sitzung am 24. März 1815 gezeichnet, s. unten).

…e Sitzung, am 22. März 1815. — Annahme des Entwurfes …grossbritannischen Bevollmächtigten zu einem Berichte an die …ollmächtigten der Mächte, welche den Pariser Frieden unterzeichnet haben, und welcher zur Vollziehung des Art. 15 dieses Friedens dient, (Rapport de la Commission sur le port d'Anvers, abgedruckt bei Klüber. Bd. III. Heft 10. S. 248.)

…lfte Sitzung, am 24. März 1815. — Articles concernant la navigation des rivières qui dans leur cours navigable …parent ou traversent différens états; (genehmigt und …erzeichnet, — Beilage 1 des Protokolles).

Articles concernant la navigation du Rhin, (genehm
und unterzeichnet, — Beilage 2 des Protokolles).

Articles sur la navigation du Neckar, du Mein, de la M
selle, de la Meuse et de l'Escaut, (genehmigt und unt
zeichnet, — Beilage 3 des Protokolles).

Entwurf eines Berichtes der Commission über ih
Arbeiten an die Bevollmächtigten der Mächte, welche
Pariser Frieden unterzeichnet haben, genehmigt und un
zeichnet, (J. L. Klüber a. a. O. Bd. III. S. 251).

Vergl. auch:

Note du plénipotentiaire de la Prusse, M. le Baron de H
boldt, adressée à M. M. les autres membres de la Comm
relative à la libre navigation des rivières, concernant les
sures à prendre pour mettre en exécution le tra
de la commission sanctionné par le comité des
Puissances. Vienne le 7. avril 1815, (abgedruckt bei
Klüber a. a. O. Bd. III. Heft 10. S. 275).

Note des königl. preussischen Congress-Bevollm
tigten, Freiherrn v. Humboldt, so wie gleichlautend (m
tis mutandis) auch der übrigen Hrn. Congress-Bev
mächtigten der an dem Rheinschifffahrts-Oc
Theil nehmenden Höfe, an den kaiserl. österrei
schen ersten Herrn Bevollmächtigten, Fürste
Metternich, wegen Niedersetzung einer Commission
Entscheidung der streitigen Fragen über die
den Rheinschifffahrts-Octroi gelegten Re
Wien, April 1815, (abgedruckt bei J. L. Klüber a. a. O. B
Heft 10. S. 277).

Pro-Memoria des Bevollmächtigten der freien
Frankfurt, betreffend die Beziehung derjenigen Renten,
Bezahlung in dem Reichs-Deputations-Schluss von 1803 de
Frankfurt auferlegt ward, d. d. Wien den 13. Mai 1815,
druckt bei J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. Heft 23. S. 387 u.

Décret du Roi des Pays-Bas concernant la navigation
le Rhin, en date du 10. septembre 1826.
F. Murhard nouv. suppl. au recueil etc. fondé par G.
Martens. Tom. II. p. 472.

R. (Nr. XVII.)

Réglement sur le rang entre les Agens diplomatiques *). (19. mars 1815.)

Pour prévenir les embarras qui se sont souvent présentés, qui pourraient naître encore des prétentions de préséance entre différens Agens diplomatiques, les Plénipotentiaires des Puissances signataires du traité de Paris sont convenus des articles suivent, et ils croient devoir inviter ceux des autres têtes couronnées à adopter le même réglement.

Article I.

Les Employés diplomatiques sont partagés en trois classes:

Celle des Ambassadeurs, Légats ou Nonces;

Celle des Envoyés, Ministres ou autres Accrédités auprès des Souverains;

Celle des Chargés d'affaires, accrédités auprès des Ministres chargés des affaires étrangères.

Article II.

Les Ambassadeurs, Légats ou Nonces ont seuls le caractère représentatif.

Article III.

Les Employés diplomatiques en mission extraordinaire n'ont, à ce titre, aucune supériorité de rang.

Article IV.

Les Employés diplomatiques prendront rang entre eux dans chaque classe, d'après la date de la notification officielle de leur arrivée.

Le présent réglement n'apportera aucune innovation relativement aux représentans du Pape.

Article V.

Il sera déterminé, dans chaque état, un mode uniforme po la reception des Employés diplomatiques de chaque classe.

Article VI.

Les liens de parenté ou d'alliance de famille entre les cour ne donnent aucun rang à leurs Employés diplomatiques.

Il en est de même des alliances politiques.

Article VII.

Dans les Actes ou Traités entre plusieurs Puissances admettent l'alternat [b]), le sort décidera entre les Ministres l'ordre qui devra être suivi dans les signatures.

Le présent réglement est inséré au protocole des Pl potentiaires des huit Puissances signataires du traité de Pa dans leur séance du 19. mars 1815.

Suivent les Signatures dans l'ordre alphabétique des Cour

Autriche:

Le Prince de Metternich.
Le Baron de Wessenberg.

Espagne:

P. Gomez Labrador.

France:

Le Prince de Talleyrand.
Le Duc de Dalberg.
Latour du Pin.
Le Comte Alexis de Noailles.

Grande-Bretagne:

Clancarty.
Cathcart.
Stewart, L. G.

Portugal:

Le Comte de Palmella.
Saldanha.
Lobo.

Prusse:

Le Prince de Hardenberg.
Le Baron de Humboldt.

Russie:

Le Comte de Rasoumoffsky.
Le Comte de Stackelberg.
Le Comte de Nesselrode.

Suède:

Le Comte de Loewenhielm.

c) Ueber diesen Gegenstand wurde conferirt in vier Sitzungen
Bevollmächtigten der acht Mächte, welche den Pariser Frieden
30. Mai 1814 unterzeichnet haben.
rgl: die Protokolle vom 10. December 1814, 16. Januar, 9. Fe-
bruar und 19. März 1815, in:
J. L. Klüber's Acten des Wiener Congresses. Bd. VIII. (Heft
29.) S. 93, 102, 108, 115.
Dem Protokolle vom 19. März 1815 ist die von der damit beauf-
tragten Commission redigirte Declaration, welche in der
Sitzung durchaus genehmigt wurde, beigefügt.
auch unten: Extrait d'un protocole signé à Aix-la-Cha-
elle le 21. novembre 1818 sur le rang des Ministres-
ésidens.
ene Commission war für eine Bestimmung des Ranges
r den europäischen Mächten, und für Alles, was
Folge hiervon ist, niedergesetzt (am 10. December 1814).
) Zur Behauptung der Ranggleichheit mehrerer Mächte ist es
, sowohl bei Benennung der contrahirenden Theile im Eingange
exte der Urkunden, als auch bei der Unterzeichnung zu wech-
(Alternat), und zwar so, dass jede derselben in dem für sie

bestimmten und in ihrer Kanzlei ausgefertigten Exemplare den ersten Platz behauptet. Für die Fälle, in welchen mehr als zwei Mächte unter welchen dieses Alternat beobachtet wird, contrahiren, man auf den Congressen zu Utrecht und Aachen (1713 und 1748) Hebung der Weiterungen, welche hin und wieder über die Ordnung in welcher die Mächte in den verschiedenen Exemplaren zu benennen waren, entstanden, die Bestimmung, dass jeder Theil einem jeden übrigen contrahirenden Theile eine von ihm allein unterzeichnete Urkunde zustellen solle. Artikel VII des obigen Reglements lässt in solchen Fällen das Loos entscheiden, in welcher Ordnung die Unterzeichnung eines Vertrages erfolgen soll.

Hierdurch ist indessen der oben erwähnte Gebrauch, dass jede Macht in dem Exemplare, welches von ihr selbst ausgefertigt, sich selbst zuerst nennt, durchaus nicht aufgehoben, sondern das Loos bestimmt nur die Ordnung für die Benennung und Unterzeichnung der übrigen contrahirenden Theile in jenen Exemplaren oder für solche Fälle, wo nur ein Instrument von mehreren Mächten gemeinschaftlich ausgefertigt werden soll.

Vergl: J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. (Heft 21.) S. 207.

Unter dem grossherzoglich und dem kurfürstlich hessischen wurde das Alternat beobachtet, selbst als Hessen-Cassel im 1802 die Kurwürde erhalten hatte.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. (Heft 13.) S. 54.

XXXV.

raité conclu à Paris le 5. novembre 1815 a) entre L. M. M. le Roi de Prusse, le Roi des Royaumes is de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, pereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, l'Empereur de toutes les Russies, relativement aux Sept Isles Joniennes.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté le Roi du Royaume la Grande-Bretagne et d'Irlande, S. M. l'Empereur d'Autriche, de Hongrie et de Bohème, et S. M. l'Empereur de toutes Russies, animés du désir de donner suite aux négociations rées lors du Congrès de Vienne, afin de fixer le sort sept Isles Joniennes b), et d'assurer l'indépendance, la liberté le bonheur des habitans de ces Isles, en les plaçant, eux et constitution sous la protection immédiate d'une de grandes ances de l'Europe, sont convenus de régler définitivement ce qui a rapport à cet objet par un acte spécial, lequel étant é sur les droits resultant du Traité de Paris du 30. mai , ainsi que sur les déclarations Britanniques, à l'époque où rmées de l'Angleterre ont delivré Cerigo, Zante, Cephalonie, Maure, Ithaque et Paxo, sera envisagé comme faisant ite du Traité général signé à Vienne le 9. juin 1815 suite du Congrès.

Et pour arrêter et signer le dit Acte, les hautes Parties ractantes ont nommé plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'Etat, C
valier des grands-ordres de l'aigle noire, de l'aigle rouge,
celui de St. Jean de Jérusalem et de la croix de fer de Pr
de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. A
de la première classe de Russie; Grand'-Croix de l'ordre r
de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la légion d'hon
Grand'-Croix de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de P
suprême de l'Annonciade de Sardaigne et de celui de St. H
de Bavière, Chevalier de l'ordre des Séraphins de Suède
celui de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle d'or de Wurtem
et de plusieurs autres; — et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Mi
d'Etat de Sa dite Majesté, Son Chambellan, Envoyé extr
naire et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A.,
valier du grand ordre de l'aigle rouge et de celui de la cr
fer de Prusse, Grand'-Croix de l'ordre de Léopold d'Aut
de l'ordre de Ste. Anne de Russie et de celui de Dannebr
Danemarc, Chevalier Grand'-Croix de la couronne de Bav
de celui de la fidélité de Bade;

Et Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Gra
Bretagne et d'Irlande:

Le très-honorable Robert Stewart, Vicomte Castlere
Chevalier de l'ordre très-noble de la Jarretière, Conseiller
dite Majesté en Son Conseil privé, Membre du Parlement,
nel du régiment de milice de Londonderry, et Son P
Sécrétaire d'Etat ayant le département des affaires étrangères

Le très-illustre et très-noble Seigneur, Arthur, Duc
quis et Comte de Wellington, Marquis de Douro, V
Wellington de Talavera et de Wellington, et Baron Dou
Wellesley, Conseiller de Sa dite Majesté en Son Conseil
Fold-Maréchal de Ses armées, Colonel du régiment roy
gardes à cheval, Chevalier du très-noble ordre de la Jar
Chevalier Grand'-Croix du très-honorable ordre du bain,
de Waterloo, Duc de Ciudad-Rodrigo, et Grand d'Espag
première classe, Duc de Vittoria, Marquis de Torres
Conde de Vimeira en Portugal, Chevalier de l'ordre très
de la Toison d'or, de l'ordre militaire d'Espagne de St. Fer

chevalier Grand'-Croix de l'ordre Impérial militaire de Marie Thérèse, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre Impérial de St. George de Russie, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre de l'aigle noire de Prusse, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre royal militaire de Portugal de la tour et de l'épée, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre royal militaire de Suède de l'épée, Chevalier Grand'-Croix des ordres de l'éléphant de Danemarc, de Guillaume des Pays-Bas, de l'Annonciade de la Sardaigne, de Maximilien Joseph de Bavière, et de plusieurs autres, Commandant en chef les armées Britanniques en France, et celles de S. M. le Roi des Pays-Bas;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Les Isles de Corfou, Cephalonie, Zante, Ste. Maure, Ithaque, Cerigo et Paxo, avec leurs dépendances, telles qu'elles sont désignées dans le Traité entre S. M. l'Empereur de toutes les Russies et la Porte Ottomanne du 21. mars 1800, formeront un seul Etat libre et indépendant, sous la dénomination des Etats Unis des Isles Joniennes.

Article II.

Cet Etat sera placé sous la protection immédiate et exclusive de S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et de Ses héritiers et successeurs. En conséquence les Hautes Puissances contractantes renoncent à tout droit ou prétention particulière qu'Elles auroient pû former à cet égard, et consentent formellement toutes les dispositions du présent Traité.

Article III.

Les Etats-Unis des Isles Joniennes régleront avec l'approbation de la Puissance protectrice leur organisation intérieure; et pour donner à toutes les parties de cette organisation, la consistance et l'action nécessaire, S. M. Britannique vouera une attention particulière à la législation et à l'administration générale de ces Etats. En conséquence S. M. nommera pour y résider un Haut-Commissaire supérieur qui sera investi de toute l'autorité nécessaire à cet effet.

Article IV.

Afin de mettre en exécution sans délai les stipulations c signées dans les articles précédens, et fonder la réorganisa politique des Etats-Unis Joniens sur cette organisation qui actuellement en vigueur, le Lord-Commissaire supérieur d Puissance protectrice réglera les formes de convocation d assemblée legislative, dont il dirigera les opérations, à l'e rédiger pour cet Etat une nouvelle Charte constitutionelle S. M. Britannique sera priée de ratifier. Jusqu'au mome une pareille Charte constitutionnelle sera rédigée et dûment fiée, les Constitutions existantes resteront en vigueur da différentes Isles, et aucun changement ne pourra y être fa par S. M. Britannique dans Son Conseil.

Article V.

Pour assurer sans restriction aux habitans des Etats des Isles Joniennes, les avantages résultans de la haute pro sous laquelle ils sont placés, ainsi que pour l'exercice des inhérens à cette protection, S. M. Britannique aura celui d perles forteresses et places de ces Etats, et d'y tenir garn

La force militaire des dits Etats-Unis sera de même so ordres du Commandant des troupes de S. M. Britannique.

Article VI.

S. M. Britannique consent à ce qu' une convention culière avec le Gouvernement des dits Etats règle, d'a revenus de l'Etat, tous les objets relatifs au maintien teresses actuellement existantes, ainsi qu'à l'entretien et ment des garnisons Britanniques, et au nombre d'hommes composeront en temps de paix.

La même convention fixera en outre les rapports qui avoir lieu entre cette force armée et le Gouvernement Jon

Article VII.

Le pavillon marchand des Etats des Isles Jonie reconnu par toutes les parties contractantes comme pavi Etat libre et indépendant. Il portera avec les couleurs et a des armoiries qu'il a déployées avant 1807, celles qu

Britannique pourra juger à propos de lui accorder en signe de la protection sous laquelle les dits Etats-Unis Joniens sont placés, et pour donner plus de poids encore à cette protection, tous les sujets des dits Etats sont déclarés être, quant aux droits honorifiques et militaires, sous la jurisdiction Britannique.

Le commerce entre les Etats-Unis Joniens et les Etats de Sa M. le Roi de Prusse, jouira les mêmes avantages et facilités que celui de la Grande-Bretagne avec les dits Etats-Unis.

Il ne sera accrédité aux Etats-Unis des Isles Joniennes que des Agens commerciaux ou Consuls chargés uniquement de la direction des relations commerciales, et assujettis aux réglemens, auxquels les agens commerciaux ou Consuls sont soumis dans d'autres Etats indépendans.

Article VIII.

Toutes les Puissances qui ont signé le Traité de Paris du 30 mai 1814, et l'Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, excepté outre S. M. le Roi des deux Siciles et la Porte Ottomanne sont invités à accéder à la présente Convention.

Article IX.

Le présent Acte sera ratifié et les ratifications seront échangées dans deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le cinq novembre mil-huit-cent-quinze.

(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Castlereagh.
(L. S.) Signé: Wellington.

z) Dieser Vertrag ist (s. dessen Einleitung) als zur Congress-Acte gehörig zu betrachten und deshalb unmittelbar in derselben aufgenommen. Derselbe Vertrag ist an demselben Tage gleichlautend zwischen Gross-Britannien und Russland, so wie zwischen Gross-Britannien und Oesterreich unterzeichnet worden.

Vergl. auch:

Conférence des Plénipotentiaires d'Autriche, de Grande-Bretagne, de France, de Prusse et de Russ pour prendre une détermination relative aux sept Is Joniennes, Vienne le 4. juin 1815.

de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom. I. p. 449

b) Die Jonischen Inseln, welche seit dem Jahre 1815 einen entstandenen Freistaat bilden, bestehen aus sieben grösseren mehreren kleinen Inseln, nämlich: 1) Corfu (früher Korcy 2) Paxo (früher Erikusa) mit Anti-Paxo und einigen andern u deutenden Eilanden; 3) Ste Maura (früher Leukadia) mit Me lonisi und Sessola; 4) Theaki (früher Ithaka) mit Kali Atako und Megannis; 5) Cephalonia (früher Cephal 6) Zante (früher Zakynthus) mit den beiden Strophaden; 7) Ce (früher Cythera) mit Pori und Cerigotto. Der Flächeninhalt be gegen 48 Quadratmeilen mit ungefähr 235,700 Einwohnern.

Nach der Theilung der Republik Venedig, der sich gegen E des 14. Jahrhunderts die Jonischen Inseln freiwillig ergeben ten, kamen dieselben im Jahre 1797 an Frankreich, welch dessen den Besitz derselben schon im Jahre 1798 durch die ver ten Russen und Türken verlor. Am 21. März 1800 schloss K Paul von Russland mit der Pforte einen Vertrag, zufolge dess Jonischen Inseln unter dem Namen: „der sieben vereini Inseln" einen Freistaat bilden, jedoch unter der Hoheit Pforte stehen und derselben einen Tribut zu entrichten verp seyn sollten.

Vergl:

Convention entre la Russie et la Porte, concernant la r blique des Sept Isles Unies, signée à Constanti le 21. mars 1800.

de Martens recueil etc. Tom. VII. (ed. II.) p. 41.

Unerachtet der ausdrücklichen Bestimmungen jener Conv blieb indessen der russische Schutz überwiegend, und eine rus Besatzung auf der Insel Corfu. Am 24. November 1803 gaben sie Inseln eine aristocratische Verfassung; sie wurden indessen im 1807 von den Franzosen besetzt und nach dem Frieden zu Frankreich einverleibt. Im Jahre 1811 besetzten englische Tr die Jonischen Inseln, mit Ausnahme der Insel Corfu, bis ihnen auch dieser für den Levantehandel so wichtige Punkt übe wurde.

Nach dem Vertrage vom 5. November 1815 wurde eine vom
inz-Regenten am 26. August 1817 gegebene Constitution
29. December desselben Jahres zu Corfu publicirt, und trat mit
1. Januar 1818 in Wirksamkeit.

Spätere Beschwerden des Freistaats der Jonischen Inseln waren
ch Berufung auf die Bestimmungen dieser Convention vom 5. No-
ber 1815 begründet.

Acte de ratification de la Porte Ottomane, relativement
à la cession des Isles Joniennes à la Grande-Bretagne,
et de Parga à la Turquie, du 24. avril 1819.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IX. p. 387.

---

l. auch:

L. Bartholdy, Bruchstücke zur näheren Kenntniss des heuti-
gen Griechenlands und der Jonischen Republik, gesammelt
auf einer Reise im Jahre 1803. Berlin 1805. 4.

R. Bellaire, Beschreibung der vormals venetianischen Inseln
im jonischen Meere. Aus dem Französischen mit Anmerkungen
von Ehrmann, in der:

Bibliothek der neuesten Reisebeschreibungen (Nürnberg 1782—
1832. 8.) Band 33.

G. Fr. Cannabich, Kunde von Jonien und Krakau, in der:
Neuesten Länder- und Völkerkunde. (Weimar 1807—1827.) Bd. 6.

r. Müller, Reise durch Griechenland und die Jonischen In-
eln in dem Jahre 1821. Leipzig 1822. 8.

neuestes Gemälde Italiens, der Jonischen Inseln und Malta's in:
Schütz allgemeiner Erdkunde. (Wien 1823.) Band 23.

eigebaur, die Verfassung der Jonischen Inseln und die neue-
sten Bemühungen eine Reform derselben herbeizuführen. Leipzig
1839. 8.

XXXVI.

Protestatio, nomine Sanctitatis Suae Pii Papae VII. et Sanctae Sedis Apostolicae, co... ea omnia, quae in praejudicium juriu... rationum Ecclesiarum Germaniae, atque eti... Sanctae Sedis, vel sancita vel manere ... missa sunt in Congressu Vindobonens... (14. Jun. 1815.)

Dat. Vindobonae, d. 14. Jun. 181...

Ego Hercules, S. R. E. Cardinalis Consalvi, Dia... Sanctae Agathae ad Suburram, Sanctitatis Suae Pii Papae ... a secretis status, Ejusdemque Plenipotentiarius ad Congr... Vindobonensem, omnibus et singulis chirographo hoc test... facio, non eas tantum partes mihi a summo Pontifice apud ... dobonensem Congressum fuisse commissas, ut Dominic... Sanctae Sedis apostolicae curam susciperem, sed ... dendum etiam mihi SSmi Domini jussu fuisse, diligent... cavendum, ne occasione generalis pacificationis constabilie... ac rerum Europae componendarum, Germanicae eccle... et apostolica Sedes, in earum juribus, immuni... bus, privilegiis, bonis, et, quod caput est, in di... cultu et salute animarum, aliquid detrimenti ... perent, immo vero mihi omni studio enitendum, ut quid... damni, tam in spiritualibus quam in temporalibus ... nibus suis, vicissitudine praeteritorum temporum, in Ger... passa esset Ecclesia, sarciretur.

Ut his partibus satisfacerem, ubi primum cognovi, auctoritate principum supremorum imperiali hac regiaque in urbe congregatorum, peculiarem constitutam fuisse Commissionem, quam de Germaniae negotiis cognoscere, deliberare et statuere pertineret, Celsissimo Principi de Metternich, praesidi ejus Commissionis, Sanctitatis Suae expostulationes in scriptis, praedictae Commissionis exhibendas, obtuli die 17. Novembris elapsi anni 1814.

In iis de omnibus illis rerum immutationibus sum questus, quae superioribus annis, improbante (ut publicis documentis patet) SSmo Domino Nostro, in Germania sunt factae, quarum multae plurium etiam conventionum, praesertim vero Comitiorum Ratisbonensium anni 1803, auctione firmatae fuerunt, in detrimentum Ecclesiarum, locorum et institutionum, ipsiusque etiam Romani Imperii, unde tam exitialia damna manarunt in spirituales totius Ecclesiae rationes et animarum salutem, nec non grave satis fuit praejudicium et apostolicae Sedis juribus, quae tot annorum spatio fuerant ab Imperatoribus ipsis, caeterisque Imperii principibus agnita; quibus expositis Sanctitatis Suae nomine precatus sum, ut, pro justitia et sapientia clarissimorum principum, remedium tantis malis afferretur. Ipsorum interea Legatos obtestari non destiti, ut in instauratione rerum Germaniae, cui daturi essent operam, catholicae religionis, animarum salutis, juriumque Ecclesiae germanicarum, et apostolicae Sedis, potissimam rationem vellent rationem.

Quod ad res ecclesiasticas attinet, propensa voluntas principum, quorum imperio Germania regitur, saepius declarata, spem excitat, fore, ut illae quamprimum, ad praescripta legum divinae, componi atque ordinari possint.

Quod vero ad temporales Ecclesiarum Germaniae possessiones pertinet, plura in congressu aut sancita, aut saltem permissa sunt, quae Sanctitatis Suae animum magno dolore sunt affectura.

Principatus enim temporales, quibus Ecclesia in Germania spoliata fuit, instaurati non sunt, immo Principibus saecularibus, tam catholicis quam a-catholicis, attri-

buti, bona ac reditus Cleri, tum saecularis tum regulari utriusque Sexus, quae patrimonium Ecclesiae sunt, ex p penes novos eorum possessores, quin ulla legitim potestatis sanctio intercesserit, relinquuntur, ex parte au ab iis usibus, in quos ordinata erant, abstracta et aver manere permittuntur. Ipsum denique sacrum Im rium Romanum, politicae unitatis centrum jure habit et religionis sanctitate consecratum, minime redi gratum est.

Cum igitur Sanctissimus Dominus, pro ea qua mitur Dominici gregis atque Ecclesiarum omnium sollicit ac jurisjurandi in Sua ad Summum Pontificatum evectione stiti religione obstrictus, hujusmodi damna temporali Ecclesiarum germanicarum rationibus illata, manere permissa, ex quibus praeterea catholicae rei graviora detrimenta necessario parantur, tum multa et praesidia tolluntur, non modo silentio praeterire non possi adprobare illa connivendo videatur, sed more etiam Praedec rum suorum, qui contra multo minores Ecclesiae jacturas stolicam proferre vocem non praetermiserunt, rationes jura Ecclesiae sarta tecta, quantum in ipso est, atque intacta servare teneatur; idcirco Ego, cui Ejus in hoc Congressu commissae sunt, exemplo inhae aliorum Sanctae Sedis legatorum, ac signanter Fabii Ch Episcopi Neritonensis, apud celeberrimum Monasteriens in Westphalia Congressum apostolici Nuntii, contra nia, quae in hoc Vindobonensi Congressu in praejudi jurium et rationum Ecclesiarum Germaniae, etiam Sanctae Sedis, vel sancita, vel manere perm sunt, et contra damna omnia, quae divino cultui anim que saluti inde proveniunt, quaeque, quantum in me fuit, dire conatus sum, nomine sanctae Sedis apostolicae Sanctissimi Patris Nostri; Domini Pii, divina provi Papae VII, palam per has litteras, atque omni meliori via, causa et forma, quibus pro officii mei ratione tene possum, protestor, resisto et contradico; ad q omnium ampliorem notitiam, apud absentes quoque et p adstruendam, hanc protestationem manu mea subs

...oque sigillo munivi, eamque in protocollum actorum hujus ...gressus inseri, firmiter postulo.

Datum Vindobonae, ex aedibus apostolicae Nunciaturae, ...14. Junii anni 1815.

(L. S.)

Consalvi.

a) Vergl: die Noten zur folgenden Nummer.

XXXVII.

Note du Cardinal Consalvi par la quelle précédente protestation*) a été remise ministres des huit Puissances signata du traité de Paris. (14. juin 1815.)

Le Cardinal soussigné, secrétaire d'état de Sa Sai le Pape Pie VII. et son plénipotentiaire au Congrès de V d'après les ordres reçus de Sa Sainteté, n'a pas manqué, sa Note du 17. novembre 1814 adressée à Son Altesse M le Prince de Metternich, président de la Commission destin les affaires de l'Allemagne, de présenter les réclamatio St. Père au sujet des pertes et dommages soufferts par les E germaniques, soit dans leurs droits et prérogatives, soi leurs possessions.

Sa Sainteté avait déjà fait connoître, par des actes p Sa vive douleur en voyant sanctionner par différents (notamment celui de Ratisbonne de l'année 1803), et ex tant et de si graves changements, au détriment des Egli Evêchés, des Chapitres, des Monastères, et autres insti ecclésiastiques de l'Allemagne, et au détriment de St. Romain lui-même, changements, desquels ont résulté le les plus douloureux pour les interêts spirituels et temp l'Eglise, pour le salut des âmes, comme aussi pour les d St. Siège apostolique, reconnus pendant tant des siècles Empereurs et par les autres Princes de l'Empire.

Pendant le long cours de ces calamités, le St. Père, p devant Dieu et implorant par ses ferventes prières l'esp paix et de la concorde pour tous les Monarques et peupl tiens, a fait toujours les voeux les plus ardents, afin

ntificat, qui dès les premiers moments a été pour sa personne
source féconde des vicissitudes les plus amères, fût, au retour
l'ordre et à l'occasion de la pacification générale, l'époque
reuse du triomphe de la religion, et de la réintégration de
glise dans tout ce dont Elle avait été privée.

A cet effet, le soussigné, en exécution des ordres du St.
re, ne laissa pas de joindre à ses reclamations les prières les
vives, pour obtenir une réparation convénable aux maux
, par la Note énoncée ci-dessus, étaient mis sous les yeux de
Commission Germanique, à laquelle elle devait être commu-
ée.

Pour ce qui regarde les droits et les prérogatives des Eglises
l'Allemagne, droits et prérogatives dont une partie appartient
inséquement à la constitution générale de l'Eglise, et dont
autre partie est fondée sur la possession légitime et canonique
Eglises germaniques, Sa Sainteté, par suite des principes
n entend énoncer par les Princes glorieux qui gouvernent
magne, a lieu de nourrir l'espoir que ces Princes magnani-
prêteront tout leur concours et appui à une systémation des
res ecclésiastiques de cette nation illustre, conforme aux
de l'Eglise.

Mais, pour ce qui regarde les possessions de l'Eglise en
magne, différentes dispositions, que le congrès de Vienne a
devoir laisser subsister ou établir, ne peuvent qu'être un
de douleur pour le St. Père. Les principautés ecclésiastiques
nt été détruites par la violence révolutionnaire, en faveur
elles parlaient (du moins également) les mêmes principes
oits admis en faveur de tant de Princes séculiers rétablis
leurs possessions, n'ont pas été réintégrées, et ont été
nées à différents Princes séculiers, catholiques et non catho-
s. Les biens ecclésiastiques, patrimoine sacré de tant d'Egli-
si anciennes et si illustres, nécessaires au culte divin à l'en-
en du sacerdoce, et qui forment aussi la dotation d'établisse-
ts, indispensables ou infiniment utiles du clergé séculier et
lier des deux sexes, on été en partie laissés aux nouveaux
esseurs, sans aucun concours de l'autorité légitime, ou
nt distraits de leurs déstinations respectives. Le St. Empire
in, centre de l'unité politique, ouvrage vénérable de l'anti-

quité, consacré par l'auguste caractère de la religion, et dont la destruction a été un des renversements les plus funestes de la révolution, n'est pas résuscité de ses ruines.

Les devoirs inhérents à la qualité de chef visible de l'Eglise et les serments solennels prononcés par le St. Père à son élévation au souverain apostolat, lui tracent la conduite à tenir dans cette circonstance pénible.

Il a aussi devant les yeux l'exemple de tant de ses illustres prédécesseurs qui, même dans des cas d'une moindre importance, eurent le plus grand soin de pourvoir aux droits de la religion et du St. Siège. C'est ainsi, pour ne pas citer une série de plus anciens, qu' Innocent X. après le congrès et la paix de Westphalie [b]) en 1648, Clement XI. après le traité d'Alt-Ranstadt en 1707 et de Baden en 1714, et Bénoit XIV. en 1744, de même que leurs représentants dans les congrès susdits protestèrent contre toutes les innovations préjudiciables à l'Eglise et aux droits du St. Siège, renfermées dans ces traités.

Le St. Père, responsable à Dieu, à l'Eglise, et aux fidèles, ne saurait, sans manquer à ses devoirs essentiels, garder le silence sur des résolutions d'un tel genre.

Par conséquent, le Cardinal soussigné, conformément aux ordres de Sa Sainteté, et à l'exemple des Légats du St. Siège envoyés près différents congrès, et notamment de l'Evêque Narde Fabio Chigi au congrès de Westphalie [b]), a l'honneur de remettre à Son ..... la protestation ci-jointe contre les résolutions et tout autre acte, préjudiciable aux intérêts de la Religion catholique et contraire aux droits de l'Eglise et du St. Siège, qui ont été maintenus ou établis par le Congrès de Vienne.

Le soussigné prie que sa protestation soit insérée dans le protocole du congrès.

Il a l'honneur de renouveler à ..... l'assurance de sa haute considération.

Vienne, le 14. juin 1815.

Signé:

E. Cardinal Consalvi.

a) Die Angelegenheiten, welche der von dem Papste an den Congress gesendete Legat betreiben sollte, waren sowohl weltli-

geistliche. Beide waren dem Kaiser von Oesterreich vom Papste einem besondern Breve dringend empfohlen worden.

Der Cardinal Consalvi sprach sich über die weltlichen Angelegenheiten zuerst aus durch:

die Note vom 23. October 1814;

Betreff der geistlichen Angelegenheiten zuerst durch

die Note vom 17. November 1814,

en wesentlicher Inhalt aus einer Note vom 14. Juni 1815 und aus r Protestations-Urkunde von demselben Tage hervorgeht.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. VI. S. 437 u. f.

eide Protestationen erhielten vollkommene päpstliche Bestätigung, so, als wenn über diese Gegenstände eine apostolische Bulle wäre erlassen worden, in der Rede Pius VII., gehalten zu Rom am 4. September 1815 in dem geheimen Consistorium der Cardinäle, betreffend die päpstlichen Unterhandlungen auf dem Wiener Congresse und deren Folgen.

J. L. Klüber a. a. O. Bd. IV. (Heft 15.) S. 312 u. f.

rgl: Acte du Congrès de Vienne. Art. 103.

Maureau réflexions sur les protestations du Pape Pie VII., relatives à Avignon et au Comté de Venaissin. Paris 1818.

b) Der Nuntius Fabio Chigi erliess, seiner Instruction gemäss, vor dem Abschlusse des Friedens Abmahnungsschreiben e geistlichen katholischen Reichsstände, dass sie zu keiner dem lichen und kirchlichen Interesse widerstreitenden Bestimmung Einwilligung geben sollten. Da dies erfolglos blieb, erliess er telbar vor dem Abschlusse des Friedens

e Protestations-Urkunde vom 14. October 1648,

nach demselben

ie Protestations-Urkunde vom 26. October 1648.

rgl: v. Meiern, Acta pacis westphal. Tom. IV. p. 861.

A. v. Ikstadt, opuscula juridica (Monachi 1759. 4.). p. 357.

f folgte:

ie Protestations-Bulle des Papstes Innocenz X. vom 20. November 1648, deren öffentliche Bekanntmachung jedoch erst nach 25 Monaten, nämlich am 3. Januar 1651 erfolgte.

rgl: v. Meiern a. a. O. Tom. II. p. 781, und oben: Instr. Pacis Caes. Suec.

XXXVIII.

Traité conclu à Paris le 10. juin 1817 entre [illegible] Cours d'Autriche, d'Espagne, de France, [illegible] Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, [illegible] en exécution de l'article XCIX de l'Acte du Con[illegible] détermine la réversion des Duchés de Par[illegible] Plaisance et Guastalla *).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Ayant reconnu que le motif qui a porté Sa Majesté C[illegible] tique à différer Son accession au traité signé en Congrès à V[illegible] le 9. juin 1815, ainsi qu'à celui de Paris du 20. novembre dite année, consistoit dans le désir de voir fixer par le con[illegible] ment unanime des Puissances qui y étoient appelées, l'appli[illegible] de l'article XCIX dudit traité du 9. juin, et en conséque[illegible] la réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla [illegible] le décès de S. M. Madame l'Archiduchesse Marie Louise;

Que l'adhésion susmentionnée étoit nécessaire pour co[illegible] l'assentiment général aux transactions sur lesquelles les i[illegible] politiques et la paix de l'Europe sont principalement fondé[illegible]

Que S. M. Catholique, persuadée de cette vérité et [illegible] des mêmes principes que Ses Augustes Alliés, S'est déci[illegible] Sa pleine volonté, à donner Son accession audit Traité, e[illegible] d'actes solemnels signés à cet effet le sept et huit juin 18[illegible] ayant été en conséquence jugé convenable de satisfaire en[illegible] temps aux demandes de S. M. Catholique, qui concer[illegible] réversion des dits Duchés, d'une manière propre à co[illegible] encore davantage à l'affermissement de la paix et de la [illegible] intelligence heureusement rétablies et existantes en E[illegible]

L. M. M. I. I. et R. R. d'Autriche, d'Espagne, de France, de Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, ont nommé à cet effet, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohême:

Le Sieur Nicolas Charles Baron de Vincent, Commandeur de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Grand'-Croix de l'ordre impérial de Léopold et de l'ordre de l'épée de Suède, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre militaire du royaume des Pays-Bas, Commandeur de l'ordre royal et militaire de St. Louis, Son Chambellan, Conseiller intime actuel, Lieutenant-Général de ses Armées, Colonel Propriétaire d'un Régiment de Chevaux-Légers etc. etc. et Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. Très-Chrétienne;

S. M. le Roi d'Espagne et des Indes:

Le Sieur Charles Gutierrez de Los Rios, Fernandez de Cordoba, Sarmiento de Sotto Major etc., Comte de Fernan-Nuñez et de Barajas, Marquis de Castel-Moncayo, Duc de Sicilano, de l'Arco et d'Aremberg, Prince de Barbanzon et Grand Empire Romain etc., cinq fois Grand d'Espagne de première classe, Chevalier de l'insigne ordre de la toison d'or et Grand'-Croix de l'ordre de Charles III., Son Gentilhomme de la Chambre en exercice, Son Grand-Veneur, Colonel du Régiment de Hussards de Ferdinand VII. etc. etc., Son Ambassadeur près S. M. Très-Chrétienne;

S. M. le Roi de France et de Navarre:

Le Sieur Armand Emanuel du Plessis-Richelieu, Duc de Richelieu, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, des ordres de St. Alexandre-Newsky, St. Wladimir et St. George de Russie, Pair de France, Son premier Gentilhomme de la Chambre, Son Ministre et Secrétaire d'état des affaires étrangères, et Président du Conseil de Ses Ministres;

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne et Irlande:

Le Sieur Charles Stewart, Grand'-Croix du très-honorable ordre du bain et de l'ancien ordre de la tour et l'épée, Son Conseiller intime actuel etc. etc., et Son Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire près S. M. Très-Chrétienne;

S. M. le Roi de Prusse:

Le Sieur Charles Frédéric Henry, Comte de Goltz, C
valier de la croix de fer de la 1. classe, et de l'ordre pou
mérite militaire de Prusse, Grand'-Croix de l'ordre de Ste. An
Chevalier de l'ordre de St. George de la 4. classe, et de l'or
de St. Wladimir de la 3. classe de Russie, Commandeur
l'ordre du mérite militaire de France, Chevalier de l'ordre m
taire de Marie Thérèse d'Autriche, de celui de l'épée de Su
et de celui du mérite militaire de Bavière; Son Général-Maj
Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S.
Très-Chrétienne;

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de
logne:

Le Sieur Charles André Pozzo di Borgo, Chev
Grand'-Croix de l'ordre de St. Wladimir de la 2. classe, de
Anne de la 1., de St. George de la 4. classe, Grand'-Cro
l'ordre de Charles III. d'Espagne, de celui de St. Maur
Lazare de Sardaigne, de St. Ferdinand de Naples, de l'
rouge de Prusse, et de l'ordre des Guelphes d'Hanovre, C
mandeur de l'ordre royal et militaire de St. Louis, Lieute
Général de Ses armées, Son Aide de camp-général etc. etc.
Son Ministre plénipotentiaire près S. M. Très-Chrétienne;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs t
en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Articles de l'Acte du Congrès confirmés.

L'état de possession actuel des Duchés de Parme, Pl
et Guastalla, ainsi que celui de la Principauté de Lucques
déterminés par les stipulations de l'acte du Congrès de V
les dispositions des articles 99, 101 et 102, sont et restent
tenues dans toute leur force et valeur.

Article II.

Modification de l'Article XCIX.

La réversibilité des Duchés de Parme, Plaisance e
stalla, prévue par l'article 99 de l'acte final du Con
Vienne, est déterminée de la manière suivante:

Article III.

Réversion éventuelle du Duché de Parme à l'Espagne.

Les Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, après le décès de S. M. l'Archiduchesse Marie Louise, passeront en toute souveraineté à S. M. l'Infante d'Espagne Marie Louise, l'Infant Don Charles-Louis, Son fils, et Ses descendans mâles, en ligne directe et masculine, à l'exception des districts enclavés dans les états de S. M. I. et R. A. sur la rive gauche du Pô, lesquels resteront en toute propriété à Sa dite Majesté conformément à la restriction établie par l'article 99 de l'acte du Congrès.

Article IV.

Lucque à la Toscane.

A cette même époque, la réversibilité de la Principauté de Lucques, prévue par l'article 102 de l'acte du Congrès de Vienne, aura lieu, dans les termes et sous les clauses du même article, en faveur de S. A. I. et R. le Grand-Duc de Toscane.

Article V.

Garnison de Plaisance.

Quoique la frontière des états Autrichiens en Italie soit déterminée par la ligne du Pô, il est toutefois convenu d'un commun accord, que la forteresse de Plaisance, offrant un intérêt tout particulier au système de défense de l'Italie, S. M. I. et R. conservera dans cette ville, jusqu'à l'époque des réversions, après l'extinction de la branche Espagnole des Bourbons, le droit de garnison pur et simple, tous les droits régaliens et civils sur cette ville étant réservés au Souverain futur de Parme. Les frais d'entretien de la garnison dans la ville de Plaisance seront à la charge de l'Autriche, et sa force, en temps de paix, sera déterminée à l'amiable entre les hautes Parties intéressées, en prenant, toutefois, pour règle, le plus grand soulagement possible des habitans.

Article VI.

Arriérés dûs à l'Infante Marie Louise.

S. M. I. et R. A. s'engage à payer à S. M. l'Infante Marie Louise les sommes arriérées depuis le 9. juin 1815 et provenant

des stipulations du 2. §. de l'art. 101 de l'acte du Congrès, et d'en continuer le payement selon les mêmes stipulations et avec les mêmes hypothèques. Elle S'engage en outre à faire payer à S. M. l'Infante le montant des revenus perçus dans la Principauté des Lucques depuis la même époque jusqu'au moment de l'entrée en possession de S. M. l'Infante, déduction faite des frais d'administration. La liquidation de ces revenus aura lieu à l'amiable entre les hautes Parties intéressées, et dans le cas de différence d'opinion, Elles en rapporteront à l'arbitrage de S. M. Très Chrétienne.

Article VII.

Réversion de Parme etc. à l'Autriche.

La réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla en cas d'extinction de la branche de l'Infant Don Charles Louis est explicitement maintenue dans les termes du traité d'Aix-la-Chapelle et de l'article séparé du traité entre l'Autriche et la Sardaigne du 20. mai 1815.

Article VIII.

Ratifications.

Le présent traité, expédié en septuple, sera joint à l'acte supplémentaire du traité général du Congrès de Vienne, il sera ratifié par les hautes Parties respectives, et les ratifications en seront échangées à Paris dans l'espace de deux mois ou plutôt se faire se peut. En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 10. du mois de Juin, l'an de grace 1817.

(L. S.) Signé: Le Baron de Vincent.
(L. S.) Signé: Le Comte de Fernan-Núñez
Duc de Montellano.
(L. S.) Signé: Richelieu.
(L. S.) Signé: J. Comte de Goltz.
(L. S.) Signé: Pozzo di Borgo.

a) Dieser Vertrag war nach Bestimmung des Art. VIII desselben ebenfalls unmittelbar nach der Congress-Acte aufzunehmen.

Vergl. auch: L'Acte du Congrès de Vienne Art. 101 und 102. Ferner:

Recès-général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort, signé le 20. juillet 1819. Art. 43—45.

Ein amtlicher Abdruck des Vertrages vom 10. Juni 1817 erschien zu Wien in der k. k. Hof- und Staats-Buchdruckerei. (1818.)

XXXIX.

Convention entre l'Autriche et la Prusse d[e] part et le Grand-Duc de Hesse*) de l'autre sur arrangemens territoriaux, signée à Vienne 10. juin 1815.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Pr[usse] d'une part et S. A. R. le Grand-Duc de Hesse d'autre p[art] comptant régler tout ce qui a rapport à la cession du du[ché] de Westphalie à S. M. Prussienne et à l'indemnité à [donner] pour la dite accession, ont nommé à cet effet, savoir:

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique:

Le Sieur Clément-Wenceslas-Lothaire Prince de Met[ter]nich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier de la t[oison] d'or, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne, Chevalier [des] ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. [Anne] de la première classe, Grand-Cordon de l'ordre de l'éléphan[t], l'ordre suprême de l'Annonciade, de l'aigle noir et de l'[aigle] rouge, des Séraphins, de St. Joseph de Toscane, de St. [Hubert], de l'aigle d'or de Wurtemberg et de la fidélité de Bade, [de] Jean de Jérusalem et de plusieurs autres, Chevalier de l'[ordre] militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'académie des b[eaux] arts, Chambellan, Conseiller intime actuel de S. M. l'Emp[ereur] d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre [et] des conférences et des affaires étrangères, Son premier P[lé]potentiaire au Congrès.

S. M. le Roi de Prusse:

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état, [Che]valier des grands ordres de l'aigle noir, de l'aigle rouge, de

de St. Jean de Jérusalem et de la croix de fer de Prusse, de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne d'Hongrie, Grand-Cordon de la légion d'honneur, Chevalier de l'ordre de St. Charles d'Espagne, de l'ordre suprême de l'Annonciade de Sardaigne, de celui des Séraphins de Suède, de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle d'or de Wurtemberg et de plusieurs autres, Son premier Plénipotentiaire au Congrès de Vienne.

Et S. A. R. le Grand-Duc de Hesse:

Le Sieur Jean Baron de Tuerkheim d'Altdorff, Son Ministre d'état et Envoyé extraordinaire au Congrès, Grand'-Croix de son ordre, et Commandeur de l'ordre royal de St. Etienne d'Hongrie.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse cède à S. M. le Roi de Prusse le Duché de Westphalie, pour être possédé par Elle, Ses Héritiers et Successeurs en toute propriété et souveraineté.

Article II.

S. A. R. recevra, en échange de la cession exprimée dans l'article précédent, un territoire sur la rive gauche du Rhin, comprenant une population de cent quarante mille âmes, pour être possédé pareillement par Elle, Ses Héritiers et Successeurs en toute propriété et souveraineté. Ce territoire sera en continuité parfaite, et comprendra les villes de Worms, Frankenthal et Oppenheim. Des Commissaires seront nommés sans délai, de part de S. M. l'Empereur d'Autriche et de celle de S. A. R., pour fixer l'évaluation et les limites dudit territoire, et pour régler tout ce qui a rapport à l'exécution du présent article.

Article III.

S. A. R. le Grand-Duc aura également la pleine et libre propriété et jouissance des salines de Kreuznach situées sur la rive gauche de la Nahe. L'exploitation et l'exportation du produit

desdites salines sera libre de tout impôt ou redevance quelconque.

Article IV.

Le Duché de Westphalie, tel qu'il a été possédé en dernier lieu, sera remis aux autorités constituées à cet effet par S. M. le Roi de Prusse le 15. juillet [b]), et S. A. R. le Grand-Duc sera mis à la même époque en possession des territoires et objets désignés dans les articles II et III.

Article V.

Les revenus du Duché de Westphalie jusqu'au 15. juillet sont explicitement réservés à S. A. R. le Grand-Duc de Hesse et S. M. le Roi de Prusse s'engage à en faire rentrer l'arriéré avant la fin de l'année courante. S. A. R. le Grand-Duc de Hesse entrera en jouissance de tous les revenus du pays et objets désignés dans les Articles II et III à dater du 15. juillet.

Article VI.

S. M. le Roi de Prusse se charge de tous les officiers et employés dans l'administration du duché de Westphalie, tant ceux qui sont en activité de service qu'en état de pension.

Article VII.

Les dettes constituées sur le duché de Westphalie, provenant de l'électorat de Cologne, ou contractées pour son administration intérieure restent à la charge dudit duché. Il en est de même des pensions et charges affectées sur ce pays par le recès de l'Empire de 1803, nommément la rente de 15,000 florins assignée sur le duché en faveur du prince de Wittgenstein-Berlebourg.

Article VIII.

Les traités antérieurs ayant purifié les territoires de la rive gauche du Rhin de tous les droits féodaux, ainsi que des dettes et pensions anciennement hypothéquées ou constituées sur eux, et ayant rejeté ces charges sur les possesseurs des états situés sur la rive droite du Rhin, qui ont reçu dans le temps des indemnités à ce titre, il est convenu, qu'aucune de ces charges ne pourra jamais être transportée sur ces pays sans le consentement de S. A. R. le Grand-Duc. Il est toutefois statué, que l'article 27. du

Paris du 30. mai 1814, relativement aux acquereurs des maines nationaux, aura son plein effet dans lesdits pays.

Article IX.

Les troupes tirées du duché de Westphalie resteront au ps d'armée de S. A. R. le Grand-Duc pendant l'espace d'un Les officiers qui ne voudront point rester au service de la se, passeront au service de S. M. le Roi de Prusse en con- vant leur grade.

Article X.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse prendra le titre du Prince Worms.

Article XI.

S. M. I. et R. Apostolique et S. M. le Roi de Prusse garan- nt à S. A. R. le Grand-Duc de Hesse la souveraineté et pendance de Ses états, et promettent de Lui obtenir la même natie de la part de la Cour de Russie. Les arrangemens, qui ent encore à faire, en conformité du traité de Francfort du ovembre 1813, se feront d'un commun accord. Cette réserve pécialement appliquée aux bailliages de Hanau.

Article XII.

La présente convention sera ratifiée, et les ratifications en nt échangées dans l'espace de trente jours.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le 10. juin, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Tuerkheim.

Article séparé et secret.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse s'engage à réintégrer le ce de Hesse-Hombourg dans ses possessions, revenus, et rapports politiques, dont il a été privé par les effets de fédération rhénane c).

Le présent article séparé et secret aura la même force
valeur que s'il étoit inséré mot à mot à la convention patente
ce jour. Il sera ratifié, et les ratifications en seront échang
en même temps.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont sign
y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Vienne le 10. juin, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich.
(L. S.) Signé: Le Prince de Hardenber
(L. S.) Signé: Le Baron de Tuerkheim

a) Es ist dieser Vertrag, da er unmittelbar am Tage n
Unterzeichnung der Congress-Acte abgeschlossen,
aufgenommen, während andere, mit Bezug auf die Congres
und den 2. Pariser Frieden geschlossene Territorial-Verträge
folgen.

Vergl: die Congress-Verhandlungen über die
torial-Veränderungen des Grossherzogthums Hessen, und
Resultate.

J. L. Klüber, Akten des Wiener Congresses, Bd. VI. (He
S. 543 u. f.

b) Die Uebergabe hatte erst im Monat Juli des Jahres 1816

c) Dieser Artikel stimmt vollkommen mit dem Artikel
Wiener Congress-Akte (s. oben) überein.

S. auch: Traité de cession et d'échange entre S. M.
de Prusse et S. A. R. l'Electeur de Hesse, signé à C
le 16. octobre 1815. (S. unten.)

Convention territoriale entre l'Autriche et la P
d'une part, et le Grand-Duc de Hesse de l'autre,
Francfort s. M. le 30. juin 1816. (S. unten.)

Convention entre la Prusse et le Grand-Duc de
(avec un supplément du 6. juillet), signée à Munster
mars 1817. (S. unten.)

XL.

...vention concernant des arrangemens territoriaux entre l'Autriche et la Prusse, signée à Vienne le 12. juin 1815 *).

(*Extrait.*)

Sont cédés à S. M. l'Empereur d'Autriche:

1) Sur la rive gauche du Rhin, le département du Mont-...re (à l'exception d'un district de 140,000 habitans renfer-...les villes de Worms et Frankenthal, et le bourg d'Oppen-..., et destiné au Grand-Duc de Darmstadt); et de plus une ... du département de la Sarre dont on conviendroit encore;

2) Sur la rive droite du Rhin,

a) une partie du département de Fulde, savoir les bail-... et parcelles nommément exceptées à l'Art. 40 de l'Acte, ... reste de ce département est cédé à la Prusse;

b) dans le département de Francfort, le village d'Ober-...ach, la moitié de Nieder-Ursel appartenant au Comte de ...-Roedelheim, et les terres de la commanderie de l'ordre ...nique à Francfort;

c) dans le Duché de Nassau la terre de Johannisberg qui ci-devant appartenu à la principauté de Fulde;

d) la Principauté d'Isenbourg, savoir les possessions du ...e d'Isenbourg-Birstein, celles des branches des Comtes ...bourg-Buedingen, Waechtersbach et Meerholz, et de la ...he apanagée de Philippseich, avec la Seigneurie de Heusen-... et le village d'Eppartshausen, dont la première appartient

au Comte de Schoenborn et l'autre au Baron de Groschlag, l'
et l'autre depuis 1806 sous la souveraineté du Prince d'Isenbo
e) Le Comté de Hohengeroldseck appartenant au Pr
de Leyen [b]).

a) Ist aus demselben Grunde hier aufgenommen, wie die
hergehende Convention zwischen Preussen und dem Grossherzog
Hessen.

S: de Martens recueil etc. Nouv. Supplém. Tom.
451, 452.

b) Von den durch diesen Vertrag von Oesterreich ge
Erwerbungen

1) behielt Oesterreich für sich, mit Souveränetät
Eigenthum:

Das Deutschordens-Haus in der freien Stadt Frankfurt, neb
dazu gehörenden Gütern, Gefällen und Gerechtsamen, und den
nishof in der genannten Stadt, nebst dem dazu gehörenden Fl
hof in deren Gebiet;

2) cedirte es:

a) An Baiern,

die aus dem ehemaligen Departement Fulda theils ihm zuget
theils von ihm eingetauschten Besitzungen, und die in den D
menten der Saar und des Donnersbergs erhaltenen Bezirke,
mentlich angegeben in dem Recès-général der Frankfurter Ter
Commission vom 20. Juli 1819, Art. 2.

b) An Baden,

die Staatshoheit über die, erst auf dem Wiener Congress in s
herrliche Unterordnung versetzte Grafschaft Hohen-Geroldse
Fürsten von der Leyen, in dem angeführten Recès-général, Ar

c) An das Grossherzogthum Hessen,

das Eigenthum der Salinen von Kreuznach, ferner, mit Souv
und Eigenthum den Kreis Alzei, mit Ausnahme des Canton
heim-Boland, die Cantone Pfeddersheim und Worms, Stadt
biet von Mainz, nebst Cassel und Kostheim, in dem ang
Recès-général, Art. 19, in Folge des von Oesterreich und Preu
dem Grossherzogthume Hessen geschlossenen Vertrages vom
1815, Art. 3.

d) An den Prinzen Leopold von Sachsen-Cobur
die Domaine Holzkirchen, unter baierischer Hoheit, durch ein
kungsurkunde vom 9. November 1816.

e) An den Fürsten von Metternich, für ihn und seine directen (nicht auch Adoptiv-) Nachkommen, nach Abgang des Mannsstammes auch der weiblichen, nach Erstgeburtrecht,

Domaine (vormalige Fuldaische Propstei) Johannisberg im Rhein-, unter nassauischer Hoheit, doch mit Vorbehalt des Rückfalls an terreich und, als Recognitions-Canon, des Weinzehnten, — durch enkungsurkunde vom 1. August 1816.

f) Die Souveränetät über das, erst auf dem Wiener Congresse t. 52 der Acte) in standesherrliche Unterordnung versetzte, Fürthum Isenburg trat Oesterreich an das Grossherzogthum Hessab, in dem Recès général der Frankfurter Territorial-Commission 20. Juli 1819, Art. 19.

XLI.

Sainte Alliance entre L. L. M. M. l'Empereur de toutes les Russies, l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, signée à Paris le $\frac{14}{26.}$ Septembre 1815 [1]).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, le Roi de Prusse, l'Empereur de Russie, par suite des grands événemens qui ont signalé en Europe le cours des trois dernières années, et principalement des bienfaits qu'il a plu à la divine Providence répandre sur les états dont les gouvernemens ont placé leur confiance et leur espoir en elle seule, ayant acquis la conviction intime, qu'il est nécessaire d'asseoir la marche à adopter par les puissances dans leurs rapports mutuels sur les vérités sublimes que nous enseigne l'éternelle réligion du Dieu sauveur:

Déclarons solennellement que le présent acte n'a pour objet que de manifester à la face de l'Univers leur détermination inébranlable, de ne prendre pour règle de leur conduite, soit dans l'administration de leurs états respectifs, soit dans leurs relations politiques avec tout autre gouvernement, que les préceptes de cette religion sainte, préceptes de justice, de charité et de paix, qui, loin d'être uniquement applicables à la vie privée, doivent au contraire influer directement sur les résolutions des princes et guider toutes leurs démarches, comme étant le seul moyen de consolider les institutions humaines et de remédier à leurs imperfections.

En conséquence, Leurs Majestés sont convenues des articles suivans:

Article I.

Conformément aux paroles des saintes écritures, qui ordonnent à tous les hommes de se regarder comme frères, les trois monarques contractans demeureront unis par les liens d'une fraternité veritable et indissoluble, et se considérant comme compatriotes, ils se prêteront en toute occasion et en tout lieu assistance, aide et secours; se regardant envers leurs sujets et armées comme pères de famille, ils les dirigeront dans le même esprit de fraternité, dont ils sont animés pour protéger la religion, la paix et la justice.

Article II.

En conséquence, le seul principe en vigueur, soit être entre les gouvernemens, soit entre leurs sujets, sera celui de se rendre réciproquement service, de se témoigner par une bienveillance inaltérable l'affection mutuelle dont ils doivent être animés, de se considérer tous que comme membres d'une même nation chrétienne, les trois princes alliés, ne s'envisageant eux-mêmes que comme délégués par la Providence pour gouverner trois branches d'une même famille; savoir: l'Autriche, la Prusse et la Russie, confessant ainsi que la nation chrétienne, dont eux et leurs peuples sont partie, n'a réellement d'autre souverain que celui à qui seul appartient en propriété la puissance, parce qu'en lui seul se trouvent tous les trésors de l'amour, de la science et de la sagesse infinie, c'est à dire Dieu, notre divin sauveur Jésus-Christ, le verbe du Très-Haut, la parole de vie. Leurs Majestés recommendent en conséquence avec la plus tendre sollicitude à leurs peuples, comme unique moyen de jouir de cette paix qui naît de la bonne conscience et qui seule est durable, de s'affermir chaque jour d'avantage dans les principes de l'exercice des devoirs que le divin Sauveur a enseignés aux hommes.

Article III.

Toutes les Puissances qui voudront solennellement avouer les principes sacrés qui ont dicté le présent acte, et reconnoîtront combien il est important au bonheur des nations trop longtemps

agitées, que ces vérités exercent désormais sur les destinées humaines toute l'influence qui leur appartient, seront reçues avec autant d'empressement que d'affection dans cette Sainte alliance.

Fait triple et signé à Paris, l'an de grâce 1815, le septembre c).

Signé: François.
Signé: Frédéric-Guillaume.
Signé: Alexandre.

a) Der Kaiser Alexander gab noch vor seiner Abreise von Paris den Anlass zur Stiftung des heiligen Bundes. Die denselben enthaltende Urkunde wurde am 26. September 1815 von den Kaisern von Russland und Oesterreich, so wie von dem Könige von Preussen eigenhändig, ohne Mitunterschrift ihrer Minister unterzeichnet. Das Manifest des Kaisers von Russland vom 25. December 1815, enthaltend die Publication der heiligen Allianz, findet sich u. a. in:

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 658.
Journal de Francfort, 2. février 1816. Nr. 33.

b) Die drei Stifter des heiligen Bundes erliessen darauf an sämmtliche Staaten Europa's (mit Ausnahme des Papstes und des Sultans) so wie an Nordamerika Einladungen zum Beitritt. Nur Grossbritannien und Nordamerika lehnten den Beitritt ab, den aussprachen sämmtliche eingeladene Staaten ausdrücklich erklärten, namentlich

der König von Sachsen unterm 14. Juni 1816 (vergl. Leipziger Zeitung, 1816, St. 181, 190, 1817, St. 92, 197, — K. H. Ludlitz, die Regierung Friedrich Augusts, Königs von Sachsen, Th. II. S. 249);
der König der Niederlande unterm 21. Juni 1816:
der König von Würtemberg unterm 12. Mai 1817;
die freie Stadt Hamburg unterm 26. Juli 1817;
die freie Stadt Lübeck unterm 6. August 1817;
die freie Stadt Bremen unterm 12. August 1817; u. s. w.

c) Die geheimen Artikel sind nicht bekannt gemacht worden. Lord Liverpool äusserte, als er darüber im Oberhause von Holland befragt wurde: „eine öffentliche Bekanntmachung der geheimen Artikel der heiligen Allianz streite mit den Grundsätzen der Politik, da Grossbritannien damit nicht in directer Verbindung stehe.

Vergl. auch:

W. T. Krug, über den heiligen Bund. Leipzig, 1816. 8.

Ueber den Beitritt zum heiligen Bunde, in:

Fr. von Gentz Schriften. Th. III. (1839.) S. 20.

H. Burkhardt, Geschichte der neuesten Zeit, von der Stiftung der heiligen Allianz 1815 bis zum Tode Friedrich Wilhelms III. 4 Bde. Leipzig, 1844. 8.

L. Bignon, les Cabinets et les Peuples depuis 1815 jusqu'à la fin de 1822. A Paris, 1822. 8. (Ch. I: „Qu'est ce que la Sainte Alliance?" p. 23—54; Ch. II: „Des réalités de la Sainte Alliance". p. 55—175.)

XLII.

Protocôle pour régler les dispositions relat aux territoires et places cédés par la Fra aux arrangemens territoriaux qu'il reste à en Allemagne et au système défensif d Confédération Germanique, signé par les mi des Cours Impériales et Royales d'Autriche, de sie, de la Grande-Bretagne et de Prusse, phé à Paris le 3. novembre 1815 et signé l novembre.

Les ministres des Cours I. et R. d'Autriche, de Rus Grande-Bretagne et de Prusse, ayant pris en considérat mesures rendues nécessaires par les arrangemens avec la F qui vont terminer la guerre actuelle, ainsi que celles qu' à prendre pour compléter le système politique établi par l grès de Vienne, sont convenus de consigner dans le Protocôle:

1) Les dispositions relatives aux cessions territoriales par la France, et aux contributions destinées à rem ligne de défense des Etats limitrophes.

2) Les dispositions relatives à certains reviremens de te en Allemagne.

3) Enfin celles qui ont rapport au système défensif de fédération Germanique.

A. Dispositions relatives aux cessions à faire par la France.

Article I.

S. M. le Roi des Pays-Bas devant participer dans une juste proportion aux avantages qui résultent de l'arrangement présent avec la France et vû l'Etat de ses frontières du côté de ce pays, il est convenu, que les districts ayant fait partie des provinces Belges, de l'Evêché de Liège, et du Duché de Bouillon, ainsi que les places de Philippeville et Marienbourg avec leurs territoires, que la France doit céder aux Alliés, seront remis à S. M. le Roi des Pays-Bas pour être réunis à ses Etats.

S. M. le Roi des Pays-Bas recevra en outre, sur la partie de la contribution Française a) destinée à renforcer la ligne de guerre des Etats limitrophes, la somme de soixante millions de francs, qui doit être employée à la fortification des frontières des Pays-Bas, conformément aux plans et réglemens que les Puissances arrêteront à cet égard.

Il est de plus convenu, qu'en considération des avantages que S. M. le Roi des Pays-Bas retirera de ces dispositions, tant pour l'accroissement que pour les moyens de défense de son territoire, la quote-part de l'indemnité pécuniaire à laquelle Sadite Majesté pourrait prétendre, servira à mettre au niveau d'une juste proportion les indemnités de l'Autriche et de la Prusse.

Article II.

Les districts, qui par le nouveau traité de paix avec la France, seront détachés du territoire Français dans le Département de la Sarre et de la Moselle, y compris les forteresses de Sarre-Louis, seront réunis aux Etats de S. M. le Roi de Prusse.

Article III.

Les territoires que la France doit céder dans le Département du Bas-Rhin, y compris la ville de Landau, seront réunis aux possessions sur la rive gauche du Rhin dévolues à S. M. Imp. et Roy. Apost. par l'Acte final du Congrès de Vienne. Sa Majesté pourra disposer de Ses possessions sur la rive gauche du Rhin dans les arrangemens territoriaux avec la Bavière et avec les autres Etats de la Confédération Germanique.

Article IV.

Versoix avec la partie du pays de Gex, qui sera cédée p
la France, sera réuni à la Suisse pour faire partie du Can
de Genève.

La neutralité de la Suisse sera étendue au territoire qui
trouve au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris c
ville, au milieu du Lac d'Annecy et de là au Lac Bou
jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue
provinces de Chablais et Faucigny par l'article 92. de l'acte
du Congrès de Vienne.

Article V.

Pour faire participer S. M. le Roi de Sardaigne dan
juste proportion aux avantages qui resultent des arrange
présens avec la France, il est convenu que la partie de la S
qui était restée à la France en vertu du traité de Paris du 3
1814 sera réunie aux Etats de Sa dite Majesté à l'excep
la Commune de St. Julien qui sera remise au Canton de G

S. M. le Roi de Sardaigne recevra en outre sur la p
la Contribution Française, destinée à renforcer la ligne de d
des Etats limitrophes, la somme de dix millions de Franc
quelle doit être employée à la fortification de ses frontières
formément aux plans et réglemens que les Puissances arr
à cet égard.

Il est également convenu, qu'en considération des ava
que S. M. Sarde retirera de ces dispositions tant pour l'a
sement que pour les moyens de défense de Son territoi
quote part à l'indemnité pecuniaire à laquelle Sadite M
pourrait prétendre, servira à mettre au niveau d'une jus
portion les indemnités de l'Autriche et de la Prusse.

B. Dispositions relatives aux arrange
territoriaux en Allemagne.

Article VI.

S. M. I. et R. A. cédera à S. M. le Roi de Prusse
le Departement de la Sarre les districts désignés dans le
ci-joint.

S. M. le Roi de Prusse s'engage de Son côté à satisfaire les Grand-Ducs de Mecklenbourg Strelitz et d'Oldenbourg, le Duc de Cobourg, le Landgrave de Hesse-Hombourg et le Comte de Pappenheim, conformément à l'article 54 de l'Acte final du Congrès de Vienne.

Article VII.

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, S. M. le Roi de la Grande-Bretagne et S. M. le Roi de Prusse s'engagent à employer tous Leurs moyens pour faire obtenir à S. M. I. et R. A. de la part de S. M. le Roi de Bavière la rétrocession des territoires et objets désignés dans le tableau ci-joint, contre les indemnités désignées dans le même tableau.

On engagera en même temps la Cour de Bavière à échanger avec S. A. R. l'Electeur de Hesse les districts d'Alzenau, Woert et Hoechst, et la route de Saalmuenster à Gelnhausen, contre une partie suffisante du bailliage de Lohrhaupten.

En vue des arrangemens ci-dessus spécifiés, les quatre Puissances assurent à S. M. le Roi de Bavière les avantages suivans:

a) une somme proportionnelle des Contributions Françaises destinées à renforcer la ligne de défense des Etats limitrophes, laquelle somme sera employée d'après les plans et réglemens, qui seront généralement arrêtés à cet égard.

b) La réversion de la partie du palatinat appartenant à la Maison de Bade après l'extinction de la ligne directe du Grand-Duc regnant.

c) Une route militaire de Wurzbourg à Frankenthal.

d) Le droit de garnison dans la place de Landau, qui sera une des forteresses de la Confédération Germanique.

Ces Articles seront regardés comme pleinement obligatoires, aussitôt que la Cour de Bavière aura déclaré Son adhésion aux arrangemens ci-dessus spécifiés.

Les pays dévolus à S. M. I. et R. A. par l'Article 51. de l'Acte final du Congrès de Vienne, et dont S. M. peut disposer pour des échanges avec d'autres Princes de la Confédération Germanique, se trouvant encore, malgré les représentations faites à ce sujet par la Cour Impériale d'Autriche, en partie

occupés par les autorités Bavaroises, il sera fait de la part d
quatre Cabinets une démarche simultanée près du Gouverne
Bavarois, afin que les dits pays soient remis sans délai à la
disposition de S. M. I. et R. A.

Article VIII.

L'Autriche cédera au Grand Duc de Hesse, en inde
du Duché de Westphalie, un territoire sur la rive gau
Rhin, comprenant une population de 140 mille habitans, c
mément au traité conclu entre l'Autriche, la Prusse et le G
Duc de Hesse. Les échanges se feront d'après le tableau ci
dressé sur la base du revirement territorial entre Autrich
Bavière, tel qu'il se trouve indiqué dans l'article précédant.

Article IX.

La réversion de la partie du palatinat appartenant au
Duc de Bade ayant été assurée à l'Autriche par le proto
10. juin 1815 des conférences du Congrès de Vienne, S.
et R. A. est prête à renoncer à cette réversion en faveu
M. le Roi de Bavière pour faciliter les arrangemens ind
l'article VII. du présent protocôle. La réversion du Brisg
a été également assurée à l'Autriche par le dit protocôle
juin, sera maintenue.

C. Système défensif de la Confédér Germanique.

Article X.

Les places de Mayence, Luxembourg et L
sont déclarées places de la Confédération Germanique, abs
faite de la Souveraineté territoriale de ces places.

Les plénipotentiaires d'Autriche et de Prusse, n'éta
autorisés, vû les actes antérieurement existans et l'ab
leurs Souverains, à renoncer en faveur de l'une ou de l'
leurs Cours respectives au droit de garnison dans la
Mayence, il est convenu, que le service militaire et l'adm
tion continueront à subsister dans cette place d'après l'
ment actuellement en vigueur, jusqu'à ce que les Cour
tombent d'accord d'un arrangement définitif à cet égard.

Leurs Majestés, l'Empereur d'Autriche, l'Empereur de toutes les Russies et S. M. le Roi de la Grande-Bretagne, emploieront leurs meilleurs offices pour faire obtenir à S. M. le Roi de Prusse, le droit de garnison dans la place de Luxembourg, conjointement avec S. M. le Roi des Pays-Bas, ainsi que le droit de nommer le Gouverneur de cette place.

La garnison de Landau sera, jusqu'à l'époque de son échange, entièrement composée de troupes Autrichiennes, et elle sera de même après sa cession entièrement composée en temps de paix de troupes Bavaroises. Cependant en temps de guerre le Grand-Duc de Bade sera tenue à fournir le tiers de la garnison nécessaire pour la défense de la place.

Les Puissances étant convenues de consacrer au Système défensif de l'Allemagne la somme de 60 Millions, à prendre sur la partie des Contributions Françaises, destinée à renforcer la ligne de défense des Etats limitrophes, la dite somme sera distribuée ainsi qu'il suit.

S. M. le Roi de Prusse en recevra vingt Millions pour les fortifications du Bas-Rhin, vingt Millions seront réservés pour la construction d'une quatrième place fédérale sur le haut-Rhin; S. M. le Roi de Bavière, ou tel autre Souverain des pays limitrophes de la France entre le Rhin et les Etats Prussiens aura quinze Millions; et cinq millions seront employés à achever les ouvrages de Mayence. Il sera disposé des différentes sommes conformément aux plans et réglemens qui seront généralement arrêtés à cet égard.

Article XI.

Le présent protocôle aura la force d'une convention entre les quatre Puissances jusqu'à ce que les arrangemens auxquels il se rapporte soient définitivement terminés.

Fait et signé à Paris le (3.) 20. novembre mil-huit-cent-quinze.

Signé:	Wellington.	Rasoumoffsky.
	Hardenberg.	Capodistria.
	Castlereagh.	Humboldt.
		Wessenberg.

Nr. I. Prusse.

L'Autriche cédera à la Prusse sur la rive gauche du Rhin

a) Saarbourg avec le reste de Conz d'après les limites de la paix de 1814, et exclusivement des parcelles sur la rive droite de la Moselle qui appartenaient autrefois à Luxembourg

b) Moertzig.

c) Wadern.

d) Tholey.

e) Partie de Lebach d'après l'état de 1814.

f) Ottweiler.

g) St. Wendel.

h) Les restes de Birkenfeld et Hermeskeil.

i) Les restes de Baumholder et Grumbach.

Nr. II. Arrangement avec la Bavière.

Cessions demandées à la Bavière :

	Populati
1) Le Hausruckviertel	92,3
2) L'Innviertel	125,6
3) La principauté de Salzbourg à l'exception des bailliages de Waging, Tittmaning, Seisendorf et Laufen, ces trois derniers autant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salzach et de la Saal	168,0
4) Le bailliage tyrolien Vils	9
Total :	387,0

S. M. le Roi de Bavière accorderait la liberté de transit sur la route qui mène du Tyrol à Brégenz par les états Bavarois, pour une quantité de sel et de bled dont on conviendrait.

Indemnités :

A. Sur la rive gauche du Rhin :

1) Dans le Département du Mont-Tonnère:

a) L'arrondissement de Deux-Ponts	93,5
b) - - - Kaiserslautern	73,0
c) - - - Spire, à l'exception des Cantons Worms et Pfeddersheim	144,0
d) dans l'arrondissement d'Alzey le canton de Kirchheim-Poland	12,0

2) Dans le Département de la Sarre :	
a) Le Canton de Waldmohr	10,795
b) - - - Bliescastel	14,636
c) - - - Cousel, à l'exception de quelques endroits sur la route de St. Wendel à Baumholder, approx.	8,698
3) Dans le Département du Bas-Rhin :	
Le Canton de Landau avec le territoire sur la rive gauche de la Lauter	53,887
Sur la rive droite du Rhin :	
a) Les bailliages Fuldois	26,304
b) Le bailliage de Redwitz	3,000
c) de Darmstadt les bailliages de Miltenberg, Amorbach, Heubach et Alzenau	24,661
d) de Bade partie du bailliage de Wertheim . . .	4,927
	469,634.

III. Revirements territoriaux avec le Grand-Duc de Darmstadt.

Darmstadt céderait :

		Sujets.
à la Prusse :		
Le Duché de Westphalie		140,000
à la Bavière :		
Les bailliage de Miltenberg	8,094	
Amorbach	7,092	
Heubach	3,505	
Alzenau	5,907	24,661
à Hesse-Cassel :		
Les bailliages de Hanau conformément aux conventions de Francfort.		
Au Landgrave de Hesse-Hombourg :		
La souveraineté sur		6,366
		185,045.

Le Grand-Duc se chargerait de la moitié des [illegible] particulières du Prince d'Isembourg. L'excé[illegible] qu'offriraient les indemnités ci-contre sera em[illegible] pour faire obtenir à S. M. Prussienne la sou[illegible]neté de Wittgenstein et Berlebourg.

On tâchera de faire servir la partie du pays d'Isembourg située sur la rive gauche du Mein aux échanges que le Grand-Duc de Hesse devra faire avec l'Electeur de Hesse pour les bailliages ci-dessus désignés sub Lit. C. et de faire obtenir à l'Electeur de Hesse toute la route de Saalmuenster à Hanau.

Darmstadt obtiendrait:

A. Sur la rive gauche du Rhin:

La ville de Mayence	26,4
Nieder-Olm	12,1
Ober-Ingelheim	13,5
Bingen	8,1
Woellstein	10,9
Woerstaedt	15,4
Oppenheim	15,4
Beehtenheim	14,6
Alzey	15,9
Pfeddersheim	14,5
Worms	5,7

B. Sur la rive droite du Rhin:

Les villages de Nieder-Ursel et Ober-Erlenbach	1,1
La principauté d'Isembourg	47,4
	201,4

C. La propriété des Salines de Kreutznach.

a) Vergl: Protocole sur la distribution des 700 Mil[lions] que la France payera aux Puissances alliées [en] tiendra lieu d'une convention particulière sur cet objet; [si]gné à Paris le 6. novembre 1815 et signé le 20. novembre. de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 676.

XLIII.

Traité de paix entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815; avec les Conventions spéciales.

Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815 *).

*) Es folgt hier das von Oesterreich und Frankreich unterzeichnete Friedens-Instrument. Hinsichtlich der übrigen contrahirenden Mächte s. unten a).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Les Puissances alliées ayant, par Leurs efforts réunis et par le succès de Leurs armes, préservé la France et l'Europe des bouleversemens dont elles étoient ménacées par le dernier attentat de Napoléon Buonaparte, et par le système révolutionnaire reproduit en France pour faire réussir cet attentat;

Partageant aujourd'hui avec Sa Majesté Très-Chrétienne le désir de consolider par le maintien inviolable de l'autorité royale et la remise en vigueur de la charte constitutionelle, l'ordre des choses heureusement rétabli en France, ainsi que celui de ramener entre la France et ses voisins ces rapports de confiance et de bienveillance réciproque que les funestes effets de la révolution et du système de conquête avoient troublés pendant si longtemps;

Persuadées que ce dernier but ne sauroit être atteint que par un arrangement propre à leur assurer de justes indemnités pour le passé et des garanties solides pour l'avenir:

Ont pris en considération, de concert avec S. M. le Roi d
France, les moyens de réaliser cet arrangement; et ayant recon
que l'indemnité due aux Puissances ne pouvoit être ni toute te
ritoriale, ni toute pécuniaire, sans porter atteinte à l'un ou
l'autre des intérêts essentiels de la France, et qu'il seroit p
convenable de combiner les deux modes, de manière à préve
ces deux inconvéniens, L. L. M. M. I. I. et R. R. ont ad
cette base pour Leurs transactions actuelles; et se trouvant
lement d'accord sur celle de la nécessité de conserver pen
un temps déterminé dans les provinces frontières de la Fr
un certain nombre de troupes alliées, Elles sont convenu
réunir les différentes dispositions fondées sur ces bases, dans
traité définitif.

Dans ce but, et à cet effet

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie e
Bohème, pour Elle et Ses Alliés d'une part, et

S. M. le Roi de France et de Navarre, d'autre p
ont nommé Leurs plénipotentiaires, pour discuter, arrêter
signer ledit traité définitif, savoir S. M. l'Empereur d'Autric
Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Clément Wenzeslas Lothaire, Prince de M
ternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Chevalier d
toison d'or, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne, C
valier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky
de Ste. Anne de la première classe; Grand-Cordon de la Lé
d'honneur; Chevalier de l'ordre de l'éléphant, de l'ordre supr
de l'Annonciade, de l'aigle noir et de l'aigle rouge, des séra
de St. Joseph de Toscane, de St. Hubert, de l'aigle d'
Wurtemberg, de la fidélité de Bade, de St. Jean de Jéru
et de plusieurs autres, Chancelier de l'ordre militaire de M
Thérèse, Curateur de l'académie des beaux arts, Cons
intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Ho
et de Bohème, Son Ministre d'état, des conférences et des a
res étrangères.

Et le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Gr
Croix de l'ordre royal de St. Etienne, Chevalier Grand'-C
de l'ordre militaire des Saints Maurice et Lazare, Grand'-
de l'aigle rouge de Prusse et de celui de la couronne de Ba

de St. Joseph de Toscane et de la fidélité de Bade, Chambellan et Conseiller intime actuel de S. M. I. et R. A.

Et S. M. le Roi de France et de Navarre:

Le Sieur Armand Emanuel du Plessis Richelieu, Duc de Richelieu, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, et des ordres de St. Alexandre-Newsky, St. Wladimir, et St. Georges de Russie; Pair de France, Premier Gentilhomme de la chambre de S. M. T. C., Son Ministre et Secrétaire d'état des affaires étrangères, Président du Conseil de Son ministère.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs trouvés en bonne et due forme, ont signé les articles suivans:

Article I.

Frontières de la France.

Les frontières de la France seront telles qu'elles étoient en 1790, sauf les modifications de part et d'autre qui se trouvent indiquées dans l'article présent.

1) Sur les frontières du nord, la ligne de démarcation restera telle que le traité de Paris l'avait fixée, jusque vis-à-vis de Quièvrain; de là elle suivra les anciennes limites des provinces Belgiques, du ci-devant évêché de Liège et du duché de Bouillon, telles qu'elles étoient en 1790, en laissant les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, ainsi que tout le duché de Bouillon, hors des frontières de la France; depuis Villers près d'Orval (sur les confins du département des Ardennes et du grand-duché de Luxembourg) jusqu'à Perle, sur la chaussée qui conduit de Thionville à Trèves, la ligne restera telle qu'elle avoit été désignée par le traité de Paris. De Perle elle passera par Launsdorf, Wallwich, Schardorf, Niederweiling, Pellweiler (tous ces endroits restant avec leurs banlieues à la France), jusqu'à Houvre, et suivra de là les anciennes limites du pays de Sarrebruck, en laissant Sarrelouis et le cours de la Sarre, avec les endroits situés à la droite de la ligne ci-dessus désignée et leurs banlieues hors des limites françaises. Des limites du pays de Sarrebruck, la ligne de démarcation sera la même qui sépare actuellement de l'Allemagne les départemens de la Moselle et du Bas-Rhin jusqu'à la Lauter, qui servira ensuite de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin. Tout le territoire sur la

rive gauche de la Lauter, y compris la place de Landau, f
partie de l'Allemagne; cependant, la ville de Weissenbo
traversée par cette rivière, restera toute entière à la Fra
avec un rayon sur la rive gauche, n'excédant pas mille to
et qui sera plus particulièrement déterminé par les commis
que l'on chargera de la délimitation prochaine.

2) A partir de l'embouchure de la Lauter, le long des
temens du Bas-Rhin, du Haut-Rhin, du Doubs et du Jur
qu'au canton de Vaud, les frontières resteront comme elle
fixées par le traité de Paris. Le Thalweg du Rhin former
démarcation entre la France et les états de l'Allemagne; m
propriété des isles, telle qu'elle sera fixée à la suite d'une
velle reconnoissance du cours de ce fleuve, restera imm
quelques changemens que subisse ce cours par la suite du
Des commissaires seront nommés de part et d'autre par les
parties contractantes, dans le délai de trois mois, pour pr
à ladite reconnoissance. La moitié du pont entre Strasbo
Kehl appartiendra à la France, et l'autre moitié au Grand-
de Bade.

3) Pour établir une communication directe entre le c
de Genève et la Suisse, la partie du pays de Gex, bornée
par le lac Léman, au midi par le territoire du canton de G
au nord par celui du canton de Vaud, à l'ouest par le cour
Versoix et par une ligne qui renferme les communes de
Bussy et Meyrin, en laissant la commune de Ferney à la
sera cédée à la confédération Helvétique, pour être réu
canton de Genève. La ligne des douanes françaises sera
à l'ouest du Jura, de manière que tout le pays de Gex se
hors de cette ligne.

4) Des frontières du canton de Genève jusqu'à la
ranée, la ligne de démarcation sera celle qui, en 1790, s
la France de la Savoie et du comté de Nice. Les rapports
traité de Paris de 1814 avait rétablis entre la France et
cipauté de Monaco, cesseront à perpétuité, et les mêmes
existeront entre cette principauté et S. M. le Roi de Sard

5) Tous les territoires et districts enclavés dans les

du territoire français, telles qu'elles ont été déterminées par le présent article, resteront réunis à la France.

6) Les hautes Parties contractantes nommeront, dans le délai de trois mois après la signature du présent traité, des commissaires pour régler tout ce qui a rapport à la délimitation des pays de part et d'autre; et aussitôt que le travail de ces commissaires sera terminé, il sera dressé des cartes et placé des signaux qui constateront les limites respectives.

Article II.

Districts remis à la disposition des Puissances alliées.

Les places et les districts qui, selon l'article précédent, ne doivent plus faire partie du territoire français, seront remis à la disposition des Puissances alliées, dans les termes fixés par l'article IX. de la convention militaire annexée au présent traité, et S. M. le Roi de France renonce à perpétuité pour Elle, Ses héritiers et successeurs, aux droits de souveraineté et de propriété qu'Elle a exercée jusqu'ici sur lesdites places et districts.

Article III.

Huningue. — Neutralité de la Suisse étendue.

Les fortifications d'Huningue ayant été constamment un sujet d'inquiétude pour la ville de Bâle, les hautes Parties contractantes, pour donner à la Confédération Helvétique une nouvelle preuve de leur bienveillance et de leur sollicitude, sont convenues entre elles de faire démolir les fortifications d'Huningue; le gouvernement français s'engage, par le même motif, à ne les rétablir dans aucun temps, et à ne point les remplacer par d'autres fortifications à une distance moindre que trois lieues de la ville de Bâle.

La neutralité de la Suisse [c]) sera étendue au territoire qui se trouve au nord d'une ligne à tirer depuis Ugine, y compris cette ville, au midi du lac d'Annecy, par Faverge, jusqu'à Lechère, et de là au lac du Bourget jusqu'au Rhône, de la même manière qu'elle a été étendue aux provinces de Chablais et de Genevois, par l'article 92. de l'acte final du Congrès de Vienne.

Article IV.

Sept cent millions de francs.

La partie pécuniaire de l'indemnité à fournir par la Fr
aux Puissances alliées, est fixée à la somme de sept cent mil
de francs. Le mode, les termes et les garanties du payeme
cette somme seront réglés par une convention particulière
aura la même force et valeur que si elle était textuellement i
au présent traité [d]).

Article V.

Positions militaires à occuper par les alliés.

L'état d'inquiétude et de fermentation dont, après tant
secousses violentes, et surtout après la dernière catastrophe
France, malgré les intentions paternelles de son Roi, e
avantages assurés par la charte constitutionnelle à toute
classes de ses sujets, doit nécessairement se ressentir en
exigeant pour la sûreté des états voisins, des mesures de
caution et de garantie temporaires, il a été jugé indispensabl
faire occuper pendant un certain temps, par un corps de tro
alliées, des positions militaires le long des frontières de la Fr
sous la réserve expresse que cette occupation ne portera
préjudice à la souveraineté de S. M. T. C., ni à l'état de
session tel qu'il est reconnu et confirmé par le présent traité

Le nombre de ces troupes ne dépassera pas cent cinq
mille hommes. Le commandant en chef de cette armée
nommé par les Puissances alliées.

Ce corps d'armée occupera les places de Condé, Valen
nes, Bouchain, Cambray, le Quesnoy, Maubeuge, Land
Avesnes, Rocroy, Givet avec Charlemont, Mézières, S
Montmédy, Thionville, Longwy, Bitche et la tête de p
Fort-Louis.

L'entretien de l'armée destinée à ce service devant être
par la France, une convention spéciale réglera tout ce qui
avoir rapport à cet objet. Cette convention qui aura la
force que si elle étoit textuellement insérée dans le présent
réglera de même les relations de l'armée d'occupation a
autorités civiles et militaires du pays [e]).

Le maximum de la durée de cette occupation militaire est fixé à cinq ans. Elle peut finir avant ce terme, si, au bout de trois ans, les Souverains alliés, après avoir, de concert avec S. M. le Roi de France, mûrement examiné la situation et les intérêts réciproques et les progrès que le rétablissement de l'ordre et de la tranquillité aura faits en France, s'accordent à reconnaître que les motifs qui les portaient à cette mesure, ont cessé d'exister. Mais quel que soit le résultat de cette déliberation, toutes les places et positions occupées par les troupes alliées seront, au terme de cinq ans révolus, évacuées sans autre délai, et remises à S. M. T. C. ou à Ses Héritiers et Successeurs.

Article VI.

Evacuation.

Les troupes étrangères, autres que celles qui feront partie de l'armée d'occupation, évacueront le territoire français dans les termes fixés par l'article IX. de la convention militaire, annexée au présent traité.

Article VII.

Libre emigration.

Dans tous les pays qui changeront le maître, tant en vertu du présent traité que des arrangemens qui doivent être faits en conséquence, il sera accordé aux habitans naturels ou étrangers, de quelque condition et nation qu'ils soient, un espace de six ans, à compter de l'échange des ratifications, pour disposer, s'ils le jugent convenable, de leurs propriétés, et se retirer dans tel pays qu'il leur plaira de choisir.

Article VIII.

Traité du 30. *mai* 1814.

Toutes les dispositions du traité de Paris du 30. mai 1814, relatives aux pays cédés par ce traité, s'appliqueront également aux différens territoires et districts cédés par le présent traité.

Article IX.

Réclamations du fait de la non-exécution.

Les hautes Parties contractantes s'étant fait représenter les différentes réclamations provenant du fait de la non-exécution

des articles XIX. et suivans du traité du 30. mai 1814, ainsi qu
les articles additionnels de ce traité, signés entre la Grand
Bretagne et la France, désirant de rendre plus efficaces les d
positions énoncées dans ces articles, et ayant, à cet effet, d
miné par deux conventions séparées [1]), la marche à suivre
part et d'autre part pour l'exécution complète des articles c
mentionnés, ces deux dites conventions, telles qu'elles se
vent jointes au présent traité, auront la même force et v
que si elles y étoient textuellement insérées.

Article X.

Prisonniers. — Otages.

Tous les prisonniers faits pendant les hostilités, de
que tous les otages qui peuvent avoir été enlevés ou de
seront rendus dans le plus court délai possible: Il en se
même des prisonniers faits antérieurement au traité du 30
1814, et qui n'auront point encore été restitués.

Article XI.

Traité de Paris du 30. *mai* 1814 *et Acte du Congrè*
Vienne du 9. *juin* 1815.

Le traité de Paris du 30. mai 1814, ainsi que l'acte fi
congrès de Vienne du 9. juin 1815, sont confirmés et seront
tenus dans toutes celles de leurs dispositions qui n'au
pas été modifiées par les clauses du présent traité.

Article XII.

Ratifications.

Le présent traité, avec les conventions qui y sont jo
sera ratifié en un seul acte, et les ratifications en seront é
gées dans le terme de deux mois, ou plutôt, si faire se pe

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont
y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce mil h
quinze.

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

Article additionnel.

Traite des nègres.

Les hautes Parties contractantes, désirant sincèrement de donner suite aux mesures dont elles se sont occupées au congrès de Vienne, relativement à l'abolition complète et universelle de la traite des nègres d'Afrique, et ayant déjà, chacune dans ses états, defendue sans restriction à leurs colonies et sujets, toute part quelconque à ce trafic, s'engagent à réunir de nouveau leurs efforts pour assurer le succès final des principes qu'elles ont proclamés dans la déclaration du 4. février 1815, et à convenir sans perte de temps, par leurs ministres aux cours de Londres et de Paris, les mesures les plus efficaces pour obtenir l'abolition entière et définitive d'un commerce aussi odieux et aussi hautement réprouvé par les lois de la religion et de la nature.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot au traité de ce jour.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

Article séparé.

(*Signé avec la Russie seulement.*)

En exécution de l'article additionnel au traité du 30. mai S. M. T. C. s'engage à envoyer, sans délai, à Varsovie un plusieurs commissaires pour concourir, en Son nom, aux dits article, à l'examen et à la liquidation des prétentions réciproques de la France et du ci-devant duché de Varsovie, et à tous les arrangemens y relatifs.

S. M. T. C. reconnoit, à l'égard de S. M. l'Empereur de Russie, en Sa qualité de Roi de Pologne, la nullité de la constitution de Bayonne; bien entendu que cette disposition ne pourra

recevoir d'application que conformément aux principes établis dans les conventions désignées dans l'article IX. du traité de ce jour.

Le présent article séparé aura la même force et valeur s'il était inséré mot à mot au traité de ce jour. Il sera ratifié et les ratifications en seront échangées en même temps.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Richelieu.
(L. S.) Signé: Rasoumoffsky.
(L. S.) Signé: Capo d'Istria

a) Derselbe Vertrag ist zu Paris an demselben Tage unterzeichnet von:

Gross-Britannien und Frankreich,
Preussen und Frankreich,
Russland und Frankreich, und zwar:
entre la Grande-Bretagne et la France
pour la Grande-Bretagne, par

Le très honorable Stewart, Vicomte Castlereagh, Chevalier de l'ordre très-noble de la Jarretière, Conseiller de S. M. en Son conseil privé, Membre du Parlement, Colonel du régiment de milice de Londonderry, et Son principal Secrétaire d'état, ayant le département des affaires étrangères etc. etc.; et

Le très-illustre et très-noble Seigneur Arthur, Duc Marquis et Comte de Wellington, Marquis de Douro, Vicomte Wellington, de Talavera et de Wellington, et Baron Douro de Wellesley, Conseiller de Sa dite Majesté en Son conseil privé, Feldmaréchal de Ses armées, Colonel du régiment royal des gardes à cheval, Chevalier du très-noble ordre de la Jarretière, Chevalier Grand'-Croix du très-honorable ordre du Bain, Prince de Waterloo, Duc de Ciudad-Rodrigo, et Grand d'Espagne de la première classe, Duc de Vittoria, Marquis de Torres Vedras, Comte de Vimeira en Portugal, Chevalier de l'ordre très-illustre de la toison d'or, de l'ordre militaire d'Espagne de St. Ferdinand, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre impérial militaire de Marie Thérèse, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre impérial de St. Georges de Russie, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre de l'aigle noir de

Chevalier Grand'-Croix de l'ordre royal militaire de Suède de l'épée, Chevalier Grand'-Croix des ordres de l'éléphant de Danemarc, de Guillaume des Pays-Bas, de l'annonciade de Sardaigne, de Maximilien-Joseph de Bavière et de plusieurs autres; et Commandant en chef les armées Britanniques en France et celles de S. M. le Roi des Pays-Bas;

et pour la France, par

Le Sieur Armand Emanuel du Plessis-Richelieu, Duc de Richelieu, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, et des ordres de St. Alexandre-Newsky, St. Wladimir, de St. Georges de Russie, Pair de France, Premier Gentilhomme de la chambre de S. M. T. C., Son Ministre et Secrétaire d'état des affaires étrangères, Président du Conseil de Son ministère.

Entre la Prusse et la France:

pour S. M. le Roi de Prusse, par

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'état, Chevalier des grands ordres de l'aigle noir, de l'aigle rouge, de celui de St. Jean de Jérusalem et de la croix-de-fer de Prusse, de ceux de St. André, de St. Alexandre-Newsky, et de Ste. Anne de la première classe de Russie, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, Grand-Cordon de la Legion-d'honneur, Grand'-Croix de l'ordre de Charles III. d'Espagne, de l'ordre suprême de l'annonciade de Sardaigne, de celui de St. Hubert de Bavière, Chevalier de l'ordre des Séraphins de Suède, de celui de l'éléphant de Danemarc, de l'aigle noir de Wurtemberg et de plusieurs autres; et

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Ministre d'état de S. M., Son Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. I. et R. A., Chevalier du grand ordre de l'aigle rouge, et de celui de la croix-de-fer de Prusse; Grand'-Croix de l'ordre de Léopold d'Autriche, de l'ordre de Ste. Anne de Russie, de Dannebrog de Danemarc, Chevalier Grand'-Croix de celui de la couronne de Bavière, et de celui de la fidélité de Bade;

et pour la France, par

Le Sieur Armand Emanuel du Plessis-Richelieu, Duc de Richelieu etc.

Entre la Russie et la France:

pour S. M. l'Empereur de toutes les Russies; par

Le Sieur André, Prince de Rasoumoffsky, Son Conseiller privé actuel, Sénateur, Chevalier des ordres de St. André, de St. Alexandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wladimir de la première classe, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne de Hongrie, et de ceux de l'aigle noir et de l'aigle rouge de Prusse; et

Traité et conventions conclus à Paris le 20. novembre 1815, suivis du traité de 1814, imprimé conformément aux pièces qui ont paru officiellement et à mi-marge pour la commodité de ceux qui veulent faire des notes. Paris, 1816. 8.

Pièces relatives au dernier Traité des Puissances alliées avec la France. Francfort sur le Mein, 1816. 8.

F. Schoell recueil des pièces officielles etc. Tom. IX.

Ueber den zweiten Pariser Frieden und gegen Görres, in:

Fr. von Gentz Schriften. Th. II. S. 399.

Betrachtungen über den Pariser Frieden, (Gegen Görres im Rheinischen Merkur,) in den:

Ausgewählten Schriften von Friedrich von Gentz (Herausgegeben von W. Weick.) Bd. IV. S. 323—[illegible] (Stuttgart und Leipzig, 1838.)

J. L. Klüber, öffentliches Recht des teutschen Bundes etc. §§. 89. 91.

A. F. H. Schaumann, Geschichte des zweiten Pariser Friedens. Aus Actenstücken. Göttingen, 1844. 8.

H. C. Freih. v. Gagern, mein Antheil an der Politik. (6 Th. Stuttgart und Tübingen 1823—1845. 8.) V., der zweite Pariser Frieden: Erster Theil: der Hergang, zweiter Theil: Beilagen. (Auch unter dem besondern Titel: der zweite Pariser Frieden von H. C. Freiherrn v. Gagern. 1845.)

B. Conventions spéciales.

Convention conclue en conformité de l'Article IV. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative au paiement de l'indemnité pécuniaire à fournir par la France aux Puissances alliées *).

Le paiement auquel la France s'est engagée vis-à-vis des ssances alliées, à titre d'indemnité, par l'article IV. du traité ce jour, aura lieu dans la forme et aux époques déterminées les Articles suivans.

Article I.

Sept cents millions de francs.

La somme de sept cents millions de francs, montant de cette mnité, sera acquittée, jour par jour, par portions égales, le courant de cinq années, au moyen de bons au porteur le trésor royal de France, ainsi, qu'il va être dit.

Article II.

ze engagemens de quarante-six millions deux tiers de quatre mois en quatre mois.

Le trésor remettra d'abord aux Puissances alliées quinze gemens de quarante-six millions deux tiers, formant la e totale de sept cents millions, payables, le prémier le 31. 1816, le second le 31. juillet de la même année, et ainsi ite, de quatre mois en quatre mois, pendant les cinq années cessives.

Article III.

Echanges contre des bons.

Ces engagemens ne pourront être négociés, mais ils seront

échangés périodiquement contre des bons au porteur négociables, dressés dans la forme usitée pour le service ordinaire du trésor royal.

Article IV.

Division des bons.

Dans le mois qui précédera les quatre pendant lesquels l'engagement sera acquitté, cet engagement sera divisé par le trésor de France en bons au porteur, payables à Paris par portions égales, depuis le premier jusqu'au dernier jour des quatre mois.

Ainsi l'engagement de quarante six millions deux cent échéant le trente et un mars mil-huit-cent-seize, sera échangé au mois de novembre mil-huit-cent-quinze, contre des bons au porteur payables, par portions égales, depuis le 1. décembre 1815 jusqu'au 31. mars 1816. L'engagement de 46 millions cent tiers échéant le 31. juillet 1816, sera échangé, au mois de mars de la même année, contre des bons au porteur payables, par portions égales, depuis le 1. avril 1816 jusqu'au 31. juillet de la même année, et ainsi de suite de quatre mois en quatre mois.

Article V.

Coupures.

Il ne sera point délivré un seul bon au porteur pour l'échéance de chaque jour; mais cette échéance sera divisée en différentes coupures de mille, deux mille, cinq mille, dix mille, vingt mille francs, dont la réunion formera la somme totale du paiement de chaque jour.

Article VI.

Maximum en circulation.

Les Puissances alliées, convaincues qu'il est autant de leur intérêt que de celui de la France, qu'il ne soit pas émis simultanément une somme trop considérable de bons au porteur, reviennent qu'il n'y en aura jamais en circulation pour plus de cinquante millions de francs à la fois.

Article VII.

Sans intérêts.

Il ne sera payé par la France aucun intérêt pour le

dix années que les Puissances alliées lui accordent pour le paiement de sept cents millions.

Article VIII.

Rente remise en garantie.

Le premier janvier mil-huit-cent-seize il sera remis par la France aux Puissances alliées, à titre de garantie de la régularité des paiemens, une rente sur le grand livre de la dette publique de France, de la somme de sept millions de francs, au capital de cent quarante millions. Cette rente servira à suppléer, s'il y a lieu, à l'insuffisance des recouvremens du gouvernement français, à mettre, à la fin de chaque sémestre, les paiemens de niveau avec les échéances des bons au porteur, ainsi qu'il sera dit après.

Article IX.

Inscriptions et transcriptions.

Les rentes seront inscrites au nom des personnes que les Puissances alliées indiqueront; mais ces personnes ne pourront être dépositaires des inscriptions que dans le cas prévu à l'Article XI. ci-après. Les Puissances alliées se réservent en outre le droit de faire les transcriptions sous d'autres noms, aussi souvent elles le jugeront nécessaire.

Article X.

Leur dépôt.

Le dépôt de ces inscriptions se trouvera sous la garde d'un banquier nommé par les Puissances alliées et d'un autre nommé par le gouvernement français.

Article XI.

Commission mixte.

Il y aura une commission mixte composée de commissaires alliés et français, en nombre égal des deux côtés, qui examinera, de six mois en six mois, l'état des paiemens et réglera le bilan; les bons du trésor acquittés constateront les paiemens. Ceux qui n'auront pas encore été présentés au trésor de France, entreront dans les déterminations du bilan subséquent, ceux enfin qui seront restés, présentés et non payés, constateront l'arriéré et la somme

d'inscriptions à employer au taux du jour, pour couvrir le déficit. Dès que cette opération aura eu lieu, les bons non payés seront rendus aux commissaires français, et la commission mixte donnera des ordres aux caissiers pour la remise de la somme ainsi fixée, et les caissiers seront autorisés et obligés à la remettre aux commissaires des Puissances alliées, qui en disposeront d'après leur convenance.

Article XII.

Rente tenue complète.

La France s'engage à rétablir aussitôt, entre les mains des caissiers, une somme d'inscriptions égale à celle qui aurait été employée d'après l'article précédent, de manière à ce que la rente stipulée à l'Article VIII. soit toujours tenue au complet.

Article XIII.

Intérêts en cas de retard.

Il sera payé par la France un intérêt de cinq pour cent par année depuis le jour de l'échéance des bons au porteur, pour ceux de ces bons dont le paiement aurait été retardé par le fait de la France.

Article XIV.

Mode du paiement du 700e million.

Lorsque les six cents prémiers millions de francs auront été payés, les alliés, pour accélérer la libération entière de la France, accepteront, si cet arrangement convient au gouvernement français, la rente stipulée à l'Article VIII., au cours qu'elle aura à cette époque, jusqu'a concurrence de ce qui restera dû des sept cents millions. La France n'aura plus à fournir que la différence, s'il y a lieu.

Article XV.

Idem.

Si cet arrangement n'entrait pas dans les convenances de la France, les cent millions de francs qui resteraient dus, seront acquittés, ainsi qu'il est dit aux Articles II., III., IV. et V., après l'entier paiement des sept cents millions, l'inscription stipulée à l'Article VIII. serait remise à la France.

Article XVI.

Entretien de l'armée.

Le gouvernement français s'engage à exécuter, indépendamment de l'indemnité pécuniaire stipulée par la présente convention, tous les engagemens contractés par les conventions particulières conclues avec les différentes Puissances et leurs coalités, relativement à l'habillement et à l'équipement de leur armée, et à faire délivrer et payer exactement les bons et mandats desdites conventions, en tant qu'ils ne seraient pas encore réalisés à l'époque de la signature du traité principal et de la présente convention.

Fait à Paris, le 20. novembre, de l'an de grâce mil huit cent quinze [b]).

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

[a]) Vergl: Recueil des traités et Conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815 etc. (de l'imprimerie royale). p. 47.

[b]) Die andern Instrumente dieser und der folgenden Conventionen sind von denselben Bevollmächtigten gezeichnet, welche die respectiven Instrumente des Haupt-Vertrages vollzogen haben.

2. Convention conclue en conformité de l'Article V. du traité principal du 20. novembre [illegible] et relative à l'occupation d'une ligne milit[illegible] en France par une armée alliée *).

Article I.

Composition de l'armée de cent cinquante mille hommes.

La composition de l'armée de cent cinquante mille ho[illegible] qui, en vertu de l'Article V. de ce jour, doit occuper une [illegible] militaire le long des frontières de la France, la force et la n[illegible] de contingens à fournir par chaque Puissance, de même [illegible] choix des généraux qui commanderont ces troupes, seront d[illegible] minés par les Souverains alliés.

Article II.

Entretien.

Cette armée sera entretenue par le gouvernement fra[illegible] de la manière suivante:

Le logement, le chauffage, l'éclairage, les vivres [illegible] fourrages doivent être fournis en nature. Il est convenu [illegible] nombre total des rations ne pourra jamais être porté au d[illegible] deux cent mille pour hommes, et de cinquante mille pour che[illegible] et qu'elles seront délivrées suivant le tarif annexé à la pr[illegible] convention.

Quant à la solde, l'équipement, l'habillement et [illegible] objets accessoires, le gouvernement français subviendra [illegible] dépense moyennant le paiement d'une somme de cinquant[illegible] lions de francs par an payable en numéraire de mois en m[illegible] dater du 1. décembre 1815, entre les mains de commi[illegible] alliés. Cependant les Puissances alliées, pour concourir, [illegible] que possible, à tout ce qui peut satisfaire S. M. le Roi de [illegible] et soulager Ses sujets, consentent à ce qu'il ne soit payé [illegible]

la première année, que trente millions de francs sur la solde, sauf à être remboursées dans les années subséquentes de l'occupation.

Article III.

Entretien des fortifications.

La France se charge également de pourvoir à l'entretien des fortifications et bâtimens militaires et d'administration civile, ainsi qu'à l'armement et à l'approvisionnement des places qui, en vertu de l'Article V. du traité de ce jour, doivent rester à titre de dépôt, entre les mains des troupes alliées.

Ces divers services, pour lesquels on se réglera d'après les principes adoptés par l'administration française de la guerre, se feront sur la demande qui en sera adressée au gouvernement français par le commandant en chef des troupes alliées, avec lequel on conviendra d'un mode constater les besoins et les travaux propres à écarter toute difficulté, et à remplir le but de cette stipulation d'une manière qui satisfasse également aux intérêts des parties respectives.

Le gouvernement français prendra, pour assurer les différens services énoncés dans cet article et l'article précédent, les mesures qu'il jugera les plus efficaces, et se concertera, à cet égard, avec le général en chef des troupes alliées.

Article IV.

Ligne militaire. — Garnisons françaises.

Conformément à l'Article V. du traité principal, la ligne militaire que les troupes alliées doivent occuper, s'étendra le long des frontières qui séparent les départements du Pas-de-Calais, du Nord, des Ardennes, de la Meuse, de la Moselle, du Bas-Rhin et du Haut-Rhin, de l'intérieur de la France. Il est de plus convenu que ni les troupes alliées ni les troupes françaises n'occuperont (à moins que ce ne soit pour des raisons particulières et de commun accord), les territoires et districts ci-après nommés, savoir: dans le département de la Somme tout le pays au nord de cette rivière, depuis Ham jusqu'à son embouchure dans la mer; dans le département de l'Aisne, les districts de St. Quentin, Vervins et Laon; dans le département de la Marne, ceux de Reims, St. Ménéhould et Vitry; dans le département de la

Haute-Marne, ceux de St. Dizier et Joinville; dans le dépar-
ment de la Meurthe, ceux de Toul, Dieuze, Sarrebourg et
mont; dans le département des Vosges, ceux de St. Diez,
yères et Remiremont; le district de Lure dans le départemen
la Haute-Saône, et celui de St. Hypolite dans le départemen
Doubs.

Non-obstant l'occupation par les alliés de la portion d
ritoire fixée par le traité principal et la présente convention
M. T. C. pourra entretenir, dans les villes situées dans l
ritoire occupé, des garnisons, dont le nombre toute fois ne
sera pas ce qui est déterminé dans l'énumération suivante:

A Calais	1000 hom
- Gravelines	500
- Bergues	500
- Saint-Omer	1500
- Béthune	500
- Montreuil	500
- Hesdin	250
- Ardres	150
- Aires	500
- Arras	1000
- Boulogne	300
- Saint-Venant	300
- Lille	3000
- Dunkerque et ses forts	1000
- Douai et fort de Scarpe	1000
- Verdun	500
- Metz	3000
- Lauterbourg	200
- Weissembourg	150
- Lichtenberg	150
- Petit-Pierre	100
- Phalsbourg	600
- Strasbourg	3000
- Schletstadt	1000
- Neuf-Brisach et fort Mortier	1000
- Béfort	1000

Il est cependant bien entendu que le matériel du génie

l'artillerie, ainsi que les objets d'armement qui n'appartiennent pas proprement à ces places, en seront retirés et transportés à tels endroits que le gouvernement français jugera convenables ; pourvu que ces endroits se trouvent hors de la ligne occupée par les troupes alliées, et des districts où il est convenu de ne laisser aucunes troupes, soit alliées, soit françaises.

S'il parvenait à la connaissance du commandant en chef des armées alliées quelque contravention aux stipulations ci-dessus, il adresserait ses réclamations, à cet égard, au gouvernement français, qui s'engage à y faire droit.

Les places ci-dessus nommées étant en ce moment dépourvues de garnisons, le gouvernement français pourra y faire entrer, aussitôt qu'il le jugera convenable, le nombre de troupes qui vient d'être fixé, en prévenant toutefois d'avance le commandant en chef des troupes alliées, afin d'éviter toute difficulté et retard que les troupes françaises pourraient éprouver dans leur marche.

Article V.

Commandement militaire.

Le commandement militaire, dans toute l'étendue des départemens qui resteront occupées par les troupes alliées, appartiendra au général en chef de ces troupes : il est bien entendu cependant qu'il ne s'étendra pas aux places que les troupes françaises doivent occuper en vertu de l'article IV. de la présente convention, ni à un rayon de mille toises autour de ces places.

Article VI.

Administration civile.

L'administration civile, celle de la justice, et la perception des impositions et contributions de toute espèce, resteront entre les mains des agens de S. M. le Roi de France. Il en sera de même par rapport aux douanes. Elles resteront dans leur état actuel, et les commandans des troupes alliées n'apporteront aucun obstacle aux mesures prises par les employés de cette administration pour prévenir la fraude ; ils leur prêteront même, en cas de besoin, secours et assistance.

Article VII.

Certificat pour les habillemens.

Pour prévenir tout abus qui pourrait porter atteinte au m
tien des réglemens de douane, les effets d'habillement et d'é
pement et autres articles nécessaires, destinés aux troupes allié
ne pourront être introduits que munis d'un certificat d'orig
et à la suite d'une communication à faire, par les officiers c
mandans les différens corps, au général en chef de l'armée a
le quel à son tour en fera donner avis au gouvernement fran
qui donnera des ordres en consequence aux employés de l'a
nistration des douanes.

Article VIII.

Gendarmerie.

Le service de la gendarmerie étant reconnu nécessair
maintien de l'ordre et de la tranquillité publique, continue
avoir lieu, comme par le passé, dans les pays occupées p
troupes alliées.

Article IX.

*Evacuation du territoire français. — Remise des places
alliés.*

Les troupes alliées, à l'exception de celles qui doivent for
l'armée d'occupation, évacueront le territoire de France en v
et un jours après celui de la signature du traité principal.
territoires qui, d'après ce traité, doivent être cédés aux a
ainsi que les places de Landau et Sarrelouis, seront remis,
les autorités et les troupes françaises, dans le terme de dix j
à dater de la signature du traité.

Ces places seront remises dans l'état où elles se trouv
le 20. septembre dernier. Des commissaires seront nomm
part et d'autre pour vérifier et constater cet état, et pour d
et recevoir respectivement l'artillerie, les munitions de g
plans, modèles et archives appartenant tant aux dites
qu'aux différens districts cédés par la France selon le tra
ce jour.

Des commissaires seront également nommés pour exa
et constater l'état des places occupées encore par les t

françaises, et qui, d'après l'article V. du traité principal, doivent être tenues en dépôt, pendant un certain temps, par les alliés. Ces places seront de même remises aux troupes alliées dans le terme de dix jours, à dater de la signature du traité.

Il sera nommé aussi des commissaires d'une part par le gouvernement français, de l'autre par le général commandant en chef les troupes alliées destinées à rester en France; enfin, par le général commandant les troupes alliées qui se trouvent aujourd'hui en possession des places d'Avesnes, Landrecies, Maubeuge, Rocroi, Givet, Montmédy, Longwy, Mézières et Sedan, pour vérifier et constater l'état de ces places et des munitions de guerre, cartes, plans, modèles etc., qu'elles contiendront, au moment qui sera considéré comme celui de l'occupation en vertu du traité.

Les Puissances alliées s'engagent à remettre, à la fin de l'occupation temporaire, toutes les places nommées dans l'article 5 du traité principal, dans l'état où elles se seront trouvées à l'époque de cette occupation; sauf toutefois les dommages causés par le temps, et que le gouvernement français n'aurait pas prévenus par les réparations nécessaires.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.)	Signé:	Metternich.
(L. S.)	Signé:	Wessenberg.
(L. S.)	Signé:	Richelieu.

Article additionnel à la convention militaire.

Les hautes Parties contractantes étant convenues par l'article 5 du traité de ce jour, de faire occuper pendant un certain temps, par une armée alliée, des positions militaires en France, et désirant de prévenir tout ce que pourrait compromettre l'ordre et la discipline qu'il importe très particulièrement de maintenir dans cette armée, il est arrêté par le présent article additionnel, que tout Déserteur qui de l'un ou de l'autre des corps de ladite armée passerait du côté de la France, sera immédiatement arrêté par les autorités françaises et remis au commandant le plus voisin des troupes alliées, de même que tout Déserteur des troupes françaises qui passerait du côté de l'armée alliée, sera immédiatement remis au commandant français le plus voisin.

Les dispositions du présent article s'appliqueront également aux Déserteurs de côté et d'autre qui auraient quitté leurs drapeaux avant la signature du traité, lesquels seront, sans aucun délai, restitués et délivrés aux corps respectifs auxquels ils appartiennent.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il etait inséré mot à mot dans la convention militaire de ce jour.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé les cachets de leurs armes.

Fait à Paris le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.)	Signé:	Metternich.
(L. S.)	Signé:	Wessenberg.
(L. S.)	Signé:	Richelieu.

z) Vergl: Recueil des traités et Conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815 etc. (de l'imprimerie royale). p. 51.

Tarif annexé à la Convention relative à l'occupation d'une ligne militaire en France par une armée alliée *).

I. Vivres, Fourrages, Logement, Chauffage.

Portion ordinaire du Soldat.

Deux livres, poids de marc, de pain de méteil ou une et deux tiers de farine, ou une et un sixième de biscuit.

Un quatrième de livre de gruau; ou trois seizièmes de riz; une demilivre de farine fine de froment, de pois ou lentilles; une demi-livre de pommes de terre, carottes, navets et autres légumes frais.

Une demi-livre de viande fraiche, ou un quart de lard.

Un dixième de litre d'eau de vie, ou la moitié d'un litre de vin, ou un litre de bierre.

Un trentième de livre de sel.

1) Dans le cas où les troupes seraient logées chez les habitans, elles auraient place au feu et à la chandelle. Dans les casernes le bois de chauffage et de cuisine, et l'éclairage des chambres et corridors seront fournis d'après les localités, conformément au besoin; il en sera de même pour les corps de garde.

2) Les surrogats ne se donneront pas au gré de la troupe, mais d'après les circonstances. On tâchera de varier les denrées selon les saisons, en se tenant autant que possible aux légumes du pays. Le lard ne se donnera que d'un commun accord avec la troupe.

3) La farine, pour le pain, ne sera fournie à la troupe que de son gré, et l'on y ajoutera le bois et les fours nécessaires pour cuire le pain. Le biscuit se donnera seulement en cas de marche ou d'urgence, ou pour compléter la provision de réserve de dix jours dont les troupes doivent être pourvues dans leurs ambulances. Ce complément se donnera outre l'approvisionnement

journalier. Du reste, pour assurer l'exactitude de l'approvisionnement, il est entendu que, dans le délai de deux mois, on montera les magasins de telle sorte, qu'à l'exception de la viande, il y ait toujours pour quinze jours une réserve de vivres et fourrages sous l'inspection des gardes-magasins français. Les administrations des corps d'armée auront le droit d'examiner cette réserve quand il leur paroîtra nécessaire.

4) La viande se livrera abattue, sans y comprendre les têtes, pieds, poumons, foie et autres intestins. Si, du gré de la troupe, on préfère de donner le bétail sur pied, le poids en sera fixé d'après une juste estimation, en y comprenant la tête, le suif et tout ce qui est mangeable. Dans ce cas, la peau restera à la troupe.

5) En marche, et dans autres occasions où le soldat sera nourri par étape le même tarif servira de base. Alors le soldat recevra sa portion, ou un équivalent suffisant, préparé et réparti sur ses deux repas, et le matin une partie du pain avec sa portion d'eau de vie.

6) Les reçus seront donnés par les régimens, compagnies et détachemens par portions et rations, et seront revus et vérifiés à chaque corps d'armée, par une commission mixte, dont les frais de bureau seront réglés et payés par le gouvernement français.

7) La troupe de plusieurs de ces armées étant accoutumée au tabac à fumer, et les soldats n'étant pas en état de l'acheter aux prix très-hauts qui existent en France, il est convenu que les régimens, compagnies et détachemens pourront demander, par mois, un demi-kilogramme de tabac pour chaque homme présent, en payant soixante centimes le demi-kilogramme de tabac de la qualité inférieure, mais fraîche, qui se vend dans les magasins. Pour éviter, à cette occasion, toute contrebande on donnera aux régimens des livrets, où seront notées les quantités de tabac délivrées.

Portion d'Officier.

Deux livres de pain blanc.
Un quart de gruau fin ou surrogats.
Deux livres de viande.
Une portion de liqueur de bonne qualité.

Deux chandelles de suif, dont huit à la livre.

Pour éviter différens inconvéniens, il est à désirer que cette partie de la portion soit évaluée pour tous les corps d'armée en argent et à un prix moyen par jour, et qu'elle se donne toujours en argent.

En outre

Un quinzième de stère de bois dur de chauffage, ou, d'après les localités, du bois léger, de la houille ou de la tourbe, suivant les portions fixées dans les réglemens français.

Cette partie de la portion se donnera toujours en nature, excepté pendant les marches.

La ration d'été sera la moitié, et on comptera six mois d'hiver.

Dans les provinces où on brûle généralement du charbon de terre, la commutation entre bois et charbon se fera, tant pour officier que pour soldat, d'après le tarif de communication des divers articles en usage dans l'armée française.

En outre, le logement avec les lits.

Les portions d'officiers et le logement seront donnés d'après le tableau suivant :

Désignation des Grades.	Nombre des Portions de Bouche.	Nombre des Portions de Chauffage.	Nombre des Chambres d'une grandeur convenable	Nombre d'emplacemens pour les Domestiques.	Observations
Officiers subalternes jusques et compris les Capitaines d'infanterie et de cavalerie, et Capitaines en second	1	1	1	1 à 2	
Capitaines	2	2	2	3	
Majors, Lieutenants-Colonels	3	3	3	3	S'ils commandent un régiment, une portion de bouche, une chambre, une portion de bois, un emplacement de domestique de plus.
Colonels	4	3	3	4	
Adjudans-Majors Lieutenants-Généraux	5	3	3	4	
Maréchaux-de-Camp	7	4	4	5	S'ils commandent une division ou sont attachés à l'état-major, ils reçoivent en tout une portion de plus.
Lieutenans-Généraux de cavalerie ou d'infanterie, ou Commandant un corps d'armée.	9	5	5	7	
	12				Les Généraux en Chef et Commandans des Corps habiteront des hôtels convenables, qui seront chauffés au besoin.

1) Les domestiques recevront la portion de soldat, mais d'après l'état effectif de présence, et pas au delà du nombre déterminée pour chaque armée.

2) Les employés dans les administrations et les officiers de santé seront, d'après leurs grades, assimilés en tout aux militaires.

3) En cas de nécessité, sur tout en marche, on se contentera d'un moindre nombre de chambres. Dans les casernes, les quartiers seront réglés d'après les circonstances, et concertement avec Messieurs les Commandans.

Fourrages.

Ration légère.

Avoine, cinq-huitièmes de boisseau de Paris.
Foin, dix livres.
Paille, trois livres.

Ration pesante.

Avoine, un boisseau de Paris.
Foin, dix livres.
Paille, trois livres.

1) Les rations pesantes se donneront aux chevaux de [illegible] des officiers, aux chevaux de la cavalerie régulière, tant pesante que légère; aux chevaux de l'artillerie qui menent les canons, les caissons qui y appartiennent. Tous les autres, ainsi que les chevaux de Cosaques, auront la ration légère, excepté le cas où d'après les réglemens particuliers d'une armée, il se trouverait encore des équipages qui dûssent recevoir la ration pesante. Dans les marchés ou déplacemens qui dureraient plus de quatre jours, tous les chevaux en marche auront la ration pesante.

2) En cas de nécessité, les fourrages pourront être remplacés en comptant 6 rations d'orge, et en cas d'extrême disette 6 de seigle, au lieu de 8 rations d'avoine, et une demi-ration légère d'avoine pour 5 livres de foin. Ce dernier surrogat ne peut être demandé de droit par les troupes dont la ration de foin est ordinairement moindre de 10 livres, et celle d'avoine plus forte.

3) La paille sera fournie des magasins aux écuries des places, et le fumier restera à la troupe, qui l'enlevera elle même; chez l'habitant, celui-ci fournira la paille d'après le tarif et profitera du fumier.

4) Les écuries seront assignées aux régimens et compagnies d'après l'effectif des chevaux en y joignant l'éclairage et l'emplacement pour la garde, les bagages et les fourrages.

5) Les fourrages, pour les officiers de différens grades, seront délivrés à chaque troupe d'après les états de son organisation, tels qu'ils existaient avant ce tarif. On les délivrera d'après ces tableaux, sans aucune déduction. Les écuries pour les officiers seront également assignées d'après l'effectif, avec emplacement pour les bagages et les fourrages; mais sans éclairage. On comptera par cheval, 4 pieds en largeur, et 8 pieds en longueur.

Note générale.

Les troupes ne pourront rien demander au delà de ce tarif, seront obligées d'acheter à leurs frais les objets qui n'y sont pas compris, tels que savon, beurre, craie, terre de pipe etc. Les corps arrangeront, à leurs frais, les corps de gardes et les prisons.

II. Hôpitaux.

Les hôpitaux en général seront administrés par les autorités françaises d'après l'ordre établi; mais quant à l'entretien des malades, on se conformera aux réglemens publiés par chaque puissance lors de son entrée en France. Tous les articles nécessaires, médicamens y compris, seront fournis aux frais du gouvernement français. On ne fournira cependant rien par les hôpitaux aux régimens, excepté l'emplacement et les portions ordinaires que les régimens demanderont comme pour les autres militaires présens. Chaque corps d'armée délèguera à chaque hôpital destiné aux malades, les médecins et commissaires nécessaires pour en surveiller le bon traitement. On ne pourra refuser d'admettre les officiers qui seront envoyés aux hôpitaux; ceux-ci seront établis à des distances convenables.

III. Charrois.

Lorsque les corps seront en mouvement, le gouvernement français fournira les moyens de transport sur la demande du commandant en chef. Il en sera de même pour le transport des malades. On fournira aussi les relais nécessaires pour les com-

munications entre les différentes parties d'un corps d'armée; m
on observera, à cet égard, beaucoup de réserve. Pour ce
concerne les convois d'effets militaires qui arrivent à la fro
des pays hors des frontières de France, le transport ne devra
faire par les relais du pays que jusqu'au prémier février 18
et seulement pour des quantités modérées.

IV. Postes.

Toutes les lettres qui concernent le service intérieu
corps et la correspondance avec les autorités françaises e
seront munies de contre-seing officiel, seront reçues aux p
ordinaires et transmises sans paiement. Quant aux estafet
la correspondance particulière des militairs, on les payera su
la taxe ordinaire. Les courriers et voyageurs, militaires ou
payeront exactement les chevaux de poste.

V. Douanes.

Les effets destinés pour l'habillement de ces troupes jo
de là libre entrée, moyennant des certificats valables. Les
taires qui rejoindront les corps ou quitteront la France,
libres de tous payemens aux douanes pour tout ce qui sert
propre usage ou à celui de la troupe.

Arrêté et signé à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

a) Vergl: Recueil des traités et conventions e
France et les Puissances alliées en 1814 et 1815
l'imprimerie royale). p. 58..

Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité du 20. novembre 1815, et relative à l'examen et à la liquidation des réclamations des sujets de S. M. Britannique envers le Gouvernement Français [a]).

Article I.

Confiscations contraires au traité de 1786.

Les sujets de S. M. Britannique porteurs de créances sur le gouvernement français, lesquels, en contravention à l'article II. du traité de commerce de 1786, et depuis le 1. janvier 1793, ont été atteints, à cet égard, par les effets de la confiscation ou du séquestre décrétés en France, seront, conformément à l'article additionnel du traité de Paris de 1814, eux, leurs héritiers ou ayant cause, sujets de S. M. Britannique, indemnisés et payés, pour que leurs créances auront été réconnues légitimes et que le montant en aura été fixé, suivant les formes et sous les conditions stipulées ci-après.

Article II.

Rentes perpétuelles.

Les sujets de S. M. Britannique, possesseurs de rentes perpétuelles sur le gouvernement français, et qui depuis le 1. janvier 1793, ont été atteints à cet égard par les effets de la confiscation ou séquestre décrétés en France, seront, eux, leurs héritiers ou ayans cause, sujets de S. M. Britannique, inscrits sur le grand-livre de la dette consolidée de France, pour la même somme de rentes dont ils jouissaient avant les lois et décrets de séquestre ou confiscation susmentionnés.

Dans le cas où les édits constitutifs des rentes mentionnées ci-dessus auraient ajouté des conditions utiles ou des chances favorables, il en sera tenu compte aux créanciers, et une aug-

mentation fondée sur une juste évaluation de ces avantages s
pliquera au montant de la rente à inscrire.

Les nouvelles inscriptions seront fournies avec jouiss
du 22. mars 1816.

Sont exceptés des dispositions mentionnées ci-dessus, c
desdits sujets de S. M. Britannique qui, en recevant leurs re
au tiers, après le 30. septembre 1797, se sont soumis eux-m
aux lois existantes sur cette matière.

Article III.

Rentes viagères.

Seront également inscrits sur le grand-livre de la dette
gère de France ceux des sujets de S. M. Britannique, ou
héritiers ou ayans cause, sujets de S. M. Britannique, p
seurs de rentes viagères sur le gouvernement français, av
décrets qui en ont ordonné la confiscation ou le séquestre,
la même somme de rentes viagères dont ils jouissaient en
Sont exceptés ceux desdits sujets de S. M. Britannique q
innové, en reçevant leurs rentes au tiers et se soumettant
eux mêmes aux lois existantes sur cette matière.

Les nouvelles inscriptions seront fournies avec jou
du 22. mars 1816.

Avant que ces nouvelles inscriptions puissent être dé
les réclamans seront tenus à produire des certificats sc
formes prescrites, constatant que les personnes sur la t
quelles leurs rentes viagères avaient été prises, sont enc
vie. Quant à ceux des susdits sujets de S. M. Britanniq
les rentes viagères portaient sur des personnes qui ne so
en vie, ils seront tenus à produire des extraits mortuaires
les formes prescrites, constatant les époques des décès, et
ce cas, les rentes seront payées jusqu'à ces époques.

Article IV.

Arrérages.

Les arrérages liquidés et reconnus des rentes viag
perpétuelles qui seront dûs jusqu'au 22. mars prochain in
ment, sauf les cas d'exception spécifiés aux articles II. e
seront inscrits sur le grand-livre de la dette publique de

taux qui résultera du terme moyen entre le pair et le cours la place au jour de la signature du présent traité ; les inscrip- seront fournies avec jouissance du 22. mars 1816 inclu- ment.

Article V.

Propriétés immobilières.

Pour régler la somme principale qui sera due relativement propriétés immobilières qui appartenaient à des sujets de S. Britannique, à leurs héritiers ou ayans-cause, également de S. M. Britannique, et qui ont été séquestrées, confis- et vendues, on procédera de la manière suivante :

Lesdits sujets de S. M. Britannique auront à produire : acte d'achat constatant qu'ils étaient propriétaires ; 2) les prouvant le fait du séquestre et de la confiscation sur leur ou sur celle de leurs devanciers ou cédans, sujets de S. M. nique. On admettra toutefois, au défaut de preuves écrites, circonstances dans lesquelles les confiscations et séquestres lieu, et celles qui sont survenues depuis, telle autre preuve les commissaires de liquidation, dont il sera parlé plus bas, ont suffisante pour les remplacer.

Le gouvernement français s'engagera, en outre, à faciliter de les manières la production des titres et preuves servant à ier les réclamations auxquelles se rapporte le présent ; et les commissaires seront autorisés à faire toutes les ches qu'ils jugeront nécessaires pour parvenir à la connois- ou obtenir la production de ces titres et preuves. Ils pour- en cas de besoin, interroger, sous serment, les employés reaux qui se trouveraient en état de les indiquer ou de les r.

La valeur desdites propriétés immobilières sera déterminée ée sur la remise de l'extrait de la matrice des rôles de la ution foncière pour l'année 1791, et sur le pied de 20 fois nu mentionné dans lesdits rôles.

Si les matrices n'existaient plus, et que les extraits ne pus- pas être fournis, les réclamans pourront être autorisés à de telles autres preuves qui seraient aggréées par la commis- de liquidation mentionnée dans les articles ci-après.

Le capital, ainsi liquidé et reconnu, sera inscrit sur le

grand-livre de la dette publique de France, au même taux qui a été fixé par l'article IV. pour l'inscription des arrérages des rentes, et les inscriptions seront fournies avec jouissance du 22. mars prochain inclusivement.

Les arrérages dûs sur le dit capital, depuis l'époque de la séquestre, seront calculés à raison de quatre pour cent par an, sans retenue, et le montant total de ces arrérages, jusqu'au 22. mars prochain exclusivement, sera inscrit sur le grand-livre de la dette publique de France, au taux sus-mentionné, et avec jouissance du 22. mars prochain inclusivement.

Article VI.

Propriétés mobilières.

Pour régler la somme principale, ainsi que les arrérages qui seront dûs à ceux des sujets de S. M. Britannique dont les propriétés mobilières en France ont été confisquées, séquestrées et vendues, ou à leurs héritiers ou ayans-cause, sujets de S. M. Britannique, on procédera de la manière suivante:

Les réclamans auront à produire: 1) le procès-verbal d'inventaire des effets mobiliers saisis ou séquestrés; 2) le procès-verbal de vente desdits effets, ou, au défaut de preuves de cette nature, telle autre preuve que les commissaires réspectifs des deux cours jugeront suffisante pour les remplacer. D'après le mode établi dans l'article précédent, le gouvernement français s'engage à cet égard, aux mêmes facilités, et les commissaires seront autorisés aux mêmes recherches et démarches qui ont été stipulées pour les propriétés immobilières dans l'article précédent.

On déterminera aussi le montant des créances provenant de saisies et ventes de mobiliers, en ayant toutefois égard aux époques où le papier-monnaie était en circulation, et à l'appréciation fictive du prix qui en est résultée.

Le capital liquidé et reconnu sera inscrit sur le grand-livre de la dette publique de France, au même taux qui a été fixé par les articles précédens, et les inscriptions seront fournies avec jouissance du 22. mars prochain inclusivement.

Les arrérages liquidés et reconnus dûs sur ledit capital, depuis l'époque où le réclamant a été privé de la jouissance du mobilier, seront calculés à raison de trois pour cent par an

tienne, et le montant total desdits arrérages jusqu'au 22. mars prochain exclusivement, sera inscrit sur le grand-livre de la dette publique de France, au taux susmentionné, et avec jouissance du 22. mars prochain inclusivement.

Ne seront point admis à la liquidation et aux paiemens mentionnés dans le présent article, les vaisseaux, navires, cargaisons et autres effets mobiliers qui auroient été saisis et confisqués, au profit de la France, soit au profit des sujets de S. M. B. C., par suite des lois de la guerre et des lois prohibitives.

Article VII.

Emprunts.

Les créances des sujets de S. M. Britannique, provenant de différens emprunts faits par le gouvernement français, ou hypothèques sur des biens séquestrés, saisis et vendus par ledit gouvernement, ou toute autre créance non comprise dans les articles précédens et qui serait admissible d'après les termes de l'article IV. additionnel du traité de Paris de 1814 et de la présente convention, seront liquidées et fixées en suivant, relativement à chacune d'elles, les modes d'admission, de vérification et liquidation qui seront relatifs à leurs natures, et qui seront précisés et réglés par la commission mixte dont il sera parlé dans les articles suivans, d'après les principes mentionnés aux articles ci-dessus.

Ces créances ainsi liquidées seront payées en inscriptions de grand-livre au taux susmentionné, et les inscriptions seront délivrées avec jouissance du 22. mars prochain inclusivement.

Dans le cas où les édits constitutifs des créances mentionnées ci-dessus auraient assuré aux créanciers le remboursement des capitaux, et autres conditions utiles ou chances favorables, il sera tenu compte aux créanciers, comme il est ci-dessus stipulé dans l'article II.

Article VIII.

Division des inscriptions.

Le montant des inscriptions revenant à chaque créancier pour ses créances liquidées et reconnues, sera partagé par les commissaires dépositaires en cinq portions égales, dont la première sera délivrée immédiatement après la liquidation faite,

la seconde trois mois après, et ainsi de suite pour les sui
de trois mois en trois mois.

Néanmoins les créanciers récevront les intérêts de l
créances totales liquidées et reconnues, à dater du 22. mars
inclusivement, aussitôt que les réclamations respectives a
été reconnues et admises.

Article IX.

Fonds de garantie.

Il sera inscrit comme fonds de garantie, sur le grand
de la dette publique de France, un capital de 3 millions 50
francs de rente, avec jouissance du 22. mars 1816, au n
deux ou de quatre commissaires, moitié anglais, moitié fr
choisis par leurs gouvernemens respectifs. Ces commi
reçevront lesdites rentes, à dater du 22. mars 1816, de s
en semestre; ils en seront dépositaires, sans pouvoir le
cier, et ils seront tenus, en outre, à en placer le montan
les fonds publics, et à en percevoir l'intérêt accumulé et co
au profit des créanciers.

Dans le cas où les trois millions cinq cent mille fr
rente seraient insuffisans, il sera délivré aux dits comm
des inscriptions pour plus fortes sommes, et jusqu'à conc
de celles qui seront nécessaires pour payer toutes les dett
tionnées dans le présent acte. Ces inscriptions additio
s'il y a lieu, seront délivrées avec jouissance des mêmes é
que les trois millions cinq cent mille francs ci-dessus stipu
administrés par les commissaires, d'après les mêmes pri
en sorte que les créances qui resteront à solder seront ac
avec la même proportion d'intérêt accumulé et composé
fonds de garantie avait été suffisant dès le commencem
lorsque tous les paiemens dûs aux créanciers auront été c
le surplus des rentes non assignées, avec la proportion
accumulé et composé qui leur appartiendra, sera rendu
a lieu, à la disposition du gouvernement français.

Article X.

Certificats à délivrer.

A mesure que les liquidations seront faites et que les

ront reconnues, avec distinction des sommes représentant les leurs capitales et des sommes provenant des arrérages ou intéts, la commission de liquidation dont il sera parlé aux articles sui-ns, délivrera aux créanciers reconnus deux certificats pour valoir cription, avec jouissance du 22. mars 1816 inclusivement; n des certificats relatif au capital de la créance, et l'autre latif aux arrérages ou intérêts liquidés jusqu'au 22. mars 1816 clusivement.

Article XI.

Visas.

Les certificats mentionnés ci-dessus seront remis aux com-saires dépositaires des rentes, qui les viseront afin qu'ils nt inscrits immédiatement sur le grand-livre de la dette publi-de France, au débit de leur dépôt, et au crédit des nouveaux nciers reconnus et porteurs desdits certificats, en ayant soin distinguer les rentes perpétuelles des rentes viagères; et les-créanciers seront autorisés, dès le jour de la liquidation ditive de leurs créances, à reçevoir, de la part desdits com-aires, les rentes qui leur sont dues, avec les intérêts accu-s et composés, s'il y a lieu, à leur profit, et avec une por-du capital qui aura été payé, d'après ce qui a été réglé par rticles précédans.

Article XII.

Délai pour les réclamations.

Un nouveau délai sera accordé, après la signature de la nte convention, aux sujets de S. M. Britannique, formant prétentions sur le gouvernement français, pour des objets és dans le présent acte, à l'effet de faire leurs réclamations produire leurs titres. Ce délai sera de trois mois pour les nciers qui sont résidens en Europe, de six mois pour ceux sont dans les colonies occidentales, et de douze mois pour x qui sont dans les Indes orientales, ou dans autres pays ement éloignés.

Après ces époques, lesdits sujets de S. M. Britannique ne ont plus admissibles à la présente liquidation.

Article XIII.

Commission.

A l'effet de procéder aux liquidations et reconnoissance créances mentionnés aux articles précédens, il sera formé commission composée de deux français et deux anglais, seront désignés et nommés par leurs gouvernemens respecti

Ces commissaires, après avoir reconnu et admis les procéderont, d'après les bases indiquées, à la reconnois liquidation et fixation des sommes qui seront dues à c créancier.

A mesure que ces créances auront été reconnues et ils délivreront aux créanciers les deux certificats mentionn l'article X., l'un pour le capital, l'autre pour leurs intérêt

Article XIV.

Surarbitres.

Il sera nommé en même temps une commission de surarb composée de quatre membres, dont deux seront nommés gouvernement britannique et deux par le gouvernement fr

S'il y a nécessité d'appeler les surarbitres pour v partage, les quatre noms des surarbitres français et anglais mis dans une urne; et le nom de celui des quatre qui s sera le surarbitre de l'affaire spéciale sur laquelle il y a partage.

Chacun des commissaires-liquidateurs prendra à so dans l'urne le billet qui désignera le surarbitre.

Il sera dressé procès-verbal de cette opération et ce verbal sera joint à celui qui sera dressé pour la liquid fixation de cette créance spéciale.

S'il survient une vacance, soit dans la commission d dation, soit dans celle des surarbitres, le gouverne devra pourvoir à la nomination d'un nouveau membre, pr à cette nomination sans aucun délai, afin que les deux c sions restent toujours complètes, autant que faire se peut.

Si l'un des commissaires-liquidateurs est absent, pendant son absence, remplacé par un des surarbitres d nation; et comme, dans ce cas, il ne resterait qu'un s

de cette nation, les deux surarbitres de l'autre nation seront de même réduits à un par la voie du sort.

Et si l'un des surarbitres était dans le cas de s'absenter, la même opération aurait lieu pour réduire à un des deux surarbitres de l'autre nation. Il est généralement entendu que, pour obvier à tout retard dans l'opération, la liquidation et l'adjudication ne seront pas suspendues, pourvu qu'il se trouve présent et en activité un commissaire et un surarbitre de chaque nation, conservant en tout cas le principe de la parité entre les commissaires et les surarbitres des deux nations, et de la rétablir au besoin par la voie du sort. Dans le cas où l'une ou l'autre des puissances contractantes aurait à procéder à la nomination de nouveaux commissaires-liquidateurs, dépositaires ou surarbitres, lesdits commissaires seront tenus, avant de procéder, de prêter le serment, et dans les formes qui sont indiquées dans l'article suivant.

Article XV.

Serment des commissaires.

Les commissaires-liquidateurs, les commissaires-dépositaires et les surarbitres prêteront en même temps serment entre les mains de M. le garde des sceaux de France en présence de M. l'ambassadeur de S. M. Britannique, de bien et fidèlement procéder, d'avoir aucune préférence ni pour le créancier ni pour le débiteur, et d'agir dans tous leurs actes d'après les stipulations du traité de Paris du 30. mai 1814, des traités et conventions avec la France signés aujourd'hui, et notamment d'après celles du présent acte.

Les commissaires-liquidateurs, ainsi que les surarbitres, sont autorisés, toutes les fois qu'ils le jugeront nécessaire, à appeler des témoins et à les interroger sous serment, dans les formes prescrites, sur tous les points relatifs aux différentes réclamations qui sont l'objet de cette convention.

Article XVI.

Rétrocession des colonies françaises.

Après que les 3 millions 500,000 francs de rente mentionnés dans l'article 9. auront été inscrits au nom des commissaires-dépositaires, et à la première demande du gouvernement français,

S. M. Britannique donnera les ordres nécessaires pour effectuer la rétrocession des colonies françaises, telle qu'elle a été stipulée par le traité de Paris, du 30. mai 1814, y compris la Martinique et la Guadeloupe qui ont été occupées depuis par les forces britanniques. L'inscription mentionnée ci-dessus aura lieu d'ici au 1. janvier prochain, au plus tard.

Article XVII.

Prisonniers de guerre.

Les prisonniers de guerre, officiers et soldats de terre et de mer, ou de quelque qualité que ce soit, faits pendant les hostilités qui viennent de cesser, seront de part et d'autre renvoyés immédiatement dans leurs pays respectifs, sous les mêmes conditions qui se trouvent consignées dans la convention du 23. août et dans le traité du 30. mai 1814, et le gouvernement britannique renonce à toute somme ou droit quelconque qui pourrait revenir pour tout le surplus de l'entretien desdits prisonniers de guerre, mais toujours sous la condition spécifiée dans l'article additionnel du traité de Paris du 30. mai 1814.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Castlereagh.
(L. S.) Signé: Wellington.
(L. S.) Signé: Richelieu.

Article additionnel.

Marchandises introduites à Bordeaux.

Les réclamations des sujets de S. M. Britannique fondées sur la décision de S. M. T. C. relativement aux marchandises anglaises introduites à Bordeaux par suite du tarif des douanes publié dans la dite ville par S. A. R. Mgr. le Duc d'Angoulême le 24. mars 1814, seront liquidées et payées d'après les principes et le but indiqués dans cette décision de S. M. T. C.

La commission créée par l'article XIII. de la convention de ce jour, est chargée de procéder immédiatement à la liquidation de ladite créance et à la fixation des époques du paiement en argent effectif.

La décision qui sera rendue par les commissaires, sera exécutée, immédiatement selon la forme et teneur.

Le présent article additionnel aura la même force et valeur que s'il était inséré mot à mot dans la convention de ce jour, relative à l'examen et à la liquidation des réclamations des sujets de S. M. Britannique envers le gouvernement français.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.)	Signé:	Castlereagh.
(L. S.)	Signé:	Wellington.
(L. S.)	Signé:	Richelieu.

a) Vergl: Recueil des Traités et Conventions entre la France et les Puissances alliées, en 1814 et 1815 etc. (de l'imprimerie royale). p. 83.

4. Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité principal du 20. novem 1815, et relative à l'examen et à la liquidati des réclamations à la charge du Gouv nement Français *).

Pour applanir les difficultés qui se sont élevées sur l'ex tion de divers articles du traité de Paris du 30. mai 181 notamment sur ceux relatifs aux réclamations des sujets Puissances alliées, les hautes Parties contractantes désirant promptement jouir Leurs sujets respectifs des droits qu articles leur assurent, et prévenir en même temps, autan possible, toute contestation qui pourroit s'élever sur le s quelques dispositions dudit traité sont convenues des ar suivans:

Article I.

Réclamations admissibles.

Le traité de Paris du 30. mai 1814, étant confirmé par ticle 11. du traité principal auquel la présente convent annexée, cette confirmation s'étend nommément aux article 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 30 et 31 dudit traité, autant q stipulations renfermées dans ces articles n'ont pas été ch ou modifiées par le présent acte, et il est expressément co que les explications et les développemens que les hautes P contractantes ont jugé à propos de leur donner par les ar suivans, ne préjudicieront en rien aux réclamations de autre nature, qui seroient autorisées par le dit traité, s spécialement rappelées par la présente convention.

Article II.

Liquidation et ses objets.

En conformité de cette disposition, S. M. T. C. promet de faire liquider dans les formes ci-après indiquées, toutes les sommes que la France se trouve devoir dans les pays hors de son territoire, tel qu'il est constitué par le traité auquel la présente convention est annexée, en vertu de l'article 19. du traité de Paris du 30. mai 1814, soit à des individus, soit à des communes, soit à des établissemens particuliers dont les revenus ne sont pas à la disposition des gouvernemens.

Cette liquidation s'étendra spécialement sur les réclamations privantes:

Fournitures.

1) Sur celles qui concernent les fournitures et prestations tout genre faites par des communes ou des individus, et en néral par tout autre que les gouvernemens, en vertu de con- ts ou de dispositions émanées des autorités administratives çaises renfermant promesse de payement; que ces fournitures prestations aient été effectuées dans et pour les magasins mili- res en général, ou pour l'approvisionnement des villes et places particulier, ou enfin aux armées françaises, ou à des déta- mens de troupes, ou à la gendarmerie, ou aux administrations çaises, ou aux hôpitaux militaires, ou enfin pour un service blic quelconque.

Ces livraisons et prestations seront justifiées par les reçus gardes-magasins, officiers civils ou militaires, commissaires, s ou surveillans, dont la validité sera reconnue par la com- ion de liquidation dont il sera question à l'article V. de la ente convention.

Les prix en seront réglés d'après les contrats ou autres gemens des autorités françaises, ou, à leur défaut, d'après mercuriales des endroits les plus rapprochés de celui où le ement aura été fait.

Arriérés de solde etc.

2) Sur les arriérés de solde et de traitement, frais de voyage, ifications et autres indemnités revenant à des militaires ou ployés à l'armée française, devenus par les traités de Paris

du 30. mai 1814 et du 20. novembre 1815, sujets d'une autre Puissance, pour le temps où ces individus servaient dans les armées françaises, ou qu'ils etaient attachés à des établissemens qui en dépendaient, tels qu'hôpitaux, pharmacies, magasins, autres.

La justification de ces demandes devra se faire par la production des pièces exigées par les lois et réglemens militaires.

Hospices.

3) Sur la restitution des frais d'entretien des militaires français dans les hospices civils qui n'appartenaient pas au gouvernement, en tant que le payement de cet entretien a été stipulé par des engagemens exprès: la quotité de ces frais sera justifiée par les bordereaux certifiés par les chefs de ces établissemens.

Postes.

4) Sur la restitution des fonds confiés aux postes aux lettres françaises, qui ne sont pas parvenus à leur destination, le cas de force majeure excepté.

Mandats, bons, ordonnances.

5) Sur l'acquit des mandats, bons et ordonnances de payement fournis, soit sur le trésor public de France, soit sur la caisse d'amortissement, ou leurs annexes, ainsi que des bons donnés par cette dernière caisse; lesquels mandats, bons et ordonnances, ont été souscrits en faveur d'habitans, de communes ou d'établissemens situés dans les provinces qui ont cessé de faire partie de la France, ou se trouvent entre les mains de ces habitans, communes et établissemens; sans que, de la part de la France, on puisse refuser de les payer, par la raison que les objets par la vente desquels ces bons, mandats et ordonnances devaient être réalisés, ont passé sous un gouvernement étranger.

Emprunts.

6) Sur les emprunts faits par les autorités françaises civiles ou militaires, avec promesse de restitution.

Biens domaniaux.

7) Sur les indemnités accordées pour non-jouissance des biens domaniaux donnés en bail; sur toute autre indemnité

restitution pour fait d'affermage de biens domaniaux ainsi que sur les vacations, émolumens et honoraires pour estimation, visite ou expertise de bâtimens et autres objets, faites par ordre et pour compte du gouvernement français, en tant que ces indemnités, restitutions, vacations, émolumens et honoraires ont été reconnus être à la charge du gouvernement, et légalement ordonnés par les autorités françaises alors existantes.

Avances des communes.

8) Sur le remboursement des avances faites par les caisses communales par ordre des autorités françaises et avec promesse de restitution.

Indemnités pour prise de terrain etc.

9) Sur les indemnités dues à des particuliers pour prise de terrain, démolition, destruction de bâtimens, qui ont eu lieu après les ordres des autorités militaires françaises pour l'agrandissement ou la sûreté des places fortes et citadelles, dans le cas où il est dû indemnité, en vertu de la loi du 10. juillet 1791, et lorsqu'il y aura eu engagement de payer, résultant soit d'une expertise contradictoire, réglant le montant de l'indemnité, soit tout autre acte des autorités françaises.

Article III.

Banque de Hambourg.

Les réclamations du Sénat de Hambourg, concernant la banque de cette ville, seront l'objet d'une convention particulière entre les commissaires de S. M. T. C. et ceux de la ville de Hambourg.

Article IV.

Saisies de denrées coloniales.

Seront également liquidées les réclamations que présentent leurs individus, contre l'exécution d'une ordre daté de Rheinberg, le 8. mai 1813, en vertu duquel on a saisi, à leur préjudice, des denrées coloniales, dont ils avaient acquis une partie du gouvernement français, et en vertu duquel ils ont été contraints de payer une seconde fois pour des cotons, les droits et doubles droits de douanes, quoiqu'ils se fussent libérés, en temps

utile, de ce qu'ils devoient légalement. Ces réclamations seront liquidées par les commissaires établis, par la convention du jour, et leur montant sera payé en inscriptions au grand-livre de la dette publique, à un cours qui ne pourra pas être au-dessous de 75, de la même manière qu'il a été convenu par la présente convention à l'égard des cautionnemens à rembourser.

Article V.

Commissions de liquidation.

Les hautes Parties contractantes, animées du désir de prévenir d'un mode de liquidation propre en même temps à en abréger le terme, et à conduire dans chaque cas particulier à une décision définitive, ont résolu, en expliquant les dispositions de l'article 20. du traité du 30. mai 1814, d'établir des commissions de liquidation, qui s'occuperont en premier lieu de l'examen des réclamations, et des commissions d'arbitrage qui en décideront dans le cas ou les premières ne seroient pas parvenues à s'accorder. Le mode qui sera adopté à cet égard sera le suivant.

1) Immédiatement après l'échange des ratifications du présent traité, la France et les autres hautes Parties contractantes ou intéressées à cet objet, nommeront des commissaires-liquidateurs et des commissaires-juges qui résideront à Paris, et seront chargés de régler et faire exécuter les dispositions ci-mées dans les articles 18. et 19. du traité du 30. mai 1814 et les articles 2, 4, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 18, 19, 22, 23 et 24 de la présente convention.

2) Les commissaires-liquidateurs seront nommés par toutes les parties intéressées qui voudront en déléguer, au nombre que chacune d'elles jugera convenable. Ils seront chargés de recevoir, d'examiner dans l'ordre d'un tableau qui sera établi pour chacune dans le plus bref délai, et de liquider, s'il y a lieu, toutes les réclamations.

Il sera libre à chaque commissaire de réunir dans une même commission tous les commissaires de différens gouvernemens, pour leur présenter et faire examiner par eux les réclamations des sujets de son gouvernement, ou bien de traiter séparément avec le gouvernement français.

3) Les commissaires-juges seront chargés de prononcer définitivement et en dernier ressort sur toutes les affaires qui leur auront renvoyées en conformité du présent article, par les commissaires-liquidateurs qui n'auront pas pu s'accorder sur elles. Chacune des hautes Parties contractantes ou intéressées pourra nommer autant de ces juges qu'elle trouvera convenable; mais tous ces juges prêteront entre les mains du garde des sceaux de France, et en présence des ministres des autres hautes Parties contractantes résidant à Paris, serment de prononcer sans partialité aucune pour les parties, d'après les principes établis par le traité du 30. mai 1814, et par la présente convention.

4) Immédiatement après que les commissaires-juges nommés par la France et par deux au moins des autres Parties intéressées auront prêté le serment, tous ces juges, présens à Paris, se réuniront sous la présidence du doyen d'âge, pour convenir de la nomination d'un ou de plusieurs greffiers et d'un ou de plusieurs huissiers, qui prêteront serment entre leurs mains, ainsi que pour régler, s'il y a lieu, un réglement général sur l'expédition des affaires, la tenue des registres, et autres objets d'ordre intérieur.

5) Les commissaires destinés à former les commissions d'arbitrage étant ainsi institués, lorsque les commissaires-liquidateurs n'auront pu s'accorder sur une affaire, il sera procédé devant les commissaires-juges, comme il va être dit.

6) Dans les cas où les réclamations seroient de la nature de celles prévues par le traité de Paris, ou par la présente convention, et où il ne s'agirait que de statuer sur la validité de la réclamation, ou de fixer le montant des sommes réclamées; la commission d'arbitrage sera composée de six commissaires-juges, savoir: trois français, et trois personnes désignées par le gouvernement réclamant. Ces six juges tireront au sort pour savoir celui d'entre eux devra s'abstenir. Les commissaires étant ainsi réduits au nombre de cinq, statueront définitivement sur la réclamation qui leur sera présentée.

7) Dans le cas où il s'agirait de savoir si la réclamation présentée peut être rangée parmi celles prévues dans le traité de Paris du 30. mai 1814, ou dans la présente convention, la commission d'arbitrage sera composée de six membres, dont trois

français et trois désignés par le gouvernement réclamant. Ces six juges décideront à la majorité si la réclamation est susceptible d'être admise à la liquidation ; en cas de partage égal d'opinions, il sera sursis à l'examen de l'affaire, et elle fera la matière d'une négociation diplomatique ultérieure entre les gouvernemens.

8) Toutes les fois qu'une affaire sera portée à la décision d'une commission d'arbitrage, le gouvernement dont le commissaire-liquidateur n'aura pas pu s'accorder avec le gouvernement français, désignera trois commissaires-juges, et la France en désignera autant, les uns et les autres pris parmi tous ceux qui auront prêté ou qui prêteront, avant de procéder, le serment prescrit. On fera connaître ce choix au greffier, en lui transmettant le dossier des pièces. Le greffier donnera acte de cette désignation et de ce dépôt, et inscrira la réclamation sur le registre particulier qui aura été établi à cet usage. Lorsque, dans l'ordre de ces inscriptions, le tour d'une réclamation sera venu, le greffier convoquera les six commissaires-juges désignés.

S'il agit d'un des cas énoncés dans le paragraphe 6. du présent article, les noms de ces six commissaires-juges seront mis dans une urne, et le dernier sortant sera éliminé de droit, de telle sorte que le nombre des juges soit réduit à cinq. Il sera néanmoins libre aux parties de s'en tenir, si elles en conviennent d'un commun accord, à une commission de quatre juges, dont le nombre, pour obtenir un nombre impair, sera réduit de la même manière à trois. Dans le cas prévu par le paragraphe 7. du présent article, les six juges, ou les quatre si les deux parties sont convenues de ce nombre, entrent en discussion sans l'élimination préalable d'un de leurs membres. Dans l'un et l'autre cas, les commissaires-juges, convoqués pour cet effet, s'occuperont immédiatement de l'examen de la réclamation ou du chef de réclamation dont il s'agit, et prononceront, à la pluralité des voix, en dernier ressort. Le greffier assistera à toutes les séances, et y tiendra la plume. Si la commission d'arbitrage n'a point décidé d'un chef de réclamation, mais de la réclamation même, cette décision terminera l'affaire. Si elle a prononcé sur un chef de réclamation, l'affaire, dans le cas que ce chef est reconnu valable, retourne à la commission de liquidation, pour que cette dernière s'accorde sur l'admissibilité de la réclamation.

tion particulière et de la fixation de son montant, ou qu'elle la
voie de nouveau à une commission d'arbitrage réduite au
bre de cinq, ou de trois membres. La décision rendue, le
ier donnera à la commission de liquidation connoissance de
e sentence prononcée, afin qu'elle la joigne à ses procès-
aux; ces jugemens devant être envisagés comme faisant
e du travail de la commission de liquidation.

Il est au reste bien entendu, que les commissions établies
rtu du présent article, ne peuvent point étendre leur travail
là de la liquidation des obligations résultant du présent traité
celui du 30. mai 1814.

Article VII.

Art. XXI. du traité de Paris du 30. *mai* 1814.

Les hautes Parties contractantes voulant assurer l'accom-
ment de l'article XXI. du traité de Paris du 30. mai 1814,
erminer en conséquence le mode d'après lequel il sera tenu
e à la France, de celles des dettes spécialement hypothé-
dans leur origine sur des pays qui ont cessé d'appartenir
rance, ou contractées pour leur administration intérieure,
les ont été converties en inscriptions au grand-livre de la
publique de France, sont convenues que le montant du
que chacun des gouvernemens de ces pays respectifs sera
e cas de rembourser à la France, sera fixé au cours moyen
x que les rentes du grand-livre auront eu entre le jour de
nature de la présente convention et le 1. janvier 1816. Ce
sera bonifié à la France sur les états que la commission
par l'article V. de la présente convention, dressera et
a de deux mois en deux mois, après vérification des titres
quels l'inscription a eu lieu.

a ne remboursera pas à la France le montant des inscrip-
ovenant des dettes hypothéquées sur des immeubles que le
nement français a aliénés, quelle que soit la nature de ces
bles, pourvu que les acquéreurs de ces immeubles aient
e prix entre les mains des agens du gouvernement français,
s que lesdits immeubles ne se trouvent aujourd'hui (autre-
que par voie d'acquisition à titre onéreux, faite pendant la
de l'administration française) entre les mains, soit des

gouvernemens actuels ou d'établissemens publics, soit des au possesseurs. Le gouvernement français reste chargé du pa des rentes de ces inscriptions.

La compensation entre ce qui sera dû à la France des inscriptions et les payemens auxquels celle-ci s'est e par la présente convention, ne pourra avoir lieu que d gré, sauf ce qui va être dit dans l'article suivant.

Article VII.

Déduction des remboursemens.

Seront déduits de ces remboursemens:

1) Les intérêts des inscriptions sur le grand-livre de jusqu'à l'époque du 22. décembre 1813. De même, les que la France pourroit avoir payés postérieurement à cette lui seront bonifiés par les gouvernemens respectifs.

2) Les capitaux et intérêts hypothéqués sur des im aliénés par le gouvernement français, encore bien que capitaux n'aient pas été convertis en inscriptions sur le livre de la dette publique, sans toutefois que, par la stipulation, il soit dérogé en rien aux lois ou actes du go ment qui prononçaient des prescriptions, des déchéances vertu desquelles les créances devoient s'éteindre au pro France par voie de confusion ou de compensation.

Article VIII.

Dette de Hollande.

Le gouvernement français ayant refusé de reconn réclamation du gouvernement des Pays-Bas, relative aux des intérêts de la dette d'Hollande qui n'auraient pas été pour les semestres de Mars et de Septembre 1813, on est de remettre à l'arbitrage d'une commission particulière sion du principe de ladite question.

Cette commission sera composée de sept membres, à nommer par le gouvernement français, deux par le ment des Pays-Bas, et les trois autres à choisir dans absolument neutres, et sans intérêt dans cette question la Russie, la Grande-Bretagne, la Suède, le Danem

yaume de Naples. Le choix de ces trois derniers commissaires ra de manière qu'un d'eux soit désigné par le gouvernement çais, l'autre par le gouvernement des Pays-Bas, et le troi- e par les deux commissaires neutres réunis.

Elle s'assemblera à Paris, le 1. février 1816. Ses membres ront le même serment auquel sont astreints les commissaires- s qui sont institués par l'article V. de la présente convention, le la même manière.

Aussitôt que la commission sera constituée, les commissaires- idateurs des deux Puissances lui soumettront par écrit les mens, chacun en faveur de son opinion, afin de mettre les res à même de décider lequel des deux gouvernemens, du ernement français ou de celui des Pays-Bas, sera tenu à les susdits intérêts arriérés, en prenant pour base la dispo- du traité de Paris du 30. mai 1814, et si le remboursement le gouvernement des Pays-Bas sera dans le cas de faire à la ce, des inscriptions de dettes des pays réunis à sa couronne, achés de la France, peut être exigible sans déduction des de la dette d'Hollande, arriérés sur échéances de 1813.

Article IX.

Intérêts des dettes hypothéquées.

Il sera procédé à la liquidation des intérêts non payés des hypothéquées sur le sol des pays cédés à la France par les d Campo-Formio et de Lunéville, résultant d'emprunts ellement consentis par les états des pays cédés ou de dépen- ites pour l'administration effective desdits pays.

Les commissaires-liquidateurs devront prendre pour règle de opérations, et les dispositions des traités de paix, et les loix du gouvernement français, sur la liquidation ou l'extinc- es créances de la nature de celles dont il s'agit.

Article X.

Cautionnement.

Comme par l'article 23. du traité de Paris du 30. mai 1814, été stipulé que le gouvernement français rembourserait les nnemens des fonctionnaires ayant eu maniement de deniers ics, dans les pays détachés de la France, six mois après la

présentation de leurs comptes, le seul cas de malversation excepté il demeure convenu :

1) Que l'obligation de présenter leurs comptes au gouvernement français ne s'étend pas aux receveurs communaux : néanmoins, comme le gouvernement français a été intéressé pour certaines portions dans les recettes dont les comptables étaient chargés, et que, par conséquent, il conserve son recours contre eux, en cas de malversation, aucune réclamation pour restitution de leurs cautionnemens ne sera présentée sans être accompagnée d'un certificat des autorités supérieures du pays auquel ces comptables appartiennent, déterminant la somme qui, après vérification de leurs comptes, aura été reconnue revenir au gouvernement français par la cause susdite, et que celui-ci déduira du cautionnement, ou constatant qu'il ne revient rien à ce gouvernement, sauf, dans l'un et l'autre cas, la déduction de ceux des droits que la France s'est réservés par l'article XXIV. de la présente convention.

2) Les comptes des employés qui ont manié des fonds du gouvernement français et qui étaient tenus à faire apurer leur gestion par la cour des comptes, seront examinés par le gouvernement français, de concert avec le commissaire du gouvernement actuel de la province dans laquelle le comptable était employé. L'examen de chaque compte se fera dans les six mois qui suivront immédiatement sa présentation ; si, dans ce délai, il n'a été rendu aucune décision sur un compte, le gouvernement français renonce à tout recours contre le comptable. Cette stipulation ne déroge pas, à l'égard des comptables, au terme de déchéance fixé par l'article 16., bien entendu que, dans le cas de non-présentation de comptes, le gouvernement français se réserve le droit de poursuivre les comptables par les voies ordinaires.

3) Les employés ne pouvant être rendus responsables de ce qui s'est passé relativement à leurs caisses depuis l'entrée des troupes étrangères, il a été expressément convenu que le gouvernement français ne pourra répéter sur eux les soldes qu'ils auront eu à cette époque, et que ce ne sera qu'une malversation évidente commise avant l'entrée de ces troupes, qui puisse autoriser le gouvernement français à retenir totalité ou partie du cautionnement.

Dans tous les autres cas, celui-ci sera remboursé de la manière énoncée par l'article 19., paragraphe 2.

Article XI.

Dépôts.

Conformément à l'article 25. du traité du 30. mai 1814, les fonds déposés par les communes et les établissemens publics dans les caisses des gouvernemens, leur seront remboursés, sous la déduction des avances, qui leur auraient été faites. Les commissaires-liquidateurs vérifieront le montant desdits dépôts et des avances. Néanmoins, lorsqu'il existerait des oppositions sur ces fonds, le remboursement n'aura lieu qu'après que la mainlevée aura été ordonnée par les tribunaux compétens, ou donnée volontairement par les créanciers opposans. Le gouvernement français sera tenu de justifier desdites oppositions. Il est bien entendu que les oppositions faites par des créanciers non français n'autoriseront pas le gouvernement français à retenir ces dépôts.

Article XII.

Caisse d'agriculture de la Hollande.

Les fonds qui existaient dans la caisse d'agriculture de la Hollande, et qui ont été remis, à titre de dépôt, dans la caisse d'amortissement, dans la caisse de service ou dans toute autre caisse du gouvernement, seront remboursés comme tout autre dépôt, sauf les compensations que lesdites caisses pourraient être dans le cas d'imputer sur lesdits fonds.

Article XIII.

Art. XXII. à XXV. du traité de Paris du 30. *mai* 1814.

Les commissions de liquidation et d'arbitrage établies en vertu de l'article V. de la présente convention, s'occuperont aussi de la liquidation des objets relatés dans les articles XXII. à XXV. du traité du 30. mai 1814, et suivront, pour ces objets, la même marche que pour les autres liquidations dont elles sont chargées. Le gouvernement français s'engage à faire remettre, quatre mois après la signature de la présente convention, aux commissaires-liquidateurs respectifs, des états exacts, dressés sur les registres du trésor et autres, de toutes les sommes et créances dont il est

question dans les susdits articles; et ces états seront comparés avec les reçus des réclamans, pour être vérifiés de cette manière

Article XIV.

Art. XXVI. du traité de Paris du 30. *mai* 1814.

L'article XXVI. du traité du 30. mai 1814, qui décharge le gouvernement français, à dater du 1. janvier de la même année du payement de toute pension civile, militaire et ecclésiastique, solde de retraite et traitement de réforme à tout individu qui se trouve n'être plus sujet français, est maintenu. Quant aux arrérages des pensions jusqu'à l'époque ci-dessus déterminée, le gouvernement français s'engage à les constater, en fournissant des états exacts tirés des registres des pensions, lesquels seront comparés à ceux qui existent auprès des autorités administratives locales.

Article XV.

Art. XXXI. du traité de Paris du 30. *mai* 1814.

Comme il s'est élevé des doutes sur l'article XXXI. du traité de paix du 30. mai 1814, concernant la restitution des cartes et planches des pays qui ont cessé d'appartenir à la France, on est convenu que toutes les cartes des pays cédés, et notamment celles que le gouvernement français a fait exécuter, seront exactement remises avec les planches qui y appartiennent, dans un délai de quatre semaines après l'échange des ratifications du présent traité. Il en sera de même des archives, cartes et planches qui pourraient avoir été enlevées dans les pays momentanément occupés par les différentes armées, ainsi qu'il est stipulé dans le deuxième paragraphe de l'article 31. du traité susdit.

Article XVI.

Terme des réclamations.

Les gouvernemens qui ont des réclamations à faire valoir de leurs sujets, s'engagent à les faire présenter à la liquidation dans le délai d'une année, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent traité passé lequel terme il y aura déchéance de tout droit, réclamation et répétition.

Article XVII.

Bordereau des liquidations.

Tous les deux mois il sera dressé un bordereau des liquidations définitivement arrêtées, agréées, ou jugées, indiquant le nom de chaque créancier, et la somme pour laquelle sa créance doit être acquittée, soit en principal, soit en intérêts-arrérages. Les sommes qui sont à payer en numéraire par le trésor royal, soit pour capitaux, soit pour intérêts, seront remises aux commissaires-liquidateurs du gouvernement intéressé, sur leurs quittances visées par les liquidateurs français. Quant aux créances qui, d'après les articles IV. et XIX. de la présente convention, doivent être remboursées en inscriptions sur le grand-livre de la dette publique, elles seront inscrites aux noms des commissaires-liquidateurs des gouvernemens intéressés, ou de ceux qu'ils désigneront. Ces inscriptions seront prises du fonds de garantie établi par l'article XX. de la présente convention, et de la manière qui est stipulée par l'article XXI.

Article XVIII.

Intérêts.

Toutes les créances auxquelles il est attaché un intérêt, soit par les termes des lois, soit par ceux du traité du 30. mai 1814, continueront à en jouir au même taux. Quant à celles auxquelles n'est attaché aucun intérêt, ni par leur nature, ni par ledit traité, elles en produiront un de quatre pour cent à dater de la signature de la présente convention. Tous les intérêts seront payés en numéraire et sur le montant de la valeur nominale de la créance. Les stipulations relatives aux intérêts, seront réciproques entre la France et les autres Puissances contractantes.

Article XIX.

Termes des payemens.

Le traité du 30. mai 1814, en réglant les termes dans lesquels les payemens devaient être accomplis, avait indiqué trois classes de créances. Pour se rapprocher d'une pareille disposition, il a été arrêté par la présente convention, qu'on adopterait aussi trois classes de remboursemens, comme il suit:

1) Les dépôts judiciaires et consignations faits dans la caisse d'amortissement seront remboursés en argent dans le terme de six mois à compter de l'échange des ratifications de la présente convention, pour autant que la remise des pièces ait eu lieu dans les trois premiers mois de la liquidation. Les objets dont les pièces auront été remises plus tard, seront liquidés dans les trois mois suivans.

2) Les dettes provenant de versemens de cautionnemens de fonds déposés par les communes et établissemens publics de la caisse de service, dans la caisse d'amortissement, ou de toute autre caisse du gouvernement français, seront remboursés en inscriptions sur le grand-livre de la dette publique, au pair, à condition toutefois que, dans le cas que le cours du jour réglement fût au-dessus de 75, le gouvernement français bonifiera la différence entre le cours du jour et 75.

3) Les autres dettes non comprises dans les deux paragraphes précédens, seront également remboursées en inscriptions au pair, avec la différence que le gouvernement français ne les garantit qu'un cours de 60, en s'engageant à bonifier la différence entre le cours du jour et 60.

Article XX.

Fonds de garantie.

Il sera inscrit, le 1. janvier prochain au plus tard, comme fonds de garantie, sur le grand-livre de la dette publique de France, un capital de trois millions cinq cent mille francs de rente, avec jouissance du 22. mars 1816, au nom de deux, trois, quatre ou de six commissaires, moitié sujets de S. M. T. C., moitié sujets des Puissances alliées, lesquels commissaires seront choisis et nommés; savoir: un, deux ou trois par le gouvernement français, et un, deux ou trois par les Puissances alliées.

Ces commissaires toucheront lesdites rentes de semestre en semestre.

Ils en seront dépositaires sans pouvoir les négocier.

Ils en placeront le montant dans les fonds publics, et en recevront l'intérêt accumulé et composé au profit des créanciers.

Dans les cas où les trois millions cinq cent mille francs

rente seraient insuffisans, il sera délivré aux susdits commissaires des inscriptions pour plus fortes sommes, et jusqu'à concurrence de celles qui seront nécessaires pour payer les dettes indiquées par la présente convention.

Ces inscriptions additionnelles, s'il y a lieu, seront délivrées avec jouissance de la même époque que celle fixée pour les trois millions cinq cent mille francs de rente ci-dessus stipulés, et elles seront administrées par les mêmes commissaires et d'après les mêmes principes.

En sorte que les créances qui resteront à solder seront acquittées avec la même proportion d'intérêts accumulés et composés que si le fonds de garantie avoit été suffisant dès le commencement.

Lorsque les payemens dus aux créanciers auront été effectués, le surplus des rentes non assignées, s'il y en a, ainsi que la portion d'intérêts accumulés et composés qui leur appartiendra, seront remis à la disposition du gouvernement français.

Article XXI.

Bordereaux de liquidation visés.

A mesure que les bordereaux de liquidation prescrits par l'article XVII. de la présente convention, seront présentés aux commissaires-dépositaires des rentes, ceux-ci les viseront, afin qu'ils puissent être inscrits immédiatement sur le grand-livre de la dette publique, au débit de leur dépôt, et au crédit des commissaires-liquidateurs des gouvernemens réclamans.

Article XXII.

Art. XXI. du Traité de Paris du 30. mai 1814 renouvelé.

Les Souverains actuels de pays qui ont cessé d'appartenir à la France, renouvellent l'engagement, qu'ils ont contracté par l'article XXI. de la paix du 30. mai 1814, de tenir compte au gouvernement français, à partir du 22. décembre 1813, de celles des dettes de ces pays qui ont été converties en inscriptions au grand-livre de la dette publique de France. Les états de toutes ces dettes seront dressés et arrêtés par les commissions établies par l'article 5. de la présente convention, bien entendu que le

gouvernement français continuera de payer les rentes de ces inscriptions.

Article XXIII.

Remboursement au sujets français.

Les mêmes gouvernemens renouvellent l'engagement de rembourser aux sujets français, serviteurs des pays cédés, les sommes qu'ils ont à réclamer à titre de cautionnemens, dépôts ou consignations, dans leurs trésors respectifs. Ces remboursemens se feront de la même manière qui a été convenue par l'article 19. de la présente convention à l'égard des sujets de ces pays qui ont fait des versemens de la même nature.

Article XXIV.

Déductions des cautionnemens.

Il est réservé au gouvernement français la faculté de déduire des cautionnemens que par l'article 22. du traité du 30. mai 1814, et par l'article X. de la présente convention, il s'est engagé à rembourser, les débets des comptables qu'un jugement de la cour des comptes, rendu avant le 30. mai 1814, auroit déclarés rétentionnaires de deniers publics. Cette déduction se fera sans préjudice des poursuites qui, en cas d'insuffisance des cautionnemens, pourront être dirigées contre les rétentionnaires par les voies ordinaires, et pardevant les tribunaux du pays où ces comptables sont domiciliés.

Article XXV.

Poursuite des souscripteurs d'effets négociables.

Dans les pays cédés par la paix du 30. mai 1814 et par le présent traité, les souscripteurs d'effets négociables au profit du trésor royal, ou de la caisse d'amortissement, autres que les receveurs des contributions directes, qui ne les auraient point acquittés à leur échéance, pourront être poursuivis en remboursement devant les tribunaux ordinaires du pays où ils sont domiciliés, à moins qu'ils n'eussent été contraints de se libérer antérieurement au 30. mai 1814, ou, pour les pays cédés par le présent traité, antérieurement au 20. novembre 1815, entre les mains des agens des nouveaux possesseurs du pays.

Article XXVI.

Réciprocité.

Tout ce qui a été convenu par la présente convention à l'égard du terme dans lequel les créanciers de la France présenteront leurs réclamations à la liquidation, des époques où les bordereaux de liquidations seront dressés, des intérêts alloués aux diverses classes de créances, et du mode dont elles seront payées, s'applique également aux créances que les Français ont à former contre les Gouvernemens des pays détachés de la France.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

Article additionnel.

Bentheim et Steinfourt.

La maison des comtes de Bentheim et Steinfourt ayant formé contre le gouvernement français une réclamation à différens titres, savoir:

En vertu d'une convention du 22. mai 1804, la somme de	800,000 F.
Intérêts a 6 pour cent de cette somme . . .	480,000 - b)
Pour restitution de contribution foncière . .	78,200 -
Balayement de l'Yssel	30,000 -
Pour diverses aliénations et indemnités . . .	634,000 -
Pour revenu du comté de Bentheim depuis la prise de possession par le gouvernement français	2,225,000 -
Total:	4,247,200 F.

Il a été convenu, par forme de transaction, que le gouvernement français paiera à cette maison, pour toute réclamation quelconque:

1) La somme de huit cent mille francs en numéraire, payable par douzièmes, de mois en mois, à commencer du 1. janvier 1816.

2) Celle de cinq cent dix mille francs en inscriptions au

grand-livre de la dette publique, au pair, en lui garantissant le cours de 75, ou bonifiant la différence entre le cours du jour et 75. Ces inscriptions seront délivrées d'ici au 1. janvier et avec jouissance du 22. mars 1816.

Au moyen du payement de cette somme de 1,310,000 francs la maison des comtes de Bentheim et Steinfourt renonce à rien demander ni répéter du gouvernement français, à tel titre et pour telle cause que ce soit, ledit abandon étant fait à titre de transaction.

Fait à Paris, le 20. novembre, l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Metternich.
(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Richelieu.

a) Vergl: Recueil des Traités et Conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815 etc. (de l'imprimerie royale) p. 64.

b) In dem Abdrucke dieser Convention in de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VI. p. 732, steht 482,000, ebenso ist die Totalsumme unrichtig mit 4,24[illegible] angegeben.

XLIV.

Note adressée au Duc de Richelieu par les Ministres des quatre Puissances alliées en date de Paris le 20. novembre 1815 *).

Les Souverains alliés ayant confié au Maréchal Duc de Wellington le commandement en chef de celles de Leurs troupes qui, conformité de l'article V. du traité de Paris, conclu aujourd'hui e la France, doivent rester dans ce pays pendant un certain bre d'années, les soussignés Ministres des Puissances alliées oient obligés de donner à S. E. le Duc de Richelieu quelques eignemens sur la nature et l'extension des pouvoirs attachés commandement.

Quoique les Souverains alliés en prenant cette mesure soient alement guidés par des motifs qui tendent à assurer la é et le bien-être de Leurs sujets sans aucune intention d'em- r Leurs troupes à assister la police ou l'administration inté- e de la France, ou en général d'aucune manière qui pourrait mettre ou heurter le libre exercice de l'autorité royale ce pays, néanmoins, considérant le haut intérêt qu'ils pren- an maintien de l'autorité du Souverain légitime, les Souve- alliés ont promis à S. M. T. C. de le soutenir par Leurs contre toute convulsion révolutionnaire, qui pourrait tendre verser par la force l'ordre des choses actuellement établi, et conséquent à troubler de nouveau la tranquillité générale de ope. Cependant, comme par la variété des formes sous les- s l'esprit révolutionnaire pourrait encore une fois se mani- r en France, il pourrait s'élever des doutes sur la nature de

cas qui rendraient nécessaire l'intervention des forces étrangères
les Souverains alliés, sentant la difficulté de donner des instruc
ons précisement applicables dans chaque cas particulier, ont ju
à propos de laisser à la prudence éprouvée et à la discrétion
Duc de Wellington la décision, quand et jusqu'à quel point
pourrait être convenable d'employer les troupes sous ses ordr
supposant toutefois que dans aucun cas il ne prendra une pare
détermination sans avoir concerté des mesures avec le Roi
France, ou sans donner, le plutôt possible, aux Souver
alliés communication des motifs qui l'auront engagé à en ve
cette détermination. — Et comme pour guider le Duc de W
lington dans le choix de ses mesures, il sera de la dernière i
tance qu'il soit parfaitement instruit des événemens qui pou
avoir lieu en France, les ministres des quatre Cours all
accrédités près de S. M. T. C., ont reçu l'ordre d'entretenir
correspondance régulière avec le Duc de Wellington, et de
en même temps des arrangemens pour qu'une correspon
directe s'établisse entre le Gouvernement Français et le
mandant en chef des troupes alliées, afin de transmettre au
vernement Français les communications que le Duc de Well
serait dans le cas de lui adresser, et de faire parvenir au m
toutes les informations ou réquisitions que la Cour de F
désirerait dans la suite de lui adresser.

Les soussignés se flattent que le Duc de Richelieu recon
facilement dans ces arrangemens le même caractère et les m
principes qui ont été manifestés en concertant et en adopt
mesures de l'occupation militaire d'une partie de la Franc
quittant ce pays, ils emportent donc avec eux la persuasio
solante que, malgré les élémens de désordres que la France
encore renfermer et qui sont les suites des événemens révo
naires, un gouvernement sage et paternel, agissant d'une m
propre à tranquilliser et à concilier les esprits, et s'abste
tout acte contraire à un tel système, non seulement ré
maintenir la tranquillité publique, mais encore à rétablir
et la confiance universelle, ce qui dispenserait, autant
opérations du gouvernement peuvent le faire, les Pui
alliées de la pénible nécessité de recourir aux mesures qui
le cas de toute nouvelle convulsion, leur seraient impérie

prescrites par le devoir de garantir la sûreté de leurs propres sujets et la tranquillité générale de l'Europe.

Les soussignés ont l'honneur d'être etc.

Paris, le 20. novembre 1815.

Signé: Metternich.
Castlereagh.
Hardenberg.
Capo d'Istria.

*) Vergl: Note officielle des ministres des Puissances alliées relative à la diminution de l'armée d'occupation en France, du 10. février 1817.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 93.

XLV.

Communication à la Chambre des Pairs et à Chambre des Députés des Départemens, p Duc de Richelieu. Le 25. novembre 1815 *).

Messieurs.

Le Roi nous a chargés de communiquer à la Chambre l annoncé depuis si long-temps, attendu avec une si vive impati et par lequel, après huit-mois de désordres, d'alarmes et de mités sans mesures qui ont effrayé l'Europe et désolé la Fr le système de nos rapports politiques avec les Etats et les verains étrangers est définitivement établi. Je vais Mess vous donner lecture de cet acte. (*Suit la lecture du principal.*)

Telles sont les stipulations auxquelles les Ministres d n'ont pas cru pouvoir plus long-temps refuser de souscrire. engagemens que la France vient de contracter, sont comm résultat inévitable des circonstances extraordinaires où, fatalité des événemens, elle se trouve aujourd'hui placée. une position différente et dans d'autre temps, nous ne p terions à la Chambre qu'un de ces actes dont la série gé ment uniforme compose le corps historique du droit publ nations; nous nous ferions un devoir d'en discuter tous les ar et nous aimerions à en expliquer tous les motifs: mais il n pas ainsi de la transaction que nous avons à vous présenter se ressent, elle doit nécessairement se ressentir de la sit dans laquelle chacune des parties se trouve respectivement comme des intérêts et des considérations qui résultent d de choses inoui dans l'histoire, unique dans sa nature, et l'être dans ses conséquences.

Après vingt-cinq années de troubles et d'efforts désordonnés qui, dans une suite non interrompue d'invasions, de conquêtes et de destructions sans cesse renouvelées, ont indistinctement compromis l'existence politique et menacé jusques à l'organisation sociale de tous les Etats, la restauration de la Monarchie légitime en France avait été le prélude de la paix du monde : notre indépendance, notre territoire, notre considération au-dehors et nos ressources réelles n'avaient souffert aucune altération importante. Les souverains de l'Europe se félicitaient de la réconciliation heureuse qui venait de rétablir, entre la France et les autres états, cette conformité de principes, cette réciprocité de maximes et de vues devenues, par un concert heureux, le gage le plus rassurant de la tranquillité et de la prospérité de tous.

L'ouvrage de la félicité publique marchait chaque jour vers son perfectionnement, lorsqu'une crise alarmante vint tout-à-coup le suspendre et en arrêter les progrès.

Une armée presque entière, détachée de son légitime souverain qui seul avait le droit d'en disposer ; séparée, par la perfidie de quelques chefs et par un entraînement sans exemple, de la nation au sein de laquelle elle avait été formée, une armée dont le courage s'employait à imposer un usurpateur à la France, à l'Europe un oppresseur, a provoqué la lutte qui devait amener sur elle et sur nous tous les désastres et toutes les calamités qui ont suivie.

Le Roi comme Souverain, et la France comme Etat, n'ont pas dû s'opposer à ce mouvement coupable : mais par une combinaison peut-être sans exemple, tandis que la faction militaire trahissait la voix de l'un et trahissait les sentimens de l'autre, tous les deux étaient réservés à souffrir et des efforts de l'attaque comme ceux de la résistance, et des succès éclatans et des prodigieux revers qui ont caractérisé cette courte et mémorable époque.

Tels sont les événemens qui ont soustrait, en quelque manière, la destinée actuelle de l'Etat à l'action de son Gouvernement. Il a été obligé de composer non seulement avec les prétentions, mais avec les alarmes que cette fatale rebellion a inspirées à l'Europe ; et ne pouvant méconnaître ni balancer l'incontestable supériorité qui demandait des sacrifices pénibles, mais en grande

partie temporaires, il n'a pu voir dans ces sacrifices nécessaires qu'un moyen d'arriver à cette période d'espérance à laquelle la France entière aspire, et qui lui permettra enfin de jouir en paix et avec sécurité de ses avantages permanens.

Loin de nous, Messieurs, la pensée imprudente de former pour le présent ou de jeter dans l'avenir les germes d'un impolitique et dangereux mécontentement. C'est de cette chambre [1]) où le choix bienveillant du Roi et son discernement éclairé ont réuni tout ce qui, dans les classes les plus élevées de l'Etat, lui a paru le plus propre à représenter la sagesse, la dignité, la maturité du caractère national; c'est de cette assemblée, dis-je, qu'il convient de faire entendre à la France des vérités sévères, et qui ne peuvent lui être révélées dans une circonstance plus solennelle.

La France a nourri pendant un demi-siècle le désir, légitime dans son principe comme dans son objet, de voir réformer les abus qui s'étaient successivement introduits dans le système de sa politique intérieure. Cette réforme, que des voeux convenablement exprimés commençaient à obtenir d'un Gouvernement paternel et sage, et qui de lui-même allait sur le point au-devant de l'opinion éclairée du public; cette réforme, facile pour le Gouvernement, était impossible à des réunions nombreuses, où le désir du bien ne peut être toujours tempéré par la prudence, où les tentatives hasardées devancent trop souvent la marche lente et assurée de l'expérience: de là des obstacles et de malheureuses défiances qui devaient produire et ont en effet produit des haines, des résistances et de funestes ressentimens. L'affaiblissement, la ruine du pouvoir, l'oubli de la religion, les mépris des lois, la dissolution des liens sociaux, ont été en France la suite immédiate de cette présomptueuse entreprise. Une alarme générale s'est aussitôt répandue au-dehors; elle a, comme on devait s'y attendre, provoqué des guerres sans terme et sans mesure. La France, en butte à toutes les nations, a déployé une énergie extraordinaire; tous les Etats ont souffert de ses efforts; elle a porté presque par tout ses armes victorieuses: mais, il faut le dire, par-tout où elle a vaincu, elle a excité des craintes, provoqué des vengeances, et allumé de ressentimens que le temps, qu'une grande modération, qu'une persévérante et invariable prudence pourront seuls parvenir à calmer.

Vous avez été témoins de l'explosion de ces ressentimens, lorsqu'à la seconde apparition de l'homme fatal à la France, qui était parvenu à se faire une puissance, qu'il croyait indestructible, de la terreur que les principes révolutionnaires et le courage des armées françaises avaient par tout répandue, lorsque, [illegible]pe, l'Europe, à cette terrible apparition, a pu craindre de se voir encore une fois subjugée par des soldats que le même prestige animait et que semblaient animés du même enthousiasme; un [illegible]mun instinct de préservation a comme instantanément concentré sur le même objet toutes les craintes, toutes les haines, [illegible]es les intérêts des peuples épouvantés. La politique a oublié [illegible] rivalités; tous les produits de l'agriculture, du commerce, [illegible]es les propriétés ont été offertes en sacrifice; les âges, les [illegible]s, toutes les classes de la population ont été entraînées par [illegible]même impulsion, et plus d'un million de soldats s'est précipité [illegible]ses frontières.

Sans doute, un tel appareil de forces n'était pas nécessaire [illegible] abattre un parti qui était loin, comme on le pensait au-dehors, [illegible]t secondé en France par le voeu national, par l'assentiment [illegible]opinion publique, et il ne nous est que trop permis de dire [illegible]nations étrangères qu'elles ont été dans l'erreur sur la vraie [illegible]re des forces qu'elles avaient à combattre, et que, dans le [illegible]rait même où la faction faisait éclater ses fureurs, le peuple [illegible]lui était uni par ses voeux à son légitime Souverain: mais [illegible]efforts ont été paralysés par la perversité de ceux qui l'ont [illegible]; et les hommes généreux qui, de tous les points de la monarchie, préparaient la ruine du pouvoir usurpé, n'ayant pu [illegible]ncer leurs mouvemens avant ceux des armées alliées, ni [illegible]avec la même promptitude et la même efficacité, elles ont [illegible]téré la chute du tyran comme l'effet immédiat de leur victoire; [illegible]France, par cette combinaison de circonstances malheureuses, se voit ainsi exposée à répondre de tous les sacrifices, des [illegible] et des dommages éprouvés, bien qu'ils puissent être le [illegible]t d'une alarme exagérée.

La rigueur extrême de ce principe aurait pu être tempérée [illegible] son application, par l'équité et la magnanimité des souve[illegible]; mais il existe des considérations qui ont pu entraîner leur [illegible]rmination, et qu'il est indispensable de connaître.

Les souverains influent sur la destinée des peuples par l'exercice de leur pouvoir, et les peuples, à leur tour, influent sur les conseils des souverains par l'action puissante de l'opinion : cette action acquiert une nouvelle force, lorsque l'opinion d'un peuple est fortifiée par l'accord de plusieurs autres, et quelle est devenue, par la nature des événemens, une des causes les plus efficaces de leurs triomphes : si le souvenir de procédés violens, de vives alarmes, de maux long-temps soufferts et souvent renouvelés, vient se réunir à l'exaltation du succès, alors les souverains même sont comme involontairement entraînés à des mesures qui répugnent à leurs sentimens personnels ; et, malgré eux sans doute, leurs déterminations se ressentent des passions mêmes que leur générosité personnelle réprouve.

J'ai cru devoir, Messieurs, faire précéder de ces observations la communication des deux conventions accessoires au traité, dont il me reste à vous donner lecture. Les charges qui nous ont été imposées sont pesantes, et les défiances qu'on nous montre sont bien faites pour nous affecter : mais réfléchissez, Messieurs, à l'impression funeste qu'a dû faire sur l'Europe étonnée et irritée la catastrophe malheureuse dont la France vient d'être la victime ; et encore plus la facilité avec laquelle les séditieux sont parvenus à triompher de leur propre partie ; réfléchissez que les temps où nous avons le malheur de vivre, succèdent immédiatement à une époque fatale, où pendant vingt-cinq ans, le respect dû aux alliances, aux engagemens de la paix, la fidélité aux promesses, la bonne foi, la loyauté, ces bases autrefois si révérées de la sécurité des Etats, ont été ébranlées dans leurs fondemens ; observez que la violation habituelle, et, pour ainsi dire, systématique, de toutes les règles morales de la politique, est comme inhérente au principe même des révolutions ; principe effrayant et funeste, dont il a été fait en France et avec tant d'éclat une profession malheureusement si récente : pensez enfin que des infractions si multipliées de tout ce qu'il y a de plus sacré parmi les hommes, on fait tour-à-tour le malheur de tous les peuples, et que le plus grand de nos maux est d'être encore, malgré nos disgraces et l'utile leçon que vous voulez en tirer, un objet de défiance et de crainte pour tous ceux sur lesquels nous avons

exercé des droits, que la fortune leur a donné la faculté d'exercer leur tour sur nous.

. . . . . .

. Forcés de nous soumettre aux maux que la Providence nous envoie, tournons nos regards vers le Roi que le ciel nous a donné : nous partageons sa douleur ; imitons sa noble et touchante résignation. Il est personnellement l'objet de la confiance et de la vénération des peuples et des rois ; sa magnanime constance a acquis pour nous l'amitié des souverains ; cette amitié, si elle se par notre prudence, par notre modération, et par notre ité à remplir les engagemens contractés, conquerra pour nous confiance et l'affectation de tous les peuples.

. Nous avons assez ambitionné, nous avons assez obtenu la le gloire qu'on acquiert par le courage des armées et par les ians trophées de leurs victoires : il nous reste une meilleure e à acquérir ; forçons les peuples, malgré le mal que l'usur- leur a fait, à s'affliger de celui qu'ils nous font ; forçons- à se fier à nous bien connaître, à se réconcilier franchement ur jamais avec nous.

. . . . . .

Je vais, Messieurs, vous donner lecture des deux conven- accessoires, dont l'une règle l'acquit des sommes annuelles evront compléter le paiement de l'indemnité stipulée dans le IV. du traité principal, et l'autre détermine la forme et de de l'exécution de l'article V. relatif à l'entretien tempo- d'une armée étrangère sur nos frontières.

Après des discussions longues et soustenues, où des deman- us exorbitantes encore nous avaient été faites et ont été retirées, celles qui vous sont communiquées, nous ont été ntées comme un *ultimatum*, et les considérations les plus es et les plus impérieuses nous ont fait une loi d'y souscrire. es demandes sont certainement la partie la plus onéreuse, dure et la plus pénible des stipulations que nous avons eu ter ; et il suffit qu'on sache qu'elles ont été proposées à nçais, pour qu'on doive en conclure que la nécessité, et essité la plus indispensable, a pu seule les déterminer à y re. Mais si, à l'exemple du Roi, que nous avons entendu, eurs, à l'ouverture de votre session, avec cet accent de se et de bonté qui sont les traits les plus saillans de son caractère, vous exprimer la profonde douleur dont son coeur

est pénétré; si, dis-je, il peu nous être permis de rendre compte devant vous, et à la face de l'Europe, des impressions que nous aurons ressenties, je dirai qu'arrivés à cette période de la négociation la plus épineuse qui ait jamais exercé le zèle et éprouvé le dévouement des serviteurs d'un Roi malheureux, après avoir épuisé tous les moyens de discussion et de résistance que pouvaient suggérer la raison et cette politique prévoyante qui, dans la bonne comme dans la mauvaise fortune, devrait être la règle constante de la conduite des cabinets; voyant, d'une part, dans les dispositions des ministres des Puissances une détermination invariablement arrêtée; voyant, de l'autre, que la crise actuelle mettait incessamment en action sur l'étendue de la France le principe d'une oppression, d'un appauvrissement, d'une irritation, enfin une suite de dévastations qui semblaient tous les jours croître et prendre de nouvelles forces, nous avons jugé que nous laissions cette crise se prolonger indéfiniment, il y allait du sort de la France, du sort même de ceux qui nous ont imposé si grands sacrifices, et peut-être de la destinée de l'ordre social enEurope.

Et c'est à la vue de tant de dangers que, sacrifiant à hésiter toutes nos répugnances, nous avons accepté, au nom du Roi, au nom de la patrie, les conditions qui vous sont présentées.

Richelieu.

a) Vergl: Recueil des traités et conventions entre la France et les Puissances alliées en 1814 et 1815. De l'imprimerie royale, à Paris, 1815. p. 27.

b) Für die Chambre des Députés: „C'est de cette assemblée, où siège l'élite du peuple français, où, par le suffrage libre et éclairé de leurs concitoyens, se trouvent réunis les hommes qui, par l'importance de leur position et les divers rapports de leur existence politique, ont dû ressentir plus immédiatement l'atteinte des malheurs publics, et qui, par leurs lumières, doivent être plus en mesure d'en découvrir les causes et le remède; c'est de cette assemblée, dis-je etc.“

XLVI.

Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, conclu à Paris le 20. novembre 1815 *).

*) Es folgt hier der von Oesterreich und Russland unterzeichnete Vertrag; hinsichtlich der übrigen Paciscenten s. unten.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Le but de l'alliance conclue à Vienne le 25. mars 1815, ayant été heureusement atteint par le rétablissement en France l'ordre des choses, que le dernier attentat de Napoléon Buonaparte avait momentanément subverti, L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, le Roi du royaume-uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, considérant que le repos de l'Europe est essentiellement lié à l'affermissement de cet ordre de choses, fondé sur le maintien de l'autorité royale et de la charte constitutionnelle, et voulant employer tous leurs moyens pour que la tranquillité générale, l'objet des vœux de l'humanité et but constant de leurs efforts, ne soit pas troublée de nouveau; désirant en outre de resserrer les nœuds qui les unissent pour l'intérêt commun de leurs peuples, ont résolu de donner aux principes consacrés par les traités de Chaumont du 1. mars 1814, et de Vienne du 25. mars 1815, l'application la plus analogue à l'état actuel des affaires, et de déclarer d'avance, par un traité solennel, les principes qu'elles se proposent de suivre pour garantir l'Europe des dangers qui pourraient encore la menacer.

A cette fin, les hautes Parties contractantes ont nommé, pour discuter, arrêter et signer les conditions de ce traité, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche:

Le Prince de Metternich etc., et

Le Baron de Wessenberg etc.;

Et S. M. l'Empereur de toutes les Russies:

Le Prince de Rasoumoffsky etc., et

Le Comte de Capo d'Istria etc.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, se sont réunis sur les articles suivans.

Article I.

Maintien du traité de ce jour.

Les hautes Parties contractantes se promettent réciproquement de maintenir dans sa force et vigueur le traité signé aujourd'hui avec S. M. T. C. et de veiller à ce que les stipulations de ce traité, ainsi que celles des conventions particulières qui s'y rapportent, soient strictement et fidélement exécutées dans toute leur étendu.

Article II.

Arrangemens renouvelés.

S'étant engagés dans la guerre qui vient de finir, pour maintenir inviolables les arrangemens arrêtés à Paris l'année dernière pour la sûreté et l'intérêt de l'Europe, les hautes Parties contractantes ont jugé convenable de renouveler, par le présent acte, et de confirmer comme mutuellement obligatoires, lesdits arrangemens, sauf les modifications que le traité signé aujourd'hui avec les plénipotentiaires de S. M. T. C. y a apportées, et particulièrement ceux pour lesquels Napoléon Buonaparte et sa famille, en suite du traité du 11. avril 1814, ont été exclus à perpétuité du pouvoir suprême en France, laquelle exclusion les Puissances contractantes s'engagent, par le présent acte, à maintenir en pleine vigueur, et, s'il était nécessaire, avec toutes leurs forces.

Et comme les mêmes principes révolutionnaires qui ont amené la dernière usurpation criminelle, pourraient encore, sous d'autres formes, déchirer la France, et menacer ainsi la sûreté des autres états, les hautes Parties contractantes reconnais-

solennellement le devoir de redoubler leurs soins, pour veiller, dans des circonstances pareilles, à la tranquillité et aux intérêts de leurs peuples, s'engagent dans le cas qu'un aussi malheureux événement vint à éclater de nouveau, à concerter entre elles, et avec S. M. T. C., les mesures qu'elles jugeront nécessaires pour la sûreté de leurs états respectifs et pour la tranquillité générale de l'Europe.

Article III.

Cas d'attaque ou de guerre.

En convenant avec S. M. T. C. de faire occuper, pendant un certain nombre d'années, par un corps de troupes alliées, une ligne de positions militaires en France, les hautes Parties contractantes ont eu en vue d'assurer, autant qu'il est en leur pouvoir, l'effet des stipulations des articles 1. et 2. du présent traité; et constamment disposées à adopter toute mesure salutaire propre à assurer la tranquillité en Europe par le maintien de l'ordre établi en France, elles s'engagent, dans le cas où ledit corps d'armée fût attaqué ou menacé d'une attaque de la part de la France, comme dans celui que les Puissances fussent obligées de se remettre en état de guerre contre elle, pour maintenir l'une ou l'autre des susdites stipulations, ou pour assurer et soutenir les grands intérêts auxquels elles se rapportent, à fournir sans délai, d'après les stipulations du traité de Chaumont, et notamment d'après les articles 7. et 8. de ce traité, en sus des forces que elles laissent en France, chacune son plein contingent de soixante mille hommes, ou telle partie de ce contingent que l'on voudra mettre en activité, selon l'exigence du cas.

Article IV.

Augmentation des forces.

Si les forces stipulées par l'article précédent se trouvaient malheureusement insuffisantes, les hautes Parties contractantes se concerteront sans perte de temps sur le nombre additionnel de troupes que chacune fournira pour le soutien de la cause commune, et elles s'engagent à employer, en cas de besoin, la totalité de leurs forces pour conduire la guerre à une issue prompte et heureuse, se réservant d'arrêter entre elles, relativement à la paix qu'elles signeraient d'un commun accord, des arrangemens

propres à offrir à l'Europe une garantie suffisante contre le retour d'une calamité semblable.

Article V.

Engagemens maintenus après l'époque de l'occupation temporaire.

Les hautes Parties contractantes s'étant réunies sur les dispositions consignées dans les articles précédens, pour assurer l'effet de leurs engagemens pendant la durée de l'occupation temporaire, déclarent en outre qu'après l'expiration même de cette mesure, lesdits engagemens n'en resteront pas moins dans toute leur force et vigueur, pour l'exécution de celles qui sont reconnues nécessaires au maintien des stipulations contenues dans les articles 1. et 2. du présent acte.

Article VI.

Renouvellement à des époques déterminées.

Pour assurer et faciliter l'exécution du présent traité, et consolider les rapports intimes qui unissent aujourd'hui les quatre souverains pour le bonheur du monde, les hautes Parties contractantes sont convenues de renouveler, à des époques déterminées, soit sous les auspices immédiats des souverains, soit par leurs ministres respectifs, des réunions consacrées aux grands intérêts communs et à l'examen des mesures qui, dans chacune de ces époques, seront jugées les plus salutaires pour le repos et la prospérité des peuples, et pour le maintien de la paix de l'Europe.

Article VII.

Ratifications.

Le présent traité [a]) sera ratifié, et les ratifications en seront échangées dans deux mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris, le 20. novembre de l'an de grâce 1815.

(L. S.) Signé: Le Prince de Metternich
(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg
(L. S.) Signé: Le Prince de Rasoumoffski
(L. S.) Signé: Le Comte de Capo d'Istria

e) Ausserdem wurde dieser Allianz-Vertrag noch in vier gleichlautenden Instrumenten unterzeichnet von:

Oesterreich und Preussen;
Oesterreich und Gross-Britannien;
Russland und Gross-Britannien;
Preussen und Gross-Britannien;

und zwar von Seiten Gross-Britanniens durch den Lord Castlereagh und den Herzog von Wellington, von Seiten Preussens durch den Fürsten v. Hardenberg und den Baron v. Humboldt.

Anhang.

A.

Deutscher Fürstenbund unterzeichnet zu Ber
am 23. Juli 1785 von den Bevollmächtigten des G
fürsten von Sachsen, des Königs von Preussen
Churfürsten von Brandenburg und des Königs
Gross-Britannien als Churfürsten von Braunschw
Lüneburg *).

Im Namen der allerheiligsten Dreieinigkeit!

Kund und zu wissen sey hiermit Jedermänniglich:

Gleichwie einem jeglichen Stande des Deutschen R
nichts angelegener und wichtiger seyn kann und muss, als
das mit so vieler Sorgfalt und Mühe seit Jahrhunderten er
tete, und mit so mannichfaltigen grossen Aufopferungen vo
und Blut bisher erhaltene Deutsche Reichs-System, wove
Freiheit und Sicherheit eines jeden Mitgliedes des Reichs,
nicht weniger die von ganz Europa wesentlich abhängig i
seinem ungekränkten Wesen beständig aufrecht erhalten,
auf eine constitutionsmässige Weise gehandhabt werden
indessen nicht nur die Erfahrung gelehrt hat, dass solches
malen einer sehr nahen und grossen Gefahr seiner Zerr
ausgesetzt gewesen, sondern auch von einer Zeit zur
noch in einer äusserst bedenklichen Crisis sich befindet, die
eine wachsame Aufmerksamkeit und vereinigte Entschlos
patriotischer, um das Wohl des gesammten Deutschen
besorgter und bemüheter Stände, dessen gänzlichen Verf
Umsturz nach sich ziehen könnte:

So haben Sr. Churfürstl. Durchlaucht zu Sachsen, auf den an Ihro darunter geschehenen freundschaftlichen Antrag Sr. Königl. Majestät von Preussen, als Churfürst zu Brandenburg, und Sr. Königl. Majestät von Grossbritannien, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg, nach diesen Betrachtungen, und ihren allerseitigen darin übereinstimmenden cordaten Gesinnungen und Absichten verträglich und nothwendig zu seyn erachtet, in Gefolge dessen, wozu sie nach dem unstreitigen Herkommen sowohl als nach der goldenen Bulle Art. XV., dem Westphälischen Friedensschlusse Art. VIII. §. 2 und der neuesten Kaiserlichen Wahlcapitulation Art. VI. §. 4 ohne Widerspruch berechtigt sind, ein vertrauliches Bündniss unter sich zu treffen, welches zu Niemandes Beleidigung gereichen, viel weniger gegen Kaiser und Reich gerichtet seyn, sondern lediglich auf die constitutionsmässige Erhaltung des Deutschen Reichs-Systems, und der Reichsständischen Gerechtsamen, nach den Reichsgesetzen und Reichsfriedensschlüssen sein Absehen haben soll, und des Endes Ihro besonders dazu bevollmächtigte Minister ernannt, und allhier zusammen treten lassen, als

Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen:

Ihro Generalmajor, Kammerherrn und General-Adjutanten, auch Envoyé extraordinaire am Königl. Preussischen Hofe, und des Königl. Schwedischen Nordstern-Ordens Commandeur, Friedrich August Reichsgrafen und Herrn von Zinzendorf und Pottendorf;

Se. Königliche Majestät von Preussen als Churfürst zu Brandenburg:

Ihro wirklichen Geheimen Etats- und Cabinets-Minister, des Königl. Preussischen Schwarzen Adler-Ordens, wie auch des Johanniter-Ordens Ritter, Commendator und Landvogt zu Schiefelbein, Carl Wilhelm Reichsgrafen von Finkenstein, und Ihro wirklichen Etats- und Cabinets-Minister, Ewald Friedrich von Herzberg;

Se. Königliche Majestät von Grossbritannien, als Churfürst zu Braunschweig und Lüneburg:

Ihro wirklichen Geheimen Rath Ludwig Friedrich von Hulwitz;

welche, nachdem sie ihre Vollmachten, die am Schlusse der

gegenwärtigen Convention in Abschrift wörtlich eingerückt sind, sich einander mitgetheilet und gewöhnlichermassen ausgewechselt, kraft derselben über nachstehende Bedingungen und Artikel sich verstanden und vereiniget haben.

Artikel I.

Es wollen Ihro beide Königliche Majestäten und Se. C... fürstliche Durchlaucht in wahrer und genauer Freundschaft ... Einigung leben, in solcher sich die Aufrechthaltung und Bef... gung des Reichs-Systems nach dem Westphälischen und a... verbindlichen Reichsfriedens-Schlüssen, der Kaiserlichen W... Capitulation und den übrigen Reichsgesetzen zum unverrü... sorgfältigsten Augenmerk nehmen, zu dem Ende ein volk... menes Einverständniss und vertrauliche Correspondenz, so... über die allgemeinen als besonderen Angelegenheiten unter... durch Briefwechsel und Gesandten auf den Reichs- und K... tagen, und an den Höfen unterhalten, und sich alles, was d... jeden schädlich oder nützlich seyn kann, im gegenseitigen ... trauen eröffnen und mittheilen und darüber rathschlagen, wo... obgedachte Gesandten zu einer solchen vertraulichen Comm... cation unter sich besonders angewiesen werden sollen.

Artikel II.

Wie die allgemeine Reichsversammlung annoch das fe... Band und die wichtigste Stütze der Deutschen Reichsverfa... ist: so wollen die höchsten contrahirenden Theile bei sol... namentlich dieses Einverständniss, und ein vollständiges ... trauen durch ihre Gesandten beobachten, und dahin kräftigst ... bearbeiten, dass die Reichsversammlung in ihrem gesetzm... gen Wesen, und in beständiger Thätigkeit und Fortgange e... ten, über die dahin gehörige und gebrachte Sachen, so viel... lich, fleissig deliberiret und beschlossen, auch den Rech... nach der Gerechtigkeit, und in Conformität der Reichsverfa... abgeholfen, und selbige möglichst erlediget, hingegen ordn... widrige Berathschlagungen und Conclusa, sonderlich aus... den Rechtsgängen, nicht gestattet, und unerhebliche Wei... gen und fremde Einstreuungen von den Comitialdelibera... entfernt werden.

Artikel III.

Desgleichen vereinigen dieselben sich in Ansehung der einzelnen, insonderheit der beiden höchsten Reichs-Collegien, darüber zu wachen und zu halten, dass ein jegliches in seiner constitutionsmässigen Verfassung verbleibe, solcher nirgend angegriffen, und keinen Neuerungen, oder unbefugten Einmischungen und Willkührlichkeiten, oder was sonst für die hergebrachte verfassungsmässige Ordnung, Form und Einrichtung schädlich seyn mag, Statt gegeben, sondern allem dem sofort nachdrüklichst sich entgegen gestellet werde.

Artikel IV.

So sehr die höchsten Paciscenten überzeugt sind, dass die Reichsgerichte bei ihrer richterlichen Autorität erhalten werden müssen: so unumgänglich erforderlich ist es hinwiederum, dass selbigen in ihren gehörigen Gränzen sich gehalten und den Reichsconstitutionen gemäss verfahren werde. Höchstdieselben befinden sich dannenher, auf die Erhaltung der Reichsgerichte in ihrer gesetzmässigen Ordnung und Einrichtung, und auf die Beförderung einer gehörigen unparteiischen und unbefangenen Rechtspflege bei selbigen eine sorgfältige Rüksicht zu nehmen, und was dazu noch weiter geschehen kann, oder vermöge der Reichsgesetze geschehen soll, in geschlossenem Vertrauen unter sich zu überlegen, hingegen nicht zu gestatten, dass besagte Reichsgerichte den Gerechtsamen der Stände im Geistlichen oder Weltlichen eingreifen, der gesetzgebenden Gewalt zu nahe treten, Auslegungen der Reichsgesetze, namentlich des Westphälischen Friedensschlusses, die nur dem Kaiser und Reiche, oder paciscirenden Theilen zustehen, sich anmassen, oder in dahin einschlägige und davon abhängige Dinge, im voraus die Hände einbinden, die Stände mit Erkennung der Processe und Executionen übereilen, unbefugte Cognitionen sich beilegen, und verfassungswidrige Executionen verfügen, ihrer Abhängigkeit von Kaiser und Reich zuwider handeln, und überhaupt, es sey in Justizsachen, oder sonst, nach willkührlichen Grundsätzen, Privatabsichten, fremden Einflüssen, auf eine gesetzlose Weise verfahren, sondern zur Hemmung und Abstellung solcher Miss-

bräuche und Unordnungen alle constitutionsmässige Mittel anz
wenden.

Artikel V.

Wenn die Reichs-Kreise in ihrer Consistenz und Integ
verletzet, in der Freiheit ihrer innerlichen Militär-, Civil-,
öconomischen Verfassung gekränkt, mit unbilligen und ge
widrigen Zumuthungen beschweret würden, oder der Ruhest
in selbigen gestöhret, oder auf andere Weise ihren Gerechtsa
und Einrichtungen, es sey von den Reichsgerichten oder s
Eintrag geschehen sollte, so wollen die paciscirenden hö
Theile auf alle diensame und kräftige constitutionsmässige
sich dessen anzunehmen und dagegen zu verwenden suchen.

Artikel VI.

Wo auch übrigens in irgend einem Stücke der allge
Reichsverfassung Schaden, Gefährde, Eingriffe, Neuer
Kränkung, Bedrükungen und Stöhrungen zu besorgen seyn
nen, solches alles wollen dieselben mit gemeinschaftlichen
drüklichen Maassregeln abzuwenden, zu hemmen und übe
den Ruhestand des ganzen Reichs auf alle Weise zu han
bedacht seyn.

Artikel VII.

Gleichergestalt verbinden und versprechen sich die hö
Contrahenten unter einander auf das sorgfältigste und kräf
dahin zu sehen und sich zu bestreben, dass die Stände des
überhaupt bei ihren Gerechtsamen nach dem Westphäl
Frieden Art. VIII. §. 1, 2 [b]) und der Kaiserlichen Wahl-C
lation Art. IV., auch Art. XXI. §. 5, 6, 7, 8 [c]) durchaus
ten, dabei überall nicht gestöhret noch gekränket, viel we
es sey auf welche Art es wolle, durch Zudringlichkeiten,
gründete Prätensionen, Drohungen oder Thätlichkeiten, un
mässig gedränget oder vergewaltiget werden.

Artikel VIII.

Insonderheit wollen dieselben mit allem Nachdruke
sich bearbeiten, dass die sämmtlichen Stände des Reichs b
völligen unbeschränkten Gebrauch ihrer Stimmfreiheit auf R
Kreis-, Collegial- und Deputations-Conventen verbleiben,

bei dem Besitze ihrer Lande und Leute, und der davon abhängenden Gerechtsamen gegen widerrechtliche eigenmächtige Ansprüche und jede willkührliche aufgedrungene Zumuthungen durchaus gesichert seyn, nicht weniger bei ihren Haus-, Familien- und Successions-Verfassungen gänzlich unbeschwert und ungekränkt gelassen, und selbigen zuwider auf keinerlei Weise beunruhiget werden sollen.

Artikel IX.

Sobald die contrahirenden höchsten Theile bemerken und in Erfahrung bringen, dass in dem einen oder andern Stücke der Reichsverfassung und den Reichsständischen Gerechtsamen entgegen etwas vorgenommen oder intendirt wird, oder zu besorgen stehet, so wollen dieselben sich sofort in ihren Maassregeln vereinigen, und solches mit ihrem ganzen Ansehen, Einflusse und Nachdruke auf reichsconstitutionsmässige Weise, es sey durch Zuspruch, Verwendung, bona officia, Gegenvorstellung, Berichtigung anderer Reichsstände von der Gefahr, Aufforderung der Reichsversammlung, Veranlassung einer Abmahnung des gesammten Reiche, und dergleichen, auf das standhafteste und kräftigste zu hintertreiben suchen, und nach Befinden, wenn diese Mittel nicht hinreichend seyn sollten, über die etwa zu ergreifende weitere reichssatzungs- und verfassungsmässige kräftige und wirksame Maassregeln und Mittel unter einander sich einverstehen, und selbige mit allem Nachdruke und höchster Thätigkeit zur Ausführung und Wirklichkeit bringen.

Artikel X.

Gleichwie die höchsten Paciscenten bei dieser gegenwärtigen Verbindung nichts anders zur Absicht haben, als dass das Reichs-System in seiner gesetzlichen Verfassung erhalten werde, so steht jeglicher Stand des Reichs, ohne Unterschied der Religion, selbiger beizutreten eingeladen *), und mit freundlichem Vergnügen aufgenommen werden.

Artikel XI.

Diese Convention soll von Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Sachsen, von Sr. Königlichen Majestät von Preussen als Churfürsten von Brandenburg, und von Sr. Königlichen Majestät

von Grossbritannien als Churfürsten zu Braunschweig und Lüneburg ratificirt, und sollen die Ratificationen darüber binnen sechs Wochen von dem Tage der Unterzeichnung an, oder wenn möglich, noch früher gegen einander ausgewechselt werden.

Deswegen zu Urkund haben die Eingangs erwähnten bevollmächtigten Minister gegenwärtige Convention, kraft ihrer Vollmachten eigenhändig unterschrieben und mit ihren Petschaften besiegelt.

So geschehen Berlin, den 23. c) July 1785.

(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein
(L. S.) Ewald Friedrich von Herzberg.
(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf und Herr von Hardenberg und Pottendorf.

Zwei geheime Artikel.

a) Demnach in der am heutigen Tage vollzogenen Hauptconvention Art. X. festgesetzt worden, dass andere patriotisch gesinnte Reichsstände zum Beitritt einzuladen; so ist noch verabredet, dass diese Einladung zunächst bei dem Herzog von Pfalz-Zweibrüken, den Fürstlich Sächsischen Häusern, den Markgrafen von Brandenburg-Anspach, dem Herzoge von Braunschweig, den Landgrafen von Hessen-Cassel und Darmstadt, den Markgrafen von Baden, den Herzogen von Meklenburg-Schwerin und Strelitz, ingleichen dem Churfürsten von Mainz und den Königen von Schweden und Dänemark, als Herzogen von Pommern und Holstein, geschehen soll, und wegen der annoch weiter einzuladenden Höfe die höchsten Paciscenten in der Folge sich gemeinschaftlich unter einander sich weiter einverstehen wollen.

Gegenwärtiger geheimer Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen Hauptconvention von Wort zu Wort eingerükt wäre, und gleichergestalt ratificiret, und die Ratification darüber zugleich mit der Ratification über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zu Urkund ist selbiger von den bevollmächtigten

Minister kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterzeichnet und mit ihren Petschaften besiegelt werden.

So geschehen Berlin, den 23. July 1785.

(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf von Zinzendorf und Pottendorf.
(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein.
(L. S.) Ewald Friedrich von Hertzberg.

b) Wie die bekanntermaassen intendirte Austauschung von ern gegen die Oesterreichischen Niederlande nicht allein auf einen Seite der ausdrüklichen Disposition des Barrière-Trac- vom Jahre 1715 Art. II., wie weltkundig ist, und auf der ern Seite den feierlichsten und deutlichsten Verordnungen der lzburgischen Hausverträge, dem von dem gesammten Deutschen che und andern Mächten garantirten Teschenischen Frieden; der darin geschehenen Versicherung sothaner Hausverträge chterdings zuwider läuft, sondern vornehmlich auch, sowohl rachtet der Art und Weise, wie selbige eingeleitet werden , als an sich und in ihren Folgen für die ganze Verfassung Deutschen Reiches, für die Freiheit der angelegenen Kreise, für die Sicherheit aller Stände, nicht anders als äusserst rlich und verderblich seyn kann, inmittelst dieses Vorhaben, es gleich bisher nicht zur Erfüllung kommen mögen, keiwegs ganz bei Seite gesetzt und aufgegeben zu seyn scheint, ern über kurz oder lang wieder vorgenommen werden möchte, rbinden und versprechen Se. Churfürstliche Durchlaucht zu sen, Se. Königl. Majestät von Preussen als Churfürst zu lenburg und Se. Königl. Majestät von Grossbritannien als rfürst zu Braunschweig und Lüneburg, sich kraft dieses, sie in diese Austauschung keineswegs condescendiren, noch e geschehen lassen, vielmehr auf das Nachdrüklichste und allen Kräften sich dagegen setzen, zu dem Ende nebst den Art. IX. der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention führten Maassregeln zuvörderst die von dem Herzoge von elbrüken oder andern Pfälzischen Prinzen zu reclamirende

Leistung der Garantie des Reichs über den Teschenischen Frieden, auf das kräftigste bei der Reichsversammlung und sonst befördern zu helfen, und allenfalls wenn solches nicht zureichen, noch die gehoffte Wirkung hervorbringen sollte, wegen fernerer, den Reichssatzungen und der Reichsverfassung gemäß, dagegen zu ergreifenden kräftigen Maassregeln und Mitteln sich weiter vereinbaren und zusammensetzen, und solche mit möglichster und vereinigter Wirksamkeit ausführen wollen. Ebenso wenig wollen Dieselben andere ähnliche Projecte von Ländertauschen in Deutschland, oder Säcularisationen oder Zergliederungen unmittelbarer deutscher geistlicher Stifter, welche von jemand, wer es auch sey, entworfen seyn oder werden mögen, und nothwendig in Ansehung ihrer Beschaffenheit und ihrer Folgen auf eine Zerrüttung des Reichs-Systems hinausgehen, Ihres Orts gestatten und geschehen lassen, vielmehr auf gleiche Art und Weise zu verhindern und zu hintertreiben suchen, und nach Befinden, wegen der erforderlichen Maassregeln sich näher einverstehen.

Gegenwärtiger geheimer Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerücket wäre, auch gleichergestalt ratificiret; und die Ratification darüber zugleich mit der Ratification über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zu Urkund ist selliger von den bevollmächtigten Ministern Kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 23. July 1785.

(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf von Zinzendorf und Pottendorf.
(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein.
(L. S.) Ewald Friedrich von Hertzberg.

Geheimster Artikel.

Dafern nun einer oder der andere der Fälle, welche in dieser Convention enthalten sind, eintreten, und besonders, wenn etwa der Tausch von Baiern auf eine widerrechtliche Art durchgesetzt, oder der Fall seiner eigenen Beschaffenheit und Wichtigkeit wegen, oder auch in Ansehung der für die Reichsverfassung davon mit Grunde zu befürchtenden nachtheiligen Folgen von den paciscirenden Theilen nach gepflogener gemeinsamer Ueberlegung (welche sie sich ausdrüklich vorbehalten, und durch die solche Separat-Unterhandlung ihre Maassregeln, deren genauere Bestimmung nach der Beschaffenheit der Umstände abzufassen, demnächst mit einander vereinigen wollen) dergestalt befunden werden sollte, dass bei Entstehung gütlicher Mittel, ein grösseres Unheil zu vermeiden, zu Anwendung thätiger Hilfe geschritten werden müsste; so wollen die contrahirenden hohen Theile das aus jener vorbehaltenen Ueberlegung entstehende Resultat, als den *casum foederis* bestimmend ansehen, wenn dergleichen Austausch oder andere widerrechtliche Occupation von Baiern, wie auch andere dergleichen in dieser Convention und ihren geheimen Artikeln angeführte Reichs-Constitutionswidrige Unternehmungen, durch alle Reichsverfassungsmässige Mittel, und im Nothfall, wenn solches nach abgemeldeter gemeinsamer Ueberlegung der Wichtigkeit des Gegenstandes, der Nothdurft, und denen Umständen angemessen befunden würd, mit allen Kräften und vereinigter Macht hintertreiben, und jedes vergewaltigtes Mitglied des Reichs bei seinem Besitzstande zu schützen suchen, oder dafern einem oder anderen der hohen Paciscenten dieser gegenwärtigen Verbindung halber, oder namentlich wegen derselben, oder sonst aus Hass gegen Krieg, Unrecht, Schaden oder Beleidigung von irgend einem Reich, Staat oder einer Macht zugefügt, und feindseelige Thätlichkeit angedrohet, oder wirklich gegen ihn ausgeführt würde, so sollen und wollen die andern contrahirenden Theile, sobald sie davon benachrichtiget sind, ein jeglicher und alle insgesammt, zuvörderst ihre *bona officia* mit allem Nachdruk an-

wenden, um den beleidigten Theil Recht und Genugthuung zu verschaffen, und den Gegentheil dazu und zur Enthaltung von aller Benachtheiligung zu vermögen.

Wenn aber diese *bona officia* nicht hinreichen, um sothanen Zweck zu erfüllen, und einer der paciscirenden Theile aus dem angeführten Anlass in seinen Landen feindlich angegriffen, oder vergewaltiget werden sollte; so versprechen auf den Fall der andern höchsten Paciscenten ohnverweilt, und sobald es nur immer möglich ist, auch längstens binnen zwei oder höchstens drei Monaten, nach der ihnen von dem angegriffenen oder vergewaltigten Theil deshalb geschehenen Requisition, zu der wechselseitigen Vertheidigung Ihrer in dem deutschen Reichsverbande begriffenen Lande, und in dem Bezirk derselben, in sofern die Beschützung der eigenen Gränzen, und das davon zugleich abhangende gemeinsame Wohl der übrigen verbundenen Mächte gestattet, sich einander auf ihrer der hülfeleistenden Theile Kosten folgende thätige Hülfe zu geben: als Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen 12,000 Mann Infanterie und 3,000 Mann Cavallerie; Se. Königl. Majestät von Preussen als Churfürst von Brandenburg 12,000 Mann Infanterie und 3,000 Mann Cavallerie; Se. Königliche Majestät von Grossbritannien als Churfürst von Braunschweig und Lüneburg 12,000 Mann Infanterie und 3,000 Mann Cavallerie, auch nach Befinden diese Hülfe noch weiter zu vermehren, und im Nothfall nach einem den jedesmaligen Zeitumständen und der Lage ihrer Länder gemässen, in möglichster Geschwindigkeit sodann näher zu concertirenden, auszuführenden Operations-Plan mit allen ihren Kräften und einigter Macht sich einander beizustehen, bis von dem Beleidiger dem angegriffenen Theile völlige Erstattung und Genugthuung verschafft seyn wird.

Gegenwärtiger geheimster Artikel soll gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn er der am heutigen Tage unterzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerükt wäre, auch auf gleiche Weise ratificirt und die Ratification darüber mit der Ratification über jene zu gleicher Zeit ausgewechselt werden. Dessen zu Urkund ist selbiger von den bevollmächtigten

stern Kraft ihrer Vollmachten eigenhändig unterschrieben und mit ihren Petschaften besiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 23. Juli 1785.

(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf von Zinzendorf und Pottendorf.
(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein.
(L. S.) Ewald Friedrich von Hertzberg.

Drei Separat- und geheime Artikel.

Erster Separat- und geheimer Artikel.

Nach demmalen, unter den in der Folge der Zeit über kurz r lang dem Deutschen Reiche bevorstehenden Begebenheiten, e künftige Römische Königswahl von vorzüglich grossem Be- ken und hoher Wichtigkeit ist, so versprechen und verbinden Se. Churfürstliche Durchlaucht zu Sachsen, Se. Königliche jestät von Preussen, als Churfürst von Brandenburg, und Königliche Majestät von Grossbritannien als Churfürst von nschweig und Lüneburg, dass Sie allerseits, wenn der Fall tehet, oder eine Römische Königswahl eingeleitet und auf Bahn gebracht werden sollte, es sey bei Lebzeiten des regie- den Kaisers Majestät, oder bei etwa erledigtem Kaiserlichen on dieserhalb wegen der Frage *an*? als wegen der Frage *modo*? ein gemeinschaftliches Einverständniss pflegen, einer e den andern nicht darauf eingehen, noch sich von einander nen, sondern ein festes, genaues, freundschaftliches Concert achten, und in selbigem hiebei durchaus unverbrüchlich zu rke gehen wollen.

Zweiter Separat- und geheimer Artikel.

Gleichergestalt wollen gedachte drei contrahirende höchste eile, die bei einer künftigen Römisch-Königlichen Wahl-Capi- tion anzubringenden *monita* und zu urgirenden Zusätze und änderungen je eher je lieber im Voraus unter einander ver- nlich überlegen, sich darüber vereinigen, und solche bei Er-

richtung der künftigen Wahl-Capitulation in gemeinschaftlicher, geschlossener Uebereinstimmung zu befördern und geltend zu machen suchen, insonderheit unter andern dahin sehen, daß neben dem Westphälischen und andern Reichs-Friedensschlüssen auch der vom gesammten Deutschen Reich genehmigte Teschnische Friede vom Jahr 1779 in sothaner Wahl-Capitulation namentlich mit angezogen und bekräftiget werde.

Dritter Separat- und geheimer Artikel.

Dafern vielleicht von einem und dem andern Deutschen Fürstlichen Hof die Einrichtung einer neuen Chur-Würde sich gesucht, oder etwa dergleichen von dem Kaiserlichen Hofe selbst, oder sonst einem andern Hofe eingeleitet oder vorgeschlagen werden möchte, so versprechen höchstgedachte contrahirende Theile darüber eine vollständige, unbeschränkte vertrauliche Communication mit und gegen einander zu beobachten und nichts anders, als im gemeinsamen Einverständniss und Vertrauen hierüberhalb zu tractiren, noch darauf sich einzulassen.

Gegenwärtige Separat- und geheime Artikel, so viel geheim zu halten, sollen gleiche Kraft und Verbindlichkeit haben, als wenn sie der am heutigen Tage vollzogenen Haupt-Convention von Wort zu Wort eingerükt wären, auch gleichergestalt ratificiret, und die Ratificationen darüber zugleich mit den Ratificationen über jene gegenseitig ausgewechselt werden.

Dessen zu Urkund sind selbige von den bevollmächtigten Ministern kraft der einander ausgehändigten Vollmachten unterschrieben, und mit ihren Petschaften besiegelt worden.

So geschehen Berlin, den 23. Juli 1785.

(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf von Zinzendorf und Pottendorf.
(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein.
(L. S.) Ewald Friedrich von Hertzberg.

Noch ein Separat-Artikel.

In Ansehung der Titul, welche bei Gelegenheit der gegenwärtigen Unterhandlungen, in den Vollmachten, den Tractaten selbst, oder sonst gebraucht, oder von einem und dem andern alle ausgelassen worden, auch bei den künftigen Ratificationen, Beitritts-Acten oder sonst gebrauchet, oder ausgelassen werden möchten, wird ausdrüklich verabredet und festgestellet, dass solcher Gebrauch oder Nichtgebrauch den Rechten keines Theils nachtheilig seyn, noch darwider jemals angezogen, oder etwas nachtheiliges daraus gefolgert werden, auch die dermalige Art der Unterschriften in allen künftigen Fällen, wo unter Mitgliedern des Churfürstlichen Collegii als Churfürsten gehandelt und geschlossen wird, der Beobachtung der Collegial-Ordnung, so wie bei den Verhandlungen, also auch bei den Unterschriften dergestalt unnachtheilig seyn, und darwider niemals angezogen werden solle.

Dieser Separat-Artikel soll eben die Kraft haben, als wenn solche der Convention selbst wörtlich einverleibet wäre, auch von den höchsten Contrahenten selbst gleichergestalt ratificiret werden.

Dessen zu Urkund haben die Bevollmächtigten der drei verbundenen Höfe diesen Artikel besonders ausfertigen lassen, unterschrieben und besiegelt.

So geschehen Berlin, den 23. Juli 1785.

(L. S.) Ludwig Friedrich von Beulwitz.
(L. S.) Friedrich August Graf von Zinzendorf und Pottendorf.
(L. S.) Carl Wilhelm Graf von Finkenstein.
(L. S.) Ewald Friedrich von Hertzberg.

a) Noch bei Lebzeiten Kaisers Franz I. wurde dessen Sohn, Erzog Joseph, zu dessen Nachfolger unter dem herkömmlichen Titel eines „römischen Königs“ gewählt, und erhielt also nach Franz I. im Jahre 1765 erfolgtem Tode die Deutsche Kaiserwürde. Maria Theresia hatte ihn zwar zum Mitregenten der österreichischen Monarchie erklärt, gestattete ihm indessen keinen bedeutenden Antheil an den Regierungsgeschäften. Joseph II.,

lebhaft wünschend, sich durch grosse Thaten und Verbesserung vor seinen Vorfahren auszuzeichnen, richtete daher seine Thätig um so mehr auf das Wahlreich. Die eigenthümliche Verfassung in mehr als dreihundert einzelne Gebiete abgetheilten, Deut Reiches setzte ihm indessen nicht unbedeutende Hindernisse entg Selbst die wenigen dem Kaiser vorbehaltenen Rechte waren mann fach beschränkt, über alle wichtigern Gegenstände z. B. allge Gesetzgebung, Krieg und Frieden etc. konnte das Reichsobe nur gemeinschaftlich mit den Reichsständen Beschlüsse fassen. einzelnen Gebiete wurden theils von erblichen, theils von gew Fürsten, theils auch republicanisch mit allen Hoheitsrechten un giger Staaten regiert und kein Theil des Deutschen Bodens bl unmittelbaren Regierung des Kaisers übrig. Joseph's II. A und Unternehmungen im Deutschen Reiche führten daher zu erheblichen Resultaten. Vergl. darüber:

Christian Wilh. v. Dohm, Denkwürdigkeiten meine oder Beiträge zur Geschichte vom letzten Viertel des achtz und vom Anfang des neunzehnten Jahrhunderts, 1778 bis 3. Bd. (Lemgo und Hannover, 1817, 8.). S. 3—32.

Maria Theresia starb im Jahre nach dem Abschlusse de dens zu Teschen (29. November 1780) und ihr Sohn Joseph II. ihr auf den Erbthronen der österreichischen Monarchie. D wurde besonders seit dieser Zeit gleichgültiger gegen die Ang heiten des Deutschen Reiches, und beschäftigte sich nun fa schliesslich mit denen seiner Erbmonarchie. Das Erzhaus hatte den Teschener Frieden allen Ansprüchen auf Baiern entsagt; d ren Hausverträge, welche jede Zertheilung dieses Landes ver waren bestätiget und von Oesterreich, Preussen, Russland, reich und dem ganzen Deutschen Reiche garantirt. Demunge fasste Joseph II. von Neuem den Plan, den Churstaat Bai erwerben und dadurch seine Monarchie zu arrondiren. Es w dabei nicht entgangen, dass die von Oesterreich durch die Fri schlüsse zu Utrecht und Baden (1713 und 1714) erworbenen belg Provinzen, ungeachtet ihres Wohlstandes und ihrer bede Volkszahl, doch immer, — bei ihrer Entfernung von dem Mittel der Monarchie, — die schwache Seite derselben bildeten. S war daher, die belgischen Provinzen, mit alleiniger Ausnah Grafschaft Namur und des Herzogthums Luxemburg, gegen an den Churfürsten von Pfalz-Baiern zu vertauschen, da nächst den Titel eines Königs von Burgund annehmen sollte.

Dieser Antrag wurde dem Churfürsten Carl Theodor durch den kaiserlichen Gesandten Grafen Lehrbach gemacht, und es ist wahrscheinlich, dass er seine Einwilligung gegeben habe, obgleich er dies gegen seine Landstände in Abrede stellte.

Die Kaiserin von Russland, Catharina II., welche nach dem Ablaufe der zweiten acht Jahre ihres Bündnisses mit Friedrich II. (im Jahre 1780) dasselbe nicht erneuert, sondern seit dieser Zeit den politischen Interessen Kaiser Joseph's II., der seiner Seits den so bedeutenden Fortschritten Russlands gegen die Pforte ruhig zugesehen, — sich genähert hatte, war mit dem gedachten Tausche einverstanden. Ihr Gesandter bei dem oberrheinischen Kreise, Graf Nicolaus Romanzow, gab dem Herzoge Carl von Zweibrücken folgende mündliche Erklärung: „Kaiser Joseph II. habe dem Churfürsten Carl Theodor antragen lassen, sämmtliche baierische Lande gegen die österreichischen Niederlande, nur mit Ausschluss von Luxemburg und Namur, dagegen mit Inbegriff der Vortheile, welche der Kaiser durch den bevorstehenden Frieden mit Holland erhalten werde, abzutreten. Diesen Niederlanden sollte der Namen eines Königreichs Burgund beigelegt werden; der Churfürst sollte aber alle Stimmen, die jetzt von den abgetretenen baierischen Landen auf dem Reichstage geführt würden, behalten; überdiess sollte der Churfürst für seine Einwilligung eine und eine halbe Million, der Herzog aber eine Million, und dessen Bruder, Prinz Maximilian, eine halbe Million Gulden für ihre Beistimmung erhalten, wogegen der Kaiser sich ausbedinge, alle Truppen und alle Artillerie, welche sich jetzt in den Niederlanden befänden, und auch in Baiern alle National-Truppen zu behalten, so dass dem Churfürsten nur die pfälzischen und in anderen Ländern geborenen Soldaten, welche jetzt in Baiern wären, verblieben. Auch behalte der Kaiser sich das Recht vor, in den Niederlanden nach Gefallen Gelder zu negociiren. Jeder Theil sollte die auf den Ländern, welche er bekomme, haftenden Schulden übernehmen. Carl Theodor habe in diesen Tausch bereits gewilliget, die Kaiserin von Russland verlange jetzt, im Namen ihres Bundesgenossen, des Deutschen Kaisers, auch des Herzogs Zustimmung, und rathe sehr, sie zu geben, da der Antrag für ihn und sein Haus so vortheilhaft sey."

Noch vor Ablauf der ihm gesetzten Bedenkzeit von acht Tagen erklärte Herzog Carl in einem an den russischen Gesandten erlassenen Schreiben: „er werde nie in irgend eine Vertauschung der Länder seines Hauses willigen." Zugleich übersandte er eine ausführliche Denkschrift darüber an die Kaiserin von Russland, und bat sie, der

von ihr übernommenen Garantie des Teschener Friedens gemäss, von diesem Plane abzustehen. Er nahm dabei von Neuem die Hülfe Friedrich's II. in Anspruch, der auch durch seinen Gesandten, dem Grafen v. Görz die Sache Baierns mit Eifer vertheidigen liess. Die Kaiserin antwortete darauf: „sie sey weit entfernt, dem Frieden von Teschen entgegen zu handeln, habe den Tausch für beide Theile vortheilhaft gehalten, da aber der Herzog die Sache anders betrachte, so verstehe sich von selbst, dass von derselben nicht weiter die Rede seyn könne, auch der Deutsche Kaiser werde darauf nicht weiter bestehen.“ Auch der König von Frankreich, als Mitgarant des Teschener Friedens, gab eine ähnliche Antwort, und liess gleichzeitig dem Könige von Preussen versichern: „der Kaiser sey wegen des Widerspruches des Herzogs von Zweibrüken von diesem Plane zurükgekommen.“ Allein Joseph II. selbst gab in dieser Hinsicht keine bestimmte Erklärung.

Wenn auch die Erklärungen der beiden Garants einigermassen beruhigen konnten, so hatte das Geschehene doch einmal die Aufmerksamkeit erregt und die Gefahr schien nur für den Augenblik entfernt. Diese Lage Deutschlands und die Gefahren, welche dessen Verfassung bedroheten, veranlassten Friedrich II. im März 1785 die Churfürsten von Sachsen und Hannover zu einem Bunde einzuladen, welcher die Aufrechthaltung der Integrität und Verfassung des Deutschen Reiches bezwecken sollte. Er fühlte, dass die tief erschütterte Verfassung desselben eines neuen Stützpunktes in seiner eigenen Mitte bedürfe. Russland und noch mehr Oesterreich suchten die Abschliessung des Bundes zu verhindern, jedoch vergebens. Der Deutsche Fürstenbund wurde am 23. Juli desselben Jahres unterzeichnet.

Des von Oesterreich beabsichtigten Ländertausches wurde nur in den Separat-Artikeln gedacht, auch schien Joseph II. den Gedanken daran für jetzt aufgegeben zu haben. Es wird sogar versichert, der Churfürst Carl Theodor aller wegen des Tausches eingegangenen Verbindlichkeiten ausdrüklich entbunden worden sey. So erhielt Friedrich II., welcher ein Jahr nach dem Abschlusse des Bundes (17. August 1786) starb, dem pfälzischen Hause zum zweiten Male sein altes Erbland und vereitelte, ohne sich einem neuen Kriege auszusetzen, durch seine Staatskunst den, von den beiden mächtigsten Höfen Europa's begünstigten, Plan Joseph's II.

Vergl: Chr. W. v. Dohm a. a. O. Bd. 3. S. 46—153.

b) S: Nr. I. dieses Bandes. S. 40.

c) S: F. M. Oertel, die Staatsgrundgesetze des Deutsch-

chs etc. S. 473—481, 544—546. Es lautet namentlich §. 1 des t. IV. der Wahl-Capitulation Kaiser Franz II. (Frankfurt, 1792) folgt:

„In allen Berathschlagungen über die Reichsgeschäfte, insonderheit diejenigen, welche in dem *Instrumento Pacis* namentlich exprimirt, und dergleichen, sollen und wollen Wir die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reichs ihres *juris suffragii* sich gebrauchen lassen, und ohne derselben reichstägige freie Beistimmung in selbigen Dingen nichts vornehmen noch gestatten."

d) Es war ein abermaliger Beweis von Friedrich's II. Staatsheit, dass er den Bund vorläufig nur mit den gedachten beiden höfen abschloss. Hätte er gleich Anfangs mehrere deutsche Fürsten chen wollen, so würde theils die Auswahl derselben mancher ierigkeit unterworfen gewesen seyn, theils aber auch ihre verdenen Ansichten und Wünsche die Unterhandlungen in die Länge gen und deren Zweck vielleicht gar vereitelt haben.

Vergl: Chr. W. v. Dohm a. a. O. Bd. 3. S. 82, 83.

die Fürsten Deutschlands schlossen sich demnächst dem Bunde an. l:

cessions-Acten des Herzogs Carl von Zweibrücken und seines Bruders, des Prinzen Maximilian von Zweibrücken, d. d. Darmstadt, den 4. October 1785.

Chr. W. v. Dohm a. a. O. Bd. 3. S. 197—200.

de Martens recueil etc. Nouv. Suppl. Tom. I. p. 234—236.

cessions-Acten des Churfürsten-Erzbischofes von Mainz, Friedrich Carl Joseph, und seines Coadjutors, d. d. Aschaffenburg, den 18. October 1785, und Mainz, den 6. ni 1787.

Chr. W. v. Dohm a. a. O. Bd. 3. S. 200—206.

de Martens recueil etc. Nouv. Suppl. Tom. I. p. 241, 242.

erner traten bei: die Herzöge von Sachsen-Weimar, sen-Gotha, Mecklenburg, Braunschweig, die Mark- von Ansbach und Baden, der Landgraf von Hessen-el, die Fürsten von Anhalt und Osnabrük etc.

gl: Comte de Hertzberg, recueil etc. Tom. II. p. 376.

e) In Häberlin's Staats-Archiv (Bd. I. 1796. Heft 3. S. 306— wo sich einer der ersten Abdrüke der Urkunde des Fürstenes findet, ist dieselbe irrthümlich vom 20. Juli datirt. Uebrigens dieser Abdruk mehrfach von dem bei Chr. W. v. Dohm

a. a. O. Bd. 3. S. 185 u. f. ab, welcher nach beglaubigten Abschrift des im Königl. Preussischen Archive zu Berlin aufbewahrten Origin veranstaltet, und nachher in de Martens recueil etc. (ed. 2) To IV. p. 18 etc., Tom. V. etc. 116 etc., jedoch mit vielen Unrichtigkeit übergegangen ist.

Ueber den Deutschen Fürstenbund ist viel geschrieben, v namentlich:

Chr. W. v. Dohm, über den Deutschen Fürstenbund, schrieben zu Ende des Jahres 1785, in:
dessen Denkwürdigkeiten etc. Bd. 3. S. 220—364.

Johannes v. Müller's sämmtliche Werke etc. Heraus von Joh. Georg Müller. Theil 9 (Tübingen 1811, 8.): „S ten zur Geschichte des teutschen Fürstenbun

Tableau de la Confédération Germanique. 1789. 8.

S. auch:

J. L. Klüber, neue Literatur des teutschen Staatsrechts S. 489.

J. A. Reuss, teutsche Staatskanzlei etc. Tom. XIII. S. 19

B.

Vorläufige Grundlinien zu einer neuen Constitution für das nördliche Deutschland, unter dem Namen des nordischen Reichsbundes, am 21. August 1806 dem churfürstl. sächsischen Minister Grafen von Geertz mitgetheilt von dem königl. preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Haugwitz *).

Artikel I.

Zweck des Bundes: Sicherheit von Aussen und im Innern. Die drei vorzüglichsten Glieder sind Preussen, Sachsen und Hessen.

Artikel II.

Preussen nimmt die Würde eines Kaisers von Norddeutschland an, Sachsen und Hessen die Königswürde.

Artikel III.

Die übrigen Mitglieder sind:

a) Dänemark wegen Holstein;
b) Schweden wegen Pommern;
c) Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg, Sachsen-Hildburghausen;
d) Braunschweig;
e) Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz;
f) Oldenburg;

g) der Fürst von Fulda;
h) die Reichsstädte Hamburg, Bremen und Lü-
beck.

Artikel IV.

Den Titel „Grossherzog" nehmen an:
die älteste herzoglich Sächsische Linie,
der Herzog von Braunschweig,
die älteste herzoglich Mecklenburgis
Linie,
der Herzog von Oldenburg.
Der Fürst von Oranien-Fulda wird Herzog.

Artikel V.

Das Berliner Cabinet ladet in seinem Namen und im Na
der beiden Mitpaciscenten (der Churfürsten von Sachsen
Hessen) sämmtliche Stände zum 15. October zu einem C
gress nach Dessau ein, um unter Preussens Vorsitz
förmliche Verfassungs-Urkunde zu entwerfen. Vorläufig we
als Hauptpunkte derselben aufgestellt:

Artikel VI.

Preussen, Sachsen und Hessen haben das Dire
rium des Bundes. Alle Anträge werden an das Directo
und von diesem zur Dictatur gebracht. Ueber die Stimme
der drei paciscirenden Höfe wird man sich vergleichen.

Artikel VII.

Sämmtliche Bundeslande werden in drei Kreise geth
den Brandenburgischen, Sächsischen und Hessischen.

Der Brandenburgische Kreis umschliesst, ausser
eigenen Preussischen Provinzen, Mecklenburg, Schwed
Pommern, Holstein, Oldenburg und das Fürstenthum Lübeck.
Preussischen Landeshoheit wird der südliche Theil der fürs
und gräflich Reussischen Länder unterworfen.

Artikel VIII.

Der Sächsische Kreis begreift, ausser den eigenen
sächsischen Besitzungen, sämmtliche Sächsische Herzogth

die Länder des Hauses Anhalt, die Grafschaft Henneberg. Der nördliche Theil der gräflich Reussischen Länder und die Grafschaft Schwarzburg werden der Sächsischen Landeshoheit unterworfen.

Artikel IX.

Der Hessische Kreis enthält, ausser den eigenen Landen, das Fürstenthum Fulda und die zugleich unter Hessische Landeshoheit kommenden Grafschaften Waldek, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg, die Grafschaft Schlitz, Pyrmont, Röttberg und Rheda.

Artikel X.

Alle Reichsritterschaftliche Besitzungen werden von den Landesherren, in deren Länder sie liegen, mediatisirt.

Artikel XI.

Die Besitzungen der deutschen Ritterorden fallen den Landesherren, in deren Gebieten sie liegen, als Eigenthum zu. Die Präbendirten werden pensionirt; auch wird ein Pensionsfond für die verdienten Männer aus den Einkünften gebildet.

Artikel XII.

Die Reichsstädte sind der höchsten Gerichtsbarkeit des Bundes und der oberherrlichen Aufsicht ebenso unterworfen, wie vorher der des Kaisers und Reichs. Sie sind allezeit neutral und conscriptionsfrei, bezahlen aber dafür Charitativ-Subsidien.

Artikel XIII.

Dem Oberhaupte des Bundes stehen alle Vorrechte des Deutschen Kaisers in den Ständischen Ländern zu. Im Falle der Minderjährigkeit des Regenten üben Sachsen und Hessen abwechselnd die Rechte des Bundesoberhaupts aus.

Artikel XIV.

Bei einem auswärtigen Angriffe sind sämmtliche Stände die ganze Masse ihrer Mittel dem Bunde schuldig. Sie dürfen keine Verbindungen mit andern Staaten eingehen, welche dem Bunde gefährlich werden können. Die reguläre und gewöhnliche Militairmacht des Bundes ist 240,000 Mann. Dazu stellen:

a) Preussen mit Mecklenburg und Braunschweig 165,000
b) Sachsen mit den Herzoglichen Häusern und Anhalt 35,000
c) Hessen und Fulda 22,000
d) Dänemark und Oldenburg 12,000
e) Schweden 6,000
Summa: 240,000

Artikel XV.

Die Fürsten, welche in Absicht der Stellung der festge... ten Militairmacht sich mit einander vereinigen, treffen ein ... liches Abkommen unter sich.

Artikel XVI.

Der Congress wird die Mittel bestimmen, die säum... Stände zur Erfüllung ihrer übernommenen Verpflichtungen ... cutorisch anzuhalten.

Artikel XVII.

Die Militairmacht jedes Kreises steht unter dem Comm... des Standes, von welchem der Kreis den Namen führt. In Kr... zeiten steht das ganze Bundesheer unter den Befehlen des Bu... Oberhaupts. Die ganze Militair-Einrichtung wird auf dem ... descongresse durch die von Preussen, Sachsen und Hesse... auftragten Militairpersonen näher bestimmt.

Artikel XVIII.

Die Polizei- und Justizverfassung soll, ohne unnütz... schränkung der bereits bestehenden Anstalten, in den ein... Ländern eingerichtet werden.

Artikel XIX.

Die Ausführung der Congressbeschlüsse über allg... Polizeigegenstände wird jedem Landesherren im Einzel... jedem Kreisdirector im Ganzen überlassen.

Artikel XX.

Es soll ein nordisches höchstes Bundesgr... errichtet werden, mit dem Sitze in einer der drei Hanse...

Artikel XXI.

Bestimmungen in Betreff der Klagen gegen die Regenten bei dem Bundesgerichte und des Recurses von diesem an den Bundescongress.

Artikel XXII.

Die Execution der Urtheile, so wie die Regulirung des ständischen Schuldenwesens werden nach den Aufträgen des Bundesgerichts von den Kreisdirectoren geführt und vollzogen.

Artikel XXIII.

Streitigkeiten der Stände unter sich sollen durch Compromisssprüche entschieden werden. Dem Congresse wird die Sache vorgelegt; der Beklagte wählt zwei Gesandte als Compromissrichter; der Kläger fügt den dritten hinzu. Diese drei entscheiden *pro arbitrio boni viri*, und wenn sie sich nicht vereinigen können, durch einen vom Congress gewählten Obmann. Die Ausfertigung des Spruchs geschieht im Namen des Congresses. Appellation findet nicht Statt.

Artikel XXIV.

Gleich nach Auswechselung der Ratificationen [b]), die noch vor dem letzten August 1806 Statt finden soll, ist diese Vereinigung von den drei paciscirenden Höfen den Kaiserhöfen zu Wien, Paris und St. Petersburg bekannt zu machen, so wie den im Art. III. genannten Bundesständen, mit der im Art. V. festgesetzten Einladung zum Beitritt und zur Versammlung des Congresses, abschriftlich mitzutheilen.

a) Das nördliche Deutschland war, nachdem die Rheinbunds-Acte am 12. Juli 1806 zu Paris unterzeichnet worden und Franz II. am 6. August desselben Jahres die Deutsche Kaiserkrone niedergelegt hatte, seinem eigenen Schiksale überlassen. Die Churfürsten von Sachsen und Hessen waren, nächst dem Könige von Preussen, die mächtigsten Fürsten desselben. Napoleon hatte sich gegen letzteren erklärt, dass er der Stiftung eines norddeutschen Bundes nicht hinderlich seyn wolle, dem ungeachtet bestanden zwischen beiden Missverständnisse, welche keine friedliche Lösung erwarten liessen. Ausserdem befand sich Preussen, wegen der

Besitznahme Hannovers, mit England noch im Kriegsstande (der Frieden wurde erst am 28. Januar 1807 zu Memel geschlossen), während die Verdrängung der schwedischen Truppen aus dem Lauenburgischen zwischen Gustav IV. und dem Könige von Preussen ein gespanntes Verhältniss herbeiführte. Der Kaiser Alexander gab seinen Truppen Befehl, zur Unterstützung Preussens aufzubrechen.

Bereits unterm 25. Juli 1806 erliess der König von Preussen an den Churfürsten von Sachsen die Einladung zu einem dem Rheinbunde entgegen zu setzenden Föderativsysteme, welches aus einer nähern Verbindung zwischen Preussen, Sachsen und Hessen bestehen und deren jedes eine Art von Protection über die kleineren Staaten übernehmen sollte.

Der Churfürst von Sachsen antwortete unterm 30. Juli: „er sey bereit, eine durch die Erbverbrüderung zwischen Sachsen, Brandenburg und Hessen und durch die deutsche Association bereits begründete, nähere Verbindung einzugehen, wünsche aber die Mittheilung des Planes derselben; der Graf v. Görtz, mit Instruction und Vollmacht versehen, werde unverzüglich auf seinen Gesandtschaftsposten nach Berlin zurükkehren.“ — Der letztere war zunächst beauftragt, über das Verhältniss zwischen Frankreich und Preussen nähere Erkundigung einzuziehen, „da der Churfürst zwar die Behauptung der noch nicht ganz zerstöhrten Deutschen Verfassung und daher Erneuerung der Erbverbrüderung und der Deutschen Association, nicht aber Frankreich durch Abschliessung eines andern Bündnisses Verdacht zu geben wünsche.“ Ausserdem war der Churfürst der Ansicht, auch Oesterreich müsse zugezogen und auch Russland zur Theilnahme veranlasst werden, falls letzteres nicht durch den zu Paris unterzeichneten Frieden daran verhindert würde.

Der Graf v. Haugwitz, welcher von dem Könige von Preussen zu den betreffenden Unterhandlungen bevollmächtigt war, lehnte, wenigstens für jetzt, jede Zuziehung Oesterreichs und Russlands ab, „denn Preussen sey von Napoleon eingeladen worden, im nördlichen Deutschland einen ähnlichen Bund zu stiften, wie der Rheinbund im südlichen bestehe, und Napoleon werde sich die Veränderung der Würden der Mitglieder desselben, als eine Folge davon, gefallen lassen.“ Graf Haugwitz theilte dem Grafen Görtz ferner mit, dass er ihm den Entwurf des Vertrages mit Hessen vorlegen wolle, um denselben, zur gemeinschaftlichen Vertheidigung, bald zum Abschluss zu bringen; die neue Gestaltung der norddeutschen Verfassung aber, welche mehr Zeit und Erwägung erfor-

dre, seine Nachfolgen und werde der Churfürst, als Chef des sächsischen Hauses, ersucht, die sächsischen Herzoge zum Beitritt einzuladen. Zugleich stellte er anheim, ob der Churfürst nicht sogleich die königliche Würde annehmen wolle (was als Artikel in den Bundesvertrag aufzunehmen sey); auch dem Churfürsten von Hessen sey die Königswürde angetragen, derselbe habe indessen zunächst einen Länderzuwachs gewünscht und erklärt, dass er sich hinsichtlich der angetragenen königlichen Würde nach dem Churfürsten von Sachsen richten werde.

Später gab Graf Haugwitz dem churfürstlich sächsischen Gesandten die Versicherung, dass der König von Preussen nicht auf die, früher gewünschte, Gewährleistung Hannovers von Sachsen bestehe, sie indessen die Stellung der Franzosen in Deutschland einen schleunigen Abschluss des Bundes erfordere.

Am 9. August legte er dem Grafen Görtz sowohl den Entwurf zu dem Bündnisse mit dem Churfürsten von Hessen, als auch den Plan zu dem norddeutschen Bunde vor, und theilte ihm sogleich auf die Frage: in welcher Weise Napoleon die Bildung eines norddeutschen Bundes genehmigt habe, nachstehende Stelle aus einer Depesche des Marquis Luchesini mit:

„Le Prince de Bénévent ajouta, que l'Empereur, en faisant part à la Prusse de cet événement (la formation de la confédération du Rhin), voulait en même temps, que je fisse connaitre à Votre Majesté l'attente, où l'Empereur était de voir naitre sous les auspices de la Prusse une pareille association pour le nord de l'Allemagne; que Votre Majesté se plaçant à la tête de cette confédération prendrait et ferait prendre à Ses principaux Coétats les titres et le rang, qu'Elle jugerait convenables."

Dies war die Lage der Verhandlungen, als Marquis Luchesini aus Paris meldete: „Napoleon unterhandle mit dem englischen Minister über die Restituirung Hannovers und schiene Willens, von Preussen noch fernere Abtretungen (Baireuth etc.) zu verlangen." Der König von Preussen gab hierauf Befehl, die Beurlaubten einzurufen und die Armee auf den Kriegsfuss zu setzen.

Zu gleicher Zeit wurde, nach wiederholten Besprechungen mit dem Hrn. v. Hänlein, dem Redacteur eines neuen Entwurfs zur Organisation des norddeutschen Bundes, und dem Grafen v. Görtz und dem churhessischen Gesandten v. Waitz, dieser Entwurf von dem Grafen v. Haugwitz dem Grafen v. Görtz (21. August) unter dem Titel mitgetheilt:

„Vorläufige Grundlinien zu einer neuen Constitution für das nördliche Deutschland, unter dem Namen des nordischen Reichsbundes."

Vergl: K. H. L. Pölitz, die Regierung Friedrich Augusts, Königs von Sachsen, Th. I, S. 277 u. f.

b) Während der Churfürst von Sachsen wegen seines Beitritts noch Anstand nahm, unterzeichnete der churhessische Gesandte v. Waitz, im Namen des Churfürsten von Hessen in den letzten Tagen des Augusts einen Allianzvertrag mit Preussen. (Derselbe wurde indessen von dem Churfürsten von Hessen nicht ratificirt. Letzterer war von Napoleon eingeladen, dem Rheinbunde beizutreten, und ihm, unter dieser Bedingung, das oranische Fürstenthum Fulda versprochen worden.)

Vergl: K. H. L. Pölitz a. a. O. Th. I. S. 281 u. f.

Der Graf v. Görtz erklärte am 24. August, im Auftrage des Churfürsten von Sachsen, dem Grafen v. Haugwitz in Betreff der von dem Cabinet zu Berlin erhaltenen Mittheilungen: „die Organisation des nördlichen Deutschlands erfordere Ueberlegung und Zeit, man werde sächsischer Seits ein Gegenproject vorlegen, die Allianz aber betrachte der Churfürst als Erneuerung der Erbverbrüderung und sey daher im Voraus mit derselben einverstanden. Zu den grossen Rüstungen sähe übrigens der Churfürst, bei Napoleons freundschaftlichen Versicherungen, keine Nothwendigkeit. Wegen Annahme des Kaisertitels von Seiten Preussens wären Sachsen und Hessen keine vorläufigen Mittheilungen gemacht worden, auch habe man keine Nachricht darüber, dass Napoleon den deutschen Kaisertitel annehmen wolle (welche Befürchtung Preussen geäussert, und deshalb die Annahme der neuen Titel vor dem 1. September, an welchem Tage der rheinische Bund zu Frankfurt a. M. seine erste Sitzung halten sollte, gewünscht hatte), vielmehr behaupte man in Wien: es bestehe eine Acte, wodurch er sich verbindlich gemacht habe, den deutschen Kaisertitel nicht anzunehmen."

Vergl: K. H. L. Pölitz a. a. O. Th. I. S. 283, 284.

An demselben Tage wurde der Graf v. Görtz veranlasst, sich nach Dresden zu begeben, um den sächsischen Hof von den militärischen Maassregeln Preussens näher in Kenntniss zu setzen, und dem Churfürsten ein Schreiben des Königs von Preussen zu überreichen, worin dieser den Churfürsten ersuchte, den Grafen v. Görtz mit Instruction zur Abschliessung des Allianzvertrages zu versehen.

Am 31. August antwortete der Churfürst, dass er bereit sey,

gemeinschaftlichen Vertheidigung mitzuwirken und nächstens seinen Gesandten zum Abschlusse der erneuerten Verbindung zwischen Brandenburg, Hessen und Sachsen mit Vollmacht versehen werde. Zugleich wurde der Graf v. Görtz, durch eine Depesche von demselben Tage, angewiesen, dem Grafen v. Haugwitz vorzustellen: „dass der König doch so lange als möglich die Truppenbewegungen aussetzen möge, um bei Frankreich keinen Argwohn zu erwecken; aus diesem Grunde habe auch der Churfürst keine Bewaffnung befohlen, indem er ohnehin zur Vertheidigung seines Staates zu schwach sey."

Der Graf v. Görtz hatte indessen schon am 27. August nach Dresden gemeldet, dass die preussischen Garden Befehl zum Aufbruche erhalten hätten und dass das in Schlesien aufgestellte Armeecorps näher nach Sachsen gezogen werden solle. Er erhielt übrigens von dem Grafen v. Haugwitz die Versicherung: der König von Preussen werde den Kaisertitel nur auf den Antrag der Churfürsten von Sachsen und Hessen annehmen.

Am 5. September erhielt Graf v. Görtz Vollmacht zur Abschliessung eines Allianztractats und das Gegenproject des Entwurfes zu einem norddeutschen Bunde. Unter den Bestimmungen dieses Gegenprojects war man Preussischer Seits namentlich mit dem Vorbehalte der Garantie von Hannover nicht zufrieden.

Der am 8. September erfolgte Aufbruch der preussischen Truppen veranlasste den Churfürsten von Sachsen (12. September), seine Armee auf den Kriegsfuss zu setzen. Zugleich liess er aber dem französischen Cabinete durch seinen Gesandten in Paris die Versicherung geben, dass seine Absicht durchaus friedlich sey, und seine Maassregeln lediglich auf etwa erforderliche Vertheidigung berechnet wären.

Am 23. September meldete er dem Könige von Preussen, dass er 22,000 Mann unter die Befehle des Fürsten von Hohenlohe gestellt habe. An demselben Tage wurde der Graf v. Görtz zur Abschliessung des Allianzvertrages, so wie kurz darauf zur Unterzeichnung einer Militair-Convention mit Preussen beauftragt, und ihm der Befehl ertheilt, dem Grafen v. Haugwitz in's preussische Hauptquartier zu folgen, wohin ihm auch der abgeänderte sächsische Gegenentwurf zum nordischen Bunde, welcher in funfzehn Artikeln abgefasst war, nachgeschickt wurde.

Napoleon brach am 25. September zu seiner Armee in Deutschland auf, und am 1. Oktober legte der Gen. v. Knobelsdorf dem

Fürsten Talleyrand das preussische Ultimatum vor, in welchem verlangt wurde: dass Deutschland gänzlich von den französischen Truppen geräumt und vom Seiten Napoleons der Bildung des nordischen Bundes nicht das geringste Hinderniss entgegengesetzt werde, welcher, ohne Ausnahme, alle deutschen Staaten zu seinen Mitgliedern zählen sollte, welche in der Fundamentalacte des Rheinbundes nicht ausdrücklich genannt wären. Zugleich verlangte Gen. v. Knobelsdorf, dass Antwort Napoleons bis zum 8. Oktober im preussischen Hauptquartier einträfe.

Nach den bekannten darauf folgenden Ereignissen, trat der Churfürst von Sachsen, durch Art. I. des am 11. December 1806 zu Posen zwischen Frankreich und Sachsen abgeschlossenen Friedensvertrages, dem Rheinbunde bei, und nahm nach Art. II. desselben Friedensvertrages den Königstitel an.

Vergl: de Martens recueil etc. Supplém. Tom. IV. p. 384.
Winkopp, der rheinische Bund, Heft 3, S. 467.

c) Napoleon verbot den Hansestädten beizutreten, und gegen Ende des Monats September erklärten sich sowohl sie, als Dänemark, Oldenburg und Mecklenburg abschläglich in Betreff ihres Beitritts zu dem von Preussen projectirten neuen deutschen Bunde.

Inhalt

der ersten Abtheilung des ersten Bandes.

(Eine vollständige Inhaltsübersicht des ganzen ersten Bandes wird der Schlusslieferung der zweiten Abtheilung beigefügt.)

Seite:

I. Instrumentum Pacis Osnabrugense, d. d. XIV. (XXIV.) oct. 1648. 1

II. Traité de paix entre Sa Majesté le Roi de Prusse et la République Française, signé à Bâle le 5. d'avril 1795. 129

III. Traité de paix entre l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohème, et la République Française, conclu à Campo-Formio le 17. octobre 1797. (26. vendémiaire an VI). 134

Articles secrets, (Convention additionnelle au traité de Campo-Formio.) . . .

IV. Traité de paix entre la République Française et S. M. l'Empereur et le Corps Germanique, signé à Lunéville le 9. février 1801. 147

V. Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg vom 25. Februar 1803. 157

VI. An Ihro Römisch Kaiserliche Majestät allerunterthänigstes Reichsgutachten, de dato Regensburg den 24. März 1803, den von Ihro Kaiserl. Majestät und des Reichs wegen zu ratificirenden, am 25. Februar d. J. verfassten, Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation betreffend. . . 220

VII. Kaiserl. allergnädigstes Kommissions-Ratificationsdecret an die hochlöbliche allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg, de dato 27. April 1803, die von Ihrer Kaiserlichen Majestät ertheilte Ratification des Reichsgutachtens vom 24. März, den Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar d. J. betreffend. 223

VIII. Deputations-Abschied vom 9. May 1803 228

IX. Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, signé à Presbourg le 26. décembre 1805. 230

Seite:

X. Traité entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et les Membres de l'Empire Germanique denommés dans te traité même, signé à Paris le 12. juillet 1806. (L'Acte de la Confédération du Rhin.) 240

XI. Urkunden, welche sich auf die Auflösung der Deutschen Reichsverfassung beziehen.

A. Note remise à la Diète de Ratisbonne par Mr. Bacher, Chargé d'affaires de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, le 1. Août 1806. . 268

B. Lossagungs-Urkunde der Reichsstände, welche die Rheinische Conföderations-Acte unterzeichnet haben, d. d. Regensburg den 1. August 1806. 272

C. Entsagungs-Acte des Kaisers Franz II., wodurch derselbe die Deutsche Kaiserkrone und Kaiserliche Regierung niederlegt, und die Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörige, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die Reichsdienerschaft von ihren Pflichten entbindet, d. d. Wien den 6. August 1806. 27

XII. Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, conclu à Tilsit le $\frac{7. \text{ juillet}}{25. \text{ juin}}$ 1807. 2

XIII. Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italié, et S. M. le Roi de Prusse, conclu à Tilsit le 9. juillet 1807. 2

XIV. Convention additionnelle de paix et de limites entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur d'Autriche, signée à Fontainebleau le 10. octobre 1807. 2

XV. Uebereinkunft zwischen der k. k. Oesterreichischen und der k. Baierischen Regierung, betreffend die Aufhebung des Sequesters vom Vermögen der Privatpersonen u. s. w., unterzeichnet zu München den 5. November 1807. . . 3

XVI. Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, signé à Vienne le 14. octobre 1809. 3

XVII. Traité de paix, d'amitié et d'alliance entre la Russie et la Prusse, signé à Kalisch le $\frac{16}{28}$ février et à Breslau le $\frac{15}{27}$ février 1813. . . . 3

Seite:

XVIII. Convention entre la Russie et la Prusse, signée à Kalisch le $\frac{26.\ \text{mars}}{7.\ \text{avril}}$ 1813. 322

XIX. Convention entre la Russie et la Prusse, signée à Breslau le $\frac{7.}{19.}$ mars 1813. 329

XX. Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. le Roi de Prusse, signée à Reichenbach le 14. juin 1813. . . . 332

XXI. Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, signée à Reichenbach le 15. juin 1813. 336

XXII. Traités d'alliance, signés à Toeplitz entre la Russie, l'Autriche, la Grande-Bretagne et la Prusse.

A. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre S. M. I. et R. l'Empereur d'Autriche et S. M. I. l'Empereur de toutes les Russies, signé à Toeplitz le $\frac{9.\ \text{septembre}}{28.\ \text{août}}$ 1813. 341

B. Traité d'amitié et d'alliance défensive signé entre les Cours de Vienne et de Berlin, en date de Toeplitz le 9. septembre 1813. . 346

C. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre les Cours de St. Petersbourg et de Berlin, signé à Toeplitz le $\frac{9.\ \text{septembre}}{28.\ \text{août}}$ 1813. 346

D. Traité préliminaire d'alliance entre la la Grande-Bretagne et l'Autriche, signé à Toeplitz le 3. octobre 1813. 347

XXIII. Traités d'accession à la grande alliance de 1813.

A. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et la Bavière, signé à Ried le 8. octobre 1813. 350

B. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et le Wurtemberg, signé à Fulde le 2. novembre 1813. 357

C. Traité entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. R. le Grand-Duc de Bade pour l'admission de celui-ci à la grande alliance, signé à Francfort s. M. le 20. novembre 1813. . . 359

D. Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche et Ses Alliés d'une part, et S. A. S. E. l'Electeur de Hesse de l'autre, signé à Francfort s. M. le 2. décembre 1813. 362

Seite:

BB. Annexe de l'Art. VII. du Traité du 20. mai 1815:
Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Genève. . . 666

O. (Nr. XIV.) Conditions, qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gènes à ceux de S. M. Sarde. 67

P. (Nr. XV.) Déclaration des Puissances sur l'abolition de la traité des Nègres, du 8. février 1815. 67

Q. (Nr. XVI.) Réglemens pour la libre navigation des rivières, (du 24. mars 1815.)
1. Articles concernant la navigation des rivières qui dans leur cours navigable separent ou traversent différens Etats. . . . . .
2. Articles concernant la navigation du Rhin.
3. Articles concernant la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut. . . . . .

R. (Nr. XVII.) Réglement sur le rang entre les Agens diplomatiques, (19. mars 1815.)

XXXV. Traité conclu à Paris le 5. novembre 1815 entre L. L. M. M. le Roi de Prusse, le Roi des Royaumes réunis de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et l'Empereur de toutes les Russies, relativement aux Sept Isles Ioniennes.

XXXVI. Protestatio, nomine Sanctitatis Suae Pii Papae VII. et Sanctae Sedis Apostolicae, contra ea omnia, quae in praejudicium jurium et rationum Ecclesiarum Germaniae, atque etiam Sanctae Sedis, vel sancita vel manere permissa sunt in Congressu Vindobonensi, (14. Jun. 1815.) . .

XXXVII. Note du Cardinal Consalvi, par laquelle la précédente protestation a été remise aux Ministres des huit Puissances signataires du traité de Paris, (14. juin 1815.) . .

XXXVIII. Traité conclu à Paris le 10. juin 1817 entre les Cours d'Autriche, d'Espagne, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, lequel, en exécution de l'art. XCIX de l'Acte du Congrès, détermine la réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla. . .

XXXIX. Convention entre l'Autriche et la Prusse d'une part et le Grand-Duc de Hesse de l'autre sur les arrangemens territoriaux, signée à Vienne le 10. juin 1815. . . . . .

Seite:

II. Convention concernant des arrangemens territoriaux entre la Prusse et l'Autriche, signée à Vienne le 12. juin 1815. 731

III. Sainte Alliance entre L. L. M. M. l'Empereur de toutes les Russies, l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, signée à Paris le $\frac{14.}{26.}$ septembre 1815. 734

IV. Protocole pour régler les dispositions relatives aux territoires et places cédées par la France, aux arrangemens territoriaux qu'il reste à faire en Allemagne et au système défensif de la Confédération Germanique, signé par les Ministres des Cours Impériales et Royales d'Autriche, de Russie, de la Grande-Bretagne et de Prusse, paraphé à Paris le 3. novembre 1815 et signé le 20. novembre. 738

V. Traité de paix entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815, avec les Conventions spéciales.

A. Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815. 747

B. Conventions spéciales:

1. Convention conclue en conformité de l'article IV. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative au paiement de l'indemnité pécuniaire à fournir par la France aux Puissances alliées. 761

2. Convention conclue en conformité de l'article V. du traité principal du 20. novembre 1815, relative à l'occupation d'une ligne militaire en France par une armée alliée. 766

3. Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative à l'examen et à la liquidation des réclamations des sujets de S. M. Britannique envers le Gouvernement Français. . 779

4. Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative à l'examen et à la liquidation des réclamations à la charge du Gouvernement Français. 790

Seite:

XLIV. Note adressée au Duc de Richelieu par les Ministres des quatre Puissances alliées, en date de Paris le 20. novembre 1815. 809

XLV. Communication à la Chambre des Pairs et à la Chambre des Députés des Départemens par le Duc de Richelieu, du 25. novembre 1815. 812

XLVI. Traité d'alliance entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, signé à Paris le 20. novembre 1815. . . . . .

Anhang.

A. Deutscher Fürstenbund unterzeichnet zu Berlin am 23. Juli 1785 von den Bevollmächtigten des Churfürsten von Sachsen, des Königs von Preussen als Churfürsten von Brandenburg und des Königs von Grossbritannien als Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg. . . . . .

B. Vorläufige Grundlinien zu einer neuen Constitution für das nördliche Deutschland unter dem Namen des nordischen Reichsbundes, am 21. Aug. 1806 dem churfürstl. sächsischen Minister Grafen von Goertz mitgetheilt von dem königl. preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Haugwitz. .

Diplomatisches Archiv

für die

Deutschen Bundesstaaten,

grösstentheils nach officiellen Quellen,

mit erläuternden Anmerkungen herausgegeben

von

Alexander Miruss.

Erster Theil.

Zweite Abtheilung.

Leipzig,
Renger'sche Buchhandlung.
1846.

Zweite Abtheilung.

XLVII.

ansaction entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, Prusse et la Russie d'une part, et la France de tre, portant transaction sur les réclamations rticulières; signée à Paris, le 25. avril 1818.

Les Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et Russie, signataires du traité du 20. novembre 1815, ayant nnu, que la liquidation des réclamations particulières à la ge de la France, fondée sur la convention conclue en confor- de l'article IX. dudit traité pour régler l'exécution des arti- XIX. et suivans du traité du 30. mai 1814, étoit devenue, l'incertitude de sa durée et de son résultat, une cause d'in- ude toujours croissante pour la nation Française; partageant conséquence avec Sa Majesté Très Chrétienne le désir de re un terme à cette incertitude par une transaction destinée indre toutes ces réclamations moyennant une somme déter- ée, lesdites Puissances et S. M. T. C. ont nommé Leurs plé- ipotentiaires, savoir:

S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bo- e:

Le Sieur Nicolas Charles Baron de Vincent etc.;

S. M. le Roi du royaume uni de la Grande-Bretagne
d'Irlande:

Le Sieur Charles Stewart etc.;

S. M. le Roi de Prusse:

Le Sieur Charles Frédéric Henri Comte de Goltz etc.;

S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne

Le Sieur Charles André Pozzo di Borgo etc.;

S. M. le Roi de France et de Navarre:

Le Sieur Armand Emanuel Du Plessis-Richelieu, Duc
Richelieu etc.

Et attendu qu'Elles ont considéré que le concours de S.
Mr. le Maréchal Duc de Wellington contribuerait efficace
au succès de cette négociation, les plénipotentiaires soussig
après avoir arrêté de concert avec lui et d'accord avec les P
intéressées les bases de l'arrangement à conclure, sont conv
en vertu de leurs pleinspouvoirs, des articles suivans:

Article I.

A l'effet d'opérer l'extinction totale des dettes contr
par la France dans les pays hors de son territoire actuel, e
des individus, des communes ou des établissemens partic
quelconques, dont le payement est réclamé en vertu des t
du 30. mai 1814 et du 20. novembre 1815, le Gouvern
Français s'engage à faire inscrire sur le grand livre de sa
publique, avec jouissance du 22. mars 1818, une rente de
millions quarante mille francs, représentant un capital d
cent quarante millions huit cent mille francs.

Article II.

Les sommes remboursables au Gouvernement Franç
vertu de l'article XXI. du traité du 30. mai 1814 et des a
VI., VII. et XXII. de la susdite convention du 20. novembr
serviront à compléter les moyens d'extinction des susdites
de la France envers les sujets des Puissances qui étoient
gées du remboursement de ces sommes.

En conséquence le Gouvernement Français reconnaît n
rien à réclamer en raison dudit remboursement. De leu
lesdites Puissances reconnaissent que les déductions et ba
tions auxquelles donnoit lieu en leur faveur l'article VII

convention du 20. novembre 1815, étant également comprises dans l'évaluation de la somme fixée par l'article I. de la présente convention, ou abandonnées par les Puissances intéressées, toutes réclamations et prétentions à cet égard se trouvent complétement éteintes.

Il est bien entendu que le Gouvernement Français conformément aux stipulations contenues dans les articles VI. et XXII. de la même convention continuera à servir la rente des dettes des pays détachés de son territoire qui ont été converties en inscriptions sur le grand-livre de la dette publique, soit que ces inscriptions se trouvent entre les mains des possesseurs originaires, soit qu'elles ayent été transférées à d'autres personnes.

Néanmoins la France cesse d'être chargée des rentes viagères de la même origine dont le payement doit être à la charge des possesseurs actuels du territoire à partir du 22. décembre 1813.

Il est de plus convenu qu'il ne pourra être mis aucun obstacle au libre transfert des inscriptions de rentes appartenant à des individus, communautés ou corporations qui ont cessé d'être français.

Article III.

Les reprises que le Gouvernement Français auroit pû être autorisé à exercer sur les cautionnemens de certains comptables dans les cas prévus par les articles X. et XXIV. de la convention du 20. novembre 1815 étant également entrées dans la transaction qui fait l'objet de la présente convention; elles se trouvent par là complétement éteintes. Quant à ceux de ces cautionnemens qui auroient fournis en immeubles ou inscriptions sur le grand-livre, il sera procédé à la radiation des inscriptions hypothécaires ou à la levée des oppositions sur la demande des susdits Gouvernemens desdites inscriptions ainsi que les actes de main-levée seront remis à leurs commissaires respectifs ou à leurs délégués.

Article IV.

Les sommes versées à titre de cautionnemens, dépôts et consignations par des sujets français, serviteurs des pays détachés de la France, dans leurs trésors respectifs et qui devoient leur être remboursées en vertu de l'article XXII. du traité du 30. mai 1814, étant comprises dans la présente transaction, les dites créances se trouvent complètement libérées à leur égard, le

Gouvernement Français se chargeant de pourvoir à leur rembo-
sement.

Article V.

Au moyen des stipulations contenues dans les articles p
cédens, la France se trouve complètement libérée, tant pou
capital que pour les intérêts prescrits par l'article XVIII. d
convention du 20. novembre 1815 des dettes de toute nature
vue par le traité du 30. mai 1814 et la convention du 20. no
bre 1815 et réclamées dans les formes prescrites par la m
convention, de sorte que lesdites dettes seront considérées à
égard comme éteintes et annullées et ne pourront jamais do
lieu contre elle à aucune espèce de répétition.

Article VI.

En conséquence des dispositions précédentes les commis
mixtes instituées par l'article V. de la convention du 20. no
bre 1815 cesseront le travail de liquidation ordonné par la m
convention.

Article VII.

La rente qui sera créée en vertu de l'article I. de la pré
convention sera répartie entre les Puissances ci-après nom
ainsi qu'il suit:

Anhalt Bernbourg	17,000
Anhalt Dessau	18,500
Autriche	1,250,000
Bade	32,500
Bavière	500,000
Brème	50,000
Danemarc	350,000
Espagne	850,000
Etats Romains	250,000
Francfort	35,000
Hambourg	1,000,000
Hanovre	500,000
Hesse Electorale	25,000
Grand-Duché de Hesse y compris Oldenbourg	348,150
Isles Joniennes, Isle de France et autres pays sous la domination de S. M. Britannique .	150,000

...beck	100,000 Fr.
...klenbourg-Schwerin	25,000 -
...klenbourg-Strélitz	1,750 -
...au	6,000 -
...e	50,000 -
...-Bas	1,650,000 -
...gal	40,900 -
...se	2,600,000 -
... .	3,250 -
...daigne	1,250,000 -
... .	225,000 -
...e-Gotha	30,000 -
...e-Meinungen	1,000 -
...e-Weimar	9,250 -
...warzbourg	7,500 -
... .	250,000 -
...cane	225,000 -
...rtemberg	20,000 -
...vre, Brunswick, Hesse Electorale et Prusse	8,000 -
... Electorale et Saxe-Weimar	700 -
...d-Duché de Hesse et Bavière	10,000 -
...d-Duché de Hesse, Prusse et Bavière . .	40,000 -
...e et Prusse	110,000 -

Article VIII. *)

La somme de douze millions quarante mille francs de rente ...ée par l'article I. portera jouissance du 22. mars 1818; elle ... déposée en totalité entre les mains des commissaires spéciaux ... Cours d'Autriche, de la Grand-Bretagne, de Prusse et de ...ie, pour être ensuite délivrée à qui de droit aux époques et ... les formes suivantes:

1. Le premier de chaque mois le douzième de ce qui revien... à chaque Puissance conformément à la répartition ci-dessus, ... remis à ses commissaires à Paris ou aux délégués de ceux-... lesquels commissaires ou délégués en disposeront de la ma...re indiquée ci-après.

2. Les Gouvernemens respectifs ou les commissions de liqui...tion qu'ils établiront, feront remettre à la fin de chaque mois

aux individus dont les créances auront été liquidées, et qui dés... reroient rester propriétaires des quotités de rente qui leur seroi... allouées, des inscriptions du montant de la somme qui revien... à chacun d'eux.

3. Pour toutes les autres créances liquidées ainsi que p... toutes les sommes qui ne seroient pas assez fortes pour pou... en former une inscription séparée, les Gouvernemens respe... se chargent de les faire réunir en une seule inscription collec... dont ils ordonneront la rente en faveur des parties intéress... par l'entremise de leurs commissaires ou agents à Paris.

Le dépôt de la susdite rente de 12,040,000 francs aura-t... le 1. du mois qui suivra le jour de l'échange des ratifications... la présente convention par les Cours d'Autriche, de la Gran... Bretagne et de Prusse seulement, attendu l'éloignement de... Cour de Russie.

Article IX.

La délivrance desdites inscriptions aura lieu non-obst... toutes significations de transfert ou oppositions au trésor ro... de France.

Néanmoins les oppositions et significations qui auroient... formées soit au trésor, soit entre les mains des commissaires... quidateurs, auront, suivant l'ordre de leur inscription, leur pl... et entier effet au profit des tiers intéressés, pourvu (à l'égard... celles qui ont été inscrites au trésor) que dans le délai d'un... à dater du jour de l'échange de la présente convention la liste... ait été remise aux commissaires des Puissances respectives, a... les pièces à l'appui, sans néanmoins préjudicier à la faculté... doivent conserver les parties intéressées d'en justifier directe... en produisant leurs titres.

Le terme de rigueur fixé ci-dessus étant expiré, on n'... plus égard aux oppositions et significations qui n'auroient pas... notifiées aux commissaires, soit par le trésor, soit par les par... intéressés; il sera toutefois permis de former opposition o... faire tout autre acte conservatoire entre les mains desdits co... missaires ou des Gouvernemens dont ils dépendent.

Les oppositions dont la notification aura été faite en te... utile seront pour les demandes en validité ou en main-levée p... tées devant le tribunal de la partie saisie.

Article X.

Les Gouvernemens respectifs voulant prendre dans l'intérêt leurs sujets créanciers de la France les mesures les plus effi- pour faire opérer chacun en particulier, la liquidation des nces et la répartition des fonds auxquels lesdits créanciers ont proportionnellement droit, d'après les principes contenus les stipulations du traité du 30. mai 1814 et de la conven- du 20. novembre 1815, il est convenu qu'à cet effet le Gou- nement Français fera remettre aux commissaires desdits Gou- nemens ou à leurs délégués, les dossiers contenant les pièces appui des réclamations non-encore payées et donnera en même s les ordres les plus précis pour que tous les renseignemens ocumens que la vérification de ces réclamations pourra rendre essaires, soient fournis dans le plus court délai possible aux dits commissaires, par les différens ministères et administra- s. Il est de plus convenu que dans le cas où il auroit été é des à comptes ou si le Gouvernement Français avoit eu des tations ou des reprises à faire sur quelques unes desdites amations particulières, ces à comptes, imputations et reprises nt exactement indiquées.

Article XI.

La liquidation des réclamations pour services militaires exi- quelques formalités particulières, il est convenu à cet :

1. Que pour le payement des militaires qui ont appartenu à corps dont les conseils d'administration ont fourni des borde- x de liquidation, il suffira de produire lesdits bordereaux ou rapporter des extraits dûment certifiés.

2. Que dans le cas où les conseils d'administration des corps oient pas fourni des bordereaux de liquidation, les déposi- des archives desdits corps devront constater les sommes aux militaires qui en auront fait partie et en dresser un bor- eau dont ils attesteront la vérité.

3. Que les créances des officiers d'état-major ou officiers troupe, ainsi que celles des employés de l'administration itaire, seront vérifiées dans les bureaux de la guerre, confor-

mément aux règles établies pour les militaires et employés français par le circulaire du 13. novembre 1814 et en joignant aux bordereaux les pièces à l'appui, ou quand cela ne sera pas praticable, en donnant communication aux commissaires ou à leurs délégués.

Article XII.

Pour faciliter la liquidation qui doit avoir lieu conformément à l'article X. ci-dessus, des commissaires nommés par le Gouvernement Français serviront d'intermédiaire pour les communications avec les divers ministères et administrations; ce sera de même par eux que se fera la remise des dossiers des pièces justificatives. Cette remise sera exactement constatée et il en sera donné acte soit par émargement, soit par procès-verbal.

Article XIII.

Attendu que certains territoires ont été divisés entre plusieurs états et que dans ce cas c'est en général l'état auquel appartient la plus grande partie du territoire, qui s'est chargé de faire valoir les réclamations communes fondées sur les articles VI., VII. et IX. de la convention du 20. novembre 1815, il est convenu que le Gouvernement qui aura fait la réclamation traitera pour le payement des créances les sujets de tous les états intéressés comme les siens propres.

D'une autre part, comme malgré cette division des territoires le possesseur principal a supporté la déduction de la totalité des capitaux et intérêts remboursés, il lui en sera tenu compte par les états co-partageants proportionnellement à la part de territoire que chacun possède conformément aux principes posés dans les articles VI. et VII. de la convention du 20. novembre 1815.

S'il survint quelques difficultés relativement à l'exécution du présent article, elles seront réglées par une commission d'arbitrage formée suivant le mode et les principes indiqués par l'article VIII. de la susdite convention.

Article XIV.

La présente convention sera ratifiée par les hautes Parties contractantes et les ratifications en seront échangées à Paris dans l'espace de deux mois ou plutôt si faire se peut.

Article XV.

Les états qui ne sont pas au nombre des Puissances signataires, mais dont les intérêts se trouvent réglés par la présente convention d'après le concert préliminaire qui a eu lieu entre les plénipotentiaires et S. E. Mr. le Duc de Wellington, réuni aux soussignés plénipotentiaires des Cours signataires du traité du 20. novembre 1815, seront invitées à faire remettre dans le plus bref terme de deux mois leurs actes d'accession.

Fait à Paris, le 25. avril 1818.

Signé: Le Baron de Vincent.
Sir Charles Stewart.
Le Comte de Goltz.
Pozzo di Borgo.
Le Duc de Richelieu.

Articles séparés.

(En forme de Note et Contre-Note).

Note.

Paris, le 25. Avril 1818.

Ayant été convenu dans les conférences qui ont précédé la signature de la convention de ce jour, d'en retrancher plusieurs articles, lesquels quoique mutuellement arrêtés entre les plénipotentiaires respectifs devoient faire l'objet de notes séparées, et avoir par ce moyen, avoir la même force et valeur, comme s'ils étoient insérés dans la dite convention, les soussignés, à cette fin, et pour se conformer, à ce qui avoit été arrêté, les ont consignés dans la présente note, qu'ils ont l'honneur d'adresser à S. E. le Duc de Richelieu, Ministre-secrétaire d'état de S. M. T. C. au département des affaires étrangères et Président de Son Conseil des ministres, avec prière de vouloir bien leur donner l'assurance d'adhésion aux stipulations qu'elle renferme.

Les articles mentionnés sont les suivans:

Article I.

Les dotations accordées par l'ancien Gouvernement de France

étant assignées, non sur le trésor public, mais sur les biens appartenant au domaine extraordinaire, qui formait alors une administration complètement séparée, il est entendu que les stipulations de la convention signée en date d'aujourd'hui relativement au payement des dettes du Gouvernement Français envers des particuliers, n'y sont point applicables, et qu'en conséquence, sans rien préjuger ni sur les obligations de la France, ni sur les droits des donataires, les stipulations susdites ne pourront, en aucun cas, être opposées aux répétitions, qu'ils se croiront autorisés de faire.

Article II.

Il est également entendu que les stipulations de la dite convention ne s'appliquent point aux réclamations, que les membres de la Légion d'honneur, sujets des Puissances étrangères, auront à former pour le payement de ce qui peut leur rester dû sur leur traitement antérieurement au 30. mai 1814.

Article III.

Plusieurs réclamations individuelles ayant été explicitement écartées de la convention de ce jour, à l'instar des dotations dont il est fait mention plus haut, sans cependant rien préjuger sur leur validité la réserve faite à l'article I. ci-dessus leur est également applicable.

Article IV.

Il est enfin entendu, que les rentes d'origine étrangère inscrites au grand-livre, dont les certificats d'inscription n'ont point été délivrés aux parties intéressées parce que leurs créances ne montoient pas à cinquante francs de rente, seront servies par la France. A cet effet toutes celles qui concernent les sujets d'une même Puissance seront réunies en une seule et même inscription au nom de son commissaire ou délégué, entre les mains duquel la dite inscription sera délivrée.

Les soussignés ont l'honneur etc.

Signé: Le Baron de Vincent.
Charles Stewart.
Le Comte de Goltz.
Pozzo di Borgo.

Contre-Note.

Paris, le 25. avril 1818.

Le soussigné Ministre et secrétaire d'état des affaires étrangères de S. M. T. C. en réponse à la note de L. L. E. E. Mrs. l'ambassadeur et les Ministres des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, en date de ce jour, ayant pour objet de constater plusieurs points qui doivent avoir la même force et valeur que s'ils étoient textuellement insérés dans la convention, qu'ils viennent de signer, a l'honneur de leur déclarer:

1) Que les dotations accordées par l'ancien Gouvernement de France étant assignées non sur le trésor public, mais sur les biens appartenant au domaine extraordinaire, qui formoit alors une administration complètement séparée, il est entendu que les stipulations de la convention signée en date d'aujourd'hui relativement au payement des dettes du Gouvernement Français envers les particuliers, n'y sont point applicables, et qu'en conséquence, sans rien préjuger, ni sur les obligations de la France, ni sur les droits des donataires, les stipulations susdites ne pourront en aucun cas être opposées aux répétitions, qu'ils croiroient autorisés à former.

2) Que les stipulations de la dite convention ne s'appliquent point aux réclamations que les membres de la Légion d'honneur et des Puissances étrangères auroient à former, pour le payement de ce qui peut leur rester dû sur leur traitement antérieurement au 30. mai 1814.

3) Que la réserve contenue dans le premier article ci-dessus relativement aux dotations est également applicable, sans rien préjuger sur leur validité, aux réclamations individuelles qui ont été explicitement écartées de la convention de ce jour.

4) Que les rentes d'origine étrangère, liquidées et inscrites au grand-livre dont les certificats d'inscription n'ont point été délivrés aux parties intéressées parce que leur créances ne montoient pas à cinquante francs de rente, seront servies par la France, à cet effet toutes celles, qui concernent les sujets d'une même puissance, seront réunies dans une seule et même inscription,

au nom de son commissaire ou délégué entre les mains duquel ladite inscription sera délivrée.

Le soussigné, en adressant à L. L. E. E. l'adhésion de son Gouvernement aux stipulations ci-dessus, a l'honneur etc.

Signé: Richelieu.

a) Première rédaction paraphée de l'article *VIIIa*.

„La somme des rentes assignées à chaque état par l'article précédent sera divisée en douze inscriptions de valeur égale, portant toutes jouissance du 22. mars 1818, lesquelles seront inscrites aux noms des commissaires des Gouvernemens intéressés ou de ceux qu'ils désigneront et leur seront successivement remises de mois en mois à commencer du jour de l'échange des ratifications de la présente convention par les Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne et de Prusse, attendu l'éloignement de celle de Russie."

XLVIII.

...ervention entre la France d'une part, et l'Au...iche*), la Grande-Bretagne, la Prusse et la ...ssie de l'autre part, conclue à Aix-la-Chapelle, le 9. octobre 1818.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, le Roi de Prusse et ...pereur de toutes les Russies, s'étant rendus à Aix-la-Cha...le, et L. L. M. M. le Roi de France et de Navarre et le Roi ... Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande y ayant ...oyé Leurs plénipotentiaires, les Ministres des cinq Cours se ...t réunis en conférence et le plénipotentiaire Français ayant ... connoître que, d'après l'état de la France et l'exécution fidèle ...traité du 20. novembre 1815, S. M. T. C. désiroit, que l'oc...ation militaire, stipulée par l'article V. du même traité, cessât ...lus promptement possible, les Ministres des Cours d'Autriche, ...a Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, après avoir de ...cert avec ledit plénipotentiaire de France, mûrement examiné ...t ce qui pouvoit influer sur une décision aussi importante, ont ...laré, que Leurs Souverains admettoient le principe de l'éva...tion du territoire Français à la fin de la troisième année de ...cupation. Et voulant consigner cette résolution dans une con...tion formelle et assurer en même temps l'exécution définitive ...it traité du 20. novembre 1815, S. M. le Roi de France et de ...varre d'une part, et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de

Hongrie et de Bohème, d'autre part, ont nommé à cet effet pour plénipotentiaires, savoir:

S. M. le Roi de France et de Navarre:

Le Sieur Armand Emanuel du Plessis-Richelieu, Duc de Richelieu, Pair de France, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, de l'ordre royal de la Légion d'honneur, et des ordres de St. André, St. Alexandre-Newsky, Ste. Anne, St. Wladimir et St. George de Russie, Son premier Gentilhomme de la chambre, Son Ministre et Secrétaire d'état des affaires étrangères, et Président du Conseil de Ses ministres,

Et S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Clément Wenceslas Lothaire Prince de Metternich-Winnebourg-Ochsenhausen, Duc de Portella, Chevalier de la toison d'or, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne et de la décoration pour le mérite civil, Grand'-Croix de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, Grand-Cordon de l'ordre royal de la Légion d'honneur, Chevalier des ordres de St. André de St. Alexandre-Newsky et de Ste. Anne de la première classe, Chevalier de l'ordre suprême de l'Annonciade, de l'ordre de l'éléphant, de l'aigle noir et de l'aigle rouge, des séraphins, Grand'-Croix de l'ordre de Charles III. d'Espagne, de l'ordre royal du Christ de Portugal, Chevalier de l'ordre de St. Janvier et Grand'-Croix de l'ordre de St. Ferdinand et du mérite de St. Grand'-Croix de l'ordre de St. Joseph de Toscane, Chevalier de l'ordre de St. Hubert de Bavière, de l'aigle d'or de Wurtemberg, de l'ordre de la Couronne de Saxe, Grand'-Croix de l'ordre royal des Guelfes de Hanovre, de l'ordre du lion de Hesse, de la fidélité de Bade, de l'ordre Constantinien de St. George de Parme, Chancelier de l'ordre militaire de Marie-Thérèse, Curateur de l'académie des beaux arts de Vienne, Chambellan, Conseiller intime actuel de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Son Ministre d'état, des conférences et des affaires étrangères.

Lesquels, après s'être réciproquement communiqué leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Les troupes composant l'armée d'occupation seront retirées du territoire de France le 30. novembre prochain, ou plutôt, si faire se peut.

Article II.

Les places et forts que les susdites troupes occupent, seront remis aux commissaires nommés à cet effet par S. M. T. C., dans l'état où ils se trouvoient au moment de l'occupation, conformément à l'article IX. de la convention conclue en exécution de l'article V. du traité du 20. novembre 1815.

Article III.

La somme destinée à pourvoir à la solde, l'équipement et habillement des troupes de l'armée d'occupation, sera payée, dans tous les cas, jusqu'au 30. novembre, sur le même pied qu'elle l'a été depuis le 1. décembre 1817.

Article IV.

Tous les comptes entre la France et les Puissances alliées ont été réglés, et arrêtés, la somme à payer par la France, pour compléter l'exécution de l'article IV. du traité du 20. novembre 1815, est définitivement fixée à deux-cent-soixante-cinq millions de francs.

Article V.

Sur cette somme celle de cent millions valeur effective sera remplacée en inscriptions de rente sur le grand-livre de la dette publique de France [b]), portant jouissance du 22. septembre 1818. Lesdites inscriptions seront reçus au cours du lundi 5. octobre 1818.

Article VI.

Les cent-soixante-cinq millions restans seront acquittés par sixièmes de mois en mois à partir du 6. janvier prochain, au moyen de traites sur les maisons Hope et Comp. et Baring Frères et Comp., lesquelles, de même que les inscriptions de rente mentionnées à l'article ci-dessus, seront délivrées aux commissaires des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse

et de Russie, par le trésor royal de France, à l'époque de l'évacuation complète et définitive du territoire Français.

Article VII.

A la même époque les commissaires desdites Cours remettront au trésor royal de France les six engagemens non encore acquittés qui seront restés entre leurs mains, sur les quinze engagemens délivrés conformément à l'article II. de la convention conclue pour l'exécution de l'article IV. du traité du 20. novembre 1815. Les mêmes commissaires remettront en même temps l'inscription de sept millions de rente, créée en vertu de l'article VIII. de la susdite convention.

Article VIII.

La présente convention *a*) sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Aix-la-Chapelle dans le délai de quinze jours ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Aix-la-Chapelle, le 9. octobre de l'an de grâce 1818.

(L. S.) Signé: Richelieu.
(L. S.) Le Prince de Metternich.

a) Dieselbe Convention ist an demselben Tage abgeschlossen

zwischen Frankreich und Gross-Britannien;
zwischen Frankreich und Preussen;
zwischen Frankreich und Russland.

Für Gross-Britannien ist sie unterzeichnet vom Lord Castlereagh und Herzog von Wellington, für Preussen vom Fürsten von Hardenberg und Grafen von Bernstorff und für Russland vom Grafen von Nesselrode und Grafen Capo d'Istria.

b) Vergl: Arrangemens définitifs pour régler le mode et les périodes du payement des derniers cent millions de francs de l'indemnité pécuniaire due par la France, signés par les ministres d'Autriche, de France

de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie à Paris le 2. février 1819.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 566.

c) Vergl: Acte d'accession du Roi de Sardaigne à la Convention conclue à Aix-la-Chapelle le 9. octobre 1818, signé à Londres le 22. mars 1819.

F. Murhard nouv. supplém. au recueil etc. fondé par G. F. de Martens. Tom. II. p. 384.

XLIX.

Protocole signé par les Plénipotentiaires des Co d'Autriche, de France, de la Grande-Bretag de Prusse et de Russie à Aix-la-Chapelle[1]) 15. novembre 1818.

Les Ministres d'Autriche, de France, de la Grande-Bretag de Prusse et de Russie, à la suite de l'échange des ratificat de la convention signée le 9. octobre, relativement à l'évacu du territoire Français par les troupes étrangères, et après s' adressé, de part et d'autre, les notes ci-jointes en copie, se réunis en conférence, pour prendre en considération les rapp qui, dans l'état actuel des choses, doivent s'établir entr France et les Puissances cosignataires du traité de p du 20. novembre 1815, rapports qui, en assurant France la place qui lui appartient dans le système de l'Eu la lieront étroitement aux vues pacifiques et bienveillantes partagent tous les souverains, et consolideront ainsi la tra lité générale.

Après avoir mûrement approfondi les principes conserva des grands intérêts qui constituent l'ordre de choses rétab Europe, sous les auspices de la Providence divine, moyen le traité de Paris du 30. mai 1814, le Recès de Vienne et le t de paix de l'année 1815, les Cours signataires du présent ont unanimement reconnu et déclarent en conséquence:

1) Qu'elles sont fermement décidées à ne s'écarter, ni dans leurs relations mutuelles, ni dans celles qui les lient aux autres états, du principe d'union intime qui a présidé jusqu'ici à leurs rapports et intérêts communs, union devenue plus forte et indissoluble par les liens de fraternité chrétienne que les Souverains ont formés entre Eux.

2) Que cette union, d'autant plus réelle et durable, qu'elle ne tient à aucun intérêt isolé, à aucune combinaison momentanée, ne peut avoir pour objet que le maintien de la paix générale, fondé sur le respect religieux pour les engagemens consignés dans les traités et pour la totalité des droits qui en dérivent.

3) Que la France, associée aux autres Puissances par la restauration du pouvoir monarchique, légitime et constitutionnel, s'engage à concourir désormais au maintien et à l'affermissement d'un système qui a donné la paix à l'Europe, et qui seul peut en assurer la durée.

4) Que si, pour mieux atteindre le but ci-dessus énoncé, les Puissances qui ont concouru au présent acte, jugeoient nécessaire d'établir des réunions particulières, soit entre les augustes Souverains eux-mêmes, soit entre Leurs ministres et plénipotentiaires respectifs, pour y traiter en commun de leurs propres intérêts, en tant qu'ils se rapportent à l'objet de leurs délibérations actuelles, l'époque et l'endroit de ces réunions seront, chaque fois, préalablement arrêtés au moyen de communications diplomatiques, et que, dans le cas où ces réunions auroient pour objet des affaires spécialement liées aux intérêts des autres états de l'Europe, elles n'auront lieu qu'à la suite d'une invitation formelle de la part de ceux de ces états que les dites affaires concernent, et sous la réserve expresse de leur droit d'y participer directement, ou par leurs plénipotentiaires.

5) Que les résolutions consignées au présent acte, seront portées à la connoissance de toutes les Cours Européennes, par la déclaration ci-jointe, la quelle sera considerée comme sanctionnée par le protocole et en faisant partie.

Fait quintruple et réciproquement échangé, en original, entre les cabinets signataires.

A Aix-la-Chapelle, le 15. novembre 1818.

Signé: Metternich.
Richelieu.
Castlereagh.
Wellington.
Hardenberg.
Bernstorff.
Nesselrode.
Capo d'Istria.

a) Vergl: Annexe au Protocole touchant le Péage d'Elsfleth, signé à Aix-la-Chapelle, le 14. novembre 1818.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 553.
Extrait du Protocole des conférences d'Aix-la-Chapelle du 19. novembre 1818.
de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII. p. 562.

L.

te adressée à Mr. le Duc de Richelieu par les ipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande-tagne, de Prusse et de Russie, à Aix-la-Chapelle, le 4. novembre 1818.

Les soussignés, Ministres des Cabinets d'Autriche, de la de-Bretagne, de Prusse et de Russie, ont reçu ordre de augustes maîtres d'adresser à S. E. Mr. le Duc de Richelieu mmunication suivante:

Appelés, par l'article V. du traité du 20. novembre 1815, miner, de concert avec S. M. le Roi de France, si l'occu- militaire d'une partie du territoire Français, arrêtée par traité, pourroit cesser à la fin de la troisième année, ou se prolonger jusqu'à la fin de la cinquième, L. L. M. M. pereur d'Autriche, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes ssies se sont rendus à Aix-la-Chapelle et ont chargé Leurs tres de s'y réunir en conférence avec les plénipotentiaires L. M. M. le Roi de France et le Roi de la Grande-Bretagne, procéder à l'examen de cette question importante.

L'attention des ministres et plénipotentiaires à dû se fixer, tout, dans cet examen, sur l'état intérieur de la France, dû porter également sur l'exécution des engagemens con- par le Gouvernement Français, envers les Puissances taires du traité du 20. novembre 1815.

L'état intérieur de la France ayant été, depuis longtemps, et des médiations suivies des cabinets; et les plénipotentiai- réunis à Aix-la-Chapelle s'étant mutuellement communiqué nions qu'ils étoient formées à cet égard, les augustes Sou- s, après les avoir pesées dans Leur sagesse, ont reconnu

avec satisfaction, que l'ordre de choses heureusement rétabli en France par la restauration de la monarchie légitime et constitutionnelle, et le succès qui a couronné jusqu'ici les soins paternels de S. M. T. C., justifient pleinement l'espoir d'un affermissement progressif de cet ordre de choses si essentiel pour le repos et la prospérité de la France, et si étroitement lié à tous les grands intérêts de l'Europe.

Quant à l'exécution des engagemens, les communications que, dès l'ouverture des conférences, Mr. le plénipotentiaire de S. M. T. C. a adressées à ceux des autres Puissances, n'ont laissé aucun doute sur cette question, en prouvant que le gouvernement Français a rempli, avec l'exactitude la plus scrupuleuse et la plus honorable, toutes les clauses des traités et conventions du 20. novembre, et en proposant pour celles de ces clauses dont l'accomplissement était réservé à des époques plus éloignées des arrangemens satisfaisans pour toutes les parties contractantes. Tels étant les résultats de l'examen de ces graves questions, LL. MM. II. et RR. se sont félicitées de n'avoir plus à écouter ces sentimens et ces voeux personnels, qui les portaient à mettre un terme à une mesure que des circonstances funestes et la nécessité de pourvoir à Leur propre sûreté et à celle de l'Europe avaient seules pu Leur dicter.

Dès-lors, les augustes Souverains se sont décidés à faire cesser l'occupation militaire du territoire Français, et la Convention du 9. octobre a sanctionné cette résolution. Ils regardent cet acte solennel comme le complètement de la paix générale.

Considérant maintenant comme le premier de Leurs devoirs celui de conserver à Leurs peuples les bienfaits que cette paix leur assure, et de maintenir dans leur intégrité les transactions qui l'ont fondée et consolidée, LL. MM. II. et RR. se flattent, que S. M. T. C., animée des mêmes sentiments, accueillera, avec l'intérêt qu'Elle attache à tout ce qui tend au bien de l'humanité et à la gloire et à la prospérité de Son pays, la proposition que LL. MM. II. et RR. Lui adressent d'unir, en avant Ses conseils et Ses efforts à ceux qu'Elles ne cessent de vouer à l'accomplissement d'une oeuvre aussi salutaire.

Les soussignés, chargés de prier Mr. le Duc de Richelieu de porter ce voeu de leurs augustes Souverains à la connoissance

du Roi son maître, invitent en même temps S. E. à prendre part à leurs délibérations présentes et futures, consacrées au maintien de la paix, des traités sur lesquels elle repose, des droits et des rapports mutuels établis ou confirmés par ces traités et reconnus par toutes les Puissances Européennes.

En transmettant à Monsieur le Duc de Richelieu cette preuve nouvelle de la confiance que leurs augustes Souverains ont placée dans la sagesse du Roi de France et dans la loyauté de la nation française, les soussignés ont l'ordre d'y ajouter l'expression de l'attachement inaltérable que L. L. M. M. I. I. et R. R. professent envers la personne de S. M. T. C. et Sa famille, et de la part sincère qu'Elles ne cessent de prendre au repos et au bonheur de Son royaume.

Ils ont l'honneur d'offrir en même temps à Mr. le Duc de Richelieu l'assurance de leur considération toute particulière.

Aix-la-Chapelle, le 4. novembre 1818.

Signé: Metternich.
Castlereagh.
Wellington.
Hardenberg.
Bernstorff.
Nesselrode.
Capo d'Istria.

LI.

Note de Mr. le Duc de Richelieu, en réponse à celle des Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie, en date d'Aix-la-Chapelle, le 12. novembre 18

Le soussigné, Ministre et Secrétaire d'état de S. M. T. a reçu la communication que L. L. E. E. Mrs. les ministres cabinets d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et Russie, lui ont fait l'honneur de lui adresser le 4. de ce m par ordre de Leurs augustes Souverains. Il s'est empressé donner connaissance au Roi son maître. Sa Majesté a reçu une véritable satisfaction cette nouvelle preuve de la confianc de l'amitié des Souverains qui ont pris part aux délibérati d'Aix-la-Chapelle. La justice qu'ils rendent à Ses soins consc pour le bonheur de la France, et surtout à la loyauté de peuple, a vivement touché Son coeur. En portant Ses reg sur le passé, et en reconnaissant qu'à aucune autre épo aucune autre nation n'aurait pu exécuter, avec une plus scru leuse fidélité, des engagemens tels que ceux que la France a contractés, le Roi a senti qu'elle était redevable de ce nouv genre de gloire à la force des institutions qui la régissent, voit avec joie que l'affermissement de ces institutions est reg par Ses augustes Alliés comme aussi avantageux au repos l'Europe, qu'essentiel à la prospérité de la France. Considér que le premier de Ses devoirs est de chercher à perpétuer accroître, par tous les moyens qui sont en Son pouvoir, bienfaits que l'entier rétablissement de la paix générale prom toutes les nations; persuadé que l'union intime des Gouverne

est le gage le plus certain de sa durée, et que la France, qui ne pouvait rester étrangère à un système dont toute la force naîtra d'une parfaite unanimité de principes et d'action, s'y associera avec cette franchise qui la caractérise, et que son concours ne peut qu'augmenter l'espoir bien fondé des heureux résultats qu'une telle alliance aura pour le bien de l'humanité, S. M. T. C. accueille avec empressement la proposition qui Lui est faite d'unir Ses conseils et Ses efforts à ceux de L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, le Roi de Grande-Bretagne, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, pour accomplir l'oeuvre salutaire qu'ils se proposent. En conséquence, Elle a autorisé le soussigné à prendre part à toutes les délibérations de Leurs Ministres et plénipotentiaires, dans le but de consolider la paix, d'assurer le maintien des traités sur lesquels elle repose, et de maintenir les droits et les rapports mutuels établis par ces mêmes traités et reconnus par tous les états de l'Europe.

Le soussigné, en priant L. L. E. E. de vouloir bien transmettre à Leurs augustes Souverains l'expression des intentions et sentimens du Roi son Maître, a l'honneur de leur offrir l'assurance de sa plus haute considération.

Aix-la-Chapelle, le 12. novembre 1818.

Signé: Richelieu.

LII.

Déclaration, signée à Aix-la-Chapelle, le [illegible] novembre 1818 *).

A l'époque où la pacification de l'Europe est achevée p[ar] résolution de retirer les troupes étrangères du territoire fra[nçais] et où cessent les mesures de précaution que des événemens d[é]rables avaient rendu nécessaires, les ministres et plénipotenti[aires] de L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche, le Roi de France, l[e Roi] de la Grande-Bretagne, le Roi de Prusse et l'Empereur de t[outes] les Russies ont reçu de leurs Souverains l'ordre de porter [à la] connaissance de toutes les Cours de l'Europe les résultats d[e la] réunion à Aix-la-Chapelle et de faire, à cet effet, la déclar[ation] suivante:

La convention du 9. octobre, qui a définitivement [réglé] l'exécution des engagemens consignés dans le traité de pa[ix du] 20. novembre 1815, est considérée par les Souverains qui y [ont] concouru, comme l'accomplissement de l'oeuvre de la paix, et comme le complètement du système politique de[stiné] a en assurer la solidité.

L'union intime établie entre les Monarques associés à ce système, par Leurs principes, non moins que par l'intérêt de Leurs peuples, offre à l'Europe le gage le plus sacré de sa tra[n]quillité future.

L'objet de cette union est aussi simple que grand et salutaire. Elle ne tend à aucune nouvelle combinaison politique, à aucun changement dans les rapports sanctionnés par les traités existans. Calme et constante dans son action, elle n'a pour but que le maintien de la paix et la garantie des transactions qui l'ont fondée et consolidée.

Les Souverains, en formant cette union auguste, ont regardé comme sa base fondamentale, Leur invariable résolution de ne jamais s'écarter ni entre Eux, ni dans Leurs relations avec d'autres états, de l'observation la plus stricte des principes du droit des gens, principes qui, dans leur application à un état de paix permanent, peuvent seuls garantir efficacement l'indépendance de chaque Gouvernement et la stabilité de l'association générale.

Fidèles à ces principes, les Souverains les maintiendront également dans les réunions, auxquelles ils assisteraient en personne, ou qui auraient lieu entre Leurs ministres, soit qu'elles aient pour objet de discuter en commun Leurs propres intérêts, soit qu'elles se rapportent à des questions dans lesquelles d'autres gouvernemens auraient formellement réclamé Leur intervention. Le même esprit, qui dirigera Leurs conseils, et qui regnera dans Leurs communications diplomatiques, présidera aussi à ces réunions, et le repos du monde en sera constamment le motif et le but.

C'est dans ces sentimens que les Souverains ont consommé l'ouvrage auquel ils étaient appelés. Ils ne cesseront de travailler à l'affermir et à le perfectionner. Ils reconnaissent solennellement que Leurs devoirs envers Dieu et envers les peuples qu'ils gouvernent Leurs prescrivent de donner au monde, autant qu'il est en Eux, l'exemple de la justice, de la concorde, de la modération; heureux de pouvoir consacrer désormais tous Leurs efforts à encourager les arts de la paix, à accroître la prospérité intérieure de Leurs états, et à réveiller ces sentimens de religion et de morale dont le malheur des temps n'a que trop affaibli l'empire.

Aix-la-Chapelle, le 15. novembre 1818.

Signé: Metternich.
Richelieu.
Castlereagh.
Wellington.
Hardenberg.
Bernstorff.
Nesselrode.
Capo d'Istria.

Par Mrs. les Plénipotentiaires.
Gentz.

a) Dieselbe erschien zu Aachen, mit dem Schlussprotokoll vom demselben Datum in einem besonderen officiellen Abdruck. Eine officielle Uebersetzung findet sich im österreichischen Beobachter vom 3. Dec. 1818.

Vergl. auch:

L'Europe après le Congrès d'Aix-la-Chapelle, faisant suite au Congrès de Vienne, par Mr. de Pradt, ancien Archevêque de Malines. Paris, 1819.

Ueber de Pradt's Gemälde von Europa nach dem Congress von Aachen, in:

Friedrich von Gentz Schriften. (Mannheim, 1839.) Th. I. S. 88 u. f.

Nochmals gegen de Pradt, in:

Fr. von Gentz Schriften. Th. V. (1840.) S. 90 u. f.

Ueber die Gerüchte vom bevorstehenden Congress zu Aachen;

Declaration vom 15. novembre 1818;

Gegen die Beurtheilung des Congresses von Aachen in der französischen Minerva (1819); in:

Fr. von Gentz Schriften. Th. III. S. 60, 70, 75.

Oesterreichischer Beobachter vom 30. Januar

LIII.

Extrait d'un Protocole, signé à Aix-la-Chapelle 21. novembre 1818, sur le rang des Ministres-Résidens.

Pour éviter les discussions désagréables qui pourraient avoir à l'avenir sur un point d'étiquette diplomatique que l'annexe Recès de Vienne, par laquelle les questions de rang ont été ées, ne parait pas avoir prévu, il est arrêté entre les cinq rs, que les Ministres-Résidens accrédités auprès d'Elles for-ont par rapport à leur rang une classe intermédiaire entre les istres du second ordre et les Chargés d'affaires [a]).

A Aix-la-Chapelle, le 21. novembre 1818.

Signé: Metternich.
Richelieu.
Castlereagh.
Wellington.
Hardenberg.
Bernstorff.
Nesselrode.
Capo d'Istria.

a) Vergl. oben: Réglement sur le rang entre les Agens diplomatiques (l'annexe Nr. XVII. à l'Acte du Congrès de Vienne), welches durch den in dem Protokolle vom 21. November 1818 enthaltenen Beschluss über den Rang der Minister-Residenten ergänzt wird.

LIV.

Vertrag zwischen Preussen und Churhessen, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815.

Im Namen der hochheiligen und untheilbaren Dreieinigkeit.

Se. Majestät der König von Preussen, und Se. Königl. Hoheit der Churfürst von Hessen, beiderseits geneigt, die in F. der Verhandlungen des Wiener Congresses nöthig befund. Ausgleichungen im nördlichen Deutschlande durch eine fre. schaftliche Uebereinkunft über angemessene Territorial-Ve. derungen zu erleichtern, haben Bevollmächtigte ernannt, Alles, was hierauf Bezug hat, zu verabreden, abzuschlie. und zu unterzeichnen; nämlich

Se. Majestät der König von Preussen:

den Herrn Präsidenten Conrad Siegmund Carl von H. lein, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächti. Minister an den Hessischen und Nassauischen Höfen, Ritte. Königl. preussischen rothen Adler-Ordens und des eisernen K. zes, wie auch des churhessischen Ordens vom goldenen Lö. und

Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen:

den Herrn Georg Ferdinand von Lepel, Ihren G. men Regierungsrath und Kammerherrn;

welche nachdem sie gegenseitig ihre Vollmachten in . und gehöriger Form befunden und gegen einander ausgewe. haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Artikel I.

Se. Majestät der König von Preussen treten an Se. K.

liche Hoheit den Churfürsten von Hessen ab denjenigen Theil des zum vormaligen Grossherzogthum Frankfurt gehörig gewesenen Departements Fulda, der Ihnen durch die Wiener Congress-Acte überwiesen worden ist, jedoch mit Ausnahme der Bezirke Dermbach und Geysa, welche in derjenigen Begränzung, die sie nach der jetzt bestehenden Landeseintheilung haben, an den Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach übergehen. Sie überlassen ferner an Se. Königliche Hoheit den Churfürsten die ritterschaftlichen Gerichte Lengsfeld, Mannsbach, Buchenau mit Werda nebst dem Dorfe Wenigentaft, in deren Besitz sie gleichfalls durch die gedachte Congress-Acte gelangt sind. Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen werden die vorgedachten Landesantheile, Districte und Ortschaften für Sich, Ihre Nachkommen und Nachfolger, mit allen Landeshoheits-, Oberherrlichkeits-, Lehns-, Domanial- und andern Rechten besitzen, welche Sr Majestät dem König von Preussen durch die gedachte Congress-Acte deshalb übertragen worden sind.

Artikel II.

Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen treten dagegen ab, mit allen Landeshoheits-, Oberherrlichkeits-, Lehns-, Domanial- und andern Rechten, welche Sie darin, oder als Zubehör derselben am 1. August dieses Jahrs besessen haben, an Se. Königs von Preussen Majestät, Deren Nachkommen und Nachfolger, die niedere Grafschaft Katzenellnbogen, die Herrschaft Plesse mit Einschluss des Klosters Höckelheim, die Aemter Neuengleichen, Uechte, Auburg und Freudenberg, und die Vogtei Göllingen. Ganz in gleicher Art treten Sie ferner ab an Se. des Grossherzogs zu Sachsen-Weimar-Eisenach Königliche Hoheit, Deren Nachkommen und Nachfolger, das Amt Frauenmit Einschluss von Gosperode, das Gericht Völkershausen, das Gericht Lengsfeld, das Amt Vacha, einschliesslich der Stadt Vacha, nebst der Vogtei Kreuzberg, jedoch mit Ausnahme der Ortschaften Kreuzberg, Philippsthal, Thalhausen, Nippe, Hillartshausen, Röhrich, und Unter-Neurode; von dem Amte Fricwald die Ortschaften Dippach, Gasterode, Vitzerode und Abtaund das Dorf Wenigentaft.

Artikel III.

Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen willigen zugleich ein, dass Se. Majestät der König von Preussen, durch eine freie Uebereinkunft mit dem Herrn Landgrafen zu Hessen-Rothenburg auch das ewige und unwiderrufliche freie Eigenthum aller derjenigen Rechte und Nutzungen erwerben könne, welche derselbe in den nach vorstehendem Artikel an Sie übergehenden Besitzungen oder deren Zubehör am 1. August dieses Jahres in Gemässheit der Hausverträge besessen haben möchte. Se. Majestät der König von Preussen übernehmen dagegen die vollständige Gewährleistung, dass von Seiten des Herrn Landgrafen von Hessen-Rothenburg kein Widerspruch gegen die nach vorstehendem Artikel von Sr. Königlichen Hoheit dem Churfürsten bewilligte Abtretung erhoben werde.

Artikel IV.

Man ist gegenseitig einverstanden, dass Sr. Königlichen Hoheit dem Churfürsten und Sr. Durchlaucht dem Landgrafen eine ganz vollständige Entschädigung a) für alles reine Einkommen gebühre, welches Ihnen durch die Abtretung an des Königs Majestät nach Art. II. und III. entgeht. Es soll daher desshalb eine Liquidation nach den in den nachstehenden Artikeln VI. bis XVII. einschliesslich bestimmten Grundsätzen angelegt werden. Ergibt diese Liquidation, dass der nach Art. VII. abzutretende Theil von Fulda ein hinreichendes oder überwiegendes reines Einkommen gewährt, um das nach Artikel II. und III. beiden Hessischen Häusern entgehende reine Einkommen zu decken, so hat keine Nachforderung von keiner Seite Statt. Sollte dagegen durch diese Liquidation ausgemittelt werden, dass die nach Art. VII. dieses Vertrags angewiesene Entschädigung unzulänglich sey, so ist Preussen zum vollständigen Ersatz an Land und Leuten in contiguo von Hessen für das an Mangelnde verpflichtet. Die Liquidation wird durch eine Commission von Königlich Preussischen, Churfürstlich und Landgräflich Hessischen Bevollmächtigten angefertiget, die sich vier Wochen nach Unterzeichnung dieses Tractats, oder eher wenn es seyn kann, in Cassel vereinigen, um in dem möglichst kur-

ersten Zeitraume, und spätestens in sechs Monaten dieses Geschäft zu beendigen.

Artikel V.

Die Art. II. bezeichnete Cession an Sachsen-Weimar-Eisenach soll als ein auf gleiches gegenseitiges Bedürfniss gegründeter Austausch gleicher Bevölkerung gegen einander angesehen werden. Se. Königliche Hoheit der Churfürst werden daher die gleiche Volkszahl in den dem Weimarischen Gebiete zunächst gelegenen Fuldischen Districten als vollständigen Ersatz für diese Cession auswählen, und es findet in Rücksicht derselben keine Nachrechnung über entgehendes Einkommen Statt. Se. Königliche Hoheit der Grossherzog werden an allen Verpflichtungen, welche sowohl auf dem gesammten vormaligen Grossherzogthume Frankfurt, als auf dessen Departement Fulda insbesondere ruhen, und auf die jetzigen und künftigen Besitzer der dazu gehörigen Länder-Antheilen übergehen, in dem Verhältnisse beitragen, als ob Sie die Ihnen durch die Congress-Acte angewiesenen Sieben- und Zwanzig Tausend Einwohner wirklich ganz in Fulda erhalten hätten. Se. Königliche Hoheit der Churfürst werden dagegen an diesen Verpflichtungen nur in der Maasse Theil nehmen, als ob Sie bloss Besitzer desjenigen Theils des an Preussen überwiesenen Districts von Fulda wären, der nach Abzug der gedachten Sieben und Zwanzig Tausend Einwohner noch übrig geblieben seyn würde. Diejenigen Aemter, Gerichte und Ortschaften, die nach Art. II. von Churhessen an Weimar übergehen, werden frei von Landesschulden übergeben. Communal-Schulden und Communal-Lasten haften nach wie vor auf den Communen. Die Local-Dienerschaft geht in dem Zustande, wie sie sich vorfindet, über; ebenso auch Kirchen, Schul- und andere öffentliche gemeinnützige Anstalten. Centralbeamtenschaft ist nirgend in der Abtretung an Weimar nach Art. II. begriffen, und wird überhaupt in Rücksicht aller öffentlichen Verhältnisse und alles übergehenden Landesherrlichen Eigenthums keine Nachrechnung mit demselben aus gedachter Abtretung Statt finden.

Artikel VI.

Die ritterschaftlichen Gerichte Lengsfeld, Mannsbach, Buttlar und Werda nebst dem Dorfe Wenigentaft sind nur in

Folge der Kriegsunruhen wiederum aus Churhessischem Besitz gekommen. Ihre Rükkehr unter denselben soll daher als eine blosse Restitution angesehen, und mithin das Einkommen daraus nicht als ein Ersatz für Abtretungen, welche Churhessen nach Art. II. macht, angerechnet werden.

Artikel VII.

Die zunächst von Preussen an Churhessen und Hessen-Homburg überwiesene Entschädigung für die an dasselbe zu Art. II. und III. zu machenden Cessionen bestehet demnach in demjenigen Theile des nach Art. I. an Churhessen abgetretenen Districts des Departements Fulda, welcher nach Abzug des Ersatzes für die Cession an Weimar nach Art. V. übrig bleibt.

Artikel VIII.

Bei der Art. IV. vorbehaltenen Liquidation werden in Rücksicht nahme von beiden Seiten gestellt, die Landesherrlichen und Domanial-Einkünfte aus Abgaben in Geld und Naturalien und den Ertrag der herrschaftlichen Ländereien, Schäfereien, Forsten, Jagden, Fischereien, Bergwerke, Mühlen und andern nutzbaren Eigenthums, nach Abzug der örtlichen Hebungs- und Verwaltungs-Kosten, nach einem Durchschnitt aus den achtzehn Jahren von 1788 bis 1805 einschliesslich. Einkünfte öffentlicher Unterrichts-Anstalten, frommer und milder Stiftungen, unter welcher Hoheit sie auch liegen mögen, werden als Privat-Eigenthum betrachtet, und kommen mithin nicht zu der unter Art. IV. angeordneten Liquidation.

Artikel IX.

Die Kosten der Central-Dienerschaft, der Justiz, der Polizei, des Cultus und der Unterrichts-Anstalten werden nach dem Zustande vom 1. August d. J. in Ausgabe gebracht, und ist dagegen auch jeder Theil verpflichtet, dieselben in diesem Zustande zu übernehmen.

Artikel X.

Den Antheil an dem Einkommen aus dem Rheinzoll, welcher von dem Besitz des Rheinufers in der niedern Grafschaft Katzenellnbogen abhängt, soll nach den durch die Wiener

gress-Acte festgesetzten Grundsätzen berechnet und vergütet werden.

Artikel XII.

Die in Folge der Art. II. und XVIII. des gegenwärtigen Vertrages auf der Bremer und Frankfurter Strasse zum Nachteil der Churhessischen Post-Einkünfte entstehenden Veränderungen sollen bei der Art. IV. vorbehaltenen Liquidation in Betracht kommen, wenn es nicht möglich befunden werden sollte, die bis zum Jahr 1806 auf diesen Coursen bestandenen Postverhältnisse unter Preussischer Vermittelung wieder herzustellen.

Artikel XIII.

Das aus Lehnsverhältnissen hervorgehende Interesse mit Ausnahme beständiger jährlicher Gefälle, soll bei der nach Art. IV. festzulegenden Liquidation auf keiner Seite in Anrechnung kommen. Kein Theil wird künftig in den Besitzungen des andern, wie sie nach Vollziehung des gegenwärtigen Vertrages bestehen werden, solche Lehnsrechte ausüben, welche aus den Abtretungen nach Art. I., II. und III. herrühren.

Artikel XIII.

Beiden Theilen steht frei, so viel von den Schulden, die ihnen auf den gegenseitig nach Art. I., II. und III. abzutretenden Besitzungen haften möchten, als sie wollen, auf eine andere Hypothek zu übertragen, oder sonst anderweitig zu decken. Wenn der andere davon mit dem abgetretenen Lande übernimmt, soll ohne Rüksicht auf den Zinsfuss, zu dem es angeliehen ist, gestalt vergütet, dass für Hundert Thaler Schuld zu Abtrag der Zinsen und Tilgung des Capitals Sieben und ein halb der Einkünfte gewährt werden.

Artikel XIV.

Streitige oder illiquide Forderungen, die etwa nach Art. XIII. den abgetretenen Ländern übernommen werden sollen, sucht die Liquidations-Commission in unstreitige und liquide zu verwandeln. Ist dieses in dem zu ihren Arbeiten bestimmten Zeitraume nicht möglich, so wird man sich gütlich über ein Pauschquantum einigen, wofür sie angenommen und nach Art. XIII. behandelt werden.

Artikel XV.

Liquide Zins-Rükstände werden zum Capital geschlagen, illiquide nach Art. XIV. behandelt.

Artikel XVI.

Leibrenten und Pensionen werden dergestalt vergütet, [d]ass für Einhundert Thaler Rente Funfzig Thaler Einkünfte gewä[hrt] werden. Die Art. XIII. vorbehaltene Wahl in Rüksicht [d]er Schulden ist auch auf Leibrenten und Pensionen anwendbar.

Artikel XVII.

Wirkliche Communal-Schulden und Communal-Lasten [sind] kein Gegenstand der Art. IV. angeordneten Liquidation, sond[ern] bleiben nach wie vor auf den Communen ohne Mitverpflichtung [des] Landesherrn haften. Sollten jedoch seit dem Jahre 1806 erw[eis]lich offenbare Landesschulden oder Landeslasten einzelnen C[om]munen aufgebürdet, oder dergleichen auf die einzelnen Com[mu]nen der ganzen Provinz vertheilt und dadurch anscheinen[d] Communal-Schulden und Lasten verwandelt worden seyn, [so] sollen die betroffenen Communen, sobald dieses von der Liqui[da]tions-Commission anerkannt ist, derselben entledigt und [die] Schulden und Lasten nach Art. XIII., XIV., XV. und X[VI.] behandelt werden.

Artikel XVIII.

Se. Majestät der König von Preussen verpflichten Sich, [im] Einverständniss mit Ihren hohen Verbündeten, sofort die w[irk]samsten Maasregeln zu ergreifen, und bis zu vollständiger E[rre]chung des Zwecks unausgesetzt fortzusetzen, um die Wieder[ein]setzung Sr. Königl. Hoheit des Churfürsten von Hessen in [den] Besitz der vier Hanauischen Aemter Babenhausen, Dorh[eim], Rodheim, Ortenberg und der Gemeinschaften in dem Zust[and] derselben vor der feindlichen Besetzung im Jahre 1806 bald[möglichst] zu erlangen. Zur Erleichterung der Verhandlungen [ist] man übereingekommen, dass Se. Königl. Hoheit für das A[mt] Babenhausen und äussersten Falls auch für die Aemter Ortenb[erg] und Rodheim nebst den Gemeinschaften einen vollständigen [Er]satz annehmen wollen. Dieser Ersatz kann jedoch nur in L[and] und Leuten mit voller Landeshoheit und Oberherrlichkeit [be]

ben, und kann nicht anders als in völlig freier Uebereinkunft mit Ihnen bestimmt werden.

Artikel XIX.

Se. Durchlaucht der Landgraf zu Hessen-Rothenburg empfangen innerhalb der Churhessischen Staaten, so wie sie nach Vollziehung des gegenwärtigen Tractats beschaffen seyn werden, diese Vergütung für dasjenige Domanial- und grundherrliche Einkommen, welches Ihnen durch die darnach stipulirten Abtretungen entgehet. Dieses Einkommen wird von der Art. IV. angeordneten Commission nach den Art. VIII. bis XVII. einschliesslich angenommenen Grundsätzen liquidirt.

Artikel XX.

Die Entschädigung dafür kann nur durch Anweisung und Uebergabe von dem gleichen Betrage eines Einkommens aus Domainen und grundherrlichen Nutzungen erfolgen, welches ebenfalls von derselben Liquidations-Commission und nach denselben Grundsätzen, wie Art. XIX. angenommen worden, ausgemittelt wird.

Artikel XXI.

Die Besitzungen, aus deren Einkommen die Art. XIX. und XX. bestimmte Entschädigung erfolgt, sollen in gemeinschaftlicher freier Uebereinkunft zwischen Sr. Königl. Hoheit dem Churfürsten und Sr. Durchlaucht dem Landgrafen ausgewählt und der Liquidations-Commission zu Anlegung der Berechnung darüber angezeigt werden. Se. Majestät der König von Preussen werden bei dieser Auswahl nur insofern eine Vermittelung übernehmen, als dieselbe von einem Theile oder beiden gewünscht werden sollte. Als Grundlage der Auswahl steht fest, dass beide Theile dabei die möglichste Vereinfachung und Erleichterung der Uebersicht und Verwaltung Ihres Domanial- und grundherrlichen Einkommens und in Folge dessen eine den Wirthschaftszwecken angemessene Territorial-Abrundung beabsichtigen.

Artikel XXII.

Se. Durchlaucht der Landgraf werden die Ihnen hiernach zu überweisenden Domänen- und grundherrlichen Rechte mit eben den Befugnissen und Verpflichtungen besitzen, welche Ihnen

hausvertragsmässig in Rüksicht der Rothenburger Quart zu stehen und obliegen; ohne Rüksicht auf andere oder beson Berechtigungen, unter welchen Sie die dagegen abzutretend Besitzungen inne gehabt haben möchten.

Artikel XXIII.

Die Uebergabe sämmtlicher gegenwärtiger Abtretung nach Art. I., II., III. erfolgt vier Wochen nach Unterzeich des gegenwärtigen Tractats, oder eher wenn es seyn kann. Königl. Hoheit der Churfürst verpflichten Sich zu solchen v fügen Anordnungen, dass hierdurch kein Ausfall an Einkü für Se. Durchlaucht den Landgrafen von Hessen-Rothe entstehet.

Artikel XXIV.

Alle Staatsdiener und herrschaftliche Officianten, w sich zur Zeit der Uebergabe auf ihren Posten befinden, ver ben bei vorausgesetzter Diensttreue auf denselben, und im nusse ihres rechtmässigen Diensteinkommens, werden auch k tighin den gleich qualificirten Dienern des Staats, an den übergehen, gleich und überhaupt in keinem Falle nachthei als nach dem Reichs-Deputations-Schlusse vom 25. Feb 1803 behandelt.

Artikel XXV.

Die Verträge, welche die abtretende Regierung vor 1. August d. J. mit Privatpersonen, Communen, Corporat und Instituten über solche Leistungen oder Nutzungen ge sen oder übernommen hat, welche die abzutretenden Distric Ortschaften betreffen, gehen mit denselben in gleicher ver cher Kraft auf die neue Herrschaft über.

Artikel XXVI.

Die zur Zeit der Uebergabe vorhandenen Abgaben- und kommen-Rükstände aller Art gehen ohne gegenseitige Liq tion auf den neuen Besitzer über.

Artikel XXVII.

Militär-Personen, welche nicht den Rang von Ober-O

haben, folgen ihrem Geburtsorte und werden von allen Interessenten gegenseitig, jedoch erst nach Beendigung des jetzigen Feldzuges, an die künftigen Landesherren desselben abgeliefert. Militärs, welche Ober-Officiers-Rang haben, können nicht auf den Grund dieser Bestimmung wider ihren Willen reclamirt werden.

Artikel XXVIII.

Die Militär-Strassen von Heiligenstadt über Witzenhausen nach Cassel auf Marburg, und von Eisenach über Berka und Vacha auf Alsfeld und Grünberg bleiben auch in Friedenszeiten für Preussen offen, dagegen behält Churhessen eine Militärstrasse durch das Preussische Gebiet von Carlshafen nach Rinteln. Die Bestimmungen wegen der Etappenplätze, Verpflegung und Disciplin sind vollkommen gegenseitig und sollen durch eine andere Uebereinkunft näher festgesetzt werden. Man wird dabei die Grundsätze vorzüglich berüksichtigen, welche zwischen Preussen und Hannover wegen der durch die Congress-Acte bestimmten Militär-Strassen zur Richtschnur dienen.

Artikel XXIX.

Se. Majestät der König von Preussen verpflichten Sich, Se. Königliche Hoheit den Grossherzog zu Sachsen-Weimar durch eine andere Uebereinkunft für denjenigen Theil, der Ihnen durch die Wiener Congress-Acte überwiesenen Bevölkerung von Sieben und Zwanzig Tausend Einwohnern anderweitig nach besonderer Uebereinkunft schadlos zu halten, welcher Ihnen etwa durch die Dispositionen Art. I., II. und V. einschliesslich nicht übereignet, oder vergütet werden möchte. Se. Majestät der König leisten Ihrer Königl. Hoheit dem Churfürsten Gewähr gegen jede Anforderung, welche wider Verhoffen deshalb an Sie als Besitzer des ehemaligen Theils des vormaligen Departements Fulda gemacht werden sollte.

Artikel XXX.

Dieser Vertrag soll ratificirt und die Ratificationen binnen vier Wochen, oder eher, wenn es seyn kann, ausgewechselt werden.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtig-

ten denselben unterzeichnet und mit dem Siegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen Cassel, den 16. October des Jahrs 1815.

(L. S.) gez: Conrad Siegmund Carl von Hänlein
(L. S.) gez: Georg Ferdinand von Lepel.

a) Vergl: Procès verbal signé par les Commissaires Prusse et de l'Electeur de Hesse en exécution Traité du 16. Octobre 1815, à Fulde le 5. fevrier 181 de Martens recueil etc. supplém. Tom VII. p. 408—412.
Vertrag zwischen Preussen, Churhessen und d Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet Cassel am 4. März 1816 (s. unten).
J. L. Klüber, Quellen-Sammlung zu dem öffentlichen Recht Teutschen Bundes etc. S. 49.

LV.

Vertrag zwischen Preussen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815.

Im Namen der hochheiligen und untheilbaren Dreieinigkeit.

Nachdem Se. Majestät der König von Preussen und Se. Königl. Hoheit der Churfürst von Hessen, um die in Folge der Verhandlungen des Wiener Congresses nöthig befundenen Ausgleichungen im nördlichen Deutschlande durch eine freundschaftliche Uebereinkunft über angemessene Territorial-Veränderungen zu erleichtern, durch Bevollmächtigte in besondere Tractate getreten sind, und über deren endliches Resultat unter dem heutigen Dato einen förmlichen Territorial-Austausch-Vertrag in 30 Artikeln abgeschlossen haben, und nicht allein der Beitritt zu diesem Tractat von Seiten Sr. Durchlaucht des Landgrafen von Hessen-Rothenburg nach den mit dem Churhause Hessen bestehenden Hausverträgen für nothwendig, sondern eine eigene und besondere Uebereinkunft zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preussen und Sr. Durchlaucht dem Herrn Landgrafen von Hessen-Rothenburg, wegen der von Hochdenselben abzutretenden eigenthümlichen Rechte, Besitzungen und Nutzungen, und des dafür zu leistenden Ersatzes für erforderlich gehalten worden ist; so haben Se. Majestät der König von Preussen und Se. Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Rothenburg Bevollmächtigte ernannt, um Alles, was hierauf Bezug hat, zu verabreden, abzuschliessen und zu unterzeichnen, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:

den Herrn Präsidenten Conrad Siegmund Carl von Hänlein,

Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Min-
ster an den Hessischen und Nassauischen Höfen, Ritter de
Königl. Preussischen rothen Adler-Ordens und des eiserne
Kreuzes, wie auch Ritter des Churfürstlich Hessischen Orde
vom goldenen Löwen;

und Se. Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Rothe
burg:

den Herrn Geheimen Rath Carl Wilhelm Gössel;

welche, nachdem sie gegenseitig ihre Vollmachten in g
und gehöriger Form befunden und gegen einander ausgewe
haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind.

Artikel I.

Se. Durchlaucht der Landgraf zu Hessen-Rheinfels-Ro
burg treten dem, zwischen Sr. Majestät dem Könige von Pr
ssen und Sr. Königl. Hoheit dem Churfürsten von Hessen un
heutigen Dato geschlossenen, hier abschriftlich beigeheft
Vertrage *) bei, genehmigen insbesondere, was in demselbe
Interesse und Ihre Rechte betrifft, und verpflichten Sich zug
diejenigen Rechte, Besitzungen und Nutzungen, welche H
an der Niedergrafschaft Katzenellnbogen, der Herrschaft P
nebst dem Kloster Hökelheim und dem Amte Neuengleichen
stehen, in Folge der Artikel II. des gedachten Vertrages
haltenen Stipulationen an des Königs von Preussen Majestä
zutreten.

Sie behalten Sich jedoch ausdrüklich vor, dass aus di
Vertrage niemals irgend eine Schmälerung Ihrer Hausver
mässigen Rechte hergeleitet, und insbesondere dieselben in
sicht der Rothenburger Quart, und der mit gleicher Berech
an Sie übergehenden Entschädigung vollständig aufrecht er
werden sollen.

Artikel II.

Se. Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Rothenburg
len ferner dem bisher geführten Titel von Rheinfels, da
Besitzung jetzt durch die Wiener Congress-Acte in K
Preuss. Besitz übergegangen ist, und nunmehr in den St
Sr. Majestät des Königs von Preussen liegt, hiermit ausdrü
und feierlichentsagen.

Artikel III.

Se. Majestät der König von Preussen, welche überhaupt
e. Durchlaucht im ungekränkten Besitz Ihrer Hausvertrags-
ässigen Rechte und Einkünfte erhalten zu sehen wünschen,
isten dagegen insbesondere Gewähr für die durch erwähnten
Vertrag Sr. Durchlaucht bestimmten Entschädigungen, und wol-
n noch ausserdem zu Vervollständigung des Ersatzes und zu
zeigung Ihrer Theilnahme an dem Interesse Sr. Durchlaucht,
selben, binnen Jahresfrist, in den Besitz einer Herrschaft von
,000 Thalern reinen Einkommens, nach wirthschaftlichen An-
lägen, setzen. Diese Herrschaft soll in Sr. Majestät Staaten
gen, und unter Ihrer Landeshoheit von Sr. Durchlaucht als
es Allodium erb- und eigenthümlich mit allen den Ehrenrech-
besessen werden, welche den begünstigsten Grundbesitzern
Provinz, worin sie gelegen ist, zustehen, oder überdies
innerhalb der Landesverfassungsmässigen Gränzen von Sr.
estät derselben beigelegt werden möchten. Se. Durchlaucht
en darüber sowohl unter Lebendigen als von Todes wegen,
ber ein persönliches Eigenthum, nach den Landesgesetzen
ügen können. Sie wird frei von ingrossirten Schulden und
irthschaftlicher Verfassung übergeben.

Artikel IV.

Se. Majestät der König von Preussen versprechen überdies,
Durchlaucht den Landgrafen bei denjenigen Verhandlungen
nterstützen, welche Sie auf dem Bundestage in verfassungs-
igem Wege anwenden möchten, um von dem Deutschen
e eine ähnliche Gewähr für die Fortdauer Ihrer Hausver-
mässigen Stellung zu erhalten, als diejenige war, welche
Deutsche Reichsverfassung für dieselbe enthielt. Auch wol-
Se. Majestät der König Sich für die Erfüllung der subsidiari-
n Verbindlichkeiten der Rheinschifffahrtsoctroi, in Rüksicht
darauf angewiesenen rükständigen Renten Sr. Durchlaucht,
ligst verwenden.

Artikel V.

Dieser Vertrag soll ratificirt, und die Ratificationen binnen

vier Wochen oder eher, wenn es seyn kann, ausgewechselt werden.

Zu Urkunde dessen, haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und mit dem Siegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen Cassel, den 16. October des Jahres 1815.

(L. S.) Conrad Siegmund Carl von Hänlein.
(L. S.) Carl Wilhelm Gössel.

a) S. die vorige Nummer.

LVI.

nvention zwischen Preussen, Churhessen und n Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 4. März 1816.

Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht, dem Herrn Landgrafen Hessen-Rothenburg ist im Tractate zwischen Preussen und rhessen vom 16. October 1815 für die abgetretene Niederschaft Katzenellnbogen, die Herrschaft Plesse, einschlüssig Klosters Hökelheim, und das Amt Neuengleichen, eine vollige Entschädigung innerhalb der Churhessischen Staaten sichert worden.

Da bei der Ausmittelung und Ueberweisung der hierzu geten Objecte mehrere Schwierigkeiten zu besorgen sind; so n Berathung gezogen worden, in welcher andern Art diese schädigung zur Zufriedenheit sowohl Sr. Königl. Hoheit des rfürsten, als Sr. Durchlaucht des Herrn Landgrafen festget werden möge, und Se. Majestät der König von Preussen n zur Erleichterung des Geschäfts hierin Ihre vermittelnde irkung eintreten lassen.

Zu diesem Ende haben Se. Majestät der König von Preuszu Dero Bevollmächtigten ernannt:

n Herrn Präsidenten Conrad Siegmund Carl von Hän, Ihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten ter an den Hessischen und Nassauischen Höfen, Ritter des gl. Preuss. rothen Adler-Ordens und des eisernen Kreuzes, uch des Churhessischen Ordens vom goldenen Löwen;

Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen:

n Geheimen Regierungsrath Herrn Johannes Hassenpflug assel;

Se. Hochfürstliche Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Rothenburg:

den Herrn Geheimen Rath Carl Wilhelm Gössel zu Rothenburg,

welche unter der vorbehaltenen allseitigen Ratification wie nachstehet, überein gekommen sind:

Artikel I.

Der Herr Landgraf von Hessen-Rothenburg, Hochfürstl. Durchlaucht, entsagen auf die Entschädigungen, welche I. der zwischen Preussen und Churhessen am 16. October [illegible] geschlossene Vertrag, für die abgetretene Niedergrafschaft [illegible] tzenellnbogen, die Herrschaft Plesse, mit Einschluss des Klos[illegible] Hökelheim, und das Amt Neuengleichen, zugesichert, und e[illegible] ren die Ihnen dieserhalb zustehenden Rechte an Se. Kön[illegible] Hoheit den Churfürsten.

Artikel II.

Dagegen erhalten Se. Durchlaucht eine zusammenhäng[illegible] Besitzung unter Preussischer Souveränetät, deren reine E[illegible] nüen, wenn die Hessen-Rothenburgischen Abtretungen, [illegible] der vorläufigen Festsetzung bei der tractatmässigen Liquid[illegible] sich auf Sechszig Tausend Reichsthaler, sage 60,000 Rt[illegible] bewähren werden, die Summe von Funfzig Tausend Reich[illegible] lern, sage 50,000 Rthlrn., erreichen, oder nachdem sich di[illegible] quidationssumme vermehrt oder vermindert, nach diesem [illegible] hältniss mehr oder weniger betragen sollen.

Artikel III.

Diese Besitzung erhalten des Landgrafen Durchlaucht Allodium mit unbeschränkter Befugniss, darüber nach Ge[illegible] zu disponiren.

Artikel IV.

Sie hat alle Eigenschaften, die der Allodial-Herrschaft [illegible] Zwanzig Tausend Reichsthaler, sage 20,000 Rthlr., reine venüen ankleben sollen, welche die Krone Preussen dem L[illegible] grafen zugesichert hat, und der Churfürst Königl. Hoheit w[illegible] sich mit Preussen zu verständigen suchen, dass diese Besitz[illegible] mit vorgedachter Allodial-Herrschaft von Zwanzig Ta[illegible]

Reichsthalern, sage 20,000 Rthlrn., Revenüen ein Contiguum bilde.

Artikel V.

Diese Besitzung wird in freier Uebereinkunft mit dem Herrn Landgrafen gewählt. Vorläufig ist das Augenmerk auf die Herrschaft Ratibor in Schlesien gerichtet, welche in Verbindung mit der Königl. Domäne Rauden jenes Contiguum schicklich bilden und den Revenüenbetrag zur Zufriedenheit des Herrn Landgrafen Durchlaucht inclus. der Königl. Preuss. Seits zu gewährenden Zwanzig Tausend Reichsthaler, sage 20,000 Rthlr. reiner Einkünfte erreichen dürfte. Des Churfürsten Königl. Hoheit verpflichten sich, nach vorgängiger in Art. II. festgesetzter Liquidation, zur Erwerbung dieser Besitzung eine Million Reichsthaler, sage 1,000,000 in der Voraussetzung anzuweisen, dass Ihre auf Ratibor und andern Gütern in den Preussischen Staaten haftenden circa Sechshundert Tausend Reichsthaler, sage 600,000 Rthlr. betragenden Capitalien, mit billiger Rücksicht auf die hiervon rückständigen Zinsen dabei an Zahlungs Statt angenommen, und, was alsdann noch zu berichtigen bleibt, zur einen Hälfte in baarem Gelde und zur andern in Preussischen oder andern guten Staatspapieren nach dem Nominal-Werthe, bezahlt werde.

Artikel VI.

Des Herrn Landgrafen Durchlaucht machen sich verbindlich, die Herrschaft Ratibor und Rauden unverzüglich durch Commissarien besichtigen zu lassen, und auch Selbst in Augenschein zu nehmen, und sich, wo möglich, bis zum 1. Mai d. J. zu erklären, ob Sie dieses Object zur Entschädigung annehmbar finden, oder durch welche erhebliche Gründe Sie Sich dessen Annahme zu verbitten veranlasst finden.

Artikel VII.

Im Falle der Annehmlichkeit der Herrschaft Ratibor werden des Churfürsten Königl. Hoheit mittelbar oder unmittelbar die nöthige Uebereinkunft wegen deren Erwerbung bis zum 1. Juli d. J. einzuleiten und zu bewirken suchen, um des Herrn Landgrafen Durchlaucht bis zu diesem Termine in den Besitz der zugesicherten Revenüensumme zu setzen. Bei der Ausführung

dieses Geschäfts wird sich beiderseits die Königlich Preussische Vermittelung bedungen und vorbehalten, und Preussen verspricht, diese Vermittelung zu übernehmen. a)

Artikel VIII.

Im Falle der Nichtannehmlichkeit der Herrschaft Ratibor, und wenn mit dem Herrn Landgrafen nicht in Absicht auf eine andere Besitzung in den Preussischen Staaten überein gekommen wird, versteht es sich von selbst, dass Se. Königl. Hoheit der Churfürst nicht an die angebotene Summe von einer Million Thaler weiter gebunden, dass aber auch des Herrn Landgrafen Durchlaucht alsdann berechtiget sind, in Entstehung einer allenfalsigen andern gütlichen Uebereinkunft, auf die vertragsmäßige Entschädigung unter Königl. Preussischer Vermittelung zurück zu kommen.

Artikel IX.

Preussen übernimmt die Garantie, dass so wenig das Churhaus als der Landgraf von Hessen-Rothenburg von Seiten des letzteren Onkels Carl Constantin wegen des gegenwärtigen Uebereinkommens einige Anfechtung erfahren solle; es möge die Ereignisse kommen, wie sie wollen.

So geschehen Cassel, den 4. März 1816.

(L. S.) v. Haenlein.
(L. S.) Hassenpflug.
(L. S.) Goessel.

a) Vergl: Convention entre l'Electeur de Hesse et le Landgrave de Hesse-Rotenbourg, conclue sous la médiation du Roi de Prusse en exécution du Traité du 16. Octobre 1815, en date de Cassel, le 10. mai 1820. (Es hält die schliessliche Regulirung der in obiger Convention gedachten Entschädigungen.)

de Martens recueil etc. nouv. suppl. Tom. I. p. 561—5

Convention entre le Prince Electoral de Hesse et Landgrave de Hesse-Rotenbourg pour la cession Ratibor et Rauden en Silésie en faveur du dernier, d. Cassel, le 10. mai 1820. (Es war nämlich bis jetzt

Churprinz von Hessen im Besitze der, käuflich erworbenen, Herrschaft Ratibor etc. gewesen.)

de Martens recueil etc. nouv. suppl. Tom. I. p. 567—573.

Convention entre l'Electeur de Hesse et le Landgrave de Hesse-Rotenbourg, pour régler les indemnisations stipulées en faveur du dernier dans les Traités du 16. octobre 1815 et du 4. mars 1816. En date de Cassel, le 10. mai 1820.

de Martens recueil etc. nouv. suppl. Tom. I. p. 573—578.

Acte du Prince Electoral de Hesse portant son adhésion à deux articles séparés de la Convention conclue entre l'Electeur de Hesse et le Landgrave de Hesse-Rotenbourg le 10. mai 1820, de la même date.

de Martens recueil etc. nouv. suppl. Tom. I. p. 578—581.

Convention entre le Roi de Prusse et le Landgrave de Hesse-Rotenbourg pour la cession de la Principauté de Corvey en faveur du dernier, avec l'accession de l'Electeur de Hesse à cette convention. Signée à Cassel, le 10. mai 1820.

de Martens recueil etc, nouv. suppl. Tom. I. p. 582—587.

LVII.

Traité de limites conclu entre la Prusse et la Russie à Berlin le 11. novembre / 30. octobre 1817.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

L'article premier du Traité conclu à Vienne le 21. / 9. 1815, ayant présenté des difficultés dans son application, les hautes Parties contractantes se sont décidées à les lever à l'amiable par une convention séparée. Elles ont muni à cet effet Leurs pleins-pouvoirs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse, Grand-Duc de Posen etc. et

Le Prince de Hardenberg, Son Chancelier d'Etat et

et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne etc. etc.:

Le Sieur David d'Alopeus, Son Conseiller privé, Chambellan actuel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire etc., et

Le Sieur Auguste d'Auvray, Lieutenant-Général de Ses armées etc.;

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

En partant de la frontière de la Prusse orientale près de Neuhoff, le premier poteau sera placé à la redoute suédoise, d'où l'on suivra la frontière de la Prusse occidentale jusqu'au point où elle touche la rivière de Drewenz, telle qu'elle a subsisté depuis 1777 jusqu'à la paix de Tilsit. De ce point le thalweg

la Drewenz fera la frontière jusqu'à Leibitz. Polnisch-Leibitz sur la rive gauche de la Drewenz reste au royaume de Pologne. Deutsch-Leibitz sur la rive droite de cette rivière appartiendra comme par le passé à la Prusse occidentale. Quant aux moulins situés sur la Drewenz entre ces deux villages, l'état de possession de 1777 est rétabli.

De Leibitz la frontière sera dirigée en sorte, que Gomowo, Nowawies, Kompania, Grillowo, Grabowiec et Slino, avec leurs banlieues restent à la Prusse, tandisque Pustelnick, Opalniewo, Wrotyny, Obory, Smolnicki, Lipowiec et Osiek avec leurs banlieues demeurent au Royaume de Pologne.

A partir du point sur la rive droite de la Vistule où touche la frontière entre les banlieues de Slino et Osiek, jusqu'au point sur la rive gauche de la Vistule, où tombe le ruisseau Tonzyna (Ruf sur la carte de Gilly) il sera tiré une ligne droite à travers le lit de ce fleuve; toutes les parties et îles de la Vistule au nord de cette ligne, appartiendront à la Prusse, comme celles au sud de la dite ligne resteront au Royaume de Pologne.

La frontière remonte ensuite la Tonzyna jusqu'à l'endroit, où l'ancienne frontière du district de la Netze touche ce ruisseau entre Neu-Grabia et Gosciejewo.

De ce point d'intersection entre la frontière du district de la Netze et la Tonzyna, la frontière suit l'ancienne limite de ce même district, telle qu'elle a été réglée en 1776, jusqu'à Mlecze-Hollaender situé sur le lac près du bourg de Woyczn.

Du milieu de ce lac la frontière ira en partageant les eaux ou leurs communications jusques vis-à-vis du village de (Rzymachowo) Polanowo, près de Powidz, dans le lac de ce nom. Mlecze-Hollaender, Suszowe, Sczydlowiec, Smolniki, Kunkolewo, Rusin-Hollaender et Werder-Hollaender, Utta-Powidzna, Przybrodzyn, Powidz, Polanowo et Rzymachowo appartiendront à la Prusse, et Kowatny (Kornaty), Mrowky-Hollaender, Swistne (Swinki), Trenby-Hollaender, Goscinczyk, Kania, Kiers (ou Stude), Korowo et Kosewo demeureront au Royaume de Pologne.

Depuis le lac de Powidz, jusqu'à la Warthe, la frontière est fixée de manière que Studziniec, Chochowo, Niedzgoda-Hollaender, Closna, Pietrowice, Slupce, Wierzbociece, Clonzyn, Pietrzykowo, Rataie, Dluskow, Peysern (Pyzdry) et Tarnowo

tombent à la Pologne, et Radlowo ou Szemberowo, Babinskie-Hollaender, Babia, Slomczyce, Lenczcz-Hollaender, Strzalkowo, Poruszewko, Skarboszewo, Chwalibogo, Golionczewo, Szamarzewo, Borkowo, Borzykowo, Libohry, Cieslewielkie, Cieslemaly, Splowie et Wodziwko tombent à la Prusse.

Depuis le confluent de la Prosna et de la Wartha, cette dernière rivière, en la descendant, appartiendra avec ses deux rives à la Prusse, quand même la banlieue de Tarnowo s'étendrait dans la même direction.

Depuis l'embouchure de la Prosna dans la Wartha, la frontière remonte le cours de la Prosna jusqu'à l'extrémité septentrionale du territoire de Koscielnawies (*Kirchdorf*).

De ce point la frontière passe entre Podlesie, Gluski et Koscielnawies; entre Trkusow, Baczkow et Biskupice, entre Podkoce, Monczniki et Szczypierno; entre Wengri, Cholow et Sulislawice, enfin entre Osiek et Zydow où elle rejoint la Prosna. Podlesie, Gluski, Trkusow, Baczkow, Podkoce, Monczniki, Wengri, Cholow et Osiek appartiendront à la Prusse, et Koscielnawies, Biskupice, Szczypierno, Sulislawice et Zydow appartiendront au Royaume de Pologne.

La frontière continuera de là à remonter le cours de la Prosna, jusqu'au point où elle atteint les frontières de la Silésie près du village de Gola.

Article II.

Partout où la frontière ci-dessus marquée est formée par une rivière, le thalweg de l'eau marquera les limites entre les deux Etats, d'après la teneur du traité de Vienne du $\frac{21.}{3.}$ avril 1815; mais là, ou manque cette indiquation, les frontières territoriales feront les limites, en tant qu'une exception n'est pas mentionnée expressément à l'article premier.

Article III.

La stipulation de l'article précédent ne pourra cependant s'étendre aux villes, villages et possessions que partage la Tuczyna (Ruf sur la carte de Gilly), et il est convenu que dans ces cas, comme aussi dans celui, ou les frontières territoriales feront

les limites, les dépendances contigues d'une propriété suivront le sort de leur chef-lieu.

Article IV.

Sont compris sous la dénomination de dépendances: les fermes (*Vorwerke*) du même nom, les bergeries, les cabarets isolés, les Hollaenders (colons) portant le nom du chef-lieu, les maisons d'établissemens des gardes-forestiers et des gardes-champêtres, les tuileries ou briqueries, les verreries, les groudonneries, les scieries et les moulins; tous portant le nom du chef-lieu et dont les frontières sont en contact avec lui.

Les fermes (*Vorwerke*) ainsi que les villages quelconques ayant un nom à eux quoiqu'appartenant au même propriétaire sont expressément exemptés de la cathégorie des dépendances.

Article V.

Les dépendances détachées seront remises à la Puissance sur le territoire de laquelle elles sont enclavées.

Article VI.

S'il existoit un doute pour un chef-lieu, qui ne pût être levé par les articles précédens, il sera tiré une ligne droite entre les deux endroits les plus proches le long de la frontière, dont la possession n'est pas douteuse et l'endroit en litige passera d'après les principes ci-dessus établis à la Puissance du côté de laquelle elle l'aura délimité.

Article VII.

Les forêts et pâturages seront réunis aux chefs-lieux auxquels ils appartiennent en propriété, en cas qu'ils se trouvent en contiguité, d'après le cadastre fait pendant et après l'année 1807.

Article VIII.

Les forêts et pâturages appartenans à une ville, bourg, village, hameau ou ferme (*Vorwerk*) en contiguité avec eux, font partie de leurs dépendances, sur le sort desquelles il a été statué à l'article trois.

Article IX.

Les forêts et pâturages formant la propriété commune d'une

seigneurie ou d'un domaine de la couronne, avec lesquels ils sont en contiguité et qui se trouveroient partagés sur la ligne de la frontière, seront répartis en raison de l'impôt foncier que payent les endroits échus respectivement, soit à la Prusse, soit à la Pologne, d'après le cadastre de 1807.

Article X.

Les stipulations ci-dessus mentionnées ne sont pas applicables aux anciennes limites, qui par la présente convention seront rétablies purement et simplement sans le moindre changement.

Article XI.

D'abord après la ratification de la présente convention la commission désignée pour le travail de la démarcation se rendra sur les lieux pour placer les poteaux sur la frontière et en lever la carte, ainsi que l'établit l'article 41. du traité signé à Vienne le 21. avril / 3. mai 1815.

Article XII.

Il sera nommé une commission d'experts, pour juger si la Drewenz est susceptible d'une navigation. Dans ce cas l'écluse de Leibitz sera supprimée, ou bien il sera creusé, à frais communs, entre les deux Etats un canal de navigation pour tourner l'écluse. Dans le cas contraire l'écluse sera entretenue au frais des hautes Parties contractantes.

Article XIII.

Immédiatement après l'échange des ratifications de la présente convention, et au plus tard quatre semaines à dater de cet échange, les troupes et employés d'une des hautes Parties contractantes, qui occupent les districts échus à l'autre, les évacueront de suite.

Article XIV.

Les titres domaniaux, archives et autres documens publics et particuliers qui assurent la propriété, seront remis dans l'espace de trois mois aux commissaires du gouvernement auquel ils reviennent, et qu'on désignera pour cet effet.

Article XV.

Toutes les recrues, que l'une des Puissances contractantes aura levées dans le territoire de l'autre, tel qu'il sera délimité après la conclusion de la présente convention, seront renvoyées dans leurs foyers, dans le terme de trois mois après l'échange des ratifications.

Article XVI.

Le bureau des postes frontières prussiennes, qui se trouve actuellement à Slupce, sera transféré à Strzalkowo où on établira dans la suite la poste frontière de la Prusse.

Article XVII.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans l'espace de deux mois, ou plutôt, si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, le $\frac{\text{11. novembre}}{\text{30. octobre}}$ l'an de grâce 1817.

(L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) D. Alopeus.
(L. S.) F. d'Auvray.

Articles séparés.

Article I.

Les droits de souveraineté et de possession exercés par la Prusse sur le baillage de Jemelin et ses dépendances, sont reconnus.

Article II.

La Prusse ne consent à la cession du village de Koscielnawies (*Kirchdorf*) dans les environs de Kalisch, qu'à condition qu'on lui donnera aux créanciers prussiens des capitaux placés en hypothèque sur dit le village, d'opter

s'ils veulent conserver leur droit d'hypothèque tel qu'il existe maintenant, ou bien

s'ils préfèrent d'être remboursés en obligations de la banque prussienne par le gouvernement russe-polonois, contre cession de leurs droits à l'époque de la remise du dit village. Messieurs les plénipotentiaires russes acceptent cette condition.

Article III.

Les présents articles séparés seront ratifiés et les ratifications en seront échangées a) en même temps avec la convention de ce jour.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs les ont signés et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Berlin, le $\frac{\text{11. novembre}}{\text{30. octobre}}$ l'an de grâce 1817.

(L. S.) Le Prince de Hardenberg.
(L. S.) D. Alopeus.
(L. S.) F. d'Auvray.

a) Die Auswechselung der Ratificationen der vorstehenden Convention und der derselben angehängten Separat-Artikel ist am 4. Februar 1818 zu Berlin vollzogen worden.

LVIII.

ité définitif de démarcation de la frontière re les Etats Prussiens et le Royaume de Pologne, uis les confins du Grand-Duché de Posen squ'à ceux de la République de Cracovie,

signé à Berlin, le $\frac{4. \text{ mars}}{20. \text{ février}}$ 1835.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur de s les Russies, Roi de Pologne, ayant résolu de terminer par ccord à l'amiable les différends territoriaux qui existent sur ontière entre la Silésie et la Pologne, et de faire tracer et miner définitivement la frontière qui sépare les deux pays, nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Sieur Frédéric Ancillon, Son Ministre d'Etat et abinet, Chevalier de l'ordre de l'aigle rouge de la première e et de celui de la croix de fer de la seconde classe; alier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, Grand'-Croix rdre de Ste. Anne et de celui de St. Stanislaus de Rus- Grand'-Croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie; andeur de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède; Grand'- x de l'ordre des Sts. Maurice et Lazare de Sardaigne, de re de la Couronne de Bavière, de celui du mérite civil de , de celui du Lion de la Hesse Electorale, de celui de Louis Hesse Grand'-Ducale et de celui des Maisons ducales de de la branche Ernestine; et

Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Po- e:

Le Sieur Alexandre de Ribeaupierre, Son Conseiller

privé actuel, Chambellan actuel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. le Roi de Prusse et près S. A. R., Monseigneur le Grand-Duc de Mecklenbourg-Schwerin, Chevalier Grand'-Croix des ordres de St. Alexandre-Newsky en diamans, de St. Wladimir de la seconde classe, de Ste. Anne de la première classe en diamans, de l'orde impérial de Léopold d'Autriche, de l'ordre royal de St. Janvier de Naples, de l'ordre royal de Charles III. d'Espagne, de l'ordre royal de Danebrog du Danemark et de l'ordre royal du Sauveur de Grèce de première classe,

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinpouvoirs, trouvés en bonne et due forme, pris connaissance du travail préparatoire et entendu conjointement les rapports des commissaires nommés ad hoc, savoir de la part de la Prusse, le Sieur Jean Ferdinand Neigebaur, conseiller intime de justice, et de la part de la Pologne, le Sieur Vincent de Pradzynski, considérant que la commission nommée en 1808 pour fixer les limites entre les Etats Prussiens et le Duché de Varsovie n'a pas déterminé la frontière sur tous les points où des territoires étaient réclamés d'une partie ou de l'autre; considérant que toutes les mesures prises par les gouvernemens des deux Pays à diverses époques pour mettre fin à des réclamations continuelles (dont quelques-unes remontent au 14ième et 15ième siècle) n'ont amené aucun résultat définitif; que le Traité conclu à Vienne le $\frac{3.\ mai}{21.\ avril}$ 1815, n'a fixé que la frontière entre le Grand-Duché de Posen et le Royaume de Pologne; ayant enfin examiné les réclamations et pièces justificatives présentées de part et d'autre, et discuté les différentes questions et argumens, sont convenus des articles suivans.

Article I.

Les dispositions du présent Traité détermineront définitivement la frontière entre la Silésie et la Pologne, à partir de l'endroit ou cette frontière touche celle du Grand-Duché de Posen, telle qu'elle a été définie par le Traité conclu à Varsovie entre la Prusse et la Russie le $\frac{24}{12}$ avril 1823, jusqu'à celui où elle tou-

la frontière de la république de Cracovie, telle, que cette dernière a été déterminée par le recès de Vienne du $\frac{3.\ mai}{21.\ avril}$ 1815.

Article II.

La frontière déja marquée sur toute cette ligne par des poteaux plantés en 1808 sera maintenue d'après les procès verbaux et d'après les plans signés par les commissaires, Comte de Dankelmann et Général Kosinski, et quant aux lacunes qui n'ont point été délimitées à cette époque, la frontière sera tracée comme suit:

Article III.

Entre le village silésien de Kostau et le village polonais de Chroscin, en partant du point où les derniers poteaux entre le Grand-Duché de Posen et le royaume de Pologne étaient plantés en 1823, la frontière entre la Silésie et la Pologne suivra le Thalweg de la Prosna en la remontant et en laissant à la Silésie une prairie située sur la rive gauche de la Prosna et possédée par le village silésien de Kostau, prairie qui a été en contestation.

Article IV.

Entre Neudorf (Ciecierzin) village silésien, et Chroscin, village polonais, la ligne de démarcation suivra le thalweg de la Prosna, de manière que les deux prairies, contestées entre les villages de Neudorf et de Chroscin, nommées Sterki et Pastwisca ou Pastwy, situées sur la rive gauche, resteront sous la domination Prussienne.

Article V.

Entre Golkowitz (Silésie) et Gole (Pologne) le thalweg de la Prosna, sur lequel est situé le moulin de Gole, est reconnu comme frontière; et les prairies en litige à présent, situées sur la rive gauche de cette rivière, resteront sous la domination Prussienne, à l'exception d'une petite île, possédée maintenant par le village de Gole, laquelle restera sous la domination Polonaise.

Article VI.

Entre le village silésien de Golkowitz, ainsi que la ville silésienne de Pitschen et les villages polonais de Gole et de Woycin,

la frontière suivra les traces d'un ancien lit de la Prosna, en laissant sous la domination Prussienne la prairie possédée par le nommé Nibisch, de même que la prairie appartenant à la maison du garde-forêt de la ville de Pitschen.

Article VII.

Entre la ville silésienne de Pitschen et le village polonais de Woycin, la ligne de démarcation suivra le thalweg de la Prosna sur lequel est situé le moulin de Woycin, de sorte que les prairies en contestation jusqu'à présent, situées sur la rive gauche, resteront sous la souveraineté de la Prusse.

Par compte le Gouvernement de Prusse payera à celui de Pologne une somme de trois-mille-quatre cent-quatre-vingt écus Prusse formée par la capitalisation de la moitié du produit de fenaison annuelle de ces prairies. Ce payement sera effectué Berlin six semaines après l'échange des ratifications du présent Traité par le Plénipotentiaire de S. M. Prussienne contre un acte de cession, en vertu duquel le domaine de Woycin abandonne au fisc de S. M. Prussienne les droits invoqués jusqu'à présent par ce domaine sur les prairies en question.

Article VIII.

Entre le village de Pollanowitz (Silésie) et le village de Lubnice (Pologne) la frontière remontera la Prosna et nommément le bras qui se trouve du côté de la Pologne sur la ligne de possession actuelle, et les prairies litigieuses resteront sous la domination Prussienne.

Article IX.

Entre le village silésien d'Uschuetz et le village polonais Mokrsko (Krolewska-Grobla) la frontière suivra la Prosna, remontant cette rivière jusqu'au point où commencent les bas fonds appartenant au moulin de Krolewska-Grobla, et de ce point la frontière, en abandonnant le thalweg de la Prosna, suivra la ligne de démarcation entre les propriétés particulières, laissant les terres en possession du village d'Uschuetz sous la domination Prussienne et les terres du dit moulin sous la domination Polonaise, jusqu'à l'ancienne route d'Uschuetz à Mokrsko et jusqu'au pont placé sur le fossé de la papéterie du dit Uschuetz. La li

de démarcation suivra ce fossé jusqu'à la digue du Krolewska-Grobla ou du Koenigsdamm; de là la ligne de frontière, abandonnant ce fossé, suivra la limite des possessions particulières entre Uschuetz et Krolewska-Grobla, jusqu'au point où commencent les prairies de Seichwitz, village silésien.

Article X.

Entre le village silésien de Nieder-Seichwitz (Nisze-Zdziechowice) et le village polonais de Wrobiew, une prairie située entre les deux bras de la Prosna, en possession de Nieder-Seichwitz, restera sous la souveraineté de la Prusse, et la ligne de démarcation remontera le thalweg du bras de la Prosna qui fait les limites de la possession particulière actuelle, jusqu'à un îlot près le moulin de Kick, réclamé par le propriétaire de ce moulin, de là, abandonnant cet îlot à la Pologne, la frontière suit le canal du côté de la Prusse. Delà, la ligne de démarcation rentre dans le thalweg de la Prosna jusqu'au dit moulin; et puis abandonnant également à la Pologne une île située vis-à-vis du moulin, elle suit le canal principal qui entoure les deux parties de cette île et rentre dans le thalweg près le poteau de frontière planté l'an 1808.

Article XI.

Entre le village silésien d'Ober-Seichwitz et le village polonais de Przedmosc, la frontière suivra un ancien cours de la Prosna, jusqu'au point où il touche la limite des propriétés particulières entre Ober-Seichwitz et Przedmosc; de ce point la frontière suivra la dite limite jusqu'au point où elle atteint le thalweg de la Prosna, de sorte que trois prairies réclamées par la Prusse, resteront à la Pologne, et une prairie possédée par le village de Seichwitz restera sous la domination Prussienne.

Article XII.

Entre le village silésien de Krzyzankowice et la ville polonaise de Praschke (Praszka) la frontière, en remontant la Prosna, suivra le thalweg par l'écluse de la digue de l'étang de la ville de Praschke, laissant en Silésie un petit pâturage possédé maintenant par Praschke, ainsi que la forge de Zavisno. En partant de l'écluse, la ligne de démarcation passera par l'étang pour

rejoindre le thalweg de la Prosna, laissant les prairies possédées par Krzyzankowice à la Prusse, et les prairies possédées par Praschke à la Pologne.

Article XIII.

Entre la ville silésienne de Landsberg et le village polonais de Szyszkow, en remontant la Prosna, la frontière sera formée par le bras de cette rivière, sur lequel se trouve le premier pont du côté de Szyszkow, et les poteaux de frontière seront plantés aux deux extrémités de ce pont, savoir le poteau Prussien sur la rive gauche et le poteau Polonais sur la rive droite de la Prosna. Et delà, en remontant un bras de la Prosna, de manière à laisser à la Pologne deux petites îles situées entre les deux bras de la rivière, la frontière suivra de nouveau cette rivière jusqu'aux dernières maisons et jardins de Szyszkow et nommément jusqu'à l'endroit qui sépare les possessions particulières du dit village de Szyszkow d'avec celles de la ville de Landsberg sur la rive droite de la Prosna; de là cette ligne servira de frontière jusqu'au point où commence la banlieue de Winzkowitz et les terres du manoir de Jagel (Jagello), en laissant une prairie de Landsberg (Gorzyn) à la Prusse, de même qu'une prairie fauchée alternativement par le propriétaire de la ville de Landsberg et celui du village de Szyszkow.

Article XIV.

Entre le village silésien de Winzkowitz et le village polonais de Szyszkow et nommément depuis le point ci-dessus indiqué, la ligne de démarcation suivra celle qui sépare les terres du manoir de Jagel (Jagello), qui reste à la Prusse, d'avec les prairies du village de Szyszkow, qui restent à la Pologne, jusqu'au point où cette dernière ligne touche la rive droite de la Prosna, dont le thalweg continue à servir de frontière jusqu'au point indiqué ci-après.

Article XV.

Entre le village silésien de Jastrzygowitz et le village polonais de Wygietdow, et nommément à l'endroit où un bras de la Prosna commence à former la ligne de démarcation des prairies du moulin de Wygietdow, la frontière suivra le bras susmentionné jusqu'à sa jonction avec l'autre bras de la rivière et de là la

de démarcation suivra le thalweg de la Prosna qui passe par l'écluse située sur la digue de l'étang, en laissant à la Pologne une prairie et un champ réclamés par la Silésie. A partir de l'écluse, la ligne de démarcation passera par l'étang, en laissant à la Silésie un pâturage en litige jusqu'à présent. Au dessus de l'étang en remontant la Prosna, le thalweg de la rivière servira de frontière jusqu'au point où elle touche une prairie en possession du village de Wygietdow situé sur la rive gauche de cette rivière. La frontière suivra la limite de la possession actuelle jusqu'au point où cette dernière ligne aboutit à la Prosna, dans laquelle le thalweg continuera à faire la ligne de démarcation.

Article XVI.

Entre le village silésien de Kostelitz et le village polonais de Zitniow, la frontière remontera le thalweg de la Prosna jusqu'à l'écluse de l'étang du moulin Kuznica, en laissant un petit pâturage au dessous de la digue à la Prusse, et le dit moulin avec les prairies y appartenantes à la Pologne. De là, la ligne de démarcation traverse l'étang et suivra ensuite le thalweg de la Prosna tel qu'il existait en 1827, et puis la ligne de démarcation de l'année 1808.

Article XVII.

Le territoire litigieux entre les villages de Sternalitz (Silésie) et Stare-Krzepice (Pologne) sera partagé à parties égales et il sera tracé une ligne délimitant une moitié pour le village de Sternalitz et l'autre pour le village de Krzepice, mais de manière que le terrain de Trepka tombe dans la moitié silésienne.

Article XVIII.

Entre le village silésien de Wichrow et le village polonais de Stare-Krzepice, en partant du point dont parle l'article précédent, il sera tracé une ligne aussi droite que possible vers les poteaux érigés en 1808 sur le chemin de Wichrow à Stare-Krzepice, de manière que le terrain en litige sera partagé par nombre égal d'arpens, laissant une moitié à la Silésie et l'autre moitié à la Pologne, de sorte que la prairie du curé de Krzepice tombe dans la moitié polonaise.

Article XIX.

Entre le village silésien de Bodzanowitz et le village polonais de Stare-Krzepice, la frontière en partant des poteaux mentionnés à l'article précédent, plantés sur le chemin de Wichrow à Krzepice sera déterminée par une ligne droite tirée depuis ces poteaux jusqu'aux sources noires (Czarnystok), et de ce point par une ligne droite tirée jusqu'aux poteaux sur le chemin qui conduit de Bodzanowitz à Stare-Krzepice.

Article XX.

En partant de ces poteaux la frontière suivra une ligne droite tirée vers l'est et aboutissant à la rivière de la Liswarta, savoir au point où l'on avait érigé les poteaux de 1808 qui seront rétablis au même endroit.

Article XXI.

Entre Bodzanowitz (Silésie) et Podlęze (Pologne) la ligne de démarcation remontera le thalweg de la Liswarta, laissant la première île à sa droite à la Silésie, et en suivant le bras qui sépare actuellement les possessions des deux villages susmentionnés jusqu'au troisième pont que l'on rencontre en partant de Bodzanowitz pour la douane de Podlęze. Depuis ce pont la frontière suivra le thalweg de la Liswarta formant la ligne de démarcation de l'état de possession actuel.

Article XXII.

Entre Kiken en Silésie et Kuznica en Pologne, la ligne de démarcation suivra la limite des possessions des deux villages, mais partout où cette limite abandonne le courant de la Liswarta des canaux seront creusés pour changer le courant de la rivière d'après la frontière établie par cet article; de cette manière la frontière rejoindra les poteaux plantés en 1808 près Sandberg (Piaskowa-Gora) en laissant à la Prusse deux îles situées entre les deux bras de la rivière.

Article XXIII.

Entre Kutzoben et Kuznica, la ligne de démarcation remontera le bras de la Liswarta qui marque l'état de possession actuel

staté l'an 1827 jusqu'à la banlieue des villages de Boreck et de Stani.

Article XXIV.

Entre Boreck en Silésie et Stani en Pologne, la ligne de démarcation suivra la frontière des prairies adjugées au village de Stani d'après la carte de Windisch, situées sur la rive gauche de la Liswarta, en laissant à la Prusse les pâturages jusqu'à présent en litige et les dites prairies à la Pologne, jusqu'au point où ces prairies touchent la rivière de la Liswarta. A partir de cet endroit, la ligne de démarcation suivra la frontière marquée l'an 1808.

Article XXV.

La forêt litigieuse entre le village silésien d'Olschin et le village polonais de Krzepice restera sous la domination polonaise et la frontière suivra une ligne déjà marquée par des bornes de terre (*Gränzhaufen*) selon la possession actuelle, et de là la ligne de frontière suivra la démarcation de l'an 1808.

Article XXVI.

Entre le village silésien de Kaminiecz et le village polonais de Poczesna, la frontière suivra, en partant des poteaux plantés en 1808 près la maison de Grzybow, la ligne de possession de 1827 jusqu'à la colonie de Niven en Silésie; delà elle se dirigera en ligne droite vers le pont qui conduit à l'auberge de Zimna-Woda jusqu'à ce qu'elle la petite rivière de Zimne (Zimna); et au point où cette ligne droite touchera la dite rivière de Zimne, cette rivière formera la frontière jusqu'à son embouchure dans la rivière de Kamienitza (Kamienica), de sorte que les villages de Mierzeja, de Wlazna et de Klepaczka restent sous la souveraineté polonaise.

Article XXVII.

Entre le village silésien de Lubschau et la ville silésienne de Woischnick et les villages polonais de Rudnik-Wielki et de Rudnik-Maty, la frontière partant du point ci-dessus indiqué suivra la rivière de Kamienitza en la remontant jusqu'au point de jonction des territoires de Lubschau, de Woischnick et de Rudnik selon la possession actuelle, et de ce point elle suivra la ligne de

cette même possession, en laissant les terres de Lubschau et de Woischnick à la Prusse, et les terres de Rudnik à la Pologne.

Article XXVIII.

Entre la ville silésienne de Woischnick et les villages polonais de Gniazdow et de Mzyki la frontière, en partant du point de jonction des territoires de Woischnick, de Rudnik-Maty et Gniazdow, suivra une ligne à fixer par des experts, de manière à abandonner à la Prusse une étendue de terre de deux-mille-trois-cent-soixante un arpens de Magdebourg, mesure rhénane, à prendre sur ce territoire litigieux entre la ville prussienne et les villages polonais susmentionnés. En conséquence la frontière suivra à-peu-près la ligne de possession du village de Rudnik jusqu'à l'établissement de Mateya qui restera à la Pologne, et de là vers le gué dit Koslowitz (Litt. D.). De ce point la frontière suivra une ligne aussi droite que possible vers l'établissement de Potaschnik, en laissant ce dernier à la Pologne, et de là la frontière sera tracée par une ligne droite jusqu'au point indiqué de la ligne de prétention polonaise par le Duck-Stock, le tout de manière à délimiter pour la Prusse le susdit nombre d'arpens.

Article XXIX.

Du point où cette ligne, qui sera le résultat d'un tracé géométrique, rejoindra la ligne de possession de 1827 près du village de Mzyki, la frontière suivra cette possession entre le village silésien de Glosawka et les villages polonais de Mzyki et Gniazdow jusqu'aux poteaux érigés en 1808 sur le chemin de Woischnick au dit village de Gniazdow.

Article XXX.

Entre la ville silésienne de Woischnick et le village polonais de Nieradowa, la ligne de démarcation suivra la possession de 1827 en partant des poteaux plantés en 1808 jusqu'au point où cette ligne de possession touche l'enclos de la maison qui en 1827 était habitée par le nommé Weislo fils, et qui reste sous la souveraineté polonaise.

Article XXXI.

Entre la ville silésienne de Woischnick et le village polonais

e Cinkow, en partant du point susmentionné, il sera tracé une gne aussi droite que possible, qui servira de frontière entre les eux pays jusqu'à un point à fixer sur la limite de la forêt de biella, en conformité de la stipulation comprise dans l'article ant et qui délimitera trois-mille-deux-cent-dix-neuf arpens de gdebourg, mesure rhénane, à la Prusse.

Article XXXII.

Entre le village silésien de Georgenberg et le village polonais Zendek, la frontière, en décrivant une ligne aussi droite que ible, traversera la partie de la forêt de Bibiella qui avait été gée au domaine de Cinkow et de Zendek, et aboutira aux es érigées en 1806 sur la Brinica en vertu de l'adjudication entionnée, de manière à abandonner à la Prusse une étendue trois-mille-cinq-cent-quarante-huit arpens de Magdebourg, ure rhénane, et à fixer le point sur la forêt de Bibiella men- né à l'article précédent, qui servira de point de départ à la ligne.

Article XXXIII.

Entre les villages silésiens de Bibiella et Neudeck, et les ges polonais de Zendek et d'Ozarowice, le thalweg de la nica, à partir du point susmentionné, fera la frontière en tra- ant l'étang du moulin de Lubos et suivant ensuite le bras qui écoule du côté de la Silésie et qui marque l'état de possession el, jusqu'à l'usine de Brinica.

Article XXXIV.

La ligne de démarcation entre Neudeck en Silésie et Ozaro- e en Pologne suivra le thalweg de la Brinica, passera par ng de l'usine du même nom et ensuite par le bras qui en fait r les roues, en laissant cette usine en Silésie avec ses dépen- ces. Rentrant dans le bras principal, elle continue à suivre halweg de la Brinica.

Article XXXV.

Entre Bysia (Silésie) et Niezdara (Pologne) la ligne de dé- rcation suivra le thalweg de la Brinica et passera ensuite par ang de l'usine de Niezdara et par l'écluse et le pont, en lais- t cette usine à la Pologne, et, descendant jusqu'à la jonction

de ce bras avec celui qui coule en Pologne, elle continuera à suivre le thalweg de la Brinica.

Article XXXVI.

Entre les villages de Koslowagura en Silésie et de Dobieszowice en Pologne, la ligne de démarcation, en maintenant l'état de possession actuel continuera de suivre le thalweg de la Brinica, en laissant les prairies et pâturages possédés par Dobieszowice sous la domination polonaise.

Article XXXVII.

Entre le village de Josephthal en Silésie et le village de Dobieszowice en Pologne, la ligne de démarcation suivra la Brinica, jusqu'à une ancienne écluse, et de là dans le thalweg de la Brinica, en laissant les prairies du côté droit sous la souveraineté de la Silésie, et celles du côté gauche sous la souveraineté de la Pologne.

Article XXXVIII.

Entre Kamin en Silésie et Bohrowniki en Pologne, la ligne de démarcation, en quittant le thalweg de la Brinica à l'endroit où il touche une petite prairie appartenant au nommé Jendrzczak, suivra les limites de cette possession, qui reste à la Pologne sur la rive droite, rejoindra le thalweg de la Brinica avec la dite limite à l'endroit où elle touche de nouveau le bras principal de la Brinica; de là, la ligne de démarcation suivra le thalweg de cette rivière et passera par l'étang du moulin de Kamin en maintenant l'état de possession actuel.

Article XXXIX.

Entre les banlieues des susdites villages, la ligne de démarcation suivra le thalweg du bras principal de la Brinica, passera par l'étang du moulin d'Opara en laissant ce moulin à la Prusse et rejoindra le thalweg par l'écluse principale placée dans la digue du moulin.

Article XL.

Entre le village silésien de Gross-Dombrowka et le village polonais de Woikowice, la ligne de démarcation suivra le thalweg de la Brinica et passera par l'étang du moulin du dit village, de là, au dessous de la digue, par l'écluse actuellement en

ge, jusqu'au confluent de ce bras avec celui qui coule du côté
la Pologne et jusqu'à la réunion de ce dernier avec le fossé
dit moulin; d'où le thalweg de la rivière continuera à former
ligne de démarcation.

Article XLI.

Entre le village silésien de Przelaika et la ville polonaise de
adz la frontière suivra le thalweg de la Brinica et passera
r l'étang et par l'écluse du moulin de Przelaika. De l'écluse
ce moulin elle suivra le bras qui marque l'état de possession
el, jusqu'au point où ce cours d'eau se réunit avec le bras
nt du moulin et suivra de ce point le thalweg de la Brinica,
nière à abandonner à la Prusse le dit moulin et ses dépen-
ces.

Article XLII.

Entre le village silésien de Baingow et la ville polonaise de
adz, la frontière suivra le thalweg de la Brinica jusqu'au
où il touche un pâturage nommé Przetak et en laissant ce
age en Pologne, elle suivra la limite des possessions actu-
jusqu'aux bornes de terre érigées près un ravin dit Krzy-
t sur la route de Baingow à Czeladz.

Article XLIII.

Entre le village silésien de Schimanowitz et la ville polo-
de Czeladz, la frontière en partant du point mentionné
l'article précédent, se dirigera par une ligne droite sur la
ère borne placée sur la rive droite de Krzywydot, et suivra
tte borne la ligne de démarcation déterminée par le procès
du 21. Août 1804 et à partir de l'endroit où cette ligne
être marquée par des bornes la frontière suivra, en main-
l'état de possession actuel, la ligne de démarcation entre
propriétés des bourgeois, du Domaine et du Curé de Czeladz,
côté et celles des terres de Schimanowitz et de Klein-Dom-
ka de l'autre, jusqu'au thalweg de la Brinica, qui depuis
nt servira de nouveau de frontière.

Article XLIV.

Entre le village silésien de Klein-Dombrowka et le village
is de Milowice, la ligne de démarcation suivra le thalweg

de la Brinica et passera par l'étang du moulin de Milowice; d
l'étang la frontière suivra un ancien écoulement d'eau partant
cet étang et passant entre les poteaux de démarcation placés l'
1808 qui seront replantés au même endroit, jusqu'au point de
ville libre de Cracovie.

Article XLV.

La ligne de frontière dans les étangs sera déterminée
une ligne aussi droite que possible, qui, partant du point où
thalweg de la riviere est absorbé par l'étang, rejoindra le
weg au point où il recommence. Cette ligne (qui à la dem
d'une des parties intéressées sera marquée par des poteaux à
meure et qui sera tracée sur les cartes à dresser par les com
saires démarcateurs) divisera toute la superficie de l'eau de l'é
en deux parties égales dont l'une restera sous la domination
sienne et l'autre sous la domination polonaise. Il est entendu
entre les hautes Parties contractantes que la pêche exercée
les dits étangs par les sujets des deux pays ne sera gravée
cun impôt à moins du consentement unanime des deux Par
contractantes.

Article XLVI.

Les stipulations renfermées dans les articles précédens n'ay
trait qu'à la délimitation de la frontière entre les deux pays,
stipulations ne pourront porter aucune espèce de préjudice
droits de propriété exercés par le fisc domanial ou les particu
de l'un ou de l'autre pays. Au contraire, la possession des
toires détachés par l'établissement de la nouvelle frontiè
pays, auquel ils ont appartenu jusqu'à présent, est garantie
le présent Traité aux possesseurs actuels, en laissant aux p
intéressées la faculté de poursuivre leurs réclamations par d
les tribunaux compétens du pays, qui exerceront dorénava
droit de souveraineté et de jurisdiction sur le terrain cédé e
formeront ainsi dans tous les cas de cette nature le for comp
(forum rei sitae).

Article XLVII.

Tous les privilèges accordés par le Traité conclu à Vie

3. mai
21. avril 1815 Art. XVIII. et XIX. aux propriétaires du G

Duché de Posen et du Royaume de Pologne, dont les possessions seraient coupées par la frontière (propriétaires mixtes), trouveront leur application pleine et entière, quant aux propriétaires de Silésie et de Pologne.

Article XLVIII.

Il est convenu entre les hautes Parties contractantes que les habitans des terrains, cédés par la Pologne à la Prusse en vertu du présent Traité, ne sont point compris dans cette cession et que nommément ceux des établissemens forestiers dits Zemela et Duda pourront être réclamés par le Gouvernement Polonais. Jusque-là il va sans dire qu'ils seront soumis aux lois prussiennes.

Article XLIX.

Les moulins, digues, écluses, décharges etc. existant actuellement sur les rivières qui servent de limites, seront conservés et maintenus dans l'état où ils se trouvent, et pour mettre les propriétaires à même d'effectuer les réparations nécessaires, ils auront le droit d'entreprendre les travaux servant à cette fin sur l'une ou l'autre rive. Si quelques sujets de l'une ou de l'autre puissance jugeaient à propos de construire des digues sur les rives appartenant à leurs pays respectifs ou d'y élever des moulins et d'établir des écluses ou décharges, ils seront tenus de s'adresser préalablement à l'administration des deux Gouvernemens, afin d'en obtenir l'agrément, après quoi on chargera de part et d'autre des experts de l'éxamen de l'emplacement choisi pour les dites constructions, et on autorisera l'établissement projeté dans le cas où il ne porterait aucun préjudice, ni aux terres voisines, ni aux autres établissemens hydrauliques déja existans.

Article L.

La hauteur de l'eau dans les rivières formant la frontière étant déjà actuellement la cause de disputes entre les habitans limitrophes, cet objet a été pareillement examiné sur les lieux, et l'on est convenu de conserver le status quo de l'année 1827 pour les moulins et usines placés sur la frontière. De cette disposition sont exceptés les établissemens mentionnés à l'article suivant. Pour prévenir dorénavant tout objet de dispute à cet égard, les autorités locales de part et d'autre seront tenues de

faire planter sur la demande des intéressés des poteaux qui marqueront l'élévation convenable des eaux.

Article LI.

Dans le but d'écarter toute difficulté qui pourrait s'élever par suite d'un procès que le domaine polonais de Kowale pourrait éventuellement intenter à la terre de Krzyzankowitz en Silésie en vertu d'un contrat emphytéotique conclu le 23. mars 18[illegible] entre le fisc du pays et le propriétaire de la dite terre, le Gouvernement Prussien s'engage à payer six semaines après l'échange des ratifications du présent Traité, la somme de sept-cent-cinquante écus de Prusse au fisc polonais, moyennant la cession d'une redevance annuelle de trente-sept écus, dix Silbgros, six fenins et un quart, que le susdit contrat assurait jusqu'à présent au fisc polonais.

Entre le village silésien de Wendzin et le village polonais de Radly, un canal creusé par le propriétaire du village silésien sera formé à frais communs, à moins que le propriétaire du village de Radly ne consente au maintien de ce canal.

Entre le village silésien de Ponochau et le domaine polonais de Krzepice, il sera érigé à la demande d'une des parties intéressées une écluse destinée à partager les eaux réunis de la Liswa et du canal qui découle du grand four de Zborowski. Cette écluse érigée à frais communs au point de jonction des territories de Zborowski, de Ponochau et de Krzepice partagera le courant (Wassergefälle) de sorte, qu'une moitié entrera dans le canal de Ponochau pour le service des établissemens silésiens, et l'autre moitié en suivant cette rivière servira exclusivement aux établissemens polonais. Il est entendu toutefois que par cet arrangement les droits appartenant aux établissemens de Zborowski ne pourront être lésés en aucune manière.

Article LII.

Pour obvier à l'avenir à des différends de cette nature, il ne sera plus permis de faire la moindre innovation par rapport aux rivières servant de frontières et à la hauteur des eaux. Les nouvelles constructions nécessaires tomberont à la charge de celui, dans l'intérêt duquel elles seront entreprises. Il est bien entendu que

les réparations des rivages et toutes les reconstructions des établissemens hydrauliques ne pourront être entreprises sans le consentement mutuel des deux Parties et la surveillance des autorités administratives. Il en sera de même des fossés, chemins et haies ou d'autres objets quelconques qui marqueront la frontière, de manière que les objets appartiendront aux deux Etats en commun et que leur status quo actuel ne pourra être changé que du consentement des deux Parties, excepté dans le cas où il existerait des stipulations contraires entre les particuliers.

Article LIII.

Tout individu qui se permettrait d'altérer la ligne de la frontière établie entre les deux Pays en abattant les poteaux ou les bornes, ou en commettant dans ce but des actes arbitraires ou des voies de fait quelconques, en violation des stipulations de ce Traité, sera puni d'après toute la sévérité des lois qui existent dans les pays respectifs et pour prévenir chaque excuse, on procédera immédiatement après la ratification de ce Traité à la publication formelle dans les communes limitrophes.

Article LIV.

Dans l'espace de trois mois après l'échange des ratifications du présent Traité, ou plus tôt si faire se peut, les commissaires démarcateurs a) nommés ad hoc de part et d'autre, se rendront sur les lieux pour faire la frontière, pour planter les poteaux, pour désigner les angles de relévement et pour dresser un tableau topographique, afin qu'à l'avenir il ne puisse naître le moindre doute ni la moindre difficulté quant au résultat du travail des dits commissaires.

Article LV.

La frontière telle qu'elle a été jalonnée en 1808 étant maintenue par l'art. III. du présent Traité sur tous les points où elle n'a pas été autrement définie par ce même Traité et le travail de la commission de démarcation de l'année précitée n'ayant point été terminé, il sera ordonné aux commissaires chargés de l'exécution du présent Traité de compléter la démarcation de 1808 selon les indications de l'art. précédent, en constatant sur toute la ligne la distance entre les poteaux et les angles du nord, en

replantant les poteaux de 1808 et en plaçant des poteaux intermédiaires où il sera jugé nécessaire.

Article LVI.

Dans tous les cas où les propriétaires respectifs des deux Pays seront d'accord par rapport aux limites de leurs possessions particulières, ces propriétaires auront la faculté d'ériger des bornes de terre intermédiaires sous l'inspection de la dite commission.

Article LVII.

Dans tous les cas où la frontière devra suivre les limites des possessions particulières, on est convenu de maintenir le statu quo du 1. Janvier 1828, époque où les Commissaires des deux Gouvernemens étaient sur les lieux; et les plans dressés sous la direction de ces Commissaires, savoir, sous celle des Sieurs Jean Ferdinand Neigebaur et Vincent de Pradzinski, serviront de base à l'exécution du présent Traité.

Article LVIII.

Le présent Traité sera ratifié [b]) et les ratifications en seront échangées dans l'espace de trois mois ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Berlin, le $\frac{\text{4. mars}}{\text{20 février}}$ 1835.

(L. S.) Ançillon. (L. S.) Ribeaupierre.

a) Dieser Vertrag ist des Zusammenhanges wegen schon hier aufgenommen worden.

Vergl: Acte de Délimitation entre le Duché souverain de Sagan et le Royaume de Pologne dressé en vertu du Traité conclu à Berlin $\frac{\text{4. mars}}{\text{20. février}}$ 1835, signé à Tarnowitz, le $\frac{\text{13.}}{\text{1.}}$ décembre 1836.

de Martens recueil etc. supplém. Tom. XVIII. p. 127.

b) Die Ratification erfolgte preussischer Seits am 16. März und russischer Seits am 19. März 1835, die Auswechselung der Ratif.-Urkunden am $\frac{\text{29.}}{\text{17.}}$ April zu Berlin.

LIX.

Déclaration entre la Prusse et la France pour terminer le différend qui s'est élevé sur le district de la Leyen, signée à Paris le 11. juin 1827.

Le Gouvernement Prussien et le Gouvernement Français sont convenus de terminer le différend qui s'est élevé relativement au district de la Leyen, situé entre la Sarre et la Blies et composé des villages Klein-Blittersdorf, Auersmachern, des hameaux de Hanweiler, Rilchingen et de la ferme de Vintringer, par la transaction contenue dans les articles suivans:

Article I.

La Prusse reste en possession du district de la Leyen, et la France renonce formellement à toute prétention qu'elle pourroit élever sur ce même district.

Article II.

La France accepte comme compensation des prétentions, qu'elle avoit formées sur le district de la Leyen d'après le sens littéral du traité de Paris du 20. novembre 1815, les villages de Grindorf, Biblingen, Flatten et Gongelfangen avec leurs banlieues.

Article III.

La cession des villages à la France sera effectuée le plutôt possible et sans attendre que la démarcation définitive des frontières soit terminée.

Article IV.

Le Gouvernement Prussien renonce aux impôts arriérés qui

pourroient rester dus par les habitans de Merten et Biblingen le jour de la cession.

Article V.

Là, où la Sarre et la Bliese séparent le territoire de la Prusse de celui de la France, le thalweg de ces deux rivières formera la frontière.

Article VI.

La présente déclaration faite au nom de L. L. M. M. le Roi de Prusse et le Roi de France et expédiée en double absolument conforme, sera valable immédiatement après que l'échange aura eu lieu.

Fait à Paris, le 11. juin 1827.

(L. S.) Werther.
(L. S.) Le Baron de Damas.

LX.

...ention définitive entre la Prusse et la France ...ée à Sarrebruck le 23. octobre 1829, pour régler ...limites des deux Etats respectifs, conformément aux stipulations des traités de Paris du 30. mai ...14 et du 20. novembre 1815, et ensuite de la déclaration signée à Paris le 11. juin 1827.

Les commissaires nommés en vertu du paragraphe 6. de l'article I. du traité de Paris du 20. novembre 1815, savoir:

de la part de S. M. le Roi de Prusse:

Le Sieur Henri Delius, Président en chef du conseil de régence à Cologne, Chevalier de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse, ...sième classe;

et de la part de S. M. le Roi de France et de Navarre:

Le Sieur Etienne Nicolas Rousseau, Colonel au corps royal ...ingénieurs-géographes, officier de l'ordre royal de la Légion-...neur, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis, ...alier de l'ordre militaire de Guillaume des Pays-Bas, et de ...e du mérite civil de la couronne de Bavière;

après s'être respectivement et en due forme communiqué leurs ...s-pouvoirs, après avoir reconnu que la déclaration signée et ...gée le 11. juin 1827, par laquelle leurs Gouvernemens re...tifs sont convenus de terminer le différend, qui s'étoit élevé ...tivement au district de la Leyen, avoit reçu son exécution en ...ui concerne l'exécution de l'article III. de cette déclaration; ...s avoir aussi reconnu que le procès verbal dressé à Sarre...k le 20. février 1821 par leurs délégués, dans le but de fixer ...osition géométrique des endroits ayant banlieue, par rapport

à la ligne qui, en exécution du traité du 20. novembre 1815, doit être tirée de Perle à Houve, devoit servir de base pour régler le tracé de la limite le long de cette ligne, les commissaires adoptant les arrangemens et projets d'échanges arrêtés par les mêmes délégués et insérés à la suite dudit procès-verbal, sont convenus des articles suivans:

Article. I.

La limite entre les deux états commencera au milieu du cours d'eau de la Moselle, sur le thalweg de cette rivière, au point de contact entre le royaume de France, celui de Prusse, le grand-duché de Luxembourg, sous la souveraineté du Roi des Pays-Bas; point situé vis-à-vis de celui (sur la rive droite de la même rivière) sur la ligne formant la séparation des territoires des villages d'Apach (France) et de Perle (Prusse); elle suit de là la ligne qui désormais formera la démarcation entre les territoires de toutes les communes situées de part et d'autre, le long de la frontière, jusqu'au point où, entre Guidingen et Sarr-Bubingen, l'une et l'autre à la Prusse, elle atteint la rivière la Sarre, dont le thalweg ou fil d'eau servira de limite dans cette partie de son cours, jusqu'au confluent de cette rivière avec Blies sous Sarreguemines, pour remonter ensuite le thalweg de cette dernière et arriver au point de séparation près d'Ulmuehl, entre le territoire de la commune prussienne de Blies-Rodach, celui de la commune bavaroise de Blies-Mengen et celui de Bolgen, avec celui de la commune française de Blies-Schwey, et qui forme en même tems contact entre la France, la Prusse, la Bavière rhénane. Le tout ainsi que cela se trouve déterminé, marqué au plan général annexé à la présente convention, où cela est indiqué par un double liseré (bleu du côté de la Prusse et rouge du côté de la France) sur ce plan, lequel a été arrêté, signé par M. M. les Commissaires, leurs délégués et les Ingénieurs qui ont été chargés du levé.

Par suite de cette détermination des limites entre les deux royaumes, l'article III. de la déclaration du 11. juillet 1827 se trouvant exécuté, la France a reçu de la Prusse les villages et territoires en dépendant de Flatten, Gongelfangen, Merten, Bidlingen, en compensation des prétentions que la Prus-

mesures aient formées sur le district de la Leyen, d'après le sens littéral du traité du 20. novembre 1815, auxquelles elle renonce formellement, ainsi que le porte la déclaration du 11. juin dernier citée. Pour établir d'une manière sûre et stable l'état de possession de chaque royaume, ainsi que le présent de la détermination du tracé des limites entre les deux états, il a été reconnu et convenu que d'une part la Prusse remettroit à la France:

1) le village et le territoire de Manderen;

2) le hameau de Scheuerwald avec la partie de son territoire située au sud du chemin, qui sortant du bois de St. Martin, suit celui qui sépare la commune de Manderen (France) de celle de Bechdorff (Prusse), et passe près et au nord de la petite maison de le Château, jusqu'au point où il joint le chemin de Luxembourg à Sarrelouis, qui forme ensuite la limite entre les deux états, jusqu'à la croix dite Kolles-Kreuz;

3) le hameau de Remeldorf et son territoire;

4) la partie du territoire d'Ihn ou Lognon;

5) le hameau de Heining et son territoire;

6) la partie du territoire de Leiding; ces trois derniers endroits et lieux en tant qu'ils se trouvent au sud-est du chemin qui conduit de Guerstling à Schreckling;

7) le village et le territoire de Schreckling;

8) le village et le territoire de Willing;

Et que, d'une autre part feroit remise à la Prusse:

1) des petites portions du territoire de Launsdorf, au nord du chemin de Luxembourg à Sarrelouis;

2) du petit pays, appelé Molwingengrund, de la commune de Launsdorf, situé au nord-est de cette commune, et placé au-delà des bois de Kirschhof et de Wiesserwald;

3) de la petite portion du territoire de Heining, située au nord-est du chemin qui va de Guerstling à Schreckling;

4) du moulin de Gersweiler avec ses dépendances, situé sur la rive droite de la Blies, en conservant aux habitans du village de Gersweiler la faculté d'y faire moudre leurs grains comme par le passé.

La Prusse, en outre, continuera de posséder le hameau et le territoire de Diesdorf, ancienne dépendance de Schwerdorf, ainsi que le Warentwald (forêt de Warent), et la ferme de Wa-

renthof, enclavée dans ces bois, de manière que la lisière du bois fera la frontière. Pour ne rien laisser d'incertain, il sera annexé à cette convention définitive un état de tous les territoires qui toucheront de chaque côté la nouvelle ligne entre les deux royaumes. Cet état sera signé par les commissaires, après qu'il aura été reconnu conforme au plan général de cette limite.

A cet effet, et aussitôt après l'approbation de la présente convention, M. M. les délégués des commissaires, savoir de la part du commissaire de S. M. Prussienne: le Sieur Guillaume Henri Dern, Conseiller provincial et Chévalier de l'aigle rouge de Prusse, de troisième classe, et de la part du commissaire de S. M. Très-Chrétienne: le Sieur Gaspard Réné Riollay, Chef de bataillon au corps royal de génie, Chevalier de l'ordre royal et militaire de St. Louis et de l'ordre royal de la Légion d'honneur; feront, dans le plus bref délai, établir des poteaux par les soins des ingénieurs attachés à la commission sur tous les points principaux et les plus remarquables, afin que la nouvelle limite puisse être connue sur tous les points, où elle reçoit des modifications, ils procéderont ensuite, étant assistés des agens de l'autorité civile des deux Gouvernemens, aux remises et prises de possession des territoires et portions de territoires échus et échéant en partage à chaque état, ainsi que cela a été stipulé et indiqué ci-dessus.

Ces remises et prises de possession seront constatées par des procès-verbaux faits en autant d'expéditions qu'il y aura de parties intéressées à les connoître et dont une de ces expéditions sera jointe à la présente convention pour y rester annexée, afin de montrer qu'à cet égard elle a reçu son exécution. M. M. les délégués des commissaires, après cette opération, procéderont aussi à l'abornement de la frontière et à la rédaction des procès-verbaux de délimitation, ainsi que cela sera expliqué l'article XI.

Article II.

Il est entendu que les deux états doivent entrer en possession des territoires cédés de part et d'autre, ainsi que cela a été spécifié à l'article I., sans pouvoir prétendre jusqu'au 1. janvier 1816 exclusivement, à aucune indemnité pécuniaire à raison de leur occupation antérieure, tant pour ce qui concerne la percep-

impôts que pour les revenus des propriétés royales et domaniales.

Il est entendu que chaque état jouira sur les territoires ou portions de territoire cédés de part et d'autre, de tous les droits de souveraineté et de propriétés royales et domaniales, sans préjudice pourtant des droits que chaque commune des deux royaumes peut faire valoir, lesquels droits seront constatés lors de l'alignement de la frontière et de la rédaction des procès-verbaux de délimitation, ainsi que cela sera expliqué ci-après, Article XI., et la faculté des intéressés de recourir aux tribunaux ordinaires de chaque pays pour provoquer la décision des contestations qui pourroient survenir entre eux.

Article III.

Sur toutes les portions de frontière où le territoire des deux états sera séparé des rivières et ruisseaux, et notamment sur la Sarre et la Blies le thalweg au milieu des eaux desdites rivières et ruisseaux formera la limite entre les deux états; l'on ne pourra faire aucune construction ou bâtisse quelconque qui puisse changer le cours actuel, à moins que les constructions n'aient pour but d'utilité commun aux deux états, et ne soient consenties entre eux d'un commun accord. A l'égard des constructions riveraines et des ponts et passages, on s'en tiendra aux observances établies, aussi bien que pour la libre navigation de la Sarre, en tant qu'elle pourra être praticable dans son cours depuis Sarreguemines jusqu'à Guidingen.

Article IV.

Il est entendu que sur toutes les parties de frontières ou des chemins servent à indiquer la limite, ces chemins ou toutes celles des dites parties qui suivront cette frontière, seront mitoyens, c'est-à-dire communs aux deux états, sans que, pour cela, il soit dérogé en rien aux droits de propriété des particuliers, à qui ces chemins pourroient appartenir.

Aucun des deux états ne pourra exercer sur ces chemins ou parties de chemins d'acte de souveraineté, si ce n'est ceux nécessaires pour prévenir ou arrêter les delits ou crimes qui nuiroient à la liberté et à la sûreté du passage.

En tant que propriété foncière, ces chemins en petites de chemins seront soumis, pour ce qui concerne les impôts, à l'état sur lequel réside le propriétaire.

Article V.

A l'avenir et dans l'intérêt des deux états, aucun édifice, bâtiment ou habitation quelconque ne pourra être élevé le long de la frontière, qu'autant que ces constructions seront établies à dix mètres ou trente pieds de Prusse, de la ligne qui forme la limite.

Toutefois lorsqu'un chemin ou ruisseau formera la limite, cette distance sera réduite à cinq mètres ou quinze pieds de Prusse, à partir du bord le plus voisin.

Article VI.

Si par l'effet des cessions réciproques contenues dans la présente convention de limites, quelques propriétés se trouvaient morcelées, les propriétaires ou fermiers de celles-ci jouiront de la faculté d'y transporter les engrais et amendemens nécessaires, et d'en importer librement, en exemption de tous droits et sans qu'il y soit mis d'obstacle, les récoltes de quelque nature qu'elles soient, provenant de ces propriétés morcelées. Cependant les propriétaires seront tenus de déclarer, une fois pour toutes, s'ils veulent jouir de la faculté qui leur est accordée par le présent article d'importer leur récolte, laquelle ils ne pourront introduire en tout état de chose, que brute et telle que terrain sur lequel elle aura cru l'aura produite.

Il sera donné avis de cette disposition aux communes limitrophes lors de l'abornement de la frontière et de la rédaction des procès-verbaux de délimitation, et il sera accordé un délai de trois mois pour faire et recevoir les déclarations à dater du jour où lesdits procès-verbaux de délimitation seront portés à la connoissance de chaque commune délimitée.

Article VII.

Pareille faculté sera accordée pour retirer le produit brut des récoltes aux propriétaires des deux états qui se trouveront possesseurs des terres dans l'autre, si celles-ci se trouvent placées à la distance qui ne dépassera pas cinq kilomètres ou deux

nts porches de Prusse, de la ligne formant la limite entre les eux royaumes.

Ils auront toutefois à se conformer aux lois et réglemens des onanes de chaque pays, pour ce qui concerne le transit des ré-ltes et denrées, et ils seront tenus, une fois pour toutes, à ne déclaration pareille à celle dont il a été fait mention dans rticle précédent et dans le délai qui y est indiqué.

Article VIII.

Les biens, les droits réels, les rentes et capitaux qui peu-nt appartenir aux communes et établissemens publics de l'un s deux états dans le territoire de l'autre, sont maintenus et nservés. Ils sont regardés comme propriété privée, dont l'ad-inistration est réservée aux dits établissemens ou communes, se conformant aux lois communales de leurs gouvernemens pectifs.

Article IX.

Lorsque les endroits réunis jusqu'à ce jour sous l'admini-tion d'une même mairie seront divisés, ils auront l'obligation older les frais de l'administration communale jusqu'au 1. jan-r 1830, soit que la prise de possession ait eu lieu par suite rangemens antérieurs, soit qu'elle se fasse en vertu de la ente convention. Lorsque le décompte sera établi, l'excédant caisse, les biens communaux et les dettes seront répartis rtionnellement. Pour établir cette proportion, on prendra base le montant de la contribution foncière.

Article X.

Quant aux villages, hameaux, fermes et portions de terri-s limitrophes, dont l'état de possession changera afin d'ac-plir les stipulations de la présente convention, conformément rticle IX. du traité du 20. novembre 1815, il est expressé-t déclaré que la possession sous laquelle ils se sont trouvés u'ici, est réputée légale, et que, par conséquent, toute acte inistratif et judiciaire, émané des autorités compétentes, sera osté.

Les transactions contrats de bail et de vente, concessions et ations quelconques sur des objets tant domaniaux que com-

munaux, seront maintenus dans leur validité, et cela, sans qu'il puisse y être question de liquidation ou équivalent entre les deux Gouvernemens.

Article XII.

L'intention des Gouvernemens des deux états étant, que les communes limitrophes puissent jouir, sans aucun trouble ni empêchement, de tous les droits, dont elles légalement sont en possession, soit qu'ils soient sur des titres, ou qu'à défaut de titres il y ait possession immémoriale et non-interrompue jusqu'à présent; ces droits seront constatés par les délégués des commissaires, et si leur validité, d'accord avec les parties intéressées, est reconnue par l'examen contradictoire qui en sera fait par les délégués en leur présence, ils seront spécifiés dans les procès-verbaux de délimitation, en conservant toutefois aux intéressés la même faculté de recourir, s'il y a lieu, aux tribunaux, dont il a été parlé dans l'article II. La mention qui en sera faite dans ces procès-verbaux de délimitation produira le même effet que l'insertion en avoit été textuellement faite dans la présente convention.

Article XIII.

Jusqu'à l'expiration des baux existans pour la pêche de la Sarre et de la Blies, le revenu sera partagé entre les deux Gouvernemens. A partir de l'expiration de ces baux, la pêche dans la Sarre, depuis Guidingen jusqu'à moitié chemin de Sarre-Limines, appartiendra à la Prusse, et l'autre moitié à la France.

Depuis le triple confin jusqu'à moitié chemin du confluent de la Sarre, la pêche dans la Blies appartiendra à la Prusse, et l'autre moitié appartiendra à la France, auxquels points de séparation il sera planté des bornes d'une forme particulière qui indiqueront les limites de la pêche.

Quant aux revenus des passages sur ces deux rivières, ils seront réglés par M. M. les délégués, après avoir pris connaissance du produit annuel de ces passages.

Article XIII.

Les délégués sont autorisés à accorder, pour l'utilité des communes limitrophes, les concessions du passage qu'ils jugeront nécessaires tant pour ce qui regarde les exploitations rurales

que pour ce qui a rapport à l'extraction et au transport hors des forêts des bois coupés et abattus, ou même pour faciliter les communications d'une commune à l'autre, lorsque les communications seront reconnues utiles et qu'elles se trouveront compensées par des avantages réciproques. Pour tous ces cas, il sera stipulé, dans les procès-verbaux de délimitation, que l'habitant prussien ou français, usant des passages accordés, ne pourra pas dévier de son chemin ni s'y arrêter pour pouvoir charger et décharger, sous peine d'encourir confiscation de marchandises et de se voir infliger les punitions et amendes voulus par les réglemens des douanes et les lois du royaume qu'il traverse, à moins qu'il n'ait fait à son entrée une déclaration des objets transportés et pour lors il demeurera soumis aux lois et ordonnances en tout ce qui concerne l'entrée et la sortie des marchandises dans le royaume qu'il traverse. Dans le cas de simple passage, aucune déclaration ne pourra être exigée, et il ne sera fait aucune opposition pour user de la faculté accordée pour passer. Il est bien entendu que la liberté de passage dont il est ici question, ne s'étendra en aucune manière aux militaires armés ni aux équipages de guerre d'aucune espèce.

Article XIV.

La remise de tous actes, titres et documens relatifs aux territoires cédés de part et d'autre, s'effectuera au moment de la rédaction des procès-verbaux de délimitation par les soins des MM. les délégués des commissaires, qui feront à cette époque le partage des papiers, titres et autres documens que chacune des communes intéressées devra posséder.

Article XV.

Il est accordé un délai de trois ans, à dater du jour où il aura donné connoissance à chacune commune du procès-verbal de la délimitation, à tous les habitans des pays cédés de part et d'autre, pour, s'ils le jugent convenable, pendant cet intervalle de temps, disposer de leurs propriétés comme ils l'entendront, et se retirer dans tel pays qu'il leur plaira de choisir.

Article XVI.

Aussitôt après l'échange des ratifications de la présente con-

vention, et après que les remises et prises de possession des territoires cédés de part et d'autre auront été effectuées, les militaires qui pourraient se trouver faire partie des familles dont les habitations ont été cédées, seront réciproquement rendus.

Article XVII.

Aussitôt après qu'il aura été procédé par les soins des délégués des commissaires, ainsi que cela a été dit à l'article I, aux actes de remises et prises de possession des territoires cédés de part et d'autre, les mêmes délégués s'occuperont, sans délai, à la rédaction des procès-verbaux de délimitation, commune par commune, après avoir préalablement fait procéder à l'abornement de la frontière sur toute son étendue.

Les procès-verbaux de délimitation seront accompagnés de plans figuratifs de la frontière, qui seront signés par lesdits délégués et par les ingénieurs et géomètres qui assisteront à l'opération, ainsi que par les maires et bourguemestres des communes intéressées. Ils relateront, ainsi que le porte l'article XI., tous les droits dont les communes et leurs habitans sont en possession et qu'ils ont à exercer sur les communes limitrophes, quelle que soit la nature de ces droits.

Pour cette opération M. M. les délégués suivront exactement les instructions qui leur seront données à cet effet par M. M. les commissaires.

La réunion de tous ces procès-verbaux de délimitation, dont il sera remis, par les soins desdits délégués, une expédition à chacun des maires et bourguemestres des communes que cela concerne, et seconde expédition sera déposée aux archives de la régence royale de Trèves (pour la Prusse), et aux archives du département de la Moselle (pour la France), formera suite à la présente convention et montrera qu'elle a eu son entière exécution; et, à cet effet, deux autres expéditions originales des procès-verbaux de délimitation, ainsi que des plans de limites qui les accompagnent, seront jointes à la présente convention, bien qu'une d'elles soit échangée au moment où les commissaires en feront et approuveront les travaux de leurs délégués, et dans le but de faire posséder aux archives de chaque Gouverne-

tre le mode de rédaction qu'il a dû suivre, le mode de rédaction ivi par l'autre.

Lesdits procès-verbaux, vérifiés et approuvés par M. M. les missaires, auront la même force et valeur, que si leur con- u étoit textuellement inséré dans la présente convention.

Article XVIII.

Lors de la rédaction des procès-verbaux de délimitation, si délégués reconnoissoient utile de changer quelque portion de rain, soit afin de redresser la ligne de limite, soit pour faciliter communications de village à village, ils sont autorisés à pro- er ces échanges à leurs commissaires respectifs, toujours avec procité d'avantage et égalité de superficie et de valeur, autant possible.

Article XIX.

La présente convention sera ratifiée, et les ratifications *) eront échangées dans le terme de six semaines, ou plutôt, si e se peut.

En foi de quoi les Commissaires susdénommés ont signé la ente.

Fait à Sarrebruck, le 23. octobre 1829.

(L. S.) Henri Bellius,
Commissaire de S. M. le Roi de Prusse.

(L. S.) Rousseau,
Commissaire de S. M. Très-Chrétienne.

---

t et noms des villages, hameaux ou dépen- nces, dont les territoires toucheront la uvelle limite fixée par la Convention dé- nitive du 23. octobre 1829 entre la Prusse t la France.

Du côté de la Prusse:

Perl et Ober-Perl.
Pellingen.

Bourg.
Eft.
Buschdorf.
Scheuerwald, partie nord de son territoire.
Wehingen.
Wellingen.
Biedingen et la portion cédée de Waldwiese.
Silwingen.
Bieringen.
Oberesch.
Diesdorf.
Fuhrweiler.
Grosshemmersdorf.
Koerperich-Hemmersdorf.
Nied.-Altdorf.
Ihn ou Logmon, et la partie nord de son territoire.
La petite portion cédée d'Heining.
Leiding et la partie nord de son territoire.
Bedersdorf.
Ittersdorf.
Berus et Saint-Oraine.
Ueberherrn.
La ferme de Warent et le Warentwald.
Les bois triages de Lauterbach.
Lauterbach.
Carlsbrunn.
Saint-Nicolas.
Nauweiler.
Emersweiler et le moulin de Guersbach.
Grand- ou Grossrosseln.
Ludweiler.
Geislautern.
Fuersteinhausen.
Clarenthal.
Krughuette.
Ziegelhof.
Gersweiler.
La ville et le territoire de Sarrebruck.

Saint-Arneval.
Guidingen.
Sarre-Bubingen.
Kleinblittersdorf
Auersmachern
Roelchingen } ci-devant district de la Leyen.
Hanweiler
La ferme de Wintring
Le moulin de Gersweiler.
Ransbach.
Le moulin Ulrichsmuehle (dernier).

Du côté de la France:

Appach, annexe de Kirsch-lès-Sierck.
Merschweiler, avec ses annexes de Belmacher, Kinsing et Nauendorf.
Manderen.
Tinting et Mensberg.
Scheuerwald et la partie sud de son territoire.
Ritzing, annexe de Launsdorf.
Launsdorf.
Flatten, annexe de Launsdorf.
Gengelfangen, annexe de Waldwiese.
Waldwiese.
Lourange, annexe de Grindorf.
Bourg-Esch, annexe de Schwerdorf.
Cottendorf, annexe de Schwerdorf.
Otzweiler, annexe de Schwerdorf.
Schwerdorf.
Neunkirchen, annexe de Schwerdorf.
Remelsdorf.
Niedweiling et Guerstling.
La portion cédée d'Ihn ou Lognon.
Meining.
La portion cédée de Leiding.
Schreckling.
Willing.

Benweiler.
Merten et Biblingen.
La Houve et la ferme de Wendelhof.
La Croix.
Wilhelmsbronn.
} Kreutzwald.
L'hôpital de Carling.
Freimingen et Sainte-Fontaine.
Merlebach.
Cocheren et Ditschweiler.
Rosbruck.
Morsbach et Guensbach.
Forbach, côté à l'ouest.
Petite Roselle et Vielle Verrerie.
Forbach, avec Schoeneck.
La verrerie Sophie, la ferme de Styring et dépendances.
Spicheren.
Altzing et Zinzing.
Grosbliedersdorf et le moulin de Simbach.
Welferding.
Sarreguemines.
Neunkirchen.
Blies-Guerschweiler.
Blies-Schweyen (dernier).

Cet état des villages, hameaux et territoires qui touchent de chaque côté la ligne de limites entre la Prusse et la France, étant conforme aux noms écrits sur le plan général, sera annexé et fera suite à la convention définitive signée à Sarrebruck, aujourd'hui le 23. octobre 1829.

Henri Delius.
Commissaire de S. M. le Roi de Prusse.
Rousseau.
Commissaire de S. M. Très-Chrétienne.

a) Diese Convention ist vom Könige von Preussen ratificirt am 14. Nov. 1829 und vom Könige von Frankreich am 15. November 1829. Die Ratifications-Urkunden wurden am 2. December 1829 in Metz ausgewechselt.

LXI.

Haupt-Convention zu Vollziehung des zwischen Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen zu Wien am 18. Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, und zu näherer Bestimmung der, durch diesen Tractat veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen, unterzeichnet zu Dresden am 28. August 1819.

Da Se. Majestät der König von Sachsen und Se. Majestät der König von Preussen, in dem Artikel XIV. des Wiener Friedensvertrags vom 18. Mai 1815 dahin übereingekommen, Commissarien zu ernennen, um auf eine genaue und ausführliche Weise die in den VI. bis XIII. und XVI. bis XX. Artikeln erwähnten Gegenstände in Ordnung zu bringen; hiernächst in dem Artikel XV des gedachten Vertrages Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich Ihre Vermittelung für alle zwischen dem Königl. Sächsischen und dem Königl. Preussischen Hofe, in Folge der, durch den II. Artikel festgesetzten Gebietsabtretungen, nöthig gewordenen Auseinandersetzungen, angeboten, und beide hohe contrahirende Theile diese Vermittelung, sowohl im Allgemeinen, als auch besonders für die Auseinandersetzungen, bereitwilligst angenommen haben, mit welchen die, in dem III. und XIV. Artikel erwähnten Commissionen beauftragt worden; so haben sich, in Gemässheit dieser Bestimmungen, bald nach der Ratifi-

cation des mehrgedachten Wiener Vertrages, die von beiden Regierungen ernannten Friedens-Vollziehungs- und Ausgleichungs-Commissionen in Dresden vereinigt, und diese Verhandlungen, unter Mitwirkung des, von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich dazu bestellten, Vermittelungs-Commissarii begonnen.

Obgleich nun solchergestalt, bis zum April des vergangenen Jahres, mehrere wichtige Gegenstände durch gedachte beiderseitige Commissionen, und unter vorerwähnter Vermittelung, zur vollkommensten Zufriedenheit der beiden hohen contrahirenden Theile erörtert und abgeschlossen, auch andere, zu den nachmaligen Vereinigungen, vorbereitet worden; so schien es doch beiden Regierungen wünschenswerth, zu noch mehrerer Beschleunigung und Vereinfachung der Verhandlungen, Special-Bevollmächtigte zu ernennen, und durch diese die verbliebenen Anstände zu beseitigen und den gänzlichen Abschluss des Friedens-Vollziehungs-Geschäfts zu bewirken.

In dieser Absicht haben

Se. Majestät der König von Sachsen:

Dero Geheimen Rath und Kammerherrn, auch ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister an dem Königl. Preussischen Hofe, Hanns August Fürchtegott von Globig, Comthur des Königlich Sächsischen Civil-Verdienst-Ordens; und

Se. Majestät der König von Preussen:

Dero wirklichen Geheimen Legationsrath, dermalen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königl. Sächsischen Hofe, Johann Ludwig von Jordan, Ritter des rothen Adler-Ordens zweiter Klasse mit Eichenlaub, und des eisernen Kreuzes zweiter Klasse am weissen Bande, des Russischen St. Annenordens erster und des St. Wladimirordens zweiter Klasse, Grosskreuz des Civil-Verdienst-Ordens der Baierschen Krone und des Schwedischen Nordstern-Ordens; Commandeur des Oesterreichischen Leopold- und des Dänischen Dannebrog-Ordens; Ritter des Spanischen Ordens Caris des Dritten etc. etc.

mit unmittelbaren Aufträgen versehen, welche, nach Auswechslung ihrer, in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel I.

Gränze.

Was zuvörderst die, in nur gedachtem Tractate Art. II bezeichnete Gränzlinie der abgetretenen Districte und Gebiete betrifft, so hat man sich zu möglichster Beseitigung der, bei deren vorläufiger gemeinschaftlichen Besichtigung und Aufnahme, über die Auslegung und Anwendung einiger Bestimmungen dieses Tractats, sich ergebenen Zweifel, sowohl überhaupt, als in Absicht der Zertheilung zusammen gehöriger Grundstücke unter verschiedene Landeshoheit, in nachstehender Masse vereiniget:

1) Von der Böhmischen Gränze an bildet das Flussbette des Wittichbachs, genau nach der Bestimmung des Friedenstractats, die Gränze beider Gebiete bis zum Einfluss in die Neisse.

2) Die, an der Gränze des Eigenschen Kreises, welche durch die Flurgränzen der, dem Kloster Marienstern zugehörigen Ortschaften gedachten Kreises bestimmt wird, gelegenen kleinen Wiesen und Waldstücke: die Kuhnaer Wiese, die Tauchritzer Pfarr- und Schulmeister-Wiese, und die Görlitzer Hospitalwiese, gleichen der, in eben dieser Gegend befindliche Hospitalwald, und die Nichaer Hinterfolgen (auf der aufgenommenen Gränzkarte Section I und II mit a, b, c, d und e bezeichnet) werden, als zu Hauptgütern des Herzogthums Sachsen gehörig und mit dessen Gebiete gränzend, dem gedachten Herzogthume einverleibt.

3) Das, in dem Winkel zwischen Paulsdorf und Obersohland gelegene Hikische Bauergut, dessen Fluren sich vom Paulsdorfer Hute an, quer durch die Mittelsohlandischen Grundstücke, bis in dieses Dorf hinein erstrecken, auch mit Paulsdorf und Mittelsohland in Verbindung stehen, und dadurch dessen Verhältniss zweifelhaft machen, verbleibt bei dem Königreiche Sachsen.

4) Da nach dem Friedenstractate die grosse Poststrasse zwischen Görlitz und Bauzen bis an die Gränze der beiden genannten Kreise, Preussisch seyn soll, so ist man übereingekommen, dass von dem Punkte an der Strasse von Bauzen nach Görlitz, wo die Oehlischer und Gosswitzer Fluren zusammentreffen (auf der Karte Sect. II mit G. bezeichnet), die Landesgränze der nördlichen Gosswitzer Flurgränze bis an den Punkt,

wo sie zwischen dem Fuchsberge und dem Radmeritzer Busch die nördliche Klein-Radmeritzer Flurgränze erreicht, und von da an, dieser Flurgränze, bis zu dem Punkte, wo die Schöpser- und Glossner Fluren aneinanderstossen, folge. Von diesem Punkte an geht die Landesgränze mit der östlichen Glossner Flurgränze fort, bis sie an die südliche Gränze der Meuselwitzer Flur stösst. Von hier an soll die Landesgränze sich mit der nördlichen Glossner Flurgränze bis zu dem Punkte vereinigen, wo sie die Bauzner Kreisgränze bei dem Petzschker Berg berührt, weiter der westlichen Meuselwitzer Flurgränze bis an die Poststrasse von Bauzen nach Görlitz, und endlich mit dieser Poststrasse an die Gränze des Bauzner Kreises fortlaufen, mit welcher Kreisgränze sie dann bis Dubrauke vereinigt bleibt, dergestalt, dass Gosswitz, Glossen und Mauschwitz, nebst deren Ländereien, so weit letztere sich nur bis zur Poststrasse von Görlitz nach Bauzen erstrecken, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben, auf diesem Tracte die Poststrasse in der Art als Gränzbestimmung angenommen wird, dass die Stadt und das Dorf Reichenbach, ingleichen das Dorf Schöps mit ihren gesammten Fluren zum Herzogthume gehörig sind.

5) Ein zu dem Dorfe Maltitz gehöriges Stück Feld an der Landesgränze, rechts der obgedachten Poststrasse (auf der Sect. III mit K. i. bezeichnet) wird bei dem Königreiche Sachsen belassen, hingegen das Dorf Thräna, das Thumlitzer Gut, zu den Rittergütern Lautitz und Glossen gehörigen Förstereinnungen und zwei dabei befindliche Grundstücke: die Dreiecke und die kleine Harthe genannt, ferner die zum Rittergute Maltitz gehörigen Waldungen: die Scheere, die grosse und kleine Harthe, ingleichen des Bauers zu Maltitz, Farak oder Witschersholz, eine zu den Rittergütern Unwürde und Kittlitz gehörige Harthe, welche insgesammt bisher zwar zu dem Bauzner Kreise gerechnet worden, jedoch in den Görlitzer Kreis eingeschlossen sind, unter die Hoheit des Herzogthums Sachsen.

6) Desgleichen wird das Skadische Bauergut und die Wolkische Gärtnernahrung, deren Gebäude in dem Dorfe Weidendorf gelegen, und welche auch mit diesem verschiedentlich verbunden sind, dem Herzogthume zugetheilt.

7) Das zu dem Gute Baruth gehörige Vorwerk Fraschwitz, ingleichen das Holz, die Merschen genannt, bleiben bei dem Königreiche Sachsen.

8) Die bei dem Löbauer Wasser, seiner beiden Arme wegen, zweifelhaft geschienene Gränzlinie (auf der Karte Sect. IV. P. bis S.), ist dergestalt festgesetzt worden, dass Klein-Saubernitz, Wartha, Lömischau und die Schäferei Barothsche, mit ihren Markungen, auf Königlich Sächsischer, die daran stossenden Weigersdorfer, Taubaner und Zimpler Fluren aber auf Königlich Preussischer Seite bleiben.

9) Die in der Neudorfer Flur liegenden nach Kaschel und Lieska veräusserten, kleinen Acker- Wiesen- und Waldgrundstücke (auf der Karte Sect. IV und V mit f. g. und m. bezeichnet) werden bei dem Königreiche Sachsen gelassen, dagegen fallen die Guttaer, Brösner, die Göbelner, Salgaer und Leichnamer Haiden, als über der, im Friedenstractate angenommenen Neudorfer Gränze hinausgelegen, an das Herzogthum.

10) Die Orte Wessel und Cummerau verbleiben dem Königreiche Sachsen.

11) In Absicht der, nach dem Friedenstractate, von der Schwarzen Elster bei Zollsdorf (in dem Tractate Sollschwitz genannt) bis zur Gränze der Herrschaft Königsbrück, bei Grossenhain zu ziehenden geraden Linie ist die Uebereinkunft dergestalt getroffen worden, dass die Orte Skaske, Weissig und Strassgen, ingleichen auch Osling und Lieska mit ihren Fluren und alle übrigen links oder südlich derselben gelegenen Orte und Grundstücke dem Königreiche Sachsen verbleiben.

12) Von dem Punkte an, wo die nördliche Gränze der Herrschaft Königsbrück an das Amt Grossenhain stösst, ist die Gränze südlich von Ortrand, in Ansehung der, von beiden Theilen in Anspruch genommenen Orte Heynersdorf (auch Hennersdorf genannt) und Krausnitz, dergestalt bestimmt worden, dass der letztere Ort, mit seiner Markung, bei dem Königreiche verbleibt, Heynersdorf hingegen dem Herzogthum Sachsen zugetheilt wird. Zur Sicherstellung der, bei Krausnitz auf irgend eine Art in Frage kommenden Privatgerechtsame der Stadt Ortrand, sol-

len, wie überhaupt gegenseitig in andern ähnlichen Fällen, bei der endlichen Gränzbeziehung, behufige Bestimmungen getroffen und hierbei die liberalsten Grundsätze angenommen werden.

13) Die zwischen Brössnitz und Kleinkmehlen gelegene Teichmühle verbleibt dem Königreiche Sachsen.

14) Die Besitzungen, welche Hirschfelder Unterthanen in der Oelsnitzer Flurmarkung angekauft haben, bleiben mit dieser Mark, ingleichen die zu dem Rittergute Walda gehörige wüste Mark Hermsdorf, bei dem Königreiche Sachsen, so wie das Feldstück, welches zu Strauch gehört hat, und von Merzdorf gegen ein Wiesenstück eingetauscht worden ist, zum Herzogthume Sachsen abgegränzt wird.

15) Da in Ansehung der, in dem Tractate genannten Strasse von Ortrand nach Mühlberg und der Ortschaften, durch welche sie geht, Zweifel entstanden sind, indem diese Strasse sich in einigen Orten in zwei Wege zertheilt, wovon der eine die in Frage kommenden Orte nicht berührt, so ist festgesetzt worden, dass die Dörfer Gross- und Kleinkmehlen, Grossthiemig, Hirschfeld, Seifertsmühl und Wainsdorf mit ihren Fluren, als zum Herzogthume Sachsen gehörig anzunehmen; was aber das Wasserwerk, die Pfeife genannt, nebst den dabei gelegenen Waldungen und die beiderseitigen Ansprüche darauf betrifft, so hat man sich über die dortige Gränzlinie zwischen dem Königreiche und dem Herzogthume Sachsen dahin vereinigt: dass solche vom Anfange des Pfeifholzes (auf der Gränzkarte Sect. XII. von E. a. bis b) bis zu dem, von Merzdorf nach Wainsdorf führenden Wege der Merzdorfer Flurgränze folgt, dann an der Südseite dieses Weges bis an das, auf derselben Seite des Weges liegende Stückchen der Wainsdorfer Flur fortgesetzt wird, dieses Stückchen umgeht, und für das Herzogthum abgränzt, ferner sich an der südlichen Seite des Weges hinzieht, endlich aber am Ende des dadurch für das Herzogthum abgeschnittenen Stückes des Pfeifholzes den Weg verlässt und der südlichen Gränze der Wainsdorfer Hutung und Flur, bis zu dem Punkte, wo die Gränzen der Altdorfer und Stockwiese, ingleichen des Pfeifholzes zusammentreffen, folgt, und solchergestalt die übrigen Pfeifengrundstücke bei dem Königreiche Sachsen belassen werden.

16) Von da, wo die Reppiser Hutung und die Hoische oberhalb zusammentreffen (auf der Karte Sect. XII. und XIII. von dem mit Ga. bis Ha. bezeichneten Punkte), soll die Gränze in der Richtung gehen, dass die Orte Nauwalde, Spansberg und Schweinfurt, mit ihren zusammenhängenden Fluren, insoweit diese Fluren nicht nördlich durch die Strasse, als zum Herzogthume gehörig, abgeschnitten werden, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben, hingegen mit den, im Tractate namhaft gemachten Orten, unter der Benennung Gröbeln, auch die besondern Ortschaften, Mühldorf, Mitteldorf und Grimmersdorf, mit ihren zusammenhängenden Fluren, so wie die Steins- oder Pflugsbreite, dem Herzogthume Sachsen zufallen.

17) Die Gränze folgt sodann in gerader Linie der des Amtes Mühlberg, bis zur Elbe bei Fichtenberg in der Art, dass Jacobs- oder Cobenthal, Kreinitz und Lorenzkirchen, ingleichen die Fichtenberger Rittergutswaldung und die Rustelstücke bei dem Königreiche Sachsen gelassen werden, sämmtliche Gatschhäuser aber, mit Einschluss der Kreinitzer, an das Herzogthum gelangen.

18) Das Vorwerk Kleindrebig verbleibt bei dem Königreiche Sachsen.

19) In Ansehung des Ueberganges der Gränzlinie von dem rechten auf das linke Elbufer, ingleichen wegen der, nach dem Friedenstractate Artikel II., ohne nähere und namentliche Bezeichnung, hier bestimmten Abschneidung einiger Enclaven und halben Enclaven, ist man, mit Rücksicht auf anderwärts getroffene Ausgleichungen, dahin übereingekommen, dass von den sub No. 17. gedachten Gatschhäusern an, die Gränze schräg über die Elbe nach dem Punkte auf dem linken Ufer gezogen wird, wo die Strehlaer und Görziger Fluren zusammentreffen.

Von den daselbst auf der Elbe befindlichen drei Schiffmühlen verbleibt zwar die oberhalb gelegene, bei der Gränzbeziehung Gottlob Pettersen zugehörte, bei dem Königreiche Sachsen; die dazu gehörige auf dem rechten Elbufer gelegene Weiche und der daran stossende Grasplatz aber Preussen; die abgabenfreie fernere Benutzung der gedachten Weiche wird dem Besitzer dieser Schiffmühle Preussischer Seits zugesichert.

Die beiden unterhalb gelegenen Schiffmühlen dagegen kom-

men an Preussen, und es wird, wenn deren Verlegung unterhalb in das Preussische Gebiet mit Schwierigkeiten verbunden sein sollte, Königl. Sächsischer Seits ihnen gestattet, ihre bisherigen Stationen auf dem Elbstrohm, ohne dass sie deshalb Königlich Sächsischer Seits mit Abgaben belegt werden, auch künftig zu behalten.

Auf dem linken Elbufer fallen die Dörfer Lösnig, Pausnitz, Schirmenitz, nebst den zuletzt gedachten beiden Dörfern gehörigen wüsten Marken Hilbersdorf und Klingenhain, die zu Schirmenitz gehörige Dreikuttenmühle, desgleichen die Dörfer Ansel, Seydewitz, Wohlau und Oelschau, sämmtlich mit den zu denselben gehörenden Fluren und Markungen an das Herzogthum Sachsen; wogegen die Orte Cavertitz, Schöna, Klingenhain nebst der an der wüsten Mark Klingenhain gelegenen Nickel-Mühle, Olganitz, Treptitz, ingleichen der Forst Reidnitz mit dem Reidnitz-Hause, und alle innerhalb der dadurch und bis an die Lausaer Pfarrbrücke gebildeten Linie, gelegenen Grundstücke, das zum Rittergute Hof gehörige Stück Holz und der, links des sogenannten A. Wege (von Mühlberg und Eilenburg gerechnet) gelegene Theil der Sitzerodaer Oberhaide, nebst den dazwischen liegenden Privatwaldungen und Wiesen, dem Königreiche Sachsen verbleiben.

20) Das zum Rittergute Kötitz gehörige Weishäuserholz und die, zum Rittergute Ochsensaal gehörige Waldung, die Heynitz genannt, ingleichen das innerhalb der Tannenhainer Flurgränze befindliche Wald- und Wiesenstück, welches dermalen dem Schönauer Richter gehört, bleiben dem Königreiche Sachsen.

21) Weiterhin (auf der Karte Sect. XVI. und XVII. Qa. bis Ta.) wird die Landesgränze in der Art gezogen, dass dadurch die Orte und Feldmarken Röcknitz und Treben (mit Ausnahme des, nördlich der Eilenburger Strasse gelegenen Stücks der Trebener Fluren) Böhlitz, Colm, nebst den Marken Zwochau, Döllnick, Praschwitz, Siedewitz und Boigen ebenfalls dem Königreiche Sachsen verbleiben, das Dorf Colla (nebst den bei demselbst am linken Muldenufer gelegenen Hägern) und das Vorwerk Punitz mit ihren Markungen und Fluren aber zu dem Herzogthume Sachsen geschlagen werden, demselben auch die wüs-

[illegible] Pletha oder Bleitwitz, Pahritzsch, Pestewitz oder Peschütz, Buchwitz und Gardewitz überlassen bleiben.

22) Das mit den Steuern in das Kreisamt Leipzig und als Filienz zu dem Rittergute Nischwitz gehörige Dorf Pönitz, so wie, zum Amte Leipzig ebenfalls gehörige Mark Nebelitz, [illegible] bei dem Königreiche Sachsen; hingegen wird die Hofleber [illegible] für das Herzogthum abgegränzt.

23) Die Kirche, Pfarr- und Schulgebäude, ingleichen die Kirchengrunde stehenden Gebäude, nebst den Pfarrfeldern in dem Friedenstractate dem Königreich Sachsen zugetheilten Dorfes Podelwitz, welche sich auf Delitzcher Amtsgrunde Boden befinden, verbleiben dem Königreiche Sachsen, insofern sie nicht als Ganz-Enclaven in das Herzogthum fallen.

24) Das Strassenstück von fünf und sechzig Ruthen lang, [illegible] Wege von Leipzig nach Delitzsch, zwischen Breitenfeld und Görditzer Fluren, ingleichen die Görditzer und Milkaer [illegible] werden, letztere beide, als im Amte Delitzch gelegen, [illegible] überlassen, auch begiebt man Sächsischer Seits sich Ansprüche auf den, nördlich von dem, in dem Tractate als [illegible] bezeichneten Dorfe Breitenfeld gelegenen Orte Hayna; zu nurgedachtem Dorfe Breitenfeld gehörigen Laas- und [illegible] felder, ingleichen das nach Rückmarsdorf gehörige Holz [illegible] dem Königreiche Sachsen, dagegen fallen diejenigen [illegible] stücke, welche in der Kleinliebenauer Flur von Königlich [illegible] Unterthanen besessen werden, an das Herzogthum [illegible].

25) Zu näherer Bestimmung der, in dem Friedenstractate [illegible] nommenen Gränzlinie, welche das Stift Merseburg durchziehen soll, ist, nach deren Ermittelung, festgesetzt worden, [illegible] nebst den, in nur erwähntem Tractate als Königlich Sächsisch genannten Ortschaften, auch noch die Dörfer Priesteblich, [illegible] witz, mit Ausnahme des, auf Döhlener Flur stehenden Chausseehauses, Kulkwitz, Görnitz und Seebenisch, mit ihren Fluren, dem Königreiche Sachsen verbleiben; Dohlen, Thronitz, Leithar, Gross- und Klein-Schkorlopp mit ihren Fluren hingegen, so wie die, in der Willeber Mark gelegene halbe Mönchsmühle annoch an das Herzogthum fallen.

26) Die Vereinigung in Absicht des Durchschneidens bei dem Flossgraben im Amte Pegau ist dahin erfolgt: dass Werben mit seiner Markung als zu dem Herzogthum Sachsen gehörig anzusehen, sodann aber die Gränze, längs dem Flossgraben in einer Entfernung von vier Ruthen herunter läuft, der Flossgraben mit seinen beiden Ufern daher dem Herzogthume Sachsen zufällt, Mausitz aber und die Dörfer Grossdalzig, Kleindalzig, Tellschütz, Grossstorkwitz mit Maschwitz, die wüste Mark Niperitsch, Zauschwitz, Carsdorf, Stöntzsch, Eulau, Elstertrebnitz, Tannewitz, Trautschen, Greitschütz, Costewitz und Oderwitz mit ihren Fluren, letztere bis in einer Entfernung von vier Ruthen vom Flossgraben, bei dem Königreiche Sachsen verbleiben und endlich die Gränze sich mit der Flurgränze zwischen Kleinoderwitz und Beersdorf vereinigt, bis sie die Gränze des Stiftes Zeitz erreicht, so dass Beersdorf mit seiner ganzen Markung zu dem Herzogthume abgegränzt wird.

27) Die zwölf in der Prosener, und die acht in der Prödeler Flur liegenden Acker- Wiesen- und Holzstücke (auf der Gränzkarte Sect. XXI. mit c. bezeichnet), ingleichen das Durchstichholz und der Prosener Gemeindebusch werden dem Herzogthume, die bei Kleinoderwitz gelegene Mühlwiese und der Penzig dagegen dem Königreiche Sachsen zugetheilt.

28) Unter- und Oberauligk, mit Inbegriff des vorhin zu dem Stifte Zeitz gehörig gewesenen Antheils, sammt den dazu gehörigen Fluren, insofern diese zusammenhängen und nicht als Ganz-Enclaven im Herzogthume belegen sind, verbleiben dem Königreiche Sachsen.

29) Bei der in dem Friedenstractate ermangelnden ausdrücklichen Bestimmung, welchem Theile die nicht genannten, im auswärtigen Gebiete enclavirten Orte zugehören sollen, hat man, zur Entscheidung dieser Streitfrage, den zeitherigen Besitzstand angenommen. Nach solchem verbleiben dem Königreiche Sachsen die zum Amte Borna gehörigen, grösstentheils vom Reussischen Gebiete umschlossenen Orte Liebschwitz, Loitzsch, Preseln, Ruppersdorf und Bösengräbe, auch alle übrige in einem sonstigen auswärtigen Gebiete gelegenen, bisher im Sächsischen Besitze befindlich gewesenen Ortschaften; dahingegen die, im

Preussischen Besitze sich dermalen befindenden Klein-Braunsdorfer Ortschaften, namentlich Nauendorf, Tanna, Klein-Braunsdorf, Hohenkirchen, Penkwitz und Wermsdorf, ingleichen die etwa Preussischer Seits etwa besetzten auswärtigen Enclaven, die das Herzogthum gelangen.

30) Die bei dem, von Preussen wiederum an Sachsen-Weimar abgetretenen Theile des Neustädter Kreises gegen das Amt Zwickau obwaltenden Zweifel und Gränzirrungen werden der besondern Vereinigung der Königlich Sächsischen und der Grossherzoglich Sachsen-Weimarschen Regierung überlassen.

Im Uebrigen, wo in vorstehenden Punkten eine Erläuterung oder nähere Bestimmung nicht erfolgt ist, bewendet es bei dem ausdrücklichen Inhalte des zweiten Artikels des, am 18. Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, ingleichen bei dem angenommenen Grundsatze: dass die in dem einen Landestheile ganz-enclavirten Parcellen derjenigen Regierung zufallen, in deren Landestheile sie sich befinden.

Nach dieser solchergestalt durch nur gedachten Tractat und gegenwärtige Convention nunmehro festgesetzten Gränzlinie soll unverzüglich durch abgeschickte beiderseitige Commissarien, so weit dies nicht bereits erfolgt, die Landesgränze gehörig berichtigt, über den Gränzzug ein umständliches Protocoll aufgenommen, die Gränzlinie in die doppelt gefertigten, in gewisse Sectionen gleichförmig abgetheilte Gränzkarten eingetragen, und letztere allen von den Commissarien beglaubigt, beides aber, sowohl das Protocoll, als die Gränzkarte, dieser Convention künftig beigelegt werden.

Artikel II.

Wechselseitige öffentliche und Privatgerechtsame in den getheilten Landesdistricten.

1) In Gemässheit des, bereits in dem Friedenstractate Artikel III. und XIII. ausgesprochenen und festgestellten Grundsatzes: bei der Gränzberichtigung alle Verletzungen des Privateigenthums zu vermeiden, die Besitzungen der, auf den Gränzen wohnhaften Individuen, besonders derjenigen, welche Besitzungen unter beiden Regierungen, der Sächsischen und Preussischen

behalten, sicher zu stellen, und überhaupt alles, was das Eig
thum und das Interesse der beiderseitigen Unterthanen betr
auf die liberalste Weise zu bestimmen, ist man, sowohl in A
sicht der Privatgerechtsame, als der dabei einschlagenden öf
lichen Verhältnisse, in den getheilten Landesdistricten und d
dadurch unter verschiedene Hoheit kommenden, zusammen ge
rigen Grundstücken, zu näherer Erläuterung obangezogen
Friedensartikel, annoch in folgenden Punkten übereingeko

Steuern und andere Landesherrliche Abgaben.

2) Die öffentlichen Gerechtsame und Verhältnisse anlan
so fällt, vermöge der, an Preussen geschehenen Abtretung
im Tractate angegebenen Provinzen, Districte und Gebiete,
Gebietstheile des Königreichs Sachsen, mit aller Souver
und deren dadurch erfolgenden Absonderung von einander
Ausübung einiger Hoheitsrechte einer Regierung in dem, de
dern zugehörigen Gebiete überhaupt gänzlich weg. Es w
daher keine Steuern von irgend einem, in dem Gebiete des
Theiles gelegenen Grundstücke an die Landesherrlichen Beh
des andern Theiles weiter entrichtet, es verbleibet und ge
vielmehr jeder Regierung die Erhebung aller Landesherr
Abgaben von denjenigen Grundstücken und Parcellen, w
unter ihrem Bereiche gelegen sind. Hiernach sind alle in
desherrliche Cassen fliessende Abgaben oder andere Prästati
die von Grundstücken herrühren, oder darauf Bezug haben,
Landesherrlichen Cassen derjenigen Regierung, welcher die
deshoheit zusteht, einzuzahlen; jedoch ist bei Bestimmung
von jeder der beiderseitigen Regierungen verhältnissmäss
erhebenden, auf dem ganzen Complex der durch die Land
tretung getheilten Grundstücke zeither gehafteten Abgaben
Prästationen aller Art, billige Rücksicht auf diejenigen Le
gen zu nehmen, welche der Besitzer an die andere Regier
hinsichts des, durch die Gränzregulirung der letztern zug
senen Theils seiner Grundstücke, zu entrichten hat.

Ritterschaftliche Prästationen.

3) Diese Abtheilung der Leistungen soll namentlich
auf diejenigen Prästationen sich erstrecken, welche von G

nach denen darauf haftenden Ritterpferden, bisher entrichtet wer-
den müssen, und es ist das angemessene Verhältniss des, jeder
Regierung davon zukommenden Antheils von den an sie gefalle-
nen Zubehörungen der, in dem andern Gebiete gelegenen Haupt-
güter, durch beiderseitige ständische Deputirte auszumitteln und
zu berichtigen.

Ungehinderte und freie Ein- und Ausfuhr der Natur- und Kunsterzeugnisse.

4) Zur möglichsten Erleichterung des Verkehrs derjenigen Individuen, welche an der Gränze wohnen, und deren unmittelbar an selbiger gelegene Grundbesitzungen durch die gezogene Gränze in der Art getheilt werden, dass sie, mit diesen, beiden Regierungen angehören, soll den Besitzern solcher getrennten Hauptgüter und ihrer Zubehörungen, oder sonst getheilter Grundstücke, frei stehen, für sich, ihre Bedienung und Einwohner mit ihren Ackergeräthschaften, ihrem Vieh und ihren sonstigen Familien, ohne alle Hinderung von dem, in dem einen Gebiete gelegenen Theile ihres Grundstückes in dem, in dem andern Gebiete gelegenen Theile desselben hin und her zu gehen, auch die Erzeugnisse dieser getheilten Grundstücke von dem einen Theile in den andern zu schaffen, ohne deshalb eines Passes zu bedürfen, oder aber eine Abgabe bei der Ausfuhre oder Einbringung in das andere Gebiet entrichten zu müssen; diese Begünstigung soll sich jedoch allein auf letztgedachte Abgaben und auf diejenigen Erzeugnisse beschränken, welche durch Natur oder Kunst auf dem getheilten Grundstücke gewonnen oder hervorgebracht und zum Betriebe der Wirthschaft auf solchen Grundstücken erfordert werden. Mit einem weitern Absatze derselben im Lande hören diese Begünstigungen auf und es bleibt alsdann einer jeden Regierung überlassen, die sonst gewöhnlichen Abgaben von dergleichen Productionen der Natur und der Kunst zu erheben.

Neben- und Beigüter.

5) In der Regel kommen zwar die, im vorstehenden 4ten §. versicherten Begünstigungen nur den, durch die Gränze unmittelbar betroffenen Grundbesitzungen zu statten, und können auf besondere Neben- und Beigüter nicht ausgedehnt werden; in

Ansehung dieser letztern will man jedoch in einzelnen Fä
und ganz vorzüglich, wenn die Neben- und Beigüter unmitt
an der Gränze gelegen sind, besondere, die Erleichterung
Bewirthschaftung bezweckende Vereinigungen zu treffen such

Auf Landesherrlichen Concessionen beruhende Gerechtsa

6) Die, einzelnen oder mehreren Individuen des einen L
destheils in dem Gebiete des andern Landestheils bisher zug
dene Befugniss zum Lumpensammeln, Schneiden und Abd
des Viehes, Schornsteinfegen und die Ausübung ähnlicher,
auf Landesherrlichen Concessionen beruhenden Gerechtsame
andern Gebiete, hören, diese oder jene mögen titulo onerose
langt seyn oder nicht, auf, ohne dass die Regierung, in d
Gebiete die Ausübung eines solchen Rechtes wegfällt, zu ir
einer Entschädigung verpflichtet ist.

Militairpflichtigkeit.

7) In Absicht der Verpflichtung zum Militairdienste so
Unterthanen, welche in beiden Landestheilen angesessen
ist man dahin übereingekommen, dass diese Verpflichtu
Minderjährigen nach dem bleibenden Wohnsitze (domi
fixum) des Vaters, bei Volljährigen aber darnach zu bestim
sey, in welchem Gebiete ein solcher Unterthan seinen bleib
Wohnsitz genommen hat. Hat ein Majorenner noch kein d
cilium fixum gewählt, so wird seine Militairpflichtigkeit ebe
nach dem bleibenden Wohnsitze des Vaters bestimmt.

Kirchliche Verhältnisse.

8) Was die bisherigen kirchlichen Verhältnisse und den
in Verbindung stehenden Schulunterricht, in den, durch den G
dukt getheilten Bezirken betrifft, so sollen dieselben, hins
aller christlichen Confessionen, vorläufig, bis auf weitere
setzung, fortbestehen, den Geistlichen, Schul- und Kinderl
auch der Genuss ihrer Emolumente und sonstigen Einkü
bis auf weitere Bestimmung, verbleiben, dieselben aber
verpflichtet seyn, den Verfügungen Folge zu leisten, welch
Regierung jedes Landestheiles, in Beziehung auf den, in
Bereich befindlichen District desselben, und ihrer eingepfar

Unterthanen, zu erlassen nöthig finden dürfte. Es wird jedoch zwischen beiden Regierungen, in dazu geeigneten Fällen, besonders bei eintretenden Vacanzen, für die künftige und baldige Aufhebung der, in kirchlicher Beziehung, ingleichen in Ansehung des Schulwesens, unter beiden Landestheilen vorkommenden gemischten Verhältnisse, und dabei zugleich dafür gesorgt werden, dass, bei den diesfalls für nöthig befundenen und eintretenden Veränderungen, die dermaligen Inhaber der geistlichen, auch Schul- und Lehrstellen, eine angemessene Entschädigung erhalten.

Innungszwang.

9) Der Innungszwang, welcher in den, durch die Landesgränze getheilten Districten oder Orten bisher bestand, ist als aufgehoben anzusehen, und es soll die Auseinandersetzung und Theilung des gemeinschaftlichen Innungsvermögens, sowie im Gegentheil die Tilgung der, von einer Innung etwa contrahirten, das Activvermögen übersteigenden Schulden, in der Regel, und wenn nicht etwa Special-Innungs-Artikel oder andere hierbei entscheidende besondere Verhältnisse, und sonstige getroffene rechtsbeständige Verabredungen, ein Anderes hierunter bestimmen, nach der Anzahl der gegenwärtig bei der betreffenden Innung vorhandenen, hierzu berechtigten Meister erfolgen.

Mahlen in auswärtigen Mühlen.

10) Die Erlaubniss, in Mühlen des, nach der Gränzscheidung, als Ausland zu betrachtenden, andern Gebiets zu mahlen und zu schroten, soll zwar in Zukunft insofern aufhören, als hierbei nicht die, weiter unten im 16ten §. enthaltenen Bestimmungen, wegen des, durch rechtmässigen Titel erworbenen Mühlenzwanges, eintreten; zur gegenseitigen Berücksichtigung der an der Gränze wohnenden Unterthanen und Müller soll jedoch während eines Zeitraums von Fünf Jahren, vom Abschlusse dieser Convention an gerechnet, den gedachten Unterthanen verstattet sein, in Mühlen des jenseitigen Landestheils, gegen Entrichtung der, im letztern dermalen bestehenden, oder künftig einzuführenden diesfallsigen Abgaben, zu mahlen und zu schroten. Diese Abgaben sollen die von Landesangeborenen zu ent-

richtenden dergleichen Abgaben nicht übersteigen und werden von der Regierung desjenigen Landestheils erhoben, in welchem die Mühle gelegen ist.

Patrimonial-Gerichtsbarkeit.

11) Im Begriff der vorhin Statt gehabten Ausübung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit über die, nunmehro zu einem andern Gebiete gehörigen, Grundstücke und Unterthanen, bewendet es bei der bereits von beiden Seiten getroffenen Einrichtung, daß über die, durch die Gränzlinie von der vorigen Gerichtsbehörde getrennten Ortschaften oder Parcellen, die Gerichtsbarkeit hier durch einen, von der Regierung, unter deren Hoheit solche Ortschaften oder Parcellen gelegen sind, verpflichteten und in deren Gebiet wesentlich wohnenden Gerichtshalter ausgeübt werden. Wo dieses jedoch bei dem einen oder dem andern Theile noch nicht geschehen ist, Obigem gemäss, das Erforderliche sofort, und längstens binnen drei Monaten, zu veranstalten.

Privat-Lehne.

12) Die Privat-Lehns-Verbindungen aller Art hingegen sollen, bis zur weitern Bestimmung, aufrecht erhalten werden.

Andere Privatgerechtsame überhaupt.

13) Ueberhaupt sollen im Allgemeinen und insofern nicht in einzelnen Beziehungen in gegenwärtiger Convention hierüber ein Anderes festgesetzt wird, alle Privatgerechtsame, welche durch die geschehene Landestrennung betroffen werden, zur Zeit annoch fortbestehen; es sollen jedoch bei der endlichen Grenzregulirung die Fälle, wo dergleichen Verhältnisse eintreten, ausgemittelt, und sodann, nach den möglichst liberalsten Grundsätzen, nähere Bestimmungen über die Fortdauer oder Aufhebung derselben getroffen werden.

Trift- und dergleichen Gerechtsame und Servituten.

14) Insbesondere ist man einverstanden, dass, wenn Gemeinsbesitzern des einen Gebiets auf Grundstücken in dem andern Gebiete eine Weide-, Trift- oder andere ähnliche Gerechtigkeit zusteht, diese fernerhin unbeschränkt ausgeübt werden kön-

[illegible] auch zu dem Ende den Hirten oder Führern der Heerden, [illegible] aus einem in das andere Gebiet unbehindert zu treiben und [illegible] hüten freistehen, überhaupt aber der Verkehr auf der Gränze, [illegible] die erfolgte Landestheilung, nicht behindert werden soll.

[illegible]nahme der Landesherrlichen Kammergüter soll zwar für [illegible] da Gleiches Statt finden, indessen behält man sich vor, [illegible] näherer Erörterung der Fälle, über die Aufhebung der, bei [illegible]gen eintretenden dergleichen Gerechtsame sich da, wo es [illegible]ich, zu vereinigen.

Freizügigkeit der Unterthänigkeitspflichtigen.

15) Sollten Individuen, welche Gutsbesitzern unterthänig [illegible] aus dem einen in das andere Gebiet ziehen wollen, so sol- [illegible]wie man, in Gemässheit des Friedenstractats Art. XIII über- [illegible]kommen ist, die Gutsherrschaften gehalten seyn, diese, [illegible]gend einiges Lösegeld ihrer Unterthänigkeit zu entlassen, [illegible]ese einzelnen Individuen, insofern sie ihrer Militairpflich- [illegible]t genügt, die Freiheit haben, sich in dem andern Gebiete [illegible]r zu lassen.

Bier-, Mahl- und dergleichen Zwang.

16) Der Bier-, Mahl- und dergleichen Zwang, welcher einem [illegible]der Gute, in Betreff anderer Orte und ihrer Bewohner des [illegible]tigen Gebiets, zusteht, soll, bis auf weitere Bestimmung, [illegible]der, bis zum 5. Juni 1815 Statt gehabten Begünstigung, [illegible]ren; der Verpflichtete soll daher ferner gehalten seyn, [illegible]etränk von denjenigen Orten zu entnehmen, und sein Ge- [illegible]n den Mühlen mahlen zu lassen, wo er bis zum gedachten [illegible] zwangspflichtig war.

Zinsen und andere Prästationen.

17) Die bisherige, auf rechtsgültigem Titel beruhende Lei- [illegible]g der, Privatpersonen oder Corporationen zustehenden, Na- [illegible]- und andern Zinsen, auch sonstiger Prästationen, von [illegible] Gebiete in das andere, besteht ungehindert fort, und sollen [illegible]en eben so wenig, als die oben erwähnten (No. 4.) Natur- [illegible]insterzeugnisse, beim Aus- oder Einbringen mit einiger [illegible]e belegt werden.

Uebrigens bleibt es jedoch bei den Bestimmungen am Schlu
des Art. XVI des Friedenstractats.

Jagd-, Holzungs- und dergleichen Befugnisse.

18) Wenn Privatpersonen des einen Gebiets die Befugni
zur Jagd, zu Holz- oder Wildpretsdeputaten, in Gefolge recht
gültiger Titel und Anweisungen, auf Landesherrlichen Forst
des andern Gebiets zusteht; so sollen dieselben ferner, jedoch
mit Vorbehalt einer angemessenen Ausgleichung beider Regie
rungen, bis dahin in deren ungestöhrtem Genuss verbleiben. Je
haben sich die Berechtigten den Forstgesetzen des Landesh
worinnen sie die Befugniss auszuüben haben, zu unterwerfe

Dienste und Frohnen überhaupt.

19) Wenn Unterthanen des einen Gebiets zu Güter
Grundstücken, welche im andern Gebiete gelegen sind, zu
sten, Frohnen oder andern Leistungen verpflichtet sind, s
es bei den bisherigen Dienst- und andern dergleichen Leistu
zwar sein Bewenden behalten, jedoch, auf Antrag des Di
pflichtigen oder berechtigten Theils, in Rücksicht beiderse
Unterthanen, die Ablösilichkeit solcher Leistungen freist
und die Entschädigung, welche den Guts- oder Grundstück
sitzern, für den Wegfall dieser Dienste, Frohnen und a
Leistungen gebührt, durch gemeinschaftliche sachkundige
missarien ausgemittelt, diese Entschädigung jedoch läng
binnen Jahresfrist, von Zeit des desfallsigen Antrags an ge
net, bestimmt werden.

Eine gleichmässige Befugniss zur Ablösung gegen eine
zumittelnde Entschädigung soll auch bei den, oben §. 14.
wähnten Gerechtigkeiten und Servituten, insofern solche C
rationen oder Privatberechtigten im jenseitigen Gebiete zust
Statt finden.

Dienste und Frohnen bei Kammergütern.

20) Dienstleistungen und Frohnen, welche Unterthan
Domainen oder Kammergüter des andern Gebiets zu leisten h
hören, insofern deshalb nicht in einzelnen Fällen andere Be
mungen getroffen worden, mit dem 1ten Oktober 1818 au

zahlt die Vergütung für die, zu Landesherrlichen Domainen und Kammergütern des andern Gebiets zu leistenden Dienste, diejenige Regierung, unter deren Bereich der Verpflichtete sich befindet, oder seinen wesentlichen Wohnsitz hat.

Artikel III.

Anhängige Rechtsstreitigkeiten.

1) Da wegen Fortstellung der zur Zeit der, durch den Friedenstractat vom 18ten Mai 1815 beschehenen Abtretung einiger Provinzen, Districte, Gebiete und Gebietstheile an Preussen, vor den Königlich Sächsischen Gerichtsbehörden anhängig gewesenen Prozess-, Vormundschafts-, Hypotheken-, Lehns- und andern Rechtsangelegenheiten, auch Abgabe der dazu gehörigen Acten, Documente und Depositen, bereits unterm 20sten Februar 1816 eine besondere in der Anlage unter No. 1. befindliche Convention abgeschlossen worden ist, so wird solche, ihrem ganzen Inhalte nach, hiermit nochmals bestätiget.

Fideicommisse.

2) Ueber die seitdem, in Ansehung der, in nur gedachter Convention nicht ausdrücklich berührten Fideicommisse, entstandenen Zweifel, hat man sich, zur Ergänzung der deshalb ermangelnden Bestimmungen, dahin vereinigt, dass die Oberaufsicht über die Fideicommisse, ingleichen die Abgabe der Fideicommissmassen, und der, über dieselben verhandelten Acten sich nach dem bleibenden Wohnsitz (domicilium fixum) bestimmen solle, welchen der Fideicommissstifter zur Zeit seines Ablebens gehabt hat. Diese Uebereinkunft ist jedoch nur auf wirklich fortdauernde Fideicommisse und keinesweges auf blosse Substitutionen, mit erstrecken; indem es, im Betreff dieser letzteren lediglich bei der allgemeinen Bestimmung der vorerwähnten Convention vom 20. Februar 1816 sein Bewenden hat.

Wenn nach dieser Bestimmung, den Gerichten, oder Behörden des einen Gebietes die Oberaufsicht und Verwaltung einer solchen Fideicommissmasse verbleibt, im andern Gebiete aber dazu gehörige Immobilien gelegen sind, so kommen hierbei die Bestimmungen des 14ten §. der mehrgedachten Convention vom

20. Februar 1816 in Anwendung; übrigens versteht es sich aber von selbst, dass, wenn der Nutznieser des Fideicommisses in einem andern Gebiete, als demjenigen, wo die Fideicommissmasse verwaltet wird, sich befindet, dann demselben ungehindert die ihm zustehenden Revenüen des Fideicommisses nach dem Gebiete, wo sein Wohnort ist, verabfolgt werden müssen; auch den Gerichten seines Wohnorts die Verfügung über seine Person, bei eintretenden Fällen, verbleibt.

Personal-Ansprüche.

3) In Beziehung auf die entstandene Frage, inwiefern Jemand, der in dem einen Gebiete wohnhaft, in dem andern aber mit Grundstücken angesessen ist, bei dem Gerichte dieses letzteren Gebietes wegen persönlicher Forderungen in Anspruch genommen werden könne? ist man dahin übereingekommen, dass dergleichen Personen, wegen eines persönlichen Anspruchs nur von der Gerichtsbehörde ihres beständigen Wohnortes (in foro domicilii) belangt werden mögen.

Eine Ausnahme hiervon findet jedoch alsdann Statt, wenn ein dergleichen, wenn schon persönlicher Anspruch, die Pachtung oder Verwaltung eines, in dem jenseitigen Landestheile gelegenen Grundstückes betrifft; Ansprüche dieser Art sollen vor den Gerichten des Landestheiles, in welchem das Grundstück gelegen, angebracht und verhandelt werden.

Erbschaftssachen.

4) In Erbschaftssachen, und wegen der, aus diesen entspringenden Forderungen und Verpflichtungen, sind die Erben, so lange die Erbschaft oder ein Theil derselben in dem Gerichtsstande des Nachlasses sich noch ungetheilt befindet, daselbst Recht zu nehmen verpflichtet, ohne Rücksicht auf ihren Wohnort, und in diesen Fällen die Gerichte des Wohnorts der Erben, die Insinuation, auf die deshalb an sie von dem erbschaftlichen Forum erlassene Requisition zu bewirken schuldig.

Rückständige Reallasten.

5) Eine gleiche Verpflichtung haben auch die fora domicilii einzelner Individuen oder Communen, wenn diese, wegen der,

auf Grundstücken des andern Gebietes haftenden Reallasten oder sonstigen Realansprüche, in foro rei sitae belangt werden.

Verfahren bei Concursen über getrennte Güter, ingleichen bei deren Verpfändung u. s. w.

6) a) In den Fällen, wo über Jemandes Vermögen oder über einen Nachlass der Concurs ausbricht, und zu der Masse Immobilien gehören, welche, nach der neuen Landesgränze, in beiden Landestheilen belegen sind, soll die Eröffnung des Concurses bei denjenigen Gerichten erfolgen, unter denen der Gemeinschuldner, zu der Zeit, in welcher sich die Unzulänglichkeit der Masse zeigt und die Nothwendigkeit zu dessen Eröffnung eintritt, oder bei Erbschaften vor den Gerichten, unter denen der Erblasser, zur Zeit seines Ablebens, in einem der beiden Landestheile seinen bleibenden Wohnsitz hat.

b) Der Richter, unter welchem die Immobilien gelegen sind, ist in diesem Falle gehalten, auf Ansuchen des, den Concurs dirigirenden Richters, für die Sicherstellung der, auf dem Immobile sich befindenden Masse zu sorgen, auch die Taxe und den Verkauf derselben, so wie die Subhastation des Immobilis und die Einziehung der, zur Masse gehörigen Revenüen und Kaufgelder zu bewirken.

c) Sind die Immobilien gegen den, den Concurs dirigirenden Richter im andern Landestheile belegen, und stehen dieselben nicht mit Immobilien des andern Landestheiles in einer solchen Verbindung, dass deren Verpfändung als zu einem Complexu gehörig, erfolgt ist, so verbleiben die, aus dergleichen Immobilien gewonnenen Revenüen und Kaufgelder unter der Administration des Richters, unter welchem sich die Immobilien befinden, und es bewirkt dieser die Vertheilung der Kaufgelder nach der, durch die Gesetze seines Landes bestimmten Folgeordnung; den, nach Deckung der, solcher gemäss, aus diesen Immobilien vorzugsweise zu befriedigenden Gläubiger, etwa verbleibenden Ueberschuss, ist er aber an den, den Concurs dirigirenden Richter des andern Landestheils zu übersenden verpflichtet.

d) Sind die Immobilien beider Landestheile unter einem Complexu verpfändet, so leitet derjenige Richter, unter welchem das Hauptgut belegen ist, die, wegen der Administration, Taxa-

tion und Subhastation des Immobilis nöthigen Verfügungen, be-
wirkt auch die Einziehung und Vertheilung der Kaufgelder, di
der, nach den Gesetzen des Landes, unter welchem das Haup
gut belegen ist, bestimmten Folgeordnung und überschickt de
nächst, wenn der Concurs vor einem Gericht im andern Landes
theile anhängig ist, den, nach Deckung der, aus diesen Immo-
bilien vorzugsweise zu befriedigenden Gläubiger, von den Reve-
nüen und Kaufgeldern derselben verbleibenden Ueberschuss dem,
in dem andern Landestheile sich befindenden Concursrichter.

Hiernach darf

e) in den Fällen, wo mehrere Immobilien unter einem
Complexu verpfändet werden, von dem Richter desjenigen Lan-
destheiles, unter welchem zu dem Hauptgute des andern Landes-
theils gehörige Beigüter oder Parzellen, belegen sind, kein S
cialconcurs eröffnet werden, sondern es hat vielmehr dieser,
Ansuchen des Richters des Hauptgutes, die zur Administra
und Taxe dieser Beigüter und Parzellen nöthigen Verfügu
zu treffen, auch die nöthigen Revenüen, diese jedoch nach
zug der currenten öffentlichen Lasten seines Landes dem Ric
des Hauptgutes zu übersenden, letzterer aber zwar die Su
station des ganzen Complexus der Immobilien zu bewirken;
doch muss derselbe von den anberaumten Licitationsterminen
Richter der Beigüter und Parzellen, unter Zufertigung
Patents, zur Affixion in dessen Gerichtsstelle, gehörig be
richtigen, auch die Bekanntmachung der Termine in den ö
lichen Blättern des Landestheils, in welchem die Beigüter b
sind, veranlassen, ferner über die im andern Landestheile
genen Beigüter und Parzellen besondere Gebote zur Wer
stimmung, Behufs der Consensertheilung bei anderweiter
pfändungen und etwaniger Trennung von dem Hauptgute,
dern, so wie endlich den Consens zum Zuschlag und die B
tigung des Adjudicationsscheines von dem Richter, unter
chem die Beigüter oder Parzellen gelegen sind, einholen.

f) Diese, wegen der, in einem Complexu verpfände
in beiden Landestheilen belegenen Immobilien, erfolgte Ue
einkunft hat übrigens nur auf die bis jetzt bestellten Hypothe
und Verpfändungen Anwendung.

g) Endlich versteht es sich von selbst, dass bei beiden Ri

m, dem des Hauptgutes, so wie dem der Beigüter und Parzel-
; die erforderlichen Consense, Bestätigungen und Belehrun-
bei Besitzveränderungen, so wie bei Verpfändungen nachge-
, auch die Eintragung in die Inscriptions- und Hypotheken-
, bei Verpfändungen und Hypothekbestellungen aber mit
usdrücklichen Beifügen:

dass die verpfändeten Haupt- und Beigüter im jenseitigen Landestheile belegen sind,

rkt werden muss.

Artikel IV.

Steuer-Credit-Schulden und Steuer-Credit-Casse.

Zu näherer Auseinandersetzung wegen der, im 9ten Frie-
rtikel erwähnten Landesschulden und der damit in Verbin-
stehenden öffentlichen Cassen, hat man zuvörderst, in
ung der Steuer-Credit-Schulden und Steuer-Credit-Casse
ie Uebereinkunft getroffen:

Festsetzung dieser Schuldenmasse.

1) Nachdem die Verhältnisse der Steuereinkünfte und der,
auf gewisse Gattungen derselben bereits ausdrücklich fun-
, theils aus denselben überhaupt zu berichtigenden Schul-
durch dazu, nicht nur von beiden Commissionen, sondern
von Seiten des Kaiserlich Oesterreichischen Vermittelungs-
issars besonders subdelegirte Rechnungsbeamte aus den
vorgelegten Landtagsverhandlungen, Rechnungen und son-
Nachrichten gemeinschaftlich genau erörtert, auch die von
mit den erforderlichen Rechnungsauswürfen, belegte
icht von den beiderseitigen Friedens-Vollziehungs-Com-
en als richtig anerkannt worden; so hat sich die, von
Königlichen Regierungen antheilig zu vertretende Haupt-
e dieser Steuerschulden also ergeben:

13,147,332 Thlr. 5 Gr.	Dreizehn Millionen, Einmal Hundert, Sieben und Vierzig Tausend, Drei Hundert Zwei und Dreissig Thaler, Fünf Groschen, von den, in dem Steuer-Credit-
13,147,332 Thlr. 5 Gr.	Latus

13,147,332 Thlr.	5 Gr.	Transport
		System vom Jahre 1763 begriffenen älteren Schulden;
3,440,000	- — -	Drei Millionen, Vier mal Hundert Vierzig Tausend Thaler, von den im Jahre 1807 creirten landschaftlichen Obligationen an 4 Millionen, nachdem auf letztgedachter Summe vor dem 5. Juni 1815 von den Ständen bereits 560,000 Thlr. abgezahlt worden;
5,917,500	- — -	Fünf Millionen, Neunmal Hundert Siebzehn Tausend, Fünf Hundert Thaler, wegen der im Jahre 1811 bewilligten ständischen Anleihe von 6 Millionen, wovon bis zum 5ten Juni 1815 in sogenannten Reichenbachischen Obligationen nur obige Summe debitirt worden; folglich
22,504,832 Thlr.	5 Gr.	Zwei und Zwanzig Millionen, Fünfmal Hundert Vier Tausend, Acht Hundert Zwei und Dreißig Thaler, Fünf Groschen in Summa.

Abtheilungsmassstab.

2) Bei Abtheilung dieser Steuer-Credit-Schulden wird, in Folge der, über den an Preussen gekommenen Antheil der Steuereinkünfte gepflogenen Berechnungen, der, über den darnach anzunehmenden Massstab, Statt gefundenen Unterhandlungen, und des endlich hierunter getroffenen Vergleiches, für die in dem Steuer-Credit-System vom Jahre 1763 begriffenen Schulden, das Verhältniss von einem Drittel für das Herzogthum und zwei Dritteln für das Königreich Sachsen angenommen, für die in den Jahren 1807 und 1811 entstandenen hingegen nach Anleitung des neuerlich zu Aufbringung der ausserordentlichen Bedürfnisse

bestimmten Steuer-Provisorii, das Verhältniss von Drei Hundert Zwei und Funfzig Tausend Theil für das Herzogthum, und Sechs Hundert Acht und Vierzig Tausend Theil für das Königreich zum Grunde gelegt.

Art der Uebernahme.

3) Um indess dieses Schuldenwesen, zum Besten der Gläubiger sowohl, als der beiden Königlichen Regierungen, möglichst zu vereinfachen, hat man sich über einen Abtheilungsplan vereiniget, bei welchem zwar im Ganzen die im vorhergehenden §. angegebenen Verhältnisse beobachtet, jedoch nicht auf jede der einzelnen Steuer-Credit-Schulden-Klassen insbesondere angewendet, sondern diese Klassen, soweit es thunlich gewesen, von einem oder dem andern Landestheile ausschliessend übernommen worden sind.

Königlich Preussischer Antheil.

4) Vermöge obiger Massstäbe und dieser getroffenen Vereinigung beträgt die auf das Herzogthum Sachsen fallende Summe der Steuerschulden überhaupt:

7,676,284 Thlr. 1 Gr. 8 Pf.

Da man aber Königlich Preussischer Seits in der, am 23sten Juli 1817 über die Peräquations-, Lieferungs-, Aequivalent-, Gelder- und Central-Steuer-Angelegenheiten abgeschlossenen besondern Convention, sämmtliche Central-Steuer Schulden allein übernommen, und daher, nach deren 30sten §. das Königreich Sachsen eine Entschädigung des Herzogthums, durch Mehrübernahme von 1,585,500 Thaler von den, unter dem Namen der Reichen-bachischen Obligationen bekannten Steuer-Credit-Schulden, bei deren Abtheilung zu leisten hat, so gehen diese von obiger Summe ab und es würden nur noch

6,090,784 Thlr. 1 Gr. 8 Pf.

Steuerschulden zur Vertretung des Herzogthums bleiben.

Wegen des Aufgeldes und Zinsnachschusses, von der aus dem ehemaligen Churbraunschweigischen Hypothekenanlehn herrührenden Schuld (cfr. §. 8.) ist jedoch, zur deshalls nöthigen Ausgleichung, der Totalbetrag der Steuerschulden auf

22,857,626 Thlr. 1 Gr. —

angestellt, und vom diesem Betrage, mit Rücksicht auf das ver-

stehend, wegen der Central-Steuer-Obligationen, Festgesetzt, Seiten des Herzogthums Sachsen die Summe von

6,196,854 Thlr. 22 Gr. 5 Pf.

Sechs Millionen, Ein mal Hundert Sechs und Neunzig Tausend, Acht Hundert Vier und Funfzig Thaler, Zwei und Zwanzig Groschen, Fünf Pfennige

zur Vertretung übernommen worden.

Abtheilungsplan. a)

5) Welche Steuer-Credit-Schulden, Allem diesem zu Fo von dem Herzogthume andurch übernommen werden, und wel dem Königreiche Sachsen zur Last bleiben, ist aus dem, beiden Königlichen Regierungen genehmigten, unter dem B staben A. anliegenden Plane zu ersehen.

Angabe der beiden Theilen zufallenden unverloosbaren Steuerscheine. b)

6) In Absicht der, nach diesem Plane, Königlich Pre scher Seits unter andern zu übernehmenden

17,146 Thlr. — Gr. 4 Pf. an bis jetzt nicht angemeld Steuerscheinen,

549,586 - 10 - 1 - an andern, in der Verloosung n begriffenen Steuerscheinen z p. Ct. zinsbar,

566,732 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. in Summa betragenden, zur noch nicht in der Verloosung begriffenen Steuerscheine, is Vereinigung dahin erfolgt, dass Preussen von diesen Gattu der älteren Schulden die, in der Beilage unter B., aufgefüh übernimmt, die übrigen aber Sachsen zur Vertretung verbl

Oeffentliche Bekanntmachung der von jedem Theile zu v tretenden Schulden.

7) Der vorgedachte Plan sowohl, als die, vermöge d Vereinigung, zur Vertretung an Preussen fallende Klasse letzterwähnten, noch nicht verloosbaren Scheine, soll von be Regierungen, zur Nachricht der betheiligten Gläubiger, d

hiesige und auswärtige öffentliche Blätter zur allgemeinen Wissenschaft gebracht werden.

Ausgleichung wegen der verschiedenen Schuldenklassen.

8) Bei sothanem Abtheilungsplane sind zugleich die, wegen der, bei Uebernahme einer und der andern Klasse von Schulden, Statt findenden verschiedenen Verzinsung und sonstigen Verhältnisse, wechselseitig zu machenden Vergütungen und Entschädigungen ausgeglichen worden, indem, namentlich auch in Rücksicht der Supplementzinsen von ½ Prozent und 7¾ Prozent Agio bei dem sogenannten Churbraunschweigischen Darlehne, welches aus dem Steuer-Aerario den Inhabern dieser Obligationen zu leisten und nunmehro künftig von Sachsen allein zu übernehmen sind, dem Herzogthume eine verhältnissmässige, nach dem Massstabe der gesammten, für das Herzogthum auf Drei Hundert und Sieben und ein halb Eintausend Theil und für das Königreich auf Sechs Hundert Zwei und Neunzig und ein halb Eintausend Theil berechneten Steuereinkünfte, grössere Summe der Schulden zugetheilt worden ist; das Königreich Sachsen dagegen auch, wegen der ihm überwiesenen Summe von

931,736 Thlr. 6 Gr. 9 Pf. unverzinsbarer Steuerscheine, durch gleichmässige Mehrübernahme von Schulden die erforderliche Entschädigung geleistet hat.

Beiträge von dem vormaligen Königreiche Westphalen.

9) Was die von Seiten des vormaligen Königreichs Westphalen, wegen Barby und Gommern, vermöge Convention vom 7ten März 1810 zu den Steuer-Credit-Schulden und der desfallsigen Steuer-Credit-Casse zu leisten gewesenen Beiträge betrifft, begibt sich die Königlich Sächsische Regierung der, auf zwei Fünftheile sowohl der bisher erwachsenen Rückstände, als der künftigen Leistungen zu machenden Ansprüche, und wird deshalb von der Königlich Preussischen Regierung bei der im Art. XII. §. 18. festgesetzten Ausgleichung über die Deposita entschädigt.

Verzinsung der Capitalien.

10) Die bisherige gemeinschaftliche Verzinsung der Steuer-

Credit-Schulden hat sich mit dem Michaelistermine 1817 geendigt, und es ist daher die endliche Abrechnung dergestalt zu bewerkstelligen, dass jede der beiden Königlichen Regierungen die, vor Ostern 1818 an verfallenen und fernerhin verfallenden, halbjährigen Zinsen ihres nun bestimmten Antheils besagter Schulden, allein bezahlt. Auch übernimmt jede der beiden Regierungen die Haftung für die, vor dem Ostertermine 1818 verfallenen aber unerhoben gebliebenen Zinsen der ihr nun zur Last fallenden Steuer-Credit-Schulden, und wird deren Berichtigung, auf Anmelden der Gläubiger, in so weit bewirken, als nicht in einzelnen Fällen hierbei, wegen Mangel an Legitimationen, Verjährung oder ähnlicher Ursachen halber, Hindernisse eintreten. Zu dieser Berichtigung der verfallenen und noch nicht erhobenen Zinsen aber, erhält jede Regierung den Betrag derselben aus der Steuer-Credit-Casse, vor deren Abtheilung, im Voraus.

Regiekosten.

11) So lange indessen die Zinsenzahlung annoch durch die bisherige Behörde geschieht, trägt auch die Königlich Preussische Regierung zu den deshalb erforderlichen gewöhnlichen Regiekosten antheilig bei.

Undebitirte Obligationen von 1811.

12) Die bei der Steuer-Credit-Casse undebitirten, über

82,500 Thlr — . — .

Zwei und Achtzig Tausend, Fünfhundert Thaler, lautenden, von der ständischen Anleihe des Jahres 1811 herrührenden, sogenannten Reichenbachischen Obligationen bleiben zur Disposition der Königlich Sächsischen Regierung.

Abschluss über den Bestand der Steuer-Credit-Casse.

13) Im Uebrigen hat man sich, wegen des Bestandes der Steuer-Credit-Casse und der bei derselben bis Michaelis 1817 Statt gehabten Einnahme und Ausgabe, in Gemässheit des, in vorgängiger Erörterung, durch allerseits subdelegirte gemeinschaftliche Rechnungsbeamte gefertigten, und von den Königlichen Commissionen richtig befundenen und genehmigten Abwurfes, über den, in der Anlage mit C. bezeichnet, enthalte-

schluss vereinigt, nach welchem von der Königlich Preussi-
n Regierung dem Sächsischen Steuer-Aerario annoch die
me von

23,685 Thlr. 7 Gr. 2 Pf.

Drei und Zwanzig Tausend, Sechs Hundert Fünf und
Achtzig Thaler, Sieben Groschen, Zwei Pfennige,
währen ist.

Schlussrechnung.

14) Nach den Bestimmungen des §. 10., ingleichen wegen
von und mit dem Ostertermine 1818 an, von den beiderseit-
Regierungen, zur Steuer-Credit-Casse geleisteten Zinsbei-
und Regiekosten, wird die Schlussrechnung nach obigen
sätzen erfolgen.

Wechselseitige Verzichtleistung.

15) Durch gegenwärtige Auseinandersetzung werden alle
en Ansprüche und Forderungen, welche der Regierung
n Ständen des einen Landestheils an die Regierung und
nde des andern Landestheiles, vermöge des Wiener Trac-
vom 18ten Mai 1815, in Beziehung auf die Steuer-Credit-
lden, und die Steuer-Credit-Casse zustehen für erledigt
t und gegenseitig aufgehoben.

Artikel V.

Steuer-Aerarium.

egen der am 5. Juni 1815 zu dem Steuer-Aerario über-
gehörigen Bestände und der daraus annoch zu berichtigen-
orderungen, ist, nach deren vollständigen Erörterung
allerseitige Rechnungsbeamte, auch erfolgter Durchgehung
n ihnen darüber erstatteten Anzeige, folgende Uebereins
in Hauptwerke und in Ansehung der zu einer Ausgleichung
tzten Gegenstände, getroffen worden.

Massstab der Abtheilung.

1) Als Massstab der Abtheilung hat man das gesammte erb-
che Steuereinkommen, welches, incl. der ritterschaftlichen

Beiträge $\frac{689\frac{1}{2}}{1000}$ für das Königreich und $\frac{310\frac{1}{2}}{1000}$ für das Herzogth
Sachsen beträgt, zum Grunde gelegt.

Zu den Beständen gehörige Kreis- und stiftische Steuergeld

2) Zu den Beständen des Steuer-Aerarii überhaupt wer
auch nicht nur die, bei den Kreis-Steuer-Cassen in den getheil
Kreisen, sondern auch die in den Steuer-Cassen der Stifter M
seburg und Naumburg befindlich gewesenen, ingleichen dies
gen Gelder gerechnet, welche vor dem 5ten Juni 1815 aus
stiftischen und aus den Kreis-Steuer-Cassen getheilter Kr
abgeschickt worden, jedoch erst nach diesem Zeitpunkte bei
Steuer-Aerario eingegangen sind, folglich nach dem nämli
Massstabe der gesammten Steuereinkünfte abgetheilt.

*Nach dem 5ten Juni 1815 eingegangene Gelder aus den un
theilten Kreisen.*

3) Nicht minder werden zu diesen Beständen und zu gl
mässiger Theilung diejenigen 9324 Thlr. 4 Gr. 6 Pf. gehö
welche aus den unzertheilten Kreisen des Herzogthums Sa
zum Steuer-Aerario vor dem 5ten Juni 1815 zwar abgesc
gewesen, daselbst aber erst nach dieser Zeit eingegangen s

Bestände der Kreis-Steuer-Cassen in unzertheilten Krei

4) Die Bestände in den Kreis-Steuer-Cassen der unzer
ten Kreise verbleiben derjenigen Regierung, welcher der fra
Kreis gehört.

Bestände in den Unter-Einnahmen.

5) Da diese Vereinigung sich blos auf die Kreis- und S
Steuer-Cassen, nicht aber auf deren Untereinnahmen, od
Amts- und Ortseinnahmen erstreckt, so verbleiben letztere,
weitere Auseinandersetzung, ungetheilt derjenigen Regierun
deren Gebiete sie am 5ten Juni 1815 belegen waren, wenn
gleich der, zu einer Amts- oder Ortseinnahme gehörige B
durch die Landesabtretung getheilt worden ist.

*Einziehung rückständiger Steuern und Berichtigung
Anforderungen.*

6) Jeder Regierung fallen übrigens sämmtliche rückst

Einnahmen (worunter auch die Proprereste gehören) und Ausgaben der Ober-Steuer-Einnahme und der Steuer-Cassen in den Kreisen und Stiftern, aus oder in denen sie rückständig sind, ohne weitere Nachrechnung zu. Es wird daher auch Königlich Preussischer Seits, auf eine weitere Theilnahme der Stände des Herzogthums bei der künftigen Rechnungsabnahme der Ober-Steuer-Einnahme für denjenigen Zeitraum, in welchem selbige annoch aus der letzten Bewilligungsperiode von 1811 bis 1817 gemeinschaftlich gewesen, Verzicht geleistet, und die Gemeinschaft überhaupt, durch den Abschluss dieser Convention und deren Ausführung, gegenseitig als aufgehoben betrachtet.

Uebernahme einiger Passtworum.

7) Wegen der Forderungen insbesondere, welche der Erzgebirgische Kreis mit 14,011 Thlr. 12 Gr. 11 Pf. und die Grafen zu Stollberg mit 10,626 Thlr. — Gr. 8 Pf. annoch an das Steuer-Aerarium machen, und die zum Theil noch einer näheren Erörterung bedürfen, hat man sich dahin vereinigt, dass erstere von dem Königreiche, letztere dagegen von dem Herzogthume Sachsen ohne weitere Nachrechnung übernommen werden.

Vertretung der Depositen.

8) Die zu dem Steuer-Aerario gekommenen Depositen hat diejenige Regierung zu vertreten, aus deren Gebiete dieselben herrühren, und es fallen sonach dem Königreiche Sachsen namentlich die Deposita, wegen der Dresdner Communschocke von 2146 Thlr. 4 Gr. 9¼ Pf. und des Voigtländischen Kreises von 167 Thlr., dem Herzogthume aber die Deposita, wegen der Stollbergischen Römermonate von 894 Thlr. 10 Gr. 8 Pf. und wegen des Grassischen Defects in Naumburg an 165 Thlr. zur Last.

Jede Regierung erhält die zur Vertretung übernommenen Deposita aus den Beständen des Steuer-Aerarii.

Wegen der bei dem Steuer-Aerario deponirten Summe von 3861 Thlr. 5 Gr. 6 Pf. aus der von Fourageliefernngen in den Jahren 1761 und 1762 herrührenden Land-Lieferungs-Casse, ist man übereingekommen, dass selbige nach dem Massstabe, nach welchem die Communen des Königreiches und des Herzogthums

Sachsen daran Anspruch zu machen haben, getheilt werden soll. Nach diesem Massstabe, welcher ein Verhältniss von $\frac{888}{1000}$ für das Königreich Sachsen und von $\frac{112}{1000}$ für das Herzogthum gewährt, erhält Preussen aus jenem Landlieferungs-Cassenfonds überhaupt die Summe von

432 Thlr. 10 Gr. 11 Pf.

Vier Hundert Zwei und Dreissig Thaler, Zehn Groschen, Eilf Pfennige.

Auslieferung der Cautionen.

9) Der Königlich Preussischen Regierung werden die, bei dem Steuer-Aerario befindlichen, in das Herzogthum gehörigen Cautionen der Steuerofficianten, welche, nach der bisherigen Ausmittelung, 134,426 Thlr. 7 Gr. 7 Pf. betragen, in derjenigen Valuta, worin die einzelnen Cautionen bestellt worden, überliefert und resp. ausgezahlt. Ein Gleiches findet auch mit den Cautionen stiftischer Steuerofficianten statt, welche zur Zeit der Landesabtretung noch als solche angestellt waren, insofern sie nicht bereits unter der vorgedachten Cautionssumme, oder die Cautionsbesteller nicht in der Art. XII §. 17 und dessen Beilage sub K enthaltenen besonderen Vereinigung mit begriffen sind. Beide Regierungen behalten sich übrigens die Auslieferung aller, etwa noch bei den Behörden des einen Theiles befindlichen, in das andere Gebiet gehörigen Steuercautionen vor. Was die Zinsen der vorgedachten Cautionen anlangt, so werden von denen in Staatspapieren bestehenden Cautionen sämmtliche dazu gehörige, noch unerhobene Zins-Coupons und Talons, zugleich mit besagten Staatspapieren ausgeantwortet. Die Verzinsung der in baarem Gelde bestellten Cautionen übernimmt Sachsen, bis mit dem, der Ausantwortung der Cautionen zunächst vorhergehenden Zinstermin.

Zins- und Aufgeldsrückstand von dem Chur-Braunschweigischen Anlehn.

10) Der Königlich Sächsischen Regierung gebührt noch aus dem Bestande des Steuer-Aerarii der Zins- und Aufgeldsrückstand von dem Churbraunschweigischen Hypothekenanlehn bis

dem Termin Michaelis 1817 und ist solcher zuvörderst dar-
zu berichtigen.

Stiftständische Casse zu Merseburg.

11) Wegen der etwanigen Ansprüche, welche die stiftstän-
e Casse zu Merseburg an das Steuer-Aerarium und an die
r Leipziger Kreiseinnahme sich befundene Stifts-Steuer-
e machen sollte, wird bestimmt, dass die nähere Ermittelung
Feststellung derselben, als Activa der stiftländischen Casse,
Verhandlungen der subdelegirten Commission des Stiftes
burg vorbehalten bleibt, hierbei aber von Seiten der König-
chsischen Regierung die diesfallsige alleinige Vertretung
stiftständische Casse zu Merseburg insofern übernommen
, als nicht durch Vorlegung der Bücher nachzuweisen ist,
e von der stiftständischen Casse reclamirten Einnahme-
sich unter den vertheilten Posten des Merseburger Steuer-
l oder der Kreis-Steuer-Casse befinden, in welchem letztern
dann jede der beiden Regierungen selbige der stiftständi-
Casse nach dem Verhältniss zu vertreten verbunden ist,
welchem sie an den Beständen der besagten Cassen Theil
men hat.

Rechnungsabschluss. [d])

2) Vorstehender Vereinigung gemäss, ist von dem subde-
Rechnungsbeamten der, in der hier angefügten, mit D.
neten, Uebersicht enthaltene Rechnungsabschluss gefertigt
n beiderseitigen Commissionen als richtig anerkannt wor-
erselbe soll daher bei endlicher Vollziehung der Auscin-
zung zum Grunde gelegt werden.

Gegenseitige Verzichtleistung.

13) Wegen aller übrigen, nicht zur Berechnung gezogenen
entsagen beide Regierungen gegenseitig allen weiteren
chen an einander. Sollten sich wider Vermuthen in der
annoch wohl begründete Ansprüche der Stände an das
-Aerarium ermitteln, so übernimmt daher auch jede Regie-
hinsichts ihrer Stände, deren alleinige Vertretung.

Artikel VI.

Kammer-Credit-Casse und deren Schulden.

1) Bei der, durch gemeinschaftliche Rechnungsbeamte angestellten genauen Erörterung des Zustandes und der übrigen Verhältnisse der Kammer-Credit-Casse und der aus derselben zu berichtigenden Schulden und, auf die darüber an die beiderseitigen Friedens-Vollziehungs- und Ausgleichungs-Commissionen unterm 15. Februar 1817 erstattete Anzeige, ist, vermöge der gemeinsamen Einverständniss entworfenen Uebersichten, laut des am 21sten October 1817 abgefassten Protocolls, als die sammte, annoch rückständige und von beiden Königlichen Regierungen zu übernehmende Schuld der Kammer-Credit-Casse, die Summe von

3,102,374 Thlr. —. —.

Drei Millionen, Einmal Hundert Zwei Tausend, Drei Hundert Vier und Siebenzig Thaler,

als richtig anerkannt worden.

Massstab der Abtheilung und Betrag der beiderseitigen Antheile.

2) In Folge dieser Erörterungen und der sich ergebenden Resultate, hat man sich in Absicht des Massstabes der Abtheilung, dahin vereinigt, dass für das Königreich Sachsen Sieben und Funfzig Ein Hunderttheil und für das Herzogthum Anhalt Vierzig Ein Hunderttheil anzunehmen und zum Grunde zu legen. Diesemnach fällt auf das Königreich die Summe von

1,613,234 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

Einer Million, Sechsmal Hundert Dreizehn Tausend, Zwei Hundert Vier und Dreissig Thaler, Eilf Groschen Sechs Pfennige.

und auf das Herzogthum die Summe von

1,489,139 Thlr. 12 Gr. 6 Pf.

Einer Million, Vier mal Hundert Neun und Achtzig Tausend, Ein Hundert Neun und Dreissig Thaler, Zwölf Groschen Sechs Pfennige.

Art der Uebernahme. [e])

3) Aus dem schon oben, Art. IV. §. 3. rücksichtlich

Steuer-Credit-Schulden, angegebenen Grunde ist man jedoch übereingekommen, dass der vorerwähnte Massstab nicht auf jede einzelne Klasse der Kammer-Credit-Cassen-Schulden, sondern nur auf die ganze Summe derselben anzuwenden sey, und daher die wirkliche Abtheilung in der Art und nach denjenigen Summen, Klassen und Buchstaben erfolgen solle, wie solche in der, der gegenwärtigen Hauptconvention unter dem Buchstaben E., nebst Unterbeilagen sub a. und b., beigefügten Uebersicht, sowohl der zinsbaren als unzinsbaren, ingleichen der unangemeldeten, unverwandelten Scheine, näher bezeichnet sind. Es hat daher jede der beiden Königlichen Regierungen von nun an allein für diejenigen Kammer-Credit-Schulden zu haften, welche derselben, vermöge besagter Uebersicht, zur Last fallen. Man wird die, solchergestalt geschehene Abtheilung, in eben der Art, wie bei den Steuer-Credit-Schulden bemerkt worden, öffentlich bekannt machen.

Ausgleichung der auf Sachsen fallenden Mehrübernahme.

4) Da aber, in Gemässheit dieser Abtheilung, dem Königreiche Sachsen eine Summe von

1,622,109 Thlr. — - — -

Einer Million Sechs mal Hundert Zwei und Zwanzig Tausend Ein Hundert und Neun Thaler,

Kammer-Credit-Cassen-Schulden, folglich

8,875 Thlr. — - — -

mehr, als nach dem §. 2. festgesetzten Massstabe auf dasselbe fällt, verbleiben, so hat die Königlich Preussische Regierung dem erstern diese Mehrübernahme auf die nachstehend unter 7. bemerkte Weise zu vergüten.

Verzinsung der Capitalien.

5) Mit Verzinsung der, beiden Theilen überwiesenen Kammer-Credit-Cassen-Schulden, wird der Abschnitt und gemeinschaftliche Rechnungsabschluss eben so, wie in Ansehung der Steuer-Credit-Schulden, gemacht. Jede der beiden Königlichen Regierungen wird nicht nur die, von ihren Kammer-Credit-Schulden von und mit Ostern 1818 an, und fernerhin verfallenden Zinsen entrichten, sondern auch die von frühern Verfallterminen

unerhoben gebliebenen Zinsen, ohne weitere Nachrechnung, nach mehrerem Inhalte des oben ad 1. angezogenen, am 21sten October 1817 abgefassten Protocolls, insoweit übertragen lassen, [illegible] nicht in einzelnen Fällen hierbei, wegen Mangel an Legitimations-Verjährung, oder ähnlicher Ursachen halber, Hinderni[illegible] eintreten.

Abtheilung der Kammer-Credit-Casse. f)

6) Die, nach dem, im vorhergehenden §. erwähnten [illegible] schluss der Berechnung über die gemeinschaftliche Verzins[illegible] und der Kammer-Credit-Casse überhaupt, bis mit dem Ter[illegible] Michaelis 1817, besage der Beilage mit F. bezeichnet, in nur besagten Casse befindlichen Gelder werden, nach eben Massstabe, wie die Kammer-Credit-Cassen-Schulden, beide Regierungen, nämlich nach 52/100 für das Königreich, 48/100 für das Herzogthum Sachsen abgetheilt.

Abtheilung deren Nebenfonds. g)

7) Derselbe Massstab gilt auch bei der Abtheilung [illegible] benfonds der Kammer-Credit-Casse. Da der ganze Betrag selben, in Gemässheit der angestellten Erörterung und des, beiderseitigem Einverständniss darüber, besage des mehrangenen Protocolls vom 21sten October 1817, gefertigten wurfs, auf

152,883 Thlr. — - — -

Ein mal Hundert Zwei und Funfzig Tausend, Acht Hundert Drei und Achtzig Thaler,

in der daselbst angegebenen Valuta, und

7,623 Thlr. 18 Gr. — -

Sieben Tausend, Sechs Hundert, Drei und Zwanzig Thaler, Achtzehn Groschen,

an davon, von Ostern 1815 bis mit dem Michaelistermine zu berechnenden Zinsen festgestellt worden ist; so treffen nach obigem Massstabe,

79,499 Thlr. 3 Gr. 10 Pf. an Scheinen und

3,964 - 8 - 7 - - Zinsen

auf Sachsen, und

73,383 Thlr. 20 Gr. 2 Pf. an Scheinen und
3,659 - 9 - 5 - - Zinsen

auf Preussen; es sind jedoch von diesen, aus den Nebenfonds an Preussen kommenden Kammer-Credit-Cassen-Scheinen,

8,875 Thlr. — - — -

zu Tilgung der §. 4. gedachten Vergütungsverbindlichkeit Preussens, in Abzug zu bringen, folglich daraus von Sachsen an Preussen nur die Summe von

64,508 Thlr. 20 Gr. 2 Pf. Vier und Sechzig Tausend, Fünf Hundert und Acht Thaler, Zwanzig Groschen, Zwei Pfennige, in Scheinen und

3,659 - 9 - 5 - Drei Tausend, Sechs Hundert Neun und Funfzig Thaler, Neun Groschen, Fünf Pfennige, an Zinsen,

und zwar, was die ersteren betrifft, in denjenigen Scheinen, welche der vorangezogene, dem Protocolle vom 21sten October 1817 beigelegte, unter dem Buchstaben G. hier angefügte Auswurf angibt, die Zinsen aber baar in Conventionsgelde, beide Summen jedoch unverzüglich nach dem Abschluss gegenwärtiger Hauptconvention auszuantworten.

Von und mit dem Oster-Zins-Termine 1818 an, bezieht jede der beiden Königlichen Regierungen die Zinsen der, auf sie nach Obigem fallenden Capitalsrate.

Schlussberechnung.

8) Wegen der, zur Zeit nicht erhobenen, so wie der, mit und von dem Termine Ostern 1818 verjährten Zinsen, ingleichen wegen der, von und mit dem letztbesagten Termine an, von den beiderseitigen Regierungen zur Kammer-Credit-Casse geleisteten Zinsbeiträge und Regiekosten, wird die Schlussberechnung nach obigen Grundsätzen erfolgen.

Artikel VII.

Auf Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Schulden Bezug habende Bestimmungen.

Uebrigens haben sich beide Theile, in Beziehung sowohl auf die Steuer-Credit-Cassen-Schulden, die Steuer-Credit-Casse und

das Steuer-Aerarium, als auf das Kammer-Credit-Cassen-Wesen, noch über folgende Punkte vereinigt.

Vernichtung der bezahlten Scheine und Coupons.

1) Die bei der Steuer- oder Kammer-Credit-Casse annoch vorhandenen, bereits eingelösten oder bezahlten Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheine und Coupons werden durch gemeinschaftliche Commissarien sogleich vernichtet.

Zahlung oder Abrechnung der herauszugebenden Summen.

2) Beide Regierungen verpflichten sich gegenseitig, dasjenige, was, ausser der, im vorigen Artikel §. 7 bedungenen Zahlung an Preussen aus dem Nebenfonds der Kammer-Credit-Casse nach der entweder bereits erfolgten oder sofort zu bewerkstelligenden Berechnung, eine der andern herauszuzahlen hat, sobald es liquid und durch eben so liquide Gegenforderungen nicht compensiren ist, sofort nach dem Abschluss dieser Hauptconvention und erfolgter Schlussberechnung, baar in Conventionsmünze herauszuzahlen.

Verfahren wegen verlorener oder unangemeldeter Scheine.

3) Jeder Regierung gebührt, in Hinsicht der von ihr übernommenen Klassen und Buchstaben der Schuldscheine, nicht nur die Erlassung der nöthigen Edictalien wegen der verloren gegangenen Scheine, so wie die Fortsetzung des diesfallsigen Edictalverfahrens, im Fall solches bereits eingeleitet worden, sondern auch die Bestimmung des Verfahrens wegen der Depositencapitalien und unangemeldeten Scheine, welche von ihr übernommen worden, bei etwaniger künftiger Anmeldung der Eigenthümer dieser Capitalien und Scheine. Zu dem Ende wird man Königl. Sächsischer Seits,

a) sämmtliche Bücher, Acten, Rechnungen und sonstige Verhandlungen, wozu auch die, wegen vorgedachtermassen noch schon eingeleiteten Edictalverfahrens, gehören, welche die Königlich Preussischer Seits übernommenen Schuldengattungen ausschliesslich betreffen;

b) sämmtliche zu der Preussischen Schuldenrate gehörige Depositencapitalien und unangemeldete Scheine selbst, so wie

c) die sonstigen, zu dem Preussischen Schuldenantheile gehörigen noch unabgeforderten Zinsscheine und Coupons, und endlich

d) eine Nachweisung, wenn die Preussischer Seits zu übernehmenden, ausgeloosten und zur Zahlung ausgesetzten Schulden, ingleichen die unzinsbaren Scheine zur Zahlung ausgesetzt worden, und bei unterlassener Anmeldung, zu präcludiren, nach Abschluss dieser Hauptconvention der Königlich Preussischen Behörde unverzüglich aushändigen und übergeben.

e) Von Büchern, Acten und übrigen Schriften, welche Schulden beider Landestheile betreffen, wird man die nöthigen Auszüge und Abschriften Königlich Sächsischer Seits fertigen lassen und der Preussischen Behörde ausantworten, auch in Zukunft diejenigen Nachrichten, worüber zur weitern Verwaltung des Preussischen Schuldenantheils den Königlich Preussischen Behörden noch Auskunft nöthig seyn sollte, bereitwillig ertheilen.

Einziehung präcludirter Zahlungen.

4) Ferner kommt jeder Regierung dasjenige, ohne weitere Nachrechnung, zu gute, was aus ihrem Schuldenantheile etwa präcludirt wird, oder für wegfallend zu achten ist.

Abgabe der, das Steuerwesen und die Kammer-Credit-Cassen-Verhältnisse überhaupt betreffenden Schriften.

5) Ueberhaupt aber werden Königlich Sächsischer Seits, sogleich nach Abschluss dieser Hauptconvention, die, das gesammte Steuer- und Steuer-Credit-, auch Kammer-Credit-Cassen-Wesen des Herzogthums Sachsen und der dazu gehörigen Kreise, Stifter, Districte und Ortschaften betreffenden Acten, Bücher, Rechnungen und sonstigen Schriften des Ober-Steuer-Collegiums und der übrigen Königlich Sächsischen Behörden, insonderheit auch derjenigen, welche von den Unterbehörden des Herzogthums an die höhern Behörden im Königreiche eingesendet worden sind, den Königlich Preussischen Behörden ausgeliefert. Insofern dergleichen Schriften die gedachten Kreise, Stifter, Districte und Ortschaften nicht ausschliesslich betreffen, so verbleiben die Originalien derjenigen Regierung, wohin die Einnahmebehörde gehört, wogegen diese Regierung der jenseitigen daraus die nöthi-

gen Auszüge und Abschriften mitzutheilen hat. Es werden auch die Originalien der, in Leipzig sich befundenen, Merseburg Kreis-Casse an Preussen mit gleichmässiger Verpflichtung, wegen der, an Sachsen zu ertheilenden nöthigen Abschriften und Auszüge, verabfolgt.

Königlich Sächsischer Seits gibt man hiernächst die Zusicherung, dass, wenn künftig den Preussischen Behörden annoch mehrere Nachrichten über die obbemerkten Gegenstände nöthig seyn sollten, selbige ertheilt werden sollen.

Gleiche Auslieferung und Mittheilung von Schriften und Nachrichten, welche die Steuer-Verhältnisse der, von den Aemtern Merseburg und Naumburg, bei dem Königreich Sachsen verbliebenen Parzellen betreffen, und den Königlich Sächsischen Behörden nöthig seyn sollten, wird Königlich Preussischer Seits ebenfalls versprochen.

Artikel VIII.

Sicherstellung, sowohl der Steuer- als Kammer-Credit-Cassen-Gläubiger.

Beide Königliche Regierungen sichern gegenseitig hierdurch in Ansehung der, von ihnen durch gegenwärtige Convention übernommenen Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Schulden den Gläubigern die vollständige Aufrechterhaltung ihrer Gerechtsame, sowohl in Ansehung des Capitals, als der Zinsen, zu. Namentlich soll weder der Zins- noch der Münzfuss je herabgesetzt werden; auch soll die Capitalsrückzahlung noch ferner nach der, durch Verloosung zu bestimmenden Reihenfolge, stattfinden. In Ansehung der noch nicht fundirten Steuer-Schulden verpflichtet sich die Königl. Sächsische Regierung, die nöthigen Fonds zu künftiger Verzinsung und successiver Rückzahlung auszumitteln, und vor Ablauf eines Jahres den, solchergestalt festgesetzten Zahlungsplan und die zu dessen Ausführung bestimmten Fonds öffentlich bekannt zu machen; als worüber bereits während des letzten Landtags im Königreiche Sachsen vorläufige Bestimmungen getroffen und unterm 23sten Juni 1818 zur Kenntniss des Publikums gebracht worden sind.

Beide Regierungen versprechen auch, in Ansehung der Behandlung der Gläubiger, zwischen ihren und fremden Unterthanen

einen Unterschied zu machen, sondern beide überall nach glei-
chen Grundsätzen zu behandeln. Insoweit übrigens bei den, auf
Verhaft gemachte Gläubiger ausgestellten Schuldverschreibungen
derartiger gegenseitiger Austausch der Schuldposten von den
Gläubigern gewünscht wird, dass Gläubiger des einen Landes-
theils, welche ihre Befriedigung von der Regierung des andern
Landestheils nach den obigen Bestimmungen zu fordern haben, an
ihre eigne Regierung gewiesen werden, wird man denselben zu
bewirken suchen.

Artikel IX.

Schulden der Central-Steuer-Commission.

1) Die wegen der Schulden der vormaligen Central-Steuer-
Commission, ingleichen der damit in Verbindung stehenden Per-
cepions-Lieferungs- und Aequivalent-Gelder-Angelegenheiten,
unterm 31sten Julius 1817 abgeschlossene, unter No. II angefügte
Convention wird hierdurch nochmals bestätigt. Dieselbe soll
alle die Kraft und Gültigkeit haben, als wenn sie der gegenwär-
tigen Hauptconvention wörtlich einverleibt wäre.

Erläuterung der vorigen desfallsigen Convention.

2) Da indess bei den, in Folge des 39sten Art. nurbesagter
zweiterer Convention von den beiderseitigen subdelegirten
Behörden vorgenommenen Berechnungen, Erhebungen und Liqui-
dationen, sich einige Zweifel und verschiedene Meinungen über
die Auslegung und Anwendung dieser Convention ergeben haben;
so sind, zu deren Erledigung, von beiderseitigen Königlichen
Commissarien und Bevollmächtigten, nach Inhalt eines darüber
gedachten Dresden am 7. April 1818 aufgenommenen Protocolls,
folgende Uebereinkunft getroffen, hierauf auch von den beiderseitigen
subdelegirten Beamten die Schlussrechnung angefertigt worden;
welche wird solche, nebst der von diesen unterm 16. Mai d. J.
darüber gepflogenen Verhandlung, hiermit genehmigt.

Auslieferung der darauf Bezug habenden Gelder und Papiere.

3) Die, nach erfolgter diesfallsiger endlicher Berechnung,
Königl. Preussischen Regierung gebührenden Gelder, Staats-

papiere und sonstigen auf diese Angelegenheiten Bezug habenden, für das Herzogthum Sachsen gehörigen und bei den Königlich Sächsischen Behörden annoch befindlichen Papiere, werden die erstern, sofort nach Unterzeichnung dieses Artikels der Convention, ausgeantwortet.

Artikel X.

Cassenbillets und dahin gehörige Fonds.

a) Antheilige Uebernahme von Preussen.

1) In Ansehung der, nach Artikel 11 des Tractates vom Mai 1815 ausdrücklich als zu den Landesschulden gehörig anerkannten Cassenbillets, bewendet es, soviel die antheilige Uebernahme und Vertretung derselben von Seiten der Königlich Preussischen Regierung und die dahin gehörigen Bestimmungen betrifft, bei der, bereits unterm 25. November 1815 dieserhalb geschlossenen, in der Anlage No. III. enthaltenen, mit der gegenwärtigen gleiche Kraft und Gültigkeit habenden Convention.

b) Berichtigung der an Sachsen herauszuzahlenden Summe.

2) Die, vermöge des zweiten Artikels derselben an die Königlich Sächsische Regierung von der Königlich Preussischen herauszuzahlende Summe von

60,000 Thlr. — - - -

Sechzig Tausend Thalern,

ist bei der, im folgenden 5ten §. dieses Artikels erwähnten Uebereinkunft, wegen der aus dem Cassenbilletsfonds an Preussen zukommenen Cassenbillets berichtiget worden.

c) Vertheilung der Fonds.

1) Der alten Auswechslungscasse; [h])

3) Ueber die Abtheilung der bei der vormaligen Cassenbillets-Haupt-Auswechslungs-Casse vorhandenen Fonds hat man sich in folgender Masse vereinigt; dass

a) einer jeden der beiden Königlichen Regierungen die in ihrem Gebiete besonders hypothecirten, oder auch ohne Hypothek bei ihren Unterthanen ausstehenden Capitalien, nebst den da-

ständigen oder laufenden Zinsen, ohne weitere Nachrech-
g zufallen. Nach den hierunter von den beiderseitigen Rech-
gsbeamten angestellten und richtig befundenen Erörterungen,
gt, besage der, unter dem Buchstaben H. hier angefügten
hnung, der auf das Königreich Sachsen kommende Antheil
Summe von

351,643 Thlrn. 18 Gr. — -

ei mal Hundert Ein und Funfzig Tausend Sechs Hundert Drei
und Vierzig Thaler, Achtzehn Groschen,

dem Herzogthume gebührende hingegen in den daselbst na-
lich aufgeführten Capitalien, die Summe von

44,300 Thlrn. — - — -

Solchemnach begibt die Königlich Sächsische Regierung,
nsten der Königlich Preussischen Regierung, sich aller An-
e an die nurgedachten Capitalien und Zinsen, welche in
erzogthume ausstehen, so wie die Königlich Preussische
rung allen Ansprüchen an Capitalien und Zinsen, welche in
önigreiche ausstehen, entsagt.

b) Alle übrigen Activen dieser Auswechslungs-Casse, na-
lich die in öffentlichen Fonds angelegten Capitalien, nebst
von fallenden Zinsen, ingleichen die sämmtlichen Cassen-
de, nach Abzug der Regiekosten, werden nach dem, für
theilung der Cassenbillets angenommenen Massstabe von
Hundert Acht und Dreissig Ein Tausend Theil für das
reich und Drei Hundert Zwei und Sechzig Ein Tausend
für das Herzogthum Sachsen, zwischen beiden Regierungen
assgabe der vorangezogenen Berechnung, abgetheilt.

2) Der neuern Discontocasse.

4) Die neuere zu Leipzig bestandene Cassenbillets-Discon-
e anlangend, wird, nachdem daraus die Privat-Actionairs
ital und rückständigen Zinsen bereits befriedigt worden,
jede der beiden Königlichen Regierungen das Capital der
en Händen befindlichen Actien, welches sich für Sachsen
10,000 Thlr. — — und für Preussen auf 178,000 Thlr.
— beläuft, nebst der darauf fallenden Gewinndividende er-
hat, ingleichen, nach Abzug der Regiekosten, der hier-
brig bleibende Cassenbestand ebenfalls nach vorgedachtem

Massstabe von $\frac{638}{1000}$ für Sachsen und $\frac{362}{1000}$ für Preussen getheilt.

d) Austausch der Cassenbillets.[1])

5) Da, vermöge nurgedachter Abtheilungen der unter Lit. anliegenden Berechnung, aus beiderlei Cassen zusammen, der Königlich Preussischen Regierung nach Abzug der vorhin §. 2 erwähnten an Sachsen zu berichtigenden Summe von

60,000 Thlr. — - — - annoch

180,918 Thlr. 16 Gr. 1 Pf.

in Cassenbillets von den, dem Königreiche Sachsen verbliebenen Buchstaben zufallen; so ist man, wegen eines Austausches dieser Cassenbillets gegen Central-Steuer-Obligationen, dahin überein eingekommen, dass die Königlich Sächsische Regierung nur besagte Summe der Cassenbillets an sich behält und an Preussen dagegen die Summe von

188,000 Thlr. — - — -

in Central-Steuer-Obligationen, nebst Zinsleisten und Coupons von dem Termine Michaelis 1818 an, nach dem verglichenen Cours der Cassenbillets von 105¾ Prozent gegen baar, und der Central-Steuer-Obligationen von 91 Prozent gegen baar, zum gleichen zur Erfüllung 1 Thlr. 11 Gr. 6 Pf. baar überlieferte, welcher Austausch auch, besage eines darüber aufgenommenen und von beiderseitigen Commissarien unterzeichneten Protocolls vom 18ten Mai 1818, bewerkstelliget und von beiden Seiten darüber quittirt worden ist.

e) Aushändigung der übrigen Bestände.

6) Die Aushändigung der, Preussen aus den Beständen mehrgedachter Cassen noch zustehenden baaren Gelder und Documente soll, und zwar, soviel die Documente von den §. 3 erwähnten 44,300 Thlr. — - — - anbelangt, sofort, die der übrigen Bestände aber nach Unterzeichnung gegenwärtiger Convention erfolgen.

f) Depositum bei dem Rathe zu Leipzig.

7) Die bei dem Rathe zu Leipzig, als Unterpfand für die Actionairs der Cassenbillets-Disconto-Anstalt, liegenden Cassen-

billets und Staatspapiere, verbleiben ausschliessend der Königlich Sächsischen Regierung, und Preussen verzichtet gänzlich auf Theilnahme an denselben, indem es die dieserhalb zu dem erwähnten Protocolle vom 18. Mai bereits abgegebene Erklärung hiermit nochmals bestätigt.

g) Prämien wegen Entdeckung von Cassenbillets-Verfertigern und Verfälschern.

8) Was endlich die, wegen Entdeckung von Cassenbillets-Verfertigern oder Verfälschern einigen Personen vor dem 5. Juni 1815 zuerkannten Prämien betrifft, so übernimmt die Königl. Preussische Regierung die Bezahlung der, dem Königlich Preussischen Unterthan Görschner in Grossheringen zuerkannten Prämie von 500 Thlr. — —, für die Entdeckung eines, mit einem Cassenbilletsmuster getriebenen Missbrauchs, wogegen Sachsen zwei ähnliche Prämien von zusammen 1000 Thlr. — —, welche Unterthanen des Königreiches, nämlich Martens zu Zittau und der Landschreiberin zu Waldheim zuerkannt worden sind, berichtiget.

Artikel XI.

Königlich Preussische Nutzungen und Vorschüsse während der Verwaltung von Sachsen.

1) So viel die von der Königlich Preussischen Regierung, während ihrer Verwaltung bis zum 5ten Juni 1815 aus Sachsen bezogenen Nutzungen irgend einer Art, ingleichen die, während dieses Zeitraumes für Sachsen gemachten Vorschüsse oder Verwendungen in Geld oder Naturalien betrifft, da findet keine weitere Nachrechnung Statt. Beide Königliche Regierungen entsagen gegenseitig allen Ansprüchen, welche sie aus einem solchen Grunde an einander machen zu können vermeinen sollten.

Insbesondere die, am 5ten Juni 1815 aus der Finanz-Haupt-Casse bezogenen Beträge.

2) Unter dieser allgemeinen Verzichtleistung sind auch die, Königlich Preussischer Seits, am 5ten Juni 1815 aus der Finanz-Haupt-Casse gezogenen Beträge an baarem Gelde, Cassenbillets und Staatspapieren, mit Ausschluss der im folgenden §. erwähnten Obligationen begriffen, und es wird Königlich Sächsischer

Seits der auf deren Wiedererstattung gemachte Anspruch a
gegeben.

Die darunter befindlichen ständischen Obligationen von
50,000 *Thalern.*

3) Die Königlich Preussische Regierung verpflichtet s
jedoch, die, unter nurgedachten, aus der Finanz-Haupt-Casse
hobenen Beträgen mit befindlichen, auf
50,000 Thlr. — - — -
Funfzig Tausend Thaler,
lautenden ständischen Obligationen vom Jahre 1807, nebst d
Zinsleisten und Coupons von und mit dem Termine Mich
1818, ihrer Bestimmung gemäss, der Königlich Sächsischen
gierung unverzüglich zurückstellen zu lassen. Bis mit
Ostertermine 1818 kommen die Zinsen Preussen zu.

Preussische Verzicht auf einige Obligationen aus der
Anleihe 1811.

4) Auch verzichtet man Königlich Preussischer Seits
den vorhin gemachten Anspruch an eine Theilnahme an den
der ständischen Anleihe vom Jahre 1811 herrührenden,
nannten Reichenbachischen Obligationen, welche das Ha
haus Reichenbach & Comp. als Unterpfand für den Rest der
ihm geleisteten Vorschüsse in Händen hatte; und da bes
Rest der Vorschüsse bereits durch Debitirung eines Theils
verpfändeten Obligationen berichtiget worden ist, und die üb
Obligationen zu der Königlich Sächsischen Finanz-Haupt-
zurückgekommen sind, so behält es hiebei, ohne weitere d
sige Nachrechnung, zwischen beiden Regierungen, sein
wenden.

Artikel XII.

Fiskalische Cassen und Einkünfte überhaupt.

1) Uebrigens entsagt die Königlich Preussische Regi
allen Ansprüchen an das Activvermögen der Königlich Sä
schen Finanz-Haupt-Casse und Rentkammer, und die Kön
Sächsische Regierung übernimmt dagegen die Verzinsung
Vertretung der auf diesen Cassen haftenden Schulden, unter

namentlich der durch das Handelshaus Frege & Comp. in
zig contrahirten Anleihen, der Cassenbilletsanleihe vom Jahre
3, ingleichen der Holländischen, insoweit, im Betreff des Activ-
Passivzustandes der eben genannten Cassen, in der gegen-
gen Haupt-Convention oder einer der vorhergegangenen,
eine anderweite ausdrückliche Bestimmung getroffen wor-
st.

Preussische Theilnahme an einigen Schulden der Finanz-Cassen.

2) In Absicht der fiskalischen Schulden findet jedoch die
nahme der Königlich Preussischen Regierung bei folgenden

Kammer-Credit-Cassen-Schulden.

a) bei der Kammer-Credit-Casse in dem bereits oben Art. VI.
festgesetzten Masse;

Hypothecirte und radicirte Capitalien.

b) übernimmt Preussen diejenigen fiscalischen Schulden zur
gen Verzinsung und Bezahlung, welche auf, im Herzog-
Sachsen gelegene Aemter, Kammergüter oder andere ein-
Realbesitzungen, unterpfändlich versichert oder radicirt
oder welche sonst auf den jedesmaligen Besitzer derselben
ch übergehen.
Die Frage: ob eine solche fiscalische Schuld von der nurer-
n Art sey, oder nicht? wird, ohne Rücksicht auf ältere,
rer Zeit abgeänderte Bestimmungen, lediglich nach der
t beurtheilt, welche dieselbe am 5. Juni 1815 hatte.

Mansfeldisches Debitwesen.

c) Rücksichtlich des Mansfeldischen Debitwesens, soll, zur
n Erörterung der dabei einschlagenden beiderseitigen Ver-
e und Feststellung der hierunter anzunehmenden Grund-
eine gemeinschaftliche Commission niedergesetzt werden,
selbe hauptsächlich zu erforschen suchen, ob und welche
n als Lehns- oder Landesschulden zu betrachten, folglich
Preussen zu übernehmen sind, und welche Forderungen blos

an den Allodialnachlass gestellt werden können, mithin nur a
diesem ihre Befriedigung zu erwarten haben, ingleichen, ob u
in wie weit die, bei der Finanz-Haupt-Casse deponirte Summe v

11,808 Thlr. 22 Gr. 2 Pf.

Eilf Tausend, Acht Hundert Acht Thaler, Zwei und Zwa
Groschen, Zwei Pfennige

zu diesem Creditwesen gehörig sey? Was zufolge dieser Er
rungen ein oder der andere Theil an die Allodialmasse oder s
zu gewähren hat, wird von demselben berichtigt werden.

Fürstlich Weissenfelsisches Debitwesen.

d) Was das Fürstlich Weissenfelsische Debitwesen a
langt, so werden für den Fall, dass die dabei annoch betheil
Gläubiger bei Sachsen oder Preussen als nunmehrigen L
und Lehnsbesitzers der vormaligen Weissenfelsischen L
portion, ihre Forderungen in Anregung bringen sollten,
rücksichtlich der Allodialmasse, Zweifel entständen, die hie
nöthigen Erörterungen ebenfalls gemeinschaftlich angestellt
wird in deren Verfolg künftig näher bestimmt werden, ob
wiefern beide Regierungen oder welche von ihnen diese Sc
zu vertreten habe.

Weidaisches Creditwesen.

e) Eine gleichmässige Erörterung und Bestimmung de
niglich Preussischen Theilnahme wird, wegen derjenige
derungen, vorbehalten, welche die Gläubiger des Weida
Creditwesens an Preussen, als Mitbesitzer der vormals Sä
Zeitzischen Landesportion machen sollten.

Auf sothane Schuldforderungen Bezug habende Pensi

3) Die Pensionen, welche die Königlich Sächsische R
rung einigen Gläubigern der gedachten Creditwesen, als A
valent ihrer Forderungen angewiesen hat, sind auf ebe
Weise, wie es wegen der Pensionen überhaupt in dem XIV
tikel festgesetzt worden, von einer oder der andern Regie
fortzuzahlen.

Aus der Finanz-Haupt-Casse auf gewisse Steuer-Capitalien bezahlte Supplementzinsen.

4) Wegen der Königlich Sächsischer Seits aus der Finanz-Haupt-Casse einigen Städten des Herzogthums Sachsen, auf ihre, bei der Steuer zu fordern habenden Capitalien, bisher bezahlten, jährlich 708 Thaler 23 Gr. 9 Pf. betragenden Zuschusszinsen, hat man sich dahin vereinigt, dass die Königlich Preussische Regierung die künftige Zahlung dieser Zuschusszinsen, gegen die im 17ten §. dieses Artikels ihr von Sachsen zugestandene Einziehung einiger Vertretungsposten von vormaligen Domainen-Pächtern oder Beamten, übernimmt.

Sogenannte Amts-Capitalien.

5) Von den Activis der Rentkammer überlässt die Königl. Sächsische Regierung der Königlich Preussischen alle, den, zu dem Herzogthume Sachsen gehörigen Aemtern zuständige sogenannte Amts-Capitalien, welche aus Steuer- und Kammer-Credit-Cassen-Scheinen bestehen, oder auf irgend eine andere Art in öffentlichen Fonds, hypothekarisch oder sonsten angelegt sind, mit alleiniger Ausnahme derjenigen Capitalien, in Ansehung deren die Königlich Sächsische Rentkammer selbst hierher als Schuldnerin gehandelt hat. Auf letztere wird Königlich Preussischer Seits gänzlich Verzicht geleistet.

Stiftische Kammer-Capitalien.

6) Eben so werden der Königlich Preussischen Regierung die Activ-Capitalien der Stift-Merseburgischen und Naumburg-Zeitzischen Rentkammer überlassen; jedoch verbleiben ferner dem Königreiche Sachsen

a) 21,604 Thlr. 15 Gr. 4 Pf. Ein und Zwanzig Tausend, Sechs Hundert und Vier Thaler, Funfzehn Groschen Vier Pfennige vom Stift Merseburg und

b) 22,305 - — - — - Zwei und Zwanzig Tausend, Drei Hundert und Fünf Thaler vom Stifte Naumburg-Zeitz,

(welche beide Posten früher von den stiftischen Rentkammern an die erbländische Rentkammer eingeliefert und von letzterer verzinset worden sind,) ingleichen

c) 22,968 Thlr. 18 Gr. — Pf. Zwei und Zwanzig Tausend, Neun Hundert Acht und Sechzig Thaler, Achtzehn Groschen, bei der Steuer, worüber keine Verschreibungen vorhanden sind;

Preussen verzichtet daher auf diese drei Capitaliensummen.

Zinsen von diesen Capitalien.

7) Die Zinsen von den, an Preussen abgetretenen Amts- sowohl, als stiftischen Kammer-Capitalien, verbleiben, insoweit sie bereits erhoben sind, der Königlich Sächsischen Regierung, die etwa noch nicht erhobenen hingegen werden an Preussen überlassen; jedoch von den in Staatspapieren bestehenden Capitalien nur von und mit dem Termine Michaelis 1818 an.

Auslieferung der diesfallsigen Dokumente.

8) Die, über diese an Preussen kommenden Capitalien vorhandenen, bei den Königlich Sächsischen Behörden befindlichen Documente, sollen, und zwar die Staatspapiere, mit den Coupons pro Termin Michaelis 1818, der Königlich Preussischen Regierung ungesäumt überliefert, oder, falls sie von Sachsen bereits erhoben worden, deren Betrag baar vergütet werden.

Bestände der Provincial-Cassen.

9) Ob nun wohl, nach §. 1 dieses Artikels, der Königlich Preussischen Regierung einiger Anspruch an die fiscalischen Haupt- und Central-Cassen nicht zusteht, so hat man sich doch, in Ansehung der fiscalischen Provincial- Kreis- Amts- und Orts-Cassen dahin vereinigt, dass solche, mit ihren Beständen und allen Activ- und Passiv-Verhältnissen, ohne weitere Nachrechnung, derjenigen Regierung verbleiben, in deren Gebiete sie belegen sind; insofern die gegenwärtige Convention über die wechselseitigen Verbindlichkeiten dieser und anderer Landesherrlichen Cassen des einen Gebietes, gegen die des andern, nicht besondere

Bestimmungen enthält, oder dergleichen Forderungen für gänzlich aufgehoben erklärt.

Naturalbestände.

10) Eben so verbleiben jeder der beiden Regierungen die Naturalbestände, Vorräthe und Effecten aller Art, welche sich am 5ten Juni 1815 in ihrem Landestheile befunden haben, und Eigenthum der Regierung waren.

Vorschüsse und daher rührende Forderungen.

11) Uebrigens werden alle Ansprüche oder Forderungen vorstehender Art, welche bis zum 5ten Juni 1815 entstanden, und von Landesherrlichen Cassen und Behörden des Herzogthums Sachsen und im Namen derselben, von der Königlich Preussischen Regierung an die Königlich Sächsische Finanz-Haupt-Casse oder irgend eine andere Landesherrliche Casse und Behörde, oder von Landesherrlichen Cassen und Behörden des Königreiches Sachsen und im Namen derselben, von der Königlich Sächsischen Regierung an Königlich Preussische Landesherrliche Cassen und Behörden gemacht werden könnten, oder bisher aufgestellt worden sind, insoweit gänzlich gegen einander aufgehoben, als nicht in dieser oder einer der früher abgeschlossenen Conventionen darüber etwas anderes festgesetzt worden ist.

Unter diese allgemein gegen einander aufgehobenen Ansprüche gehört auch der Anspruch Sachsens, wegen der, an verschiedene Cassen, zum Behuf der Verpfändung, gegebenen und dazu verwendeten, aber nicht wieder eingelöseten Obligationen.

Die Königlich Sächsische Regierung verzichtet nicht minder auf alle Vorschüsse und Darlehne, nebst den davon noch rückständigen Zinsen, welche aus irgend einer Königlich Sächsischen Casse an Behörden des Herzogthums Sachsen, unter andern namentlich der Ober- und Niederlausitz, den Ständen der Stifter Merseburg und Naumburg, ingleichen dem Wittenberger Kreise, gegeben worden sind, insbesondere auch auf die, aus öffentlichen Cassen für einzelne Administrationsbedürfnisse gegebenen grössern oder kleineren Vorschüsse und Berechnungsgelder.

Wenn Vorschüsse obiger Art an Landesherrliche Cassen gegeben worden sind, welche zwischen beiden Regierungen zur

Theilung kommen, so erfolgt diese letztere, insoweit man deshalb nicht besondere Bestimmungen getroffen hat.

Vorschüsse und Darlehne an Städte und Communen, sind, vermöge getroffener besonderer Uebereinkunft, unter vorgedachter Verzichtleistung ebenfalls begriffen.

Die Documente und Quittungen über diejenigen Vorschüsse und Forderungen, denen die Königlich Sächsische Regierung zu Gunsten des Herzogthums entsagt, werden den Königlich Preußischen Behörden sofort überliefert werden.

Einkommen-Rückstände und Verwaltungs-Ausgaben.

12) Sämmtliche rückständige fiskalische Einkünfte, mit Begriff der Proprereste der Einnehmer, fallen derjenigen Regierung zu, aus oder in deren Gebiet sie rückständig sind. Jeder Theil übernimmt aber auch für die in seinem Gebiet noch unberichtigten Verwaltungs-Ausgaben aller Art und ohne Ausnahme zu haften, und es wird gegenseitig keine Nachrechnung stattfinden, noch irgend ein Anspruch deshalb geltend gemacht werden.

Rückstände ständischer Bewilligungen.

13) Diese gegenseitige Verzichtleistung auf Einkommen-Rückstände erstreckt sich auch auf die rückständigen ständischen Bewilligungen, welche diesemnach jede Regierung in ihrem Gebiete, ohne Nachrechnung mit der andern Regierung, für sich beziehen hat. Blos die zur Unterstützung der allgemeinen Witwen- und Versorgungs-Anstalten und zu ähnlichen Instituts-Fonds bestimmten ständischen Bewilligungen und ihre Reste sind hiervon ausgenommen, und wird derenhalber, bei Feststellung der Verhältnisse dieser Anstalten, die erforderliche Berechnung bewerkstelligt und über die desfallsige Ausgleichung Vereinbarung getroffen werden.

Einnahmen und Ausgaben aus Irrthum oder von streitigen Orten.

14) Fiscalische Einnahmen und Ausgaben der beiden Königlichen Regierungen, welche nach dem 5ten Juni 1815 bis zum Schluss desselben Jahres, aus dem Gebiete der einen, an Behörden der andern, aus Irrthum, oder bis zum 30ten Junius 1818

Districten und Orten Statt gefunden haben, welche bisher zweifelhaft oder streitig gewesen sind, und deren Hoheitsverhältnisse erst durch den Iten Artikel der gegenwärtigen Hauptconvention die endliche Bestimmung erhalten haben, werden ebenfalls im Ganzen gegen einander aufgehoben und verbleiben derjenigen Regierung ohne weitere Berechnung, zu deren Cassen sie wirklich erhoben und eingerechnet worden sind.

Diejenigen Einkünfte, Prästationen und Nutzungen, welche von und aus besagten Orten annoch rückständig oder bis zur nähern Bestimmung ihres Landesherrn und zum Theil mit dieser ausdrücklichen Bedingung, namentlich wegen der Holznutzungen in einigen Forsten, bei den Behörden eines oder des andern Gebietes, blos deponirt worden sind, werden der Regierung überlassen, unter deren Hoheit der District oder Ort nunmehro gelangt ist. Die Central-Steuer-Obligationen, welche Königlich Sächsischer Seits aus vorhin streitig gewesenen, bei der endlichen Gränzregulirung aber an Preussen überwiesenen Orten ausgeschrieben worden, werden, nebst Zinsleisten und Coupons und den etwa schon erhobenen Zinsen, von Sachsen zurückgegeben.

Vertretung der Cautionen.

15) Für die von Beamten und Pächtern des Herzogthums Sachsen, vor dem 5. Juni 1815, in die Königlich Sächsische Rentkammer eingezahlten und zur Finanz-Haupt-Casse geflossenen, baaren Cautionen und sogenannten Anticipationen, so wie für deren Verzinsung von dem Termine Michaelis 1818 an, übernimmt Preussen die alleinige Vertretung, ohne dieserwegen einen Ersatz von Sachsen zu verlangen, wogegen vom Königreiche Sachsen die, bis zu dem gedachten Termine, gefälligen Zinsen berichtigt werden.

Die, nach den Depositionsscheinen, zur Königlich Sächsischen Rentkammer oder Finanz-Haupt-Casse, eingelieferten, aus dem Herzogthume herrührenden, in Staatspapieren oder andern Documenten bestehenden Cautionen aber, werden von der Königlich Sächsischen Regierung vertreten, und, insoweit es noch nicht geschehen ist, der Königlich Preussischen Regierung sofort in den eingelegten Valuten ausgeliefert.

Uebrigens werden, ausser dem, was bereits oben Art. V.

§. 9 in Absicht der von den Steuerbeamten bestellten Cautionen festgesetzt worden ist, alle zu andern Cassen, als der Königlich Sächsischen Rentkammer und Finanz-Haupt-Casse, eingezahlten, auch in den Kreisen und Stiftern etwa befindlichen Cautionen derjenigen Regierung zu Theil, von deren Beamten sie bestellt worden sind.

Auslieferung der dahin gehörigen Nachrichten.

16) Die auf sothane Cautionen Bezug habenden sämmtlichen Rechnungen, Belege, Justificationen, Acten und sonstigen Nachrichten, sollen ungesäumt den Behörden ausgeantwortet werden.

Die Sächsischer Seits mit einigen Beamten und Pächtern bereits gehaltene Abrechnung. k)

17) Da von den Königlich Sächsischen Behörden noch vor dem 5. Juni 1815 mit einigen, in der Beilage unter K, namentlich benannten Beamten und Pächtern des alten Herzogthums Sachsen bereits Abrechnung gehalten worden ist, so bewendet es bei diesen Abrechnungen in dem Masse, dass die Königlich Preussische Regierung von jeder Vertretungsverbindlichkeit, in Betreff der von gedachten Beamten und Pächtern bestellten Cautionen entbunden wird und eine nochmalige Rechnungsablegung von ihnen nicht zu erfordern ist. Was die von selbigen, in Folge der vorerwähnten Abrechnungen, zu leistenden Vertretungsposten anlangt, so verzichtet die Königlich Preussische Regierung darauf, in soweit dieselben bereits bei den Königlich Sächsischen Cassen eingenommt und zu diesen berechnet worden sind; es verbleiben doch Preussen die Einziehung der, nach der Berechnung in der angezogenen Beilage, annoch rückständigen, zusammen

33,764 Thlr. 19 Gr. 11 Pf.

Drei und Dreissig Tausend Sieben Hundert Vier und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, Eilf Pfennige,

jedoch ohne deren besondere Gewähr von Seiten der Sächsischen Regierung. Die zu deren Einziehung nöthigen Rechnungen und Nachrichten sollen an Preussen ebenfalls überliefert werden.

Deposita bei der Finanz-Haupt-Casse.

18) Wegen der zur Rentkammer und nachherigen Depo-

kasse eingelieferten baaren Depositen, welche nach Massgabe XXIV. Artikels der, wegen Abgabe und Fortsetzung der ngigen Rechtssachen, unterm 20. Februar 1816 abgeschlos- Convention, in das Herzogthum Sachsen gehören, und we- welcher über die Zeit ihrer Rückzahlung die besondere Ue- kunft daselbst vorbehalten worden ist, bewendet es zuvör- bei den seitdem bereits erfolgten Zahlungen von
875 Thalrn. 18 Gr. 1 Pf. und
000 - — - — -

875 Thlrn. 18 Gr. 1 Pf. Sieben und Dreissig Tausend Acht Hundert Fünf und Siebzig Thalern, Achtzehn Groschen, Einen Pfennig in Summa

Preussen.

In Betreff des, auf die Deposita dieser Art annoch verbliebe- ückstandes aber, hat man sich dahin vereinigt:

a) Dass die Summe, der annoch in das Herzogthum Sachsen richtigenden Depositen, mit Ausnahme der, nachher zu er- enden, zu dem Mansfeldischen Creditwesen gehörigen, ver- der deshalb angestellten Erörterungen, auf

165,000 Thlr. — - — -

Ein mal Hundert Fünf und Sechzig Tausend Thaler, uid angenommen wird.

Zu Vermeidung aller Irrungen wird über den nur bemerkten ein specielles Verzeichniss angefertigt werden.

b) Zur Berichtigung dieser Summe nimmt die Königlich ische Regierung

a) in Folge der, Art. IV. §. 8 dieser Convention bei den r-Credit-Schulden getroffenen Uebereinkunft diejenigen

102,491 Thlr. 8 Gr.

ei Hundert Zwei Tausend Vier Hundert Ein und Neunzig Thaler, Acht Groschen,

hlungsstatt an, welche die vormalige Königlich Westphä- Regierung, vermöge einer mit Sachsen abgeschlossenen ention vom 5. März 1810, zu Tilgung der, auf der Graf- t Barby und dem Amte Gommern, antheilig haftenden Steuer- Kammer-Credit-Cassen-Schulden, übernommen hat, jetzt die Königlich Preussische Regierung, mit Vorbehalt ihrer

Rechte an die übrigen Staaten des vormaligen Königreiches Westphalen, zu vergüten sich verpflichtet, zu welchem Ende die Königlich Sächsische Regierung ihre desfallsigen Ansprüche aufgibt, und Preussen überlässt, solche gegen die übrigen mehrigen Besitzer der ehemals zu dem Königreiche Westphalen gehörig gewesenen Länder, nach Befinden, geltend zu machen.

bb) Werden der Königlich Preussischen Regierung von der Königlich Sächsischen

40,000 Thlr. — - — -

Vierzig Tausend Thaler,

in drei procentigen verloosbaren Steuer-Credit-Cassen-Scheinen nach dem Nominalwerthe, nebst deren Coupons von pro termin Michaelis 1818 an, überliefert.

cc) Der solchemnach noch ausfallende Ueberrest an Depositengeldern von

22,508 Thlr. 16 Gr. — -

Zwei und Zwanzig Tausend Fünf Hundert und Acht Thaler Sechzehn Groschen,

wird von Preussen in Rücksicht anderer, von der Königlich Sächsischen Regierung erhaltenen Zugeständnisse, für berichtigt genommen, und entsagt man Königlich Preussischer Seits allen weiteren Ansprüchen darauf.

c) Sollten wider Erwarten, künftig noch mehrere, die genommene Summe von

165,000 Thlr. — - — -

übersteigende, zur Rentkammer baar eingezahlte, in das Herzogthum Sachsen gehörige Depositа sich finden, so übernimmt Preussen annoch deren Deckung bis auf die Summe von

5000 Thlr. — - — -

Fünf Tausend Thaler;

die Königlich Sächsische Regierung hingegen verpflichtet sich zur baaren Zahlung der, über dieses Quantum in einem oder mehreren Depositen hinausgehenden Summen an die Königl. Preussische Regierung.

d) Die vorgedachten unter den neuerlich in Frage gekommenen Depositengeldern befindlichen, auf das Mansfeldische Gemeinschaftswesen Bezug habenden

11,808 Thlr. 22 Gr. 2 Pf.

bleiben für jetzt und bis nach näherer Erörterung dieses Cre-
ssens und Festsetzung angemessener Bestimmungen hierun-
bei den Behörden der Königlich Sächsischen Regierung.

*den Unterbehörden und sonst in dem andern Gebiete an-
noch befindliche Depositen.*

19) In Absicht der

a) in Staatspapieren und andern Dokumenten bestehenden,
leichen

b) aller und jeder bei den Provincial- und Unterbehörden
Königreiches, so wie bei denen des Herzogthums Sachsen,
ntlich in den Stiftern Merseburg und Naumburg befindli-
, in das Gebiet der andern Regierung gehörigen, in Baar-
oder Documenten bestehenden Depositen, ist die nöthige
tung und Veranstaltung zu treffen, dass solche, insoweit es
bereits geschehen, unverzüglich gehörigen Orts abgeliefert
en.

Artikel XIII.

Militair- und Kriegs-Cassen-Angelegenheiten.

a) Abtheilung der Armee, und Militaireffecten.

1) Die, in Folge und Gemässheit des Tractates vom 18ten Mai
, Art. 6 und 8, geschehene Abtheilung der Armee, Artillerie-
Kriegs-Vorräthe, Regiments- und Compagnie-Cassen u. s.
d der dabei angenommene Massstab von $^{5}/_{8}$ für das Königr.
und $^{3}/_{8}$ für das Herzogthum Sachsen, wird hiermit noch-
bestätigt; und findet deshalb keine weitere Nachrechnung
. So wie übrigens, vermöge Artikel XII. §. 9 die daselbst
nten Cassenbestände, nebst deren Activ- und Passiv-Ver-
ssen, ingleichen nach §. 10 desselben Artikels die Natural-
nde und Vorräthe aller Art derjenigen Regierung verblei-
in deren Gebiete sie sich am 5ten Juni 1815 befunden haben,
det ein Gleiches auch in Ansehung der Militair-Cassen-Be-
, Vorräthe und Effecten Statt.

b) Vorschüsse aus der General-Kriegs-Casse.

2) Nicht minder begibt die Königlich Sächsische Regierung

sich eben so, wie dies Art. XII. §. 11 in Ansehung aller Ansprüche an die, von Landesherrlichen Cassen des Königreichs an Landesherrliche Cassen oder Kreise, Districte und Behörden des Herzogthums überhaupt geleisteten Vorschüsse geschehen, so auch der, eben diesen Behörden aus der General-Kriegs-Casse gegebenen Vorschüsse, zu Gunsten des Herzogthums Sachsen.

c) Schulden dieser Casse.

3) Von den Schulden der nurgedachten Casse übernimmt die Königlich Preussische Regierung die Befriedigung derjenigen Forderungen, welche Unterthanen des Herzogthums Sachsen

a) für die vom Lande gelieferten Pferde;
b) für die von demselben in den Jahren 1805 und 1806 gelieferten Naturalien an Getreide, Heu und Stroh;
c) an, den vormaligen Compagnie-Inhabern, auf den, im Jahre 1809 erlittenen feindlichen und erweislich unverschuldeten Verlust, zukommenden Vergütungen
d) an Compagnie-Uebergabe-Geldern, nach Abzug der, von den ehemaligen Compagnie-Inhabern aus ihrem Dienste etwa zu leistenden Vertretungen, welche den Königlich Preussischen Cassen zu gute gehen, und weshalb die darüber sprechenden Schriften und Nachrichten an Preussen auszuliefern sind;
e) an Löhnungs- und Remontirungsgeldern;
f) für Rekrutirungsaufwand;
g) an Lazarethkosten, und
h) für die, von und mit dem Jahre 1806 bis 5. Juni 1815 geschehenen Lieferungen an das Königlich Sächsische Militair, und aus den, wegen dieser, etwa abgeschlossenen Contracten zustehen, ohne einige Theilnahme der Königlich Sächsischen Regierung.

Kosten des Festungsbaues von Torgau und Wittenberg.

4) Ferner vertritt Preussen die, wegen des Festungsbaues von Torgau und Wittenberg, Privatpersonen etwa noch zustehenden Forderungen, ohne Unterschied, ob diese sich im Herzogthume oder Königreiche Sachsen, oder in andern Ländern befinden. Die etwanigen, aus fiscalischen Cassen zu diesem Behuf ge-

...Vorschüsse, so wie überhaupt die, Königlich Sächsischen ... dieserhalb zustehenden Forderungen hingegen, werden ... aufgehoben angesehen, und für erloschen erachtet. Sämmtl..., die besagten Festungen und deren Bau betreffende Acten, ...ungen, Belege und sonstige Schriften sollen daher unge... den Herzoglich Sächsischen Behörden ausgeantwortet ...den.

Verpflegungsansprüche auswärtiger Staaten.

...5) Wegen der, von auswärtigen Staaten, für die Verpfle... Königlich Sächsischen Militairs, von und mit dem Jahre ... an, bis zum 5ten Juni 1815 gegen Sachsen erhobenen und ...cht künftig noch zu erhebenden Ansprüche, soll von beiden ...lichen Regierungen gemeinschaftlich im diplomatischen ... mit den betreffenden Mächten verhandelt und demnächst ...nitere Bestimmung des Verhältnisses der Theilnahme, zur ...hlung der Passiven und Einziehung der Activen, getroffen ...den.

...ussische Vorschüsse an die Sächsischen Gefangenen.

...6) Soviel jedoch die, von der Kaiserlich Russischen Regie... für die, dem Königl. Sächsischen Militair, während der ...genschaft in Russland gemachten Vorschüsse, etwa anzu...genden Ansprüche anbelangt, so hat man sich dahin vereini..., dass diese von der Königlich Sächsischen Regierung allein ...ten werden, Preussen aber die Tilgung der, den, in Kö... Preussische Militairdienste getretenen, oder auch nur im ...thume Sachsen am 5. Juni 1815 wohnhaft gewesenen, ...igen Königlich Sächsischen Officiers, zur Deckung jener ...igen Ansprüche innebehaltenen Tractementsgebührnisse an ...te Offiziers, oder ihre Erben, übernimmt.

Fall, wenn die Interessenten gestorben sind.

...7) Sind die Officiere und resp. vormaligen Compagnie-Inha... deren unter n. 3. c. d. und unter 6 genannte Forderungen ...ge kommen, vor dem 5. Juni 1815 verstorben, so ent...det, dafern jene im Auslande verstorben, der Ort des zur ..., wo die Forderung entstanden ist, der Truppenabtheilung,

zu welcher der Verstorbene gehörte, angewiesen gewesenen
deutlichen Standquartieres; wenn aber derselbe in dem Kö
reiche Sachsen, nach seinem Umfange vor der Abtretung,
Tode abgegangen, die Lage des Ortes, wo derselbe verstor
von welcher von beiden Regierungen die Forderung gegen den
Erben zu vertreten ist.

Verpflegungsaufwand für Sächsische und Preussische Truppen.

8) In Ansehung der von Sachsen, für die Verpfleg
Preussischer Truppen in den Jahren 1805 und 1806 gemac
Forderungen, so wie gegenseitig wegen der von Preussen g
Sachsen, wegen Verpflegung Königlich Sächsischer Trupp
den Rheinprovinzen in Anregung gebrachten Ansprüche, ist
dahin übereingekommen, dass die diesfallsigen fiscalischen
sprüche gegen einander aufgehoben und als völlig erledigt
achten sind, die der Unterthanen des einen oder andern L
dagegen, ohne Beziehung auf die gegenwärtige, zu Volzie
des Tractats vom 18ten Mai 1815, zwischen Sachsen und P
sen abgeschlossene Convention einer näheren Erörterung
Feststellung vorbehalten werden.

Trauschein-Gelder-Casse.

9) Wegen der sogenannten Trauschein-Gelder-, haupt
lich zu den Schulanstalten bei dem Militair bestimmten, C
hat man sich dahin vereinigt, dass Preussen von dem Be
derselben zu seinem Antheil die Summe von

5019 Thlr. — - — -

Fünf Tausend Neunzehn Thaler

erhält, und zu deren Erfüllung dieser Regierung

a) baar	1801 Thlr.	— -
b) in Schwedischen Obligationen .	1500 -	— -
c) in unzinsbaren Kammer-Credit-Cassen- oder sogenannten Spitzscheinen	168 -	— -
d) in zweiprocentigen Kammer-Credit-Cassen-Scheinen	1550 -	— -

daraus überliefert werden; wogegen dieselbe sich, zu Gu

Königreiches Sachsen, aller weiteren Ansprüche an den Fonds ner Casse begibt.

Cautionen der Militair-Rechnungsführer.

10) Die von den Militair-Rechnungsführern der Königlich ischen Regierung bestellten, und in den Händen Königlich Sächsischer Behörden befindlichen Cautionen, werden von Königlich Sächsischen Regierung vertreten, und solche, in- n die Rechnungsbeamten in Preussische Dienste getreten, am 5ten Juni 1815 im Herzogthum Sachsen befindlich gewe- nd, der Königlich Preussischen Regierung ausgeantwortet, deren Rechnungen dieser ausgeliefert, wenn selbige Cassen en, welche, nach der Bestimmung ad 1. als zum Herzog- Sachsen gehörig, anzusehen sind.

Artikel XIV.

Pensionen, Wartegelder u. s. w.

n Betreff der, zu den, im 6ten Artikel des Tractates vom Mai 1815, einer nähern Auseinandersetzung vorbehaltenen n, gehörigen Pensionen und ähnlichen Bewilligungen, hat sich dahin vereinigt, dass jede der beiden Königlichen Re- gen von den Pensionisten und den auf Wartegeld stehen- Beamten im Civil- und Militairdienst, ingleichen von den rovisionen versehenen Invaliden und andern, dergleichen tützungen geniessenden Personen, alle diejenigen, ohne Ausgleichung, übernimmt, welche am fünften Junius ausend Acht Hundert Funfzehn in ihrem Gebiete den we- en Wohnsitz hatten.

iese Verbindlichkeit ändert sich nicht, wenn auch dergleimit Pensionen, Wartegeldern, Provisionen oder sonstigen tützungsbewilligungen versehene Personen in der Zwiszeit einen andern Wohnsitz im jenseitigen Gebiete gewählt oder künftig wählen sollten. Der Bezug ihrer vorigen se wird ihnen dieserhalb weder entzogen noch erschwert n.

Wegen der auf gewisse Stiftungsfonds insbesondere gewie- Beträge ist jedoch denjenigen Bestimmungen nachzugehen, theils durch die, am 27. Julius 1817 abgeschlossene

Convention über die Stiftungen bereits getroffen worden, theils im Art. XXII — XXVIII festgesetzt sind.

Artikel XV.

Ständische und Ritterschaftliche Cassen.

Was die, unter den, in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen nicht mit begriffenen ständischen und ritterschaftlichen Cassen anlangt, da ist die Vereinigung dergestalt erfolgt, dass solche in den unzertheilten Provinzen und Kreisen den Ständen eines jeden Gebiets verbleiben; hingegen in der Oberlausitz, dem Meissner, Leipziger und Voigtländischen Kreise, ingleichen den Stiftern Merseburg und Naumburg die Abtheilung der Bestände dieser Cassen und die Ausgleichung wegen deren Rückstände sowohl, als die Auseinandersetzung wegen der übrigen, auf den ständischen Verbindungen in diesen Kreisen beruhenden Verhältnisse, durch Uebereinkunft der ein dazu niedergesetzten ständischen Deputirten, unter Genehmigung der beiderseitigen Königlichen Regierungen, bewirkt werden soll.

Was in solchem Masse festgesetzt werden wird, soll gleiche Kraft und Wirkung haben, als ob es der gegenwärtigen Convention ausdrücklich einverleibt worden wäre.

In Ansehung der Reste bei vorerwähnten Cassen, ist den ständischen Deputirten die nöthige Vereinigung zu treffen überlassen worden, jedoch mit der Beschränkung, dass, wenn eine Einigung bis zum 3ten Junius 1818 nicht erfolgt seyn sollte, dem Theil, auch bei diesen Cassen, die Einziehung der Reste ohne Zurechnung überlassen bleibt.

Artikel XVI.

Cottbusser Kreis.

Der im 12ten Artikel des Tractats vom 18. Mai 1815 erwähnten Reclamationen der Königlich Sächsischen Regierung in Absicht des Cottbusser Kreises, und der, von Preussen geltend gemachten Gegenforderungen halber, haben beide Theile sich vergli dass die gegenseitigen Forderungen wegen Einkommen und Leistungen aus dem Cottbusser Kreise oder wegen Vorschü

Verwendungen für denselben, gänzlich gegen einander aufhoben werden sollen.

Artikel XVII.

Brandcasse und Brand-Versicherungs-Institute.

Nach der durch die Convention vom 23. Februar 1816 erten Auflösung des Brand-Versicherungs-Societäts-Verbandes chen dem Königreiche und dem Herzogthume Sachsen, hat :

Alte Brandcasse.[1])

1) wegen der Fonds der sogenannten alten Brandcasse, e, vermöge Königlich Sächsischen Rescriptes vom 29sten 1788, mit ⅓ für die Mobiliar- und mit ⅔ für die Immobi-rand-Casse, der neuern erbländischen Brand-Versicherungs-lt übereignet worden sind, die Uebereinkunft getroffen, solche, mit Beobachtung dieses Unterschiedes, zwischen Regierungen, nach dem, bei der erbländischen Brand-icherungs-Anstalt, am 5ten Junius 1815 Statt gehabten Ver-lss der gesammten Beiträge oder der damit übereinstimmen-gesammten Assecurationssumme des Königreiches und des ogthums Sachsen, getheilt werden.

In Rücksicht dieser Abtheilung hat man sich übrigens noch verglichen, dass, bei Feststellung des Massstabes, die rlausitz, ingleichen die Schwarzburgischen Aemter Kelbra eringen, ob sie schon, bei Erlassung des obgedachten Re-s, in dem Societätsverbande noch nicht begriffen waren, wohl mit in Anschlag gebracht werden.

Vorstehende Bestimmungen gewähren einen Abtheilungs-stab:

bei der Immobiliar-Brand-Casse von
Sechs Hundert und Siebzehn Tausendtheilen
as Königreich und
Drei Hundert Drei und Achtzig Tausendtheilen
as Herzogthum.

Bei der Mobiliar-Brand-Casse von
Sechs Hundert Vier und Funfzig Tausendtheilen
as Königreich, und von

Drei Hundert Sechs und Vierzig Tausendtheilen für das Herzogthum.

Nach diesen Massstäben erhält, von den Beständen der alten Brandcasse, Sachsen auf seinen Antheil

60,760 Thlr. 9 Gr. 9 Pf.

Sechzig Tausend Sieben Hundert und Sechzig Thaler, Neun Groschen, Neun Pfennige,

und Preussen

35,786 Thlr. 20 Gr. 5½ Pf.

Fünf und Dreissig Tausend Sieben Hundert Sechs und Achtzig Thaler, Zwanzig Groschen, Fünf und einen halben Pfennig,

in den in der Beilage unter L. verzeichneten Valuten.

Mit den darunter befindlichen hypothekarischen Capitalien bekommt jede Regierung die davon rückständigen und laufenden Zinsen von und mit dem Termine Michaelis 1818 an.

Immobiliar-Brand-Versicherungs-Casse. *)

2) Zur neueren Immobiliar-Brand-Versicherungs-Casse gewährt Preussen annoch die, für den Eintritt der Niederlausitz in die Societät rückständige Zuschusssumme von

5,344 Thlr. 7 Gr. 6 Pf.

Fünf Tausend Drei Hundert Vier und Vierzig Thaler, Sieben Groschen, Sechs Pfennige,

und in Folge der beschehenen endlichen Abrechnung, in Abhung der Beiträge und Vergütungen bei dieser Casse, hat, Massgabe der unter M., beiliegenden Uebersicht, das Königl. Sachsen annoch an das Herzogthum

19,113 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

Neunzehn Tausend Ein Hundert und Dreizehn Thaler, Eilf Groschen, Sechs Pfennige,

herauszuzahlen.

Streitig gewesene Orte.

3) Hinsichts derjenigen streitig gewesenen Orte, welche durch die, Art. I., erfolgte endliche Gränzbestimmung, der Regierung des einen Landestheiles zugewiesen sind, bis dahin aber sich in dem Besitz der Regierung des andern Landestheiles

den haben, auch, in dieser Beziehung, als Theilnehmer der
nd-Versicherungs-Anstalt des letztern Landestheiles sind be-
delt worden, kommen beide Königliche Regierungen dahin
ein, dass es dafür angesehen werden solle, als wären diese
bereits seit dem 1sten April 1816 der Brand-Versicherungs-
talt desjenigen Landestheiles einverleibt gewesen, zu wel-
n dieselben gegenwärtig gehören. Es werden daher diesen
n die, der Brand-Versicherungs-Anstalt des andern Landes-
les bereits entrichteten Beiträge zurückgewährt, auch wird
nseitig den Brand-Versicherungs-Anstalten die, zum Ersatz
erlittenen Brandschäden, am Orte des andern Landestheiles
hlte Vergütung erstattet, und es wird, insoweit es nicht
s geschehen, sich darüber berechnet werden.

Mobiliar-Brand-Versicherungs-Casse.")

A) In Ansehung der Mobiliar-Brand-Versicherungs-Casse
man sich dahin vereinigt, dass der am 1sten April 1816 in
lben sich befundene Bestand, nach dem Verhältnisse der,
sten Januar gedachten Jahres in den beiderseitigen Landes-
n annoch zu vergüten gewesenen Mobiliar-Brandschäden,
heilen; hiernächst rücksichtlich der, im Königreiche Sach-
zu vergütenden mehreren Brandschäden, überdies von Preus-
aus seinem Antheile an dem Bestande der alten Brandcasse
versionalsumme von

2,000 Thlr. — - — -

Zwei Tausend Thalern,

mer-Credit-Cassen-Scheinen, zu 2 Procent zinsbar, an
n zu vergüten sey.

Diesemnach und in Gemässheit der unter N. anliegenden
hnung, erhält das Königreich Sachsen von dem Herzog-
e die Summe von

5,790 Thlr. 14 Gr. 5 Pf.

Fünf Tausend Sieben Hundert und Neunzig Tha-
ler, Vierzehn Groschen, Fünf Pfennige.

Jedem Landestheile bleibt übrigens die, wegen Leistung der
ständigen Mobiliar-Brand-Schäden-Vergütungen, zu treffende
ung anheimgegeben.

Artikel XVIII.

Fonds der Hülfs- und Wiederherstellungs-Commission.

1) Von den Fonds der Hülfs- und Wiederherstellungs-Commission werden der Königlich Preussischen Regierung, zur eigenen Disposition und Einziehung, alle Berechnungsposten, Vorschüsse, Bestände, etwanige Pfänder und Capitalien überlassen, welche für Unterthanen des Herzogthums Sachsen verwendet worden sind und am 5. Juni 1815 im Herzogthume ausgestanden oder sich in dasigen Cassen befanden.

Die darüber sprechenden Schulddocumente und Beweise sammt den, der gedachten Commission, von Behörden und Individuen dieses Herzogthumes übergebenen Rechnungen, werden an Preussen ausgeliefert, insofern sie nicht auch Gegenstände des Königreiches betreffen, als in welchem letztern Falle davon blos die nöthigen Abschriften und Auszüge gegeben werden.

Dagegen verzichtet die Königlich Preussische Regierung auf alle weiteren Ansprüche an die übrigen Fonds gedachter Commission, und die am 5ten Juni 1815 im Königreiche Sachsen vorhanden gewesenen Bestände, Capitalien und etwanigen Pfänder.

Schulden und Regiekosten dieser Commission.

2) Wegen der bei dieser Hülfs- und Wiederherstellungs-Commission vorhandenen Schulden und bei derselben zu bestreitenden Regiekosten, deren antheilige Vertretung in Anregung gekommen, hat man Sächsischer Seits sich jedes weiteren Anspruchs wegen sothaner Passivforderungen von 17,650 Thlr. ingleichen 18,107 Thlr. 15 Gr. 11 Pf. begeben, wogegen Preussischer Seits alle Theilnahme an dem, wegen jenes passivi bestellten, im Königreiche Sachsen befindlichen Pfande versagt, auch die Hälfte der, bis mit dem November 1817 berechneten Administrationskosten, mit 1465 Thlr. 7 Gr. 9 Pf. übernimmt, ausserdem aber die Königlich Preussische Regierung zu jedem fernern Beitrage zu den Administrationskosten entbunden wird.

Artikel XIX.

Hebammeninstitute.

Wegen der Hebammeninstitute zu Leipzig und Wittenberg und deren Fonds, ist man dahin übereingekommen:

1) Dass jedem dieser Institute das demselben ausschliessend gehörige Vermögen, ingleichen die bis zum 5ten Juni 1815 für jedes derselben aus den gemeinschaftlichen Fonds verwendete Summen ohne weitere diesfallsige Nachrechnung verbleiben.

2) Von dem, aus den ständischen Bewilligungen herrührenden Vermöge der durch beiderseitige Rechnungsbeamte bescheinigten gemeinschaftlichen Ermittelungen, am 5ten Juni 1815 die Summe von

30,366 Thlr. 6 Gr. 4 Pf.

theils in baarem Gelde, theils in Staatspapieren und Activis bestehenden Bestande, erhält Preussen ein Pauschquantum von

12,000 Thlr. — - — -

Zwölf Tausend Thalern,

zwar in nachbemerkten Valuten, nämlich:

a) 2,200 Thlr. — - — - Zwei Tausend Zwei Hundert Thaler, in Frege'schen Partial-Obligationen,

b) 1,150 - — - — - Ein Tausend Ein Hundert und Funfzig Thaler, in sogenannten Reichenbachischen Obligationen,

c) 5,650 - — - — - Fünf Tausend Sechs Hundert und Funfzig Thaler, in zweiprocentigen Kammer-Credit-Cassen-Scheinen,

d) 3,000 - — - — - Drei Tausend Thaler, in baarem Gelde.

Von den unter a. b. und c. bemerkten Staatspapieren werden Preussen die Zinsen vom 5. Juni 1815 an, entweder in unseren Coupons oder baar, nebst Zinsleisten, gewährt.

3) Gegen dieses Pauschquantum entsagt die Königlich Preussische Regierung allen und jeden weitern Ansprüchen, sowohl an die gemeinschaftlichen Fonds und Bestände der Königlich Sächsischen Hebammeninstitute, als auch namentlich auf das hiesige Institut und das demselben durch Vermächtnisse und sonst zuständige Vermögen.

Gegenseitig entsagt die Königlich Sächsische Regierung hierdurch allen Ansprüchen in Ansehung des Wittenberger Instituts und dessen Vermögens.

4) Die Auszahlung des vorbemerkten Pauschquanti erfolgt sofort nach Unterzeichnung dieser Convention.

Artikel XX.

Soldaten-Knaben-Institut zu Annaburg.

In Ansehung des, im Herzogthume Sachsen gelegenen Soldaten-Knaben-Institutes zu Annaburg, begibt sich die Königlich Sächsische Regierung aller Theilnahme an den Fonds und den am 5ten Juni 1815 bei dem Institute sich befundenen Natural- und etwanigen Cassenbeständen. Wegen des legirten von Unruh'schen Capitals von Zwei Tausend Thalern ist man jedoch vergleichsweise übereingekommen, dass von selbigem jede der beiden Regierungen die Hälfte, nebst deren Zinsen, zu erhalten habe.

Für die nach dem Königreiche Sachsen gehörigen, am 5ten Juni 1815 aber sich im Institute befundenen Soldatenknaben wird, so lange diese sich noch in dem Institute aufhalten, von dem ersten Juli gedachten Jahres an, der Königlich Preussischen Regierung von der Königlich Sächsischen Regierung

Vier Groschen, Drei Pfennige

täglich, oder

Fünf und Sechzig Thaler

jährlich, für jeden Knaben, vergütiget; über den Betrag des Rückstandes wird die nöthige Berechnung angelegt, und dieser, nach Vollziehung gegenwärtiger Hauptconvention, baar abgeführt, die Berichtigung der künftigen Verpflegungsgelder aber in vierteljährigen Raten baar bewirkt werden.

Wegen Zurückgabe und Zurücknahme der, in das Königreich Sachsen gehörigen Zöglinge, wird für beide Theile eine dreimonatliche Aufkündigungsfrist bestimmt.

Artikel XXI.

Allgemeine Straf- und Versorgungs-, Irren-, Waisen- und Land-Arbeits-Anstalten.

In Ansehung der allgemeinen Straf- und Versorgungs-, Irren-, Waisen- und Land-Arbeitsanstalten, deren Fonds, Bestände, und sonstigen hier in Frage kommenden Verhältnisse,

wird, nachdem, durch beiderseitige subdelegirte Beamte, die nöthigen Erörterungen aus den Acten und Rechnungen angestellt, und ihre Fonds genau constatirt worden, Nachfolgendes festgesetzt:

Bestimmungen wegen der einzelnen Anstalten, deren Vermögen u. s. w.

1) Die Anstalten selbst bleiben, nebst den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken, demjenigen Landestheile, unter welchem sie gelegen sind.

2) Die einzelnen Anstalten verbleiben ebenmässig und gehen mit ihnen, ohne weitere Nachrechnung, an den betreffenden Landestheil über; die von ihnen am 5ten Juni 1815 etwa noch zu beziehen gewesenen Nutzungen und rückständigen Zieh- und Verpflegungsgelder, die Verbindlichkeit derselben zu Leistung der damals annoch zu entrichten gewesenen Abgaben, die Berichtigung der am nur gedachten Termine noch nicht justificirten Rechnungen mit allen dazu gehörigen Activis und Passivis, das einer jeden Anstalt eigenthümlich zugehörige Vermögen überhaupt, auch die durch Legate oder Schenkungen ihnen zugewiesenen einzelnen Bezüge, ingleichen die, am 5ten Juni 1815 sich daselbst befundenen Inventarien und Naturalbestände aller Art.

3) Eben dies gilt auch in der Regel von den, bei den einzelnen Anstalten am 5ten Juni 1815 sich befundenen Geldbeständen; und blos in Ansehung des, bei einigen solcher Hauscassen damals vorräthig gewesenen, sogenannten eisernen Bestandes, findet hierunter eine Ausnahme insofern Statt, als diese, zusammen Zehn Tausend Thaler in Cassenbillets betragende, eiserne Bestände, bei der Auseinandersetzung über die Hauptcasse der Straf- und Versorgungs-Anstalten zur Berechnung und Theilung gebracht werden.

Ausstehende Activreste.

4) Die, am 5ten Juni 1815 annoch ausgestandenen Reste auf Collectengelder, Beiträge von Innungen und Besoldungsabzüge, verbleiben demjenigen Landestheile, in welchem sie an gedachtem Tage ausgestanden, und die etwanigen Proprereste

der Lotteriecollecteurs den Anstalten desjenigen Landestheiles, in welchem die Lotteriecollecteurs damals wohnhaft gewesen.

Cautionen.

5) Die Cautionen der, bei den Anstalten angestellten Officianten kommen an diejenige Regierung, in deren Landestheile die Institute, an denen die Cautionsbesteller am 5. Juni 1815 angestellt waren, sich befinden.

Wegen der, seit dem 5. Juni 1815 von den baar eingezahlten Cautionen bezahlten Zinsen, soll keine Nachrechnung Statt finden.

Averstional-Verpflegungs-Quanta, und diesfallsige Entschädigungen.

6) Die von den Verpflegten eingezahlten Averstional-Quanta und diesfallsige Deposita, ingleichen das den Verpflegten heimgefallene und unter den Activis der Armen-Haus-Haupt-Casse bereits mit enthaltene Vermögen, verbleiben, ohne diesfallsige einzelne Ab- und Zurechnung, bei der gedachten Casse; und jede der beiden Königlichen Regierungen übernimmt ohne diesfallsige Nachrechnung, in Ansehung der Unterthanen ihres Landestheiles, die Verbindlichkeit zu den, wegen früheren Austritts der Verpflegten, etwa zu gewährenden Entschädigungen.

Anspruch der Niederlausitz.

7) Zu Berichtigung der, Seiten der Strafanstalten der Niederlausitz, wegen der 45sten Lotterie, gemachten Forderung vereinigt man sich dahin, dass diesfalls

1300 Thlr. — - — -

Ein Tausend Drei Hundert Thaler

als ein gemeinschaftliches Passivum aus den Fonds der Armen-Haus-Haupt-Casse berichtiget und an Preussen gewährt werden.

Abtheilung der Fonds der Armen-Haus-Haupt-Casse.

8) Das Activ- und Passiv-Vermögen bei der Armen-Haus-Haupt-Casse hat man, nachdem über die, in Ansehung einiger dabei in Frage gekommener Posten, eingetretenen Zweifel zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten eine Vereinigung getrof-

und einem unterm 28sten und 29sten Dezember 1818 von ihnen unterzeichneten Protocolle einverleibt worden, in demjenigen Masse festgestellt, wie die, der gegenwärtigen Convention unter 0. beigefügte Uebersicht näher nachweist, und welche daher von beiden Theilen als richtig anerkannt wird. *)

9) Das, Inhalts der nur angezogenen Uebersicht, nach Abzug der Passivorum bei der Armen-Haus-Haupt-Casse verbleibende Activ-Vermögen, wird zwischen Sachsen und Preussen nach einem, mit Rücksicht auf die Bevölkerung der Gebietstheile, für welche die befraglichen Anstalten bestimmt waren, und vergleichsweise festgesetzten Massstabe abgetheilt, nach welchem hievon das Königreich Sachsen

Sieben Zehentheile,

Preussen aber, wegen des abgetretenen Theils,

Drei Zehentheile

erhält.

In welcher Art die Theilung nach dem nur gedachten Massstabe ausgeführt und wie hierbei namentlich, in Ansehung der, in den beiderseitigen Landestheilen, theils ausstehenden Activorum, theils zu berichtigenden Passivorum verfahren werden soll, dies ist in dem, bei dem vorhergehenden 8ten §. angezogenen Protocolle vom 28sten und 29sten December 1818 sub No. I. lit. r. näher bestimmt worden.

Gegenseitige Abgabe der, aus den jenseitigen Landestheilen in den Anstalten sich befindenden Personen, und Vergütung des Verpflegungsaufwandes für selbige.

10) Die in den Straf- und Versorgungs-, Irren-, Waisen- und Land-Arbeitshaus-Anstalten des einen Landestheils sich befindenen und verpflegten Unterthanen aus dem jenseitigen Landestheile, werden, insoweit solches nicht bereits geschehen, an die Regierung des nur gedachten Landestheiles abgegeben und von derselben ehebaldigst übernommen. Die näheren Bestimmungen über die, bei deren Transportirung zu beobachtende Modalität, und wegen der diesfallsigen Kosten, enthält das mehrangezogene Protocoll vom 28sten und 29sten December 1818 unter dem Buchstaben u.

Wegen des für dergleichen in den jenseitigen Landestheil

gehörige Personen, seit dem 5ten Juni 1815 Statt gefundenen und bis zur Abgabe noch ferner auflaufenden Verpflegungsaufwandes, ist festgesetzt worden, dass auf gedachten Zeitraum

für einen sogenannten Distinguirten .	120 Thlr.	----
für einen sogenannten Halbdistinguirten	90 -	----
für einen gemeinen Armen, ingleichen für einen Sträfling und Vagabonden, in den Straf- und Land-Arbeitshaus-Anstalten	72 -	----
für ein in dem Waisenhause zu Langendorf verpflegtes Waisenkind aber	65 -	----

jährlich gegenseitig vergütet und sich nach diesen Sätzen berechnet werden soll.

Besondere Bestimmungen wegen des Waisenhauses zu Langendorf.

11) Die, aus der Königlich Sächsischen Rentkammer, das, in dem abgetretenen Theile gelegene Waisenhaus zu Langendorf, vormals Statt gefundene Zahlung von 200 Thlr. ---- jährlich, hört mit dem 5ten Juni 1815 auf; und hiermit zugleich das seitherige Recht Königlich Sächsischer Behörden, zu Besetzung von Stellen in der besagten Anstalt.

Unterstützungsfonds.

12) In Ansehung des, bei der Armen-Haus-Haupt-Casse sich befundenen, sogenannten Unterstützungsfonds, dessen ursprünglicher Zweck die Unterstützung emeritirter Lotterie-Bedienten und deren Wittwen und Waisen, ingleichen ausserordentliche Gratificationen für dergleichen Beamte, war, ist man übereingekommen, dass der am 5ten Juni 1815 in besagtem Fonds sich befundene, in der bereits angezogenen Uebersicht unter nach seinen einzelnen Valuten aufgeführte Bestand, nach der besage des 9ten §. wegen der Armen-Haus-Haupt-Casse festgesetzten Massstabe, zwischen Sachsen und Preussen ebenmässig abgetheilt werden soll.

Land-Arbeits-Haus-Haupt-Casse.

13) Wegen der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Casse ist man

übereingekommen, dass Preussen von selbiger ein Pauschquantum von

30,000 Thlr. — - — -

Dreissig Tausend Thalern,

erhält.

Dieses Aversionalquantum wird in dem Masse berichtigt, dass Preussen alle diejenigen Capitalien, welche mehrgedachte Casse in dem Herzogthume Sachsen ausstehen hat, nebst den, bis zu dem 5ten Juni 1815 daselbst ausgestandenen Zinsresten und Beiträgen, welche letztere, mit Rücksicht auf deren Unsicherheit, vergleichsweise nur zu

1400 Thlr. — - — -

Ein Tausend Vier Hundert Thalern,

Preussen angerechnet werden, zu überlassen.

Da aber nurgedachte Capitalien, nebst diesen rückständigen Zinsen und Beiträgen, die Summe von 30,000 Thlr. — - — - übersteigen, so wird der diesfallsige Mehrbetrag Sachsen bei dem Fonds der Armen-Haus-Haupt-Casse vergütet, und Preussen aus der letzteren Casse um so viel weniger gewährt.

Zinsen.

14) In Ansehung der Zinsen ist festgesetzt worden, dass, soviel die Fonds der Armen-Haus-Haupt-Casse und des Unterstützungsfonds betrifft, jede Regierung die Zinsen der ihr überwiesenen Capitalien vom 5ten Juni 1815 an, erhält, und sind solche, wenn sie von der Regierung des andern Landestheiles bereits erhoben worden, baar derjenigen Regierung, welcher die Fonds überwiesen sind, zu gewähren.

Von den, aus dem Fonds der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Casse überwiesenen Capitalien dagegen, sollen die vom 5. Juni 1815 bis Michaelis 1818 laufenden Zinsen, derjenigen Regierung ohne weitere Nachrechnung verbleiben, welche solche bereits erhoben hat; die etwa aus dem zuletzt gedachten Zeitraum rückständigen, so wie die von Michaelis 1818 an laufenden Zinsen aber von Preussen erhoben werden.

Abtragung der Preussen zukommenden Rate.

15) Die, nach den vorstehenden Bestimmungen, im 9ten,

12ten und 13ten §, an der Armen-Haus-Haupt-Casse, dem ungenannten Unterstützungsfonds, ingleichen der Land-Arbeits-Haus-Haupt-Casse der Königlich Preussischen Regierung zu gewährenden Antheile, empfängt selbige in dem, in der mehrangezogenen Uebersicht sub O. enthaltenen Masse, und in den daselbst aufgeführten einzelnen Activis.

Verzichtleistung.

16) Preussen verzichtet, gegen Empfang dieser Antheile, auf alle und jede an die Königlich Sächsischen Straf- und Versorgungs-, auch Land-Arbeits-Haus-Anstalten, deren Vermögen, Fonds, Nutzungen und sonst diesfalls zu machenden Ansprüche.

Eben so begibt sich Sachsen aller, in Beziehung auf die Straf- und Versorgungs-Anstalten, an Preussen und an die, in dem Herzogthume Sachsen sich befindenden dergleichen Anstalten zu machenden Ansprüche.

Artikel XXII.

Fromme Stiftungen und Unterrichtsanstalten.

Wegen derjenigen frommen Stiftungen und Unterrichtsanstalten, auf welche der Friedenstractat vom 18. Mai 1815, und die durch selbigen geschehenen Gebietsabtretungen Einfluss haben, oder haben können, ist, zur Einleitung der darüber erforderlichen Auseinandersetzung und zu Treffung diesfallsiger allgemeiner Bestimmungen, bereits zwischen den beiderseitigen Friedens-Vollziehungs- und Ausgleichungs-Commissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichisch-Kaiserlichen Vermittelungs-Commissarii, die unter No. IV. anliegende Convention d. d. Dresden den 27sten Juli 1817 geschlossen und durch den Druck bekannt gemacht worden.

Nachdem in Gemässheit des 11ten §. dieser Convention, eine öffentliche Aufforderung, wegen, von den sämmtlichen Stiftungsadministratoren in den beiden Landestheilen, über die unter ihrer Verwaltung stehenden Stiftungen und deren Verhältnisse zu erstattender Anzeigen erlassen, demnächst in Folge der §§. 4, 11, 14 und 16 der nur gedachten Convention enthaltenen Bestimmungen, die nähere Erörterung einzelner Stiftungen durch beiderseitige subdelegirte Commissarien gemeinschaftlich vorge-

nommen, diese Erörterung auch in Ansehung mehrerer Stiftungen bereits vollendet worden, so ist sodann über diese Stiftungen die Auseinandersetzung in dem, in den folgenden XXIII — XXVIIIsten Artikeln enthaltenen Masse erfolgt und hiernächst im Allgemeinen noch Folgendes bestimmt worden.

Künftige Verhandlung über die zur Zeit noch nicht erörterten Stiftungen.

1) Diejenigen milden Stiftungen, in Ansehung deren, bei der grossen Anzahl derselben, jene Erörterung zur Zeit noch nicht beendigt, und daher die Auseinandersetzung, bei dem Abschluss dieser Convention, noch nicht hat erfolgen können, werden, um diesen Abschluss nicht aufzuhalten, zu fernerer besonderer Verhandlung ausgesetzt. Es soll, in Ansehung derselben, die Erörterung von beiderseitigen subdelegirten Commissarien thätigst fortgesetzt, über die Auseinandersetzung in Ansehung der auf diese Weise erörterten Stiftungen, zwischen, von beiderseitigen Allerhöchsten Regierungen zu ernennenden Bevollmächtigten, sich vereinigt und darüber eine nachträgliche Verhandlung, spätestens Sechs Monate nach erfolgter Ratification der gegenwärtigen Hauptconvention, abgeschlossen werden.

Einstweilige Fortleistung der gegenseitigen Bezüge.

2) Immittelst und bis zu dessen Erfolg werden die, aus dem einen Landestheile an Stiftungen des andern Landestheiles bisher zu leisten gewesenen Bezüge gegenseitig fortentrichtet.

Stipendien.

3) In Ansehung der Stipendien ist man im Allgemeinen dahin übereingekommen, dass diejenigen, deren Genuss, vermöge der Stiftungen auf Königlich Sächsischen Universitäten überhaupt, oder namentlich auf der Universität Wittenberg Statt finden soll, nach erfolgter Aufhebung der letztgedachten Universität, auch zu Halle genossen werden können.

Die ausdrücklich für Leipzig bestimmten Stipendien dagegen dürfen lediglich daselbst bezogen werden.

Bestimmungen der Convention vom 27. Juli 1817.

4) In allen den Fällen, in welchen nicht durch die gegen-

wärtige Hauptconvention oder sonstige besondere Vereinigung, ein Anderes festgesetzt wird, bewendet es bei den Bestimmungen der oben angezogenen Convention vom 27sten Juli 181 welche daher insoweit mit gegenwärtiger Hauptconvention gleich Kraft haben soll.

Ständische Oberlausitzische Stiftungen.

5) Wegen der, in der nur angezogenen früheren Convention ausgenommenen, unter ständischer Aufsicht stehenden, Anstalten und Stiftungen in der Oberlausitz, wird über die, von damit beauftragten ständischen Deputirten, diesfalls bereits projectirte, oder annoch zu entwerfende Auseinandersetzung besonders vereinigt werden.

Artikel XXIII.

1) *Die vormaligen deutschen Ordensgüter.*

Die, Ihro Königl. Majestät von Sachsen anheim gefall in dem an Preussen abgetretenen Theile gelegenen, vormal deutschen Ordensgüter, die zu ehemaligen Balley Thüringen hörten Vier Comthurhöfe, Zwätzen, Lehsten, Liebstädt Nägelstädt, ingleichen der von der ehemaligen Balley He abhängig gewesene Comthurhof zu Griefstädt, waren, n allen ihren Zubehörungen, Rechten und Einkünften, verm einer, von gedachter Ihro Königl. Majestät im Jahre 1811 ge teten Schenkung, den beiden Landesuniversitäten Leipzig Wittenberg, ingleichen den drei Land- und Fürstensch Pforta, Meissen und Grimma, als unwiderrufliches Eigen gewidmet worden; und da die Universität Wittenberg und Land- und Fürstenschule Pforta an Preussen gekommen, übrigen drei nur genannten Stiftungen aber bei dem Königr Sachsen verbleiben, so ist wegen der, diesen beiderseitigen L anstalten an den vorbenannten Gütern zu gewährenden Anb nachbemerkte Vereinigung getroffen worden.

1) Nach der Anzahl der betheiligten Anstalten, werden den erwähnten Gütern oder deren Werth $^3/_5$ auf die drei K lich Sächsischen und $^2/_5$ auf die zwei Herzoglich Sächsischen stalten vergleichsweise gerechnet.

Da hiernächst eine Naturaltheilung der Güter, insbesondere, indem die Comthurhöfe Zwätzen, Lehsten und Liebstädt nebst den Einkünften, inmittelst von Preussen an Sachsen-Weimar getreten worden, eben so wenig, als ein gemeinschaftlicher Besitz und Benutzung derselben für thunlich und zweckmässig erachtet worden, so hat man, nach vorgängiger Ausmittelung des Werthes der befraglichen Güter, sich dahin vereinigt, dass Preussen an Sachsen zur gänzlichen Abfindung wegen des, der Universität Leipzig, ingleichen den Land- und Fürstenschulen Meissen und Grimma, an den mehrgedachten Gütern zustehenden Antheils und der diesfallsigen Ansprüche, eine vom 1sten Juli 1815 an, nach 5 vom Hundert verzinsbare Aversionalsumme von

160,000 Thlr. — - — -

Ein mal Hundert Sechzig Tausend Thalern

bezahlt.

3) Diese Aversionalsumme wird durch Ueberweisung von 4 vom Hundert zinsbaren, sicheren hypothecarischen Activ-Forderungen und baaren Zahlungen, welche Sachsen von andern Theilung kommenden Stiftungsfonds, an Preussen zu gewähren haben wird, compensando berichtigt und, insoweit hierdurch die Summe nicht völlig erfüllt werden sollte, das Fehlende baar geleistet.

Auf die Zinsen kommt dasjenige in Zurechnung, was auf Preussen nach der gegenwärtigen Uebereinkunft wegfallende, vorhin dem Königreiche Sachsen und dessen Instituten, auf die Ordensgüter angewiesenen Bezüge aus erstern und deren Fonds, seit dem 1sten Juli 1815 bereits geleistet worden, wogegen gegenwärtig auch alle von Sachsen, seit dem 1sten Juli 1815 wegen der vormaligen deutschen Ordensgüter, in das Herzogthum Sachsen etwa geleisteten Zahlungen, demselben wieder erstattet werden.

4) Gegen Empfang dieser Aversionalsumme von 160,000 Thlr., nebst den vorbemerkten Zinsen, wird der, den betheiligten Königlich Sächsischen Lehranstalten zustehende Antheil an den vormaligen Deutschen Ordensgütern, nebst allen dazu gehörigen Natural- und Geldbeständen und Activen, an Preussen abgetreten, auch, soweit selbige bei Königlich Sächsischen Behörden

sich befinden, ausgekündigt, und Königlich-Sächsischer Seits auf alle in Ansehung der oftgedachten Güter und deren Nutzungen, zu machenden Ansprüche, namentlich auch wegen der, von der Balley Thüringen, an die Stipendien-Casse zu Leipzig zu leistenden sogenannten Dienstgeschirrgelder, verzichtet.

5) Die Königlich Preussische Regierung übernimmt die alleinige Vertretung aller, auf den Deutschen Ordensgütern haftenden Schulden und Lasten, und liberirt daher die Königlich Sächsische Regierung und die mehrgedachten Königlich Sächsischen Anstalten von allen und jeden diesfallsigen Ansprüchen. Dahin gehören namentlich die Pensionen und Pensionsrückstände für einige Ordenscomthure, Beiträge zu den Centrallasten des vormaligen Deutschen Ordens und alle und jede andere, in Beziehung auf gedachten Orden etwa zu gewährenden Leistungen, die Pensionen für einige in Diensten des verstorbenen letzten Comthurs, von Berlepsch, gestandene Personen; ingleichen alle, in dem abgetretenen Theile, aus den Gütern und deren Einkünften, zu leistenden sowohl bleibenden als temporairen Bezüge.

6) So wie die Königlich Preussische Regierung, vermöge der von ihr übernommenen Verbindlichkeit, alle diejenigen Bedingungen zu erfüllen sich verpflichtet, welche den befraglichen Anstalten bei Errichtung dieser Stiftung auferlegt worden, so gilt dies insbesondere auch von den Bestimmungen, welche, in Folge des Königlichen Fundationsrescriptes vom 31sten August 1811 zu Gunsten der Erben des letzten Ordencomthurs und Besitzers der mehrgedachten Güter, von Berlepsch, von der Königlich Sächsischen Regierung namentlich in den Jahren 1813 und 1815 getroffen worden. Die Königlich Preussische Regierung verspricht die diesfallsigen und etwanigen sonstigen, jetzigen und künftigen Ansprüche der vorerwähnten von Berlepschischen Erben ebensowohl, als alle andere, an dem Berlepschischen Nachlass zu machende Anforderungen allenthalben allein zu vertreten.

7) In Ansehung der, von einigen Pächtern und auf den Ordensgütern angestellten Beamten erlegten und bei Königlich Sächsischen Behörden deponirten Cautionen, soll den, wegen der Cautionen, in dem XII. Conventionsartikel §. 15 enthaltenen

allgemeinen, ingleichen den diesfalls bei Gelegenheit der, in dem vorstehenden 6ten §. angezogenen Bestimmungen in Beziehung auf die Reluitionschen Erben erfolgten besondern Festsetzungen nachgegangen werden.

Artikel XXIV.

2) *Kloster St. Jacob zu Freiberg und Freiberger Accession.*

Wegen des Fonds des vormaligen Jungfrauenklosters St. Jacob zu Freiberg und der sogenannten Freiberger Accession, vereinigen sich beide Königliche Regierungen dahin, dass:

1) die, der Universität Wittenberg, auf den, derselben mit 168 Thlr. jährlich, aus besagtem Fonds gebührenden Bezug, zustehende Rückstandsforderung von

1521 Thlr. — - — -

Ein Tausend Fünf Hundert Ein und Zwanzig Thalern,

von dem Königreiche Sachsen an das Herzogthum baar berichtigt,

2) zu künftiger Deckung des nurerwähnten jährlichen Bezugs hiernächst eine Capitalsumme von

3,360 Thlr. — - — -

Drei Tausend Drei Hundert Sechzig Thalern,

à 5 Prozent verzinsbar, von Ostern 1818 an, dem Herzogthume Sachsen entrichtet werde.

Sollten auf die, seit 1818 gefälligen Termine, Zahlungen an die Universität Wittenberg geleistet seyn, so werden die hierüber sprechenden Quittungen auf jene Zinsen in Abrechnung gebracht.

3) Die Königlich Preussische Regierung begibt sich, nach Empfang der gedachten Zahlungen, aller fernern Ansprüche an den hier in Rede stehenden Fonds.

3) *Procuratur Meissen.*

Von dem Fonds der Procuratur Meissen, bei dessen Auseinandersetzung das Verhältniss der Volkszahl der daran Theil habenden Kreise und Aemter, welches einen Abtheilungsmassstab von:

0,7290, Sieben Tausend Zwei Hundert Neunzig Zehn Tausend Theilen für das Königreich und von

0,2710, Zwei Tausend Sieben Hundert und Zehn Zehntausend Theilen für das Herzogthum

gewährt, berücksichtigt worden ist, werden

A. Zur Deckung und Abfindung der bleibenden Bezüge, so wie

B. zur Berichtigung des Antheiles, welcher einzelnen Gebietstheilen des Herzogthums an den Ueberschüssen dieses Fonds zusteht, an Preussen überwiesen:

1) die der Procuratur Meissen aus dem Herzogthume gebührenden Leistungen vom 1sten Juli 1815 an;

2) in 5procentigen Staatspapieren und hypothecarischen Capitalien Sechzig Tausend Acht Hundert Vier und Funfzig Thaler, Neunzehn Groschen, Sechs Pfennige,	60,854	Thlr.	19	Gr. 6
3) in 4procentigen Staatspapieren Drei Tausend Vier Hundert Acht und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, Zwei Pfennige,	3,468	-	19	- 2
4) in 3procentigen Staats- und hypothecarischen Papieren, Neun Tausend Acht Hundert Zwei und Vierzig Thaler, Fünf Groschen, Eilf Pfennige,	9,842	-	5	- 11
5) in 2procentigen Staatspapieren, Fünf Tausend Drei Hundert Acht und Dreissig Thaler, Sechzehn Groschen, Zehn Pfennige,	5,338	-	16	- 10
6) an Natural- und Geldbeständen, so wie ausstehenden Resten, Zwei Tausend Zwei Hundert Dreizehn Thaler, Funfzehn Groschen, Zwei Pfennige,	2,213	-	15	- 2

Die sub No. 2, 3, 4 und 5 aufgeführten zinsbaren Capitalien werden vom 1sten Juli 1815 an, der Königlich Preussischen Regierung nach ihren verschiedenen Zinsfüssen verzinset, hierauf

doch die, seit diesem Termine, an Institute und Genussberechtigte des Herzogthums geleisteten Zahlungen in Abrechnung gebracht.

Gegen Empfang obiger Zahlungen begibt sich die Königlich Preussische Regierung aller Ansprüche an die Fonds der Procuratur Meissen, überlässt auch der Königlich Sächsischen Regierung ihren Antheil an dem am 5. Juni 1815 vorhanden gewesenen, auf

17,507 Thlr. 22 Gr. 5 Pf.

genommenen unsichern Vermögen, mit

4,744 Thlr. 15 Gr. 7 Pf.

Vier Tausend Sieben Hundert Vier und Vierzig Thaler, Funfzehn Groschen, Sieben Pfennige.

Die seitdem durch entstandenen Concurs unsicher gewordenen Capitalien und deren Zinsreste, zusammen an

7,744 Thlr. 6 Gr. 11 Pf.

Sieben Tausend Sieben Hundert Vier und Vierzig Thaler, Sechs Groschen, Eilf Pfennige,

werden dagegen nach dem oben bemerkten Massstabe abgetheilt.

Auch verpflichtet sich die Königlich Preussische Regierung, der Königlich Sächsischen Regierung, wegen der, bis zum 1sten Juli 1815 in Rest gebliebenen, Leistungen aus dem Herzogthume Vergütung zu gewähren und sich deren Betrag bei der endlichen Abrechnung anrechnen zu lassen, wogegen von dem Königreiche Sachsen dem Herzogthume dasjenige erstattet wird, was seit dem 1. Juli 1815 auf diese Leistungen an die Procuraturmasse geflichtet worden.

Zu den, auf die Procuratur am 5ten Juni 1815 gewiesenen, temporären persönlichen Bezügen an

3,649 Thlr. 14 Gr. — -

Drei Tausend Sechs Hundert Neun und Vierzig Thaler, Vierzehn Groschen,

treten, auf die Zeit ihrer Dauer, beide Königliche Regierungen, nach dem oben angegebenen Theilungsmassstabe, bei.

Auf den Fall, dass etwa von Seiten des Domcapituls zu Meissen, wegen dessen ursprünglicher Verbindung mit der dasigen Procuratur, oder von sonst irgend Jemanden, aus einem bereits vor dem 5ten Juni 1815 vorhanden gewesenen Grunde

Ansprüche an den Fonds der Procuratur Meissen gemacht wu
den, oder annoch gebracht werden sollten, hat man sich gegen
seitig dahin vereinigt, dass alle dergleichen Ansprüche, wenn d
von den beiderseitigen Regierungen für rechtmässig befunde
werden, von dem Königreiche und Herzogthume Sachsen, nac
eben dem Massstabe, welcher bei Theilung dieses Fonds über
haupt zum Grunde gelegt worden, als eine dem ganzen Fond
zur Last fallende Leistung, gemeinschaftlich übernommen wer
den sollen.

4) *Schul-Pfortaische Stiftung.*

5) *Pfortaische Ueberschusscasse.*

6) *Pfortaischer Reluitions-Zinsen-Fonds.*

Wegen der Fonds der Schule Pforta sind beide Königlich
Regierungen vergleichsweise dahin übereingekommen, dass

1) Preussen das Vermögen der Schul-Pfortaischen Stift
zur unbeschränkten Disposition verbleibt, und alle und jede Z
lungen, welche aus demselben an Institute und andere Gen
berechtigte des Königreiches geleistet werden, vom 5. Juni 18
an, erlöschen; dagegen

2) dem Königreiche Sachsen
a) der sogenannte Pfortaische Reluitions-Zinsen-Fo
so wie
b) die sogenannte Pfortaische Ueberschusscasse
zur alleinigen Disposition überlassen bleiben.

3) Dasjenige, was nach dem 5ten Juni 1815 aus der Sch
Pfortaischen Stiftung in das Königreich, so wie aus dem Pfo
schen Reluitions-Zinsen-Fonds in das Herzogthum Sachsen
zahlt worden, ist gegenseitig von einer Regierung der ander
erstatten.

Die früheren, bis zum 5ten Juni 1815 etwa in Rück
verbliebenen dergleichen gangbaren Leistungen werden aus
jenigen der obengenannten Pfortaischen Fonds, auf welche
damals gewiesen waren, berichtigt.

4) Preussen zahlt überdies an Sachsen, zur Entschädi
wegen der, auf die Schulpfortaische Stiftung für das Königr

Sachsen angewiesenen, künftig wegfallenden Bezüge, ingleichen zu Beseitigung anderer, theils bei der Auseinandersetzung der milden Stiftungen, theils bei Gegenständen des XII. Artikels dieser Convention vorgewalteter Anstände, eine Aversionalsumme von

10,000 Thlr.

Zehn Tausend Thalern,

in 3procentigen Steuerscheinen, nebst Zinsen vom 1sten Julius 1815 an.

5) Die Königlich Sächsische Regierung begibt sich aller weiteren Ansprüche an die Schul-Pfortaische Stiftung, so wie die Königlich Preussische Regierung an den Pfortaischen Reluitions-Zinsen-Fonds und die Ueberschüsse; endlich sind

6) alle, von dem Herzogthume und der Schul-Pforta an das Königreich Sachsen, so wie gegenseitig von dem Königreiche an das Herzogthum Sachsen und an besagte Anstalt, wegen des sogenannten Reluitions-Capitals von 100,000 Mfl. und dessen Zinsen etwa zu erhebende Ansprüche als gänzlich erloschen zu erachten.

Artikel XXV.

7) *Die Wexische Stiftung.*

Die Fonds der Wexischen Stiftung werden unter beide Regierungen, nach der Volkszahl der genussberechtigten Aemter und Districte vertheilt, und ist hiernach das Verhältniss

A) wegen des Fonds, der unter Administration der Königlich Sächsischen Landesregierung gestanden auf

0,0060, Sechzig Zehntausendtheile, für das Königreich und

0,9940, Neun Tausend Neun Hundert und Vierzig Zehntausendtheile, für das Herzogthum;

B) wegen des, unter Administration der Regierung zu Merseburg gestandenen Fonds aber auf

0,1886, Ein Tausend Acht Hundert Sechs und Achtzig Zehntausendtheile, für das Königreich, und

0,8114, Acht Tausend Ein Hundert Vierzehn Zehntausendtheile, für das Herzogthum

anzunehmen gewesen.

Mit Rücksicht auf das nur gedachte Theilungsverhältniss

und auf die, wegen der verschiedenen Zinsfüsse Statt gehab
Reductionen, erhält von dem oben erwähnten Fonds sub A.
Königreich

203 Thlr. 18 Gr. 3 Pf. Zwei Hundert und Drei Thaler, Achtzehn Groschen, Drei Pfennige, zu 5 Procent zinsbares Capital (incl. eines zu 4 Procent zinsbaren Capitals von 200 Thlr. — - — - welches nach 5 Procent nur zu 160 Thlr. — - — - angerechnet wird), } von dem sichern Vermöge

18 Thlr. 4 Gr. 3 Pf. Achtzehn Thaler, Vier Groschen, Drei Pfennige unzinsbar,

81 Thlr. 18 Gr. 6 Pf. Ein und Achtzig Thaler, Achtzehn G schen, Sechs Pfennige, als Antheil den unsichern Activis,

und das Herzogthum

33,756 Thlr. 5 Gr. 9 Pf. Drei und Dreissig Tausend Sieben Hundert Sechs und Funfzig Thaler, Fünf Groschen, Neun Pfennige, zu 5 Procent zinsbares Capital (incl. eines zu $4^1/_2$ Procent zinsbaren Capitales von 11,000 Thlr. — - — -, welches nach 5 Procent nur zu 9,900 Thlr. — - — - angerechnet wird), } von de sichera Vermög

3,011 Thlr. 13 Gr. 10 Pf. Drei Tausend und Eilf Thaler, Dreizehn Groschen, Zehn Pfennige, aus den unzinsbaren Beständen,

13,546 Thlr. 10 Gr. 5 Pf. Dreizehn Tausend Fünf Hundert Sechs und Vierzig Thaler, Zehn Groschen, Fünf Pfennige, als Antheil an dem unsichern Vermögen.

Aus dem Fonds sub B erhält das Königreich

4,969 Thlr. 14 Gr. 8 Pf. Vier Tausend Neun Hundert Neun und Sechzig Thaler, Vierzehn Groschen, Acht Pfennige, an zu 5 Procent zinsbaren Capitalien,

109 Thlr. 9 Gr. 3 Pf. Ein Hundert Neun Thaler, Neun Groschen, Drei Pfennige, an unzinsbaren Capitalien,

} von dem sichern Vermögen.

2352 Thlr. 6 Gr. 3 Pf. Zwei Tausend Drei Hundert Zwei und Funfzig Thaler, Sechs Groschen, Drei Pfennige, als Antheil an dem unsichern Vermögen;

s Herzogthum dagegen

1,380 Thlr. 9 Gr. 4 Pf. Ein und Zwanzig Tausend Drei Hundert und Achtzig Thaler, Neun Groschen, Vier Pfennige, an zu 5 Procent zinsbaren Capitalien

470 Thlr. 14 Gr. 4 Pf. Vier Hundert Siebenzig Thaler, Vierzehn Groschen, Vier Pfennige, an unzinsbaren Capitalien,

} von dem sichern Vermögen.

119 Thlr. 23 Gr. 1 Pf. Zehn Tausend Ein Hundert und Neunzehn Thaler, Drei und Zwanzig Groschen, Ein Pfennig, unsicheres Vermögen.

Die unsichern Activa werden nach den oben angenommenen hältnissen abgetheilt.

Sollten nach dem 5ten Juni 1815. von der Regierung des en Landestheils, einzelnen Individuen des andern Landestheil-

les, Beneficien aus diesem Fonds bewilliget seyn, so werden diese eben sowohl, als diejenigen, welche, vermöge vor nur gedachtem Zeitpunkte beschehener Bewilligungen damals bestanden, von der Regierung des dermaligen wesentlichen Aufenthaltsortes des Beneficiaten berichtiget werden.

An eben diese Regierung ist daher auch der regulativmässige Ersatz der aus den Wexischen Stiftungs-Cassen geleisteten Vorschüsse, eintretenden Falls, zu gewähren.

Uebrigens begeben sich beide Regierungen gegenseitig aller weiteren Ansprüche, wegen der hier in Rede stehenden Fonds.

8) *Die beiden ständischen Pensions- und Gratifications-Cassen.*

Die erste und zweite ständische Pensions- und Gratifications-Casse, welche zu Besoldungszulagen und Gratificationen für academische Lehrer auf den Universitäten Leipzig und Wittenberg bestimmt sind, werden nach der Anzahl der, auf jeder dieser beiden Universitäten, im Jahre 1813 angestellt gewesenen Professoren abgetheilt; dies gewährt einen Theilungsmassstab von $^{27}/_{29}$ auf das Königreich und von $^{29}/_{56}$ für das Herzogthum.

Nach diesem Verhältnisse erhält das Herzogthum von den sichern Activ-Vermögen

5,265 Thlr. 19 Gr. — Pf. Fünf Tausend Zwei Hundert Fünf und Sechzig Thaler, Neunzehn Groschen, à 5 Procent zinsbar,

2,861 - 20 - 3 - Zwei Tausend Acht Hundert Ein und Sechzig Thaler, Zwanzig Groschen, Drei Pfennige, à 4 Procent zinsbar,

440 - 2 - 7 - Vier Hundert Vierzig Thaler Zwei Groschen, Sieben Pfennige baar.

Von dem, bei diesem Fonds vorhandenen unsicheren Vermögen an:

10,000 Thlr. — - — - Zehn Tausend Thaler Capital zu 5 Procent und

90 - 6 - 8 - Neunzig Thaler, Sechs Groschen, Acht Pfennige, an Zinsresten hiervon, bis 5. Juni 181[illegible]

erhält jede der beiderseitigen Regierungen ihren Antheil nach dem übrigen Theilungsmassstabe.

Dem Herzogthume gehen, von dem ihm zukommenden zinsbaren Capitalien, die Interessen nach den verschiedenen Zinsfüssen, vom 6. Juni 1815 an zu gute.

Nach Empfang dieser Zahlung erklärt sich die Königlich Preussische Regierung, wegen dieses Fonds, als abgefunden, und übernimmt ihrerseits die Abführung der, den Genussberechtigten des Herzogthums zugestandenen Gratificationen, von dem gedachten Zeitpunkte an, auf die Zeit ihrer Dauer.

Artikel XXVI.

9) *Procuratur Zeitz.*

An dem Vermögen der Procuraturcasse zu Zeitz erhält das Königreich Sachsen einen Antheil, nach dem Verhältniss der Volkszahl des, demselben verbliebenen Theiles des Stiftes Naumburg-Zeitz, wonach sich der Tilgungsmassstab auf

0,9383, Neun Tausend Drei Hundert Drei und Achtzig Zehntausendtheile für das Herzogthum, und

0,0617, Sechs Hundert Siebzehn Zehntausendtheile, für das Königreich,

bestimmt.

Unter Beachtung dieses Theilungsverhältnisses werden dem Königreiche Sachsen, zur Berichtigung des, demselben an dem, zur Deckung der fortdauernden Bezüge, verbleibenden Ueberschusses, zustehenden Antheils überwiesen:

1) die, von Ortschaften und Grundstücken des Königreiches Sachsen, zur Procuraturcasse zu Zeitz zu leistenden Abgaben und Gefälle, vom 1sten Juli 1815 an, welche nach einem Durchschnittsverhältnisse jährlich 53 Thlr. 21 Gr. 6 Pf. betragen, und 5% zu Capital gerechnet, sich auf

Ein Tausend Sieben und Siebenzig Thaler, Zwei und Zwanzig Groschen . . . . . 1077 Thlr. 22 Gr. — Pf.

laufen,

2) in fünfprocentigen Capitalien,

Fünf Tausend Zwei Hundert Sechs

und Funfzig Thaler, Zwanzig Groschen, Zwei Pfennige	5256	Thlr. 20 Gr. 2 Pf.	
3) in 4½procentigen Capitalien, Sieben Hundert Vier und Neunzig Thaler, Zwanzig Groschen, Fünf Pfennige	794	- 20 - 5 -	
4) in 4procentigen Capitalien, Acht Hundert Ein und Neunzig Thaler, Dreizehn Groschen, Sieben Pfennige	891	- 13 - 7 -	
5) in 3procentigen Capitalien, Siebenhundert Acht und Siebenzig Thaler, Dreizehn Groschen, Zehn Pfennige	778	- 13 - 10 -	
6) an unzinsbarem Vermögen, nach Abzug der, von dem Königreiche Sachsen, bis ultº Juny 1815 annoch zu vertretenden Leistungen und Zinsen, à 187 Thlr. 17 Gr. 5 Pf., Zwei Hundert und Achtzehn Thaler, Zehn Groschen, Elf Pfennige	218	- 10 - 11	

Von den zinsbaren Capitalien werden dem Königr[eiche] Sachsen, nach den verschiedenen Zinsfüssen, die Zinsen v[om] 1sten Juli 1815 an, zu gute gerechnet, dagegen hat dasselbe [die] alle Zahlungen, welche aus der Procuraturcasse, für die Z[eit] vom 1sten Juli 1815, demselben etwa geleistet worden, in A[b]- und Abrechnung bringen zu lassen; eben so aber der Procura[tur]- casse die Rückstandsleistungen von Ortschaften und Grun[d]- stücken des Königreiches, für die Zeit bis zum 1sten Juli 18[15] zu vergüten. Die, seit dem nur gedachten Zeitpunkt, von [den] diesen Ortschaften und Grundstücken, an die Procuratur Z[ah]- etwa erfolgten Leistungen, erstattet letztere dem Königr[eiche] Sachsen.

Von dem, auf

2743 Thlr. 5 Gr. 4 Pf.

Zwei Tausend Sieben Hundert Drei und Vierzig Thaler, Fünf Groschen, Vier Pfennige,

als solcher angenommenen Vermögen der Procuraturcasse, hat das Königreich Sachsen, nach dem oben angegebenen Verhältniss, seinen Antheil zu erhalten.

Wegen der Forderungen der Procuraturcasse an das Weidaische Creditwesen, ingleichen an die sogenannten Alten Stiftungsgelder, wird die weitere Bestimmung bei der Art. XII §. 2 Lit. e eingeleiteten Regulirung des Weidaischen Creditwesens, erfolgen.

Die Königlich Sächsische Regierung begibt sich, nach Empfang der oben gedachten Zahlungen, und unter Vorbehalt ihrer übrigen Ansprüche, wegen der nur erwähnten Forderungen an das Weidaische Creditwesen und an die sogenannten Alten Stiftungsgelder, aller weitern Ansprüche an die Procuraturcasse zu Zeitz. Beide Regierungen verpflichten sich, den erforderlichen Beitrag zu den, auf die Procuraturcasse am 5ten Juni 1815 gewiesenen temporairen persönlichen Bezügen, nach Massgabe des oben bemerkten Theilungsverhältnisses, so lange zu leisten, als die Genussberechtigten solche zu erhalten haben.

10) *Schlosskirchen-Cymbel-Casse zu Zeitz.*

Bei der Schlosskirchen-Cymbel-Casse zu Zeitz, deren Ueberschuss ebenmässig nach dem oben bemerkten Verhältnisse der Stimmzahl der beiderseitigen Antheile an dem Stifte Naumburg-Zeitz abgetheilt wird, erhält das Königreich Sachsen, nach Deckung der auf den Fonds gewiesenen bleibenden Bezüge,

A. 12 Thlr. 8 Gr. 2 Pf. Zwölf Thaler, Acht Groschen, Zwei Pfennige, als Antheil der, dem Fonds gehörigen Cassenbillets-Actien, nebst den davon treffenden Zinsen, vom 1sten Juli 1815 an.

B. 318 - 16 - 3 - Drei Hundert Achtzehn Thaler, Sechzehn Groschen, Drei Pfennige, zu 5 % verzinsbar.

C. 317 - 18 - 1 - Drei Hundert Siebzehn Thaler, Achtzehn Groschen, Ein Pfennig, zu 4 % verzinsbar.

D. 475 - 2 - 2 - Vier Hundert Fünf und Sieben-

zig Thaler, Zwei Groschen, Zwei Pfennige, zu 3 % verzinsbar.

E. 26 Thlr. 9 Gr. 8 Pf. Sechs und Zwanzig Thaler, Neun Groschen, Acht Pfennige, an unzinsbarem Vermögen.

Von den zinsbaren Capitalien gehen dem Königreiche die Zinsen vom 1. Juli 1815 an, nach Verhältniss des verschiedenen Zinsfusses, zu gute; dagegen hat dasselbe dem Herzogthume dasjenige zu erstatten, und auf die Zinsen sich anrechnen zu lassen, was etwa auf die Zeit nach dem 1sten Juli 1815 dem Königreiche aus diesem Fonds gezahlt worden.

Uebrigens begibt sich, nach Empfang dieser Zahlungen, die Königlich Sächsische Regierung aller fernern Ansprüche an diesen Fonds, mit Vorbehalt ihres Anrechtes an die Forderungen, welche mehrgedachtem Fonds an das Weidaische Creditwesen zustehen, da die weiteren Bestimmungen hierüber bei der künftigen Regulirung desselben erfolgen sollen.

11) *Procuratur-Almosen-Casse zu Zeitz.*

Aus der Procuratur-Almosen-Casse zu Zeitz, deren Ueberschuss nach dem, bei den beiden vorhergehenden Zeitzer Fonds, angenommenen Verhältnisse der Volkszahl abgetheilt wird, erhält das Königreich Sachsen, da die gesammten hypothecarischen Capitalien zur Deckung der bleibenden Bezüge des Herzogthums erforderlich, von dem unzinsbaren Vermögen überhaupt

18 Thlr. 11 Gr. 6 Pf.

Achtzehn Thaler, Eilf Groschen, Sechs Pfennige;

ist dagegen verpflichtet, nach eben diesem Verhältnisse zu dem am 5ten Juni 1815 auf diesen Fonds gewiesenen, temporairen persönlichen Bezuge, an 17 Thlr. 12 Gr. jährlich, auf dessen Dauer beizutragen.

Sollte übrigens die Schule zu Zeitz von Eingeborenen des Königlich Sächsischen Stiftsantheils besucht werden, so wird ihnen, neben diesem Recht, der Fortgenuss der, ihnen vor der Abtretung diesfalls zugestandenen Vortheile und Beneficien auch fernerhin zugesichert.

Wegen der, diesem Fonds an das Weidaische Creditwesen

zustehenden Forderungen bleibt auch hier die weitere Bestimmung der allgemeinen Regulirung des Weidaischen Creditwesens vorbehalten, und es begibt sich, mit Vorbehalt der antheiligen Ansprüche an diese Forderungen, die Königlich Sächsische Regierung, nach Empfang der obigen Zahlungen aller ferneren Ansprüche an diesen Fonds.

Artikel XXVII.

12) *Allgemeiner Schulfonds.*

Der allgemeine Schulfonds wird nach der Bevölkerung der betheiligten Provinzen abgetheilt; dies gewährt einen Theilungsmassstab von

0,6772, Sechs Tausend Sieben Hundert Zwei und Siebenzig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,3228, Drei Tausend Zwei Hundert Acht und Zwanzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum.

Von diesem Fonds erhält, mit Rücksicht auf den gedachten Theilungsmassstab, ingleichen auf einen darauf gewiesenen bleibenden Bezug von 5 Thlr. jährlich, für den Schullehrer zu Wohlsborn im Herzogthume, das letztere überhaupt:

100 Thlr. — - — - Ein Hundert Thaler, zinsbar zu 5 Procent vom 6. Juni 1815 an,

und

825 - 1 Gr. 5 Pf. Acht Hundert Fünf und Zwanzig Thaler, Einen Groschen, Fünf Pfennige, unzinsbar.

Sollten aus diesem Fonds, nach dem 5ten Juni 1815, Zahlungen an das Herzogthum geleistet seyn; so werden solche auf obige Zahlungen in Anrechnung gebracht.

Die Königlich Preussische Regierung begibt sich, nach Leistung der gedachten Zahlungen, aller Ansprüche an besagten Fonds.

13) *Ständische Schullehrer-Besoldungs-Casse.*

Aus der ständischen Schullehrer-Besoldungs-Casse, deren Fonds nach dem Massstabe der Bevölkerung in den 7 Kreisen der alten Erblande abgetheilt wird, welches ein Theilungsverhältniss von

0,7039, Sieben Tausend Neun und Dreissig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,2961, Zwei Tausend Neun Hundert und Ein und Sechzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum

gewährt, werden dem letzteren

1) die bis zum 5ten Juni 1815 rückständig gebliebenen Zulagen an Schullehrer des Herzogthums, soweit sie nicht etwa seit diesem Zeitpunkte von dem Königreiche Sachsen bereits berichtigt worden, zu gute gerechnet;

2) als Antheil, welcher den betreffenden Theilen des Herzogthums an dem Bestande dieses Fonds gebührt:

A. in 5procentigen Capitalien, Drei Tausend Sieben Hundert und Ein Thaler, Sechs Groschen, Ein Pfennig	3701 Thlr.	6 Gr.	1 Pf.
B. in 4½procentigen Capitalien, Acht Hundert Drei und Vierzig Thaler, Ein und Zwanzig Groschen, Drei Pfennige	843 -	21 -	3 -

beide nebst Zinsen vom 6ten Juni 1815 an,

C. baar, Acht Hundert Acht und Sechzig Thaler, Drei und Zwanzig Groschen	868 -	23 -	- -

entrichtet, und hierbei diejenigen Zahlungen, welche auf die seit dem 5ten Juni 1815 gefälligen Zulagen von Sachsen an Preussen geleistet worden, dem letzteren in Zurechnung gebracht.

Von dem unsicheren Vermögen dieses Fonds, welches in

1400 Thlr. — - — -			Ein Tausend Vierhundert Thalern Capital zu 5 Procent und
12 -	15 Gr.	4 Pf.	Zwölf Thalern, Funfzehn Groschen, Vier Pfennigen, am 5ten Juni 1815 rückständigen Zinsen

besteht, erhält Preussen seinen Antheil nach obigem Massstabe.

Preussen begibt sich, gegen Empfang obiger Zahlungen, aller Ansprüche an diesen Fonds.

Artikel XXVIII.

14) *Augusteische Priester-Wittwen- und Waisen-Stiftung.*

Aus dem Fonds der Augusteischen Priester-Wittwen- und Waisen-Stiftung, werden dem Herzogthume, nach dem Verhältnisse der Anzahl der Predigerstellen in den betheiligten Provinzen und Distrikten, welches einen Massstab von

0,5200, Fünf Tausend Zwei Hundert Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,4800, Vier Tausend Acht Hundert Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen

gewährt, überwiesen.

I. An sicherm Vermögen:

A.	43,704 Thlr. — - — -	Drei und Vierzig Tausend Sieben Hundert und Vier Thaler, à 5% zinsbar.
B.	91,440 - 18 Gr. 8 Pf.	Ein und Neunzig Tausend VierHundertVierzigThaler, Achtzehn Groschen, Acht Pfennige, à 4½ % zinsbar.
C.	4,944 - — - — -	Vier Tausend Neun Hundert Vier und Vierzig Thaler, à 4% zinsbar.
Dα.	3,840 - — - — -	Drei Tausend Acht Hundert und Vierzig Thaler, in 3procentigen hypothecarischen Capitalien.
β.	819 - — - — -	Acht Hundert Neunzehn Thaler, in 3procentigen Staatspapieren.
E.	528 - — - — -	Fünf Hundert Acht und Zwanzig Thaler, in 2procentigen Staatspapieren.
F.	4,148 - 7 - 6 -	Vier Tausend Ein Hundert Acht und Vierzig Thaler, Sieben Groschen, Sechs Pfennige, baar.

Dem Herzogthume werden auf die ihm, nach Obigem, zu

gewährende Summe zu 5 pro Cent, die aus demselben an diesen Fonds zu leistende, geistlichen Stiftungsgelder, an jährlich

2196 Thlr. 6 Gr. — -

(nachdem 8 Thlr. 18 Gr. vergleichsweise wegen Zwenkau abgerechnet worden) in Anrechnung gebracht, und da diese Leistung nach 5 pro Cent einen Capitalwerth von 43,925 Thlr. ergibt, eine Capitalsumme von 221 Thlr. — - — - zu 5 pro Cent zinsbar, von dem Herzogthume an das Königreich herausgezahlt.

II. Das unsichere Vermögen von

100,046 Thlr. 12 Gr. — -

Einmal Hundert Tausend Sechs und Vierzig Thalern, Zwölf Groschen

Capital und bis 30sten Juni 1815 rückständigen Zinsen, wird nach obigem Massstabe ebenmässig abgetheilt.

Von den zinsbaren Capitalien gehen dem Herzogthume nach den verschiedenen Zinsfüssen, die Zinsen vom 1sten Juli 1815 an, zu gute, auf die Baarzahlung werden dagegen 493 Thlr. 21 Gr. — -, welche aus dem Herzogthume an rückständigen Stiftungsgeldern abzuführen waren, demselben in Anrechnung gebracht.

Vom 1sten Juli 1815 an, übernimmt jede Regierung die Pensionirung nach dem Orte der Anstellung des Pensionairs und ihrer resp. Gatten und Väter.

Sollten an Pensionairs der andern Regierung Zahlungen geleistet seyn, so wird eine Regierung der andern, nach hierüber erfolgter Berechnung, den Ueberschuss erstatten.

Es steht den Pensionairs frei, die ihnen ausgesetzte Pension auch in dem andern Landestheile zu geniessen, ohne dass hierdurch die, nach Obigem sich bestimmende, Zahlungsverbindlichkeit der Regierungen gegen die Pensionairs verändert wird.

Auch wird die Königlich Preussische Regierung der Königlich Sächsischen Regierung deshalb Ersatz leisten, wenn die für die Stifter Merseburg und Naumburg-Zeitz dem Herzogthume bereits in Zurechnung gebrachten, bis zum 1sten Juli 1815 verbliebenen Rückstände, an die Pensionairs des Königreiches, auf den genannten Stiftern, nicht vom Herzogthume abgeführt seyn sollten, ingleichen diejenigen Zinsen sich zurechnen lassen,

welche von den im Herzogthume ausstehenden Capitalien bei Cassen des letztern erhoben worden.

Die Königlich Sächsische Regierung übernimmt vergleichsweise die, den, am 5ten Juni 1815 in Genuss gestandenen Wittwen und Waisen der Geistlichen in den ehemals Westphälischen Aemtern Elbenau, Gommern und Treffurth, bewilligten Pensionen, auf die bestimmte Zeit ihrer Dauer fortzuleisten.

Die Königlich Preussische Regierung begibt sich dagegen aller ferneren Ansprüche an die deshalb auf die Königlich Sächsische Rentkammer fundirte Zuschusssumme von 70 Thlr. jährlich, so wie an diesen Stiftungsfonds überhaupt.

15) *Klengelsche Stiftung.*

Wegen der Klengelschen Stiftung, welche nach dem Verhältnisse der Volkszahl in den 7 Kreisen der alten Erblande, und mithin nach einem Massstabe von

0,7039, Sieben Tausend Neun und Dreissig Zehntausendtheilen für das Königreich, und von

0,2961, Zwei Tausend Neun Hundert Ein und Sechzig Zehntausendtheilen für das Herzogthum Sachsen,

getheilt wird, kommen beide Königliche Regierungen vergleichsweise dahin überein, dass dem Herzogthume

A. 3187 Thlr. 1 Gr. 2 Pf. Drei Tausend Ein Hundert Sieben und Achtzig Thaler, Ein Groschen, Zwei Pfennige, in 5% sichern Activis, nebst Zinsen vom 5ten Juni 1815, und

B. 244 - 12 - 7 - Zwei Hundert Vier und Vierzig Thaler, Zwölf Groschen, Sieben Pfennige, von dem unzinsbaren Cassenbestande

zu überweisen.

Von den unsichern Activis an

22,863 Thlr. 13 Gr. — -

Zwei und Zwanzig Tausend Acht Hundert Drei und Sechzig Thalern, Dreizehn Groschen,

an Capital und Zinsen bis 5ten Juni 1815, erhalten beide Regie-

rungen ihre Antheile nach dem obenbemerkten Theilungsverhältnisse.

Hiernächst ist von dem Herzogthume, nach eben diesem Verhältnisse, auch

C. zu einem Bezuge von 24 Thlr. jährlich, auf die Lebenszeit der Genussberechtigten beizutragen.

Nach Empfang dieser Zahlungsmittel begibt sich die Königlich Preussische Regierung aller Ansprüche an diesen Fonds.

Artikel XXIX.

Bestimmungen in Absicht des Salzes.

In Absicht der, in dem Tractate vom 18. Mai 1815 Art. 19 zur commissarischen Uebereinkunft ausgesetzten näheren Bestimmungen, wegen Ueberlassung einer jährlichen Quantität Salzes an die Königlich Sächsische Regierung hat man sich folgendermassen vereinigt.

Quantität und Qualität des Salzes.

1) Ihro Königliche Majestät von Preussen versprechen der Königlich Sächsischen Regierung jährlich zu überlassen und diese verpflichtet sich anzunehmen

170,000 Centner,

Ein Hundert Siebenzig Tausend Centner weisses Salz, von guter und tüchtiger Qualität, den Centner zu 110 Pfund Berliner Handelsgewicht, nach Dresdner Scheffeln à 128 Pfund Leipziger Handelsgewicht, zu

146,433 $\frac{61}{128}$ Scheffel,

Ein Hundert Sechs und Vierzig Tausend Vier Hundert Drei und Dreissig, Ein und Sechzig Ein Hundert Acht und Zwanzigtheil Scheffel

gerechnet.

Die im oben gedachten Artikel auf Verlangen der Königlich Sächsischen Regierung zugestandene Erhöhung dieser Quantität wird in dem daselbst bestimmten Masse ausdrücklich vorbehalten.

Salinen, aus welchen es zu liefern.

2) Die zu liefernde Quantität Salz soll mit

115,632 $\frac{61}{172}$ Dresdner Scheffel aus der Saline Dürrenberg,
15,140 - - aus den gewerkschaftlichen Salinen zu Teuditz und Kötzschau,
15,661 - - aus der Saline Kösen,
Sa. 146,433 $\frac{61}{172}$ Dresdner Scheffel
geliefert werden.

Daferne jedoch in einer der vorbenannten Salinen, die hier bemerkte Quantität Salz in Einem Jahre nicht erzeugt werden sollte; so wird man Königlich Sächsischer Seits das Ermangelnde von einer der übrigen jener Salinen annehmen.

Preise.

3) Der Preis des Salzes wird für den Dresdner Scheffel zu [illegible] Pfund Leipziger Handelsgewicht, von dem Dürrenberger, Teuditzer und Kötzschauer auf

1 Thlr. 14 Gr. — -
Einen Thaler und Vierzehn Groschen,

von dem Kösener aber auf

1 Thlr. 12 Gr. — -
Einen Thaler und Zwölf Groschen

festgesetzt.

Zeitperiode, für welche diese Preise eintreten.

4) Diese Preisbestimmung gilt nicht allein für das künftig, während der Dauer der weiter unten §. 8 bestimmten Zeit, sondern auch für das, seit und mit dem 1sten October 1818 bereits nach Sachsen gelieferte Salz und es soll daher, wegen des seit dem gedachten Zeitpunkte gelieferten, die nöthige Berechnung gepflogen werden.

Vergütung wegen des früher gelieferten Salzes.

5) Da, vermöge einer, zwischen dem vormaligen Königlich Russischen General-Gouvernement zu Merseburg und dem Königlich Sächsischen Geheimen Finanz-Collegio getroffenen provisorischen Vereinigung, mit Vorbehalt künftiger Berechnung, seit ein Salzpreis von

1 Thlr. 20 Gr. 4 Pf. pro Dresdner Scheffel,

für das, aus den abgetretenen Salinen, an das Königreich Sachsen gelieferte Salz, bestimmt war, so ist man übereingekommen, dass Preussen, wegen dieses von Sachsen zeithero zu leisten gewesenen, und bis zum 1sten October 1818, so in Rechnung zu stellenden, höheren Preises, an Sachsen ein aversionelles Vergütungs-Quantum von

70,000 Thlr. — - — -

Siebenzig Tausend Thalern,

und zwar mit

Vierzig Tausend Thalern, in verloosbaren 3procentigen Steuerscheinen nebst Coupons von pro Michaelis 1818 an,

und

Dreissig Tausend Thalern, in baarem Gelde.

Die Berichtigung dieses Vergütigungs-Quanti wird in der Art geleistet, dass

a) Sachsen vor Entrichtung der nach Artikel XII §. 18 Lit. b, bb, dieser Convention, wegen der Depositorum, an Preussen zu gewährenden 40,000 Thlr. an 3procentigen verloosbaren Steuer-Credit-Cassen-Scheinen, nebst Coupons von pro termin. Michaelis 1818 an, durch Compensation entbunden wird;

b) die 30,000 Thlr. in baarem Gelde, in dem Laufe des jetzigen Jahres 1819 durch successive Abrechnung auf die von Sachsen, für das gelieferte Salz, an Preussen zu zahlenden Summen, abgeführt werden.

Zahlungszeit und Modalität.

6) Die Bezahlung für das gelieferte Salz erfolgt im Ueberigen, der Regel nach, sogleich bei der Abnahme des Salzes, kann zur Hälfte in Preussischem Courant, zur Hälfte in bei den Königlich Preussischen Cassen, nach dem Nennwerth zur jedesmaligen Zahlungszeit gültigen Papiergelde erfolgen.

Ablieferungszeit und Modalität.

7) Ueber die Fristen und die Art der Ablieferung auf Sächsische Transportkosten, hat das Königliche Geheime Finanz-Collegium sich mit der Salinendirection zu vereinigen.

Dauer der dermaligen Uebereinkunft.

8) Gegenwärtige Uebereinkunft wird auf den Zeitraum bis zu dem 1sten October 1829 geschlossen.

Vor Ablauf dieser Frist werden beide Königliche Regierungen, nach Massgabe des Friedenstractates Artikel 19 über die Fortdauer dieser Uebereinkunft sich anderweit vereinigen.

Zölle und andere Abgaben.

9) In Ansehung der Zölle und anderer Abgaben, bewendet es bei den Bestimmungen des Friedenstractats.

Massregeln gegen Unterschleife.

10) Zu Verhütung etwanigen Unterschleifes, soll die Ablieferung des Salzes nicht unmittelbar an die Unterthanen, sondern an die betreffenden Königlich Sächsischen Behörden erfolgen; auch wollen beide Regierungen, mit gemeinsamen Einverständniss, die nöthigen Massregeln treffen, dass von den Unterthanen kein Salz nach dem andern Landestheile verkauft oder heimlich eingebracht werde.

Artikel XXX.

Actenabgabe.

Alle etwa noch nicht abgegebenen Urkunden, Acten, Bücher, Rechnungen und andere Schriften und Papiere, auch insoweit ihrer in gegenwärtiger Hauptconvention nicht besonders erwähnt ist, welche auf die Regierung und Administration eines oder des andern Landestheils ausschliesslichen Bezug haben und dabei nothwendig oder nützlich erachtet werden können, (wohin namentlich auch die von Königlich Sächsischen Behörden über die, vermöge obigen Artikels XII §. 18 nunmehro von Preussen zu vertretenden Deposita ausgestellten Recognitionen gehören,) sollen gegenseitig, sobald es möglich, vollständig ausgeliefert werden, und eben so wird man von solchen Urkunden, Acten, Rechnungen und andern Schriften, die für beide Regierungen annoch von Interesse seyn können, auf Erfordern, gegenseitig Abschriften oder Auszüge ohne Verzug ertheilen.

Sämmtliche Abschriften oder Auszüge, welche vermöge dieses oder eines andern vorhergehenden Artikels, oder vermöge

einer der früheren abgeschlossenen Conventionen, gegenseitig mitzutheilen sind, werden, insofern sie nicht von Privatpersonen verlangt werden, oder blos auf das Privat-Interesse Bezug haben, unentgeldlich gefertigt werden.

Jede Regierung wird sogleich, nach erfolgter Vollziehung der gegenwärtigen Hauptconvention, die nöthigen Befehle an die betreffenden Behörden, wegen genauer, schneller und vollständiger Befolgung der obigen Bestimmungen, ergehen lassen.

Artikel XXXI.

Schlussberechnung.

Nach Vollziehung dieser Convention wird sofort eine General-Schlussberechnung über alle und jede von beiden Regierungen, in derselben übernommenen, gegenseitigen Zahlungsverbindlichkeiten angelegt werden. Insofern letzteren nicht, vermöge besonderer Verabredung, in einzelnen Fällen bis dahin bereits genügt worden, tritt für beide Regierungen erst nach erfolgter Genehmigung obiger Schlussberechnung, die übernommene Zahlungsverbindlichkeit ein, indem durch mehrerwähnte Schlussberechnung sich erst ergeben kann, welche Summe mit Berücksichtigung der nothwendig Statt findenden Compensationen, von einer Regierung an die andere herauszuzahlen seyn dürfte. Die solchergestalt ermittelten Summen werden sogleich, nach der Vollziehung der Hauptconvention berichtigt.

Artikel XXXII.

Grossherzoglich Weimarische Beitrittserklärung betreffend.

Da Königl. Preussischer Seits einige Districte des, durch den Tractat vom 18. Mai 1815 acquirirten Theils des Königreichs Sachsen an das Grossherzogthum Weimar überlassen und in der unterm 22. September d. a. zwischen Preussen und Weimar geschlossenen Staatsvertrage unter andern im Artikel 10 von Grossherzoglich Weimarischer Seite ausdrücklich erklärt worden ist:

„dass Sr. Königl. Hoheit, in Absicht dieser Gebiete, die Bestimmungen als auch für sich gültig anerkennen, welche in dem, zwischen Sachsen und Preussen am 18. Mai 1815 geschlossenen Vertrage, und namentlich in den

Art. 6, 7, 9, 10, 11 und 13 enthalten sind, oder von der, in Gemäßheit des 14. Artikels des gedachten Vertrags anzuordnenden Commission noch würden festgesetzt werden;“

So übernimmt die Königlich Preussische Regierung, die pünktliche Erfüllung dieser Erklärung zu garantiren, und verspricht: die Königlich Sächsische Regierung hierunter allenthalben und zu jeder Zeit gegen Weimar zu vertreten.

Artikel XXXIII.

Allgemeine Verzichtleistung.

Durch die, in den vorhergehenden Artikeln der gegenwärtigen Hauptconvention erfolgte Auseinandersetzung und Ausgleichung, werden alle Ansprüche, welche von einer oder der andern Regierung, in Beziehung auf den Friedenstractat vom 18. Mai 1815 oder aus der, demselben vorausgegangenen Verwaltung der Königlich Sächsischen Lande, nach allen verschiedenen Epochen derselben, gemacht worden sind, oder auf irgend eine Weise noch gemacht werden könnten, für beseitigt und aufgehoben erklärt, und beide Theile verzichten hierdurch gegenseitig feierlichst auf alle fernere, in der gegenwärtigen Hauptconvention nicht gegründete diesfallsige Anforderungen.

Artikel XXXIV.

Schifffahrt auf der Elbe.

Da die, vermöge des, am 18. Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractates, Artikel 17, zwischen Preussen und Sachsen, in Bezug auf die Elbschifffahrt zu treffenden besonderen Verabredungen auf das allgemeine Reglement zu gründen seyn werden, welches, vermöge des 108ten Artikels der Wiener Congressacte, von allen Regierungen, deren Gebiet die Elbe berührt, gemeinschaftlich zu entwerfen ist, und wozu bereits die nöthigen Einleitungen getroffen sind; so behalten sich beide Königliche Regierungen zur Zeit nur vor, nach zu Stande gebrachtem allgemeinen Reglement, dasjenige noch unter sich festzusetzen, was etwa dann noch einer besonderen Vereinigung über diesen Gegenstand zwischen beiden Staaten bedürfen wird.

Artikel XXXV.

Bekanntmachung der nöthigen Artikel.

Diejenigen Artikel oder Paragraphen, welche, nach dem einverständlichen Ermessen beider Königlichen Regierungen, dazu geeignet sind, werden zur allgemeinen Wissenschaft durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

Artikel XXXVI.

Ratification.

Gegenwärtige Hauptconvention wird von Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und Preussen ratificirt werden, und die Auswechselung der Ratificationen innerhalb drei Wochen, oder, wenn es geschehen kann, noch früher erfolgen.

Zu Urkund dessen haben der Kaiserlich Königlich Oesterreichische Vermittelungs-Commissär, ingleichen die beiderseitigen Königlichen Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Geschehen Dresden, den 28. August 1819.

Der Oesterreichisch Kaiserliche
Vermittelungs-Commissär,

Gärtner. (L. S.)

von Globig. (L. S.)

v. Jordan. (L. S.)

a) Vergl: Uebersicht sämmtlicher Steuer-Credit-Cassen-Schulden und deren Abtheilung.
Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 359—362.

b) Vergl: Nachweisung der Preussischer Seits übernommenen unverwandelten Steuerscheine.
Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. 363—370.

c) Vergl: Abschluss der erbländischen Ständischen Steuer-Credit-Casse, bis mit dem Michaelis-Termin 1817.
Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 371—378.

d) Vergl: Uebersicht, die Auseinandersetzung

erbländischen Steuerärars, so wie das der Stifter Merseburg und Naumburg-Zeitz betreffend.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 379—384.

e) Vergl: Uebersicht sämmtlicher Kammer-Credit-Cassen-Schulden und deren Abtheilung.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 385—392.

f) Vergl: Abschluss der Königlich Sächsischen Kammer-Credit-Casse bis mit dem Michaelis-Termin 1817.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 393—399.

g) Vergl: Berechnung über den Nebenfonds der Königlich Sächsischen Kammer-Credit-Casse.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819, S. 401.

h) Vergl: Berechnung und Abtheilung der Königlich Sächsischen Cassenbillets-Haupt-Auswechselungs-Casse, rücksichtlich

der ausstehenden Capitalien,
der Staatspapiere und baaren Gelder.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 403—405.

i) Vergl: Berechnung über die Bestände

A. der Königlich Sächsischen vormaligen Haupt-Auswechselungs-Casse, so weit sie in Cassenbillets bestanden,

B. der in Leipzig sich befundenen Cassenbillets-Disconto-Casse, und deren Abtheilung.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 407—409.

k) Vergl: Uebersicht derjenigen Königlich Sächsischen [Be]amten und Pächter in dem abgetretenen Landestheile, [w]elchen, von den Königlich Sächsischen Behörden, nach dem 5. [M]ai 1815 bereits Abrechnung gepflogen worden.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 411—414.

l) Vergl: Abtheilung der ehemaligen General-Brand[ca]sse.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 415—417.

m) Vergl: Haupt-Nachweisung über Einnahme und Ausgabe bei dem Immobiliar-Brand-Versicherungs-Institute bis mit Ostern 1816 und Berechnung, was diesfalls ein Landestheil dem andern herauszugeben hat.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 419—425.

n) Vergl: Berechnung zur Auseinandersetzung des Mobiliar-Brand-Versicherungs-Instituts.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 427.

o) Vergl: Uebersicht der Activorum und Passivorum der allgemeinen Straf-Versorgungs- und Land-Arbeits-Anstalten und deren Abtheilung.

Gesetz-Sammlung für das Königreich Sachsen, 1819. S. 429—435.

LXII.

Beilagen zur Haupt-Convention vom 28. August 1819.

A.

Convention wegen Abgabe und Fortsetzung der in dem Königreiche und Herzogthume Sachsen anhängigen Rechtssachen, unterzeichnet zu Dresden am 20. Februar 1816.

Nachdem die, in dem Wiener Friedens-Tractate, zwischen Ihren Königl. Majestäten von Sachsen und von Preussen, vom 18. Mai v. J., an Preussen erfolgte Abtretung einiger Provinzen, Districte, Gebiete oder Gebietstheile, auch Bestimmungen wegen des veränderten Gerichtsstandes bei den betreffenden Landestheilen nothwendig macht, so ist, wegen Abgabe und Fortsetzung der bei den Gerichtshöfen beider Lande verhandelten Prozess-, Vormundschafts-, Hypotheken-, Lehns- und anderer Rechtsangelegenheiten, und wegen der dazu gehörigen Acten, Depositen und Documente, es mögen sich nun diese bei obern oder niedern Civil-, geistlichen oder Militair-Gerichten, oder sonstigen Behörden befinden, unter Vermittelung des mitunterzeichneten Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Herrn Commissarii, von den beiderseitigen Auseinandersetzungs- und Ausgleichungs-Commissarien, Kraft ihrer Vollmachten und Instructionen, ingleichen mit Zuziehung des mitunterzeichneten Königl.

Preussischen Kammergerichtsraths, Herrn Sietze, nachstehende Uebereinkunft verabredet und geschlossen worden.

1.

Personalsachen.

Bei allen, bewegliche Sachen betreffenden und überhaupt bei allen persönlichen Klagen ist der wesentliche Wohnsitz des Beklagten, letzterer mag einen privilegirten oder den gewöhnlichen Gerichtsstand gehabt haben, zur Richtschnur anzunehmen, und der Prozess vor demjenigen Richter fortzusetzen, welchem der Beklagte oder dessen Erben, am dreissigsten November v. J. nach deren damaligem wesentlichen Wohnsitze, unterworfen waren.

Die Rechtsangelegenheiten derjenigen, welche am gedachten Tage weder in dem Königreiche Sachsen, noch in der Königl. Preussischen Monarchie überhaupt ihren wesentlichen Wohnsitz hatten, oder nicht in Civil- und Militairdiensten derselben standen, verbleiben dem Gerichte, wo sie dermalen anhängig sind.

Diese Bestimmungen wegen des nurgedachten Zeitpunktes so wie wegen der Ausländer und des privilegirten Gerichtsstandes, gelten als allgemeine Regel für alle die Fälle, wegen welcher in dieser Convention nicht etwas Anderes ausdrücklich festgesetzt ist.

2.

Litis-Consorten.

Wenn bei Personalklagen mehrere Litis-Consorten vorhanden sind, welche unter verschiedener Landeshoheit wohnen, so ist die Sache da zu lassen und zu beendigen, wo sie am dreissigsten November v. J. anhängig war. Jedoch steht den Partheien, Klägern sowohl als Beklagten, frei, darauf anzutragen, dass wenn der Gegenstand der Klage theilbar ist, in Rücksicht derjenigen Litis-Consorten, mit welchen die antragende Gegenpartei unter derselben Landeshoheit steht, die Sache, in Rücksicht dieser Theilhaber, an ihre Landeshoheit abgegeben werde. In diesem Falle sind die Gerichte der andern Landeshoheit gehalten, die dazu nöthigen Verhandlungen, blos gegen Vergütung der Copialien, der neuern Gerichtsbehörde mitzutheilen.

3.

Realklagen überhaupt.

Realklagen werden vor dem Gerichte fortgesetzt, unter welchem der streitige Gegenstand gelegen ist. Dies findet auch bei Sequestrationen, Subhastationen und andern ein Grundstück und Grundgerechtigkeiten betreffenden, gerichtlichen Handlungen Statt, insofern nicht eine Ausnahme ausdrücklich bedungen ist.

4.

Bei Grundstücken unter verschiedener Landeshoheit.

Sollte der Gegenstand des Prozesses sich zum Theil in dem Königreiche, zum Theil in dem Herzogthume Sachsen befinden, so wird der Prozess da, wo er anhängig ist, beendigt; liegt jedoch der überwiegend grössere Theil unter der andern Landeshoheit, so ist die Sache an die gegenseitige Gerichtsbehörde abzugeben.

5.

Streitigkeiten, wobei die Gränze einschlägt.

In Rücksicht der Streitigkeiten, wobei die Landesgränze einschlägt, ist denjenigen Grundsätzen nachzugehen, welche in dergleichen Angelegenheiten bisher zwischen den beiderseitigen Regierungen Statt gefunden haben.

6.

Concurse.

Die Fortsetzung der Concurssachen richtet sich nach dem wesentlichen Wohnsitze des Gemeinschuldners am dreissigsten November v. J. und, wenn derselbe früher verstorben, nach seinem Wohnsitze am Tage der Eröffnung des Concurses durch Erlassung der Edictalien; es wäre denn, dass der Schuldner, oder dessen Erben und die Mehrheit der Gläubiger, einverständlich wünschten, den Concurs bei dem Gerichte, wo er einmal anhängig ist, fortzusetzen. In diesem Falle ist jedoch die Mehrzahl der Gläubiger nicht nach den Köpfen, sondern nach dem Betrage und der Qualität der Forderungsgegenstände zu bestimmen. Die diesfallsige Erklärung muss binnen Sechs Wochen, vom Tage der Bekanntmachung gegenwärtiger Convention, ent-

weder von dem Betheiligten selbst, oder, wenn sie durch Bevollmächtigte erfolgt, mittelst Beibringung einer Special-Vollmacht, bei dem zeitherigen Richter geschehen. Sollte bei oder über diese gemeinsame Erklärung irgend ein Zweifel oder eine Ungewissheit obwalten, so ist die Abgabe der Acten ohne Anstand zu bewirken.

In den Fällen, wo die vorgedachte Ausnahme von der Regel eintritt, muss jedoch der Richter, bei welchem der Concurs schwebt, die diesfallsigen Original-Erklärungen und Vollmachten, mit einer Uebersicht der Forderungen, welche an die Masse gemacht werden, und des Fundaments, aus dem dieselben entspringen, der gegenseitig zur Actenübernahme nach §. 34 autorisirten Behörde mit übergeben, welche selbige, in dem Falle eines ihr beigehenden Bedenkens, ihrer oberen Behörde zur weiteren Entschliessung einreicht.

7.

Dazu gehörige Grundstücke.

Wenn zu der Concursmasse Grundstücke gehören, welche unter einer andern Landeshoheit liegen, als wo der Concurs verhandelt wird, so sind sowohl die Subhastation, als die dazu nöthigen Einleitungen und andere darauf Bezug habende gerichtliche Handlungen, auf Antrag des, den Concurs dirigirenden Gerichts, von dem Richter, unter welchem das Grundstück liegt, vorzunehmen; derselbe zieht auch die Kaufgelder ein und befriedigt die Realgläubiger, nach der Anweisung des Concursgerichts, zahlt aber den, nach Befriedigung der Realgläubiger und nach Abzug der gewöhnlichen Gerichtskosten, etwa verbleibenden Ueberschuss an den Concursrichter hinaus.

8.

Beigüter und Parzellen.

Liegt indess das Hauptgut unter der Landeshoheit des Concursgerichts, und es gehören dazu blos einzelne Beigüter oder Parzellen, welche in dem gegenseitigen Gebiete gelegen, jedoch in dem Complexu des Hauptgutes mit verpfändet sind, so gehen in Rücksicht dieser einzelnen Stücke, die Subhastation und andere nöthige Verfügungen mit vor die Gerichte, unter welche

das Hauptgut liegt; und es kann bei den Gerichten der erstern kein Special-Concurs eröffnet werden, sondern diese haben auf den Antrag der Haupt-Concursbehörde das Erforderliche zu besorgen.

9.

Sequestration u. s. w. ausser dem Concurse.

Gleiche Grundsätze sind bei Streitigkeiten über Grundstücke, wo, ausser dem Fall eines eröffneten Concurses, von Befriedigung mehrerer Gläubiger aus diesen Grundstücken, oder von Sequestration oder Subhastation derselben, die Frage ist, zu beobachten.

10.

Erbschaftsangelegenheiten.

In Erbschaftsangelegenheiten, bei Regulirung und Theilung der Erbschaftsmasse, und was dahin gehörig, ingleichen, wenn über einen Nachlass der Concurs eröffnet worden, entscheidet der Wohnsitz des Erblassers, und in Ansehung der dazu gehörigen Grundstücke ist, nach der Lage derselben, dasjenige zu befolgen, was bei den Concursen in den vorhergehenden Paragraphen festgesetzt worden.

11.

Vormundschaften.

Vormundschaftsangelegenheiten sind, insoweit hierunter in den folgenden Paragraphen keine abändernde Bestimmung getroffen worden, von den Gerichten fortzusetzen, unter welchen der Erblasser zur Zeit des Ablebens seinen wesentlichen Wohnsitz gehabt hat.

12.

Personal-Vormundschaft.

Die Bestellung der Personal-Vormundschaft gehört für die Gerichte, wo der Minderjährige sich wesentlich aufhält, und sind die dahin gehörigen Acten an dieselben abzugeben. Haben diese Minderjährigen, welche Grundstücke unter verschiedener Landeshoheit besitzen, ihren Aufenthalt bis zum dreissigsten November v. J. bereits auf Gütern genommen, welche unter einer andern Landeshoheit liegen, als wohin die Vormundschaftsange-

legenheit, nach dem gehabten Gerichtsstande des Erblassers, zur Zeit seines Ablebens, in Folge obigen Grundsatzes gehört würde, so kann der Minderjährige nicht genöthigt werden, unter diese Landeshoheit zurückzukehren, sondern die Vormundschaft ist von der Obrigkeit des Aufenthaltsortes fortzusetzen.

13.

Vormundschaft über Verschwender, Blödsinnige, Abwesende u. s. w.

Wegen Verschwender, Blödsinniger und überhaupt solcher Personen, wegen welcher aus einem andern Grunde, als der Minderjährigkeit, eine Bevormundung eingetreten ist, richtet sich die Abgabe der Documente und Depositen nach dem wesentlichen Wohnorte des Curanden, am dreissigsten Nov. v. J. es sey denn, dass der Curande damals in eine öffentliche oder Privatanstalt untergebracht gewesen, da sodann dessen letzter wesentlicher Wohnort vor dieser Unterbringung entscheidet.

Bei bevormundeten Abwesenden entscheidet deren letzter wesentlicher Wohnort vor der Entfernung.

14.

Zur Vormundschaft gehörige Immobilien.

In Absicht der zu dem Vermögen der Unmündigen oder Curanden gehörigen Immobilien, welche unter der andern Landeshoheit liegen, steht der gegenseitigen Gerichtsbehörde frei, wenn dieser besondere Vormünder zu bestellen, oder den auswärtigen Personal-Vormund ebenfalls zu bestätigen. Im erstern Falle haben die Gerichte der Hauptvormundschaft gehalten, der Behörde welche wegen der Grundstücke besondere Vormünder bestellt hat, aus den Acten die nöthigen Nachrichten, auf Erfordern mitzutheilen; auch haben beiderseitige Gerichte, wegen Verwendung der Einkünfte auf den Gütern, soweit solche zum Unterhalt und der Erziehung, auch sonstigen Fortkommen der Unmündigen oder Curanden erforderlich, sich mit einander zu vernehmen und in dessen Verfolg das Nöthige zu verabreichen.

15.

Vormundschaft über den mütterlichen Erbtheil.

Ist der Vater noch am Leben, so wird, in Absicht des

terlichen Erbtheils, die Vormundschaft der Kinder bei dem Gerichte fortgesetzt, unter welchem ersterer am dreissigsten November v. J. seinen wesentlichen Wohnsitz hatte; jedoch bleibt auch hier den verschiedenen Landesbehörden unbenommen, über die unter ihrer Landeshoheit gelegenen Immobilien besondere Vormünder zu bestellen, insoweit diese bei dem Leben des Vaters überhaupt zulässig sind.

16.

Libertirung der Vormünder.

In allen den Fällen, wo von der jenseitigen Gerichtsbehörde neue Vormünder bestellt werden, haben die abgehenden Vormünder die Rechnungen, bis zur Zeit ihres Abganges, dem bisherigen vormundschaftlichen Gerichte, es sey dies das eigentliche oder commissionsweise bestellte, einzureichen, welches sodann die Rechnungen, da nöthig, monirt, sich darüber mit dem neuen Vormundschaftsgerichte vernimmt, und, nach dessen erfolgter Erklärung, wenn kein Bedenken obwaltet, den bisherigen Vormund liberirt.

17.

Edictalprozesse.

Edictalprozesse gegen Abwesende folgen dem letzten, innerhalb dem jetzigen Königreiche oder Herzogthume Sachsen gehabten Gerichtsstande.

18.

Abwesender Ehescheidungen.

Die Ehescheidungssachen Abwesender gehören vor den Gerichtsstand, unter welchem der zurückgebliebene Ehegatte, welcher die deshalb etwa nöthige Edictal-Citation ausgebracht hat, sich am dreissigsten November v. J. wesentlich aufhielt.

19.

Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die Verhandlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, ingleichen die gerichtlich niedergelegten Testamente, bleiben da, wo sie sich befinden; und es beruht lediglich auf der Willkühr der Interessenten, ob sie dergleichen Verhandlungen und niederge-

legte Urkunden abfordern und einem andern Gerichte übergeben wollen.

20.

Untersuchungssachen.

Alle Criminal-, fiscalische und andere Untersuchungssachen werden vor dem Gerichte, unter welchem der Angeschuldigte seinen Wohnsitz gehabt hat, fortgesetzt.

Sollte indess die Untersuchung bei dem zeitherigen Gerichte ihrem Ende nahe und bereits so weit gediehen seyn, dass das Verfahren annoch binnen Vier Wochen, vom Tage der erlassenen und behörig insinuirten Bekanntmachung gegenwärtiger Convention, zum nächsten Spruche beendigt seyn kann, so bleibt die Sache bei dem ersten Richter; der Angeschuldigte wird jedoch nach vollführtem Verfahren, mit den Acten, zu Abfassung oder Einholung des Urtheils, auch Vollziehung der Strafe an die gegenseitige Behörde überlassen. Nach Ablauf der Vier Wochen muss die Abgabe des Angeschuldigten und der Acten in jedem Falle erfolgen.

21.

Mitschuldige.

Wo Mitschuldige aus dem beiderseitigen Gebiete vorhanden sind, wird die Untersuchung gegen selbige, da, wo sie anhängig gemacht ist, fortgeführt, und soll die jedesmalige erforderliche Gestellung dieser Mitschuldigen, Behufs der Vernehmung, Confrontation, oder einer andern zu dieser Untersuchung erforderlichen, gerichtlichen Handlung, aus dem andern Gebiete unmittelbar erfolgen.

Sollte sich hierbei die Verhaftung des gestellten Mitschuldigen als nothwendig ergeben, so kann der untersuchende Richter sie zwar verfügen, muss jedoch den Verhafteten, ohne Anstand, seinem ordentlichen Richter ausliefern. Das Urthel wird nach dem Gerichte, welches die Untersuchung führt, nach denjenigen Gesetzen abgefasst, welche in den beiden Gebieten die meisten sind.

Die Vollziehung der Strafen muss jedesmal von der ordentlichen Obrigkeit des Verurtheilten erfolgen. Auch ist sofern

Verzeichniss der, aus dem gegenseitigen Gebiete, schon Inhaftirten, von den betreffenden Obrigkeiten ihren Regierungen einzureichen, welche solche einander gegenseitig mittheilen werden.

22.

Bestrafung überhaupt.

Die gelindere Bestrafung findet auch in den §. 20 erwähnten, so wie überhaupt in allen übrigen Fällen Statt, wo Angeschuldigte der gegenseitigen Landesbehörde auszuliefern sind.

23.

Defraudationen der Einnehmer u. s. w.

Was die Untersuchungen in Einnahme-, Cassen- und Rechnungssachen wegen Defecten (Propreresten oder anderer Veruntreuungen) betrifft, entscheidet der Wohnsitz zwar ebenfalls über den Gerichtsstand des Schuldigen, jedoch wird wegen Ersatz, Strafe und Kosten die bereitwillige Unterstützung der gegenseitigen Landesbehörden, so wie die ungehinderte Verabfolgung dessen zugesichert, was, nach Massgabe der, im Königreiche Sachsen geltenden Rechte, wegen der Priorität, aus dem Vermögen des untreuen Dieners, zur Entschädigung der Cassen erlangt werden kann. Die Behörden werden jedoch hierunter allenthalben noch nähere Anweisungen erhalten.

24.

Depositen.

Die zu jeder, an eine Gerichtsbehörde des andern Gebiets, vermöge dieser Convention, übergehenden Sache gehörigen Deposita und Documente werden von sämmtlichen Behörden aus beiden Antheilen, sogleich mit der Sache selbst an die gegenseitige Behörde ausgeliefert, oder, wenn die Sache bereits in den jenseitigen Händen sich befindet, unverzüglich nachgesendet.

Jede Behörde ist verpflichtet, in beiden Fällen darüber eine vollständige Nachweisung zu fertigen und der jenseitigen Behörde zu übergeben. Was jedoch die zu der Königlich Sächsischen Rentkammer oder dermaligen Depositencasse, eingelieferten Deposita anbelangt, so wird wegen der Zeit ihrer Nachzahlung besondere Uebereinkunft getroffen werden.

25.

Abhaltung der Termine.

Damit wegen der, in den abzugebenden Rechtssachen, zu
Zeit der Abgabe etwa noch stehenden Termine, zum Nachth
der Partheien, keine Ungewissheit entstehe, so wird festgesetzt
dass diese Termine, sobald solche nicht ausdrücklich aufgehob
worden, der Abgabe ungeachtet, bei dem neuen Gerichte ihre
Fortgang haben sollen, eben so, als ob sie von diesem selbst an
gesetzt worden wären. Das abgebende Gericht muss aber di
besondere Nachweisung der anberaumten, noch nicht abgehal
nen Termine, der Behörde, an welche es die Acten abgibt, gleic
zeitig übergeben.

26.

Edictal-Termine u. s. w.

Wegen der, in den abzugebenden Concurssachen noch
dere stehenden Edictal- und andern durch die öffentlichen Bl
bekannt gemachten Termine, hat man festzusetzen für zwe
mässig gefunden:

1) dass diese Termine, wenn sie binnen den nächsten V
Wochen von Zeit der öffentlichen Bekanntmach
dieser Convention fallen, annoch vor demjenigen
ter abgehalten werden sollen, vor welchem die Con
dermalen anhängig sind; und
2) dass, nach Verlauf dieser Frist, die erwähnten T
mine zwar bei dem neuen Richter, an welchen
Concurse durch die Abgabe gelangen, abzuhalten
dass aber der vorige Richter, wenn ein oder der a
Interessent, oder sämmtliche Theilhaber, dem
achtet sich zum Termine bei ihm anmelden sollten,
Registratur darüber abzufassen, und solche dem
Richter, an welchen der Concurs gelangt ist, b
der nächsten Vier Wochen, entweder urschriftlich
in beglaubter Abschrift, mitzutheilen habe.

27.

Prozessform.

Nach welcher Prozessform die schwebenden, an die Ger

des Herzogthums gelangenden Sachen fortzusetzen, dies hängt von den deshalb von der Preussischen Regierung zu treffenden Bestimmungen ab; jedoch geschieht Königlich Preussischer Seits die Zusicherung, dass die Rechte der Partheien in den Fällen nicht gefährdet werden sollen, wo die Formalien, nach der bisherigen Prozessform einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung der Hauptsache haben, oder solche schon erworbene Rechte und Befugnisse begründen, als wohin z. B. das Recht der Edes-Delation, der Reinigungs- und Ergänzungseide u. s. w. zu zählen.

28.

Beobachtung der Königlich Sächsischen Gesetze.

Dagegen werden im Materiellen bei den, nach obigen Grundsätzen an die Königlich Preussischen Behörden abzugebenden Rechtssachen, die §. 12 und 22 erwähnten Straffälle ausgenommen, durchgängig die bisher bestandenen Königlich Sächsischen Gesetze beobachtet.

29.

Mittheilung der Gesetzgebungs-Nachrichten.

Zu dem Ende verspricht man Königlich Sächsischer Seits, auf die Gesetzgebung Bezug habenden Nachrichten und Abschriften aus den, dem Königreiche Sachsen verbleibenden, allgemeinen, die Gesetzgebung betreffenden Acten den Behörden des Herzogthums Sachsen auf Verlangen, mitzutheilen.

30.

Gerichtsgebühren.

Die Auslieferung der abzugebenden Acten soll von der zuerst zu bewirkenden Bezahlung der, in der Sache etwa noch rückständigen, gerichtlichen und aussergerichtlichen Verläge, Sporteln und andern Unkosten nicht abhängig gemacht werden; doch wird die gegenseitige Zusicherung ertheilt, dass das neue Gericht, wohin die Rechtssache gedeihet, für die alsbaldige Einziehung und Berichtigung der Verläge und übrigen Gebühren, welche solche nicht dem Staate, sondern Privatpersonen zu entrichten sind, und nicht in öffentliche Cassen fliessen, vorzügliche Sorge tragen solle.

Wegen der in die öffentlichen Cassen fliessenden Sporteln

wird besondere Bestimmung vorbehalten, jedoch darf auch wegen dieser Sporteln die Abgabe der Acten nicht aufgehalten werden.

31.

Künftige Mittheilung der abgegebenen Acten.

Bei Abgabe der Acten wird deren Wiedermittheilung an die ausantwortende Behörde, besonders in Vormundschafts- und Concurssachen, auch in Lehns- und Consenssachen, wegen der, zu einem Hauptgute gehörigen, in dem jenseitigen Gebiet gelegenen Pertinenzien, bedungen und gegenseitig zugesichert, wenn solche bei etwanigen Regressklagen oder andern Rechtsangelegenheiten zu Rechtfertigung des vorigen Richters, oder sonst, nöthig seyn oder werden sollten.

32.

Lehns- und Consens-Acten.

Die Lehns- und Consens-Acten, auch andere dahin gehörige Schriften, soweit sie zu trennen sind, verbleiben oder sind dem Lehns- oder Gerichtshofe zu überliefern, unter welchem das betreffende Grundstück gelegen und zu verleihen ist.

33.

Ueber Güter verschiedener Landeshoheit.

Sind mehrere unter beiderlei Landeshoheit gelegene Güter in einem Complexu begriffen, so gehören die Originalien derjenigen Landesbehörde, unter welcher das Hauptgut gelegen ist; von diese hat der jenseitigen Behörde, unter welcher die übrigen Grundstücke liegen, auf Verlangen die erforderlichen Abschriften zu ertheilen. Der letztern wegen darf daher die Abgabe der Acten nicht aufgehalten werden.

34.

Behörde zur Abgabe.

Jede Justizbehörde hat die, in Sachen solcher Personen welche ihrer Gerichtsbarkeit unmittelbar untergeben sind, sowohl als die commissionsweise vor ihr ergangenen Acten, insoweit solche nach den vorstehenden Grundsätzen an die gegenseitigen Gerichte abzugeben sind, unmittelbar und ohne weitere Rückfrage, an die von jeder Regierung hierzu zu beauftragenden und sich darüber gehörig legitimirenden Beamten des andern Landes

mittelst Verzeichnisses, gegen Quittung, welches bei ihrer vorgesetzten Behörde zur Kenntnissnahme einzureichen ist, ohne Anstand abzuliefern.

Die allhier in Dresden, bei den höchsten Behörden befindlichen, zur Abgabe geeigneten Rechtsacten werden an die Königlich Preussischen Commissarien zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen abgegeben.

35.

Künftig anhängig werdende Rechtssachen.

Uebrigens gilt die gegenwärtige Uebereinkunft in allen ihren Bestimmungen nur in Rücksicht der bis zu dem dreissigsten November v. J. anhängig gewesenen Rechtssachen; in Rücksicht der später anhängig gewordenen treten die allgemeinen Grundsätze ein, welche darüber zwischen den beiden Regierungen schon früher Statt gefunden haben, oder noch künftig festgestellt werden dürften.

36.

Bekanntmachung dieser Convention.

Gegenwärtige Uebereinkunft wird von den beiderseitigen Regierungen ohne Anstand, zur Nachricht und Nachachtung, öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu Urkund dessen haben sowohl der Kaiserl. Königl. Herr Vermittelungs-Commissarius, als die beiderseitigen Bevollmächtigten, ingleichen der Königlich Preussische Kammergerichtsrath Herr Sietze, diese Convention unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Dresden, am 20. Februar 1816.

Kaiserl. Königl. Oesterreichischer Vermittelungs-Commissarius.
(L. S.) K. Ph. Spiegel zum Deesenberg.

Königl. Sächsische Friedensvollziehungs- und Auseinandersetzungs-Commission.
(L. S.) von Globig.
(L. S.) von Bünau.
(L. S.) Günther.
(L. S.) von Watzdorf.

Königl. Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen.
(L. S.) Gaudi.
(L. S.) Friese.
(L. S.) Sietze.

B.

Convention über die Peräquations-Lieferungs- Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Angelegenheiten, unterzeichnet zu Dresden am 23. Julius 1817.

Zu endlicher Ausgleichung sämmtlicher, in Hinsicht der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Angelegenheiten hervorgekommenen Anstände, haben sich beide mit dem Vollzug des Wiener Friedenstractats vom 18. Mai 1815 beauftragte Königliche Commissionen, unter Mitwirkung des Oesterreichischen Kaiserlichen Vermittlungs-Comissairs, Freiherrn von Gärtner, nach gepflogenem Einvernehmen mit den erwählten ständischen Deputirten, folgendermassen vereinigt.

§. 1.

Als allgemeiner activer und passiver Abtheilungsmassstab wird, nach desfalls angestellten möglichst genauen calculatorischen Untersuchungen, angenommen, dass bei der Peräquationsanstalt, Sachsen mit

Fünf Hundert Neunzig Eintausendtheilen,

Preussen mit

Vier Hundert Zehn Eintausendtheilen,

hingegen bei der Central-Steuer-Anstalt, Sachsen mit

Fünf Hundert Drei und Vierzig und Ein Halb Eintausendtheilen,

und Preussen mit

Vier Hundert Sechs und Funfzig und Ein Halb Eintausendtheilen

zu concurriren habe.

§. 2.

Da eine genaue Erörterung und Berechnung der in beiden Landestheilen annoch rückständigen, aus Kriegsprästationen oder aus, rücksichtlich derselben, geschlossenen Contracten und Accorden herrührenden Forderungen, nur nach sehr langwierigen, mit kaum zu besiegenden Schwierigkeiten verbundenen Liquidationen möglich werden würde, so ist man übereingekommen, besagte Rückstände, nicht nach dem im vorigen §. bemerkten Massstabe, unter beiden Landestheilen abzutheilen, sondern einen Durchschnitt eintreten zu lassen.

§. 3.

Dieser Durchschnitt wird hinsichtlich der, nicht auf Contracten oder Accorden beruhenden, hier in Frage stehenden Forderungen so gemacht, dass jeder Landestheil die Berichtigung [illegible], seinen Unterthanen, für die auf sie gefallenen Kriegsprästationen, gebührenden und zur Befriedigung geeigneten Entschädigungen übernimmt, ohne dass hierüber weitere Abrechnungen zwischen den beiden Landestheilen Statt finden. Der Ort, in welchem die Leistung geschehen ist, bestimmt den Landestheil, welcher die Entschädigung zu bewirken hat, wenn auch derjenige, durch welchen sie geschehen ist, und welcher nun die Vergütung zu fordern hat, seinen Aufenthalt verändert haben [illegible].

§. 4.

So viel hingegen die aus Contracten oder Accorden erwähnter Art herrührenden Rückstände anlangt, so werden diese ebenfalls, ohne weitere Abrechnung unter den Landestheilen, von demjenigen Landestheil übernommen, in welchem die contrahirende Behörde ihren Sitz hatte. Der Ort, wohin die Contract- oder Accordmässige Leistung zu geschehen hatte, kommt dabei so wenig, als die Person des Unternehmers in Betrachtung. Hiernach fallen die von den Etapen-Behörden der getheilten Kreise contrahirten Schulden demjenigen Landestheil zur Last, in welchem sich der Sitz der Etape befindet. Nur die Lazarethschulden sind nach dem Orte zu beurtheilen, wo sich das Lazareth befand, für wel-

ches sie contrahirt wurden. Sie fallen dem Landestheil zu, in welchem sich das Lazareth befunden hat.

§. 5.

In Folge approximativer Berechnung der Anforderungen der Unterthanen beider Landestheile, hat man sich vereinigt, dem Herzogthum für die in den vorhergehenden §§. ausgedrückte generelle Uebernahme, die in den §§. 30 und 31 hiernächst näher bezeichneten Vortheile einzuräumen.

§. 6.

Die von vorigen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Ausschreiben noch herrührenden Reste bezieht jeder Landestheil gleichmässig ohne weitere Nachrechnung mit dem andern Landestheile. Sogleich nach Vollziehung dieser Convention, werden einem von der Königl. Preussischen Commission zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen zu benennenden Königl. Preussischen Beamten alle erforderlichen Repartitions-Bücher und Rechnungen vorgelegt werden, um eine vollständige Nachweisung der im Herzogthum ausstehenden Reste besagter Art fertigen zu können.

§. 7.

Die Abtheilung der in der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Casse befindlichen Geld- und Activbestände (worunter jedoch die im vorigen §. und in dem §. 13 weiter vorkommenden Posten nicht begriffen werden) geschieht bei den Zwei zuerst genannten Cassen nach einem, mit dem 5. Juni 1815 und bei der Dritten, nämlich der Centralsteuer-Casse, nach einem mit dem Tag, an welchem die Abtheilung vorgenommen wird, zu machenden Rechnungsabschluss. Bei der Peräquationscasse wird der in §. 1 festgesetzte Peräquationsmassstab und bei der Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Casse der eben alldort bestimmte Centralsteuer-Massstab befolgt.

Unter die Bestände der Peräquations-Casse wird auch vermöge Königl. Sächsischen Generalis d. d. 6. November §. 5 der Landescommission untergeordnete Hülfscasse gerech

§. 8.

Alle diese Berechnungen geschehen durch eine gemeinschaftliche subdelegirte und unverzüglich zusammen zu setzende Commission, welcher alle zu ihren Arbeiten nöthigen, oder sie erleichternden Bücher und Rechnungen, nebst ihren Belegen, auf jedesmaliges Verlangen, im Original mitzutheilen sind.

§. 9.

Noch vor Abtheilung der Cassenbestände wird von der subdelegirten Commission untersucht werden, ob die Zahlungen, welche in Gemässheit der, vor dem 5ten Juni 1815 geschehenen Anweisungen aus der Peräquations- oder Centralsteuer-Casse zu leisten, und zu welchen die Zahlungsmittel an besagte Casse gelangt waren, wirklich erfolgt sind. Sollten Posten dieser Art unberichtigt seyn, und die für dieselben bestimmten Zahlungsmittel sich noch in der Casse vorfinden, so ist die Zahlung aus diesen Mitteln sogleich zu bewirken. Wenn hingegen die für dergleichen unberichtigt gebliebene Posten bestimmt gewesenen, und in die Casse gekommenen Zahlungsmittel zwar am 5. Juni 1815 noch darinne vorhanden waren, es jetzt aber nicht mehr sind, so übernimmt Sachsen die Haftung für dieselben, und wird für diejenigen unter diesen Posten, welche in das Herzogthum zu entrichten waren, der Königl. Preussischen Regierung die Vergütung in Centralsteuer-Obligationen leisten.

§. 10.

Besagte subdelegirte Commission wird ihr Augenmerk auch dahin richten, dass die aus der Haupt-Centralsteuer-Casse für solche Centralsteuer-Beiträge, welche in der Folge erlassen worden sind, bereits hinausgegebenen und etwa noch nicht wieder zurückgelieferten Centralsteuer-Obligationen, sogleich in die Hauptcasse zurückverschafft werden, um mit in die Theilung zu kommen. Insoweit dieses nicht sogleich möglich seyn sollte, werden dergleichen noch ausständige Obligationen bei dem Cassenabschluss zwar mit gerechnet, jedoch wird bei der Vertheilung dafür gesorgt, dass jeder Regierung die in ihrem Landestheil Verstehenden zugewiesen werden.

§. 11.

Bei Berechnung des Centralsteuer-Cassenbestandes wird die dem Cottbusser Kreis mit Acht und Dreissig Tausend Zwei Hundert Vier und Achtzig Thaler, Zwölf Groschen auferlegte Quote ausser Ansatz gelassen, und die Zuziehung dieses Kreises als nicht geschehen betrachtet.

§. 12.

Die von der Peräquations- und Centralsteuer-Casse verpfändeten Staatspapiere und deren dabei befindlich gewesene Coupons bleiben derjenigen Regierung, welcher, Kraft gegenwärtiger Convention, die Tilgung der Schuld zur Last fällt, für die jene Staatspapiere verpfändet wurden.

Die nach dem 5. Juni 1815 zahlbar gewordenen, noch unerhobenen und die künftig verfallenden Coupons dieser Papiere werden, insofern sie sich nicht bereits bei den Obligationen befinden, derjenigen Regierung ausgeliefert, welcher sie, obiger Bestimmung nach, zufallen.

§. 13.

Von denen aus der Finanz-Haupt-Casse in die Centralsteuer-Casse geflossenen Landschaftlichen sogenannten Reichenbachschen Obligationen wird der, am 5. Juni 1815 noch vorhanden gewesene,

Vier Hundert Zwei und Funfzig Tausend, Sechs Hundert Thaler

betragende Ueberrest nicht zu dem Cassenbestand gerechnet, sondern in der Art abgetheilt, dass der Königl. Preussischen Regierung vergleichsweise

Zwei und Siebenzig Tausend Thaler

nebst Zinsen, jedoch nur vom 5. Juni 1816 an, davon überlassen werden. Die übrigen

Drei Hundert Achtzig Tausend Sechs Hundert Thaler,

nebst denen nicht auf vorerwähnte Art an Preussen überlassenen Coupons und Zinsen der ganzen Summe, insoweit nicht ein bereits letztere für die Central-Steuer-Casse erhoben und die Beträge dieser erhobenen Zinsen entweder in dem Cassenbestand derselben befindlich, oder von ihr verwendet worden sind, fallen an die Königlich Sächsische Finanz-Haupt-Casse zurück. Die

noch in dem Cassenbestand befindlichen erhobenen Zinsen kommen mit denselben in die Theilung. Rücksichtlich derer, welche von der Central-Steuer-Casse bereits verwendet sind, hat es hiebei sein Verbleiben.

Zu Folge der über die Auseinandersetzung der Verhältnisse der Fürstenschulen getroffenen Uebereinkunft, sind von den hier an Preussen überlassenen Reichenbachischen Obligationen

Sieben und Funfzig Tausend Fünfhundert Thaler,

nebst den seit Johannis 1817 darauf haftenden Zinsen, als Aversionalquantum wegen wegfallender Pfortaischer Freistellen bestimmt, und werden von der Königl. Sächsischen Regierung, vermöge der Convention wegen der Stiftungen, von obigen 22,000 Thalern zurück behalten.

§. 14.

Alle weiteren aus Königl. Sächsischen Cassen in die Perequations-Lieferungs-Aequivalentgelder oder Central-Steuer-Einnahmen, oder aus einer derselben in Königl. Sächsische Cassen gekommenen Vorschüsse werden gänzlich gegen einander aufgehoben und ausser Ansatz gelassen, so dass in Ansehung derselben keine Vergütung, Gegenrechnung oder Zahlung zu geschehen hat.

Das nämliche hat in Ansehung aller andern etwanigen Forderungen oder Ansprüche Statt, welche Königl. Sächsische Cassen an die Perequations-Lieferungs-Aequivalentgelder- oder Central-Steuer-Cassen, oder letztere drei Cassen an die erstern machen könnten.

Unter die hier gegenseitig aufgehobenen Forderungen und Ansprüche gehören insbesondere auch alle diejenigen, welche für oder der Perequations-Casse zu gute kommenden Vorräthe aus Magazinen und Lieferungen, so wie, Hinsichts der aus der Perequationscasse bewirkten Verpflegung des Königl. Sächsischen Heers in dem Königreich und Herzogthum, gemacht worden sind, oder werden könnten.

§. 15.

Eben so kommt das, was in die Perequations-Casse aus der Central-Steuer-Casse geflossen ist, in keine weitere Berechnung,

und es wird überhaupt das Activ- und Passiv-Verhältniß unter der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Casse als ganz ausgeglichen betrachtet.

§. 16.

Dahingegen wird das Activ- und Passivverhältniß zwischen den letztgenannten drei Cassen und solchen Cassen, welche keine Königliche sind, keinesweges aufgehoben, aber an die Stelle der bisher für beide Landestheile bestandenen allgemeinen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Casse treten hierbei nunmehr die abgesonderten Peräquations-Cassen jedes Landestheils in folgender Art:

a) Jede dieser abgesonderten Peräquations-Cassen wird die Schuldnerin der Forderungen, welche den nicht Königlichen Cassen ihres Landestheils an die bisherige allgemeine Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Casse zustehen, dagegen aber auch

b) die Gläubigerin aller der Posten, welche nicht Königliche Cassen ihres Landestheils den bisherigen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Cassen schuldeten.

c) Ist die Casse eines getheilten Kreises Gläubigerin der bisherigen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- oder Central-Steuer-Casse, so übernimmt jede abgesonderte Peräquationscasse von einer solchen Forderung denjenigen Betrag, der hieran ihren Theil des Kreises zusteht.

d) In eben dieser Art theilen sich die abgesonderten Peräquations-Cassen in die Forderungen, welche die bisherigen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Cassen an Cassen getheilter Kreise zu machen hatten.

§. 17.

Durch die Bestimmungen des vorhergehenden §. wird das Activ- und Passivverhältniß zwischen der bisherigen allgemeinen Peräquations- und Central-Steuer-Casse einerseits und der Steuer-Credit-Casse andrerseits, nicht berührt, und bleibt folglich unverändert. Diesemnach werden die

Ein Hundert Tausend Thaler,

welche die Peräquations-Casse aus einem von den Gebrüdern

Reichenbach im Jahr 1813 empfangenen, auf Anordnung des General-Gouvernements im Jahre 1814 der Steuer-Credit-Casse an Zahlungsstatt zugerechneten Vorschuss schuldet, bei der Peräquations-Casse nach dem im §. 1 bestimmten Peräquations-Schlüssel, beiden Theilen als Passivum zur Last geschrieben, bei der Steuer-Credit-Casse hingegen als Activum mit zur Theilung gebracht.

§. 18.

Die am 5. Juni 1815 vorhanden gewesenen Naturalbestände ...en mit dem Orte, wo sie befindlich waren, an jeden Landes...l, ohne weitere Abrechnung, über. Eben so bezieht die Per...ations-Casse jeden Landestheils die in selbigem ausstehenden ...te auf Naturallieferungen.

§. 19.

Die Forderungen der Peräquations- und Central-Steuer...se an die Königlich Preussische Regierung werden gänzlich ...rgeschlagen. Insbesondere wird Königlich Sächsischer Seits ... das Behrend'sche Depositum von

Vier Hundert Sechs und Funfzig Tausend, Acht Hundert Drei und Zwanzig Thaler, Zwanzig Groschen,

...gegen aber auch Preussischer Seits auf die aus Preussischen ...ds an die Central-Steuer-Casse gekommenen

Zwei Hundert Tausend Thaler,

... auf die von Seiten der Berliner Bank an besagte Casse ge...te Rückstandsforderung von

Zwei Hundert Vier und Zwanzig Tausend Thaler

...zichtet. Das von dem Handlungshaus Gebrüder Behrend zu Ber... über dieses Depositum ausgefertigte Original-Document wird, ...ittelbar nach Vollziehung dieser Convention, der Königlich ...ssischen Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche ...sen ausgeliefert werden.

§. 20.

... Das ganze Land betreffende Forderungen der Peräquations- ...r Central-Steuer-Casse an andere Staaten werden von beiden

Regierungen gemeinschaftlich betrieben und das darauf Eingehende nach dem Central-Steuer-Massstab getheilt. Einzelne ungetheilte Districte betreffende Forderungen dieser Art wird jede Regierung für ihren District einzubringen suchen. Wenn die Forderungen hingegen getheilte Districte betreffen, so werden sich zwar beide Regierungen für die Einbringung verwenden, aber das Eingehende nach dem Verhältniss theilen, nach welchem das jeder von ihnen zugefallene Stück des getheilten Districtes zu einer Central-Steuer-Quote des ganzen Districtes beizutragen hatte. Sollte bei einer oder anderer Forderung jede der beiden Regierungen ihre Ansprüche für sich allein geltend machen wollen, und liessen sich die Beweisurkunden nicht zweckmässig und nach richtigem Verhältniss theilen, so verpflichtet sich diejenige Regierung in deren Besitz sie sich befinden, der andern beglaubte Abschriften davon zuzustellen.

Forderungen, welche auswärtige Regierungen in eigenem Namen an die bisherige allgemeine Peräquations-Casse oder an die bisherige allgemeine Central-Steuer-Casse oder an die Liefe-rungs-Aequivalent-Gelder-Casse, stellen könnten, werden von den beiden hier contrahirenden Königlichen Regierungen gemeinschaftlich vertreten werden. Insofern eine solche Forderung wirklich gegen eine der vorgenannten Cassen geltend gemacht würde, hat die Bezahlung nach dem §. 1 ausgedrückten Verhältniss gemeinschaftlich zu geschehen.

§. 21.

Die Bestimmungen des vorhergehenden §. sind insbesondere auch auf die Forderungen des ganzen Landes an Frankreich, mit Ausnahme der bereits abgethanen Forderungen für den, die Rückmärsche französischer Kriegsgefangenen, dem Lande verursachten Aufwand, worüber sich beide paciscirende Staaten besonders mit dem Vicomte de Bruges verglichen haben, anzuwenden; sie haben aber nicht in Ansehung der Privatforderungen an diesen Staat, für welche sich etwa eine oder die andere Regierung verwenden möchte, zu gelten. Hätte die bisherige Peräquations- oder Central-Steuer-Casse für eine solche Privatforderung in subsidium zu haften gehabt, so übernehmen die nunmehr gesonderten Peräquations-Cassen dergleichen Verbindlichkeiten

jede in ihrem Landestheile, ohne dieserhalb gegenseitig Vergütung zu verlangen.

§. 22.

Die beiden Landestheilen gemeinschaftlich zustehenden Forderungen an Frankreich sind durch eine subdelegirte Commission gemeinschaftlich aus den betreffenden Acten und Liquidationen zu erheben. Auch ist, so viel möglich, gleich die Rate eines jeden Landestheiles zu berechnen, und wegen der schon eingegangenen, aber noch nicht vertheilten Gelder, jeder Landestheil nach dem §. 20 ausgedrückten Massstabe zu befriedigen; hinsichts der Forderungen aber, wo die Rate jeden Landestheils nicht gleich ermittelt werden kann, die Berechnung den beiderseitigen Liquidationscommissionen zu Paris nach dem eben erwähnten Massstabe vorzubehalten.

§. 23.

Die Bestände der Kreis-Deputations- und Provinzial-Deputations-Cassen in den ungetheilten Kreisen fallen dem Landestheil, worinnen sie gelegen sind, ohne weitere Nachrechnung zu.

§. 24.

Diese Kreis-Cassen-Bestände in den getheilten Kreisen und Provinzen werden von den beiderseitigen Kreis-Deputirten gemeinschaftlich nach einem mit dem 5. Juni 1815 zu machenden Abschluss berechnet und nach dem Verhältniss abgetheilt, in welchem der jeder Regierung zufallende Theil des Kreises zu einer Central-Steuer-Quote des ganzen Kreises beizutragen hatte. Unter die auf diese Art zu erörternde Cassen gehören auch die Depositencassen, welche jedoch nach dem Beitragsverhältnisse getheilt werden.

§. 25.

Bei besagter Untersuchung des Kreis-Cassen-Bestandes in getheilten Kreisen werden die beiderseitigen Kreis-Deputirten ermitteln, ob sämmtliche Ortschaften des Kreises die ihnen für den Zwangsanlehn gebührenden Central-Steuer-Obligationen erhalten haben, damit, wenn dieses nicht geschehen seyn sollte, die nöthige Vorsorge für diese Ortschaften getroffen werden könne.

§. 26.

Ueberhaupt werden die beiderseitigen Provinzial- und Kreis-Deputirte vor Abtheilung des Cassenbestandes untersuchen, ob die Zahlungen, wozu die Kreis- und Provinzial-Cassen die Zahlungsmittel erhalten haben, wirklich geleistet sind, und wenn sich solche Posten unberichtigt und die Zahlungsmittel noch in der Casse finden sollten, die ungesäumte Zahlung bewirken. Sollten die für dergleichen noch unberichtigte Posten bestimmten und in die Kreis- und Provinzial-Cassen geflossenen Zahlungsmittel nicht mehr in der Casse vorhanden seyn, so übernimmt Sachsen die Haftung für besagte Posten, insoweit sie aus einer bei dem Königreiche verbleibenden Kreis- oder Provinzial-Casse an Unterthanen des Herzogthums zu zahlen waren, und wird der Königlich Preussischen Regierung den Betrag derselben in Central-Steuer-Obligationen vergüten.

Sind hingegen gedachte Posten aus einer an das Herzogthum gekommenen Kreis- oder Provinzial-Casse, welche die Zahlungsmittel dazu erhalten hatte, an Unterthanen des Königreiches zu zahlen, so wird auch die Haftung und Vergütung in ganz gleicher Art von Preussen übernommen.

§. 27.

Gleichergestalt werden die beiderseitigen ständischen Kreis-Deputirten gemeinschaftlich erheben, wie viel als Quote des Zwangsdarlehens und wie viel zu den Regiekosten im Kreise oder der Provinz, bei den verschiedenen Ausschreiben nach dem Central-Steuer-Fuss aufzubringen gewesen ist, damit bei Abtheilung des Cassen-Bestandes jedem Theile seine Rate an dem Ueberschuss der Regiekosten angewiesen werden könne.

§. 28.

Beide Königliche Regierungen verpflichten sich gegenseitig, ihre Kreis- und Provinzial-Cassen zu pünktlicher Berichtigung der Forderungen anzuhalten, welche etwa Kreis- oder Provinzial-Cassen des andern Landestheils an erstere Cassen und nicht die Peräquations-Casse ihres Landes, vermöge der §§. 2, 3 und 16 supra zu stellen haben.

Um alle Zweifel, Anstände und Weiterungen, welche

dieetwa hervorkommenden Forderungen dieser Art, ihre Liquidität, die Casse, aus welcher sie zu berichtigen sind, und die Zahlungsart enstehen könnten, möglichst schnell und billig zu beseitigen, wird, unmittelbar nach Abschluss dieser Convention, jede der beiden Königlichen Regierungen von den Provinzial- und Kreis-Cassen ihres Landestheils umständlich belegte Ausweise der Forderungen, welche sie an Provinzial- oder Kreis-Cassen des andern Landestheils stellen zu können vermeinen, abfordern, und man wird sich, sobald diese Prätensionen sämmtlich näher bekannt sind, über alle zugleich zu vereinigen suchen, und sich hierdies bemühen, die Forderungen, soweit sie in der Summe zusammen treffen, gegen einander so auszugleichen, dass jeder Provinzial- oder Kreis-Casse ihre Befriedigung so weit möglich aus einer Casse des Landestheils, zu dem sie gehört, angewiesen wird.

§. 29.

So viel die Abtheilung der auf den Credit der Peräquations- und Central-Steuer-Anstalten contrahirten drei Classen von Schulden, nämlich der Central-Steuer-Obligationen, der Landes-Commissions-Scheine und der Compensations-Scheine, anlangt, ist man sich, um die künftigen Verhältnisse dieser Schulden zum Besten der Gläubiger und beider Königlicher Regierungen zu vereinfachen, dahin vereinigt, dass Preussen dadurch sämmtliche Central-Steuer-Obligationen im Betrage von

Drei Millionen Zwei Hundert Fünf und Achtzig Tausend Acht Hundert Thalern,

übernehmen hingegen sämmtliche Landes-Commissions-Scheine, im Betrage von

Sieben Hundert Tausend Thalern,

sowie sämmtliche Compensations-Scheine, wovon ungefähr noch der Betrag von

Sieben Hundert Sechs und Achtzig Thalern

in Umlauf ist, zur alleinigen Vertretung und Zahlung übernimmt.

Zu gänzlicher Beruhigung der Besitzer von Central-Steuer-Obligationen und von Landes-Commissions-Scheinen verpflichtet sich die Königlich Preussische Regierung rücksichtlich der ersteren, und die Königlich Sächsische Regierung hinsichtlich der

letztern, die nöthigen Fonds zu künftiger Verzinsung und successiver Rückzahlung auszumitteln, und vor Ablauf eines Jahres den solchergestalt festgesetzten Zahlungsplan und die zu desselben Ausführung bestimmten Fonds öffentlich bekannt zu machen. Die Reihefolge, in welcher die Obligationen jeder Gattung heimgezahlt werden, wird jede Regierung nach ihren Nummern durch das Loos bestimmen und dann gleichmässig kund machen lassen.

§. 30.

Da dem Herzogthum bei dieser Abtheilung mehr Schulden überwiesen sind, als ihm bei einer, nach den festgesetzten Theilungsmassstäben, vorgenommenen Berechnung zukommen würden; so ist man ferner einig geworden, dass dagegen dem Königreich von den, unter dem Namen der Reichenbachischen Obligationen bekannten Steuer-Credit-Schulden, bei künftiger Abtheilung dieser Schuldenklasse, ein verhältnissmässiger Mehrbetrag zur Last bleiben soll. Um zugleich dem Herzogthum die ihm vermöge §. 5 supra zu gewährende Entschädigung zu leisten, wird gedachter Betrag andurch auf

Eine Million Fünf Hundert Fünf und Achtzig Tausend Fünf Hundert Thaler

festgesetzt und bei der über die Abtheilung der sämmtlichen Reichenbachischen Obligationen künftig zu machenden Berechnung dergestalt mit in Ansatz gebracht, dass dem Herzogthum von der ganzen Summe besagter Obligationen um 1,585,000 Thlr. weniger zur Last fallen als es nach den annoch festzusetzenden Abtheilungsmassstab von demselben zu übernehmen hätte.

§. 31.

Unter den auf ebenbemerkte Art von Preussen übernommenen 3,285,000 Thlr. Central-Steuer-Schulden befindet sich ein Betrag von

Drei und Zwanzig Tausend Vier Hundert Thalern,

solcher Obligationen, welche erst nach dem 5. Juni 1815 gänzlich vollzogen, aber von den Königlich Preussischen Behörden nicht mehr in die allgemeine Central-Steuer-Casse gelegt worden sind, folglich zu Befriedigung der Gläubiger, für welche man sie, vor ihre Creation beschlossen wurde, bestimmt hatte, von der allge-

meinen Central-Steuer nicht verwendet werden konnten. Einestheils um langwierige Erörterungen hierüber zu vermeiden, anderntheils aber auch in Rücksicht der in §. 5 enthaltenen Bestimmungen, werden besagte über 23,400 Thlr. lautende Obligationen der Disposition der Königlich Preussischen Regierung ohne weitere Nachrechnung dergestalt überlassen, dass dieselbe sie ausschliessend zu Befriedigung ihrer Unterthanen verwenden kann.

Bei Berechnung und Abtheilung der Central-Steuer-Cassen-Bestände bleiben diese 23,400 Thlr. ganz ausser Ansatz. Sollten einige oder alle Gläubiger, zu deren Befriedigung besagte Obligationen über 23,400 Thlr. bei ihrer Creation bestimmt waren, bereits aus andern Zahlungsmitteln der Central-Steuer-Casse befriedigt worden seyn, so hat es hierbei sein Bewenden. Insoweit aber ihre Befriedigung in dieser Art noch nicht geschehen ist, hat sie nach denen in §. 3 und 4 enthaltenen Bestimmungen zu geschehen.

§. 32.

Mit der Berechnung und Vertheilung der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder und Central-Steuer-Casse wird auch die Ausgleichung wegen der, seit dem 5. Juni 1815 verfallenen und bezahlten, oder etwa noch unberichtigten Zinsen von den Landes-Commissions-Scheinen und Central-Steuer-Obligationen vorgenommen, und dabei zum Grunde gelegt, dass an Central-Steuer-Obligationen von dem Königreich

Eine Million Sieben Hundert Fünf und Achtzig Tausend Acht Hundert Thaler,

von dem Herzogthum

Eine Million Fünf Hundert Tausend Thaler,

gegen an Landes-Commissions-Scheinen von dem Königreich

Fünf Hundert Tausend Thaler

und von dem Herzogthum

Zwei Hundert Tausend Thaler

verzinsen gewesen wären. Zeigt sich bei dieser Berechnung, dass von einer der Königlichen Regierungen mehr Zinsen bezahlt worden sind, als ihr hiernach zur Last fallen, so wird die Vergütung des zuviel Bezahlten bei der Abtheilung der oben genannten Cassen geschehen, und wofern der Bestand derselben

dazu nicht hinreichen sollte, binnen 6 Wochen nach dem Rechnungsabschluss von der andern Regierung ohnfehlbar geleistet werden. Von dem Tage an, womit diese Zinsenberechnung abgeschlossen wird, übernimmt Preussen die alleinige Verzinsung sämmtlicher Central-Steuer-Obligationen, und Sachsen die alleinige Verzinsung sämmtlicher Landes-Commissions-Scheine. Zugleich macht sich aber auch Sachsen verbindlich, von eben diesem Tage an bis zu dem Zeitpunkte, wo die endliche Übereinkunft wegen der Steuer-Credit-Schulden-Abtheilung abgeschlossen werden wird, ausser dem Theile dieser Schulden den es indessen schon provisorisch verzinste, auch noch die Verzinsung von

Einer Million Fünf Hundert Fünf und Achtzig Tausend Fünf Hundert Thaler

sogenannter Reichenbachischer Obligationen, welche unter den von der Königlich Preussischen Regierung verzinsten Steuer-Credit-Schulden begriffen waren, zu übernehmen.

§. 33.

Beide Königliche Regierungen machen sich andurch gegenseitig verbindlich, den Zins- und Münzfuss der Central-Steuer-Obligationen und Landes-Commissions-Scheine nie herabzusetzen, und überhaupt für die Sicherstellung und baldige Heimzahlung derselben, so wie für Emporbringung und Aufrechthaltung ihres Credits, alle Sorgfalt anzuwenden, um besagten Obligationen mit denen nach dem nämlichen Fuss verzinslichen sogenannten Reichenbachischen Obligationen möglichst gleichen Werth zu verschaffen.

Zu diesem Ende werden den Besitzern der Central-Steuer-Obligationen von der Königlich Preussischen Regierung und den Besitzern der Landes-Commissions-Scheine von der Königlich Sächsischen Regierung, diejenigen Vortheile und Rechte andurch eingeräumt, welche jede dieser Königlichen Regierungen in ihrem Gebiet mit dem Besitz der am meisten bestätigten Sächsischen Staatspapiere verbinden wird oder verbunden hat. Die Zinsen werden an dem bisher gewöhnlichen Orte, nämlich so viel die Central-Steuer-Obligationen betrifft, zu Leipzig, und so viel die Landes-Commissions-Scheine anlangt, zu

Dresden oder auch zu Leipzig, entrichtet und die Capitalszahlungen zu seiner Zeit daselbst geleistet werden.

§. 34.

Ueberhaupt wird zwischen beiden Königlichen Regierungen mahweichlich festgesetzt, dass keine derselben in der Behandlung der Obligations-Besitzer irgend einen Unterschied zwischen denen, welche Unterthanen ihres oder des andern Landestheils sind, jemals eintreten lassen wird. Eben diese Gleichheit in der Behandlung der beiderseitigen Unterthanen wird jede Regierung auch in dem Falle genau beobachten, wenn Unterthanen der andern Regierung an eine der Cassen, von welchen gegenwärtige Convention handelt, Forderungen zu machen hätte. Sollten in den beiden Landestheilen Forderungen von Unterthanen aus dem andern Landestheil angemeldet werden; so wird man, insofern diese Forderungen einander in quali et quanto gleichgestellt werden können, sich dahin auszugleichen suchen, dass jede Regierung die Befriedigung ihrer, mit solchen Ansprüchen auftretenden Unterthanen übernimmt.

§. 35.

Sobald die, vermöge gegenwärtiger Convention, annoch vorzunehmenden gemeinschaftlichen Berechnungen abgeschlossen sind, werden die sämmtlichen auf das Herzogthum ausschliesslich Bezug nehmenden, die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Angelegenheiten betreffenden Acten, Cataster, Rechnungen, Bücher und wie immer gearteten Litteralien von der Kriegsverwaltungskammer und allen andern Königlich Sächsischen Behörden, bei welchen sie sich verwahrt befinden, unverzüglich und ohne Ausnahme an die Königlich Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreich Sachsen ausgeliefert werden. Die Liquidationen aus dem Herzogthum und Belege derselben, welche unter vorgedachten Papieren befindlich sind, werden den Königlich Preussischen Behörden, gleich nach Vollziehung dieser Convention, jedoch unter der Bedingung ausgeantwortet, dass sie sogleich wieder mitzutheilen sind, falls man ihrer bei den oben erwähnten Berechnungen bedürfen sollte. Von den gemeinschaftlichen Papieren der

oben bezeichneten Art werden auf Verlangen beglaubte Abschriften ertheilt werden.

§. 36.

Wenn sich etwa in Händen einer der Königlichen Regierungen Cautionen oder Depositen befinden sollten, welche rücksichtlich der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Angelegenheiten und Anstalten erlegt worden sind, und nunmehr in den andern Landestheil gehören; so werden solche mit denen in dem vorhergehenden §. bemerkten Acten und Papieren zugleich übergeben werden.

§. 37.

Auf die Oberlausitz ist zwar die Verfügung des §. 28 dieser Convention anwendbar, im übrigen wird sie von diesem Abkommen, soweit dasselbe die Auseinandersetzung zwischen beiden Königlichen Regierungen betrifft, ausgeschlossen und ein solches der ständischen Deputation dieser Provinz, mit Vorbehalt der Genehmigung beider Königlichen Commissionen, zu entwerfen, überlassen, jedoch hier festgestellt, dass Alles, was die Oberlausitz aus der gemeinschaftlichen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- oder Central-Steuer-Anstalt erhalten hat, als wahrer nicht zu ersetzender Zuschuss betrachtet, und dagegen besagter Provinz kein Anspruch an die gemeinschaftliche Peräquations- und Central-Steuer-Anstalt zustehen soll. Hierdurch wird jedoch der Ausgleichung der beiden Antheile der Oberlausitz mit den übrigen Provinzen und Kreisen desjenigen Landestheils, wozu jeder Antheil von der Oberlausitz gehört, keineswegs vorgegriffen.

§. 38.

Unmittelbar nach Abschluss dieser Convention werden Königlich Sächsischer und Königlich Preussischer Seits die nöthigen Verfügungen an die Deputirten der getheilten Kreise und Provinzen erlassen werden, damit den beiderseitigen ständischen Deputirten dieser Kreise und Provinzen die Einsicht aller zur Auseinandersetzung der Verhältnisse besagter Kreise und Provinzen erforderlichen und dienlichen Bücher, Rechnungen und Acten, auf jedesmaliges Verlangen, ohne Schwierigkeit gestattet

werde. Sobald gedachte Verhältnisse auseinandergesetzt sind, werden jedem Landestheil die ihn ausschliessend angehenden Papiere erwähnter Art ausgeliefert.

§. 39.

Die beiden Königlichen Commissionen werden sich alsbald gegenseitig diejenigen Beamten namhaft machen, welche sie zu den vermöge gegenwärtiger Convention vorzunehmenden Berechnungen, Erhebungen und Liquidationen zu subdelegiren gesonnen sind. Diese Subdelegirte werden ihre Geschäfte unverweilt beginnen und damit ohne Aufschub und Unterbrechung bis zum Abschluss fortfahren.

§. 40.

Gegenwärtige Convention wird alsogleich durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Dresden, am 23. Julius 1817.

Der Oesterreichisch Kaiserliche
Vermittelungs-Commissär,
(L. S.) F. C. Freiherr von Gärtner.

Königl. Sächsische Friedensvollziehungs- und Auseinandersetzungs-Commission.
(L. S.) von Globig.
(L. S.) Günther.
(L. S.) von Watzdorf.

Königl. Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen.
(L. S.) Gaudi.
(L. S.) Friese.
(L. S.) Sietze.

C.

Convention wegen der Cassenbillets, unterzeichnet zu Dresden am 25. November 1815.

In Folge des, zwischen Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen, am 18. Mai d. J. zu Wien abgeschlossenen Friedenstractats, ist, zu näherer Bestimmung des, den Punkt der Cassenbillets betreffenden eilften Artikels, und der diesfallsigen Auseinandersetzung, unter Vermittelung des mit unterzeichneten Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Herrn Commissarii, von den unterzeichneten beiderseitigen Friedens-Vollziehungs-Commissarien, vermöge der ihnen ertheilten und gegen einander ausgewechselten Vollmachten, nachstehende Uebereinkunft, in Gemässheit der deshalb erhaltenen Instructionen, verabredet und abgeschlossen worden.

1.

Da Ihro Majestät der König von Preussen in vorerwähnten 11ten Friedensartikel das, unter dem Namen Cassenbillets bekannte Papier ausdrücklich als zu denjenigen Landesschulden gehörig anerkannt haben, welche nach den, durch den 9ten Artikel festgestellten Grundsätzen vertheilt werden sollen, die beiderseitigen Commissarien sich jedoch nicht darüber vereinigen können, zu welcher Gattung der, im letztern Artikel, theils als fundirt, theils als nicht fundirt bezeichneten Schulden die Cassenbillets zu rechnen seyn möchten, indem man Königl. Sächsischer Seits solche als unfundirt betrachten und nach dem Massstabe der gesammten fiscalischen Einkünfte abtheilen zu müssen behauptet, Königl. Preussischer Seits hingegen sie, zu Folge der deshalb erlassenen Edicte, für die Landaccis-Einkünfte fundirt halten, und deren Abtheilung nach dem Verhältniss, in welchem

die nur gedachten Einkünfte auf jeden der beiden Landestheile fallen, bewirkt wissen wollen, auch der eigentliche Betrag der gegenseitig verschieden angenommenen beiderlei Einkünfte zur Zeit nicht genau auszumitteln gewesen, so hat man, zu Beschleunigung dieser für beide Theile so dringenden Angelegenheit, sich, auf diesfallsigen Vorschlag des obengenannten Kaiserl. Königl. Oesterreichischen Herrn Vermittlungs-Commissarii, über gewisse Durchschnittssummen vereinigt, und nach fernern darüber gepflogenen Unterhandlungen dahin verglichen, dass Ihro Königl. Majestät von Preussen von den für das Königreich Sachsen nach und nach creirten Cassenbillets an 5 Millionen Thaler, die Vertretung einer Aversional-Summe von

Einer Million Achtmal Hundert Zehn Tausend Thalern

übernehmen.

2.

Die vorgedachte Abtheilung geschieht dergestalt, dass Ihro Königl. Majestät von Preussen von den aus drei Classen bestehenden, mit dem Buchstaben A, zu 1 Thaler, mit B, zu 2 Thaler und mit C, zu 5 Thaler bezeichneten Cassenbillets auf das Herzogthum Sachsen die ganze Classe von 1 Thaler mit A bezeichnet, welche die Summe von 1,750,000 Thaler beträgt, und von 1 bis mit 1,750,000 numerirt ist, überwiesen wird, dem Königreich Sachsen hingegen die Cassenbillets bezeichnet mit B zu 2 Thaler und mit C zu 5 Thaler, wovon die erstere Classe auf die Summe von 2,000,000 Thaler, die zweite auf 1,250,000 Thaler sich beläuft, verbleiben und sonach jeder Theil die ihm zufallenden Summen zu vertreten hat. Da aber die Cassenbillets mit dem Buchstaben A bezeichnet zu 1 Thaler nur die Summe von 1,750,000 Thaler ausmachen, so wird man Königl. Preussischer Seits zu Erfüllung der auf das Herzogthum Sachsen übernommenen 1,810,000 Thaler der Königl. Sächsischen Regierung annoch die Summe von

Sechzig Tausend Thalern

in den dem Königreiche Sachsen verbleibenden Cassenbillets unter den Buchstaben B und C (von beiden Classen so viel möglich in gleichem Verhältniss) binnen 6 Wochen von dato an herauszahlen.

3.

Sollte sich bei der, durch die nach Leipzig abgeordnete gemeinschaftliche Commission angestellten Erörterung ergeben, dass nicht die vollen 5 Millionen Thaler Cassenbillets bis zum 5. Juni d. J. wirklich emittirt gewesen; so geht der Betrag der nicht emittirten Cassenbillets beiden Theilen an der übernommenen Summe, nach dem oben Artikel 1 bestimmten Verhältniss zu Gute.

4.

In Rücksicht der etwa vernichteten oder verloren gegangenen Cassenbillets findet keine gegenseitige Abrechnung Statt, sondern es kommen jedem Theile diejenigen Cassenbillets zu Gute, welche an den von ihm übernommenen Buchstabenclassen fehlen.

5.

Sämmtliche jetzt vorräthige Platten und Stempelungszubehör zu Fertigung der gegenwärtig mit dem Buchstaben A zu 1 Thaler coursirenden Cassenbillets werden unverzüglich den, zu gemeinschaftlicher Erörterung der Cassenbilletsangelegenheiten nach Leipzig abzusendenden Königl. Preussischen Commissarien ausgeantwortet, und man wird Königl. Sächsischer Seits, durch Vorlegung der betreffenden Acten und Nachrichten, die erforderliche Nachweisung geben, wie viel Platten von diesen Buchstaben gefertigt worden sind. Die Platten und übrigen Gerätschaften zu den Cassenbillets der Buchstaben B und C verbleiben dem Königreiche Sachsen.

6.

Eben dieses ist auch in Absicht der etwa vorhandenen Brouillons von den vorerwähnten verschiedenen Classen der Cassenbillets zu beobachten.

7.

Bis zum 31sten December d. J. werden die beiderseitigen Cassenbillets in den öffentlichen Cassen beider Landestheile noch wie bisher ohne Unterschied angenommen.

8.

Innerhalb Vierzehn Tagen nach Ablauf dieses Termins soll jede Regierung den Gesammtbetrag der bei besagten Cassen

anjetzo vorhandenen, und bis zu dem bemeldeten Zeitpunkte auf jeder Seite annoch eingehenden Cassenbillets des andern Theiles der jenseitigen Regierung anzeigen und die Austauschung dieser in Händen habenden Summe gegen Cassenbillets seines Antheils verlangen. Mit diesem Austausch wird sogleich der Anfang gemacht, und derselbe soll, insoweit diese Summen sich gegenseitig decken, bis zum 31. Januar künftigen Jahres vollendet werden.

9.

Das Maximum der Summe, welches die eine Regierung zum Austausch an die andere bringen darf, soll indess in keinem Falle mehr als

Siebenmal Hundert Tausend Thaler

betragen; jedoch sind die aus Prozessen, Vormundschafts-, Erbschafts- und dergleichen Rechtssachen herrührende Deposita, so wie die Cautionen, die in Cassenbillets bestellt und an Preussen herauszuzahlen sind, unter der nur gedachten Summe nicht mit begriffen.

10.

Der Ueberschuss, welchen die eine Regierung mit Cassenbillets der andern bis zum 31. Januar k. J. nicht ausgleichen kann, wird entweder in Preussischen oder Sächsischen Staatspapieren (die Sächsischen unzinsbaren Staatspapiere ausgenommen) oder in Cassenbillets desjenigen Theiles, der zu empfangen hat, in sechswöchentlichen Terminen herausgezahlt, und es werden diese terminlichen Zahlungen im ersten Falle jedesmal mit 100,000 Thaler und im letztern Falle mit 50,000 Thaler geleistet. Frühere Zahlungen stehen jeder Regierung frei, und es hängt von derjenigen Regierung, die zu zahlen hat, ab, welches der obigen Zahlungsmittel sie anwenden will. Die Staatspapiere und Cassenbillets werden hierbei nach ihrem Nennwerthe gerechnet.

11.

Beide Regierungen, die Königl. Sächsische und Königl. Preussische machen sich gegen einander anheischig und jede wird durch öffentliche Bekanntmachung verbindlich erklären, dass sie binnen einer Frist von Vier Monaten von Abschluss dieser Uebereinkunft an, keine Massnehmung, wodurch der Umlauf

der Cassenbillets gegen die bisherigen Fälle beschränkt würde, und ihrem Credite ein Nachtheil entstehen könnte, ergreifen, mithin insbesondere keine Beschränkung in Rücksicht der Annahme der Cassenbillets ihres Antheils in den öffentlichen Cassen gegen die bis zum 5. Juni d. J. hierunter gesetzlich bestandenen Bestimmungen, verfügen werde.

12.

Die im 9ten Artikel erwähnten Deposita und Cautionen, welche in Cassenbillets erlegt und bestellt worden sind, können binnen dem, Artikel 7 festgesetzten Zeitraum, in derjenigen Gattung von Cassenbillets zurückgegeben werden, in welcher sie eingeliefert worden, nach Verlauf dieser Frist aber müssen sie gegenseitig nur in solchen Cassenbillets herausgezahlt werden, die derjenigen Regierung angehören, welcher die Depositen und Cautionen zurückzuliefern sind.

13.

Es versteht sich von selbst, dass nur ächt befundene Cassenbillets gegenseitig angenommen und ausgetauscht werden.

14.

Zu den Hauptauswechslungs-Orten von Seiten der beiden Regierungen sind die Städte Dresden und Merseburg festgesetzt, und zu Erleichterung des Transportes gestehen sich beide Theile gegenseitig die Portofreiheit wegen der auszutauschenden Cassenbillets zu.

15.

Hiernächst verpflichten sich annoch beiderseitige Regierungen, da die in Verfolg des 11ten Artikels des Friedenstractats bisher Statt gehabte gemeinschaftliche Discontirung mit Ende dieses Monats aufhört, wenigstens bis zu dem im 8ten Artikel bemerkten Termine des 31sten Januars künftigen Jahres, in Ansehung Antheil für die Cassenbillets desselben, eine oder mehrere Giro-conto-Cassen zu unterhalten, und dazu nach dem Massstabe auf jeden Antheil übernommenen Cassenbillets, mindestens zu dem, was in der letztern Zeit für den Gesammtbetrag Cassenbillets ist verwendet worden, im Verhältniss sicher Summe monatlich aufzuwenden.

16.

Alle sonstigen Massregeln, welche zur Hebung und Befestigung des Credits der Cassenbillets im Königreiche sowohl, als im Herzogthume Sachsen gereichen können, bleiben der Willkühr der beiderseitigen Regierungen unbeschränkt vorbehalten.

17.

Uebrigens behält man sich Königl. Preussischer Seits seine Gerechtsame an die gesammten Fonds der Hauptauswechselungs- und der Discontocasse, soviel dergleichen nach Abzug der etwanigen Schulden einer jeden Casse vorhanden sind, ingleichen auf die bei Stiftung der Discontocasse zur Sicherheit derselben und der Actionairs eingelegten Summen, vor; wogegen auch, ohne an der Berechtigung zu diesem Vorbehalte irgend etwas einzuräumen, die Königl. Sächsische Regierung sich gleichergestalt alle Gerechtsame an den besagten Fonds und eingelegten Summen reservirt.

18.

Vor völlig getroffener Einigung über sothane Cassen, kann weder bei der einen, noch der andern einseitig von einem Theil über die Fonds verfügt werden.

19.

Gegenwärtige Uebereinkunft, soweit sie zur Kenntniss des Publikums geeignet, und nöthig ist, wird auf das Schleunigste in beiden Landestheilen durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht.

Zu Urkund dessen haben sowohl der Kaiserl. Königl. Herr Vermittelungs-Commissarius, als die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Convention unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen zu Dresden, am 25. November 1815.

(L. S.) Spiegel zum Deesenberg, K.K. Vermittelungs-Commissär.
(L. S.) von Globig.
(L. S.) von Bünau.
(L. S.) Günther.
(L. S.) von Watzdorf.
(L. S.) Freiherr von Gaudi.
(L. S.) Friese.

D.

Convention zum Behuf der Auseinandersetzu der Stiftungen im Königreiche und Herz thume Sachsen, unterzeichnet zu Dresden, am Juli 1817.

Um die gänzliche Ausgleichung der Stiftungen jeder mit Ausnahme der bisher unter ständischer Aufsicht gestan Anstalten und Stiftungen in der Oberlausitz und sämm Familienstiftungen (worunter nur diejenigen verstanden we welche fortdauernd und vorzugsweise zum Besten einz namentlich ausgedrückter Familien und deren Glieder err sind) in so weit zweckmässig einzuleiten, als der zu Wien schen Sr. Königl. Sächsischen und Königl. Preussischen Maj am 18. Mai 1815 abgeschlossene Friedenstractat und die d geschehenen Territorial-Abtretungen auf sie Einfluss haben haben können, sind die beiderseitigen mit dem Vollzug be Friedens beauftragten Königl. Commissionen, unter Mitwi des Oesterreichisch Kaiserl. Vermittelungs-Commissairs, folgende Punkte übereingekommen.

§. 1.

So wie Jedermann von der Gerechtigkeit beider Hö Regierungen ohnehin erwarten kann, dass sie sowohl b vorseyenden Ausgleichung über die Stiftungen, als in Zuku Ausübung der Landeshoheitlichen Gerechtsame über dies die Aufrechthaltung dieser Institute und den Vollzug des W der Stifter, insofern solcher nicht etwa durch die, in dem l ten Tractat, geschehenen Territorial-Abtretungen mit dem meinen Wohl des Staats unvereinbarlich geworden seyn s

vor Augen haben werden, und, so wie hernach auch diejenigen, welchen an besagte Institute, was immer für schon bestehende oder eventuelle Rechte zustehen, sich versichert halten können, dass sie weder jetzt noch künftig Nachtheile zu besorgen haben; so versteht es sich jedoch von selbst, dass keine der beiden Regierungen bei Ausübung der Landesherrlichen Ober-Aufsichtsrechte über die ihr bereits angefallenen oder im Gefolge der zu pflegenden Ausgleichungen annoch anfallenden Stiftungen der andern Regierung irgend einen weitern Einfluss gestatten kann, insoweit durch gemeinsame Uebereinkunft in der gegenwärtigen Convention hierunter etwas ausdrücklich festgesetzt ist.

§. 2.

Um jedoch diejenigen Unterthanen der einen Regierung, welche zur Theilnahme an den Zwecken einer Stiftung des andern Landestheils schon jetzt oder nur eventuell in der Art berufen sind, dass ihnen der Genuss oder ihr eventueller Anspruch, ohne Verletzung ihrer Rechte, nicht wieder entzogen werden kann, sind zu sichern, machen sich beide Höchste Regierungen gegenseitig verbindlich, mit dergleichen Stiftungen weder vermöge des Landesherrlichen Oberaufsichtsrechtes, noch aus einem andern Grunde irgend eine Veränderung vorzunehmen oder geschehen zu lassen, welche zur Schmälerung oder Aufhebung dieser Genussrechte der Unterthanen des andern Landestheils führen könnte. Sollten Rücksichten auf das allgemeine Wohl oder in anderer Weise nicht erreichbaren Stiftungszweck Veränderungen wider Verhoffen unausweislich nothwendig sein: so werden sie doch eher nicht vollzogen werden, bis den Genussberechtigten des andern Landestheils, nach einem zu treffenden gütlichen Uebereinkommen, vollkommen entschädigt sind. In Entstehung eines gütlichen Uebereinkommens ist das Entschädigungsquantum von einer gemeinschaftlichen Commission nach Billigkeit zu bestimmen.

§. 3.

So viel die Administrations- und Collaturrechte und die mit denselben in Verbindung stehenden oder rücksichtlich derselben existirenden Genüsse, Bezüge nutzbarer und Ehren-Rechte

anlangt; so werden diese, in so weit sie der einen Regie
oder Landesherrlichen Behörde oder Landesherrlichen Be
als solchen, auf Stiftungen in dem Landestheil der andern
rung zustehen, zu Gunsten dieser Regierung dergestalt für
sehen erklärt, dass hierüber zwischen beiden Regierungen
weitere Ausgleichung zu geschehen hat. Wenn hingegen
lien oder Privatpersonen, vermöge Stiftungsmässiger Anor
gen, sich im wohlgegründeten, folglich ihnen ohne
letzung nicht wieder zu entziehenden Besitz des Administ
rechtes, des Collaturrechtes und etwa auch noch anderer,
connexer Bezüge, Genüsse nutzbarer oder Ehren-Rechte
auf Stiftungen des andern Landestheiles befinden: so sind
Rechte und Emolumente als ein Theil ihres Privateigen
anzusehen und haben ihnen unverkürzt und ungeschm
verbleiben. Sollte wider Erwartung eine der beiden Hö
gierungen sich durch Rücksichten auf das allgemeine W
den in anderer Weise nicht erreichbaren Stiftungszwe
gänglich zu solchen Verfügungen bei einer ihrer S
ermüssigt sehen, durch welche die Administrations-, C
und damit connexen Rechte einer Familie oder Privatpe
andern Landestheils beeinträchtiget und geschmälert w
oder werden könnten, so wird sie alles dasjenige beob
was in dem vorigen §. für dergleichen Fälle zum Besten
Theilnahme an dem Hauptzwecke der Stiftungen Beruf
dungen worden ist. Sollten sich bei der künftigen Ausei
setzung der Verhältnisse einzelner Stiftungen, Fälle e
wo Stadträthe, Corporationen oder Communen des einen L
theils vermöge Stiftungsmässiger Anordnungen sich im
gründeten, folglich ihnen ohne Rechtsverletzung nicht w
entziehenden Besitz von Administrations- oder Collatur
auf Stiftungen des andern Landestheils befinden, und se
der fernern Ausübung dieser Rechte wegen der eing
Territorial- und Hoheits-Veränderungen, Nachtheile od
kömmlichkeiten für die besagten Administratoren und C
oder für die Stiftungen selbst verbunden sein, so werd
Königliche Regierungen vermöge der ihnen obliegend
pflichtung, für das Wohl der Stiftungen und anderer m
Personen in ihrem Gebiete zu sorgen, sich über solche

gungen vereinigen, wodurch das Beste der Stiftungen, ohne Benachtheiligung und Kränkung der Rechte besagter Administratoren und Collatoren, gewahrt wird und dergleichen Administrations- und Collatur-Rechte gegen ähnliche in dem eignen Gebiet ausgetauscht, oder, wo dieses nach den gegenseitig vorhandenen Fällen nicht mehr möglich seyn sollte, den zur Collatur oder Administration berechtigten Stadträthen, Corporationen oder Communen billige Entschädigungen geleistet werden. Ganz auf dem nämlichen Wege wird man die Ausgleichung zu bewirken bemüht seyn, wenn etwa ähnliche Fälle mit ständischen Collatur- oder Administrations-Rechten annoch vorkommen sollten. Uebrigens versteht es sich von selbst, dass jeder auswärtige Administrator, so gut wie der inländische, sich den Weisungen der mit der Oberaufsicht über die Stiftung beauftragten Landes-Behörden, welche an ihn, in seiner Eigenschaft als Administrator ergehen werden, zu fügen und insbesondere dieser Behörde, auf jedesmaliges Verlangen, Rechnung zu legen verpflichtet ist. Auch ist der auswärtige Administrator einer wichtigeren Stiftung verbunden, an dem Orte, wo sich die mit der Oberaufsicht über die Stiftung beauftragte Landesbehörde befindet, auf ihr Verlangen einen Bevollmächtigten aufzustellen, welchem alle die Administration der Stiftungen betreffende Weisungen zugestellt werden können, und durch welchen die Administrationsgeschäfte, in so weit sie in dem Landestheile, dem die Stiftung angehört, vorkommen, zu verrichten sind.

§. 4.

Rücksichtlich der Privat- Genuss- und Collaturrechte bei den drei Fürstenschulen, hat man sich zu deren Besten, wegen der bei denselben eintretenden besondern Verhältnisse, dahin vereinigt, dass die Freistellen auf jeder derselben künftig nur an Unterthanen des Landestheiles, worin die Fürstenschule liegt, und nur von Collatoren, welche sich in eben diesem Landestheile befinden, werden vergeben werden. Solchergestalt werden die Genuss- und Collatur-Rechte an Freistellen dieser Art, welche hier von Unterthanen oder Collatoren des einen Landestheils an Fürstenschulen des andern Landestheils auszuüben waren, im Ganzen gegen einander ausgetauscht.

Nachdem jedoch auf der Schule zu Pforta mehr Freistellen von Collatoren in dem Königreich, als auf den Fürstenschulen zu Meissen und Grimma von Collatoren in dem Herzogthum zu vergeben waren, mithin die Collatoren in dem Königreich durch die von den Collatoren in dem Herzogthum aufgegebenen Freistellen zu Meissen und Grimma nicht schadlos gehalten werden können, so ist man ferner übereingekommen, dass die Königlich Sächsische Regierung die Entschädigung der betheiligten Collatoren und Genussberechtigten wegen der auf solche Weise verloren gehenden Freistellen gegen ein von der Königlich Preussischen Regierung zu gewährendes Aversionalquantum von

Sieben und Funfzig Tausend Fünf Hundert Thalern

sogenannter Reichenbachischer Obligationen, nebst den auf Johannis 1817 darauf haftenden Zinsen übernimmt. Die Königlich Preussische Regierung lässt sich demnach diesen Betrag an denjenigen 72,000 Thlrn. — - — - sogenannter Reichenbachischer Obligationen in Abzug bringen, welche sie, vermöge des §. 4 der am 23. Julius 1817 abgeschlossenen Peräquations- und Contri-Steuer-Convention zu erhalten hat.

§. 5.

Jede Regierung wird rücksichtlich des in ihrem Lande befindlichen, beweglichen oder unbeweglichen Vermögens einer Stiftung des andern Landestheiles, keine andern Rechte ausüben als welche überhaupt einer Landesherrschaft in Ansehung des in ihrem Gebiete befindlichen Eigenthums fremder Unterthanen zusteht. Was im §. 16 des Tractats vom 18. Mai 1815 zwischen Sr. Königl. Sächsischen und Königl. Preussischen Majestät stipulirt worden, ist hier als wörtlich wiederholt anzusehen.

§. 6.

Da es für die Stiftungen und selbst für die Regierungen wünschenswerth ist, dass das Vermögen der ersteren, wenigstens insoweit es aus Capitalien besteht, soviel möglich in dem Lande, welchem sie angehören, vereinigt werde; so verpflichten sich beide Königliche Regierungen, zwischen den Stiftungen der Landestheile den Austausch der ausser Landes ange-

Capitalien gegen solche, die im Lande angelegt sind, nach Thunlichkeit einzuleiten.

§. 7.

So wie es sich von selbst versteht, dass jede der beiden Regierungen über Beschwerden oder Klagen, welche bei ihr, oder ihren Gerichten gegen ihre Behörden oder Unterthanen, von Stiftungen des andern Landestheils oder in ihrem Namen angebracht werden könnten, die ergiebigste Abhülfe und prompteste Justiz nie versagen wird, so verpflichten sich insbesondere auch beide Regierungen gegenseitig in dem Falle, wo etwa der Administrator einer Stiftung mit derselben nicht unter der nämlichen Landesherrschaft stehen sollte und sich seinen Pflichten gegen die Stiftung oder ihre Landesherrschaft zu entziehen versuchte, gegen denselben den nachdrücklichsten Beistand zu leisten und ihn zu ungesäumter Erfüllung seiner Obliegenheiten anzuhalten.

§. 8.

Da die gemeinschaftliche Ausübung der Landesherrlichen Rechte über eine Stiftung sich kaum mit gutem Erfolge denken lässt, so ist man übereingekommen, dass diejenigen Stiftungen, welche ihrem Verhältnisse nach als der Landeshoheit beider Regierungen gemeinschaftlich unterstehend betrachtet werden müssen, unter beiden Regierungen getheilt werden sollen, insofern die Theilung dem Zweck der Stiftung unbeschadet geschehen kann. Wo dieses nicht möglich ist, soll man die Gemeinschaft der Landeshoheit dadurch aufzuheben trachten, dass man eine solche, nicht theilbare Stiftung dem einen Landesherrn, und dagegen eine andere, in ähnlicher Lage befindliche Stiftung dem andern Landesherrn ganz zuweiset.

§. 9.

Rücksichtlich der, mehreren Stiftungen aus beiden Landestheilen gemeinschaftlich gehörigen Fonds, wird man sich sowohl über die Frage, nach welchem Verhältniss jede Stiftung Theil zu nehmen habe, als über die weitere Frage: wie die Theilung zu vollziehen sey, besonders zu vereinigen trachten.

§. 10.

Da, vermöge §. 5 supra jede Stiftung in dem Besitze des ihr zugehörigen Vermögens in dem andern Landestheile ungestört zu verbleiben hat, so ist eine besondere Ueberweisung der Schuldner nicht nöthig. Das in der Verwahrung Landesherrlicher Behörden befindliche Eigenthum einer Stiftung des andern Landestheiles wird, nach Beendigung der etwa nöthigen Erörterungen, baldthunlichst ausgeantwortet werden.

§. 11.

In Erwägung, dass die Verhältnisse vieler Stiftungen es sehr zweifelhaft machen, ob die Landeshoheit über selbige mit dem daraus fliessenden Rechte der Oberaufsicht der einen oder der andern Regierung oder beiden gemeinschaftlich zustehe? und in fernerem Anbetracht, dass es, ohne diese Verhältnisse wenigstens bei den wichtigeren Stiftungen zu kennen, kaum möglich ist, sich über erschöpfende und sachgemässe Bestimmungen zu vereinigen, durch welche erwähnte Zweifel über das Domicilium der Stiftungen gelöset werden können, ist man übereingekommen, durch eine gemeinschaftliche subdelegirte Commission eine actenmässige tabellarische Uebersicht der Stiftungen fertigen zu lassen, bei welchen sich etwa dergleichen Umstände ergeben könnten.

Um versichert zu seyn, dass hierbei keine Stiftung übersehen wird, und um zugleich von allen Familienstiftungen, obwohl sie von gegenwärtiger Convention Eingangs gedachtermassen ausgeschlossen sind, wenigstens Nachricht zu erhalten, verbinden sich beide Königliche Regierungen unmittelbar nach Unterzeichnung gegenwärtiger Convention, eine gleichlautende Aufforderung an die Stiftungs-Administratoren in beiden Landestheilen öffentlich zu erlassen und ihnen darin die genaue Angabe der unter ihrer Administration stehenden Stiftungen und der bei denselben eintretenden Verhältnisse, binnen einer Frist von zwei Monaten, zur strengen Pflicht zu machen. Sollte sich die Erörterung über einige unbedeutende Stiftungen verzögern, so will man dieserwegen die Auseinandersetzung der wichtigeren nicht hinhalten.

§. 12.

Um die Arbeit dieser Commission nicht zwecklos zu vergrössern, hat man sich jedoch schon jetzt über folgende Bestimmungen einiger der hauptsächlichsten Fälle vereinigt.

I. Solche Stiftungen, die an einem bestimmten Orte dergestalt ihren unveränderlichen Sitz haben, dass an diesem Orte der Hauptzweck der Stiftung in Erfüllung geht, z. B. Kirchen, Schulen, Universitäten, Erziehungs- Versorgungs- Kranken- und Siechenhäuser u. s. w. folgen jederzeit der Landeshoheit des Ortes, wo sie ihren Sitz haben.

II. Rücksichtlich der Stiftungen, bei welchen dieser Fall nicht eintritt, z. B. der Stiftungen zu Ausstattung armer Mädchen, zu Unterstützung armer Wittwen, zu Stipendien oder Freitischen armer Studirenden u. s. w. entscheidet sich die Frage, welcher Landeshoheit sie zu folgen haben, nach dem Domicilium der, zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftung principaliter Berufenen, mit Rücksichtnahme auf den Ort, wo sich die Fonds der Stiftungen befinden, insoweit sie nicht aus aufkündbaren oder in fundis publicis angelegten Capitalien oder baarem Gelde, Pretiosen oder dergleichen beweglichen Effecten bestehen. Demnach wird

a) diejenige Regierung, in deren Gebiet die zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftung principaliter Berufenen sämmtlich ihr Domicilium haben, die Landeshoheit über die Stiftung erhalten, ihre Fonds mögen sich wo immer befinden.

b) Wenn die zur Theilnahme an dem Zwecke der Stiftungen principaliter Berufenen theils in dem einen, theils in dem andern Landestheile ihren Wohnsitz haben, aber die oben bemerkte, als entscheidend angenommene Gattung von Fonds ganz und ausschliessend in einem Landestheile ist, so folgt die Stiftung der Landeshoheit derjenigen Regierung, in deren Gebiete sich besagte Fonds befinden.

Dahingegen ist

c) eine Stiftung, bei welcher nicht nur die zur Theilnahme an ihrem Zwecke principaliter Berufenen in beiden Landestheilen domiciliren, sondern die auch in beiden Lan-

destheilen Fonds der oben gedachten Art besitzt, für gemeinschaftlich anzusehen.

So viel endlich

d) die hier unter a. und b. nicht begriffenen Fälle, ingleichen die sub c. erwähnten gemeinschaftlichen Stiftungen anlangt, so wird man sich demnächst über die dabei eintretenden Bestimmungen zu vereinigen suchen, sobald man durch die Arbeiten der §. 11 erwähnten Commission in die Kenntniss der wirklich vorkommenden Fälle dieser Art gesetzt seyn wird.

Obwohl übrigens, wie sich hiernach von selbst versteht, das Domicilium der Administratoren und Collatoren, so wie der Ort, wo aufkündbare Stiftungs-Capitalien angelegt sind, auf die Bestimmung der Landeshoheit über die Stiftungen von keinem Einflusse sind, so wird man sich doch bei der, vermöge §. 8 vorzunehmenden Theilung der gemeinschaftlichen Stiftungen möglichst bemühen, jeder Regierung solche Stiftungen zuzuweisen, deren Administratoren und Collatoren sich in ihrem Lande befinden, und deren etwa blos oder hauptsächlich aus aufkündbaren Capitalien bestehende Fonds in ihren Landestheilen elocirt sind.

§. 13.

Zu näherer Erläuterung des vorhergehenden §. wird annoch bemerkt:

a) Der 5te Juni ist bei Verfertigung der Tabelle dergestalt als Normaltag zu betrachten, dass alle nach demselben mit dem Fonds oder mit dem Domicilium der, zur Theilnahme an dem Hauptzweck der Stiftung oder zur Administration und Collatur und den damit verknüpften Rechten, Berufenen vorgegangenen Veränderungen nicht berücksichtigt werden.

b) Unter denen, im §. 12 erwähnten Administrations- und Collatur-Rechten sind nur solche zu verstehen, welche nicht Kraft des §. 3 und 4 der gegenwärtigen Convention erlöschen.

§. 14.

Die §. 11 erwähnte Commission wird alsogleich aus Mitgliedern von beiden Seiten zusammengesetzt werden, sie wird ihre Arbeit damit beginnen, dass sie über die wichtigeren Stiftungen

deren Verhältnisse, den obigen Bestimmungen nach, annoch zweifelhaft scheinen, die Tabelle nach dem hier sub ⊙ angebogenen Formular verfertiget, und in diese Uebersicht alle actenmässigen factischen Aufschlüsse zusammenfasst, welche von Einfluss auf die hiernach Bestimmungen über besagte Stiftungen seyn können. Sie wird zu diesem Ende mit einer von den beiderseitigen Königlichen Commissionen bereits verabredeten und doppelt gleichlautend ausgefertigten Instruction versehen.

§. 15.

Der subdelegirten Commission werden alle zur Hand zu bringenden Urkunden, Rechnungen und Papiere jeder Art, deren sie zu ihrer Arbeit bedürfen könnte, im Original, insoweit die Urschriften vorhanden sind, auf jedesmaliges Begehren, zur Einsicht vorgelegt werden.

§. 16.

Da es nun, die im §. 9 vorbehaltenen näheren Bestimmungen über die Fonds, an welchen Stiftungen aus beiden Landestheilen das Eigenthums- oder Benutzungsrecht gemeinschaftlich zusteht, zweckmässig und billig treffen zu können, unumgänglich nöthig ist, besagte gemeinschaftliche Fonds, ihre Verhältnisse, so wie den Ursprung und die Art der den theilnehmenden Stiftungen an selbige zustehenden Ansprüche, genauer zu wissen: so ist man übereingekommen, der oben erwähnten gemeinschaftlichen subdelegirten Commission auch die, über die, hier in Frage stehenden gemeinschaftlichen Fonds sprechenden, oder sie betreffenden Urkunden, Acten, Rechnungen und andern Litteralien im Original, insoweit sie in dieser Gestalt vorhanden sind, von beiden Seiten vorlegen, und hieraus von ihr eine erschöpfende Uebersicht besagter Fonds verfertigen zu lassen.

§. 17.

Damit jede der beiden Königlichen Regierungen ehethunlichst in die vollständige Kenntniss der Fonds gesetzt werde, welche unter ihrer Landeshoheit, Kraft der in gegenwärtiger Convention ausgesprochenen Grundsätze, zufallenden Stiftungen in dem andern Landestheile gehören, und damit sich hierüber, bei der

gegenseitigen Auslieferung der, jeder Regierung einzuantwortenden, ihren Stiftungen gehörigen, oder sie betreffenden Baarschaften, Documente, Litteralien u. s. w. keine verzögernden Anstände ergeben, so werden der subdelegirten Commission sämmtliche, über dergleichen Fonds sprechende Urkunden, Rechnungen, Acten und Papiere (ebenfalls soviel möglich in originali) zu dem Ende vorgelegt werden, damit sie über besagte Fonds vollständige Ausweise verfassen, und sie beiden Königlichen Commissionen mittheilen könne.

§. 18.

Gegenwärtige Convention a) wird durch den Druck öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Dresden am 27. Juli 1817.

Der Oesterreichisch Kaiserliche Vermittelungs-Commissär,
(L. S.) F. C. Freiherr von Gärtner.

Königl. Sächsische Friedensvollziehungs- und Auseinandersetzungs-Commission.
(L. S.) von Globig.
(L. S.) Günther.
(L. S.) von Watzdorf.

Königl. Preussische Commission zur Ausgleichung mit dem Königreiche Sachsen.
(L. S.) Gaudi.
(L. S.) Friese.
(L. S.) Sietze.

a) Vier besondere Conventionen über die milden Familien-Stiftungen wurden noch, als Ergänzungen, 4. April, 27. September, 6. und 28. December 1825 zu Dresden zwischen Preussen und dem Königreiche Sachsen abgeschlossen.
Vergl: Gesetzsammlung für das Königreich Sachsen, 18 Nr. 32, S. 273 u. f.

LXIII.

Recès-Général de la Commission territoriale, rassemblée à Francfort sur le Main, signé le 20. juillet 1819 par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie. *)

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

L'acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, et le traité de Paris du 20. novembre de la même année, renfermant des dispositions, qui exigeoient des négociations et des arrangemens ultérieurs et définitifs, L. L. M. M. I. I. et R. R. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, le Roi de Prusse et l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne, ont nommé des plénipotentiaires, pour en remplir l'objet. Voulant aujourd'hui comprendre dans une transaction commune, les résultats des différentes négociations, qui ont eu lieu à cet égard, pour les revêtir des ratifications nécessaires, Elles ont autorisé Leurs plénipotentiaires, à réunir dans un instrument général toutes les stipulations particulières, et à joindre à cet acte, qui portera le titre de „Recès-Général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort", toutes les conventions qui s'y rapportent.

En conséquence, les plénipotentiaires respectifs, savoir:

De la part de S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Son Conseiller intime actuel etc.;

De celle de S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande:

Le très-honorable Richard de Poer Trench, Comte de Clancarty, Son Ambassadeur extraordinaire auprès de S. M. le Roi des Pays-Bas etc.;

De celle de S. M. le Roi de Prusse:

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'état, Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. Britannique etc.;

De celle de S. M. l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne:

Le Sieur Jean d'Anstett, Son Conseiller privé, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Sérénissime Confédération Germanique etc.;

après avoir vérifié entre eux leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de recevoir dans le présent instrument général et définitif, et de munir de leurs signatures, les articles suivans: [b])

Article I.

S. M. I. et R. A. pour Elle, Ses Héritiers et Successeurs possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivans rétrocédés par S. M. le Roi de Bavière en vertu du traité signé à Munic le 14. avril 1816, lequel est annexé au présent traité général, savoir:

1) L'Innviertel et les parties du Hausruckviertel, tels que ces pays ont été cédés par l'Autriche en 1809;

2) Le Duché de Salzbourg, tel qu'il a été possédé par l'Autriche en 1809, à l'exception des bailliages de Waging, Tittmoning, Teisendorf et Laufen, en tant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salzach et de la Saale; ces bailliages tels qu'ils viennent d'être désignés, resteront à la Bavière.

3) Le bailliage tyrolien de Vils.

Article II.

En retour des rétrocessions désignées dans l'article I. du présent traité général, S. M. le Roi de Bavière pour Lui, Ses H

tiers et Successeurs, possédera en toute propriété et souveraineté les pays suivans, cédés par S. M. I. et R. A., savoir:

I. Sur la rive droite du Rhin:

a) les bailliages ci-devant Fuldois de Hammelbourg, y compris Tulba et Saleck, de Bruckenau avec Motten, celui de Weihers, à l'exception des villages de Melters et Hattenrodt, lequel bailliage ayant appartenu d'après l'article XL. de l'acte du Congrès de Vienne à la Prusse, a été échangé contre celui de Saalmuenster, Uerzel, Sannerz et le Huttensche Grund qui ont passé à la Hesse Electorale *), ainsi que la partie du bailliage de Bieberstein, qui renferme les villages de Batten, Brand, Dietges, Hadlos, Liebhard, Meiperz, Oberbernhard, avec les hameaux de Reinbach, Saiffert et Thalden;

b) le bailliage de Redwitz, enclavé dans les états Bavarois, et cédé par S. M. I. et R. A.;

c) la partie du bailliage de Wertheim située au nord de la route de Lengfourth à Wurzbourg, telle qu'elle a été cédée par S. A. R. le Grand-Duc de Bade en vertu du traité du 20. juillet 1819 annexé au présent Récès.

II. A la rive gauche du Rhin:

a) du ci-devant département du Mont-Tonnerre:

1) les arrondissemens de Deux-Ponts, de Kaiserslautern et Spire, ce dernier à l'exception des cantons de Worms et de Frankersheim;

2) le Canton de Kirchheim-Poland dans l'arrondissement d'Alzey;

b) du ci-devant département de la Sarre:

les cantons de Waldmohr et de Bliescastel, celui de Kusel à l'exception de Schwarzerden, Reichweiler, Pfeffelbach, Kusweiler, Burg-Lichtenberg et Thal-Lichtenberg;

dans le canton de St. Wendel: Saale, Niederkirchen, Urweiler, Marth, Hoff et Osterbruecken;

dans le canton de Grumbach: Eschenau et St. Julien;

c) les cantons de Landau, Bergzabern et Langenkandel, ainsi que toute la partie du département du Bas-Rhin, cédée par la France sur la rive gauche de la Lauter par le traité de Paris du 20. novembre 1815.

Il est entendu que toutes les communes désignées ci-dessus sont censées être cédées avec leurs banlieues.

Article III.

La ville de Landau est déclarée, sous le rapport militaire, une des forteresses de la Confédération Germanique, sans que cette disposition puisse altérer en rien le droit de souveraineté, qui est dévolu à S. M. le Roi de Bavière sur la dite ville.

Article IV.

S. M. le Roi de Bavière réunira également à Sa Monarchie les bailliages de Miltenberg, Amorbach, Heubach et Alzenau, tels qu'ils ont été cédés par suite des négociations de la Commission territoriale de Francfort par S. A. R. le Grand-Duc de Hesse, en vertu du traité du 30. juin 1816, lequel est annexé au présent Récès.

Article V.

La ligne de démarcation entre les états Bavarois sur la rive gauche du Rhin et la France suit les limites qui, d'après le traité de Paris du 20. novembre 1815, séparent l'Allemagne des départemens de la Moselle et du Rhin jusqu'à la Lauter, qui sert de suite de frontière jusqu'à son embouchure dans le Rhin. Toutefois la ville de Weissenbourg, traversée par cette rivière, reste toute entière à la France avec un rayon sur la rive gauche qui ne peut pas excéder mille toises.

Article VI.

Il sera établi une route militaire dans la direction de Weissenbourg vers les provinces Bavaroises sur la rive gauche du Rhin à travers les états de S. A. R. le Grand-Duc de Bade. Elle sera tracée de manière à être aussi peu onéreuse que possible au Grand-Duché, et les arrangemens à faire à cet égard sont réservés à une convention particulière entre S. M. le Roi de Bavière et S. A. R. le Grand-Duc de Bade.

Article VII.

Les stipulations, cessions, rétrocessions, conditions et clauses, portées au traité de Munich du 14. avril 1816, ayant été ratifiées, et les ratifications ayant été confirmées par la pré-

possession et la paisible jouissance des pays acquis ou échangés, à l'exception de la partie du bailliage de Wertheim désignée dans l'article II. du présent Récès, qui dépendait de la négociation commise à la Commission de Francfort, les articles qui composent ce traité ont été annexés au présent Recès. L'article IV. du dit traité a du motiver une détermination particulière. Il est de la teneur suivante:

„La contiguité des acquisitions que fait la Bavière, en échange des rétrocessions susmentionnées, étant une stipulation du traité de Ried, S. M. l'Empereur d'Autriche reconnoit le droit de S. M. le Roi de Bavière à une indemnité pour le désistement du principe de contiguité.“

„Cette indemnité sera fixée à Francfort, en même temps et de la même manière que les autres arrangemens territoriaux de l'Allemagne.“

„A cet effet S. M. l'Empereur d'Autriche s'engage à donner à S. M. le Roi de Bavière un dédommagement qui a été réglé de gré-à-gré jusqu'à l'époque du résultat efficace de la négociation de Francfort, et que la Bavière ait pu être mise en possession de l'indemnité pour la rénonciation à la contiguité.“

Les négociations de Francfort ont eu en conséquence pour objet de réaliser en faveur de la Bavière un dédommagement pour son désistement de la contiguité de ses possessions. Mais l'indemnité obtenue à la suite de ces négociations ayant été réjetée par la Bavière, quoiqu'elle fut un juste équivalent de l'objet donné, les Hautes Parties contractantes se condisèrent comme entièrement libérées envers la Bavière, attendu que les engagemens pris envers cette Cour n'ont jamais été que conditionnels, et qu'ils ont reçu de leur part tout l'accomplissément dont ils étoient susceptibles. En conséquence l'article IV. précité, et par suite du même principe, les articles additionnels qui pourraient avoir été annexés au dit traité de Munich, cessent d'être obligatoires, et ne pourront plus l'être dans aucun cas, ni à aucune époque, dans aucune relation ou correlation pour ou contre une partie quelconque, l'état de possession tel qu'il ressort du présent Récès étant formellement reconnu par les Parties contractantes.

S. M. I. et R. A. change toutefois en une rente perpetuelle en faveur de la Bavière la rente conditionnelle et temporaire de

100,000 fl., qu'Elle Lui paye en suite des négociations qui eurent lieu à Munich en 1816.

Article VIII.

S. M. I. et R. A. pour Elle, Ses Héritiers et Successeurs, cède à S. A. R. le Grand-Duc de Bade le Comté de Geroldseck, dévolu à l'Autriche en vertu de l'article LI. de l'acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815. En échange de cette cession S. A. R. le Grand-Duc de Bade met à la disposition de S. M. I. et R. A. la partie du bailliage de Wertheim désignée dans l'article II. du présent Recès.

Article IX.

Les articles additionnels du traité de Francfort du 20. novembre 1813 [d]) renfermant une clause onéreuse à la charge du Grand-Duché de Bade, sont révoqués. S. A. R. le Grand-Duc, Ses Héritiers et Successeurs, en sont libérés à jamais, et l'état de possession du Grand-Duché, tel qu'il existe aujourd'hui, est formellement reconnu.

Article X.

Le droit de succession établi dans le Grand-Duché de Bade en faveur des Comtes de Hochberg, fils de feu le Grand-Duc Charles-Frédéric, est reconnu pour et au nom des Puissances contractantes. Le traité renfermant les deux articles ci-dessus, IX. et X., est annexé au présent Recès.

Article XI.

S. M. le Roi de Prusse pour Lui, Ses Héritiers et Successeurs, possédera en toute souveraineté et propriété dans les départemens de la Sarre et de la Moselle les districts qui, en vertu du traité conclu à Paris le 20. novembre 1815, ont été cédés à S. M. T. C. aux Puissances signataires du dit traité.

Article XII.

S. M. l'Empereur d'Autriche ayant cédé à S. M. le Roi de Prusse les districts que S. M. I. et R. A. possédait, en vertu de l'article LI. de l'acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, le département de la Sarre, y compris ses parcelles sur la rive droite de la Moselle, qui appartenaient autrefois à Luxembourg,

ainsi que les districts du département de la Moselle, cédés par S. M. T. C. par le traité de paix de Paris du 30. mai 1814, à l'exception toutefois de ceux de ces territoires qui suivant l'article II. du présent Recès passent sous la domination de S. M. le Roi de Bavière; S. M. Prussienne possédera les dits districts pour Elle, Ses Héritiers et Successeurs en toute propriété et souveraineté, en tant qu'Elle n'en a pas disposé suivant les articles XXVII., XXVIII. et XXIX. du présent Récès pour remplir les engagemens contractés par l'article XLIX. et L. de l'acte du Congrès de Vienne.

Article XIII.

Conformément à cette double disposition et par suite des cessions faites, la frontière des états Prussiens sera désormais la suivante:

En quittant le confluent de la Moselle avec la Sarre qui forme l'extrémité des limites Prussiennes désignées par l'article XIV. de l'acte du Congrès de Vienne, elle remontera la Moselle jusques près de Perle, qui passera à la Prusse, se dirigera de là par Launsdorf, Wallwich, Schardorf, Niederweiling, Pellweiler, en ces endroits restans avec leurs banlieues à la France, jusqu'à Sarre, et suivra de cet endroit les anciennes limites du pays de Zweibruk, en laissant Sarrelouis et le cours de la Sarre avec les endroits situés à la droite de la ligne ci-dessus désignée, (c. à-d. situés du côté du ci-devant département de la Sarre), et leurs banlieues à Monarchie Prussienne. Des limites du pays de Zweibruk la ligne de démarcation continuera à être la même que celle qui d'après l'article I. du traité de paix conclu à Paris le 20. novembre 1815, sépare la France de l'Allemagne jusqu'à Blies-Rauschbach, de sorte que tout ce qui jusqu'à ce point fait d'après l'article cité partie de l'Allemagne sera possédé désormais par Sa Majesté Prussienne.

Du point, où, près de Blies-Rauschbach appartenant à la France, finit la frontière de la France jusqu'au village de Braidbach, qui se trouvera sous la domination Bavaroise, la frontière qui sépare les cantons d'Arneval, d'Ottweiler et de St. Wendel sur la ligne Prussienne, des cantons de Bliescastel et Homburg, faisant partie du territoire Bavarois, formera la li-

mite entre les états de L. L. M. M. les Rois de Prusse et de Bavière.

Les frontières des ci-devant cantons qui, d'après ce qui vient d'être stipulé, forment les limites entre le territoire Prussien et Bavarois, sont entendues telles qu'elles étaient à l'époque de la conclusion du traité de paix de Paris du 30. mai 1814.

De Braitenbach la nouvelle frontière passera à travers les cantons d'Ottweiler, de Tholey et de St. Wendel, de façon qu'elle laisse du premier les communes de Werschweiler, Doerrenbach, la métairie de Werthshausen, ainsi que les communes de Steinbach, Niederlinxweiler, Remesweiler, Mainzweiler et Urexweiler, et du second les communes de Namborn, Gnideswéiler, Gronig, Offenbach avec Oberthal, Immweiler, Elmeren, Bliesen, Niederhofen, Winterbach, Alzweiler et Marpingen, toutes avec leurs banlieues, à S. A. S. le Duc de Saxe-Cobourg, et que le reste de ces cantons demeure sous la domination Prussienne, ainsi que du canton de St. Wendel les seules communes de Hasborn, Dautweiler et Tholey, avec leurs banlieues, fassent parties du territoire Prussien, le reste de ce canton appartenant en partie à celui de Saxe-Cobourg, et en partie à celui d'Oldenbourg.

De là la frontière traversera les cantons de Wadern et de Hermeskeil, en laissant du premier les communes de Neunkirchen, Sellbach, Gonnesweiler et Eyweiler, du second celles de Soetern, Boosen et Schwartzenbach, toutes avec leurs banlieues à S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg, le reste de ces cantons formant partie du territoire Prussien; elle passera ensuite entre le canton de Hermeskeil et de Birkenfeld, ce dernier appartenant en entier au territoire d'Oldenbourg, et coupera le canton de Herrstein et de Rhaunen, de manière que le premier appartienne à S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg, à l'exception des communes de Hottenbach, Hellertshausen, Asbach, Schauren, Kirchfeld et Bruchweiler qui avec leurs banlieues demeurent à la Prusse, et que le second (celui de Rhaunen) reste à S. M. Prussienne, à l'exception de la commune de Bondenbach, qui avec sa banlieue fait partie du territoire d'Oldenbourg.

Lorsque la nouvelle limite aura ainsi atteint celle qui existoit à l'époque du 30. mai 1814 le département de la Sarre, le département du Rhin et Moselle, elle suivra cette limite vers

confluent de la Glan avec la Nahe, en séparant du territoire Prussien une partie du canton de Herrstein, laquelle, comme il vient d'être dit, appartient au Grand-Duc d'Oldenbourg, et le canton de Meisenheim qui passe à S. A. S. le Landgrave de Hesse-Hombourg. Au confluent des deux susdites rivières la nouvelle frontière retombera dans les limites fixées par l'article XXV. de l'acte du Congrès de Vienne, et admises au présent Récès.

Article XIV.

S. M. le Roi de Prusse réunit à Son Grand Duché du Bas-Rhin tous les districts et territoires compris dans les limites désignées dans l'article précédent.

Article XV.

Le droit de garnison dans la forteresse de Mayence est commun à S. M. l'Empereur d'Autriche et à S. M. le Roi de Prusse. La garnison de cette place sera composée d'un nombre égal de troupes Autrichiennes et de troupes Prussiennes. S. A. R. le Grand-Duc de Hesse participera au même droit pour un bataillon d'infanterie.

Article XVI.

Par suite de l'article ci-dessus L. L. M. M. l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse exerceront le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de la place de Mayence alternativement de cinq ans à cinq ans, et de manière que, lorsque le poste de Gouverneur sera occupé par un Général Autrichien, celui de Commandant le sera par un Général Prussien, et ainsi réciproquement. Il est également convenu que la direction de l'artillerie appartiendra, comme jusqu'ici, à l'Autriche, et celle du génie à la Prusse.

Article XVII.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse cède à S. M. le Roi de Prusse le Duché de Westphalie, tel qu'il a été possédé par S. A. R. à l'époque de la signature de l'acte final du Congrès de Vienne du 9. *juin* 1815 pour appartenir à Sa Majesté, Ses Descendans et Successeurs, en toute propriété et souveraineté.

Article XVIII.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse renonce en faveur de S. M. le Roi de Prusse, pour Lui, Ses Descendans et Successeurs, à tout droit de souveraineté et de féodalité sur les Comtés de Wittgenstein-Wittgenstein et Wittgenstein-Berlebourg.

Ces possessions seront placées envers la Monarchie Prussienne dans les relations établies par la Constitution Fédérative de l'Allemagne pour les territoires médiatisés.

Article XIX.

En retour des cessions et renonciations faites par le Grand-Duc de Hesse, S. A. R. possédera pour Elle, Ses Héritiers et Successeurs:

1) En toute souveraineté: les territoires du Prince et des Comtes d'Isenbourg, y compris les villages de Heusenstamm et d'Eppertshausen, à l'exception toutefois des districts cédés S. A. R. l'Electeur de Hesse, en vertu de l'article XXV. du présent Récès; de même en toute souveraineté: les possessions du Comte de Solms-Roedelheim et du Comte d'Ingelheim, qui ont fait partie du ci-devant département de Francfort; lesquelles possessions et villages seront placés envers le Grand-Duché de Hesse dans les relations établies par la Constitution Fédérative de l'Allemagne pour les territoires médiatisés.

Les rapports des Comtes d'Isenbourg vis-à-vis du Prince d'Isenbourg seront rétablies sur le pied, sur lequel ils existaient avant la Confédération Rhénane, bien entendu, que tous les droits de souveraineté appartiendront uniquement à L. L. A. A. R. l'Electeur et le Grand-Duc de Hesse, conformément à l'article XXV. ci-dessus mentionné.

2) En propriété: les salines situées dans la banlieue de Kreutznach, ainsi que les sources salées qui y appartenaient à l'époque de la signature de l'acte du Congrès de Vienne du 9 juin 1815. La saline dite de Muenster, qui est une propriété particulière, est expressément exceptée. La souveraineté de toutes les salines restera à S. M. le Roi de Prusse.

Article XX.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse, Ses Héritiers et Successeurs, posséderont en toute propriété et souveraineté:

1) Le cercle d'Alzei, à l'exception du canton de Kirchheim-Poland, et les cantons de Pfeddersheim et de Worms dans le cercle de Spire, tels que ces pays se trouvaient à l'époque du 3. novembre 1815 sous l'administration établie à Worms, et de façon que les limites des états Prussiens, là, où ceux-ci confinent au cercle d'Alzei, restent telles qu'elles sont fixées par l'article XXV. de l'acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815.

2) La ville et le territoire de Mayence, y compris Cassel et Kostheim, à l'exception de tout ce qui constitue la forteresse, laquelle est déclarée forteresse de la Confédération Germanique.

Article XXI.

Tous les ouvrages, édifices, terrains et revenus qui appartenaient à la forteresse de Mayence à l'époque de la remise faite aux troupes alliées, en exécution de la convention du 23. avril 1814, soit que ces revenus fissent partie de sa dotation, soit qu'ils fussent affectés à d'autres objets, resteront exclusivement à la disposition du gouvernement de la forteresse, et leur produit fera partie de sa dotation.

Article XXII.

Le droit de souveraineté dans la ville de Mayence appartient à S. A. R. le Grand-Duc de Hesse, l'administration de la police, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile restera exclusivement entre les mains des employés de S. A. R., mais le Gouverneur et le Commandant leur prêteront secours et assistance en cas de besoin. Toutefois le Gouvernement militaire de la forteresse sera nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour s'assurer, conformément à la responsabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses fonctions. Les autorités civiles et locales lui seront subordonnés pour tout ce qui concerne la défense de la place et les rapports militaires. Il aura, à ce même égard, nommément la direction de la police, de manière

cependant qu'un employé civil de S. A. R. le Grand-Duc prendra part aux conférences du Gouvernement, aussi souvent qu'il s'agira d'objets de cette nature. Les ordonnances et réglemens de police seront publiés par le Gouvernement sous l'intervention du président de la police de la ville. La garde bourgeoise de la ville sera, ainsi que cela se pratique dans toutes les forteresses, placée sous les ordres du Gouvernement militaire, et ne pourra se rassembler que de son consentement. Il ne sera mis aucun obstacle à la levée de la conscription dans la ville. Le Gouvernement militaire étant responsable de la défense de la place et du maintien de l'ordre intérieur, et jouissant du droit de prendre dans ce but toutes les mesures nécessaires, il pourra aussi placer des avant-postes au dehors de la forteresse. En temps de guerre, ou lorsque l'Allemagne sera menacée d'une guerre, et la forteresse déclarée en état de siège, les pouvoirs du Gouvernement militaire seront illimités, et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Article XXIII.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse consent à ce que la Prusse ait une route militaire par ses états pour les troupes qui passent d'Erfurt par Eisenach, Hersfeld, Giessen et Wetzlar à Coblence, et que celles qui viennent de Mayence, ou qui y sont destinées, prennent la route de Coblence par Bingen.

Le réglement d'une route d'étapes pour les troupes Autrichiennes destinées à faire partie de la garnison de Mayence, est réservé à une convention particulière entre les gouvernemens respectifs.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse consent également à ce que la Bavière ait une route militaire par Ses états pour les troupes, qui passent des provinces Bavaroises à la rive droite du Rhin dans celles nouvellément acquises sur la rive gauche de ce fleuve. Quant aux places d'étapes, aux moyens d'entretien et de transport et autres objets d'administration ces objets seront réglés par une convention particulière entre S. M. le Roi de Bavière et S. A. R. le Grand-Duc de Hesse.

Article XXIV.

Les engagemens pris par S. A. R. le Grand-Duc de H

dans les articles additionnels du traité de Francfort du 23. novembre cessent; et la clause onereuse que ces articles renfermaient, ne pourra plus dans aucun cas, ni à aucune époque devenir obligatoire pour S. A. R., Ses Héritiers et Successeurs.

Article XXV.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse remet S. A. R. l'Electeur de Hsseen possession du bailliage de Dornheim et Lui cède, en échange des bailliages de Rodheim, Ortenbourg et Babenhausen, de la moitié de Vilbel appartenante à S. A. R. l'Electeur, et des communautés de Muenzenberg, Traismuenzenberg, Ostenheim, Heuchelheim et Burggraefenrode, les territoires suivans, savoir:

1) Les endroits de Grossauheim, Grosskrotzenbourg et Oberrodenbach, et la moitié de Praunheim appartenante au Grand-Duché;

2) Une partie du pays d'Isenbourg, composée des bailliages (*Gerichte*) de Diebach, Langenselbold, Meerholz, Lieblos, Waechtersbach, Spielberg et Reichenbach, et du village de Wolfenborn.

Article XXVI.

S. A. R. le Grand-Duc de Hesse réintègre, en exécution de l'article XLVIII. de l'acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, S. A. S. le Landgrave de Hesse-Hombourg dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques, dont il a été privé par la Confédération Rhénane.

Il sera conclu entre S. A. R. le Grand-Duc de Hesse et S. A. S. le Landgrave de Hesse-Hombourg un arrangement de famille à l'effet de concilier les rapports résultans de la présente stipulation avec les pactes et récès de famille existans.

Article XXVII.

L'article XLIX. de l'acte du Congrès de Vienne ayant réservé le ci-devant département de la Sarre un district pour L. L. A. A. R. R. les Grand-Ducs d'Oldenbourg, Prince de Lubeck, et de Mecklenbourg-Strelitz, L. L. A. A. S. S. le Duc de Saxe-Cobourg, le Landgrave de Hesse-Hombourg et le Comte de Pappenheim, lequel district a reçu plus tard de S. M. Prussienne une plus grande extension en faveur de S. A. S. le Duc de Saxe-

Cobourg, et S. M. le Roi de Prusse s'étant engagé en considération des cessions qui Lui on été faites à l'article XII. du présent récès par S. M. l'Empereur d'Autriche, à mettre les dits Princes, ainsi que le Comte de Pappenheim, en possession des territoires qui doivent leur appartenir, S. M. Prussienne, de concert avec S. M. I. et R. A., S. M. le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, cède:

1) à S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg, Prince de Lubeck: le canton de Herrstein, à l'exception des communes de Hottenbach, Asbach, Schauren, Kempfeld et Bruckweiler; le canton de Birkenfeld; du canton de Hermeskeil les communes de Soetern, Boosen et Schwarzenbach, du canton de Wadern les communes de Neunkirchen, Sellbach, Gonnesweiler et Eyweiler; du canton de St. Wendel les communes d'Asweiler, Eizweiler, Imsbach, Hirstein, Reichsweiler et Mosberg, Steinberg et Deckenhard, Wallhausen et Schwarzhoff; du canton de Rhaunen la commune de Bondenbach; et du canton de Baumholder les communes de Nohen, Nohefelden, Gimbweiler et Wolfersweiler.

Article XXVIII.

2) A S. A. S. le Duc de Saxe-Cobourg le canton de Grumbach, à l'exception des communes de Baerenbach, Becherbach, Otzweiler, Hoppstaedten, St. Julien et Eschenau; le canton de Baumholder, à l'exception des communes de Nohen, Nohefelden, Gimbweiler et Wolfersweiler; le canton de St. Wendel, à l'exception des communes Bubach, Saal, Niederkirchen, Marth, Hoff, Ostrabrücken, Hasborn, Dautweiler, Theleg, Asweiler, Eizweiler, Hirstein, Reichsweiler et Moosberg, Steinberg et Deckenhard, Wallhausen et Schwarzhoff, et Imsbach; du canton de Cousel les communes de Burg-Lichtenberg, Thallichtenberg, Ruthweiler, Pfeffelbach, Reichweiler et Schwarzerden; du canton de Tholey les communes de Namborn, Gnidesweiler, Gronig, Osscnbach avec Ottenthal, Immweiler, Elmeren, Bliesen, Niederhofen, Winterbach, Alzweiler et Marpingen; et du canton d'Ottweiler les communes de Werschweiler et Doerrenbach, la métairie de Werthsham, ainsi que les communes de Steinbach, Niederlinxweiler, Mittelweiler et Urexweiler.

Article XXIX.

3) A S. A. S. le Landgrave de Hesse-Homburg: le canton de Meisenheim; et du canton de Grumbach les communes de Baerenbach, Becherbach, Otzweiler et Hoppstaedten.

Article XXX.

S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg, Prince de Lubeck, L. L. A. A. S. S. le Duc de Saxe-Cobourg et le Landgrave de Hesse-Hombourg posséderont les dits districts et territoires pour Eux, Leurs Héritiers et Successeurs, en toute souveraineté et propriété, et d'après les clauses et stipulations enoncées dans les actes dressés entre les parties intéressées lors de la remise des dits territoires.

S. A. S. le Landgrave de Hesse-Hombourg, pour Lui, Ses Héritiers et Successeurs, jouira également d'une pleine et entière souveraineté à l'égard des possessions dans lesquelles il a été réintégré par l'article XLVIII. de l'acte du Congrès de Vienne; il prendra le titre de Landgrave Souverain de Hesse.

Article XXXI.

Il est entendu que les communes renfermées dans les districts désignés dans les articles XXVII., XXVIII. et XXIX. du présent Traité sont censées être cédées avec leurs banlieues qui ne seront nulle part coupées par les nouvelles limites.

Article XXXII.

La Prusse jouira du droit d'une route militaire par la Principauté de Birkenfeld pour conserver la communication nécessaire avec le pays de Sarrebruck et la forteresse de Sarrelouis.

Il a été fait à cet égard une Convention particulière entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg.

Article XXXIII.

S. A. R. le Grand-Duc d'Oldenbourg, Prince de Lubeck, L. L. A. A. S. S. le Duc de Saxe-Cobourg et le Landgrave Souverain de Hesse ayant été mis en possession des territoires qui leur étoient destinés; S. A. R. le Grand-Duc de Mecklenbourg-Strélitz ayant fait un arrangement particulier avec S. M. le Roi de Prusse; et le Comte de Pappenheim, ayant obtenu une

indemnité en domaines dans la monarchie Prussienne; et ces derniers arrangemens ayant été notifiés à la commission territoriale, S. M. Prussienne est entièrement libérée des engagemens qu'Elle voulu prendre par l'article XLIX. de l'acte du Congrès de Vienne.

Article XXXIV.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, possédera pour Lui, Ses Héritiers et Successeurs, en pleine propriété et souveraineté tous les districts qui, ayant fait partie en 1790 des Provinces Belgiques, de l'Evêché de Liège et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puissances alliées en vertu du traité conclu à Paris le 20. novembre 1815, ainsi que les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, cédés par le même traité. Par suite de cette disposition les limites des états de S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, resteront telles qu'elles ont été fixées entre la France et les pays cédés aux Puissances alliées par le traité de paix de Paris du 30. mai 1814, à commencer de la mer du nord jusque vis-à-vis de Quiévrain. De Quiévrain la ligne de démarcation suivra les anciennes limites des Provinces Belgiques, du ci-devant Evêché de Liège et du Duché de Bouillon, jusqu'à Villers près d'Orval, comme elles étoient en 1790, conformément aux stipulations de l'article I. du dit traité de Paris du 20. novembre 1815, de sorte que tous les pays qui se trouvent à la gauche de la dite ligne de démarcation, en y comprenant les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, le ci-devant Evêché de Liège et tout le Duché de Bouillon, appartiennent aux Pays-Bas.

Article XXXV.

L'article III. du traité conclu à Vienne le 31. mai 1815 et l'article LXVII. de l'acte du Congrès de Vienne ayant stipulé que la forteresse de Luxembourg seroit considérée comme forteresse de la Confédération Germanique, cette disposition est maintenue et expressément confirmée par le présent Recès.

Cependant S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas agissant en Sa qualité de Grand-Duc de Luxembourg, voulant adapter le reste des dispositions desdits articles aux chan-

mens survenus par le traité de Paris du 20. novembre 1815 et pourvoir de la manière la plus efficace à la défense combinée de Leurs états respectifs, L. L. M. M. sont convenues de tenir garnison commune dans la forteresse de Luxembourg, sans que cet arrangement, fait uniquement sous le rapport militaire, puisse altérer en rien le droit de souveraineté de S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, sur la ville et la forteresse de Luxembourg.

Article XXXVI.

S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, cède à S. M. le Roi de Prusse le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de cette place, et consent à ce que, tant la garnison en général, que chaque arme en particulier soit composée pour les trois-quarts de troupes Prussiennes, et pour un quart de troupes des Pays-Bas, renonçant ainsi au droit de nomination que l'article XLVII. de l'acte du Congrès de Vienne assurait à S. M.

Les troupes seront soldées et équipées aux frais de leurs gouvernemens respectifs. Il en sera de même pour leur nourriture, lorsque la forteresse ne sera pas déclarée en état de siège. Dans ce cas, la garnison se nourrira des magasins de la forteresse, et il sera suppléé à son approvisionnement d'après les principes établis dans le traité conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi de Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg à Francfort sur Mein le 8. novembre 1816 annexé au présent Recès.

Article XXXVII.

Le droit de souveraineté appartenant dans toute sa plénitude à S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, dans la ville et forteresse de Luxembourg comme dans tout le reste du Grand-Duché, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile, restera exclusivement entre les mains des employés de S. M., et le Gouverneur et le Commandant leur prêteront secours et assistance en cas de besoin.

De l'autre côté le Gouverneur sera nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour lui assurer conformément à la responsabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses fonctions,

et les autorités civiles et locales lui seront subordonnées pour tout ce qui concerne la défense de la place.

Pour éviter néanmoins tout conflit entre l'autorité militaire et civile, S. M. le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, nommera un Commissaire spécial qui servira d'intermédiaire entre le Gouverneur et les autorités civiles, et recevra les directions du Gouverneur dans les affaires de police, en tant qu'elles se lient aux rapports militaires et à la défense de la place.

Le Gouverneur pourra pour le même objet et toujours dans les limites qui viennent d'être énoncées, déléguer de sa part une personne à son choix, et ces deux employés formeront une Commission mixte.

Mais en cas de guerre, ou si l'une ou l'autre des deux Monarchies de Prusse ou des Pays-Bas était menacée d'une guerre, et que la forteresse fut déclarée en état de siège, les pouvoirs du Gouverneur seront illimités et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Si finalement la Diète de la Confédération Germanique venait à décider que les Gouverneurs et Commandans des forteresses de la Ligue devront être assermentés, le Gouverneur et le Commandant de la forteresse de Luxembourg prêteront le serment d'après la formule qui sera adoptée par la Diète.

Article XXXVIII.

Une partie des indemnités pécuniaires que S. M. T. C. s'est engagée à payer par l'article IV. du traité de Paris du 20. novembre 1815, étant destinée, en vertu des arrangemens faits à Paris entre les Puissances alliées, à renforcer la ligne de défense des états limitrophes de la France, cette somme est distribuée de la manière suivante:

S. M. le Roi de Prusse en recevra, pour être employés aux ouvrages destinés à la défense du Bas-Rhin, vingt, S. M. le Roi de Bavière quinze, S. M. le Roi des Pays-Bas sept, et S. M. le Roi de Sardaigne dix millions de francs. Ces millions de francs sont destinés pour être employés à achever les fortifications de la forteresse de Mayence, et vingt millions pour la construction d'une place fédérale sur le Haut-Rhin.

L'emploi de ces différentes sommes sera fait conformément

au système qui a été adopté par les Puissances signataires du traité de paix conclu à Paris le 20. novembre 1815, et qui a été consigné au protocole de la conférence de leurs ministres du 21. novembre 1815 annexé au présent Recès.

Article XXXIX.

La partie de la Savoie qui était restée à la France en vertu du traité de paix du 30. mai 1814, et qui a été rétrocédée par le traité du 20. novembre 1815, est restituée à S. M. le Roi de Sardaigne, pour être possédée en toute souveraineté et propriété par Lui, Ses Héritiers et Successeurs, et les frontières entre la Savoye et la France seront telles qu'elles existoient en 1790.

La commune de St. Julien reste exceptée de cette restitution. Elle a été donnée à la Confédération Suisse, qui en a rétrocédé à S. M. Sarde la portion dans laquelle le chef-lieu est situé.

Article XL.

Afin d'établir une communication directe entre le canton de Genève et le reste de la Suisse, la partie du pays de Gex, bornée à l'est par le lac Leman, au midi par le territoire du canton de Genève, au nord par celui du canton de Vaud, à l'ouest par le cours de la Versoix et par une ligne qui renferme les communes de Collex-Bussy et Meyrin (laissant la commune de Ferney à la France) est réunie définitivement au canton de Genève. La commune de St. Julien est réunie également à ce canton, à l'exception toutefois de la partie qui, conformément à l'article précédent, a été cédée à S. M. le Roi de Sardaigne.

Article XLI.

En conséquence des actes du Congrès de Vienne, ainsi que des dispositions ultérieures des Puissances alliées, et nommément en vertu du traité conclu entre S. M. le Roi de Sardaigne et la Confédération Suisse le 16. mars 1816, dont l'article premier se trouve transcrit ci-dessous, en tant qu'il s'agit de la description des frontières, le territoire cédé par S. M. le Roi de Sardaigne pour être réuni au canton de Genève, est „limité par le Rhône à partir de l'ancienne frontière près St. George jusqu'aux confins de l'ancien territoire Génevois, à l'ouest d'Aire la ville, de là par une ligne, suivant ce même ancien territoire jusqu'à la rivière

de la Laire, remontant cette rivière jusqu'au chemin qui de la Terrière tend à Soral; suivant le chemin jusqu'au dit Soral, lequel restera, ainsi que le chemin, en entier sur Genève, puis par une ligne droite tirée sur l'angle saillant de la commune de Bernex à l'ouest de Norcier. De cet angle la limite se dirigera par la ligne la plus courte à l'angle méridional de la commune de Bernex sur l'Aire, laissant Norcier et Thurens sur Savoie. De ce point elle prendra la ligne la plus courte pour atteindre la commune de Compesières, suivra le confin de cette commune à l'est de St. Julien jusqu'au ruisseau de l'Arande, qui coule entre Ternier et Bardonex, remontera ce ruisseau jusqu'à la grande route d'Annecy à Carouge, suivra cette route jusqu'à l'embranchement du chemin, qui mène directement à Callogne, à 150 toises de Savoie, avant d'arriver à la croix de Roson; atteindra par ce chemin le ruisseau qui descend du village d'Archamp, suivra ce ruisseau jusqu'à son confluent avec celui qui descend du hameau de la Combe, au de là d'Evordes, en laissant néanmoins toutes les maisons du dit Evordes sur Genève, puis, du ruisseau de la Combe prendra la route qui se dirige sous Bossey, sur Crévin, et au dessus de Veirier. De l'intersection de cette route à l'est et près de Veirier, avec celle qui de Carouge tend à Etrembières, la limite sera marquée par la ligne la plus courte pour arriver à l'Arve, à deux toises au dessus de la prise d'eau du biez du moulin de Sierne. Delà elle suivra le thalweg de cette rivière jusques vis-à-vis de l'embouchure du Foron, remontera le Foron jusqu'au delà de Cormières, au point qui sera indiqué par la ligne la plus courte, tirée de la jonction de la route de Carra avec le chemin qui du nord de Publinge tend au nord de Ville la Grand, suivra la dite ligne, et ce dernier chemin vers l'est, en le donnant à Genève; puis la route qui remonte parallélement au Foron, jusqu'à l'endroit où elle se trouve en contact avec le territoire de Jussy. De ce point la ligne reprendra l'ancienne limite jusqu'à sa rencontre avec le chemin tendant de Jussy à Foncenex, et suivra le dit chemin vers le nord jusqu'à la sortie du village de Gy, laissant le dit chemin sur Genève. La limite se dirigera ensuite en ligne droite sur le village de Vernier, de manière à laisser toutes les maisons du village sur Savoie, puis en ligne droite au point où l'Hermance coupe la grande route

Simplon. Elle suivra enfin l'Hermance jusqu'au lac, lequel bornera le nouveau territoire au nordouest; bien entendu que la propriété du lac jusqu'au milieu de sa largeur, à partir d'Hermance jusqu'à Vesenaz, est acquise au canton de Genève, et qu'il en sera de même des portions du cours du Rhône, qui, ayant fait jusqu'ici frontière entre les deux états, appartenaient à S. M.; que tous les chemins indiqués, comme formant la ligne frontière dans la délimitation ci-dessus, appartiendront à S. M., sauf les exceptions indiquées, et que tous les enclos fermés de murs ou de haies attenans aux maisons des villages et hameaux, qui se trouveraient placés près de la nouvelle frontière, appartiendront à l'état dans lequel est situé le village ou hameau; la ligne marquant les confins des états ne pourra être rapprochée à plus de deux toises des maisons ou des enclos y attenans et fermés de murs ou de haies. Quant aux rivières et ruisseaux qui d'après les changemens de limite résultans du traité de ce jour déterminent la nouvelle frontière, le milieu de leur cours servira de ligne, en exceptant le Foron, lequel appartiendra en entier à S. M., et dont le passage ne sera assujetti à aucun droit."

Article XLII.

Les Souverains qui, en vertu du présent Recès, obtiennent des territoires qui ont été détachés de la France par les traités de paix de Paris du 30. mai 1814, et du 20. novembre 1815, entrent dans tous les droits, et prennent sur eux toutes les charges et engagemens stipulés à cet égard dans les deux susdits traités.

Article XLIII.

L'état de possession actuel des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla[f]), ainsi que celui de la Principauté de Lucques, étant déterminés par les stipulations de l'acte du Congrès de Vienne, les dispositions des articles XC., CI. et CII. son et restent maintenues dans toute leur force et valeur.

Article XLIV.

La réversibilité des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, prévue par l'article XC. de l'acte final du Congrès de Vienne, est déterminée de la manière suivante:

Les Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla, après le décès de S. M. l'Archiduchesse Marie-Louise, passeront en toute souveraineté à S. M. l'Infante d'Espagne Marie-Louise, l'Infant Don Charles-Louis, Son fils, et Ses descendans mâles, en ligne directe et masculine, à l'exception des districts enclavés dans les états de S. M. I. et R. A. sur la rive gauche du Po, lesquels resteront en toute propriété à Sadite Majesté, conformément à la restriction établie par l'article XCIX. de l'acte du Congrès de Vienne.

Article XLV.

A cette même époque, la réversibilité de la Principauté de Lucques [5]), prévue par l'article CII. de l'acte du Congrès de Vienne, aura lieu, dans les termes et sous les clauses du même article, en faveur de S. A. I. le Grand-Duc de Toscane.

Article XLVI.

Quoique la frontière des états Autrichiens en Italie soit déterminée par la ligne du Pô, il est toutefois convenu d'un commun accord, que la forteresse de Plaisance offrant un intérêt plus particulier au système de défense de l'Italie, S. M. I. et R. A. conservera dans cette ville, jusqu'à l'époque des réversions après l'extinction de la branche Espagnole des Bourbons, le droit de garnison pur et simple, tous les droits régaliens et civils de cette ville étant réservés au souverain futur de Parme. Les frais et l'entretien de la garnison dans la ville de Plaisance seront à la charge de l'Autriche, et sa force en temps de paix sera déterminée à l'amiable entre les hautes Parties intéressées, en prenant toutefois pour règle le plus grand soulagement possible des habitans.

Article XLVII.

La réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla en cas d'extinction de la branche de l'Infant Don Charles-Louis est explicitement maintenue dans les termes du traité d'Aix-la-Chapelle de 1748, et de l'article séparé du traité entre l'Autriche et la Sardaigne du 20. mai 1815 [b]).

Article XLVIII.

Les traités, conventions et autres actes qui se trouvent annexés au présent Récès, et nommément:

1) Le traité entre S. M. le Roi de Sardaigne, la Confédération Suisse et le Canton de Genève, conclu à Turin le 16. mars 1816;

2) Le traité entre l'Autriche, la Prusse et le Grand-Duché de Hesse, conclu à Francfort sur le Mein le 30. juin 1816;

3) Le traité entre la Grande-Bretagne et le Grand-Duché de Hesse, conclu à Francfort sur le Mein le 30. juin 1816;

4) Le traité entre la Prusse et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 8. novembre 1816;

5) Le traité entre la Grande-Bretagne et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 16. novembre 1816;

6) Le traité entre l'Autriche et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 12. mars 1817;

7) Le traité entre la Russie et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le $\frac{5}{17}$ avril 1817;

8) Le traité entre l'Autriche, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, conclu à Paris le 10. juin 1817;

9) Le traité entre l'Autriche et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10. juillet 1819;

10) Le traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10. juillet 1819;

sont considérés comme parties intégrantes des arrangemens réglés par le présent acte, et auront selon leur teneur respective la même force et valeur que s'ils étoient insérés mot-à-mot dans le présent même [1]).

Quant au traité conclu à Munich le 14. avril 1816 entre l'Autriche et la Bavière [k]), également joint au présent acte, il y sera annexé dans le sens et l'esprit de l'article VII. du présent Récès.

Article XLIX.

La langue française employée dans le présent Récès l'a été avec les mêmes réserves énoncées à l'article CXX. de l'acte du Congrès de Vienne.

Article L.

Le présent Récès sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Francfort sur le Mein dans l'espace de trois mois, ou plutôt si faire se peut. Un exemplaire du même Acte sera déposé à Vienne aux Archives de Cour et d'Etat de S. M. I. et R. A., pour y être réuni à l'ensemble des actes desquels il dérive et sur lesquels il est fondé.

Les Hautes Parties contractantes se réservent d'ailleurs d'adopter une marche commune pour le communiquer et le proposer à l'adhésion[1]) des autres Puissances et Etats intéressés.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Récès, et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 20. juillet de l'an de grâce 1819.

(L. S.)	Signé:	Le Baron de Wessenberg.
(L. S.)	Signé:	Clancarty.
(L. S.)	Signé:	Le Baron de Humboldt.
(L. S.)	Signé:	J. d'Anstett.

a) Zu näheren Bestimmungen über mehrere in der Wiener Congress-Acte und dem Pariser Friedensvertrag vom 20. November enthaltene Stipulationen fanden vom Jahre 1815 bis zum Jahre mannichfache specielle Unterhandlungen Statt, deren Resultat Special-Verträge, theils der General-Recess vom 20. Juli waren. Letzterer wurde durch eine, auf dem Aachener Con beschlossene, aus Bevollmächtigten von Oesterreich, Russland Grossbritannien und Preussen bestehende sogenannte Te torial-Commission zu Stande gebracht, und es bestätigte selbe nicht nur die gedachten Special-Verträge, sondern fügte zahlreiche neue Bestimmungen hinzu.

b) Folgende kurze Uebersicht gibt den Hauptinhalt der ein Artikel:

Art. I. Anführung der Besitzungen, welche Oesterreich Baiern zurück erhält.

Art. II. Besitzungen, welche dagegen Oesterreich an B zurückgibt.

Art. III. Die Stadt Landau wird zur Bundesfestung er

Art. IV. Besitzungen, welche Baiern vom Grossherzogthume Hessen erhält.

Art. V. Festsetzung der Gränze zwischen Baiern und Frankreich.

Art. VI. Militairstrasse in Baiern von Würzburg nach Rheinbaiern.

Art. VII. Oesterreich zahlt an Baiern, als Schadloshaltung für den Mangel des Zusammenhanges der Besitzungen des letzteren eine immerwährende Rente von 100,000 Fl.

Art. VIII. Baden erhält die Souverainetät über die Grafschaft Hohengeroldseck, und cedirt dagegen an Oesterreich einen Theil des Amtes Wertheim.

Art. IX. Baden wird der Additional-Artikel des zu Frankfurt am 20. November 1813 abgeschlossenen Vertrages entbunden, und der gegenwärtige Besitzstand anerkannt.

Art. X. Das Successionsrecht der Grafen von Hochberg wird anerkannt.

Art. XI. Preussen wird die im Pariser Frieden vom 20. November 1815 von Frankreich abgetretenen Bezirke des Saar- und Mosel-Departements mit voller Souverainetät und vollem Eigenthumsrecht besitzen.

Art. XII. Ebenso die ihm von Oesterreich cedirten Bezirke im Saar-Departement u. s. w.

Art. XIII, XIV. Festsetzung der Preussischen Gränzen auf der linken Rheinseite, gegen Baiern, Sachsen-Coburg, Oldenburg und Hessen-Homburg.

Art. XV, XVI. Bestimmungen über das Besatzungsrecht u. s. w. der Bundesfestung Mainz.

Art. XVII. Der Grossherzog von Hessen cedirt das Herzogthum Westphalen an Preussen.

Art. XVIII. Ebenso die Grafschaften Wittgenstein, als standesherrlich untergeordnete Landestheile.

Art. XIX, XX, XXI, XXII. Besitzungen, welche der Grossherzog von Hessen erhält. — Mainz wird zur Bundesfestung erklärt u. s. w.

Art. XXIII. Militairstrassen, welche der Grossherzog von Hessen an Preussen, Oesterreich und Preussen einräumt.

Art. XXIV. Der Grossherzog von Hessen wird der Zusatz-

Artikel des am 23. November 1813 zu Frankfurt abgeschlossenen Vertrages entbunden.

Art. XXV. Gegenseitige Cessionen zwischem dem Grossherzoge von Hessen und dem Churfürsten von Hessen.

Art. XXVI. Hessen-Homburg wird vom Grossherzoge von Hessen in seine früheren Rechte wieder eingesetzt.

Art. XXVII, XXVIII, XXIX, XXX, XXXI. Territorial-Cessionen, welche Preussen, nach der Bestimmung des Art. XLIX der Wiener Congress-Acte, an Oldenburg, Sachsen-Coburg und Hessen-Homburg macht. — Titel des Landgrafen von Hessen-Homburg.

Art. XXXII. Preussen erhält eine Militairstrasse durch das Fürstenthum Birkenfeld.

Art. XXXIII. Uebereinkunft zwischen Preussen und Mecklenburg-Strelitz, in Bezug auf Art. XLIX der Wiener Congress-Acte. Entschädigung des Grafen von Pappenheim.

Art. XXXIV. Der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg erhält mehrere von Frankreich in dem Pariser Frieden vom 20. November 1815 abgetretene Besitzungen.

Art. XXXV, XXXVI, XXXVII. Bestimmungen wegen der Bundesfestung Luxemburg.

Art. XXXVIII. Vertheilung der von Frankreich zu zahlenden Contributionssummen unter Preussen, Baiern, Niederlande und Sardinien.

Art. XXXIX. Bestimmung der Gränzen zwischen Savoyen und Frankreich.

Art. XL. Vereinigung eines Theils des Landes Gex und der Gemeinde St. Julien mit dem Canton Genf.

Art. XLI. Bestimmung der Gränzen zwischen Savoyen und Genf.

Art. XLII. Die Souveraine, welche nach den Bestimmungen des Recesses, Besitzungen erhalten, welche durch die am 30. 1814 und 20. November 1815 zu Paris geschlossenen Friedens-Verträge, von Frankreich abgetreten sind, erhalten die Rechte und Lasten, welche in dieser Hinsicht in den bezeichneten gedachten Friedensschlüssen festgesetzt sind.

Art. XLIII. Bestätigung der Bestimmungen der Art. 99, 101, 102 der Wiener Congress-Acte in Betreff von Parma, Piacenza und Guastalla, so wie von Lucca.

Art. XLIV, XLVII. Bestimmungen hinsichtlich des im Art. 3

Wiener Congress-Acte bestimmten Rückfalls von Parma, Piacenza und Guastalla.

Art. XLV. Beim Eintritte dieses Rückfalls erhält, nach Art. 102 der Wiener Congress-Acte, der Grossherzog von Toscana das Fürstenthum Lucca.

Art. XLVI. Besatzungsrecht in der Festung Piacenza u. s. w.

Art. XLVIII. Nachstehende Verträge werden für Bestandtheile dieses Recesses erklärt:

1) Vertrag zwischen Sardinien, der Eidgenossenschaft und dem Canton Genf, zu Turin den 16. März 1816;
2) Vertrag zwischen Oesterreich und Preussen und dem Grossherzoge von Hessen, zu Frankfurt a. M. den 30. Juni 1816;
3) Vertrag zwischen Grossbritannien und dem Grossherzoge von Hessen, zu Frankfurt a. M. den 30. Juni 1816;
4) Vertrag zwischen Preussen und den Niederlanden, zu Frankfurt a. M. den 8. November 1816;
5) Vertrag zwischen Grossbritannien und den Niederlanden, zu Frankfurt a. M. den 16. November 1816;
6) Vertrag zwischen Oesterreich und den Niederlanden, zu Frankfurt a. M. den 12. März 1817;
7) Vertrag zwischen Russland und den Niederlanden, zu Frankfurt a. M. den 17. April 1817;
8) Vertrag zwischen Oesterreich, Russland, Grossbritannien und Preussen und Spanien und Frankreich, zu Paris den 10. Juni 1817;
9) Vertrag zwischen Oesterreich und Baden, zu Frankfurt a. M. den 10. Juli 1819;
10) Vertrag zwischen Oesterreich, Grossbritannien, Russland und Preussen und Baden, zu Frankfurt a. M. den 10. Juli 1819.

Beifügung des Vertrages zwischen Oesterreich und Baiern, zu München den 14. April 1816, im Sinne des Art. VII dieses Recesses.

Art. XLIX. Vorbehalt hinsichtlich des Gebrauches der französischen Sprache wie im Art. 120 der Wiener Congress-Acte.

Art. L. Bestimmungen wegen der Ratification dieses Recesses. — Deposition eines Exemplars bei der k. k. öster. Geh. Hof- und Staatskanzlei, und Vereinigung desselben mit dem Ganzen der Acten, woher dieser Recess abgeleitet und worauf er gegründet ist.

c) Vertrag zwischen Preussen und Churhessen, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815 (s. oben).

Vergl. auch:

Procès-verbal signé par les commissaires de Prusse et de l'Electeur de Hesse, en execution du traité du 16. octobre 1815, à Fulde le 5. février 1816.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 498.

d) Traité entre S. M. le Roi de Prusse (l'Autriche et la Russie) et S. A. R. le Grand-Duc de Bade pour l'admission de celui-ci à la grande alliance, signé à Francfort le 20. novembre 1813 (s. oben).

e) Tractat zwischen Preussen und Meklenburg-Strelitz, geschlossen zu Frankfurt a. M. den 18. September 1816 (s. unten)

Tractat zwischen Preussen und Meklenburg-Strelitz, geschlossen zu Berlin den 21. Mai 1819 (s. unten).

Die durch den Staatsvertrag vom 18. September 1816, in Folge der Art. 49 und 50 der Wiener Congress-Acte, vom Könige von Preussen an den Grossherzog von Meklenburg-Strelitz abgetretenen Landestheile liegen von den alten Landen des letzteren entfernt und getrennt, und werden vom Preussischen Gebiete gänzlich umschlossen. Beide Theile behielten sich daher im Art. 3 des gedachten Vertrages ausdrücklich vor, ein anderes angemessenes Abkommen zu treffen. Dieses ist durch den Vertrag vom 21. Mai 1819 in der Art abgeschlossen, dass der Grossherzog von Meklenburg-Strelitz den erwähnten abgetretenen Landestheilen (in den ehemaligen Cantonen Cronenburg, Reiferscheid und Schleyden) zu Gunsten des Königs von Preussen wieder entsagt, und von letzterem dagegen die Summe von 1,000,000 Thalern, in zwanzig gleichen vierteljährlichen Raten, erhält.

f) S. oben:

Traité conclu à Paris le 10. juin 1817 entre les Cours d'Autriche, d'Espagne, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, lequel, en exécution de l'article 99. de l'Acte du Congrès, détermine la réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla.

g) Nach Art. 101 der Wiener Congress-Acte wurde das Fürstenthum Lucca zu einem Herzogthume erhoben.

h) Annexe à l'Acte du Congrès de Vienne Nr. XIII.

i) S. die folgenden Beilagen zu dem Frankfurter Territorial-Recess vom 20. Juli 1819 unter A—F.

k) S. die folgenden Beilagen unter G.

l) Frankreich trat durch eine besondere Accessions-Acte vom 20. Oktober 1820 diesem Recesse in allen Punkten bei.

Zu den richtigsten Abdrücken des recès général etc. du 20. juillet 1819 gehört derjenige, welcher, nach dem Original zu St. Petersburg, in dem II. Theile der oben (s. Acte du Congrès de Vienne) erwähnten amtlichen Sammlung Russischer Staatsverträge veranstaltet worden. Derselbe ist auch hier hauptsächlich zum Grunde gelegt.

LXIV.

Beilagen zu dem Territorial-Recess vom 20. Juli 1819.

A.

Traité entre la Sardaigne, la Confédération Suisse et le Canton de Genève, conclu à Turin le 16. mars 1816.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Sardaigne, en considération du
intérêt, que les Puissances Signataires du Traité de Par
du 30. may 1814 avoient témoigné, pour que le Canton
Genève obtint quelques facilités, soit dans le but de désenclav
une partie de ses possessions, soit quant à ses communicati
avec la Suisse, ayant consenti par le Protocole du Congr
de Vienne du 29. mars 1815, à mettre à la disposition de c
mêmes Puissances une partie de la Savoie y désignée, pour êt
réunie à Genève, et afin de donner à ce canton une marque p
ticulière de Sa bienveillance, ayant également consenti aux
pulations contenues dans les articles V. et VI. du même Protoco

Les quatre grandes Puissances alliées ayant ensuite ar
dans le Protocole signé par leurs ministres plénipotentiair
Paris le 3. novembre, que la partie de la Savoie occupée p
France, seroit restituée à S. M. sauf la commune de St. J
qui seroit cédée à Genève, et s'étant en outre engagées à i
poser leurs bons offices pour disposer S. M. à céder au Can

de Genève, Chysne, Thones et quelques autres communes nécessaires pour désenclaver le territoire Suisse de Jussy, contre la rétrocession des communes du Littoral, situées entre la route d'Evian et le lac; comme aussi pour que la ligne des douanes fut éloignée au moins d'une lieue de la frontière Suisse et au-delà des montagnes indiquées audit Protocole;

Enfin, ces mêmes Puissances ayant arrêté les mesures générales qui étendent à une partie de la Savoie les avantages de la neutralité perpétuelle de la Suisse:

S. M. le Roi de Sardaigne, d'une part, voulant donner à Ses Augustes Alliés de nouvelles preuves de ses sentimens envers Eux, à la Confédération Suisse en général, et au Canton de Genève en particulier, des témoignages de Ses dispositions amicales;

Et d'autre part S. E. le Bourguemestre Président et le Conseil d'état du Canton de Zuric, Directoire fédéral, au nom de la Confédération Suisse, empressés de resserrer avec Sa dite Majesté les liens et les rapports, qui sont dans les intérêts des deux Etats, et de consolider les relations de bon voisinage, qui les unissent, ont résolu de nommer des plénipotentiaires pour régler, soit les objets relatifs à la délimitation du territoire cédé par le Protocole du 29. mars (sur lesquels objets des conférences avoient déjà eu lieu à Chysne), soit les arrangemens relatifs aux nouvelles cessions, et à l'éloignement des douanes; comme aussi ce qui concerne la neutralité de certaines parties de la Savoie, les dispositions de transit et de commerce, et enfin tout ce qui peut intéresser réciproquement les deux Etats, et pourvoir à leurs convenances mutuelles.

A ces fins ils ont nommé, savoir:

S. M. le Roi de Sardaigne:

Messieurs:

le Chevalier Louis de Montiglio, Avocat-fiscal-général de S. M. au Sénat de Savoie, et

le Chevalier Louis Provana de Collegno, Conseiller d'état de S. M. et Commissaire général des confins de Ses états;

Et la Confédération Suisse et le Canton de Genève:

Mr. le Conseiller d'état Charles Pictet de Rochemont;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs annexés

au présent traité, et les avoir trouvés en bonne et dûe forme, prenant pour base de leur travail le principe de la convenance réciproque, et des avantages respectifs d'administration des deux Gouvernemens; désirant que Sa Majesté ait un chef-lieu commodément situé pour les communes restantes de la province de Carouge et qu'Elle conserve sur Son propre territoire des communications faciles entre la Basse-Savoie et le Chablais, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

Limites du territoire cédé.

Le territoire cédé par S. M. le Roi de Sardaigne, pour être réuni au Canton de Genève, soit en vertu des actes du Congrès de Vienne du 29. mars 1815, soit en vertu des dispositions du Protocole des Puissances Alliées du 3. novembre suivant, et du traité de ce jour, est limité par le Rhône à partir de l'ancienne frontière près de St. George jusqu'aux confins de l'ancien territoire Génevois, à l'ouest d'Aire-la-Ville, de là par une ligne suivant ce même ancien territoire, jusqu'à la rivière de la Laire, remontant cette rivière jusqu'au chemin qui de la Terrière tend à Soral, suivant le chemin jusqu'au dit Soral, lequel restera ainsi que le chemin, en entier sur Genève; puis par une ligne droite tirée sur l'angle saillant de la commune de Bernex à l'ouest de Norcier. De cet angle la limite se dirigera, par la ligne la plus courte, à l'angle méridional de la commune de Bernex sur l'Aire, laissant Norcier et Thurens sur Savoie. De ce point elle prendra la ligne la plus courte pour atteindre la commune de Compesières, suivra le confin de cette commune, à l'est de St. Julien, jusqu'au ruisseau de l'Arande, qui coule entre Ternier et Bardonnex, remontera ce ruisseau jusqu'à la grande route d'Annecy à Carouge, suivra cette route jusqu'à l'embranchement du chemin qui mène directement à Cologny, à 155 toises de Savoie, avant d'arriver à la Croix de Roson; atteindra, par ce chemin, le ruisseau qui descend du village d'Archamp; suivra ce ruisseau jusqu'à son confluent avec celui qui descend du hameau de la Combe au-delà d'Evordes, en laissant néanmoins toutes les maisons d'Evordes sur Genève; puis, du ruisseau de la Combe, prendra la route qui se dirige sous Bossey, sous Crevin, et au dessus

Veiri. De l'intersection de cette route, à l'est et près de Veiri, avec celle qui de Carouge tend à Etrembières, la limite sera marquée par la ligne la plus courte pour arriver à l'Arve, à deux toises au-dessus de la prise d'eau du biez du moulin de Sierne. De là elle suivra le thalweg de cette rivière jusque vis-à-vis de l'embouchure du Foron; remontera le Foron jusqu'au-delà de Cornières, au point qui sera indiqué par la ligne la plus courte tirée de la jonction de la route de Carra avec le chemin qui du nord de Puplinge tend au nord de Ville-la-grand; suivra la dite ligne, et ce dernier chemin vers l'est, en le donnant à Genève; puis la route qui remonte parallélement au Foron, jusqu'à l'endroit où elle se trouve en contact avec le territoire de Jussy. De ce point la ligne reprendra l'ancienne limite, jusqu'à sa rencontre avec le chemin tendant de Gy à Foncenex, et suivra ledit chemin vers le nord, jusqu'à la sortie du village de Gy, laissant ledit chemin sur Genève. La limite se dirigera ensuite en ligne droite sur le village de Veigi, de manière à laisser toutes les maisons du village sur Savoie; puis en ligne droite au point où l'Hermance coupe la grande route du Simplon. Elle suivra enfin l'Hermance jusqu'au lac, lequel bornera le nouveau territoire au nord-est; bien entendu que la propriété du lac, jusqu'au milieu de sa largeur, à partir d'Hermance jusqu'à Vezenas, est acquise au Canton de Genève, et qu'il en sera de même des portions du cours du Rhône, qui, ayant fait jusqu'ici frontière entre les deux états, appartiendront à S. M., sauf les exceptions indiquées, et que tous les enclos fermés de murs ou de haies, attenans aux maisons des villages et hameaux, qui se trouveroient placés près de la nouvelle frontière, appartiendront à l'état dans lequel est situé le village ou hameau; la ligne marquant les confins des états ne pourra être rapprochée à plus de deux toises des maisons et des enclos y attenans, et fermés de murs ou de haies. Quant aux rivières et ruisseaux qui, d'après les changemens de limites stipulans du Traité de ce jour, déterminent la nouvelle frontière, le milieu de leur cours servira de limite, en exceptant le Foron, qui appartiendra en entier à S. M., et dont le passage ne sera assujetti à aucun droit.

Article II.

Renonciations réciproques.

Les Puissances contractantes renoncent à tous droits de Souveraineté et autres qui peuvent leur appartenir, dans les pays réciproquement cédés; notamment S. M. au territoire situé entre la route d'Evian, le lac, et la rivière d'Hermance; la Confédération Suisse et le Canton de Genève, à la portion de la Commune de St. Julien, où le chef-lieu est situé: le tout conformément à la délimitation fixée par l'article précédent.

Tous les titres, terriers et documens, concernant les pays cédés, seront remis de part et d'autre, le plutôt que faire se pourra.

Article III.

Douanes.

Pour entrer dans le sens du Protocole du 3. novembre, relativement aux douanes, en conciliant néanmoins, autant qu'il est possible, ses dispositions avec les intérêts de S. M., la ligne des douanes, dans le voisinage de Genève et du lac, passera, à partir du Rhône, par Cologny, Valeiry, Cheney, le Luiset, le Chablais, le Sapey, le Vieson, Etrembières, Annemasse, Ville-la-grand, le long du cours du Foron jusqu'à Machilly, puis Devaine et Colongette, jusqu'au lac, et le long du lac jusqu'à Meillerie, pour reprendre ensuite et continuer la frontière actuelle par le poste le plus voisin de St. Gingoulph; bien entendu, que dans la ligne déterminée, il sera libre à S. M. de faire les changemens et les dispositions qui Lui conviendront le mieux, pour le nombre et le placement de ces bureaux. Aucun service ne pourra être fait, ni sur le lac, ni dans la zône, qui sépare du territoire de Genève la ligne ci-dessus indiquée: il sera néanmoins loisible en tout temps aux autorités administratives de S. M., de prendre les mesures, qu'elles jugeront convenables contre les dépôts, le stationnement des marchandises dans la dite zône, afin d'empêcher toute contrebande qui pourroit en résulter. Le Gouvernement de Genève, de son côté, voulant seconder les vues de S. M. à cet égard, prendra les précautions nécessaires pour que la contrebande ne puisse être favorisée par les habitans du Canton

Article IV.

Entrées.

La sortie de toutes les denrées du Duché de Savoie, destinées à la consommation de la ville de Genève et du Canton, sera libre en tout temps, et ne pourra être assujettie à aucun droit, sauf les mesures générales d'administration, par lesquelles S. M. jugeroit à propos, en cas de disette, d'en défendre l'exportation de Ses Etats de Savoie et de Piémont.

Article V.

Transit.

Les marchandises et denrées, qui, en venant des Etats de S. M. et du port-franc de Gènes, traverseroient la route dite du Simplon dans toute son étendue, par le Valais et l'état de Genève, étant exemptes de droit de transit, en vertu de l'art. II. de l'Acte du Congrès de Vienne du 29. mars 1815 [b]), le total des droits relatifs à l'entretien de la route, soit dans le Valais, soit dans le Chablais, soit dans le Canton de Genève, tant par la route de St. Julien, que par celle de Meyrin, sous quelque dénomination qu'on les désigne, sera fixé par une convention particulière, dans une juste proportion avec les dépenses qui résultent des difficultés locales, et ne pourra être augmenté que d'accord entre les Gouvernemens respectifs. Les dits Gouvernemens s'engagent à n'accorder aucune exemption ni diminution de ces droits à d'autres puissances, sans les rendre immédiatement communes aux parties contractantes.

Article VI.

Item.

Les denrées et marchandises venant des Etats de S. M. et déclarées à l'entrée du Valais devoir passer en transit, payeront néanmoins le droit, comme si elles devoient être consommées dans le pays; mais le montant de ce droit sera restitué à la sortie du Valais, pourvu que l'identité des marchandises soit constatée par la vérification des plombs ou autres marques d'usage apposées à leur entrée, et qu'il ne se soit pas écoulé plus de six semaines, sauf à obtenir, en cas d'empêchement, un plus long délai, lequel sera accordé gratuitement. Les mêmes formalités seront observées

à l'entrée et à la sortie du Canton de Genève. Les plombs ou autres marques apposées dans le Valais, pour constater l'identité des marchandises en transit, seront reconnus et admis dans le Canton de Genève, et enfin les denrées et marchandises venant du Valais par le Chablais et destinées pour Genève, et réciproquement, jouiront sur les terres de S. M. des mêmes exemptions, et seront assujetties aux mêmes formalités. Les frais des marques apposées aux marchandises ne pourront dépasser le coût réel des plombs ou autres matières y employées.

Article VII.

Chablais et Faucigny.

Le Protocole du Congrès de Vienne du 29. mars 1815, accepté par l'Acte de la Diète de la Confédération Suisse, en date du 12. août suivant*), ayant stipulé comme une des conditions de la cession du territoire en faveur du Canton de Genève:

„Que les Provinces du Chablais et du Faucigny, et tout le territoire au nord d'Ugine appartenant à S. M., feroient partie de la neutralité de la Suisse, garantie par toutes les Puissances, ainsi qu'il est expliqué à l'article I. dudit Protocole;“

Le directoire fédéral ayant déclaré par sa note officielle du 1. novembre au Ministre de Sa Majesté:

„Que la Confédération Suisse a accepté les Actes du Congrès de Vienne du 29. mars, dans leur entier, selon leur teneur littérale, et sans aucune réserve, en sorte que la différence de mots, qui peut se trouver entre l'Acte susdit de la Diète et le Protocole du Congrès, ne doit nullement être envisagée comme une restriction ou comme une déviation du sens précis de ce dernier;“

Et la même note officielle ayant ajouté:

„De ces explications il résulte, que la Suisse ne fait, à sujet de l'admission des provinces de Chablais, de Faucigny, du territoire au nord d'Ugine, dans son système de neutralité aucune distinction ou réserve qui tende à affaiblir ou modifier dispositions énoncées dans les Actes du Congrès de Vienne 29. mars.“

Le Traité de Paris du 20. novembre 1815, ayant étendu de la même manière cette neutralité de la Suisse à une autre partie

du territoire de S. M.; et enfin l'Acte du même jour *portant reconnoissance et garantie de la neutralité perpétuelle de la Suisse et de l'inviolabilité de son territoire,* contenant l'article suivant:

„Les Puissances reconnoissent et garantissent également la neutralité des parties de la Savoie designées par l'Acte du Congrès de Vienne du 29. mars 1815, et par le Traité de ce jour, comme devant jouir de la neutralité de la Suisse[d]) de la même manière que si elles appartenaient à celle-ci.“

Ces diverses déclarations et stipulations, que la Suisse reconnoit et accepte, et auxquelles S. M. accède de la manière la plus formelle, feront règle entre les deux Etats.

Article VIII.

Communications libres.

Les communications commerciales entre les provinces de Savoie, au travers de l'Etat de Genève, seront libres en tout temps, sauf les mesures de police, auxquelles les sujets de S. M. seront astreints comme les Génevois eux-mêmes.

Article IX.

Emigration.

Il sera libre en tout temps aux sujets de S. M. réunis au Canton de Genève, de vendre les propriétés par eux possédées dans ledit Canton, et de se retirer dans tel pays qu'il leur plaira de choisir.

Article X.

Droits acquis.

Les droits acquis aux sujets de S. M., en vertu des lois en vigueur jusqu'au moment de la remise du territoire, seront respectés par la nouvelle législation; et les actes et contrats passés, ainsi que les jugemens rendus d'après les dites lois, ne pourront être attaqués que par les voies ouvertes, en vertu de ces mêmes lois, sauf ce qui concerne la compétence et les formes de procédure établies pour les tribunaux génevois.

Article XI.

Protocole du 29. mars 1815.

Les dispositions des Protocoles de Vienne du 29. mars 1815,

en faveur du pays cédé par S. M. pour être réuni à l'Etat de Genève, seront communes au territoire dont le dit Etat acquiert la propriété conformément au Protocole du 3. novembre suivant, et à la délimitation fixée par le Traité de ce jour.

Article XII.

Religion catholique.

Sur tous les objets auxquels il a été pourvu par le Protocole de Vienne du 29. mars 1815, les lois eventuelles de la Constitution de Genève ne seront pas applicables.

Et attendu que ledit Protocole a arrêté, Article III. paragraphe 1.: „que la religion catholique sera maintenue et protégée de la même manière, qu'elle l'est maintenant dans toutes les communes cédées par S. M. le Roi de Sardaigne, et qui seront réunies au Canton de Genève, il est convenu que les lois et usages en vigueur au 29. mars 1815, relativement à la religion catholique dans tout le territoire cédé, seront maintenues, à moins qu'il en soit réglé autrement par l'autorité du St. Siège.

En exécution du paragraphe 6. du dit Article III., lequel arrêté, que le Curé de l'église catholique de Genève sera logé et doté convenablement, cet objet est réglé conformément à la stipulation contenue dans l'acte privé en date de ce jour.*)

Article XIII.

Etablissemens de charité.

Le Gouvernement de Genève, voulant montrer les sentimens dont il est animé envers les habitans des communes cédées, et son desir de pourvoir convenablement aux établissemens de charité et d'instruction publique, consent à ce que les prix non payés des biens des communes vendues sous l'administration française et les créances obtenues à ce titre par lesdites communes, soient perçus par elles et employés à leur profit; que les établissemens de charité et d'instruction publique existans, conservent leurs fonds et les avantages dont ils étoient en posession; enfin il pourvoira à ce que les dits établissemens ne puissent à aucun égard se trouver en souffrance, par le fait de la présente cession de territoire.

Article XIV.

Propriétés coupées.

Les propriétaires de biens-fonds, dont les propriétés sont coupées par la présente délimitation, de manière que leurs habitations, ou bâtimens de ferme, se trouvent sur le territoire d'un état, et leurs pièces de terre sur l'autre, jouiront, pour l'exploitation de leurs biens de la même liberté, que si leurs propriétés étoient réunies sur le même territoire. Ils ne pourront, à raison des dites propriétés, être assujettis à de plus fortes charges, que s'ils appartenoient à l'état où elles sont situées, et le principe des deux Gouvernemens sera celui d'une protection spéciale pour les dits propriétaires, ainsi que d'un parfait accord dans les mesures de sûreté et de police.

Article XV.

Contributions foncières.

Les contributions foncières des fonds dits de l'ancien dénombrement ne seront point portées audessus du taux où elles se trouvoient le 29. mars 1815, tant qu'ils resteront entre les mains des Genevois; et les biens-fonds appartenant actuellement à des Génevois, sur le revers septentrional de Salève, entre Veirier et la limite occidentale de la commune de Collonge-Archamp, avec les pâturages qui en dépendent, pourront être vendus en tout temps à des Génevois.

Les propriétaires Génevois du bas de Salève, soit sur Sardie, *soit sur* Genève, qui jouissent des eaux dérivant de la montagne, et qui, d'après les dispositions des constitutions générales, auroient besoin de concessions du Roi pour conserver cette jouissance, seront traités, à cet égard, comme les sujets de S. M. sans préjudice des droits des tiers.

Article XVI.

Droits de détraction etc.

Tous droits d'aubaine, de détraction et autres de même nature, relatifs aux successions, qui se trouveroient en vigueur entre les états de S. M. à l'égard des Cantons Suisses et réciproquement, seront abolis, à dater du jour de l'échange des ratifications du présent Traité.

Article XVII.

Propriétés proches des frontières.

Les propriétaires suisses de biens-fonds situés à une distance moindre de deux milles de Piémont des frontières fixées par le présent Traité, et dont les titres sont antérieurs au 3. novembre 1815, ne seront point inquiétés, à raison des dispositions contenues à cet égard dans les constitutions générales de S. M., à la charge par eux de se conformer aux dites constitutions, en cas de transmission de ces biens, autrement que par voie de succession.

Article XVIII.

Contributions.

A dater du 1. avril prochain, les contributions des territoires respectivement cédés appartiendront à l'Etat, qui doit entrer en possession. Le compte en sera réglé et soldé dans le mois qui suivra la remise des territoires, déduction faite des frais d'administration jusqu'à la dite remise.

Article XIX.

Dettes.

Les dettes qui, aux termes des articles 21. 26. et 30. du Traité de Paris du 30. mai 1814 et du Traité du 20. novembre 1815, se trouvent à la charge du gouvernement de S. M., de le territoire cédé à Genève par le présent Traité, seront à la charge du Gouvernement Génevois, à dater du 1. avril.

Article XX.

Commissions.

S. M. nommera deux Commissaires pour régler et terminer dans le plus bref délai, avec deux Commissaires nommés par le Canton de Genève, la liquidation des dettes actives et passives qui concernent, soit l'ancien département du Léman, soit les rapports qui ont existé entre les deux Etats.

Le Gouvernement Français sera invité à intervenir dans cette liquidation, pour les intérêts collectifs dudit ancien département.

Les titres, régistres et autres pièces des anciennes autorités administratives et judiciaires, et des différentes régies dudit

partement, déposés à Genève et qui concernent les habitans et les communes du territoire de S. M., seront restitués aux deux Commissaires Royaux, et quant aux pièces qui intéressent tout le département, ou l'ancien arrondissement de la Sous-Préfecture de Genève, S. M. consent que, après qu'il en aura été dressé *inventaire*, elles restent pendant cinq ans, à dater de cette jour, dans la dite ville, sous la garde et la responsabilité de deux dépositaires, nommés l'un par S. M., et l'autre par le Gouvernement de Genève. A l'expiration de ce terme les deux Gouvernemens aviseront de concert à la convenance de continuer, de modifier, ou de supprimer cet établissement.

Les sujets de S. M. auront un libre accès à ces dépôts, et les expéditions par eux démandés, ou qu'il y auroit lieu à produire par devant les tribunaux et autres autorités du Roi, ne pourront être délivrées et certifiées conformes que par le Dépositaire Royal, lequel en percevra les droits pour le compte de Sa Majesté.

Article XXI.

Frais des bureaux de douanes.

L'établissement des bureaux de douanes sur la nouvelle ligne entrainant des dépenses pour le Roi, et la délimitation fixée par l'Art. I. exigeant la construction ou l'amélioration sur plusieurs points de la route de communication entre la Basse-Savoie et le Chablais, une somme de cent mille livres de Piémont sera payée par le Canton de Genève à la disposition de S. M. Cette somme sera payable à St. Julien dans les six mois qui suivront la signature du présent Traité.

Article XXII.

Délimitation.

Deux Commissaires seront immédiatement nommés, l'un par S. M. le Roi de Sardaigne, et l'autre par la Confédération suisse et le Canton de Genève, pour procéder à l'exécution de la délimitation ci-dessus, de manière qu'elle soit achevée avant l'échange des ratifications.

Les Commissaires dresseront un procès verbal de leur opération et y joindront un plan topographique par eux signé, de la

délimitation totale, avec l'indication des communes. Lesdites pièces faites à triple original, seront annexées au présent Traité.

Article XXIII.

Anciens Traités.

Les dispositions des anciens Traités, et notamment de celui du 3. juin 1754, auxquelles il n'est pas expressément dérogé par le présent Traité, sont confirmées.

Article XXIV.

Ratifications.

Le présent Traité sera ratifié par Sa Majesté et par la Confédération Suisse et le Canton de Genève, et les ratifications en seront échangées dans le délai de trois mois, ou plutôt, si faire se peut.

Aussitôt après l'échange des ratifications la remise des territoires aura lieu réciproquement.

En foi de quoi les plénipotentiaires l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Turin, le 16. du mois de Mars de l'an de grâce 18[illegible]

(L. S.) Signé: Montiglio.
(L. S.) Signé: Provana de Collegno.
(L. S.) Signé: Pictet de Rochemont, Conseiller d'état.

a) Die Worte „qui descend du village d'Archamp; suivra ce ruisseau" fehlen in dem überhaupt sehr incorrecten Abdrucke dieses Vertrages in G. F. de Martens recueil etc. supplém. Tom. VIII. p. [illegible] —224.

b) D. i. Annexe à l'Acte du Congrès de Vienne Nr. XII., „Protocole du 29. mars 1815 sur les cessions faites par le Roi Sardaigne au Canton de Genève."

S. oben S. 651 u. f.

c) Vergl: J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses Bd. V. S. 337, 338.

d) Vergl: J. L. Klüber, Acten des Wiener Congresses Bd. V. S. 483—485, 270. Bd. IX. S. 242, 243.

e) **Déclaration du Plénipotentiaire de la Confédération Suisse et du Canton de Genève sur la dotation du Curé de l'Eglise Catholique de Genève. En date du 16. mars 1816.**

Le Protocole du Congrès de Vienne du 29. mars 1815 ayant décrété que le Curé de l'Eglise Catholique existante à Genève serait logé et doté convenablement, je soussigné, Envoyé extraordinaire et Plénipotentiaire de la Confédération Suisse, et du Canton de Genève, dans le but de déterminer l'exécution des dispositions dudit Protocole, déclare que le traitement annuel dudit Curé a été fixé à cinq mille francs de France y compris ses Vicaires et son logement.

Je m'engage au nom et sous promesse de ratification du Gouvernement de Genève, à ce que cette somme de cinq mille francs soit à l'avenir le minimum du traitement du Curé de Genève, et ne puisse être réduite sous aucun prétexte.

Donné à Turin, le seize du mois de mars de l'an de grâce mille-huit-cent-seize.

C. Pictet de Rochemont, Conseiller d'état.

(Ratificirt Seitens des Cantons Genf am 27. April desselben Jahres.)

Vergl: F. Murhard, nouv. suppléments au recueil de traités etc. fondé par G. F. de Martens, Tom. I. p. 484.

B.

Traité entre la Prusse, l'Autriche et le Grand-Duché de Hesse, signé à Francfort sur le Main, le 30. juin 1816. *)

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse, Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique et Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, désirant fixer tout ce qui a rapport aux arrangemens territoriaux dont Leurs Majestés étoient préalablement convenues avec Son Altesse Royale par le Traité de Francfort du vingt-trois novembre mil-huit-cent-treize, celui conclu à Vienne le dix juin mil-huit-cent-quinze et par l'Acte du Congrès du neuf juin mil-huit-cent-quinze, et voulant compléter et mettre en exécution les dits arrangemens conformément aux stipulations arrêtées à Paris au mois de novembre mil-huit-cent-quinze, Leurs Majestés et Son Altesse Royale ont résolu de conclure à cet effet un Traité définitif et ont nommé des Plénipotentiaires b) pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à ces objets, savoir:

S. M. le Roi de Prusse:

le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'état et Chambellan, Chevalier du grand ordre de l'aigle rouge et de celui de la croix de fer de Prusse de la première classe, Grand'-Croix des ordres de Léopold d'Autriche, de Sainte Anne de Russie, de Danebrog de Danemarc, de la Couronne de Bavière, de la fidélité de Bade et du faucon blanc de Saxe-Weimar;

S. M. l'Empereur d'Autriche:

le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Grand'-Croix de l'ordre royal de St. Etienne, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre

militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, de l'ordre de l'aigle rouge de Prusse, de celui de la couronne de Bavière, de Saint Joseph de Toscane, de l'ordre Constantinien de Parme, de la fidélité de Bade, du lion d'or de Hesse, Chambellan et Conseiller intime actuel de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique;

Et S. A. R. le Grand-Duc de Hesse:

le Sieur Henri Guillaume Charles de Harnier, Commandeur Grand'-Croix de l'ordre de Hesse, Conseiller intime de Son Altesse Royale, Son Envoyé extraordinaire près la Cour Royale de Bavière et Son Ministre plénipotentiaire à la diète de la Confédération Germanique, et

le Sieur Henri Baron de Muench de Bellinghausen, Son Conseiller intime et Directeur de la Chambre des finances de la province de Hesse;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse cède à S. M. le Roi de Prusse le Duché de Westphalie tel qu'il a été possédé par Son Altesse Royale à l'époque de la signature de l'Acte final du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze pour être possédé par Sa Majesté, Ses descendans et successeurs en toute propriété et Souveraineté.

Article II.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse renonce en faveur de Sa Majesté le Roi de Prusse pour Lui, Ses descendans et successeurs à tout droit de Souveraineté et de féodalité sur les Comtés de Wittgenstein-Wittgenstein et de Wittgenstein-Berlebourg.

Ces possessions seront placées envers la Monarchie Prussienne dans les rélations que la Constitution fédérative de l'Allemagne règle pour les territoires médiatisés.

Article III.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse cède à Sa Majesté le Roi de Bavière Ses droits de Souveraineté sur les bailliages de Miltenberg, Amorbach et Heubach, et Ses droits de pro-

priété et de Souveraineté sur le bailliage d'Alzenau, tels que ces bailliages étoient à l'époque du trois novembre mil-huit-cent-quinze, pour être possédés par Sa dite Majesté, Ses descendans et successeurs.

Article IV.

Son Altesse Royale le Grand- Duc de Hesse S'engage à remettre Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse en possession du bailliage de Dorheim, et à Lui céder, en échange des bailliages de Rodheim, Ortenberg et Babenhausen, de la moitié de Vilbel appartenante à Son Altesse Royale l'Electeur, et des communautés de Muenzenberg, Traismuenzenberg, Assenheim, Heuchelheim et Burggraefenrode, les territoires suivans, savoir:

1) les endroits de Grossauheim, Grosskrotzenbourg et Oberrodenbach et la moitié de Praunheim, appartenante au Grand-Duché;

2) une partie du pays d'Isenbourg, composée des bailliages (*Gerichte*) de Diebach, Langenselbold, Meerholz, Lieblos, Wechtersbach, Spielberg et Reichenbach, et de l'endroit Wolfenborn, le tout d'après les conditions du traité qui a été signé à Francfort le vingt-neuf juin mil-huit-cent-seize entre les plénipotentiaires de Leurs Altesses Royales l'Electeur et le Grand-Duc.

Article V.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse S'engage, en exécution de l'article quarante-huit de l'Acte du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze, à réintégrer Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques dont il a été privé par la Confédération Rhénane. Cette réintégration aura lieu en même tems que les territoires cédés par le présent Traité seront réciproquement remis à leurs nouveaux possesseurs.

Il sera conclu entre Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse et Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg un arrangement de famille à l'effet de concilier les rapports résultans de la présente stipulation avec les pactes et rapports de famille existans.

Article VI.

Les stipulations de l'Article quarante neuf de l'Acte du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze, assurant à Son Altesse Sérenissime le Landgrave de Hesse-Hombourg une *pleine* et entière Souveraineté, [c]) les hautes parties contractantes S'engagent à employer leurs bons offices pour faire obtenir auprès de la Diète de la Confédération Germanique à Son Altesse Sérénissime une voix à l'Assemblée générale, [d]) fixée par l'Article six de l'Acte fédératif, ainsi que le droit de participer à une voix collective dans le mode de votes, régié par l'Article quatre du dit Acte.

Article VII.

En retour des cessions et renonciations renfermées dans l'Article un, deux, trois, quatre et cinq, Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, et après Lui Ses descendans et successeurs posséderont:

1) En toute Souveraineté, les territoires du Prince et des Comtes d'Isenbourg, y compris les villages de Heusenstamm et d'Eppertshausen, toutefois à l'exception des districts cédés à Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse, en vertu de l'Article quatre du présent Traité, de même que les possessions du Comte d'Ingelheim, qui ont fait partie du ci-devant département de Francfort, lesquels possessions et villages seront placés envers le Grand-Duché de Hesse dans les relations que la Constitution fédérative de l'Allemagne règle pour les territoires médiatisés;

Les rapports des Comtes d'Isenbourg vis-à-vis du Prince d'Isenbourg seront rétablis sur le pied, sur lequel ils existoient avant la Confédération Rhénane, bien entendu, que tous les droits de Souveraineté appartiendront uniquement à Leurs Altesses Royales le Grand-Duc et l'Electeur de Hesse, conformément à l'Article quatre ci-dessus mentionné;

2) En propriété, les salines situées dans la banlieue de Kreuznach, ainsi que les sources salées qui y appartenoient à l'époque de la signature de l'Acte du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze. La saline dite de Muenster, qui est une propriété particulière, est expressément exceptée. La

souveraineté de toutes ces salines restera à Sa Majesté le Roi de Prusse.

Article VIII.

Son Altesse Royal le Grand-Duc de Hesse et après Lui Ses descendans et successeurs posséderont en toute propriété et souveraineté:

1) Le cercle d'Alzei à l'exception du Canton de Kirchheim-Poland, et les Cantons de Pfeddersheim et de Worms dans le cercle de Spire, tels que ces pays se trouvoient à l'époque du trois novembre mil-huit-cent-quinze, sous l'administration établie à Worms, et de façon que les limites des Etats Prussiens, là où ils confinent au cercle d'Alzei, restent telles qu'elles sont fixées par l'article vingt-cinq de l'Acte du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze.

2) La ville et le territoire de Mayence, y compris Cassel et Kostheim, à l'exception de tout ce qui constitue la forteresse, laquelle est déclarée forteresse de la Confédération Germanique.*)

Article IX.

Tous les ouvrages, édifices, terrains et revenus, qui appartenoient à la forteresse de Mayence à l'époque de la remise faite aux Troupes alliées, en exécution de la Convention du vingt-trois avril mil-huit-cent-quatorze, soit que ces revenus fissent partie de sa dotation, soit qu'ils fussent affectés à d'autres objets, seront exceptés de l'Acte de la remise de la ville de Mayence aux autorités Grand-Ducales, et resteront exclusivement à la disposition du Gouvernement de la forteresse, et leur produit fera partie de Sa dotation.

Article X.

Il sera nommé immédiatement après la signature du présent traité une Commission, composée d'un ou de plusieurs officiers délégués ad hoc par le Gouvernement de la place, pour constater quels sont les édifices et terrains, qui, en vertu de l'Article précédent, seront censés former les dépendences de la forteresse, et il sera dressé une spécification detaillée de tous ces édifices et terrains, qui servira de norme pour juger toutes les contestations

qui pourroient s'élever dans la suite à cet égard. La même Commission réglera, en se conformant strictement aux stipulations du traité actuel, tous les autres points qu'il conviendra de fixer entre le Gouvernement militaire et l'autorité civile, tels que le logement des troupes, les prestations des bourgeois, les places d'exercice et autres objets de cette nature.

Cette Commission s'occupera également du choix d'une maison convenable pour le Gouverneur de la forteresse, la maison teutonique étant réservée à Son Altesse Royale le Grand-Duc.

Article XI.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse participera au droit de garnison dans la forteresse de Mayence, en fournissant à cet effet un bataillon d'infanterie.

Article XII.

La garnison de Mayence sera casernée aussitôt et à mesure que le nombre suffisant de casernes sera réparé et bâti. Ces réparations et bâtisses, qui ne tomberont aucunément à charge à Son Altesse Royale comme souverain territorial, seront accélérées le plus que faire se pourra. En attendant la ville continuera à se charger du logement de la troupe, en suivant à cet égard le même mode et les mêmes réglemens qui ont subsisté jusqu'ici. Toutefois les hautes parties contractantes s'engagent à employer leurs bons offices auprès de la Confédération Germanique, pour qu'il soit alloué à la ville, à compter du jour de la ratification du présent traité, une bonification convenable de cette charge.

Article XIII.

Le droit de souveraineté dans la ville de Meyence appartenant à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile, restera exclusivement entre les mains des employés de Son Altesse Royale, et le Gouverneur et le Commandant leurs prêteront secours et assistance en cas de besoin. Toutefois le Gouvernement militaire de la forteresse sera nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour lui assurer, conformément à la respon-

sabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses fonctions. Les autorités civiles et locales lui seront subordonnées pour tout ce qui concerne la défense de la place et les rapports militaires. Il sera, à ce même égard, nommément la direction de la police, de manière cependant qu'un employé civil de Son Altesse Royale le Grand-Duc prendra part aux conférences du Gouvernement, aussi souvent qu'il s'agira d'objets de cette nature. Les ordonnances et réglemens de police seront publiés par le Gouvernement sous l'intervention du président de la police de la ville. La garde bourgeoise de la ville sera, ainsi que cela se pratique dans toutes les forteresses, placée sous les ordres du Gouvernement militaire, et ne pourra se rassembler que de son consentement. Il ne sera mis aucun obstacle à la levée de la conscription dans la ville. Le Gouvernement militaire étant responsable de la défense de la place et du maintien de l'ordre intérieur, et jouissant du droit de prendre dans ce but toutes les mesures nécessaires, il pourra aussi placer des avant-postes au dehors de la forteresse. En temps de guerre, ou lorsque l'Allemagne sera menacée d'une guerre et la forteresse déclarée en état de siège, les pouvoirs du Gouvernement militaire seront illimités, et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Article XIV.

La garnison, en tant qu'elle n'est point composée de troupes du Grand-Duché, jouira d'une exception entière de la juridiction Grand-Ducale, du libre exercice de religion, de l'immunité de droits pour les effets militaires, de celle du droit des barrières (*Chausséegeld*) à une distance de quatre lieues autour de la forteresse, et de la franchise du port de lettres dans le territoire Grand-Ducal. Afin d'éviter tout abus, ces exemptions de droits seront réglées d'une manière spéciale par la Commission établie par l'Article dix. Il en sera de même pour régulariser la franchise du port de lettres.

Article XV.

Toute vente ou aliénation quelconque de domaine, qui pourrait avoir été faite dans les pays, cédés de part et d'autre par le présent traité antérieurement aux époques fixées dans les ar-

premier, trois, cinq, sept et huit, sera maintenue. En échange toutes celles faites postérieurement à ces époques, seront censées nulles et non avenues. Dans le cas cependant où il seroit impossible de revenir sur une aliénation sans léser les intérêts des particuliers, acquéreurs à titre onéreux et légitime, les parties contractantes s'obligent à se tenir compte réciproquement du produit de ces aliénations.

Article XVI.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, en réunissant sous Sa Souveraineté les pays désignés dans l'Article huit du présent traité, entre dans tous les droits et prend à Sa charge tous les engagemens stipulés relativement aux provinces et districts détachés de la France dans le traité de paix conclu à Paris le trente mai mil-huit-cent-quatorze.

Article XVII.

Son Altesse Royale le Grand-Duc S'engage à faire remettre au Gouvernement Prussien dans le terme de trois mois à dater de la ratification du présent traité, tous les titres domaniaux, documens, cartes et papiers, qui auroient rapport au Duché de Westphalie, et aux possessions de Wittgenstein et Berlebourg.

La même remise des papiers, documens et cartes aura lieu pour Sa Majesté le Roi de Bavière, Son Altesse Royale l'Electeur de Hesse et Son Altesse Sérénissime le Landgrave de Hesse-Hombourg, à l'égard des districts, qui Leurs seront remis.

Tous les titres domaniaux, documens, cartes et papiers touchant les pays et objets cédés à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, seront remis à Ses Commissaires dans le même délai.

Article XVIII.

Les revenus des domaines situés dans le Duché de Westphalie jusqu'au premier juillet de cette année, déduction faite des dépenses pour les dits domaines, sont explicitement réservés à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, et Sa Majesté le Roi de Prusse S'engage à les faire rentrer avant la fin de l'année. Les arrérages des impôts directs et indirects sont expressément exceptés de cette stipulation et restent à Sa Majesté le Roi de Prusse.

Les arrérages des impôts dans les pays situés à la rive gauche du Rhin, qui conformément à l'Article huit passent sous la souveraineté de Son Altesse Royale, resteront, à compter depuis le seize juin mil-huit-cent-quatorze jusqu'au premier juillet de l'année courante, au profit du Gouvernement Grand-Ducal, lequel se charge de satisfaire aux dépenses de l'administration qui se trouveront affectées aux dits arrérages.

Les arrérages des quatre bailliages cédés à Sa Majesté le Roi de Bavière en vertu de l'Article trois, sont réservés jusqu'au premier juillet de la présente année à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse.

Article XIX.

Les dettes constituées sur le Duché de Westphalie, provenant de l'Electorat de Cologne, ainsi que celles contractées pour son administration particulière, restent à la charge du dit Duché. Il en est de même des pensions affectées à la possession de ce pays par le recès de l'Empire de mil-huit-cent-trois, ainsi que la rente de quinze mille florins, assise sur ce Duché en faveur du Prince de Wittgenstein-Berlebourg. Quant aux dettes et charges originairement étrangères au Duché de Westphalie, mais transférées sur ce pays, les hautes parties contractantes sont convenues que Sa Majesté le Roi de Prusse Se chargera uniquement de la somme de cinq-cent-mille florins provenant des dettes du Comté de Hanau-Lichtenberg, et convertie en obligations spécialement hypothéquées sur le Duché de Westphalie, datées du premier avril mil-huit-cent-dix.

Les dettes (*Landes- und Kammerschulden*) et pensions dont le Grand-Duché de Hesse a été chargé par l'acquisition des bailliages d'Alzenau, Amorbach, Miltenberg et Heubach, passent au nouveau possesseur, pour autant qu'elles n'ont pas été acquittées par le Gouvernement Grand-Ducal.

Les dettes constituées sur la principauté d'Isenbourg, restent à la charge du dit pays. Son Altesse Royale Se charge de la moitié des dettes particulières du Prince actuel d'Isenbourg. Il sera nommé une Commission par Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique et Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, pour reconnoître l'état de ces dettes et pour en régler le partage.

Les droits de succession de famille, qui pourroient en vertu de l'Article quarante-cinq du recès principal de la députation de l'Empire du vingt-cinq février mil-huit-cent-trois, avoir été transférés sur le Duché de Westphalie, sont transportés sur les districts, donnés par l'article huit du présent traité à Son Altesse Royale le Grand-Duc en indemnité et en échange comme équivalent du dit Duché.

Article XX.

Les troupes tirées du Duché de Westphalie et des possessions de Wittgenstein-Wittgenstein et Wittgenstein-Berlebourg, ainsi que celles tirées des quatre bailliages cédés à Sa Majesté le Roi de Bavière en vertu de l'Article trois, resteront réunies au corps d'armée de Son Altesse Royale le Grand-Duc pendant l'espace de deux mois, après lequel terme les soldats et bas-officiers devront retourner dans leurs foyers. Les officiers en activité pourront choisir durant le même terme, auquel de ces services respectifs ils préféreront de rester. Ceux qui sont en état de pension et natifs du Duché de Westphalie ou qui ont passé de l'Electorat de Cologne et des Comtés de Wittgenstein, resteront à la charge de Sa Majesté Prussienne.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse Se charge des troupes du pays d'Isenbourg pour la partie réunie au Grand-Duché.

Article XXI.

Tous les officiers civils, employés dans l'administration du Duché de Westphalie, des Comtés de Wittgenstein et des quatre bailliages cédés à Sa Majesté le Roi de Bavière, tant ceux qui sont en activité de service que les pensionnés, passent aux nouveaux possesseurs.

Cette stipulation s'applique réciproquement aux districts et objets cédés à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, et Son Altesse Royale se charge nommément des pensionnaires qui sont assignés sur la partie du département du Mont-Tonnère, réservée par le présent traité au Grand-Duché. Elle s'applique de même aux salines de Kreutznach, à l'exception du Commissaire Masien, qui en a la direction aujourd'hui.

Article XXII.

Le sel des salines de Kreutznach ne sera grevé d'aucun impôt ni redevances quelconques, ni à sa fabrication, ni à son exportation. Sont également libres de tout droit d'importation les bois, charbons et autres articles servant à l'exploitation, aux constructions et réparations. Mais cette liberté et immunité ne s'étendra pas sur les relations et impositions personnelles des individus employés à la fabrication du sel ou à l'inspection des salines, qui sont sujets Prussiens. Les individus qui ne seroient point originairement sujets prussiens, mais habiteroient les salines, seront soumis aux mêmes lois et censés être dans les mêmes rapports que d'autres étrangers domiciliés dans la Monarchie Prussienne. Le sel fabriqué dans les salines cédées à Son Altesse Royale le Grand-Duc, sera regardé dans les Etats Prussiens comme sel étranger et sera, comme tel, soumis à tous les impositions et à tous les règlemens qui existent dans la Monarchie Prussienne actuellement ou pourroient exister à la suite relativement aux sels étrangers.

Afin d'empêcher que la difference du prix des sels dans les Etats Hessois sur la rive gauche du Rhin de celui dans les Etats Prussiens sur la même rive ne favorise l'importation frauduleuse des sels des salines de Kreutznach dans le Grand-Duché de Bas-Rhin, le Gouvernement Grand-Ducal conviendra avec les autorités prussiennes de la fixation d'un prix qui sera renouvelé de dix en dix ans. On conviendra également du contrôle nécessaire pour empêcher la contrebande tant relativement à l'exportation des sels, qu'à l'importation du matériel nécessaire à la fabrication, aux bâtisses et aux réparations.

Sa Majesté Prussienne S'engage à ne faire établir dans la banlieue de Kreutznach aucune nouvelle saline qui puisse nuire à l'exploitation de celles cédées à Son Altesse Royale le Grand-Duc, soit sous la rapport des sources, soit sous celui des eaux de la Nahe.

Les provisions en bois et charbons, qui se trouveront dans les magasins le jour de la remise, resteront au Gouvernement Prussien, pour les céder à l'administration Grand-Ducale. Si ces objets n'ont point encore été payés par le Gouvernement Prussien, l'administration Grand-Ducale entrera dans les con-

passés sur ces objets par le dit Gouvernement. Dans le cas contraire l'administration en remboursera au Gouvernement Prussien le prix coûtant dans le délai de six mois. Les provisions de sel restent à la disposition du Gouvernement Prussien.

Article XXIII.

Le Gouvernement Grand-Ducal de Hesse aura la faculté de faire transporter les quantités de charbons et de bois nécessaires à l'approvisionnement des salines de Kreutznach par les Etats de la Prusse, sans éprouver aucune gêne à cet égard et en ne payant que les droits ordinaires de passage et de flottage, en observant toutefois les ordonnances et règlemens de police existant à cet égard. Les droits de flottage sur la Nahe ne seront point augmentés pour les dits objets au delà du tarif actuel.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche S'engagent à employer Leur intervention la plus suivie afin de procurer au Gouvernement Grand-Ducal de Hesse les mêmes facilités pour le transport et le flottage du bois et des charbons par les Etats Bavarois de Kaiserslautern jusqu'à Kreutznach.

Article XXIV.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse consent à ce que la Prusse a une route militaire par Ses Etats pour les troupes qui passent d'Erfourt par Eisenach, Hersfeld, Giessen et Wetzlar à Coblence, et que celles qui viennent de Mayence ou qui y ont été destinées, prennent la route de Coblence par Bingen.

La Convention à conclure dans l'espace de trois mois sur cet objet, se réglera d'après ce qui sera convenu à l'égard des routes militaires Prussiennes, qui passent par les Etats du Roi de Hanovre et de l'Electeur de Hesse. La même convention réglera les places d'étappes sur ces routes.

Il est convenu que le réglement d'une route d'étappes pour les troupes Autrichiennes destinées à faire partie de la garnison de Mayence, est réservé à une Convention particulière entre les deux Gouvernemens respectifs.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse consent également à ce que la Bavière ait une route militaire par Ses Etats

pour les troupes qui passent des provinces bavaroises à la rive droite du Rhin, dans celles nouvellement acquises sur la rive gauche de ce fleuve. Ce qui concerne les places d'étappes, les moyens d'entretien et de transport, et autres objets d'administration, sera réglé par une Convention particulière entre Sa Majesté le Roi de Bavière et Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse.

Article XXV.

La remise de tous les districts et territoires cédés et transférés mutuellement par les Articles premier, second, trois, quatre, cinq, sept et huit du présent traité se fera le sept juillet de cette année au moyen de procès-verbaux qui seront dressés à Francfort et signés par les plénipotentiaires des différens Princes, sous la souveraineté desquels ces districts passeront. Ces procès-verbaux seront suivis immédiatement après de la mise en possession réelle.

La remise des salines de Kreutznach et de leurs dépendances se fera de la même manière, et les autorités Grand-Ducales remettront ces salines avec les mêmes titres, droits et prétentions relatifs à la propriété des dites salines, ainsi qu'avec les outils et ustensiles servant à l'exploitation, avec lesquels elles ont passé au Gouvernement Prussien.

L'exploitation de ces salines, à commencer du premier juillet de cette année, sera pour le compte de Son Altesse Royale.

Article XXVI.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur d'Autriche garantissent à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse la souveraineté pleine et entière de Ses Etats ainsi que l'intégrité de Ses possessions dans l'état où elles se trouveront d'après le présent Traité.

Article XXVII.

Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Francfort dans le terme de six semaines ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et muni du cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 30. juin l'an de grâce 1816.

(L. S.)	Le Baron de Humboldt.
(L. S.)	Wessenberg.
(L. S.)	Harnier.
(L. S.)	Le Baron de Muench [f]).

a) Desselben Inhalts ist mut. mut. der an demselben Tage in Frankfurt a. M. zwischen Grossbritannien und dem Grossherzogthume Hessen abgeschlossene Vertrag, welcher im Art. XLVIII des Recès général etc. unter Nr. III. angeführt wird.

b) In dem Abdrucke dieses Vertrages, der sich in G. F. de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 73—84 befindet, werden die Bevollmächtigten, welche denselben abgeschlossen haben, im Eingange nicht genannt.

c) Vergl: Recès général de la Commission territoriale rassemblée à Francfort, du 20. juillet 1819. Art. XXIX, XXX.

d) Die Aufnahme des Landgrafen von Hessen-Homburg in den Deutschen Bund erfolgte am 7. Juli 1817. Vergl. über und in Betreff des ihm zustehenden Stimmrechts: Th. II. dieser Bundes-Acte u. s. w.

e) Vergl: die die Bundesfestung Mainz betreffenden Urkunden im II. Theile.

f) Die Unterschrift des Freiherrn von Münch fehlt in dem gedachten Abdrucke dieses Vertrages in G. F. de Martens recueil etc. Supplém. Tom. III.

C.

Traité complémentaire conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas à Francfort sur le Mein, le 8. novembre 1816[1]).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, désirant d'un commun accord avec Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, et l'Empereur de toutes les Russies, donner suite par un traité particulier aux articles stipulations du traité de paix conclu à Paris le vingt novembre mil-huit-cent-quinze, tant à celles qui regardent le Royaume des Pays-Bas, qu'à celles qui concernent le Grand-Duché de Luxembourg, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas agissant en sa double-qualité de Roi et de Grand-Duc, et Leurs Majestés voulant en faire l'application à tout ce qui concerne leurs intérêts réciproques et consolider les arrangemens qui en dérivent, ont nommé à cet effet les plénipotentiaires suivans, savoir.

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Ministre d'état et Chambellan, Chevalier du grand ordre de l'aigle rouge, et de celui de la croix de fer de Prusse de la première classe, Grand'-Croix des ordres de Léopold d'Autriche, de Sainte Anne de Russie, de Danebrog de Danemarc, de la Couronne de Bavière, de la Fidélité de Bade et du Faucon blanc de Saxe-Weimar;

Et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas; Grand-Duc de Luxembourg:

Le Sieur Hans Christophe Erneste Baron de Gagern, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Diète Germanique et la ville libre de Francfort, Commandeur de l'ordre royal du Lion Belgique, Grand'-Croix des ordres du Lion de Hesse, de la Fidélité de Bade et du Faucon blanc de Saxe-Weimar;

Lesquels après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, ont conclu, signé et arrêté les articles ci-après.

Article I.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, possédera pour Lui, Ses descendans et successeurs en pleine propriété et souveraineté tous les districts qui ayant fait partie en mil-sept-cent-quatre-vingt-dix de la ci-devant Belgique, de l'Evêché de Liège et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puissances alliées par le traité conclu à Paris le vingt novembre mil-huit-cent-quinze, ainsi que les territoires enclavés avec les places de Philippeville et de Marienbourg cédés par le même traité. Par suite de cette disposition, les limites des Etats de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, avec celles de France, à commencer de la mer du nord, resteront telles qu'elles ont été fixées par le traité de paix de Paris du trente mai mil-huit-cent-quatorze, jusque vis-à-vis de Quiévrain. De Quiévrain la ligne de démarcation suivra les anciennes limites extérieures de la Belgique, du ci-devant Evêché de Liège et du Duché de Bouillon jusqu'à Villers près d'Orval, comme elles étoient en mil-sept-cent-quatre-vingt-dix, en y comprenant la totalité de ces pays, et spécialement les places et territoires de Philippeville et Marienbourg, conformément aux stipulations du premier article du dit traité du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, et sans autrement changer les limites du Royaume des Pays-Bas et du Grand-Duché de Luxembourg, qui seront conservées telles qu'elles ont été fixées par le traité de Vienne du trente-un mai mil-huit-cent-quinze, lequel dans tous les autres points est pleinement confirmé.

Article II.

Une partie des indemnités pécuniaires que Sa Majesté Très-

Chrétienne S'est engagée de payer par l'article quatre du traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, étant destiné en vertu des arrangemens faits à Paris entre les Puissances alliées à renforcer la ligne de défense des États limitrophes de la France, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, recevra pour cet effet la somme de soixante millions de francs.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, S'engage à employer cette somme aux ouvrages nécessaires à la défense des frontières de Ses Etats, conformément au système adopté et au concert pris à cet égard entre les Puissances alliées au Protocole de la conférence de Leurs Ministres du vingt-un novembre mil-huit-cent-quinze, annexé au présent traité, et qui aura la même force et valeur comme s'il étoit textuellement inséré au présent traité.

Article III.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, reconnoissant à juste titre les avantages qui résultent des dispositions précédentes, tant pour l'acroissement, que pour les moyens de défense de Son territoire, renonce pour les sommes stipulées dans l'article quatre du traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, à la quote-part à la quelle Elle pourroit prétendre à titre d'indemnité, et qui est fixée par le Protocole de la conférence du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, au total de vingt-un million deux-cent-soixante-quatre-mille-huit-cent-trente-deux francs, vingt-deux et un demi centimes. Sa Majesté adhère au principe que cette quote-part serve à compléter les indemnités de l'Autriche et de la Prusse, et soit partagée en parties égales entre ces deux Puissances.

Article IV.

L'article trois du traité conclu à Vienne le trente-un mil-huit-cent-quinze, et l'article soixante-sept de l'Acte du Congrès de Vienne, ayant stipulé que la forteresse de Luxembourg seroit considérée comme forteresse de la Confédération Germanique, cette disposition est maintenue et expressément confirmée par la présente convention [b]).

Cependant Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, agissant en Sa qualité de Grand-Duc

Luxembourg, voulant adapter le reste des dispositions des dits articles aux changemens survenus par le traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, et pourvoir de la manière la plus efficace à la défense combinée de Leurs Etats respectifs, Leurs Majestés sont convenues de tenir garnison commune dans la forteresse de Luxembourg, sans que cet arrangement, fait uniquement sous le rapport militaire, puisse altérer en rien le droit de Souveraineté de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, sur la ville et forteresse de Luxembourg.

Article V.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, cède à Sa Majesté le Roi de Prusse le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de cette place, et consent à ce que tant la garnison en général, que chaque arme en particulier soit composée pour les trois quarts de troupes prussiennes et pour un quart de troupes des Pays-Bas, renonçant ainsi au droit de domination que l'article soixante-sept de l'acte du Congrès de Vienne assuroit à Sa Majesté.

Ces troupes seront soldées et équipées aux frais de leurs gouvernemens respectifs. Il en sera de même pour leur nourriture lorsque la forteresse ne sera pas déclarée en état de siège. Dans ce cas la garnison se nourrira des magasins de la forteresse, et il sera suppléé a son approvisionnement d'après les principes établis à l'article quatorze.

Article VI.

Le droit de Souveraineté appartenant dans toute sa plénitude à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, dans la ville et forteresse de Luxembourg comme dans tout le reste du Grand-Duché, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile restera exclusivement entre les mains des Employés de Sa Majesté, et le Gouverneur et le Commandant leur prêteront secours et assistance en cas de besoin.

De l'autre côté, le Gouverneur sera nanti de tous les pouvoirs nécessaires pour lui assurer conformément à la responsabilité qui repose sur lui, l'exercice libre et indépendant de ses

fonctions, et les autorités civiles et locales lui seront subordonnées pour tout ce qui concerne la défense de la place.

Pour éviter néanmoins tout conflit entre l'autorité militaire et civile, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, nommera un commissaire spécial qui servira d'intermédiaire entre le Gouverneur et les autorités civiles et recevra les directions du dit Gouvernement dans les affaires de police en tant qu'elles se lient aux rapports militaires et la défense de la place.

Le Gouverneur pourra pour le même objet, et toujours dans les limites qui viennent d'être énoncées, déléguer de sa part une personne à son choix, et les deux Employés formeront une commission mixte.

Mais en cas de guerre, ou si l'une ou l'autre des Monarchies de Prusse ou des Pays-Bas étoit menacée d'une guerre, et que la forteresse fut déclarée en état de siège, les pouvoirs du Gouverneur seront illimités, et n'auront d'autres bornes que la prudence, les usages et le droit des gens.

Si finalement la Diète de la Confédération Germanique venoit à décider que les Gouverneur et Commandans des forteresses de la Ligue devront être assermentés, le Gouverneur et le Commandant de la forteresse de Luxembourg prêteront le serment d'après la formule qui en sera rédigée par la Diète.

Article VII.

La force de la garde bourgeoise de la ville de Luxembourg sera, conformément à la loi du Royaume des Pays-Bas du vingt-huit juin mil-huit-cent-quinze, dans la proportion de trois à cent de la population totale de la ville comptée, et elle ne pourra dans aucun cas et sous aucune dénomination dépasser ce nombre. Elle ne montera la garde que lorsqu'il n'y aura pas de garnison dans la place; et son service lorsqu'elle ne sera point appelée à prêter main forte à la défense de la forteresse, se bornera à maintenir le repos public et à garantir les possessions de ses concitoyens principalement en cas d'incendie. Toutes les fois qu'elle devra faire un pareil ou autre service militaire quelconque, elle sera soumise aux ordres du Gouverneur de la forteresse, sans le consentement duquel elle ne pourra se rassembler, ni pour l'exercice, ni pour le service réel. La place de Luxembourg étant une forteresse

de la Confédération Germanique, les hautes parties contractantes placent en reserve expresse toutes les dispositions dont la confédération conviendroit pour les gardes bourgeoises dans toutes les forteresses de la Ligue, soit en général, soit en particulier relativement au serment qui seroit exigé d'elle.

Article VIII.

Le cas de guerre échéant, ou la guerre devenant imminente, il résulte du devoir et de la responsabilité du Gouverneur qu'il pourra exercer au dehors de la forteresse, autant que les dispositions militaires qu'il aura à faire, l'exigeront, les mêmes pouvoirs dont il est investi dans l'intérieur de la place. Si en tems de paix il jugeoit nécessaire d'ordonner des patrouilles ou de placer des avant-postes, ces troupes ne pourront faire aucune réquisition, ni être à la charge des habitans.

Article IX.

La garnison de la forteresse qui sera placée directement sous les ordres du Gouverneur, consistera en tems de paix en six mille hommes; cependant Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, sont convenus pour le moment, et aussi longtemps que les troupes alliées occuperont une partie de la France, de se borner à quatre mille hommes seulement, dont trois mille seront fournis par la Prusse et mille par les Pays-Bas.

Article X.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg consent à ce que le Commandant de l'artillerie et celui du génie de la place soient nommés par la Prusse, sous la réserve qu' Il nommera de son côté deux officiers de ces armes qui seront particulièrement responsables à Sa Majesté. Les attributions de ces quatre officiers seront les suivantes:

Le Commandant de l'artillerie disposera librement du matériel, il en ordonnera la distribution en tems de paix et l'usage en tems de guerre, bien entendu qu'aucune pièce ne pourra être tirée de la forteresse. Il sera également chargé de veiller à ce que le matériel et les munitions soient dans l'état stipulé par le traité.

L'officier d'artillerie des Pays-Bas veillera à la conservation

et à l'entretien du matériel. Comme le nombre des bouches à feu, l'état des affûts et de tous les objets appartenans au matériel, ainsi que la quantité des munitions, seront déterminés à la suite des dispositions de la présente convention, l'inventaire qui en sera dressé servira de norme à ces deux officiers. L'officier au service des Pays-Bas recevra les états de changement et exercera le contrôle des objets qui seront délivrés de l'arsenal et du magasin par ordre du commandant de l'artillerie.

Le Commandant du génie et l'Ingénieur au service des Pays-Bas partageront ensemble le soin de veiller à la conservation des ouvrages, et conviendront d'un commun accord des réparations et nouvelles bâtisses qu'il sera nécessaire de faire. Mais, ces travaux une fois arrêtés, le Commandant du génie en tracera seul le plan détaillé et en dirigera l'exécution. Si cependant on n'adoptoit point le mode établi dans les Pays-Bas qui est l'adjudication des travaux publics au rabais, l'Ingénieur des Pays-Bas devra concourir aux marchés qui seront conclus avec les entrepreneurs ou les ouvriers.

Toutes les discussions qui pourroient s'élever, seront décidées par une commission mixte sous la direction du Gouverneur.

Ces dispositions relatives aux réparations et à l'entretien journalier des ouvrages ne dérogeront en rien aux stipulations de l'article treize qui se rapportent à un plan premier des ouvrages de fortification en général et à l'inspection de ces travaux après qu'ils seront terminés.

Article XI.

La Partie Prussienne de la garnison jouira du libre exercice de religion et la ville lui fournira, sur la demande du Gouverneur, un local adapté à cet usage.

Article XII.

Les hautes parties contractantes ayant jugé nécessaire de mettre le Gouverneur de la place en état de renforcer, si les circonstances l'exigeoient, sans délai la garnison, il sera formé une milice de huit-mille hommes, savoir: six mille pour la Prusse et deux mille pour les Pays-Bas dans les arrondissemens des deux monarchies les plus rapprochés de la forteresse, pour que le Gou-

veneur puisse en disposer à chaque instant. Cette milice sera des deux côtés composée de gens propres aux combats, exercés et bien armés.

Les deux mille hommes à fournir par les Pays-Bas seront immédiatement mis à la disposition du Gouverneur militaire de la forteresse de Luxembourg dès que réquisition en sera faite par lui au Général au service des Pays-Bas commandant dans le Grand-Duché de Luxembourg, lequel se trouvera muni à toutes les époques de l'ordre éventuel d'effectuer cette mesure.

Article XIII.

On s'occupera incessamment du rétablissement entier et parfait des fortifications. Le Gouvernement Prussien et celui des Pays-Bas s'engagent à l'achever pendant le temps fixé par le traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, à l'occupation d'une partie de la France par les armées alliées. Après ce rétablissement on dressera un plan regulier pour assurer l'entretien des ouvrages. Les travaux arrêtés d'après ce plan et approuvés par les deux Gouvernemens, seront exécutés sous la direction du Gouverneur à l'aide d'un commissaire de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg.

Les fonds nécessaires pour ces travaux seront remis à une commission mixte placée sous la direction du Gouverneur. La même commission donnera également décharge pour les sommes employées aux dits travaux qui à la clôture des comptes de chaque année seront inspectés par un officier Prussien et un officier des Pays-Bas.

Article XIV.

L'approvisionnement de la place relatif aux subsistances et aux hôpitaux devra être assuré pour dix-mille hommes et pour une année. Main afin de rendre cette charge moins onéreuse en la divisant et prenant en considération les années d'occupation d'une partie de la France on se bornera pour le moment à assurer l'approvisionnement pour six mille hommes. On y ajoutera chaque année celui pour mille hommes en sus, de façon qu'au bout de quatre ans l'approvisionnement pour dix-mille hommes sera complet.

L'approvisionnement en objets de munition de tout genre sera proportionné à la grandeur de la place et au nombre de la garnison en tems de guerre.

Article XV.

Afin que le service de la place ne puisse jamais être interrompu par le manque des fonds nécessaires, il sera créé un fonds de dotation qui sera fourni annuellement, et sur lequel il sera établi une comptabilité exacte, pour qu'à la fin de chaque année, il en soit rendu compte aux deux Gouvernemens. Ce fonds servira également au payement des salaires des Employés qui, tels que les Inspecteurs des Magasins, des remparts et autres employés, n'appartiennent pas proprement à la garnison, mais à la forteresse même, ainsi qu'à couvrir les frais de bureau et autres dépenses de ce genre.

Article XVI.

La place de Luxembourg étant forteresse de la Confédération Germanique, et les Gouvernemens de Prusse et de Pays-Bas ne pouvant en conséquence être censés avoir l'obligation de l'entretenir exclusivement à leurs frais pour la défense commune, la question de son entretien, sous les modifications spécifiées dans les articles précédens, est expressément réservée aux discussions de la Diète.

Article XVII.

Le service des douanes respectives ne pourra point être troublé ou interrompu par les passages des troupes. Les effets d'équipement et d'habillement, ainsi que les autres objets nécessaires à la garnison Prussienne de la forteresse de Luxembourg, ou appartenant aux troupes en marche seront libres de tout droit d'entrée et de sortie, mais il devra être dûment constaté par les autorités compétentes qu'ils sont destinés au dit usage, ou qu'ils forment la propriété des dites troupes.

Article XVIII.

La partie prussienne de la garnison jouira de la franchise du port de lettres sur les routes de Trèves et de Sarrebruck. Quant aux taxes de barrières sur les routes du Grand-Duché de Luxem-

bourg qui sont barrières de l'Etat, et non propriété communale ou particulière, les militaires prussiens appartenans à la garnison de la place jouiront des mêmes avantages que ceux des Pays-Bas, et seront à une distance de quatre lieues autour de la place, toujours censés être en service, lorsqu'ils se présenteront en uniforme.

Article XIX.

Les hautes parties contractantes se réservent de conclure incessament et au plus tard dans le terme de trois mois, à compter du jour de la ratification du présent traité, une convention séparée relativement aux routes militaires par Leurs Etats respectifs. En attendant Elles consentent provisoirement que les troupes prussiennes allant à Luxembourg, ou venant de cette forteresse, ainsi que celles qui appartiennent, ou qui sont destinées au corps d'armée stationné en France, se servent de la route militaire existante actuellement de Grevemachern à Luxembourg et de là vers les frontières de la France, et que les recrues suisses et allemandes destinées aux bataillons à la solde du Royaume des Pays-Bas prennent la route de Coblence à Liège et Mastricht. Tout ce qui a rapport aux prix et au payement des fournitures qui devront être faites à ces troupes recevra plus tard l'application des dispositions et conditions de la convention future qui aura à cet égard un effet rétroactif.

Article XX.

Le traité conclu avec Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, à Vienne le 31. mai 1815 [a]), ainsi que tous les articles de l'Acte du Congrès de Vienne du neuf juin mil-huit-cent-quinze, qui concernent les intérêts de Sa Majesté, ou qui ont été stipulés avec Elle, sont confirmés dans tous les points et toutes les dispositions qui n'ont pas été expressément changées par la présente Convention.

Article XXI.

La présente convention sera ratifiée et les actes de ratification en seront échangés dans le terme de deux mois, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 8. novembre, l'an de grâce 1816.

(L. S.) Signé: Le Baron de Humboldt.
(L. S.) Signé: Le Baron de Gagern.

a) Desselben Inhalts ist mut. mut. der am 16. November 1816 zu Frankfurt a. M. zwischen Grossbritannien und dem Könige der Niederlande abgeschlossene Vertrag, welcher im Art. XLVIII. des Recès général etc. unter No. V. angeführt wird.

b) Vergl. die die Bundesfestung Luxemburg betreffenden Actenstücke im II. Theile.

c) S. Abth. I. dieses Theiles, S. 629—635.

D.

Traité entre l'Autriche et les Pays-Bas, conclu à Frankfort sur le Mein, le 20. mars 1817 [1]).

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, désirant d'un commun accord avec Leurs Majestés, l'Empereur de toutes les Russies, le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et le Roi de Prusse, donner suite par un traité particulier aux dispositions du traité de paix conclu à Paris le 20. novembre 1815, tant à celles, qui regardent le Royaume des Pays-Bas, qu'à celles, qui concernent le Grand-Duché de Luxembourg et consolider les arrangemens, qui en dérivent, ont nommé des plénipotentiaires pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à ces objets; savoir:

Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique:

Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Grand'-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre militaire et religieux des Saints Maurice et Lazare, de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse, de celui de la Couronne de Bavière, de St. Joseph de Toscane, de l'ordre Constantinien de Parme, de la Fidélité de Bade, du Lion d'or de Hesse, Chambellan et Conseiller intime actuel de Sadite Majesté Impériale et Royale Apostolique;

Et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg:

Le Sieur Jean Christophe Erneste Baron de Gagern, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à la Diète germanique et près la ville libre de Francfort, Commandeur de

l'ordre Royal du Lion Belgique, Grand'-Croix des ordres du Lion de Hesse, de la Fidélité de Bade et du Faucon blanc de Saxe-Weimar;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont signé les articles suivans:

Article I.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, possedera pour Lui, Ses descendans et successeurs, en toute souveraineté et propriété tous les districts, qui, ayant fait partie en mil-sept-cent-quatre-vingt-dix des provinces Belgiques, de l'Evêché de Liège et du Duché de Bouillon, ont été cédés par la France aux Puissances alliées par le traité conclu à Paris le vingt novembre mil-huit-cent-quinze, ainsi que les territoires enclavés de Philippeville et Marienbourg, avec les places de ce nom, cédés par le même traité. Par suite de cette disposition les limites des états de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, et celles de la France, resteront, à commencer de la mer du Nord, telles qu'elles ont été fixées par le traité de paix de Paris du trente mai mil-huit-cent-quatorze, jusques vis-à-vis de Quiévrain. De Quiévrain la ligne de démarcation suivra les anciennes limites des provinces Belgiques, du ci-devant Evêché de Liège et du Duché de Bouillon jusqu'à Villers la Loup d'Orval, comme elles étaient en mil-sept-cent-quatre-vingt-dix, en y comprenant la totalité de ces pays, avec les places et territoires de Philippeville et de Marienbourg, conformément aux stipulations du premier article du dit traité du vingt novembre mil-huit-cent-quinze. Sur tous les autres points les limites du Royaume des Pays-Bas et du Grand-Duché de Luxembourg seront conservées, telles qu'elles ont été fixées par le traité de Vienne du trente un mai mil-huit-cent-quinze.

Article II.

Une partie des indemnités pécuniaires, que Sa Majesté Très Chretienne S'est engagée de payer par l'article quatre du traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, étant destinée en vertu des arrangemens faits à Paris entre les Puissances alliées, à renforcer la ligne de défense des Etats limitrophes de la France, Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxem-

bourg, recevra pour cet effet, la somme de soixante millions de francs.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, S'engage à employer cette somme aux ouvrages nécessaires à la défense des frontières de Ses Etats, conformément au système, qui a été adopté par les Puissances Alliées, et qui a été consigné au Protocole de la conférence de Leurs Ministres du vingt-un novembre mil-huit-cent-quinze. Ce Protocole est annexé au présent traité, et aura la même force et valeur, comme s'il étoit textuellement inséré au présent traité.

Article III.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, reconnoissant à justes titres les avantages, qui résultent des dispositions précédentes, tant pour l'accroissement, que pour les moyens de défense de Son territoire, renonce pour les sommes stipulées dans l'article quatre du traité de Paris du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, à la quote-part, à laquelle Elle pourroit prétendre à titre d'indemnité, et qui est fixée par le Protocole de la conférence du vingt novembre mil-huit-cent-quinze, au total de vingt-un millions deux-cent-soixante-quatre mille-huit-cent-trente-deux francs, vingt-deux et demi centimes. Sa Majesté adhère au principe, que cette quote-part serve à compléter les indemnités de l'Autriche et de la Prusse, et soit partagée en parties égales entre ces deux Puissances.

Article IV.

L'article trois du traité conclu à Vienne le trente un mai mil-huit-cent-quinze, et l'article soixante sept de l'Acte du Congrès de Vienne, ayant stipulé, que la forteresse de Luxembourg soit considérée comme forteresse de la Confédération Germanique, cette disposition est maintenue et expressement confirmée par la présente convention.

Article V.

Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, cède à Sa Majesté le Roi de Prusse le droit de nommer le Gouverneur et le Commandant de cette place, et consent à ce que, tant la garnison en général, que chaque arme en particulier, soit composée pour les trois quarts de troupes Prussiennes, et un

quart de troupes des Pays-Bas, renonçant ainsi au droit de nomination, que l'article soixante sept de l'Acte du Congrès de Vienne assuroit à Sa Majesté, sans que cet arrangement, sous le rapport militaire, puisse altérer en rien le droit de souveraineté de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, sur la ville et la forteresse de Luxembourg.

Article VI.

Le droit de Souveraineté, appartenant dans toute sa plénitude à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Grand-Duc de Luxembourg, comme dans tout le reste du Grand-Duché, l'administration de la justice, la perception des impositions et contributions de toute espèce, ainsi que toute autre branche de l'administration civile restera exclusivement entre les mains des Employés de Sa Majesté.

Article VII.

La place de Luxembourg, étant forteresse de la Confédération Germanique, et les Gouvernemens de Prusse et des Pays-Bas ne pouvant en conséquence être censés avoir l'obligation de l'entretenir exclusivement à leurs frais, la question de son entretien est reservée aux discussions de la Diète.

Article VIII.

Le traité conclu entre Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas à Vienne le trente-mai mil-huit-cent-quinze, est confirmé dans toutes celles de ses dispositions, qui n'ont pas été changées ou modifiées par les clauses du présent traité.

Article IX.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées dans le terme de trois mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 12. mars, l'an de grâce 1817.

(L. S.) Signé: Wessenberg.
(L. S.) Signé: Gagern.

a) Desselben Inhalts ist mut. mut. der am $\frac{5}{17}$. April 1817 zwischen Russland und dem Könige der Niederlande abgeschlossene Ver-

trag, welcher im Art. XLVIII. des Recès général etc. unter No. VII. angeführt wird.

Derselbe Vertrag wurde auch zwischen dem Könige der Niederlande und den Höfen zu London und Berlin abgeschlossen.

No. VIII. der in dem gedachten Artikel XLVIII. des Recès général aufgeführten Verträge: „traité entre l'Autriche, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, conclu à Paris le 10. juin 1817," wurde schon in der Abth. I. dieses Theiles unter No. XXXVIII. aufgenommen, weil dieser Vertrag („lequel, en exécution de l'article XCIX. de l'Acte du Congrès, détermine la réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla"), nach Art. VIII. desselben, „sera joint à l'Acte supplémentaire du traité général du Congrès de Vienne."

E.

Traité entre l'Autriche et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein, le 10. juillet 1819.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

L'arrangement des affaires territoriales en Allemagne ayant demandé dans leur application définitive quelques échanges de territoire entre S. M. l'Empereur d'Autriche et Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, des plénipotentiaires ont été nommés à cet effet, savoir:

de la part de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique:

le Sieur Jean Philippe, Baron de Wessenberg, Grand Croix de l'ordre Royal de St. Etienne etc. etc. etc.;

Et de celle de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade:

le Sieur Charles Chrétien, Baron de Berkheim, Ministre d'état de Son Altesse Royale etc. etc. etc.;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et dûe forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, pour Elles, Ses héritiers et successeurs cède à Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique la partie du second bailliage de Wertheim, située au nord de la route de Lengfurth a Wurzbourg et enclavée dans les Etats Bavarois, comprenant les communes et banlieues d'Aschpach, Birkenfeld, Erlach, Greusenheim, Karbach, Mariabuchen, Plochsbach, Roden, Sendelbach, Steinfeld, Waldzell et Zimmern, avec tous les droits appartenants à Son Altesse Royale sur ledit district.

Article III.

En échange du district désigné dans l'article précédent, Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique cède à Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, pour être possédé par Elle, Ses héritiers et successeurs le Comté de Hohen-Geroldseck, enclavé dans les Etats Badois, tel qu'il a été possédé par l'Autriche en vertu de l'article cinquante unième du Traité général du Congrès de Vienne.

Article III.

La remise reciproque des territoires désignés dans les deux articles précédens aura lieu immédiatement après l'échange des ratifications de la présente Convention et les dits territoires passeront à leurs nouveaux possesseurs avec les revenus à dater du jour de la prise de possession a).

Article IV.

Les archives, cartes, plans et documens quelconques appartenants aux pays respectivement cédés et échangés, ou concernant leur administration seront fidèlement remis en même temps que les territoires, ou si cela ne pouvait avoir lieu de suite, dans le terme, qui ne pourra pas être de plus de trois mois après la prise en possession.

Article V.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Francfort sur le Mein dans le terme de six semaines ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Francfort sur le Mein, le 10. juillet 1819.

(L. S.) Signé: Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Signé: Le Baron de Berkheim.

a) Die Uebergabe der Grafschaft Hohengeroldseck an den Grossherzog von Baden fand Statt am 4. October 1819, die des an Oesterreich abgetretenen Theils des badischen Amtes Wertheim am 27. October, so wie die Uebergabe des letzteren von Oesterreich

an Baiern an demselben Tage. Die näheren Bedingungen enthalten die folgenden Uebergabe-Protokolle.

1.

Protokoll vom 4. October 1819, betreffend die Uebergabe der Grafschaft Hohengeroldseck an den Grossherzog von Baden.

Nachdem in Folge des II. Artikels des am 10. Juli d. J. zu Frankfurt a. M. zwischen dem Kaiserlich Oesterreichischen und dem Grossherzoglich Badischen Hofe geschlossenen Staatsvertrages, die in dem Grossherzogthume Baden eingeschlossene Grafschaft Hohengeroldseck an Se. Königliche Hoheit den Grossherzog von Baden übergeben werden soll; so haben sich die zur Uebergabe und resp. Uebernahme bevollmächtigten Commissarien, und zwar:

von Seiten Oesterreichs:

der Kaiserlich Königliche Wirkliche Hofrath und Minister-Resident, Herr Freiherr von Handel, und

von Seiten Badens:

der Grossherzogliche Geheime Rath und Kreis-Director, Herr von Kirn,

hierher verfügt und sind, nach gegenseitig ausgewechselten Vollmachten, zur Uebergabe und Uebernahme der Grafschaft Hohengeroldseck auf folgende Art geschritten:

Es übergibt und überlässt Kraft dieses der K. K. Herr Bevollmächtigte an den Grossherzoglich Badischen Herrn Bevollmächtigten die Grafschaft Hohengeroldseck, um von Sr. Königlichen Hoheit dem Grossherzoge von Baden, Höchst Ihren Erben und Thronfolgern mit allen den Rechten und Befugnissen besessen zu werden, wie solche durch den II. Artikel der Wiener Congress-Acte an Se. Kaiserlich Königliche Majestät übergegangen ist.

Die Grossherzoglich Badische Regierung tritt von dem Tage der Besitznahme an in alle landesherrlichen Rechte, Einkünfte und Lasten.

Der Grossherzoglich Badische Herr Bevollmächtigte erklärt seinerSeits, dass er die Grafschaft in der Art, wie sie von dem Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Herrn Bevollmächtigten übergeben worden sey, im Namen Sr. Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Baden annehme.

Hinsichtlich der Detailgeschäfte wegen Ausscheidung der Landesherrlichen von den Fürstlich Leyenschen Kammeral-Einkünften, dem

Schulden-, Besoldungs- und Pensions-Wesens u. s. w. u. s. w., ist nun übereingekommen, dass, — da Se. Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät den Herrn Fürsten von der Leyen bisher in ungestörter Verwaltung aller Einkünfte gelassen haben, und für das Kaiserlich Königliche Aerarium gar nichts erhoben worden, die Ausgleichung nur zwischen einem Grossherzoglich Badischen und einem Fürstlich Leyenschen Commissär zu bewirken sey, und zu dem Ende die beiden Deputirten längstens binnen einem Monate ernannt werden sollen.

Zur Urkund dessen ist gegenwärtiges Protokoll dreifach ausgefertiget und von beiden Herrn Bevollmächtigten unterzeichnet und beigelegt worden.

Geschehen Seelbach, den 4. October 1819.

(*L. S.*) Paul Anton Freiherr von Handel,
als K. K. Uebergabe-Commissär.

(*L. S.*) Emerich Wilhelm von Kirn,
als Grossherzoglich Badischer Uebernahme-Commissarius.

2.

Protokoll vom 27. October 1819, betreffend die Uebergabe des Land-Amtes Wertheim an Oesterreich.

Nachdem, in Folge der, mit dem Grossherzoglich Badischen Hofe gepflogenen Unterhandlungen, der Theil des Landamts Wertheim, nördlich der Strasse von Lengfurth nach Würzburg gelegen, nunmehr an Se. Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät übergeben werden soll, so haben die zur Uebergabe und resp. Uebernahme bevollmächtigten Commissarien, und zwar:

von Seiten Oesterreichs:

der Kaiserlich Königliche Wirkliche Hofrath und Minister-Resident, Freiherr von Handel u. s. w., als Uebernahms-Commissär, und

von Seiten des Grossherzogthums Baden:

der Grossherzoglich Badische dirigirende Kreisrath, Herr von Berg u. s. w. als Uebergabs-Commissär,

sich gegenseitig ausgewechselten Vollmachten, die Uebergabe und Uebernahme des Eingangs bezeichneten Distrikts auf folgende Art vollzogen:

1. Es übergibt und überlässt nämlich, Kraft dieses, der Gross-

herzoglich Badische Herr Bevollmächtigte den Bezirk des Landamts Wertheim, welcher nördlich der Strasse von Lengfurth nach Würzburg liegt, und die Ortschaften: *Anspach, Birkenfeld, Erlach, Greussenheim, Karbach, Mariabuchen, Plochsbach, Reden, Seidelbach, Steinfeld, Waldzell* und *Zimmer* in sich begreift, mit allen Rechten und Befugnissen, wie sie Se. Königliche Hoheit der Grossherzog von Baden selbst besessen hat.

2. Se. Majestät der Kaiser treten in den Genuss sämmtlicher landesherrlicher Erträgnisse dieses Bezirks, von dem Tage der Uebergabe der Grafschaft Hohengeroldseck, d. i. den 4. October l. J. an zu rechnen, und

3. Die Grossherzoglich Badische Regierung macht sich verbindlich, alle auf die landeshoheitliche und Justiz-Verwaltung dieses Bezirks bezügliche Acten an jene Behörde, welche hiezu benannt werden wird, längstens binnen einem Monate, von dem Tage der Uebergabe an gerechnet, auszuliefern, und zwar mit den Justizacten, zur Vermeidung jeden Stillstandes in der Verwaltung der Rechtspflege, den Anfang zu machen;

4. Die aus diesem Distrikte gebürtigen, im Grossherzoglich Badischen Militär-Dienste stehenden Individuen werden alsbald nach der Uebergabe desselben aus Grossherzoglichen Diensten entlassen und an die Königlich Baierische Militär-Behörde, namentlich die Königliche Commandantschaft zu Würzburg überwiesen werden.

Der Kaiserlich Oesterreichische Herr Bevollmächtigte erklärt seiner Seits: dass er den erwähnten Bezirk in der Art, wie er hier von Grossherzoglich Badischen Herrn Bevollmächtigten übergeben und überlassen worden sey, im Namen Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich annehme, um solchen wieder an Se. Majestät den König von Baiern in der nämlichen Art zu übergeben.

Hinsichtlich aller Detailgeschäfte, die auf die Besitznahme und weiters auf die nachfolgende Uebergabe an die Krone Baiern Bezug haben, oder unvorhergesehen in dieser Beziehung entstehen könnten, ist man übereingekommen, dass spätestens nach Verlauf von einem Monate von der Königlich Baierischen und der Grossherzoglich Badischen Regierung Delegirte aufgestellt werden sollen, welchen die Erörterung und Vereinbarung über diejenigen Lasten und Verbindlichkeiten, welche die Krone Baiern mit dem Erwerbe der Hoheit über das Amt Steinfeld etwa zu übernehmen haben möchte, vorbehalten wird.

Spätestens vier Wochen nach der Uebergabe werden beiderseits

nämlich auf Seiten der Krone Baiern und auf Seiten des Grossherzogthums Baden, Commissarien zusammentreten, welche aus Vollmacht der beiderseitigen Ministerien resp. Höfe die hierauf bezüglichen Verhandlungen pflegen werden. Dieselben Commissarien werden auch die Erörterung und Festsetzung derjenigen Verbindlichkeiten übernehmen, welche den Gemeinden des Distrikts aus dem bisherigen Amtsverbande oblägen könnten.

Womit gegenwärtiges Protokoll geschlossen und solches von beiden Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden ist.

Ausgefertigt in triplo, Aschaffenburg, den 27. October 1819.

(*L. S.*) Paul Anton Freiherr von Handel,
als K. K. Uebernahme-Commissär.

(*L. S.*) Eberhard Friedrich von Berg,
als Grossherzoglich Badischer Uebergabe-Commissär.

3.

Protokoll vom 27. October 1819, betreffend die Uebergabe des Land-Amtes Wertheim von Oesterreich an Baiern.

Nachdem in Folge der mit dem Grossherzoglich Badischen Hofe gepflogenen Unterhandlungen der im Münchener Staatsvertrage vom 14. April 1816 bezeichnete Theil des Badischen Landamts Wertheim, — nördlich der Strasse von Lengfurth nach Würzburg —, nunmehr an Se. Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät übergangen ist, und sohin die Uebergabe des gedachten Bezirkes an die Krone Baiern möglich geworden, so haben die zur Uebergabe und resp. Uebernahme bevollmächtigten Commissarien und zwar:

von Seiten Oesterreichs:

der Kaiserlich Königliche Wirkliche Hofrath und Minister-Resident, Freiherr von Handel u. s. w., als Uebergabe-Commissär,

und von Seiten Baierns:

der Königliche Regierungs-Director Stumpf u. s. w., als Uebernahme-Commissär,

die gegenseitig ausgewechselten Vollmachten, die Uebergabe und Uebernahme des Eingangs bezeichneten Bezirks auf folgende Art vollzogen:

1. Es übergibt und überlässt nämlich, Kraft dieses, der Kaiserlich Königlich Oesterreichische Herr Bevollmächtigte an den Königlich Baierischen Herrn Bevollmächtigten den Bezirk im Landamte

Wertheim, welcher nördlich der Strasse von Longfurth nach Würzburg gelegen, und die Ortschaften *Anspach*, *Birkenfeld*, *Erlach*, *Greusenheim*, *Karbach*, *Mariabuchen*, *Plochsbach*, *Roden*, *Sendelbach*, *Steinfeld*, *Waldzell* und *Zimmer* in sich begreift, mit allen Rechten und Befugnissen, in dem nämlichen Umfange und Zustande, wie gedachter Bezirk von Seiten Sr. Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Baden, vermöge des hier angeschlossenen Uebergabe- resp. Uebernahme-Protokolls vom heutigen Tage an Se. Kaiserlich Königlich Apostolische Majestät übergegangen ist.

2. Die Krone Baiern tritt in den Genuss der Erträgnisse dieses Bezirks, vom Tage der von Seiten Oesterreichs geschehenen Uebergabe der Grafschaft Hohengeroldseck an das Grossherzogthum Baden, den 4. October l. J. anzufangen.

3. Da die Grossherzoglich Badische Regierung sich verbindlich gemacht hat, alle auf die landesherrliche und Justizverwaltung dieses Distrikts Bezug habenden Acten an jene Behörde, welche hiezu benannt werde, binnen einem Monate, von dem Tage der Uebergabe an gerechnet, auszuliefern, und zwar, zur Vermeidung jeden Stillstandes in Verwaltung der Rechtspflege, mit den Justizacten den Anfang zu machen, so wird Oesterreichischer Seits dafür gesorgt werden, dass sohin die Auslieferung dieser Acten ohnverzüglich an die betreffenden Baierischen Behörden geschehe.

4. Die aus dem vorbenannten Distrikte gebürtigen, im Grossherzoglich Badischen Militairdienste stehenden, Individuen werden alsbald, nach der Uebergabe dieses Distrikts, aus dem Grossherzoglichen Dienste entlassen, und an die Königlich Baierische Militair-Behörde, — die Commandantschaft zu Würzburg —, überwiesen werden.

Der Königlich Baierische Herr Bevollmächtigte erklärt seiner Seits: dass er den erwähnten Bezirk in der Art, wie er hier von dem Kaiserlich Königlich Oesterreichischen Herrn Bevollmächtigten übergeben und überlassen worden, im Namen Sr. Majestät des Königs von Baiern annehme und übernehme.

Hinsichtlich aller Detailgeschäfte, die auf die Besitznahme Bezug haben, oder unvorhergesehen in dieser Beziehung entstehen könnten, ist man übereingekommen, dass spätestens nach Verlauf von einem Monate von den beiderseitigen Regierungen Delegirte aufgestellt werden sollen, welchen die Erörterung und Vereinbarung über diejenigen Lasten und Verbindlichkeiten, welche die Krone Baiern mit dem Erwerbe der Hoheit über das Amt Steinfeld etwa zu übernehmen haben möchte, vorbehalten wird.

Spätestens vier Wochen nach der Uebergabe werden beiderseits, nämlich auf Seiten der Krone Baiern und auf Seiten des Grossherzogthums Baden, Commissarien zusammen treten, welche aus Vollmacht der beiderseitigen Ministerien resp. Höfe die hierauf bezügigen Verhandlungen pflegen werden. Dieselben Commissarien werden auch die Erörterung und Festsetzung derjenigen Verbindlichkeiten übernehmen, welche den Gemeinden des Distrikts aus dem bisherigen Amtsverbande obliegen könnten.

Womit gegenwärtiges Uebergabe- und Uebernahme-Protokoll geschlossen und solches von beiden Herren Bevollmächtigten unterzeichnet und besiegelt worden.

Ausgefertigt in triplo, Aschaffenburg, den 27. October 1819.

(*L. S.*) Paul Anton Freiherr von Handel,
als K. K. Uebergabe-Commissär.

(*L. S.*) Andreas Seb. Stumpf,
Königl. Uebernahme-Commissär.

F.

Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein, le 10. juillet 1819.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande; Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne, après avoir repris en même délibération les propositions et les démarches suivies de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade pour être libéré des clauses onereuses du Traité de Francfort de l'année mil-huit-cent-treize, ainsi que les négociations qui ont eu lieu à cet égard, et voulant mettre un terme aux incertitudes, qui ont pesé jusqu'à ce jour sur l'état de possession du Grand-Duché, ont arrêté d'un commun accord, que Leurs plénipotentiaires respectifs à la Commission territoriale de Francfort, savoir:

de la part de Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème:

Le Sieur Jean Philippe Baron de Wessenberg, Grand-Croix de l'ordre Royal de St. Etienne, Chevalier Grand'-Croix de l'ordre militaire et religieux des Sts. Maurice et Lazare, de l'ordre de l'Aigle rouge de Prusse, de celui de la Couronne de Bavière et de St. Joseph de Toscane, de l'ordre Constantinien de Parme, de la Fidélité de Bade, du Lion d'or de Hesse, Chambellan et Conseiller intime actuel de Sa dite Majesté Impériale et Royale Apostolique;

de celle de Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande:

Le très-honorable Richard le Poer Trench, Comte de Clancarty, Vicomte Dunlo, Baron Kilconnel, Baron Trench de Garbally du Royaume uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Conseiller de Sa Majesté Britannique en Son Conseil privé de la Grande-Bretagne et aussi d'Irlande, membre du Comité du premier pour les affaires de commerce et des colonies, colonel du régiment de milice du Comté de Galway, Ambassadeur extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa dite Majesté auprès de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, et Chevalier Grand'-Croix du très-honorable ordre du Bain;

de celle de Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Sieur Charles Guillaume Baron de Humboldt, Son Ministre d'état, Chambellan, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Britannique, Chevalier du grand ordre de l'Aigle rouge et de celui de la Croix de fer de Prusse de la première classe, Grand'-Croix des ordres de Léopold d'Autriche, de Ste. Anne de Russie, de Danebrog de Danemarc, du Lion belgique des Pays-Bas, de la Couronne de Bavière, de la Fidélité de Bade et du Faucon blanc de Saxe-Weimar;

de celle de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, Roi de Pologne:

Le Sieur Jean d'Anstett, Son Conseiller privé, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près la Diète de la Sérénissime Confédération Germanique, Chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, Grand'-Croix de celui de St. Wladimir de la seconde classe, de la première de ceux de Ste. Anne, de Léopold d'Autriche, de l'Aigle rouge de Prusse, de l'Etoile polaire de Suède, de la Couronne de Bavière, de la Couronne de Wurtemberg, de la Fidélité et du Lion de Zaehringen de Bade, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem;

en vertu de leurs pleinspouvoirs signeraient avec celui ou ceux qui seraient dûement autorisés de la part de Son Altesse Royale un acte formel, qui servirait à éteindre toutes les obligations eventuelles, qui pouvaient être demeurées ouvertes;

Et le Sieur Charles Chrétien, Baron de Berkheim, Ministre d'état de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, Son

Envoyé à la Diète de la Sérénissime Confédération Germanique et Son Plénipotentiaire près la Commission territoriale, Chevalier Grand²-Croix de la Fidélité et du Lion de Zachringen de Bade, de celui de St. Louis de Hesse, Chevalier de l'ordre de l'Etoile polaire de Suède,

ayant immédiatement produit ses pleinpouvoirs, trouvés en bonne et due forme, on est convenu des articles suivans:

Article I.

Les articles additionnels du Traité de Francfort du 20. novembre 1813 a), renferment une clause onéreuse à la Charge du Grand-Duc de Bade, sont revoqués. Son Altesse Royale le Grand-Duc, Ses héritiers et successeurs en sont libérés à jamais, et l'état de possession du Grand-Duché, tel qu'il existe aujourd'hui, est formellement reconnu.

Article II.

Le droit établi dans le Grand-Duché de Bade en faveur des Comtes de Hochberg, fils de feu le Grand-Duc Charles Frédéric est reconnu pour et au nom des Puissances contractantes.

Article III.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Francfort dans le terme de trois mois ou plutôt si faire se peut. Un exemplaire du dit Traité sera annexé au Rés[illegible] général de la Commission territoriale de Francfort.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé y ont apposé le cachet de leurs armes.

A Francfort sur le Mein, le 10. juillet 1819.

(L. S.) Le Baron de Wessenberg.
(L. S.) Clancarty.
(L. S.) Le Baron de Humboldt.
(L. S.) J. d'Anstett.
(L. S.) Le Baron de Berkheim.

a) Traité entre S. M. le Roi de Prusse etc. et Son Alte[illegible] Royale le Grand-Duc de Bade pour l'admission de celui à la grande alliance, signé à Francfort s. M., le 20. vembre 1813.

S. Abth. I. dieses Theiles, Nr. XXIII. C.

G.

Traité entre l'Autriche et la Bavière, conclu à Munich, le 14. avril 1816.

Au nom de la Très-Sainte et Indivisible Trinité.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche et Sa Majesté le Roi de Bavière, également animées du désir de resserrer les liens d'amitié qui Les unissent, en fixant d'une manière définitive les limites et les rapports de Leurs Etats respectifs*), ont nommé des plénipotentiaires, pour concerter, arrêter et signer tout ce qui est relatif à cet objet; savoir:

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche:

Le Sieur Jean Pierre Théodore Baron de Wacquant-Geozelles, Chevalier des ordres militaire de Marie-Thérèse et Royal de St. Etienne de Hongrie, Grand'-Croix, Commandeur et Chevalier de plusieurs autres, Chambellan, Conseiller intime, Lieutenant-Général des Armées et Colonel propriétaire d'un régiment d'infanterie Hongroise de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique;

Et Sa Majesté le Roi de Bavière:

Le Sieur Maximilien Comte de Montgelas, Son Chambellan, Ministre d'état et des conférences et Ministre dirigeant les départemens des affaires étrangères, des finances et de l'intérieur, Ministre Secrétaire d'état de la Maison Royale, Grand-Chancelier et Chevalier de St. Hubert, Grand'-Croix de l'ordre du Mérite civil de Bavière, Grand'-Croix de l'ordre de St. Etienne de Hongrie, Chevalier de l'ordre de St. Alexandre-Newsky, Chevalier Grand'-Croix des ordres de l'Aigle noire et de l'Aigle rouge, Grand-Aigle de la Légion d'honneur, Grand'-Croix de la Cou-

ronne verte de Saxe et Grand'-Croix honoraire de l'ordre de St. Jean de Jérusalem;

Et le Sieur Louis Comte de Rechberg et Rothenloewen, Son Chambellan, Conseiller privé actuel, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, Chevalier de St. Hubert, Commandeur de l'ordre de St. George et Grand'-Croix de celui du Mérite civil de Bavière.

Lesquels, après avoir échangé leurs pleinspouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivans:

Article I.

Rétrocessions de la Bavière.

Sa Majesté le Roi de Bavière, pour Elle, Ses héritiers et successeurs, rétrocède et abandonne, en toute propriété et souveraineté, à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, ainsi qu'à Ses héritiers et successeurs:

Les parties du Hausruckviertel et l'Innviertel, tels qu'ils ont été cédés par l'Autriche en 1809.

Le Bailliage Tyrolien de Vils et le Duché de Salzbourg, tels qu'il a été cédé par l'Autriche en 1809.

Sont exceptés de la présente rétrocession les Bailliages de Waging, Tittmaning, Teisendorf et Laufen, en tant qu'ils sont situés sur la rive gauche de la Salza et de la Saale.

Ces districts, avec leurs appartenances et dépendances, continueront de rester à la Couronne de Bavière en toute propriété et souveraineté.

Article II.

Cessions en échange.

En retour de ces concessions, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle, Ses héritiers et successeurs, cède à Sa Majesté le Roi de Bavière, à Ses héritiers et successeurs, en toute propriété et souveraineté:

A. *A la gauche du Rhin:*

Dans le Département du Mont-Tonnerre:

1. Les arrondissemens de Deux-Ponts, Kaiserslautern et Spire; ce dernier à l'exception des Cantons de Worms et Landersheim,

2. Le Canton de Kirchheim-Poland, dans l'arrondissement d'Alzey;

Dans le Département de la Sarre:

3. Les Cantons de Waldmohr, Bliescastel et Cousel, ce dernier à l'exception de quelques endroits, sur la route de Saint-Wendel à Baumholder, qui seront compensés par un arrangement territorial à régler d'accord avec les plénipotentiaires des Puissances alliées réunis à Francfort;

Dans le Département du Bas-Rhin:

4. Le Canton, la ville et la forteresse de Landau; cette dernière comme place de la Confédération, conformément aux dispositions du 3. novembre 1815 [b]),

5. Les Cantons de Bergzabern, Langenkandel et toute la partie du Département du Bas-Rhin, cédé par la France sur la rive gauche de la Lauter, par le Traité de Paris du 20. novembre 1815.

Ces pays sont possédés par Sa Majesté le Roi de Bavière, sans autres charges et hypothèques que celles qui y existoient pendant l'administration l'Autrichienne.

B. *A la droite du Rhin:*

1. Les Bailliages ci-devant Fuldois de Hammelbourg avec Salmba et Saleck, Brueckenau avec Motten, celui de Weyhers, à l'exception des villages de Melters et Hattenrodt, ainsi que la partie du Bailliage de Bieberstein qui renferme les villages de Motten, Brand, Dietges, Findlos, Melperz, Oberbernhardt avec Steinbach, Saifferz et Thalden; tous ces districts, tels qu'ils ont été possédés par Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique,

2. Le Bailliage Autrichien de Redwitz, enclavé dans les Etats Bavarois.

Article III.

Intervention de l'Autriche.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle-même, et de concert avec Ses hauts Alliés, S'engage à employer Son intervention la plus suivie et tous Ses moyens pour procurer à Sa Majesté le Roi de Bavière:

de la part de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse:

la cession pure, simple et inaliénable des Bailliages d'Alzenau, Miltenberg, Amorbach et Heubach;

de la part de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade:

une partie du Bailliage de Wertheim, d'après les dispositions arrêtées à Paris le 3. novembre 1815.

Article IV.

Indemnité pour le désistement du principe du contiguité.

La Contiguité des acquisitions que fait la Bavière, en échange des rétrocessions susmentionnées, étant une stipulation du Traité de Ried,*) Sa Majesté l'Empereur d'Autriche reconnoit le droit de Sa Majesté le Roi de Bavière à une indemnité pour le désistement du principe de contiguité.

Cette indemnité sera fixée à Francfort, en même temps et de la même manière que les autres arrangemens territoriaux de l'Allemagne.

A cet effet, Sa Majesté l'Empereur d'Autriche S'engage à donner à Sa Majesté le Roi de Bavière un dédommagement, qui a été réglé de gré à gré, jusqu'à l'époque du résultat efficace de la négociation de Francfort et que la Bavière ait pu être mise en possession de l'indemnité pour la renonciation à la contiguité.

Article V.

Communication.

Il sera établi une communication directe entre les possessions de Sa Majesté le Roi de Bavière sur le Mein et celles sur la rive gauche du Rhin, qui sera réglée d'accord avec les parties intéressées.

Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade sera invitée à entrer dans les arrangemens nécessaires pour cette route militaire à travers Ses Etats.

Article VI.

Contribution Française.

Sa Majesté le Roi de Bavière obtiendra une somme de millions de francs sur la contribution Française, destinée à forcer le système défensif de l'Allemagne, en vertu de la contribution faite à Paris le 3. novembre 1815.

Article VII.

Sel.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche pour Elle, Ses héritiers et Successeurs, S'engage à faire fournir à Sa Majesté le Roi de Bavière, à Ses héritiers et successeurs, au prix de fabrication, une quantité de sel qui ne pourra dépasser deux cent mille quintaux. Ce prix, y compris celui de l'emballage, sera réglé entre les deux hautes Puissances contractantes de dix en dix années sur l'échelle moyenne du prix véritable de fabrication des dix années révolues, lequel prix moyen aura à servir pour les dix années suivantes.

L'exportation de ce sel, qui dans aucun cas et d'aucune manière ne pourra être débité dans les Etats de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique, sera libre de tout droit de sortie, de transit, ou autre quelconque. [d])

Article VIII.

Transit pour les sels et grains.

Sa Majesté le Roi de Bavière, pour Elle, Ses héritiers et successeurs, promet et S'engage de Son côté à accorder la liberté et la franchise du transit pour les sels et les grains, sur la route qui mène, par Ses Etats, du Tyrol à Bregenz.

Pour prévenir que la liberté de ce transit ne tende au détriment du commerce ou des droits territoriaux et de souveraineté de la Bavière, la Commission qui sera nommée en exécution de l'Article XX. du présent traité, réglera les formalités et les précautions requises pour éviter toute fraude à cet égard.

Article IX.

Navigation des rivières.

Pour la navigation des rivières qui traversent les Etats des deux Souverains, ou qui en sont limites, on maintient de part et autre les stipulations du Traité de Teschen, et elles seront conduites à la Salza et à la Saale, en tant qu'elles séparent les deux *Etats*, jusqu'à ce qu'on puisse y appliquer les principes généraux arrêtés par le Congrès de Vienne.

Article X.

Dettes.

Les dettes hypothèquées sur le pays respectivement cédés par le présent Traité se régleront, tant sur l'époque à laquelle elles ont été contractées, que sur les dates des Protocoles de Vienne, de Paris et de tel autre acte officiel qui établissent de part et d'autre le droit à la cession, de sorte que toutes les dettes contractées antérieurement aux dates de ces actes, tombent à la charge du nouveau, et toutes celles contractées postérieurement, restent à la charge de l'ancien possesseur.*)

Afin de préciser davantage l'application de cette disposition, on établit:

1. La date du 23. Avril 1815 pour les parties du Hausruckviertel, l'Innviertel et la partie du Salzbourg, dont la cession a été arrêtée à Vienne ce même jour;

2. Pour le reste de Salzbourg, non compris dans la cession antérieure du 23. Avril, on fixe le 24. Janvier 1816;

3. Enfin pour les autres cessions à la droite et à la gauche du Rhin, arrêtées tant à Vienne le 23. Avril qu'à Paris le 3. Novembre 1815, on se réglera sur ces deux dates.

Les pensions, soldes de retraite et appointemens, provenant de l'administration des pays respectifs, demeureront à la charge du nouveau possesseur.

Article XI.

Aliénations.

Toute vente de domaines ou aliénation quelconque, qui pourroient avoir été faites dans les pays cédés de part et d'autre par le présent Traité, antérieurement aux époques établies dans l'article précédent, seront maintenues. En échange, toutes celles faites postérieurement à ces époques seront censées nulles et non avenues. Dans le cas cependant, où il seroit impossible de revenir sur une aliénation sans léser les intérêts des parties acquéreurs à titre onéreux et légitime, les hautes Parties contractantes s'obligent à se tenir compte réciproquement du prix de ces aliénations.

Article XII.

Archives.

Les archives, cartes, plans et documens quelconques, appartenant aux pays respectivement cédés et échangés, ou concernant leur administration, seront fidèlement remis, en même temps que les territoires, ou, si cela ne pouvoit avoir lieu de suite, dans un terme qui ne pourra être de plus de trois mois, après la mise en possession.

Article XIII.

Droit d'aubaine.

Les Conventions existantes entre les deux Etats pour l'abolition du droit d'aubaine sont maintenues et étendues à toutes les possessions respectives.

Article XIV.

Militaires.

Dans l'espace d'un an, à dater du jour de la ratification, les militaires natifs des pays cédés ou d'autres, qui, en vertu du présent Traité, passent sous l'une des deux dominations, seront remis à la disposition de leurs Souverains respectifs. Il est cependant convenu que les officiers ou soldats, qui voudront rester au service de l'un ou de l'autre Etat, en auront la liberté, sans qu'ils puissent être inquiétés en aucune manière.

Article XV.

Propriétés, — émigration.

Les particuliers de toute classe, ainsi que les établissemens publics quelconques et fondations pieuses de toute espèce, jouiront librement, sans aucune exception ni difficulté, de leurs propriétés foncières et mobiliaires, situées ou placées sous la domination de l'une et de l'autre des hautes Parties contractantes.

Les familles ou les individus qui voudront émigrer, en auront la liberté, et ils auront le terme de six ans pour vendre leurs biens et en exporter la valeur sans payer de droits ni subir aucune retenue quelconque.

Article XVI.

Entrée en possession.

Le premier Mai de la présente année les hautes Parties contractantes entreront simultanément en possession de toutes les places, forteresses, villes et territoires qui leur sont dévolus par le présent Traité.

Article XVII.

Artillerie etc. de Salzbourg.

Le Gouvernement Bavarois aura la faculté de faire retirer de Salzbourg, dans les trois mois à dater de la ratification du présent Traité, les objets d'artillerie et de munition qu'il a fournis pour la dotation de cette place.

Article XVIII.

Magasins.

Il est également réservé au Gouvernement Bavarois un terme de huit mois, à dater de la ratification du présent Traité, pour vendre, après vérification faite par la Commission désignée dans l'Article XX., les magasins de sels, produits minéraux, fabrications de ses usines et autres magasins quelconques, ou pour les exporter francs de toute espèce de droits, péages et retenues.

Article XIX.

Réglement des limites.

Les anciennes limites qui séparent le pays de Salzbourg de celui de Berchtoldsgaden, qui reste à la Couronne de Bavière, et du Bailliage de Reichenhall, ayant plusieurs points litigieux, les deux hautes Parties contractantes sont convenues d'envoyer sur les lieux, aussitôt que la saison le permettra, une Commission mixte, pour les régler définitivement d'une manière qui coupe racine, pour l'avenir, à toute espèce de contestation.

Article XX.

Commission de liquidation.

Il sera en outre nommé immédiatement une Commission spéciale, composée d'un nombre égal d'individus de part et d'autre, laquelle sera chargée de la liquidation et de tous les arrangements

mens relatifs aux prétentions qui découleroient de la remise respective.

Cette Commission se reunira à Salzbourg, et son travail sera terminé dans le terme de six mois.

Article XXI.

Forêts de la Saale.

Tout ce qui concerne les anciennes concessions et exploitations des forêts de la vallée de la Saale, effectées depuis des siècles aux besoins des usines de Reichenhall, sera réglé par la Commission nommée ensuite de l'Article XX. du présent Traité. Elle fixera cet arrangement sur la base des transactions entre le Gouvernement Bavarois et les Princes Archévêques de Salzbourg, en prenant néanmoins égard aux besoins réciproques des deux *Etats*.

Article XXII.

Provisions de bois.

Le Gouvernement Bavarois aura la faculté de faire transporter et flotter toute la provision des bois qui ont été coupés, l'année dernière, dans la vallée de la haute Saale, pour l'approvisionnement de ses usines, sans être assujettie à payer des droits, ni à d'autres frais. La quantité et la qualité de ces bois seront constatées par la Commission à nommer en conformité de l'Article XX.

Article XXIII.

Renonciations réciproques.

Sa Majesté l'Empereur renonce pour Elle, Ses héritiers et successeurs à tous droits et prétentions sur les Etats, terres, domaines et possessions appartenant, en vertu du présent Traité, à Sa Majesté le Roi de Bavière.

Et Sa Majesté le Roi de Bavière renonce pour Elle, Ses héritiers et successeurs, à tous droits et prétentions sur les Etats, terres, domaines et possessions appartenant, en vertu du présent Traité, à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche.

Article XXIV.

Revenus.

Les parties de territoire échangées et garanties par ce Traité

passeront à leur nouveau possesseur, avec tous les revenus et perceptions, à dater du jour de la prise de possession.

Article XXV.

Garantie.

Sa Majesté l'Empereur d'Autriche garantit à Sa Majesté le Roi de Bavière la jouissance libre et paisible, ainsi que la Souveraineté pleine et entière de tous les Etats, villes, forteresses et domaines, dont Elle Se trouve aujourd'hui en possession, et qui Lui seront dévolus en vertu du présent Traité.

Les deux hautes Parties contractantes inviteront les Cours alliées de St. Petersbourg, de Londres et de Berlin à l'effet d'en obtenir la même garantie, ainsi que leur accession à la transaction de ce jour.

Article XXVI.

Ratifications.

Le présent Traité [f]) sera ratifié et les ratifications seront échangées à Munich dans le terme de quinze jours, ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et l'ont muni du cachet de leurs armes.

Fait à Munich, le 14. Avril, l'an de grâce 1816.

(L. S.) Le Baron de Wacquant-Geozelles.
(L. S.) Le Comte de Montgelas.
(L. S.) Le Comte de Rechberg.

Articles additionnels et secrets. [g])

Article I.

Cercle de Neckar.

Sa Majesté Impériale pour Elle même et au nom de [illegible] hauts Alliés garantit à Sa Majesté le Roi de Bavière, ainsi [illegible] Ses héritiers et successeurs, la réversion de la partie du Pa[illegible]nat du Rhin dite le cercle de Neckar, appartenant aujourd'[illegible] la maison de Bade en cas d'extinction de la ligne mâle directe [illegible] masculine de Son Altesse Royale le Grand-Duc régnant.

Article II.

Cercle de Mein et Tauber.

Par suite de la teneur de l'Article IV. du traité patent le cercle Badois de Mein et Tauber est destiné à servir d'indemnité à la Couronne de Bavière pour la contiguité de territoire qui lui avoit été promise par les traités et que les circonstances ne permettent pas d'établir aujourd'hui.

Article III.

Appui de l'Autriche.

A l'effet de parvenir plus promptement et pour donner à S. M. le Roi de Bavière des preuves non équivoques du désir, dont Sa Majesté Impériale est animée de Lui procurer la dite indemnité, Elle S'engage, non seulement à y employer tous Ses moyens, mais Elle promet à Sa Majesté le Roi de Bavière de soutenir cet engagement près des trois Cours Ses alliées et conjointement avec Elle à Francfort.

Article IV.

Payement de 100,000 *florins annuels.*

Afin que les intérêts de Bavière ne puissent être lésés par le retard qu'éprouveroit la cession dudit cercle de Mein et Tauber, S. M. l'Empereur d'Autriche prend sur Elle de lui en payer annuellement le revenu qui est évalué de gré à gré à 100,000 florins valeur d'Empire. Cette somme sera déduite du payement des deux-cent-mille quintaux de sel jusqu'à ce qu'un resultat efficace des négociations de Francfort ait mis Sa Majesté Bavaroise en possession de ce territoire.

Article V.

Route militaire à obtenir en Hesse.

La route militaire à travers les Etats de Son Altesse Royale le Grand-Duc de Bade, dont l'établissement est stipulé par l'Article V. du traité de ce jour ne pouvant remplir l'objet des communications entre les Etats Bavarois sur le Mein et ceux de la rive gauche sans causer une surcharge sur les parties du territoires soumises à ce passage; Sa Majesté Impériale S'engage à employer Ses bons offices et à réclamer ceux des Cours alliées

près Son Altesse Royale le Grand-Duc de Hesse, pour l'établissement d'une seconde route militaire à travers Ses Etats.

Article VII.

Secret.

Ces Articles additionnels et secrets auront la même force et valeur, que s'ils étoient insérés de mot à mot au Traité patent de ce jour etc.

En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé ces articles additionnels et secrets et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Munich, le 14. Avril, l'an de grâce 1816.

(L. S.) Le Baron de Wacquant-Geozelles.
(L. S.) Le Comte de Montgelas.
(L. S.) Le Comte de Rechberg.

a) Vergl: Abth. I. dieses Theils, S. 515—517.

b) Vergl: Abth. I. dieses Theils, Nr. XLII.

c) Vergl: Abth. I. dieses Theils, Nr. XXIII, A.

d) Vergl: Publication relative à la Convention conclue Vienne le 18. mars 1829 entre l'Autriche et la Bavière, cernant les rapports des salines respectives etc. du 23. tobre 1829.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. XIII. p. 124—150.

Intelligenzblatt für den Isarkreis v. 4. November 18

e) Vergl: Convention zwischen Oesterreich und Bai vom 13. December 1828. (Die folgende Nummer.)

f) Es ist hier der officielle Abdruck dieses Vertrages Grunde gelegt, welcher in der K. K. Hof- und Staatsbuchdruck zu Wien in 4° erschienen ist.

g) Vergl: de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII. p. 19,

LXV.

Convention zwischen Oesterreich und Baiern, betreffend die Liquidation und Ausgleichung der Rückstände an Landesverwaltungs-Ausgaben und Einnahmen, so wie der Landesschulden, in den gegenseitig abgetretenen Ländern, abgeschlossen am 13. December 1828 und bekannt gemacht zu München am 14. Mai 1829.

Nachdem die Differenzen, welche bisher zwischen Baiern und Oesterreich in Bezug auf die Landesverwaltungs-Einnahmen und Ausgaben-Rückstände in den durch die Traktate vom 3. Junius 1814 und 14. April 1816 gegenseitig abgetretenen Ländern, dann rücksichtlich der Schulden und Aktiven besagter Länder und der vormaligen Kammeral- und Domkapitelschen Schulden des Hochstiftes Passau bestanden haben, durch die von den Bevollmächtigten beider Staaten am 13. December 1828 unterzeichnete und bereits Allerhöchst genehmigte Convention ausgeglichen worden sind, so wird andurch der wesentliche Inhalt der besagten Uebereinkunft zur allgemeinen Wissenschaft und zur Darnachachtung der dabei Betheiligten, öffentlich kund gemacht.

I. Die Landesverwaltungs-Ausgaben und Einnahmen betreffend.

§. 1. Ueber die Rückstände an Landesverwaltungs-Ausgaben und Einnahmen, welche in sämmtlichen, in den Jahren 1814 und 1816 gegenseitig abgetretenen Gebieten und Gebietstheilen am Tage der Landesübergabe bestanden haben, das ist, über die eigentlichen Arreragen, ist man im Allgemeinen dahin überein-

gekommen, dass sowohl das Recht zum Bezuge der Einnahmerückstände, als die Verbindlichkeit zu Berichtigung der Ausgabenrückstände auf die neue Regierung überzugehen hat. Letztere wird somit ermächtigt, die Einnahmerückstände ebenso für sich zu beziehen, wie sie von der vorigen Regierung hätten bezogen werden können, Falls das Land nicht abgetreten worden wäre, und verpflichtet sich dagegen, die Ausgabenrückstände in eben dem Masse zu berichtigen, wie sie von der vorigen Regierung zu berichtigen gewesen wären, wenn sie im Besitze des Landes geblieben wäre.

§. 2. Da diese gegenseitige Ueberweisung blos die am Tage der Landesübergabe bestandenen, aus der Administration des abgetretenen Landes, oder aus dem Unterthansverbande herrührenden Rechte und Verbindlichkeiten betrifft, so versteht es sich von selbst, dass Ansprüche der abtretenden Regierung an einzelne Unterthanen der abgetretenen Länder oder umgekehrt der Letzteren an Erstere, welche nicht aus der vorigen Administration des abgetretenen Landes, sondern aus anderen, auf die Verwaltung des abgetretenen Landes keinen Bezug nehmenden Contracten und Rechtstiteln hervorgehen, in besagter Ueberweisung nicht begriffen sind und unverrückt bleiben. Hingegen begreift die allgemeine Ueberweisung der Rückstände nicht blos die den abgetretenen Unterthanen aushaftenden oder ihnen gebührenden Rückstände, sondern auch alle aus der Administration des abgetretenen Landes entspringenden Ansprüche der vorigen Regierung an andere Personen und umgekehrt von Letzteren an Erstere.

Die neue Regierung wird somit die von der vorigen Landesadministration herrührenden Verbindlichkeiten gegen dritte Personen, welche nicht ihre Unterthanen sind, ebenso wie gegen ihre Unterthanen erfüllen, und dagegen berechtigt seyn, alle aus der vorigen Landesadministration entstehenden Ansprüche gegen dritte Personen für sich einzubringen. In den Fällen, wo die neue Regierung einen aus der Administration des abgetretenen Landes herrührenden Anspruch an einen Unterthan der abtretenden Regierung geltend zu machen hat, wird von der letzteren auf Ersuchen gegen diesen ihren Unterthan der erforderliche Beistand unweigerlich und ohne Verzögerung geleistet werden.

§. 3. In den durch die Tractate vom 3. Junius 1814 und 14. April 1816 getheilten Ländern (Vorarlberg und Salzburg) bezieht jede der beiden Regierungen die am Tage der Landesübergabe bestandenen, bei ihren Unterthanen aushaftenden Landesverwaltungs-Einnahmen-Rückstände, welche ihren Unterthanen gebühren und zwar ohne Unterschied, ob besagte Einnahmen- und Ausgaben-Rückstände aus der Central-Administration des ganzen Landes oder aus der speciellen Administration des der einen oder anderen Regierung zugefallenen Landestheils herrühren. So viel hingegen die in den getheilten Ländern am Tage der Landesübergabe bestandenen Rückstände anlangt, welche nicht bei Unterthanen der einen oder andern Regierung, sondern bei auswärtigen Unterthanen aushaften, oder an sie zu berichtigen sind, ist man dahin überein gekommen, dass diejenigen Rückstände der letztbesagten Art, welche aus der speciellen Administration des der einen oder andern Regierung zugefallenen Landestheils herrühren, die neue Regierung treffen, mithin von ihr bezogen und rücksichtlich berichtigt werden. Wenn hingegen die am Tage der Landesübergabe in den getheilten Ländern bestandenen, bei auswärtigen Unterthanen aushaftenden, oder an sie zu berichtigenden Rückstände aus der vormaligen Centraladministration des ganzen neu getheilten Landes entspringen, so wird die K. K. Oesterreichische Regierung die hierüber begriffenen Passivrückstände berichtigen und dagegen die etwaigen Aktiven für sich beziehen.

§. 4. In den Fällen, wo nach den gegenwärtigen Bestimmungen die Zahlungsverbindlichkeit oder das Bezugsrecht einer Post von dem Umstande abhängig gemacht wird, wessen Unterthan der Reclamant oder der Debent ist, entscheidet der Zeitpunkt der Landesübergabe. Wenn daher der Reclamant oder der Debent in der Folge seinen Wohnsitz geändert hat, oder wenn seine Forderung oder Schuld durch Erbschaft, Cession oder auf andere Art auf einen Unterthan der andern Regierung übergegangen ist: so bleibt doch diejenige Regierung zur Zahlung verpflichtet, und rücksichtlich der Einhebung berechtigt, welche hierzu verpflichtet und rücksichtlich berechtigt wäre, Falls sich eine solche Veränderung in der Person des Reclamanten oder Debenten nicht ereignet hätte.

§. 5. In den hiernach von jeder der beiden Regierungen mit den ihr zugewiesenen Reclamanten und Debenten vorzunehmenden Liquidationen werden die nöthigen Einleitungen beiderseits getroffen werden.

§. 6. Die hinsichtlich der Landesverwaltungs-Einnahmen und Ausgaben-Rückstände zwischen Baiern und Oesterreich festgesetzten Bestimmungen, haben zufolge einem, mit des Herrn Grossherzogs von Toscana Kaiserlicher Hoheit getroffenen besondern Einverständnisse, auch in Bezug auf Würzburg zu gelten.

§. 7. Die Ausgleichung über die Fuldaischen Arrearen und Grossherzoglich Frankfurtischen Centrallasten, welche der Gegenstand einer abgesonderten Liquidationsverhandlung unter den Bevollmächtigten der sämmtlichen dabei betheiligten Höfe war, hat, insofern sie zwischen Baiern und Oesterreich Statt finden soll, ganz nach den hier angenommenen Grundsätzen zu geschehen.

§. 8. Jede der beiden Regierungen wird die am Tage der Landesübergabe ausständig gewesenen Interessen von den Schulden der ihr ungetheilt zugefallenen Länder berichtigen, dagegen aber auch die ausständigen Zinsen von den Aktiven der besagten Länder beziehen. Die am Tage der Landesübergabe ausständig gewesenen Interessen von den Schulden und Aktiven der getheilten Länder, übernimmt jede der beiden Regierungen insoweit zur Berichtigung und rücksichtlich zur Einhebung, als ihr Antheil möge der wegen der Landesschulden getroffenen Uebereinkunft die Verzinsung und rücksichtlich der Interessenbezug vom Tage der Landesübergabe bis zum Tage des Vollzuges der Schuldentheilungs-Convention überwiesen ist.

§. 9. Gegen die zur Rechnungsablegung über Aerarial-Einnahmen und Ausgaben verpflichteten Behörden oder Beamten der abgetretenen Ländern tritt die neue Regierung ganz in die am Tage der Landesübergabe bestandenen Rechte und Verbindlichkeiten der vorigen Regierung. Dasselbe gilt von allen Rückständen oder Ueberzahlungen, welche am Tage der Landesübergabe mit den dem Lande an die neue Regierung überwiesenen Staatsdienern an Besoldungen, Emolumenten, oder anderen dieser Dienstleistung herrührenden Ansprüchen gebührten, oder rücksichtlich von ihnen zu ersetzen wären. In Hinsicht der Pen-

sionisten aus den in den Jahren 1814 und 1816 gegenseitig abgetretenen Ländern, welche bereits sämmtlich von einer oder der andern Regierung übernommen worden sind, hat es dabei sein Bewenden.

§. 10. Für die von der Königlich Baierischen Regierung aus Tyrol, dem Inn- und Hausrukviertel in die für diese Landestheile bestandenen Special-Staatsschuldentilgungskassen gezogenen baaren Depositen, übernimmt Oesterreich die alleinige Haftung. Für die aus Vorarlberg und Salzburg in die für diese Landestheile bestimmten Special-Staatsschuldentilgungskassen geflossenen Depositen, haftet Baiern, insofern sie Königlich Baierischen Unterthanen gehören, und Oesterreich nur für den Ueberrest. Sollte an eine der hier nicht bezeichneten Staatsschuldentilgungskassen, oder an irgend eine andere Behörde einer der beiden Regierungen, ein Depositum an Geld oder anderen Gegenständen gelangt seyn, welches einem Unterthan oder andern Regierung gehört, so wird solches dem Eigenthümer gegen gehörige Legitimation unweigerlich verabfolgt werden.

§. 11. Die vermöge §. 1. geschehene Ueberweisung aller an den Tagen der Landesübergabe rücksichtlich der Landesverwaltungs-Einnahmen und Ausgaben vorhanden gewesenen Rückstände auf die neue Regierung, erstreckt sich auch auf die, in den an Oesterreich abgetretenen Ländern, vorhandenen, aus früheren Regierungsperioden herrührenden Aktiv- und Passivrückstände besagter Art, worunter die sogenannten Retardaten hauptsächlich begriffen sind.

Erwähnte ältere Rückstände, ohne Unterschied, ob und welche Zahlungszusicherungen darüber von der Königlich Baierischen Regierung ausgestellt worden sind, werden somit von Oesterreich, insoweit sie Tyrol, das Inn- und Hausrukviertel betreffen, ganz, und in so weit sie Vorarlberg und Salzburg betreffen, in dem Betrage übernommen, welchen die Königlich Baierischen Unterthanen zu fordern haben. Was an dergleichen älteren Rückständen von Vorarlberg und Salzburg Königlich Baierischen Unterthanen gebührt, wird von Baiern berichtiget werden.

§. 12. So wie schon in dem Artikel IX. des Traktates vom 3. Junius 1814, und in dem Artikel XV. des Traktates vom 14. April 1816 ausgesprochen worden ist, dass die verabredeten

Territorialveränderungen keinerlei nachtheilige Folgen auf Eigenthums- und andere Privatrechte der Unterthanen in den gegenseitig abgetretenen Ländern haben sollen, so wird zur Vermeidung jedes Missverständnisses hier wiederholt, dass obige Bestimmungen die gegenseitigen Privatverhältnisse der Unterthanen beider Staaten gänzlich unberührt lassen, und dass nach den von beiden Staaten gegenseitig gegebenen Zusicherungen keine wie immer geartete, die gleichen Privatrechte in der Ausübung hindernde, oder sonst beeinträchtigende oder verletzende Verfügung erlassen, vielmehr den Unterthanen des einen Gebietes, welche bei Verfolgung und Ausübung ihrer Privatrechte den Schutz oder Beistand der Gerichte oder Behörden des andern Gebietes beanspruchen, dieser Schutz und Beistand ganz so wie den eigenen Unterthanen gewährt werden wird.

II. Die Abtheilung der Landes-Aktiven und Passiven betreffend.

§. 13. In Hinsicht der vermöge der Traktate am 3. Juni 1814 und 14. April 1816 ungetheilt abgetretenen Länder, hat es bei der bereits von der neuen Regierung geschehenen Uebernahme der Landesschulden und Aktiven sein Bewenden. Die unter der Königlich Baierischen Regierung kapitalisirten Zinsen von den Schulden der an Oesterreich abgetretenen Länder werden von der K. K. Oesterreichischen Regierung als Landesschuld anerkannt. Sie übernimmt daher dieselben in den ungetheilt erworbenen Ländern ganz, und wird die Zinsen davon, so weit sie rückständig sind und künftig verfallen, berichtigen.

§. 14. Ueber das Schuldenwesen des Grossherzogthums Frankfurt und des Departements Fulda ist unter den Bevollmächtigten der hierbei betheiligten Höfe eine abgesonderte Uebereinkunft geschlossen worden.

§. 15. Die Vorarlbergischen Landesschulden und die Schulden der aufgehobenen Stifter Mehrerau und St. Johann, mit den unter diesen verschiedenen Schuldgattungen begriffenen kapitalisirten Zinsen, werden von Oesterreich übernommen, mit einziger Ausnahme eines zwar als erloschen betrachteten Kapitals, wovon jedoch Baiern, vermöge einer besondern Uebereinkunft, die Vertretung einer Quote für den Fall übernimmt,

dass hierwegen eine Reclamation erhoben werden sollte. Die Interessen von den besagten, auf Oesterreich überwiesenen Passivkapitalien werden ebenfalls nicht nur so weit sie am 1. Julius 1814 rückständig waren, sondern auch vom 1. Julius 1814 bis zum 1. Jänner 1830 und für die Zukunft von der K. K. Oesterreichischen Regierung, insofern sie noch nicht bezahlt sind, berichtiget werden.

§. 16. Von den Salzburgischen Schulden übernimmt Baiern:

1) Die in der Beilage A. [b]) verzeichneten zusammen 150,000 Fl. ausmachenden Kapitalien nebst der mit dem ersten Jänner 1830 anfangenden Verzinsung derselben;

2) einen Betrag von 300 Fl. an Kapital, welcher in der, an Martin Köllenberger für eine Berchtesgadensche Obligation pr. 1200 Fl. und eine Salzburgische Obligation pr. 300 Fl. am 10. Februar 1816 ausgestellten neuen Obligation über 1500 Fl. begriffen ist, nebst den von besagten 300 Fl. am 1. Mai 1816 rückständig gewesenen und von diesem Tage an weiter laufenden Zinsen, so weit sie noch nicht berichtiget sind;

3) die durch eine besondere Uebereinkunft bestimmte Quote an Kapital und Zinsen von einigen dem Anscheine nach erloschenen Obligationen für den Fall, dass in Ansehung derselben eine Reclamation geltend gemacht werden könnte.

Alle solchergestalt nicht von Baiern übernommenen Salzburgischen Kapitalschulden, mit Einschluss der darunter begriffenen kapitalisirten Zinsen, nebst den davon am 1. Mai 1816 rückständig gewesenen und von diesem Tage an verfallenen und künftig erwachsenden Zinsen, so wie auch die am 1. Mai 1816 rückständig gewesenen und vom 1. Mai 1816 bis 1. Jänner 1830 anwachsenden Interessen der in der Beilage A. verzeichneten, auf Baiern nur mit der Verzinsung vom 1. Jänner 1830 an überwiesenen Obligationen von 150,000 Fl. werden von Oesterreich übernommen.

§. 17. Von den Schulden der Kammer und des Domkapitels zu Passau übernimmt Oesterreich die in den Beilagen B. [c]) und C. [d]) verzeichneten Kapitalsposten, nebst den davon am 1. Jänner 1830 rückständig gewesenen, und von diesem Tage an bereits verfallenen und künftig anwachsenden Zinsen. Alle übrigen im

besagten Verzeichnisse nicht enthaltenen Kapitalschulden der Kammer und des Domkapitels zu Passau, übernimmt Baiern nebst den am 1. Jänner 1830 rückständig gewesenen, und von diesem Tage an bereits verfallenen und künftig anwachsenden Zinsen.

§. 18. Da das aufgehobene Stift Ranshofen im Innviertel auch im Königlich Baierischen Gebiete begütert war, so übernimmt Baiern von den Schulden desselben das dem Fränkleinstifte zu Burghausen gehörige Kapital von 2450 Fl. nebst den hiervon am 1. Mai 1816 rückständig gewesenen und seitdem verfallenen und künftig anwachsenden Zinsen.

Alle übrigen Ranshofenschen Schulden mit den rückständigen und weiter anwachsenden Zinsen, fallen dem K. K. Oesterreichischen Aerar zur Last.

§. 19. Von den Landesaktiven in Vorarlberg und Salzburg und den ausständigen und laufenden Zinsen derselben, werden der Königlich Baierischen Regierung diejenigen, welche in der Beilage D. *) verzeichnet sind, und ausserdem noch von einer darin nicht vorkommenden Aktivpost ein besonders unter beiden Regierungen bestimmter Antheil überlassen.

Alle übrigen Vorarlbergischen und Salzburgischen Landesaktiven mit den davon ausständigen und künftig verfallenden Zinsen sind auf Oesterreich überwiesen.

§. 20. Von den vormaligen Aktivkapitalien des Hochstifts Passau wird der sogenannte Cardinal Auerspergische Fonds ganz auf Oesterreich überwiesen.

München, den 14. Mai 1829.

Königl. Staatsministerium des Hauses und des Aeussern.
Graf von Armansperg.

a) S. unten: Hauptvertrag der an dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt betheiligten Staatsregierungen, über die Ausgleichung der Grossherzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Lasten unterzeichnet zu Frankfurt a. M. am 2. Juli 1828.

b) Beilage A: Specification derjenigen Salzburgischen Fondskapitalien, welche von der Krone Baiern übernommen und vom 1. Ja-

mar 1830 an verzinset werden. (Im Betrage von 150,000 Fl.) Dieselbe enthält in 302 fortlaufenden Nummern die Namen der im Kataster vorgetragenen Gläubiger, den Kapitalsbetrag und Zinsfuss.

c) Beilage B: Verzeichniss derjenigen fürstl. Passauischen Kammeralkapitalisten, welche, als in Oesterreich domicilirend, ganz an Oesterreich überwiesen sind.

d) Beilage C: Verzeichniss jener domkapitelsch Passauischen Kapitalisten, welche in Oesterreich domiciliren.

e) Beilage D: Verzeichniss der an Baiern überwiesenen Landesaktiven.

LXVI.

Traité de limites entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi des Pays-Bas, signé à Aix-la Chapelle, le 26. juin 1816. *)

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, voulant procéder à la fixation définitive des frontières de Leurs Etats respectifs sur la rive droite de la Meuse et le long du Grand-Duché de Luxembourg, et désirant applanir les difficultés qui se sont élevées au sujet de l'occupation provisoire de quelques Communes ou parties de Communes situées sur les limites, et dont la souveraineté a pu paroître douteuse, ont conformément à l'Article II. du Traité du 31. mai 1815 nommé des Commissaires et muni de leurs pleins-pouvoirs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Sieur Frédéric Comte de Solms-Laubach, premier Président des Duchés de Juliers, Clèves et Berg, Grand'-Croix de l'Aigle rouge et de l'ordre de Ste. Anne de Russie, — lequel usant de la faculté à lui accordée par son plein-pouvoir, a délégué, au même effet et avec les mêmes pouvoirs que lui,

Les Sieurs Frédéric Guillaume de Bernuth, Chef-Président de régence, et

Jean Albert Eytelwein, Conseiller intime de S. M. le Roi de Prusse et Directeur-Général des travaux publics du Royaume;

Et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas:

Les Sieurs Maximilien Jacques de Man, Colonel au corps du génie, Directeur des Archives de la guerre et du Bureau topographique, Chevalier de l'ordre militaire de Guillaume troisième classe,

Inhalt

des ersten Theiles zweiter Abtheilung erster Hälfte.

Seite:

XLVII. Transaction entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, portant transaction sur les réclamations particulières, signée à Paris le 25. avril 1818. 853

XLVIII. Convention entre la France d'une part, et l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie de l'autre part, conclue à Aix-la-Chapelle le 9. octobre 1818. 865

XLIX. Protocole signé par les Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie à Aix-la-Chapelle le 15. novembre 1818. 870

L. Note adressée à Mr. le Duc de Richelieu par les Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie à Aix-la-Chapelle le 4. novembre 1818. . . 873

LI. Note de Mr. le Duc de Richelieu, en réponse à celle des Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, en date d'Aix-la-Chapelle le 12. novembre 1818. 876

LII. Déclaration, signée à Aix-la-Chapelle le 15. novembre 1818. 878

Seite:

LIII. Extrait d'un Protocole, signé à Aix-la-Chapelle le 21. novembre 1818, sur le rang des Ministres-Résidens. 881

LIV. Vertrag zwischen Preussen und Churhessen, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815. . 882

LV. Vertrag zwischen Preussen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815. 893

LVI. Convention zwischen Preussen, Churhessen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 4. März 1816. 897

LVII. Traité de limites conclu entre la Prusse et la Russie à Berlin le $\frac{11. \text{ novembre}}{30. \text{ octobre}}$ 1817. . . . 902

LVIII. Traité définitif de démarcation de la frontière entre les Etats Prussiens et le Royaume de Pologne, depuis les confins du Grand-Duché de Posen jusqu'à ceux de la République de Cracovie, signé à Berlin le $\frac{4. \text{ mars}}{20. \text{ février}}$ 1835. 909

LIX. Déclaration entre la Prusse et la France pour terminer le différend qui s'est élevé sur le district de la Leyen, signée à Paris le 11. juin 1827. 922

LX. Convention définitive entre la Prusse et la France conclue à Sarrebruck le 23. octobre 1829, pour régler les limites des deux Etats respectifs, conformément aux stipulations des traités de Paris du 30. mai 1814 et du 20. novembre 1815, et ensuite de la déclaration signée à Paris le 11. juin 1827. . . . 929

LXI. Haupt-Convention zu Vollziehung der zwischen Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen zu Wien am 18. Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, und zu näherer Bestimmung der, durch diesen Tractat veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen, unterzeichnet zu Dresden am 28. August 1819. 943

Seite:

LXII. Beilagen zur Haupt-Convention vom 28. August 1819:

A. Convention wegen Abgabe und Fortsetzung der in dem Königreiche und Herzogthume Sachsen anhängigen Rechtssachen, unterzeichnet zu Dresden am 20. Februar 1816. 1047

B. Convention über die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Angelegenheiten, unterzeichnet zu Dresden am 23. Julius 1817. . 1060

C. Convention wegen der Cassenbillets, unterzeichnet zu Dresden am 15. Nov. 1815. 1078

D. Convention zum Behuf der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königreiche und Herzogthume Sachsen, unterzeichnet zu Dresden am 27. Juli 1817. . 1084

LXIII. Recès-Général de la Commission territoriale, rassemblée à Francfort s. M., signé le 20. juillet 1819 par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie. 1095

LXIV. Beilagen zu dem Territorial-Recess vom 20. Juli 1819:

A. Traité entre la Sardaigne, la Confédération Suisse et le Canton de Genève, conclu à Turin le 16. mars 1836. 1124

B. Traité entre la Prusse, l'Autriche et le Grand-Duché de Hesse, signé à Francfort s. M. le 30. juin 1816. 1138

C. Traité complémentaire conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas à Francfort s. M. le 8. novembre 1816. 1152

D. Traité entre l'Autriche et les Pays-Bas, conclu à Francfort s. M. le 30. mars 1817. 1163

E. Traité entre l'Autriche et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort s. M. le 10. juillet 1819. 1168

Seite:

F. Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort s. M. le 10. juillet 1819. 1176

G. Traité entre l'Autriche et la Bavière, conclu à Munich le 14. avril 1816. . . . 1179

LXV. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, betreffend die Liquidation und Ausgleichung der Rückstände an Landesverwaltungs-Ausgaben und Einnahmen, so wie der Landesschulden, in den gegenseitig abgetretenen Ländern, abgeschlossen am 13. December 1828 und bekannt gemacht zu München am 14. Mai 1829. . . . 1181

LXVI. Traité de limites entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi des Pays-Bas, signé à Aix-la-Chapelle le 26. juin 1816. 1200

Le Chevalier Henri Joseph Michiels de Kessenich, Membre des Etats de la province de Limbourg et Sous-Intendant de l'Arrondissement de Ruremonde,
Jean Léonard Nicolai, Sous-Intendant de l'Arrondissement de Verviers, et
Michel Tock, Directeur des Contributions directes du Grand-Duché de Luxembourg;

Lesquels Commissaires, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en règle, sont convenus des points et articles suivans:

Article I.

Les limites fixées par le présent Traité déterminent les frontières entre les deux Etats depuis les Confins de la France sur la Moselle jusqu'à l'ancien territoire Hollandois près du Moock.

Article II.

La ligne de démarcation commencera sur la Moselle, au point où sur la rive droite cette rivière quitte les limites de la France, descendra la Moselle jusqu'à l'embouchure de la Sure; remontera la Sure jusqu'à l'embouchure de l'Oure, suivra également en remontant le cours de l'Oure jusqu'au point où ce ruisseau atteint les limites du ci-devant Canton de St. Vith, sauf toutefois les modifications établies par les articles suivans.

Article III.

L'article XVII. du Protocole du Congrès de Vienne (Art. XXV. de l'Acte final du Congrès du 9. juin 1815) ayant établi, que les endroits traversés par la Moselle, la Sure et l'Oure ne seroient point partagés, mais appartiendroient avec leurs banlieues à la Puissance sur le territoire de laquelle la majeure partie seroit située, il a été convenu, que pour déterminer quelle seroit la majeure partie d'un endroit, on prendroit pour base la population, et qu'à population égale la Contribution foncière en décideroit.

Article IV.

Comme le principe de l'intégralité des Communes ne semble avoir été appliqué par le Congrès de Vienne, qu'aux cas où les endroits mêmes seroient traversés par une rivière, et non point au cas que les banlieues seules le fussent, il a été encore con-

venu, que dans ce dernier cas la rivière serviroit de limite, et que les parties de banlieues séparées des endroits mêmes par la rivière, en resteroient détachées et feroient partie des Etats situés sur la même rive.

Article V.

En conséquence de ces deux principes, Oberbillig situé sur la rive droite de la Moselle, appartiendra au Royaume des Pays-Bas, comme étant une dépendance de Wasserbillig, avec lequel il ne forme qu'une seule Commune et un même endroit; en sorte que la ligne de démarcation, arrivée à la banlieue de Wasserbillig sur la rive droite, quittera la Moselle et fera le tour de cette banlieue. La Commune de Vianden, située à cheval sur l'Oure, appartiendra également au Royaume des Pays-Bas, avec toute sa banlieue, dont la ferme dite Scheuerhoff est reconnue faire partie; de sorte que la ligne de démarcation quittera ici l'Oure, comme elle a quitté la Moselle à Wasserbillig, et tournera autour de la partie de banlieue de Vianden, située sur la rive gauche, et viendra ensuite reprendre le cours de la rivière.

Toutes les autres Communes, dont les banlieues seules sont traversées tant par la Moselle que par la Sure et l'Oure, et notamment celles de Laugsur, Meesdorff, Born, Ralingen, Echternach, Bollendorf, Dilgen, Wallendorf, Ameldingen, Bivels, Falkenstein, Gemuend, Doesbourg et même Wasserbillig pour la petite partie de banlieue située sur la rive gauche de la Sure, seront placées dans la deuxième catégorie, et leurs parties coupées par la rivière resteront séparées, de manière que la rivière même servira dans tous les cas de frontière aux deux Etats.

Article VI.

Du point où l'Oure entre dans le Canton de St. Vith, la ligne de démarcation suivra les limites de ce Canton vers l'ouest jusqu'à la grande route qui conduit de Luxembourg par Wasserbillig, Wampach à Stavelot et Spa, suivra cette même route vers le nord jusqu'au point où elle quitte définitivement le Canton de St. Vith pour entrer dans celui de Stavelot. Cette route de Luxembourg en tant qu'elle traverse le Canton de St. Vith, ou y touche, appartiendra toute entière au Royaume des Pays-Bas, ainsi que les maisons ou chaumières actuellement existantes et situées sur

les bords du côté de la Prusse, avec un rayon de vingt mètres tout autour de ces maisons.

Cette route présentant sur quelques points différens chemins, que les rouliers pratiquent en différentes saisons, il a été convenu qu'en cas de doute sur la véritable grande route, on prendroit, lors de la plantation des poteaux, le chemin le plus voisin de la Prusse, sans cependant que sous ce prétexte on puisse réclamer une route quelconque à travers les terres cultivées, quand même elle auroit servi de passage dans des temps que la route ordinaire étoit impraticable.

Article VII.

En conséquence de l'Article précédent, les Communes de Deiffelt, Ourth et Watermahl, faisant partie du Canton de St. Vith, sont cédées à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, y compris les parties de ces Communes qui s'étendent au delà de la route du côté de la Prusse, en sorte que dans ces endroits la ligne de démarcation quittera la grande route aux limites de ces Communes à droite, pour la reprendre ensuite après en avoir fait le tour; il en sera de même pour les Banlieues des Communes appartenantes au Royaume des Pays-Bas, qui dépassent la route.

Les petites parties des Communes d'Altringen, Langler et autres, qui se trouvent situées sur la gauche de la grande route, en allant de Luxembourg sur Stavelot, sont également cédées à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas.

Article VIII.

Du point où la route de Luxembourg quitte définitivement le Canton de St. Vith, la ligne de démarcation suivra les limites entre les Cantons de Malmedy d'un côté et ceux de Stavelot, Spa et Limbourg de l'autre, jusqu'au point où les limites du Canton de Malmedy atteignent les frontières de l'ancien Département de la Roër.

Les limites entre le Canton de Malmedy d'un côté et les Communes de Sart, Jalhay, Membach et la forêt dite Hertogenwald de l'autre, n'ayant point été déterminées d'une manière positive avant la formation du dernier cadastre parcellaire, il a été convenu que les poteaux seroient placés sur les points, qui, lors de cette opération, ont été reconnus limitrophes, et dont les prin-

cipaux sont connus dans ces Communes sous les noms de Chêne, Vinbiette, Croix-le-Prieur et Fontaine-Perigny; de cette fontaine, qui est la principale source du ruisseau appelé la Helle, la ligne suivra le cours de ce ruisseau, qui est reconnu former de ce côté les limites du Canton de Malmedy, jusqu'à ce que ces limites atteignent, comme il vient d'être dit, les frontières du ci-devant Département de la Roër.

Article IX.

Si le Gouvernement Prussien ou la Ville de Malmedy veut construire la nouvelle route projetée, pour éviter la montagne en avant de cette dernière ville, route qui partiroit de la chaussée de Stavelot, au dessous de Malmedy, et tourneroit la montagne en serpentant sur les limites qui séparent ces deux Communes; dans ce cas les limites de la Commune de Stavelot seront réduites à cette route pour autant qu'elle entrera dans son territoire. La route même appartiendra en toute propriété à la Prusse, qui l'aura construite, ainsi que les petites parties de bruyères, que cette nouvelle limite enleveroit aux Pays-Bas, contenant une étendue d'environ 5 à 6 hectares.

Les habitans de Stavelot ou autres sujets des Pays-Bas, pour éviter la même montagne, qui se prolonge entre Stavelot et Spa, pourront aussi prendre cette nouvelle route sans être assujettis à d'autres droits quelconques, si non les droits de barrières destinés à son entretien.

Les cultivateurs voisins de cette route seront même exempts de tout droit de barrières pour autant qu'ils ne s'en serviront que pour la culture de leurs terres ou l'usage de leurs propriétés situées dans ses environs.

Article X.

Du point où les limites du Canton de Malmedy touchent les frontières de l'ancien Département de la Roër, la ligne continuera de suivre le cours de la Helle jusqu'à sa jonction avec un autre petit ruisseau appelé la Sporbach; au point de cette jonction elle quittera les frontières du Département de la Roër pour entrer dans le Canton d'Eupen, en suivant toujours le cours de la Helle à travers toute la forêt jusqu'à un troisième ruisseau appelé la Bitzel; suivant ce dernier jusqu'à la lisière de la grande forêt;

longeant cette lisière jusqu'à la rivière appelée Verdre et enfin descendant le cours jusqu'au point où arrive sur la rive droite l'ancienne limite bien connue de la Commune de Membach dans le Canton de Limbourg; en sorte que non seulement la partie de forêt située entre le chemin de Malmedy et la Saure sera remise à Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, comme faisant partie de la Commune de Membach, située dans le Canton de Limbourg, mais sera encore cédée au même Royaume toute la partie comprise entre la Saure, la Helle et les limites du Département de la Roër.

Article XI.

Le ruisseau de la Helle ne sera point commun aux deux Etats comme les autres ruisseaux et rivières formant frontière. Mais il appartiendra exclusivement à Sa Majesté le Roi de Prusse dans tout son cours, en sorte que ce sera la rive gauche de ce ruisseau, qui formera la limite, de manière cependant, que cette rive appartiendra toute entière au Royaume des Pays-Bas.

Article XII.

Il sera libre aux sujets Prussiens d'acheter du bois et des écorces, dans la partie de Hertogenwald située entre la Saure et la Helle, et de les exporter en exemption de tout droit de Douanes. Les sujets de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas jouiront des mêmes avantages pour l'exploitation de la partie de forêt appartenante aux Pays-Bas, et pourront en exporter le bois et les écorces à travers le territoire Prussien, sans être tenus de payer d'autres droits que celui de barrières; le tout sauf les mesures que chaque Gouvernement trouvera bon de prendre pour prévenir la fraude.

Article XIII.

La route d'Eupen à Malmedy restera constamment libre et ouverte aux sujets Prussiens, et les transports de toute espèce qui pourront avoir lieu par cette route ne pourront être assujettis à aucun droit de douanes, ce qui n'exclura cependant pas la perception d'un droit de barrières qu'on pourroit trouver bon d'y établir, mais uniquement pour la construction et l'entretien de la route.

Les autres chemins parcourant dans tous les sens cette grande forêt, seront d'un usage commun pour autant qu'ils seront

reconnus nécessaires à l'exploitation des parties de bois situées dans leur voisinage. Les Agens forestiers supérieurs des deux Gouvernemens conviendront de ces chemins et formeront de concert, si la chose est nécessaire, un réglement à se sujet.

Article XIV.

Les Fabricans d'Eupen ayant obtenu de l'ancinnne Administration la permission d'ouvrir et de curer certains fossés et rigoles, situés dans cette forêt entre la Helle et la Saure, pour augmenter par ce moyen le volume d'eau de la Helle, et par conséquent de la Verdre, rivière sur laquelle sont situées toutes leurs usines, il a été convenu que cette Commune ou ses Fabricans seroient maintenus dans cet usage, et qu'ils pourroient continuer à nettoyer et curer les rigoles et fossés actuellement existans, sans cependant que cet usage puisse être assimilé aux droits particuliers, dont la conservation est stipulée par l'Article XXX. ci-dessous, mais restera restreint aux bornes d'une simple permission, qui pourra être révoquée par le Gouvernement des Pays-Bas, lorsque l'existence de ces fossés ou rigoles ou leur curage lui paroîtra nuisible à l'exploitation de la forêt, ou contrariera ses plans d'amélioration.

Ces ouvrages ne pourront même être commencé sans en avoir prévenu les Agens forestiers sous la direction et surveillance desquels ils seront continués.

Article XV.

En quittant la Verdre à l'endroit indiqué ci-dessus à l'Article IX. la ligne de démarcation suivra les limites orientales de la Commune de Membach jusqu'à la chaussée d'Eupen, puis cette même chaussée jusqu'à la maison blanche, dans la Commune de Henri Chapelle, et de la maison blanche jusqu'au point d'intersection de cette chaussée et d'une ligne à tirer du point de contact des trois cantons d'Eupen, Limbourg et Aubel au point de contact des trois départemens de l'Oure, la Roër et la Meuse inférieure; de manière que les parties des banlieues des Communes de Baelen, Wetkinraed, Henri-Chapelle, Monzen et Altenresnet, situées entre cette chaussée, pour autant qu'elle fait frontière, et entre les limites du Canton d'Eupen, sont cédées à Sa Majesté le Roi de Prusse.

Article XVI.

La chaussée elle même en tant qu'elle est déclarée frontière par l'article précédent, ou le sera par disposition ultérieure, sera commune aux deux Etats. Son entretien et sa réparation se feront à frais communs et la perception du droit de barrières, qui pourra être continuée, ne devra cependant l'être que pour autant que l'exigeront l'entretien de la route et le payement de la dette créée pour sa construction. Cette route étant commune aux deux Etats elle sera affranchie de part et d'autre de la perception de tout droit de Douanes, ou autre, à l'exception du droit de barrières; il sera même interdit aux Douaniers des deux Gouvernements d'y faire aucune visite, perquisition, ou enfin aucun autre exercice quelconque.

Article XVII.

Du point d'intersection dont on vient de parler à l'Article XIV. jusqu'au point de contact des trois Départemens, la ligne de démarcation restera indéterminée, les deux Commissions n'ayant pu s'entendre sur la manière dont seroit coupée la petite partie du Canton d'Aubel, qui d'après le traité du 31. mai et Autres Actes du Congrès de Vienne, doit appartenir au Royaume de Prusse.

Cette difficulté sera soumise à la décision des Gouvernemens respectifs, qui prendront pour la terminer telles mesures ultérieures qu'ils jugeront convenir.

En attendant cette décision, la frontière provisoire sera formée par la Commune de Moresnet, de manière que la partie de cette Commune, située à gauche d'une ligne droite à tirer du point de contact des trois Cantons sur le point de contact des trois Départemens, appartiendra dans tous les cas au Royaume des Pays-Bas; que celle située à droite d'une ligne à tirer des limites du Canton d'Eupen directement du Sud au Nord, sur le même point de contact des trois Départemens, appartiendra également dans tous les cas au Royaume de Prusse; et qu'enfin la partie de cette même Commune située entre ces deux lignes, comme étant la seule qui puisse être raisonnablement contestée, sera soumise à une Administration commune, et ne pourra être occupée militairement par aucune des deux Puissances; le tout

sans préjudice de ce qui a été établi ci-dessus relativement à la partie de Moresnet comprise entre la grande route et le Canton d'Eupen, partie qui par l'Article XIV. ci-dessus a déjà été cédée au Royaume de Prusse.

Article XVIII.

Du point de contact des trois Départements la ligne de démarcation suivra les limites entre l'ancien Département de la Roër et celui de la Meuse inférieure jusqu'à la chaussée d'Aix-la-Chapelle à Geilenkirchen, laissant à gauche la Commune de Vaels qui appartient aux Pays-Bas et dans laquelle sera comprise l'habitation du curé, située sur la ligne même; puis suivra cette chaussée jusqu'aux limites de la commune de Rolduc; enfin les limites de Rolduc du côté de l'occident jusqu'au point où elles atteignent la Worms.

Ainsi la partie de Kerkraede située à droite de la chaussée est cédée à Sa Majesté le Roi de Prusse, de même que toute la partie de la Commune de Rolduc située sur la rive gauche de la Worms. Est encore cédée au même Royaume la partie de chaussée comprise entre les limites du Département de la Roër et Rolduc, de manière que cette Commune appartiendra toute entière et en toute propriété et souveraineté au Royaume de Prusse.

Article XIX.

La cession des parties de Kerkraede et de Rolduc, dont il vient d'être fait mention à l'article précédent, ne portera aucun préjudice à l'exploitation des mines de houille, qui, ayant ci-devant appartenu à l'abbaye de Rolduc, se continue aujourd'hui dans les Communes de Kerkraede et de Rolduc pour le compte du Gouvernement des Pays-Bas, de manière que ce Gouvernement ou tout autre Cencessionaire, qui le représenteroit, pourra faire dans les parties cédées tels ouvrages qu'il trouvera bon, soit pour l'extraction de la houille, soit pour l'épuisement des eaux, s'entend en indemnisant les propriétaires de la surface de gré à gré ou à dire d'experts.

Le Gouvernement Prussien ne pourra en aucune manière entraver cette exploitation, ni sous prétexte de direction à donner par ses Ingénieurs, ni d'impôt à établir sur l'extraction ou la

sortie de la houille, ni enfin y apporter d'autres entraves quelconques qui pourroient nuire à l'exploitation ou gêner son débit.

Le Gouvernement Prussien ne pourra non plus accorder des concessions particulières dans les parties cédées; celles existantes aujourd'hui devront se renfermer dans les limites à elles assignées par leurs actes de concession ou par les lois sous l'autorité desquelles elles ont été accordées.

Article XX.

Cette exploitation de houille appartenante au Royaume des Pays-Bas jouira en outre des privilèges ou avantages suivans:

1. Toute la houille qui en seroit expédiée pour la Province de Liège ou autre contrée des Pays-Bas, et qui devroit emprunter le territoire Prussien, ne pourra être soumise à aucun droit de douane, ni même de transit; il suffira d'être porteur d'un certificat du Directeur de la houillière.

2. Cette exportation jouira du droit d'acheter lors des ventes dans le Steinbosch, petite forêt appartenant à des particuliers d'étançonnage, et de l'exporter franc de tout droit de douane. Cet avantage s'étendra également aux autres exploitations de particuliers qui pourroient exister dans la Commune de Kerkraede ou autres des environs.

3. Le Gouvernement des Pays-Bas pourra établir sur la Worms, dans toute l'étendue des parties cédées, tels ouvrages hydrauliques qu'il trouvera bon, soit pour l'extraction de la houille, soit pour l'épuisement des eaux.

Le Gouvernement Prussien ne pourra rien changer ni innover à l'état actuel de la Worms, qui puisse nuire aux ouvrages faits ou à faire par le Gouvernement des Pays-Bas.

Article XXI.

Le Gouvernement des Pays-Bas, ainsi que les particuliers, pourront acheter ou exploiter la carrière de grès, qui se trouve dans le même Steinbosch, et en exporter les pierres en franchise des droits de douanes. Les sujets Prussiens pourront s'approvisionner de houilles aux exploitations des Pays-Bas au même prix que les sujets mêmes du Royaume et l'exporter en exemption, de tout droit quelconque sinon celui de barrières.

Article XXII.

Du point où les limites de la Commune de Roiduc touchent la Worms, la ligne de démarcation en suivra le cours vers le nord jusqu'à ce que cette rivière atteigne de nouveau les limites des deux Départemens de la Meuse inférieure et de la Roër, longera cette limite, laissant les Cantons de Roiduc, Hurle et Oersbek à gauche et Geilenkirchen avec une partie de Sittard à droite, jusqu'à ce quelle rencontre au midi de Hellensberg la ligne qui doit couper ce dernier Canton en deux parties à peu près égales et qui va être déterminée par l'article suivant.

Article XXIII.

Pour partager le Canton de Sittard, on tirera une ligne droite du clocher de Sittard à celui de Wehr, et sur le point milieu de cette ligne on élévera une méridienne qui sera prolongée d'un côté vers le midi jusqu'aux limites du Canton, limites qui forment aussi celles du Département et où elle se joindra par conséquent à la ligne de démarcation, comme il est dit à l'article précédent.

D'un autre côté cette même méridienne sera prolongée au nord jusqu'au ruisseau appelé Roodebeek et dans toute sa longueur servira de ligne de démarcation, sauf cependant que d'un côté Bruck-Sittard restera au Royaume des Pays-Bas avec sa banlieue, et que de l'autre côté Wintraken, Hillenberg et Wel resteront au Royaume de Prusse également avec leurs banlieues ou à défaut de banlieue proprement dite, avec le terrain et les maisons comprises dans la circonscription de ces endroits ou hameaux.

Du point où cette méridienne touche le Roodebeek, la ligne de démarcation suivra ce ruisseau jusqu'à la banlieue de Susteren et longera les limites orientales de cette banlieue jusqu'à l'ancien territoire Hollandois.

Article XXIV.

Ensuite la ligne de démarcation suivra les limites orientales du territoire Hollandois, en laissant à droite les Communes Prussiennes de Havert, Waldwucht, Kareken, Effelt et Aerabeck, et à gauche les Communes des Pays-Bas Echt, Posterholt et Vlodorp; longera les limites de cette dernière Commune jusqu'à

grande bruyère appelée Meinweg ; suivra les parties du Meinweg appartenantes à Vlodorp et à Herkenbusch et Melich, laissant ces deux parties à gauche et les parties appartenantes aux Communes Prussiennes de Bergelen, Ophoven, Effelt, Stenkerken et Kirken à droite et arrivera ainsi à la partie dépendante de Ruremonde ; suivra de la même manière et dans le même sens cette dernière partie, la laissant à gauche ainsi que celle appartenante à Herten, et laissant à droite la partie dépendante de Nedercruchten jusqu'à ce qu'elle arrive enfin au bout de cette bruyère et atteigne les limites de la Commune Prussienne d'Elmpt, dans le Canton de Cruchten ; continuera de suivre les limites de cette dernière Commune, en laissant à gauche les parties du Meinweg appartenantes à Herten et Masniel, ainsi que les Communes de Herkenbosch, Masniel et Zwalmen, jusqu'à ce qu'avec les limites d'Elmpt elle arrive au ruisseau dit Swalme.

Traversant ce ruisseau, elle se dirigera par une ligne droite à travers une autre bruyère, appelée Elmpter-Busch, sur le point le plus oriental de la Commune de Besel, dit Grietjens-Gericht, puis, laissant à droite les Communes prussiennes de Bruggen, Brucht et Kaldenkirchen, elle suivra les limites orientales des Communes de Besel et Belfeld, appartenantes aux Pays-Bas, jusqu'à ce que la limite de cette dernière, en avant du moulin dit Walbukermolen, se rapprochant de la Meuse, commence à ne plus laisser entre elle et le fleuve l'intervalle de 800 verges du Rhin ; à ce point la frontière quittera les limites de Belfeld et se dirigera à travers la Commune Prussienne de Kaldenkirchen par une ligne tracée parallèlement à la Meuse et à la distance du Rhin de 800 verges jusqu'à ce que cette parallèle, après avoir laissé Tegelen à gauche, atteigne la banlieue de Venlo : bien entendu, que, si cette parallèle rencontroit dans son cours une pointe avancée soit de Belfeld ou de Tegelen, la ligne de démarcation abandonneroit dans ce cas la parallèle, tourneroit autour de cette pointe et la reprendroit ensuite pour arriver avec elle, comme on vient de la dire, à la banlieue de Venlo.

Article XXV.

La ligne de démarcation, arrivée à la banlieue de Venlo, en suivra la direction et laissant à gauche Venlo, Velden, Arcen et

Well, Communes appartenantes au Royaume des Pays-Bas; et à droite Straelen, Walbeck et Twisteden, appartenantes au Royaume de Prusse; une partie de la banlieue de Straelen et de Walbeck sera coupée par une parallèle semblable à celle dont on vient de parler à l'article précédent. La ligne passera ensuite entre les Communes Bergen et Afferden, qu'elle laissera du côté des Pays-Bas, et entre Wure, Hulm, Gaosedonk, Hassum et Hommersum, qu'elle laissera du côté de la Prusse, continuera enfin de la même manière, en suivant les limites orientales de Heyen et Ottersum, et en laissant à droite Hommersum, Kessel et Nergenaer, jusqu'à la forêt appelée Reichswald, arrivée à cette forêt, elle en suivra la lisière, en longeant Gennep et Milsbeck, et laissant le marais dit Koenings-Vun au Royaume des Pays-Bas; arrivera ainsi à la route qui conduit de l'endroit appelé Swarte-Weg à celui appelé Aen-Het-End, suivra ce chemin à droite jusqu'au point le plus voisin de la frontière de l'ancien territoire Hollandois, et de ce point par une ligne droite atteindra enfin cette frontière où elle finit, conformément à l'article II. du Traité du 31. Mai.

Article XXVI.

Comme malgré les renseignemens déja pris et le mesurage qui a déja eu lieu, il est cependant encore possible que quelques banlieues prussiennes, autres que celles mentionnées ci-dessus, approchent de la Meuse plus près que de 800 verges du Rhin, il est convenu que la distance de ces parties avancées seroit définitivement constatée sur tous les points lors de la plantation des poteaux, et que partout où les banlieues de Communes des Pays-Bas ne tiendroient point la Prusse à la distance de 800 verges de la Meuse, la parallèle en question y suppléeroit et formeroit la frontière.

Article XXVII.

Partout où des ruisseaux, rivières ou fleuvent feront limite, ils seront communs aux deux Etats, à moins que le contraire ne soit positivement stipulé, et lorsqu'ils seront communs, l'entretien des ponts, le curage etc., se feront de concert avec et à frais communs. Mais chaque Etat sera exclusivement chargé [illegible] de veiller à la conservation des bords situés de son côté. [illegible]

pourra être fait ni au cours des rivières, ni à l'état actuel des bords aucune innovation quelconque, ni être accordé aucune concession ou prise d'eau sans le concours et le consentement des deux Gouvernemens; il en sera de même des fossés, rigoles, chemins, canaux, hayes ou tout autre objet servant de limites, c'est-à-dire, que ces objets quant à la souveraineté seront communs aux deux Puissances, et qu'on ne pourra rien changer à leur état actuel que de commun accord, à moins toutefois en cas de stipulation contraire.

L'usage de l'Oure sera libre et commun aux deux Etats dans tout son cours limitrophe, malgré que Vianden soit à cheval dessus et appartienne entièrement aux Pays-Bas, sans préjudice cependant des droits de souveraineté sur la totalité de cette Commune y compris la rivière.

Les passages d'eau, qui existent en ce moment sur la Moselle et autres rivières servant de frontières, seront conservés dans leur état actuel. Les droits établis continueront d'être perçus pour le compte des mêmes Etats qui en jouissent aujourd'hui. On aura de part et d'autre la faculté d'établir et d'entretenir sur la rive opposée les ouvrages nécessaires pour faciliter l'abord aux passans.

La pêche sera également commune et continuera d'être adjugée publiquement pour le compte des deux Etats; ces adjudications se feront alternativement dans une Commune frontière du Royaume de Prusse et dans une du Royaume des Pays-Bas. Les Autorités locales des deux Etats s'entendront sur le mode à suivre et les endroits où elles auront lieu.

Article XXVIII.

Les îles de la Moselle, la Sure et l'Oure qui se trouvent séparées de leurs Communes par le principal courant seront rangées dans la catégorie des banlieues coupées, dont il est question à l'Article ci-dessus, et appartiendront à l'état sur la rive duquel elles seront situées. Les autres continueront de faire partie de leurs Communes et resteront au Royaume, dont ces Communes font partie. Au cas qu'il soit douteux, de quel côté se trouve le principal courant, les îles suivront les Communes dont elles dé-

pendent, et au cas que ces Communes fussent partagées par le présent Traité elles suivront la partie où se trouve le Chef-Lieu.

En conséquence les îles de la Moselle dites:

1. Petite Besche dépendante de la Commune de Wintringen;
2. Les deux Remich appartenantes à la Commune du même nom;
3. Wormeldingen dépendante de la Commune du même nom;

appartiendront au Royaume de Prusse.

Les autres îles également situées dans la Moselle, savoir:

1. L'île de Remichen dépendante de la Commune du même nom;
2. La grande Besche dépendante de la Commune de Schwebsingen;
3. Macher dépendante de la Commune du même nom;
4. Les quatre îles dépendantes de la Commune de Stadtbredimus;

appartiendront au Royaume des Pays-Bas.

Le sort des petites îles incultes et de très peu d'importance qui se trouvent situées dans la Sure et l'Oure sera réglé d'après les principes ci-dessus par les Commissaires chargés de la plantation des poteaux; dans tout les cas la petite île située près d'Esternach et grande d'environ un tiers d'hectare, continuera d'appartenir au Royaume des Pays-Bas.

Article XXIX.

Les domaines de l'Etat qui pourront se trouver dans les Communes ou parties de Communes changeant de domination suivront toujours le territoire et appartiendront au nouveau Souverain, sauf ce qui a été stipulé ci-dessus relativement aux exploitations de houille de Rolduc; au contraire les domaines particuliers des Souverains leur seront conservés, n'importe la dénomination sous laquelle ils seroient situés ou destinés à passer. Les contributions et autres revenus de l'Etat courront et seront perçus pour le compte du nouveau Souverain à dater du jour de la prise de possession, jour, qui dans aucun cas ne pourra passer le terme fixé par l'Article XLI. relatif à l'évacuation et remise des endroits cédés ou échangés par le présent Traité.

sorte que si par quelqu'événement imprévu la prise de possession d'une Commune ou partie de Commune se trouvoit retardée, les contributions et autres revenus de l'Etat n'en seroient pas moins dûs à dater du jour fixé.

Article XXX.

Les biens, les droits réels et actions qui peuvent compéter aux Communes, Etablissemens publics ou particuliers de l'une ou l'autre domination, dans et sur les lieux et territoires réciproquement cédés ou échangés ou divisés, comme forêts et autres biens communaux situés dans des parties de banlieues séparées de leurs Chefs-Lieux, droit de parcours ou de vaine pâture, d'extraction de tourbe, de glandée, de glanage etc. sont maintenus et conservés.

Article XXXI.

Il est encore spécialement convenu, qu'un changement quelconque de Domination ou de Gouvernement n'apportera aucun préjudice aux droits du Sieur *Dony et Comp.*, concernant l'exploitation de la calamine, en sorte que sa concession restera dans tous les cas intacte, et continuera de jouir des mêmes avantages et mêmes privilèges qui y ont été originairement attachés. Elle restera d'un autre côté sujette aux charges qui y ont été imposées, et notamment à l'obligation d'approvisionner en calamine les fabriques de cuivre établies dans les Etats de deux hautes parties contractantes, aux prix stipulés dans l'acte de concession.

Article XXXII.

Lorsque des Communes ou des Banlieues de Communes seront divisées par la ligne de démarcation, l'actif et le passif de ces Communes, c'est-à-dire leurs biens-communaux, ainsi que leurs dettes le seront ou devront l'être dans la même proportion. Pour établir cette proportion, on prendra pour base le montant des contributions foncière et personelle réunies, et si la personelle n'y existoit pas, on prendroit la foncière seule. Les biens revenus communaux qui devoient se distribuer par têtes ou par feux entre les habitans, seront partagés d'après la seule base adoptée pour les distributions annuelles, si tant est qu'il en existe réellement et de droit de cette nature. Bien entendu qu'après le

partage fait, ces biens seront soumis aux lois municipales du nouvel Etat sous lequel ils se trouveront.

Article XXXIII.

Les Cultivateurs dont les propriétés sont situées partie en-deça et partie au-delà des frontières pourront exporter et importer fumier, paille, litières et autres engrais pour la culture de leurs terres, ainsi que toute espèce de récolte, sans pouvoir être assujettis à aucun droit de douane, soit d'entrée, de sortie, de transit, ou autre de cette espèce; il suffira qu'ils fassent conster par des certificats de l'autorité locale qu'ils possèdent et cultivent des propriétés situées au-delà des frontières, sans cependant pouvoir se soustraire aux visites des douaniers ou autres ayant commission légale de constater les cas de fraude. Bien entendu que ces douaniers ou agens ne pourront faire des perquisitions que sur leurs territoires respectifs.

Article XXXIV.

Les Fabricans de draps ou autres Manufacturiers qui possèdent des établissemens également situés sur le territoire des deux Etats et dependans l'un de l'autre, ou qui d'un Etat envoyent dans l'autre les matières premières pour être manufacturées ou préparées trouveront des avantages analogues à ceux stipulés par l'article précédent en faveur des Cultivateurs dans un Traité de commerce que les deux hautes parties contractantes se proposent de conclure incessament. En attendant des mesures provisoires ont été arrêtées par les deux Commissions qui serviront de règle aussi longtemps qu'elles ne seront point révoquées ni modifiées par l'un ou l'autre des Gouvernements [b]).

Article XXXV.

On pourra de part et d'autre acheter sur le Territoire voisin et exporter franc de tout droit, pierres, sables et autres matériaux nécessaires aux constructions et à l'entretien des chemins limitrophes.

Article XXXVI.

Les Militaires de tout grade, qui seroient nés dans une Commune cédée ou échangée par le présent Traité seront renvoyés au Souverain de cette Commune, dans le délai de trois

mois, s'ils servent en Europe, et dans celui d'un an, s'ils se trouvent dans les Colonies ou dans toute autre partie du monde. Les Officiers cependant auront le choix de rentrer dans leur pays ou de rester au service du Souverain, sous les drapeaux duquel ils se trouvent; ils seront tenus d'opter dans les six mois de la publication du présent Traité.

Article XXXVII.

Les habitans, qui par l'une ou l'autre stipulation du présent Traité passeront d'un Etat à l'autre, pourront changer le domicile, dans le délai de quatre ans, sans être assujettis à aucune charge ni condition quelconque; ils pourront même vendre ou autrement aliéner leurs biens, sans être tenus de payer d'autres *droits* que les autres habitans du même pays.

Article XXXVIII.

Les fonctionnaires demeurant dans les Communes ou parties de Communes cédées ou échangées, et qui, d'après les lois sous l'empire desquelles ils ont été nommés, ne peuvent être déplacés sans indemnité, seront conservés et jouiront des mêmes droits que sous le Gouvernement qui les avoit nommés.

Article XXXIX.

Comme nonobstant les soins que les deux Commissions ont apportés à lever toutes les difficultés, qui se sont présentées, il est cependant possible qu'il s'en présente d'autres encore lors de la plantation des poteaux, il a été convenu que ceux des membres des deux Commissions, sous la direction desquels cette opération aura lieu, seroient autorisés à terminer tous ces différends, spécialement à juger, après avoir entendu les autorités locales, toutes les contestations qui pourroient s'élever au sujet de l'incertitude des limites de quelques Communes.

Article XL.

Les endroits respectivement cédés ou échangés ou devant être restitués seront évacués et l'administration en sera remise aux autorités compétentes dans le mois, à dater de l'échange des ratifications.

Article XLI.

Les archives, cartes et autres documens relatifs à l'Administration des Maires ou Communes, qui, en vertu du présent

Traité, passeront d'une domination sous l'autre, seront remis aux nouvelles autorités en même temps que les territoires mêmes. Au cas qu'une partie de Commune ou de Mairie seulement fût cédée ou échangée, les archives resteront à la partie où se trouvera le Chef-Lieu, à charge d'y donner accès à l'autre partie, chaque fois qu'elle en aura besoin.

Article XLII.

Dans les quinze jours après l'évacuation et la remise, dont il s'agit à l'article précédent, on commencera à planter les poteaux. Ces poteaux seront de bois de chêne de la longueur de 12 pieds du Rhin, 8 hors de terre et 4 en terre; ils seront carrés, la partie en terre sera de 12 pouces d'épaisseur au moins, et celle hors de terre de 8; ils seront peints du côté de la Prusse en noir et blanc, et du côté des Pays-Bas en orange et blanc; ils seront numerotés en commençant à la Moselle.

Il en sera planté autant que les Commissaires le trouveront nécessaire pour ne laisser aucune incertitude sur aucune partie de la frontière; au cas qu'une rivière ou chemin fasse limite, il en sera chaque fois planté deux, savoir l'un du côté de la Prusse, l'autre du côté des Pays-Bas; ces deux poteaux ne porteront qu'un seul numéro et ne seront peints qu'aux seules couleurs adoptées pour les territoires respectifs.

Article XLIII.

Le présent Traité sera soumis aux deux Cours, à l'effet d'être ratifié, et les ratifications seront échangées dans les six semaines après la signature ou plutôt si possible.

En foi de quoi les Commissaires des hautes parties contractantes l'ont signé et muni de leurs cachets.

Fait à Aix-la-Chapelle, le 26. juin 1816.

(L. S.) de Bernuth.
(L. S.) Eytelwein.
(L. S.) de Man.
(L. S.) Michiels de Kessenich.
(L. S.) Nicolai.
(L. S.) Tock.

Arrangement provisoire en faveur des Fabricans placés sur la frontière des deux Etats pour l'entrée et sortie libre et sans droits des matières premières et en partie manufacturées de leurs Etablissemens respectifs.

Pour mettre un terme aux plaintes réitérées que les Fabricans et Manufacturiers Prussiens présentent à leurs autorités, qui elles mêmes les ont transmises à la Commission Prussienne chargée de la fixation des limites entre les deux Royaumes de Prusse et des Pays-Bas, pour faire des représentations à cet égard à la Commission des Pays-Bas, et conformément à l'autorisation que cette dernière a reçue de Son Excellence le Ministre des affaires étrangères par sa Dépêche en date du 14. mars Nr. 12, on est convenu des points et arrangemens provisoires suivans.

Article I.

Comme une réprocité complète est la base des transactions et conventions suivantes, ni les habitans des Etats Prussiens, ni ceux de la Belgique peuvent aspirer à quelque faveur, dont ils ne jouissent pas réciproquement.

Article II.

Il y aura communication libre et sans droits ou autres péages, à la réserve cependant des droits de barrières, des Fabricans domiciliés à Aix-la-Chapelle, Burtscheid, Eupen, Heinsberg et les autres endroits limitrophes de la Prusse, avec leurs ateliers d'ouvriers, situés ou domiciliés sur le territoire de S. M. le Roi des Pays-Bas:

a) pour les laines lavées et peignées envoyées aux filatures, et pour le fil simple ou à façon, dans lequel elles seront converties;

b) pour les laines ou pièces de drap et de casimir blancs envoyées pour être teintes;

c) pour les pièces de drap et de casimir envoyées au foulon;

d) pour le fil d'acier envoyé pour être coupé, et les aiguilles brutes, envoyées pour être trempées, polies ou manipulées de toute autre manière, sauf à faire rentrer ou sortir

le même poids ou le même nombre de pièces, après leur avoir donné le degré de perfection qui aura nécessité de transport.

Article III.

En revanche il y aura communication libre et sans droits des Fabricans domiciliés à Verviers, Hodimont, Ensival, Dolheim, Dalheim, Griegnées, et autres endroits limitrophes des Pays-Bas, avec leurs atteliers ou ouvriers situés ou domiciliés sur le territoire de S. M. le Roi de Prusse, et ce que pour les mêmes objets, qui sont mentionnés dans l'Article précédent.

Article IV.

Jouiront également de la faveur d'une communication libre et sans droits avec les Fabricans Prussiens, les filatures de laine établies à Liège, Hasselt, Herkenrode et Ruremonde.

Réciprocité pleine et entière de ces faveurs aura lieu à l'égard des filatures de laines établies à Aix-la-Chapelle, Burtscheid et Eupen, relativement à leur communication avec les Fabricans domiciliés dans les endroits limitrophes des Etats de S. M. le Roi des Pays-Bas.

Article V.

Pour jouir de la faveur consentie de part et d'autre dans les Articles précédens, les Fabricans, qui désireront en profiter, seront tenus de présenter au Bureau des Convois et licences des Pays-Bas, ou des Douanes Prussiennes, par lequel ils voudroient faire entrer et sortir les objets susmentionnés, une déclaration sommaire de la qualité générique du poids ou nombre et de la valeur de la marchandise non confectionnée, qu'ils voudroient faire entrer pendant un laps de temps, qui ne pourra pas excéder une année, ni pour l'année courante le dernier décembre 1818, et qu'ils voudront faire sortir pendant le même laps de temps dans un état plus perfectionné prévu par l'Article I. et de fournir au dit bureau des Convois et licences ou des Douanes Prussiennes une soumission cautionnée s'élevant au double de la somme totale des droits d'entrée ou de sortie, qui seroient dûs pour les mêmes objets suivant le tarif existant.

Article VI.

Le Fabricant soumissionnaire sera pourvu au bureau de Convois et licences des Pays-Bas ou des Douanes Prussiennes, d'un livret timbré, qui accompagnera chaque transport, et dans lequel il inscrira la qualité, quantité ou nombre et valeur des objets chaque fois transportés et dans lequel le receveur du dit bureau dont il s'agit visera chaque enrégistrement lors du passage de la marchandise.

Le Receveur tiendra un livret conforme, dans lequel il inscrira chaque fois la qualité, quantité et valeur transportée, et y fera viser chaque enrégistrement par le Fabricant soumissionnaire ou le Conducteur qu'il aura fait connoître comme étant à ce autorisé par lui; le coût de ces livrets sera remboursé au Receveur par le Fabricant intéressé qui payera en outre pour chaque enrégistrement 5 centimes.

Article VII.

A l'expiration du délai fixé par la soumission du Fabricant, le Receveur établira dans le livret, dont il sera dépositaire, la balance des entrées et sorties des objets prévus par l'Article I., et en cas d'excédant ou de déficit, il exigera du Fabricant les droits dûs à l'Administration, en recourant, après avertissement préalable, aux moyens coërcitifs usités en cas de non-rapport des acquits à caution. Toutefois le Receveur admettra pour la laine *non* lavée, envoyée aux filatures, un déchet de 12 pour 100, ou dit douze pour cent.

Article VIII.

Les marchandises profitant des faveurs accordées par les articles précedens, seront soumises à la vérification de la part des Employés des Convois et licences des Pays-Bas ou des Douanes Prussiennes, et en cas qu'il s'y trouveroit caché d'autres objets non prévus par l'Article I., ils pourront les saisir et exiger une amende de 500 à 1000 francs, suivant la gravité du cas, pour sûreté de laquelle amende, ils pourront retenir et faire vendre, soit les marchandises dans lesquelles l'objet prohibé

aura été caché, soit en cas d'insuffisance, les moyens de transport.

Ainsi fait et convenu par les Commissaires soussignés à Aix-la-Chapelle, le 26. Juin 1816.

(L. S.) de Bernuth.
(L. S.) Eytelwein.
(L. S.) de Man.
(L. S.) Michiels de Kessenich.
(L. S.) Nicolai.
(L. S.) Tock.

a) Vergl. oben: Traité complémentaire conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas à Francfort sur le Mein, le 8. novembre 1816.

b) Vergl: das beigefügte Arrangement provisoire en faveur des Fabricans placés sur la frontière des deux Etats etc.

LXVII.

Traité de limites entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi des Pays-Bas, signé à Clèves, le 7. Octobre 1816.

Sa Majesté le Roi de Prusse et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Prince d'Orange-Nassau, Grand-Duc de Luxembourg, ayant fixé par le Traité du 26. juin dernier les limites des deux Royaumes, depuis les confins de la France sur la Moselle jusqu'à l'ancien territoire Hollandois près de Mook, et voulant faire examiner cette ancienne frontière, et régler sur le Bas-Rhin tout ce qui concerne les travaux hydrotechniques ou autres points analogues de la manière la plus équitable et la plus convenable pour l'avantage mutuel des deux Etats, ont, conformément à l'Article XXV. de l'Acte final du Congrès de Vienne*), nommé Commissaires et muni de leurs pleinspouvoirs, savoir:

Sa Majesté le Roi de Prusse:

Le Sieur Frédéric Comte de Solms-Laubach, premier Président des Duchés de Juliers, Clèves et Berg, Grand'-Croix de l'Aigle rouge et de l'ordre de Ste. Anne de Russie, lequel, usant de la faculté à lui accordée par son plein-pouvoir, a délégué au même effet et avec les mêmes pouvoirs:

Les Sieurs Frédéric Guillaume de Bernuth, Chef-Président de régence à Arnsberg, et

Jean Albert Eytelwein, Conseiller intime et Directeur-Général des bâtimens publics du Royaume;

Et Sa Majesté le Roi des Pays-Bas:

Les Sieurs Maximilien Jacques de Man, Colonel au corps de génie, Directeur des archives de la guerre et du bureau topographique, Chevalier de l'ordre militaire de Guillaume troisième classe, et

Jean Blanken-Iz, Inspecteur général du Waterstaat, Chevalier de l'Ordre du Lion Neerlandois;

Lesquels Commissaires, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, qui ont été trouvés en règle, sont convenus des points et articles suivans:

Article I.

Les limites fixées par le présent Traité déterminent les frontières entre les deux Etats depuis le point où les limites le long de la Meuse touchent à l'ancien territoire Hollandois, près des maisons dites Aan-Het-End, jusqu'au territoire d'Hannovre où la ligne de démarcation entre les deux Royaumes cesse.

Article II.

La ligne de démarcation commencera au point susnommé et longera la limite entre les anciens territoires Hollandois et Prussien, comme elle se trouvoit en mil-sept-cent-quatre-vingt-quinze, de manière que le Plak, le Schildbrock, le Steenbergsche-Heide et le Neederryksche-Wald resteront au Royaume des Pays-Bas, et le Clefsche-Wald, le Lindenbergsche-Hof, le Rother-Loewe, le Halber-Mond et le territoire de Wilder au Royaume de Prusse.

Au Halber-Mond elle traversera la grande route de Clèves à Nimègue et suivra cette route jusqu'à la maison dite Koenig von Preussen, laquelle maison restera au Royaume de Prusse, en sorte que la dite route appartiendra toute entière depuis le Halber-Mond susdit au Royaume des Pays-Bas.

De la maison dite Koenig von Preussen, la ligne quittera la grande route en se dirigeant sur la maison dite le Mussenberg, près du village de Beeck, laissant cette maison à la Prusse et le village aux Pays-Bas.

Du Mussenberg l'ancienne limite se dirige vers l'orient jusqu'au Aartjenshof, qui reste avec le chemin de Wilder à la Prusse, de-là vers le nord, suivant l'Oude-Waterleiding [b]) jusqu'à l'écoulement des eaux de Zyffich et cet écoulement jusqu'aux limites entre Zyffich et Loeth, de manière que le Thornsche-Molen [c]) avec les maisons y situées, ainsi que le terrain de Zyffich entre l'écoulement et l'Ooysche-Water, appartiendront aux Pays-Bas, et le Wildersche-Meer avec la partie de l'écoulement

de Zyffich entre le Ternasche-Molen et les limites de Loeth appartiendront en entier à la Prusse.

Elle longera ensuite la dite limite entre Zyffich et Loeth jusqu'au point le plus méridional de la Seigneurie de Millingen et enfin les anciennes limites orientales de cette Seigneurie jusqu'au Waal, en sorte que Zyffich, Niehl et Bimmen restent au Royaume de Prusse et que Loeth, Hulhausen, Kekerdom et Millingen feront partie du Royaume des Pays-Bas.

Article III.

Du point où les limites de Millingen touchent au Waal, la ligne de démarcation se dirigera en ligne droite sur la tour d'Aarth jusqu'au milieu ou à l'axe de la largeur normale de la rivière, lequel axe, en montant sera pris pour Thalweg et fixera la limite jusque vis-à-vis du prolongement du côté gauche de la route de Stockmann à Elten, de manière que le Schenkenschanz avec son territoire fera partie du Royaume de Prusse et que le Kyfward, le Bylandschewaard, 'S Graavenwaard, Lobith, le Ober- et Nieder-Spyck, y compris l'enclave du territoire d'Elten, appartiendront au Royaume des Pays-Bas.

Article IV.

Du milieu susdit du Rhin, la limite quittera la rivière et se dirigera vers le nord, en longeant la lisière gauche de la route de Stockmann à Elten jusqu'au milieu ou à l'axe du ruisseau dit la Wildt, laissant cette route, dite Postweg, avec le pont sur la Wildt en entier à la Prusse, et la partie d'Elten située entre ce Postweg, le Ober-Spyck, le vieux Rhin et la Wildt au Pays-Bas.

Les sujets prussiens auront la faculté de passer librement les digues du Spyck et réciproquement le dit Postweg restera toujours libre et ouvert aux sujets des Pays-Bas.

Article V.

La ligne de démarcation suivra l'axe du ruisseau la Wildt jusqu'au vieux Rhin et longera de-là le territoire d'Elten à la rive droite du vieux Rhin et l'étang dit le Kamm jusqu'au Somerdamm de Steenward, de manière que le Kamm et le Hau-

bergsche Fachrhaus avec les maisons jusqu'à la limite d'Elten appartiendront au Royaume des Pays-Bas.

Arrivé au Sommerdamm, qui reste entier à la Prusse, elle longera le talus extérieur à une distance de douze pieds (mesure de Rhinlande) jusqu'aux anciennes limites méridionales de la Seigneurie de Grondstein, et suivra les limites le long de la rive droite du vieux Rhin jusqu'au dessous de la prairie appartenante à la maison dite Waarditmanshof, de manière que la partie de Kyknit, située entre la dite prairie et le vieux Rhin, appartiendra au Royaume de Prusse.

Puis la ligne suivra le fossé occidental de cette prairie jusqu'au chemin faisant le prolongement du Zomerkade, et elle longera ce chemin dans la direction du nord jusqu'au premier fossé à droite, suivra ce fossé, ainsi que le fossé méridional de la prairie dite Smitsweide, jusqu'à une distance de trois verges (mesure de Rhinlande) du fossé oriental de la même prairie. De ce point la limite se dirigera parallélement au dit fossé oriental jusqu'aux limites septentrionales de Grondstein, de manière que le Steenward avec le Sommerdamm, la Seigneurie de Grondstein et le fossé oriental de Smitsweide avec les trois verges au-delà, pour en faire un chemin conduisant sur la route de Sevenaer à Elten, appartiendront au Royaume de Prusse et le Kribmeister-Weide, les Moeuwe-Pollen et la partie du Nooteboomsche-Polder, où le déversoir du Lymers se trouve en entier, au Royaume des Pays-Bas.

Article VI.

Ensuite la ligne de démarcation longera les limites septentrionales de Grondstein jusqu'à une terre appartenante à l'église d'Elten, située entre la route de Sevenaer à Elten et la pointe avancée de Grondstein. De là elle suivra les anciennes limites entre Elten et le Lymers et se dirigera en ligne droite sur l'ancienne frontière de Gueldre, de manière que les maisons de Velthuysen restent à la Prusse, et la pointe avancée, formée par l'ancienne limite à gauche aux Pays-Bas. Enfin elle longera les limites entre les territoires d'Elten et du prévoté d'Emmerich et ceux de Beeck et 'S Heerenberg, telles qu'elles se trouvoient en mil-sept-cent-quatre-vingt-quinze, jusqu'au ruisseau dit la Wildt.

Article VII.

De la Wildt elle se dirigera vers l'orient par le milieu ou l'axe de ce ruisseau et du Bergsche Wetering jusqu'au Landweer ou Schouwgraaf (*Schaugraben*) de Netterden, et suivra également le milieu de ce Schouwgraaf jusqu'à l'écluse à construire dans le Sommerdamm de Klein-Netterden. Cette écluse restera toute entière à la Prusse, et après en avoir fait le tour, la ligne suivra le milieu du fossé d'écoulement à creuser jusqu'à l'ancienne limite entre les deux Royaumes, à l'est du Landweer de Hetter.

Par cette détermination, le terrain, dans lequel se trouve le Lindhorst, le Bosch, le Botberg, Klein-Netterden, Speelberg, Borghees etc., et qui est situé entre les anciennes limites de Huttum et d'Emmerich, le nouveau fossé d'écoulement à creuser, l'écluse de Klein-Netterden, le Schouwgraaf, le Bergsche-Wetering et la Wildt, appartiendra dorénavant à Sa Majesté le Roi de Prusse.

Article VIII.

Sur la carte spéciale jointe au présent Traité et signée par les Commissaires respectifs sont tracées au juste les limites décrites ci-dessus.

Article IX.

Du susdit point à l'est du Landweer de Hetter jusqu'aux limites d'Hannovre la ligne de démarcation restera la même qu'en mil-sept-cent-quatre-vingt-quinze et ne sera déterminée en détail que lors de la plantation générale des poteaux, vû qu'aucun différent ni aucune contestation ne se présente sur sa direction.

Article X.

Outre les territoires qui par la limite déterminée dans les articles précédens, changeront de domination, Oberbillig avec le territoire situé sur la rive droite de la Moselle et devant, d'après le Traité d'Aix-la-Chapelle du vingt-six juin dernier, appartenir au Royaume des Pays-Bas, restera au Royaume de Prusse.

Article XI.

Tous les travaux hydrotechniques etc. de côté et d'autre de

la rivière seront désormais uniquement à la charge et à la disposition spéciale du Souverain qui possède le territoire à chaque côté du Thalweg déterminé à l'article trois.

Article XII.

Il ne pourra être établi dans le lit de la rivière aucun ouvrage offensif, qui puisse nuire au courant et par là à la rive opposée à moins d'un concert préalable et d'un commun accord des deux Puissances. Il en sera de même des nouveaux ouvrages qui sur les terrains extérieurs des digues pourroient entraver le courant ou arrêter les glaces.

Article XIII.

La largeur normale de la rivière sera de cent-cinquante verges (mesure de Rhinlande) prise à la hauteur moyenne de huit pieds et six pouces à l'échelle de Pannerden correspondante avec six pieds quatre pouces de l'échelle d'Emmerich.

Il ne sera permis de tolérer la moindre oseraie ou plantation quelconque qui approche le bord opposé de la rivière de plus près que de cinquante verges; de sorte que non seulement elles sont interdites dans cette largeur normale, mais que même celles actuellement existantes, qui dépassent la largeur de cent verges, seront abattues ou arrachées jusqu'à la racine.

S'il est cependant jugé nécessaire de part ou d'autre, de faire quelque plantation contraire à cette stipulation, les autorités respectives devront préalablement s'entendre sur leur exécution.

Article XIV.

Aucune des deux Puissances ne fera exercer ou ne permettra à sa rive, vis-à-vis du rivage étranger, dans la dite largeur normale de cent-cinquante verges, des pêcheries de saumon ou autre poisson quelconque, par des parquetages ou d'autres moyens qui puissent causer le moindre retard dans le courant, ou faciliter tant soit peu l'attérissement de gravier, sable ou autres objets propres à causer alluvion.

Article XV.

La souveraineté de la pêche sur le Bas-Rhin sera déterminée par une ligne droite, à tirer de la tour de Keeken à celle de Lo-

nouvelle écluse, sera abaissée au moins jusqu'au numéro dix pieds à l'échelle de la grande écluse de Leuwenberg, ou, ce qui revient au même, à trois pieds en contre-bas de la plus grande hauteur déterminée à l'Article suivant pour la nouvelle écluse de Klein-Netterden et la crête du Sommerdamm de ce nom.

Article XXII.

Les dimensions générales fixées pour l'écoulement, sont comme suit:

1) La profondeur du fossé d'écoulement dans le plat-fond à l'extrémité orientale, près de la nouvelle écluse susdite de Klein-Netterden, sera au niveau du radier de cette même écluse, et ira en pente descendante vers l'extrémité opposée dans le vieux Rhin, à la profondeur actuelle de la Wildt, sous le pont dans le Postweg près la montagne d'Elten.

2) La largeur sur le plat-fond du canal sera tout au moins:
   a) pour le fossé d'écoulement à creuser et la partie dite Nettersche-Landweer ou Schouwgraaf, de six pieds;
   b) pour le Bergsche-Wetering, de huit pieds;
   c) pour le ruisseau la Wildt, de douze pieds.

3) Les talus seront d'une et demie ou de deux fois la hauteur, d'après la qualité de la terre à creuser.

4) La hauteur du Sommerdamm ou de toute autre retenue d'eau quelconque, depuis la nouvelle écluse de Klein-Netterden jusqu'à Emmerich, ne sera pas abaissée au-dessous du numéro douze pieds à l'échelle susdite de la grande écluse de Leuwenberg.

Aucune écluse, hormis celle de Klein-Netterden, ni déversoir ou coupure quelconque ne seront jamais construits ou pratiqués dans le dit Sommerdamm.

Aucun fossé d'écoulement de plus de trois pieds de largeur au plat-fond ne sera creusé:
   a) à côté d'aval du même Sommerdamm;
   b) dans toute l'étendue du terrain entre la Wildt, le Bergsche-Wetering, le Schouwgraaf et les anciennes limites d'Emmerich;

c) dans les terres de Huttum jusqu'au Postweg d'Elten à Stockmann.

Le Gouvernement Prussien fera redresser, dans le plus court délai, tout défaut à l'égard des stipulations sous quarto.

Article XXIII.

Les bermes ou le terrain de chaque côté du fossé d'écoulement seront élevés et égalisés par les déblais à faire au besoin des terrains aux deux côtés du fossé, sans dédommagement pour les parties de terrain couvertes par les dits déblais, qui seront à la charge du Gouvernement Prussien.

Article XXIV.

Au cas que le nouveau fossé à creuser, ainsi que le Nettersche-Schouwgraaf, coupe des chemins vicinaux ou autres routes quelconques, le Gouvernement Prussien y fera construire des ponts forts et suffisants, afin que le passage ne soit gêné en aucune manière.

Il aura de même à sa charge non seulement l'élargissement de la Wildt et du Bergsche-Wetering, ainsi que le creusement du nouveau fossé d'écoulement, et tout aux dimensions déterminées par l'Article XII., mais aussi la construction de tous les ouvrages neufs, soit en terre soit en maçonnerie.

Article XXV.

L'entretien du dit écoulement, autant qu'il forme frontière depuis la limite de Nieder-Hetter, sera commun entre les deux Etats, tandis qu'il sera à la charge de chaque Puissance, sur le territoire de laquelle il est situé en entier. L'écluse de Nieder-Hetter sera entièrement à la charge du Gouvernement Prussien.

Article XXVI.

Autant que des élargissemens ou changemens de vieux ponts seront nécessaires pour l'écoulement des eaux de la Hetter, le Gouvernement Prussien, pourvoira aux frais de la première construction; mais l'entretien, tant de ces nouvelles constructions que des ponts et ouvrages antérieurs au creusement du dit écoulement, sera à la charge des deux Etats.

Article XXVII.

Les grandes écluses existantes dans la digue capitale du Rhin d'Emmerich à Wesel ne seront supprimées, fermées ni rétrécies d'aucune manière dans leur capacité d'écoulement jusqu'à la grande rivière susdite, afin que toutes les écluses restent en bon état, pour coopérer, comme à présent, à la décharge des eaux d'inondations ou de pluie, de toute l'étendue du pays derrière ces digues capitales.

En cas que du côté de la Prusse quelque changement fut jugé nécessaire dans les dites écluses, on se concertera là-dessus avec les autorités compétentes des Pays-Bas, et si le Gouvernement de ce pays y accède, il pourra être innové à la stipulation que renferme cet article.

Article XXVIII.

Tous les travaux et objets susnommés, depuis le Sommerdamm de Klein-Netterden jusqu'à la jonction de la Wildt au vieux Rhin, seront inspectés deux fois par an, au mois de juin et d'octobre, par des commissaires et des experts à nommer de part et d'autre, et d'après un réglement à rédiger de commun accord.

Lesquels commissaires et experts auront, dès le moment de leur nomination, la faculté de surveiller tous les ouvrages à construire et à entretenir.

Article XXIX.

Indépendamment de ces inspections, la Direction générale du Waterstaat du Royaume des Pays-Bas aura en tout temps la faculté de faire inspecter tous les travaux relatifs au dit écoulement, depuis le Sommerdamm de Klein-Netterden jusqu'à la jonction de la Wildt au vieux Rhin, après que la Direction prussienne en aura été prévenue assez à temps pour pouvoir réunir des Ingénieurs ou Inspecteurs à ceux de la Direction générale du Waterstaat susnommé, pour coopérer au même but.

Article XXX.

Partout où des ruisseaux feront limites, ils seront communs aux deux Etats, à moins que le contraire ne soit positivement stipulé, et lorsqu'ils seront communs, l'entretien des ponts, le

curage etc. se feront de concert et à frais communs, à moins que des conventions communales existantes ne contiennent d'autres stipulations; mais chaque Etat sera exclusivement chargé du soin de veiller à la conservation des bords situés de son côté. Il en sera de même des fossés, rigoles, chemins, canaux, hayes ou autre objet servant de limites, c'est à dire, que ces objets, quant à la souveraineté, seront communs aux deux Puissances et qu'on ne pourra rien changer à leur état actuel que de commun accord, à moins toutefois en cas de stipulation contraire.

Article XXXI.

Les écoulemens d'eau, qui se trouvent actuellement dans les territoires réciproques, seront pareillement conservés pour l'avenir, et l'on n'osera faire aucun arrangement qui puisse nuire à l'écoulement des eaux intérieures (*Binnenwasser*).

Article XXXII.

Les passages d'eau, qui existent dans ce moment sur le Rhin, seront conservés dans leur état actuel. Les droits établis continueront d'être perçus pour le compte des mêmes Etats qui en jouissent aujourd'hui. On aura de part et d'autre la faculté d'établir et entretenir sur la rive opposée les ouvrages nécessaires pour faciliter l'abord aux passans. Il ne pourra être établi aucun nouveau passage, depuis la limite de Millingen au Waal jusqu'à Stockmann au Rhin, à moins d'un concert préalable et d'un commun accord des deux Puissances.

Article XXXIII.

Les domaines de l'Etat, qui pourront se trouver dans les Communes ou parties de Communes, changeant de domination, suivront toujours le territoire et appartiendront au nouveau Souverain.

Si dans les territoires cédés de part et d'autre se trouvent des domaines, dont les régistres originaux constatent la vente sous le Gouvernement Français et au nom de ce Gouvernement, par des autorités françaises, et desquels les prix de vente arriérés doivent encore être perçus, soit en entier, soit en partie, le Souverain, auquel ces terres appartenoient avant le présent Traité,

aura la faculté de faire poursuivre l'acheteur d'après les lois existantes sous le nouveau Souverain.

Les revenus des domaines, qui, après l'évacuation par les Français, n'ont été versés dans les caisses du Souverain légitime, seront restitués à ce Souverain par les caisses qui ont joui abusivement de cette recette.

Les revenus des parties du Lymers, non comprises dans la remise des enclaves au vingt-cinq mai dernier et venant par le présent Traité aux Pays-Bas, seront restitués à compter du dit jour.

Article XXXIV.

Les contributions et autres revenus de l'Etat courront et seront perçus pour le compte du nouveau Souverain à dater du jour de la prise de possession, jour, qui, dans aucun cas, ne pourra dépasser le terme fixé par l'article XLIII. relatif à l'évacuation et à la remise des endroits cédés ou échangés par le présent Traité, en sorte que, si par quelque événement imprévu, la prise de possession d'une Commune ou partie de Commune se trouvoit retardée, les contributions et autres revenus de l'Etat n'en seroient pas moins dûs, à dater du jour fixé.

Article XXXV.

Les biens, les droits réels et actions, qui peuvent compéter aux Communes ou Particuliers de l'une ou l'autre domination dans et sur les lieux et territoires réciproquement cédés ou échangés ou divisés, sont maintenus et conservés.

Article XXXVI.

Lorsque des Communes ou des Banlieues de Communes seront divisées par la ligne de démarcation, l'actif et le passif de ces Communes, c'est-à-dire leurs biens communaux ainsi que leurs dettes le seront ou devront l'être dans la même proportion. Pour établir cette proportion, on prendra pour base le montant des contributions foncière et personnelle réunies, et si la personnelle n'y existoit pas, on prendroit la foncière seule. Les biens et revenus communaux, qui devroient se distribuer par têtes ou par feux entre les habitans, seront partagés d'après la seule base adoptée pour les distributions annuelles, si tant est qu'il en existe

réellement et de droit de cette nature; bien entendu qu'après le partage fait, ces biens seront soumis aux lois municipales du nouvel Etat sous lequel ils se trouveront.

La partie de Zyfflich ainsi que les villages de Rekerdom et Loeth, cédés par le présent Traité au Royaume des Pays-Bas et faisant partie du Duffelsche-Polder, seront tenus de contribuer leur quote part dans les dettes arriérées contractées par ce Polder jusqu'au jour de la prise en possession fixé par l'article XLIII.

Article XXXVII.

Les Cultivateurs, dont les propriétés sont situées partie en-deçà et partie au-delà des frontières, pourront exporter et importer fumier, paille, litières et autres engrais pour la culture de leurs terres, ainsi que toute espèce de récolte. Ils auront de même la faculté de faire sortir et rentrer leurs bestiaux pâturans, le tout sans pouvoir être assujettis à aucun droit de douane, soit d'entrée, de sortie, de transit ou autres de cette espèce. Il suffira qu'ils fassent conster par des certificats de l'autorité locale, qu'ils possèdent et cultivent des terres situées au-delà des frontières, sans cependant pouvoir se soustraire aux visites des douaniers ou autres ayant commission légale de constater les cas de fraude; bien entendu que ces douaniers ou agens ne pourront faire des perquisitions que sur leurs territoires respectifs.

Article XXXVIII.

On pourra de part et d'autre acheter sur le territoire voisin et exporter franc de tout droit les matériaux nécessaires pour l'entretien des digues et des routes.

Article XXXIX.

Les Militaires de tout grade, qui seroient nés dans une Commune ou partie de Commune cédée ou échangée par le présent Traité, seront renvoyés au Souverain de cette Commune ou partie de Commune dans le délai de trois mois s'ils servent en Europe, et dans celui d'un an s'ils se trouvent dans les Colonies ou dans toute autre partie du monde. Les officiers cependant auront le choix de rentrer dans leurs pays ou de rester au service du Souverain sous les drapeaux duquel ils se trouvent; ils seront tenus d'opter dans les six mois de la publication du présent Traité.

Article XL.

Les habitans, qui par l'une ou l'autre stipulation du présent Traité passeront d'un Etat à l'autre, pourront changer de domicile, dans le délai de quatre ans, sans être assujettis à aucune charge ni condition quelconque; ils pourront même vendre ou autrement aliéner leurs biens, sans être tenus de payer d'autres droits que les autres habitans du même pays.

Article XLI.

Les Fonctionnaires demeurant dans les Communes ou parties de Communes cédées ou échangées, et qui, d'après les lois sous l'Empire desquelles ils ont été nommés, ne peuvent être déplacés sans indemnité, seront conservés et jouiront des mêmes droits que sous le Gouvernement qui les avoit nommés.

Article XLII.

Comme non obstant tous les soins que les deux Commissions ont apportés à lever toutes les difficultés qui se sont présentées, il est cependant possible, qu'il s'en présente d'autres encore lors de la plantation des poteaux, il a été convenu que ceux des membres de deux Commissions, sous la direction desquels cette opération aura lieu, seroient autorisés à terminer tous ces différens et spécialement à juger, après avoir entendu les autorités locales, toutes les contestations qui pourroient s'élever au sujet de l'incertitude des limites de quelques Communes.

Article XLIII.

Les endroits respectivement cédés ou échangés ou devant être restitués, seront évacués et l'administration en sera remise aux autorités compétentes dans le mois, à dater de l'échange des ratifications.

Article XLIV.

Les archives, cartes et autres documens relatifs à l'administration des Mairies ou Communes, qui, en vertu du présent Traité, passeront d'une domination sous l'autre, seront remis aux nouvelles autorités en même temps que les territoires mêmes. Au cas qu'une partie de Commune ou de Mairie seulement fut cédée ou échangée, les archives resteront à la partie où se trouve

le chef-lieu, à charge d'y donner accès à l'autre partie, chaque fois qu'elle en aura besoin.

Article XLV.

Dans les quinze jours après l'évacuation et la remise, dont il s'agit à l'article précédent, on commencera à planter les poteaux.

Ces poteaux seront de bois de chêne de la longueur de douze pieds du Rhin, huit hors de terre et quatre en terre; ils seront carrés; la partie en terre sera de douze pouces d'épaisseur au moins, et celle hors de terre de huit pouces; ils seront peints du côté de la Prusse en noir et blanc, et du côté des Pays-Bas en orange et blanc; ils seront numérotés et leurs numéros suivront la série de ceux à planter entre les deux Etats, depuis les limites de la France jusqu'à l'ancien territoire Hollandois près de Mook.

Il en sera planté autant que les Commissaires le trouveront nécessaire pour ne laisser aucune incertitude sur aucune partie de la frontière. Au cas qu'une rivière ou chemin fasse limite, il en sera chaque fois planté deux, savoir l'un du côté de la Prusse, l'autre du côté des Pays-Bas; ces deux poteaux ne porteront qu'un seul numéro et ne seront peints qu'aux seules couleurs adoptées par les territoires respectifs.

Article XLVI.

Le présent Traité[d]) sera soumis aux deux Cours, à l'effet d'être ratifié, et les ratifications seront échangées dans deux mois après la signature ou plutôt si possible.

En foi de quoi les Commissaires des hautes parties contractantes l'ont signé et muni de leurs cachets.

Fait à Clèves, le 7. octobre 1816.

(L. S.)	de Bernuth.
(L. S.)	Eytelwein.
(L. S.)	M. J. de Man.
(L. S.)	J. Blanken-Iz.

a) Es heisst daselbst: „Du point où la ligne, qui vient d'être décrite, atteint l'ancienne frontière Hollandoise, jusqu'au Rhin, cette frontière restera, pour l'essentiel, telle qu'elle étoit en 1795 entre

Clèves et les Provinces-Unies. Elle sera examinée par la Commission qui sera nommée incessamment par les deux Gouvernemens pour procéder à la détermination exacte des limites, tant du Royaume des Pays-Bas que du Grand-Duché de Luxembourg, désignées dans les articles 66 et 68; et cette Commission réglera, à l'aide d'experts, *tout* ce qui concerne les constructions hydrotechniques et autres points analogues, de la manière la plus équitable et la plus conforme aux *intérêts* mutuels des Etats Prussiens et de ceux des Pays-Bas."

b) Alte Wasserleitung.

c) Tornsche Mühle.

d) Bei dem gegenwärtigen Abdrucke dieses Vertrages ist die preussische officielle Ausgabe zum Grunde gelegt worden.

LXVIII.

Bekanntmachung der Königlich Preussischen Regierung zu Cleve vom 28. Februar 1817, enthaltend die Festsetzung der Gränzen zwischen Preussen und den Niederlanden, in Gemässheit des Vertrages vom 7. October 1816.

Nachdem die Unterhandlungen in Betreff der definitiven Gränz-Regulirung zwischen den beiden Königreichen Preussen und der Niederlande am Niederrheine mittelst eines am 7. October 1816 zu Cleve abgeschlossenen, von den Allerhöchsten Landesherren ratificirten und den 30. Januar laufenden Jahres zwischen beiderseits Bevollmächtigten ausgetauschten Tractats beendigt worden, sind die Gränzen der gedachten beiden Königreiche festgesetzt worden wie folgt.

Artikel I.

Die in dem Tractate bestimmten Gränzen bezeichnen die Linie, welche die beiden Linien von einander scheidet, von dem Punkte an, wo die längs der Maas laufenden Gränzen das alte Holländische Territorium berühren, bei den Häusern genannt Aan het End, bis zum Hannöverschen Gebiete, wo die Abgränzungslinie zwischen beiden Königreichen aufhört.

Artikel II.

Die Abgränzungs-Linie fängt bei dem oben erwähnten Punkte an, und läuft an der Gränze der ehemaligen Holländischen und Preussischen Gebiete hin, wie die Gränze im Jahre 1795 existirte; so dass der Plack, der Schildbrock, die Steenbergsche Haide und der Neederyksche Wald dem Königreiche der Nieder-

lande, der Clevesche Wald, der Lindenbergische Hof, der rothe Löwe, der halbe Mond und die Feldmark von Wilder dagegen dem Königreiche Preussen verbleiben sollen. Am halben Monde schneidet sie die grosse Strasse von Cleve nach Nymwegen quer durch und folgt dieser Strasse bis zum Hause, genannt der König von Preussen, welches Haus dem Könige von Preussen verbleiben soll, so dass die ganze gedachte Strasse, vom halben Monde an, dem Königreiche der Niederlande gehören wird.

Bei dem Hause, genannt der König von Preussen, verlässt die Linie die grosse Strasse, indem sie sich auf das Haus, genannt der Mussenberg, in der Nähe des Dorfes Beek wendet, und lässt dieses Haus an Preussen und das Dorf an die Niederlande. Vom Mussenberg wendet sich die alte Gränze gegen Osten bis zum Aartjenshoff, welcher, nebst dem Wege von Wilder, an Preussen verbleibt. Von da geht sie nach Norden, der alten Wasserleitung folgend, bis zum Ablauf des Zyflicher Wassers, und diesem Wasser-Ablaufe bis zu der Gränze zwischen Zyflich und Loeth, so dass die Tornsche Mühle nebst den dabei gelegenen Häusern, so wie das Gebiet von Zyflich zwischen dem Wasser Ablaufe und Ooysche-Water den Niederlanden, und das Wildersche Meer mit dem Theile des Zyflicher Wasser-Ablaufs zwischen der Tornschen Mühle und den Gränzen von Loeth ganz an Preussen gehören sollen. Die Linie läuft alsdann längs der gedachten alten Gränze zwischen Zyflich und Loeth hin, bis zu dem südlichsten Punkte der Herrlichkeit Millingen und folgt endlich den alten östlichen Gränzen dieser Herrlichkeit bis zur Waal, so dass Zyflich, Niehl und Bimmen dem Königreiche Preussen verbleiben, Loeth, Hulhausen, Kekerdom und Millingen einen Theil des Königreichs der Niederlande bilden werden.

Artikel III.

Von dem Punkte an, wo die Gränzen von Millingen die Waal berühren, geht die Abgränzungs-Linie in gerader Richtung auf den Thurm zu Aarth bis zum Mittelpunkte oder zur Axe der Normal-Breite des Flusses, welche Axe im Heraufgehen zum Thalweg angenommen worden und die Gränze bis zur Verlängerung der linken Seite des Weges von Stockmann nach Elten gegenüber bestimmen soll, so dass Schenkenschanz, mit

seinem Gebiete, einen Theil des Königreichs Preussen ausmachen, und Kyfwaard, Bylandschewaard, Graavenwaard,[5]) Lobith, der Ober- und Nieder-Spyk, mit Einschluss der Enclave des Gebiets von Elten, dem Königreiche der Niederlande gehören sollen.

Artikel IV.

Von dem oben erwähnten Mittelpunkte im Rheine verlässt die Gränze den Fluss, und wendet sich nach Norden längs der linken Seite der Strasse von Stockmann nach Elten hinlaufend, lässt diese Strasse, genannt Postweg, nebst der Brücke über die Wildt gänzlich an Preussen, und den Theil von Elten, welcher zwischen diesem Postweg, dem Ober-Spyk, dem alten Rheine und der Wildt liegt, an die Niederlande. Die Preussischen Unterthanen sollen die Befugniss haben, die Dämme des Spyks frei zu passiren, so wie gegenseitig der gedachte Postweg den Unterthanen der Niederlande immer frei und offen bleiben soll.

Artikel V.

Die Abgränzungs-Linie folgt ferner der Axe oder der Mitte des Flüsschens Wildt bis zum alten Rheine, läuft von da dem Gebiete von Elten auf dem rechten Ufer des alten Rheins und dem Weiher, genannt der Kamm, entlängs bis zum Steenwaardschen Sommerdamm, so dass der Kamm und das Haubergsche Fährhaus, nebst den Häusern bis zur Eltenschen Gränze, dem Königreiche der Niederlande gehören sollen.

Beim Sommerdamm, welcher Preussen ganz verbleibt, angelangt, läuft die Linie längs der äusseren Böschung des Deiches, in einer Entfernung von zwölf rheinländischen Fussen, bis zu den alten südlichen Gränzen der Herrlichkeit Grondstein, und folgt diesen Gränzen, dem rechten Ufer des alten Rheins entlang, bis unter die Wiese, welche zu dem Hause, genannt Waardtmannsdorf, gehört, so dass der Theil des Kiknit, welcher zwischen der gedachten Wiese und dem alten Rheine liegt, dem Königreiche Preussen gehören soll.

Ferner folgt die Linie dem westlichen Graben dieser Wiese, bis zum Wege, welcher die Verlängerung des Zomerkade ist, läuft sodann diesen Weg entlang in der Richtung nach Norden bis zum ersten Graben rechter Hand, folgt diesem Graben, so

wie dem südlichen Graben der sogenannten Smitsweide bis zu einer Entfernung von drei rheinländischen Ruthen von dem östlichen Graben der nämlichen Weide.

Von diesem Punkte ab wendet sich die Linie gleichfalls gegen den gedachten Graben östlich, bis zu den nördlichen Gränzen von Grondstein, so dass der Steenwaard nebst dem Sommerdamm, die Herrlichkeit Grondstein und der östliche Graben der Smitsweide, nebst den drei oben erwähnten Ruthen darüber, welche dazu dienen sollen, einen Weg, der auf die Strasse von Sevenaer nach Elten führt, anzulegen, dem Königreiche Preussen gehören, dagegen die Kribmeister-Weide, die Meuve-Polien und der Theil des Nooteboomsche-Polder, in welchem sich der Ueberrest des Lymers ganz befindet, dem Königreiche der Niederlande anheim fallen soll.

Artikel VI.

Die Abgränzungslinie läuft ferner den nördlichen Gränzen von Grondstein entlang bis zu einem, der Kirche zu Elten zugehörigen Grundstücke, welches zwischen der Strasse von Sevenaer nach Elten und dem vorgeschobenen Punkte von Grondstein gelegen ist. Von da folgt sie den alten Gränzen zwischen Elten und dem Lymers und geht in gerader Richtung auf die alte Gränze von Geldernland zu, so dass die Häuser von Velthuysen an Preussen, und der vorgeschobene Punkt, welcher durch die alten Gränzen zur linken Hand gebildet wird, den Niederlanden verbleiben. Endlich läuft sie den Gränzen der Gebiete von Elten und der Propstei Emmerich und denen von Beek und 'S Heerenberg entlang, so wie diese Gränzen im Jahre 1795 existirten, und zwar bis zum Flüsschen die Wildt genannt.

Da die resp. Uebergabe und Uebernahme der abgetretenen Landestheile auf den ersten k. M. März festgesetzt ist, die Abpfählung nach dem Inhalte des Tractats aber unverzüglich erfolgen soll, so entbinden wir, von diesem Tage an, Kraft der uns dazu ertheilten Vollmacht, alle Eingesessene der abgetretenen Distrikte unseres Regierungs-Bezirkes des Sr. Majestät dem Könige von Preussen geleisteten Eides des Gehorsams und aller daraus entspringenden Verpflichtungen, so wie wir hiermit im Namen Sr. Majestät des Königs unseres Allergnädigsten Herrn,

alle unter Höchstdesselben Scepter übergehende Einwohner zum Gehorsam gegen dessen Allerhöchste Person, auch gegen die angeordneten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden auffordern. Die auf dem linken Rheinufer belegenen an Se. Majestät den König von Preussen übergehenden Landestheile, werden in Hinsicht der Verwaltung dem landräthlichen Kreise von Cleve, so wie die auf dem rechten Rheinufer belegenen Landestheile dem landräthlichen Kreise von Rees einverleibt, und sind für jeden Theil besondere Commissarien zur resp. Uebernahme und Uebergabe ernannt. Wegen der Rechtspflege wird in Hinsicht jener Landestheile auf dem rechten Rheinufer von dem Königlichen Ober-Landes-Gerichte, auf dem linken Rheinufer aber von dem Königlichen Kreis-Gerichte hierselbst Anordnung getroffen werden.

Cleve, den 28. Februar 1817.

Königlich Preussische Regierung.
v. Erdmannsdorff.

a) Nicht St. Graewenwaard, wie in de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VII, p. 61 steht. Ueberhaupt sind in dem dortigen Abdrucke dieser Bekanntmachung fast sämmtliche Ortsnamen unrichtig angegeben.

LXIX.

Convention de limites entre la France et la Bavière, signée à Paris le 5. juillet 1825.

Sa Majesté le Roi de France et de Navarre et S. M. le Roi de Bavière, désirant terminer à l'amiable les différends qui se sont élevés, relativement à la fixation des limites entre la France et la province Bavaroise, désignée sous le nom de circle du Rhin ou de Bavière Rhénane, ont nommé à cet effet Leurs plénipotentiaires, savoir:

S. M. le Roi de France et de Navarre:
Le Sieur Baron de Damas, Pair de France, Lieutenant-Général de Ses armées, Grand'-Croix de l'ordre royal et militaire de St. Louis, Grand-officier de l'ordre royal de la Légion d'honneur etc., Son Ministre et Secrétaire d'état au département des affaires étrangères;

Et S. M. le Roi de Bavière:
Le Sieur Comte de Bray, Chambellan, Conseiller intime actuel, Membre du conseil d'état, Grand'-Croix des ordres du mérite civil de la couronne de Bavière, de l'aigle rouge de Prusse, de Ste. Anne de Russie, de l'étoile polaire de Suède, Chevalier de l'ordre de St. Jean de Jérusalem, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près S. M. Très-Chrétienne.

Lesquels, après s'être communiqué Leurs pleinspouvoirs respectifs, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

La limite, depuis son point de départ, situé sur la Bliese, au point commun avec la frontière prussienne, jusqu' auprès du territoire de la commune d'Obersteinbach, restera telle, quelle est maintenant fixée à l'exception seulement de la partie, où cette

limite étoit formée par la rivière de la Schwalb ; dans cette partie elle sera désormais déterminée par le nouveau cours donné à cette rivière pour son redressement.

Article II.

La limite depuis le territoire de la commune d'Obersteinbach jusqu'au Rhin sera fixée d'après les dispositions spécifiées ci-après, savoir :

§. 1. la Bavière cède à la France en toute propriété et souveraineté :

1. la partie de la commune d'Obersteinbach, qui est indiquée au plan nr. 3, ci-annexé, par le liséré orange et les lettres A. A. A. de manière, que le village d'Obersteinbach, ainsi que toute la portion qui contient la route conduisant de Bitche à Weissembourg fera partie du royaume de France.

2. Toute la commune de Niedersteinbach, en y comprenant le pays ou domaine connu sous le nom de Wingelsbach, avec le hameau de ce nom. En outre, la Bavière abandonne et cède à la France le territoire appelé Froensburg, comprenant le château et la forêt de ce nom. Les forêts seulement, situées dans la commune de Niedersteinbach et la partie de celle d'Obersteinbach, qui sont cédées par la Bavière à la France en toute propriété et souveraineté resteront soumises, quels qu'en soient les nouveaux possesseurs, à la charge qui leur est imposée, d'après les stipulations du contrat passé avec les fermiers des forges bavaroises de la Schoenau, de fournir leur contingent de bois aux dites forges, au prix indiqué dans le dit contrat, et tout le temps, qu'il doit durer. Il sera faite une mention spéciale de cette clause dans les procès-verbaux de délimitation, et, en même temps l'on y indiquera la quantité que chacune en doit fournir, en raison de son étendue et de sa qualité.

§. 2. La France renonce à toute prétention sur les forêts de Doerremberg, d'Alsberg et de Siebentheil, pour les parties possédées actuellement par la Bavière, lesquelles resteront en toute propriété et souveraineté à ce royaume.

§. 3. La limite autour de Weissembourg, sur la rive droite de la Lauter, sera formée ainsi qu'elle est marquée au plan nr. 1.,

le liséré bleu sur ce plan indiquant dans l'étendue du rayon de mille toises, l'ancienne limite communale de Weissembourg et d'Alstadt, sans pourtant depasser le dit rayon de mille toises, et le trait ponctué en noir marquant d'une part, ce que la France acquiert de terrain au delà de ce rayon avec le village de Weiler, et d'autre part ce qui est reservé de ce terrain à la Bavière autour du village de Schweigen, qu'elle conserve; dans ce dernier terrain se trouve comprise la fontaine située au bas du chemin, laquelle appartiendra aussi à la Bavière. De plus, lors du réglement définitif de la limite, il sera laissé à la Bavière comme propriété communale de Schweigen, une partie du bois communal de Weissembourg, laquelle sera calculée en raison des droits que la population dudit Schweigen a sur les susdits bois communaux. Cette clause ne sera pourtant exécutée que dans les cas où les habitans de Schweigen le préféreraient, et s'ils n'aimaient pas mieux rester co-propriétaires du bois communal entier.

Cette limite comprendra, à l'ouest de Weissembourg, tout le village de Weiler y compris le Langenbergerhof et la Chapelle de la Vierge, paroisse de Weiler, elle suivra ensuite l'ancienne limite des banlieues ou limites communales de Weissembourg et d'Alstadt, à l'exception pourtant du village de Schweigen qui reste à la Bavière et dont les dépendances sur le territoire de Weissembourg sont indiquées dans le trait déjà cité.

§. 4. Les dépendances des moulins de St. Remy et de Siebenhart seront cédées par la Bavière à la France. D'autre part les dépendances du moulin de Bienwald seront cédées par la France à la Bavière, de manière que sur ces trois points, la frontière sera formée par le milieu du canal déversaire des eaux de ces moulins, au lieu de l'être par le milieu de la Lauter, ainsi, que le prescrit le traité du 20. novembre 1815.

§. 5. La Bavière voulant donner à la France une nouvelle preuve du désir sincère qui l'anime de faire tout et qui peut être agréable à S. M. T. C., cède en avant de Lauterbourg, sur la rive gauche de la Lauter, un terrain de vingt-cinq hectares. La limite de cette cession sera conforme au plan ci-joint nr. 2., ainsi qu'il est marqué sur ce plan, par une ligne ponctée en rouge, de manière à ce que la briqueterie et la maison du briquetier,

qui sont maintenant des dépendances de la commune de Berg, seront en dehors de cette cession.

§. 6. La France renonce à tous ses droits et prétentions sur Neubourg et tout le territoire de Neubourg et de Berg, compris entre la Lauter et la vieille Lauter, dont le cours actuel détermine maintenant l'état de possession. L'octroi de Neubourg est compris dans cette renonciation; mais pour donner à la France une compensation des droits qu'elle réclamait à un partage des produits du dit octroi, la Bavière supprimera le bureau établi à Germersheim et appuyera de toute son influence auprès de la commission de l'octroi du Rhin, l'établissement d'un nouveau bureau sur le territoire Français, entre Strasbourg et la frontière, si la France juge convenable à ses intérêts d'en établir un.

§. 7. Sur tous les autres points, la frontière dans cette seconde partie restera fixée comme cela est prescrit par le traité du 20. novembre 1815.

Article III.

Les deux états entreront ou resteront en possession des diverses parties désignées dans l'article II., sans pouvoir prétendre à aucune indemnité pécuniaire, à raison de leur occupation antérieure à la présente convention, tout pour ce qui concerne la perception des impôts, que pour les revenus des propriétés communales ou royales.

Article IV.

Il sera stipulé dans la convention de limites conclue par M. M. les commissaires délimitateurs, que sur les rivières et ruisseaux limitrophes et particulièrement sur toute l'étendue de la Lauter qui sert de frontière, l'on ne pourra faire aucune nouvelle construction ou bâtisse qui puisse en déranger le cours actuel, à moins que ces constructions n'ayent un but d'utilité commune aux deux états et ne soient consenties par eux. A l'égard des constructions riveraines et des ponts déjà existans, on s'en tiendra aux observations actuelles.

De plus, il sera convenu entre eux qu'aucune construction nouvelle ne pourra être effectuée le long des limites, qu'autant qu'elles seroient éloignées de dix mètres de ces mêmes limites.

Il sera encore convenu entre eux que sur tous les points où

les chemins servent à indiquer le tracé de la frontière, ces chemins dans toutes celles de leurs parties qui suivront la frontière, seront déclarés mitoyens, c'est-à-dire communs aux deux états.

Article V.

Dans toutes les portions de la frontière, où la limite actuellement désignée coupera les propriétés des sujets des deux pays, les possesseurs de ces propriétés ainsi morcellées auront la faculté de retirer leurs récoltes et de les cultiver, sans qu'il y soit mis aucun obstacle, sur le territoire qu'il auront désigné d'après une déclaration préalable et qui sera faite une fois pour toutes.

Les propriétaires de chacun des deux états qui se trouveroient possesseurs de terres dans l'autre, à une distance de la frontière qui sera déterminée par les commissaires délimitateurs, auront la faculté de retirer leurs récoltes, sans payer aucun droit, mais en se conformant cependant aux réglemens des douanes de chaque pays pour ce qui concerne le transit des marchandises et après en avoir fait une déclaration préalable.

Article VI.

M. M. les commissaires Français et Bavarois, chargés de la de la délimitation, recevront dans le plus bref délai possible, l'ordre de se réunir, afin de régler d'après les bases établies dans la présente convention, le tracé de la frontière entre les deux états. Ils feront procéder, après que leur convention de limite sera ratifiée, à la remise et prise de possession des parties réciproquement cédées et feront marquer provisoirement dans ces parties les limites par des poteaux.

Ils feront ensuite dresser par leurs délégués des procès-verbaux de délimitation, commune par commune, lesquels étant accompagnés de plans descriptifs, constateront le tracé de la frontière et les droits respectifs de ces communes et de leurs habitans. En même temps, leurs délégués feront procéder à un abornement sur tous les points ou cela sera jugé nécessaire, de sorte que la réunion de ces procès-verbaux à la suite de la dite convention de limites, montrera qu'elle a son entière exécution.

Article VII.

La présente convention sera ratifiée*) et les ratifications en

seront échangées dans le terme de six semaines, ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à Paris le 5. juillet 1825.

(L. S.) Signé: Le Baron de Damas.
(L. S.) Signé: Le Comte de Bray.

a) Die Ratification erfolgte vom Könige von Frankreich unterm 31. Juli 1825.

LXX.

Bekanntmachung d. d. Carlsruhe den 29. November 1827, betreffend den zu Strassburg am 30. Januar 1827 zwischen Frankreich und Baden wegen Berichtigung der Rheingränze und Herstellung des Eigenthums und Besitzstandes der Rheininseln abgeschlossenen Vertrag. *)

Ludwig von Gottes Gnaden, Grossherzog zu Baden, Herzog zu Zähringen u. s. w.

Um im Einverständniss mit Sr. Maj. dem Könige von Frankreich und Navarra diejenigen Bestimmungen in Vollzug gesetzt zu sehen, welche in den Pariser Friedensschlüssen vom 30. Mai 1814 Art. III, §. 5. und vom 20. November 1815 Art I, §. 2. sowohl in Beziehung auf die Berichtigung der Gränze zwischen Frankreich und Deutschland, als auch hinsichtlich der Wiederherstellung des Besitzstandes und Eigenthums der Rheininseln, enthalten sind, haben wir Unsern Staats-Minister des Innern, Freiherrn von Berkheim, mit den gehörigen Vollmachten versehen, um mit den zu diesem Behufe von Sr. Allerchristlichsten Majestät gleichfalls ernannten bevollmächtigten Commissarien, Herrn Grafen von Guilleminot, Pair von Frankreich und General-Lieutenant der Armeen des Königs u. s. w., und dem späterhin an dessen Stelle getretenen Herrn Staatsrath von Esmangart, Präfekten des Niederrheinischen Departements, die nöthigen Unterhandlungen zu pflegen.

Nachdem diese Bevollmächtigten, nach einer Reihe von Verhandlungen, unterm 30. Januar d. J. zu Strasburg einen umfassenden Vertrag abgeschlossen, welcher in allen seinen Punkten

beiderseitig genehmigt worden ist, und worüber die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden bereits unterm 22. September d. J. Statt gefunden hat;

So verfügen und verordnen Wir, dass die nachstehende Uebersetzung des wesentlichen Inhalts des besagten Vertrages zur gehörigen Nachachtung und Kenntnissnahme für Unsere Unterthanen und Behörden, so weit es solche berührt, andurch öffentlich bekannt gemacht werde.

I. Eigenthumsgränze.

Von der Wiederherstellung des Besitzes und Eigenthums der Rheininseln in denjenigen Zustand, wie er zur Zeit der Unterzeichnung des Luneviller Friedens Statt hatte. [b])

Artikel I.

Die Wiederherstellung des Besitzes und des Eigenthums der Rheininseln in denjenigen Zustand, wie er zur Zeit der Unterzeichnung des Friedens von Luneville Statt hatte, so wie ihre gegenseitige Zurückgabe werden von Seiten der unterzeichneten Bevollmächtigten durch subdelegirte Commissarien vollzogen werden. In Gemässheit dessen soll alles Eigenthum, welches vermöge der in den §§. 1. 2. 3. und 4. der unterm 7. September 1817 verabredeten, und von den beiderseitigen höchsten Regierungen genehmigten Uebereinkunft ausgesprochenen Grundsätzen, als Insel zu betrachten ist, durch die subdelegirten Commissarien den ehemaligen Besitzern zurückgegeben werden.

Diese Zurückgabe wird durch Protokolle constatirt werden, welche dem gegenwärtigen Vertrag beigefügt bleiben.

Artikel II.

Die alten Gemeindsbanngränzen, welche zur Zeit der Unterzeichnung des Luneviller Friedens die Gränze des Eigenthums und des Besitzes bildeten, sind wieder herzustellen, und auf dem Terrain mittelst Unterscheidungsmarken zu bezeichnen. Da, wo diese Gränzen über festes Land gehen, werden sie in den dem Festland zunächst gelegenen Rheinarm übertragen, in welchem sich zur Zeit der Beobachtung des Mittelwassers, Wasser befindet.

Artikel III.

Die Gemeinschaftsverhältnisse, welche ehemals zwischen gewissen, auf dem einen Rheinufer gelegenen Gemeinden und ihren Zugehörden bestanden, namentlich die Vereinigungen von Einwohnern, die sich zwar innerhalb des Umfanges der Markungen dieser Gemeinden, jedoch auf dem jenseitigen Ufer niedergelassen haben — welche aber zur Zeit des Luneviller Friedens oder schon früher dergestalt aufgelöset worden sind, dass die auf dem linken Rheinufer befindlichen Gemeindsgenossen, so wie das daselbst liegende Territorium, französisch geblieben oder geworden, während diejenigen, welche sich auf dem rechten Rheinufer befanden, mit ihrem dortigen Territorium deutsch geblieben oder geworden sind; — diese Gemeinschaftsverhältnisse unter den Gemeinden und ihren Zugehörden, so wie die damals hieraus hervorgegangenen politischen Folgerungen, sind und bleiben aufgehoben.

In Folge dessen soll der Besitzstand jeder dieser Gemeinden hinsichtlich der Rheininseln so hergestellt werden, wie er factisch zur Zeit der Unterzeichnung des Luneviller Friedens bestand, jedoch blos nur hinsichtlich der gegenwärtig in dem Flussbett befindlichen Inseln und ohne dass die Zugehörden der Gemeinden diesfalls einen Anspruch zu machen vermögen.

Artikel IV.

Wenn in Folge der gegenseitigen Zurückgaben, welche durch die gegenwärtige Gränzbestimmung veranlasst worden, Privatpersonen aus dem Besitz von Rheininseln gesetzt werden sollten, welche sie auf rechtmässige Art von den Souverains oder von Gemeinden erworben haben, die durch den Vollzug des Luneviller Friedens Eigenthümer derselben geworden sind, so sollen diese Privatpersonen sowohl für das Ankaufscapital, als auch für die in den Kaufverträgen ausgesprochenen Kosten entschädigt werden.

Artikel V.

Es soll im Laufe eines Jahres gemeinschaftlich, und nach Maassgabe der von den beiderseitigen Herrn Commissarien gegebenen Instruction eine Karte vom Rhein und dem angränzenden

Landstriche beider Staaten aufgenommen werden, auf welcher die Eigenthumsgränze pünktlich zu bezeichnen ist, und welche sofort mit der von den Herrn Commissarien gut geheissenen geometrischen Gränzbeschreibung gegenwärtigem Vertrag wird angehängt werden.

Artikel VI.

Die Behörden auf beiden Ufern sind verpflichtet, die in Gemässheit der von den Ingenieurs beider Staaten, unter Mitwirkung der Vorgesetzten der Ufergemeinden vorgenommenen Untersuchung der Nomenclatur, auf der Rheinkarte eingetragenen Benennungen der Rheininseln beizubehalten; sollte sich eine neue Insel bilden, so wird die Regierung, welcher sie angehört, der andern Regierung den dieser Insel beigelegten Namen bekannt machen.

Artikel VII.

Beide Regierungen machen sich verbindlich, jede auf ihrer Seite und auf eine der eingeführten Landesadministration am meisten entsprechende Art, für die Erhaltung der sichtbaren Gränzzeichen Sorge tragen zu lassen, und zwar nach Maassgabe der unter ihnen übereingekommenen, dem gegenwärtigen Vertrag angefügten besondern Convention.

II. Hoheitsgränze.

Von der hinlänglich zu bestimmenden Bezeichnung, welche der Gränzberichtigung zwischen dem Königreich Frankreich und dem Grossherzogthum Baden zu geben ist, um in Zukunft so viel wie möglich jeder Ungewissheit sowohl hinsichtlich der Hoheits- als Eigenthumsgränze vorzubeugen, und um auf die thunlichste Weise den Eigenthümern den Genuss zu sichern.

Artikel VIII.

Der Thalweg des Rheins, welcher die Gränze zwischen Frankreich und den Deutschen Staaten bildet, bestimmt auch in Zukunft die Hoheitsgränze zwischen Frankreich und dem Grossherzogthum Baden. *)

Artikel IX.

Der Thalweg des Rheins ist der während des gewöhnlichen niedrigsten Wasserstandes für die Thalschifffahrt geeignetste Weg. Im Fall dass über zwei Arme des Flusses Streit entstehen sollte, so wird derjenige der beiden Arme, welcher im Laufe der Achse seines eignen Thalwegs die fortlaufende grösste Tiefe hat, als ein Arm des Haupt-Thalwegs angesehen. Man nennt Achse des Thalwegs diejenige Linie seines Laufes, welche durch die ununterbrochen auf einander folgenden grössten Tiefen bestimmt ist.

Artikel X.

Der Thalweg soll jedes Jahr im Monat October nach Abfluss des Hochgewässers durch einen Französischen und einen Badischen Ingenieur-Officier, unter Zuziehung eines verpflichteten Steuermanns aus jedem Staat untersucht und bestimmt, auch dessen Lauf durch Pfähle bezeichnet werden.

Artikel XI.

Der auf diese Art einmal bestimmte Thalweg bildet die conventionelle Hoheitsgränze zwischen beiden Staaten, ohne Rücksicht auf die Veränderungen, die der wirkliche Thalweg in der Zwischenzeit von einer Untersuchung zur andern erleiden könnte. Die Zolllinie darf daher solche unter keinem Vorwand überschreiten.

Artikel XII.

Da der Thalweg des Rheins die Hoheitsgränze zwischen Frankreich und dem Grossherzogthum Baden bildet, so unterliegt diese Gränze allen Folgen, welche aus der periodischen Thalwegsbestimmung entstehen, indem sie stets die Scheidelinie bleibt, bis wohin sich die Ausübung der Hoheitsrechte beider Staaten erstreckt.

Artikel XIII.

Weil indessen durch diese Veränderungen der Hoheitsgränze die bedeutenden Nachtheile entstehen, dass das gute Einverständniss der beiderseitigen Unterthanen oft gestört und einzelne Gebietstheile einem beständigen, für die Ausübung der Eigenthumsrechte sehr lästigen Wechsel der Staatsverwaltungsart unterwor-

fen würden, so ist man übereingekommen, dass das Recht zum Weiden, Fischen, Jagen, zum Sammeln des angeschwemmten Holzes, zum Goldwaschen, so wie alle andern Nutzungsrechte, insoweit solche nach den bestehenden Gesetzen desjenigen Staats zulässig sind, unter dessen Hoheit sich das Eigenthum befindet, auch jenseits des Thalwegs bis zu den unveränderlichen Banngränzen der Gemeinden beider Staaten, ausgeübt werden dürfen.

Artikel XIV.

Die zwischen dem Thalweg und der unveränderlichen Eigenthumsgränze der Gemarkungen der Ufergemeinden befindlichen Land- und Wasserflächen, zu welcher Zeit solche auch entstanden seyn mögen, sollen als volles Eigenthum derjenigen Gemeinde gehören und von ihr besessen werden, deren Bann vom Thalweg des Rheins durchschnitten wird. Die Verlandungen, welche sich in Zukunft sowohl an den Inseln, als an dem Festland bilden könnten, gehören der Gemeinde, welche Eigenthümerin des Banns ist, bis an die Gränze ihres Banns; derjenige Theil der Verlandungen, welcher sich über diese Gränze hinaus erstreckt, gehört der angränzenden Gemeinde.

Artikel XV.

Die Souveraine der beiden Ufer behalten sich das Recht vor, die zur Unterhaltung der Flussbauten benöthigten Faschinen von den Eigenthümern der Rheininseln zu beziehen.

Artikel XVI.

Im Monat Oktober eines jeden Jahres werden sich die betreffenden Behörden beider Staaten das Verzeichniss über die Anzahl der Faschinen, Flechtgerten und Pfähle einander mittheilen, welche die Ingenieurs eines jeden Ufers im Fall sind, zur Unterhaltung der Flussbauten ihres Ufers, auf den Rheininseln hauen zu lassen, welche den Gemeinden des jenseitigen Staats angehören.

Artikel XVII.

Das Holz, worüber die Ingenieurs, zum Behuf der Verfertigung von Faschinen, Flechtgerten und Pfählen, verfügen werden, soll im Laufe des Jahrs von demjenigen Staat, welcher es

verwendet, derjenigen Gemeinde bezahlt werden, welcher das Eigenthum gehört. Diese Hölzer dürfen nur in Gegenwart der Vorgesetzten dieser Gemeinden und gegen Ausstellung eines Abzahlungsscheins weggeführt werden.

Das Hauen und Aufmachen der Faschinen, Flechtgerten und Pfähle wird von den Unternehmern der Flussbauten besorgt, und geschieht unter der Aufsicht der Inseleigenthümer, der Forstbehörde und Ingenieurs. Die Unternehmer sind für alle Frevel und Beschädigungen verantwortlich, welche durch sie, oder durch ihre Arbeiter an dem Eigenthume verübt werden.

Wenn die Flussbauten auf Rechnung des Staats vorgenommen und das Hauen und Verfertigen der Hölzer im Abstriche versteigert werden, so sollen die Gemeinden, welchen die Inseln gehören, zu den Versteigerungen zugezogen werden, und bei gleichen Geboten den Vorzug haben.

Artikel XVIII.

Die beiden Regierungen werden über einen gleichförmigen Tarif übereinkommen, nach welchem die Faschinen, Flechtgerten und Pfähle an die Eigenthumsgemeinden der beiden Ufer von demjenigen Staat, der solcher bedarf, werden bezahlt werden, und zwar nach Maassgabe der bestehenden, durch Sachverständige jeweils für die Dauer der periodisch vorzunehmenden Thalwegsbestimmung auszumittelnden Holzpreise.

Artikel XIX.

Die Gemeinden beider Staaten, welche Rheininseln besitzen, können, — ohne dass die Behörden des Staats, unter dessen Hoheit ihre Inseln liegen, es verweigern dürfen, — unter Beobachtung der vorgeschriebenen gesetzlichen Formalitäten, auf diesen Inseln Holzhiebe vornehmen, sobald das Holz, beim weichen Holz, ein Alter von sechs, beim harten Holz aber ein Alter von acht Jahren erreicht hat; dagegen bleibt es vor Erreichung dieses Alters zum Behuf der Verwendung zu den Flussbauten der Verfügung der Ingenieurs desjenigen Staats unterstellt, unter dessen Hoheit die Inseln gelegen sind.

Artikel XX.

Jede Gemeinde wird ermächtigt, einen Waldaufseher aufzustellen, welcher für die Erhaltung ihrer unter der Hoheit desjenigen Staats gelegenen Waldungen und Eigenthums zu wachen hat, dem sie nicht angehört.

Diese Waldaufseher müssen die erforderlichen Eigenschaften haben, um von den Behörden derjenigen Regierung, unter deren Hoheit die ihrer Hut anvertrauten Waldungen und Güter sich befinden, verpflichtet werden zu können.

Artikel XXI.

Die denjenigen Eigenthümern gebührende Entschädigung, welche in dem Fall sind, für das allgemeine Wohl, Grundstücke zur Anlage von Flussbauten abtreten zu müssen, soll nach den Gesetzen desjenigen Staats ausgemittelt werden, unter dessen Hoheit sich diese Grundstücke befinden, welches auch diejenige der beiden Regierungen seyn mag, welche die Flussbauten vornehmen lässt.

Artikel XXII.

Beide Regierungen kommen überein, darauf zu wachen, dass die Behörden der beiderseitigen Ufer in der kürzesten Frist und zu gelegener Zeit diejenigen Gesuche erledigen, welche von den fremden Gemeinden, welche Inseln unter der Hoheit des andern Staats besitzen, sowohl wegen Bewilligung von Holzhieben, als wegen Erlaubniss zur Benutzung des Grases, Schilfrohrs und Weidgangs, eingerichtet werden, vorausgesetzt, dass dieses zur gehörigen Zeit und in den vorgeschriebenen Formen geschieht.

Artikel XXIII.

Das bestehende Zollsystem kann die Eigenthümer der zwischen dem Thalweg und der Banngränze einer fremden Gemeinde liegenden Grundstücke nicht hindern, die Erzeugnisse dieser Grundstücke, so wie der in dem Art. XIII. dieses Vertrags vorbehaltenen Nutzungen und Berechtigungen frei von allen Abgaben auszuführen, wobei sie sich jedoch immerhin den durch

die Zollverordnungen für nöthig erachteten Maassregeln und Declarationen zu unterziehen haben.

Gegeben in unserer Residenzstadt Carlsruhe, den 29. November 1827.

Ludwig.

Vdt. Freiherr von Berstett.

Auf Befehl Seiner Königlichen Hoheit.
Hägelin.

a) Grossherzoglich Badisches Regierungsblatt vom 10. December 1827, Nr. 28.

b) In dem Luneviller Frieden waren folgende Fragen unerledigt geblieben: 1) von Verrückungen nicht nur des Thalwegs, sondern auch des ganzen Flussbettes; 2) von Kunstanlagen, wodurch jene Verrückungen veranlasst werden; 3) von zwei Thalwegen, die es in einigen Gegenden gibt. Durch den §. 5. Art. III. des Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, und durch den §. 2. Art. I. des Pariser Friedens vom 20. November 1815 ist die erste Frage, in Ansehung der Souveränetät über die Rheininseln, stillschweigend bestimmt, indem sie nur das Eigenthum der Inseln, im Falle einer Verrückung des Flusslaufes, für unwandelbar erklären.

Vergl: J. L. Klüber, öffentliches Recht des Teutschen Bundes und der Bundesstaaten (4. Aufl. 1840), §. 91, 92.

J. L. Klüber, Staatsrecht des Rheinbundes, §. 60.

c) Zwischen Baden und dem Canton Aargau bildet der Thalweg des Rheins die Staatsgränze, und ist darunter hier „die grösste Tiefe des Strohms" zu verstehen, auf Brücken aber die Mitte derselben.

Vergl: den Vertrag vom 17. September 1808, Art. I, in: P. A. Winkopp, der Rheinische Bund u. s. w., XXXVII, S. 46.

LXXI.

Vertrag zwischen S. M. dem Könige von Preussen und S. K. H. dem Grossherzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach, abgeschlossen zu Paris den 22. September 1815.

Im Namen der hochheiligen und untheilbaren Dreieinigkeit.

Se. Majestät der König von Preussen und Se. Königliche Hoheit der Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach, beiderseitig geneigt, im Verfolg der vorläufigen Uebereinkunft vom 1. Junius dieses Jahres durch einen besondern Staatsvertrag diejenigen Bedingungen näher zu bestimmen und zur Vollziehung zu bringen, welche auf dem Congresse zu Wien zu Gunsten Sr. Königlichen Hoheit, des Grossherzogs, festgesetzt*), und von Sr. Majestät dem Könige zu erfüllen übernommen worden sind, haben deshalb Bevollmächtigte ernannt, um Alles zu verabreden, zu beschliessen und zu unterzeichnen, was auf diesen Gegenstand Bezug hat, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:

Ihren Staatskanzler Fürsten von Hardenberg, Ritter des Königlich Preussischen grossen schwarzen und rothen Adler-, des St. Johanniter- und des eisernen Kreuzes Orden, Ritter des Kaiserl. Russischen St. Andreas-, St. Alexander-Newsky- und St. Annenordens erster Classe, des Ungarischen St. Stephans-, der Ehrenlegion, des Spanischen St. Carls-, des Baierischen St. Huberts-, des hohen Sardinischen Annunciaden-Ordens Grosskreuz, des Schwedischen Seraphinen-, des Dänischen Elephanten-, des Würtembergischen goldnen Adler- und mehrerer anderer Orden Ritter; und

den Herrn Carl Wilhelm Freiherrn von Humboldt, Ihren Staatsminister, Kammerherrn, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei seiner Kaiserl. Königl. Apostolischen Majestät, Ritter des Königl. Preussischen grossen rothen Adler- und des eisernen Kreuzes Orden, Grosskreuz des Kaiserl. Oesterreichischen Leopolds-, des Russisch Kaiserl. St. Annen-, des Dänischen Dannebrog-Ordens, des Baierischen Ordens der Krone und des Badenschen Ordens der Treue; und

Se. Königliche Hoheit der Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach:

den Herrn Ernst August Freiherrn von Gersdorff, Ihren Wirklichen Geheimen Rath im Ministerio;

Die, nachdem sie ihre Vollmachten in guter und gehöriger Form befunden, und gegen einander ausgewechselt haben, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Artikel I.

Nachdem Se. Majestät der König von Preussen an Se. Königl. Hoheit den Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach durch den Vertrag vom 1. Junius dieses Jahres bereits abgetreten haben:

1) die Herrschaft Blankenhayn, mit Ausnahme des Amts Wandersleben, das Preussen verbleibt, dagegen aber mit Einschluss des abgesondert liegenden Dorfes Ramsla;

2) die niedere Herrschaft Kranichfeld;

3) die vormaligen Commenden des Deutschen Ordens Zwätzen, Lehesten und Liebstadt, mit ihren sämmtlichen Einkünften, so weit sie zu dem Amte Eckartsberga gehören, und Enclaven in dem Weimarischen Gebiete bilden, so wie auch alle übrigen zu dem gedachten Amte gehörigen und im Fürstenthum Weimar eingeschlossenen Ortschaften;

4) das Amt Tautenberg, mit Ausnahme der Ortschaften Droizen, Görschen, Wethaburg, Wetterscheid und Mollschütz, welche Preussen verbleiben;

5) die zu Schloss Wippach im Erfurtischen Gebiete gehörigen Ortschaften Berlstädt und Antheil an Klein-Brembach;

so fügen Sie diesen Abtretungen ferner hinzu:

6) den zu Ihrem Herzogthume Sachsen gehörigen Neustädter Kreis, in den Gränzen, worin er sich bei Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages befindet, jedoch mit Ausnahme alles dessen, was in Westen und Süden in einer Linie liegt, welche den gedachten Kreis von der Saalfeldischen bis zur Reussischen Gränze dergestalt durchschneidet, dass die Ortschaften Röhmen, Döbritz, Grobengereuth, Laaske, Posen, Keula, Schöndorf und Volkmannsdorf, mit ihren Feldmarken, an Weimar kommen, die Ortschaften Podelwitz, Gertewitz, Seebach, Bahra, Schmorda, Moxa, Passka, Culmla, Ziegenrück und Eshach, gleichfalls mit ihren Feldmarken, dagegen bei Preussen verbleiben;

7) die nachstehenden, einzeln liegenden, dem Weimarischen Gebiete angränzenden oder benachbarten Ortschaften, sämmtlich mit ihren Feldmarken:

a) Lachstädt, zum Amte Naumburg gehörig;
b) Darnstädt, zum Amte Pforta gehörig;
c) Widdersrode, Nieder-Trebra, Ober-Reussen, Nirmsdorf, Rudersdorf, Ellersleben, Klein-Neuhausen, Gross-Neuhausen und Orlisshausen, Amts Eckartsberga;
d) Esleben, gleichfalls Amts Eckartsberga, wovon Weimar bereits das grundherrliche Eigenthum unter Preussischer Landeshoheit besitzt;
e) Willerstädt, zum Amte Wendelstein gehörig; Cranichborn, Amts Weissensee.

8) von dem Erfurter Gebiete nachstehende Aemter und Ortschaften:

a) Schloss Vippach;
b) die Dörfer Stottenheim und Schwerborn, Amts Gispersleben;
c) das Amt Atzmannsdorf;
d) das Amt Tonndorf, nebst den darin einbezirkten Ortschaften Isserode und Hainichen;

9) die zum vormaligen Grossherzogthume Frankfurt, und zwar dessen Departement Fulda, gehörigen Cantone oder Bezirke Dermbach und Geysa in denjenigen Gränzen, worin dieselben sich nach der letzten Landeseintheilung dermalen befinden.

Se. Majestät der König von Preussen leisten Verzicht für

Sich, Ihre Nachkommen und Nachfolger auf die vorstehend benannten abzutretenden Distrikte und Ortschaften, welche künftig von Sr. Königlichen Hoheit dem Grossherzoge zu Sachsen-Weimar-Eisenach mit allen Landeshoheits-, Oberherrlichkeits- und andern davon abhängenden Rechten werden besessen werden. Nachdem die Uebergabe der unter Nr. 1 bis 5 angeführten Cessionen bereits erfolgt ist, so sollen auch die ferner unter Nr. 6, 7, 8 und 9 enthaltenen, innerhalb vier Wochen, von Unterzeichnung dieses Vertrages, oder, wenn es seyn kann, eher übergeben werden.

Artikel II.

Se. Majestät der König von Preussen verpflichten Sich ferner, von Sr. Königlichen Hoheit, dem Churfürsten von Hessen, die Abtretung nachstehend verzeichneter Distrikte und Ortschaften zu Gunsten Sr. Königl. Hoheit, des Grossherzogs zu Sachsen-Weimar-Eisenach, zu erhalten, nämlich:

a) das Amt Frauensee, mit Einschluss von Gosperoda;
b) das Gericht Völkershausen;
c) das Gericht Lengsfeld;
d) das Amt Vacha, einschliesslich der Stadt Vacha nebst der Voigtei Kreuzberg, jedoch mit Ausnahme der Ortschaften Kreuzberg, Philippsthal, Thalhausen, Nippe, Hillartshausen, Röhrich und Unter-Neurode;
e) von dem Amte Friedewald die Ortschaften Dippach, Gasterode, Witzerode und Abtarode;
f) das Dorf Wenigentaft.

Se. Königl. Hoheit der Churfürst von Hessen werden dieselben an des Grossherzogs zu Sachsen-Weimar-Eisenach Königl. Hoheit zu ewigem und unwiderruflichem freiem Eigenthume mit allen Landeshoheits-, Oberherrlichkeits-, Lehns-, Domanial- und andern Rechten, welche Sie darin oder als dazu behörig am 1. August dieses Jahres besessen haben, übergeben, und soll die Uebergabe baldmöglichst und spätestens binnen sechs Wochen erfolgen.

Artikel III.

Se. Königl. Hoheit, der Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach, erklären Sich dagegen, durch die vorstehend nach Artikel I und II Ihnen zufallenden Distrikte und Ortschaften vollstän-

dig befriedigt, für die in Gemässheit der Beschlüsse des Congresses zu Wien Ihnen bestimmte Vergrösserung mit einer Bevölkerung von 50,000 Einwohnern, welche des Königs von Preussen Majestät Ihnen zu überweisen Sich verpflichtet haben; und mit einer andern Bevölkerung von 27,000 Einwohnern, welche Ihnen aus dem vormaligen Departement Fulda gewährt werden soll. Sie verpflichten Sich, für Sich, Ihre Nachkommen und Nachfolger nach Empfang der Ihnen nach Artikel I und II des gegenwärtigen Vertrages zukommenden Distrikte und Ortschaften niemals einen fernern Anspruch wegen vorgedachter Vergrösserung von überhaupt 77,000 Einwohnern an des Königs von Preussen Majestät oder irgend einen Dritten, namentlich irgend einen Inhaber eines Antheils an dem Departement Fulda, zu machen.

Artikel IV.

Da man übereingekommen ist, die Dörfer Röda und Ringleben mit ihren Feldmarken und allen davon abhängenden Rechten und Einkünften zu vertauschen, so treten Se. Majestät der König ersteres, und Se. Königliche Hoheit der Grossherzog letzteres, gegenseitig in gedachter Art ab, und soll die Auswechselung binnen vier Wochen, oder wenn es seyn kann, eher, vollzogen werden.

Artikel V.

Se. Königl. Hoheit der Grossherzog treten an des Königs Majestät ab, alle Rechte, welche Sie bisher in dem nach Vollziehung des gegenwärtigen Vertrages Preussisch verbleibenden Theile des Gebiets und der Stadt Erfurt ausgeübt oder behauptet haben möchten.

Unter dieser Abtretung ist jedoch das Geleit nicht begriffen, welches des Grossherzogs Königliche Hoheit in der Stadt und dem Gebiete Erfurt erhebt.

Se. Königliche Hoheit verpflichten Sich aber, auch dies Geleit gegen vollständige Entschädigung durch eine noch besonders abzuschliessende Uebereinkunft an Preussen zu überlassen.

Artikel VI.

Die grundherrlichen Einkünfte der schon bisher unter Weimarischer Hoheit gestandenen, im Bezirke des Eisenachischen

Amts Kreuzburg gelegenen Ortschaften Bischofsroda und Probstzella, welche Preussen bereits durch den Vertrag vom 1. Junius dieses Jahres an Weimar abgetreten hat, sollen bei der vorstehend vorbehaltenen Einlösung des Geleits in Anrechnung gebracht werden.

Artikel VII.

Se. Majestät der König von Preussen treten an des Grossherzogs zu Sachsen-Weimar-Eisenach Königliche Hoheit in Erwiederung der Disposition des fünften Artikels gleichfalls alle Rechte ab, welche Sie in der Eigenschaft als Landesherr der Stadt und des Gebiets Erfurt in den Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachischen Landen, so wie dieselben nach Vollziehung dieses Vertrages bestehen werden, bisher ausgeübt oder behauptet haben möchten.

Artikel VIII.

Se. Königl. Hoheit der Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach verpflichten Sich zu gestatten, dass Preussen, wenn es dies seinem Interesse angemessen finden sollte, die Unstrut und Gera, auch so weit sie durch Ihr Gebiet fliessen, schiffbar oder flössbar mache. Sie werden auch die Schifffahrt und Flösserei auf diesen Gewässern mit keinen Zöllen und Abgaben beschweren, und dem Gebrauche derselben durch Preussische Unterthanen kein Hinderniss entgegenstellen.

Artikel IX.

Des Grossherzogs Königliche Hoheit machen Sich verbindlich, der Preussischen Monarchie folgende Militärstrassen zum Gebrauche in Kriegs- und Friedenszeiten einzuräumen:

1) auf der grossen Frankfurter Chaussee von Leipzig über Weimar und Erfurt auf Eisenach, von wo nach weiter vorbehaltener Uebereinkunft die Transporte entweder über Berka auf Hersfeld oder über Vach auf Fulda gehen werden;

2) aus dem Preussischen Thüringen über Buttstädt nach Erfurt;

3) von Gera über Auma nach Schleiz und Gefäll;

4) eine erst in der Folge näher zu bestimmende Strasse von

dem Preussischen Gebiete aus in denjenigen Theil des Neustädter Kreises, der durch gegenwärtigen Vertrag nicht an Weimar abgetreten ist.

Die Rechte, welche Preussen auf diesen sämmtlichen Militärstrassen zustehen, so wie die gegenseitig damit verbundenen Verpflichtungen, sollen ebenso bestimmt werden, wie dies für die durch das Königreich Hannover gehenden Militärstrassen zwischen der Preussischen und Hannöverischen Regierung geschieht.

Artikel X.

Da Se. Königl. Hoheit der Grossherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach Distrikte und Gebietstheile erhalten, welche von dem Königreiche Sachsen an die Preusssische Monarchie übergegangen sind, so treten Se. Königliche Hoheit in alle mit diesen Distrikten zugleich an Preussen abgetretene Rechte, und übernehmen alle von Preussen in dieser Rücksicht übernommene Verbindlichkeiten, insoweit solche auf die durch den gegenwärtigen Vertrag und die vom 1. Junius dieses Jahres an Weimar abgetretenen Sächsischen Distrikte fallen, oder auf dieselben anwendbar sind. Se. Königliche Hoheit erkennen daher in Absicht dieser Gebiete alle Bestimmungen als auch für Sich gültig an, welche in dem zwischen Sachsen und Preussen am 18. Mai 1815 geschlossenen Vertrage, und namentlich in den Artikeln VI, VII, IX, X, XI und XVIII in Ansehung der Archive, Schulden, Cassenbillets, Centralsteuer, Pensionen, Cassenbestände, geistlichen Stiftungen und anderer gleichartigen Gegenstände enthalten sind, oder von der in Gemässheit des XIV. Artikels des gedachten Vertrages anzuordnenden Commission noch werden festgesetzt werden. [b]) Se. Königliche Hoheit übernehmen alle aus denselben entspringenden Verbindlichkeiten, so wie dagegen Se. Majestät der König von Preussen Ihnen alle damit verbundenen Rechte einräumen. Was den durch den gegenwärtigen Traktat zwischen Preussen und Weimar getheilten Neustädter Kreis insbesondere betrifft, so werden die auf den ganzen Kreis hiernach fallenden Lasten und Vortheile zwischen beiden Antheilen nach eben den Grundsätzen vertheilt werden, welche bei den von Sachsen an Preussen geschehenen Abtretungen angenommen worden

sind, und dasselbe findet auf die abgetretenen Stücke einzelner Aemter anderer Kreise Anwendung.

Artikel XI.

Alle Urkunden und Papiere, welche sich ausschliesslich auf die ehemals zu Erfurt gehörigen und nunmehr an Weimar abgetretenen Distrikte und Ortschaften beziehen, werden der Grossherzoglich Weimarischen Regierung binnen drei Monaten von dem Tage der Unterzeichnung dieses Traktats an, eingehändigt werden, so wie auf Verlangen auch beglaubigte Abschriften derjenigen, welche die erwähnten Distrikte nicht ausschliesslich, jedoch zugleich mit betreffen.

In Ansehung der Schulden und Lasten übernehmen Se. Königl. Hoheit nicht nur die, auf den abgetretenen Distrikten speciell hypothecirten, sondern auch einen, nach der Analogie der im vorigen Artikel erwähnten Grundsätze zu bestimmenden Antheil an den allgemeinen Schulden und Lasten der ganzen Provinz. Dieselben Grundsätze dienen gleichfalls zur Richtschnur bei allen andern Gegenständen, deren Festsetzung durch die gegenwärtige Abtretung nothwendig gemacht wird.

Artikel XII.

Se. Königl. Hoheit der Grossherzog zu Sachsen-Weimar-Eisenach werden in Folge der durch den Vertrag vom 1. Junius dieses Jahres übernommenen Verpflichtung, die auf dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt haftenden, und auf die neuen Besitzer von Antheilen an denselben übergehenden, Verpflichtungen nach dem Verhältnisse der Ihnen ursprünglich bestimmten Bevölkerung von 27,000 Einwohnern in Fulda, übernehmen. Dasselbe findet in Rücksicht der besonderen Verpflichtungen des Departements Fulda Anwendung. Dagegen werden die nach Artikel II. Ihnen von Churhessen zu überweisenden Distrikte schuldenfrei übergeben.

Artikel XIII.

Die Auseinandersetzung wegen der in Artikel X, XI und XII enthaltenen Bestimmungen geschieht durch eine Commission,

welche von beiden Theilen ernannt, und sich sofort nach vollzogener Territorial-Uebergabe in Weimar versammeln wird, um daselbst die gedachte Arbeit in möglichst kurzer Zeit zu vollenden.

Artikel XIV.

Des Königs von Preussen Majestät wollen auch die Liquidation der Weimarischen Forderungen wegen in den Jahren 1805 und 1806 geleisteter Truppenverpflegung wiederum in Anregung bringen lassen und deren Tilgung den Umständen nach verfügen.

Artikel XV.

Der gegenwärtige Tractat soll ratificirt und die Ratificationen sollen binnen sechs Wochen nach Unterzeichnung desselben ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und mit dem Siegel ihrer Wappen versehen.

So geschehen Paris, den 22. September 1815.

(L. S.) Carl August Fürst von Hardenberg.
(L. S.) Wilhelm Freiherr von Humboldt.
(L. S.) Ernst August Freiherr von Gersdorff.

a) Vergl: Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, Art. XXXVI, XXXVII, XXXVIII und XXXIX.

Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, Nr. VII.

b) Vergl: Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, Nr. IV.

Haupt-Convention zu Vollziehung der zwischen Ihro Königl. Majestäten von Sachsen und von Preussen zu Wien am 18. Mai abgeschlossenen Friedenstractats, und zu näherer Bestimmung der durch diesen Tractat veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen, unterzeichnet zu Dresden am 28. August 1819. (s. oben Nr. LXI.)

Convention über die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Angelegenheiten, unter-

zeichnet zu Dresden am 23. Julius 1817, (s. oben Nr. LXII. B.)

Convention wegen der Cassenbillets, unterzeichnet zu Dresden am 25. November 1815, (s. oben Nr. LXII. C.)

Convention zum Behufe der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königreiche und Herzogthume Sachsen, unterzeichnet zu Dresden am 27. Juli 1817, (s. oben Nr. LXII. D.)

LXXII.

Vertrag zwischen Preussen und Hannover, unterzeichnet zu Paris den 23. September 1815.

Im Namen der hochheiligen und untheilbaren Dreieinigkeit.

Se. Majestät der König von Preussen und Se. Majestät der König des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland, König von Hannover, beiderseits geneigt, in Folge des zwischen Ihnen unterm 29. Mai des laufenden Jahres 1815 zu Wien geschlossenen Staatsvertrages*) die Entschädigung zu bestimmen, welche dem Königreiche Hannover nach dem Artikel III des gedachten Vertrages für den Churhessischen Antheil an der Grafschaft Schaumburg gebührt, dessen Abtretung von Sr. Königlichen Hoheit, dem Churfürsten von Hessen nicht zu erlangen gewesen ist, haben Bevollmächtigte ernannt, um Alles, was hierauf Bezug hat, gemeinschaftlich festzusetzen und zu unterzeichnen, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:

Ihren Staatskanzler Fürsten von Hardenberg, Ritter des Königl. Preussischen grossen schwarzen und rothen Adler-, des St. Johanniter- und des eisernen Kreuzes Orden; Ritter des Kaiserl. Russischen St. Andreas-, St. Alexander-Newsky- und St. Annenordens erster Classe, des Ungarischen St. Stephans-, der Ehrenlegion, des Spanischen St. Carls-, des Baierischen St. Huberts-, des hohen Sardinischen Annunciaden-Ordens Grosskreuz, des Schwedischen Seraphinen-, des Dänischen Elephanten-, des Würtembergischen goldenen Adler- und mehrerer anderer Orden Ritter; und

Se. Majestät der König des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland, König von Hannover:

den Grafen Ernst Christian Georg August von Hardenberg, Grosskreuz des Königlich Preussischen rothen Adler-Ordens und des Kaiserlich Oesterreichischen Leopolds-Ordens, des Johanniter-Malteser-Ordens Ritter, Ihren Staats- und Cabinets-Minister, auch ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei den hohen verbündeten Höfen;

Die, nachdem sie ihre Vollmachten gegenseitig in guter gehöriger Form befunden und gegen einander ausgewechselt haben, über folgende Artikel übereingekommen sind.

Artikel I.

Se. Majestät der König von Preussen treten ab an Se. Majestät den König des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland, König von Hannover, um von Ihnen und Ihren Nachfolgern im Königreiche Hannover eigenthümlich und mit voller Landeshoheit und Oberherrlichkeit besessen zu werden, die bisher zum Eichsfelde gehörigen Aemter Lindau und Gieboldshausen, und das bisher eben dahin gehörige Gericht Duderstadt, sämmtlich in denjenigen Gränzen, welche auf der zu Weimar im Jahre 1826 herausgekommenen Special-Karte des Eichsfeldes, von J. G. Lingemann, verzeichnet sind. Se. Königliche Majestät von Preussen leisten Verzicht für Sich, Ihre Nachkommen und Nachfolger auf die vorstehend benannten zum Eichsfelde gehörigen Distrikte und alle sich darauf beziehenden Rechte, und werden Befehl ertheilen, dass dieselben baldmöglichst und spätestens innerhalb vier Wochen nach Unterzeichnung des gegenwärtigen Staatsvertrages an Se. Königliche Majestät von Grossbritannien und Hannover übergeben werden.

Artikel II.

Se. Majestät der König von Preussen entsagen ferner für Sich und Ihre Nachkommen und Nachfolger dem Ihnen aus dem Eingangs erwähnten Staatsvertrage vom 29. Mai des laufenden Jahres 1815 zustehenden Anrechte auf die Erwerbung und den erb- und eigenthümlichen Besitz

a) des Amtes Elbingerode,

b) und des zu dem Herzogthume Lauenburg gehörigen Amtes Neuhaus, nebst den in diesem Amte oder zwi-

seben demselben und dem Mecklenburgischen Gebiete eingeschlossenen, auf dem rechten Elbufer liegenden Lüneburgischen Ortschaften und Ländereien.

Die vorstehend benannten Distrikte werden auch ferner, wie bisher, dem Königreiche Hannover angehören.

Artikel III.

Die nach Artikel III zu dem Königreiche Hannover übergehenden, und nach Artikel II bei demselben verbleibenden Distrikte, sind bestimmt, Sr. Königlichen Grossbritannischen und Hannöverischen Majestät als Ersatz für den Churhessischen Antheil der Grafschaft Schaumburg zu dienen, dessen Abtretung nicht zu erlangen gewesen ist. Da jedoch kein Zweifel darüber obwaltet, dass dieser Ersatz sich auch auf das Einkommen aus dem erwähnten Theile von Schaumburg beziehen müsse, und die Zulänglichkeit desselben in dieser Rücksicht nicht sogleich, bei Abschluss des gegenwärtigen Staatsvertrages, hat dargethan werden können, so sind beide Mächte übereingekommen, sogleich bei Uebergabe der nach Artikel I abzutretenden Distrikte, Commissarien zu ernennen, welche sich zu Hannover vereinigen und unausgesetzt damit beschäftigen sollen, um in der möglichst kürzesten Zeit eine genugthuende Vergleichung zwischen den Einkünften aus dem Churhessischen Antheile der Grafschaft Schaumburg und den Einkünften aus den in Artikel I und II des gegenwärtigen Vertrages benannten Distrikten anzulegen. Sollte diese Vergleichung ergeben, dass die Einkünfte aus den Artikel I und II benannten Distrikten keinen vollständigen Ersatz für die Einkünfte aus dem Churhessischen Antheile der Grafschaft Schaumburg gewähren, so werden beide Theile sich unverzüglich darüber einigen, wie die Vervollständigung dieses Ersatzes, welche Preussen in diesem Falle obliegen wird, geleistet werden soll.

Artikel IV.

Se. Majestät der König des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland, König von Hannover, leisten für Sich und Ihre Nachkommen und Nachfolger, gegen vorstehend Artikel I, II und III bestimmten Ersatz, Verzicht auf die Ansprüche, welche Ihnen aus dem Eingangs erwähnten Staatsvertrage vom 29. Mai

dem laufenden Jahres 1815 auf die Erwerbung und den erb- und eigenthümlichen Besitz des Churhessischen Antheils an der Grafschaft Sch a u m b u r g zustehen, und versprechen nach vollständiger Leistung des gedachten Ersatzes, niemals an des Königs von Preussen Majestät irgend eine Anforderung auf den Grund des vorstehend erwähnten Vertrages zu machen.

Artikel V.

Da Se. Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen und Se. Durchlaucht der Landgraf von Hessen-Rothenburg eingewilligt haben, die Herrschaft Plesse nebst dem Kloster Hökelheim, so wie auch Neuengleichen und die Aemter Uechte, Freudenberg und Auburg, welches letztere sonst auch Wagenfeld benannt worden ist, mit allen Ihnen daran zustehenden Landeshoheits-, Oberherrlichkeits-, Lehns-, Domanial- und anderen Rechten, welche Sie darin oder als Zubehör derselben bisher besessen haben, erb- und eigenthümlich an Preussen abzutreten[b]), und dieselben binnen vier Wochen nach der Ratification des sich darauf beziehenden Vertrages, oder eher, wenn es seyn kann, zu übergeben, so verpflichten Se. Majestät der König von Preussen Sich hiermit, diese vorstehend benannten Distrikte in Gemässheit des Staatsvertrages vom 29. Mai dieses Jahres Artikel III sogleich bei deren Uebergabe von Seiten der beiden Hessischen Häuser an das Königreich Hannover ebenso, wie Sie dieselben empfangen, zu überweisen.

Artikel VI.

Se. Majestät der König des vereinigten Königreichs Grossbritannien und Irland, König von Hannover, erklären die Bedingungen, von welchen die Uebergabe des auf dem rechten Elbufer gelegenen Theils des Herzogthums Lauenburg und der gleichfalls auf dem rechten Elbufer gelegenen Lüneburgischen Ortschaften und Ländereien in dem Staatsvertrage vom 29. Mai dieses Jahres abhängig gemacht worden war[c]), durch die Stipulationen Artikel I, II, III und V des gegenwärtigen Vertrages für erledigt, und verpflichten Sich hiermit, die Uebergabe des gedachten Theils des Herzogthums Lauenburg, und der auf dem rechten Elbufer gelegenen Lüneburgischen Ortschaften und Ländereien, jedoch

mit Ausnahme des, nach vorstehendem zweiten Artikel bei dem Königreiche Hannover verbleibenden Distrikts, ohne weitern Anstand gleichzeitig mit der Artikel I und V des gegenwärtigen Vertrages versprochenen Uebergabe der Eichsfeldischen und Hessischen Distrikte vollziehen zu lassen und deshalb sogleich Befehl an Ihre Behörden zu ertheilen.

Artikel VII.

Die Artikel VII und VIII des Eingangs erwähnten Vertrages vom 29. Mai des laufenden Jahres 1815 sind auf alle Distrikte anwendbar, welche in Folge des gegenwärtigen Staatsvertrages zum Ersatze für den Kurhessischen Theil der Grafschaft Schaumburg dienen.

Artikel VIII.

Der gegenwärtige Staatsvertrag soll ratificirt und die Ratificationen binnen vier Wochen, oder eher, wenn es seyn kann, ausgewechselt werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihn unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt.

So geschehen Paris, den 23. September 1815.

(L. S.) Carl Fürst von Hardenberg.
(L. S.) Ernst Graf von Hardenberg.

a) Vergl: Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, Nr. VI.

b) Vergl: (Nr. LIV.) Vertrag zwischen Preussen und Churhesssen, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815, Art. II. (Nr. LVI.) Convention zwischen Preussen, Churhessen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 4. März 1816, Artikel I.

c) Vergl: Art. IV. des Vertrages vom 29. Mai 1815.

LXXIII.

Staatsvertrag, betreffend die Berichtigung der streitigen Hoheitsgränze zwischen den Königreichen Preussen und Hannover auf dem rechten und linken Weserufer, ferner den damit in Verbindung stehenden Austausch der sogenannten Mengedörfer, so wie die Ueberweisung der nach den Tractaten vom 29. Mai und 23. September 1815 von der Krone Preussen der Krone Hannover annoch zu gewährenden 1654 Seelen, abgeschlossen zu Bückeburg den 25. November 1837.

Da die zwischen der Krone Preussen und Hannover unterm 29. Mai und 23. September 1815 *) abgeschlossenen Staatsverträge, so weit sie sich auf gegenseitige Abtretung von Provinzen und Landestheilen beziehen, bis auf die Ueberweisung der Hannover in Beziehung auf die Niedergrafschaft Lingen noch gebührenden 1654 Seelen ihre definitive Erledigung erhalten haben, diese Ueberweisung aber in Folge der vorläufig getroffenen Verabredung, die gegenseitige Convenienz hierbei möglichst zu vereinigen, mancherlei Schwierigkeiten gefunden, demnächst abseiten Preussens der Wunsch zu erkennen gegeben worden ist, die ihm obliegende Verbindlichkeit auch auf eine andere Weise, wenigstens theilweise, als durch wirkliche Ueberweisung von Unterthanen erfüllen zu können und dieser Wunsch abseiten Hannovers eine bereitwillige Berücksichtigung erhalten hat;

nachdem ferner für angemessen erachtet worden ist, die an mehreren Stellen verdunkelte und streitige, die Gegend bei dem

Dorfe Würgassen, die Grafschaft Tecklenburg und das Fürstenthum Osnabrück, auch die Grafschaft Hoya und Diepholz, sowie das Fürstenthum Minden und die Grafschaft Ravensberg berührende Hoheitsgränze am rechten Weserufer von dem Hannöverischen Flecken Wiedensahl und dem Preussischen Dorfe Rosenhagen an, sowie der vom s. g. Bückeburger Waldthore (der Stelle, wo die Hannöverschen, Preussischen und Lippe-Bückeburgischen Landesgränzen zusammentreffen) bis zu dem auf dem linken Weserufer gelegenen Gränzsteine am Postdamme von dem Hannöverschen Kirchspiele Lär nach der Preussischen Stadt Versmold berichtigen zu lassen,

und endlich zur Erreichung einer zweckmässigen Hoheitsgränze als wünschenswerth anerkannt, die Missverhältnisse hinsichtlich der an dieser Gränze belegenen s. g. Mengedörfer durch Austausch zu beseitigen; so sind zu dem Ende zu Bevollmächtigten ernannt:

Königlich Preussischer Seits:

der Regierungs-Chef-Präsident Carl Richter zu Minden,
Ritter des rothen Adler-Ordens dritter Klasse mit der Schleife,

und Königlich Hannöverischer Seits:

der Regierungsrath Johann Paul Wehner zu Hildesheim,
Ritter des Guelphen-Ordens,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten in gehöriger Form befunden und gegen einander ausgewechselt haben, unter Vorbehalt der Ratification ihrer Allerhöchsten Höfe, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel I.

Austausch der Mengedörfer.

In Ansehung der an der Gränze des Hannoverschen Amts Stolzenau und des Preussischen Kreises Minden belegenen s. g. Mengedörfer

Ovenstedt
Halle
Hävern
Glissen
Brüninghorstedt und
Westenfeld

ist ein Austausch verabredet worden, und werden demnach zu völliger Landeshoheit abgetreten

a) an die Krone Preussen:

Königlich Hannöverscher Seits die Ortschaften Ovenstedt und Hävern,

b) an die Krone Hannover:

Königlich Preussischer Seits die Ortschaften Clissen, Halle, Brüninghorstedt und Westenfeld.

Artikel II.

Abtretung der durch das Preussische Territorium führenden Chausseestrecke bei Retningen.

Von Sr. Majestät dem Könige von Preussen wird abgetreten an die Krone Hannover die auf der Route von Lemförde nach Bohmte befindliche unten näher bezeichnete, durch das Dorf Retningen führende Chausseestrecke, soweit solche das Königlich Preussische Territorium berührt, sammt den dazu gehörigen Gräben und Grabenkanten.

Der Anfangspunkt dieser an die Krone Hannover abzutretenden Chausseestrecke ist von Lemförde aus, durch die im Jahre 1785 vereinbarte und im Jahre 1788 durch Gränzsteine bezeichnete Hoheitsgränze bestimmt, und der Endpunkt ist die erste Brücke hinter der Brücke über den Reininger Bach nach Bohmte zu, woselbst die vereinbarte Hoheitsgränze wieder eintritt, so dass an jedem Theile der Chausseestrecke zwischen Lemförde und Bohmte ohne alle Ausnahme, die volle Landeshoheit der Krone Hannover zusteht.

Nach der durch die beiderseitigen Wegebau-Officianten gemeinschaftlich vorgenommenen Vermessung und angefertigten, diesem Vertrage beigefügten, von derselben attestirten Karte, beträgt die Länge dieser abgetretenen Chausseestrecke 525 Ruthen 4 Fuss Rheinländische Masse. Die Breite der Strasse in der Kappe ohne die zu beiden Seiten daran herlaufenden Chausseegräben und die äussersten Grabenkanten oder Sohlbank beträgt von dem Anfangspunkte auf der Gränzlinie von 1785 an, durch das Dorf Retningen bis zur Brücke über den Reininger Bach 34 Fuss Rheinländisch, und von da an bis zu der darauf folgenden Brücke nach Bohmte zu 40 Fuss Rheinländisch, für die daran herlau-

fenden, an die Krone Hannover mit abgetretenen Gräben nebst Grabenkante ist die Normalbreite von 16 Fuss Rheinländisch auf jeder Seite, inclusive der Grabenkante oder Sohlbank, fast nirgends vorhanden, sondern es ist die wirklich abgetretene Breite, wie solche auf der Karte eingetragen worden, sehr verschiedenartig.

Das zu beiden Seiten dieser an die Krone Hannover abgetretenen Chausseestrecke befindliche Territorium verbleibt, soweit es bisher zum Preussischen Territorium gehört hat, nach der unten folgenden Gränzbeschreibung der Krone Preussen und wird nicht abgetreten.

Da die volle Landeshoheit über diese Chausseestrecke nunmehr auf die Krone Hannover übergeht, so folgt daraus von selbst, dass der dort Königlich Preussischer Seits früher angelegte, seit dem 1. Juli 1834 aber vorläufig aufgehobene Zoll gänzlich hinwegfällt.

Artikel III.

Bestimmungen über die Ablösung der Verbindlichkeit wegen der noch zu überweisen bleibenden Seelen durch eine jährliche Rente oder durch Capital.

Die Königlich Preussischer Seits nach den vorstehenden Artikeln abzutretenden Dorfschaften

Glissen,
Brüninghorstedt,
Westenfeld,
Halle,

enthalten 146 bisher Königlich Preussische Unterthanen, dagegen enthalten die von Hannover an Prenssen abzutretenden Dorfschaften

Ovenstedt,
Hävern,

100 bisher Königlich Hannöversche Unterthanen.

Da die Zahl der von Preussen an Hannover abgetretenen Unterthanen, die von Hannover an Preussen abgetretenen hiernach um 46 übersteigt, so sollen diese auf die Preussischer Seits an Hannover noch zu überweisenden, im Eingange dieses Vertrags erwähnten 1654 Seelen abgerechnet werden. Statt Ueber-

Leistung der hiernach fehlenden 1098 Seelen macht sich die Krone Preussen verbindlich, jeden Kopf mit einer jährlichen Rente von 3½ Rthlr. Preussisch Courant zu reluiren und demgemäss an dem auf den 1. December jeden laufenden Jahres verabredeten Termin die Summe von Fünftausend Sechshundert acht und zwanzig Thalern Preussisch Courant jährlich frei an die Generalkasse in Hannover zu zahlen.

Die Ablösung dieser Rente durch Capitalisirung zu 4 Procent, als dem 25fachen Betrage, oder durch Ueberweisung von Domanialgefällen, welche die Krone Preussen im Königreiche Hannover dermalen zu erheben berechtigt ist, bleibt einer ferneren Verabredung vorbehalten.

Uebrigens versteht es sich von selbst, dass die nach Ausweis des in Abschrift hier beigefügten Protocolls vom 23. März 1830 vorläufig unter den beiderseitigen Regierungen getroffenen Verabredungen, wegen der einstweiligen jährlich von der Krone Preussen für 1654 Seelen zu zahlenden Rente bis zur erfolgten Auswechselung der Ratificationen dieses Vertrags, in Kraft bleiben.

Artikel IV.

Zeit der Abtretungen.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Majestät der König von Hannover leisten Verzicht für Sich, Ihre Nachkommen und Nachfolger auf die in den vorstehenden Artikeln 1. und 2. benannten wechselseitig abzutretenden Dorfschaften, Unterthanen und Gebietstheile, sammt den auf die abzutretende Landeshoheit sich beziehenden Rechten, und soll die förmliche wechselseitige Ueberweisung baldmöglichst und spätestens innerhalb vier Wochen nach der Auswechselung des ratificirten Vertrags erfolgen.

Artikel V.

Bestimmungen der Hoheitsgränze.

Die Hoheitsgränze ist unter Berücksichtigung der in den vorstehenden Artikeln 1. und 2. vereinbarten wechselseitigen Abtretungen auf dem Gränzstriche am rechten Weserufer von dem Hannöverschen Flecken Wiedensahl und dem Preussischen Dorfe Rosenhagen (oder von dem s. g. Bückeburger Waldthore, der

Stelle, wo die Gränzen von Hannover, Preussen und Lippe-Bückeburg zusammentreffen) an, bis zu dem Gränzsteine an der Postdamme von dem Hannöverschen Kirchspiele Lär nach der Preussischen Stadt Versmold unter Berücksichtigung des Grundsatzes, „die Landesgränze möglichst der Grenze der Privatbesitzungen folgen zu lassen", so bestimmt werden, wie die nachstehende Gränzbeschreibung des Mehreren ergiebt. Zugleich ist verabredet worden, dass auf den Punkten, wo die Hoheitsgränze durch ungetheilte Marken und Gemeinheiten führt, dieselbe nach erfolgter Theilung, soweit solches unter Berücksichtigung der Convenienz der beiderseitigen Landesherrschaften thunlich seyn wird, nach der Gemeinheits- und Markengränze abgeändert werden soll. Ebengemäss ist die Hoheitsgränze bei dem Dorfe Würgassen oder Würrigsen, nach Massgabe der nachfolgenden Gränzbeschreibung regulirt worden.

(Hier folgt die Beschreibung der Hoheitsgränze zwischen dem Königreiche Preussen und dem Königreiche Hannover auf dem rechten und linken Weserufer.)

Artikel VI.

Verzichtleistung auf alle ältere hoheitliche Ansprüche.

Beide Allerhöchste Contrahenten verzichten auf alle bisherigen landeshoheitlichen Ansprüche jenseits der Hoheitsgränze in dem Masse, wie solches der nunmehr festgestellten Gränzbestimmung und dem übrigen Inhalte dieses Vertrages entspricht. Auch soll die gegenwärtig erfolgte Feststellung der Hoheitsgränze gleichzeitig mit der nach Artikel 4. berührten Ueberweisung und zwar bald thunlichst und spätestens innerhalb vier Wochen nach der Auswechselung des ratificirten Vertrages in Wirksamkeit treten.

Artikel VII.

Grundsteuer-Erhebungsrecht.

Da die jetzt vereinbarte Hoheitsgränze als solche die Scheidung aller landesherrlichen Gerechtsame und Pflichten, in sofern nicht besondere Ausnahmen deshalb verabredet seyn, oder auf besonderen Rechtsverhältnissen beruhen sollten, nach sich zieht, so soll auch die Besteuerung des Grundeigenthums in Zukunft der Landesgränze folgen.

Dieser Grundsatz tritt gleichzeitig mit der jetzigen Gränzbestimmung in Wirksamkeit. Inzwischen bleibt die Ausgleichung und Entschädigung wegen der noch zur Zeit bestehenden, durch den gegenwärtigen Vertrag aber aufgehobenen Besteuerung einiger jenseits der Hoheitsgränze belegenen Grundstücke einem besonderen Steuer-Ausgleichungs-Recesse vorbehalten. Nur bei Abtretung der nach den Artikeln 1. und 2. auszutauschenden Ortschaften und Gebietstheile, — wobei eine solche Entschädigung nicht eintritt — findet hiervon eine Ausnahme Statt. Es versteht sich jedoch von selbst, dass in Beziehung auf die Besteuerung der verschiedenen an den Gränzen belegenen Grundstücke künftighin diejenigen Rechte und Grundsätze Anwendung finden werden, welche in dem Lande gelten, in dem die Grundstücke belegen sind.

Artikel VIII.

A. *Bestimmungen über indirecte Steuern und Zölle.*

Die Communication auf denjenigen Wegen, deren Mitte die Hoheitsgränze bildet, und die daher in Ansehung der Benutzung gemeinschaftlich für beide Landeshoheiten sind, soll von jeder Steuer- und Zoll-Abgabe befreit sein. Inzwischen sollen zur Verhütung von Defrauden die Transporte steuer- oder zollpflichtiger Gegenstände mit der amtlichen Bezettelung der letzten, auf einseitigem Gebiete belegenen Steuer- oder Zollstelle — zu beurtheilen nach der Richtung, in welcher der Transport geführt wird — begleitet und diese Legitimationen von den zur Ausübung der Steuer- oder Zoll-Controle verpflichteten oder berechtigten Angestellten des andern Staats auf gleiche Weise respectirt werden, wie wenn eine Steuer- oder Zollstelle des eigenen Staates die Legitimationen ertheilt hätte. Die Ertheilung dieser Legitimationen und die Ausübung der Controle auf den gemeinschaftlichen Communicationsstrassen richtet sich im Falle der Verschiedenheit der Gesetzgebungen beider Staaten nach den Gesetzen desjenigen Staats, von dessen Behörde die Legitimationen ausgestellt worden, oder dessen Gebiet der Transport, seiner Richtung nach, zuletzt verlassen hat.

Solche Gränzbewohner, welche auf den beregten Communicationswegen gewöhnliche ländliche Erzeugnisse mit Ausschluss

aller Fabricate und der Materialwaaren (namentlich mit Ausschluss von Branntwein, Zucker, Syrup, Tabak u. s. w.) transportiren, wegen der Entfernung von der betreffenden Steuer- oder Zollbehörde aber ohne erhebliche Belästigung die fraglichen Legitimationen sich zu verschaffen nicht im Stande sind, sollen zwar von der Verpflichtung, dergleichen Legitimationen vorzuzeigen, befreit, jedoch schuldig sein, über die zu transportirenden Gegenstände erforderlichen Falls Bescheinigungen ihrer Ortsbehörden beizubringen.

Ein solcher Fall wird als vorhanden angenommen, wenn die nächste Amtsstelle von dem Absendungsorte eine halbe Meile entfernt liegt und auch in der Richtung, welche der Transport zu nehmen hat, eine Amtsstelle nicht berührt wird. Auch können dieselben den ordnungsmässigen Revisionen von Seiten des Steuer- und Zoll- oder anderer zur Verhütung von Defrauden gesetzlich angewiesenen Angestellten sich nicht entziehen. Der Communicationsweg zwischen den Dorfschaften Leese und Loccum, soweit solcher nach der Gränzbeschreibung nach dem rechten Weserufer No. 18. und 19. durch Königlich Preussisches Gebiet führt, wird ebenfalls als ein gemeinschaftlicher Weg behandelt.

Auf den Communicationsweg zwischen Buchholz und Schlüsselburg, die sogenannte Kogel- oder Marschstrasse, soweit derselbe am linken Weserufer nach No. 4. und 5. der Gränzbeschreibung durch Königlich Hannöversches Gebiet führt, finden für den wechselseitigen Verkehr mit den Producten des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirthschaft die gleich unten sub B. folgenden Bestimmungen wegen Communication der Gränzbewohner hinsichtlich ihrer über die Gränze liegenden Grundstücke Anwendung, ohne dass es erforderlich ist, dass die Verkehrenden dort einen verbundenen Grundbesitz haben.

Die Transporte müssen aber mit den nämlichen Legitimations-Papieren oder Ursprungs-Certificaten gegleitet seyn, die oben für die Benutzung der gemeinschaftlichen Wege vorgeschrieben sind.

Auch soll den beiderseitigen betreffenden Verwaltungsbehörden gestattet seyn, unter Berücksichtigung und Befolgung der vorstehenden leitenden Grundsätze, nach Massgabe der gesammelten Erfahrungen über die nach der Oertlichkeit etwa wün-

schenswerthen oder erforderlichen Modificationen dieser in Ansehung der gemeinschaftlichen Wege getroffenen Bestimmungen demnächst sich zu vereinbaren.

B. *Communication der Gränzbewohner hinsichtlich ihrer Grundstücke.*

Die Producte des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirthschaft, welche Gränzanwohner von ihrem von der Landesgränze durchschnittenen und durch eine und dieselbe öconomische Bewirthschaftung verbundenen Grundbesitze beziehen, sollen abgabenfrei in das Gebiet, in welchem sich die Sohlstätte solcher Grundstücke befindet, eingeführt werden, auch soll überhaupt eine völlig abgabenfreie Communication mit den zum Betriebe der Land- oder Forstwirthschaft oder Viehzucht erforderlichen Gegenständen zwischen den verschiedenen Theilen jenes Grundbesitzes Statt finden.

Solche Gränzanwohner haben jedoch, wenn es von der Steuer- oder Zollbehörde verlangt wird, durch Bescheinigungen ihrer Ortsbehörde nachzuweisen, dass sie jenseits der Hoheitsgränze Grundstücke besitzen, und können solche auch den ordnungsmässigen Revisionen von Seiten der Steuer- oder Zoll- oder anderer zur Verhütung von Defrauden gesetzlich angewiesenen Angestellten sich nicht entziehen.

C. *Bestimmungen wegen der im jenseitigen Gebiete zu entrichtenden Natural-Gefälle.*

Für die zu Pachtzins-, Zehnt- und sonstigen Natural-Abgaben in dem jenseitigen Landesgebiete verpflichteten beiderseitigen Unterthanen soll ebenfalls eine steuer- und zollfreie Aus- und Einfuhr solcher Gefälle, unter Beobachtung der von den oberen Steuer- oder Zollbehörden des betreffenden Staats erlassenen oder noch zu erlassenden Control-Vorschriften Statt finden. Dagegen sind jedoch die Bewohner aller zu Gütern oder Colonaten in dem gegenseitigen Landesgebiete gehörigen Pachthöfe und Heuerhäuser unbedingt denjenigen indirecten Steuern und Zollabgaben und sich darauf beziehenden Gesetzen unterworfen, welche in dem Lande gelten, worin sie wohnen, ohne dass der Verband mit einem auswärtigen Gute oder Kolonate ihnen irgend eine Befreiung gewähren kann.

D. *Bestimmungen wegen der Reininger Chausseestrecke.*

Endlich ist auf der nach Artikel 2. an die Krone Hannover abgetretenen Chaussestrecke den an beiden Seiten wohnenden Königlich Preussischen Unterthanen der ungestörte nachbarliche Verkehr, ingleichen auch den Königlich Preussischen Civilbeamten und Militair die freie Communication gestattet, und soll von denselben überall kein Zoll- und Weggeld auf dieser Chausseestrecke erhoben werden.

Es versteht sich übrigens von selbst, dass durch diese Bestimmungen die Königlich Hannöversche Regierung in denjenigen Anordnungen nicht gehindert werden kann, welche sie nach der ihr zustehenden Justiz- und Polizeigewalt, so wie nach Anleitung ihrer Steuergesetzgebung zur Sicherung gegen Steuer- und Zoll-Contraventionen für nothwendig hält.

Artikel IX.

Handhabung der Justiz- und Polizeigewalt.

a. Bestimmung wegen Handhabung der Justiz- und Polizeigewalt auf der Reininger Chausseestrecke.

Da durch die Abtretung der Chausseestrecke bei Reiningen auch die Justiz- und Polizeigewalt über dieselbe auf Hannover übergeht, die besondere Lage dieser Strecke aber zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und zur Verhütung von Verbrechen und Frevels aller Art im Interesse beider Staaten die gegenseitige Zusicherung aller möglichen Hilfe erheischt, so wird in dieser Hinsicht folgendes festgesetzt: Die beiderseitigen Regierungen verpflichten sich, alle Verbrechen, Frevel und Vergehen, welche ihre Unterthanen auf und an dieser Chaussee verübt haben, sobald sie davon Kenntniss erhalten, nach den Gesetzen des Inlandes untersuchen und bestrafen zu lassen. Die Königlich Hannöversche Regierung wird nach erfolgter Uebergabe der Chausseestrecke die Ausübung der Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt über dieselbe, insbesondere die Untersuchung und Bestrafung der darauf verübten Verbrechen und Frevel einem möglichst nahe gelegenen Königlich Hannöverschen, der Königlich Preussischen Regierung demnächst namhaft zu machenden Amte übertragen, welches dabei die im Königreich Hannover geltenden und demnächst auch

auf die beregte Chausseestrecke anwendbaren Gesetze und Vorschriften zur Direction sich wird dienen lassen.

Zur Entdeckung aller Frevel und Verbrechen, welche auf und an dieser Chausseestrecke verübt werden möchten, sowie zur Ergreifung der Verbrecher und Frevler sollen die beiderseitigen betreffenden Behörden sich die bereitwilligste Hilfe leisten und ihre Untergebenen anweisen, bei Ausübung ihrer Dienstpflicht jede, das gute Vernehmen störende Reibung sorgfältig zu vermeiden. Auch wird den beiderseitigen Officianten gestattet, die auf frischer That betroffenen Verbrecher und Frevler aller Art, welche auf und an dieser Chausseestrecke Verbrechen und Frevel begangen haben, entweder auf der Chaussee selbst unter Vorbehalt der Ablieferung an die zuständige Königlich Hannoversche Behörde zu verhaften, oder innerhalb einer halben Stunde von der Chaussee ab auf das jenseitige Gebiet zu verfolgen und dort anzuhalten.

Geschieht letzteres, so sind die Angehaltenen dem nächsten Gerichte desjenigen Gebiets, worauf ihr Ergreifen erfolgt ist, vorzuführen. Findet dieses, dass das Verbrechen oder der Frevel auf demselben Gebiete verübt worden, wo die Ergreifung des Verbrechers oder Frevlers Statt gehabt, oder ist Letzterer ein Unterthan dieses Gebiets, so kann eine Auslieferung nicht verlangt werden. Diese ist aber nicht zu verweigern, vielmehr sofort zu bewirken, wenn der Verhaftete in dem Gebiete des andern Staats ein Verbrechen begangen hat, und entweder ein Unterthan dieses oder ein einem dritten Staate angehöriger Fremder ist.

Ferner wird den officiellen Angaben der competenten eidlich verpflichteten Officianten von der zur Aburtheilung geeigneten Behörde jener Glauben beigemessen, welchen die Gesetze den officiellen Angaben der inländischen Beamten derselben Klasse beilegen.

b. Handhabung der Justiz- und Polizeigewalt auf den gemeinschaftlichen Wegen.

Den beiderseitigen betreffenden Officianten wird gestattet: auf denjenigen Wegen, deren Mitte die Gränze bildet, welche daher in Ansehung der Benutzung gemeinschaftlich für beide

Landeshoheiten sind, Verbrecher und Frevler anzuhalten, jedoch nur unter der Bedingung der sofortigen Ablieferung Königlich Hannöverscher Unterthanen an die zuständigen Königlich Hannöverschen Behörden, und umgekehrt Königlich Preussischer Unterthanen an die Königlich Preussischen Behörden; Fremde, d. h. einem dritten Staate angehörende Unterthanen, werden an die competente Behörde desjenigen Staats abgeliefert, in dessen Bezirke sie ein Verbrechen oder einen Frevel begangen haben. Im Uebrigen finden die hinsichtlich der Reininger Chausseestrecke getroffenen Verabredungen wegen der Verpflichtung der beiderseitigen Regierungen, die auf und an jener Strecke begangenen Verbrechen und Frevel untersuchen und bestrafen zu lassen, ferner wegen Verfolgung der auf frischer That betroffenen Verbrecher und Frevler und wegen Constatirung eines Frevels, sowie wegen gegenseitiger Willfährigkeit der beiderseitigen Officianten auch auf die gemeinschaftlichen Wege, deren Mitte die Hoheitsgränze bildet, ihre Anwendung.

Für die Unterhaltung der gemeinschaftlichen Wege wird von den beiderseitigen competenten Behörden Sorge zu tragen seyn, welche sich auch über das Concurrenz-Verhältniss nach Massgabe desjenigen, was darunter bisher beobachtet worden, zu vereinigen haben.

Die vorstehenden, nur die Ausübung der Justiz- und Polizeigewalt auf der Reininger Chausseestrecke und den gemeinschaftlichen Wegen bezielenden Bestimmungen beziehen sich übrigens nicht auf Steuer- und Zoll-Contraventionen, in Ansehung deren eine gegenseitige Rechtshilfe durch diesen Vertrag nicht zugesichert wird, vielmehr besondere etwa zu treffende Vereinbarungen zur Anwendung kommen werden.

e. *Ungetrennter Verkauf von Colonaten.*

Um die nachtheiligen Folgen einer Trennung des Grundbestandes von Colonaten durch die Hoheitsgränze möglichst zu beseitigen, soll bei allen freiwilligen oder nothwendigen gerichtlichen, oder von competenten öffentlichen Beamten beschafft werdenden Verkäufen von Colonaten oder Sohlstätten (zu beurtheilen nach der Stelle, wo der Haupthof oder das Hauptwohngebäude

liegt), deren Grundbestand durch die Landesgränze getrennt ist, die amtliche Geschäftsbesorgung sich allgemein nach dem Verhältnisse, dem das Colonat oder die Sohlstätte unterworfen ist, auch auf die im Auslande belegenen untrennbaren Zubehörungen (deren Qualität nach der Gesetzgebung des Landes, worin der Haupthof oder das Hauptwohngebäude liegt, zu beurtheilen ist) ausdehnen, wobei die auswärtigen Behörden alle Rechtswillfahrung zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes ohne irgend einen Anspruch auf eigene Competenz zu leisten haben und wobei auch im Falle eines eingetretenen Concursverfahrens die Befriedigung der Gläubiger lediglich von dem für das Colonat oder die Sohlstätte competenten Gerichte zu besorgen ist. Zugleich soll die Ausübung der Gerichtsbarkeit in Ansehung des gesammten Hypothekenwesens über die vorhin bezeichneten untrennbaren Zubehörungen lediglich von dem für das Colonat oder die Sohlstätte zuständigen Richter ausgehen, welcher dabei namentlich auch soviel die Eintragung der Hypotheken in Hypothekenbüchern u. s. w. betrifft, die für das Colonat oder Hauptgut geltenden Gesetze und Vorschriften zu befolgen verpflichtet ist.

Inzwischen versteht es sich hierbei von selbst, dass Rechte und Vorzüge der nach den Gesetzen des Landes, worin die Grundstücke bisher belegen gewesen sind, etwa bereits gültig begründeten Hypotheken und Privilegien hierbei vom Richter gehörig werden berücksichtigt werden; so wie auch aus den obigen Bestimmungen sich ergiebt, dass selbige auf s. g. trennbare Pertinenzen oder Erbländereien — welche lediglich dem nach der Gesetzgebung des Landes, worin sie liegen, zuständigen Richter unterworfen sind — sich nicht beziehen. Uebrigens sollen durch den nach den vorstehenden Bestimmungen bezweckten ungetrennten Verkauf der Colonate, die in Ansehung der öffentlichen Lasten bestehenden Verhältnisse nicht verändert werden, dergestalt, dass alle auf den im Auslande belegenen untrennbaren Zubehörungen des Colonats oder der Sohlstätte haftende Steuern und öffentliche Lasten jeder Art, die rückständigen, wie die laufenden, selbst während eines über den Hof ausgebrochenen Concurses, ohne Mangel entrichtet und getragen werden, und durch den auswärts vor sich gehenden Verkauf des Colonats die Befugniss, wegen jener Steuern und Lasten an die

Grundstücke selbst, auf welchen sie haften, sich zunächst und unmittelbar zu halten, nicht alterirt werden soll.

d. Privat-Streitigkeiten über die als Hoheitsgränze angenommenen Einfriedigungen.

Bei Privatstreitigkeiten über die als Hoheitsgränze angenommenen Einfriedigungen von Grundstücken sollen sofort die beiderseitigen betreffenden Obrigkeiten zusammentreten, um die wahre Landesgränze nach den Bestimmungen dieses Vertrags in Gewissheit zu setzen, und wenn dieses geschehen, den beiderseitigen betheiligten Unterthanen darüber das Nöthige eröffnen, worauf es diesen indess zu überlassen ist, ihr vermeintliches Recht bei dem zuständigen Gerichte zu verfolgen. Sollte demnächst durch richterliche Entscheidung eine von der Territorialgränze abweichende Privatgränze bestimmt werden, so bleibt — wie sich ohnehin von selbst versteht — es unbenommen, hiernach den Lauf der Hoheitsgränze abzuändern, dafern solches der Convenienz der beiderseitigen Regierungen entsprechen würde.

Artikel X.

Landesherrliche Jagd- und Fischerei-Gerechtsame.

Die landesherrlichen Jagd- und Fischerei-Gerechtsame sollen durch die Hoheitsgränze gänzlich geschieden (und hiernach wechselseitig abgetreten) seyn.

Jedoch bleibt die Anwendung dieses Grundsatzes und die Ermittelung einer hiernach dem einen oder andern Staate etwa zukommenden einigermassen erheblichen Entschädigung noch ausgesetzt, und werden die dessfalls anzuknüpfenden Unterhandlungen an die wegen Austausches der Domanialgefälle einzuleitenden verwiesen.

Artikel XI.

Domainen und Domanial-Gerechtsame.

Die den beiderseitigen Staaten zustehenden Eigenthumsrechte der Domainen und Domanial- oder gutsherrlichen Gerechtsame erleiden durch diese Gränzregulirung keine Veränderung und werden nicht mit abgetreten; sie sollen jedoch bei den baldigst einzuleitenden Unterhandlungen über den Austausch

der wechselseitig zu erhebenden Domanialgefälle berücksichtigt werden.

Artikel XII.

Rechte der Privatpersonen und Corporationen.

Alle und jede Rechte von Privatpersonen und Corporationen, welcher Art sie auch seyen, werden durch die Hoheitslinie nebst den damit verbundenen Abtretungen nicht verändert, und wie beide Allerhöchste Landesherrschaften denselben den gebührenden rechtlichen Schutz angedeihen lassen wollen, so sollen auch die beiderseitigen Behörden in allen Fällen den Rechten auswärtiger Unterthanen und Corporationen die sorgfältigste Berücksichtigung widmen.

Artikel XIII.

Rechte und Pflichten aus dem Communal- und Markenverbande.

Alle aus dem Communal-, Gemeinheits- oder Marken-Verbande folgende, oder sich darauf beziehende Rechte und Pflichten sollen auf keine Weise durch die regulirte Hoheitsgränze gekränkt seyn und werden, es mögen diese Rechte und Pflichten Einzelnen zustehen oder für Gemeinheiten und sonstige Corporationen bestehen. Da, wo die Hoheitsgränze durch noch ungetheilte für die beiderseitigen Unterthanen gemeinschaftliche Gemeinheiten oder Marken führt, sollen die beiderseitigen Behörden angewiesen werden, deren Theilung zu befördern und die Gränze möglichst so zu vereinbaren, dass darnach auch der Lauf der Hoheitsgränze abgeändert und festgestellt werden kann.

Artikel XIV.

Landesschulden.

Die auf den gegenseitig nach den Artikeln 1. und 2. abzutretenden Ortschaften und Landesgebieten etwa haftenden Landesschulden werden gegen einander aufgehoben und verglichen, dergestalt, dass weder die Krone Hannover etwas von den Preussischen, noch die Krone Preussen von Hannöverschen Landesschulden übernimmt.

Artikel XV.

Militairpersonen aus den abgetretenen Ortschaften.

Diejenigen, den wechselseitig zu überweisenden Ortschaften angehörigen Individuen, welche Kraft der Militair-Aushebungsgesetze sich im Militairdienste befinden, werden sofort nach erfolgter Ueberweisung jener Ortschaften in ihre Heimath entlassen und die namentlichen Verzeichnisse davon gegenseitig mitgetheilt.

Artikel XVI.

Brandkasse.

Die Gebäude in den nach Artikel 1. wechselseitig zu überweisenden Ortschaften gehen aus dem Verbande der Brand-Assecurationskasse des Landes, dem sie bisher angehört haben, in die betreffende Feuer-Versicherungs-Anstalt des Staats über, an den sie abgetreten werden, jedoch unbeschadet der dabei demnächst etwa gesetzlich oder verfassungsmässig eintretenden Veränderungen.

Zu dem Ende sollen die behufigen Verzeichnisse über die Versicherungen sofort bei der Ueberweisung wechselseitig ausgeliefert werden, um danach das Erforderliche wegen des Tags des Ueberganges hinsichtlich der verschiedenen Receptionstermine und der daraus entstandenen Verpflichtungen festzustellen.

Artikel XVII.

Kirchliche und Schulverhältnisse.

Die bisherigen kirchlichen und damit in Verbindung stehenden Schulverhältnisse in den wechselseitig zu überweisenden Ortschaften sollen vorläufig bis auf weitere Festsetzung fortbestehen. Auch verbleibt den Geistlichen-, Schul- und Kinder-Lehrern der Genuss ihrer Emolumente und sonstigen Einkünfte bis auf weitere Bestimmung. Dieselben sollen aber verpflichtet seyn und von ihren vorgesetzten Behörden dazu angewiesen werden, den Verfügungen Folge zu leisten, welche die Regierung jedes Landes in Beziehung auf die ihrer Landeshoheit unterworfenen Distrikte und Unterthanen zu erlassen nöthig finden dürfte. Es wird jedoch zwischen beiden Staaten in dazu geeigneten Fällen, besonders bei eintretenden Vacanzen, für die künftige und baldige Aufhebung der in kirchlicher Beziehung, ingleichen in

Ansehung des Schulwesens unter beiden Staaten vorkommenden gemischten Verhältnisse, und dabei zugleich dafür gesorgt werden, dass bei den dessfalls für nöthig befundenen und eintretenden Veränderungen die dermaligen Inhaber der geistlichen, auch Schul- und Lehrerstellen eine angemessene Entschädigung erhalten. In Folge der Abtretung der Landeshoheit geht auch das bisher der Krone Preussen zugestandene Patronat über die Schulstellen zu Brüninghorstedt und Westenfeld an die Krone Hannover über und wird das bisherige Patronat über die Schulstelle in dem Hannöverschen Dorfe Langern, Amts Stolzenau, wegen derselben obwaltenden Verhältnisse, ebenfalls von der Krone Preussen an die Krone Hannover abgetreten.

Artikel XVIII.

Auslieferung der Urkunden und Acten.

Alle Urkunden, Karten, Kataster, Acten und Nachrichten, die nach Artikel 1. 2. und 6. abzutretenden Districte betreffend, sollen, wenn darin keine fremdartigen Gegenstände berührt sind, in originali, sonst aber in beglaubter Abschrift von den Behörden gegenseitig binnen den nächsten 6 Monaten, vom Tage der Ratification dieses Vertrags an, ausgeliefert werden.

Die Extracte aus den Hypothekenbüchern über die inscribirten Hypotheken, die Vormundschaftsacten über noch anhängige Vormundschaften und die Acten über noch anhängige Prozesse, sollen jedoch schon früher und möglichst gleich bei der Ueberweisung an die neuen competenten Behörden ausgehändigt werden, so weit diess unbeschadet des Interesse der betheiligten Partheien geschehen kann. Alle diese Auslieferungen geschehen kostenfrei und ohne Vergütung von Copialien, indem die empfangende Behörde nur das Porto oder die Transportkosten zu bezahlen hat.

Artikel XIX.

Vermessung und Bezeichnung der Hoheits-Gränze.

Von der vereinbarten Landeshoheitsgränze soll durch beiderseitige beeidigte Geometer gemeinschaftlich eine Gränzkarte aufgenommen und von den beiden landesherrlichen Commissarien beglaubigt und unterschrieben werden. Auch soll diese vereinbarte Hoheitslinie, nach der Ratification dieses Vertrags, nach einer

genauen Abgränzung auf gemeinschaftliche Kosten gehörig bezeichnet werden und zwar:

1) Auf allen vorzüglich zu bemerkenden Gränzpunkten, nämlich solchen, welche der Gränzlinie eine Hauptrichtung geben, oder welche eine Verdunkelung der Gränze zur Folge haben könnten. Hier ist die Gränzlinie zu bezeichnen durch regelmässig behauene Gränzsteine von mindestens 4 bis 6 Fuss Länge, versehen auf der einen Seite mit dem Buchstaben P. und auf der andern mit dem Buchstaben H. und mit der untergesetzten Jahreszahl 1837. und sind diese Steine in der Art aufzurichten, dass sie resp. zwei und drei Fuss in die Erde gelangen.

2) Auf den nicht besonders sich auszeichnenden Gränzpunkten sollen dagegen s. g. Zwischenläufer oder Zwischengränzsteine von drei bis mindestens zwei Fuss Länge, mit gleichen Buchstaben versehen, in angemessenen Entfernungen eingesetzt werden, um die fortlaufende zweifelsfreie Richtung der Gränze zu bezeichnen.

3) Auch soll, wo das Local es gestattet, hin und wieder in Strecken von einigen Ruthen ein Gränzgraben gemeinschaftlich aufgeworfen werden, damit der Gränzlauf in entsprechender Weise so kennbar als möglich gemacht werde.

Diese Gränzzeichen sollen in die anzufertigende Gränzkarte eingetragen werden. Den beiden landesherrlichen Commissarien bleibt es nach Ratification dieses Vertrages lediglich überlassen, nach vorstehender Grundlage die Abgränzung anzuordnen und zu bewerkstelligen. Es sollen jedoch über dasjenige, worüber die Commissarien sich vereinigt haben werden, und über die hiernach beschaffte Abgränzung gemeinschaftlich vollzogene Protocolle aufgenommen werden.

Artikel XX.

(Beaufsichtigung und Revision der Gränze.)

Damit jeder Ungewissheit über die Gränze, welche im Laufe der Zeit sich bilden könnte, thunlichst vorgebeugt werde, sollen die beiderseitigen betreffenden Gränzbehörden genau auf die Gränzen achten, bei Irrungen und Zweifel, welche sich ergeben möchten, sofort gegenseitig Mittheilung machen, auf

gütliche Ausgleichung sorgfältig Bedacht nehmen, von fünf zu fünf Jahren zu einer allgemeinen Revision schreiten und dabei jede Differenz auf den Grund dieses Vertrages und der Gränzregulirungs-Verhandlungen möglichst beseitigen.

Artikel XXI.

(Bestrafung der Frevel an den Gränzzeichen und den Gränz-Veränderungen.)

Es verpflichten sich die beiderseitigen Regierungen alle und jede Frevel, welche von ihren Unterthanen an den nach Artikel 19. aufzustellenden Gränzzeichen verübt werden sollten, und jede Gränzverrückung nach den Gesetzen des Landes, dessen Unterthan der Angeschuldigte ist, von den zuständigen Behörden untersuchen und bestrafen zu lassen. Auch soll die betreffende auswärtige Behörde, Falls diese die Anzeige von dem begangenen Frevel gemacht hat, von dem Resultate der eingeleiteten Untersuchung ohne Verzug durch diejenige Behörde, welche die Untersuchung geführt hat, in Kenntniss gesetzt werden.

Artikel XXII.

(Ermächtigung der Commissarien zur Beseitigung der Zweifel bei Feststellung der Gränzzeichen.)

Sollte wider Erwarten nach der Ratification des Vertrages über die Feststellung der Hoheits-Gränzzeichen irgend ein Zweifel hervortreten, und sich bei dieser Feststellung der Gränzzeichen namentlich ergeben, dass in Anfertigung der Gränzbeschreibung ein Irrthum entstanden wäre, so sind die beiderseitigen Commissarien zu dessen Beseitigung ermächtigt.

Artikel XXIII.

(Ratification des Vertrages.)

Dieser Vertrag soll ratificirt, und die Ratificationen bald möglichst ausgewechselt werden [b]).

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihn unterzeichnet und mit ihren Wappen untersiegelt [c]).

So geschehen Bückeburg, den 25. November 1837.

(L. S.) Carl Richter.
(L. S.) Johann Paul Wehner.

a) Vergl.: Abth. I dieses Theils Nr. XXXIV, F.
Abth. II, Nr. LXXII.

b) Die Ratifications-Urkunden sind am 24. Januar 1838 zu Hannover ausgewechselt worden.

c) Dieser Vertrag ist in mehreren Sammlungen diplomatischer Urkunden unvollständig und mit vielen Fehlern abgedruckt. Hier, so wie bei den vorhergehenden und nachfolgenden Nummern, ist der preussische officielle Abdruck zum Grunde gelegt.

LXXIV.

Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, unterzeichnet zu Worms, den 1. Juli 1816.

Nachdem, in Gemässheit des Artikel VI der zu Paris am 3. November 1815 zwischen den alliirten Mächten hinsichtlich der Territorial-Ausgleichungen getroffenen Uebereinkunft [a]), die vermöge des Artikel LI der Congress-Acte Sr. k. k. Majestät zugewiesenen Landesbezirke [b]) im ehemaligen Saar-Departement nun an die Krone Preussen übergehen sollen, und wegen deren Uebernahme zwischen den von den beiderseitigen Höfen in Beziehung auf die noch vorzunehmenden Territorial-Ausgleichungen bevollmächtigten Commissarien und Ministern, dem k. k. österreichischen Geheimen Rath Herrn Freiherrn von Wessenberg und dem k. preussischen Staatsminister Herrn Freiherrn von Humboldt bereits eine vorläufige Uebereinkunft mit Festsetzung einiger allgemeinen Bestimmungen zu Frankfurt am 28. Juni abgeschlossen worden ist, so sind um diese Uebergabe und Uebernahme, insbesondere in Ansehung der im ehemaligen Saar-Departement gelegenen Bezirke nun wirklich zu vollführen und deshalb die erforderlichen nähern Bestimmungen zu treffen, die hierzu ernannten Commissarien, nämlich:

von Seiten des königlich Preussischen Hofes:

der Director der ersten Abtheilung der königlichen Regierung zu Coblenz, Ritter des rothen Adler-Ordens dritter Classe, Freiherr von Schmitz-Grollenburg, als Uebernahme-Commissär; und

von Seiten des k. k. Oesterreichischen Hofes:

der k. k. wirkliche Hofrath und Commandeur des königlich baierischen Civil-Verdienst-Ordens, Wilhelm von Drossdick, als Uebergabe-Commissär,

heute am 1. Juli 1816 zusammengetreten und nach Auswechslung ihrer beiderseitigen Vollmachten, von welchen vidimirte Abschriften zu den Acten genommen wurden, hat der k. k. Oesterreichische Herr Uebergabe-Commissär erklärt, dass er Kraft seiner Vollmacht die im Art. VI der zu Paris am 3. November 1815 zwischen den alliirten Mächten hinsichtlich der Territorial-Ausgleichungen getroffenen Uebereinkunft Sr. k. k. Majestät zugewiesenen Landesbezirke im ehemaligen Saar-Departement, nämlich die Cantone Saarburg, Merzig, Wadern, Tholey, Ottweiler, den von Frankreich im Jahre 1814 abgetretenen Theil des Cantons Lohbach, die Reste der Cantone Lutz (einschliesslich der ehemals zum Wälder-Departement gehörenden Parcellen auf dem rechten Mosel-Ufer) Hermeskeil und Birkenfeld, so wie der Canton Baumholder und Grumbach, letzterer mit Ausnahme der Ortschaften Eschenau und St. Julia, ferner den Canton St. Wendel, mit Ausnahme der Ortschaften Saal, Niederkirchen, Bubach, Marth, Hof und Osterbrücken, endlich die vorher zum Canton Cusel gehörigen Ortschaften Schwarzerden, Reichweiler, Pfeffelbach, Ruthweiler, Burge und Thal Lichtenberg mit allen Rechten und Gerechtsamen in derselben Art und in demselben Umfange, wie solche von Sr. K. K. Oesterreichischen Majestät bisher besessen waren, ohne allen Vorbehalt an den Königl. Preussischen Herrn Uebergabe-Commissär hiermit förmlich übergebe und überlasse, daher auch nunmehr im Namen Sr. Majestät des Kaisers alle Staatsdiener und Unterthanen der übergebenen Länder aller gegen den bisherigen Souverän gehabten Pflichten entbinde und entlasse.

Hierauf hat der Königl. Preussische Herr Uebernahme-Commissär erklärt, dass er Kraft seiner Vollmacht die ihm übergebenen Länder, so wie sie ihm übergeben worden sind, im Namen Sr. Majestät des Königs von Preussen übernehme und dieselben, so wie deren Einwohner, als nunmehr an Se. Majestät den König von Preussen mit voller Souveränetät übergegangen, erkenne.

Beide Commissarien haben hierauf sogleich hierüber öffentliche Kundmachungen erlassen und zur Anschlagung an alle Gemeinden gesendet, womit also dem Artikel VI der Pariser Convention vom 3. November 1815 nunmehr gänzlich Genüge geleistet worden ist.

Da jedoch mit dieser im Allgemeinen und in der ersten Wesenheit bereits wirklich vollzogenen Uebergabe noch mehrere zu treffende besondere Verfügungen in einem engen Zusammenhange stehen, und die hierüber am 20. Juni in Ansehung der im ehemaligen Saar-Departement zu übergebenden Bezirke geschlossene vorläufige Uebereinkunft mehrere genauere Bestimmungen erfordert, so haben die beiden Commissarien noch folgende Punkte näher besprochen und darüber im gemeinschaftlichen Einverständnisse Beschlüsse gefasst.

Artikel I.

Alle in den übergebenen Bezirken vom 1. Mai 1816 an erwachsenen Landes-Einkünfte fallen ganz der Krone Preussen zu, dagegen behält der Herr Uebergabe-Commissär seinem Allerhöchsten Hofe alle Ansprüche auf die Landes-Einkünfte von der früheren Periode bis 30. April d. J. vor.

Artikel II.

Die in der Oesterreichischen Central-Casse vorhandenen Gelder aus den Kreisen Ottweiler und Birkenfeld verbleiben auch, insofern sie von Einkünften, die seit dem 1. Mai d. J. erwachsen sind, herrühren, der k. k. Oesterreichischen Regierung auf Abschlag der einzubringenden Rückstände gegen weitere Verrechnung und gegen die Verbindlichkeit, daraus noch die unberichtigten Besoldungen und Pensionen vom 2. Quartale d. J. zu bezahlen. Die vorhandenen Reste des Kriegsfonds aber sollen, da diese Gelder eigentlich dem Lande als ein zur Bezahlung der Landes-Kriegs-Schulden bestimmter Fonds gewidmet waren, unter die Kreise Ottweiler und Birkenfeld, nach dem Massstabe der von diesen Kreisen hierzu in Gemässheit der in der Verordnung vom 4. December 1815 festgesetzten von denselben geleisteten Beiträge vertheilt und den Kreis-Cassen zugesendet werden, jedoch unbeschadet der Ansprüche, welche der k. k. Oesterreichische Hof auf die auch aus der Staatskasse hierzu gemachten Vorschüsse haben könnte. Es wird hierüber von Oesterreichischer Seite die Anweisung an die hiesige Centralkasse zur dienstfälligen Zahlung an die Kreiskassen von Ottweiler und Birkenfeld sogleich erlassen.

Artikel III.

Die in den übergebenen Bezirken am 30. April noch unverkauft gebliebenen Staatsvorräthe an Bergwerksprodukten und Holz, von letzterem jedoch, in sofern es sich noch am Stamme befindet, nur jenes, welches in den genehmigten Haunngs-Verschlägen zum heurigen Verkaufe bereits bestimmt war, wenn ein solches noch vorhanden seyn sollte, verbleiben der k. k. Oesterreichischen Regierung, welche die Befugniss hat, während drei Monaten, also bis 1. Oktober d. J., die ihr von den Einkünften der abgetretenen Landesbezirke zukommenden Vorräthe aller Art, insofern sie Staats- und kein Communal-Eigenthum sind, zu verkaufen oder frei von allen Abgaben ausführen zu lassen. Es sollen von königl. Preussischer Seite binnen vierzehn Tagen genaue Ausweise über den Stand jener Vorräthe am 30. April und die Veränderung, welche mit denselben seitdem eingetreten ist, aufgenommen und der Oesterreichischen Commission mitgetheilt werden. Auch werden diese Vorräthe der königl. Preussischen Regierung als ein Guthaben des k. k. Oesterreichischen Hofes gegen einen billigen Anschlag nach dem Werthe, welchen dieselben nach dem Massstabe der letzten Verkäufe haben, und, nach Abzug von 10 Proc. für Regiekosten, überlassen, worüber man sich vorbehält, noch bis Ende Juli ein besonderes Uebereinkommen zu treffen. Sollte dies Uebereinkommen aber bis dahin nicht zu Stande gebracht werden, so sollen die dem Oesterreichischen Hofe zur freien Ausfuhr verstatteten drei Monate vom 1. August an, also bis zum 1. November gerechnet werden, und den Oesterreichischen Commissarien in dieser Hinsicht alle zur weiteren Disposition mit diesen Vorräthen nothwendigen amtlichen Einwirkungen verstattet seyn.

Artikel IV.

Die von den übergebenen Bezirken verkauften, aber noch nicht bezahlten Holzwechsel werden von Oesterreichischer Seite nach einem darüber aufzunehmenden besonderen Protokolle dem königl. Preussischen Hofe übergeben, welcher sich dagegen verbindet, den ganzen Betrag derselben dem k. k. Oesterreichischen Hofe bei den weiter bevorstehenden Liquidationen zu Gute zu rechnen.

Artikel V.

Dem k. k. Oesterreichischen Hofe bleiben für die früheren Perioden vor dem 1. Mai d. J. ausser den gebührenden Rückständen, welche an Steuern oder Domanial-Gefällen bei einzelnen Parteien noch aushaften, oder welche von zurückgebliebenen Staatsvorräthen herrühren, auch noch weitere Ansprüche bevor:

1) auf die Wiedererstattung von Vorschüssen, welche auf Rechnung des Landes oder des nachfolgenden Landesherrn aus der Staatskasse und dem Staatsvermögen überhaupt gemacht wurden;

2) auf Guthaben von auswärtigen Regierungen, die erst später eingebracht worden, als z. B. bei der Liquidation mit Frankreich und den Liquidationen mit anderen Regierungen und Höfen für genossene Truppen-Verpflegung.

Artikel VI.

Nach geschehener Uebergabe hat die in den übergebenen Bezirken eintretende königl. Preussische Regierung ausser den seit dem 1. Mai neu erwachsenen Einkünften, auch die aus der früheren Periode vor dem 1. Mai noch rückständigen Gelder zu beziehen, so wie die rückständigen Ausgaben für Rechnung von Oesterreich aus diesen einzunehmenden Rückständen zu berichtigen. Die k. Preussische Regierung verbindet sich, die Beitreibung aller Rückstände, insofern nicht einige derselben durch wirkliche Zahlungs-Unfähigkeit der Parteien uneinbringlich wären, so wie die Verrechnung darüber gegen die k. k. Oesterreichische Regierung binnen drei Monaten nach geschehener Uebergabe, also bis zum 1. Oktober zu beendigen, wogegen sich die k. k. Oesterreichische Regierung verpflichtet, alle seit dem 16. Juni 1814 erlaufenen aber noch nicht befriedigten Verwaltungs-Auslagen ebenfalls innerhalb drei Monaten, binnen welchen dieselben auch angefordert werden müssen, festzustellen und zu vergüten. Diese Verpflichtung der k. k. Oesterreichischen Regierung hat sich auch auf rückständige Ausgaben von der Zeit der französischen Regierung zu erstrecken, insofern die dafür nach französischen Gesetzen zugewiesenen Fonds von der k. k. Oesterreichischen Regierung ganz oder zum Theil wirklich bezogen

worden sind und es solche Forderungen betrifft, wegen welcher nach den mit Frankreich bestehenden Staatsverträgen von den Jahren 1814 und 1815 keine Reclamationen gegen Frankreich mehr Statt finden.

Artikel VII.

Da nach der geschehenen Uebergabe ohnehin eine solche Absonderung der finanziellen Verwaltung eintritt, dass die neue k. Preussische Verwaltung der übergebenen Bezirke in ihre Kassen nur das, was von ihrem Gebiete an laufendem Ertrage oder an Rückstand eingeht, bezieht, so wird es nur in Ansehung jener Ausgaben, die früher den übrigen damit vereinigt gewesenen Landesbezirken am linken Rheinufer gemeinschaftlich waren, und so lange sie zum Theil auch noch ferner gemeinschaftlich bleiben, nothwendig den Massstab der Beitragspflicht jeden Theils festzusetzen. In dieser Absicht vereinigten sich die beiden Commissarien zu folgenden Grundsätzen:

a) Bei Besoldungen von Beamten eines in nunmehr verschiedenen Gebieten sich erstreckenden Bezirkes wäre die Quote nach dem Verhältnisse der Seelenzahl der Bezirkstheile zu bemessen;

b) bei Pensionisten hätte ihr dermaliger Wohnsitz zu entscheiden;

c) die Verköstigung der Gefangenen in den Strafhäusern träfe für Eingeborene aus dem bisherigen Administrations-Bezirke jene Macht, welcher der Geburtsort zufällt, für Ausländer jene Macht, in deren Gebiete sich das Tribunal befindet, welches die Untersuchung gepflogen hat.

Artikel VIII.

Die Liquidation des gesammten Kriegsschuldenwesens, wozu auch die Vollendung der Magazinrechnungen gehört, für die ganze frühere Periode der gemeinschaftlichen Administration, soll in Gemässheit der zwischen Oesterreich und Baiern getroffenen Uebereinkunft vom 1. Mai binnen längstens drei Monaten vom 1. Mai an gerechnet, sowohl in Absicht auf Berichtigung von unbezahlten Posten, als auf nachträgliche Gleichstellung einzelner Bezirke des ehemaligen gemeinschaftlichen Administrations-Bezirkes unter sich, und auf Rückersatz für Vor-

schüsse aus der Staatskasse vollendet werden. Zu diesem Behufe wird es der k. Preussischen Regierung freistehen, zu der diesfälligen bereits aufgestellten Liquidations-Commission einen Commissär abzuordnen, so wie überhaupt die künftigen Verhältnisse dieser Commission und die Art der gänzlichen Beendigung ihres Geschäfts, wenn diese in dem festgesetzten Termine bis Ende Juli nicht mehr möglich werden sollte, mit dem königl. Baierischen und dem grossherzogl. Hessischen Hofe näher zu reguliren. Vor der Hand bleibt diese Commission aber in ihrer bisherigen Form als eine gemeinschaftliche Behörde auch beiden neu eintretenden Landes-Administrationen gleich untergeordnet.

Artikel IX.

Nachdem der Herr Uebernahme-Commissär in Ansehung der noch zu berichtigenden älteren Kriegsschulden insbesondere bemerkt, dass jene Lieferanten aus dem Saar-Departement, welche von der ehemaligen Oesterreichischen und Baierischen gemeinschaftlichen Landes-Administration mit Anweisungen auf verfallene Domänen-Kaufschillinge befriedigt worden sind, so wird auf geäussertes Verlangen die Zusicherung Oesterreichischer Seits gegeben, im Falle nicht auch durch weitere Rücksprache mit der k. Preussischen Regierung eine Anerkennung jener Anweisungen noch erwirkt werden sollte, sich zu verwenden, dass im Wege der aufgestellten gemeinschaftlichen Liquidations-Commission die Bezahlung jener Lieferanten erwirkt werde.

Artikel X.

Alle am 1. Mai d. J. in den abgetretenen Landesbezirken angestellt gewesenen oder seitdem auf damals bestandenen Dienstplätzen angestellten Beamten, so wie die vom ehemaligen Kreisgerichte zu Cusel jenem zu St. Wendel zugetheilten Individuen übernimmt die königl. Preussische Regierung. Die Central-Diener insbesondere, welche theils am 1. Mai schon bestanden haben, theils seitdem auf erledigten Plätzen angestellt worden sind, und zu welchen auch die Officiere der ehemaligen Mittelrheinländischen Landwehr zu rechnen sind, werden von k. Preussischer Seite in Gemässheit der im Art. XI der Uebereinkunft vom 1. Mai zwischen Oesterreich und Baiern getroffenen Bestimmung dergestalt, dass bei einer Vertheilung derselben das

Verhältniss des direkten Steuerertrages als der festeste Massstab gelten soll, um so mehr übernommen, als sich aus der mit Baiern deshalb früher gepflogenen Verhandlung zeigt, dass von Baierischer Seite bereits ein ungleich grösserer Theil übernommen worden ist, als dieses Verhältniss eigentlich mit sich gebracht hätte. Nach diesem Verhältnisse würden von den gegenwärtigen Centralbeamten $^{6}/_{21}$ den k. Preussischen und $^{15}/_{21}$ den grossherzogl. Hessischen Hof treffen und es werden von den in der Beilage verzeichneten Central-Dienern hiernach die in der 2. Col. aufgeführten Individuen von k. Preussischer Seite übernommen. Auch fallen alle von Frankreich übernommenen Pensionisten, welche in den abgetretenen Bezirken ihren bisherigen Wohnsitz hatten, nunmehr der k. Preussischen Regierung zur Last.

Artikel XI.

Alle wegen der Uebergabe von Acten und zugehörigen Karten, Planen und Documenten in dem §. 14. der Uebereinkunft vom 1. Mai zwischen Oesterreich und Baiern von a bis d getroffenen Bestimmungen, welche also lauten:

a) Die Registraturen der untergeordneten blossen Local- und Bezirks-Behörden verbleiben ganz jener Landes-Administration, in deren Gebiete der grösste Theil des Bezirkes dieser Behörden fällt, welche jedoch daraus in Beziehung auf davon abgerissene Theile der Landes-Administration der letztern die Special-Acten ganz zu verabfolgen, von den General-Acten aber die Einsicht und die Verfertigung von Abschriften oder Auszüge zu verstatten hat;

b) Die Registraturen der Central-Behörden, deren Wirkungskreis sich bisher auf das ganze, nunmehr getheilte Land erstreckte, und zwar die Registraturen, welche die gemeinschaftliche Administration, sowohl hier in Worms, als zum Theil auch in Frankenthal hatte, ferner die Registraturen aller ihr zugehörigen Central-Behörden, nämlich: der Steuer- und Domänen-Directionen, des Ober-Forst-Amts, der Bergwerks-Inspection, der General-Casse der Kriegsschulden-Liquidations-Commission, des Militär-Rechnungs-Bureaus, der Commission zur Liquidation der Forderungen an Frankreich, des Gensd'armerie-Commandanten, des Landwehr-

Central-Ausschusses, des Appellations-Gerichts, der administrativen Justiz-Commission, des General-Consistoriums, der Schul-Inspection und des Medicinal-Collegiums, müssen, insofern die künftigen hiesigen Landesherrn nicht etwa die Kriegsschulden-Liquidations-Commission gemeinschaftlich fortbestehen lassen wollen, nach den bereits erlassenen Anordnungen so geschieden werden, dass die Special-Acten für einzelne Orte oder Bezirke nach den Gebieten, in welche der ganze bisherige Administrations-Bezirk zerfällt, abgesondert, die ihrer Natur nach untrennbaren General-Acten aber noch beisammen gelassen werden;

l) Sobald die weiteren Landesübergaben wirklich eintreten, somit die Oesterreichische Landes-Administration aufhört, und die k. Baierische sich auf ihren eigentlichen Sitz nach Speyer begibt, so werden der letzteren ausser den ihr Gebiet betreffenden und schon jetzt gleich auszufolgenden Special-Acten in der Rücksicht, dass ihr der grösste Theil des hiesigen Landes zugefallen ist, und durch eine blosse einstweilige Deponirung und Verschliessung der Acten der Geschäftsgang zu sehr gehemmt würde, dann auch die General-Acten nach der provisorischen Ausscheidung übergeben werden; jedoch bleibt den übrigen zwei noch in den Besitz von Landestheilen tretenden Regierungen von Preussen und Hessen-Darmstadt nicht nur der Mitgebrauch der General-Acten, die Einsicht derselben und die Verfertigung von Abschriften und Auszügen, sondern selbst eine weitere Revision und definitive Berichtigung der Acten-Ausscheidung durch eine aus Abgeordneten aller drei Höfe gebildete Commission vorbehalten, welche binnen drei Monaten nach der geschehenen Uebergabe der Länder ihre Arbeiten vollenden muss;

l) In der Erwartung, dass auch die andern zwei noch in den Landesbesitz tretenden Höfe es vielleicht in ihrem Interesse finden dürften, die niedergesetzte Liquidations-Commission wegen Tilgung und Ausgleichung der Kriegsschulden, wie auch das mit der Vollendung der Magazin-Rechnungen noch beschäftigte Militär-Rechnungs-Bureau gemeinschaftlich für den ganzen ehemaligen Administrations-Bezirk noch ferner

fortbestehen, und diese Central-Behörden ihren Sitz in Speyer nehmen zu lassen, wo auch die übrigen Central-Acten vor der Hand sich hinterlegt befinden, werden der Commission auch die Special-Acten der übrigen noch zu übergebenden Landestheile provisorisch und unter dem Vorbehalt der Rechte der übrigen zwei Höfe für den Fall einer anderen Disposition beigelassen;

werden auch von k. Preussischer Seite unter dem Vorbehalte des weiteren Einverständnisses mit dem grossherzoglich Hessischen Hofe durchaus angenommen. Die bei der Oesterreichischen Landes-Administration zu Worms seit dem 1. Mai ohnehin auch bereits für die der Krone Preussen zufallenden Bezirke, abgesondert von jenen, die dem grossherzogl. Hessischen Hofe zugedacht sind, geführten Protokolle und hinterlegten Acten werden sogleich dem königl. Preussischen Herrn Uebernahme-Commissär übergeben.

Artikel XII.

Den Commissarien, welche von k. k. Oesterreichischer Seite in hiesigen Landen noch wegen der Berichtigung der Ansprüche und Forderungen, die sich aus der früheren Verwaltung ergeben, zurückbleiben, wird der freie Zutritt zu den Registraturen und die Benutzung der übergebenen Acten auch zum eigenen Gebrauche, die Einholung von Auskünften von den Beamten der abgetretenen Bezirke, auf Verlangen auch die Mittheilung der Acten von fortlaufenden Verhandlungen, über die Berichtigung von Gegenständen der früheren Administration, besonders in Ansehung der Arbeiten der Commissionen über das Kriegsschulden-Wesen und über die Forderungen an Frankreich, zugestanden, und werden ihnen alle Aufklärungen und Unterstützungen, die sie deshalb verlangen, von der k. Preussischen Regierung verschafft werden.

Artikel XIII.

Die wegen der vorjährigen Uebergabe eines Landesbezirks an die Krone Preussen in dem zu Kreuznach am 2. Juli v. J. abgeschlossenen Protokolle *) getroffenen Bestimmungen sollen, insoweit sie nicht durch gegenwärtige Uebereinkunft abgeändert worden sind, in voller Kraft verbleiben.

Ueber diese ganze Verhandlung wurde das gegenwärtige Protokoll aufgenommen und von beiden Theilen in vier gleichlautenden Exemplaren, deren zwei zum eigenen weiteren Amts-Gebrauch der beiden Commissarien, und zwei zur Einsendung an ihre beiderseitigen Höfe bestimmt sind, unterzeichnet.

Geschehen Worms, den 1. Juli 1816.

(L. S.) Schmitz-Grollenburg.
(L. S.) v. Drossdick.

a) S. Abtheilung I dieses Theiles (Nr. XLII), S. 740, 744, 745.

b) S. Abtheilung I dieses Theiles (Nr. XXXIV), S. 466.

c) Vergl.: Protokoll, welches zu Kreuznach am 28. Mai 1815 über die näheren Bestimmungen wegen der Uebergabe eines an das Königreich Preussen auf dem rechten Moselufer gefallenen Landesdistriktes aufgenommen und am 2. Juni desselben Jahres unterzeichnet wurde.

de Martens recueil etc. Supplém. Tom. VIII, p. 138—149. (Vergl: Tom. VI, p. 315.)

LXXV.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Schwarzburg-Sondershausen, die einfachere und bestimmtere Anordnung der zwischen beiden bisher bestandenen Verhältnisse betreffend, unterzeichnet zu Berlin, den 15. Juni 1816.

Se. Königliche Majestät von Preussen, welche in Folge des XV., XVIII. und CXVIII. Artikels der am 9. Juni 1815 auf dem Congresse zu Wien abgeschlossenen Acte*) in alle diejenigen Rechte getreten sind, die bis dahin der Krone Sachsen gegen das Fürstliche Haus Schwarzburg und dessen Besitzungen zugestanden, und Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen, beiderseits geneigt, Ihre Verhältnisse einfacher und bestimmter als bisher zu ordnen, haben zu diesem Zwecke Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:

den Wirklichen Geheimen Legations-Rath, Sectionschef, Ritter mehrerer Orden, Johann Ludwig von Jordan, und

den Geheimen Legationsrath und Ritter mehrerer Orden, Johann Gottfried Hoffmann;

und Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen:

den Geheimen Rath, Kanzler und Consistorial-Präsidenten Ludwig Wilhelm Adolph von Weise, und

den Vice-Kammer-Präsidenten und Kammerjunker Carl Friedrich Wilhelm von Weise;

welche, nach Auswechselung ihrer in guter Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich vereinigt haben.

Artikel I.

Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen leisten für immer Verzicht zu Gunsten Seiner Majestät des Königs von Preussen:

1) Auf alle lehnsherrlichen Rechte und Einkünfte, welche Sie bisher allein oder in Gemeinschaft in dem Umfang des Preussischen Staates, so wie er nach Abschluss des gegenwärtigen Tractats begränzt seyn wird, besessen, erhoben oder sonst behauptet haben, wie auch auf alle Ansprüche, welche Ihnen etwa auf die Salzquellen zu Artern zustehen möchten. Das Privateigenthum an Waldungen, Wiesen und andern Grundstücken, welche Seine Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen an verschiedenen Orten der Preussischen Staaten besitzen, wird jedoch nicht hiermit abgetreten, sondern bleibt Fürstliches Eigenthum unter Preussischer Hoheit mit Befreiung von ordentlichen Grundsteuern, so weit dieselbe bis hierher Statt gefunden hat.

2) Auf die Landeshoheit und alle von derselben abhängenden Rechte und Einkünfte in dem Amte Bodungen, den Gerichten Allersberg und Hainvöden und der Ortschaft Utlerode; die Kameralgüter und Forsten im Amte Bodungen sind in dieser Verzichtleistung nicht begriffen, und werden vielmehr nebst den davon abhängenden Domanialrechten und Nutzungen von Seiner Durchlaucht unter Preussischer Hoheit, und mit den Eigenschaften besessen werden, welche den am meisten privilegirten Allodial-Rittergütern in der Grafschaft Hohenstein, Preussischen Antheils, in der Regel zustehen, auch bleibt denselben die Befreiung von ordentlichen Grundsteuern in dem Masse, in welchem sie bisher statt gefunden, ferner besonders vorbehalten.

3) Auf die Ortschaft Bruchstädt mit allen Hoheits-, Eigenthums- und andern Rechten.

4) Auf alle Rechte und Einkünfte, die Ihnen in der Ortschaft Bothenheiligen und deren Zubehör zustehen.

Seine Majestät der König von Preussen werden alle Rechte und Einkünfte, worauf hierdurch zu Ihren Gunsten verzichtet wird, für Sich und Ihre Nachfolger mit eben den Befugnissen und Verbindlichkeiten besitzen, womit sich dieselben zur Zeit im

Besitze Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen befinden, und es kann und soll namentlich hierdurch den Rechten des Hauses Stollberg nichts entzogen werden.

Artikel II.

Seine Majestät der König von Preussen verzichten dagegen zu Gunsten Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen:

1) Auf alle Landeshoheits-, Oberherrlichkeits- und Lehnsrechte und Einkünfte, welche Sie bisher über das Amt Ebeleben, jedoch mit Ausnahme der Ortschaft Bothenheiligen und deren Zubehör, die sogenannten Recessherrschaften, die der Gemeinde Wiedermut gehörige Holzung, Stockei genannt, und überhaupt in dem Umfange des Gebiets Seiner Durchlaucht, so wie es nach Abschluss dieses Tractats begränzt seyn wird, besessen, erhoben, oder sonst behauptet haben; die Recessgelder und die Jagd in der Stockei sind namentlich hierunter begriffen.

2) Auf die Landeshoheits-, Lehns- und Eigenthumsrechte und Einkünfte, welche Sie in den Ortschaften Gross-Furra und Bendeleben besitzen.

3) Auf das Eigenthum und die Einkünfte des in dem Schwarzburgischen Dorfe Alkersleben belegenen, zu der Erfurt'schen Domainenverwaltung gehörigen Guts, und der innerhalb der Sondershausischen Gränze gelegenen Besitzungen und Gefälle der vormaligen Probstei Gollingen, wie auch auf diejenigen Gefälle und Einkünfte, welche Ihr Collecturhof zu Nordhausen, das eingezogene Domstift und der Frauenberg ebendaselbst in denjenigen Ortschaften erheben, welche nach Abschluss dieses Tractats unter der Landeshoheit Seiner Durchlaucht stehen werden. Auch soll die Steuerfreiheit der Fürstlichen Domaine zu Gerterode, so wie sie vor dem Tilsiter Frieden bestand, wieder hergestellt werden.

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen werden alle Rechte und Einkünfte, worauf hiermit zu Ihren Gunsten verzichtet wird, für Sich und Ihre Nachfolger mit allen den Befugnissen und Verbindlichkeiten besitzen, womit sich dieselben zur Zeit im Besitze Seiner Majestät des Königs von Preussen befinden, und es kann und soll namentlich auch hierdurch den Rechten des Hauses Stolberg nichts entzogen werden.

Artikel III.

Die Uebergabe der gegenseitig Artikel I. und II. abgetretenen Besitzungen und Rechte und Einkünfte geschieht am 1. Julius gegenwärtigen Jahrs. Alle Vortheile und alle Lasten laufen von diesem Tage an, und mit Einschluss desselben für Rechnung des neuen Inhabers. Alle früher fällige, aber bei den Einsassen noch rückständige Gefälle, Abgaben, Dienste und Leistungen aller Art, verbleiben dem neuen Besitzer, welcher gehalten ist, dagegen auch alle rückständige laufende Ausgaben zu übernehmen, ohne dass über beides irgend eine Nachrechnung Statt finden könnte. Die auf die abgetretenen Besitzungen, Rechte und Einkünfte Bezug habenden Registraturen und Papiere aller Art, sollen in der möglichst kürzesten Zeist, spätestens bis zum 1. Oktober laufenden Jahres übergeben werden.

Artikel IV.

Mit den abgetretenen Distrikten und Ortschaften gehen blos die Localschulden und Lasten über. Sie treten ganz ausser Verbindung mit den Provinzen, Kreisen oder Aemtern, wovon sie gegenwärtig getrennt werden, und es können von beiden Seiten keine Nachforderungen wegen vormals gemeinschaftlichen Vermögens oder gemeinschaftlicher Schulden von den Provincial-, Kreis- und Aemterkassen an die abgetretenen Districte und Ortschaften oder umgekehrt, erhoben werden. Seine Majestät der König von Preussen und Se. Durchlaucht der Fürst von Schwarzburg-Sondershausen übernehmen jeder an Ihrem Theile, diejenigen Stände, Behörden, Corporationen und Communen vollständig und nach aller Billigkeit zu entschädigen, welche durch diese Bestimmung erweislich verletzt seyn möchten. Milden und frommen Stiftungen verbleiben auf beiden Seiten die bisher bezogenen Gefälle und Einkünfte, und soll darin durch gegenwärtige gegenseitige Abtretung nichts verändert werden.

Artikel V.

Von beiden Seiten geht blos die Localdienerschaft an den neuen Landesherrn über; von den Pensionairs im Civil, blos Unterofficianten, im Militair blos solche Personen, die nicht Oberoffiziersrang haben und deren fester Wohnsitz eine der überge-

henden Ortschaften ist. Sie verbleiben ungekränkt im Besitze ihrer bisherigen Rechte und Einkünfte. Seiner Durchlaucht dem Fürsten wird frei stehen, bei denjenigen Oekonomie-Verwaltungen und Untergerichten, die Sie nach Artikel I. Nr. 2. künftig unter Preussischer Hoheit besitzen werden, auch in Ihrem Gebiet geborene und naturalisirte Personen anzustellen, wenn sie sonst die allgemeinen gesetzlichen Eigenschaften zu Verwaltung ihres Dienstes haben. Militairs aller Grade, welche in den abgetretenen Districten und Ortschaften geboren sind, sollen, wenn sie ihre Dienste bei dem bisherigen Landesherrn nicht fortsetzen wollen, auf ihr Ansuchen bis zu Ende des laufenden Jahres 1816 verabschiedet und in ihre Heimath entlassen werden.

Artikel VI.

Da hiernach die Verhältnisse, in welchen Seine Durchlaucht der Fürst vormals gegen die Krone Sachsen, und in Folge derselben letztlich gegen den Preussischen Staat standen, erst mit dem 1. Julius dieses Jahrs aufhören, so werden Sie die etwa noch rückständigen Recessgelder, und etwa von ihnen eingehobenen, aber recessmässig Preussen zuständigen Steuern und Abgaben bis zu gedachtem Termine annoch an die Regierungs-Hauptkasse zu Merseburg abtragen lassen. Das Quantum dieser Rückstände soll sofort von in Berlin zusammentretenden Commissarien berechnet, und der gedachten Kasse eine Anweisung, wie viel sie überhaupt noch zu fordern hat, zugestellt werden. Die Zahlung wird dergestalt erfolgen, dass binnen Jahresfrist alles berichtigt sein wird.

Artikel VII.

Seine Durchlaucht der Fürst verpflichten Sich, denjenigen Massregeln für Ihre Lande beizutreten, welche wegen des gemeinschaftlichen militairischen Interesse der Gegenden zwischen der Saale und Werra in gemeinsamer Uebereinkunft mit den daselbst angesessenen Mitgliedern des Deutschen Bundes überhaupt beschlossen werden möchten. Sie werden dagegen auch Antheil an derjenigen Auseinandersetzung nehmen, welche über die gemeinschaftlichen Verwendungen der Norddeutschen Fürsten wegen der kriegerischen Ereignisse in den Jahren 1805 und 1806 erfolgen wird.

Artikel VIII.

Seine Majestät der König und Seine Durchlaucht der Fürst versichern einander gegenseitig die freie und unbeschwerte Durchfuhr der Militaireffecten, des Salzes, des Getreides, aller Brennmaterialien, des Zimmerholzes, des Kalkes und aller Steine, wie auch der Erzeugnisse Ihrer Berg- und Hüttenwerke. Diese Durchfuhr kann jedoch nur auf offener Landstrasse und unter Beobachtung der allgemeinen finanziellen und polizeilichen Vorschriften, zu welchen letzteren auch die Erlegung blosser Wege- und Brükkengelder gehört, erfolgen.

Artikel IX.

Seiner Majestät dem Könige von Preussen verbleibt, nach Abgang aller zur Lehnsfolge nach der bisherigen Verfassung Berechtigten, das Heimfallsrecht in demselben Masse ausdrücklich vorbehalten, in welchem es vor Abschluss des gegenwärtigen Tractats bestanden hat.

Artikel X.

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen verpflichten Sich, die agnatische Einwilligung für Sich und Ihre Nachfolger zu demjenigen Staatsvertrage zu ertheilen, welcher gleichzeitig zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preussen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt zu gleichem Zwecke abgeschlossen werden soll. Dieser Staatsvertrag wird deshalb Ihren Bevollmächtigten gleich nach erfolgter Unterzeichnung mitgetheilt werden, und die Einwilligung wird hierauf noch vor Auswechselung der Ratificationen erfolgen.

Artikel XI.

Gegenwärtiger Tractat wird von Seiner Majestät dem Könige, und Seiner Durchlaucht dem Fürsten ratificirt, und die Ratificationen binnen vierzehn Tagen nach der Unterzeichnung ausgewechselt werden.

Dess zu Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten

gegenwärtigen Staatsvertrag unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Berlin, den 15. Juni 1816.

(L. S.) Johann Ludwig von Jordan.
(L. S.) Johann Gottfried Hoffmann.
(L. S.) Ludwig Wilhelm Adolph von Weise.
(L. S.) Carl Friedrich Wilhelm von Weise.

Separat-Artikel.

Artikel I.

Se. Majestät der König von Preussen, und Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen sichern sich gegenseitig die Genehmigung derjenigen Lehnsexpektanzen zu, welche von Ihnen vor Unterzeichnung des untenbenannten Tractats auf durch denselben abgetretene Gegenstände ertheilt worden seyn möchten.

Artikel II.

Den vormaligen Recessherrschaften und denjenigen Districten, Ortschaften und Personen, welche in Folge dieses Tractats aus Königlich-Preussischer Landeshoheit unter Fürstlich-Schwarzburgische Landeshoheit übergehen, behalten beide paciscirende Theile vorläufig auch die oberste und letzte Instanz in Civil- und Criminalfällen bei den Königlichen Preussischen Obergerichten auf so lange vor, bis ein nach Artikel 12. der Deutschen Bundesacte vom 8. Junius 1815 gebildeter oberster Gerichtshof auch für die Fürstlich-Schwarzburgischen Länder eingerichtet und in Thätigkeit getreten seyn wird, worauf alsdann dieses interimistische Verhältniss gänzlich aufhören, und die Gerichtsbarkeit in letzter Instanz ohne Ausnahme an gedachten Gerichtshof übergehen wird.

Seine Königliche Majestät bestimmen zu dieser interimistischen Instanz Ihr geheimes Obertribunal, und werden denselben deshalb Auftrag machen. Auch versprechen Seine Durchlaucht der Fürst ausdrücklich, den von Ihnen durch gegenwärtigen Tractat neu erworbenen Unterthanen, bei den für Ihren Staat in Ge-

mässheit des 13. Artikels der Bundesacte zu errichtenden ständischen Verfassung, Befugnisse beizulegen, welche wesentlich, der verschiedenen Lage gemäss, denjenigen gleichgeltend sind, die sie, wenn sie Preussische Unterthanen geblieben wären, in Rücksicht der ständischen Verfassung erhalten haben würden.

Diese Artikel sollen ratificirt, auch so angesehen werden, als ob sie Wort für Wort dem heute zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preussen und Sr. Durchlaucht dem Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, wegen einfacherer und bestimmterer Anordnung der zwischen Ihnen bisher bestandenen Verhältnisse abgeschlossenen Tractate einverleibt wären.

Dess zu Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Separat-Artikel unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Berlin, den 15. Juni 1816.

(L. S.) Johann Ludwig von Jordan.
(L. S.) Johann Gottfried Hoffmann.
(L. S.) Ludwig Wilhelm Adolph von Weise.
(L. S.) Carl Friedrich Wilhelm von Weise.

a) Vergl: Abth. I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 443—445, 446, 447, 494.

LXXVI.

Staatsvertrag zwischen Preussen und Schwarzburg-Rudolstadt, die einfachere und bestimmtere Anordnung der zwischen beiden bisher bestandenen Verhältnisse betreffend, unterzeichnet zu Berlin den 19. Juni 1816.

Se. Majestät der König von Preussen, welche in Folge des XV., XVIII. und CXVIII. Artikels der am 9. Juni 1815 auf dem Congresse zu Wien abgeschlossenen Acte a), in alle diejenigen Rechte getreten sind, die bis dahin der Krone Sachsen gegen das Fürstliche Haus Schwarzburg und dessen Besitzungen zugestanden, und Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, Beiderseits geneigt, Ihre Verhältnisse einfacher und bestimmter als bisher zu ordnen, haben zu diesem Zwecke Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:

den Wirklichen Geheimen Legations-Rath, Sectionschef und Ritter mehrerer Orden, Johann Ludwig von Jordan, und

den Geheimen Legations-Rath und Ritter mehrerer Orden, Herrn Johann Gottfried Hoffmann; und

Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt:

den Kanzler und Consistorial-Präsidenten, Grosskreuz des Grossherzoglich Badenschen Ordens der Treue, Freiherrn von Ketelhodt;

welche, nach Auswechselung ihrer in guter Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Artikel sich vereinigt haben.

Artikel I.

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, leisten für immer Verzicht zu Gunsten Seiner Majestät des Königs von Preussen:

Nr. 1. Auf alle Lehnherrlichen Rechte und Einkünfte, welche Sie bisher allein oder in Gemeinschaft in dem Umfange des Preussischen Staats, so wie er nach Abschluss des gegenwärtigen Tractats begränzt seyn wird, besessen, erhoben oder sonst behauptet haben; wie auch auf alle Ansprüche, welche Ihnen etwa auf die Salzquellen zu Artern zustehen möchten, und auf diejenigen Geld- und Naturaliengefälle, welche Ihre Kammer bisher aus den Aemtern Sachsenburg, Artern, Sangerhausen und Rossla bezogen hat. Das Privat-Eigenthum an Waldungen, Wiesen und anderen Grundstücken, welches Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt an verschiedenen Orten der Preussischen Staaten, z. B. bei Uftrungen, Breitungen, Etzleben oder in anderen Orten besitzen, wird jedoch hiermit nicht abgetreten, sondern bleibt Fürstliches Eigenthum unter Preussischer Hoheit, mit Befreiung von ordentlichen Grundsteuern, soweit dieselbe bisher Statt gefunden hat.

Nr. 2. Auf die Ortschaft Wohlkramshausen, mit allen Hoheits-, Eigenthums- und anderen Rechten. Die in der Wohlkramshauser Flur gelegenen, zu dem Fürstlichen Vorwerke Strausberg gehörigen Wiesen sind ein Privateigenthum, auf welches die Bestimmungen unter Nr. 1. dieses Artikels Anwendung finden. Das in der Strausberger Flur gelegene Vorwerk Kirchberg bleibt unter Schwarzburgischer Hoheit.

Seine Majestät der König von Preussen werden alle Rechte und Einkünfte, worauf hierdurch zu Ihren Gunsten verzichtet wird, für Sich und Ihre Nachfolger mit eben den Befugnissen und Verbindlichkeiten besitzen, womit sich dieselben zur Zeit im Besitze Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt befinden, und es kann und soll namentlich hierdurch den Rechten des Hauses Stolberg nichts entzogen werden.

Artikel II.

Seine Majestät der König von Preussen verzichten dagegen

zu Gunsten Seiner Durchlaucht des Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt:

Nr. 1. Auf alle Oberherrlichkeits-, Lehns- und andere Gerechtsame und Einkünfte, welche Sie bisher in den sogenannten Recessherrschaften oder sonst in dem Umfange des Gebiets Seiner Durchlaucht, so wie es nach Abschluss dieses Tractats begränzt seyn wird, besessen, erhoben oder sonst behauptet haben. — Dieser Verzicht bezieht sich jedoch nicht auf die Aemter Heringen und Kelbra, welche vielmehr in ihren, zum Jahre 1806 Recess- und Observanzmässig bestandenen Verhältnissen bleiben.

Nr. 2. Auf die Landeshoheits-, Lehns- und Eigenthumsrechte und Einkünfte, welche zu der Probstei Göllingen gehören, und deren Gegenstand innerhalb der Rudolstädtischen Gränzen liegt; — desgleichen auf die Landeshoheitlichen und anderen Rechte über die der Fürstlich-Schwarzburgischen Rentkammer gehörigen Holzungen, der Hostienberg und das Feuerthal genannt, wie auch über die Fürstlich-Schwarzburgischen, in Günzerode wohnhaften Unterthanen zugehörigen, im Jahre 1810 in den Bilsingsleber Steuer-Kataster nachträglich verzeichneten Grundstücken von Nr. 3574 bis 3853, worüber das Amt Sachsenburg die Gerichtsbarkeit theils ausgeübt, theils in Anspruch genommen hat.

Nr. 3. Auf diejenigen Gefälle und Einkünfte, welche der Collekturhof zu Nordhausen, das eingezogene Stift Crucis ebendaselbst und das Klosteramt zu Dietenborn in denjenigen Ortschaften erheben, welche nach Abschluss dieses Tractats unter der Landeshoheit Seiner Durchlaucht stehen werden; wie auch auf die in dem Fürstlichen Gebiete, und zwar im Dorfe Ringleben gelegene, zu der Deutschen Ordenskommende Griffstät gehörige Hufe Land und die mit deren Besitz verbundenen Einkünfte und Gefälle.

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt werden alle Rechte und Einkünfte, worauf hiermit zu Ihren Gunsten verzichtet wird, für Sich und Ihre Nachfolger mit eben den Befugnissen und Verbindlichkeiten besitzen, womit sich dieselben zur Zeit im Besitze Seiner Majestät des Königs von Preussen

befinden, und es kann und soll namentlich auch hierdurch den Rechten des Hauses Stolberg nichts entzogen werden.

Artikel III.

Die Uebergabe der gegenseitig, Artikel I. und II. abgetretenen Besitzungen, Rechte und Einkünfte geschieht am 1. Julius des gegenwärtigen Jahres. Alle Vortheile und alle Lasten laufen von diesem Tage an und mit Einschluss desselben für Rechnung des neuen Inhabers. Alle früher fällige, aber bei den Einsassen noch rückständige Gefälle, Abgaben, Dienste und Leistungen aller Art verbleiben dem neuen Besitzer, welcher gehalten ist, dagegen auch alle rückständige laufende Ausgaben zu übernehmen, ohne dass über beides irgend eine Nachrechnung Statt finden könnte. Die auf die abgetretenen Besitzungen, Rechte und Einkünfte Bezug habenden Registraturen und Papiere aller Art, sollen in der möglichst kürzesten Zeit, spätestens bis zum 1. Oktober des laufenden Jahres übergeben werden.

Artikel IV.

Mit den abgetretenen Distrikten und Ortschaften gehen blos die Localschulden und Lasten über. Sie treten ganz ausser Verbindung mit den Provinzen, Kreisen oder Aemtern, wovon sie gegenwärtig getrennt werden, und es können von beiden Seiten keine Nachforderungen wegen vormals gemeinschaftlichen Vermögens, gemeinschaftlicher Schulden von Provinzial-, Kreis- und Aemterkassen an die abgetretenen Distrikte und Ortschaften, oder umgekehrt erhoben werden.

Seine Majestät der König von Preussen und Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt übernehmen jeder an Ihrem Theile, diejenigen Stände, Behörden, Corporationen und Communen vollständig und nach aller Billigkeit zu entschädigen, welche durch diese Bestimmung erweislich verletzt seyn möchten. Milden und frommen Stiftungen verbleiben auf beiden Seiten die bisher bezogenen Gefälle und Einkünfte, und soll darin durch gegenwärtige gegenseitige Abtretungen nichts verändert werden.

Artikel V.

Die in den, nach gegenwärtigem Vertrage, abgetretenen

Ortschaften vorhandenen herrschaftlichen Diener, verbleiben in ungekränkten Besitze ihrer bisherigen Rechte und Einkünfte. Auch soll kein Eingeborner derselben verpflichtet werden, Dienste bei dem vormaligen Landesherrn wider seinen Willen länger als bis zum Ende des laufenden Jahres fortzusetzen.

Artikel VI.

Seine Durchlaucht werden die rückständigen Recessgelder bis zum 1. Julius des laufenden Jahrs bezahlen lassen, da von diesem Termine ab erst die Verpflichtung zu Zahlung derselben, nach Artikel II. Nr. 1. aufhört.

Artikel VII.

Seine Durchlaucht der Fürst verpflichten Sich, denjenigen Massregeln für Ihre Lande beizutreten, welche wegen des gemeinschaftlichen militärischen Interesse der Gegenden zwischen der Saale und Werra, in gemeinsamer Uebereinkunft mit den daselbst angesessenen Mitgliedern des Deutschen Bundes überhaupt beschlossen werden möchten. Sie werden dagegen auch Antheil an derjenigen Auseinandersetzung nehmen, welche über die gemeinschaftlichen Verwendungen der Norddeutschen Fürsten wegen der kriegerischen Ereignisse in den Jahren 1805 und 1806 erfolgen wird.

Artikel VIII.

Seine Majestät der König und Seine Durchlaucht der Fürst versichern einander gegenseitig die freie und unbeschwerte Durchfuhr der Militäreffecten, des Salzes, des Getreides, aller Brennmaterialien, des Zimmerholzes, des Kalks und aller Steine, wie auch der Erzeugnisse ihrer Berg- und Hüttenwerke. Diese Durchfuhr kann jedoch nur auf offener Landstrasse und unter Beobachtung der allgemeinen finanziellen und polizeilichen Vorschriften — zu welchen letzteren auch die Erlegung blosser Wege- und Brückengelder gehört — erfolgen.

Artikel IX.

Seiner Majestät dem Könige von Preussen verbleibt, nach Abgang aller zur Lehnsfolge, nach der bisherigen Verfassung, Berechtigten, das Heimfallsrecht in demselben Masse ausdrück-

sich vorbehalten, in welchem es vor Abschluss des gegenwärtigen Tractats bestanden hat.

Artikel X.

Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt verpflichten Sich, die agnatische Einwilligung für Sich und Ihre Nachfolger zu demjenigen Staatsvertrage zu ertheilen, welcher gleichzeitig zwischen Seiner Majestät dem Könige von Preussen und Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Schwarzburg-Sondershausen, zu gleichem Zwecke, abgeschlossen wird. Dieser Staatsvertrag wird deshalb Ihren Bevollmächtigten gleich nach erfolgter Unterzeichnung mitgetheilt werden, und die Einwilligung wird hierauf noch vor Auswechselung der Ratificationen erfolgen.

Artikel XI.

Gegenwärtiger Tractat wird von Seiner Majestät dem Könige und Seiner Durchlaucht dem Fürsten ratificirt, und die Ratificationen binnen 14 Tagen nach der Unterzeichnung ausgewechselt werden.

Dess zu Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten gegenwärtigen Staatsvertrag unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Geschehen Berlin, den 19. Juni 1816.

(L. S.) Johann Ludwig von Jordan.
(L. S.) Johann Gottfried Hoffmann.
(L. S.) Friedrich Wilhelm Freiherr von Ketelhodt.

Separat-Artikel.

Artikel I.

Se. Majestät der König von Preussen und Se. Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt sichern sich gegenseitig die Genehmigung derjenigen Lehnsexpectanzen zu, welche von Ihnen vor Unterzeichnung des gegenwärtigen Tractats auf durch denselben abgetretene Gegenstände ertheilt worden seyn möchten.

Artikel II.

Den vormaligen Recess-Herrschaften behalten beide pacisci-

rende Theile vorläufig noch die oberste und letzte Instanz in Civil- und Criminalfällen bei den Königl. Preuss. Obergerichten auf so lange vor, bis ein nach Artikel XII der Deutschen Bundes-Acte vom 8. Juni 1815 gebildeter oberster Gerichtshof auch für die Fürstlich Schwarzburgischen Länder eingerichtet und in Thätigkeit getreten seyn wird; worauf alsdann dieses interimistische Verhältniss gänzlich aufhören, und die Gerichtsbarkeit in letzter Instanz auch in Rücksicht der Recess-Herrschaften an gedachten Gerichtshof übergehen wird. Se. Königl. Majestät bestimmen zu dieser interimistischen Instanz Ihr Geheimes Obertribunal und werden demselben deshalb Auftrag ertheilen.

Artikel III.

Um die Schwierigkeiten zu heben, welche mit den besondern Verhältnissen der Aemter Heringen und Kelbra verbunden sind, verpflichten Sich Se. Majestät der König, sämmtliche Sr. Durchlaucht dem Fürsten darin zuständige Rechte, ohne Ausnahme, käuflich an Sich zu bringen. Se. Durchlaucht machen Sich verbindlich, dieselben gegen ein Kaufgeld abzulassen, welches dadurch ermittelt wird, dass dabei die durch einen Durchschnitt aus den Jahren 1794 bis 1805 einschliesslich, nach den geführten Rechnungen erweislichen reinen Einkünfte zum Grunde gelegt und als eine dreiprocentige Rente betrachtet werden. Auf die gedachten Einkünfte wird jedoch Preussen die erlassenen Recessgelder mit 2333⅓ Thlr. Conventionsgeld, und die unter Nr. 3 des II. Artikels des Hauptvertrages erlassenen Gefälle und Einkünfte vorweg in Abrechnung bringen. Das Kaufgeld soll in Terminen, worüber man sich zu einigen vorbehält, baar gezahlt, und von der Uebergabe bis zum Zahlungstage mit vier Procent verzinset werden; der letzte Termin soll jedoch auf jeden Fall bis zu Ende des Jahres 1820 abbezahlt seyn.

Die oben vorbehaltene Ausmittelung des von Sr. Durchlaucht dem Fürsten bezogenen reinen Einkommens aus den Aemtern Heringen und Kelbra geschieht durch eine Commission von beiderseitigen Beamten, die sich vom 1. Juli des laufenden Jahres ab in Nordhausen versammeln, und ihre Arbeiten dergestalt ununterbrochen fortsetzen, dass spätestens bis zum 1. Oktober d. J. der Kaufpreis bestimmt, und die hiernach unverzüglich zu be-

sorgende Uebergabe der Aemter und Extradition der Obligationen geschehen kann.

Se. Durchlaucht der Fürst verpflichten Sich, dieser Commission alle zu ihrer Arbeit, nach ihrem gemeinschaftlichen Ermessen erforderlichen Papiere ohne Anstand vorlegen zu lassen. Se. Majestät der König werden die bisherige Einstellung alles executiven Verfahrens wegen aus Heringen und Kelbra erforderter Leistungen noch bis zum 1. Oktober d. J. fortdauern lassen; Se. Durchlaucht der Fürst dagegen aber auch inzwischen das Gräfliche Haus Stolberg in Ausübung seiner recess- und observanzmässigen Rechte nicht hindern.

Diese Artikel sollen ratificirt, auch so angesehen werden, als ob sie Wort für Wort dem heute zwischen Sr. Majestät dem Könige von Preussen und Sr. Durchlaucht dem Fürsten zu Schwarzburg-Rudolstadt wegen einfacherer und bestimmterer Anordnung der zwischen Ihnen bisher bestandenen Verhältnisse abgeschlossenen Tractate selbst einverleibt wären.

Dess zu Urkund haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diese Separat-Artikel unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Geschehen Berlin den 19. Juni 1816.

(L. S.) J. L. v. Jordan.
(L. S.) J. G. Hoffmann.
(L. S.) F. W. Freiherr v. Ketelhodt.

a) Vergl: Abth. I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 443—445, 446, 447, 494.

LXXVII.

Vertrag zwischen Preussen und Mecklenburg-Strelitz, unterzeichnet zu Frankfurt am Main, am 18. September 1816.

Im Namen der Allerheiligsten und Unheilbaren Dreieinigkeit.

Da Se. Majestät der König von Preussen in Folge der zu Paris unter den verbündeten Mächten gepflogenen Verhandlungen, bei der an Allerhöchstdieselben von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich geschehenen Abtretung derjenigen Distrikte im ehemaligen Saar-Departement, welche Sr. k. k. Apostolischen Majestät durch den Artikel LI der zu Wien am 9. Juni 1815 geschlossenen Congress-Acte zugefallen waren [a]), die Verbindlichkeit übernommen haben, die Ansprüche zu befriedigen, welche Sr. königlichen Hoheit dem Grossherzoge von Mecklenburg-Strelitz nach den Artikeln XLIX. und L. [b]) der gedachten Congress-Acte auf ein Gebiet von einer Bevölkerung von 10,000 Seelen auf dem linken Rheinufer zustehen, und Se. Königl. Majestät den Wunsch hegen, Sich dieser Verpflichtung zu entledigen, die wirkliche Uebergabe der dazu, wie nachfolgt, bestimmten Territorien aus gleichfalls im Folgenden enthaltenen Gründen zur Zeit aber nicht angemessen erscheint, so haben Se. Königl. Majestät und Se. Königl. Hoheit, in der Absicht, in der Zwischenzeit alle Rechte zu sichern und festzustellen, einen besondern Vertrag hierüber einzugehen beschlossen, und zu diesem Ende Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Se. Majestät der König von Preussen:
den Freiherrn Carl Wilhelm von Humboldt, Ihren Staatsminister, Kammerherrn, Ritter des rothen Adler-Ordens und des

Preussischen eisernen Kreuzes erster Classe, Grosskreuz des kaiserl. österreichischen Leopolds-, des russischen St. Annen-, des königl. dänischen Dannebrog-Ordens, des Ordens des Verdienstes der baierischen Krone, des grossherzoglich badischen Ordens der Treue und des grossherzoglich sachsen-weimarischen Falkenordens;

Und Se. Königl. Hoheit der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz:

den Freiherrn August von Oertzen, Ihren Staatsminister, Ritter des rothen Adler-Ordens erster Classe;

welche beide Bevollmächtigte nach Auswechselung ihrer in gehöriger Gültigkeit und Richtigkeit befundenen Vollmachten, nachstehende Artikel miteinander verabredet und festgesetzt haben.

Artikel I.

Se. Majestät der König von Preussen treten an Se. Königl. Hoheit den Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz die ehemaligen Cantone Cronenburg, Reifferscheid und Schleyden, jedoch den erstern mit Ausnahme der Gemeinde Steffler und Schuler, den letztern mit Ausnahme der Gemeinde Wolffsseiffen, als diejenigen Districte ab, welche nach der diesem Vertrage angeschlossenen Designation, die erforderliche Einwohnerzahl enthalten. Dieses Gebiet wird von Sr. königl. Hoheit, Ihren Erben und Nachfolgern in vollem Eigenthum und mit allen Landeshoheits-Rechten cessen werden. Da jedoch dasselbe ringsum vom königl. Preussischen Gebiete umgeben ist, und daher Lokalverhältnisse nothwendig machen können, bei der Bestimmung der Gränzen desselben etwas auf einer Seite abzunehmen, oder auf einer andern hinzuzusetzen; so behalten Se. königl. Majestät Sich ausdrücklich bei der wirklichen Ueberweisung diese nähere Ausmittelung und Ausgleichung, jedoch dergestalt vor, dass die zugesicherte Seelenzahl unverändert und der Zusammenhang des Gebiets ungetrennt bleibe.

Artikel II.

Se. königl. Hoheit der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz nehmen diese Abtretung an, und erklären hiermit förmlich, dass Se. Majestät der König durch dieselbe, der gegen Sie durch die Artikel XLIX und L der Congress-Acte und die Pariser Verhand-

hungen übernommenen Verbindlichkeit vollkommen Genüge leisten. Auch soll diese Abtretung, so wie solche durch den gegenwärtigen Vertrag geschieht, dieselbe Wirkung und Gültigkeit haben, als wenn dieselbe ausdrücklich in dem Recesse, welchen die hier zur Ausgleichung der Territorial-Angelegenheiten versammelten Bevollmächtigten Ihrer Majestäten des Königs von Preussen, der Kaiser von Russland und Oesterreich und des Königs von Grossbritannien abschliessen werden, aufgeführt und darin aufgenommen wäre.

Artikel III.

Da Seine Königl. Hoheit der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz, weil die im Artikel 1. bezeichneten Territorien völlig von Ihren alten Landen getrennt und weit davon entfernt sind, ein anderes angemesseneres und vortheilhafteres Abkommen zu treffen wünschen, und Seine Majestät der König von Preussen auch Ihrerseits, da dieses Gebiet schon zu Ihren Staaten gehört und auch künftig völlig davon umschlossen bleibe, diesem Wunsch beitreten, und daher beide Theile deshalb eine anderweitige Vereinbarung zu schliessen geneigt sind, so wird die Ueberweisung des im Artikel 1. genannten Gebiets an Seine Königliche Hoheit bis auf sechs Monate, längstens bis auf ein Jahr von dem Tage der Unterschrift der gegenwärtigen Uebereinkunft an, hinausgesetzt; Seine Königl. Hoheit leisten auf das Recht, solche innerhalb dieses Jahres fordern zu können, Verzicht; Seine Majestät der König hingegen versprechen, dieselbe, nach Ablauf desselben, sogleich geschehen zu lassen, als Seine Königl. Hoheit darauf antragen werden. Bis zur wirklichen Ueberweisung verbleibt das mehrgedachte Gebiet lediglich und unverrückt, und so wie es sich jetzt dabei befindet, bei der Preussischen Monarchie, als alleiniges Eigenthum Seiner Majestät des Königs und Ihrer Landeshoheit unterworfen, so dass die im Artikel I paciscirte Abtretung bis dahin nur als eine eventuelle anzusehen ist.

Artikel IV.

Dagegen versprechen Seine Majestät der König Seiner Königl. Hoheit dem Grossherzoge, von dem 1. Mai 1840 an, als an welchem Tage Seine Königl. Majestät in den Genuss derjenigen

Theile des Saar-Departements gekommen sind, mit welchen die aus den Artikeln XLIX und L der Congress-Acte fliessende Verbindlichkeit verknüpft ist, die reinen nach Abzug der Ausgabe übrig bleibenden Einkünfte zu gewähren und dieselben Seiner Königl. Hoheit bei der Ueberweisung des Gebiets auszahlen zu lassen. Sollte in Gemässheit des Artikels III ein anderes Abkommen getroffen werden, so wird man sich über die Art der Vergütung dieser entgangenen Einkünfte besonders gegenseitig verstehen. Für die Gewährung der Seiner Königl. Hoheit für die Zeit vor dem 1. Mai 1816 von dem Kaiserl. Königl. Oesterreichischen und Königl. Baierischen Hofe zustehenden Einkünfte, versprechen Seine Majestät der König, Sich nicht nur auf das Kräftigste zu verwenden, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass Seine Königl. Hoheit auf jeden Fall hierin den andern im Artikel XLIX der Wiener Congress-Acte genannten Fürsten gleich geteilt werden.

Artikel V.

Auf den Fall, dass die im Artikel I. ausbedungene Abtretung zur Vollziehung kommen sollte, versprechen beide hohe contrahirende Theile im Voraus, Sich nach liberalen Grundsätzen sowohl zum Vortheile der beiderseitigen Unterthanen über diejenigen gegenseitigen Bestimmungen zu verstehen, welche der Handelsverkehr, der Truppendurchzug und der enge, jetzt zwischen den, in diesem Falle alsdann getrennten Gebieten bestehende Verband nothwendig und rathsam machen dürften.

Artikel VI.

Gegenwärtiger Vertrag, welchen beide Theile als nicht zu förmlicher Kundwerdung geeignet ansehen wollen, soll ratificirt werden, und die Auswechselung der Ratificationen binnen sechs Wochen vom Tage der Unterzeichnung an in Berlin geschehen.

Zu Urkund dessen haben beide Bevollmächtigte den gegenwärtigen Vertrag eigenhändig unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

Geschehen zu Frankfurt a. M., den 18. September 1816.

(L. S.) Wilhelm Freiherr von Humboldt.
(L. S.) August von Oertzen.

Designation

des von Sr. Majestät dem Könige von Preussen an Se. Königl. Hoheit den Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz eventuell abgetretenen Gebietes.

1)	Den Canton Reifferscheid mit . . .	3,620 Einwohnern
2)	Den Canton Schleyden mit Ausnahme der Gemeinde Wolfsseiffen mit . . .	3,917 -
3)	Den Canton Cronenburg mit Ausnahme der Gemeinde Steffler und Schuler mit	2,795 -
	Summa	10,332 Einwohner.

a) Vergl: Abth. I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 466.
b) Vergl: Abth. I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 465.

LXXVIII.

Vertrag zwischen Preussen und Mecklenburg-Strelitz, über das durch den dritten Artikel des Vertrages vom 18. September 1816 vorbehaltene fernere Abkommen, unterzeichnet zu Berlin am 21. Mai 1819.

Da die von Sr. Majestät dem Könige von Preussen an Se. Königliche Hoheit den Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz durch den Staatsvertrag vom 18. September 1816[a]), in Folge des XLIX. und L. Artikels der Wiener Congress-Acte[b]), abgetretenen Landestheile von den alten Landen Sr. Königlichen Hoheit entfernt und getrennt liegen, auch von dem Gebiete Sr. Majestät ganz umschlossen sind; so haben beide hohe Paciscenten den Wunsch geäussert, ein anderes angemesseneres und vortheilhafteres Abkommen zu treffen und Sich dieses durch den III. Artikel des vorgedachten Staatsvertrages ausdrücklich vorbehalten. Die seitdem fortgesetzten Verhandlungen haben nun zu einer vorläufigen Vereinigung hierüber geführt, auf deren Grund nunmehr

Se. Majestät der König von Preussen:

den Wirklichen Geheimen Legationsrath und Gesandten am Königlich Sächsischen Hofe, von Jordan, und

den Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath Hoffmann;

und Se. Königliche Hoheit der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz:

den Minister-Residenten, Geheimen Legationsrath Greuhm,

bevollmächtigt und angewiesen haben, das erwähnte vorbehaltene Abkommen förmlich abzuschliessen.

Diese beiderseitigen Bevollmächtigten haben nach Auswechselung ihrer, in gehöriger Gültigkeit befundenen, Vollmachten, nachstehende Artikel mit einander verabredet und festgesetzt.

Artikel I.

Se. Königl. Hoheit der Grossherzog von Mecklenburg-Strelitz entsagen für Sich und Ihre Nachfolger allen Rechten und Ansprüchen, welche Sie aus dem Staatsvertrage vom 18. September 1816 an das Ihnen durch denselben abgetretene Gebiet in den ehemaligen Cantonen: Cronenburg, Reifferscheid und Schleyden erlangt haben, zu Gunsten Sr. Majestät des Königs von Preussen. Da die Uebergabe dieses Gebietes an Se. Königliche Hoheit in Folge des gedachten Staatsvertrages und der fortgesetzten Unterhandlungen bisher ausgesetzt geblieben ist, und Se. Majestät der König Sich fortdauernd im vollsten Besitze desselben befunden haben; so ist auch daraus, dass dieses Gebiet für Se. Königliche Hoheit den Grossherzog bestimmt gewesen, kein Anspruch an Sie entstanden.

Artikel II.

Se. Majestät der König von Preussen nehmen diese Entsagung an, werden das gedachte Gebiet auch ferner, wie unausgesetzt bisher, mit allen den Rechten und Verbindlichkeiten besitzen, mit welchen Ihnen dasselbe ohne alle Beziehung auf den Staatsvertrag vom 18. September 1816 zustehet, und verpflichten Sich dagegen, eine Million Thaler Preussischen Courants, nach dem Münzfusse vom Jahre 1764, an Se. Königliche Hoheit, in zwanzig gleichen vierteljährlichen Raten, jede von fünfzigtausend Thalern, aus Ihrer Haupt-Schatzkasse in Berlin zahlen zu lassen.

Diese Zahlung hat bereits mit dem ersten Januar des gegenwärtigen Jahres 1819 ihren Anfang genommen, und wird fernerhin mit dem ersten Monatstage jedes folgenden Vierteljahres erfolgen, auch dergestalt ununterbrochen fortgesetzt werden, dass mit dem Anfange des zwanzigsten Vierteljahres, welcher auf den ersten Oktober des Jahres 1823 fällt, die letzte Rate von fünfzigtausend Thalern abgetragen und die ganze Summe von einer Million Thalern berichtiget seyn wird.

Artikel III.

An die Stelle der Einkünfte von dem für Se. Königl. Hoheit den Grossherzog durch den Staatsvertrag vom 18. September 1816 bestimmt gewesenen Gebiete, soweit dieselben von des Königs Majestät zu vergüten übernommen worden, treten die Zinsen der dafür nach vorstehendem Artikel zu zahlenden Million Thaler, nach dem Zinsfusse zu fünf vom Hundert jährlich.

Diese Zinsen sind für den Zeitraum vom 1. Mai 1816, von wo ab die gedachten Einkünfte nach Massgabe des Staatsvertrages vom 18. September 1816 von Preussen zu gewähren waren, bis zum 31. December 1818, folglich für zwei Jahre und acht Monate, mit einhundert drei und dreissig tausend dreihundert drei und dreissig ein Drittheil Thalern, aus den Königlichen Kassen bereits an den Grossherzoglichen Bevollmächtigten gezahlt worden.

Vom ersten Januar 1819 ab werden sie am Schlusse jedes Vierteljahrs für dasselbe, und zwar jedesmal für denjenigen Theil des Entschädigungs-Capitals, welcher bis dahin noch nicht an Se. Königliche Hoheit den Grossherzog abgetragen war, aus der Königlichen Haupt-Schatzkasse gezahlt. Hiernach werden am 1. April 1819 für während des Zeitraumes vom 1. Januar bis 31. März zu verzinsende 950,000 Thaler die Zinsen mit 11,875 Thalern, am 1. Juli 1819 für während des Zeitraumes vom 1. April bis 30. Juni zu verzinsende 900,000 Thaler die Zinsen mit 11,250 Thalern, und so fort, in jedem Vierteljahre für die nach vorstehendem Artikel vierteljährlich abzuzahlenden 50,000 Thaler Capital mit 625 Thaler weniger, so lange fortbezahlt, bis nach vollständiger Auszahlung des ganzen Capitals auch der Anspruch auf fernere Zinszahlung ganz erlischt.

Artikel IV.

Da Se. Königliche Hoheit der Grossherzog den Wunsch geäussert haben, die Landstrasse ganz zu besitzen, welche von Ihrer Stadt Fürstenberg nach Ihrer Residenz Strelitz führt, und des Königs Majestät Sich haben geneigt finden lassen, diese Strasse, soweit dieselbe in Ihrem Gebiete liegt, nebst demjenigen unbewohnten Domanial-Forstlande, welches sich zwischen gedachter Strasse und der jetzigen Grossherzoglichen Landesgränze

eingeschlossen befindet, zu Befriedigung dieses Wunsches abzutreten; so soll das gedachte Stück Forstland nach den Grundsätzen, welche bei Veräusserung von Domanial-Forsten in den Königlichen Staaten vorgeschrieben sind, sofort abgeschätzt, und sodann nebst dem Theile der Strasse zwischen Fürstenberg und Strelitz, wodurch es begränzt wird, mit voller Landeshoheit und Eigenthum an Se. Königliche Hoheit den Grossherzog überwiesen, der durch die Taxe ermittelte Werth aber bei der nächsten vierteljährlichen Capitalszahlung statt baaren Geldes in Abrechnung gebracht werden.

Artikel V.

Se. Königliche Hoheit der Grossherzog nehmen die Entschädigung für diejenige Entsagung, welche Sie durch den I. Artikel des gegenwärtigen Staatsvertrages leisten, in derjenigen Art an, wie sie Ihnen durch den vorstehenden II., III. und IV. Artikel zugesichert wird, und werden Sich, nach vollständiger Erfüllung der darin angenommenen Bestimmungen, für alle Ihnen aus dem Staatsvertrage vom 18. September 1816 an des Königs Majestät zustehenden Forderungen völlig befriedigt und abgefunden achten.

Auch werden Sie den an der abgetretenen Strasse von Fürstenberg nach Strelitz wohnenden Königlich Preussischen Unterthanen den Gebrauch der gedachten Strasse ferner ohne neue Beschränkungen in derselben Art gestatten, wie ihnen derselbe bisher zugestanden hat.

Artikel VI.

Dieser Staatsvertrag soll zur Ratification eingereicht und die Ratifications-Urkunden binnen vier Wochen oder eher, wenn es seyn kann, ausgewechselt werden.

Dess zu Urkund haben die unterzeichneten Bevollmächtigten diesen Staatsvertrag eigenhändig unterschrieben und mit Ihrem Insiegel versehen.

Berlin, den 21. Mai 1819.

(L. S.) von Jordan.
(L. S.) Hoffmann.
(L. S.) Greuhm.

a) Vergl: die vorhergehende Nummer.
b) Vergl: Abth. I. dieses Theiles (Nr. XXXIV.) S. 465.

LXXIX.

Convention zwischen Preussen und dem Grossherzogthum Hessen, unterzeichnet zu Münster, den 12. März 1817.

Da bei der den unterzeichneten Königlich Preussischen und Grossherzoglich Hessischen Bevollmächtigten übertragenen endlichen Vollziehung des Staats-Vertrags vom 30. Junius 1816 *), wodurch Se. Königl. Hoheit, der Grossherzog von Hessen, das Herzogthum Westphalen und die Oberhoheit und Lehnherrlichkeit über die Grafschaften Wittgenstein-Wittgenstein und Wittgenstein-Berleburg an die Krone Preussen abgetreten haben, mancherlei Anstände vorgekommen waren, welche durch die bisherigen schriftlichen Unterhandlungen nicht beseitigt werden konnten, und da insbesondere auch die genaue Ausmittelung und Einziehung der in jenem Staats-Vertrage Grossherzoglich-Hessischer Seits vorbehaltenen Kammeral-Rückstände immer noch eine besondere Grossherzogliche Administration im Herzogthum Westphalen auf geraume Zeit nöthig machen, hierdurch aber die zwischen dieser Administration und den Königl. Preussischen Behörden wegen des beiderseitigen Gebrauchs der einschlägigen Acten und Rechnungen bisher schon öfters entstandenen Collisionen vermehrt, und die definitive Erledigung des Staatsvertrags noch mehr aufgehalten werden würde; da endlich auch die vertragsmässige Beitreibung jener Rückstände den Ruin vieler Debenten — jetzt Königl. Preussischer Unterthanen — zur Folge haben würde; so haben die unterzeichneten Bevollmächtigten eine, die Beseitigung aller dieser Anstände und Schwierigkeiten, und die endliche Erledigung aller bisher verhandelten Ausgleichungspunkte schnell herbeiführende Uebereinkunft, dem Interesse beider

Staaten für zuträglich erachtet. In dieser Erwägung haben die unterzeichneten beiderseitigen Bevollmächtigten in heute dahier gehaltenen mündlichen Conferenzen folgende Convention, jedoch mit Vorbehalt der Genehmigung ihrer hohen Gouvernements, abgeschlossen.

Artikel I.

Sämmtliche noch vorhandene vom 1. Julius 1816 in dem Herzogthum Westphalen bestandene Kammeral-Rückstände, werden mit allen Rechten, welche man Grossherzoglich-Hessischer Seits darauf hatte, an Preussen abgetreten.

Artikel II.

Für diese Rückstände entrichtet Preussen zur Grossherzogl.-Hessischen Staats-Kasse die Summe von 132,835 fl. 45 kr., geschrieben: Ein Hundert und zwei und dreissig Tausend achthundert und fünf und Dreissig Gulden 45 Kreuzer im 24 fl. Fuss.

Artikel III.

Preussen übernimmt alle der Grossherzoglich-Hessischen Verwaltung im Herzogthum Westphalen am 1. Julius 1816 obgelegene Zahlungsschuldigkeiten, überhaupt alle gerichtliche und aussergerichtliche Ansprüche, welche entweder aus den Zeiten der ehemaligen Churcölnischen oder aus den Zeiten der nachherigen Grossherzoglich-Hessischen Regierung an Hessen gemacht worden sind, oder etwa noch gemacht werden, wogegen Hessen alle am 1. Julius 1816 vorhanden gewesene Kassen- und Naturalienvorräthe an Preussen abtritt.

Artikel IV.

Da hiernach Preussen auch für die Zinsenforderung eintritt, welche von den Darleihern der von dem letztverstorbenen Herrn Churfürsten von Cöln in Münster aufgenommenen sogenannten Krönungskapitalien an Hessen früherhin gemacht worden ist, wozu jedoch das Beitragsverhältniss noch nicht ausgemittelt war, so werden dagegen Grossherzoglich-Hessischer Seits auch diejenigen Ansprüche an Preussen cedirt, welche wegen der Churcölnischen Schulden, vermöge eines am 11. Mai 1810 zwischen Frankreich und dem Grossherzogthum Hessen abgeschlossenen Vertrags, an Frankreich gemacht werden können, und auf

gleiche Weise gehen auch diejenigen Ansprüche an Preussen über, welche Grossherzoglich-Hessischer Seits sowohl wegen der gedachten Krönungskapitalien, als auch wegen anderer Forderungen an Se. Königl. Hoheit, den Erzherzog Maximilian von Oesterreich-Este, als Testamentserben des letztverstorbenen Herrn Churfürsten von Cöln gemacht werden.

Artikel V.

Bei der Verwendung derjenigen Kammeralrückstände, welche seit dem 1. Julius 1816 bereits eingegangen sind, behält es sein Bewenden, und es werden desfalls weder von der einen, noch von der andern Seite Ansprüche gemacht.

Artikel VI.

Das für die ehemalige Kammer-Kasse des Herzogthums Westphalen am 1. May 1815 bei dem Freiherrn von Fürstenberg zu Herdringen aufgenommene Kapital von 30,000 fl. wird von Preussen übernommen; Hessen lässt sich aber dagegen an der im zweiten Artikel stipulirten Summe 15,000 fl. in Abzug bringen. Preussen befördert gleich nach erfolgter Ratification dieser Uebereinkunft die Zurückgabe der über jenes Kapital ausgestellten Obligation.

Artikel VII.

Die aus der Bonner Universitäts-Kasse und aus der Westphälischen Dispensationskasse der ehemaligen Arnsberger Hofkammerkasse vorgeschossenen Kapitalien, jedes von 1500 Gulden, werden von Hessen übernommen, und von der im zweiten Artikel dieser Convention bestimmten Vergleichssumme ebenfalls abgerechnet.

Artikel VIII.

Die in die vorbemeldete Kammerkasse geflossenen, noch nicht zurückgezahlten Depositen, nebst den davon bis zum 1. Julius 1816 erfallenen Zinsen, lässt sich Hessen im Betrage von 8,721 Gulden ebenfalls von der bemerkten Vergleichssumme in Abzug bringen.

Artikel IX.

Dagegen werden die in Grossherzoglichen Kassen aus dem Herzogthum Westphalen und aus den Wittgensteinschen Graf-

schaften entrichteten Succumbenzgelder, insofern sie nicht schon verfallen, oder an die Interessenten zurückgezahlt sind, und vermöge der erfolgenden richterlichen Erkenntnisse noch zurückgefordert werden können, Preussischer Seits zur Zahlung übernommen.

Artikel X.

Unter den im ersten Artikel an Preussen abgetretenen Kammeralrückständen sind nicht begriffen:

a) die Ober-Kriegs-Canzleisporteln, welche die Grossherzoglich-Hessische Kriegskasse in Darmstadt aus dem Herzogthum Westphalen noch zu fordern hat, so wie der Ersatz, der aus den Hessischen Fruchtvorräthen für das Preussische Militair seit dem 15. Julius v. J. bezogenen Brotfrüchte;
b) die bereits angewiesenen Beiträge des Herzogthums Westphalen zur Zuchthauskasse zu Marienschloss, und die durch den Transport der von dort abgelieferten Züchtlinge erstandenen Kosten;
c) der rückständige Beitrag aus den Wittgensteinschen Grafschaften zu dem Fuhr- und Macherlohn des Giesser-Dikasterial-Besoldungsholzes; und
d) die in dem Herzogthum Westphalen nach der Uebergabe des Landes noch eingegangenen Naturalbesoldungs-Gelder.

Die Beträge dieser Posten werden aus denjenigen Königlichen Kassen, in welche sie erhoben werden, an die Grossherzoglich-Hessischen Bevollmächtigten baar ausbezahlt.

Artikel XI.

Ferner werden von den abgetretenen Kammeralrückständen noch ausdrücklich ausgenommen:

1) die im Herzogthume Westphalen und im Wittgensteinschen noch vorhandenen Hessischen Stempelpapier-Rückstände;
2) die Kaufschillinge für verkaufte Trainpferde, und die privatrechtlichen Forderungen der Kriegskasse an ehemalige Militair-Lieferanten und andere Individuen;
3) die im Herzogthume und in dem Wittgensteinschen noch vorhandenen Rückstände der Grossherzoglichen Invaliden-Anstalt, für Zeitungen, Kalender und Inserat-Gebühren.

Die Beitreibung dieser Forderungen bleibt den Hessische Behörden nach wie vor unbenommen.

Artikel XII.

Auf die Fonds der ehemaligen Universität zu Bonn, der dortigen Armenanstalten und der aufgehobenen geistlichen Corporationen des linken Rheinufers, wird Grossherzoglich-Hessischer Seits verzichtet, dagegen aber zur Deckung des dem gedachten Fonds der Bonner Universität auferlegten jährlichen Beitrags von 700 Gulden für die Universität Giessen, ein dreiprocentiges Capital im Betrage von 23,333⅓ Gulden innerhalb sechs Monaten zum Fonds der Universität Giessen von Preussischer Seite baar entrichtet. Auch wird dasjenige, was von dem bemerkten jährlichen Betrage von 700 fl. noch rückständig ist, oder bis zur Abzahlung des vorbemerkten Capitals noch erfällt, ebenfalls an die Universitätskasse zu Giessen abgeführt.

Artikel XIII.

Die auf die Fonds der aufgehobenen überrheinischen Corporationen gelegte jährliche Pension von 200 Gulden für das Kind des ehemals bei dem Strassenbau im Herzogthum Westphalen angestellt gewesenen Ingenieurs Grössmann, wird bis zur Volljährigkeit dieses Kindes aus den bemeldeten Fonds so wie bisher jährlich fort entrichtet, auch der bereits erwachsene Rückstand dieser Pension baldigst abgeführt. Eben so wird auch für die Verköstigung des Ingenieurs Grössmann, so lange derselbe in Hofheim bleibt, der ausgesetzte jährliche Betrag von 200 Gulden nebst dem allenfallsigen Rückstand aus obengedachten Fonds entrichtet.

Artikel XIV.

Von Grossherzoglich-Hessischer Seite werden die in den Wittgensteinschen Grafschaften noch vorhandenen, am 1. Julius 1816 schon bestandenen Rückstände der ordinairen Steuern und der in die Grossherzogliche Staatskasse geflossenen extraordinairen Kriegssteuer an Preussen abgetreten, wogegen Preussen alle etwa noch bestehende Verbindlichkeiten der Grossherzoglich-Hessischen Verwaltung in den beiden Grafschaften übernimmt, und

für alle Ansprüche eintritt, welche an Hessen aus der ehemaligen oberhoheitlichen Administration dieser Grafschaften, entweder schon gemacht worden sind, oder etwa noch erhoben werden.

Artikel XV.

Ausgenommen von dieser Abtretung sind die Rückstände derjenigen Steuern, welche für die Landes-Kriegskosten-Kasse in Giessen ausgeschrieben worden sind, so wie auch alle und jede Steuerrückstände der beiden Herren Fürsten von Wittgenstein, wogegen dann aber auch Preussen die Tilgung der Ansprüche dieser Herren Fürsten von Hessen nicht zu übernehmen hat.

Artikel XVI.

Wegen des von den Wittgensteinschen Grafschaften zu nehmenden Antheils an den Schulden, welche auf die oben erwähnte Land-Kriegskosten-Kasse in Giessen während des Zeitraums, wo die beiden Grafschaften unter Grossherzoglich Hessischer Oberhoheit gestanden haben, contrahirt worden sind, wird eine besondere billige Uebereinkunft getroffen werden, so bald man sich Preussischer Seits von dem Bestande und den Verhältnissen jener Schulden durch einen baldigst nach Giessen abzuschickenden Bevollmächtigten näher unterrichtet haben wird.

Artikel XVII.

Die active und passive Theilnahme der Wittgensteinschen Unterthanen an der Hessischen Brandversicherungs-Anstalt wird Grossherzogl. Hessischer Seits bis zu Ende des Jahres 1816 nachgegeben, dergestalt, dass die zwar nach dem 1. Julius, aber noch vor Ende Decembers 1816 in den Wittgensteinschen Grafschaften entstandenen Brandschäden noch aus der gedachten Anstalt verordnungsmässig, jedoch mit Aufrechnung dessen, was die Wittgensteinschen Unterthanen zu der Hessischen Brandkasse noch verschulden, vergütet werden, wogegen diese Unterthanen aber auch, wie es sich von selbst versteht, zu den im Hessischen Gebiete während des Zeitraums vom 1. Julius bis Ende Decembers 1816 noch entstandenen Brandschäden ordnungsmässig beitragen müssen.

Artikel XVIII.

Der baare Vorrath, welcher sich am 1. Julius 1816 in der zu Arnsberg bestandenen Filialkasse der Grossherzogl. Hessischen Civildiener-Wittwenanstalt befunden hat, nebst den ausstehenden Antrittsgeldern und Beiträgen, ferner die Kapitalien, welche dieses Institut in dem Herzogthum Westphalen angelegt hat, und welche zusammen 30,441 Gulden 12 kr. einschliesslich des Poncetischen Capitals betragen, und die aus dem Herzogthum zur Hauptkasse in Darmstadt eingezogenen Fonds, im Betrage von 11,000 Gulden, werden an Preussen dergestalt abgetreten, dass die Obligationen über die im Herzogthum angelegten Capitalien nach erfolgter Ratification dieser Uebereinkunft, an Preussen ausgeliefert, die nach Darmstadt eingezogenen 11,000 Gulden aber von der im zweiten Artikel dieser Convention für Hessen stipulirten Summe abgerechnet werden.

Artikel XIX.

Dagegen übernimmt Preussen vom 1. Julius 1816 an, die Pensionen für die bereits vorhandenen Wittwen und Waisen der schon verstorbenen, im Herzogthum Westphalen angestellt und an der Hessischen Civildiener-Wittwenanstalt betheiligt gewesenen Diener nach den Bestimmungen der Verordnung, worauf sich jene Anstalt gründet. Desgleichen übernimmt Preussen alle Verbindlichkeiten, welche der gedachten Wittwenanstalt gegen die noch lebenden Westphälischen Diener bisher oblagen, und tritt für alle Ansprüche dieser Diener dergestalt ein, dass die Hessische Civildiener-Wittwenkasse aller Prästationen für die Westphälischen Betheiligten gänzlich entledigt wird.

Artikel XX.

Die zu der Grossherzoglich Hessischen Forstdiener-Wittwenanstalt von Forstdienern des Herzogthums Westphalen entrichteten Antrittsgelder werden an Preussen abgegeben, und wenn die Antrittsgelder nicht baar bezahlt, sondern blos versichert worden sind, die Versicherungs-Urkunden an Preussen ausgeliefert, und hierdurch jene Anstalt aller Verbindlichkeiten gegen die Forstdiener und die Wittwen und Waisen verstorbener Forstdiener entledigt. Diese Verbindlichkeiten und namentlich die

Pensionen der bereits vorhandenen Wittwen und Waisen verstorbener Westphälischer Forstdiener, welche Pensionen derzeit zusammen jährlich 520 Gulden ausmachen, werden von Preussen auf die Staatskasse übernommen.

Artikel XXI.

Die von Civildienern in den Wittgensteinschen Grafschaften zu der Hessischen Civildiener-Wittwenanstalt bezahlten 502 fl. 20 kr. betragenden Antrittsgelder werden ebenfalls an Preussen abgegeben, und dagegen alle Ansprüche dieser Diener an das Hessische Wittweninstitut von Preussen gleichfalls übernommen.

Artikel XXII.

Auf gleiche Weise, und unter gleicher von Preussen zu übernehmender Verbindlichkeit, werden die Antrittsgelder, welche Officiere, die aus Hessischen in Preussische Dienste getreten sind, zur Hessischen Officiers-Wittwenkasse bezahlt haben, und welche zusammen 900 fl. ausmachen, an Preussen abgegeben. Die Pensionen aber, womit die Hessische Officiers-Wittwenkasse für die im Herzogthum Westphalen bereits vorhandenen vier Officiers-Wittwen schon belastet war, und welche zusammen jährlich 1125 fl. betragen, werden aus derselben Kasse fernerhin statutenmässig entrichtet. Was zur Berichtigung dieser Wittwenpensionen aus Preussischen Kassen bisher bezahlt worden ist, wird von Hessischer Seite ersetzt.

Artikel XXIII.

Die Wittwen verstorbener Unterofficiere und gemeiner Soldaten aus dem Herzogthum Westphalen und aus den Wittgensteinschen Grafschaften haben an den Hessischen Militair-Wittwenkassen keinen Anspruch.

Artikel XXIV.

Nach vorstehender Uebereinkunft hat Preussen an Hessen zu entrichten:

zufolge des zweiten Artikels . . .	132,835 fl.	45 kr.
zufolge des zwölften Artikels . . .	23,333 -	20 -
also zusammen	156,169 fl.	5 kr.

Von dieser Summe werden abgerechnet, und von Hessen an Preussen vergütet:

nach Artikel	6.	15,000 fl.	—	kr.
- —	7.	3,000 -	—	-
- —	8.	18,721 -	—	-
- —	18.	11,000 -	—	-
- —	21.	502 -	30	-
- —	22.	900 -	—	-
	mithin zusammen	49,123 fl.	30	kr.

Nach Abzug dieses Betrags hat Preussen an Hessen noch zu entrichten . . . 107,045 fl. 35 kr.

Diese Einhundert Sieben Tausend Vierzig Fünf Gulden, Dreissig Fünf Kreuzer im 24 Guldenfuss werden in der Art abgeführt, dass innerhalb sechs Monaten nach erfolgter Ratification dieser Convention an die Universitätskasse in Giessen 23,333 fl. 20 kr. und innerhalb drei Monaten an die Grossherzogliche Generalkasse in Darmstadt 40,000 fl. und innerhalb sechs Monaten nach der Ratification der Rest mit 43,712 fl. 15 kr. an die gedachte Generalkasse baar entrichtet werden. Diese Zahlungen geschehen in Frankfurt, und von Preussischer Seite werden gleich bei der Ratification die desfallsigen Anweisungen auf ein dortiges Handelshaus ausgestellt werden.

Artikel XXV.

Auf diese von Preussen an Hessen zu entrichtenden Summen soll durchaus kein Anspruch weder im gerichtlichen noch im aussergerichtlichen Wege zugelassen, und die Zahlungen sollen aus keiner Rücksicht verweigert, oder über die festgesetzten Termine hinaus verschoben werden.

Artikel XXVI.

Die unterzeichneten beiderseitigen Bevollmächtigten werden diese Convention schleunigst an ihre Gouvernements befördern, und die Ratificationen sollen, sobald sie erfolgt sind, in Arnsberg ausgewechselt werden.

Zur Beurkundung wird diese Convention zweimal ausgefer-

tigt und von den beiderseitigen Bevollmächtigten eigenhändig unterzeichnet.

So geschehen zu Münster am 12. März 1817.

(L. S.) Ludwig v. Vincke.
(L. S.) Wilhelm v. Kopp.
(L. S.) Georg Philipp Friedrich Haberkorn.

a) Vergl.: Nr. LXIV (Beilagen zu dem Frankfurter Territorial-Recess vom 20. Juli 1819) B.

LXXX.

Nachtrag zu der zwischen Preussen und dem Grossherzogthume Hessen zu Münster den 12. März 1817 geschlossenen Convention, unterzeichnet zu Giessen, am 6. Juli 1817.

In dem am 12. März dieses Jahres zu Münster zwischen den Königlichen Preussischen und Grossherzoglichen Hessischen, zur Uebernahme und Uebergabe der Grossherzoglichen Hessischen Länderabtretungen bevollmächtigten Commissarien abgeschlossenen Vergleiche, ist vereinbart worden: a)

Artikel XIV.

„Von Grossherzoglich Hessischer Seite werden die in den „Wittgensteinschen Grafschaften noch vorhandenen, am „1. Juli 1816 schon bestandenen Rückstände der ordinairen „Steuern und der in die Grossherzogliche Staatskasse geflos„senen extraordinairen Kriegssteuer an Preussen abge„treten, wogegen Preussen alle etwa noch bestehende Verbind„lichkeiten der Grossherzoglich Hessischen Verwaltung in den „beiden Grafschaften übernimmt, und für alle Ansprüche eintritt, „welche an Hessen aus der ehemaligen oberhoheitlichen Admini„stration dieser Grafschaften entweder schon gemacht worden „sind, oder etwa noch erhoben werden.

Artikel XV.

„Ausgenommen von dieser Abtretung sind die Rückstände derjenigen Steuern, welche für die Landeskriegskosten-Kasse in Giessen ausgeschrieben worden sind, sowie auch alle und jede Steuer-Rückstände der beiden Herren Fürsten von

„Wittgenstein, wogegen denn aber auch Preussen die Tilgung „der Ansprüche dieser Herren Fürsten an Hessen nicht zu über„nehmen hat.

Artikel XVI.

„Wegen des von den Wittgensteinschen Grafschaften zu „nehmenden Antheils an den Schulden, welche auf die oben„erwähnte Landeskriegskosten-Kasse in Giessen während des „Zeitraums, wo die beiden Grafschaften unter Grossherzoglich „Hessischer Oberhoheit gestanden haben, contrahirt worden sind, „wird eine besondere billige Uebereinkunft getroffen werden, „sobald man sich Preussischer Seits von dem Bestande und den „Verhältnissen jener Schulden, durch einen baldigst nach Gies„sen abzuschickenden Bevollmächtigten näher unterrichtet haben „wird.“

Es sind daher beiderseitige Commissarien in Giessen zusammengetreten

Königlich-Preussischer Seits: der Regierungsrath Westphal, Mitglied der Königlichen Regierung zu Arnsberg,

Grossherzoglich-Hessischer Seits: der Hofkammer-Director von Kopp,

und haben, nachdem sie sich gegenseits über ihre Vollmachten ausgewiesen haben, folgende Vereinbarung getroffen.

Artikel I.

Grossherzoglich Hessischer Seits wird wegen Entrichtung der im Artikel II. bemerkten Summe, allen und jeden Ansprüchen entsagt, welche auf Theilnahme der Aemter Caasphe und Berleburg an den zur Tilgung der Kriegskosten contrahirten Schulden, an rückständigen Geld- und Naturalleistungen, und an der Provinzial-Parification für den Zeitraum, in dem sie unter Grossherzoglich Hessischer Oberhoheit gestanden haben, gebildet werden könnten.

Artikel II.

Dagegen wird Königlich Preussischer Seits versprochen, eine Aversional-Summe von Zwanzigtausend fünfhundert Gulden in fl. 24 Fuss und zwar in conventionsmässiger Münze, oder in verfallenen vom Landeskriegs-Commissariate creirten Obligationen, Kassenscheinen, und Zinskoupons in Sechsundzwanzig

½jährigen Raten von Siebenhundertachtundachtzig Gulden Siebenundzwanzig und Neun dreizehn Theil Kreuzer, wovon die erste am ersten Januar Eintausend achthundert und achtzehn, und die letzte am ersten Juli Eintausend achthundert und dreissig fällig ist, zur Landeskriegs-Commissariatskasse der Provinz Oberhessen einzuzahlen. Ausserdem wird Königl. Preussischer Seits allen und jeden Ansprüchen entsagt, welche von den Grafschaften Wittgenstein an das Grossherzogthum Hessen, wegen noch unberichtigter Kriegsprästationen derselben, insbesondere wegen gelieferter Fourage, geleisteten Fuhren, oder getragener Einquartirung, sodann wegen der von fremden Gouvernements entweder bezahlten oder noch zu bezahlenden Vergütungen für Kriegsleistungen während des Zeitraums, in dem die ersagten Grafschaften unter Grossherzoglich Hessischer Oberhoheit gestanden haben, gemacht werden könnten.

Artikel III.

Da die Forderung der Aemter Caasphe und Berleburg an das Amt Biedenkopf wegen geleisteter Hülfsfuhren als eine Privatforderung gedachter Aemter unter sich angesehen werden muss, so ist sie unter dem gegenwärtigen Abkommen nicht begriffen; indessen wird Grossherzoglich Hessischer Seits versprochen, dafür zu sorgen, dass die Betheiligten bald befriedigt werden.

Artikel IV.

Wenn die Königlich Preussischen Behörden, wegen der von den Wittgensteinschen Grafschaften getragenen Kriegslasten fernere Ausknnft verlangen sollten, so soll sie ihnen von den einschlägigen Grossherzoglich Hessischen Behörden nicht nur ertheilt, sondern auch die betreffenden Verhandlungen zur Einsicht vorgelegt werden.

Artikel V.

Die Allerhöchste Ratification dieses Vergleichs wird beiderseits vorbehalten.

So geschehen Giessen, am 6. Juli 1817.

(L. S.) Westphal.
(L. S.) v. Kopp.

a) Vergl: die vorige Nummer.

LXXXI.

Hauptvertrag der an dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt betheiligten Staatsregierungen, über die Ausgleichung der Grossherzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Lasten, unterzeichnet zu Frankfurt am Main den 2. Juli 1828.

Nachdem das im Jahre 1813 von den allerhöchsten verbündeten Mächten militärisch besetzte und einem gemeinschaftlichen General-Gouvernement provisorisch untergeordnete Grossherzogthum Frankfurt durch allmählige Trennung seiner Bestandtheile dergestalt aufgelöset worden ist, dass zuvörderst

die Wiedervereinigung der zu gedachtem Grossherzogthume gehörig gewesenen Hanauer Landestheile mit den churhessischen Landen, kraft Vertrages vom 2. December 1813;

der Zurücktritt der freien Stadt Frankfurt mit derselben ehemaligem eigenen Gebiete in ihre Municipal-Verfassung, kraft Erklärung des General-Gouvernements vom 14. December 1813, und

der vorläufige Uebergang des Fürstenthums Aschaffenburg, wie solches von dem Grossherzoge von Frankfurt, unter dem Namen eines Departements, besessen wurde, an die Krone Baiern, kraft Vertrages vom 3. Juni 1814

schon während der kaiserlich österreichischen Verwaltung des fraglichen General-Gouvernements Statt fanden; demnächst aber

wegen Vertheilung des Departements Fulda, nebst Zubehör unter Oesterreich und Preussen,

wegen geschehenen Verkaufes der Fuldaer und Hanauer Domänen,

wegen Vereinigung der Stadt Wetzlar, nebst Gebiete, mit der preussischen Monarchie, endlich

wegen definitiver Festsetzung der politischen Verhältnisse des königlichen baierischen Fürstenthums Aschaffenburg und der freien Stadt Frankfurt,

urch die am 9. Juni 1815 abgeschlossene Wiener Congress-cte, namentlich in den Artikeln XL, XLI, XLII, XLIV, LVI und LI [a]), allgemeine Bestimmungen erfolgten nachdem ner von Seiten der Krone Preussen

die Fuldaer Aemter Dermbach und Geisa, welche Allerhöchstdieselbe durch den XL. [b]) Artikel der Wiener Congress-Acte, mit dem grössten Theile des Departements Fulda erworben hatte

an Sachsen-Weimar-Eisenach,

und der Hauptheil dieser Erwerbung (ausschliesslich des Distrikt-Amtes Weyhers, und einschliesslich des dagegen von Oesterreich eingetauschten Distrikt-Amtes Saalmünster sammt Sannerz, Uerzel und dem Hutterschen Grunde, ingleichen des Dorfes Melters mit Hattenrodt, auch der Domäne Uttrichshausen)

an Churhessen;

Seiten Oesterreichs aber

die durch den LI. Artikel der Wiener Congress-Acte erworbenen Fuldaer Aemter und Distrikte, ohne das Amt Saalmünster und die zum Amte Weyhers gehörig gewesenen eben benannten Orte, jedoch einschliesslich des gesammten Ueberrestes des letzteren Amtes und des Dorfes Steinbach im Amte Bieberstein

an die Krone Baiern;

und das Eigenthumsrecht über die, im XL. Artikel der Wiener Congress-Acte erwähnte, vormalige Domäne Holzkirchen

an des Prinzen Leopold zu Sachsen-Coburg Königliche Hoheit

in den Jahren 1815 und 1816 wieder abgetreten worden ist;

nachdem inzwischen auch auf den Grund des XLI. Artikels der Wiener Congress-Acte und zur Ausführung derjenigen Bestimmungen, welche derselbe zu Gunsten des Fürsten-Primas, vormaligen Grossherzogs von Frankfurt, so wie zu Gunsten der gesammten Dienerschaft des Grossherzogthums Frankfurt, festgesetzt hat, eine gemeinschaftliche Commission, unter der Benennung:

Commission für die Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt,

und späterhin, wegen anerkannter Nothwendigkeit eine Separat-Auseinandersetzung hinsichtlich der speciellen Verbindlichkeiten des Departements Fulda, eine zweite, diesem besonderen Zwecke eigends gewidmete Commission, unter der Benennung:

Fuldaer Departemental-Ausgleichungs-Commission,

von den betheiligten Staaten im Jahre 1816 angeordnet und mit Auseinandersetzung über die betreffenden Central- und Departemental-Cassen beauftragt worden waren;

und nachdem endlich, bei der einen, wie bei der andern Commission, im Verlaufe zwölfjähriger, durch verwickelte Verhältnisse vielfach erschwerter Arbeiten, die allmählige Beseitigung obwaltender Anstände und Streitigkeiten, hauptsächlich im Wege besonderer, zwischen den einzelnen betheiligten Regierungen abgeschlossener Vereinbarungen, Statt gefunden, und das gesammte Frankfurt-Fuldaer Ausgleichungsgeschäft sein Ziel im Wesentlichen so weit erreicht hat, dass zum endlichen Abschlusse desselben geschritten werden kann:

so sind in dieser Absicht nachgenannte Bevollmächtigte, nämentlich:

von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böheim:

der Herr Paul Anton Freiherr von Handel, Ritter des kaiserlich österreichischen Leopold-Ordens, Inhaber des silbernen Verdienst-Ehrenkreuzes, Ritter des königlich preussischen rothen Adler-Ordens dritter Classe, und des grossherzoglich toscanischen St. Josephs-Ordens, Commandeur des grossherzoglich badischen Zähringer- und des churfürstlich hessischen goldenen Löwen-Ordens erster Classe, dann des grossherzoglich hessischen Ludwigs-Ordens; kaiserlich-königlicher wirklicher Hofrath, Minister-Resident an dem grossherzoglich hessischen und herzoglich-nassauischen Hofe, dann bei der freien Stadt Frankfurt, auch Director der k. k. Präsidial-Gesandtschafts- und der deutschen Bundes-Kanzlei;

von Seiner Majestät dem Könige von Preussen:
der Herr Legationsrath und Bundestags-Gesandschaftsrath Friedrich Carl von Bülow, Ritter des königl. preuss. Ordens des eisernen Kreuzes zweiter Classe am schwarzen Bande und des kaiserl. russischen St. Wladimir-Ordens vierter Classe;

von Sr. Majestät dem König von Baiern:
der Herr Legationsrath Freiherr Carl von Hertling, königlich baierischer Kämmerer;

von Sr. königlichen Hoheit dem Churfürsten von Hessen:
der Herr Wilhelm August von Meyerfeld, Geheimer Rath, Gesandter und bevollmächtigter Minister an dem deutschen Bundestage, am königlich württembergischen und grossherzoglich hessischen Hofe und bei der freien Stadt Frankfurt, Grosskreuz des churhessischen Ordens vom goldenen Löwen;

von der freien Stadt Frankfurt:
die Herren Senatoren
Johannes Schmidt und
Friedrich Ihm

in Gemässheit ihrer Instructionen und ihrer gegenseitig als gültig anerkannten Vollmachten, in Frankfurt am Main zusammengetreten, und haben alle wesentlichen Resultate der oben gedachten bisherigen Ausgleichungs-Verhandlungen über die Central-Cassen des aufgelöseten Grossherzogthums Frankfurt, wie über Special-Verhältnisse des vormaligen Departements Fulda, — mögen solche Resultate der Form nach als gemeinschaftliche Commis-

sions-Beschlüsse oder als besondere Verträge vorliegen —, in den nachstehenden Hauptvertrag zusammengefasst:

Artikel I.

(*Oesterreichs Theilnahme am Vertrage.*)

Von Seiten Oesterreichs wird gegenwärtiger Vertrag abgeschlossen wegen seiner Theilnahme an dem für das vormalige Grossherzogthum Frankfurt angeordnet gewesenen General-Gouvernement; sodann wegen des in den Jahren 1815 und 1816 Statt gehabten Civilbesitzes der im Artikel XL. der Wiener Congress-Acte benannten Ortschaften und Distrikte, welche bei der dortigen Verfügung über das Departement Fulda ausnahmsweise nicht an Preussen übergingen, so wie einiger andern zum Departement Fulda gehörig gewesener Bestandtheile des fraglichen Grossherzogthums.

Artikel II.

(*Preussens Theilnahme für sich und Sachsen-Weimar-Eisenach.*)

Die Krone Preussen vertritt bei dieser Uebereinkunft, ausser der Stadt Wetzlar, nebst Gebiete, den von Allerhöchstderselben durch den Staatsvertrag vom 16. Oktober 1815 an Churhessen [c]) schulden- und lastenfrei abgetretenen Theil des vormaligen Departements Fulda.

Was die an das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach gekommenen und von Seiten desselben zu vertretenden vormals Fuldaer Aemter Dermbach und Geisa betrifft, so geschieht diese Vertretung ohne unmittelbare Theilnahme der grossherzoglich sachsen-weimar-eisenachischen Regierung an gegenwärtiger Uebereinkunft, nach Massgabe Ihrer mit Preussen abgeschlossenen Staatsverträge d. d. Wien den 1. Juni und Paris den 22. September 1815 [d]), ingleichen des Uebergabe-Protokolles d. d. Geisa den 24. November 1815, indem königlich preussischer Seits auf die hierher gehörigen Bestimmungen dieser Verträge Bezug genommen und Handhabung derselben zugesichert wird.

Artikel III.

(*Baierns Theilnahme.*)

Die Krone Baiern vertritt das Fürstenthum (vormalige Departement) Aschaffenburg und den Allerhöchstderselben von

Oesterreich durch den Staatsvertrag vom 14. April 1816 [e]) abgetretenen Theil des vormaligen Departements Fulda.

Artikel IV.

(Churhessens Theilnahme.)

Churhessen vertritt die, vermöge Vertrags vom 2. December 1813 [f]) mit Althessen wieder vereinigten Hanauer Landestheile.

Artikel V.

(Der freien Stadt Frankfurt Theilnahme.)

Die freie Stadt Frankfurt vertritt sich selbst und ihr Gebiet, so wie auch die von dem ehemaligen Departement Frankfurt an das Grossherzogthum Hessen gekommenen Orte Obererlenbach und das grossherzoglich hessische Niederursel.

Artikel VI.

(Massstab zur Vertheilung der Central-Lasten.)

Bei Vertheilung der in den nachfolgenden Artikeln zu erwähnenden Central-Lasten wird das im Jahre 1810 von den Landständen des Grossherzogthums Frankfurt genehmigte Staats-Budjet, mit den darin angegebenen Verhältnissen der einzelnen Departements, zum Grunde gelegt und der nachfolgende Massstab als Regel angenommen:

a) Departement Aschaffenburg	$\frac{30}{100}$
b) Stadt Frankfurt	$\frac{34\frac{1}{3}}{100}$
c) Departement Hanau	$\frac{14\frac{1}{3}}{100}$
d) Stadt Wetzlar	$\frac{1}{100}$
e) Departement Fulda	$\frac{20\frac{1}{3}}{100}$
	100.

Artikel VII.

(Massstab zur Vertheilung der Fuldaer Departemental-Lasten.)

Vom 1. Mai 1816 an betragen die Concurrenz-Verhältnisse zu der Vertheilung der Fuldaer Departemental-Lasten

1) für Preussen, mit Inbegriff der auf $\frac{27}{100}$ festgesetzten grossherzoglich sachsen-weimar-eisenachischen Quote . . . . . $71\frac{1}{3}$ / 100

2) für Baiern . . . . . $26\frac{1}{3}$ / 100

3) für die Domäne Holzkirchen . . . . . 2 / 100

Artikel VIII.

(Oesterreichs Antheil an denselben.)

Oesterreich übernimmt für seine Besitzperiode von Holzkirchen im Wege des Vergleichs und mit Hinweisung auf die desfallsige Uebereinkunft vom 11. April 1818, sammt Zusatzartikel, zwei Hundertheile an allen Departemental-Staatslasten von Fulda.

Die Concurrenz-Quote des k. k. österreichischen Hofes zu den Fuldaer Departemental-Staatslasten wird für Allerhöchstdessen zehnmonatliche Civilbesitzperiode (vom 1. Juli 1815 bis 1. Mai 1816) der drei Fuldaer Distriktämter und des Antheils an dem Amte Bieberstein auf

fünf und zwanzig Hundertheile

angenommen und festgesetzt, so zwar, dass Oesterreich, mit jenen für Holzkirchen übernommenen zwei Hundertheilen, zusammen

sieben und zwanzig Hundertheile

pro rata temporis zu den Fuldaer Departemental-Staatslasten beiträgt.

Artikel IX.

(Preussens nebst Sachsen-Weimars Antheil an denselben.)

Wegen der durch den Artikel XL. der Wiener Congress-Acte überkommenen Fuldaer Landestheile, mit Zurechnung der Fasanerie sammt ihren Zubehörungen, und der, unter provisorischer Administration des Departements Fulda gestandenen, vormals reichsritterschaftlichen Bezirke — Mannsbach, Buchenau, Wehrda und Lengsfeld — übernimmt Preussen für die Periode vom 1. Juli 1815 bis zum 1. Mai 1816

drei und siebenzig Hundertheile

aller Fuldaer Departemental-Staatslasten ohne Ausnahme; unter welchem Concurrenz-Beitrage zu $\frac{18}{100}$ die grossherzoglich sachsen-weimar-eisenachische Beitrags-Quote mitbegriffen ist.

Artikel X.

(*Sustentation des Fürsten Primas.*)

Die im XLV. Artikel der Wiener Congress-Acte festgesetzten Bestimmungen wegen einer dem Fürsten Primas, gewesenen Grossherzog von Frankfurt, als vormaligen geistlichen Fürsten jährlich zu zahlenden Sustentations-Summe von

hunderttausend Gulden im 24 Guldenfusse

werden für erledigt erklärt, nachdem die Vertheilung dieser Summe unter die zu deren Zahlung verpflichteten Regierungen nach dem für diesen Fall besonders angenommenen und in das Protokoll der Central-Ausgleichungs-Commission vom 25. September 1816 eingetragenen Concurrenz-Massstabe geschehen, und deren Berichtigung bis zu dem Tage des Ablebens des Fürsten Primas (den 10. Februar 1817) erfolgt ist.

Artikel XI.

(*Grundsätze wegen Vertheilung der Staatsdiener und Pensionisten.*)

Ebenso werden die wegen Behandlung sämmtlicher grossherzoglich-frankfurtischer Diener im XLV. Artikel der Wiener Congress-Acte getroffenen, und grösstentheils schon im Jahre 1816 zur Vollziehung gebrachten Bestimmungen im Allgemeinen und mit Hinweisung auf die nächstfolgenden Artikel für erledigt erklärt, zugleich aber als Normen, welche bei deren Vollziehung angenommen worden sind, nachstehende Grundsätze definitiv anerkannt und bestätigt:

a) Im Sinne und Geiste des Artikel XLV. der Wiener Congress-Acte, sowie des darin angezogenen §. 59. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803, und ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit unter den Stufen der Staatsverwaltung, haben sämmtliche, bei der Letztern verwendeten, oder in Bezug auf dieselbe pensionirten Diener gleichen Anspruch auf die ihnen wohlwollend zugedachte

Versorgung, und soll demnach zwischen dem für die Gesammtheit des Staats, für dessen besondere Zwecke, und für einzelne Bezirke desselben bestimmt gewesenen Beamten kein Unterschied gemacht werden.

b) Gleichwohl werden, zur Erleichterung der Auseinandersetzung, die Diener und Pensionäre in drei Klassen getheilt, nämlich:

Central-Diener,
Departemental-Diener und
Local-Diener,

je nachdem solche bei der allgemeinen, oder bei der Departemental- oder auch bei der örtlichen Verwaltung angestellt waren.

Die Versorgung der Ersteren ist, pro rata des Besitzes und der Zeit, von allen bei dieser Auseinandersetzung betheiligten Staaten, —

die Versorgung der zweiten Klasse von den Besitzern des betreffenden Departements, nach Massgabe des budgetmässigen Departemental-Beitrages und der obigen Bestimmungen über die Concurrenz-Verhältnisse, —

die Versorgung der dritten Klasse endlich von dem Besitzer des Ortes zu übernehmen.

c) Vermöge allgemeiner Regel sollen als Staats-Diener und Staats-Pensionäre des Grossherzogthums Frankfurt gelten und dafür gehalten werden:

1) diejenigen, welche durch landesherrliche Bestallungen zu öffentlichen Dienstverrichtungen ernannt worden sind, oder Gnadengehalte bekommen haben;

2) diejenigen, welche ihre Ernennung mit bestimmtem Gehalte durch die grossherzoglichen Ministerien oder andere, dem Grossherzoge unmittelbar untergeordnet und dazu ermächtigt gewesene Central-Behörden erhalten haben;

3) diejenigen Diener und Pensionäre, welche von dem Grossherzoge mit den verschiedenen Landestheilen bei Vereinigung in einen Staatsverband übernommen und als solche vor demselben anerkannt wurden;

4) als Staats-Diener werden ausnahmsweise auch die Individuen der Kanzlei des Staatsraths, weil solchem der Grossherzog selbst präsidirte, nicht aber diejenigen Büreauisten behandelt, die bei anderen Kanzleien nur auf Tagegelder und Gratificationen angestellt waren.

d) In Gemässheit des §. 59. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 [c]) haben Diener, welche sich von der sie übernehmenden Regierung zu fernerer Dienstleistung nicht verwenden, oder in einer anderen Provinz nicht anstellen lassen, statt ihres früheren vollen Gehaltes, nur einen Theil desselben, nach Massgabe ihrer Dienstjahre, anzusprechen.

e) Dienst- und Pensions-Anwartschaften, als bedingt durch die Fortdauer des Staates, welcher sie ertheilt hatte, erlöschen mit diesem.

f) Nicht dekretmässige Accidenzien kommen bei Ausmittelung von Besoldung nicht in Anschlag.

g) Büreaugelder bilden keinen Theil der Besoldung.

h) Remisengelder kommen nur dann in Betracht, wenn keine andere eigentliche Besoldung mit der Stelle verknüpft war, und die Remisengelder also als Ersatz des Gehaltes anzusehen sind.

i) Die zu diplomatischen Geschäften nur commissarisch verwendet gewesenen Diener werden nicht als eigentliche diplomatische Beamte, sondern nach dem Verhältniss derjenigen Stelle und desjenigen Gehaltes behandelt, auf welche sie nach beendigter Sendung zurückzutreten hatten.

k) Das im diplomatischen Fache ausschliesslich angestellt und mit besonderem Gehalte dafür versehen gewesene Personal behält diesen Gehalt auch nach Zurückberufung von dem betreffenden Gesandtschaftsposten oder beim Erlöschen des Staates, jedoch mit Abzug des darunter begriffenen, für die Repräsentationskosten unzweifelhaft bestimmt gewesenen Gehaltstheils.

l) Als Landesherrschaft einzelner Departements oder sonstiger

Bestandtheile des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt, übernimmt jede betheiligte Regierung von dem aufgelösten grossherzoglich-frankfurtischen Militär vorzugsweise diejenigen Individuen, welche aus dem ihr zugefallenen Landesbezirke gebürtig sind, oder in demselben früher angestellt waren.

m) Von den Einregistrirungs- und Stempel-Beamten erhalten nur diejenigen, die schon vor ihrer Anstellung bei der Einregistrirungs- und Stempel-Regie eine Staatsbedienung im Umfange des Grossherzogthums bekleideten, den vollen Gehalt, die übrigen, entweder aus der Fremde berufenen, oder zum ersten Male angestellten, erhalten in Rücksicht ihrer kurzen Dienstzeit nur die Hälfte als reichsschlussmässige Pension.

Artikel XII.

(Entschädigung für die Krone Baiern wegen zu viel übernommener Diener und Pensionisten.)

Die von Seiten der Krone Baiern erfolgte Uebernahme der im Verzeichnisse (Anlage No. I.) benannten Civil-, Militär- und Hof-Diener mit den darin aufgeführten Gehalten und Pensionen, im Gesammtbetrage von 117,786 Fl. 20 Kr. im 24 Guldenfusse, wird allerseits als definitiv anerkannt, und, mit Beziehung hierauf, gedachter Krone der Anspruch auf eine Entschädigungssumme von 150,000 Fl. um deswillen zugestanden, weil die Summe der übernommenen Gehalte und Pensionen dasjenige Mass grossherzoglich-frankfurtischer Central-Gehalte und Pensionen überschreitet, welches Baiern nach dem festgesetzten Concurrenz-Verhältnisse zu übernehmen hatte.

Artikel XIII.

(Staatsdiener und Pensionisten, welche Preussen, Churhessen und Frankfurt übernommen haben.)

Gleicherweise wird die von Seiten Preussens mit Sachsen-Weimar-Eisenach, Baierns, Churhessens und der freien Stadt Frankfurt geschehene definitive Uebernahme der im Verzeichnisse (Anlage No. II.) benannten Civil-, Militär- und Hof-Diener mit den darin aufgeführten Gehalten und Pensionen, im Gesammt-

trage von 151,244 Fl. 45 Kr. auf die Departements Frankfurt ausschliesslich der Stadt Wetzlar), Fulda, Hanau und auf die adt Wetzlar allerseits anerkannt.

Artikel XIV.

Verzeichniss der Staats-Diener und Pensionisten; besondere Bestimmungen darüber.)

Hinsichtlich der beiden, in den vorhergehenden Artikeln erhaften und mit Beobachtung obiger Grundsätze angefertigten, rzeichnisse ist zu bemerken:

1) dass solche die Gesammtheit der als Central-Diener und Pensionisten des Grossherzogthums Frankfurt behandelten und definitiv übernommenen Individuen umfassen;

2) dass alle, in die fraglichen Verzeichnisse nicht eingetragenen, grossherzoglich-frankfurtischen Diener — mögen sie Hof-, Militär oder Civil-Diener seyn — zur Klasse der Departemental- und Lokal-Diener gezählt werden;

3) dass die in denselben Verzeichnissen aufgeführten Mitglieder

a) der vormaligen protestantischen Consistorien zu Hanau,

b) der beiden vormaligen Appellationshöfe zu Aschaffenburg und zu Frankfurt, sowie der dazu gehörigen Criminalgerichte,

c) der medizinischen Specialschule zu Frankfurt,

d) der Anstalt der Einregistrirungs- und der Stempel-Regie, namentlich der Director, der Controleur und die Verificatoren,

aus besonderen Gründen für Central-Diener erklärt, jedoch dem Personale der medizinischen Specialschule, da dasselbe seine Wiederanstellung in einer andern Provinz abgelehnt hat, seine früheren Gehalte nur zur Hälfte bewilligt worden sind, mit Ausnahme derjenigen, welche aus besonderen Gründen mit ihrem ganzen Gehalte auf den Etat, (Anlage No. II.) gebracht worden sind.

Artikel XV.

(Bestätigung einer Uebereinkunft zwischen Preussen und Frankfurt wegen Uebernahme verschiedener Offiziere.)

Was diejenigen nach Artikel XLV. der Wiener Congress-Akte zur Versorgung berechtigten Offiziere betrifft, welche aus keinem Gebietstheile des vorigen Grossherzogthums Frankfurt gebürtig, auch in keinem solchen Gebietstheile früher angestellt gewesen sind, oder auch andere, welche erst während der Verwaltung des Generalgouvernements in Militärdienste traten oder höhere Dienstgrade erhielten, so wird diejenige Uebereinkunft bestätigt, die hierüber von wegen des Departements Fulda, der Stadt Frankfurt und der Stadt Wetzlar unterm 28. und 29. Juni 1816 zu den Protokollen der Ausgleichungs-Commission angezeigt worden ist.

Hiernach sind von den, in der Anlage (No. III.) näher bezeichneten, zehn Militärpersonen und deren Gehalte à 6154 Gulden

1) die daselbst unter No. 1. 2. 3. 5. 6. 8. 9. angegebenen, mit den dabei gesetzten Gehalten, auf das Departement Fulda, namentlich No. 2. 5. 8. und 9. von Preussen, No. 1. von Baiern, No. 3. und 6. von Sachsen-Weimar-Eisenach;

2) die unter No. 4. 7. 10. angeführten aber, nebst ihren angegebenen Gehalten, von der freien Stadt Frankfurt, und zwar Letzteres in dem Masse übernommen worden, dass Frankfurt, zur Ergänzung des ihm zugetheilten Gehaltbetrags von 2482 Fl., für 1374 Fl. an Central-Diener-Gehalten übernommen hat.

Artikel XVI.

(Bestätigung einer Uebereinkunft zwischen Churhessen und Frankfurt wegen Uebernahme gemeinschaftlicher Departemental-Diener.)

Gleiche Bestätigung erhält auch die in den ebengedachten Protokollen vom 28. und 29. Juni 1816 zwischen Churhessen und der freien Stadt Frankfurt, wegen einiger, den vormaligen Departements Hanau und Frankfurt gemeinschaftlich gewesenen Departemental-Diener, getroffene Uebereinkunft, wonach der

Gehalt des vormaligen Polizei-Präfekten Freiherrn von der Thann von 5000 Fl. von Seiten der freien Stadt Frankfurt mit 4,300 Fl.
von Churhessen aber mit 700 -
Total 5,000 Fl.
übernommen ward; ingleichen der zwischen beiden benannten Staaten getroffene Austausch wegen der vom Gehalte des beiden Departements gemeinschaftlich gewesenen Steuer-Controleurs Koch auf Frankfurt mit 273 Fl. gefallenen, aber gegen Abnahme des Frankfurt zugetheilt gewesenen Gehaltes des Kanzlei-Dieners Geyer mit 288 Fl. übernommenen Rate.

Artikel XVII.

(*Bestätigung einer Uebereinkunft zwischen Preussen und Frankfurt, Frankfurter Departemental-Diener betreffend.*)

Ebenso wird auch die in den angezogenen Protokollen zwischen Preussen und Frankfurt, wegen der auf die Stadt Wetzlar, als Bestandtheil des Departements Frankfurt, zu übernehmenden Rate von den Gehalten der dahin gehörigen Departemental-Diener, getroffene Uebereinkunft bestätigt, inhalts welcher die in der Anlage Nr. IV. verzeichneten Diener, als für das gesammte Departement Frankfurt angestellt, mit ihren Gehalten anerkannt, und deren Vertheilung nach dem dieser Uebereinkunft zum Grunde liegenden Verhältnisse also geschehen ist, dass von dem daselbst erwähnten Totalbetrage von jährlichen 24,546 Fl. 43 Kr. Wetzlar die Summe von 862 Fl. 5 Kr. übernommen hat.

Artikel XVIII.

(*Nachträgliche Anerkennung des Gehaltes des Protokollisten Grösser.*)

Die auf 438 Fl. jährlich festgesetzte Pension des nachträglich als Central-Diener anerkannten Protokollisten Grösser wird, vom 1. Januar 1822 an, von Churhessen, vorbehaltlich weiterer Abrechnung geleistet, nachdem die bis zu jenem Termine seit dem 1. Juni 1814 erwachsenen Rückstände von

wegen des Departements	Frankfurt mit .	150 Fl. 25 Kr.
- - -	Aschaffenburg mit	131 - 40 -
- - -	Fulda mit . .	89 - 18 -
- - -	Hanau mit . .	62 - 36 -
- der Stadt	Wetzlar mit	4 - 4 -
	Summe	438 Fl. — -

von jeder einzelnen dabei betheiligten Regierung bereits abgetragen worden sind.

Artikel XIX.

(Versorgung einiger Reichs- und Kreis-, auch ritterschaftlichen Diener.)

Als Local-Diener werden behandelt und von den betheiligten Regierungen versorgt:

1) die von Seiten einiger Landestheile des Grossherzogthums Frankfurt, vor ihrer Vereinigung mit demselben, bei dem Deutschen Reichstage und den Kreisversammlungen angestellt gewesenen Diener;

2) die bei der vormaligen Reichsritterschaft angestellt gewesenen Beamten, in so weit zum Unterhalte derselben von den, im Umfange des Grossherzogthums Frankfurt belegenen, reichsritterschaftlichen Gütern beigetragen werden musste.

Auf die Statt gehabte Anerkennung der Central-Eigenschaft des ehemaligen Reichs-Directorialpersonals, so weit der Grossherzog von Frankfurt bei dessen Versorgung betheiligt war, ist, nach Ausweis der Tabelle (Anlage I.), die nöthige Rücksicht genommen worden.

Artikel XX.

(Aschaffenburger Diener-Sustentationskasse, Offiziers-Wittwenkasse und Civildiener-Wittwenkasse, anerkannt als Spezialfonds des Fürstenthums Aschaffenburg.)

Als Gegenstände, welche das Fürstenthum Aschaffenburg ausschliesslich angehen, werden allerseits anerkannt:

1) die nach Auflösung des Mainzer Churstaates von dem Churerzkanzler — gegen gewisse, von anderen mitver-

pflichteten Besitzern vormaliger Mainzer Churlande zu entrichtenden jährlichen Beiträge — übernommene Pensionirung vormals churmainzischer Diener und die deswegen in Aschaffenburg errichtete Sustentationskasse;

2) die ebendaselbst für das vormalige churmainzische Militär errichtete, und dem grossherzoglich-frankfurtischen Militär später zu Nutzen gekommene Offiziers-Wittwenkasse, desgleichen auch die dortige Civildiener-Wittwenkasse, und zwar genannte Kassen mit ihren Rechten und Verpflichtungen.

Artikel XXI.

(Gesuch von Dienern, Wittwen und Waisen um Gnadengehalte und Gratificationen.)

Von Wittwen oder Waisen vormaliger grossherzoglich-frankfurtischer Diener nachgesuchte Gnadengehalte und Gratificationen sind kein Gegenstand gemeinschaftlicher Fürsorge der Ausgleichungs-Commissionen, und bleibt deren Bewilligung der Gnade und Milde jeder einzelnen Regierung überlassen.

Artikel XXII.

(Erloschene Gehalte und Pensionen der seit 1814 verstorbenen Diener und Pensionisten; — Gergens; — Vorbehalt wegen Orth.)

Die Gehalte und Pensionen aller in ihrer Eigenschaft als vormalige grossherzoglich-frankfurtische Diener und Pensionisten seit dem Jahre 1814 von den paciscirenden Staaten mit ihren Gehalten und Pensionen übernommenen, in den Anlagen Nr. I. bis IV. mitbegriffenen Individuen fallen nach deren Ableben den betreffenden Regierungen anheim.

Nachdem der im Jahre 1814 bei der provisorischen Rhein-Oktroi-Verwaltung zu Mainz angestellte grossherzoglich-frankfurtische General-Inspektor der indirekten Abgaben, Gergens, im November 1816 daselbst gestorben ist, könnte möglicherweise nur noch der früherhin eventuell übernommene Gehalt des bei der dermaligen Rhein-Oktroi angestellten Sekretärs Orth mit 1000 Fl., im Fall seine gegenwärtige Verwendung aufhören

sollte, den betheiligten Regierungen in solcher Art zur Last fallen, dass davon

Frankfurt	490 Fl.	28 Kr.
das Departement Fulda . .	290 -	29 -
- - Hanau . .	204 -	46 -
die Stadt Wetzlar . . .	14 -	17 -
Total	1,000 Fl.	— -

zu übernehmen hätten.

Artikel XXIII.

(Anfangstermin zur Uebernahme der Gehalte und Pensionen; Bestimmungen wegen der Rückstände, vom 1. Juni 1814 anfangend.)

In Ansehung der Ansprüche vormals grossherzoglich-frankfurtischer Diener und Pensionisten auf Besoldungs- und Pensions-Rückstände werden folgende Grundsätze aufgestellt:

1) Zur Abschneidung aller Weitläufigkeit, und in der Absicht, den betheiligten Individuen um so schleuniger zu ihrer Befriedigung zu verhelfen, machen sich die Regierungen verbindlich, den ihnen nach Ausweis der Vertheilungs-Etats zugewiesenen Dienern und Pensionisten, nebst ihren laufenden Besoldungen und Pensionen, auch die Rückstände vom 1. Juni 1814 an zu bezahlen.

2) Preussen und Baiern übernehmen die vor der Periode des Besitzantrittes ihrer Antheile an dem ehemaligen Departement Fulda erwachsenen Besoldungs- und Pensions-Rückstände zur Berichtigung aus den österreichischen Aktiv-Arreragen, und werden sich hierüber mit Oesterreich berechnen.

3) Nach ausdrücklicher Vorschrift des XLV. Artikels der Wiener Congress-Acte beschränkt sich jedoch die gemeinschaftliche Fürsorge sämmtlicher paciscirenden Regierungen hinsichtlich der Reclamation von Gehalts- und Pensions-Rückständen auf solche, welche aus der Zeit nach dem 1. Juni 1814 herrühren.

4) Diejenigen Summen, welche ausdrücklich auf Abschlag

der bis zum 1. Juni 1814 verfallenen Besoldungen und Pensionen bereits gezahlt worden sind, können auf die nachher fällig gewordenen Gehalte nicht in Zurechnung gebracht werden.

5) Alle anderen seit jenem Termin erhaltenen Abschlagszahlungen, ohne Unterschied der Kassen und der Rechtstitel, woraus sie geleistet worden sind, müssen von den Empfängern in Gegenrechnung angenommen werden, und versprechen sich sämmtliche betheiligte Regierungen gegenseitig noch besonders jede Hülfsleistung, welche zur Führung des Beweises solcher Abschlagszahlungen etwa erforderlich werden könnte.

6) Staatsdiener, welche in der Zwischenzeit bis zum 1. Januar 1816, oder nachher noch, provisorische oder andere Staatsanstellungen, gegen einen bestimmten, nicht in die Kategorie von Diäten fallenden Gehalt, im Umfange des vormaligen Grossherzogthums oder ausser demselben bekleidet haben, sind in der Regel zu Rückstandsforderungen nur in so weit berechtigt, als sie das quantum minus beweisen, welches hierdurch an ihrem später von den resp. Ausgleichungs-Commissionen zuerkannten Dienst-Einkommen nicht gedeckt worden, und endlich

7) müssen diejenigen Individuen, deren Rückstände über 1000 Fl. betragen, sich Terminszahlungen, jedoch nur dergestalt gefallen lassen, dass innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Liquidstellung an, sämmtliche Rückstände zu bezahlen sind.

Artikel XXIV.

Totalbetrag der Fuldaer Departemental-Besoldungen und Pensionen.)

Bei dem Departement Fulda beträgt die den Betheiligten gemeinschaftlich zur Last fallende Summe Fuldaer Departementalstaatsbesoldungen und Pensionen

254,050 Fl. 19 Kr.

Darunter sind nach dem Verzeichnisse, Anlage Nr. V., begriffen:

I. von der Sustentation des Fürsten Primas, vormaligen Grossherzogs von

Frankfurt, die Fuldaer Quote mit 20,387 Fl. 22½ Kr.
ingleichen der von der Sustentationsquote der freien Stadt Frankfurt auf Fulda übernommene Antheil, statt eines gleichen Betrags von der Pension des Grafen v. Marschall 1,868 - 51 -
22,256 Fl. 13½ Kr.

II. Die Gesammtheit der in dem berichtigten Fuldaer Personal-Hauptvertheilungs-Etat und in dem nachträglichen Personal-Supplementär-Etat aufgeführten Besoldungen und Pensionen, einschliesslich der Fuldaer Central-Pensions-Quote, so wie der später vertheilten Pensionen von Holzkirchen, von der Fasanerie, und der reichsritterschaftlichen Pensions-Antheile wegen Mannsbach, Buchenau, Wehrda und Lengsfeld . . . . 231,794 - 5½ -

Summe 254,050 Fl. 19 Kr.

Artikel XXV.

(*Deren weitere Vertheilung.*)

Von dieser Summe würden, nach dem Artikel VII festgesetzten Concurrenz-Verhältnisse, zu überweisen gewesen sein

1) an Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach zu . . $\frac{71\frac{1}{2}}{100}$ 181,645 Fl. 59 Kr.
2) an Baiern . . . . . $\frac{26\frac{1}{2}}{100}$ 67,323 - 20 -
3) an Holzkirchen . . . $\frac{2}{100}$ 5,081 - — -

Summe 254,050 Fl. 19 Kr.

Zur Ausgleichung verschiedener, unter den betheiligten Staaten entstandener Differenzen, und aus Rücksicht auf die Wünsche einzelner Pensionärs, hat man sich aber, mit Abweichung von jenem Verhältnisse, dahin vereinigt, die effektiven Uebernahme-Quoten,

für Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach auf . . . . . 183,255 Fl. 31½ Kr.
für Baiern auf . . . . . 65,713 - 47½ -

definitiv festzustellen, wobei

die Holzkirchener Quote von . . 5,081 - — -

unverändert geblieben ist. Summe 254,050 Fl. 19 Kr.

Artikel XXVI.

(*Specielle Angabe der preussischen und sachsen-weimarischen Uebernahme-Quoten.*)

Die von Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach nach Massgabe des bestehenden Concurrenz-Verhältnisses zu vertretende Uebernahme-Quote umfasst nachstehende einzelne Summen:

ad I., aus der Fuldaer Quote der Sustentation des Fürsten Primas, vormaligen Grossherzogs von Frankfurt .			15,290 Fl. 32 Kr.
Dazu kommt der königlich-preussischer Seits übernommene Antheil von der Stadt-Frankfurtischen Sustentations-Quote mit			1,868 - 51 -
ad II., aus dem Personal-Hauptvertheilungs-Etat, nach Abzug der auf die freie Stadt Frankfurt mit 4,000 Fl. übergegangenen Pension des Grafen Marschall . .	162,622 Fl. 57 Kr.		
aus dem Supplementär-Etat . .	2,509 - 5½ -		
von den Holzkirchener Pensionen	439 - — -		
von den Pensionen der Fasanerie u. der reichsritterschaftlichen Gebiete	525 - 6 -		
			166,096 Fl. 8½ Kr.
		Summe	183,255 Fl. 31½ Kr.

Artikel XXVII.

(Specielle Angabe der baierischen Uebernahme-Quote.)

Die von Baiern zu berichtigende Uebernahme-Quote umfasst:

ad I., von der Fuldaer Quote der Sustentation des Fürsten Primas . . .	5,096 Fl.	50½ Kr.
ad II., von dem Personal-Hauptvertheilungs-Etat	57,505 -	29 -
aus dem Supplementär-Etat . .	1,401 -	28¼ -
von den Holzkirchener Pensionen .	1,530 -	— -
aus dem reichsritterschaftlichen Pensions-Antheile	180 -	— -
Summe	65,713 Fl.	47¾ Kr.

Artikel XXVIII.

(Specielle Angabe der Uebernahme-Quote von Holzkirchen.)

Für die nach Artikel XXV in 5081 Fl. bestehende Soll-Uebernahme der Domäne Holzkirchen sind ausgesetzt und an diese Domäne überwiesen worden,

ad Nr. II., aus den Holzkirchener Pensionen der grösste Theil der Pension des Probstes Freiherrn von Reisach mit	5,020 Fl.
und ein Theil der Pension des Konventuals Arnd mit	61 -
Summe	5,081 Fl.

Artikel XXIX.

(Ausgleichung wegen der von Baiern zu wenig übernommenen Fuldaer Pensionen und Besoldungen mit den betheiligten Regierungen.

Die im Artikel XXV erwähnte Ausgleichung zwischen Preussen und Baiern wegen Abänderung der concurrenzmässigen Uebernahme-Quoten anlangend, so befinden sich die näheren Bestimmungen hierüber, ferner über Vergütung der von Preussen für Baiern geleisteten Pensions-Zahlungen, auch über gegenseitigen Austausch einiger Fuldaer Pensionen, in dem unterm 18. Okto-

ber 1823 abgeschlossenen Vergleiche, die definitive Vertheilung der Fuldaer Departemental-Staatsgehalte und Pensionen betreffend, worauf hier verwiesen wird.

Oesterreich tritt diesem Vergleiche bei, und wird, pro rata seines zehnmonatlichen Besitzes der an die Krone Baiern abgetretenen Fuldaer Parzellen, an derjenigen Vergütung verhältnissmässig Theil nehmen, worüber Preussen und Baiern, in der Absicht, eine förmliche Liquidation der Besoldungen zu umgehen, sich vereinigt haben.

Artikel XXX.

(*Von Preussen an Churhessen und Sachsen-Weimar überwiesene Fuldaer Pensionen und Besoldungen.*)

Von der nach Artikel XXV auf . . . festgesetzten Uebernahme-Quote hat Preussen die aus der Anlage V. zu ersehenden Posten mit		183,255 Fl. 31½ Kr.
	61,593 Fl. 12 Kr.	
an Churhessen; und die in derselben Anlage verzeichneten Posten mit	65,816 - 58¾ -	
an Sachsen-Weimar-Eisenach, in Gemässheit besonderer, mit beiden Staaten bestehenden Vereinbarung, weiter überwiesen und mithin	55,845 - 20¾ -	183,255 Fl. 31½ Kr.

zu eigener Deckung behalten.

Artikel XXXI.

(*Vorbehalt wegen künftiger Vertheilung von Pensionen des Fuldaer Supplementär-Etats.*)

Bei der, durch obige Bestimmungen herbeigeführten, definitiven Erledigung des gesammten Fuldaer Departemental-Staatsbesoldungs- und Pensionswesens, bleibt fernere concurrenzmässige Vertheilung solcher Pensionen vorbehalten, die etwa noch künftig in den Supplementär-Etat auf rechtmässige Art aufgenommen werden sollten.

Artikel XXXII.

(Beitrag des Grossherzogthums Hessen, wegen Herbstein, zu den Fuldaer Pensionen.)

Zu mehrerer Sicherstellung der Gerechtsame der Betheiligten wird hier bemerkt, dass in Betreff der von dem Fürstenthume Fulda getrennten und an das Grossherzogthum Hessen übergegangenen Stadt Herbstein, nebst gleichnamigem Amte, eine am 9. April 1813 zwischen den grossherzoglichen Regierungen von Frankfurt und Hessen abgeschlossene Convention besteht und in Kraft verbleibt, nach deren X. Artikel der grossherzoglich hessischen Regierung die Verbindlichkeit obliegt, zu den Fuldaer Pensionen gewisse jährliche Beiträge zu leisten, wovon Oesterreich die Rückstände bis zu den vertragsmässigen Terminen, – Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach vom 1. Juli 1815 bis zum 1. Mai 1816 $\frac{73}{100}$ vom 1. Mai 1816 an weiter aber nur $\frac{71\frac{1}{2}}{100}$ – Baiern vom 1. Mai 1816 $\frac{26\frac{1}{2}}{100}$ und der Domäne Holzkirchen $\frac{2}{100}$ zum eigenen unmittelbaren Bezuge aus der betreffenden grossherzoglich hessischen Staatskasse concurrenzmässig zukommen.

Artikel XXXIII.

(Motiv zu gemeinschaftlicher Auseinandersetzung wegen der Schulden der grossherzoglich frankfurtischen Central-Staatskassen und Fuldaer Departemental-Kassen.)

Nächst den Ansprüchen grossherzoglich frankfurtischer Diener auf die ihnen zukommende Versorgung, haben auch alle sonstigen, von Privatpersonen angemeldeten Forderungen an Central-Staatskassen des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt oder an Fuldaer Departemental-Staatskassen, in so weit sie nicht zu privativer Ausgleichung unter den betheiligten Regierungen geeignet sind, um so mehr zu den Gegenständen der gegenwärtigen gemeinschaftlichen Auseinandersetzung gezogen werden müssen, als der XLV. Art. der Wiener Congress-Akte ad Nr. 5. und 7. ausdrückliche Verfügungen hierüber zu Gunsten des vormaligen Grossherzogs von Frankfurt in sich schliesst.

Artikel XXXIV.

Grundsätze wegen der Departemental-Distrikts- und Localschulden.)

Alle auf den einzelnen Landestheilen Frankfurt, Aschaffenburg, Fulda, Hanau und Wetzlar besonders haftenden, vor deren Vereinigung zum Primatial-Staate oder zum Grossherzogthume Frankfurt schon vorhanden gewesenen Schulden bleiben, nach den von dem Grossherzoge selbst gehandhabten Grundsätzen, auf diesen Landestheilen ausschliesslich haften. Ein Gleiches geschieht auch, in Gemässheit derselben Grundsätze, bei allen Distrikts- und Local-Schulden, welche vor der Vereinigung jener Landestheile in einen Staatsverband, oder, während der Dauer dieser Vereinigung, im Umkreise des vormaligen Primatial-Staates oder des Grossherzogthums Frankfurt erwachsen sind.

Artikel XXXV.

Anerkannte Schulden der grossherzoglich frankfurtischen Central-Staatskasse.)

Als Schulden grossherzoglich frankfurtischer Central-Staatskassen werden anerkannt:

1) die Forderung des Frankfurter Pfandhauses wegen eines dem vormaligen Landesherrn auf die Saline Orb vorgeschossenen, zu Besitzergreifungs-Ausgaben verwendeten Capitals von 36,000 Fl., nebst rückständigen Zinsen à 4 Prozent vom 4. Juli 1814 bis 4. November 1827 (dreizehn Jahre und 4 Monate 19,200 Fl.) im Ganzen an Capital und Zinsen . . 55,200 Fl. — Kr.
2) die Forderung der Inhaber derjenigen Obligationen, die im Jahre 1813 für ein Anlehen zum Behufe einer Pferdelieferung an die französische Armee ausgestellt worden sind, im Capitalbetrage von 24,000 Fl., nebst den bis 1819 rückständigen Zinsen à 5481 Fl. . . . . 29,481 - — -

3) die Forderung des Handlungshauses der Gebrüder Bethmann für ein im Jahre 1813 an die Frankfurter Generalkasse gemachtes Darlehen von 40,500 Fl., nebst rückständigen Zinsen à 6 Procent, vom 1. Januar 1815 bis 1. November 1827 (zwölf Jahre und zehn Monate 31,185 Fl.), im Ganzen an Capital und Zinsen	71,685	- — -
4) der von der ehemaligen Kommunal-Approvisionirungskasse zu Frankfurt wegen eines Mehltransports nach Vach zum Dienste der französischen Armee der Generalkasse geleistete Vorschuss zu	20,144	- — -
5) eine Wechselforderung des Handlungshauses Philipp Nikolaus Schmidt wegen einer Mehllieferung des Grossherzogthums für die französische Armee, zu	22,900	- — -
6) die auf der Anlage Nr. VI. verzeichneten, bei den Verhandlungen der Central-Lasten-Ausgleichungs-Kommission im Jahre 1817 vorgekommenen Privatforderungen im Betrage von	5,808	- 6½ -
Totalsumme	205,218 Fl.	6½ Kr.

Artikel XXXVI.

(Ausschliessliche Uebernahme einiger Posten von Seiten Baierns und Frankfurts.)

Von den im vorhergehenden Artikel benannten Schulden übernimmt gegen anderweite, unten zu erwähnende Zugeständnisse der übrigen betheiligten Regierungen:

1) die freie Stadt Frankfurt ausschliesslich
   a) die Berichtigung des Bethmännischen Capitals mit Zinsen, im Betrage von 71,685 Fl.;

b) die auf der Liste, Anlage VI, unter Nr. 10. verzeichnete Forderung eines Frankfurter Angehörigen an die vormalige grossherzoglich frankfurtische Kriegskasse von 110 Fl.

Ebenso übernimmt

2) die Krone Baiern ausschliesslich

a) die Berichtigung der rückständigen Zinsen des von dem ehemaligen Landesherrn auf die Saline Orb aufgenommenen und für Besitzergreifungs-Ausgaben verwendeten Capitals von 36,000 Fl. à 4 Procent, vom 1. Juli 1814 bis zum 4. November 1827, mit 19,200 Fl., und

b) von der Liste, Anlage VI, sämmtliche Forderungen (mit Ausnahme der unter Nr. 10), insofern dieselben, nach vorheriger, königlich baierischer Seits vorzunehmender Liquidation, als richtig befunden werden, im Betrage von 5698 Fl. 6½ Kr.

Artikel XXXVII.

(*Vertheilung der übrigen Central-Schulden.*)

Nachdem sich die im Artikel XXXV angegebene Schuldenmasse durch die im Art. XXXVI erwähnte ausschliessliche Uebernahme mehrerer Passiven von Seiten der Krone Baiern und der freien Stadt Frankfurt um 96,693 Fl. 6½ Kr., nämlich von 205,218 Fl. 6½ Kr. auf 108,525 Fl., vermindert; so wird dieser Betrag auf die betreffenden Landestheile pro rata, nach der in der Tabelle, Anlage VII, aufgestellten Berechnung, überwiesen und in der Art berichtigt, dass jede Regierung auf ihren Antheil die ihren Angehörigen wegen deren Forderungen zukommenden Summen zur weiteren Besorgung und Zustellung an dieselben übernimmt.

Artikel XXXVIII.

(*Entschädigungs-Summe à 150,000 Fl. für die Krone Baiern, und Aufhebung der von Baiern und Frankfurt verfügten Beschlagnahme einiger Capitalien.*)

Obschon nicht in die Kategorie der Privatforderungen gehörig, wird hier die schon oben, im Artikel XII, gedachte Ent-

schädigung von 150,000 Fl. für die Krone Baiern, als Abfindung für die Forderung wegen zu viel übernommener Central-Diener, als Schuld des Grossherzogthums anerkannt.

Der Betrag wird auf die Departements Frankfurt mit Wetzlar, Fulda und Hanau, mit Ausschluss des Departements Aschaffenburg, von sämmtlichen betreffenden Staaten, nach Massgabe ihrer auf obengedachter Tabelle, Anlage VII, berechneten Antheile, übernommen und die Zahlung in der Art direkt an Baiern erfolgen, dass die freie Stadt Frankfurt ihren Beitrag zu der Entschädigungsforderung von 150,000 Fl. mit 73,571 Fl. 25½ Kr. und jenen zu den Centralschulden mit 37,260 Fl. 15 Kr., in Summa 110,831 Fl. 40¾ Kr., zurückbehält und die Berichtigung

a) der Orber Schuld mit Zinsen in dem Betrage von . . . . . 55,200 Fl. — Kr.
b) der Mehl-Transport-Forderung zu 20,144 - — -
c) der Wechselforderung des Handelshauses P. N. Schmidt . . . . 22,900 - — -

Summe 98,244 Fl. — -

besorgt, den Ueberrest der erwähnten 110,831 Fl. 40¾ Kr., in dem Betrage von 12,587 Fl. 40¾ Kr., aber für die Berichtigung eines gleichen Theiles der Pferdelieferungs-Schuld verwendet, — wogegen Baiern von den übrigen Betheiligten deren Beiträge zu seiner Entschädigungs-Forderung und zu den Central-Lasten, im Gesammtbetrage von 97,741 Fl. 42½ Kr., unmittelbar in Empfang nimmt, davon die ihm, nach Abzug seines Beitrags von 49,951 Fl. 36¾ Kr. zu den Central-Schulden und zu der Entschädigungs-Forderung von 150,000 Fl. wegen des Departements Fulda, von dieser letzteren Forderung noch zu gut kommenden 80,848 Fl. 23¼ Kr. für sich behält, und den Ueberrest à 16,893 Fl. 19¼ Kr., welcher, mit den von Seiten der freien Stadt Frankfurt abzugebenden 12,587 Fl. 40¾ Kr., den Betrag der Pferdelieferungs-Schuld von 29,481 Fl. ausmacht, für die Berichtigung dieser Schuld, nach den hierüber noch zu treffenden näheren Verabredungen, auch seiner Seits wieder abgiebt.

Gleichzeitig mit dieser Auseinandersetzung erfolgt sowohl von Seiten der Krone Baiern, als auch der freien Stadt Frankfurt die Aufhebung der, gelegenheitlich der Ausgleichungs-Verhandlungen, in beiden Staaten verfügten Beschlagnahme auf die

dem einen oder dem andern Theile oder dessen Angehörigen zustehenden Capitalien nebst Zinsen.

Artikel XXXIX.

(*Oesterreichische Forderung von* 11,416 *Fl.* 29 *Kr.* 3 *Pf. an die Kriegs-Zahlamts-Kasse.*)

Die bei der Ausgleichungs-Kommission von Seiten Oesterreichs angebrachte Forderung zu 11,416 Fl. 29¾ Kr. rheinischer Währung und 105 Fl. 33 Kr. Einlösungs-Scheine, wegen der in den kaiserlich-königlich österreichischen Staaten, wie im Auslande, vermittelst der kaiserlich-königlichen Militär-Oekonomie-Administration an grossherzoglich frankfurtische Truppen in den Jahren 1813 und 1814 geleisteten Geld- und Natural-Vorschüsse wird, vorbehaltlich der Compensation, als ein Passivum der Kriegs-Zahlamts-Kasse anerkannt.

Artikel XL.

(*Uebernahme einiger Kriegszahlamts-Schulden von Seiten Preussens und Frankfurts.*)

Bei dieser Gelegenheit werden auch

1) die im Verzeichnisse, Anlage VIII, aufgeführten, grösstentheils das Departement Fulda angehenden Forderungen an die Kriegszahlamts-Kasse, im angeblichen Betrage von 2,254 Fl. 11 Kr., vorbehaltlich ihrer weiteren Anmeldung und Liquidstellung, als Gegenstände der Abrechnung und Auseinandersetzung mit den bei Fulda betheiligten Regierungen königlich preussischer Seits zur Vertretung, und
2) die im Verzeichniss, Anlage IX, aufgeführten Forderungen Frankfurter Angehörigen an die gedachte Kriegskasse, im Betrage von 744 Fl. 48 Kr., von Seiten der freien Stadt Frankfurt zur Berichtigung übernommen.

Artikel XLI.

(*Vergleichungen der Einstandsgelder und Handgelder.*)

Als ein, die Verhältnisse der mehrgedachten vormaligen Kriegszahlamts-Kasse berührender, Gegenstand erhält der am 29. November 1824 zu den Protokollen der Central-Lasten-Ausgleichungs-Kommission angezeigte Vergleich zwischen Preussen, Baiern, Churhessen und der freien Stadt Frankfurt seine Bestäti-

gung, wonach Letztere den Ansprüchen auf die von Frankfurter Einstehern herrührenden Einstandsgelder entsagt, dagegen aber von dem Beitrage zu dem Ersatze der Handgelder befreit, und diese von den übrigen Departements übernommen werden.

Nachdem die concurrenzmässige Vertheilung der fraglichen Einstandsgelder und Handgelder, zum Behufe der Auszahlung an die berechtigten Einsteher und resp. Angeworbenen, auf den Grund jenes Vergleiches, unter den betreffenden Regierungen Statt gefunden hat, wird diese Angelegenheit für erledigt erklärt.

Artikel XLII.

(*Austrägal-Erkenntniss wegen eines Beitrags-Rückstandes zur Sustentation des letzten Churfürsten von Trier.*)

Die bei der Central-Lasten-Ausgleichungs-Kommission nicht erledigte Streitfrage wegen Berichtigung der auf 25,804 Fl. 19 Kr. berechneten Rückstände eines Sustentations-Beitrages, den der vormalige Grossherzog von Frankfurt dem letzten Churfürsten von Trier zu zahlen übernommen hatte, ist auf die von den Interessenten nachgesuchte Vermittelung der hohen deutschen Bundesversammlung durch ein, in den Bundestags-Protokollen öffentlich abgedrucktes, austrägalgerichtliches Erkenntniss des grossherzoglich hessischen Oberappellationsgericht zu Darmstadt vom $\frac{\text{19. Mai}}{\text{28. November}}$ 1826 definitiv entschieden worden, worauf hier mit dem Bemerken Bezug genommen wird, dass es bei den Bestimmungen dieses Erkenntnisses sein Bewenden hat.

Artikel XLIII.

(*Ersatz eines Vorschusses à 100,000 Fl. vom Departement Fulda an den vormaligen Fürsten Primas.*)

Die im Artikel XLV der Wiener Congress-Akte stipulirte Zurückzahlung derjenigen Vorschüsse, welche der Generalkasse zu Fulda von dem Fürsten Primas aus seinem Privatvermögen geleistet und bei nachheriger Liquidation zum Betrage von 100,000 Fl. anerkannt worden sind, geschieht nach dem festgesetzten Concurrenz-Maassstabe in solcher Art, dass davon

Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach $\frac{71\frac{1}{2}}{100}$ mit 71,500 Fl.

Baiern . . . . . $\frac{26\frac{1}{2}}{100}$ - 26,500 -

Holzkirchen . . . . . 2/100 mit 2,000 Fl.

jedoch, auf den Grund eines mit dem hochseligen Fürsten Primas vergleichsweise getroffenen Abkommens, nicht in einer Summe, sondern in zwanzig gleichen Jahresraten zu entrichten haben.

Artikel XLIV.

(*Summarische Angabe der Fuldaer Departemental-, Staats- und Landesschulden.*)

Unter Bezugnahme auf die österreichisch-preussisch-baierischen Uebereinkünfte vom 27. September 1820 und vom 14. November 1823, werden als gemeinschaftlich theilbare Fuldaer Staatsschulden anerkannt:

I.	von den Landessteuerkasse-Capitalien, nach Ausscheidung mehrerer niedergeschlagenen oder zu weiterer Verhandlung ausgesetzten Capitalien . . .	927,766 Fl.	15 Kr.
II.	von den Domänen-Capitalien, ebenfalls nach Ausscheidung einiger niedergeschlagener oder zu weiterer Verhandlung ausgesetzten Capitalien . . .	3,520 -	— -
III.	die Kammerkasse-Capitalien mit .	190,373 -	20 -
IV.	die an das Grossherzogthum Frankfurt, resp. das Departement Fulda, bei Auseinandersetzung der reichsritterschaftlichen Verhältnisse überwiesenen Capitalien der reichsritterschaftlichen Cantone Mittel-Rhein, Rhön-Werra und des Buchischen Quartiers . . .	34,455 -	6¼ -
V.	die an das Grossherzogthum Frankfurt, resp. das Departement Fulda, überwiesenen oberrheinischen Kreis-Capitalien mit	29,700 -	— -
VI.	der auf die vormals reichsritterschaftlichen Bezirke Mannbach, Buchenau, Wehrda und Lengsfeld fallende Antheil der reichsritterschaftlichen Passiven des Buchischen Quartiers mit . .	26,410 -	45 -
	Totalsumme	1,212,225 Fl.	26¼ Kr.

Artikel XLV.

(Grundsatz bei deren Vertheilung.)

Als Grundsatz ist angenommen und festgestellt, dass diejenigen Fuldaer Staats- und Landesgläubiger, welche durch die Fuldaer Landestheilung Unterthanen des einen oder des andern betheiligten Staates geworden oder früher schon gewesen sind, vorzugsweise, so weit solches nur immer geschehen kann, auf die Fuldaer Staats- und Landesschulden-Quote desjenigen der betheiligten Staaten übergehen, zu welchem sie im Unterthanenverbande stehen. Das Nämliche gilt auch von den Capitalien der Departemental-Staatsdiener, Quiescenten und Pensionisten, je nachdem diese bei der definitiven Vertheilung von einem der betheiligten Höfe übernommen worden ist.

Artikel XLVI.

(Summe der Fuldaer Schulden und deren Vertheilung.)

Von der nach Artikel XLIV zu gemeinschaftlicher Vertheilung geeignet anerkannten Schulden-Summe von

= 1,212,225 Fl. 26¼ Kr.

würden

Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach	71½/100 zu	866,741 Fl. 11¼ Kr.
Baiern	26½/100 -	321,239 - 44½ -
die Domäne Holzkirchen .	2/100 -	24,244 - 30½ -
	Summe	1,212,225 Fl. 26¼ Kr.

concurrenzmässig zu tragen haben, wenn man nicht — in Berücksichtigung des Umstandes, dass Holzkirchen an den Fuldaer Landessteuern niemals Antheil gehabt hat — dahin übereingekommen wäre, den unter der Holzkirchener Schulden-Quote begriffenen Antheil von den Fuldaer Steuerkassen-Schulden, im Betrage von 20,366 Fl. 38½ Kr., von jener Quote abzuschreiben und den dadurch entstandenen Ausfall, nach Anleitung des festgesetzten Concurrenz-Verhältnisses, unter die übrigen Betheiligten dergestalt nachträglich zu subrepartiren, dass

der preussisch-weimarischen Quote .. 14,859 Fl. 20 Kr.
der baierischen Quote . . . . . 5,507 - 18½ -

Summe 20,366 Fl. 38½ Kr.

davon zugewachsen sind.

Artikel XLVII.

(*a., auf Preussen, sowie dessen Cessionen an Churhessen und Sachsen-Weimar-Eisenach.*)

Die nach dem vorstehenden Artikel
auf . . . . . 866,741 Fl. 11¼ Kr.
und . . . . . 14,859 - 20 -

zusammen auf 881,600 Fl. 31¼ Kr.

festgesetzte preussisch-weimarische Quote umfasst die in der Anlage No. X verzeichneten Capitalien, vom 1. Juli 1815 an verzinsbar, wovon,

nach Ausweis derselben Uebersicht . . 561,838 Fl. 5 Kr.
und . . . . . 26,410 - 45 -
(letztere als ursprünglich auf den ehemaligen reichsritterschaftlichen Gebieten Mannsbach, Buchenau, Wehrda und Lengsfeld haftend)

zusammen 588,248 Fl. 50 Kr.

an Churhessen
und . . . . . 293,351 - 41¼ -
an Sachsen-Weimar-Eisenach

zusammen 881,600 Fl. 31¼ Kr.

vermöge besonderer, mit diesen Staaten getroffenen Vereinbarungen, weiter überwiesen worden sind.

Artikel XLVIII.

(*b., deren Vertheilung auf Baiern.*)

Die nach Artikel XLVI auf . . . 321,239 Fl. 44½ Kr.
und . . . . . 5,507 - 18½ -

zusammen auf 326,747 Fl. 3 Kr.

festgesetzte baierische Quote umfasst die in der Anlage No. XI. verzeichneten Capitalien, vom 1. Mai 1816 verzinsbar.

Oesterreich trägt zu den Zinsen der in diesem und im XLVII. Artikel erwähnten Capitalien nach Massgabe des Concurrenzvertrages bei.

Artikel XLIX.

(Vertragsmässiger Austausch einiger Fuldaer Capital-Schulden.)

Wegen gegenseitigen Austausches verschiedener in den Verzeichnissen No. X und XI aufgeführten Capital-Schulden, im Gesammtbetrage von 9,600 Fl., ist unter den betheiligten Regierungen, mittelst Separat-Protokolls, datirt beziehungsweise vom 3. März, 28. Februar und 5. März 1821, eine besondere Vereinbarung getroffen worden, worauf hier Bezug genommen wird.

Artikel L.

(Antheil von Holzkirchen an den Fuldaer Schulden.)

Der Domäne Holzkirchen sind und bleiben, als auf derselben haftend, an Capitalien 3,877 Fl. 52 Kr., nebst Zinsen vom 1. August 1816 an, bis auf Weiteres zugetheilt.

Artikel LI.

(Capital-Schuldforderungen der Fuldaer Central-Anstalten.)

Von den Capital- und Zinsen-Forderungen der Fuldaer öffentlichen Central-Anstalten an die Fuldaer Landeskassen übernehmen, nach Massgabe des Concurrenzverhältnisses, Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach $71\frac{1}{2}/100$ und Baiern mit Holzkirchen $28\frac{1}{2}/100$.

Artikel LII.

(Bestimmungen wegen des Restes von dem Fuldaer Zwangsanlehen.)

Der Rest von dem sogenannten Fuldaer Zwangsanlehen, im Betrage von 45,673 Fl. 15¼ Kr., gehört — als eine nach grossherzoglich frankfurtischer Verordnung keineswegs die Staatskasse, sondern das Land mit seinen einzelnen Aemtern angehende Schuld — nicht zu dem, durch gegenwärtigen Hauptvertrag zu erledigenden Schuldenvertheilungs-Geschäfte, und ist deshalb davon ausgeschlossen.

Artikel LIII.

(Vertheilung des Restes der Fuldaer Kassenscheine.)

Von dem zu gemeinschaftlicher Vertheilung geeignet befundenen Reste der Fuldaer Kassenscheine-Schuld, welcher, in Folge Statt gehabter Liquidation, auf die Totalsumme von 349,010 Fl. festgesetzt worden ist, haben, nach dem bestehenden Concurrenzverhältnisse,

Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach	$71\frac{1}{2}/100$ zu	249,542 Fl.	9 Kr.
Baiern	$26\frac{1}{2}/100$ -	92,487 -	39 -
Holzkirchen	$2/100$ -	6,980 -	12 -
	Summe	349,010 Fl.	— Kr.

zu tragen.

Artikel LIV.

(auf Preussen und Baiern; Uebernahme-Quote von Holzkirchen.)

Unter den von Preussen mit Sachsen-Weimar-Eisenach zu tragenden Kassenscheine-Schulden, im gesammten Capitalbetrage von 249,542 Fl. 9 Kr. sind die für eigene königlich-preussische Rechnung liquidirten Kassenscheine des vormaligen Fuldaer Eskompte-Amtes zu 17,480 Fl. mitbegriffen. Die Zinsen von den fraglichen 249,542 Fl. 9 Kr. laufen für beide Staaten vom 1. Juli 1815 an.

Baiern übernimmt von seiner im Artikel LIII angegebenen Uebernahme-Quote von Kassenscheine-Capitalien nur 92,480 Fl., nachdem es, zur Komplettirung dieser Quote, 7 Fl. 39 Kr. nebst Zinsen an Preussen vergütet hat. Der Zinsenlauf jener 92,480 Fl. fängt für Baiern mit dem 1. Mai 1816 an.

Auf die Domäne Holzkirchen sind an Kassenscheine-Capitalien von der im Artikel LIII angegebenen Uebernahme-Quote nur 6,980 Fl. mit der Verbindlichkeit zur Zinsenzahlung vom 1. August 1816 an überwiesen. Zur Komplettirung seiner Uebernahme-Quote vergütet Holzkirchen 12 Kr., nebst Zinsen vom 1. August 1816 bis zum Schlusse des Jahres 1823, baar an Preussen.

Artikel LV.

(*Anerkenntniss zur Verzinsung der Kassenscheine-Schuld.*)

Nach Massgabe der vielfach von der grossherzoglich frankfurtischen Regierung erlassenen Verfügungen und gemachten Zusicherungen über die vom 1. December 1812 an bis zur Abzahlung der Kassenscheine-Capitalien jährlich mit fünf Procent zu geschehende Verzinsung derselben, wird die Verbindlichkeit zu fünfprocentiger Zinsenzahlung von der Kassenscheine-Schuld, und zwar vom 1. December 1812 an bis zur Abtragung der in den einzelnen Kassenscheinen enthaltenen Capitalbeträge, von den Betheiligten anerkannt. So viel insbesondere den Interessen-Rückstand der restirenden gesammten Kassenscheine-Schuld vom 1. December 1812 bis 1. Juli 1815, als dem Tage der Fuldaer Landestheilung, anlangt, so sind über die Berichtigung desselben bereits in den österreichisch-preussischen Conventionen vom 27. Juli 1815 und 4ten Januar 1816 die gehörigen Bestimmungen enthalten, auf welche lediglich Bezug genommen wird.

Artikel LVI.

(*Deren Bezahlungsart.*)

Nachdem die betheiligten Staaten für Berichtigung der sie angehenden Zinsen-Rückstände von den definitiv an sie überwiesenen oder von ihnen übernommenen concurrenzmässigen Quoten der Kassenscheine-Schuld, so wie für Zahlung der künftig fällig werdenden Zinsen, die erforderlichen Anordnungen getroffen haben, bleibt es dem Ermessen und der Verfügung der die Schulden-Antheile übernehmenden Betheiligten überlassen, ob und in wie fern die Capital-Abtragung an die Gläubiger aus den betreffenden Kassen baar geschehen soll, oder ob vorgezogen werden will, den Kassenscheine-Creditoren ihre Kassenscheine nach dem vollen Nominalwerthe gegen fünfprocentige Obligationen der übernehmenden Betheiligten umtauschen zu lassen. Nur in dem Falle, wenn ein Gläubiger Kassenscheine von einem zu geringen Gesammtbetrage besitzt, um füglich einen Austausch derselben gegen andere Obligationen bewirken zu können, wird — mit Umgehung hiervon — baldthunlichst baare Abzahlung der Capitalien jener Kassenscheine sammt Zinsen bis dahin Statt finden.

Artikel LVII.

(*Bestimmung wegen noch nicht angemeldeter Kassenscheine.*)

Da rechnungsmässig der volle Rest der Kassenscheine-Schuld in 350,000 Fl. besteht, die hierauf gepflogene Liquidation aber nur die Summe von 349,010 Fl. ergeben hat, mithin für den Betrag von 990 Fl. Kassenscheine unangemeldet geblieben und deshalb von der dermaligen Vertheilung ausgeschlossen worden sind; so wird hiermit für die Inhaber solcher in die fragliche Hauptvertheilung nicht mitaufgenommenen Kassenscheine nachträgliche Anerkennung, concurrenzmässige Repartirung und Uebernahme für den Fall vorbehalten, wenn Kassenscheine dieser Art gehörigen Ortes angemeldet, vorgezeigt und zur Anerkennung und Vertheilung für geeignet erklärt werden.

Artikel LVIII.

(*Eventuelle Bestimmung wegen möglichen Ausfalls der auf Holzkirchen repartirten Schuldenbeiträge.*)

Sollte die Domäne Holzkirchen eine Befreiung von den ihr im Artikel L zugewiesenen Fuldaer Staatsschulden, und namentlich auch von der dieser Domäne im Artikel LIII und LIV zugetheilten Kassenscheine-Schuld, ganz oder zum Theil erlangen; so ist der hierdurch entstehende Ausfall an Capitalien und Zinsen ebenso zu vertheilen, wie es nach Artikel XLVI mit dem von der Holzkirchener Quote abgeschriebenen Steuerschulden-Quanto von 20,366 Fl. 38 Kr. geschehen ist, wovon Preussen in dem vorausgesetzten Falle $71\frac{1}{2}/96$ und Baiern $26\frac{1}{2}/96$ zu tragen hätten.

Artikel LIX.

(*Vorbehalt hinsichtlich der grossherzoglich hessischen Beitragsleistung wegen Herbstein zu den Fuldaer Landesschulden.*)

Da seit dem zwischen den grossherzoglichen Regierungen von Frankfurt und Hessen in Beziehung auf Herbstein abgeschlossenen, oben schon im Art. XXXII erwähnten Vertrage vom 9. April 1813 verschiedene, damals noch unbekannte Schulden zu den Fuldaer Staatsschulden hinzugekommen sind, namentlich überrheinische Kreisschulden und reichsritterschaftliche Schulden,

so wird wegen des davon auf das Grossherzogthum Hessen fallenden sechszigsten Theils, gemäss dem Artikel IX des gegenwärtigen Vertrags, nachträgliche Vertheilung und Auseinandersetzung mit dem gedachten Grossherzogthume vorbehalten.

Artikel LX.

(*Allgemeine Bestimmungen wegen gegenseitiger Verzichtleistung der Paciscenten.*)

Den letzten Hauptgegenstand der gegenwärtigen Uebereinkunft bilden die in den nachfolgenden Artikeln LXI bis LXVI einzeln benannten Forderungen der vormaligen Departements Aschaffenburg, Fulda und Hanau, sowie der Städte Frankfurt und Wetzlar, sowohl im Verhältnisse derselben unter einander, als auch gegen das gesammte Grossherzogthum Frankfurt und Generalgouvernement Frankfurt, und hinwiederum dieser Letzteren gegen die einzelnen Departements und deren Theile. Unter Verzichtleistung auf jede desfallsige weitere Ausgleichung entsagen Oesterreich, Preussen, Baiern, Churhessen und die freie Stadt Frankfurt den ebengenannten Forderungen, in so weit solche von jedem paciscirenden Theile noch geltend zu machen wären.

Artikel LXI.

(*Besondere Verzichtleistungen von Oesterreich.*)

Vermöge der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verzichtleistung entsagt insbesondere

Oesterreich,

rücksichtlich seiner Besitz-Periode von Fulda und Holzkirchen,

I. im Verhältnisse gegen das ganze Grossherzogthum:

a) der an das ganze Grossherzogthum im Wege des Regresses zu machenden Forderung wegen Ersatzes der in die fragliche Besitz-Periode fallenden Zinsen von der in den Artikeln LIII bis LVII erwähnten Fuldaer Kassenscheine-Schuld.

b) dem im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums an die Stadt Frankfurt insbesondere zu machenden Anspruche auf die für die fragliche Besitz-Periode nachzufordernden Antheile an den Zinsen

eines Capitals, welches die israelitische Gemeinde zu Frankfurt a. M. wegen Reluition der auf derselben gehaftet habenden Abgaben zu entrichten hatte, und namentlich an den Zinsen der zu dessen Bezahlung ausgestellten Schuldverschreibungen, sowohl im Allgemeinen, als insbesondere derjenigen 110,000 Fl. dieser Obligationen, welche dem Handlungshause der Gebrüder Bethmann zur Sicherstellung des oben im Art. XXXV ad Nr. 3. erwähnten Darlehns von 40,500 Fl. verpfändet waren.

II. Im besonderen Verhältnisse zu der freien Stadt Frankfurt und zu Gunsten derselben:

a) der Forderung wegen der von dieser Stadt im Jahre 1815 bezogenen französischen Contributions- und englischen Subsidiengelder;

b) dem Anspruche auf die im Besitze der Stadt befindlichen Kanonen und Pulverwagen.

Artikel LXII.

(*Besondere Verzichtleistung von Preussen.*)

Vermöge der im Artikel LX erwähnten Verzichtleistung entsagt insbesondere

Preussen

für den churhessischen und sachsen-weimar-eisenachischen Antheil am Departement Fulda und respective auch für Wetzlar,

I. im Verhältnisse gegen das ganze Grossherzogthum:

a) den an dasselbe im Wege des Regresses pro rata zu machenden Forderungen

1) wegen Ersatzes des an die Erben des Grossherzogs von Frankfurt nach Art. XLIII zurückgezahlten oder noch zurückzahlenden unverzinslichen Darlehns von 100,000 Fl.;

2) wegen Ersatzes des nach Artikel LIII und LIV zur Einlösung der Fuldaer Kassenscheine bestimmten Betrages von 249,542 Fl. nebst Zinsen seit dem 1. Juli 1815;

b) dem im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums an Oesterreich insbesondere zu machenden Anspruche auf einen verhältnissmässigen Antheil an dem von Seiten Oesterreichs in depositum

genommenen Tafelsilber des Grossherzogs von Frankfurt und an dem davon bezogenen Erlöse von 41,892 Fl. rheinischer Währung;

c) zu Gunsten Baierns allein,
der im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums zu machenden Forderung wegen eines verhältnissmässigen Antheils an den Mobilien im Schlosse zu Aschaffenburg;

d) zu Gunsten der freien Stadt Frankfurt allein,
den ebenfalls im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums zu machenden Ansprüchen auf verhältnissmässige Antheile:

1) an dem, im Art. LXI sub I. lit. b. erwähnten, von der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt im Jahre 1812 wegen Abgaben-Reluition übernommenen Capitale, und namentlich an den zu dessen Bezahlung ausgestellten Schuldverschreibungen, sowohl im Allgemeinen als auch insbesondere an denjenigen 110,000 Fl. dieser Obligationen, welche dem Handlungshause der Gebrüder Bethmann verpfändet waren;

2) an den von dem vormaligen grossherzoglich-frankfurtischen Finanzministerium im Jahre 1813 aus der Realitäten-Kasse der Stadt Frankfurt entnommenen und bei dem Handlungshause Rothschild wegen mehrerer Forderungen deponirt gewesenen, nachher aber von diesem Handlungshause der Stadt Frankfurt zurückgegebenen Stadt-Frankfurtischen Obligationen;

3) an den im Besitze der Stadt Frankfurt befindlichen Kanonen und Pulverwagen.

II. im besonderen Verhältnisse gegen das Departement Aschaffenburg zu Gunsten Baierns:

einer an dieses Departement gemachten Forderung der Fuldaer Chaussee-Kasse im Betrage von 7,000 Fl.

Artikel LXIII.

(*Desgleichen.*)

Ferner entsagt bei dieser Gelegenheit Preussen auch nach-

stehenden Ansprüchen, in so weit dasselbe dabei betheiligt oder solche in eigenem Namen aufzustellen im Falle ist,

a) zu Gunsten der Krone Baiern:

der aus der ersten Hälfte des Jahres 1814 herrührenden Forderung der damaligen Kriegs-Zahlamts-Kasse an das Departement Aschaffenburg, welche Stadt Frankfurtischer Seits zu 26,956 Fl., von königlich baierischer Seite aber zu 19,000 Fl. angegeben worden ist;

b) zu Gunsten der freien Stadt Frankfurt:

dem Anspruche auf einen verhältnissmässigen Antheil an den von der freien Stadt Frankfurt im Jahre 1815 bezogenen französischen Contributions- und englischen Subsidiengeldern.

Artikel LXIV.

(*Besondere Verzichtleistungen von Baiern.*)

Vermöge der im Artikel LX erwähnten Verzichtleistung entsagt insbesondere

die Krone Baiern

für Aschaffenburg und respective auch für Ihren Antheil an dem vormaligen Departement Fulda, nachfolgenden Ansprüchen, in so fern Allerhöchstdieselbe dabei betheiligt oder solche in eigenem Namen aufzustellen im Falle ist,

I. im Verhältnisse gegen das ganze Grossherzogthum Frankfurt:

a) den an dasselbe zu machenden Forderungen

1) wegen eines Activums der Realitätenkasse zu Aschaffenburg, im Betrage von 19,468 Fl.;

2) wegen der vorschussweise berichtigten Zinsen des, unter Artikel XXXV vorkommenden, sogenannten Orber Capitals, im Betrage von 5,040 Fl.;

3) wegen bis jetzt bezahlter Pensionen und Besoldungen an zu viel übernommenen grossherzoglich frankfurtischen Central-Dienern, im jährlichen Betrage von 35,418 Fl. 56 Kr. 2 Pf., und wegen des dafür angesprochenen Entschädigungs-Capitals von 384,898 Fl., nachdem dafür in dem XII. und XXXVIII. Art. eine anderweite Entschädigung vergleichsweise stipulirt worden ist;

4) pro rata wegen des Ersatzes für diejenigen Gehaltsvor-

schüsse, welche dem aus dem vormaligen grossherzoglich frankfurtischen in königlich baierische Dienste übergegangenen Ober-Kriegscommissär Freund, königlich baierischer Seits mit 1,220 Fl. 33 Kr. gemacht worden sind;
desgleichen wegen der demselben bewilligten Zulage von 84 Fl. jährlich, welche, zu Capital angeschlagen, betragen 1,078 Fl. 3½ Kr.

b) zu Gunsten der freien Stadt Frankfurt allein,
den im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums zu machenden, in den Artikeln *LXI* und LXII schon vorgekommenen Ansprüchen:

1) auf das von der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt im Jahre 1812 übernommene Abgaben-Reluitionscapital und auf die davon bei dem Handlungshause Bethmann verpfändet gewesenen Obligationen, im Betrage von 110,000 Fl.;

2) auf die an das Handlungshaus Rothschild versetzt gewesenen Stadt-Frankfurter Obligationen;

II. im besonderen Verhältnisse gegen das vormalige Departement Fulda und zu dessen Gunsten:
dem Anspruche auf die aus der Aschaffenburger Staatskasse für Fulda geleisteten Vorschüsse an das ehemalige nassauische Ober-Appellationsgericht zu Hadamar, sodann für Commissions- und Reisekosten zu 3,771 Fl.;

III. im besonderen Verhältnisse gegen das vormalige Departement Hanau zu Gunsten Churhessens:

1) einer Forderung der Saline Orb für rückständige Salzgelder bei den Factoreien im ehemaligen Departement Hanau, im Betrage von 8,632 Fl. 2¼ Kr. und respective 1,620 Fl.;

2) den von genannter Saline im Jahre 1814 anhängig gemachten Klagen wegen der in mehreren der gedachten Factoreien im Jahre 1813 geplünderten Salzgelder und Salzvorräthe, im Betrage von 5,510 Fl. 4¾ Kr.;

3) der Forderung wegen eines aus der Departements-Kasse zu Aschaffenburg im Jahre 1812 geleisteten Kommissionskostenvorschusses, im Betrage von 261 Fl. 6¾ Kr.;

4) einer von der Provinz Aschaffenburg gemachten Forde-

rung für abgegebene Fourage auf Rechnung der Hanauer Landeskasse, im Betrage von 3,412 Fl. 7½ Kr.;

IV. im besonderen Verhältnisse gegen die freie Stadt Frankfurt:

den Ansprüchen

1) auf die im Besitze derselben befindlichen Kanonen und Pulverwagen;

2) auf die in ihrem Zeughause befindlichen, der ehemaligen Aschaffenburger Landwehr gehörig gewesenen, vierzig Stück Gewehre;

3) auf einen verhältnissmässigen Antheil an den oben mehrmals erwähnten französischen Contributions- und englischen Subsidiengeldern.

Artikel LXV.

(*Besondere Verzichtleistungen von Churhessen.*)

Vermöge der im Artikel LX. erwähnten Verzichtleistung entsagt insbesondere

Churhessen,

für seine mit dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt vereinigt gewesenen Hanauer Landestheile,

im Verhältnisse gegen das ganze Grossherzogthum Frankfurt,

A. von wegen ebengedachter Hanauer Landestheile:

1) der an das Grossherzogthum Frankfurt gemachten Forderung von 61,505 Fl. 57 Kr., welche aus der Periode bis zum 1. December 1813 die ehemalige grossherzoglich frankfurtische Generalkasse an die Schuldentilgungskasse zu Hanau schuldig geblieben ist;

2) einer Capital-Forderung von 2,500 Fl. und respective 180 Fl., welche aus dem Fonds verkaufter ehemaliger Hanauer Oktroi-Domänen, laut Obligationen vom 12. Januar und 8. März 1813, der genannten Generalkasse zu vier Procent Zinsen dargeliehen worden sind, nebst rückständigen Zinsen;

3) dem Ersatze der an mehrere Einregistrirungs- und Stempel-Einnehmer des ehemaligen Departements Hanau zurückbezahlten, bei der grossherzoglich frankfurtischen Generalkasse

zu fünf Procent verzinslich angelegt gewesenen baaren Cautionen mit überhaupt 4,000 Fl., nebst Zinsen-Rückständen;

B. den im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums zu machenden Ansprüchen:

1) auf einen verhältnissmässigen Antheil an dem im Artikel LXII erwähnten Tafelsilber des Grossherzogs von Frankfurt zu Gunsten Oesterreichs;

2) auf einen verhältnissmässigen Antheil an den Mobilien im Schlosse zu Aschaffenburg, zu Gunsten Baierns;

3) auf verhältnissmässige Antheile

a) an dem von der israelitischen Gemeinde zu Frankfurt am Main übernommenen Abgaben-Redhibitions-Capitale und den davon bei dem Handlungshause Bethmann versetzt gewesenen Obligationen, im Betrage von 110,000 Fl.,

b) an den bei dem Handlungshause Rothschild versetzt gewesenen Stadt-Frankfurter Obligationen;

c) an den im Besitze der freien Stadt Frankfurt befindlichen Kanonen und Pulverwagen,

zu Gunsten gedachter freien Stadt.

Artikel LXVI.

(*Besondere Verzichtleistungen der freien Stadt Frankfurt.*)

Vermöge der im Artikel LX stipulirten Verzichtleistung entsagt insbesondere

die freie Stadt Frankfurt

I. im Verhältnisse gegen das ganze Grossherzogthum:

A. den an dasselbe zu machenden Ansprüchen:

1) auf das aus der Frankfurter Realitäten-Kasse in den Jahren 1812 und 1813 darlehnsweise entnommene Capital von 113,120 Fl.;

2) auf die an den Fonds der Frankfurter Schuldentilgungs-Kasse zu wenig bezahlten Beiträge mit 309,000 Fl.;

3) auf Ersatz der vorschussweise gezahlten Zinsen von den im Artikel XXXV als Centralschulden anerkannten Privatforderungen;

4) auf Ersatz der vorschussweise berichtigten Privatforderung des Apothekers Kühnert zu Danzig, für die im Jahre 1812

an das grossherzoglich frankfurtische, daselbst garnisonirende Militär gelieferten Medicamente, im Betrage von 1,889 Fl.;

B. den im Namen und von wegen des ganzen Grossherzogthums zu machenden Ansprüchen auf verhältnissmässige Antheile:

a) an dem mehrerwähnten Tafelsilber des Grossherzogs von Frankfurt, zu Gunsten Oesterreichs;

ingleichen auf die Concurrenz dieses Staates zur Bezahlung der während der Zeit des General-Gouvernements bei der damaligen Kriegs-Zahlamts-Kasse unberichtigt gebliebenen Rechnungsposten;

b) an dem von der Judenschaft des Departements Fulda zur Reluition von Abgaben im Jahre 1812 übernommenen Quantum von 60,000 Fl., zu Gunsten dieses Departements;

c) an den Mobilien im Schlosse zu Aschaffenburg, zu Gunsten Baierns;

II. im besondern Verhältnisse gegen die Departemente Fulda und Hanau und zu deren Gunsten:

den Anspruche auf das zur Bezahlung der Fuldaer und Hanauer Domänen im Jahre 1813 darlehnsweise verwendete Capital von 150,000 Fl.;

III. im besondern Verhältnisse gegen das Departement Fulda allein, zu Gunsten Oesterreichs, Preussens mit Sachsen-Weimar-Eisenach, und Baierns:

den Ansprüchen

1) auf Ersatz des im Jahre 1815 an das damalige Gouvernements-Bataillon vorgeschossenen Soldes u. s. w., im Betrage von 56,125 Fl. 33 Kr.;

2) auf Ersatz mehrerer in den Jahren 1814 und 1815 geleisteten Vorschüsse

a) für Fuldaer Freiwillige mit . .	3231 Fl.	55 Kr.
b) für Verköstigung der, der Meuterei angeschuldigten Fuldaer Freiwilligen	2339 -	42 -
c) für die den Fuldaer Freiwilligen zu Pferde gelieferte Fourage . . .	865 -	27 -
Summe	6437 Fl.	4 Kr.

3) auf Berichtigung der an mehrere Officiere jenes Gouvernements-Bataillons im Jahre 1816 geleisteten Vorschüsse, im Betrage von 1170 Fl.;

IV. im besonderen Verhältnisse gegen das Departement Aschaffenburg:

der im Artikel LXIII lit. a, erwähnten und aus der ersten Hälfte des Jahres 1814 herrührenden Forderung der damaligen Kriegs-Zahlamts-Kasse an gedachtes Departement, im Betrage von 26,956 Fl. modo 19,000 Fl.

Artikel LXVII.

(*Reluition verkauft gewesener Fuldaer und Hanauer Domänen.*)

In Erwägung, dass die bei den erkauft gewesenen Fuldaer und Hanauer Domänen betheiligten Höfe von Baiern, Churhessen und Sachsen-Weimar-Eisenach von dem im XLI. Artikel der Wiener Congress-Acte bewilligten Reluitionsrechte Gebrauch gemacht und die Regulirung dieser Angelegenheit in Gemeinschaft mit Preussen durch eine eigens dazu bestellte Special-Commission zur Zufriedenheit der betheiligten Domänenkäufer, mit Hinsicht auf das dabei obwaltende königlich-preussische Interesse, bewirkt haben, werden die Bestimmungen des fraglichen Artikels der Wiener Congress-Acte über diesen Gegenstand, mit Bezug auf die Verhandlungen jener Special-Kommission, für erledigt erklärt.

Artikel LXVIII.

(*Vorbehalt der noch unerledigten vertragsmässigen Departemental-Abrechnungen.*)

Die vertragsmässigen Departemental-Abrechnungen werden, in so fern sie noch nicht beendigt worden, unbeschadet des Vollzugs des gegenwärtigen Hauptvertrags, ausdrücklich vorbehalten.

In so weit Oesterreich noch für Central-Ausgabenrückstände aus der Periode des General-Gouvernements Frankfurt in Anspruch genommen wird, und jene auf die Departemental-Abrechnung übertragen werden, behält sich die genannte Regierung, in Gemässheit der durch Kommissions-Beschluss vom 10. Januar

1817 geschehenen ausdrücklichen Reservation, specielle Ausgleichung mit den übrigen betheiligten Regierungen vor.

Artikel LXIX.

(Bestätigung besonderer Landesübergabsprotokolle und Vereinbarungen.)

In Beziehung auf die in den vorhergehenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen werden von den contrahirenden Theilen nach ihrem ganzen Inhalte bestätigt:

1) das zwischen Oesterreich und Preussen verhandelte Uebergabe-Protokoll, d. d. Fulda den 27. Juli 1815;
2) das zwischen beiden genannten Staaten an demselben Tage wegen Uebergabe der Stadt Wetzlar nebst Gebiet verhandelte Protokoll;
3) die österreichisch-preussische Uebereinkunft, betreffend die definitive Abrechnung wegen der Central-Lasten des Departements Fulda, d. d. Frankfurt a. M. den 4. und 6. Januar 1816;
4) das zwischen Preussen und Churhessen verhandelte Uebergabe-Protokoll, d. d. Fulda den 5. Februar 1816, in so weit die darin enthaltenen Bestimmungen nicht durch spätere Uebereinkunft, und namentlich durch den zu Erfurt am 9. Oktober 1817 abgeschlossenen Vertrag, abgeändert worden sind;
5) das zwischen Oesterreich und Baiern verhandelte Uebergabe-Protokoll vom 1. Mai 1816.

Bei den gedachten privativen Ausgleichungen und Abrechnungen soll keiner betheiligten Regierung aus den im gegenwärtigen Hauptvertrage enthaltenen Bestimmungen ein Präjudiz erwachsen.

Artikel LXX.

(Bestätigung der Beschlüsse der Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Ausgleichungs-Commissionen.)

In gleicher Art, wie die im vorhergehenden Artikel benannten speziellen Vereinbarungen, sollen sämmtliche, in den Protokollen der Central-Ausgleichungs-Commission und der Fuldaer Departemental-Ausgleichungs-Commission befindlichen, einhellig

und unbedingt gefassten Beschlüsse, so weit sie nicht als aufgehoben oder modificirt durch den gegenwärtigen Hauptvertrag zu betrachten sind, volle Kraft und Gültigkeit behalten.

Artikel LXXI.

(Unverbindlichkeit der das Departement Fulda betreffenden Vertrags-Artikel für Hanau und Frankfurt.)

Die in den Artikeln XXIV bis XXXII inclus. und XLII bis LIX inclus. enthaltenen Bestimmungen, welche lediglich das Departement Fulda betreffen, haben für Churhessen wegen seiner mit dem Grossherzogthum Frankfurt vereinigt gewesenen Hanauer Landestheile und für die freie Stadt Frankfurt, als dabei nicht betheiligt, keine verbindende Kraft.

Artikel LXXII.

(Fortdauer besonderer Verträge und Uebereinkünfte.)

Die im Laufe der commissarischen Verhandlungen über die wichtigeren Ausgleichungs-Gegenstände abgeschlossenen einzelnen Verträge und Uebereinkünfte, namentlich:

1) der zwischen Oesterreich, Preussen und Baiern abgeschlossene Concurrenz-Vergleich, d. d. Fulda den 11. April 1818, nebst Zusatz-Artikel, Anlage XII;
2) der zwischen Oesterreich, Preussen und Baiern abgeschlossene, das Fuldaer Staatsschuldenwesen betreffende Vertrag vom 27. September 1820, nebst Zusatzartikel und zweien angehängten Separat-Protokollen, Anlage XIII mit A B;
3) der zwischen Preussen und Baiern abgeschlossene Vergleich, die definitive Vertheilung der Fuldaer Departemental-Staatsgehalte und Pensionen, und die deshalb bewirkte definitive Ausgleichung zwischen beiden Staaten betreffend, d. d. Frankfurt a. M. den 18. Oktober 1823, Anlage XIV;
4) der zwischen Preussen, Baiern und der freien Stadt Frankfurt abgeschlossene Separat-Vertrag, d. d. Frankfurt a. M. den 6. September 1827, nebst sechs Beilagen, welchem Churhessen, laut seiner zu dem Commissions-Protokolle abgegebenen Erklärung, beigetreten ist, Anlage XV;

werden als integrirende Theile des gegenwärtigen Hauptvertrages angesehen, und behalten unter den contrahirenden Theilen ihre fortdauernde verbindende Kraft und Gültigkeit, mit Ausnahme der durch den Hauptvertrag ausgedrückten Modificationen und der durch den Beitritt Churhessens sich ergebenden Erweiterungen des Separat-Vertrages vom 6. September 1827.

Es wird jedoch hierbei ausdrücklich bemerkt:

a) dass die in dem Artikel III des Separat-Vertrages vom 6. September 1827 enthaltene allgemeine Verzichtleistung durch die Art. LX bis LXVI inclus. dieses Hauptvertrages keine Abänderung erleidet;

b) dass die Bestimmung des Artikels XVII des Separat-Vertrages vom 6. September 1827, wegen unbekannter und bei der Ausgleichungs-Commission bisher nicht angebrachter Privat-Ansprüche an das vormalige Grossherzogthum Frankfurt oder dessen jetzige Theilhaber, nach weiterer Uebereinkunft wegfällt;

c) dass in Beziehung auf die Fuldaer Departemental-Verhältnisse der gegenwärtige Hauptvertrag keine Bestimmungen enthalte, welche nicht bereits in den ad Nr. 1, 2 und 3 bezeichneten Fuldaer Special-Verträgen festgestellt worden wären, mit einziger Ausnahme des im Art. XXIX ausgedrückten Beitritts der k. k. österreichischen Regierung zu dem preussisch-baierischen Pensions-Vergleiche vom 18. Oktober 1823.

Artikel LXXIII.

(*Genehmigung des Hauptvertrages; — Auflösung der Commission.*)

Der gegenwärtige Vertrag wird von allen paciscirenden Theilen ratificirt werden, [h]) und die Ratificationen sollen binnen der Zeit von acht Wochen oder wo möglich noch früher in Frankfurt am Main ausgewechselt werden.

Nach erfolgter Auswechselung derselben stellt die Commission für die Ausgleichung der Central-Lasten des vormaligen Grossherzogthums Frankfurt ihre Sitzungen ein, und erklärt ihren Auftrag für erledigt.

Die bei derselben verhandelten gemeinschaftlichen Protokolle und Akten werden in ein Verzeichniss gebracht und dasselbe wird von sämmtlichen Bevollmächtigten unterschrieben; zugleich

wird wegen Hinterlegung dieser Akten und Protokolle in das Archiv des Durchlauchtigsten Deutschen Bundes zum Behufe ihrer dortigen weiteren Aufbewahrung die geeignete Einleitung getroffen werden.

Zu dessen Urkunde haben sämmtliche Bevollmächtigte den gegenwärtigen, fünffach auszufertigenden Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

So geschehen Frankfurt am Main, den 2. Juli 1828.

(L. S.) Paul Anton Freiherr von Handel.
(L. S.) Friedrich Carl von Bülow.
(L. S.) Philipp Carl Freiherr von Hertling.
(L. S.) Wilhelm August von Meyerfeld.
(L. S.) Johannes Schmidt.
(L. S.) Friedrich Ihm.

a) Vergl: S. 461—463, 464, 466, 515 der I. Abtheilung dieses Theiles.

Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et la Bavière, signé à Ried le 8. octobre 1813.

Abth. I, S. 350 u. f. (Nr. XXIII.)

b) Vergl: S. 463, 464 der I. Abtheilung dieses Theiles.

c) Vergl: S. 882 u. f. (Nr. LIV.)

d) Vergl: Abth. I, S. 606 u. f. (Ann. à l'Acte du Congrès de Vienne Nr. VII.)

Nr. LXXI.

e) Vergl: Nr. LXIV, Beilage G.

f) Vergl: Abth. I, S. 362 u. f. (Nr. XXIII, D.)

g) Vergl: Abth. I, S. 199 u. f.

h) Die churhessische Verordnung vom 31. December 1828, die Ausgleichung der grossherzoglich frankfurtischen Central- und fuldischen Departements-Lasten betreffend, lautet:

Nachdem die Staatsregierungen, welche bei dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt betheiligt sind, sich über die Ausgleichung der davon herrührenden Central-Lasten und zugleich über die Schuldverhältnisse des ehemaligen Departements Fulda durch ihre in Frankfurt zusammengetretenen Bevollmächtigten mittelst des beifolgenden Hauptvertrages vereinigt, und Wir diesen Vertrag allergnä-

igst ratificirt haben, so verordnen Wir, dass dessen Bestimmungen llen Unsern Behörden, welche dieselben angehen, zur gebührenden achachtung dienen sollen, indem Wir übrigens wegen vollständiger egulirung der auf Unserm Grossherzogthume Fulda haftenden Schul-n auf Unsere Verordnung vom 17. Juni d. J. verweisen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und des beige-ruckten Staatssiegels gegeben zu Cassel am 31. December 1829.

Wilhelm, Kurfürst.
(*St. S.*)

Vt. Rr. v. Meysenbug.

LXXXII.

Protokoll, unterzeichnet zu Frankfurt am Main am 9. April 1817, betreffend die Uebergabe der in Folge des Artikels LI der Wiener Congress-Acte von Preussen an Oldenburg abgetretenen Landestheile.

Nachdem Se. Majestät der König von Preussen bei der an Allerhöchst Dieselben von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich durch die, im November 1815 in Paris getroffene Uebereinkunft[a]) geschehenen Abtretung der, Sr. K. K. Apostolischen Majestät durch den LI. Artikel der am 9. Juni zu Wien geschlossenen Congress-Acte,[b]) im ehemaligen Saar-Departement zugefallenen Landestheile, die Verbindlichkeit übernommen haben, die Bestimmungen des XLIX. Artikels der gedachten Congress-Acte[c]) in Ausübung zu bringen, und nachdem Se. Königl. Preuss. Majestät am 1. Juli 1816 in den wirklichen Besitz dieser Landestheile dergestalt getreten sind, dass dieselben als schon unter dem 1. May desselben Jahres mit allen Eigenthums- und Landeshoheits-Rechten an die Krone Preussen übergegangen, angesehen werden; so haben Se. Königl. Majestät, in Uebereinstimmung mit Ihren hohen Verbündeten, Ihren Majestäten den Kaisern von Oesterreich und Russland und dem Könige von Grossbritannien, für Se. Königl. Hoheit den Grossherzog von Oldenburg, die in obgedachtem Artikel XLIX der Congress-Acte ausbedungenen Landestheile ausmitteln lassen, und Se. Königl. Hoheit zur Annahme dieser Landestheile eingeladen.

In Gemässheit dieses, sind nunmehr zur wirklichen Uebergabe und Uebernahme Commissarien ernannt worden, nämlich:

von Seiten des Königlich Preussischen Hofes:

der Director der Königlichen Regierung zu Coblenz, 1. Abtheilung, Ritter des rothen Adlerordens dritter Classe, Freiherr von Schmitz-Grollenburg;

und von Seiten Sr. Königlichen Hoheit des Grossherzogs von Oldenburg:

der Präsident des Ober-Appellations-Gerichts zu Oldenburg und Bundestagsgesandte, Commandeur des Guelphen-Ordens, Günther Heinrich von Berg nnd

der Regierungsrath Ludwig Conrad Leopold Wibel;

welche am heutigen Tage zusammen getreten sind, und nach Auswechselung ihrer beiderseitigen, in völliger Richtigkeit und Gültigkeit befundenen, in der Anlage sub lit. A. beiliegenden Vollmachten, nachstehende Punkte mit einander verabredet und beschlossen haben.

Der Königlich Preussische Uebergabe-Commissarius erklärt demnach, dass er

1) den Canton Herrstein, so wie er unter der französischen Verwaltung des Saar-Departements bestanden hat, mit Ausnahme der Gemeinde Hottenbach, Hettershausen, Asbach, Schauern, Kempfeld und Bruckweiler, welche Preussen verbleiben;

2) den ganzen Canton Birkenfeld;

3) vom Canton Hermerskeil die Gemeinden: Soetern, Boosen und Schwarzenbach;

4) vom Canton Wadern die Gemeinden: Neunkirchen, Sellbach, Gonnesweiler und Eyweiler;

5) vom Canton St. Wendel die Gemeinden: Asweiler, Eyweiler, Imsbach, Hirstein, Reichweiler und Mosberg, Steinberg und Deckenhardt, Wallhausen und Schwarzhof;

6) vom Canton Baumholder die Gemeinden: Gimbweiler, Nohfelden, Wolfersweiler und Nohen;

7) vom Canton Rhaunen die Gemeinde Bondenbach nebst einem in der Anlage sub lit. B. beiliegenden Verzeichniss aller, in dem Grossherzoglichen Antheil befindlichen Orte, mit allen Hoheits- und Eigenthums-Rechten, so wie mit allen Verbindlichkeiten in derselben Art und in demselben Umfange und Gränzen, wie solche von Seiner Majestät bisher besessen worden sind, ohne allen Vorbehalt; jedoch

unter den im Pariser Frieden vom 30. Mai 1814 für alle von Frankreich getrennten Provinzen enthaltenen Lasten und Verbindlichkeiten, an den Grossherzoglich Oldenburgischen Herrn Uebernahme-Kommissär hiermit förmlich übergebe und überlasse, daher auch nunmehr im Namen Seiner Majestät des Königs alle Staatsdiener und Unterthanen der übergebenen Lande aller gegen den bisherigen Souverain gehabten Pflichten entbinde und entlasse.

Hierauf hat der Grossherzoglich Oldenburgische Kommissarius erklärt, dass er, kraft seiner Vollmacht, die ihm übergebenen Lande, so wie sie ihm übergeben worden sind, im Namen seines gnädigsten Herrn, übernehme, und selbe, so wie dessen Einwohner, als nunmehr an Höchstdenselben mit aller Souveränität übergegangen erkenne.

Beide Kommissarien haben hierauf auch sogleich öffentliche Kundmachungen hierüber erlassen und zur Anschlagung in allen Gemeinden ausgesendet, womit also dem Artikel XLIX der Wiener Congress-Acte nunmehr gänzlich Genüge geleistet worden ist, wie der Grossherzoglich Oldenburgische Bevollmächtigte im Namen seines Souveräns hiermit verbindlich erklärt.

Da aber mit dieser im Allgemeinen und in der Wesenheit bereits wirklich vollzogenen Uebergabe, noch mehrere zu treffende besondere Verfügungen im engsten Zusammenhange stehen, so haben die beiderseitigen Kommissarien noch folgende Punkte näher besprochen, und sind darüber nachfolgendermassen übereingekommen.

§. I. Dem Grossherzoglich Oldenburgischen Hofe kömmt der reine Ertrag eines Bezirks von 20,000 Einwohnern im ehemaligen Saar-Departement seit dem ersten Juli 1815 zu. Da aber der vorstehend beschriebene Bezirk erst später ausgemittelt ist, und aus Landestheilen besteht, welche zu verschiedenen Zeiten in den Besitz Seiner Königlichen Majestät von Preussen gekommen sind, und einen, theils längern, theils kürzern Zeitraum hindurch unter Oesterreichisch-Baierscher Verwaltung gestanden haben, so ist nöthig befunden worden, nach Verschiedenheit der Verhältnisse die Grundsätze festzustellen, welche bei der Berechnung der dem Grossherzoglich Oldenburgischen Hofe vom 5. July 1815 an, gebührenden Einkünfte in Anwendung zu bringen sind; dem-

selben fallen zuvörderst alle, in den übergebenen Bezirken vom ersten Mai 1816 an, erwachsenen Landeseinkünfte ganz zu, dagegen behält der Herr Uebergabe-Kommissär seinem Allerhöchsten Hofe alle Ansprüche auf rückstehende Einkünfte derjenigen, in der Anlage sub lit. C. verzeichneten Landestheile bevor, welche schon unterm 28. Mai 1815 in Besitz genommen, und von dieser früheren Periode bis zum 30. April 1816 erlaufen sind.

In Hinsicht der Einkünfte derjenigen Bezirke, welche erst in Folge der Besitznahme vom 1. July 1816 an die Krone Preussen gekommen sind, behält die Bestimmung des §. I. der Uebereinkunft der zwischen Oesterreich und Preussen vom ersten Juli, welche also lautet: „alle in den übergebenen Bezirken vom ersten Mai 1816 an, erwachsene Landeseinkünfte fallen ganz der Krone Preussen zu, dagegen behält der Herr Uebergabe-Kommissär seinem Allerhöchsten Hofe alle Ansprüche auf die Landeseinkünfte von der früheren Periode bis 30. April d. J. bevor;“ ihre volle Kraft und wird für das Grossherzogliche Haus Oldenburg jedoch dergestalt verbindlich, dass auch diese Rückstände an die, die Abrechnung mit der K. K. Oesterreichischen Kommission allein übernehmende Königlich Preussische Regierung verrechnet werden müssen, wogegen die Grossherzoglich Oldenburgischer Seits, in Gemässheit der Congress-Acte angesprochenen Einkünfte vom 1. Juni 1815 bis den 30. April 1816 mit dem K. K. Oesterreichischen Hofe zu berechnen bleiben.

§. II. Die in den Königlichen Kassen am 16. April dieses Jahres als dem Tage, von dem an Oldenburg in die Selbsterhebung der Revenüen des überwiesenen Landes tritt, vorhandenen Gelder, gehen an die Grossherzogliche Regierung, es mögen solche für Rechnung der Königlich Preussischen oder der K. K. Oesterreichischen Regierung erhoben worden seyn, gegen weitere Verrechnung und gegen die Verbindlichkeit über, daraus noch die unberichtigten Besoldungen und Pensionen zu bezahlen. Die Abrechnung für den Zeitraum der für den übernehmenden Hof Statt gehabten Verwaltungsperiode soll innerhalb drei Monaten von Seiten der Königlichen Regierung zu Trier, als bisherigen Ober-Verwaltungsbehörde, erfolgen, und gehörig belegt Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge von Oldenburg mitgetheilt werden.

§. III. Die Bestimmungen des §. III. der Uebereinkunft vom ersten Juli 1816 werden für denjenigen Landestheil, welcher in diesem Uebergabeprotokoll begriffen, nunmehr an das Grossherzogliche Haus Oldenburg übergegangen ist, geltend und verbindlich erklärt.

§. IV. Dem Königlich Preussischen Hofe bleiben für die frühere Periode vor dem ersten Mai 1816 ausser den, ihm gebührenden Rückständen, welche an Steuern- und Domanial-Gefällen bei einzelnen Partheien noch aushaften, oder welche von zurückgebliebenen Staats-Vorräthen herrühren, auch noch weitere Ansprüche bevor:

a) auf die Wiedererstattung von Vorschüssen, welche auf Rechnung des Landes, oder des nachfolgenden Landesherrn aus der Staats-Kasse und dem Staats-Vermögen überhaupt gemacht wurden, in so fern solche in der Uebereinkunft vom 2. Juni 1815 oder ersten Juli 1816, wodurch diese Lande an die Krone Preussen übergingen, begründet sind;

b) auf Guthaben von auswärtigen Regierungen, die erst später eingebracht werden, als z. B. bei der Liquidation mit Frankreich und den Liquidationen mit anderen Regierungen und Höfen für genossene Truppenverpflegung, in so fern solche aus herrschaftlichen Kassen bestritten, und Oldenburg nicht in Rechnung gebracht worden ist, wogegen Ansprüche auf Guthabungen, welche einzelnen Gemeinden gebühren, denselben unverkürzt verbleiben.

§. V. Nach geschehener Uebergabe hat die in den übergebenen Bezirken eintretende Grossherzogliche Regierung ausser den, seit dem 1. Mai 1816 neu erwachsenen Einkünften auch die aus der früheren Periode, vor dem 1. Mai noch rückstehenden Gelder zu beziehen, so wie die rückstehenden Ausgaben für Rechnung von Preussen und Oesterreich nach den verschiedenen Landes-Distrikten aus diesen einzunehmenden Rückständen zu berichtigen.

Die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung verbindet sich, die Beitreibung aller Rückstände, in so fern nicht einige derselben durch wirkliche Zahlungs-Unfähigkeit der Partheien uneinbringlich wären, so wie die Verrechnung darüber gegen die

Königlich Preussische Regierung zu Trier binnen drei Monaten nach geschehener Uebergabe zu beendigen und mit der §. II. festgesetzten Abrechnung dergestalt in Verbindung zu bringen, dass nach drei Monaten das ganze Liquidations- und Abrechnungs-Wesen der älteren Perioden und während der Preussischen Verwaltung bis zu dem Tage der heutigen Uebergabe berichtigt seyn wird.

Was dagegen die Liquidation der früheren Rechnungs-Perioden, unter der Verwaltung des mittelrheinischen Gouvernements bis zum 15. Juni 1814 unter der K. K. Oesterreichischen und Königlich Baierschen gemeinschaftlichen Administrations-Kommission in Kreuznach bis zum 10. Mai 1815 betrifft; so bleiben jene Bestimmungen in Wirksamkeit, welche bei der am 28. Mai 1815 erfolgten Königlich Preussischen Besitznahme zwischen den Bevollmächtigten der Krone Preussen und dieser gemeinschaftlichen Administration unterm 2. Juni festgesetzt worden sind, so wie für den am 1. Juli 1816 in Besitz genommenen Theil, die Bestimmungen des §. VI. der Uebereinkunft vom 1. Juli. Es wird zu dem Ende hiermit ausdrücklich angenommen, dass die Abwickelung der Activ- und Passiv-Rückstände der früheren Perioden, so wie sie in dem Vertrage vom 1. Juli 1816 §. VI. durch eine gemeinschaftliche Kommission bestimmt ist, von der Krone Preussen übernommen, und der Königlich Preussische Kommissär das Interesse des Grossherzoglich Oldenburgischen Hauses vertreten werde. Jedoch bleibt es Hochdemselben unbenommen, Einsicht der Verhandlungen zu nehmen, und nach Belieben über die Lage der Sache jedesmal Auskunft zu begehren.

§. VI. Die in dem §. VIII. der Uebereinkunft zum 1. Juli 1816 in Hinsicht der Liquidation des gesammten Kriegs-Schuldenwesens enthaltenen Bestimmungen, bleiben auch für die unter Grossherzoglich Oldenburgischer Herrschaft übergehenden Bezirke in voller Kraft, jedoch wird auch hier, wie §. V. schon bestimmt worden ist, das Grossherzogliche Interesse von dem Königlichen Kommissär vertreten werden.

§. VII. Da nach der geschehenen Uebergabe ohnehin eine solche Absonderung der finanziellen Verwaltung eintritt, dass die neue Grossherzoglich Oldenburgische Verwaltung in ihre Kasse nur das, was von ihrem Gebiete an laufendem Ertrage,

oder an Rückständen eingeht, bezieht; so wird es in Ansehung jener Ausgaben, die früher den übrigen damit vereint gewesenen Landesbezirken am linken Rheinufer gemeinschaftlich waren, und so lange sie zum Theil auch noch ferner gemeinschaftlich bleiben wollen, nothwendig, den Massstab der Beitrags-Pflicht jedes Theiles festzusetzen.

In dieser Absicht vereinigten sich die beiden Kommissarien zu folgenden Grundsätzen:

a) Bei Besoldungen von Beamten eines nunmehr in verschiedenen Gebieten sich erstreckenden Bezirkes, wäre die Quote nach dem Verhältniss der Seelenzahl der Bezirkstheile zu bemessen, und darin stets das, dem ganzen Ausmittelungs- und Uebergabe-Geschäft zum Grunde gelegte Müllersche Handbuch vom Jahr 1815 zu befolgen.

b) Bei von Frankreich übernommenen Pensionisten hätte ihr bisheriger Wohnort zu entscheiden.

c) Die Verköstigung der Gefangenen in den Strafhäusern zu Trier für Eingeborene, fallen nach ihrem Geburtsorte, dem neuen Besitzer zur Last; für Ausländer denjenigen, in dessen Gebiet sich das Tribunal befindet, welches die Untersuchung gepflogen und die Aburtheilung veranlasst hat.

Alle am 11. Mai 1816 in dem abgetretenen Landesbezirke angestellt gewesene, oder seitdem auf damals schon bestandenen Dienstplätzen angestellte Local-Beamten, sollen von der Grossherzoglichen Regierung übernommen werden.

§. VIII. Da Herzoglich Sachsen-Coburgischer Seits die Uebernahme des in St. Wendel befindlichen Tribunals, dessen Gerichtssprengel bisher einen grösseren Umfang, als das nunmehrige Herzogliche Gebiet hatte, nicht als Local-, sondern als Central-Behörde von dem 1. September 1816 an, zu betrachten, und nach den Grundsätzen des §. VII. zu vertheilen angetragen wurde; so wurde, die Billigkeit dieses Antrages erkennend, beliebt, dass derselbe auch auf die bisher bestandenen und nicht übergehenden administrativen Kreisbehörden anwendbar seyn solle. Zu dem Ende wurde anliegende Vertheilung aller Justiz- und Administrationsbeamten, mit Rücksicht auf die Seelenzahl in dem früheren Bestande der Kreise, aus welcher die abgetretenen Lan-

destheile zusammengesetzt sind, entworfen, und von beiden Seiten als verbindlich erkannt.

§. IX. Die Central-Diener, welche in dem der Uebereinkunft vom 1. Juli beigefügten Verzeichnisse von der Krone Preussen übernommen worden sind, gehen in dem Verhältniss des, in gedachter Uebereinkunft festgesetzten Massstabes der directen Steuern, nach anliegender Berechnung sub lit. E., an den neuen Besitzer über, und es werden demnach, die in der Beilage sub lit. F. aufgeführten Individuen von Grossherzoglich Oldenburgischer Seite übernommen.

§. X. Der §. XI. der mehrerwähnten Uebereinkunft wird, in so fern er die Grossherzoglich Oldenburgische Regierung interessiren kann, ebenfalls auch für sie in voller Kraft bestehen, jedoch auch hier wieder, wie in dem §. V und VI, ihr Interesse Königlich-Preussischer Seits vertreten werden.

Was jedoch die Königlich Preussischer Seits wirklich übernommenen Karten, Documente und Acten betrifft, so wird die Ausscheidung und Ueberlieferung von Seiten der Königlichen Regierung zu Trier auf das erste Begehren Seiner Königlichen Hoheit unverzüglich erfolgen.

§. XI. Da das von Königlich Preussischer Seits eingeleitete Liquidations-Geschäft der Forderungen an Frankreich auch nicht wohl getrennt werden kann, so bleibt die Beendigung desselben ausschliesslich der Königlich Preussischen Regierung überlassen, welche sich dagegen verbindet, der Grossherzoglich Oldenburgischen Regierung seiner Zeit die Resultate mitzutheilen, und was von den liquidirten Summen dem abgetretenen Landestheil zukömmt, auszuliefern.

§. XII. Der enge Verband, in welchem die abgetretenen Landestheile mit den benachbarten, sowohl Königlich Preussischen, als Herzoglich Sachsen-Coburgischen und Hessen-Homburgischen Gränzorten stehen, macht es zum Wohl der gegenseitigen Unterthanen nöthig, dass dem Gränzverkehr, rücksichtlich der Landeserzeugnisse und Bedürfnisse alle mögliche Erleichterung gegeben werde, zu welchem Ende zwischen beiden contrahirenden Theilen innerhalb einem Jahr eine Uebereinkunft abgeschlossen, bis dahin aber in den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen nichts abgeändert werden soll. Wenn jedoch höhere

Interessen, und veränderte staatsrechtliche Verhältnisse eine Abänderung verlangen, so bleibt es jedem Staate überlassen, diesen Gränzverkehr nach denselben zu reguliren.

§. XIII. Die Fonds der Kirchen, Schulen und aller andern Stiftungen werden als Landeseigenthum reservirt, und wo solche mit benachbarten Gemeinden eines fremden Gebiets gemeinschaftlich sind, durch wechselseitig zu ernennende Kommissarien abgesondert, ausgeglichen und festgestellt; das findet insbesondere in Hinsicht der Rechte und Ansprüche auf die geistlichen Gefälle zu Birkenfeld Statt, welche im Verhältniss der Seelenzahl unter die Besitzer der ehemaligen Grafschaft Sponheim getheilt werden, in so fern ihre Bestimmung für die ganze Grafschaft Sponheim nachgewiesen werden kann, und unter Vorbehalt gleichen Rechts für den Oldenburgischen Antheil an dieser Grafschaft, in Ansehung solcher Stiftungen, welche in dem Königlich Preussischen Antheil sich befinden und der Grafschaft gemeinschaftlich zustehen möchten.

§. XIV. Zur Vermeidung aller Gränzirrungen ist als Hauptgrundsatz angenommen worden, dass der Bann der überwiesenen Gemeinden den Gränzzug bildet, und wird in Befolgung dieses Grundsatzes durch, von beiden Theilen zu ernennende, Kommissarien, die Abgränzung zwischen dem Königlich Preussischen, Grossherzoglich Oldenburgischen, Herzoglich Coburgischen und Landgräflich Hessen-Homburgischen Gebiete, an Ort und Stelle und die Aufrichtung der Hoheitspfähle, unverzüglich Statt finden.

Da jedoch die westliche Gränze des Oldenburgischen Gebiets durch den einschneidenden Hochwald nicht ganz genau nach dem Gemeindebann bestimmt werden kann, so ist zu dem Ende eine Gränzberichtigung auf den Grund eines von der Regierung zu Trier entworfenen und anliegenden Risses vorbehalten worden.

§. XV. Seine Königliche Hoheit der Grossherzog willigen ein, dass der Königlich Preussische Hof, um die nothwendige Verbindung mit dem Saarbrückischen und der Festung Saar Louis zu erhalten, eine Militärstrasse durch ihre Lande dergestalt besitze, dass Birkenfeld als Etappenort ausdrücklich bestimmt sey, sonst aber kein anderer Etappenort im Grossherzoglichen Gebiete, — der Einmarsch in dasselbe mag über Kirchberg oder Hirn erfolgen, — Statt finde. Auf diese Militärstrasse sollen dieselben Bestim-

mungen angewendet werden, welche für die Preussische Militärstrasse durch die Königlich Hannöverischen Staaten in der Convention vom 6. December 1816 angenommen worden sind; jedoch die in Beziehung auf die Localverhältnisse erforderlichen Modificationen durch eine besondere Uebereinkunft verabredet werden.

Auch wird der Königlich Preussische Hof den Grossherzoglich Oldenburgischen Truppen, wenn dieselben bei Bildung und Stellung des Bundesmässigen Contingents, von dem Grossherzoglichen Gebiete nach Oldenburg, oder von Oldenburg nach jenem Gebiete ziehen müssten, da, wo sie auf der Strasse von Oldenburg, über Münster, Frankfurt am Main und Kreuznach, Preussische Staaten berühren, ungehinderten Durchzug, und wenn es die Umstände erfordern, die Verpflegung nach denselben Grundsätzen, wie es für die Königlich Preussischen Truppen im Grossherzoglichen Gebiet bestimmt ist, gestatten und zugestehen.

§. XVI. Die zwischen der Krone Preussen und der K. K. Oesterreichischen und Königlich Baierschen gemeinschaftlichen Administrations-Kommission in Kreuznach am 2. Juni 1815 abgeschlossenen Protokolle, sollen sowie die Uebereinkunft zwischen Preussen und Oesterreich vom 1. Juli 1816 eine jede für den darin benannten Landestheil, in so fern sie nicht durch gegenwärtige Uebereinkunft abgeändert worden sind, in voller Kraft bleiben, zu welchem Ende beide Verträge in Abschrift unter Buchstaben H. und I. hier beigefügt werden.

Ueber diese Verhandlung wurde das gegenwärtige Protokoll aufgenommen, von beiden Theilen in vier gleichlautenden Exemplaren, deren zwei zum weiteren eigenen Amtsgebrauch der Kommissarien und zwei zur Einsendung an ihre beiderseitigen Höfe bestimmt sind, unterzeichnet.

Geschehen Frankfurt am Main, den 9. April 1817.

(L. S.) von Schmitz-Grollenburg.
(L. S.) von Berg.
(L. S.) Wibel.

Frankfurt am Main, den 9. April 1817.

Da im §. XV. des heute unterzeichneten Uebergabe-Proto-

kolles von Birkenfeld u. s. w. vorbehalten ist, wegen der Militärstrasse durch die an das Herzoglich Oldenburgische Haus übergebenen Lande, in Beziehung auf die Local-Verhältnisse eine besondere Uebereinkunft zu treffen; so ist zugleich verabredet worden, dass, wenn inzwischen Durchmärsche Königlich Preussischer Truppen Statt finden sollten, die zwischen Preussen und Hannover am 6. December v. J. abgeschlossene Convention beobachtet werden soll.

Gez: von Schmitz-Grollenburg.
von Berg.
Wibel.

Frankfurt am Main, den 9. April 1817.

Da bei dem §. XIV. des heute vollzogenen Uebergabe-Protokolles, den dem Herzogthume Holstein-Oldenburg zugefallenen Theil des ehemaligen Saar-Departements betreffend, von Seiten der Herzoglichen Commissarien, in Beziehung auf die beigefügte Gränzkarte die Bemerkung gemacht worden ist, dass der Enschieder Forst, weil derselbe ursprünglich zu Birkenfeld gehört hat, und darin meistentheils Oldenburgische Unterthanen berechtiget sind, in die Oldenburgische Gränze billig zu ziehen wäre, darauf jedoch der Königlich Preussische Commissarius erwiedert hat, dass jener Forst, als zum Canton Hermerskeil gehörig, unter Königlich Preussischer Hoheit verbleiben müsse, die Berechtigungen der Unterthanen in demselben aber unverletzt würden erhalten werden; so ist verabredet, diesen Gegenstand zur näheren Erörterung und Erledigung bei der wirklichen Gränzberichtigung auszusetzen.

Gez: von Schmitz-Grollenburg.
von Berg.
Wibel.

---

a) Vergl: Abtheilung I. dieses Theils (Nr. XLII.) S. 740, 741, 747.

b) Vergl: Abtheilung I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 466.

c) Vergl: Abtheilung I. dieses Theils (Nr. XXXIV.) S. 466.

LXXXIII.

Vertrag zwischen Württemberg und Baden über die Vollziehung des Staatsvertrages vom 2. October 1810 (Carlsruhe, 26. April 1822. *).

Ludwig, von Gottes Gnaden, Grossherzog zu Baden, Herzog zu Zähringen etc. etc.

Beurkunden hierdurch, dass Wir, zur Erledigung verschiedener auf die Vollziehung des Staatsvertrages vom 2. October 1810 Bezug habenden Gegenstände, mit Sr. Majestät dem Könige von Württemberg, durch beider Seits ernannte Bevollmächtigte, über folgende Punkte übereingekommen sind:

Artikel I.

I. Wegen des Schuldenpunktes.

a) Der Grossherzoglich Badische Hof übernimmt für die vom Königlich Württembergischen Hofe gemachten, aus dem Vertrage von 1810 herrührenden Anforderungen zur Staatsschulden-Theilnahme, die Summe von 220,000 Fl. und an jährlichen Reichscammergerichtszielern 10 Fl. 10 Kr. Da aber inzwischen die reichscammergerichtlichen Verhältnisse auseinandergesetzt und diese 10 Fl. 10 Kr. von Württemberg hierbei vertreten worden sind, so wird der Grossherzoglich Badische Hof den Königlich Württembergischen Hof hierfür auf eine angemessene Weise bei der in Folge des gegenwärtigen Vertrages vorzunehmenden Abrechnung entschädigen.

b) Der Grossherzoglich Badische Hof tritt in die Verbindlichkeit zur Uebernahme der verglichenen Summe von 220,000 Fl. mit dem 11. November 1810 und wird die Verzinsung dieser ganzen Summe mit fünf vom hundert von diesem Zeitpunkte an übernehmen und dem Königlich Württembergischen Hofe ersetzen.

c) Der Grossherzoglich Badische Hof verzichtet auf seine Ansprüche auf die Activen, welche durch die früheren Auseinandersetzungen der kreisritterschaftlichen vorderösterreichischen und anderer Verhältnisse mit den Schulden, die einen Gegenstand der Ausgleichung machten, an die Krone Württemberg übergegangen sind, und welche der Grossherzoglich Badischen Angabe zur Folge nach dem Schätzungsfusse 29427 Fl. 17 Kr. betragen haben würden.

Artikel II.

Dagegen bringt der Grossherzoglich Badische Hof

II. in Beziehung auf die vom Königlich Württembergischen Hofe selbst übernommenen Verbindlichkeiten, und zwar

A. *wegen der eigenthümlichen Besitzungen zu Sernatingen und Stahringen mit Homburg und des dafür evaluirten Capitals von* 103,065 *Fl.*

1) Die Hälfte mit 51,532 Fl. 30 Kr., als die verglichene Aversalsumme in Abrechnung;

2) Berechnet derselbe von der ganzen Summe der 103,065 Fl. die Zinsen zu fünf pr. Ct. vom 23. Januar 1809 bis zum 11. November 1810 und von diesem Tage an nur von der vorerwähnten Summe von 51,532 Fl. 30 Kr.

3) Derselbe verzichtet dabei auf alle Forderungen, welche in Folge des Vertrages vom 31. December 1808 wegen der nicht evaluirten Objekte in Sernatingen und Stahringen mit Homburg gemacht werden könnten.

B. *Einen gleichen Abrechnungsposten macht das erwähnte Epavencapital von* 120,000 *Fl. auf folgende Weise:*

1) Dieses Capital vermindert sich durch Compensation eines von der ehemaligen Deutsch-Ordens-Commende Meinau herrührenden, Baden zur Bezahlung obliegenden Ersatzpostens von 38,023 Fl. 15 Kr., so dass dasselbe als eine nur noch in 81,976 Fl. 44 Kr. bestehende Königlich Württembergische Schuld zu betrachten ist.

2) Von letztgedachtem Capitalreste von 81976 Fl. 44 Kr. lässt der Grossherzoglich Badische Hof wegen der von dem Kaiserlich Oesterreichischen Hofe in Folge seines Epavirungssystems incammerirten Gegenstände, welche mit den im Jahre 1810 von Württemberg abgetretenen Orten an Baden gekommen sind, sich die Abfindungssumme von 19,135 Fl. 30 Kr. in Abzug bringen. Jedoch wird dabei festgesetzt, dass, wenn die in den Staatsverträgen vom 31. December 1808 und vom 2. October 1810 verabredeten Bestimmungen über ein oder anderes hierher gehörige Objekt ihre Erledigung noch nicht erhalten haben sollten, diese nachträglich geschehen wird, ohne dass deswegen ein weiterer Abzug an dem Epavencapital, als der zu Folge gegenwärtiger Uebereinkunft eben festgesetzte in Anspruch genommen werden kann.

3) Der Rest des Capitals, welcher nach Abzug dieser beiden Posten noch in 62,841 Fl. 14 Kr. besteht, wird an der Artikel I bestimmten Aversal-Schulden-Theilnahms-Summe abgezogen, und dadurch die ganze Capitalsumme von 120,000 Fl. getilgt, welche der Königlich Württembergische Hof durch den Staatsvertrag vom 31. December 1808 zu zahlen übernommen hat.

4) Die hierbei zu beobachtende Zinsberechnung ist folgende: von dem Epavencapital, welches nach Abzug des Meinauischen Compensationspostens nur noch in den oben Lit. B 1. angeführten 81,976 Fl. 44 Kr. bestehet, werden in Folge des Staatsvertrages vom 31. December 1808, Abschnitt II. Art. 10. Lit. D., die Zinsen zu fünf pr. Ct., vom 1. Januar 1808 bis zum 11. November 1810, von diesem Zeitpunkte an aber nur von der unter Nummer 3 angeführten Summe von 62,841 Fl. 14 Kr. berechnet.

5) Dem Grossherzoglich Badischen Hofe bleibt dabei vorbehalten, die auf Abrechnung Königlich Württembergischer Seits überwiesenen Zahlungen, so wie sonstige zur Aufrechnung geeignete liquide Activposten mit Zinsberechnung zu fünf pr. Ct. von den einen wie den anderen, vom Tage der für Württemberg eingetretenen Zahlungsverbindlichkeit an, in Abzug zu bringen. Das Nämliche findet für den Königlich Württembergischen Hof bei von seiner Seite zur Aufrechnung geeigneten liquiden Activposten Statt.

Artikel III.

Da in Beziehung auf die an Baden ausser den Localdiem noch übergehenden Pensionisten und Quiescenten der Grossherzogliche Hof grösstentheils auf Königlich Württembergisches Ansinnen nach und nach solche Individuen auf künftige Ausgleichung wirklich übernommen hat, welche nach dem darüber entworfenen, hier angeschlossenen, Verzeichnisse jährlich die Summe von 8,399 Fl. 55 Kr. in Folge der Königlich Württembergischen Pensionsangaben zu beziehen haben, so ist auch dieser Gegenstand, in Verbindung mit den vorhergegangenen, auf folgende Weise erledigt worden.

1) Die von dem Grossherzoglich Badischen Hofe provisorisch geschehene Uebernahme wird nunmehr beider Seits als definitiv anerkannt. Jedoch wird hiervon der von Baden auf Abrechnung mit einem Gehalte von 1506 Fl. übernommene Ober-Zollverwalter Weizel in der Art ausgenommen, dass derselbe zwar bei Baden bleibt, aber bei der in Folge des gegenwärtigen Vertrages vorzunehmenden Abrechnung in Compensation zu bringen ist.

2) Durch diese definitive Uebernahme wird Baden von jeder weiteren Uebernahme, sowohl anderer Personen, als einer grösseren Zahl von Pensionisten und Quiescenten, oder auch einer grösseren Gehalts-Summe für die schon übernommenen, befreiet.

3) Sollten aber in dem anliegenden Verzeichnisse Pensionisten und Quiescenten nicht genannt seyn, welche der Grossherzoglich Badische Hof früher wirklich provisorisch übernommen hat, so bleiben dieselben bei Baden und können aus dem Grunde nicht an Württemberg zurückgewiesen werden, weil sie in jenen Verzeichnissen nicht erwähnt sind. Dagegen ist es für Baden ohne Nachtheil, wenn jenes Verzeichniss ein oder anderes Individuum enthalten sollte, wenn es nicht wirklich übernommen worden wäre.

4) Von Seiten Badens kann an Württemberg keine Ansprache gemacht werden, wenn von jenem einem Pensionisten oder Quiescenten mehr an Pensions- oder Quiescentengehalt bezahlt wird, als in den früheren Württembergischen Verzeichnissen jener Individuen enthalten war.

5) Die Verbindlichkeit zur Zahlung der Grossherzoglich Ba-

dischen Seits übernommenen Gehalte fängt den 11. November 1810 an.

6) Wenn daher aus Königlich Württembergischen Kassen einem von Baden übernommenen Pensionisten oder Quiescenten noch nach dem 11. November 1810 Zahlungen geleistet seyn sollten, so werden dieselben von dem Grossherzoglich Badischen Hofe ersetzt, so wie dagegen der Königlich Württembergische Hof alle vor dem 11. November 1810 fällig gewesenen und aus Grossherzoglich Badischen Kassen etwa bezahlten Besoldungen und Pensionen vergüten wird.

7) Nach Auswechselung gegenwärtiger Declaration wird gegenseitige Abrechnung gepflogen, und sogleich nach deren Beendigung das hieraus sich ergebende Guthaben berichtigt.

Indem Wir diese Bestimmungen nach ihrem ganzen Inhalte vollziehen zu lassen versichern, bekräftigen Wir dieses durch Unsere Unterschrift und beigedrucktes Siegel.

So geschehen Carlsruhe, den 26. April 1822.

(L. S.)

Ludwig.

Vdt. Freiherr von Berstett.

Auf Befehl Sr. Königlichen Hoheit,
Römer.

a) Regierungs-Blatt des Grossherzogthums Baden vom 23. August 1822, Nr. 25.

LXXXIV.

Vertrag zwischen Württemberg und Baden über Ausgleichungen von Forderungen und Ansprüchen aus den älteren Staatsverträgen. (Carlsruhe, 17. Mai 1825.) [a]

Ludwig, von Gottes Gnaden, Grossherzog zu Baden, Herzog zu Zähringen u. s. w.

Wir urkunden hiermit, dass Uns der von Unserm Geheimen Rath und Minister-Residenten am Königlich Württembergischen Hofe, Albert Friedrich, Commandeur Unseres Ordens vom Zähringer Löwen, Ritter des Kaiserlich Russischen St. Annenordens zweiter Klasse in Diamanten, als hierzu besonders Bevollmächtigtem, unter Vorbehalt der Staatsgenehmigung abgeschlossene Vertrag, über Ausgleichungen von Forderungen und Ansprüchen, welche zunächst aus den älteren Staatsverträgen von 1806, 1807, 1808, 1810, 1815, 1816 und 1822 von Baden an Württemberg, und von Württemberg an Baden bestehen, folgenden Inhalts, vorgelegt worden ist.

A. 1. Nach Artikel I. a. des Staatsvertrages vom 26. October 1822 [b]) erkennt Baden die für Württemberg aus den Gebietsabtretungen des Staatsvertrages von 1810 entstandene Ansprache auf Staatsschulden-Uebernahme, in der verglichenen Aversal-Summe von 220,000 Fl., nebst hiervon nach Artikel I. b. des Vertrages von 1822 vom 11. November 1810 bis zum 26. April gedachten Jahres berechneten Zinsen mit 126,002 Fl. 45 Kr.

346,002 Fl. 45 Kr.

2. Nach dem Vertrage von 1822 I. a. erkennt Baden einen Ersatz für die auf dem ehemals zum Ritter-Canton Hegau geh-

rigen Ort Mühlingen haftenden Kammerzieler zu 10 Fl. 10 Kr. im Capital-Betrage von 203 Fl. 20 Kr.

3. Die aus den Staatsverträgen vom 17. October 1806 und 16. April 1807 herrührenden Württembergischen Forderungen, wie sie die Anlage enthält, sind, nach Abzug der darin anerkannten Badenschen Gegenforderung von 1918 Fl. 40 Kr., Statt zu 28,216 Fl. 8 Kr. (4 Kr.) im Betrage von 13,350 Fl. ebenfalls anerkannt.

4. Aus dem über Salm-Krautheim am 17. Juni 1816 abgeschlossenen Staatsvertrage Artikel II 5. b. erkennt Baden wegen Zinszahlungen, die vor der Theilung der Mainzer Landesschulden an verschiedene Gläubiger geleistet wurden, an Württemberg eine Ersatzsumme des ihm pro rata zu viel Zugetheilten mit 506 Fl. 32 Kr.

Die Württembergische Regierung wird jedoch an Baden die Verzeichnisse dieser von Hessen-Darmstadt und Nassau bisher noch nicht zum Ersatze anerkannten Zinsvorschüsse und die darüber sprechenden Quittungen im Original oder in beglaubten Abschriften aushändigen, um im gemeinsamen Interesse die Vergütung der beiden genannten Staaten näher betreiben zu können. Ebenso nach gedachtem Vertrage, Artikel I. 6. b. für Miethzins und Kaufpreis der aus Steuermitteln erbaueten Kaserne in Gerlachsheim, erhält Württemberg für seine Rate, nach vorgelegten Ertragsrechnungen, Statt 703 Fl. 35 Kr. wegen weiterer Baukosten, 695 Fl. 53 Kr.

6. Von der Zeit der schwäbischen Kreisverfassung machte Württemberg für Prima-Plana-Gelder der Kreistruppen eine Forderung von 2891 Fl. 7 Kr. laut Anlage 3, welche auf 1436 Fl. 44 Kr. ermässiget und in diesem Betrage von Baden anerkannt, auf das Uebrige von Württemberg verzichtet ist.

7. Für die Ansprüche Württembergs wegen der Land-Commende Altshausen an die Commende Mainau hat man sich, mit Rücksicht auf den Staatsvertrag vom 31. December 1808, Artikel XI, auf folgende Weise verglichen:

a) Für sämmtliche Gefälle und Vorräthe der verflossenen Zeit, namentlich den sogenannten Rösslenswein mit jährlich 6 Fuder 17 Eimer 10½ Mass See-Aiche, und den Competenz-

Wein des Land-Comthurs von 20 Fudern, nebst den berechneten Zinsen seit dem Nichtbezuge, vergütet haben an Württemberg 48,000 Fl. Jedoch kommen für jenen Gilwein, zu 95 Eimer 10 Ih. 8 Mass w. A. für Staats- und erlaufene Kriegssteuern von der Zeit der aufgehobenen Steuerfreiheit, dem Jahre 1815, an, durch gegenwärtigen Vergleich 1467 Fl. 44 Kr. in Abzug.

b) Die laufenden Gefälle dieser 95 Eimer 10 Ih. 8 Mass w. A., welche vermöge des Besitzers von Altshausen, wie oben genannt, in Anspruch genommen sind, erkauft Baden, nach seinem für Loskauf von Gilten bestehenden Gesetze vom 5. October 1820, um den Capitalbetrag von 21,320 Fl. 30 Kr.

c) Für ein laut einer Urkunde vom 24. September 1807 der Gefällverwaltung Mainau von der Land-Comthur-Kellerei Altshausen vorgeschossenes Capital von 2000 Fl. und Zinsen davon bis 26. April 1822 mit 1555 Fl. 20 Kr. erkennt Baden den Ersatz. Sollte sich jedoch durch anzuordnende Rechnungseinsicht erweisen, dass dieses Capital bereits früher abgetragen ward, so würde dieser Ersatz hier wegfallen. Gegen Obiges verzichtet Württemberg auf alle weiteren Ansprüche von Gefällen und Besitzthum auf Mainau, und namentlich auf den von Altshausen vormals benutzten Felsenkeller auf der Insel.

8. Baden hat die Forderung der jetzigen Cameral-Verwaltung Altshausen an die Landschaftskasse Blumenfeld mit 343 Fl. 37 Kr. für eine im Jahre 1799 vom Deutschordens-Rentamte Altshausen für die Landschaft Blumenfeld gemachte Naturallieferung in die Kaiserlich Oesterreichischen Magazine anerkannt und bereits zu gesonderter Zahlung des Betrages die Weisung erlassen. Zugleich verzichtet die Badische Regierung auf eine Gegenforderung, Namens der Landschaft Blumenfeld, von 2067 Fl. 50 Kr. für Verpflegung Württembergischer Truppen im Jahre 1806, weil in dem Staatsvertrage vom 31. December 1808 Abschnitt II. Artikel X. Lit. d. bereits auf alle Breisgauer Occupations-Kosten verzichtet worden ist.

9. Württemberg verzichtet:

a) auf die Ersatzforderung wegen Fruchtgilten auf der Markung Neuhausen ob Eck, indem von Baden erklärt worden ist, dass es nie an solchen Fruchtgilten etwas bezog.

b) Ebenso erkennt es, dass eine für das Hüttenamt Bärenthal an das Eisenwerk Collnau aus den 1790ger Jahren gemachte Forderung von 13,585 Fl. 5 Kr. unstatthaft sey.

10. Die Summe der gemäss dieser Ausgleichung also in Aufrechnung zu bringenden Württembergischen Forderungen beträgt 433,603 Fl. 20 Kr.

11. Nach dem Pariser Staatsvertrage von 1810 stehen Württemberg in allen damals von ihm an Baden abgetretenen Landestheilen die bis zum 11. November 1810 erwachsenen Einkünfte zu. Alle diese noch ausstehenden Einkünfte (Arreragen) nach dem anliegenden, mit einem bereits übergebenen speciellen correspondirenden Verzeichnisse (sowohl liquide als illiquide, exigibel und inexigibel erachtete) zu 238,081 Fl. 46 Kr. berechnet, tritt es, mit Ausschluss der während des Laufs der Unterhandlungen erhobenen 1725 Fl. Hornberger Rückstände an Baden um die Summe von 32,000 Fl. ab, und übernimmt die Befriedigung aller Passiv-Rückstände, Lasten und Schulden, welche bis zur Besitz-Epoche für Baden auf diesen Arreragen haften. Sollten hingegen diese Rückstände mehr als 32,000 Fl., nebst Zinsen und Erhebungskosten, abwerfen, so macht sich Baden anheischig, unter Vorlage der Belege, dem Königlich Württembergischen Aerare diesen Mehrbetrag zu vergüten. (Vergl. Art. XXXI.)

B. 12. Baden bringt auf vorstehende Summen, nach dem Staatsvertrage vom 26. April 1822, Artikel II. a., in Gegenrechnung:

a) für seine 1808 abgetretenen Besitzungen in Homburg und Stahringen die Hälfte des evaluirten Capitals, mit 51,532 Fl. 30 Kr.;

b) für ein im Vertrage vom 31. December 1808, Artikel X, wegen Epaven zugesagtes Capital von 120,000 Fl. nach Abzug einer Schuld der Deutsch-Ordens-Commende Mainau von 38,023 Fl. 15 Kr. und einer Summe von 19,135 Fl.

30 Kr. wegen cpavirten, aber im Jahre 1810 an Baden zurückgekommenen Gegenständen, noch Rest 62,841 Fl. 15 Kr.
Zinsen hiervon und dem unter a benannten Capital, nach Anlage 6 . . . 86,506 - 3 -

zusammen 200,879 Fl. 48 Kr.

13. Nach der Bestimmung des Vertrags vom 26. April 1822 Artikel II, 5. und Artikel III, 6 bringt Baden ferner mit Zinsen zu 4 pr. Ct. in Gegenrechnung:

Die Zahlungen an Nellenburger Localdiener und Pensionäre, die vor dem 11. November 1810 fällig waren und von Badischen Kassen befriedigt wurden . . . . . 278 Fl. 47 Kr.
nebst Zinsen zu 41 - 48 -

Anlage 7 320 Fl. 35 Kr.

14. Ersatz der der Stadt Radolphszell zu vergütenden zwei Kanonen . . . . . 240 Fl.
Zinsen wegen des Vorschusses Badischer Kassen 39 - 15 Kr.

Anlage 8 279 Fl. 15 Kr.

15. Ersatz der in der Württembergischen Besitzzeit erwachsenen, von Baden vorschussweise bezahlten Privat-Forderungen von Hornberger Handwerksleuten . . . . 882 Fl. 13 Kr.
Zinsen 385 - 57 -

Anlage 9 1268 Fl. 10 Kr.

16. Für die Concurrenz der an Württemberg gefallenen Commende-Ortschaften zu dem Johanniter-meisterschen (Heitersheimischen) Passiv-Capitalfonds, wegen Heulieferungen im Jahre 1796 zur Kaiserlich Oesterreichischen Armee 4271 Fl. 34 Kr.
und Zinsen 2398 - 58 -

nach Anlage 10 6670 Fl. 32 Kr.

17. Baden erhält den Ersatz der an Mainzer Gläubiger (deren Forderungen auf Knautheim versichert waren, und welche in der Schuldentheilung an Württemberg verwiesen wurden) vorschussweise geschehenen Abzahlungen, nach Abzug von 200 Fl, welche Württemberg zu viel an Capital-Schuld übernahm, gemäss Staatsvertrages von 1816 Artikel II § 3, im Betrage von

7743 Fl. 49 Kr. laut Anlage 11. Es gewährleistet diesen Betrag seiner Vorschüsse. Eben so

18. erhält es Ersatz der sequestrirten Gefälle des Stiftes Waldkirch vom Jahre 1806—1808, deren Herausgabe der Staatsvertrag von 1808 Artikel VIII k. bereits zusagte 4430 Fl. 27 Kr.

Zinsen hiervon 3093 - 33 -

nach Anlage 12 7524 Fl. — Kr.

Sollte nach den Sequesterrechnungen ein noch grösserer Bezug erweislich für Württemberg Statt gefunden haben, so wird auch dies Mehr vergütet.

19. Wegen des mit Lasten, Vorräthen und Ausständen an Baden 1810 gekommenen Eisenwerks Zizenhausen behält dasselbe, einschliesslich der Zinsen, nach Gegenrechnung der Forderungen, welche an Württemberg von Lieferanten abgetreten wurden, laut Anlage 13, ein Guthaben von 1599 Fl. 5 Kr.

Hinsichtlich der Zinsenforderung der markgräflichen Rentenadministration für eine Kohlenlieferung der Obervogtei Münchhof zu 3390 Fl. 1¼ Kr. Im Jahre 1806 wird dieselbe für die Zinsforderung von 1806 bis 1810, da diese in gegenwärtiger Ausgleichung über den Stand von 1810 nicht aufgenommen ward, mit der Begründung ihres Anspruches an Württemberg gewiesen.

20. Baden rechnet ferner ab: die an die Fürstlich Oettinger-Wallersteinsche Kasse zu fordernde, an die Württembergische Schuldentilgungs-Kasse, in Folge eines Vertrages mit Baiern, überwiesene Schuldforderung von . . . . 9000 Fl.

nebst Zinsen bis 26. April 1822 4361 - 27 Kr.

Anlage 14 13,361 Fl. 27 Kr.

21. Ferner werden ihm für eine Forderung von Prima-Planageldern der ehemaligen schwäbischen Kreistruppen (Vergl. oben Artikel VI) Statt der geforderten 22,624 Fl. 3½ Kr. hiermit 1444 Fl. 54 Kr. zu gut gerechnet, auf das Mehr verzichtet Baden.

22. Nach der Bestimmung des Vertrages vom Jahre 1822 Artikel III, 1. bleibt der im Jahre 1814 ohne Verbindlichkeit von Baden übernommene Ober-Zollverwalter Weizel in dessen Diensten. Für dessen jährlichen Gehalt (seit 1814 bis zum 26. April 1822 mit Zinsen auf 14,639 Fl. 36 Kr. berechnet) vergütet Würt-

temberg im Wege des Vergleiches an Baden 7248 Fl., nämlich von 1814 bis 1816 den vollen Gehalt der zwei Jahre, 2013 Fl., und von da, wo er Baden Dienste geleistet, jährlich 706 Fl., vom 26. April an zahlt Württemberg auf die Lebenszeit des Weizel jährlich 706 Fl. als Beitrag zu dessen Gehalt an das Badische Aerar.

23. Für eine Forderung von 2048 Fl. 55 Kr. Capital und 1354 Fl. 31 Kr. Zinsen als Württembergische Rate, in Betreff eines nicht exigibeln Postens, der Baden durch die Auseinandersetzung der schwäbisch-österreichischen landständischen Kasse zu Ehingen am 1. Februar 1809 bei der Breisgauischen Landschaftskasse wegen angeblich im Jahre 1799 für letzte gemachte Kriegslieferungen zugeschieden ward, aber nicht giebig gemacht werden konnte, erhält Baden im Vergleichswege die Hälfte des Capital-Ansatzes, 1024 Fl. Anlage 16.

24. Aus dem Vertrage vom 30. Juni 1813 über die an Württembergische Truppen zu leistende Verpflegung, Vorspann u. s. w. legte Baden nach Abzug der baar erhaltenen 39,005 Fl. 9 Kr. eine weitere Forderung von 237,124 Fl. 16 Kr. vor, worüber man sich auf eine noch von Württemberg zu entrichtende Aversal-Summe von 180,000 Fl. verglich, welche Baden in dieser Abrechnung aufführt. Anlage 17.

25. Württemberg lässt sich für Steuerrückstand der ehemaligen Cameral-Verwaltung Radolphszell an die Gefäll-Verwaltung Mainau 182 Fl. 1 Kr. in Aufrechnung bringen.

26. Ueber die Capitalien der von Dattenbergischen Stiftung zu Villingen hat man sich, zu Erledigung dessen, was im Staatsvertrage vom 16. April 1807 § 51 und vom 31. December 1808 § 81 über die Villinger Stiftungen gesagt ist, in der Art ausgeglichen, dass die in Weikheim angelegten Capitalien von 9112 Fl. 39 Kr. Württemberg zugehören und Baden auf dieselben verzichtet. Dagegen zahlt Württemberg für die von Baden auf 10,277 Fl. berechnete Beitragssumme zu den auf genannter Stiftung ruhenden Lasten und Pensionen, sowohl für das Vergangene als das künftig Laufende, ein für allemal ein Deckungscapital von 8909 Fl. Anlage 18. Alle Urkunden und Acten, die auf dasjenige

zeitig im Besitze bleibende Vermögen Bezug haben, werden, so weit es noch nicht geschehen, ausgeliefert.

27. Die Forderung der Landschaft Nellenburg an das Württembergische Aerar, resp. die Schuldentilgungs-Kasse, wegen eines unbestrittenen Capitals von 15,000 Fl. sammt rückständigen Zinsen, und wegen deren ferneren bestrittenen Ansprache für einzelne Gegenstände, wie sie die Anlage näher bezeichnet, so wie dagegen die Forderung des Württembergischen Aerars an die Landschaft mit 5938 Fl. 12¼ Kr., ist dahin ausgeglichen, dass, laut Anlage 19, der Landschaft, einschliesslich der Zinsberechnung bis zum 25. April 1822 ein Guthaben von 12,743 Fl. 28 Kr. anerkannt ist. Dabei werden der Landschaft Nellenburg bessere Beweise einer noch grösseren Forderung vorzubringen, dagegen in diesem Falle auch dem Württembergischen Aerar der Gegenbeweis grösserer Gegenforderung, vorbehalten.

28. Die Summe der gemäss dieser Ausgleichung in Aufrechnung zu bringenden Badischen Forderungen beträgt 450,289 Fl. 4 Kr.

29. Gemäss der im Staatsvertrage vom 16. April 1807 § 51 und vom 21. December 1808 Artikel VIII 1 enthaltenen Bestimmungen, erkennt Württemberg das Eigenthum der Kirche Pfaffenweiler auf 1530 Fl. Capitalien, und der Kirche Furtwangen auf 1541 Fl. Capitalien, zusammen 3071 Fl., welche vom Stifte St. Georg in Villingen, vermöge Capital-Recess vom 18. December 1804, von den Capitalien der Neckarburger Schloss-Capelle (des Neckarburger Heiligen) beiden Pfarreien zur Dotation zugeschieden wurden, und gibt die etwa davon bezogenen Zinsen, so wie die Capitalbriefe, heraus. Anlage 20.

30. Baden verzichtet auf seine Ansprache an ein Capital von 14,000 Fl., sammt Zinsen, welches die Familie von Ulm-Werrenwag 1774 vom Stifte Muri entliehen und auf ihre Herrschaft Werrenwag und Kallenberg radicirt hat. Dagegen vertritt Württemberg sowohl wegen dieses Gegenstandes, als wegen des Capitals von noch 12,000 Fl. (ursprünglich von 16,000 Fl.), welches der Graf von Bissingen im Jahre 1773 durch Vermittelung des Stifts St. Georg zu Villingen bei dem Seckelamte des Cantons Schaffhausen entliehen hat, sowohl für Capital als Zinsen, Baden

gegen alle und jede Ansprache der Darleiher, namentlich gegen die Forderung des Seckelamtes an das St. Georgenstift zu Villingen.

31. Für die, nach dem Pariser Staatsvertrage von 1810 Artikel IX, an den zwischen beiden Staaten theilbaren Revenüen des Rechnungsjahres 1810 bis 1811 in den abgetretenen Landestheilen Baden gebührende Rate, ist an dasselbe zur Ergänzung von Württemberg noch ferner, nach einer in der Württembergischen Note vom 31. Juli 1822 zur Auseinandersetzung vorgeschlagenen Berechnung, eine Zahlung von 8830 Fl. 29 Kr. zur Ausgleichung bewilligt, und dasselbe verzichtet zugleich auf jede Ansprache an die, nach dem in jener Note angenommenen Theilungsmassstabe ihm gebührenden Revenüen vom 11. November 1810 bis Georgi 1811. Was dagegen die Rückstände (Arreragen) bis zum 11. November 1810, als dem übereingekommenen Theilungstage der Einkünfte der abgetretenen Bezirke angeht, so hat solche Württemberg, wie oben in Artikel XI bemerkt ist, im Bruttoansatze von 238,081 Fl. 46 Kr. um die Summe von 32,000 Fl. an Baden frei von allen Passiv-Rückständen, Lasten und Schulden überlassen. Ausser obiger Summe von 8830 Fl. 29 Kr. werden noch von Württemberg, sowohl in Hinsicht der von Baden geforderten, aber von Württemberg nicht als streng schuldig erkannten, Zinsen für die Zahlungen an Salm-Krautheimer Gläubiger (Art. XVII), als auch für eine Vergütung der Zinsen jenes Guthabens, welches Baden ohne diese Cession der Arreragen vom 26. April 1822 bis zum Vertragsschlusse, laut oben Art. 10 und 28 ausgeworfenen Hauptsummen in Anspruch behielt, die Summe von 6483 Fl. 47 Kr. zugestanden. Mithin hat Baden

a) für das Württembergische Guthaben (Artikel 10) von 433,603 Fl. 20 Kr. und
b) für die Arreragen (Art. 11) 32,000 Fl.,

im Ganzen 465,603 Fl. 20 Kr. zu zahlen; allein in Gegenrechnung zu bringen:

a) sein Guthaben (Art. 28) von 450,289 Fl. 4 Kr.,
b) die Ausgleichung für die Revenüen von 1810—1811 mit 8830 Fl. 29 Kr.,
c) die abzuziehenden 6483 Fl. 47 Kr. für weitere Zinsen auf dem Vergleichungswege, wie oben bemerkt, im Ganzen 465,603 Fl. 20 Kr.,

wonach sich also die beiderseitigen Forderungen gänzlich ausgleichen. Sollte irgend ein Posten der in dem übergebenen Verzeichnisse enthaltenen Ausstände, mit Ausnahme der Art. 11 bezeichneten 1725 Fl., in der Zwischenzeit an Württembergische Kassen bezahlt worden seyn, so versteht es sich, dass der Betrag an Baden vergütet wird. Alle und jede auf diese Rückstände sprechenden Schriften werden an Baden ausgeliefert.

32. Alle in den vorhergehenden Artikeln genannten Gegenstände, bisher bestritten oder in Abrechnung schwebend, sind durch diese Ausgleichung als definitiv erledigt und abgethan erkannt und jeder weitern Ansprache wegen derselben wird hiermit gegenseitig entsagt.

Wir genehmigen denselben nach allen oben stehenden Bestimmungen und werden verordnen, dass er seinem ganzen Inhalte nach vollzogen werde, Kraft Unserer Unterschrift und des beigedruckten Staatssiegels.

Gegeben in Unserer Residenzstadt Carlsruhe, den 17. Mai 1825.

(L. S.) **Ludwig.**

Vdt. Freiherr von Berstett.

a) Regierungs-Blatt des Grossherzogthums Baden vom 8. Juni 1825.

b) Vergl. die vorige Nummer.

LXXXV.

Vertrag zwischen dem Grossherzogthum Hessen und dem Churfürstenthum Hessen, unterzeichnet zu Frankfurt am Main am 29. Juni 1816.

Nachdem Seine Königliche Hoheit der Grossherzog und Seine Königliche Hoheit der Churfürst von Hessen angemessen befunden haben, Statt der vertragsmässigen Zurückgabe derjenigen Churhessischen Landestheile, welche im Jahre 1810 in Grossherzoglichen Besitz gekommen sind, eine, die gegenseitige Gebiets-Ausrundung möglichst berücksichtigende Ausgleichung eintreten zu lassen, so haben die beiden contrahirenden Höfe zur Berathung und Vereinigung darüber Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Se. Königliche Hoheit der Grossherzog:

Ihren Geheimen Rath, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Baierischen Hofe und bei der Deutschen Bundes-Versammlung, Grosskreuz-Commandeur Ihres Hausordens, Heinrich Wilhelm Carl von Harnier,

und

Ihren Geheimen Rath, auch Hofkammer-Direktor, Heinrich Freiherrn von Münch zu Bellinghausen;

und Se. Königliche Hoheit der Churfürst:

Ihren Geheimen Regierungsrath, Kammerherrn und Commandeur Ihres Hausordens, Georg Ferdinand von Lepel;

welche, nach geschehener Auswechselung ihrer in gehöriger Form befundenen Vollmachten über nachstehende Punkte übereingekommen sind:

Artikel I.

Seine Königliche Hoheit der Churfürst entsagen zu Gunsten Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs allen Rechten und Ansprüchen auf die Aemter Babenhausen, Ortenburg und Rodheim, sodann Ihrem Antheile an den Gemeinschaften Vilbel, Assenheim, Heuchelheim, Münzenberg, Trais-Münzenberg, Stadt Ortenburg, Hergeshausen, Sickenhofen und Burggräfenrode. Seine Königliche Hoheit der Grossherzog werden für Sich und Ihre Nachkommen die vorgedachten Aemter und Gemeinschaftsantheile mit allen Landeshoheits- Oberherrlichkeits- Lehens- Domanial- und andern Rechten besitzen, welche Seine Königliche Hoheit der Churfürst darin oder als Zubehör derselben, besessen haben.

Das in der Gemarkung des Amtes Rodheim, gelegene, der Nauheimer Saline zuständige Stück Waldung, der Altenberg genannt, ist rücksichtlich des Eigenthums, unter vorstehender Cession nicht begriffen, sondern wird, wie bisher, mit der Saline verbunden bleiben, und der nämlichen Steuerfreiheit und sonstigen Exemtionen geniessen, welche, hinsichtlich des Kohlenwerks, im vierten Artikel dieses Vertrags festgesetzt worden sind.

Artikel II.

Dagegen werden Seine Königliche Hoheit der Grossherzog

1) das Amt Dorheim, nach den im dritten und vierten Artikel enthaltenen weitern Bestimmungen, an Seine Königliche Hoheit den Churfürsten zurückstellen.
2) Ihnen die Ortschaften Gross-Auheim, Gross-Krotzenburg und Oberrodenbach, sodann Ihren Antheil an der Gemeinschaft Traunheim, mit allen Landeshoheits- Oberherrlichlichkeits- Lehns- Domanial- und andern Rechten, welche Sie darin, oder als deren Zubehör, ausgeübt haben, abtreten und Ihren Ansprüchen auf den Dottenfelder Hof bei Vilbel entsagen.
3) Ihnen die Souverainität über die Fürstlich und Gräflich Isenburgischen Gerichte Diebach, Langenselbold, Meerholz Lieblos, Wächtersbach, Spielberg und Reichenbach, dann den Ort Wolfenborn überlassen.

Artikel III.

In Rücksicht des Amtes Dorheim insbesondere wird bestimmt:

a) dass die gegenwärtig laufenden Pacht-Contracte von Domanial-Gegenständen, Churhessischer Seits fortgesetzt und ausgehalten werden;

b) dass in Betreff der in den Jahren Eintausend Achthundert Dreizehn und Eintausend Achthundert und Vierzehn verkauften Domainen und allodificirten Lehen, Grossherzoglicher Seits durch eine mit den Interessenten zu treffende Uebereinkunft dafür gesorgt werde, damit die Zehnten zu Dorheim und Nauheim samt der Zehntscheuer daselbst, Seiner Königlichen Hoheit dem Churfürsten wieder in Natura, mit der Befugniss, solche, vom Tage der Uebergabe an, zu beziehen, zurückgestellt, in Betreff der übrigen verkauften und allodificirten Objecte aber, die Interessenten angewiesen werden, das, was sie contractmässig noch schuldig sind, an die Churhessischen Cassen, samt, vom Ersten Juli Eintausend Achthundert Sechszehn an, zu berechnenden Zinsen, zu bezahlen, die bis dahin aufgelaufenen aber, an die Grossherzoglichen Cassen zu berichtigen. Die seither aus obigen Objecten von letztern bezogenen Kauf- und Allodifications-Summen sollen der Rentkammer zu Hanau binnen Drei Monaten wieder ersetzt werden;

c) dass in eben dieser Frist die mit den Grossherzoglichen Zehnten vereinigten, ehemals Hanauischen Zehnt-Antheile zu Hochweisel und Ostheim, Grossherzoglicher Seits nach einem Durchschnitts-Ertrage von den Jahren Eintausend Siebenhundert Acht und Neunzig bis Eintausend Achthundert Sechs, und nach einem vier procentigen Capitals-Anschlage vergütet werden;

d) dass von den Beamten, der Justiz-Amtmann Seitz dem Grossherzoglichen Dienste verbleibe, der Rentamtmann Bode und der Amtsschreiber Udet aber, mit ihren seitherigen Gehalten und Emolumenten, in den Churfürstlichen übergehe.

Artikel IV.

Zu Beseitigung aller Irrungen, welche über die Bearbeitung des im Jahre Eintausend Achthundert Zwölf entdeckten, unter

len Gemarkungen von Dorheim und Beienheim, hinziehenden Braunkohlen-Lagers entstehen könnten, ist festgesetzt worden:

1) Seine Königliche Hoheit der Grossherzog werden den Betrieb dieses Werks ausschliesslich und für Ihre eigene Rechnung fortsetzen, ohne jedoch andere, den Salzquellen zum Nachtheile gereichende neue Versuche mit Bohren und Schürfen vornehmen zu lassen.

2) Seiner Königlichen Hoheit dem Churfürsten bleibt zwar im Allgemeinen die Landeshoheit über das Werk, so weit sich die Dorheimer Gemarkung erstrecket, vorbehalten, dagegen verzichten Sie auf das Zehnten- und Verkaufs-Recht, auf die Besteuerung des Werkes, und auf alle Einmischung in dessen Bearbeitung, ertheilen auch den Erzeugnissen desselben, die vollständigste Zoll- und Ausfuhr-Freiheit, das Chaussée-Geld allein ausgenommen.

3) Seine Königliche Hoheit der Grossherzog verpflichten Sich der Saline zu Nauheim nach und nach Zehn Millionen Zentner Braunkohlen, den Zentner zu Einhundert Achtzehn Pfunde, zum Preise von zwölf Kreuzern im Vier und Zwanzig Gulden Fusse, aus dem Dorheimer und Beienheimer Kohlenwerke, wenn so viele aus demselben gefördert werden können, zu überlassen, es dürfen jedoch bis zu Ende des Jahres Eintausend Achthundert Neunzehn jährlich nicht weniger als Achtzig Tausend und nicht mehr als Einmal Hundert Funfzig Tausend Zentner, und vom Jahre Eintausend Achthundert Zwanzig an, jährlich nicht weniger, als Einmal Hundert Funfzig Tausend und nicht mehr als Zweimal Hundert Tausend Zentner, begehrt werden.

4) Nebst dem verpflichten Sich Seine Königliche Hoheit der Churfürst bis zu Ende des Jahres Eintausend Achthundert Neunzehn, jährlich Einmal Hundert Zwanzig Tausend Zentner Braunkohlen aus dem Bauernheimer Werke, zum Preise von Sechszehn Kreuzern im Vier und Zwanzig Gulden Fusse für den Zentner, zu nehmen.

5) Seine Königliche Hoheit der Grossherzog werden diejenigen Grund-Eigenthümer, welche durch den Bergbau an ihren Grundstücken leiden, schadlos halten. Der Werth des zu-

gefügten Schadens wird durch eine gemeinschaftliche Commission ausgemittelt und taxirt werden.

6) Die bei dem Kohlenwerke angestellten, und daselbst wohnenden Arbeiter, sollen, wenn sie nicht Churhessische Unterthanen sind, gleich andern in den Churfürstlichen Staaten wohnenden Fremden behandelt werden. Die Beamten hingegen verbleiben, auch wenn sie auf dem Kohlenwerke wohnen, in persönlichen Angelegenheiten unter Grossherzoglicher Gerichtsbarkeit.

7) Seine Königliche Hoheit der Grossherzog werden, so lange die Kohlenlieferung an die Saline zu Nauheim dauert, derselben jährlich Vier Tausend Säcke Salz, den Sack zu Zweihundert Acht Pfunde, Silbergewicht, abnehmen. Da die Salzpreise auf diesen ganzen Zeitraum sich nicht voraus bestimmen lassen, so ist man übereingekommen, dass, nach Ablauf des gegenwärtig noch bestehenden Contractes, die Preise von Fünf zu Fünf Jahren, durch gemeinsames Einverständniss, festgesetzt werden.

8) Die Bestimmungen der, zwischen der Hofkammer in Giessen und der Rentkammer in Hanau im Jahre Eintausend Achthundert Vierzehn abgeschlossenen Salz- und Kohlen-Lieferungs-Contracte, werden, in so weit sie nicht durch gegenwärtigen Artikel abgeändert sind, bis zu vollständiger Erfüllung der, im dritten Absatz desselben übernommenen Verbindlichkeiten, aufrecht erhalten.

Artikel V.

Um den Weitläufigkeiten vorzubeugen, welche die Auseinandersetzung des gegenseitigen Schuldenwesens herbeiführen würde, ist man übereingekommen, dass

1) alle Schulden der Hanauer Land-Kasse, einschliesslich derjenigen, welche von Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge bereits übernommen worden waren, und zwar letztere samt Zinsen vom Ersten Juli Eintausend Achthundert Sechszehn an, Seiner Königlichen Hoheit dem Churfürsten zur Last bleiben, dagegen

2) Seine Königliche Hoheit der Grossherzog

a) alle auf dem Fürstenthum Isenburg und den verschiedenen Landestheilen, woraus es zusammengesetzt ist, haftenden Landesschulden übernehmen.

b) Allerhöchst denenselben alle, auf den Orten Gross-Auheim, Gross-Krotzenburg und Oberrodenbach haftenden Mainzischen und Petersstiftischen Schulden verbleiben, und

c) Allerhöchst Sie auf alle An- und Nachforderungen an Hanauische Kassen verzichten; mit alleiniger Ausnahme von jährlichen Vierzig Gulden Fünf und Dreissig und einen halben Kreuzer, welche Sie durch Fünf und Zwanzig Jahre als Beitrag zu den übernommenen reichskammergerichtlichen Pensionen aus der Hanauer Land-Kasse erhalten werden.

Artikel VI.

Communal-Schulden und Communal-Lasten gehen mit den Communen über. So bleibt bis auf etwaige weitere Verabredung, Gross-Auheim für einen verhältnissmässigen Antheil an den Steinheimer Amtsschulden, und dieser Ort, so wie Gross-Krotzenburg und Oberrodenbach, für die Schulden der Landes-Kriegs-Kasse, der Provinz Starkenburg verhaftet. Dagegen bleibt ihnen aber auch ihr Antheil an der Kriegslasten-Purification vorbehalten. Das nämliche gilt vom Amte Dorheim, rücksichtlich seiner Verhältnisse zur Provinz Hessen.

Sobald die Berechnungen hierüber geschlossen sind, werden gemeinschaftliche Commissarien sich über die einfachsten Mittel einverstehen, um den hierdurch noch fortdauernden Verband, bald thunlichst aufzuheben, und zu dem Ende die von der einen oder der andern Seite zu leistenden Zahlungen auf bestimmte Termine zurückzuführen.

Vorbenannte Orte, so wie das Amt Dorheim, bleiben bis zu Ende des laufenden Jahres in der Grossherzoglich-Hessischen Brand-Versicherungs-Gesellschaft und tragen bis dahin zu den innerhalb derselben sich ergebenden Brandschäden, sodann zu den gewöhnlichen Verwaltungskosten, welche, von dem Jahre Ein Tausend Achthundert und Vierzehn an, noch zur Vertheilung kommen, verhältnissmässig bei, so wie sie Ersatz für die etwa in diesem Jahre noch zu leidenden Brandschäden zu erwarten haben.

Artikel VII.

Sämmtliche, am Tage der Uebergabe vorhandene, Steur-Rückstände gehen an den neuen Besitzer über, mit Ausnahme jedoch der extraordinairen und indirecten Steuer-Rückstände im Amte Dorheim, und in den Orten Gross-Krotzenburg, Gross-Auheim und Oberrodenbach, welche gleich allen Domanial-Rückständen Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge verbleiben, von den Chur-Hessischen Behörden erhoben, und innerhalb eines Jahres an die Grossherzoglichen Kassen abgeliefert werden.

Artikel VIII.

Das Vermögen der piorum corporum des Fürstenthums Hanau wird als Privat-Eigenthum betrachtet, und verbleibt denselben, es mag im Grossherzogthum oder im Churfürstenthum gelegen seyn. Dagegen behalten dieselben die aus einem titulo speciali oder aus einer Observanz herrührende Verbindlichkeit, zur Reparatur der Kirchen- Pfarr- und Schulhäuser und Unterhaltung der Prediger und Schullehrer in den, bei dem Grossherzogthume verbleibenden Aemtern und Gemeinschaften beizutragen. Um diesem Grundsatze die möglichste Vereinfachung zu geben, wird von dem im Grossherzogthume Hessen gelegenen Vermögen der piorum corporum, demselben so viel abgetreten, als zu Erfüllung obiger Verbindlichkeiten, welche alsdann auf das Grossherzogthum übergehen, nöthig ist. Zu dem Ende werden die beiderseitigen Regierungen in Zeit von Zwei Monaten dieses Ausgleichungs-Geschäft gemeinschaftlich vornehmen lassen. Der Grossherzoglicher Seits, bisher angelegte Sequester wird sofort aufgehoben, und der Cassen-Bestand, nach Abzug der Verwaltungs-Kosten, der nach dem Steuerfuss ausgeschlagenen Gelder und der stiftungsmässigen Ausgaben, an die Churfürstlichen Behörden ausgeliefert werden.

Artikel IX.

Militairpersonen, welche nicht Ober-Officiers-Rang haben, folgen ihrem Geburtsorte. Diesemnach werden alle Individuen dieser Kategorie, welche aus dem Amte Dorheim, den Ortschaften Gross-Auheim, Gross-Krotzenburg, Oberrodenbach und Traunheim gebürtig sind, und im Grossherzoglichen Dienste

stehen, vier Wochen nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags, entlassen.

Das Isenburgische Militair wird dergestalt übernommen, dass die Mannschaft vom Feldwebel abwärts, ihrem Geburtsorte folgt, von dem Officiers-Corps aber, nach Verhältniss ihrer Besoldungen, fünf gleiche Theile gemacht werden, wovon Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge Drei, und Seiner Königlichen Hoheit dem Churfürsten Zwei zufallen. In demselben Verhältnisse werden die Isenburgischen Militair-Pensionisten übernommen. Hingegen verbleiben Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge die im Jahre Eintausend Achthundert Dreizehn übernommenen Hanauischen Militair-Pensionisten, ausschliesslich derer, welche aus dem Amte Dorheim gebürtig sind. Die etwa mit zu erhaltenden Militair-Requisiten und Armaturen werden in gleichem Verhältnisse vertheilt werden.

Artikel X.

Seine Königliche Hoheit der Grossherzog übernehmen wegen der acquirirten Hanauischen Landestheile, ausser den Local-Beamten, weder Civil-Diener noch Pensionisten, und diejenigen, welche Sie seit dem Jahre Eintausend Achthundert Dreizehn bezahlen, fallen, vom ersten Juli dieses Jahres an, wieder Seiner Königlichen Hoheit dem Churfürsten zur Last. Alle Isenburgische Central-Civil-Diener und Civil-Pensionisten, werden dagegen ausschliesslich von Seiner Königlichen Hoheit dem Grossherzoge übernommen.

Von den Petersstiftischen Pensionen, die seither von den Grossherzoglichen Kassen bezahlt wurden, übernehmen Seine Königliche Hoheit der Churfürst vom ersten Juli Eintausend Achthundert Sechszehn an Drei Viertheile, in so fern noch alle die Domanial-Gegenstände vorhanden sind, wonach dieses Verhältniss ausgemittelt worden ist.

Artikel XI.

Sämmtliche Acten und Papiere, welche einzelne Ortschaften ausschliesslich angehen, werden innerhalb Vier Wochen, nach der Ueberweisung, dem neuen Besitzer überliefert, solche aber, welche andere Landestheile mitbetreffen, gegenseitig durch Auszüge mitgetheilt werden.

Die das Fürstenthum Isenburg im Ganzen betreffenden Akten und Rechnungen, verbleiben in Grossherzogthumlicher Verwahrung, doch wird den Churfürstlichen Behörden Einsicht und Abschrift jederzeit gestattet werden.

Artikel XII.

Seine Königliche Hoheit der Churfürst verpflichten Sich, eine Chaussée von der Vilbeler Gemarkung, oder vom Heiligenstock an, bis an den Main, Offenbach gegenüber, anlegen zu lassen. Mit dem Stück zwischen dem Main und der von Frankfurt nach Hanau führenden Strasse, wird bald möglichst der Anfang gemacht, der ganze Bau aber dermassen beschleunigt werden, dass er mit dem Jahre Eintausend Achthundert Achtzehn vollendet ist.

Binnen der nämlichen Zeit werden Seine Königliche Hoheit der Grossherzog eine Chaussée von der Windecker Gemarkung über Heidenbergen bis Niederwöllstadt bauen lassen.

Ueber das auf beiden Strassen zu erhebende Chausségeld werden sich beide Höfe verständigen. Befreiungen werden nicht Statt finden.

Artikel XIII.

Die beiderseitigen Regierungen werden sich über eine bei Offenbach über den Main auf gemeinschaftliche Kosten anzulegende und zu unterhaltende Schiffbrücke einverstehen, wovon der Ertrag getheilt werden soll. Zu dem Ende werden Vierzehn Tage nach der Ratification des gegenwärtigen Vertrags von beiden Theilen Commissarien zusammentreten, um hierüber das Nöthige zu verabreden.

Artikel XIV.

Die symbolische Uebergabe und Uebernahme der verschiedenen, in gegenwärtigem Vertrage benannten Landestheile, wird hier zu Frankfurt gleichzeitig mit der Uebergabe und Uebernahme derjenigen Territorien geschehen, welche Seine Königliche Hoheit der Grossherzog, zu Folge der Uebereinkunft mit den verbündeten Mächten, abtreten oder erhalten. Der Revenüen-Bezug wird am Ersten Juli Ein Tausend Achthundert Sechzehn für die neuen Besitzer anfangen.

Artikel XV.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratificirt, und die Ratifications-Urkunden werden innerhalb Vierzehn Tagen hier in Frankfurt gegen einander ausgewechselt werden.

Zu Urkunde dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und mit ihren Wappen besiegelt.

So geschehen Frankfurt am Main, den 29. Juni 1816.

(L. S.) Heinrich Wilhelm Carl von Harnier.
(L. S.) Heinrich Freiherr von Münch.
(L. S.) Georg Ferdinand von Lepel.

LXXXVI.

Vertrag zwischen Hannover und Oldenburg, über die Vollziehung des Artikels XXXIII der Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815 und die Purification ihrer bisher gemischten Besitzungen, unterzeichnet zu Bremen am 4. Februar 1817.

Nachdem im XXXIII. Artikel der Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815*) festgesetzt worden, dass von dem Königreiche Hannover an das Herzogthum Oldenburg ein Landes-District von 5000 Einwohnern abgetreten werden soll, und in Folge einer zwischen diesen beiden Staaten Statt gefundenen Unterhandlung die Uebereinkunft getroffen worden ist, bei Gelegenheit jener Cession eine Purification der bisher gemischten Besitzungen in den Kirchspielen Damme, Neuenkirchen, Goldenstedt und Twistringen, so wie die Ausgleichung sämmtlicher desfalls obwaltenden Hoheits-Irrungen und die Ausmittelung einer angemessenen Territorialgränze in dieser Gegend, durch eine gemeinschaftliche Commission bewerkstelligen zu lassen, so haben zu diesem Zwecke zu Commissarien ernannt:

Seine Königliche Hoheit der Prinz Regent, im Namen und von wegen Seiner Majestät Georg des III., Königs des vereinigten Reiches von Grossbritannien und Irland, auch Königs von Hannover:

den Ober-Appellations-Rath, dermaligen Kanzlei-Director Carl Wilhelm August Freiherrn von Stralenheim, Ritter des Guelphen-Ordens, und

den Legationsrath Johann Friedrich Albrecht von Duve;

Seine Herzogliche Durchlaucht, der Fürst zu Lübeck, Herzog und regierender Administrator zu Oldenburg:

den Justizrath und Vice-Canzlei-Director Dr. Christian Ludwig Runde, und

den Canzlei-Rath und Landvoigt Johann Christian Tenge;

welche Commissarien zuerst in Quakenbrück zusammen getreten sind, und daselbst, nach Auswechselung ihrer Vollmachten, die zu obigem Zwecke dienlichen Untersuchungen angestellt und Unterhandlungen gepflogen haben, deren Resultat sodann in Bremen schlüssig in folgenden Artikeln, salva ratificatione, vereinbaret worden ist.

Artikel I.

Ausgleichung wegen Goldenstedt und Twistringen.

In den Kirchspielen Goldenstedt und Twistringen sind die gemischten Besitzungen und Hoheits-Irrungen dergestalt purificirt und ausgeglichen: dass das Kirchspiel Goldenstedt, mit Ausnahme der Bauerschaft Rüssen am rechten Ufer der Hunte, unter alleinige Oldenburgische: die Bauerschaft Rüssen und das Kirchspiel Twistringen unter alleinige Hannöverische Landeshoheit kommt; das Herzogthum Oldenburg aber für dasjenige, was es dadurch mehr überträgt als erhält, anderweit, wie im Artikel IV folgt, entschädigt wird. In Folge dessen entsagt die Krone Hannover allen Hoheitsrechten in dem Kirchspiele Goldenstedt am linken Huntenfer, überträgt, so viel sie davon besessen, an das Herzogthum Oldenburg und überweiset demselben alle Hannöverische Unterthanen darin. Dahingegen verzichtet Oldenburg auf alle Hoheitsrechte über das Kirchspiel Twistringen und die Bauerschaft Rüssen, überträgt dieselben der Krone Hannover, und überweiset an diese alle Oldenburgische Unterthanen daselbst. Die Domainen aber und den Landesherrlichen Kammern bisher zugestandenen Gutsherrlichen Rechte sind in dieser Entsagung nicht begriffen, sondern Hannöverischer Seits in Goldenstedt, Oldenburgischer Seits an dem rechten Huntenfer und in Twistringen, in der Qualität von bevorzugten Privatgütern und unter der im Artikel XIX bestimmten Vergünstigung, bis weiter noch vorbehalten.

Da auch von Seiten des ehemaligen Hochstifts Münster in älteren Zeiten Hoheitsprätensionen in den Kirchspielen Cölleurade und Barnstorf gemacht sind, so sollen dieselben zu keiner

Zeit weiter erregt werden; vorbehältlich dessen, was die Oldenburgische Kammer daselbst an Gutsherrlichkeiten besitzt und an dahin zu rechnenden Gefällen erhebt.

Artikel II.

Ausgleichung wegen Damme und Neuenkirchen.

Da die Purification der gemischten Besitzungen und die Ausgleichung der Hoheits-Irrungen in den Kirchspielen Damme und Neuenkirchen bereits in den Jahren 1724, 1728 und 1730 der Gegenstand von Vereinbarungen zwischen den Hochstiften Münster und Osnabrück gewesen ist, deren Ausführung durch verschiedene Anstände suspendirt worden, welche gegenwärtig cessiren; so ist die in dem Schlussrecesse d. d. Damme und Ihorst 20. Juni 1730 beschriebene und in einer Karte von beiderseitigen Geometern unter dem 19. Juny gemeinschaftlich eingetragene, auch an Ort und Stelle provisorisch bezeichnete Gränzlinie von der Diepholzer Gränze an westwärts bis zur hohen Wulfelage, zuvörderst zur Basis angenommen; dergestalt, dass der nördlich dieser Gränzlinie belegene Theil des Kirchspiels Damme, unter ausschliessende Oldenburgische, der südlich derselben liegende Theil dieses Kirchspiels aber nebst dem Kirchspiel Neuenkirchen, unter alleinige Hannöverische Landeshoheit gestellt wird, damit aus diesem für die Krone Hannover solchergestalt purificirten Landestheile demnächst wieder der District von 5,000 Einwohnern, zu Ausführung des Artikels XXXIII der Wiener Congress-Acte, so wie die weitere Entschädigung für Twistringen dem Herzogthume Oldenburg überwiesen werden könne; zu diesem Zweck wird von Seiten des letzteren allen Hoheitsansprüchen über den südlich jener Linie liegenden Theil des Kirchspiels Damme und über das Kirchspiel Neuenkirchen vorerst entsagt, und so viel Oldenburg darin von Hoheitsrechten besessen, an die Krone Hannover übertragen; mit Vorbehalt der Domainen und Gutsherrlichen Rechte, welche der Herzoglichen Kammer daselbst zustehen, wie im Artikel I. Anderer Seits verzichtet die Krone Hannover für immer auf alle landesherrlichen Rechte nördlich der Gränzlinie von 1730, insonderheit auch auf die Hoheitsansprüche über die in dem unstreitigen Oldenburgischen Kirchspiel Steinfeld belegenen Höfe Sahlfeld und Kreye, und überweiset alle ihre

Unterthanen daselbst dem Herzogthum Oldenburg; vorbehältlich der in diesem District belegenen Osnabrückischen Domänen und Gutsherrlichen Gerechtsame, wie im Artikel I.

Artikel III.

Anweisung des Districts mit 5,000 *Einwohnern.*

Diesem nächst wird zu Vollziehung des Artikel XXXIII der Wiener Congress-Acte von der Krone Hannover an das Herzogthum Oldenburg abgetreten:

1) Der nach Artikel II. unter alleinige Hannöverische Landeshoheit gebrachte Theil des Kirchspiels Damme südlich der Linie von 1730 in den im Artikel V genauer bestimmten Gränzen, mit Ausschluss der in der Nähe von Vörden belegenen Ortschaften Hinnenkamp und Ahe von der Bauerschaft Hinnenkamp; jedoch ist Behuf einer bessern Territorial-Linie der Tebbe Mayer zu Hinnenkamp an Oldenburg, und dagegen Mayer zu Greven an Hannover überwiesen;
2) Aus dem Kirchspiel Neuenkirchen, die Bauerschaften Nellinghof und Grapperhausen und von der Bauerschaft Hörsten die Abtheilung Wahlde.

Es sind in dieser Abtretung begriffen, nicht nur alle Landesherrlichen Rechte, sondern auch alle der Osnabrückischen Landesherrschaft zugestandenen Domänen, und Gutsherrlichen Rechte, welche innerhalb des obigen Districts belegen, oder in darin belegenen Grundstücken fundirt sind, nichts davon ausbeschieden.

Und so wie Seine Königliche Hoheit der Prinz Regent diesen District mit den darin wohnenden 5,000 Unterthanen und allen Rechten Seiner Durchlaucht dem Herzog von Oldenburg überweiset, so nimmt dieser solchen an, erklärt damit den Artikel XXXIII der Wiener Congress-Acte für vollkommen erfüllt, und alle ihm daraus entstandenen Ansprüche für völlig erledigt.

Artikel IV.

Weitere Entschädigung für Twistringen.

Da das Hoheits-Aequivalent für das Oldenburgischer Seits an Hannover im Artikel I übertragene Kirchspiel Twistringen durch den an Oldenburg überwiesenen Hannöverischen Antheil

im Kirchspiel Goldenstedt am linken Hunteufer noch nicht vollständig gewährt werden; so weiset die Krone Hannover das Residuum ferner an, in dem durch den Artikel II unter ihre alleinige Landeshoheit gebrachten Kirchspiel Neuenkirchen, und zwar:

1) durch die Bauerschaft Neuenkirchen mit ihren Abtheilungen: Neuenkirchen, Narberhausen, Westerhausen: mit Ausschluss des Antheils Leuchtenberg und dessen, was an der westlichen Seite der Strasse, die von Vörden nach Gehrde führt, belegen ist,

2) durch den Antheil Harringhausen von der Bauerschaft Hörsten;

3) durch den an der östlichen Seite des beschriebenen Weges belegenen Theil der Bauerschaft Rieste, mit Ausschluss des Colonus Holtheide,

in den im Artikel V genauer bestimmten Gränzen;

So wie Oldenburg in Twistringen und Hannover in Goldenstedt, so behält Hannover auch in diesem Aequivalent-Distrikt die Domänen und Cameral-Gutsherrlichkeit nach der Bestimmung im Artikel I.

Artikel V.

Hoheitsgränze im Kirchspiel Goldenstedt.

Am Kirchspiel Goldenstedt macht in Osten die Mitte der Hunte die Hoheitsgränze. Jedem Staate steht die Ufer-Polizei an seiner Seite zu; doch wird man wegen Anstalten oder Bauten an einem Ufer, die auf das gegenseitige Ufer von nachtheiligen Folgen seyn könnten, freundnachbarlich communiciren. Dies geschieht auch wegen Unterhaltung oder Erbauung der gemeinen Brücke über die Hunte, wobei die erforderlichen Kosten von jedem Staate zur Hälfte getragen, so wie von jedem eine gleiche Anzahl Hand- und Spanndienste gestellt werden. In sofern das zur Separation erforderliche Holz aus der Gemeinde-Hölzung Hellweg bisher erfolgt ist, bleibt es auch künftig dabei bis zu einer etwaigen Theilung derselben.

Südöstlich in der Gegend von Rethewisch macht die Goldenstedter Kirchspiels- oder Markengränze die Hoheitsgränze gegen das Hannöverische Kirchspiel Barnstorf.

Artikel VI.

Gränzbeschreibung in den Kirchspielen Damme und Neuenkirchen.

1) Die Hoheitsgränze fängt im Norden bei dem Ursprunge der Dadau oder im Unlande an. Von hier geht sie gegen Süden in gerader Linie auf einen Punkt im Haverbecker Damm, der durch $\frac{2}{3}$ der Breite des Moors bestimmt wird, so dass ungefähr $\frac{2}{3}$ dieses Markengrundes an Hannover und $\frac{1}{3}$ an Oldenburg fällt. Darauf wendet sich die Gränzlinie gegen Osten an den Haverbecker Damm her, bis auf den Scheidegraben, zwischen Deters und Beckerstedts zu Haverbeck Wiesen; diesen Graben herunter, bis in eine Entfernung von zwei rheinländischen Ruthen von dem Punkte, wo dieser Graben in die alte Hunte fällt; ferner zwei rheinländische Ruthen vom Ufer der alten Hunte entfernt an diesem Fluss aufwärts, bis an die Gränzlinie, die 1730 mit Steinen bezeichnet worden.

2) Auf der Gränzlinie von 1730 geht die neue Gränze gegen Westen bis dem Punkte gegenüber, wo die Heimkenbeeke durch Feakers Damm fliesst; dreht sich gegen Süden, geht auf diesem Punkt und an der rechten Seite der Heimkenbeeke in einer Entfernung von zwei rheinländischen Ruthen an der Beeke herunter bis dahin, wo das feste Ufer des Dümmer Sees endet; an diesem festen Ufer südlich am See herauf, bis an die Stelle, wo der Ohms-Bach zwischen Oljes zu Hüde und Greven zu Ihlendorf Wiesen in den See fällt. Von da an, wo die Wiesen des Oljes und Greven mit denen von Hartmann und Bürger zusammenstossen, geht die Gränze gerade auf die nordwestliche Ecke der Tannen.

3) Von der nordwestlichen Ecke der Tannen zu, folgt die Gränze dem nördlichen Graben des von den Tannen nach Röttinghausen gelegten Dammes. Wo dieser aufhört, geht die Gränze dem auf festem Boden laufenden Feldwege nach bis an die südöstliche Spitze der Röttinghäuser neuen Zuschläge, auf der Leuchtenburger Heide, an diesen Zuschlägen her bis an die südwestliche Ecke derselben. Von

da auf Lonnemanns Schaafstall, so dass dieser auf Oldenburgischer Seite bleibt und darauf auf Lonnemanns und Herzogs Befriedigungen her, bis an den westlichen Punkt von Herzogs-Hofe. Von hier in gerader Richtung über den Grevener Esch in der Furche zwischen Twysteks u Greven und Wilken zu Hinnenkamp Lande her, des Colons Wilken Acker gegenüber, auf den Heerweg von Vörden nach Damme. Durch diese Linie wird Meyers zu Greven Hof von Greven abgeschnitten, so dass Meyer zu Greven bei Hannover bleibt. Hierauf macht Wilken Acker und der Hagen von Tebbemeyers Leibzucht-Garten die Gränze bis an die westliche Ecke von Tebbemeyers Garten am Dammer Wege, diesen Garten an der Oldenburgischen Seite lassend, wodurch Tebbemeyers Hof von Hinnenkamp abgeschnitten und Oldenburg überlassen wird. Dann geht die Gränze, den nach Uphaus laufenden Weg an der Hannöverischen Seite lassend, von der westlichen Ecke des dem Gerhard Uphaus gehörenden Gartens, quer über den Weg und über Uphaus Acker-Gründen in gerader Linie nach der westlichen Ecke der Uphausischen auf dem Osterkampe belegenen Aecker, welche an der Oldenburgischen Seite bleiben, und schneidet dadurch die Vörder und Astrupper Lehmgruben an der südwestlichen Ecke des Jürgen zu Wahlde Kampe ab, so dass diese Gruben an der Hannöverischen Seite bleiben. Der Mitte dieses dem Jürgen zu Wahlde gehörigen Kamps gegenüber, macht ein Bach an den Lehmgruben die Gränze bis da, wo er in den Astrupper Bach tritt. Dann läuft sie diesen Bach hinauf bis an die südliche Ecke der Wiese, welche Jürgen zu Wahlde gehört, die an der Oldenburgischen Seite bleibt; ferner der Gränze dieser Wiese nach, bis an die südliche Gränze des Laager Sundern, an dieser her und schneidet weiter die Jürgen zu Wahlde gehörenden Gründe für Oldenburg ab, geht dann nördlich bis zur Markschnaat der Neuenkircher und Hörster Mark, welche letztere an der Hannöverischen Seite bleibt, und dieser Schnaat nach, so weit die Gründe offen sind. Von hier geht die Gränze in den Vereinigungs-Punkt des Severinghäuser und Hörster

Kirchweges. Von da in gerader Linie bis an die nördliche Ecke des zu Leuchtenberg gehörenden Hausgartens; sodann längs des gegen denselben fortlaufenden Weges und des östlichen Weggrabens des von Vörden nach Stiekteich führenden Weges, bis dahin, wo dieser Weg, in der Gegend des Wimmelo-Berges in die Biester Mark tritt. Von hier geht sie in gerader Linie nach der südlichen Ecke des Middendorf gehörigen Busches im Biester Esche, folgt der Gränze dieses Busches und läuft von der westlichen Ecke desselben in gerader Linie bis an die südliche Ecke von Bohnen Hof; folgt der Richtung des Wegs um Rumps Hof bis wieder auf den von Gehrde nach Stiekteich führenden Weg. Hierauf geht sie längs dieses Weges, so dass dieser in dem Hannöverischen Gebiete bleibt, Bohnen Leibzucht vorbei bis an Kübbings Leibzucht; von dieser um Klatten-Ort, der im Oldenburgischen Gebiete bleibt, in gerader Linie nach der südlichen Ecke von Holtheiden Gründen, die Hannover behält, nach der nordwestlichen Ecke des Immenthums oder Immenbusches, welcher an Oldenburg fällt. Von hier geht die Gränze auf der Markengränze der Bauerschaft Nellinghof und des Kirchspiels Gehrde her, bis an die dem Colonus Twelbeck aus der Mark Fladderlohhausen zugefallenen Gründe an der Twelbecken Brücke, dann aber auf der zwischen den Bauerschaften Holdorf und Fladderlohhausen an der einen und der Hannöverischen Bauerschaft Grönloh auf der andern Seite vereinbarten Markengränze, die hier zugleich die Hoheitsgränze macht.

Die unter Nr. 1. bezeichnete Gränzlinie ist blos provisorisch, unter Nr. 2. beschriebene ist definitiv, und die unter Nr. 3. beschriebene theils provisorisch, theils definitiv bestimmt, und es kommt auf dieser ganzen Linie, vom Unlande an, die Bestimmung des folgenden Artikel XXX nach Verschiedenheit des Gegenstandes Anwendung, jedoch mit folgenden näheren Bestimmungen:

a) An der alten Hunte kann der zur Reinigung des Flusses vorbehaltene Raum auch bei der definitiven Bestimmung der Gränze nicht weniger als zwei rheinländische Ruthen Breite haben.

da auf Lonnemanns Schaafstall, so
burgischer Seite bleibt und dar
Herzogs Befriedigungen her, b
von Herzogs Hofe. Von hie
den Grevener Esch in der
Greven und Wilken zu
loni Wilken Acker geg
den nach Damme.
Greven Hof von Gr
Greven bei Hannov
und der Hagen
Gränze bis an
am Dammer
Seite lasse
kamp abge
geht die
Hannöv
des der
den V
Lini
Ost
sc
A
a
ä
ü
ü
ü

von Westen nach Osten
Hoheitsgränze steht
tigen Privat-
genauen
ne Berück-
Hinsichten für

, dass mit dem Ein-
so zeitig als die Jahrs-
und Stelle gestattet, eine
nburgische Commission die
anzenden Hannöverischen und
nstatiren und die gegenseitigen
zen solle, welchemnächst die Ho-
unlich und in so weit nicht besondere
s rathsam darstellen, dergestalt gezogen
Privat- und Gemeinheitsgründe der Han-
nburgischen Unterthanen resp. unter Han-
enburgische Hoheit gestellt werden.

Artikel IX.

Landesschulden.

nsehung des von der Krone Hannover an das Herzog-
Oldenburg aus dem Kirchspiel Damme und Neuenkirchen,
ge der Wiener Congress-Acte im III. Artikel überwiese-
Districts von 5,000 Einwohnern übernimmt das Herzogthum
nburg von den allgemeinen Osnabrückischen Landesschulden,
m Masse, wie solches von der allgemeinen Stände-Versamm-
des Königreichs anerkannt worden, einen Antheil, welcher
Verhältniss der jetzigen Gesammt-Bevölkerung des Fürsten-
s Osnabrück zu den davon getrennten 5,000 Mitbürgern be-
st wird.

In den gegenseitig in den Artikeln I, II und IV übertrage-
ausgleichungs-Districten aber werden die darauf haftenden
desschulden gegen einander aufgehoben; dergestalt, dass
Hannover etwas von den Münsterischen Landesschulden,
Oldenburg etwas von den Diepholzischen oder Osnabrücki-

b) Aller Anwachs des Dümmer-Sees an der neu bezeichneten Gränze, so weit er nicht schon als fester Boden und in Wiesen als tauglicher Wiesenwachs zu betrachten ist, bleibt unter Hannöverischer Landeshoheit.

c) Vom Dümmer-See bis zu der nordwestlichen Ecke der Tannen, kann die Gränze unter keinen Umständen verändert werden.

d) Von den Tannen bis da, wo die Gränze im Fladder in die Herrlichkeit Dinklage tritt, soll bei Markentheilungen die Hoheitsgränze gleich gemacht oder ihr doch möglichst nahe gebracht werden, nur kann die Oldenburgische Gränze nie weiter als bis in die Nähe des Düven- oder grossen Torf-Moors gehen und nie über den Weg treten, der von Vörden nach Gehrde führt.

Artikel VII.

Abwässerungen an den Gränzen.

Neue Abwässerungs-Anlagen können auf dem westlich des Dümmer-Sees belegenen Dammeschen Grund-Eigenthume nur nach vorgängiger Communication und im Einverständniss mit den Beamten zu Lemförde, desgleichen neue Abwässerungs-Anlagen auf dem westlich der alten Hunte belegenen Dammeschen Grund-Eigenthume sowohl an Grundstücken, Wiesen und Moorgründen, nur nach vorgängiger Communication und im Einverständniss mit den Beamten zu Diepholz vorgerichtet werden.

Ueber die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit solcher Entwässerungen soll eine gemeinschaftliche Commission von Sachverständigen im nächsten Frühjahr zusammentreten und nach dem Resultate dieser Untersuchung so viel als möglich hierunter eine nähere Bestimmung getroffen werden.

Artikel VIII.

Bestimmung wegen sonstiger streitiger Gränzen.

Die zwischen dem Hannöverischen Amte Fürstenau einer Seits und dem Oldenburgischen Amte Löningen, wie auch der Herrlichkeit Dinklage anderer Seits bis in die Umgebungen von Grönloh, ingleichen die nördlich des Ursprunges der Bada bis zu

dem Punkte, wo die Mark Goldenstedt von Westen nach Osten auf die Hunte zugeht, fortlaufende streitige Hoheitsgränze nicht nach den eingezogenen Erkundigungen mit gegenseitigen Privat-Ansprüchen der angränzenden Gemeinden in einer zu genauen Verbindung, als dass ein Vergleich über die Erstere ohne Berücksichtigung der Letzteren, nicht in verschiedenen Hinsichten für bedenklich hätte erachtet werden sollen.

Es ist daher die Uebereinkunft getroffen, dass mit dem Eintritte des nächsten Frühjahrs, und zwar so zeitig als die Jahrszeit nur irgend Untersuchungen an Ort und Stelle gestattet, eine gemeinschaftlich Hannöverisch-Oldenburgische Commission die Privatstreitigkeiten der sich begränzenden Hannöverischen und Oldenburgischen Gemeinden constatiren und die gegenseitigen Interessenten auseinandersetzen solle, welchemnächst die Hoheitsgränze, so viel als thunlich und in so weit nicht besondere Rücksichten ein andres als rathsam darstellen, dergestalt gezogen werden wird, dass die Privat- und Gemeinheitsgründe der Hannöverischen und Oldenburgischen Unterthanen resp. unter Hannöverische und Oldenburgische Hoheit gestellt werden.

Artikel IX.

Landesschulden.

In Ansehung des von der Krone Hannover an das Herzogthum Oldenburg aus dem Kirchspiel Damme und Neuenkirchen, in Folge der Wiener Congress-Acte im III. Artikel überwiesenen Districts von 5,000 Einwohnern übernimmt das Herzogthum Oldenburg von den allgemeinen Osnabrückischen Landesschulden, in dem Masse, wie solches von der allgemeinen Stände-Versammlung des Königreichs anerkannt worden, einen Antheil, welcher nach Verhältniss der jetzigen Gesammt-Bevölkerung des Fürstenthums Osnabrück zu den davon getrennten 5,000 Mitbürgern berechnet wird.

In den gegenseitig in den Artikeln I, II und IV übertragenen Ausgleichungs-Districten aber werden die darauf haftenden Landesschulden gegen einander aufgehoben; dergestalt, dass weder Hannover etwas von den Münsterischen Landesschulden, noch Oldenburg etwas von den Diepholzischen oder Osnabrück-

schen (ausser dem Antheil wegen des Districts der 5,000 Einwohner) übernimmt.

Artikel X.

Localdiener.

Localdiener, welche vermöge ihres Dienstes in einem der abgetretenen Districte wohnen mussten, werden von der neuen Landesherrschaft übernommen und behalten die ihnen durch den § 59. des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803 zugesicherten Rechte.

Artikel XI.

Militairpersonen.

Diejenigen Landes-Kinder, welche aus den abzutretenden Districten sich in Militair-Diensten befinden, werden innerhalb Zeit von 6 Monaten in ihre Heimath entlassen.

Wenn aber künftig eine Familie über die Landesgränze aus einem Theile der getrennten Kirchspiele in den andern zieht, wovon ein Mann in Kriegsdiensten des Staates steht, den die Familie verlässt, so bleibt derselbe dennoch in jenem Dienste, ist aber nach erhaltenem Abschiede vom Kriegsdienste seines neuen Vaterlandes (den Dienst im Landsturm ausgenommen) befreiet.

Diese Bestimmung soll so lange gelten, bis die Deutsche Bundesversammlung, in Folge Artikel XVIII, 2, b, der Deutschen Bundes-Acte, andere Grundsätze einführen wird.

Artikel XII.

Pensionen.

Die Bezahlung der Civil-Pensionen, welche in Beziehung auf Dienste zum Nutzen der abgetretenen Districte, ehemaligen Localbedienten, deren Wittwen oder Kindern bereits ausgeteilt sind; sowie der Militair-Pensionen, für Individuen, die aus den abgetretenen Districten gebürtig sind, fällt der neuen Landesherrschaft, von dem Zeitpunkt da sie eintritt, zur Last.

Unter der letzteren Bestimmung sind die von der Krone England ausgesetzten Pensionen nicht begriffen.

Artikel XIII.

Gränzscheidung zwischen Landesherrlichen und Gutsherrlichen Rechten.

Da zufolge der Artikel I, II, III und IV in den gegenseitig abgetretenen Districten, die Landesherrlichen Rechte überall sofort übergehen: Die Domainen und Kameral-Gutsherrlichkeiten aber nur in dem Artikel III angewiesenen Districte der 5,000 Einwohner von der Krone Hannover an das Herzogthum Oldenburg übertragen sind; hingegen in folgenden (unter der generellen Benennung der „Ausgleichungs-Districte" zu begreifenden) Districten, nämlich in dem Kirchspiel Goldenstedt am linken Hunteufer (Artikel I), in dem nördlich der Linie von 1730 belegenen Theile des Kirchspiels Damme, sowie auch über die Colonen Sahlfeld und Kreye im Kirchspiel Steinfeld, (Artikel II) in dem Aequivalent-District für Twistringen aus dem Kirchspiel Neuenkirchen (Artikel IV) für die Königlich Hannöverische Kammer: in dem Kirchspiel Twistringen aber so wie in Barnstorf und Collenrade (Artikel I) und in den unter Hannöverischer Landeshoheit verbleibenden Bauerschaften des Kirchspiels Damme und des Kirchspiels Neuenkirchen, für die Herzoglich Oldenburgische Kammer, bis weiter noch reservirt bleiben; so ist, um jedem Zweifel zuvorzukommen, ob ein Recht oder eine Nutzung davon zu den Landesherrlichen, oder zu den reservirten Domainen und Gutsherrlichkeiten gehöre? folgendes festgesetzt: Es gehören in die letztere Klasse alle liegende Gründe und Grundgerechtigkeiten, welche im Privat-Eigenthum des Landesherrn oder Staats stehen, der die Hoheit abtritt, auch wenn sie durch Ausweisung aus der gemeinen Mark in dasselbe übergegangen sind; insbesondere dessen Forsten und Forstberechtigungen, die Jagd, so weit sie dem abtretenden Landesherrn zustand, (wobei im Kirchspiel Twistringen der Vergleich vom 3. August 1791 ferner zur Norm dient); ferner alle aus einem gegen die bisherige Landesherrschaft bestehenden Gutsverhältnisse der Eingesessenen, als der Eigenbehörigkeit, Erbpacht, Hofhörigkeit, dem Meyernexus, Lehnsnexus, Zehntrecht entspringenden Rechte, Dienste und Abgaben, alle trockene Gefälle, welche, wenn auch ihr Ursprung zweifelhaft, doch gegenwärtig nicht mehr mit der Ausübung einer Gerichtsbarkeit oder sonstigen Verwaltung in Verbindung

stehen; es bestehen nun die beschriebenen Rechte in Geld oder Naturalien, sie seyen ständiger oder unständiger Art, es mögen solche von den Kammern selbst gezogen, oder an Bedienete in partem salarii angewiesen seyn. Dahin gehört namentlich auch der May- und Herbstschatz, Dienst- und Knechtegeld, Burgfestdienste.

Alle anderen Hebungen und Nutzbarkeiten, sie entspringen aus der Finanzhoheit, der Gerichtsbarkeit, Polizey, Landfolge, oder nutzbaren Regalien, sind mit diesen als Landesherrlich betrachteten Rechten, selbst gegenseitig ohne besondere Entschädigung schon jetzt in den hinc inde abgetretenen Districten übertragen.

Insbesondere entsagt jede Landesherrschaft in dem auf die andern übertragenen Districte, auch da wo die Gutsherrlichkeit reservirt worden, allen Contributionen, Schatzungen und directen Steuern (wohin auch, was unter dem Namen von Rauchschatz und Fouragegelder erhoben worden, gehört), allen indirecten Steuern (Zoll, Accise, Weggeld), aller Pacht und Recognition von Gewerben, aller Hode- und Schutzgerechtigkeit, dem Häuslings- oder Judenschutzgeld: Ferner um allen künftigen Zwistigkeiten möglichst vorzubeugen, der Markengerichtsbarkeit und Holzgrafschaft mit allen daraus folgenden Emolumenten, (vorbehältlich was besonders wegen der an den Landesgränzen unter beiderseitige Hoheit fallenden noch ungetheilten Markengründe bestimmt wird); Oldenburg entsagt der Blutronne, dem Göding und Gogericht in der Densberger Mark, so viel davon unter Hannöverischer Hoheit verbleibt, und den damit in Verbindung stehenden Gerichtshocken, Richterhocken und Fuhren (vorbehältlich beiden Theilen was unter diesem Namen in anderen Districten sich erhalten hat).

Hannover renuncirt auf die Ausübung der Wroge und auf das Brüchtengericht in den an Oldenburg übertragenen Districten. Beide Theile entsagen dem Dienste des Brieftragens, welcher einzelnen überwiesenen Unterthanen obgelegen hat.

Artikel XIV.

Gränze der in dem Artikel III übertragenen Domainen und Gutsherrlichen Rechte.

Der zu Vollziehung des Artikels XXXIII der Wie-

ner Congress-Acte im Artikel III des Recesses an das Herzogthum Oldenburg überwiesene District, wird, hinsichtlich der darin mit übertragenen Domainen und Gutsherrlichen Rechte, (welche in den Ausgleichungs-Districten bis zur Austauschung gegenseitig vorbehalten worden) nördlich durch die Linie von 1730 und übrigens durch die Markung der Ortschaften begränzt, welche dazu gelegt sind. Alle Domainen und der Osnabrückischen Landesherrschaft zugestandene Gutsherrlichen Rechte, welche innerhalb dieser Gränzen liegen, sind in der Uebertragung begriffen.

Rechte, welche nicht auf einem einzelnen Grundstücke, sondern auf einer ganzen Stelle haften, gehören dahin, wo das Haupthaus liegt, wenn auch Pertinenzien ausserhalb der Gränzen der Gutsherrlichkeit belegen sind. Domanial-Zehnten und Fluren, welche diese Gränze durchschneidet, zieht jede Kammer von den einzelnen Grundstücken, die innerhalb der Gränzen ihrer Gutsherrlichkeit liegen, und ein Zehntgeld wird verhältnissmässig getheilt.

Artikel XV.

Auslieferung der Verzeichnisse über die Domainen und Gutsherrlichkeit.

Es sollen genaue amtliche Verzeichnisse mitgetheilt werden:

1) Hannöverischer Seits binnen zwei Monaten vom Tage der Ratification des Recesses an Oldenburg, über die in dem Districte, welcher in Folge der Wiener Congress-Acte abgetreten worden, belegenen nach Artikel III und XIV mit übertragenen Domainen und Gutsherrlichem Rechte.
2) Gegenseitig spätestens binnen drei Monaten von den in den Ausgleichungs-Districten bis zur Austauschung jedem Theile vorbehaltenen Domainen und Gutsherrlichen Rechte, nach Anleitung der im Artikel XIII vereinbarten Grundsätze.

Artikel XVI.

Künftiger Austausch der vorbehaltenen Domainen und Gutsherrlichen Rechte.

Die in den Ausgleichungs-Districten in der Qualität als Privatrechte gegenseitig reservirten Domainen und Gutsherrlichkeiten, sollen, wo möglich, gegen genügende Vergütung in das

Eigenthum der Landesherrschaft, unter deren Hoheit sie liegen, gebracht werden. Zu dem Ende soll im nächsten Jahre eine gemeinschaftliche commissarische Unterhandlung Statt finden, um so weit durch dieselbe eine Gleichheit des Werths der Gegenstände constatirt werden wird, ein Tausch vorgenommen, das sich auf der einen oder andern Seite ergebende Excedens aber nach den Grundsätzen, worüber man sich noch näher vereinbaren wird, vergütet werden.

Hiervon bleiben jedoch vorläufig ausgeschlossen die Zehntgefälle aus den Hannöverischen Höfen zu Ambergen, Einen und Gastrupp im Kirchspiel Goldenstedt, welche ehemals vom Collegiat-Stift ad Sanctum Alexandrum zu Vechta gezogen, im Jahre 1764 aber von Chur-Braunschweig sequestrirt worden sind, und von jenem Stifte gegenwärtig reclamirt werden. So fern diesem Anspruche nicht in Güte nachgegeben wird, soll darüber auf dem Wege Rechtens von den competenten Hannöverischen Gerichten entschieden, bis dahin aber Oldenburgischer Seits keine Massregel, wodurch der Besitzstand verändert wird, genommen werden.

Artikel XVII.

Anfangstermin der übertragenen Hebungen.

Sowohl die Steuern und alle wie Landesherrlich betrachteten Hebungen, als die Domanial-Aufkünfte und Gutsherrlichen Gefälle in dem Artikel III abgetretenen District gehen mit dem 1. Januar 1817 auf den neuen, nach diesen Recess eintretenden Landesherrn über, wenn auch die Ratification erst später erfolgen sollte.

Da aber die Hannöverischen Rechnungen über die Domanial-Aufkünfte und Gutsherrlichen Gefälle vom 1. May bis zum 1. May geführt werden, so sollen die Hebungen dieser Art, in dem durch den Artikel III abgetretenen District pro rata temporis für das laufende Berechnung-Jahr vom Maytag $\frac{1816}{1817}$ zwischen Hannover und Oldenburg in dem Masse getheilt werden, dass der verhältnissmässige Antheil für Hannover nach dem Zeitraum vom 1. May 1816 bis zum 31. December 1816, und der für Oldenburg vom 1. Januar bis zum 1. May 1817 berechnet wird.

Aeltere Rückstände, sowohl von hoheitlichen als Domanial-

hebungen, bleiben dem abtretenden Theile vorbehalten, und es findet in Ansehung derselben die im Artikel XIX vereinbarte Weise der Beitreibung Statt.

Artikel XVIII.

Säcularisirtes geistliches Gut.

Das in den Kirchspielen Damme, Neuenkirchen, Goldenstedt und Twistringen belegene, in Folge des Reichs-Deputations-Hauptschlusses von 1803 säcularisirte geistliche Gut, bleibt

1) In den Ausgleichungs-Districten der Verfügung desjenigen Landesherrn vorbehalten, der im Besitz der Hauptcorporation ist, wozu es als Pertinenz gehört; nach Vorschrift des Artikels XXXVI des Reichs-Deputations-Hauptschlusses.

2) In dem durch den Artikel III mit allen Domainen abgetretenen District bleibt

   a) den Stiftern zu Bersenbrück und von St. Johann zu Osnabrück alles Eigenthum, wie anderen Privaten vorbehalten.

   b) In Ansehung des übrigen Klosterguts und der vormaligen Domcapitularischen Besitzungen aller Art in diesem Districte, entsagt das Herzogthum Oldenburg gleichfalls seinen Ansprüchen, jedoch unter der Bedingung, dass dagegen nicht nur:

      aa) Die jährliche Entschädigung, welche den Kirchen- und Schulbedienten im Kirchspiel Damme für den Verlust der Stolgebühren von den Evangelischen Eingesessenen mit 27 Rthlr. 15 Sch. 7 Pf. Conventions-Münze von der Hannöverischen Regierung bereits angewiesen ist, in diesen Gütern fundirt: sondern auch

      bb) die genügende und nach völlig gleichen Grundsätzen wie im Osnabrückischen zu bestimmende Entschädigung der Pfarren, Küstereyen und Schulen zu Damme und Neuenkirchen, sowohl in Betreff der Stol-Gebühren, als der Structur der geistlichen Gebäude, für den Verlust, welchen dieselben aus der Trennung der Hannöverischen Ortschaften aus dem

bisherigen Parochial-Verbande (Artikel XXXV) entleiden, auf einen angemessenen Theil solcher Güter angewiesen werde. —

Es versteht sich dabei von selbst, dass die bisher an die Pfarrer und geistlichen Bediente entrichteten Präven und sonstigen Grundgefälle nach wie vor von den Pflichtigen entrichtet werden müssen, und daher bei dieser Entschädigung nicht in Betracht gezogen werden.

Wegen des Guts der Maltheser-Ordens-Comthurey Lage beruht alles auf der Bestimmung des Deutschen Bundestages über die Güter jenes Ordens überhaupt, die als rechtmässig säcularisirt bis jetzt noch nicht angesehen werden können, und bis auf solche Bestimmung unter der bisherigen Verwaltung bleiben.

Artikel XIX.

Beitreibung der gutsherrlichen Gefälle.

Da das gutsherrliche Recht der Privat-Execution in Ansehung der aus dem in diesem Recess gegenseitig übertragenen Territorio zu beziehenden Gefälle, nicht ferner Statt finden kann, so sollen auch die öffentlich angestellten Erheber der Domanial- und der zu den säcularisirten oder noch bestehenden geistlichen Corporationen auch Kirchen und Schulen gehörenden Intraden nicht verpflichtet seyn, gegen die säumigen Schuldner mit förmlichen Klagschriften aufzutreten, noch viel weniger sich zur Erwirkung einer an sich wohl begründeten Execution in ein förmliches prozessualisches Verfahren einzulassen. Es soll vielmehr die auf den Grund eines von den gegenseits angestellten öffentlichen Beamten beglaubigten Extracts der Rückstände zu erlassende Requisition an die competente gegenseitige amtliche Behörde, in deren Districte das Praestandum fällig geworden, und zwar ohne Rücksicht auf die Grösse des Betrages, genügen, um die Beitreibung und Uebermittelung der Schuld auf Kosten des Schuldners durch diese auf das Fördersamste zu erwirken. Im Fall, dass entweder die Verpflichtung an sich bestritten, oder die Zahlung entweder ganz oder zum Theil bescheinigt werden sollte, wird die requirirte Behörde hievon den Requirirten ebenfalls ungesäumt in Kenntniss setzen und dessen weitere Erklärung gewärtigen, um zu beurtheilen, ob der Einwand des Schuldners dadurch edirt

worden, oder ob es etwa der Einleitung eines rechtlichen Verfahrens bedürfen möchte, in welchem letzteren Falle ebenfalls die schleunigste und mindest kostspielige Rechtsentscheidung den gegenseitigen Behörden zur Pflicht gemacht werden wird.

Der letzteren sollen sich ebenfalls alle diejenigen Privati zu erfreuen haben, welche gutsherrliche Gefälle aller Art in den gegenseitigen Territorien zu beziehen haben, wogegen diesen die Befugniss einer blossen Requisition nicht wohl zugestanden werden mag, vielmehr denselben die Verfolgung des gesetzlichen Weges der Rechtshilfe obliegt.

Artikel XX.

Münzfuss.

Alle baaren Geldgefälle, welche in den hinc inde übertragenen Districten an eine auswärtige Landesherrschaft, deren Kammer, an eine auswärtige Corporation oder Privatperson zu leisten sind, sollen, sowohl was die Rückstände betrifft, als die künftighin fälligen, in der Münzsorte, worin sie bisher entrichtet worden, oder nach deren in dem Lande des Empfängers evaluirten Werthe, ferner bezahlt werden.

Artikel XXI.

Sicherung des Privat-Eigenthums jenseits der Hoheitsgränze überhaupt.

Den beiderseitigen Unterthanen, einzelnen Personen wie Corporationen, Geistlichen wie Weltlichen, bleibt ihr Privat-Eigenthum, Grundbesitz und Grundberechtigungen, insbesondere die hergebrachten Markbenutzungen und Jagdberechtigungen, auch jenseits der vereinbarten Hoheitsgränze vorbehalten; sie geniessen dessfalls gleichen Schutz und gleiche Vortheile, wie die Unterthanen des eigenen Staats.

Artikel XXII.

Aufhebung der Eigenbehörigkeit im Oldenburgischen.

Da die Eigenbehörigkeit im Oldenburgischen aufgehoben und in ein Erbpachts-Verhältniss verwandelt ist, so treten auch die Hannöverischen an Oldenburg übergehenden Unterthanen, welche der Kammer, geistlichen Stiftungen oder Privaten

eigen behörig sind, sofort in den Stand persönlicher Freiheit; die Gutsherren aber bleiben im Besitz aller Emolumente an der Eigenbehörigkeit, auch des Gesindezwangdienstes, bis dafür von der Oldenburgischen Regierung eine Entschädigung bestimmt seyn wird.

Artikel XXIII.

Pertinenzien jenseits der Hoheitsgränze.

Diejenigen Grundstücke und Grundberechtigungen, welche gegenwärtig zu einer Stelle gehören, von der sie durch die neue Hoheitslinie getrennt werden, sollen dennoch fortdauernd mit jener Stelle als ein Ganzes angesehen, als Pertinenz derselben durch die beiderseitigen Aemter gemeinschaftlich verzeichnet, und nach den Gesetzen des Landes, worin das Hauptwohnhaus liegt, beurtheilt werden; mithin diesem im Erbgange sowohl, als bei Veränderungen des Besitzes unter Lebenden folgen; auch in soferne über die ganze Stelle Prozess entsteht, oder Concurs ausbricht, von den Gerichten, bei welchem dieser anhängig, angezogen werden; wie denn eine Trennung solcher Pertinenzien nur von der Landesbehörde des Haupt-Wohnhauses bewilliget werden kann.

Im Uebrigen sind dieselben der Gerichtsbarkeit des fori specialis rei sitae, so weit dieselbe gesetzlich begründet ist, unterworfen und können daselbst mit Special-Hypotheken belegt werden, die bei einem General-Concurse nach der ihnen durch die Gesetze dieses fori beigelegten Kraft zu lociren sind.

Auch steht einer jeden Landesherrschaft das Recht zu, solche unter ihre Hoheit fallende Pertinenzien eines auswärtigen Grundstücks mit Grundsteuern zu belegen. Bis indessen von der einen oder andern ein anderes Steuersystem angenommen wird, bleibt es bei der gegenwärtigen Verfassung, nach welcher die Contribution nicht auf den einzelnen Grundstücken, sondern auf dem ganzen Erbe oder Stätte haftet, und an den Landesherrn, unter dessen Hoheit das Haupthaus liegt, entrichtet wird.

Artikel XXIV.

Austauschungen.

Austauschungen von Grundstücken oder Grundberechtigungen unter beiderseitigen Unterthanen zu dem Zweck, dass

jeder seine Besitzungen unter die Landeshoheit des Staates bringt, welchem er angehört, sollen möglichst befördert, und ein Consens dazu, auch wenn das Aequivalent zum Theil in Geld gegeben wird, nicht erforderlich seyn, sondern die Anzeige des geschehenen Austausches bei dem Amte, wo die Grundstücke liegen, hinreichen. Jedoch wird in dem Falle, da das Aequivalent zum Theil in Gelde bezahlt wird, vorausgesetzt, dass die Pertinenzien in keinem Gutsherrlichen Verbande sich befinden, als in welchem Falle die Einwilligung des Gutsherrn erforderlich bleibt.

Artikel XXV.

Freiheit von Eingangs- und Ausgangs-Steuern.

An der durch die Kirchspiele gezogenen Hoheitsgränze sollen von keiner Seite mit Ein- oder Ausgangs-Steuer belegt werden: die ökonomischen Erzeugnisse von den innerhalb der bisherigen Kirchspiels-Gränze belegenen Grundstücken, die Mittel zu Bestellung derselben, die Materialien zur Erbauung oder Ausbesserung von Gebäuden auf denselben, und das Vieh, wenn diese Gegenstände von einem unter fremde Hoheit fallenden Zubehör zum Haupthofe oder umgekehrt gebracht werden.

Artikel XXVI.

Beschränkung des Oldenburgischen Mahlverbots in Beziehung auf die Stickteichsmühle.

Das im Oldenburgischen gegen auswärtige Mühlen bestehende Mahlverbot soll auf die Stickteichsmühle, so viel die Mahlgäste aus den jetzt unter Oldenburgische Hoheit kommenden Antheilen der Kirchspiele Damme und Neuenkirchen betrifft, nicht zur Anwendung kommen; doch steht dieser Mühle kein Zwangsrecht zu.

Artikel XXVII.

Gerichtsstand.

So wie jede Landesherrschaft den ihr hoheitlich zufallenden District mit voller Gerichtsbarkeit unter Ausschluss jeder derartigen Befugniss der fremden Landesherrschaft, erhält; so bestimmt sich der Gerichtsstand mit seinen verschiedenen Arten lediglich nach gemeinrechtlichen Grundsätzen, die so wenig durch einen richterlich erkannten Arrest, (welcher mithin keinen

eigenen Gerichtsstand für die Hauptsache begründet): noch durch die Idee eines Land-sassiatus plenus, verändert werden solle.

Artikel XXVIII.

Pfändungen.

Den beiderseitigen Unterthanen ist alle und jede Eigenmacht gegen einander, (besonders durch Demolition von Zuschlägen oder deren Befriedigung) bei schwerer Leibesstrafe streng untersagt; sie sollen sich, bei vermeintlicher Beeinträchtigung ihrer Rechte lediglich an die competente Behörde wenden, und deren Verfügung erwarten.

Wenn an Orten, wo keine gehörigen Befriedigungen sind, das Vieh über die bestimmte Hoheits- oder Markengränze streichen würde, so soll solches nicht geschüttet, sondern nur zurückgejagt werden.

Wenn aber das Vieh durch gehörige Befriedigungen bricht, so sollen niemals mehr als zwei Stück eingeschüttet, und für jedes nur das übliche Schüttegeld vorbehältlich erweislichen Schadenersatzes genommen werden.

Bei widerrechtlichem Torfstich, Plaggenmähen und dergleichen Marktbenutzungen, soll sich die Pfändung nur auf den Turf und die Plaggen, nicht aber auf Wagen, Pferde und Geräthe erstrecken.

Diejenigen, welche eine Pfändung nach dieser Befugniss vollzogen haben, besorgen ohne Verzug, dass die eingeschüttete Sache unter Obhut des Amts ihres Wohnorts gestellt werde, welches dem Richter der belegenen Sache sofort davon Kenntniss gibt, damit von diesem über die Recht- oder Unrechtmässigkeit der Pfändung und den zu leistenden Schadenersatz erkannt werde, auch auf dessen Requisition und Bescheinigung einer in foro rei sitae bestellten genügenden Caution, die gepfändete Sache dem Eigener wieder verabfolgen lässt.

Artikel XXIX.

Anhängige Prozesse.

Die anhängigen Prozesse sowohl in Civil- als in Straf-Sachen, werden vor dem Gericht, welches künftig in Folge der

geschehenen Abtretungen nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen competent zu achten, fortgesetzt und beendigt.

Die Civil-Acten werden auf Requisition des competenten Gerichts, auf Kosten der Partei, welche die Requisition veranlasst hat; die Acten in Vormundschafts- wie in Strafsachen ex officio und kostenfrei in originali ausgeliefert.

Artikel XXX.

Ungetheilte Marken.

Wo die Hoheitsgränze provisorisch durch eine gemeine Mark gezogen oder überall in einer Mark noch streitig ist, worin beiderseitige Unterthanen interessirt sind, da sollen dieselben baldthunlichst durch eine gemeinschaftliche Commission auseinandergesetzt, und nach der Markengränze so viel möglich auch die Hoheitsgränze definitiv bestimmt werden. Bis dahin darf auch der im eigenen Territorio belegene Theil gemeiner Mark nicht einseitig von der Behörde desselben getheilt, noch darin einseitig ein Zuschlag angewiesen werden; sondern es kann solches nur durch die Behörden beider Staaten gemeinschaftlich geschehen. Ueber Markenstreitigkeiten erkennt zwar, so viel die Regulirung des Besitzstandes betrifft, die Behörde des Landes, worin der Markentheil liegt, allein, und benachrichtigt nur die gegenseitige davon. In petitorio aber sollen, bis zur Auseinandersetzung der beiderseitigen Unterthanen, die Aemter beider Staaten gemeinschaftlich die Sache verhandeln und zu reguliren suchen, und wenn sie sich nicht vereinigen können, auf ein benachbartes Amt dergestalt compromittiren, dass Hannöverischer Seits ein Oldenburgisches, und Oldenburgischer Seits ein Hannöverisches Amt in Vorschlag gebracht wird, zwischen beiden aber das Loos entscheidet.

Wo durch die definitiv gezogene Landesgränze eine Mark ganz oder zum Theil unter die Landeshoheit eines Staates fällt, in welcher die Unterthanen des andern allein oder mit interessirt sind, da steht zwar die Markengerichtsbarkeit allein der Behörde des Landes zu, worin die Mark liegt, es soll aber bei Entscheidungen von Markenstreitigkeiten in petitorio, Ausweisung von Zuschlägen und Theilungen zuvor das Gutachten des benachbarten Amts eingeholt werden, dessen Eingesessene dabei interessirt sind.

Artikel XXXI.

Kirchspiels- und Commune-Schulden.

Was die Kirchspiels- und Commune-Schulden betrifft, — wohin auch die aus den Zeiten der französischen Invasion herrührenden Ausgleichungsgegenstände gehören, sofern dieselben nicht als Landesschulden und als solche in Bausch und Bogen gegen einander compensirt anzusehen sind; so nimmt jeder an eine andere Landesherrschaft überwiesene Unterthan die Verbindlichkeit des Beitrags dazu mit, so weit solche ihm bei Entstehung der Schuld oblag und noch nicht getilgt ist. Es sollen von diesen Schulden von beiden Seiten Verzeichnisse ausgefertiget, einem jeden der Theil, welcher nach dem bisherigen Repartitionsfusse noch auf ihn fallen wird, berechnet und von dem Schuldner anerkannt werden.

Eine Tilgung solcher Schulden durch Veräusserung eines Stücks aus gemeiner Mark, soll, wenn es mit den Rechten aller Markeninteressenten vereinbarlich, erleichtert; eventualiter sollen die Zeiträume gemeinschaftlich festgesetzt werden, innerhalb deren die Schulden getilgt werden müssen. Auf welche Weise das dazu, so wie zu den Zinsen erforderliche Geld aufgebracht werden soll, bestimmt jede Landesherrschaft in Ansehung der nach diesem Recesse ihr anfallenden Unterthanen.

Das zu dem Behuf Aufgebrachte wird zur weiteren Verfügung an das Amt abgeliefert, unter welchem das Kirchdorf steht, zu welchem die Schuldner gehört haben.

Artikel XXXII.

Brandkasse.

Die Gebäude in den abgetretenen Districten bleiben im Jahre 1817 noch in dem Verband zu der Brand-Kasse des Landes, dem sie bisher angehört haben, und die Beiträge werden von den Säumigen, nachdem sie fruchtlos kostenfrei angemahnt worden, auf dem im Artikel XIX bezeichneten Wege beigetrieben. Mit dem Jahre 1818 aber werden alle Gebäude, auch Heuerhäuser, welche durch die Landesgränze von den Hauptwohnhäusern, wozu sie gehören, getrennt sind, zu der Brand-Kasse des Landes gezogen, in dessen Gränzen sie belegen sind.

Artikel XXXIII.

Wegebesserungen.

Um Landstrassen oder öffentliche Wege, die innerhalb der
hoheitsgränze des einen Landes liegen, zu unterhalten oder in
tand zu setzen, können die Unterthanen des andern Landes nicht
it zugezogen werden. Bedienen sie sich dieser Wege, um zu
ren vom Hauptwohnhause durch die Landesgränze getrennten
esitzungen zu kommen, so tritt die Bestimmung des Artikels
XV ein. Benutzen sie aber diese Wege, um sich nach andern
itzen zu begeben: so werden sie in Rücksicht der Zölle, des
egegeldes und sonstiger Abgaben, die an den Gränzen oder auf
n Wegen entrichtet werden müssen, ebenso wie andere Fremde
handelt.

Feldwege, die an dem einen oder andern Gebiete liegen, und
n beiderseitigen Unterthanen benutzt werden, um zu ihren
esitzungen zu kommen, werden von den Unterthanen beider
nder, welche sie benutzen, nach einem billigen Verhältnisse
terhalten; die beiderseitigen Beamten bestimmen gemeinschaft-
h das Verhältniss und jeder hält seine Untergebenen zu der
heit an.

Artikel XXXIV.

Geistliche Angelegenheiten.

Jede Landesherrschaft tritt in dem mit völliger Landeshoheit
f sie übergehenden Kirchspiele oder Kirchspielstheile auch in
s Jus territoriale circa Sacra und die Patronatrechte,
weit letztere dem Landesherrn zustehen.

Den Streitigkeiten zwischen den bischöflichen Diöcesen von
inster und Osnabrück über die sogenannte Jurisdictio ecclesia-
ca, wird durch diesen Vergleich nicht präjudicirt; und es wird
h Oldenburg wegen der geistlichen Angelegenheiten in den
rchspielen Damme und Neuenkirchen mit dem Bischoff zu Os-
brück; und Hannover wegen dieses Gegenstandes in dem Kirch-
iele Twistringen mit dem Generalvicar des bischöflichen Stuhls
inster verständigen.

Artikel XXXV.

Parochial- und Schulverband.

Die überwiesenen Unterthanen bleiben vorerst in der Verbin-

dung mit der auswärtigen Pfarre und Schule, an welche sie gegenwärtig gewiesen waren, leisten auch nach wie vor die Beiträge und Dienste zu Unterhaltung der Geistlichen und Schulgebäude, die ständigen Abgaben an Geistliche, Küster und Schullehrer, und die Jura stolae dahin, wohin sie solche bisher geleistet haben, und werden dazu nöthigen Falls auf die im Artikel XIX vereinbarte Weise angehalten. Es sollen aber die überwiesenen Unterthanen aus dem Parochial- und Schul-nexus mit einer auswärtigen Pfarre und Schule bald möglichst entnommen, und einer inländischen zugewiesen werden. In diesem Falle übernimmt im Kirchspiel Goldenstedt Oldenburg die Entschädigung der Pfarre und Schule zu Goldenstedt für den Abgang von Rüssen; Hannover die Entschädigung zu Collenrade und Barnstorf für den Abgang der Evangelischen Eingesessenen zu Goldenstedt; desgleichen im Kirchspiel Damme die Entschädigung der Pfarre und Schulen zu Vörden wegen der Lutheraner zu Greven; zu Gehrde wegen der Lutheraner zu Fladderlohhausen, Grandorf-Handorf, Amtern und Holdorf.

Wegen der Entschädigung der Pfarre etc. in Damme und Neuenkirchen, in Ansehung des Abgangs von Hinnenkamp und Ahe, so wie des unter Hannöverischer Hoheit bleibenden Theils des Kirchspiels Neuenkirchen ist die Bestimmung bereits in Artikel XVIII gegeben.

Artikel XXXVI.

Armenfonds.

Die Armenfonds und Mittel werden in den getheilten Kirchspielen Damme, Neuenkirchen und Goldenstedt nach Verhältniss der Unterthanen, welche der einen, zu derjenigen, welche der anderen Landesherrschaft zugefallen ist, getheilt. Da aber in dem Kirchspiele Damme ein besonderer Armenfonds für die Osnabrückischen, und ein besonderer für die Oldenburgischen Unterthanen besteht, so ist der letztere mit dem purificirten Antheil nördlich der Linie von 1730 bereits übernommen, und der Osnabrückische Armenfonds allein Gegenstand der Theilung nach dem Verhältniss der südlich jener Linie an Oldenburg übertragenen (4,173) zu den in den Ortschaften Hinnenkamp und Ahe von Hannover reservirten (364) Unterthanen.

Artikel XXXVII.

Auslieferung der Urkunden.

Alle Urkunden, Charten, Verwaltungs-Acten und Nachrichten, welche die übertragenen Districte im Ganzen, oder einzelne übertragene Gegenstände darin betreffen, sollen, wenn darin kein fremdartiger Gegenstand befasst ist, in originali, sonst aber, gegen Vergütung der Copialien, in Abschriften oder Auszügen, von den Behörden gegenseitig, binnen der nächsten sechs Monate vom Tage der Ratification ausgeliefert werden. Aus der Französischen Hypotheken-Bewahrung werden die Bordereaux über Inscriptionen auf die in den übertragenen Districten belegenen Grundstücken in originali und unentgeldlich gegenseitig ausgeliefert. Extracte aus den Hypothekenbüchern selbst, welche in dem Besitze der Behörde des einen Staats sind, können entweder von einem abgesandten Officialen des anderen, welchem die Einsicht derselben zu dem Ende verstattet wird, an Ort und Stelle selbst entnommen; oder von dem Bewahrer der Hypothekenbücher, nach einem demselben zugestellten Namen-Verzeichniss der übertragenen Unterthanen, gegen blosse Vergütung der Copialien verlangt werden.

Artikel XXXVIII.

Ausführung des Recesses.

Die Ratification des Recesses wollen beiderseitige Commissarien bald möglichst zu bewirken suchen. Nach geschehener Auswechselung derselben, werden von beiden Seiten gleichzeitig correspondirende Ueberweisungs- und Besitznahme-Patente, und die zur weiteren Ausführung erforderlichen Befehle an die Behörden erlassen, auch im nächsten Frühjahr, sobald es die Jahreszeit erlaubt, die vereinbarten Gränzen durch Steine oder Pfähle auf gemeinschaftliche Kosten durch beiderseitige Commissarien bezeichnet.

Die Gutsleute in den Ausgleichungs-Districten sollen von ihrer fortdauernden Verbindlichkeit gegen diejenigen Behörden, denen sie bisher verpflichtet gewesen und denen sie nach den verschiedenen Bestimmungen dieses Recesses ferner verhaftet bleiben, durch die competenten Behörden, gleich nach dem Erlasse des Besitz-Ergreifungs-Patents in Kenntniss gesetzt werden.

Alle Punkte des Recesses, zu deren Ausführung keine kürzere Frist bestimmt ist, sollen spätestens binnen dem Laufe des jetzigen Jahrs in Vollziehung gesetzt werden.

So geschehen Bremen, den 4. Februar des Jahres 1817. Urkundlich der zu diesem Geschäfte beiderseits bevollmächtigten Commissarien eigenhändigen Namensunterschriften und beigedrucktem Insiegel.

(L. S.) C. W. A. v. Stralenheim.
(L. S.) v. Duve.
(L. S.) Runde.
(L. S.) Tenge.

a) Vergl. Abtheilung I. dieses Theils (Nr. XXXIV) S. 458, 459.

LXXXVII.

Recess zwischen Preussen und Nassau, abgeschlossen zu Frankfurt am Main den 14. December 1816 und zu Wiesbaden den 19. December 1816.

Nachdem die Bevollmächtigten Sr. Majestät des Königs von Preussen und weiland Ihrer Herzoglichen und Hochfürstlichen Durchlauchten des Herzogs und Fürsten zu Nassau in dem zu Wien am 31. Mai des vorigen Jahres abgeschlossenen, mit Allerhöchster und Höchster Ratification versehenen, Staatsvertrag, Artikel XVI,*) bestimmt haben, dass zur Auseinandersetzung aller, einer näheren Ausgleichung noch bedürfenden Punkte, namentlich der Schulden, Pensionen und Staatsdienerschafts-Verhältnisse, von beiden Seiten Commissarien ernannt werden sollen, welche zu Wiesbaden zusammen zu treten hätten; so ist von Königlich Preussischer Seite zu diesem Ausgleichungsgeschäfte, mittelst Substitution in die dem Königlich Preussischen Staatsrath und Ober-Landforstmeister Herrn Hartig ertheilte General-Vollmacht, der Staatsrath Hatzfeld bevollmächtigt worden; von Herzoglich Nassauischer Seite aber sind dem zum General-Commissario ernannten Herzoglich Nassauischen Regierungs-Präsidenten Ibell, zum Behufe dieser Ausgleichung, der Herzoglich Nassauische Präsident der General-Steuer-Direction von Pfeiffer und der Herzoglich Nassauische Domänenrath Rössler beigeordnet, welche sich, nach umständlicher Verhandlung der Sache, überall unter zu Grundlegung des Wiener Staatsvertrages, und des dazu gehörigen Separat-Artikels vom nämlichen Tage, nebst den bei der Vollziehung dieses Separat-Artikels errichteten Uebergabe-Protokollen de dato Wiesbaden den 19., Atzbach den 24. und Siegen den

26. Oktober dieses Jahres zu gegenwärtigem Recess vereinigt haben und über nachfolgende Artikel übereingekommen sind.

Artikel I.

Der Wiener Staatsvertrag vom 31. Mai 1815 hat in dem Artikel VIII litera b und c als Theilungsbasis für die Herzoglich Nassauischen Staats- und Kammer-Kassenschulden, die reinen Staats- und Kammerkassen-Revenüen in den Jahren Eintausend achthundert und sieben bis incl. Eintausend achthundert und eilf mit Hinzurechnung des reinen Revenüenbetrags des Amts Runkel vom Jahre Eintausend achthundert und vierzehn, und für die Oranien-Nassauischen Staats- und Kammerkassen-Schulden die reinen Kammer-Revenüen von den Jahren Eintausend achthundert und eins, bis Eintausend achthundert und fünf, einschliesslich, unter Beifügung des reinen Ertrags der Herrschaften Westerburg und Schadeck vom Jahre Eintausend achthundert und vierzehn vorgeschrieben, und daran als nothwendige Folge die Extrahirung der betreffenden Rechnungen geknüpft. Da der Ausführung dieser Bestimmung jedoch vielfache Schwierigkeiten in den Weg getreten sind, und solche ohnehin ein den Absichten des Staatsvertrags entsprechendes, der Wahrheit gleichkommendes Resultat nicht erwarten liess; so haben die Commissarien sich dahin verglichen, dass

a) für das Herzogthum Nassau der nach einem dreijährigen Durchschnitt schon früher bearbeitete Finanzetat für das Jahr Eintausend achthundert und funfzehn, worin der Revenüenertrag vom Amte Runkel mitbegriffen ist, und

b) für die Oranien-Nassauischen Lande, die bei der vormaligen Oranien-Nassauischen Rentkammer über die vermuthlichen Einnahmen, nach dem Durchschnittsertrag der vorhergehenden Jahre aufgestellten Kammeretats de Eintausend achthundert und fünf, unter Hinzurechnung der Revenüenerträge der Herrschaften Westerburg und Schadeck zum Grunde zu legen, und darnach die Theilungsbasis zu bestimmen sey.

Nach diesen Etats a und b, welche beiderseits genau revidirt und nach vorgängiger Rectification für richtig anerkannt sind, kommen, ohne Berücksichtigung der durch die Erfüllung des

Separatartikels zum Staatsvertrage herbeigeführten unten erwähnten Veränderungen,

a) von den Herzoglich Nassauischen Staatsschulden auf den Königlich Preussischen Antheil zwanzig Procent, und auf den Herzoglich Nassauischen Antheil achtzig Procent; und

b) von den Oranien-Nassauischen Kammer- und Kriegskassen-Schulden: auf den Königlich Preussischen Antheil zwei und zwanzig Procent, und auf den Herzoglich Nassauischen Antheil acht und siebenzig Procent.

Und da zufolge des vorgelegten, von Herzoglich Nassauischer Staatskasse beglaubigten Auszugs, die am Ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und vierzehn auf der Herzoglich Nassauischen Staatskasse gehaftete Schuldenmasse, mit Ausnahme der vorher abgezogenen ehemaligen Nassau-Saarbrückischen Schulden, als welche nach Artikel VIII §. 4. des Staatsvertrags vom Ein und dreissigsten Mai Eintausend acht hundert und fünfzehn, von dieser Schuldenabtheilung ausgenommen sind und dem Herzoglich Nassauischen Hause ausschliesslich zur Last bleiben, an Capital 5,432,082 Fl. 11 Kr. (Fünf Millionen vier mal hundert zwei und dreissigtausend zwei und achtzig Gulden und eilf Kreuzer) und an Zinsen 256,613 Fl. 28 Kr. (Zwei mal hundert sechs und fünfzig tausend sechs hundert dreizehn Gulden und acht und zwanzig Kreuzer), die auf den Oranien-Nassauischen Fürstenthümern haftenden Schulden aber, nach den von der vormaligen Oranien-Nassauischen Regierungs-Finanzsection zu Dillenburg über ihren Stand am Ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und vierzehn aufgestellten glaubhaften Verzeichnissen, und zwar die Kammerschulden an Capital 932,298 Fl. 31 Kr. (Neunmalhundert zwei und dreissig tausend zwei hundert acht und neunzig Gulden und ein und dreissig Kreuzer) und die Kriegskassen-Schulden an Capital 251,828 Fl. 45 Kr. (Zweimalhundert ein und fünfzig tausend acht hundert acht und zwanzig Gulden fünf und vierzig Kreuzer) und an Zinsen 11,045 Fl. 51 Kr. (Eilf tausend fünf und vierzig Gulden Ein und fünfzig Kreuzer) betragen; so fallen, nach dem zuvor noch von den Herzoglich Nassauischen Staatskassen-Schulden die Forderung des Königs der Niederlande Majestät ad

75,000 Fl. (Fünf und Siebenzig tausend Gulden) Capital und 3,750 Fl. (Dreitausend sieben hundert und fünfzig Gulden) Zinsen, und von den Oranien-Nassauischen Kammer-Schulden der Rest des Kaufschillings für ein von der Wittwe des ehemaligen Geheimenraths von Neufville angekauftes Haus ad 15,000 Fl. (fünfzehntausend Gulden) Capital, und 600 Fl. (sechshundert Gulden) Zinsen, welche beide Posten als nicht theilbare, sondern die Herzoglich Nassauische Seite allein angehende Lasten anerkannt sind, in Abzug gebracht werden, von der bleibenden Schuldenmasse nach obigem Verhältniss, der Königlich Preussischen Seite zur Last:

	Capital.	Zinsen.
a) Von den Herzoglich Nassauischen Staatsschulden	1,071,416 Fl. 26 Kr.	50,572 Fl. 42 Kr.
b) Von den Oranien-Nassauischen Kammerschulden . . .	201,805 - 40 -	9,461 - - -
c) Von den Oranien-Nassauischen Kriegskassen-Schulden .	55,402 - 19 -	2,430 - 6 -
Zusammen mithin	1,328,624 Fl. 25 Kr.	62,463 Fl. 48 Kr.

(An Capital, Eine Million dreimalhundert acht und zwanzig tausend sechshundert vier und zwanzig Gulden fünf und zwanzig Kreuzer, und an Zinsen, zwei und sechszig tausend vierhundert drei und sechszig Gulden acht und vierzig Kreuzer) worunter jedoch die ein Capital von 300,000 Fl. (dreimal hundert tausend Gulden) zu vier Procent repräsentirende, der Herzoglich Nassauischen Staatskasse obliegende jährliche Rente von 12,000 Fl. (zwölf tausend Gulden) an das Fürstliche und Gräfliche Haus Sayn und Wittgenstein nicht mitbegriffen ist. Durch die in Gemässheit des Separatartikels zum Wiener Staatsvertrag im Monat Oktober geschehene Abtretung des Amts Atzbach vom ehemaligen Herzogthum Nassau, so wie der Aemter Burbach und Neunkirchen und des Restes vom Fürstenthum Siegen, von den Oranien-Nassauischen Landen, an Preussen, hat sich das obgedachte Theilungsverhältniss in der Art verändert, dass nunmehr:

a) Von den Herzoglich Nassauischen Staatsschulden der Königlich Preussische Antheil auf vier und zwanzig Procent, und der Herzoglich Nassauische Antheil auf sechs und siebenzig Procent, und

b) Von den Oranien-Nassauischen Kammer- und Kriegskassen-Schulden der Königlich Preussische Antheil auf ein Drittel und der Herzoglich Nassauische Antheil auf zwei Drittel sich beläuft.

In Absicht dieser Antheile und zur Beseitigung der Differenzien, welche wegen der vorberührten Wittgensteinschen Rente ad 12,000 Fl. (zwölftausend Gulden) seither obgewaltet haben, und zur Umgehung der Königlich Preussischer Seits verlangten Untersuchung über die Entstehung der Herzoglich Nassauischen Staatsschulden, sind die beiderseitigen Commissarien endlich in Güte übereingekommen, dass Preussen von der gesammten Herzoglich Nassauischen und Fürstlich Oranien-Nassauischen Schuldenmasse, die in der Beilage A verzeichneten Capitalien zum Betrage von 1,612,000 Fl. (Eine Million Sechsmalhundert und Zwölf tausend Gulden) im Vier und Zwanzig Gulden Fuss und an jährlichen Zinsen 74,009 Fl. 35½ Kr. (Vier und Siebenzig Tausend und Neun Gulden, Fünf und dreissig und einen halben Kreuzer) mit Vorbehalt dessen, was in dem Uebergabe-Protokoll de dato Wiesbaden, den Neunzehnten Oktober dieses Jahres Artikel VII bestimmt worden, übernehmen, Nassau dagegen den Ueberrest mit Einschluss der Wittgensteinschen Rente als eigene Schuld behalten und das Königlich Preussische Gouvernement, durch die Uebernahme des besagten Schulden-Antheils von allen und jeden Ansprüchen und Nachforderungen wegen Capitalien und Zinsen, die am Ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und vierzehn als dem staatsvertragsmässigen Normaltage sowohl auf der Herzoglich Nassauischen, als den Fürstlich Oranien-Nassauischen Staats-, Kammer und Kriegskassen gehaftet und gelastet haben, sowie von aller weitern Concurrenz zur Bezahlung der Fürstlich und Gräflich Sayn-Wittgensteinschen, in jener Vergleichs-Summe bereits mitbegriffenen Capital-Forderung und der darauf haftenden Rente, gänzlich, durchaus und für immer liberirt werden soll.

Wegen des Anfangs-Termins der Zinsen-Zahlung wird auf

Artikel XI Bezug genommen und hier nur noch nachträglich bemerkt, dass die auf die später übergebenen Aemter Alzey, Burbach und Neunkirchen und den Rest vom Fürstenthum Segen für Preussen fallende Schulden-Quote, vermittelst des Uebergabe-Protokolls de dato Wiesbaden den Neunzehnten October a. c. zu 353,000 Fl. Capital (Dreimal hundert drei und funfzigtausend Gulden Capital) und 16,206 Fl. 48 Kr. (Sechszehntausend zweihundert sechs Gulden acht und vierzig Kreuzer) an Zinsen festgesetzt ist, und Königlich Preussischer Seits die Zinsen davon nur vom ersten Juli dieses Jahres an, mit welchem Termine der Besitz obiger nachträglichen Abtretungen angefangen hat, bezahlt zu werden brauchen.

Artikel II.

Da am ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und vierzehn noch nicht alle Kammeralschulden liquide und auf die Herzoglich Nassauische Staats-Kasse übernommen gewesen sind, zu deren Uebernahme das Herzogliche Haus Nassau die Verpflichtung auf sich hatte; so wird in Rücksicht dieser Kammeralschulden, welche nach dem Ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und vierzehn, theils schon liquide gemacht sind, und theils noch erst liquide gemacht werden müssen, hiermit festgesetzt, dass jedes Gouvernement solche in so weit privative und ohne Concurrenz des andern zu übernehmen und zu berichtigen hat, als solche auf den, durch den mit Nassau abgeschlossenen Wiener Staatsvertrag gegenseitig abgetretenen Landestheilen haften, und dass deshalb keine weitere Abrechnung auf Capital Statt finden soll.

Und da Nassau dermalen noch Theile des vormaligen Churstaats Trier besitzt, so erkennt sich der Herzoglich Nassauische Hof für verpflichtet, an der noch nicht erfolgten Liquidirung der Chur-Trierschen Schulden Antheil zu nehmen, und wird zu einer desfallsigen Commission, welche binnen drei Monaten zusammenrücken soll, seinen Commissär nach Coblenz absenden. Diese Commission hat alle an das Kammeralvermögen zu machende Forderungen zu liquidiren, darüber zu entscheiden und das rückständige Rechnungswesen zu berichtigen.

In Absicht der Zinsen dieser Churtrierschen Capitalien soll

diese Commission bestimmen, von welcher Seite und in welchem Masse sowohl die bis zum 1. Juli Eintausend achthundert und fünfzehn rückständigen, als die von diesem Zeitpunkte an laufenden, zu bezahlen sind. Da Königlich Preussischer Seits darauf angetragen wor, dass die besagte Commission auch über die Bezahlung der bis zum ersten Juli Eintausend achthundert und funfzehn rückständigen Zinsen von Churcölnischen Kammeralschulden, an welchen Nassau keinen Antheil behält, eine Bestimmung ertheilen solle, man diesem Antrage aber Herzoglich Nassauischer Seits widersprochen hatte; so reservirt der Königlich Preussische Commissarius seinem Hofe alle Rechte in Betreff dieser Churcölnischen rückständigen Kammeralzinsen ausdrücklich; wogegen die Herzoglich Nassauischen Commissarien protestirt und sich auf die zu Protokoll gegebenen Erklärungen über diesen ganzen Artikel bezogen haben.

Artikel III.

Ueber die Particulargemeinde-, Kirchspiels-, Amts- und Landes- oder Provinzial-Schulden enthält der Wiener Staatsvertrag Artikel VIII littera A die Vorschrift, dass solche mit den betreffenden Gemeinden, Kirchspielen, Aemtern und Ländern oder Provinzen an den künftigen Besitzer übergehen und auf demselben haften bleiben, Amts- und Landes-Schulden nach eben dem Fusse und Massstabe auf beide Theile vertheilt werden sollen, nach welchem die getrennten Theile zu der Verzinsung, Capitalrückzahlung, oder wenn dies nicht auszumitteln ist, überhaupt zu gemeinschaftlichen Ausgaben beigetragen haben.

Diese Vorschrift wird hierdurch mit dem Beifügen wiederholt, dass

1) in Absicht derjenigen Schulden der bezeichneten Kategorie, welche auf unvertheilt gebliebenen Kirchspielen, Aemtern und Provinzen haften, und wozu namentlich auch die vormals Solms-Braunfelsischen und Solms-Hohen-Solmsischen, nebst einem Theil der Sayn-Hachenburgischen Landesschulden gehören, eine besondere Auseinandersetzung nicht nöthig gewesen ist; indem solche, nach Versicherung der Herzoglich Nassauischen Commissarien, bereits unter Herzoglicher Regierung auf die Gemeinden verwiesen und abgetheilt, überhaupt Schulden dieser

Art niemals auf die Staats-Kassen übernommen worden ist. Zugleich wird aber auch

2) festgesetzt, dass die auf den zwischen Preussen und Nassau getheilten Kirchspielen haftenden Schulden und diejenigen Schulden, womit die Judenschaft in den ehemaligen Churtrierschen Aemtern auf der rechten Rheinseite verhaftet ist, nach den oben gedachten, im Wiener Staatsvertrag ausgedrückten Massstabe, zwischen den beiderseitigen Unterthanen vertheilt und die desfalls erforderlichen Verfügungen von den resp. Regierungen innerhalb drei Monaten erlassen werden sollen.

Sodann machen sich beide Gouvernements verbindlich, zu der den vorangegangenen Verträgen gemässen Befriedigung der Gläubiger, in Betreff der Churtrierischen Landesschulden, sobald als möglich, und spätestens binnen drei Monaten eine gemeinschaftliche Commission zu Coblenz anzuordnen, deren Geschäft darin bestehen soll:

a) die auf dem ehemaligen Churfürstenthum Trier haftenden Landesschulden und alle sonstigen Forderungen zu liquidiren und nebst den rückständigen Zinsen festzusetzen;

b) die Grundsätze über die Vertheilung dieser Schulden zwischen den Interessenten, den über diese Länder successiv geschlossenen Verträgen gemäss, festzustellen, sodann die Vertheilung selbst vorzunehmen und jedem Gouvernement seine Rate in einzelnen Capitalien zu überweisen;

c) die noch unabgemachten General-Einnehmerei-Rechnungen zu revidiren und völlig in Richtigkeit zu bringen, und endlich

d) wegen Bezahlung der bis zum ersten Juli Eintausend achthundert und funfzehn rückständigen Zinsen das Erforderliche zu reguliren.

Artikel IV.

Die Staatspensionen unterscheiden sich nach dem Wiener Staatsvertrag,

1) in solche, welche wegen der einzelnen Landestheilen geleisteten Localdienste bewilligt worden sind, oder auf darin gelegenen secularisirten Gütern ruhen, überhaupt ihrem Ursprunge

nach einzelnen Landestheilen angehören, und sind selbige von derjenigen Seite ferner zu berichtigen, in deren Besitz die Objecte übergehen oder verbleiben, auf welchen sie ihrem Ursprunge nach geruhet haben;

2) in Militärpensionen, welche derjenigen Regierung zur Last fallen, die den Landesantheil besitzt, aus dem die zu pensionirenden Militärpersonen gebürtig sind, und

3) in alle übrige, zu den beiden vorhergehenden Klassen nicht gehörige, unten besonders bezeichnete Pensionen, welche nach dem Revenüenverhältniss, wie die Staatsschulden, abgetheilt werden sollen.

Diese Klassification haben die beiderseitigen Commissarien gehörig beobachtet, und kommen darnach von den Pos. 1 erwähnten Local- und Provinzial-Pensionen auf den Königlich Preussischen Antheil:

1) Die in der Anlage B verzeichneten, vormals Herzoglich Nassauischen, grösstentheils bei früheren Landesveränderungen übernommenen Pensionen in dem jährlichen Betrage von 16,783 Fl. 36 Kr. (Sechszehntausend siebenhundert drei und achtzig Gulden, sechs und dreissig Kreuzer);

2) Die in der Anlage C aufgeführten, vormals Oranien-Nassauischen Pensionen in dem jährlichen Betrage von 3,124 Fl. 16 Kr. (Dreitausend einhundert vier und zwanzig Gulden, sechszehn Kreuzer);

3) Von den auf secularisirten Gütern ruhenden Pensionen die Summe von 15,053 Fl. 29 Kr. (Fünfzehntausend drei und fünfzig Gulden, neun und zwanzig Kreuzer), welche Artikel IX weiter vorkommt.

Zu diesen sind von den Commissarien auch die Maltheser- und Deutschordens-Pensionen gerechnet und ist dabei gegenseitig vorbehalten, dass wenn sich im Verfolg noch Competenten zu Pensionen aus dem Vermögen dieser Orden vorfinden möchten, diese alsdann nach der vertragsmässigen Norm, welche sub littera D anliegt, noch mit Pensionen zu versehen und letztere von den resp. Regierungen zu übernehmen seyen; sodann

4) die Pensionen der ehemaligen Mitglieder der aufgehobe-

nen Bettelklöster in dem an Preussen gekommenen Territorio, und

5) an Alimentationsgeldern, welche den von der linken Rheinseite ohne Sustentation vertriebenen, aus den Preussisch gewordenen Landestheilen gebürtigen Geistlichen, von Herzoglich Nassauischer Regierung bewilligt worden sind, nach dem angeschlossenen Verzeichniss lit. E zusammen 6,020 Fl. (Sechstausend und zwanzig Gulden).

Artikel V.

Zur Kategorie der im vorigen Artikel Pos. 1 bezeichneten Local- und Provinzial-Pensionen gehören auch diejenigen, welche auf den zwischen Preussen und Nassau getheilten vorhin ein Ganzes bildenden Landesbezirken und namentlich

1) auf der Grafschaft Sayn-Hachenburg;
2) auf dem Administrations-Bezirk der Regierung zu Ehrenbreitstein;
3) auf dem Administrations-Bezirk der Aemter Ehrenbreitstein und Vallendar;
4) auf dem standesherrlichen Gebiet von Wied-Neuwied und
5) auf dem standesherrlichen Gebiet von Wied-Runkel haften.

Diese Pensionen sind nach Verhältniss der jedem Gouvernement mit den getheilten Landesbezirken zugefallenen Besitzungen und Revenüen, mit Ausnahme der Sayn-Hachenburgischen und Wied-Runkelschen Pensionen, bei welchen wegen Abgangs des zuverlässigen Revenüenmassstabes, die Population zur Norm angenommen worden ist, in folgender Art vertheilt:

1) Die Sayn-Hachenburgischen Pensionen, welche zusammen 6,084 Fl. 49½ Kr. (Sechstausend vier und achtzig Gulden neun und vierzig Kreuzer und zwei Pfennige) betragen auf Preussen mit 2,743 Fl. 41 Kr. (Zweitausend siebenhundert drei und vierzig Gulden ein und vierzig Kreuzer,) und auf Nassau mit 3,341 Fl. 8½ Kr. (Dreitausend dreihundert ein und vierzig Gulden acht Kreuzer zwei Pfennige) wobei zur Nachricht dient, dass diese Abtheilung mit Rücksicht auf die Abtretung der Aemter Burbach und Neunkirchen an Preussen, geschehen ist, und Königlich Preussischer Seits deshalb für die Periode vom ersten Juli

Eintausend achthundert und fünfzehn bis dahin Eintausend achthundert und sechszehn 794 Fl. 47 Kr. (Siebenhundert vier und neunzig Gulden sieben und vierzig Kreuzer) in Abzug gebracht werden dürfen, die der Nassauischen Quote zugehen.

2) Die auf dem Administrationsbezirk der Regierung zu Ehrenbreitstein haftenden Pensionen, welche unter Herzoglich Nassauischer Regierung an ehemalige Provinzialdiener in dem benannten Regierungsbezirken oder deren Hinterlassenen, bewilligt sind, und im Ganzen die Summe von 2,161 Fl. (Zweitausend einhundert ein und sechszig Gulden) ausmachen, auf Preussen 1,215 Fl. 5 Kr. (Eintausend zweihundert fünfzehn Gulden fünf Kreuzer) und auf Nassau 945 Fl. 55 Kr. (Neunhundert fünf und vierzig Gulden fünf und fünfzig Kreuzer).

3) Die den Amts und Rentei-beamten der getheilten Aemter Ehrenbreitstein und Vallendar gebührenden Pensionen im Gesammtbetrage von 1,460 Fl. (Eintausend vierhundert und sechszig Gulden), auf Preussen mit 687 Fl. 40 Kr. (Sechshundert sieben und achtzig Gulden vierzig Kreuzer) und auf Nassau 772 Fl. 20 Kr. (Siebenhundert zwei und siebenzig Gulden zwanzig Kreuzer).

4) Die dem Standesherrlich Neuwiedischen Gebiet zur Last stehenden Pensionen ad 1,136 Fl. 49 Kr. (Eintausend einhundert sechs und dreissig Gulden neun und vierzig Kreuzer), auf Preussen mit 773 Fl. 12 Kr. (Siebenhundert drei und siebenzig Gulden und zwölf Kreuzer) und auf Nassau mit 363 Fl. 37 Kr. (Dreihundert drei und sechszig Gulden sieben und dreissig Kreuzer) und

5) die mit dem Standesgebiet von Wied-Runkel übernommenen Pensionen von zusammen 819 Fl. 38 Kr. (Achthundert neunzehn Gulden acht und dreissig Kreuzer) auf Preussen mit 547 Fl. 47 Kr. (Fünfhundert sieben und vierzig Gulden sieben und vierzig Kreuzer) und auf Nassau mit 271 Fl. 51 Kr. (Zweihundert ein und siebenzig Gulden ein und funfzig Kreuzer). Wegen individueller Uebernahme dieser Pensionen auf den Preussischen Antheil wird auf Artikel IX Bezug genommen.

Artikel VII.

An Militairpensionen, welche vertragsmässig nach dem Ge-

burtsort abgetheilt werden, übernimmt das Königlich Preussische Gouvernement die in der Anlage F verzeichneten Pensionäre des Herzoglich Nassauischen Militairs mit 9,686 Fl. 20½ Kr. (Neuntausend sechshundert sechs und achtzig Gulden zwanzig Kreuzer und zwei Pfennige) und die in der Anlage G benannten Pensionairs des vormals Fürstlich Oranien-Nassauischen Militairs mit 2,927 Fl. 15 Kr. (Zweitausend neunhundert sieben und zwanzig Gulden fünfzehn Kreuzer).

Ausserdem hat sich das Königlich Preussische Gouvernement, im Wege des Vergleichs, zur Uebernahme der Pensions- und Soldzahlungen an die Officiere und Unterofficiere der in dem Preussisch gewordenen Antheile vom Herzogthum Nassau befindlichen Reservecompagnien verstanden, welches der Königlich Preussische Commissarius hiermit besonders anerkennt.

Artikel VII.

In die Klasse der nach dem Revenüenverhältniss wie die Staatsschulden, abzutheilenden Pensionen, sind zufolge Uebereinkunft der beiderseitigen Commissarien gebracht worden:

1) Die Pensionen solcher vormals Herzoglich Nassauischen Militairpersonen, welche nicht in dem Herzoglich Nassauischen Gebiet, einschliesslich des an Preussen abgegebenen Theils geboren sind. Selbige betragen im Ganzen 8,759 Fl. 14 Kr. (Achttausend siebenhundert neun und fünfzig Gulden vierzehn Kreuzer) und fallen davon nach dem Verhältniss wie 24 zu 76 auf Preussen 2,102 Fl. 13 Kr. (Zweitausend einhundert zwei Gulden dreizehn Kreuzer), und auf Nassau 6,657 Fl. 1 Kr. (Sechstausend sechshundert sieben und fünfzig Gulden ein Kreuzer.)

2) Die Pensionen der vormals Fürstlich Oranien-Nassauischen Centraldiener vom Civilstande zum Gesammtbetrage von 28,252 Fl. 2 Kr. (Acht und zwanzig tausend zweihundert zwei und fünfzig Gulden zwei Kreuzer), wovon nach dem Verhältniss wie 1 zu 3 der Preussische Antheil auf 9,417 Fl. 21 Kr. (Neuntausend vierhundert siebzehn Gulden ein und zwanzig Kreuzer) und der Nassauische Antheil auf 18,834 Fl. 41 Kr. (Achtzehntausend achthundert vier und dreissig Gulden ein und vierzig Kreuzer) sich beläuft.

3) Die Pensionen der vormaligen Fürstlich Oranien-Nassauischen nicht eingeborenen Militairpersonen, welche 2,683 Fl. 6 Kr. (Zweitausend sechs hundert drei und achtzig Gulden sechs nd dreissig Kreuzer) betragen, nnd nach dem nämlichen Verltniss wie 1 zu 3 von Preussen mit 894 Fl. 32 Kr. (Achthundert vier und neunzig Gulden zwei und dreissig Kreuzer), und on Nassau mit 1,789 Fl. 4 Kr. (Eintausend siebenhundert neun nd achtzig Gulden vier Kreuzer) zu übernehmen sind.

4) Die Fürstlich Oranien-Nassauischen Hofpensionen, weil leser Hof in den getheilten Provinzen zu bestehen aufgehört hat, n jährlichen Betrage von 4,091 Fl. 44 Kr. (Viertausend ein nd neunzig Gulden vier und vierzig Kreuzer) wovon nach demelben Verhältniss wie 1 zu 3 auf Preussen 1,363 Fl. 55 Kr. Eintausend dreihundert drei und sechszig Gulden fünf und funfzig reuzer) und auf Nassau 2,727 Fl. 49 Kr. (Zweitausend siebenundert sieben und zwanzig Gulden neun und vierzig Kreuzer) allen, und

5) die Pensionen derjenigen Beamten und Angestellten des ustizsenats zu Ehrenbreitstein, welche bei der bevorstehenden ustizorganisation im Preussischen, nicht wieder im aktiven Dienst ngestellt werden, nach dem Verhältniss wie 24 zu 76. Auch nd die Commissarien darüber einverstanden, dass die zur Sutentation der noch vorhandenen ehemaligen Reichskammer-Gechtsdiener zu Wetzlar, vom Herzogthum Nassau und von den etheilten Oranien-Nassauischen Fürstenthümern zu bezahlenden ammerzieler, oder Beiträge unter die zu vertheilenden Lasten ehören, und solche unter zu Grundelegung der Kammergerichtsatrikel, und bei getheilten Ländern mit Anwendung der Poputon, von Königlich Preussischer und Herzoglich Nassauischer eite verhältnissmässig übernommen werden sollen.

Nach der darüber zugelegten Berechnung betragen selbige r jedes Ziel im Ganzen 1,607 Fl. 51 Kr. 2 Hllr. (Eintausend chshundert und sieben Gulden ein und fünfzig Kreuzer zwei eller) und fallen davon auf Preussen 654 Fl. 31 Kr. 2 Hllr. echshundert vier und fünfzig Gulden ein und dreissig Kreuzer wei Heller) und auf Nassau 953 Fl. 20 Kr. (Neunhundert drei nd fünfzig Gulden zwanzig Kreuzer). Diese Beiträge werden

von jedem Gouvernement für sich, unabhängig von dem andern, vom ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn an entrichtet; jedoch kommen dem Preussischen Gouvernement wegen des spätern Besitzes der Aemter Atzbach, Burbach und Neunkirchen und des Restes vom Fürstenthum Siegen für die Periode vom ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn, bis dahin Eintausend achthundert und sechszehn 61 Fl. 43 Kr. 2 Hllr. (Ein und sechszig Gulden drei und vierzig Kreuzer zwei Heller) zu Gute, welche ihm vom Herzoglich Nassauischen Gouvernement zu vergüten sind.

Die Pensionen Pos. 1 bis 5 sind Artikel IX individuell abgetheilt und kommt die erforderliche Ausgleichung wegen des spätern Besitzes der vorbenannten Aemter und des Restes von Siegen im Artikel XI vor, worauf hier verwiesen wird.

Artikel VIII.

Ausser den in den Artikeln IV bis VII abgehandelten, und nach Vorschrift des Wiener Staatsvertrags vertheilten verschiedenen Arten von Pensionen, giebt es noch einige andere, auf welche ihrer besondern Natur und Eigenschaft wegen, die angenommenen Theilungsgrundsätze nicht wohl angewendet werden können. Es sind solches die Pensionen des vormaligen Churtrierischen Domcapitels und die Churtrierischen Kammer- und Steuerpensionen, welche mit dem Churtrierischen Landestheile auf der rechten Rheinseite von Nassau haben übernommen werden müssen.

In Ansehung dieser Pensionen ist von den beiderseitigen Commissarien die Vereinbarung getroffen, dass, da das Churtrierische Domcapitel auf der rechten Rheinseite keine Grundgüter besessen hat, und die Churtrierischen Kammer- und Landesschulden noch nicht völlig constatirt und vertheilt sind, selbige nach dem Verhältniss an beide Gouvernements übergehen sollen, in welchem die Population und die directen Steuern in den vormals Churtrierischen Landen auf der rechten Rheinseite sich zwischen Preussen und Nassau theilen.

Da dieses Verhältniss nun wie $28\frac{1}{20}$ Procent zu $71\frac{19}{20}$ Procent oder wie $\frac{561}{1000}$ zu $\frac{1439}{1000}$ ausgemittelt ist, so kommen nähm

1) von den im ganzen 13,833 Fl. 8 Kr. (Dreizehntausend achthundert drei und dreissig Gulden acht Kreuzer) betragenden Domcapitelspensionen, nach der Anlage H auf den Preussischen Antheil 3,879 Fl. 46 Kr. (Dreitausend achthundert neun und siebenzig Gulden sechs und vierzig Kreuzer) und auf den Nassauischen Antheil 9,953 Fl. 22 Kr. (Neuntausend neunhundert drei und fünfzig Gulden zwei und zwanzig Kreuzer) deren Zahlung an jedes einzelne benannte, sich im Genuss befindende und resp. künftig nachrückende Individuum, von jedem Gouvernement besonders zu verfügen ist.

2) Von den Churtrierischen Kammerpensionen in dem jährlichen Betrage von 12,389 Fl. 21 Kr. 1 H. (Zwölftausend dreihundert neun und achtzig Gulden ein und zwanzig Kreuzer ein Heller) wobei die Naturalien wie überall nur der Berechnung wegen, in den Nassauischen Etatspreisen veranschlagt sind, auf Preussen 3,474 Fl. 50 Kr. 1 H. (Dreitausend vierhundert vier und siebenzig Gulden fünfzig Kreuzer ein Heller) auf Nassau 8,914 Fl. 31 Kr. (Achttausend neunhundert vierzehn Gulden ein und dreissig Kreuzer) und

3) von den Churtrierischen Steuerpensionen, welche sich zusammen 9,497 Fl. 45 Kr. (Neuntausend vierhundert sieben und neunzig Gulden fünf und vierzig Kreuzer) belaufen, auf Preussen 2,663 Fl. 50 Kr. (Zweitausend sechshundert drei und sechszig Gulden fünfzig Kreuzer) und auf Nassau 6,833 Fl. 55 Kr. (Sechstausend achthundert drei und dreissig Gulden fünf und fünfzig Kreuzer).

Die beiden letztern auf Preussen fallenden Pensions-Quoten, werden im folgenden Artikel zur Sprache gebracht.

Artikel IX.

Die nach den vorhergehenden Artikeln von Königlich Preussischer Seite zu übernehmenden Pensionen, welche ohne Verzeichniss der Individuen blos ihren Beträgen nach angegeben sind, belaufen sich

a) Nach Artikel IV Pos. 3 auf . . 15,053 Fl. 29 Kr.
b) Nach Artikel V Pos. 1 bis 5 . . 5,967 - 25 -
c) Nach Artikel VII Pos. 1 bis 4 . 13,778 - 1 -

Vorbehältlich der Pensionen der Officianten des Justiz-Senats zu Ehrenbreitstein und

d) Nach Artikel VIII Pos. 2 bis 3 . 6,138 Fl. 40 Kr. 1 H.

40,937 Fl. 35 Kr. 1 H.

(Vierzigtausend neunhundert sieben und dreissig Gulden, fünf und dreissig Kreuzer, ein Heller.)

Die beiderseitigen Commissarien haben sich vereinbart, eine Personal-Abtheilung der Pensionaire nach deren individuellen Verhältnissen und Wohnorten vorzunehmen und es sind hiernach auf obigen Gesammtbetrag die in der Anlage I namentlich verzeichneten Pensionaire von dem Königlich Preussischen Commissario übernommen worden.

Artikel X.

Es ist ausdrücklich verabredet worden, dass die in Gefolge des Wiener Staatsvertrags und des dazu gehörigen Separatartikels wechselsweise übernommenen, beibehaltenen oder vertheilten Pensionaire, nach eigener freier Wahl und ohne Abzug an ihrer Pension, in dem Preussischen oder Nassauischen Gebiet zu wohnen, und diejenigen, welche vorher die Erlaubniss zum Aufenthalt im Auslande erhalten haben, ferner ungehinderten Gebrauch davon zu machen befugt seyn sollen.

Artikel XI.

Die Verbindlichkeit zur Bezahlung sowohl der Pensionen von den durch den gegenwärtigen Recess an Preussen gekommenen und bei Nassau verbliebenen Landestheilen und Revenüen, als auch der darauf ruhenden und unter beiden Paciscenten vertheilten Schulden, fängt mit dem ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn an.

Da aber die Aemter Atzbach, Burbach und Neunkirchen nebst den Resten von dem Fürstenthum Siegen ein ganzes Jahr später, also erst mit dem Revenüenbezug vom 1. Juli Eintausend achthundert und sechszehn an die Krone Preussen übergegangen sind, so hat dieselbe zu übernehmen

a) an Pensionen von den im V. VII. und VIII. Artikel angegebenen und benannten Pensionen

1) vom ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn bis dahin Eintausend achthundert und sechszehn . . . . . 71,207 Fl. 48 Kr. 2 H.

2) vom ersten Juli Eintausend achthundert und sechszehn, wo der Revenüenbezug von Burbach, Atzbach, Neunkirchen und der Reste von dem Fürstenthume Siegen beginnt, bis zum 31. December Eintausend achthundert und sechszehn noch weiter . . . 41,679 - 24 - — -

Also in Allem bis Ende Eintausend achthundert und sechszehn . . . . . 112,887 Fl. 12 Kr. 2 H.

(Einhundert und zwölftausend achthundert sieben und achtzig Gulden, zwölf Kreuzer, zwei Heller.)

Da aber von beiden paciscirenden Theilen bereits ansehnliche Zahlungen auf diese Pensionen geleistet worden sind, so wird hiermit festgesetzt, dass darüber eine gemeinschaftliche Auseinandersetzung in der Art Statt finden soll, dass

1) das eine Gouvernement dem andern namentliche Verzeichnisse von den seit dem ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn, für das andere Gouvernement vorschussweise bezahlten Pensionen zuzustellen hat; und dass sodann

2) die Vorschüsse, welche das eine Gouvernement für das andere geleistet hat, hiernach gegen einander balancirt und berechnet und die etwanigen Ueberschüsse binnen Monatsfrist demjenigen Theil baar erstattet werden, der auf diese Weise einen Vorschuss nachweisen wird.

Was

b) die Schulden betrifft, so hat nach Artikel I die Krone Preussen an Zinsen zu übernehmen:

1) vom Ersten Juli Eintausend achthundert und fünfzehn

bis dahin Eintausend achthundert und sechszehn . . 57,802 Fl. 47 Kr. 1 Pf.

2) vom Ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn bis den Ein und dreissigsten December Eintausend achthundert und sechszehn noch weiter . . . . . 37,004 - 47 - 3 -

Also in allem 94,807 Fl. 35 Kr. — Pf.

(Vier und Neunzig Tausend Achthundert und Sieben Gulden Fünf und Dreissig Kreuzer.)

Diese Zinsenzahlung ist zwar durch das in Abschrift diesem Recess sub Litt. K beigelegte Protocoll vom 14. December laufenden Jahres berichtigt worden; es soll jedoch auch dieserhalb die nämliche Berechnung, Nachweise und Vergütung des etwanigen Vorschusses Statt finden, wie solche sub a wegen der Pensionen stipulirt und zugesagt worden ist.

Artikel XII.

In Gemässheit des Artikels XIII des Wiener Staatsvertrags sind bereits eine grosse Menge Acten, Urkunden und Verhandlungen, welche auf die Preussisch gewordenen Herzoglichen und Fürstlich Oranien-Nassauischen Landestheile Bezug haben, an die geeigneten Königlich Preussischen Behörden abgeliefert, und sollen die noch fehlenden ebenfalls in möglichst kürzester Frist und spätestens innerhalb drei Monaten an dieselbe befördert werden. In sofern aber dennoch wider Wissen und Willen einige solcher Acten, Urkunden und Papiere im Herzoglich Nassauischen Verwahrsam zurückbleiben möchten, so verpflichtet sich das Herzoglich Nassauische Gouvernement, selbige, wie sie sich nach und nach auffinden, sofort den Königlich Preussischen Behörden zu übersenden, so wie auch den dessfallsigen Requisitionen derselben ohne Rücksicht möglichst Genüge zu leisten.

Ein Gleiches wird von Königlich Preussischer Seite versprochen.

Artikel XIII.

Ueber die in Zeit- und Erbpacht gegebenen Grundbesitzungen und nutzbaren Gerechtsame, welche in beide Territorien überschiessen, ist folgende Vereinbarung getroffen:

Es sollen nämlich

1) bei den in Zeitpacht gegebenen Grundbesitzungen die Pachtverhältnisse bis zum Ablauf der gegenwärtigen Pachtzeit bestehen bleiben, und die Pachtquanta nach Massgabe der Belegenheit der Pachtobjecte in dem einen oder andern Territorio unter zu Grundelegung des am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn bestandenen Steuerfusses unter die beiden Gouvernements vertheilt werden.

2) Bei den in Zeitpacht gegebenen nutzbaren Gerechtsamen, soll es den beiderseitigen Regierungen freistehen, in ihren Territorien die Zeitpacht gegen angemessene Entschädigung des Pächters aufzuheben; so lange die Pachtverhältnisse aber bestehen, sollen die Pachtgelder nach dem Massstabe der Bevölkerung der Bezirke (am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn), über welche die Ausübung der Gerechtsame sich erstreckt, unter beide Regierungen vertheilt werden.

3) Bei den in Erbpacht gegebenen Grundbesitzungen sollen die Erbpacht-Verhältnisse beibehalten und die Erbpacht-Abgabe oder Canones, eben so wie bei den Zeitpachtgrundstücken nach Massgabe der Belegenheit der Pachtobjecte, unter zu Grundelegung des am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn bestandenen Steuerfusses unter beide Regierungen vertheilt werden, und

4) bei den in Erbpacht gegebenen nutzbaren Gerechtsamen, namentlich der Mühlenbann-Gerechtigkeit und dem Lumpensammeln, sollen die Gerechtsame vom ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn an, in so weit es nicht bereits geschehen, in den gegenseitigen Territorien aufgehoben seyn, und den resp. Regierungen überlassen bleiben, die dadurch betheiligten, in ihrem Lande wohnenden Erbpächter nach Recht und Billigkeit zu entschädigen, wogegen es rücksichtlich der Canones bis Ende Eintausend Achthundert und Sechszehn eben so wie bei den in Zeitpacht gegebenen Gerechtsamen gehalten werden soll.

Artikel XIV.

Die beiderseitigen Commissarien sind darin übereingekommen, und wird demnach hiermit bestimmt, dass die Communen und Localanstalten, wozu auch die Kirchen, Pfarreien, Schulen und die Armeninstitute in den Gemeinden gehören, die im andern Territorio habenden Besitzungen, Forderungen und Gerechtsame, als Privateigenthum ungekränkt behalten und darüber in den Gränzen der allgemeinen Landesverordnungen frei zu disponiren befugt seyn sollen. In Ansehung der getheilten Kirchspiele wird dagegen festgesetzt:

1) dass das denselben zustehende gemeinschaftliche Communalvermögen und die gemeinschaftlichen Schul- und Armenfonds nach der Population am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn vertheilt;

2) die Parochial- und Diöcesenverbindungen bei den protestantischen Gemeinden sogleich, bei den katholischen dagegen, sobald die bischöfliche Einwilligung erfolgt ist, getrennt werden, und

3) die Kirchen und Pfarreien ihr Vermögen und ihre Revenüen ganz ohne Rücksicht auf Belegenheit behalten, persönliche Verpflichtungen der bisherigen Pfarrgenossen zu Diensten und Abgaben im andern Territorio aber aufhören sollen.

Artikel XV.

Da sich in den gegenseitig abgetretenen Landesbezirken mehrere milde Stiftungen und Anstalten befinden, deren Bestimmung sich auf diese Landestheile in ihrer vorigen Verbindung erstreckte, und dazu namentlich

1) Der katholische Schulfonds zu Ehrenbreitstein,
2) Der Armenfonds daselbst,
3) Die Schönbornsche Fundation für katholische Pfarrer daselbst,
4) Der Schulfonds zu Hachenburg,
5) Der Armenfonds daselbst,
6) Der Armenfonds zu Weilburg,
7) Der Landarmenfonds zu Wiesbaden,
8) Die hohe Schule zu Herborn,

9) Das katholische Gymnasium zu Hadamar,
10) Das Schullehrer-Seminarium zu Dillenburg,
11) Das Waisenhaus und die von Erathische Stiftung zu Dillenburg,
12) Das St. Walburgs-Stift zu Weilburg und
13) Der Gnadenthalerfonds zu Dietz,

gehören; so ist auf den Grund des Wiener Staatsvertrags desshalb nachstehende Uebereinkunft getroffen worden,

1) Die diesen milden Stiftungen und Anstalten zustehenden Vermögensbestandtheile und Einkünfte fallen demjenigen Gouvernement zu, in dessen Territorio dieselben belegen und resp. zu erheben sind, und bei den Activcapitalien, wo die gestellten Hypotheken liegen, oder in deren Ermangelung, wo die Debitoren wohnen.

2) Alle Zahlungen und Prästationen, welche obengenannte Institute seither an Pfarreien, Schulen und milde Anstalten in dem andern Territorio zu leisten gehabt haben, hören gegenseitig auf und finden nicht weiter Statt. Die Privatrechte einzelner Familien und Individuen bleiben jedoch überall aufrecht erhalten.

3) Rücksichtlich der Ausführung dessen, was Pos. 1 und 2 bestimmt worden, wird der erste Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn, und beim Armenfonds zu Weilburg No. 6 und dem St. Walburgisstift daselbst No. 12 der erste Juli 1816 zum Normaltage angenommen, woraus dann folgt, dass alle von diesen beiden Tagen an fällig gewordenen Einnahmen und Ausgaben nebst den vorhanden gewesenen Vorräthen und Rückständen aller Art, demjenigen Gouvernement, in dessen Territorio solche zu erheben und resp. zu leisten sind, angehören und etwanige dieser Uebereinkunft zuwider laufende Erhebungen und Zahlungen gegenseitig ausgeglichen und restituirt werden müssen, welches nach vorgängiger Ausmittelung binnen Monatsfrist geschehen soll.

4) Alle den Eingangs bemerkten Instituten zustehenden Besitzungen im Auslande, d. h. ausserhalb dem Königlich Preussischen und dem Herzoglich Nassauischen Staatsgebiet und die bei der Herzoglich Nassauischen Staatskasse und den Oranien-

Nassauischen Generalkassen angelegten Capitalien derselben, verbleiben nebst den auf den quaest. Instituten etwa haftenden Schulden und den Leistungen in's Ausland, ganz allein dem Herzoglich Nassauischen Gouvernement und bleibt Preussen davon gänzlich ausgeschlossen.

5) Das Herzoglich Nassauische Gouvernement bezahlt an das Königlich Preussische eine Summe von Zwanzigtausend Gulden im 24 Fl. Fuss und zwar durch Ueberschreibung derselben, unter dem Namen des Stifts zu Weilburg und Gläubigerin, von den Herzoglichen Staatskassenschulden zu fünf Procent auf die Königlich Preussische Seite, wogegen von der Königlich Preussischen Quote ein gleicher Betrag von Privatschuldcapitalien wieder auf die Herzoglich Nassauische Rate übergeht; und endlich

6) sollen die Keppeler Stifts- und der Exjesuitenfonds zu Siegen ihr Vermögen und ihre Revenüen, sie mögen im Auslande liegen, oder bei der Herzoglich Nassauischen Staatskasse oder den Oranien Nassauischen Generalkassen, wenn es Capitalien sind, angelegt seyn, ohne die mindeste Beeinträchtigung behalten; dagegen sollen die daraus zu leistenden Zahlungen und Prästationen an im Herzoglich Nassauischen Territorio belegene Pfarreien, Schulen und milde Anstalten vom ersten Juli Eintausend achthundert und funfzehn an, cessiren, und wo sie bereits geleistet sind, restituirt werden.

Artikel XVI.

Die beiderseitigen Commissarien sind übereingekommen, dass die Civildiener-Wittwen- und Waisenkassen zu Hachenburg, Weilburg und Wiesbaden zum Behuf der Auseinandersetzung am füglichsten als Staats-Institute betrachtet werden können und demnach folgende Bestimmungen darauf Anwendung finden:

1) Die Fonds dieser Kassen werden vom ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn an nach der Belegenheit getrennt und fallen solche demjenigen Gouvernement zu, in dessen Territorio sich solche befinden. Die dazu gehörigen bei der Hachenburger Landesschuldenkasse stehenden Capitalien werden nach der Landesmatrikel unter beide Gouvernements vertheilt.

2) Beide Gouvernements verpflichten sich, vor dem angegebenen Zeitpunkt, nichts zu unternehmen, woraus dem einen oder andern Theil in Beziehung auf den Inhalt des vorigen Artikels irgend ein Nachtheil erwachsen könnte, so wie auch sich über die Wittwenkassenfonds die erforderlichen Nachrichten gegenseitig mitzutheilen.

3) Bis zum ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn werden alle den Wittwenkassen zur Last stehenden Pensionen aus den Beständen und den, den Kassen bis dahin verbleibenden Beiträgen der Interessenten und Capitalzinsen berichtigt, dergestalt, dass am ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn weder Ausgabe- noch Einnahme-Rückstände zu übernehmen sind. Die sich sodann ergebenden baaren Bestände verbleiben Nassau, welches dagegen auch die etwanigen Defecte zu decken hat.

4) Die am ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn vorhandenen Pensionaire fallen mit den ihnen gebührenden Pensionen demjenigen Gouvernement zu, in welchem der Ort liegt, wo der Gatte und resp. Vater der Pensionaire bei seinem Ableben als Staatsdiener angestellt war; und was

5) die Ansprüche der jetzt noch lebenden Interessenten für ihre Nachgelassenen betrifft, so wird deren Befriedigung eine Pflicht für dasjenige Gouvernement, in dessen Diensten die Interessenten am ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn stehen, oder falls es Pensionaire sind, von welchem sie alsdann ihre Pensionen beziehen.

6) Die den Wittwen und Waisen von Ausländern gebührenden Pensionen, sowohl diejenigen, welche am ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn schon wirklich zahlbar waren, als diejenigen, welche künftig nach dem Ableben der Interessenten zu bewilligen sind, verbleiben dem Herzoglich Nassauischen Gouvernement allein zur Last; wogegen dasselbe auch die Beiträge dieser Interessenten zu beziehen hat.

Artikel XVII.

Dadurch, dass die vormals Oranien-Nassauischen Lande durch den Wiener Staatsvertrag vom Einunddreissigsten Mai

Eintausend Achthundert und Fünfzehn und dessen Separatartikel gänzlich getrennt und unter beiden Paciscenten vertheilt worden sind, wird eine nähere Bestimmung für die Wittwen und Waisen der weltlichen Staatsdiener dieser Lande erforderlich. Es ist zu dem Ende Folgendes verabredet und von den beiderseitigen Commissarien festgesetzt worden:

1) Da das gemeinsame Band der vormals Oranien-Nassauischen Staatsdienerschaft getrennt worden, und ein Fürstlich Oranien-Nassauischer Staatsdienst nicht mehr besteht, so hat die Versorgungsanstalt für die Wittwen und Waisen der ehemaligen weltlichen Dienerschaft dieser Lande für die Zukunft ihre Bestimmung verloren, und es wird solche mit dem Tage der Trennung des Landes, also mit dem ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn, als aufgelöst betrachtet. Es wird jedoch

2) bis zu diesem Tage der Trennung den Ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn die vorhin bestandene Rechnung fortgeführt, an diesem Tage aber geschlossen und von den beiderseitigen Regierungen geprüft und gemeinschaftlich abgeschlossen werden. Sollte es sich hierbei ergeben, dass die Wittwen und Waisenkasse, um ihre noch rückständigen Pensionen bezahlen zu können, auf diejenigen Beiträge zurückgreifen müsste, welche ihr die Generalkasse zu Dillenburg noch verschuldet, so sind solche von demjenigen der Paciscenten zur Befriedigung der Wittwen und Waisen baar zu bezahlen, dem es obliegt, die noch rückständigen General- und Central-Verwaltungslasten der Kosten der Oranien-Nassauischen Lande zu berichtigen. Dahingegen wird

3) das Vermögen der Gesellschaft, es bestehe in rückstehenden Capitalien, Rückständen, baaren Beständen, Gütern oder Inventarienstücken, oder worin es sonst immer nur wolle, für die beiden getrennten Theile des Landes nach eben demselben Massstabe getheilt, welcher der Abtheilung der Oranien-Nassauischen Centrallasten und Pensionen zum Grunde gelegt worden ist; nämlich Ein Drittel für Preussen und Zwei Drittel für Nassau.

4) Die am Ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn bereits vorhandenen Wittwen und Waisen sind von demjenigen Gouvernement zu versorgen, welchem der resp. Gatte

oder Vater in seiner letzten Dienststelle gefolgt wäre. Da diese Bestimmung sich nur auf ehemalige Localdiener bezieht, so hat man die Abtheilung alsbald gemacht, und übernimmt Preussen nach der Anlage L 1177 Fl. 11¾ Kr. (Eintausend Einhundert sieben und siebenzig Gulden Eilf Kreuzer Drei Heller) als Localpensionen.

5) Die am Ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn vorhandenen Wittwen und Waisen von vormaligen Centraldienern und auswärtigen Mitgliedern der Gesellschaft haben nach der Anlage N jährlich zu beziehen 4,070 Fl. 23½ Kr. (Viertausend Siebenzig Gulden Dreiundzwanzig Kreuzer Zwei Heller); davon trägt Preussen Ein Drittel und Nassau Zwei Drittel; und hat jenes nach der Anlage O übernommen 1,350 Fl. 39¼ Kr. (Eintausend Dreihundert Fünfzig Gulden Neununddreissig Kreuzer Ein Heller), Nassau nach der Anlage P Zwei Drittel 2,719 Fl. 44¼ Kr. (Zweitausend Siebenhundert und Neunzehn Gulden Vierundvierzig Kreuzer Ein Heller.)

6) Um die Auseinandersetzung vollständig zu bewirken und damit die künftigen Wittwen und Waisen von dermalen Centralpensionairs, oder von auswärtigen Mitgliedern der Gesellschaft, welche sich ihres Rechts nicht verlustig gemacht haben, nur von einem Gouvernement ihre Pension beziehen, so sollen auch diese künftig möglichen Pensionen, wenn zuvörderst die Wittwenkassen-Commission zu Dillenburg über jene Frage hinsichtlich der auswärtigen Mitglieder statutenmässig entschieden haben wird, von dieser Commission mit Zuziehung des Königlich Preussischen Kreiscommissairs zu Siegen, zu Ein resp. Zwei Drittel durch das Loos vertheilt und von diesen Behörden den resp. Regierungen bekannt gemacht werden, von welchen Mitgliedern die künftig etwa entstehenden Wittwen und Waisen dem einen oder andern Gouvernement in dem statutenmässigen Betrag zur Versorgung zufallen.

Hierbei wird noch ausdrücklich bemerkt, dass die einzelnen Positionen dieser vorsorglichen Vertheilungs-Kategorie erst nach dem Tode der namhaft gemachten Pensionairs, und alsdann nur nach Vorschrift des Nassauischen Pensionsedicts für die Pensionaire, deren Pension bereits darnach bestimmt worden, und falls

die Wittwen dadurch nicht verkürzt werden, alsdann aber auch für die übrigen nach Vorschrift der bisher bestandenen Statuten und gesetzlichen Vorschriften eintreten. Uebrigens bleibt es

7) einem jeden der beiden Gouvernements überlassen, die Ansprüche der von ihm übernommenen, vormals Oranien-Nassauischen Dienerschaft, rücksichtlich der Versorgung ihrer künftigen Wittwen und Waisen zu befriedigen und solche deshalb zu beruhigen. Keine Regierung setzt der Gerechtigkeit und Grossmuth der andern hierin Gränzen.

Artikel XVIII.

In Betreff der ehemaligen Churtrierischen Civildiener-Wittwenkasse zu Ehrenbreitstein, wobei die besonderen Umstände obwalten, dass seit dem Jahre Eintausend Siebenhundert Vierundneunzig die Beiträge nicht mehr regelmässig geleistet und keine neuen Interessenten hinzugekommen, auch bisher nur die Zinsen der vorhandenen Capitalien vertheilt worden sind, ist Folgendes festgesetzt:

1) Die Wittwenkasse wird mit dem Ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn als ein gemeinschaftliches Institut für die Königlich Preussischen und Herzoglich Nassauischen Churtrierschen Landestheile aufgelöst und der Gerechtigkeit und Humanität eines jeden Gouvernements überlassen, die Ansprüche der ihm zugefallenen Pensionairs und Interessenten von da an auf angemessene Weise zu sichern und resp. zu verbessern.

2) Bis zu dem gedachten Ersten Januar Eintausend Achthundert und Siebenzehn verbleibt es bei der bisherigen Verbindung, und sollen die bis dahin verfallenen Zinsen, durch zweckdienliche, von beiden Gouvernements zu treffende Massregeln, so schleunig als möglich eingezogen und unter die vorhandenen Pensionairs in der zeitherigen Art vertheilt werden.

3) Die blos aus Capitalien bestehenden Fonds dieser Anstalt werden unter zu Grundelegung des noch zu constatirenden Zustandes am Ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn nach den noch lebenden und im Genuss sich befindenden Wittwen und Waisen und derjenigen ehemaligen Churtrierischen Staats-

liener, welche im Jahre Eintausend Achthundert und Drei vom Hochfürstlichen Hause Weilburg entweder im effectiven Dienste oder als Pensionairs übernommen sind, dergestalt vertheilt, dass überall die ursprünglich stipulirten jährlichen Beiträge (auch von den verstorbenen Gatten und Vätern der noch vorhandenen und Pension beziehenden Wittwen und Waisen) und die jetzigen Wohnorte der Interessenten zur Basis dienen und jedes Gouvernement nach Massgabe der in seinem Territorio wohnenden Interessenten an dem Capitalfonds Antheil nehmen soll. Etwanige ausländische Interessenten werden zu Zwei Drittel Nassau, und zu Ein Drittel Preussen zugerechnet.

4) Bei der Abtheilung der Capitalienantheile soll die Begenheit in beiden Territorien möglichst berücksichtigt und sollen erforderlichen Falls gegenseitige Ausgleichungen vorgenommen werden. Bis dahin solches geschehen, versichern sich beide Gouvernements gegenseitig die Rechte von eingebornen Privatpersonen rücksichtlich der in dem andern Territorio ihnen zugefallenen Capitalien.

5) Jedes Gouvernement sorgt für die Wittwen und Waisen und die Nachgelassenen der Interessenten, welche in seinem Territorio wohnhaft sind, und wofür dasselbe bei der Vertheilung Pos. 3 Antheil an dem Capitalfonds genommen hat.

Artikel XIX.

Die Pfarrer- und Schullehrer-Wittwen- und Waisenkassen, namentlich die Weilburger Pfarr- und Schullehrer-, die Oranien-Nassauischen Pfarr- und die Neuwieder Prediger-Wittwenkasse, werden als rein privatgesellschaftliche Institute anerkannt, auf deren Fonds und dessen Abtheilung die Landesveränderung keinen Einfluss gehabt hat. Da es jedoch nicht für zweckmässig erachtet wird, dass die Mitglieder dieser Gesellschaften auch fernerhin, unangesehen ihres Verhältnisses zum Staate verbunden bleiben; so sollen sie von den beiderseitigen Landesregierungen aufgefordert werden, ihren gesellschaftlichen Verband zu trennen und ihre Fonds zu theilen. Zu dem Ende erwählen die beiden sich trennenden Theile, binnen drei Monaten, ein jeder einen Bevollmächtigten, welche vorbehältlich der Ratification der resp. Regierungen sich über die Theilung zu vereinigen haben. Kön-

nen sie darüber nicht einig werden, dann tritt die Entscheidung der Regierungen ein. Die Institute bleiben bis zu ihrer Auflösung ganz in der bisherigen Art und unter gemeinschaftlicher Oberaufsicht der beiderseitigen Landesregierungen fortbestehen, dergestalt, dass die Rechnungen gemeinschaftlich justificirt und keine einseitigen Verfügungen erlassen werden.

Artikel XX.

Preussen scheidet für die erhaltenen Herzoglich Nassauischen Lande aus dem Parificationsverbande wegen Vergütigung der Kriegskosten de Eintausend Achthundert Dreizehn, Vierzehn und Fünfzehn gänzlich aus, und reservirt sich dagegen

1) die Zurückzahlung derjenigen Gelder nebst Zinsen von Herzoglich Nassauischer Seite, welche in den an Preussen abgetretenen Aemtern und Dorfschaften zu diesem Behuf bereits aufgebracht und in die Herzoglich Nassauische Parificationskasse geflossen sind.

2) Die Ueberweisung derjenigen Vergütung, welche für die bereits liquidirten, von den Preussisch gewordenen Nassauischen Aemtern und Communen geschehenen Kriegsleistungen aller Art von auswärtigen Gouvernements theils schon gewährt sind, und theils noch werden gewährt werden; und

3) die Auslieferung der Beläge und Justificatorien über diejenigen Kriegsleistungen obbesagter Preussisch gewordenen Aemter und Communen, welche Nassauischer Seits noch nicht zur Liquidation gebracht worden sind. Von Herzoglich Nassauischer Seite ist diesem Verlangen nachgegeben, dabei jedoch ausdrücklich bedungen, und von Königlich Preussischer Seite angenommen worden, dass

ad 1) die Zurückzahlung der erwähnten Gelder nebst Zinsen innerhalb drei Monaten erfolgen, davon jedoch derjenige Betrag zu den aufgelaufenen und gehörig zu justificirenden Kosten der Parifications-Commission bis zum Ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn und für das Amt Atzbach bis zum Ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn in Abzug gebracht werden soll, welcher

nach der Population auf die Preussisch gewordenen ehemaligen Herzoglich Nassauischen Länder fällt; und

ad 2 und 3) dass die Ausweisung über die erhaltenen noch zu erwartenden Kriegskostenvergütung nebst der Zahlung selbst, so wie die Zurücklieferung der Beläge über die noch nicht liquidirten Kriegsleistungen ebenfalls innerhalb drei Monaten Statt finden soll.

Artikel XXI.

Unter dem Neunundzwanzigsten Juli vorigen Jahres ist zu enburg von den Königlich Preussischen und Herzoglich Nasischen Commissarien ein Gränzregulirungs-Protocoll abgehal- worden, welches, ehe es noch die Allerhöchste tätigung erhalten hat, dadurch in mehreren Artikeln über- ig geworden ist, weil diejenigen Aemter und Landestheile, über der Separatartikel vom Einunddreissigsten Mai Eintau- d Achthundert und Fünfzehn die Verfügung enthält, früher etreten und wechselsweise in Besitz genommen worden sind. n diesen Protocollarischen Bestimmungen werden jedoch fol- de dahier ausdrücklich übernommen, und wird daher festge- t, dass

1) die Hoheits- und Landesgränze zwischen den durch Staatsvertrag vom Einunddreissigsten Mai Eintausend Achtdert und Fünfzehn und dessen Separatartikel an Preussen und sau gekommenen und resp. bei letzterm verbliebenen Lande in möglichst kürzesten Frist durch eine gemeinschaftliche, beiseitig zu ernennende Commission alsbald regulirt und so bemt werden soll, dass

2) nach dem wörtlichen Inhalt des Staatsvertrags Arti- IV die Gemarkungsgränzen die künftigen Landes- und Hogränzen bilden; wobei es sich von selbst versteht, dass n etwa

3) Domainengüter oder Domanial-Waldungen die in früen Zeiten zu keiner Gemarkung gehörten, in den Steuerrollen r solchen nachher wären eingetragen worden, dieselben mit Besitze der Gemeindegemarkung selbst, an denjenigen der ucenten übergehen, dem die Gemarknng selbst zufällt. Wo nach

4) eine zusammenhängende und ausgesteinte oder auf eine kenntliche Art, namentlich durch den Inhalt der Gemarkungs-Steuerrollen bezeichnete Gemarkung durch die dermalige Amts- oder ältere Hoheitsgränze durchschnitten wird, da soll der abgeschnittene Theil der besitzenden Gemeinde zugeschlagen und die neue Gränze nach dem Lauf der Gemarkung gezogen werden.

5) Hierunter sind jedoch einzelne in anderen Gemarkungen gelegene, oder davon enclavirte, oder überschiessende Gemeinde-, Kirchen- und andere Privatgüter nicht zu verstehen, als welche unter derjenigen Hoheit verbleiben, unter welche sie als Enclaven der damaligen Abtheilung nach kommen. Damit nun

6) die neue Landesgränze auf eine solche Art kenntlich gemacht werde, dass dieselbe künftig ohne alle Mühe aufgefunden werden kann: so sollen

a) da, wo die dermaligen Gränzsteine bleiben, aber zu weit auseinander stehen, mehrere Steine und zwar so, dass von dem einen auf den andern gesehen werden kann, eingesetzt und solche entweder mit fortlaufenden Nummern, oder wo bereits numerirte Steine stehen, mit diesen in Correspondenz zu setzenden Nummern versehen und die Directionslinie nach den folgenden Steinen auf dem Kopf mit einer gezogen, oder wenn ein Bach oder Fluss die Gränze bildet, mit einer Schlangenlinie bezeichnet werden, bis dahin, dass die etwa noch erforderlichen neuen Steine herbeigeschafft sind, sollen die Punkte, wohin sie zu stehen kommen, einstweilen durch Löcher von drei Fuss im Durchmesser und mit einem starken Pfahl bezeichnet werden;

b) da, wo die Gränze durch Waldungen läuft und keine Gränzschneissen vorhanden sind, sollen dergleichen sofort und zwar in der Weite von zwölf Schuhen dergestalt, dass die entweder schon vorhandenen oder noch zu setzenden Steine in die Mitte der Schneisse kommen, ausgehauen werden;

c) über den ganzen Hergang, zu welchem die betreffenden Ortsvorstände und beiderseitigen Revierförster zuzuziehen sind, sollen förmliche Protocolle in quadruplo oder für jeden Theil eine doppelte Ausfertigung gemacht, und in diesen Proto-

colle müssen die Distanzen von Stein zu Stein entweder nach der bereits geschehenen oder noch vorzunehmenden Vermessung bemerkt, auch darüber besondere Gränzkarten mit Angabe der Winkel und Aufzeichnung des bei der Messung gebrauchten Fusses oder Schuhes, so wie der gebrauchten Ruthe aufgestellt werden;

d) die Gränzbestimmung und Regulirung in der Kalteiche und deren Abtheilung, in die Dillenburgische und in die Siegensche, soll sofort durch eine Special-Commission vorgenommen werden; übrigens wird noch

e) die von den Uebergabe-Commissarien unterm dreissigsten Juni Eintausend Achthundert und Fünfzehn zu Ehrenbreitstein verabredete Abgabe des in dem Nassauischen Gebiete enclavirten Dorfes Freirachdorf gegen die vorhin dem Herzoglich Nassauischen Amte Hachenburg zuständigen Theile der Ortschaften Hommelsberg und Seelbach hierdurch anerkannt, und gehören somit letztere beide Ortschaften der Krone Preussen, so wie Freirachdorf dem Herzogthum Nassau ausschliessend und allein zu.

Artikel XXII.

Da es sowohl für die Königlich Preussischen als auch für die Herzoglich Nassauischen an der Lahn gelegenen Lande gleich wichtig und vortheilhaft ist, diesen Fluss soweit es thunlich ist, schiffbar zu machen, so verspricht das Herzoglich Nassauische Gouvernement, diese Arbeit von Weilburg an, bis wohin dermalen geschifft wird, bis zu dem Punkt, wo die Lahn aus dem Preussischen in das Nassauische tritt, zu derselben Zeit beginnen und auf seine Kosten vollständig ausführen zu lassen, in der diese Arbeit von Wetzlar an abwärts begonnen und vorgenommen wird.

Artikel XXIII.

Die Beziehung der laufenden Landeseinkünfte und die Berichtigung der daraus zu bestreitenden Ausgaben fängt für beide Gouvernements in den gegenseitig abgetretenen Landestheilen unter zu Grundelegung der Fälligkeitstermine, mit dem ersten Mai Eintausend Achthundert und Fünfzehn, und in den Aemtern Katzbach, Burbach und Neunkirchen und dem Reste des Fürsten-

thums Siegen mit dem ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn an, und sollen die Beträge, welche das eine oder andere Gouvernement diesem Uebereinkommen zuwider an sich gezogen hat, nach vorgängiger Constatirung innerhalb Monatsfrist in den empfangenen und glaubhaft nachzuweisenden Beträgen baar ersetzt werden.

Um sodann die sich gewöhnlich in die Länge ziehenden gegenseitigen Communicationen und sonstige Weitläuftigkeiten zu vermeiden, welche aus der Behandlung und Einziehung der Activrückstände und aus der Festsetzung und Berichtigung der Passivrückstände in den gegenseitig abgetretenen Landesbezirken nothwendig erwachsen; so haben die Commissarien sich einstimmig darüber verglichen, dass jedem Gouvernement, neben den vorgefundenen Geld- und Naturalbeständen, die in seinem übernommenen neuen Territorio am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn, und in den Aemtern Atzbach, Burbach und Neunkirchen nebst dem Reste des Fürstenthums Siegen am ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn noch ausgestandenen und resp. aus dem Auslande dazu gehörigen Activ- oder Einnahmerückstände an Staats- und Domainenrevenüen aller Art zur beliebigen Verfügung verbleiben, denselben dagegen aber auch die Verpflichtung obliegen soll, die ebenfalls am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn, und in den besagten Aemtern und dem Rest von Siegen am ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn vorhanden gewesenen Passiv- und Ausgabenrückstände an gewöhnlichen Verwaltungskosten und sonstigen Forderungen, welche ihrer Natur und den bisherigen Administrations-Grundsätzen zufolge den übernommenen Kassen zur Last fallen, nach Recht und Billigkeit zu berichtigen und abzumachen, ohne dieserhalb das andere Gouvernement zur Mitleidenheit in Anspruch zu nehmen.

Hierbei ist ausdrücklich bedungen und vorbehalten worden, dass Verzicht geleistet werde

A. Von Königlich Preussischer Seite:

1) Auf die Aerarialactiva oder Kameralcapitalien, welche von Herzoglich Nassauischer Seite in der Periode vom ersten Januar Eintausend Achthundert und Fünfzehn bis zur Uebergabe

ler Landestheile an Preussen eingezogen sind und nach Analogie ler Staatsschulden-Theilung dem Königlich Preussischen Gouernement hätten zu Gute kommen müssen.

2) Auf die Theilnahme an dem Dillenburger Lotterieonds, so weit derselbe im Herzoglich Nassauischen Gebiet beegen ist, jedoch mit Vorbehalt der Anweisungen, die zu Gunsten iffentlicher und milder Anstalten, Pfarreien, Schulen und Indiviluen im Fürstenthum Siegen und den Aemtern Burbach und Neunkirchen von competenten Behörden bis zum ersten Juli Einausend Achthundert und Sechszehn auf den besagten Lotterieonds ertheilt seyn möchten und welche das Herzoglich Nassauiche Gouvernement baldmöglichst zu realisiren hiermit verspricht.

3) Auf die Dotation der katholischen Pfarre zu Sayn, welche Verpflichtung auf der Gesammtmasse der bis auf einen geringen Theil veräusserten Güter und Einkünfte der Abtei Sayn aftet; es bleibt diese Pfarre indessen nach Art. XIV im Besitz ler ihr zukommenden Revenüen, aus dem Herzogthum Nassau.

4) Auf die Erstattung derjenigen Antheile an den sogeannten Dispensationsgeldern, welche des Höchstseeligen Fürsten u Nassau-Weilburg Durchlaucht, mittelst Rescripts vom Sieben nd Zwanzigsten Oktober Eintausend Achthundert und Vier, der Churtrierischen Wittwenkasse und den Eigenthümern der durch len Krieg in Schutt gelegten Wohnungen verheissen haben, und either unberichtigt geblieben seyn möchten, jedoch mit Ausschluss des sich bei der Rechnungs-Ablage über die Dispenationskasse ergebenen baaren Bestandes und der dem Rechnungsführer nach der Revision noch zur Last fallenden Defecte, welche beide dem Königlich Preussischen Gouvernement zur Disposition verbleiben und nebst der Rechnung von Herzoglich Nassauischer Seite innerhalb vier Wochen herausgegeben werden ollen.

5) Auf die für die Stadt Linz gemachte Forderung zur Restitution derjenigen Capitalien, welche im Gefolge der Suppression des dortigen Servitessenklosters vom Herzoglich Nassauischen Gouvernement eingezogen sind; und

6) auf den Zuschuss zur Befriedigung des Königs der Niederlande Majestät für die in den abgetretenen Oranien-Nas-

sauischen Erblanden zurückgelassenen Geld- und Naturalbestände und Ueberschusscompetenzen, in welcher Hinsicht das Herzoglich Nassauische Gouvernement von dem Preussischen völlig vertreten werden soll.

B. Von Herzoglich Nassauischer Seite

wird dagegen verzichtet:

1) Auf die sämmtlichen am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn noch rückständig gewesenen Kaufschillinge von verkauften Domänen;

2) Auf die Erstattung des Soldes des nach Artikel XI an Preussen übergegangenen Militairs und die Vergütung aller andern dieses Militair betreffenden Forderungen für den Zeitraum, welcher zwischen der Uebergabe der Oranien-Nassauischen Truppen an Nassau und der Herzoglich Nassauischen Truppen an Preussen, liegt;

3) Auf die zur Errichtung einer katholischen Kirche und Pfarre zu Weilburg bestimmte jährliche Competenz von Einhundert fünfzig Gulden, deren Abgabe dem zeitlichen Besitzer des städtischen Beneficii ad St. Nicolaum zu Unkel im Jahre Eintausend Achthundert und Zwölf auferlegt worden ist, vom ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn an.

4) Auf die Restitution oder Anrechnung

a) der an die Amtskellerei Ehrenbreitstein kurz nach der Abtretung von Herzoglich Nassauischer Staatskasse abgesandten 10,000 Fl. (Zehntausend Gulden) zur Berichtigung der bis zum ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn rückständigen Besoldungen und Pensionen und

b) der an den Königlich Niederländischen Commissarius Herrn Geheimenrath von Arnoldi aus Herzoglich Nassauischer Staatskasse gezahlten 5,000 Fl. (Fünftausend Gulden).

5) Auf die theilweise Bezahlung von Seiten des Preussischen Gouvernements

a) der Forderungen aller im Preussischen wohnenden Individuen vom ehemaligen Herzoglich Nassauischen Militaire an die Herzoglich Nassauische Kriegskasse, und soll zur Anbringung dieser Forderungen ein neuer Präclusivtermin von

drei Monaten anberaumt und durch die Königlich Preussische Regierung zu Coblenz gehörig bekannt gemacht werden;

b) aller auf den ehemaligen Oranien-Nassauischen Fürstenthümern Dietz, Hadamar, Dillenburg und Siegen nebst Zubehör haftenden, am ersten Juli Eintausend Achthundert und Fünfzehn noch rückständig gewesenen Central-Ausgaben, Ansprüchen und Forderungen jeder Art.

Es werden diese Forderungen a und b vom Herzoglich Nassauischen Gouvernement allein übernommen, und wird von diesem das Königlich Preussische Gouvernement desshalb in jeder Hinsicht vertreten. Ausserdem bleiben dem Herzoglich Nassauischen Gouvernement noch allein zur Last:

6) Alle in den ersten Abtretungen an Preussen bis zum ersten Juli Eintausend Achthundert Fünfzehn und in den Aemtern Atzbach, Burbach und Neunkirchen, und dem Rest vom Fürstenthum Siegen bis zum ersten Juli Eintausend Achthundert und Sechszehn noch rückständigen, eigentlich auf der Staatskasse ruhenden und auf die Renteien nur Delegationsweise assignirten Pensionen und Zinsen von Staatsschulden.

Uebrigens wird noch bemerkt, dass durch den gegenwärtigen Artikel die Bestimmung des Artikels VIII des Uebergabe-Protokolls de dato Wiesbaden den neunzehnten Oktober dieses Jahres nicht im mindesten abgeändert ist, und es mithin lediglich sein Bewenden dabei behält.

Schliesslich ist von beiden Seiten sich noch vereinbart worden, dass die noch unberichtigten Rechnungen von den getheilten Renteien Ehrenbreitstein, Rommersdorf und Herschbach, die von beiden ersten von Königlich Preussischer Seite und die von der letztern von Herzoglich Nassauischer Seite revidirt und zum Abschluss befördert und die Resultate davon nebst sonstigen administrativen Nachrichten, von beiden Gouvernements sich gegenseitig mitgetheilt werden sollen.

Artikel XXIV.

Nassau verpflichtet sich, wegen der übernommenen Churrierischen Kammeraleinnahme-Rückstände bis ersten December Eintausend Achthundert und Zwei sich mit den ehemaligen Churrierischen Dienern und andern Gläubigern über ihre Besoldungs-

und Pensions-Rückstände nebst sonstigen Forderungen auseinander zu setzen und verspricht zu diesem Ende, innerhalb drei Monaten eine besondere Commission zu ernennen, wogegen Preussen sich anheischig macht, die in seinem Antheil an den Churtrierschen Ländern rechter Rheinseite noch vorhandenen Rückstände, so weit solche liquide und exigible sind, durch seine Rentbeamten einziehen zu lassen und zur Disposition von Nassau zu stellen, wegen der illiquiden und inexigiblen Reste aber angemessene Vorschläge zu deren Tilgung abzugeben, die sodann gemeinschaftlich discutirt und darauf endliche Beschlüsse gefasst werden sollen.

Artikel XXV.

Da der unterm dreissigsten Juni Eintausend Achthundert und Fünfzehn zu Ehrenbreitstein abgefasste, von Königlich Preussischer Seite aber nicht ratificirte Recess theils in seinen Bestimmungen gegenwärtig nicht mehr anwendbar ist, und theils durch den jetzigen neuen Recess sehr wesentliche Abänderungen erlitten hat; so wird in Absicht der Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln folgendes nachrichtlich angeführt:

Ad Artikel I, II, III beruhen auf sich.

Ad Artikel IV kommt das Erforderliche in dem Artikel XXII dieses Recesses vor, worauf hier Bezug genommen wird.

Ad Artikel V abgemacht.

Ad Artikel VI hat es bei dem gemachten Anschluss der Berichte der Localbehörden sein Bewenden.

Ad Artikel VII, VIII, IX, XVI die hierin enthaltenen Bestimmungen finden in den Artikeln XXI und XXIV dieses Recesses ihre Erledigung.

Ad Artikel X und XI abgemacht.

Ad Artikel XII bleiben Königlich Preussischer Seits die Kosten für die überlieferten Criminal- und correctionellen Gefangenen und Wahnsinnigen noch zu bezahlen, in so weit es noch nicht geschehen ist.

Ad Artikel XIII wird durch Artikel XII dieses Recesses überflüssig.

Ad Artikel XIV, XV und XVI erledigt.

Artikel XXVI.

Schliesslich behalten beide Commissarien sich ausdrücklich vor, dass wenn bei der nach diesem Recess bewirkten gegenseitigen Pensionsüberweisung aus Irrthum oder Vergessenheit einige theilbare Posten übergangen oder Localpensionen unter die theilbaren, und theilbare unter die Localpensionen klassificirt und aufgenommen sind, diese Versehen nach vorgängiger Justification alsdann nach den in diesem Recess enthaltenen Grundsätzen noch nachträglich berichtiget werden sollen.

Die Angelegenheit wegen des Wartegeldes des vormaligen Präfecten Schmitz wird dahier nicht weiter berührt, da darüber durch die Note des Herzoglich Nassauischen Staats-Ministeriums vom zwei und zwanzigsten September Eintausend Achthundert und Fünfzehn und die der Herzoglichen Commissarien vom ersten April Eintausend Achthundert und Sechszehn bereits Vorsehung geschehen ist.

Dieser in Duplo abzufassende Recess soll von den beiderseitigen Ministerien ratificirt, die Ratificationen auf dem Exemplare eines jeden Theils ausgefertigt und die ratificirten Recesse innerhalb sechs Wochen, oder früher wenn es geschehen kann, gegen einander ausgewechselt werden.

Gegenwärtiger Recess ist von den beiderseitigen im Eingange genannten Commissarien eigenhändig unterschrieben und besiegelt worden.

So geschehen Frankfurt am Main, den 14. December 1816 und Wiesbaden, den 19. December 1816.

(L. S.) Hatzfeld,
Königlich Preussischer Commissarius.

(L. S.) Ibell,
Herzoglich Nassauischer Commissarius.

(L. S.) von Pfeiffer,
Herzoglich Nassauischer Commissarius.

(L. S.) Roessler,
Herzoglich Nassauischer Commissarius.

a) Vergl.: Abtheilung I dieses Theiles, S. 625.

LXXXVIII.

Convention entre la France et la ville de Hambourg, relativement à la banque de Hambourg, conclue à Paris le 27. Octobre 1816.

Sa Majesté Très-Chrétienne désirant mettre à exécution l'article III. de la Convention conclue le 20. novembre entre Elle et les Puissances alliées, relativement à la liquidation des créances étrangères *), et voulant d'ailleurs donner à la ville de Hambourg une marque de Sa bienveillance particulière, en indemnisant autant que les circonstances le rendent possible, la banque de cette ville des pertes qu'elle a éprouvées en 1813 et 1814, a nommé

le Sieur Baron Portal, Conseiller d'état, officier de l'ordre Royal de la Légion d'honneur, et

le Sieur Baron Dudon, Conseiller d'état, officier de l'ordre Royal de la Légion d'honneur,

pour conférer et traiter de cet objet avec

le Sieur Sénateur Sillem, nommé à cet effet de la part des Bourgmestres et Sénat de la ville de Hambourg;

et les dits Commissaires s'étant réciproquement communiqué leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article I.

La créance dont le Sénat de Hambourg, au nom de la banque de cette ville, réclamoit de la France remboursement et qui a pour origine l'enlévement des fonds de la banque de cette ville en 1813 et 1814 est et demeure fixée à la somme de dix millions de francs.

Article II.

La France s'engage à payer cette somme de dix millions de francs, et le paiement en sera effectué au moyen de l'inscription d'une rente de 500,000 francs sur le grand livre de la dette publique. La dite rente sera inscrite avec jouissance du 22. mars 1816 au nom de M. le Sénateur Sillem (M. J. Sillem) et le certificat de l'inscription lui sera délivré le jour de l'échange des ratifications de la présente Convention.

Article III.

Il sera tenu compte au Sénat de Hambourg des intérêts du capital de la dite somme de dix millions de francs depuis le 20. novembre 1815 jusqu'au 22. mars 1816, à raison de quatre p. C. par an.

Article IV.

Le montant de ces intérêts s'élevant à la somme de cent trente-quatre mille sept cent quatre-vingt quatorze francs 52 centimes et celui des arrérages de la rente de 500,000 francs, compris entre le 22. Mars et le 22. Septembre 1816, s'élevant à la somme de deux cent cinquante mille francs, seront acquittés en numéraire par le trésor de France et entre les mains de M. le Sénateur Sillem le jour de l'échange des ratifications de la présente Convention.

Article V.

Au moyen de la délivrance de l'inscription de 500,000 francs de rente et du paiement d'intérêts stipulés dans l'Article précédent, le Sénat de Hambourg renonce tant en son nom, qu'au nom de la banque de cette ville, à toute répétition ou réclamation quelconque, qui auroit pour objet l'enlévement de fonds de la dite banque.

Article VI.

Il est bien entendu que tous actes quelconques faits antérieurement à la présente Convention et ayant rapport au remboursement par la France des fonds de la banque de Hambourg, sont considérés comme non avenus et déclarés de nul effet.

Article VII.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées dans le terme d'un mois ou plutôt si faire se peut.

En foi de quoi nous soussignés Commissaires avons signé la présente Convention et y avons fait apposer le cachet de nos armes.

Fait à Paris, le 27. Octobre 1816.

(L. S.) Portal.
(L. S.) Dudon.
(L. S.) Sillem.

a) Dieser Artikel enthält folgende Bestimmung: „Les réclamations du Sénat de Hambourg, concernant la banque de cette ville, seront l'objet d'une convention particulière entre les commissaires de S. M. T. C. et ceux de la ville de Hambourg."

Vergl: Abtheilung I dieses Theiles S. 793.

LXXXIX.

Gränz-Vertrag zwischen Hannover und dem Königreiche der Niederlande, unterzeichnet zu Meppen am 2. Juli 1824.

Nachdem Se. Majestät der König des vereinigten Reiches Grossbritannien und Irland, auch König von Hannover und Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u. s. w. u. s. w.

Und Se. Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg u. s. w. u. s. w. zu mehrerer Befestigung der zwischen beiden Königreichen von Hannover und der Niederlande so glücklich bestehenden aufrichtigen Freundschaft und zur Erhaltung der Ruhe an der Gränze es nöthig erachtet haben, diese auf der ganzen Linie, wo beide Reiche sich berühren, zu berichtigen und festzusetzen, zugleich auch die zwischen den angränzenden Unterthanen wegen gegenseitiger Verhältnisse hier und da obschwebenden Streitigkeiten möglichst zu schlichten, so wie endlich in Betreff der Gränzabwässerungs-Anstalten die für beide Staaten zweckdienlichsten Bestimmungen zu treffen, und in dieser Absicht Commissarien zu ernennen und zu bevollmächtigen geruhet haben, als

Se. Majestät der König von Hannover:

Allerhöchst Ihren Regierungsrath den Doctor der Rechte Conrad Ferdinand Friedrich von Pestel-Bruche, Ritter des Königlich Hannöverischen Guelphen-Ordens,

Ihren Landrath den Doctor der Philosophie Clamor Ernst Georg Victor Freiherrn von dem Busche-Hünnefeld, und

Ihren Wasserbau-Inspector Otto Diedrich Christian Friedrich Reinhold;

Und Se. Majestät der König der Niederlande:

die Herren Maximilian Jacob De Man, Director der Kriegsarchive und des topographischen Bureaus, Ritter des Militair-Wilhelms-Ordens dritter Classe, Commandeur des Niederländischen Löwenordens und Ritter des Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Classe;

Dr. Albertus Sandberg, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Overyssel;

Dr. Heinrich Guichart, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Groningen und

Dr. Johann Lindhorst Homann, Mitglied der deputirten Staaten der Provinz Drenthe;

so sind diese Commissarien, nach gegenseitiger Auswechselung ihrer Vollmachten, unter Vorbehalt der Genehmigung ihrer höchst gebietenden Committenten über folgende Punkte mit einander übereingekommen:

Artikel I.

Bei der gegenwärtigen Regulirung und Bestimmung der Gränzen sind diejenigen Recesse, welche unterm 16. Mai 1548, 1. August 1659, 18. Mai 1778, 1. April und 3. September 1779 und 26. August und 9. September 1801 über die Gränzen zwischen der Hannöverischen Grafschaft Bentheim und den Niederländischen Provinzen Overyssel und Drenthe, und unterm 27. Oktober und 10. November 1764, den 11. und 29. Oktober 1784 über die Gränzen zwischen dem Hannöverischen Kreise Meppen und den Niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe, so wie die unterm 24. Juni 1636, 14. März 1700, 28. August und 2. November 1706 und 26. Januar 1723 über die Gränzen zwischen der Hannöverischen Provinz Ostfriesland und der Niederländischen Provinz Groningen abgeschlossen worden, zu Grunde gelegt. Da indessen diese Verträge theils die Gränze auf mehreren Punkten überhaupt nicht angeben, oder doch nicht genau genug bestimmen, theils hinsichtlich der Gränzabwässerungen keine genügenden Bestimmungen enthalten, so sind diese Mängel durch gegenwärtigen Tractat ergänzt worden, damit so wenig über den einen als den andern Gegenstand ferner Irrungen Statt finden.

Uebrigens sollen alle in den gedachten Verträgen enthaltenen Bestimmungen, in so weit dieselben durch den gegenwärtigen Tractat weder im Allgemeinen, noch besonders abgeändert und aufgehoben sind, ihre volle Kraft behalten.

Artikel II.

Die bisherigen Privatgerechtsame der beiderseitigen Gränzbewohner auf dem einen oder dem andern Staatsgebiete, — sie mögen sich auf die im I. Artikel angezogenen Gränzrecesse, oder auf sonstige Privatverträge, Besitz und Herkommen gründen, sollen, insofern selbige durch gegenwärtigen Tractat nicht besonders regulirt und festgesetzt worden, den Betheiligten nach wie vor verbleiben.

Artikel III.

Sobald die Gränzsteine, nach Statt gehabter Ratification des gegenwärtigen Tractats, gesetzet seyn werden, soll eine durch beiderseits ernannte Geometer verfertigte topographische Gränzkarte, so wie eine Beschreibung der Gränzen mit den erforderlichen Croquis, worauf alle Gränzsteine, derselben Entfernungen und Winkel genau verzeichnet sind, durch beiderseitige Commissarien ihren respectiven Gouvernements überreicht, inmittelst aber zur Erläuterung des gegenwärtigen Tractats diesem eine, nach einem kleineren Massstabe gezeichnete, topographische General-Karte beigefügt werden.

Artikel IV.

Da, wo die Gränzlinie Gebäude durchschneidet, soll das ganze Gebäude der Landeshoheit desjenigen Staats unterworfen seyn, in welchem der grösste Theil desselben belegen ist;

Desgleichen soll die Gränzlinie, wo selbige unmittelbar an Wohnhäusern gelegene Gärten durchschneidet, so um den Garten herumgezogen werden, dass auch dieser zu dem Territorio gehört; wozu das Haus gerechnet wird, so wie endlich, wenn die Gränzlinie zwischen Wohnhäusern und den nahe daran belegenen Nebengebäuden oder Scheunen hergeht, sollen letztere hinsichtlich der Landeshoheit zu demjenigen Staate gehören, in welchem die Wohnhäuser belegen sind.

Alle Fälle, wo obige Bestimmungen zur Anwendung kommen, sollen bei Setzung der Gränzsteine in der Gränzbeschreibung besonders namhaft gemacht, wie auch auf den Karten bemerkt werden, ob das von der Gränze durchschnittene Wohnhaus oder Gebäude Hannöverisch oder Niederländisch sey.

Artikel V.

Nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Tractats dürfen weder von Corporationen noch von Privatpersonen des einen oder des andern Staats, Gebäude näher als einhundert rheinländische Ruthen, oder dreihundert sechs und siebenzig niederländische Ellen und sieben Palmen, an der Gränzlinie erlaubt werden.

Durch obige Bestimmung soll jedoch keineswegs das Hoheitsrecht beider Gouvernements, überall an der Gränzlinie, wo selbige es künftig nöthig erachten möchten, Staatsgebäude anzulegen und Vertheidigungs-Anstalten jeder Art zu treffen, beschränkt werden.

Artikel VI.

Da, wo es zwischen angränzenden Gemeinden beider Reiche hergebracht ist, das Vieh ductu naturae, oder ohne Hirten weiden zu lassen, soll dasselbe, wenn es widerrechtlich die Gränzlinie, wenn dieselbe zugleich Markengränze ist, übertreten und nicht weiter wie funfzig rheinländische Ruthen oder Einhundert acht und achtzig niederländische Ellen und vier Palmen von der Gränze entfernt sein möchte, nicht geschüttet werden dürfen, sondern in diesem Falle soll es den Betheiligten nur erlaubt seyn, das übergetretene Vieh wieder über die Gränze zurückzutreiben, ohne dasselbe zu jagen oder zu hetzen.

Diese Bestimmung aber soll weder auf cultivirte oder eingefriedigte Gründe, noch dann anwendbar seyn, wenn das Vieh durch einen Hirten gehütet wird, oder auch, wenn dasselbe, dem zwischen einigen Gemeinden bestehenden Herkommen gemäss, gar nicht über die Gränze kommen darf.

In diesen Fällen bleibt es den Betheiligten unbenommen, das übergetretene Vieh zu schütten und das landesübliche Schüttgeld zu fordern.

Artikel VII.

Den Gränzbewohnern, deren Eigenthum theils dies- theils jenseits der Gränzen belegen ist, soll eine völlig freie Communication mit solchen Grundstücken, insoweit es zum Betriebe ihrer Landwirthschaft nöthig ist, vorbehalten seyn; mithin können die Besitzer solcher Grundstücke, Mist, Stroh, Streue und sonstigen Dünger für den Anbau ihrer Felder, so wie eine jede Art Feld-, Garten- und Baumfrüchte aus- und einführen, ohne dass sie irgend einer Zoll-, sey es Ein- oder Ausfuhr-, Transito-, oder anderen derartigen Abgaben unterworfen werden können. Sie brauchen blos durch Atteste ihrer Ortsbehörde nachzuweisen, dass sie jenseits der Gränzen ein Eigenthum besitzen und anbauen, dürfen sich aber den Besichtigungen und Durchsuchungen der Zoll- und Steuer-Aufseher, oder anderer zur Verhütung der Defraudation gesetzlich angestellten Officianten nicht entziehen; diese dagegen sind nur befugt, auf ihrem resp. Gebiete Visitationen anzustellen.

Artikel VIII.

Insofern durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Tractats einige Gebäude und sonstige Grundstücke zu einer anderen Oberherrschaft übergehen möchten, als wozu sie bisher gehört haben, so sollen die Staats-Abgaben, welche gegenwärtig von derartigen Parcellen entrichtet werden, zwar für das Jahr 1825 zum Vortheil des bisherigen Landesherrn fortwähren, vom 1. Januar 1826 an aber diese Parcellen blos von dem Gouvernement besteuert werden, dessen Oberherrschaft selbige sodann unterworfen sind.

Artikel IX.

Wo die Gränzlinie Gründe durchschneidet, welche entweder zu Hannöverischen eigenbehörigen Colonaten, oder zu Niederländischen hofgehörigen Erben gehört, soll hinsichtlich deren gegenwärtiger Verhältnisse zu ihrem Gutsherrn keine Veränderung eintreten.

Artikel X.

Die Hannöverisch-Niederländische Gränze, von der Grafschaft Bentheim und der Provinz Overyssel an gerechnet, fängt in der Gegend des sogenannten Welperveen oder Heer an, wo-

selbst sich das Hannöverische, Niederländische und Preußische Gebiet bei dem Punkte, Dreiland genannt, vereiniget und wo jetzt ein mit der Jahreszahl 1659 bezeichneter Gränzstein steht.

Von hier an läuft die Gränze in gerader Linie und nordwestlicher Richtung nach dem auf dem sogenannten Marxplatze stehenden, mit obiger Jahreszahl und dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen bezeichneten Gränzsteine; sodann in mehr nördlicher, immer gerader Richtung nach dem am nördlichen Fusse des sogenannten Paaschbülts oder Scherpenbergs stehenden alten Gränzsteine: von diesem weiter durch des Hannöverischen Colони Verbecken neuen Kamp und die Gemeinheit unfern der Dinkel östlich dieses kleinen Flusses nach dem in einem Eichenbusche stehenden alten, mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen, jedoch mit keiner Jahreszahl versehenen Gränzstein.

Obschon der in dieser Gegend nach Verbecken-Hofe führende Weg der Länge nach von der Gränzlinie zum Theil durchschnitten wird, so soll derselbe doch ganz Hannöverisch bleiben.

Von dem obgedachten Steine geht die Gränze weiter in gerader Linie bis zu einem Punkte am rechten Ufer der Dinkel, welcher zehn Ruthen rheinländisch, oder sieben und dreissig niederländische Ellen und sieben Palmen, rückwärts oder südwärts von dem in Gegenwart der Commissarien in der Richtung der angeblichen Markengränze zwischen der Hannöverischen Gemeinde Gildehaus und der Niederländischen Gemeinde Losser eingegrabenen Kreuze in das rechte Dinkelufer fällt, dergestalt, dass zwischen beiden angegebenen Punkten auf zehn Ruthen rheinländisch, oder sieben und dreissig niederländische Ellen und sieben Palmen, Distance die Dinkel gemeinschaftlich bleibt und der Thalweg, oder die Mitte derselben die Landesgränze daselbst bildet.

Diese geht dann weiter von diesem letzten in der Verlängerung der gedachten Markengränze auf das rechte Dinkelufer fallenden Punkte in gerader Richtung auf einen andern, bei dem alten Hausplatze des Hannöverischen Colони Overink, in einer Entfernung von vierzehn rheinländischen Ruthen, oder zwei und fünfzig niederländischen Ellen sieben Palmen, vom Mittelpunkte der jetzigen steinernen Pütte, oder des Brunnens des

lachten Coloni, rück- oder westwärts nach der Dinkel hin
tgesetzten Punkt.

Von hier läuft die Gränze weiter in gerader Richtung nach
em mit der Jahreszahl 1659, dem Bentheimischen Wappen
d Burgundischen Kreuze bezeichneten Gränzsteine, welcher
f einer Anhöhe steht, woselbst ehemals der Twentische Galgen
standen hat, und ferner in gerader Richtung auf drei Fuss
einländisch oder neun niederländische Palmen westlich von dem
selbst noch vorhandenen Pfahl des ehemaligen Bentheimischen
lgens; sodann in gerader Linie durch die Haide auf einen alten
änzstein, bezeichnet wie die vorigen, welcher an der westlich
vorspringenden Ecke des sogenannten Mersmans alten Kampe
ht. Ferner gerade durch die Haide und des Hannöverischen
ngesessenen Kocks Gründe auf einen an beiden Seiten mit dem
ntheimischen Wappen versehenen Gränzstein westlich an der
ntheimischen Landwehr, welche Landwehr Hannöverisches
genthum bleibt; sodann westlich dieser Landwehr entlang bis
, wo diese auf die südliche Ecke des Veenkamp stösst; dann
der Ostseite des Walles dieses Kamps, von wo die Gränzlinie
der Westseite des Wallgrabens der Hannöverischen Einge-
ssenen Holtherms, Piepers und Egberts Mathen herläuft bis
f den Gränzstein, welcher an der westlichen Ecke der benann-
n Egberts Mathe steht, und mit dem Bentheimischen und Bur-
ndischen Wappen, ohne Jahreszahl, bezeichnet ist.

Von diesem Steine geht die Gränze in gerader Richtung auf
n, an der einen Seite mit dem Bentheimischen Wappen und an
r andern Seite mit dem Worte Twente bezeichneten Stein bei
r sogenannten Sonnenteige, einem alten Eichenbaume, welcher
f Hannöverischem Gebiete steht; sodann durch das Heidfeld
radezu auf den auf einem kleinen Hügel, dem sogenannten Ber-
sken, auf dem Kopf stehenden Stein, von welchem die Gränz-
ie in einem rechten Winkel östlich nach dem Hannöverischen
rritorio um drei Ruthen rheinländisch, oder elf niederländische
len und drei Palmen, einspringt, nämlich bis zur Mitte des
ich am Fusse dieses Hügels östlich seinen Anfang nehmenden
genannten Rammelhaarweges, welcher gemeinschaftlich zwei
d dreissig rheinländische Fuss, oder zehn niederländische Ellen
eit seyn und an beiden Seiten mit Steinen abgesetzt werden

soll. Von dem auf diese Entfernung zu setzenden Steine läuft die Gränzlinie der Mitte des sogenannten gemeinschaftlichen Rammelshaarweges in gerader Linie entlang auf einen Piquetpfahl, welcher gegenüber der Einfahrt des Hannöverischen Colonі Zwartkamps Wohnung auf zehn Ruthen rheinländisch, oder sieben und dreissig niederländische Ellen und sieben Palmen, westlich von dessen Kampsecke an der linken oder Nordseite derselben Einfahrt eingeschlagen ist, woselbst dem benannten Wege eine solche Richtung wird gegeben werden, dass die Mitte desselben auf vier und eine halbe Ruthe rheinländisch, oder sechszehn niederländische Ellen und neun Palmen, von der südwestlichen Ecke des Hannöverischen Colonі Hagelkamp Kampes westlich fällt, von wo aus sich solcher weiter auf den Mittelpunkt zwischen der südöstlichen Ecke des im Niederländischen belegenen sogenannten Vosskamps und der Scheidung zwischen den Hannöverischen Colonen Hagelskamp und Kalters sive Rademakers Kampen richtet, welcher Mittelpunkt circa vier und eine halbe Ruthe rheinländisch, oder sechszehn niederländische Ellen und neun Palmen, von der erwähnten südöstlichen Ecke des Vosskamps belegen ist. Von diesem Punkte soll die Mittellinie des Weges auf den jetzt bestehenden westlichen Graben des Kalters sive Rademakers Kamp, und zwar auf einer Distance von dreissig Ruthen rheinländisch, oder einhundert dreizehn niederländische Ellen, von der hervorspringenden nordwestlichen Ecke des letztbenannten Kamps, rück- oder südwärts an gemessen, gezogen, und die erwähnte Mittellinie von diesem Punkte ferner dergestalt dirigirt werden, dass dieselbe in nördlicher und gerader Richtung auf fünf und zwanzig Ruthen rheinländisch, oder vier und neunzig niederländische Ellen und zwei Palmen, Abstand von dem östlich des Schlagbaums vor Katters Kamp eingeschlagenen Piquetpfahle in das Alignement des übrigen Theils des festgesetzten Rammelhaarweges fällt und sich dann damit vereiniget.

Durch diese Bestimmung wird also, nach Abzug der Breite des halben Weges, höchstens ein Dreieck von der nordwestlichen Ecke des Kalters sive Rademakers Kamp abgeschnitten werden, welches zwei und eine halbe Ruthen rheinländisch, oder neun niederländische Ellen vier Palmen, zur Höhe und dreissig dergleichen Ruthen, oder einhundert dreizehn niederländische Ellen

is hat, und zum Niederländischen Gebiete gehört. Diese htung soll bei der Setzung der Gränzsteine näher angegeben rden.

Das vorbenannte Alignement, oder die Mittellinie des Weges, rd durch den so eben bemerkten, auf fünf und zwanzig Ruthen inländisch, oder vier und neunzig Ellen zwei Palmen, nordrts des Schlagbaums vor Kalters sive Rademakers Kamp einschlagenen Piquetpfahl, so wie durch den auf zwei Ruthen inländisch, oder sieben niederländische Ellen fünf Palmen, stlich von der südlichen Ecke des Hannöverischen Colonen hütte oder Schüttmanns Kamp angenommenen Punkt bestimmt, d fällt sodann in den durch vorbenannten Schüttmanns Kamp reits bestehenden Weg, welcher von da bis zum Steine Nr. 11 Walle des dem Hannöverischen Colono Rammelkamp zugehöen Twenterkamp an dem Rammelbache, ebenfalls begränzt rden soll, dergestalt, dass die Mittellinie des Weges auch bis hin die Gränze bildet.

Artikel XI.

Der Gebrauch des hier beschriebenen gemeinschaftlichen ammelhaarweges soll für die Eingesessenen beider Staaten, soohl in commercieller, als sonstiger Hinsicht, frei und unbehinrt seyn und bleiben.

Artikel XII.

Von dem im Artikel X zuletzt gedachten Steine an dem Rambache läuft die Gränze, zufolge des am 1. April und 3. Septmber 1779 zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz veryssel abgeschlossenen Vergleichsrecesses, auf die dem gemeinschaftlichen Rammelbache entlang vorhandenen Steine Nr. 10, 8, 7, 6, 5, 4, 3, 2 und 1. Dieser letzte Stein steht am Ende s Rammelbaches, an der östlichen Ecke des Strootmansampes.

Es ist aber hierbei zu bemerken, dass von dem Steine Nr. 7 , die Gränze nicht dem seit der oben angezogenen Convention erade durchgegrabenen Rammelbache bis an Wolfs Kampe entng läuft, sondern sich nach dem alten, noch sichtbaren Laufe es Rammelbaches östlich in Rammelkamps Heuberge wendet, worin sie drei Wendungen macht, die ein kleines Viereck bilden

und dann in Rammelkamps Heuberge sich wieder an den Punkt schliesst, wo der neu durchgegrabene Rammelbach zwischen Wolfs Kamp und Rammelkamps Heuberge in den alten beibehaltenen und ferner die Gränze bildenden Bach wieder fällt.

Artikel XIII.

Die in dem angezogenen Vergleichsrecesse vom Jahre 1779 festgesetzte jährliche Besichtigung des die Landesgränze vorbeschriebenermassen bildenden Rammelbaches soll fernerhin am ersten Montage im Monat September jeden Jahres von den beiderseitigen betreffenden Ortsobrigkeiten vorgenommen und von denselben für die Aufräumung des Baches durch die betreffenden beiderseitigen Communen gesorgt werden, auch diese in ihrer Gegenwart geschehen.

Artikel XIV.

Von dem Steine an der östlichen Ecke des Strootmans-Kampes läuft die Gränze weiter in gerader Linie auf einen Kieselstein, in der Nähe des sogenannten Fuhlen-Deiches, oder Weges von Nordhorn nach Ootmarsum belegen; sodann quer über diesen Deich oder Weg in gerader Richtung auf einen Kieselstein östlich des dabei belegenen sogenannten Bergs-Venne, welcher Stein auch angeblich zugleich der Scheidestein zwischen Frensdorf, Breeklenkamp und Lattrup ist; von hier durch das Heidfeld geradezu auf eine Kreuzkuhle im sogenannten Waterings-Pool, ehemals Wateringer Blanke, auch Tibben-Pool genannt, woselbst ein Pfahl steht; dann auf einen Ort im Venne, die Plesche oder Vledder genannt, in gerader Linie durch das Heidfeld, und weiter durch eine alte Kreuzkuhle nördlich des Weges von Frenswegen gerade auf den sogenannten Scheidebült, worauf ein Sandstein ohne Jahreszahl und Merkzeichen steht, welcher angeblich zugleich die Markenscheidung zwischen den Hannöverischen Bauerschaften Freusdorf und Grasdorf und der westlich belegenen Niederländischen Bauerschaft Breeklenkamp, so wie der Scheidepunkt zwischen der Ober- und Niedergrafschaft Bentheim ist.

Von diesem Steine weiter in gerader Linie durch das Heidfeld auf einen Hügel, westlich eines Wasserpfuhls, Pispel genannt, belegen; von hier in derselben Richtung auf eine nördlich belegene Kreuzkuhle, bei einem jetzt daselbst befindlichen Wa-

holder-Strauche; ferner gerade auf einen anderen Punkt an der Ostseite des Weges, welcher dem Grünlande, dem sogenannten Brecklenkamper-Schiephorst, entlang läuft; sodann in gerader Linie auf einen Punkt in der Richtung auf die sogenannte Kalverlage zu, welcher an der Grasdorfer-Schiephorst und südöstlich von der Ecke des Kalverlagen-Kamps, das neue Land genannt, liegt, von wo die Gränze durch das Heidfeld in gerader Richtung und nach Westen hin sich drehend, hart an den sogenannten runden Bült nordwestlich entlang läuft, in der Richtung auf die Scheune des Bentheimischen Coloni Bucht bis am kleinen Brecklenkamper Eichelkamp an der Ostseite von Buchtshede oder Walle, dann dieser Hede oder Walle, welche auf Hannöverischem Gebiete belegen, entlang bis an obgedachte Buchts-Scheune.

Artikel XV.

Die vorbeschriebene Territoriallinie vom Scheidebült an bis zur Buchtscheune ist zugleich zur Markenscheidung zwischen der Hannöverischen Bauerschaft Grasdorf und der Niederländischen Bauerschaft Brecklenkamp, nach Anhörung der beiderseitigen Interessenten, für immer angenommen und festgesetzt worden, so wie dieselbe als solche hierdurch angenommen und festgesetzt wird.

Artikel XVI.

Da der auf der Gränze wohnende Hannöverische Colon Bucht mit seinem Vieh und Ackerfuhrwerke zu seinen auf Hannöverischem Gebiete belegenen Aeckern und Wiesen nicht gelangen kann, ohne das Niederländische Gebiet damit zu betreten, wozu derselbe auch immer berechtigt gewesen ist, so soll ihm von seiner Scheune an bis zu dem östlich des im Artikel XV erwähnten Brecklenkamper Eichelkampes belegenen Schlagbaume in seiner Hecke, woran die Gränzlinie südöstlich hergehet, ein Weg von zwanzig rheinländischen Fussen Breite über die Territoriallinie, oder sechs niederländische Ellen und zwei Palmen, und von fünfzig bis sechzig Ruthen rheinländisch, oder einhundert acht und achtzig bis zweihundert sechs und zwanzig niederländischen Ellen Länge ferner verbleiben.

Artikel XVII.

Von Buchts-Scheune geht die Gränzlinie auf einen Pfahlpfahl an des Niederländischen Colonen Rottmann, auf Hannöverischem Gebiete belegenen Backhause südöstlich her, von da auf den Weekebrook, über ein Grundstück, die Hoost genannt, circa anderthalb rheinländische Ruthen, oder fünf niederländische Ellen und sechs Palmen, nordwestlich vom Aussengraben; ferner auf einen Pfahl, circa zwölf Ruthen rheinländisch, oder fünf und vierzig niederländische Ellen und zwei Palmen, südöstlich des Colonen Waaners Hause im Felde; dann auf eine kleine Brücke oder Bolle, östlich des Hannöverischen Colonen Brockhaus, von da auf einen Punkt im sogenannten Küpersfeld, weiter auf einen engen Fahrweg, genannt die Ruwe-Steege, da, wo selbiger sich krümmt, nahe bei dem Schlagbaume des Küpersfelds, und endlich von da in gerader Richtung über den alten Hausplatz oder Garten des Coloni Seisen und über einen Schlagbaum oder Heck bei Maatmanns Heuerhause auf den Schornstein des Hannöverischen Colonen Maatmanns Wohnhauses.

Von hier in gerader Richtung auf das sogenannte Spiek, auch Dinkel Funder genannt; sodann gerade durch die Gründe der Colonen Drost von Hesingen und Fuhlmann über des Niederländischen Colonen Rupen Hof bis zum Schlagbaum daselbst; ferner in gerader Linie zwischen dem Haller und Hesinger Felde her durch einen Kamp des Coloni Warsmann zu Halle, das Warsing Egland genannt; weiter durch die Hesniger Gemeinheit auf einen Stein, ohne Zahl und Zeichen, der im Walle einer Wiese, die Pferde-Mathe genannt, am Wege von Ulsen nach Ootmarsum steht. Von diesem Steine in gerader Richtung durch Holthues Grundstücke und durch das Hallerfeld, so wie des Colonen Schadebusch Gründe bei dessen Hause über den alten Hausplatz auf den Teich oder Wasserpfuhl desselben; sodann in nämlicher Richtung durch das Hesniger Feld auf den sogenannten Fischteich des Schulzen zu Nielingen.

Von hier weiter in westlicher Richtung durch die Grundstücke des gedachten Schulzen und das Pferdefeld gerade nach dem Steine auf dem sogenannten Paalbütte oder Pfahlberge, und dann in nördlicher Richtung, so wie westlich des Hauses des Coloni Pauss Westerhof her geradezu über einen Hügel, der

Galgenbült oder Galgenberg genannt, auf den Stein am sogenannten Brandbült stehend, in der Nähe der sogenannten Manderströhe, auch Manderkamp genannt; sodann in westlicher Richtung durch das Heidfeld und nördlich an Feldküpers Kamp her auf einen Kieselstein, der an Veddeler Ströhe oder Kamp, nördlich von Mander Ströhe oder Kamp befindlich ist; von hier in gerader und zwar westlicher Richtung durch das Heidfeld, welches südlich der Gränze die Wagenbusche heisst, auf einen Stein, ohne Merkzeichen, im Felde, am Wege nach Almelo ohnweit Gotjan; ferner in gerader Linie durch das Heidfeld, die Manderkante und das Manderfeld genannt, so wie quer durch die Wege von Almelo nach Getelo, von Getelo nach Mandern und den Dwarswenne-Weg auf einen Stein in der Topfheide, auch Stein in den Geteler Rüen genannt, und dann in nämlicher Richtung auf einen Stein an der Mander Hundegräfte.

Der nächste Stein, worauf die Gränze gerade zugehet, findet sich an der Dwarsbecke, oder Kattenunlande, auch Kummerkamp genannt, und von hier läuft selbige auf einen Stein bei den sogenannten Getelersüsen, oder alten Weitzen Lande, mitunter auch Kummerkamp genannt; sodann auf einen Stein im Heidenhoek am Scholten Kampe, hinter Brinks Mathe stehend, weiter, in gerader Richtung nordwestlich an den Eldersgraben her, auf den Punkt, wo der gedachte Graben die Gottersbeche durchschneidet, und von da geradezu auf den Stein auf dem sogenannten Müntjes-Berge.

Artikel XVIII.

In Gemässheit des bereits angezogenen Gränz-Recesses vom 1. April und 3. September 1779 geht die Gränzlinie vom vorbesagten Steine auf dem Müntjes-Berge in gerader Linie nach dem folgenden Stein, welcher neben der südlichen Ecke der alten Mathe des Albert Mensen gesetzt ist; von da gerade auf den Stein an der westlichen Ecke eben genannter Mathe; ferner auf den vierten Gränzstein, welcher ohngefähr in der Mitte der Gränzlinie nach dem bestimmten Punkte auf dem Stryper Deiche steht; dann in gerader Richtung nach dem fünften Steine auf gedachtem Deiche, oder Wege von Sipkelo nach Strype und zwar in nordwestlicher Richtung.

Von diesem Steine wendet sich die Gränze mehr nördlich

durch das Itterbecker und Balderhaarer Venne und läuft auf den sechsten Stein, welcher an der nordwestlichen Ecke der auf hannöverischem Gebiete belegenen Herm Balderhaars Weide steht.

Von letztgenanntem Punkte läuft die Gränze in gerader Linie auf den alten Gränzstein, der neben dem Backhause, ohnweit und westlich des Wohnhauses des Coloni Grosse Balderhaar befindlich und mit dem Bentheimischen und Burgundischen Wappen bezeichnet ist. Von hier weiter durch das Heidfeld in gerader Richtung auf den Stein, welcher circa siebenzig Ruthen rheinländisch, oder zweihundert drei und sechszig niederländische Ellen und sieben Palmen, von dem Wirthshause des Crull entfernt, hinter Amsings Hause auf der Vennebrügge oder Belt steht und nicht bezeichnet ist.

Von diesem Steine in gerader Richtung auf die Quelle, welche hart am Wyler Holze, oder westlich beim Hause des Coloni Wellenwerth entspringt neben einem grossen Buchenbaume, der auf Hannöverischem Territorio steht.

Von gedachter Quelle geht die Gränze weiter dem, von derselben bis zum Radewyker Bache, zwischen den Gründen der Colonen Wellenwerth, Snieders, Junghans und Balderhaar herlaufenden Graben, die Wallbecke oder Springe genannt, entlang, bis auf den Punkt, wo dieser Graben in nordöstlicher Richtung in den Radewyker Bach sich ergiesst; von wo an letztbenannter Bach in östlicher Richtung bis zu dem Graben, welcher die Wiesen des Hannöverischen Coloni Schültmann und des Niederländischen Coloni Tackmann scheidet, gemeinschaftlich ist und die Gränze bildet.

Von da weiter in nördlicher und gerader Richtung dem gemeinschaftlichen Graben entlang, auf den Stein in Schültmanns Kamp, welcher mit dem Burgundischen Kreuze gezeichnet ist.

Artikel XIX.

Vorgedachter Radewyker Bach soll, wie bisher geschehen, fernerhin von den Eingesessenen der Hannöverischen Bauerschaften Itterbecke, Wyle und Balderhaar, und den Eingesessenen der Niederländischen Bauerschaft Radewyk, so weit selbige gemeinschaftlich ist und die Gränze bildet, jährlich zur bequemen Jahreszeit geräumt und von beiderseitigen Orts-Behörden geschaut

und stets in schaufreiem Abwässerungs-Stand gemeinschaftlich gehalten werden.

Artikel XX.

Von dem Steine auf Schültmanns Kamp geht die Gränzlinie in gerader und nordwestlicher Richtung auf den sogenannten Melenberg, woselbst ein bis auf den Grund abgebrochener Sandstein steht, welcher auch der hohe Stein genannt wird.

Artikel XXI.

Da die in dem Gränzvertrage vom Jahre 1548 schon festgesetzte Theilung des zwischen dem Melenberge und dem Steine bei Schültmann nach Laarwald hin auf Hannöverischem Grundgebiete belegenen Venne, zur einen Hälfte Behufs der Hannöverischen Eingesessenen von Laarwald und zur anderen Hälfte Behufs der Niederländischen Eingesessenen von Holtheem und de Velde, noch immer nicht in Vollziehung gesetzt worden, so ist man nunmehr dahin übereingekommen, dass die benannten Niederländischen Bauerschaften Holtheem und de Velde für ihre völlige Abfindung, wegen des quästionirten Venne, eine mit Steinen abzusetzende Fläche von 60,384 vierkant. Ruthen rheinl., oder 856,860 vierkant. Ellen und vier Palmen niederl., parallel mit der Gränzlinie erhalten, welcher Flächenraum von dem hohen Steine oder Melenberg an bis zu der zweihundert fünfzig Ruthen rheinl., oder neunhundert ein und vierzig niederl. Ellen und acht Palmen, vom Steine bei Schültmann in nordwestlicher Richtung bei dem Radewiker Sandplatz belegenen Hütte, eine Basis von achthundert acht und achtzig Ruthen rheinl., oder 3345 niederl. Ellen und vier Palmen, und östlich der Territoriallinie eine überall gleiche Breite von acht und sechszig Ruthen rheinl., oder zweihundert sechs und funfzig niederl. Ellen und zwei Palmen, hat.

Artikel XXII.

Von dem im Artikel XX zuletzt bemerkten Steine läuft die Gränze weiter gerade auf den sogenannten Lagen-Stein, welcher ein Kieselstein, ohne Merkzeichen, und vor der sogenannten Rouwslinge belegen ist. Sodann über den Hausplatz der ehemaligen Puffers-Hütte, dem Graben der Landwehr entlang, bis an die Sellandsche oder Toren-Stege, dergestalt, dass die Landwehr

auf niederländischem Gebiete befindlich ist, und der an der Ostseite derselben herlaufende Graben die Gränze bildet.

Artikel XXIII.

Die alte Wasserleitung, welche auf Hannöverischem Gebiete bei der sogenannten Puffers-Hütte aus der Rouwen-Riete an des kleinen Eykenhorst Lande und sodann an des grossen Eykenhorst Wiesengründe hergeht, so wie die Hauptwasserleitung, welche das Wasser aus dasiger Gegend bei dem Erbe grosse Eykenhorst von der Heesterkante auf Hannöverischem Territorio in die Vechte führt, sollen von den betreffenden Hannöverischen Eingesessenen jährlich geräumt und in schaufreiem Stande erhalten werden. Dagegen aber soll Niederländischer Seits dem Ablaufe des Wassers bei der Rouwschlinge oder Landwehr nach den Niederlanden hin kein Hinderniss in den Weg gelegt und daher der daselbst vor einigen Jahren angelegte und noch vorhandene Damm gleich nach erfolgter Setzung der Gränzsteine wieder niedergeworfen und gänzlich geebnet werden.

Artikel XXIV.

Von der Sallandschen oder Toren Stege geht die Gränze der Hecke und dem Graben entlang, westlich vor Hendriks Hause her, nach einem Punkte am linken Ufer der Vechte an der nordöstlichen Ecke des Kampes des Coloni Eykenhorst, wo ehemals dem Hause der Erben von Vos gegenüber ein Gränzpfahl gestanden hat; von hier quer über die Vechte auf einen abgehauenen Stein, welcher an der Laarschen Mathe, die Lage Holborts genannt, steht; von diesem Steine weiter dem westlichen Walle des Hannöverischen Fahrweges, welcher von Laar nach der Laarschen Brücke führt, entlang, bis westlich vor dem Hause des Ackermannes Albert Remeler oder Remeling her; dann über dessen und J. Ems Lande bis zu dem Punkte an dem Graben zwischen Köhler und letztgenanntem Ackerlande von Ems, woselbst die Gränze in den Graben fällt, welcher dem Lande von Mülder, Paus, Klokhorst, Ampsing und Levegrabe entlang läuft und die Gränze bildet, bis zu einem Steine bezeichnet Nr. 16, woselbst die Grafschaft Bentheim und die Provinzen Overyssel und Drenthe zusammen stossen.

Artikel XXV.

Die sogenannte kleine Vechte bei Coeverden auf Niederländischem Gebiete soll zur Beförderung des Ablaufes des Wassers ler in dieselbe einmündenden Bäche Niederländischer Seits jährlich gehörig aufgeräumt werden.

Artikel XXVI.

Von dem im Artikel XXIV zuletzt genannten Punkte geht lie Gränzlinie, zufolge der Bestimmungen im Gränzrecesse vom 6. August und 9. September 1801, zwischen der Grafschaft lentheim und der damaligen Landschaft Drenthe, auf den mit Nr. 15 bezeichneten Stein, wo Swiers Mathe, die vier Tagwerke on Dallhof und die Buchhorst sich berühren, ferner auf die leine Nr. 14 und 13, welche auf beide Ecken des an der Coeerdenschen Marsch belegenen sogenannten wilden Zuschlages der Brüggemans Mathe stehen, dann auf den Stein Nr. 12 bei em sogenannten Hesselsgatt, an der südwestlichen Ecke der Coeverdenschen Marsch, von hier dem um dieselbe befindlichen raben entlang durch das Bruch und die Weidegründe, die Heege enannt, auf den Stein Nr. 11, welcher an der nördlichen Ecke es Herss Kämpchen steht; sodann in gerader Richtung auf den der Heege oder sieben Schlägen befindlichen Stein Nr. 10, nd weiter auf den an der äussersten westlichen Ecke des Schipers Borgbrinks Kamps stehenden Stein Nr. 9, welcher Kamp anz Hannöverisch bleibt. Von letztgedachtem Punkte auf den tein Nr. 8, welcher an der südlichen Ecke des gedachten Schipers Borgbrinks Kamp stehet; dann auf den Stein Nr. 7, in der genannten Vrouwen Mathe; ferner auf den Stein Nr. 6, welcher auf dem Wegdamme nach Coeverden, gegenüber der äusseren Ecke der besagten sogenannten Vrouwen Mathe steht; von er auf den Stein Nr. 5, auf besagtem Wegedamme, gegenüber s Wesselinkschen Grabens; weiter auf den Stein Nr. 4 an dem unkte, wo die Water und Galgen-Mathe zusammen laufen; n da auf den Stein Nr. 3, welcher an der Ecke von Wesselinks hen Mathe befindlich ist; sodann auf den Stein Nr. 2 auf der cke des dem Colono Iken zugehörigen Halverkamp, und endlich r westlichen Einfriedigung der Bentheimischen Colonen Icken d Buss Grundstücke entlang bis auf den Stein Nr. 1, bei dem

sogenannten Schonebecker Tief, am Graben des Köters Jans Mathe; von wo aus die Aa, auch Schonebecker Tief genannt, ihrem jetzigen krummen Laufe nach die Landesgränze bis an den sogenannten Twist bildet.

Beim Anfange des Twistes aber, und zwar an den zusammenstossenden Ecken von G. Steffens, G. Staats und J. Niers Grundstücken, theilt sich die Aa in den Süder- und Norderstrang oder Becke, wovon der Süderstrang die gemeinschaftliche Gränze bildet bis zu dem Steine, welcher nach vorgenommener vergleichsmässiger, unten näher anzugebender Theilung des Compascui im Twist, am linken Ufer des Süder-Aa-Stranges dem südlichen Ende der Theilungslinie gegenüber gesetzt werden soll. Dieser Stein wird dann der letzte Gränzpunkt zwischen der Grafschaft Bentheim und der Provinz Drenthe, so wie der Anfangspunkt der Gränze zwischen dem Kreise Meppen und Drenthe seyn.

Artikel XXVII.

Das vorbesagte Schonebecker Tief oder die Aa, vom Steine Nr. 1 hinter Eschorbrügge an bis zum letztbeschriebenen Steine an dem Twist, soll jährlich zweimal, und zwar in den Monaten Mai und August von den von Alters her dazu verpflichtet gewesenen beiderseitigen Eingesessenen aufgeräumt und in schaufreiem Stande unterhalten, auch durch beiderseitige Ortsbehörden jährlich geschauet und von ihnen keine Hindernisse einer guten und freien Abwässerung geduldet werden.

Artikel XXVIII.

Das in dem Gränz-Vergleiche zwischen dem ehemaligen Münsterlande und den Niederlanden vom Jahre 1764 und 1784 näher bezeichnete Compascuum im Twist wird getheilt und soll die Theilungslinie des Compascui daselbst zugleich die Territoriallinie bilden.

Die Theilung ist, mit ertheilter Zustimmung der beiderseits Betheiligten, auf folgende Art regulirt worden.

1. Derjenige Theil des Compascui, welcher östlich der bisherigen Territoriallinie auf Hannöverischem Grundgebiete liegt, wird den Hannöverischen Gemeinheiten Ruhle, Gross- und Klein-

lesepe und etwa sonst noch berechtigten Hannöverischen Unterhanen vorab als privatives Eigenthum überlassen.

2. Von dem übrigen Theile desselben, welcher westlich der isherigen Territoriallinie liegt, und zwischen derselben und den eiden Armen der Aa ein Dreieck bildet, soll die eine Hälfte der orbenannten Hannöverischen Gemeinheiten Ruhle, Gross- und lein-Hesepe und die andere der Niederländischen Gemeinheit chonebeck als privatives Eigenthum zugetheilt und überlassen erden.

3. Die Theilungslinie soll aus dem Mittelpunkte des südöstchen Endes des Grabens, welcher die, östlich der bisherigen erritoriallinie, ohnfern des rechten Ufers des Norderstranges r Aa belegenen, Ländereien des Niederländischen Eingesessen Heckmann einschliesst, in gerader Richtung dergestalt auf s rechte Ufer des Süderstranges der Aa gezogen werden, dass ıräufig beide Theile an Flächen-Inhalt gleich gross werden.

4. Durch diese Theilung fällt diejenige Fläche Grundes, auf elcher vormals die Hanneken-Boe gestanden, so wie der von m Hanneken dabei privative benutzte Grasgrund ganz in den annöverischen Theil des Compascui und wird privatives Eigenum der Gemeinheiten Ruhle, Gross- und Klein-Hesepe; dagen wird derjenige Flächenraum, welcher zwischen der bisheri- n Territorial-Gränze und der vorhin sub Nr. 3 beschriebenen heilungslinie ausserhalb des Norderstranges der Aa und bis zu n gedachten Ländereien des Heckmanns auf bisherigem Hanverischen Gebiete belegen ist, nunmehr privatives Eigenthum r Schonebecker. Weil aber dieser Flächenraum kleiner als der ächeninhalt der Hanneken Boe und des dazu gehörig gewesen privativen Grundes ist, so soll die Gemeinheit Schonebeck durch dafür entschädigt werden, dass ihre Hälfte des vorhin b 2 gedachten Theiles des Compascui um so viel grösser wird, s die erwähnte Differenz beträgt, und hiernach die Theilungsie ihre definitive Richtung auf den Süderstrang der Aa erhält.

5. Hierbei wird Niederländischer Seits auf alle Entschädigs-Ansprüche, welche von Niederländischen Unterthanen gen vormals auf Hannöverischem Grundgebiete besessener en, oder sonst etwa gemacht werden könnten, Verzicht gelei-

stet, und sollen derartige etwa gegründete Ansprüche von der Niederländischen Gemeinheit Schonebeck befriedigt werden; wogegen

6. nicht weniger die Hannöverischen berechtigten Gerechtsame auf den von dem Hanneken sonst bezahlten Canon von jährlich sechs Gulden verzichten.

7. Die Theilungslinie des Compascui, und bis zu dem vorhin sub 3 gedachten südöstlichen Ende des Grabens um die Ländereien des Heckmanns, soll durch einen oben zwölf Fuss rheinländisch, oder drei niederländische Ellen und acht Palmen breiten Graben, dessen Tiefe der schaufreien Tiefe des Norder- und Süderstranges der Aa gleich seyn soll, bezeichnet werden.

Dieser Graben, über welchen weder Steg noch Brücke als mit Zustimmung der beiderseits Betheiligten angelegt werden darf, soll auf gemeinschaftliche Kosten ausgeworfen werden, und beiderseitige Unterthanen, jeder zur Hälfte den Grund dazu hergeben.

Auch soll der mehrerwähnte Graben um die Ländereien des Heckmanns von dem südöstlichen Ende desselben ab, bis da, wo dessen westliche Wendung die bisherige Territoriallinie berührt, zwar auf Hannöverischem Grundgebiete, jedoch auf gemeinschaftliche Kosten der beiderseitigen Hannöverischen und Niederländischen Communen zur nämlichen Breite und Tiefe, wie der vorgedachte Theilungsgraben des Compascui, ausgeworfen werden.

Beide Graben sollen von den betreffenden Gemeinheiten allezeit gehörig aufgeräumt und in schaufreiem Stande unterhalten, zu diesem Zwecke auch alljährlich von den beiderseitigen Ortsbehörden geschauet werden.

8. Nach geschehener Theilung des Compascui soll es beiderseitigen Unterthanen untersagt seyn, ihr Vieh auf dem anderen Theil weiden zu lassen, oder durch denselben zu treiben.

Artikel XXIX.

Da, wie bereits erwähnt worden, der Theilungsgraben des Compascui zugleich die Territorialgränze bilden soll, so wird der in den Conv. von 1764 und 1784 bezeichnete Gränzstein Nr. 1 von seiner jetzigen Stelle auf denjenigen Punkt am linken Ufer

es Süderstranges der Aa versetzt, wo die im vorigen Artikel ub 3 et 4 beschriebene Theilungslinie solches Ufer durchschnei-et. Der bisher südlich von Heckmanns-Boe gestandene Gränz-tein Nr. 2 soll an die südwestliche Ecke des mehrgedachten stwärts der Ländereien von Heckmann vorhandenen Grabens uf Niederländischem Grundgebiete gesetzt werden. Von diesem unkte geht die Gränze in nördlicher Richtung der Mitte dieses rabens entlang, so wie derselbe jetzt bestehet. Auf die nord-stliche Ecke dieses Grabens, nachdem derselbe auf die im Arti-el XXVIII bestimmte Breite gebracht seyn wird, soll ein neuer ränzstein der Mittellinie des Grabens gegenüber, so wie dieser etzt nördlich von Heckmanns-Boe vorhanden ist, auf Hannöve-ischem Gebiete gesetzt werden. Von diesem Steine folgt die ränze westlich der so eben benannten Mittellinie bis dahin, wo iese die alte Territoriallinie wieder berührt und wo gleichfalls in neuer Gränzstein gesetzet werden soll.

Artikel XXX.

Von dem hiernach auf das linke Ufer des Süderstranges der Aa zu setzenden ersten Gränzsteine zwischen dem Kreise Meppen nd der Provinz Drenthe bis an den vorhin bezeichneten Punkt ördlich der Heckmanns-Boe auf der alten Territoriallinie bildet ie Mittellinie des zu ziehenden gemeinschaftlichen Grabens die erritorial-Gränze.

Artikel XXXI.

Von eben gedachtem Punkte nördlich der Heckmanns-Boe eht die Gränze in gerader Linie weiter in derselben Richtung nd nach denselben Punkten, die in den Conv. von 1764 und 784 beschrieben sind. Der nächste Stein nach Heckmanns-Boe so steht westlich ohnweit Deckers Haus und des Hebeler Mee-es auf der Stelle, wo die Gränzlinie der sogenannten von Mar-is Graben zwischen dem Hebeler und schwarzen Meere so urchschneidet, dass ein Drittheil nach dem Hebeler und zwei rittheile nach der Seite vom schwarzen Meere von diesem Gra-n abgeschnitten werden. Dieser Stein ist mit Nr. 3 bezeichnet. r folgende Stein Nr. 4, worauf die Gränzlinie in gerader und rdlicher Richtung ferner zugehet, steht am schwarzen Berge ben Tholen Hause.

Artikel XXXII.

Hinsichtlich des Compascui westlich der Territoriallinie auf Niederländischem Gebiete in der Gegend des schwarzen und Hebeler Meeres belegen, worin die Hannöverischen Gemeinheiten Wesuwe und Versen nach Artikel V der Conv. vom 11. Oktober 1784, mit ihren Kühen und Schaafen bis an das schwarze Meer zu weiden berechtigt sind, so wie in Betreff des Compascui in der Gegend vom Gränzstein zwischen dem schwarzen und Hebeler Meer bis zum Steine am schwarzen Berge, in welchem den Hannöverischen Gemeinheiten Alten-Haren, Ober- und Niederlangen, nach Artikel VII der obgedachten Conv. vom Jahre 1784, das Mitweiderecht für ihr Vieh, so wie solches daselbst stipulirt worden, bis an die Aa verblieben ist, werden den benannten Hannöverischen Gemeinheiten diese, in jener Conv. stipulirten Gerechtsame ferner vorbehalten, insofern nämlich letzterwähntes Compascuum nicht schon zum Theil durch den am 24. September 1817 abgeschlossenen Vergleich zwischen den Hannöverischen Interessenten zu Alten-Haaren, Ober- und Niederlangen einer, und den Niederländischen Interessenten zu Emmen und Westenesch andererseits vertheilt worden ist.

Artikel XXXIII.

Von dem im Artikel XXXI bemerkten Steine am schwarzen Berge geht die Gränze in gerader Linie an den Gärten der Lindeloher Colonisten westlich und hinter deren Häusern in geringer Entfernung her auf die hervorspringende östliche Ecke von Männecken-Moor, wo der fünfte Gränzstein steht; von da in gerader Richtung auf den Thurm von ter Apel zu, nach dem sechsten Gränzsteine am Baarenfleer; dann bis zu dem mit Nr. 7 bezeichneten Steine bei Graf Ernst, oder dem sogenannten Zwollschen Deiche in der Hahnentange; ferner in gerader Richtung nach dem Steine Nr. 8 auf dem Hassenberge an dem Scheidepunkte zwischen Dersum und Walchum; weiter auf den mit Nr. 9 bezeichneten Stein, welcher ohngefähr Einhundert Ruthen rheinländisch, oder dreihundert sechs und siebenzig niederländische Ellen nnd sieben Palmen, südlich von Abeltjes Kampe, der nach Bourtange gehört, entfernt steht; von hier in gerader Linie östlich vor Abeltjes Hause her, durch die östliche Spitze des Abel-

es-Kamps auf den Stein Nr. 10, wo der Weg von Rhede nach Bourtange herläuft; sodann auf den Stein Nr. 11 am nördlichen Ende des Retranchements, wo westlich die Scheidung des Neutheder Privateigenthums abläuft; weiter in gerader Linie auf den Stein Nr. 12 zu, welcher südlich am Liesken Meere steht; von hier in gerader und ohngefähr nördlicher Richtung nach dem versunkenen Steine Nr. 13 am Lether Flügeldeiche oder Herrenveen-Deiche an der ehemaligen Ostfriesisch-Münsterischen Gränze, woselbst die Gränze zwischen dem Hannöverischen Kreise Lingen und der Niederländischen Provinz Groningen endiget.

Artikel XXXIV.

Die gegenwärtige Abwässerung der cultivirten und uncultivirten Gründe der Hannöverischen Colonie Ruitenbrook nach der Aa hin auf Niederländischem Gebiete, wohin das Wasser seinen natürlichen Lauf hat, soll so lange bestehen bleiben, bis das Niederländische Gouvernement gut finden wird, die sogenannten Leitdeiche in dortiger Gegend und weiterhin wieder herstellen zu lassen, in welchem Falle aber zugleich die jetzt ganz verfallene Pumpe, in dem Leitdeiche beim vormaligen Wachthause innerhalb des sogenannten Assenschots auf Niederländischem Gebiete belegen, von drei Fuss rheinländisch, oder neun Palmen oder Duim niederl. vierkant., Niederländischer Seits dergestalt wieder in den Stand gesetzt werden soll, dass der Boden der Pumpe wenigstens drei Fuss rheinländisch, oder neun Palmen oder Duim niederl., unter Malfeld zu liegen komme und das von Ruitenbrock herkommende Wasser dadurch mittelst des alten, in gehörigen Tiefe aufzuräumenden Schloots nach der Aa hin wieder abgeführt werden könne. Uebrigens soll dann Hannöverischer Seits nicht mehr Wasser dahin geleitet werden dürfen, als mittelst einer Pumpe von drei Fuss rheinländisch, oder neun Palmen vier Duim niederl. vierkant., gelöset werden kann.

Desgleichen sollen die Leitdeiche, sobald selbige und die besagte Pumpe wieder hergestellt seyn werden, nicht mehr durchstochen werden dürfen, worauf beiderseitige Ortsbehörden möglichst zu achten haben werden.

Artikel XXXV.

Die in der Gegend von Bourtange in dem Deiche zwischen

der Redoute Backofen und Abeltjes Hause jetzt vorhandene, zwölf Fuss acht Zoll rheinländisch, oder vier niederl. Ellen breite Schleuse soll Niederländischer Seits gleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen Gränztractats weggenommen, die Schleusen-Oeffnung gehörig verstopft und zugedammt werden. Auch sollen alle sonstigen Oeffnungen in dem vorbenannten Deiche zugemacht werden, so wie der ganze Deich in haltbaren Stand gesetzet, unterhalten und nicht wieder durchgestochen werden soll, worauf die Niederländische Obrigkeit soviel thunlich zu achten haben wird. Statt jener Schleuse aber soll als einzige Niederländische Abwässerung durch den Deich nach Hannöverischer Seite an der nämlichen Stelle, wo vormals eine dreifüssige Pumpe gelegen hat, eine neue Pumpe von drei Fuss rheinländisch, oder neun Palmen vier Duim niederl. vierkant., und wovon der Boden wenigstens drei Fuss rheinl., oder neun Palmen vier Duim niederl., unter Maifeld zu liegen kommt, Niederländischer Seits wieder angelegt werden können.

Diese Abwässerung der Niederlande nach und über das Hannöverische Territorium soll zwar frei und ungehindert seyn, auf keinen Fall aber dagegen auch mehr Wasser nach der Hannöverischen Seite dort hingeleitet werden dürfen, als mittelst mehrbesagter Pumpe von drei Fuss rheinl., oder neun Palmen vier Duim niederl. vierkant., wird gelöset werden können.

Artikel XXXVI.

Von dem Steine Nr. 13 am Lether Flügeldeiche oder Heeren-Veen-Deiche, — wo ehemals die Gränze zwischen Ostfriesland und Münster anfing, — wendet sich die Gränze nordwestlich dem gemeinschaftlichen Moorschloot entlang, von welchem nordöstlich das Moor und die Häuser der Wittwe Meidel, H. Albers und Gerrit Priet auf Hannöverischem Gebiete und südwestlich die Letherlanden auf Niederländischem Gebiete belegen sind, welchem Moorschloot gegenüber Bellinga und Tiebes Lande den von Bethe kommenden Moorschloot aufnimmt und dann weiter als gemeinschaftlicher Gränzgraben in nördlicher Richtung zwischen den Hannöverischen Privatgründen der Wymeerster Sylacht und den Niederländischen Gründen dem Ham, dem Handick und der Bonenschanz bis an den um die Aussenwerke von

Neuschanz oder Lange-Ackerschanz gehenden Gränzschloot östlich der benannten Festung die Gränze bildet. Von da folgt die Gränzlinie diesem Gränzschloot entlang, welcher auf Hannöverischem Gebiete eine Keerkade oder Kajung hat.

Dann wendet sich die Gränze an der Ostseite von Neuschanz südostwärts am nördlichen Ufer des durch das Bunder-Neuland führenden Canals her nach dem alten Deiche, auch Heernweg oder Bunderdeich genannt, hin, und südlich an diesem entlang bis an den Heeren-Paal oberhalb T. Gomans Hause. Von da geht die Gränze ferner zwischen dem Lintheloher Polder oder Walkens-Platze und dem Charlotten-Polder in nordwestlicher Richtung in der Mitte des gemeinschaftlichen Heerenschloots entlang bis in die Aa. Von dem Punkte an, wo der sogenannte Heerenschloot zwischen Neuschanz und Hensems Sägemühle in das rechte Ufer des Aastohms einschneidet, geht die Gränzlinie im Thalwege dieses Flusses entlang bis ohnfern des Staatensyhls, wo dieselbe östlich ausspringt und dem Schloote entlang läuft, der um das Grundstück hergeht, welches nach Artikel IV der Conv., die unterm 3. November 1706 zwischen Ostfriesland und Groningen abgeschlossen wurde, an die Niederlande abgetreten worden ist. Dieses ostseits des Staatensyhls liegende Grundstück ist damals vierzig rheinl. Ruthen breit und sechszig rheinl. Ruthen lang, quer über den Deich gemessen und der Schloot mit eingerechnet, abgegraben worden. Der ausserhalb nach dem Dollart zu und ostseits der Aa liegende Anwachs verbleibt in Folge der angezogenen Conv. vor wie nach Hannöverisches Eigenthum und Territorium.

Von da an, wo der um jenes Grundstück gehende Schloot unterhalb des Staatensyhls wieder auf die Aa stösst, bildet der Thalweg dieses gemeinschaftlichen Flusses bis zum Termino a quo im Dollart weiter die Landesgränze.

Artikel XXXVII.

Es bleibt zwar jedem Theile unbenommen, die zur Beschützung des Ufers des gemeinschaftlichen Aaflusses erforderlichen Vorkehrungen an seiner Seite zu treffen, dieselben dürfen aber weder die gemeinschaftliche Schifffahrt auf der Aa, noch die Abwässerung durch dieselbe hindern.

Artikel XXXVIII.

In der Absicht die bisher obwaltenden Differenzen wegen der von der Wymeerster-Syhlacht seit dem Jahre 1819 zur Verbesserung ihrer höchst mangelhaften Abwässerung nothwendig erbauten Schöpfmühlen, deren Wirkung aber für das Niederländische Gebiet schädlich werden zu können befunden worden, dergestalt auszugleichen, dass der doppelte Zweck, sowohl der benannten Wymeerster Syhlacht eine ganz vollständige freie und unbeschränkte Abwässerung für immer zu verschaffen, als zugleich das Niederländische Gebiet vor allen nachtheiligen Folgen derselben künftig zu schützen, erreicht werde, ist Folgendes verabredet und festgesetzt worden.

1) Das jetzige Wymeerster Syhltief soll, ehe es in den Haupt-Festungsgraben von Neuschanz östlich der Festung einmündet, mit einem festen und gegen Ueberströmung hinreichend hohen, starken und dichten Erddamme in der Nähe der daselbst über das Syhltief führenden Wymeerster Brücke und zwischen derselben und der Landesgränze auf Hannöverischem Territorio abgedammt werden, so dass künftig aus demselben kein Wasser mehr in den Festungsgraben von Neuschanz abfliessen kann, und zwar ohngefähr an dem Punkte, der auf einem den Conferenz-Protokollen beigefügten Plane mit dem Buchstaben A bezeichnet ist.

2) Von dem Punkte an, wo das Wymeerster Syhltief östlich von Neuschanz abgedammt wird, soll ein neues Syhltief ganz auf Hannöverischem Territorio in dem Bunder Neulande an der bereits eingekajeten Landesgränze herum, in der Breite und Tiefe, wie es die Abwässerung erfordert und wonach die jetzige angelegt ist, etwa dreissig Fuss rheinl., oder neun niederl. Ellen vier Palmen, breit und wasserpass mit dem Fluthbette des Wymeerster Syhles gegraben, die vorhandene Hannöverische Gränzkajung dazu benutzet und eingerichtet werden. Diese neue Canallinie wird ringsum um das Bunder Neuland angelegt, ohne dasselbe quer zu durchschneiden, und so weit es nöthig seyn wird, zu beiden Seiten so eingekajet, dass das Niederländische Territorium, so wenig als das Hannöverische, nie inundirt werden kann, wie hoch auch das Wymeerster Wasser künftig aufgemahlen werden mag.

Da, wo die neu zu grabende Canallinie sich an den alten Deich, oder jetzigen Postweg schliesst, der die Landesgränze bildet und mit derjenigen Tiefe oder Griffe eins wird, die nach der zwischen der Stadt Groningen und Wymeer Anno 1700 abgeschlossenen Conv. auf Kosten von Wymeer und Hannöverischem Territorio von Neuschanz nach Bunde gegraben worden ist, wird der Canal nur an einer Seite, nämlich auf dem Hannöverischen Territorio eingekajet, weil der alte Deich so hoch ist, dass er nie inundirt werden kann.

An diesem alten Deiche, oder jetzigen Postwege entlang wird der vorhandene Canal verbreitet und diese Verbreitung vom Hannöverischen Territorio abgegraben. Da indessen an den Häusern der Nanninga und der Polterey kein hinlängliches Terrain zur Verbreitung mehr vorhanden ist, so soll neben diesen Häusern die etwa noch fehlende Verbreitung von circa zwölf bis fünfzehn Fuss rheinl., oder drei niederländische Ellen und acht Palmen bis vier niederländische Ellen und sieben Palmen, breit und etwa zwanzig Ruthen oder fünf und siebenzig niederl. Ellen und drei Palmen, lang, von der sehr breiten Berme des alten Deiches genommen und die Grundbesitzer nach einer durch beeidigte Taxatoren aufzunehmenden Taxe ebenso entschädigt werden, als es bei den übrigen Grundbesitzern, deren Land zu dem neuen Canale benutzet werden wird, der Fall seyn soll. Diese Canallinie wird bis zum Heeren-Paale, ohnweit Thomas Gomanns Hause im Bunder-Neulande an der Landesgränze entlang fortgesetzet und durch Verbreitung und Einkajung, wie oben bemerkt, nach Bedürfniss und Angabe Sachverständiger vervollständiget.

Vor den Häusern der Nanninga, Polterey und Thomas Gomann werden Statt der alten wieder drei neue Brücken von gleicher Art erbauet, um ihnen die nöthige Communication mit der Landstrasse und ihrem Lande zu erhalten.

Bei Heeren-Paale wird auf Hannöverischem Territorio der Deich durchgegraben und daselbst eine feste fahrbare hölzerne Brücke angelegt und das alte nach Bunde gehende Tief sicher abgedammt. Vom Heeren-Paale an wendet sich die neu zu grabende Canallinie nordwestlich an der Landesgränze, oder dem sogenannten Heerenschloote entlang, durchschneidet bei Walkens-Platze den von Hensems Sägemühle nach Neuschanz gehenden

Weg, woselbst eine hölzerne Brücke angelegt wird, und fällt an der nördlichsten Spitze von Dettmers-Platze in das alte Wymeerster Tief; dies wird hier nach Neuschanz zu gegen alle Ueberströhmung wieder abgedammt.

In diesem Damme wird zur Ableitung des Wassers des Moorschloots und des Walkens-Platzes, — insofern sie bei unbeschränktem Wymeerster Wasserstande möglich bleibt, — eine Pumpe von drei Fuss rheinl., oder neun niederl. Palmen und vier Duim, Weite im Laufe, und ein Fuss rheinl., oder drei niederl. Palmen, niedriger im Boden, als der Boden der jetzt vorhandenen Moorschloots-Pumpe, angelegt. Diese Pumpe erhält jedoch an der Ostfriesischen Seite eine Klappe und Schüz (Scheutel) damit, wenn das Wymeerster Wasser höher als das Niederländische steht, dasselbe nicht durch die Pumpe auf Niederländisches Territorium ablaufen könne, sondern die Klappe sich alsdann von selbst schliesse, und ebenso wenig das Niederländische Wasser das Hannöverische Territorium inundiren könne.

Die neue Canallinie vom Heeren-Paale dem Heerenschloote entlang neben Walkens-Platze her bis in das Wymeerster Syhltief soll den Landesgränzgraben, oder sogenannten Heerenschloot nicht mit in sich aufnehmen oder berühren, sondern es soll zwischen dem Heerenschloote und der neuen Canallinie ein Damm von zwölf bis achtzehn Fuss rheinl., oder drei niederländische Ellen und acht Palmen bis fünf niederländische Ellen und sieben Palmen, Breite im Grundschlage stehen bleiben und derselbe so erhöhet werden, dass das Niederländische und Hannöverische Territorium niemals aus dem neuen Canale, oder sonst woher inundirt werden kann, und wird Hannöverischer Seits dafür gesorgt werden, dass die Dämme zur erforderlichen Höhe stets unterhalten werden, so wie auch der Bunderdeich, oder Postweg, auf keine für die Wymeerster Abwässerung schädliche Weise Niederländischer Seits erniedrigt werden darf.

3. Zur vollständigen Abwässerung des Niederländischen Wassers bei Neuschanz und vorzüglich bei höheren Wasserständen wird eine Wassermühle von mittler Grösse und der nöthigen Capacität beim Blindsylke, oder an einer anderen passenden Stelle auf Niederländischem Gebiete angelegt, um das überflüs-

sige Wasser von allen Grundstücken, die durch obengedachte Anlage von der Wymeerster Abwässerung abgeschnitten werden, in die Niederländische Binnen-Aa directe überzumahlen, so dass kein Uebermahlen vom Niederländischen Territorio in das Wymeerster Tief nach Vollendung der neuen Anlagen mehr Statt findet.

4. Die neue Canallinie ist auf einem bei den Conferenz-Protokollen befindlichen Plane mit den Buchstaben A, B, C, D, E, F und G bezeichnet.

Sämmtliche hier oben genannte Anlagen nebst Grundentschädigung und überhaupt alle hierzu erforderlichen Kosten, die nach einem Ueberschlage circa 24,000 Gulden holländisch betragen, sollen gemeinschaftlich und zwar von jedem Staate zur Hälfte getragen werden.

5. Die von den Wymeerstern zu verlassende Strecke Syhltiefs nebst Brücke und Zubehör wird den Niederlanden zum künftigen Unterhalte und Gebrauche überlassen, wogegen Wymeer auf Entschädigung dafür verzichtet.

6. Die neue Anlage selbst wird auf jedem Territorio von der betreffenden Landesbehörde und den Baubedienten dirigirt, auf dessen Gebiete sie angelegt werden.

7. Die künftigen Unterhaltungskosten aller Anlagen fallen demjenigen Territorio zur Last, auf dem sie befindlich sind, ohne Einmischung und Concurrenz der gegenseitigen Gouvernements.

8. Die neue Anlage soll in dem Jahre 1825 angefangen und spätestens im Jahre 1826 vollendet werden.

In dieser Zwischenzeit werden die Wymeerster Mühlen keinen dem Niederländischen Territorio schädlichen Wasserstand aufmahlen, worüber von den Niederlanden mit Recht Beschwerde geführt werden kann; wofür das Hannöverische Gouvernement wird Sorge tragen lassen.

9. Die Kosten der neuen Anlagen sollen von Sachverständigen veranschlagt, die Arbeiten öffentlich an den Mindestfordernden ausverdungen, die Grundstücke von beeidigten Taxatoren taxirt und die wirkliche Ausgabe von den betreffenden Gouvernements durch verificirte Rechnungen nachgewiesen werden, wozu der stipulirte Beitrag alsdann entrichtet wird.

10. Sollten sich bei der speciellen Ausführung einige Abänderungen des Plans als nöthig zeigen, die jedoch den beiderseitigen Zwecken nicht hinderlich, noch schädlich oder kostbarer seyn dürfen, so bleibt es den Hannöverischen Behörden vorbehalten, diese auf deren Gebiete auszuführen, wobei der Plan der Umgrabung um die Landesgränze aber im Ganzen bestehen bleibt.

11. Nach Vollendung der benannten Anlagen sollen zwei gegenseitige Commissarien von den respectiven Provincial-Behörden die neuen Anlagen auf Hannöverischem und Niederländischem Territorio in loco vorzeigen lassen, um sich von der Erfüllung der dieserhalb übernommenen Verpflichtungen officiell überzeugen und den resp. Gouvernements darüber Anzeige machen zu können.

Artikel XXXIX.

Die in der angezogenen Conv. vom 3. November 1706 für Ostfriesland stipulirte freie Schifffahrt und Abwässerung durch den Staatensyhl in die Aa, verbleibt den Hannöverisch-Ostfriesischen Unterthanen nach wie vor, und sollen dieselben gleich wie die Niederländischen Schiffer darunter behandelt werden.

Artikel XL.

Desgleichen ist die freie Schifffahrt auf der Aa und freie Abwässerung in dieselbe, als in einen gemeinschaftlichen Gränzfluss, für beide Staaten wieder stipulirt, und insbesondere festgesetzt worden, dass es den Hannöverisch-Ostfriesischen Unterthanen auch künftig gestattet seyn soll, einen freien Abwässerungs- und Schifffahrts-Canal durch dasjenige Niederländische Terrain anzulegen, welches künftig westlich der Gränzlinie im Dollart bis an den Aafluss anwachsen möchte.

Artikel XLI.

Die neue verglichene Gränzlinie im Dollart fängt von dem Punkte an, welcher auf einer Entfernung von Siebenhundert zehn Ruthen rheinl., oder Zwei Tausend sechshundert vier und siebenzig niederl. Ellen und sechs Palmen, von dem am Fusse und nördlich des Deiches beim Staatensyhl jetzt noch vorhande-

nen Pfahl nach dem Dollart zu am westlichen oder linken Ufer des Aa-Strohms zu fallen kommt und auf der, diesem Tractate beizufügenden, neuest vermessenen Gränzkarte mit dem Buchstaben F bezeichnet ist.

Von hier an läuft die Gränzlinie durch den Dollart bis zur Ems, unter einem Winkel von acht Graden neun und einer halben Minute westlich von der wahren Nordlinie, welches die Mittellinie zwischen Norden und Norden gen Osten, nach dem Compasse in Gemässheit der Conv. vom Jahre 1723 gezogen, ist, dessen westliche Abweichung vom wahren Norden zu dreizehn Graden sieben und vierzig Minuten für obgenanntes Jahr gemeinschaftlich angenommen worden ist.

Die hier im Dollart festgesetzte Gränzlinie soll auf immer verbleiben, wenn auch der Aastrohm seinen gegenwärtigen Lauf künftig verändern sollte.

Artikel XLII.

Auf alle in diesem Tractate vermeldeten Gränzpunkte, und wo es sonst noch bei Absetzung der Gränzen wird nöthig erachtet werden, sollen Gränzsteine gesetzet und diejenigen, welche daselbst bereits vorhanden und noch brauchbar sind, wieder hergestellt und mit den erforderlichen Buchstaben und Nummern, zufolge der hiernach beschriebenen Bestimmungen versehen werden.

Die Gränzsteine sollen zweierlei seyn, nämlich Hauptgränzsteine für die angegebenen Hauptpunkte und sogenannte Zwischensteine, um da gesetzet zu werden, wo der Abstand zwischen zwei Hauptsteinen zu entfernt seyn möchte, oder auf solche andere intermediäre Punkte, als man zur deutlichen Bestimmung sämmtlicher Gränzpunkte dienlich erachten wird.

Die Steine, welche auf die Hauptpunkte gesetzet werden, sollen sieben Fuss rheinl., oder zwei niederländische Ellen zwei Palmen, Länge haben, achtzehn Zoll rheinl., oder vier niederländische Palmen sieben Duim, breit, und zwölf Zoll rheinl., oder drei niederländische Palmen ein Duim, dick seyn, drei Fuss rheinl., oder neun niederländische Palmen vier Duim, unter und vier Fuss rheinl., oder eine niederländische Elle zwei Palmen sechs Duim, über der Erde stehen, wovon nur letztere behauen werden sollen.

Die sogenannten Zwischensteine sollen fünf Fuss rhein., oder eine niederländische Elle fünf Palmen sieben Duim, Länge, vierzehn Zoll rhein., oder drei niederländische Palmen sieben Duim, Breite und zwölf Zoll rhein., oder drei niederländische Palmen ein Duim, Dicke haben. Nur der obere Theil derselben von zwei und einem halben Fuss rhein., oder sieben niederländischen Palmen acht Duim, soll behauen werden.

Sämmtliche Steine sollen an der Hannöverischen Seite mit dem Buchstaben H, und an der Niederländischen Seite mit dem Buchstaben N, so wie mit einer durchlaufenden Nummer vom ersten Gränzpunkte bei Dreiland anfangend, versehen, die Hauptgränzsteine aber überdem noch mit der Jahreszahl 1824 bezeichnet werden.

Da, wo ein Fluss oder Bach die gemeinschaftliche Gränze bildet, sollen die Steine abwechselnd auf Hannöverischem und Niederländischem Gebiete errichtet werden.

Die Lieferung der Gränzsteine und der Transport derselben soll baldthunlichst nach der Auswechselung der Ratificationen dieses Tractats für Rechnung der beiden Gouvernements durch zwei von den beiderseitigen Commissionen aus ihrer Mitte dazu zu committirende Mitglieder dem Mindestfordernden ausverdungen werden.

Sobald eine hinlängliche Anzahl Gränzsteine in Bereitschaft gebracht seyn wird und die Jahreszeit es gestattet, soll sofort mit dem Setzen derselben der Anfang gemacht werden. Alle ferneren desfallsigen Bestimmungen übrigens bleiben den Mitgliedern der Commissionen, welche von denselben mit der Direction dieser Arbeit beauftragt werden, überlassen.

Artikel XLIII.

Damit auch künftig die Gränzpunkte überall nicht verändert werden, so soll jährlich zur bequemen Jahreszeit eine Besichtigung derselben von beiderseitigen Ortsbehörden gemeinschaftlich vorgenommen, darüber ein Protokoll aufgenommen und dieses an die resp. Provincialbehörden zur etwa nöthigen Verfügung eingesandt werden.

Artikel XLIV.

Wiewohl die beiderseitigen Commissionen sich möglichst

emühet haben, die bei Berichtigung der Gränze sich darbietenlen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, es aber dennoch nöglich ist, dass bei der Setzung der Gränzsteine sich deren noch inige vorfinden, so ist festgesetzet worden, dass die Mitglieder beider Commissionen ermächtigt bleiben, alle dergleichen Zwitigkeiten definitiv zu entscheiden.

Artikel XLV.

Der gegenwärtige Tractat, welcher in Deutscher und Niederländischer Sprache abgefasst ist, soll den beiden Gouvernements zur Genehmigung vorgelegt werden, und innerhalb zwei Monaten nach der Unterzeichnung desselben, oder so viel früher als thunlich seyn wird, sollen die Ratificationen ausgewechselt werden.

Urkundlich dieses haben die Eingangs genannten Commissarien vorstehenden Gränztractat durch ihre eigenhändige Namensunterschrift und Beidruckung ihrer Wappen vollzogen.

So geschehen und abgeschlossen zu Meppen, den 2. Juli 1824.

(L. S.) v. Pestel.
(L. S.) v. Bussche.
(L. S.) Reinhold.
(L. S.) De Man.
(L. S.) A. Sandberg.
(L. S.) Guichart.
(L. S.) Homann.

XC.

Convention zu Vollziehung der zwischen S. M. dem Könige von Preussen und S. K. H. dem Grossherzoge zu Sachsen-Weimar-Eisenach abgeschlossenen Staatsverträge d. d. Wien am 1. Juni 1815, und Paris am 22. September 1815, und zu näherer Bestimmung der hierdurch veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen in Beziehung auf die vormals Königlich Sächsischen Gebietstheile, d. d. Berlin am 1. Mai 1826.

Nach erfolgter Ratification der zwischen den Bevollmächtigten Ihrer Königl. Majestäten von Preussen und von Sachsen, unter dem 28. August 1819 abgeschlossenen Hauptconvention, sind in Folge des Artikels X des zwischen Sr. Königl. Majestät von Preussen und Sr. Königl. Hoheit dem Grossherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, unter dem 22. September 1815 geschlossenen Tractats, zur Auseinandersetzung rücksichtlich der darin näher erwähnten Gegenstände, von beiden Regierungen vorbereitende Erörterungen und Unterhandlungen eingeleitet, demnächst aber zu Fortsetzung derselben Bevollmächtigte, und zwar:

Königlich Preussischer Seits:

Der geheime Legationsrath Wilhelm Joseph Balan, Ritter des Königl. Preussischen rothen Adler-Ordens dritter Classe und des Königl. Schwedischen Nordstern-Ordens; und

Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachischer Seits:

der Regierungsrath Christian Friedrich Schmidt, Ritter des

Grossherzogl. Sachsen-Weimar-Eisenachischen Hausordens vom weissen Falken,

ernannt worden.

Gedachte Bevollmächtigte sind, unter Vorbehalt der beiderseitigen landesherrlichen Genehmigung, über folgende Artikel übereingekommen.

Artikel I.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt und beschränkt sich auf die Gegenstände der durch amtlichen Abdruck bekannt gemachten, vorhin erwähnten Hauptconvention, vom 28. August 1819, [a]) in soweit dieselben nach den Staatsverträgen d. d. Wien am 1. Juni 1815 [b]) und Paris am 2. September 1815, [c]) die an das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach abgetretenen vormaligen Königlich Sächsischen Gebietstheile mitbetreffen und nicht zur besondern Verhandlung ausgesetzt worden. Im Allgemeinen finden auf die so bezeichneten Gegenstände die in der Hauptconvention festgesetzten Grundsätze Anwendung, wenn nicht etwas besonders vereinbart worden.

Artikel II.

Wechselseitige öffentliche und Privatgerechtsame in den getheilten Landes-Districten.

§. 2. Im Betreff vorstehend bemerkter Gegenstände finden, zufolge besonderer Uebereinkunft, die Bestimmungen des Artikels II der Hauptconvention vom 28. August 1819 überall volle Anwendung.

Artikel III.

Gerichtsbarkeits-Verhältnisse.

§. 3. Wegen der zur Zeit der erfolgten Gebietsabtretung vor den Gerichtsbehörden anhängigen Rechtssachen, auch Abgabe der dazu gehörigen Acten, Documente und Depositen, finden die in der Convention vom 20. Februar 1816 und dem Artikel III der Hauptconvention vom 28. August 1819 getroffenen Bestimmungen, sonst aber die in der Erklärung vom $\frac{16. \text{ Februar}}{31. \text{ März}}$ 1819 und

in der Uebereinkunft vom $\frac{25.}{8.}$ Juni 1824 enthaltenen Festsetzungen Anwendung.

Artikel IV.

Steuercredit-Schulden und Steuercredit-kasse.

§. 4. Da nach Artikel IV der gedachten Hauptconvention und nach der derselben angefügten Beilage Lit. A überhaupt die Summe von

Sechs Millionen Ein Hundert sechs und neunzig Tausend Acht Hundert und vier und funfzig Thaler 22 Gr. 5 Pf.

in Steuerscheinen auf das Herzogthum Sachsen wirklich übernommen worden; so wird in Folge der verschiedenen Berechnungen über die an das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach gefallenen Antheile der zur Verzinsung und Tilgung dieser Schulden bestimmten Steuereinkünfte und des hierüber getroffenen Vergleichs, der Abtheilungsmassstab für das Grossherzogthum auf

$\frac{9800}{100000}$ wegen der im Steuercreditsysteme vom Jahre 1763 begriffenen älteren, und auf

$\frac{9841}{100000}$ wegen der von den Jahren 1807 und 1811 herrührenden neueren Steuercreditsschulden

angenommen, und es werden hiernach die Preussischer Seits übernommenen

6,196,834 Rthlr. 22 Gr. 5 Pf.

wovon

4,490,927 Rthlr. 11 Gr. 8 Pf. einschliesslich 83,790 Rthlr. wegen des Aufgeldes von den aus den ehemaligen Churbraunschweigischen Hypothekenanlehen herrührenden Schulden und 24,693 Rthlr. 10 Gr. wegen des Zinsnachschusses von diesen Schulden nebst dem Aufgelde, auf die älteren, dagegen

1,705,927 Rthlr. 10 Gr. 9 Pf. auf die neueren Schulden

6,196,854 Rthlr. 22 Gr. 5 Pf. Summe wie oben,

gerechnet werden, auf das Grossherzogthum vertheilt, wonach dessen Gesammtantheil auf

607,991 Rthlr. 5 Gr. 1 Pf.

echshundert sieben Tausend, Neun Hundert ein und neunzig Thaler 5 Gr. 1 Pf.

ch ergiebt.

§. 5. In Betracht der Königlich Preussischer Seits bereits ewirkten Theilung eines Theils der von dem Königreich Sachsen ernommenen Steuerschuld, und auf den Grund der deshalb statt-efundenen Vereinigung, werden nach Massgabe der sub Nr. 1 liegenden Berechnung Grossherzoglich-Weimar-Eisenachischer eits auf obigen Antheil von

607,991 Rthlr. 5 Gr. 1 Pf.

a)	515,534	Rthlr.	23 Gr.	10 Pf.	an Briefschulden in Natur zur Vertretung übernommen;
b)	36,564	-	10 -	5 -	wegen der vorerwähnten bereits bewirkten theilweisen Tilgung baar berichtigt;
c)	55,891	-	18 -	10 -	durch Mehr-Uebernahme an Kammercredit-Kassenschulden ausgeglichen.

607,991 Rthlr. 5 Gr. 1 Pf. Summa wie oben.

§. 6. Die der erwähnten Berechnung No. 1 angefügte Uebericht derjenigen Steuercredit-Schulden, welche nunmehr von em Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach vertreten werden, soll sogleich nach erfolgter Ratification des gegenwärtigen ertrages von beiden Regierungen durch in- und ausländische lätter zur allgemeinen Kenntniss gebracht werden. [d])

§. 7. Da die Verzinsung sämmtlicher vom Königreich auf as Herzogthum Sachsen gekommener Steuercredit-Schulden, lit Einschluss der auf das Grossherzogthum durch §. 4. abgeeilten Rate, zeither von der Königlich Preussischen Regierung anz allein und bis zur Mitte des vorigen Jahres, ohne alle Theilahme des Grossherzogthums, erfolgt ist; so ist darüber eine beondere Berechnung angelegt, und der auf letzteres fallende Betrag demselben bei Auseinandersetzung der Steuercredit-Kasse i Anrechnung gebracht worden. Weil die Gebietsabtretung zu wei verschiedenen Terminen, nämlich vom $\frac{1.}{5.}$ Juni und 1. No-

vember 1815 ab, an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach erfolgte; und diejenige Summe von 1,585,500 Thalern Central-Steuerobligationen, welche in Compensation eines gleichen Betrags von den neueren Steuercredit-Schulden, den sogenannten Reichenbachschen Obligationen, auf das Herzogthum Sachsen übernommen wurden, bis Michaelis 1817 bei der Steuercredit-Kasse mit verzinset worden, zerfällt die vorgedachte Zinsberechnung in drei verschiedene Abschnitte. Nach Massgabe der §. 4. des gegenwärtigen Artikels gedachten Ermittelungen, ist der Antheil des Grossherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach an der in Rede stehenden Verzinsung nach folgenden Verhältnissen berechnet worden, und zwar:

a) für die Zeit vom 1. Juni bis 31. Oktober 1815
auf $\frac{1479}{1000000}$ bei der alten, und
auf $\frac{1463}{1000000}$ bei der neuen Schuld;

b) für die Zeit vom 1. November 1815 bis ult. September 1817
auf $\frac{9800}{1000000}$ für die alte und
auf $\frac{9841}{1000000}$ für die neue Schuld, und

c) für die Zeit vom 1. Oktober 1817 bis ult. März 1826
auf $\frac{9811}{1000000}$ überhaupt bei der alten und neuen Schuld.

Vom 1. April 1826 an übernimmt die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung die Haftung für die, sowohl bis mit Ostern 1826 bereits verfallenen oder unerhoben gebliebenen, als von diesem Zeitpunkte an fällig werdenden Zinsen der ihr nach §. 5. neu zur Last fallenden Steuercredit-Schulden, und wird deren Berichtigung auf Anmeldung der Gläubiger in soweit bewirken, als nicht dabei in einzelnen Fällen wegen Mangel an Legitimation, Verjährung oder ähnlicher Ursachen, Hindernisse eintreten. Zu dieser Berichtigung der verfallenen und noch nicht erhobenen Zinsen von den von der Grossherzoglichen Regierung übernommenen Schulden, werden derselben von der Königlich Preussischen Regierung die betreffenden Valuten verzeichnet und gewährt.

§. 8. Was den Antheil des Grossherzogthums Sachsen an der Forderung der Steuercredit-Kasse an die vormalige Königlich Westphälische Regierung anbetrifft, so nimmt das Grossherzogthum sowohl an den am 1. Juni 1815 in Rückstand gewesenen,

als an den bis mit Ostern 1825 fällig gewordenen Terminzahlungen, nach demselben Verhältniss Theil, nach welchem es zur Zinszahlung in jedem Termin beizutragen hat.

Es sind daher vorerwähnte Zahlungen bei der Steuercredit-Kasse in Einnahme gestellt, dem Zinsbedarf eines jeden Termins in Abzug gebracht, und hierdurch der Grossherzoglichen Regierung ihre Antheile an genannter Forderung bis mit Ostern 1825 gewährt worden. In Betreff der von diesem Termine an rückständigen Zahlungen von überhaupt 25,986 Rthlr. 6 Gr. 8 Pf., welche in halbjährigen Terminen bis ult. Februar 1837 zu berichtigen wären, ist man gegenseitig dahin übereingekommen, der Grossherzoglichen Regierung für deren Antheil ein, Ostern 1825 zahlbares Aversum von 1857 Rthlr. 18 Gr. — zu gewähren, und solches derselben bei Abtheilung der Steuercredit-Kasse in Anrechnung zu bringen. Uebrigens behält sich die Königlich Preussische Regierung wegen der solchergestalt übernommenen Berichtigung der gedachten Zahlungen ihre Rechte an die übrigen Staaten des vormaligen Königreiches Westphalen ausdrücklich vor.

§. 9. Ueber den gesammten, während der Verwaltung der Steuercredit-Schulden bis Ostern 1825 erwachsenen und von dem Königreiche Preussen vertretenen Regie-Aufwand, einschliesslich der durch Ueberweisung der Gelder an die verschiedenen Zahlungsstellen entstandenen Kosten, ist von den beiderseitigen Rechnungsbeamten Berechnung gepflogen, und der hiernach auf das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach fallende Antheil bei der Steuercredit-Kasse der Weimarischen Baarzahlung zugesetzt worden.

§. 10. Mit Berücksichtigung der in den vorhergehenden §§. erwähnten Verhältnisse ist über die Steuercredit-Kasse der Rechnungsabschluss erfolgt, und vorbehältlich der im gegenwärtigen Vertrage Artikel VIII, §. 48. stipulirten Nachweisung von den beiderseitigen Bevollmächtigten als richtig anerkannt worden, wornach die Grossherzoglich Sächsische der Königlich Preussischen Regierung ausser der oben §. 5. bereits übernommenen Capitalbaarzahlung von

36,364 Rthlr. 10 Gr. 5 Pf. noch die Summe von
201,812 - 19 - 10 - mithin überhaupt die Summe von

238,377 Rthlr. 6 Gr. 3 Pf. oder
Zweihundert acht und dreissig Tausend Dreihundert und siebenzig Thaler 6 Gr. 3 Pf.

baar zu gewähren hat.

§. 11. Durch gegenwärtige Auseinandersetzung werden alle weiteren Ansprüche und Forderungen, welche der Regierung und den Ständen des einen, an die Regierung und die Stände des andern Landestheiles, vermöge der Tractate vom 1. Juni und resp. 22. September 1815, in Beziehung sowohl auf die Steuercredit-Schulden, als auch auf die Steuercredit-Kasse, zustehen, für erledigt erklärt und gegenseitig aufgehoben.

Artikel V.

Steuerärar.

§. 12. An den, vermöge der Hauptconvention vom 29. August 1819 Artikel V auf das Herzogthum Sachsen gekommenen Beständen des erbländischen und Stift-Naumburgischen Steuerärars und den dazu gerechneten Gegenständen, nimmt das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach nach einem von den erbländischen Steuereinkünften entlehnten Massstabe mit $\frac{106}{1000}$ Antheil, wogegen es, da kein Theil des Stifts Merseburg an Weimar-Eisenach abgetreten worden, an den Beständen des Stift-Merseburgischen Steuerärars nicht betheiligt ist.

§. 13. Die Bestände der Thüringischen und Neustädtischen Kreiskassen, so wie ihrer Untereinnahmen, sollen, wie sie am 5. Juni und resp. 1. November 1815 vorhanden waren, derjenigen Regierung ungetheilt zukommen, in deren Gebiet sie sich an den genannten Tagen befanden.

§. 14. Jeder Regierung fallen sämmtliche rückständige Einnahmen und Ausgaben in den Orten aus oder in denen sie am 5. Juni und resp. 1. November 1815 rückständig waren, zu. Zu jenen Einnahmen gehören auch die Proprereste. Königlich Preussischer Seits wird hiernach auf der Höferschen und Grossherzoglich Sächsischer Seits auf den Grosseschen Proprerest, vorbehältlich der rücksichtlich nach den 5. Juni und resp. 1. No-

vember 1815 fallenden Einnahmen nach §. 18 zu bewirkenden Abrechnung, Verzicht geleistet, und die rückständigen Baubegnadigungs-Gelder werden gleich andern rückständigen Abgaben von jeder Regierung in ihrem Gebietstheile getragen.

§. 15. Die Forderung der Grafen Stollberg an das erbländische Steuerärar, deren Vertretung Preussen übernommen hat, wird rücksichtlich der gegenwärtigen Auseinandersetzung ohne Vorbehalt einer definitiven Feststellung auf die Höhe von 10,626 Rthlr. — Gr. 8 Pf. angenommen und den Passiven des Steuerärars vor dessen Abtheilung zugesetzt.

§. 16. Die Deposita wegen der Stollbergschen Römermonate und des Grosseschen Defects behält die Königlich Preussische Regierung mit 1059 Rthlr. 10 Gr. 8 Pf. aus den Beständen zur alleinigen Vertretung; das aus der Land-Lieferungskasse herrührende Depositum von 432 Rthlr. 10 Gr. 11 Pf. wird mit dem Steuerärar und nach gleichem Massstabe abgetheilt.

§. 17. Die in das Weimar-Eisenachsche Gebiet gehörigen Cautionen der Steuerofficianten sind Königlich Preussischer Seits bereits überliefert.

§. 18. Vorstehendem gemäss wird die besondere Auseinandersetzung wegen des getheilten Neustädtischen und Thüringischen Kreises, ingleichen des Stifts Naumburg-Zeitz, in Absicht der rücksichtlich nach dem 5. Juni und 1. November 1815 fallenden Einnahmen und Ausgaben, welche gegen die Bestimmungen der vorstehenden §§. 13 und 14 aus dem einen Gebiet in das andere noch Statt gefunden haben und also zu erstatten sind, durch die beiderseitigen Verwaltungsbehörden erfolgen. So viel dagegen nach Massgabe der übrigen Bestimmungen der Auseinandersetzung wegen des durch die oft erwähnte Hauptconvention abgetheilten Steuerärars betrifft, wird der von den beiderseitigen Rechnungsbeamten entworfene Rechnungsschluss hierdurch genehmigt, in dessen Folge die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung

Dreitausend Siebenhundert acht und sechszig Rthlr. 15 Gr.

der Königlich Preussischen Regierung zu ersetzen hat.

§. 19. Wegen aller übrigen, das Steuerärar betreffenden, der nicht zur Erwähnung gekommenen Gegenstände, entsagen beide Regierungen gegenseitig allen weiteren Ansprüchen. Sollten

sich wider Vermuthen in der Folge noch wohl begründete Ansprüche der Stände an das Steuerärarium ermitteln, so übernimmt jede Regierung Hinsichts ihrer Stände, deren alleinige Vertretung.

Artikel VI.

Kammercredit-Kassenschulden und Kammercredit-Kassen mit ihren Nebenfonds.

§. 20. In Folge der über die Kammercredit-Kasse und deren Schulden Statt gefundenen Verhandlungen sind die beiderseitigen Bevollmächtigten, theils auf den Grund der, in Betreff derjenigen fiscalischen Realitäten, auf welche die Sächsische Kammercredit-Kassenschuld fundirt ist, und deren Erträge zur Verzinsung und Tilgung derselben bestimmt sind, angestellten Erörterungen, theils zur Beseitigung einiger hierbei Statt gefundenen Differenzen dahin übereingekommen, dass die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung von der, laut Artikel VI des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrags vom 28. August 1819 und deren Beilage sub E von der Krone Preussen effectiv übernommenen Summe von 1,480,265 Rthlr. Kammercredit-Kassenschulden einen aversionellen Antheil von

65,000 Rthlr.

Fünf und sechszigtausend Thaler zur Verzinsung vom 1. Juni und resp. 1. November 1815 und zur verfassungsmässigen Tilgung übernimmt.

§. 21. Da Königlich-Preussischer Seits von den, von Sachsen übernommenen Kammercredit-Kassenschulden bis mit Ostern 1826, bereits eine Summe von 164,099 Rthlr. durch baare Zahlung getilgt ist; so hat das Grossherzogthum nach desshalb gepflogener Berechnung (Beilage II) auf die vorgenannte Summe von 65,000 Rthlr. einen Betrag von 8018 Rthlr. 9 Gr. 11 Pf. Achttausend achtzehn Rthlr. 9 Gr. 11 Pf. baar an Preussen zu berichtigen. Nach Abrechnung dieser Baarzahlung würde die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung noch

36,981 Rthlr. 14 Gr. 1 Pf. Capital 549 Rthlr. 18 Gr. 3 Pf. terminliche Zinsen von den Kammercredit-Kassenschulden zu übernehmen haben; da dieselbe aber

55,891 Rthlr. 18 Gr. 10 Pf.	Capital 838 Rthlr. 6 Gr. 9 Pf. bei den Steuercredit-Schulden nach Artikel IV, §. 5 und
12,340 - — - — -	308 Rthlr. 12 Gr. — Pf. bei den Centralsteuer-Schulden nach Art. VII, §. 40 zu wenig vertritt; so wären von ihr
125,213 Rthlr. 8 Gr. 11 Pf.	Capital, mit 1,696 Rthlr. 13 Gr. terminlichen Zinsen in Kammercredit-Kassenschulden zu übernehmen: sie übernimmt aber
125,224 - — - — -	Capital, mit 1,696 Rthlr. — — terminlichen Zinsen, dergl. Schulden in Natur; wogegen
10 Rthlr. 15 Gr. 1 Pf.	Mehrbetrag von der Königl. Preussischen Regierung ihr baar vergütet wird.

Welche Kammercredit-Kassenschulden in dessen Gemässheit von der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung übernommen werden, geht aus der, der angefügten Rechnungsbeilage No. II beigegebenen Uebersicht hervor, die nach Ratification des gegenwärtigen Vertrags zu öffentlicher Kunde gebracht werden soll *).

§. 22. Da die Verzinsung sämmtlicher von Preussen übernommenen Kammercredit-Kassenschulden, mit Einschluss der nach dem vorhergehenden §. auf das Grossherzogthum Weimar-Eisenach repartirten Rate, zeither von der Königlich Preussischen Regierung allein und bis zur Mitte vorigen Jahres ohne alle Theilnahme Seitens des Grossherzogthums bewirkt worden ist; so ist hierüber eine besondere Berechnung angelegt und der auf das Grossherzogthum fallende Antheil demselben bei Auseinandersetzung der Kammercredit-Kasse in Abrechnung gebracht worden. Das diesfällige Verhältniss ist in Folge der ad §. 20 erwähnten Ermittelungen auf $\frac{3119}{100000}$ für den Zeitraum vom 5. Juni bis 31. October 1815 und $\frac{4821}{100000}$ für den Zeitraum vom 1. November 1815 bis Ostern 1826 berechnet worden. Die fernere Verzinsung der von dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach nach §. 21

übernommenen Kammercredit-Kassenschulden erfolgt von Ostern 1826 an, in der Artikel IV, §. 7. B. bei der Steuercredit-Kasse bestimmten Art.

§. 23. Da die Königlich Preussische Regierung die Vertretung der seit dem 3. August 1813 in Rückstand gebliebenen, in 21 halbjährigen Terminen bis ult. Februar 1824 zu berichtigen gewesenen Forderungen der Kammercredit-Kasse an die Regierung des vormaligen Königreichs Westphalen, mit Vorbehalt der Ansprüche an die übrigen dabei betheiligten Staaten, übernommen hat; so ist der hiervon dem Grossherzogthume Weimar-Eisenach nach dem Verhältniss, in welchem es zur Verzinsung der Kammercredit-Kassen-Schulden in jedem Termine beizutragen hat, zukommende Antheil gutgeschrieben und hierdurch vollständig gewährt worden.

§. 24. In Betreff der Regie- und sonstigen durch die Verzinsung und theilweise Tilgung der in Rede stehenden Schulden bis mit Ostern 1825 erwachsenen Kosten sind zwischen den beiderseitigen Rechnungsbeamten die erforderlichen Berechnungen gepflogen, und der auf das Grossherzogthum Weimar-Eisenach hiernach fallende Betrag ist der Baarzahlungs-Verbindlichkeit desselben zugesetzt worden.

§. 25. Mit Berücksichtigung der in den vorhergehenden §§. erwähnten Verhältnisse, ist über die Kammercredit-Kasse der Rechnungsabschluss erfolgt, und von den beiderseitigen Commissarien, vorbehältlich der unten im Artikel VIII, §. 48 zugesicherten Nachweisung, als richtig anerkannt worden. Hiernach hat die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung, ausser der oben §. 21 bemerkten Capitalbaarzahlung von

8,018 Rthlr. 9 Gr. 11 Pf. noch die Summe von
16,175 - 8 - 3 - mithin überhaupt

24,193 Rthlr. 18 Gr. 2 Pf. oder

Vier und zwanzig Tausend Einhundert drei und neunzig Thaler 18 Gr. 2 Pf. der Königlich Preussischen Regierung baar zu gewähren.

§. 26. Da Preussen bei der Auseinandersetzung mit Sachsen nach Artikel VI, §. 4 et 7 der Hauptconvention vom 28. August 1819, 8,874 Rthlr. 12 Gr. 6 Pf. weniger als es nach dem

vertragsmässigen Theilungsmassstab zu den Kammercredit-Kassenschulden beizutragen hatte, übernommen und die Königlich Sächsische Regierung dafür, durch Ueberlassung einer gleichen Summe von dem Preussischen Antheil an dem Nebenfonds der Kammercredit-Kasse entschädigt hat; so bleiben solche auch bei der Theilung des gedachten Nebenfonds ausser Ansatz.

§. 27. Der dem Herzogthum Sachsen hiernach aus dem fraglichen Nebenfonds mit 64,508 Rthlr. 20 Gr. 2 Pf. gewährte Antheil wird nach dem bei Abtheilung der Kammercredit-Kassenschuld angewendeten Verhältnisse repartirt, wornach das Grossherzogthum Weimar-Eisenach einschliesslich der Zinsen von dem in Staatspapieren bestehenden Antheile bis mit Ostern 1826 den Betrag von

3,454 Rthlr. 2 Gr. 10 Pf.

Dreitausend Vierhundert vier und fünfzig Thaler 2 Gr. 10 Pf. und zwar

621	Rthlr.	12 Gr.	2 Pf.	baar
6	-	14 -	— -	in dreiprocentigen Kammercredit-Kassenscheinen,
2,814	-	16 -	8 -	in zweiprocentigen dergleichen Scheinen,
11	-	8 -	— -	in unzinsbaren dergl. Scheinen,
3,454	Rthlr.	2 Gr.	10 Pf.	Summe wie oben

von der Königlich Preussischen Regierung zu empfangen hat.

Artikel VII.

Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder und Centralsteuer-Angelegenheiten.

Ueber die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder und Centralsteuer-Angelegenheiten ist auf den Grund des Artikels IX der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819 und der derselben unter II beigefügten Specialconvention vom 23. Juli 1817 zwischen den beiderseitigen Bevollmächtigten folgende Vereinigung getroffen worden:

§. 28. In Folge der über die Beiträge zur Peräquations- und Centralsteuer-Kasse aus den beiderseitigen Gebietstheilen angestellten Ermittelungen, ist das Verhältniss, nach welchem das

Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach an den Activen und Passiven der genannten Kasse Theil zu nehmen hat, auf $\frac{7549}{100000}$ Theile, Siebentausend Neunhundert fünfzig Einhunderttausendtheile bei der Peräquations-Anstalt, und auf $\frac{5159}{100000}$ Theile, Fünftausend Einhundert Neun und fünfzig Einhunderttausendtheile bei der Centralsteuer-Anstalt festgestellt werden.

§. 29. Zu Beseitigung mehrerer bei der Abtheilung der Central-Steuerschulden entstandenen Differenzen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten sich dahin vereinigt, dass die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung von sämmtlichen mit einem Betrage von

3,285,800 Rthlr.

auf das Herzogthum Sachsen übernommenen Central-Steuerschulden die Summe von

247,000 Rthlr. Zweihundert sieben und vierzig Tausend Thaler

zur Verzinsung und Tilgung übernehme.

Da unter vorgedachter auf das Herzogthum Sachsen übernommenen Totalsumme auch ein Betrag von

1,585,500 Rthlr.

enthalten ist, welcher der Königlich Preussischen Regierung auf die nach dem Provisorial-Steuerschlüssel zu theilen gewesenen Reichenbachschen Obligationen in Zurechnung gebracht worden; so ist dasselbe Verhältniss in Betreff der von der Grossherzoglichen Regierung übernommenen Central-Steuerschuld beobachtet und der hierunter begriffene diesfallsige Betrag auf

154,000 Rthlr.

festgestellt worden.

§. 30. Die rückständigen Forderungen wegen Kriegsprästationen jeder Art werden von den beiderseitigen contrahirenden Regierungen, ohne Nachrechnung und ganz in derselben Art, zur Berichtigung und Vertretung übernommen, wie dies nach den §§. 2, 3 und 4 der Special-Convention vom 23. Juli 1817 zwischen Preussen und Sachsen bestimmt worden ist.

§. 31. So viel die in der Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuerkasse befindlichen Geldbestände und die zugehörigen Activ- und Passivforderungen (vorbehältlich

der in dem gegenwärtigen Vertragsartikel enthaltenen Ausnahmen) betrifft; so wird die Betheiligung des Grossherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach vergleichsweise zur Beseitigung einiger Differenzen, auf einen reinen Activantheil von

13,593 Rthlr. 15 Gr. 3 Pf.

hierdurch festgesetzt; hierauf sollen jedoch diejenigen

9,593 Rthlr. 15 Gr. 3 Pf.

in Abrechnung kommen, welche Königlich Preussischer Seits für Verpflegung Russischer Truppen, bei deren Durchmarsch durch den an das Grossherzogthum abgetretenen Theil des Neustädtischen Kreises, vorschussweise bezahlt worden.

Die Königlich Preussische Regierung hat demnach der Grossherzoglich Sächsischen Regierung überhaupt noch

4000 Rthlr. Viertausend Thaler

auf obigen reinen Activantheil zu gewähren.

§. 32. So viel die bereits abgethanen Forderungen der allgemeinen Peräquations- und Central-Steuerkasse an Frankreich betrifft, so haben die Königlich Preussischer Seits mit dem Vicomte de Bruges vorgewesenen Verhandlungen, wegen des durch die Rückmärsche Französischer Kriegsgefangenen dem Lande verursachten Aufwandes auf die an Weimar-Eisenach abgetretenen Gebietstheile sich nicht mit erstreckt, und die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung entsagt desfalls jedem Anspruche an die, in Folge der erwähnten Verhandlung von der Königlich Französischen Regierung gewährte Entschädigung. Dagegen gewährt die Königlich Preussische Regierung, aus den von Preussen und Sachsen, vermöge der Convention d. d. Paris am 25. April 1818 gemeinschaftlich bezogenen

2,200,000 Francs

französischen Reclamationsgeldern der Grossherzoglichen Regierung, die derselben durch die §. 31 erwähnte Quote gut gerechnete Summe von

484 Rthlr. 14 Gr. 10 Pf. Vierhundert vier und achtzig Thaler 14 Gr. 10 Pf.

wegen der für die Etappe Auma liquidirten

6,600 Franken und

240 Franken

für die in den Jahren 1808 und 1812 den Französischen Truppen

geleisteten Geschwindfuhren und Transporte; verspricht aber die, auf die Liquidation gegen Frankreich bezüglichen Verhandlungen, einzelnen Liquidationen und Beläge der Grossherzoglichen Regierung demnächst mitzutheilen und vollständig vorzulegen, auch die die Grossherzoglichen Gebietstheile betreffenden resp. in den Originalen oder in beglaubten Abschriften auszuantworten.

Sollten ausser den obgedachten von Preussen und Sachsen, vermöge der Convention d. d. Paris den 23. April 1818 gemeinschaftlich bezogenen

2,200,000 Francs

noch andere von Frankreich geleistete Entschädigungen sich nachweisen lassen, welche entweder das ganze Herzogthum Sachsen, oder einzelne Districte desselben, wovon an das Grossherzogthum eine Abtretung erfolgt ist, oder Privat-Reclamanten angehen, welche Weimarische Unterthanen sind; so werden der Grossherzoglichen Regierung die diesfallsigen Ansprüche auf den Grund der §. 20 und 21 der Specialconvention vom 23. Juli 1817 hiermit vorbehalten. Im Uebrigen entsagt die Grossherzogliche Regierung den noch nicht abgethanen Ansprüchen der allgemeinen Peräquations- oder Central-Steuerkasse gegen andere Staaten zu Gunsten der Königlich Preussischen Regierung, und erklärt sich dafür, durch das im vorstehenden §. 31 enthaltene Aversional-Uebereinkommen unter der Bedingung für abgefunden, dass dagegen die Königlich Preussische Regierung diejenigen Ansprüche allein und ohne Mitverpflichtung des Grossherzogthums vertrete, welche auswärtige Regierungen an die gedachten Kassen stellen könnten.

§. 33. Ferner sind unter dem vorstehend §. 31 enthaltenen Aversional-Uebereinkommen mit begriffen:

a) die aus der Finanz-Hauptkasse in die Central-Steuerkasse geflossenen landschaftlichen sogenannten Reichenbachschen Obligationen von

72,000 Thalern,

welche nach der Special-Convention vom 23. Juni 1817 §. 13 der Königlich Preussischen Regierung vergleichsweise neben ihrem Antheile an dem Kassenbestande noch zugekommen sind.

b) Die durch die erwähnte Special-Convention §. 19 niedergeschlagenen wechselseitigen Forderungen zwischen der Per-

äquations- und Central-Steuerkasse der Königlich Preussischen Regierung und der Berliner Bank;

c) die von dem Liegnitzer Regierungsbezirk an die Central-Steuerkasse gestellte Forderung von

14,051 Rthlr. 5 Gr.

wegen überlassener Spremberger Magazinvorräthe;

d) die gegenseitigen Forderungen der Peräquationskasse und der Oberlausitz, so dass die Abrechnung des Königlich Preussischen Theils derselben, hinsichtlich seiner Activ- und Passiv-Verhältnisse zur Peräquationskasse, von der Königlich Preussischen Regierung allein und ohne Concurrenz der Grossherzoglichen Regierung erfolgen wird.

Die Königlich Preussische und die Grossherzoglich Sächsische Regierung entsagen hinsichtlich der genannten Gegenstände wechselseitig allen ferneren Anforderungen. Dasselbe geschieht auch hinsichtlich des Cottbusser Kreises und dessen activer oder passiver Betheiligung bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung.

§. 34. Dagegen bezieht die auf die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuer-Ausschreiben am 1. Juni und resp. 1. November 1815 ausgestandenen Reste jeder Landestheil, und die beiderseitigen Behörden werden sich die erforderlichen Nachweisungen mittheilen.

§. 35. Die von der Peräquations- und Central-Steuerkasse verpfändeten Staatspapiere sammt Coupons verbleiben derjenigen Regierung, welcher, Kraft gegenwärtiger Convention, die Tilgung der Schuld zur Last fällt, für die jene Staatspapiere verpfändet wurden.

§. 36. Die beziehungsweise am 5. Juni und 1. November 1815 vorhanden gewesenen Naturalbestände sind mit den Orten, wo sie befindlich waren, an jeden Landestheil übergegangen und nicht minder die an den genannten Tagen darin ausgestandenen Reste auf Natural-Lieferungen.

§. 37. Die Activ- und Passiv-Verhältnisse der allgemeinen Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Central-Steuerkasse zu anderen landesherrlichen oder nicht landesherrlichen Kassen bestehen nunmehr für jeden Landestheil nach denjenigen Bestimmungen gänzlich abgesondert, welche in der mehrerwähnten Specialconvention §§. 14, 15 und 16 zum Behuf der gleich-

mässigen Absonderung zwischen Preussen und Sachsen enthalten sind und hier durchgängig Anwendung finden sollen.

§. 38. Rücksichtlich der Auseinandersetzung der Kreiskassen und der mit denselben in Verbindung stehenden Gegenstände in dem Neustädtischen und Thüringischen Kreise und dem Stifte Naumburg, sollen, mit Rücksicht auf die beiden Gebietsabtretungs-Termine, des ½ten Juni und 1. November 1815, alle diejenigen Bestimmungen Anwendung finden, welche durch die §§. 24 bis 28 des Vertrags vom 23. Juni 1817 für die Preussisch-Sächsisch Ständischen Verhandlungen vorgeschrieben sind.

§. 39. Beide Regierungen werden ihre Kreis- oder Provinzial- oder ihnen gleichlautende Kassen zu pünktlicher Berichtigung derjenigen Forderungen anhalten, welchen die ähnlichen Kassen des anderen Landestheiles an die vorerwähnten Kassen und nicht an die Peräquationskasse ihres Landes, vermöge der §§. 30, 31 und 37 dieses Artikels, zu stellen haben.

§. 40. Da Königlich Preussischer Seits von den in Rede stehenden Central-Obligationen bis mit Ostern 1826 bereits eine Summe von 1,207,600 Rthlr., durch Verloosung und Baarbezahlung getilgt ist; so wird, nach desshalb getroffener Vereinigung, die Grossherzogliche Regierung ihrer Verbindlichkeit zur Uebernahme einer Schuldenquote von 247,000 Rthlr.

a) durch Uebernahme von . . . . . in Centralsteuer-Obligationen;	158,000	Rthlr.
b) durch Compensation auf . . . . . Mehr-Uebernahme bei der Kammercreditkasse, und	12,340	-
c) durch Capital-Baarzahlung von . . .	76,660	-
	ut. s.	

genügen.

§. 41. Da die von Preussen zur Verzinsung übernommenen 200,000 Rthlr. LandescommissionsScheine vom 1. Januar 1815 ab; die 1,500,000 Rthlr. Centralsteuer-Obligationen aber hinsichtlich eines Betrages von 767,100 Rthlr. von Ostern 1815 und hinsichtlich einer Summe von 732,900 Rthlr. von Ostern 1816 an vertragsmässig zu verzinsen waren, die Zinsen aber von den compensationsweise für die zu übernehmen gewesenen Reichenbachschen Obligationen, übernommenen 1,585,500 Rthlr. Central-

Steuer-Obligationen bis mit Michaelis 1817 bereits bei Abtheilung der Steuercredit-Kasse in Anrechnung gebracht worden sind; endlich die zeitherige Verzinsung der vorbenannten Capitalsumme bis rücksichtlich zu deren Heimzahlung und zu Ostern 1826 von der Königlich Preussischen Regierung allein und bis zur Mitte vorigen Jahres ohne Beitragsleistung des Grossherzogthums Weimar-Eisenach erfolgt ist; so ist hiernach und mit Berücksichtigung der zwei verschiedenen Abtretungs-Termine des 5. Juni und 1. November 1815 eine, zugleich den erforderlich gewesenen Uebermachungs- und sonstigen Regie-Aufwand umfassende Berechnung von den beiderseitigen Rechnungsbeamten gepflogen und von den beiderseitigen Bevollmächtigten als richtig anerkannt worden. Hiernach hat das Grossherzogthum ausser der oben §. 40 erwähnten Capital-Baarzahlung von

76,660 Rthlr. noch die Summe von
101,298 - 9 Gr. 9 Pf. an für dessen Rechnung bezahlten Zinsen und bestrittenen Regie- und Geldübermachungs-Aufwand, mithin

177,958 Rthlr. 9 Gr. 9 Pf. Einhundert sieben und siebenzig Tausend, Neunhundert acht und fünfzig Thaler 9 Gr. 9 Pf.

überhaupt baar an Preussen zu berichtigen.

§. 42. Die auf die Grossherzoglichen Weimar-Eisenachischen Gebietstheile Bezug habenden Rechnungen, Bücher, Verhandlungen und sonst hierher gehörigen Schriften jeder Art werden, so weit es noch nicht geschehen, nach Vollziehung dieser Convention, gemäss den in der Special-Convention vom 23. Juli 1817 §. 35 hierüber zwischen der Königlich Preussischen und der Königlich Sächsischen Regierung getroffenen Bestimmungen, der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung ausgeantwortet und mitgetheilt werden. Gleicherweise werden zu dem im §. 38 dieser Special-Convention ausgedrückten Zwecke, die nöthigen Verfügungen an die Deputation der getheilten Kreise erlassen werden. Cautionen und Deposita, dafern dergleichen aus dem einen Gebiet in das andere gehörig, sich finden sollten, werden gegenseitig ausgeantwortet.

Artikel VIII.

Die näheren Bestimmungen in Hinsicht der durch die Artikel IV, VI und VII abgetheilten Schulden betreffend.

In Beziehung auf die in den vorhergehenden Artikeln IV, VI und VII zur Theilung gebrachten Steuern und resp. Kammercredit-Kassen und Central-Steuerschulden haben beide Regierungen sich über folgende allgemeine Bestimmungen vereinigt:

§. 43. Die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung übernimmt die ihr zur Vertretung angewiesenen Schuld-Verschreibungen von den genannten drei Schuldengattungen, von Ostern 1826 an, zur selbsteigenen besonderen Verzinsung, Verloosung und Tilgung, die Königlich Preussische Regierung aber und die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische verpflichten sich gegenseitig zur Aufrechthaltung der feststehenden Creditsysteme und Tilgungspläne dieser Schuldengattungen ganz unter denselben Bestimmungen, unter welchen nach Inhalt der Haupt-Convention vom 28. August 1819 und der Special-Convention vom 23. Juli 1817 die Königlich Preussische und Königlich Sächsische Regierung gegenseitig sich verpflichtet haben, und welche, wie hierdurch ausdrücklich festgesetzt wird, auch zwischen Preussen und Weimar-Eisenach Anwendung finden sollen.

So viel insbesondere die Zins- und Capitalzahlungen auf die Central-Steuer-Obligationen betrifft; so verspricht die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung, dieselben in Gemässheit vorstehender Uebereinkunft zu Leipzig, und zwar bis zu Aushändigung neuer Zinscoupons von der Grossherzoglichen Regierung, durch dasselbe Handlungshaus, welches die Zahlungen für Preussische Rechnung leistet, unter gleichen Bedingungen wie Preussen bewirken zu lassen.

§. 44. Die zu Ostern d. J. statt findende Verloosung wird auf bisherige Weise für die einzelnen Klassen erfolgen. Die ausgeloosten Nummern ganzer an Weimar überwiesenen Klassen, werden von der Grossherzoglichen Regierung im Michaelistermin 1826 berichtigt; in so fern sie aber zu Klassen gehören, welche zwischen Preussen und Weimar-Eisenach getheilt worden, wird die nach dem betreffenden Theilungsverhältniss auf Weimar fal-

lende Rate für dasselbe abgezweigt werden. Die in den Terminen Michaelis 1825 und Ostern 1826 erwachsenen Regiekosten wird Weimar-Eisenach antheilig vertreten, dagegen ihm die in den genannten beiden Terminen präcludirter Zinsen ebenmässig erstattet werden.

§. 45. Die bis jetzt noch vorhandenen bereits eingelöseten oder bezahlten Documente und Coupons der von Preussen übernommenen vormals Sächsischen Staatsschulden, sollen, in soweit sie zur Revision und Dechargirung der betreffenden Rechnungen nicht mehr erforderlich sind, durch gemeinschaftliche Commissarien vernichtet werden.

§. 46. Da in den Artikel IV, VI und VII erwähnten Berechnungen über die zeitherigen Zins- und Capitalienzahlungen alle bis mit Ostern 1826 fälligen Zahlungen als bereits erfolgt in Anrechnung gebracht worden sind; so wird die Königlich Preussische Regierung der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen den Betrag, der seit dem Ostertermin 1821 fällig gewordenen und nicht erhobenen Zinsen gedachter Schuldengattungen, baar gewähren, und es übernimmt nach deren Empfang die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung alle diesfallsigen Vertretungen gegen die sich noch meldenden Gläubiger.

§. 47. Hinsichtlich des Verfahrens wegen verlorener und unangemeldeter Scheine, sollen alle Bestimmungen des Artikel VII, §. 3 der Convention vom 28. August 1819 auch auf das Grossherzogthum Weimar-Eisenach, wegen der oft genannten drei Schuldengattungen, Anwendung finden. Zu diesem Behuf wird die Königlich Preussische Regierung

a) alle zu den Grossherzoglichen Schuldenantheilen gehörige unangemeldete Scheine, so wie

b) die sonstigen zu den Weimar-Eisenachischen Schuldenantheilen gehörigen noch unabgeforderten Zinsscheine und Coupons, endlich

c) eine Nachweisung, wenn die Weimar-Eisenachischer Seits zu übernehmenden ausgeloosten und zur Zahlung ausgesetzten, ingleichen die unzinsbaren Scheine zur Zahlung ausgesetzt worden und bei unterlassener Anmeldung zu präcludiren sind, so wie überhaupt

d) sämmtliche Bücher, Rechnungen und Verhandlungen, welche die Grossherzoglich Weimar-Eisenachischer Seits übernommenen Schulden ausschliesslich betreffen, und

e) die nöthigen Abschriften und Auszüge aus denjenigen, welche die Schulden beider Landestheile betreffen, der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung überantworten, endlich

f) die zu den resp. Steuer- und Kammercredit-Kassenschulden Litt. O gehörigen, in Merseburg befindlichen Verloosungsräder, an einen von der Grossherzoglichen Regierung dahin abzusendenden Commissarius ausliefern lassen.

§. 48. Die bis mit Ostern 1821 fällig gewesenen und bis mit Ostern 1825 unabgefordert gebliebenen und mithin präcludirten Zinsen sind bereits dem Grossherzogthume Sachsen-Weimar-Eisenach gut gerechnet worden. Rücksichtlich der von Ostern 1825 bis dahin 1826 präcludirten Zinsen ist bereits oben §. 44 das Erforderliche festgesetzt: die künftig zu präcludirenden oder sonst in Wegfall kommenden Zinsen von den einer jeden Regierung zufallenden Schulden, werden von jeder derselben ohne Nachrechnung eingezogen. So viel aber die Capitalzahlungen betrifft, die insgesammt als wirklich erfolgt, dem Grossherzogthum mit zur Last gerechnet worden sind, so wird, ob keine derselben immittelst präcludirt worden oder doch unabgefordert geblieben, Königlich Preussischer Seits durch Vorlage der Bücher nachgewiesen werden und die Grossherzoglichen Genussantheile bleiben für den etwa vorhandenen Fall vorbehalten.

§. 49. Die Königlich Preussische Regierung wird die Tilgungspläne wegen der genannten Schulden, so wie überhaupt die das Steuerwesen und die Verhältnisse der Kammercredit-Kasse und der Peräquations- und Centralsteuer-Angelegenheiten betreffenden, auf die an das Grossherzogthum abgetretenen Districte Bezug habenden Acten, Rechnungen oder sonstigen Schriften, in sofern diess nicht bereits erfolgt ist, in der Artikel VII, §. 5 der Hauptconvention und §. 35 der Specialconvention vom 23. Juli 1817 bestimmten Art, der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung aushändigen.

Artikel IX.

Die Kassenbillets und dahin gehörenden Fonds betreffend.

§. 50. Das Grossherzogthum Weimar-Eisenach übernimmt von der durch Artikel I der Preussisch-Sächsischen Specialconvention vom 25. November 1815 auf das Herzogthum Sachsen repartirten Summe von 1,810,000 Rthlr. der Sächsischen Kassenbillets-Schuld einen reinen Passiv-Antheil von 85,000 Rthlr. — Fünf und Achtzig Tausend Thaler.

§. 51. Da die Königlich Preussische Regierung die auf das Herzogthum Sachsen übernommenen Sächsischen Kassenbillets wegen immittelst erfolgter Ausgabe neuer Kassen-Anweisungen neuerdings eingezogen hat; so ist man übereingekommen, dass das Grossherzogthum Sachsen-Weimar-Eisenach auf die Naturalvertretung des gewählten Series verzichte und statt derselben zur Erfüllung seiner vorgedachten Verbindlichkeit der Königlich Preussischen Regierung nur eine Baarzahlung von Drei und Achtzig Tausend Vierhundert und Zwölf Thaler in Preussischem Courant, mit Verzicht auf einen weiteren Vortheil wegen der durch die Präclusion ausgefallenen Kassenbillets gewähre.

§. 52. Da nach genauer Berechnung der, aus den an das Grossherzogthum abgetretenen Gebietstheilen fliessenden Land-Accise und sonstigen fiscalischen Revenüen, auf welche die Sächsischen Kassenbillets als fundirt zu betrachten sind, dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach eigentlich eine grössere als die verzeichnete Summe zur Vertretung zugefallen seyn würde; so entsagt dasselbe in Betracht dieser Vergünstigung allen Ansprüchen an die zu den Kassenbillets gehörigen Fonds und zwar namentlich an das im Artikel X der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention und deren Beilage sub Litt. H und I zur Theilung gebrachte Activ-Vermögen und die von dem vormaligen General-Gouvernement des Königreichs Sachsen aus der vormaligen Discontokasse zu Leipzig gezogenen 400,000 Rthlr. Kassenbillets; wogegen die Königlich Preussische Regierung auch ihrer Seits allen, sowohl wegen des Verlustes bei der im Jahre 18$\frac{1}{6}$ Statt gehabten Discontirung der Kassenbillets, als auch wegen des sonstigen durch die Kassenbillets-Angelegenheiten entstandenen Regie-Aufwandes an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach zu machenden Ansprüchen, entsagt.

§. 53. Das Grossherzogthum Weimar-Eisenach übernimmt die Berichtigung der, dem jetzt Weimarischen Unterthan Grösner zu Grossheringen, wegen Entdeckung eines Kassenbillets-Verfertigers zuerkannten Prämie von 500 Rthlr. aus eigenen Mitteln.

Artikel X.

Die Vorschüsse, die daher rührenden Forderungen und die fiscalischen Kassen und Einkünfte überhaupt betreffend.

In Ansehung der, in Artikel XI und XII des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrags vom 28. August 1819 verhandelten Gegenstände, ist folgende Vereinigung getroffen worden.

§. 54. Die von der Königlich Preussischen Regierung nach Artikel XI, §. 1 des genannten Vertrages zu Gunsten des Königreichs Sachsen erfolgte Verzichtleistung wegen der, während der Preussischen Verwaltung bis 5. Juni 1815 für dasselbe gemachten Vorschüsse und Verwendungen, soll auch in Beziehung auf die an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach abgetretenen Gebietstheile gültig seyn.

§. 55. Dagegen nimmt das Grossherzogthum Weimar-Eisenach nicht Theil an den von der Königlich Preussischen Regierung während ihrer Verwaltung des Königreichs Sachsen bis 5. Juni 1815 aus demselben bezogenen Nutzungen; eben so wenig an den am benannten Tage aus der Königlich Sächsischen Finanz-Hauptkasse gezogenen Beträgen an baarem Gelde, Kassenbillets und Staats-Papieren.

§. 56. Die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung tritt gleichfalls der nach Artikel XIII, §. 1 der genannten Hauptconvention der Königlich Preussischer Seits erfolgten Verzichtleistung auf das übrige, hierdurch der Königlich Sächsischen Regierung überlassene Activ-Vermögen der Königlich Sächsischen Finanz-Hauptkasse und Rentkammer bei, wogegen dieselbe auch von der Vertretung der Schulden der genannten Kassen, in sofern solche von Königlich Sächsischer Seite zur alleinigen Vertretung übernommen worden, gleichmässig befreiet bleibt.

§. 57. In Absicht der fiscalischen Schulden findet jedoch eine Theilnahme der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung bei folgenden Statt:

a) bei der Kammer-Creditkasse in dem bereits oben Art. VI festgesetzten Masse;

b) bei den auf Aemtern und Kammergütern oder andern einzelnen Realbesitzungen unterpfändlich versicherten oder radicirten, oder sonst auf den jedesmaligen Besitzer derselben rechtlich übergehenden fiscalischen Schulden, in demselben Masse, wie solche nach §. 2, lit. b des erwähnten Vertrags-Artikels der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention von dem ungetheilten Herzogthume Sachsen übernommen worden. Rücksichtlich nachbemerkter Capitalien, nämlich:

5,600	Rthlr.	— Gr.	der Schule Pforta auf dem Amte oder Kammergute Mildenfurth,
11,987	-	12 -	der Universität Leipzig auf dem Amte Arnshaugk oder dem Kammergute Weltwitz,
87	-	12 -	des Gotteskastens zu Rahnis auf dem Amte Arnshaugk,
770	-	— -	des Domcapitels zu Naumburg auf dem Amte Tautenburg oder dem Amtsvorwerke Wetzdorf,
200	-	— -	des Stadtraths zu Auma auf dem Amte Arnshaugk oder dem Kammergute Weltwitz.
18,645	Rthlr.	— Gr.	Summe.

ist man übereingekommen, dass hiervon Königlich Preussischer Seits das Capital auf Mildenfurth und Grossherzoglich Weimar-Eisenachischer Seits die übrigen übernommen werden, und zwar letztere nur mit den rückständigen Zinsen von dem 1. Juni oder von dem 1. November 1815 ab, je nachdem die Besitzungen, worauf die Schulden haften, mittelst des Vertrags vom 1. Juni oder vom 22. September 1815 an Weimar-Eisenach abgetreten worden sind;

c) die einigen Geistlichen und einem Kirchen-Aerario im Inspectionsbezirk Ziegenrück zu zahlenden Additionsgelder und Besoldungszulagen, im jährlichen Betrage von 101 Rthlr. 12 Gr., welche Preussen von Ostern 1816 bis Ostern 1826 mit 1,065 Rthlr. 19 Gr. 6 Pf. vorgeschossen hat, nun aber gänzlich übernimmt, werden mit fünf Procent zu Capital gerechnet und der Betrag

mit Zweitausend dreissig Thalern nebst Zinsen zu 5 vom Hundert, seit dem 1. November 1815 der Grossherzoglichen Regierung zur Last geschrieben;

d) da die im §. 2, lit. c, d und e des genannten Artikels XII der Preussisch-Sächsischen Haupt-Convention vom 28. August 1819 erwähnten drei Schuldwesen: das Mannsfeldische, Fürstlich Weissenfelsische und Weidaische Creditwesen, zwischen den Königreichen Preussen und Sachsen zu näherer Erörterung der dabei einschlagenden Verhältnisse und Feststellung der hierunter anzunehmenden Grundsätze vorbehalten worden; so bleiben diese Gegenstände, wenn und in wiefern das Grossherzogthum Weimar-Eisenach daran betheiligt seyn sollte, gleichmässig auch zwischen der Königlich Preussischen und Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung zu künftiger Ausgleichung vorbehalten.

§. 58. Da keine von den §. 3 des gedachten Artikels XII erwähnten Pensionen, welche die Königlich Sächsische Regierung einigen Gläubigern der genannten Creditwesen als ein Aequivalent ihrer Forderungen angewiesen hat, und auch keine von den ebendaselbst §. 4 berührten Zuschusszinsen, welche aus der Finanz-Hauptkasse einigen Städten des Herzogthums auf gewisse Steuercapitalien bezahlt wurden, nach den vertragsmässigen Grundsätzen in die an Weimar-Eisenach abgetretenen Gebietstheile fallen; so findet ein Anspruch an das Grossherzogthum nicht Statt.

§. 59. Von den §. 5 des Preussisch-Sächsischen Vertragsartikels vorkommenden sogenannten Amtscapitalien soll das Grossherzogthum Weimar-Eisenach diejenigen der Aemter Tautenburg, Arnshaugk und Waida mit Mildenfurth ungetheilt erhalten, namentlich

52 Rthlr.	12 Gr.	— Pf.	Hypothekencapital à 5 Procent	beim Amte Tautenburg zu Frauenpriesnitz;	
43 -	18 -	— -	desgleichen à 6 Procent	beim Amte Arnshaugk;	
154 -	4 -	— -	desgleichen à 5 Procent		
437 -	3 -	— -	in einem unverwechselten Steuerschein à 3 Procent	beim Amte Weida;	
193 -	19 -	6 -	Hypothekencapital à 5 Procent		

wegegen die der übrigen Aemter der Königlich Preussischen Regierung ungetheilt verbleiben.

§. 60. Der Königlich Preussischen Regierung verbleiben auch ausschliesslich die Activcapitalien der Stift Naumburg-Zeitzischen Rentkammer; die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung, welche nur wegen des Dorfs Lachstedt unerheblich betheiligt seyn würde, verzichtet auf jeden Anspruch an dieselben und bleibt dagegen auch bei den Schulden der gedachten Rentkammer ausser Betheiligung.

§. 61. Der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung gebühren, beziehungsweise vom 5. Juni und 1. November 1815, auch die Zinsen von den ihr überlassenen erwähnten Amtscapitalien, in sofern solche nicht bereits beim Abschluss der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom Königreich Sachsen erhoben worden, nur die bis mit Ostern 1818 fällig gewordenen Zinsen von den unter den fraglichen Amtscapitalien befindlichen Staatspapieren sind hiervon ausgenommen, da sie nach §. 7 des mehr erwähnten Vertrags-Artikels dem Königreiche Sachsen gebühren, und werden daher der Königlich Preussischen Regierung zurück gewährt.

§. 62. Die über die an Weimar-Eisenach kommenden Capitalien vorhandenen Documente sind, so weit solche vom Königreiche Sachsen ausgeantwortet, nach Versicherung der Königlich Preussischen Behörden, bereits vollständig abgeliefert worden. Sollten sich jedoch wider Erwarten noch dergleichen Documente in Preussischem Gewahrsam befinden, so sollen selbige auf diesfallsige Reclamation von Seiten der Grossherzoglichen Regierung unverzüglich derselben übergeben werden.

§. 63. Die im Artikel XII, §. 9 und 10 der Hauptconvention zwischen Preussen und Sachsen getroffene Vereinigung wird mit Berücksichtigung der beiden Gebiets-Abtretungstermine des ½ Juni und 1. November 1815, auch auf die Preussische und Weimar-Eisenachische Regierung angewendet.

§. 64. Uebrigens werden alle Ansprüche und Forderungen vorstehender Art, welche beziehungsweise bis zum 5 Juni und 1. November 1815 zwischen den beiderseitigen landesherrlichen Kassen und Behörden entstanden seyn könnten, gänzlich gegen einander aufgehoben. Ueberhaupt sollen die im Artikel XII, §. 11

der gedachten Hauptconvention enthaltenen Bestimmungen wegen der Vorschüsse auf die gegenwärtige Auseinandersetzung Anwendung finden, und es werden die Quittungen und Documente über die hiernach von Preussen an Weimar-Eisenach überlassenen Vorschüsse und Darlehen, in sofern sie von den Königlich Sächsischen Behörden eingeliefert und nicht bereits an die Grossherzogliche Regierung abgegeben worden sind, unverzüglich derselben eingehändigt werden.

§. 65. Sämmtliche rückständige fiscalische Einkünfte mit Einschluss der Proprereste der Einnehmer, der rückständigen, ständischen Bewilligungen und ihrer Reste, werden derjenigen Regierung überlassen, in deren Gebiet sie am 5. Juni und resp. 1. November 1815 ausgestanden. Hiervon sind nur ausgenommen:

a) der Proprerest des vormaligen Rentbeamten zu Arnshaugk mit Ziegenrück, Wollesky. Da derselbe sowohl das Königlich Preussische Amt Ziegenrück, als auch das Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Amt Arnshaugk betrifft, so soll die zu deren theilweiser Deckung vorhandene Caution nach dem Verhältniss der Einkünfte beider Aemter unter beiden Regierungen vertheilt werden.

b) Diejenigen Rückstände, auf die ständischen Bewilligungen zur Unterstützung der allgemeinen Straf- und Versorgungs-Anstalten, welche bei Abtheilung deren Fonds, zwischen der Königlich Preussischen Regierung und der Königlich Sächsischen Regierung bereits mit aufgezeichnet worden sind. Jeder Theil übernimmt für die in seinem Gebiete beziehungsweise am 5. Juni und 1. November 1815 noch unberichtigten Verwaltungsausgaben aller Art und ohne Ausnahme zu haften.

§. 66. In billiger Erwägung, dass die besonderen Verhältnisse, um derentwillen die Königlich Preussische Regierung die eigene Vertretung der, von Beamten und Pächtern des Herzogthums Sachsen zur Königlich Sächsischen Rentkammer baar eingezahlten Cautionen gegen die Caventen nach Artikel XII, §. 15 der Preussisch-Sächsischen Convention übernahm, dieses auch zum Vortheil des Grossherzogthums Weimar-Eisenach erfordern, ist man dahin übereingekommen, dass die Königlich Preussische Regierung die von den Beamten und Pächtern in dem Grossherzoglich Weimarischen Gebietstheilen vor deren erfolgter Abre-

lung zur Königlich Sächsischen Rentkammer eingezahlten baaren Cautionen sowohl, als die in Documenten und Staatspapieren eingelegten, der Grossherzoglichen Regierung vollständig gewähre.

Hierunter sind jedoch die in der Beilage unter III verzeichneten 5,200 Rthlr. baare Erbpacht-Cautionen [4]), welche aus den an Weimar abgetretenen Gebietstheilen an die Königlich Sächsische Rentkammer gezahlt worden, nicht begriffen, indem deren Vertretung von der Grossherzoglichen Regierung übernommen wird.

So viel die von dem Amtsverwalter Wollesky mit 1000 Rthlr. wegen der Aemter Arnshaugk und Ziegenrück bestellte baare Caution betrifft, so gewährt solche Preussen zum Behuf der gemeinschaftlichen Theilung nach Verhältniss der schon ausgemittelten, oder noch auszumittelnden beiderseitigen Ansprüche an den etc. Wollesky.

Nach den angefertigten hier unter IV angefügten Verzeichnissen betragen die zur Königlich Sächsischen Rentkammer eingezahlten baaren Cautionen [5]) mit Einschluss des auf Weimar-Eisenach fallenden Antheils an vorerwähnter Wolleskyscher Caution von 1000 Rthlr. und mit Ausschluss der von dem Amtmann Laurich wegen des Amts Tautenburg zu Frauenpriesnitz bestellten Caution von 500 Rthlr. die Summe von

Siebenzehn Tausend Sieben Hundert fünf und vierzig Thaler zehn Groschen neun Pfennige,

und sie werden nebst rückständigen Zinsen der verzinsbaren von Michael 1818 an gerechnet, der Grossherzoglichen Regierung nachgewährt; dagegen sind als in Staatspapieren und Documenten zur Königlich Sächsischen Rentkammer bestellte Cautionen nach den erwähnten Verzeichnissen unter IV

Zehn Tausend Fünf Hundert und fünf und sechszig Thaler

der Weimar-Eisenachischen Regierung bereits abgeführt worden.

Im Uebrigen bleibt der genannten Regierung die Nachliquidation wegen der Cautionen vorbehalten. So werden auch die zu andern Kassen als der Königlich Sächsischen Rentkammer eingezahlten auch in den Kreisen und Stiften befindlichen Cautionen, soweit sie in das Grossherzoglich Weimar-Eisenachische

Gebiet gehören und sie nicht bereits abgeliefert worden, in den eingelegten Valuten gewährt.

Die auf die Cautionen Bezug habenden Rechnungen und Schriften sollen, wiefern es noch nicht geschehen, der Grossherzoglichen Behörde ausgeantwortet werden.

§. 67. In Betreff der mit einigen Beamten und Pächtern in den an das Grossherzogthum abgetretenen Gebietstheilen bereits Königlich Sächsischer Seits gepflogenen Abrechnungen treten die Bestimmungen des §. 17 des mehrerwähnten Vertrags-Artikels auch für die gegenwärtige Auseinandersetzung in Wirksamkeit, und es entsagt namentlich Weimar-Eisenach allen Ansprüchen wegen der 600 Rthl., welche Sachsen von der Caution des etc. Wollesky inne behalten hat.

§. 68. Die zur Königlich Sächsischen Rentkammer und nachherigen Depositenkasse sowohl baar als in Staatspapieren und anderen Documenten eingelieferten Deposita werden, so weit sie in die an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach abgetretenen Gebietstheile gehören, von der Königlich Preussischen Regierung ebenfalls, sofern es nicht bereits geschehen, in den eingelegten Valuten ohne Ausnahme vollständig gewährt.

Da der von Berlepschische Nachlass von dem Königlich Preussischen Oberlandsgerichte zu Naumburg regulirt wird und die dazu gehörigen Deposita sich daselbst befinden; so hat Preussen selbige allein zu vertreten und die Grossherzogliche Regierung wird den Preussischen Behörden den Kammerschein über 6,585 Rthl. 9 Gr. Berlepschisches Depositum einhändigen.

Hiernach sind als zur Rentkammer oder nachherigen Depositenkasse geflossene baare Deposita, die in der angefügten Nachweisung unter V verzeichneten

Sieben Tausend Ein Hundert fünf und zwanzig Thaler 6 Gr. 9 Pf. einschliesslich zwei Thaler 16 Gr. 10 Pf. Aufgeld von 36 Rthl. in Gold,

und einschliesslich eines bei dem Justiz-Amte Wendelstein asservirten für Johann Christoph Thieme in Willerstädt reclamirten Depositum von 50 Rthlr. Königlich Preussischer Seits an das Grossherzogthum zu gewähren [h]). Dagegen sind die in das Grossherzogliche Gebiet gehörigen, in Staatspapieren und Dos-

menten zur Rentkammer oder Depositenkasse eingelieferten in der erwähnten Beilage V verzeichneten Depositа an

Viertausend siebenhundert fünf und vierzig Thaler

bis auf 32 Rthl. 12 Gr. bei dem Amte Naumburg, ingleichen, so viel bekannt, die bei Provinzial- und Unterbehörden befindlichen, in Baarschaft oder Documenten bestehenden Depositа bereits an das Grossherzogthum abgeliefert worden.

Sollten in das Grossherzogliche Gebiet gehörige Depositа etwa noch nachträglich aufgefunden werden, so verspricht Preussen deren Vertretung, soviel aber die zur Königlich Sächsischen Rentkammer oder Finanz-Hauptkasse eingelieferten baaren Depositа betrifft, nur für den Fall, dass solche noch innerhalb der nach Artikel XII, §. 18 c. der Hauptconvention von Preussen zur Deckung übernommenen 5000 Rthl. liegen sollten. Entgegengesetzten Falls, da, wo das Königreich Sachsen solche zu vertreten hat, wird Preussen seine Verwendung bei der Königlich Sächsischen Regierung, zu Gunsten Weimar-Eisenachs eintreten lassen.

§. 69. Die Auseinandersetzung und Berechnung, Hinsichts der einzelnen Gegenstände und Posten, welche ausser den im gegenwärtigen Artikel namentlich erwähnten, noch weiter unter die Bestimmungen desselben fallen, — insbesondere wegen der denselben entgegenlaufenden, nach dem festgesetzten Uebergabetermine vom 5. Juni und 1. November 1815, in Beziehung auf das gegenseitige Gebiet noch Statt gefundenen fiscalischen Einnahmen und Ausgaben, welche gegenseitig zu erstatten sind, — bleibt den beiderseitigen Verwaltungsbehörden vorbehalten.

Artikel XI.

Die Militair- und Kriegskassen-Angelegenheiten betreffend.

§. 70. Nach Analogie der §. 60 und 61 des vorhergehenden Artikels, verbleiben auch die Militairvorräthe, Effecten und Kassenbestände derjenigen Regierung ohne Nachrechnung, in deren Gebiete solche am 5. Juni oder 1. November 1815 sich befunden haben. Ausserdem entsagt die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung allen Ansprüchen, welche sie auf den Grund der zwischen den Königreichen Preussen und Sachsen, in Folge und in Gemässheit des Tractats vom 18. Mai Artikel VI

und VIII geschehenen Abtheilung der Sächsischen Armee, auf Artillerie und Kriegsvorräthe, Regiments- und Compagnickassen u. s. w. irgend noch erheben könnte.

§. 71. Die aus der Königlich Sächsischen General-Kriegskasse an landesherrliche Kassen, oder an Kreise, Districte oder Behörden des Herzogthums etwa geleisteten Vorschüsse, auf welche das Königreich Sachsen nach Artikel XIII, §. 2 des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrags zu Gunsten des Herzogthums verzichtet hat, folgen den Kassen, Kreisen, Districten oder Behörden, denen sie geleistet worden.

§. 72. Von den Schulden der Sächsischen General-Kriegskasse übernimmt die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung die Berichtigung der Forderungen der Unterthanen ihres Landestheils für die in dem vorerwähnten Vertragsartikel §. 3 sub a. bis mit h. namhaft gemachten Gegenstände in derselben Art, wie dies Seitens der Königlich Preussischen Regierung, in Beziehung auf das Herzogthum geschehen ist.

§. 73. Die Königlich Preussische Regierung entsagt allen Ansprüchen an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach, Hinsichts dessen Theilnahme an der Befriedigung der, wegen des Festungsbaues zu Torgau und Wittenberg bereits angemeldeten oder künftig noch zur Sprache kommenden Forderungen, welche, ohne Unterschied, die Königlich Preussische Regierung vertreten wird.

§. 74. Sollten nach §. 5 des mehrerwähnten Vertragsartikels noch Vertretungen wegen der von fremden Staaten gegen das Königreich Sachsen erhobenen oder vielleicht künftig noch zu erhebenden Ansprüche für Verpflegung Sächsischer Militairs von und mit dem Jahre 1806 bis zum 5. Juni und 1. November 1815 erwachsen, so wird die Königlich Preussische Regierung dieselben allein und ohne Mitverpflichtung der Grossherzoglichen Regierung vertreten.

§. 75. Es entsagt die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung den Forderungen für die Verpflegung Preussischer Truppen in den vormals Sächsischen Gebietstheilen, während der Jahre 1805 und 1806, wobei jedoch auch die Königlich Preussische Regierung die gegen Sachsen, wegen Verpflegung Königlich Sächsischer Truppen in den Rheinprovinzen in Anre-

gung gebrachten Ansprüche, in soweit sie gegen Weimar-Eisenach gerichtet werden könnten, hierdurch aufgiebt.

§. 76. Hinsichts der Abrechnung mit den vormals Königlich Sächsischen Militairs und deren Erben, wegen der ihnen oder ihren Erblassern zustehenden Ansprüche, innebehaltenen Tractamentsgebührnisse und dergleichen, kommen dieselben Grundsätze in Anwendung, welche in dieser Beziehung in den §§. 6 und 7 des allegirten Vertrags-Artikels festgestellt worden sind.

§. 77. Wegen der Trauscheingelder-Kasse hat man sich gegenseitig dahin vereinigt, dass die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung nach Massgabe der desshalb gepflogenen Berechnung

79 Rthl.	8 Gr.	8 Pf.		in zweiprocentigen Kammercredit-Kassenscheinen nebst Zinsen;
8 -	14 -	5 -		in unzinsbaren dergleichen Scheinen;
164 -	18 -	— -		baar, einschliesslich der vorgedachten Zinsen bis Ostern 1826;
252 Rthl.	17 Gr.	1 Pf.		Summa Zweihundert zwei und fünfzig Thaler 17 Gr. 1 Pf.

von Preussen empfängt.

§. 78. Die wegen Cautionen der Militair-Rechnungsführer von der Grossherzoglichen Regierung etwa zu erhebenden Ansprüche, werden nach den Bestimmungen des §. 10 des mehrerwähnten XIII. Vertrags-Artikels beurtheilt.

Artikel XII.

Die Pensionen und Wartegelder betreffend.

§. 79. In Betreff der Pensionen, Wartegelder und ähnlichen Bewilligungen werden die Bestimmungen des Artikels XIV des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrages vom 28. August 1819 auch zwischen der Königlich Preussischen und Grossherzoglichen Regierung angewendet. Letztere übernimmt dem gemäss die Befriedigung derjenigen Pensionairs, Wartegelder oder irgend eine andere Unterstützung dieser Art geniessenden Individuen vom Civil- und Militairstande, welche am 5. Juni und resp. 1. November 1815 in den jetzt Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Gebietstheilen ihren wesentlichen Wohnsitz hatten. Zugleich wird hiermit ausdrücklich festgesetzt, dass die seitdem

erfolgte, oder in Zukunft noch erfolgende Verlegung des Wohnsitzes der in Rede stehenden Genussberechtigten in das Gebiet der andern Regierung, auf diese allgemeine Bestimmung von keinem Einfluss ist, und die ihnen zugesicherten Unterstützungen, aus diesem Grunde, ihnen weder erschwert, noch entzogen werden sollen. Was auf die hiernach von der einen Regierung zu vertretenden Gebührnisse von einer Kasse der andern Regierung gezahlt worden ist, soll gegenseitig baar erstattet werden.

Artikel XIII.

Ständische und ritterschaftliche Kassen betreffend.

§. 80. Was die unter den Bestimmungen der vorhergehenden Artikel nicht mitbegriffenen ständischen und ritterschaftlichen Kassen des Thüringischen und Neustädtischen Kreises wie des Stifts Naumburg-Zeitz anlangt, so wird die Abtheilung der Bestände dieser Kassen und die Auseinandersetzung wegen ihrer Rückstände, so wie der übrigen auf den ständischen Verbindungen in diesen Kreisen beruhenden Verhältnisse, in derselben Art durch, von den beiderseitigen Regierungen dazu ernannte ständische Deputirte bewirkt, wie diess durch Artikel XV der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention für Preussen und Sachsen bestimmt worden ist, jedoch mit Wegfall der Beschränkung wegen der bis zum 3. Juni 1818 nicht erfolgten Einigung. Die von diesen ständischen Deputirten abzuschliessenden Conventionen sollen, nachdem sie die Genehmigung der beiderseitigen Regierungen erhalten, dieselbe Kraft und Wirksamkeit haben, als wenn sie dem gegenwärtigen Vertrage wörtlich einverleibt wären.

Artikel XIV.

Brandkasse und Brandversicherungs-Institute betreffend.

§. 81. a) Bei Abtheilung der Brandkasse und der Brandversicherungs-Institute werden im Allgemeinen die nämlichen Grundsätze befolgt, welche bei der Auseinandersetzung zwischen Preussen und Sachsen wegen dieser Gegenstände in Anwendung gebracht worden sind.

§. 81. b) Die Antheile des Herzogthums Sachsen an den, unter dem gemeinschaftlichen Namen der alten Brandkasse begriffenen, den resp. Immobilar- und Mobilar-Brandkassen ge-

hörenden Capitalien und Beständen, werden nach dem Verhältniss der gesammten Beiträge oder der damit übereinstimmenden gesammten Assecuranzsumme der resp. Königlich Preussischen und Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Gebietstheile, auf beide Regierungen repartirt. Hiernach werden

§. 82. a) die Activa der Immobiliar-Brandkasse
zu $\frac{950}{1000}$ Theile für Preussen, und
$\frac{50}{1000}$ Theile für Weimar-Eisenach, und
b) die Activa der Mobiliar-Brandkasse
zu $\frac{903}{1000}$ Theile für Preussen, und
$\frac{97}{1000}$ Theile für Weimar-Eisenach

abgetheilt.

§. 83. Nach diesen resp. Verhältnissen und den desshalb angefertigten und von den beiderseitigen Bevollmächtigten als richtig anerkannten Berechnungen, erhält das Grossherzogthum von dem Vermögen der alten Brandkasse die Summe von

Zwei Tausend Neun Hundert und neunzehn Thaler 4 Gr. — Pf.

nämlich:

840	Rthl.	2	Gr.	9	Pf.	an vier und ein halbprocentigen Hypotheken-Capitalien,
193	-	20	-	11	-	an dreiprocentigen Steuercredit-Kassenscheinen,
161	-	13	-	5	-	an dergleichen Kammercredit-Kassenscheinen,
840	-	2	-	9	-	an zweiprocentigen dergleichen Scheinen,
883	-	12	-	2	-	baar mit Zinsen von obigen Capitalien, hier bis Ostern 1826 gerechnet und von da an vorbehalten.
2,919	Rthl.	4	Gr.	—	Pf.	Summe, wie oben.

§. 84. Bei der Auseinandersetzung wegen des Immobiliar-Brandversicherungs-Instituts sind diejenigen Beträge in Ansatz gebracht worden, welche Grossherzogliche Orte seit Michaelis 1814 sowohl aus Königlich Preussischen, als aus Königlich Sächsischen Kassen erhalten haben, da die letztgenannten Zahlungen von Preussen gegen Sachsen vertreten worden sind. Hiernach hat die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung die Summe von

2,783 Rthl. 19 Gr. 4 Pf. Zwei Tausend Sieben Hundert drei und achtzig Thaler 19 Gr. 4 Pf. baar an Preussen herauszahlen.

§. 85. Für die Abtheilung des Mobiliar-Brandversicherungs-Instituts ist das Verhältniss aus der Summe der Neujahr 1816 in beiden resp. Landestheilen rückständig gewesenen Mobiliar-Brandschäden-Vergütungen

auf $\frac{8814}{10000}$ Theile für Preussen, und
auf $\frac{1186}{10000}$ Theile für Weimar-Eisenach

berechnet und sowohl das Activum dieses Instituts, als auch die, nach Artikel XVII, §. 4 der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819 von Preussen an Sachsen gewährte Vergütigung von 2000 Rthl. in Kammercredit-Kassenscheinen à 2% abgetheilt worden. Da auch bei diesem Institute mehrere Brandschäden-Vergütungen an Grossherzogliche Orte nach dem zum Abtheilungstermine angenommenen 1. Januar 1816, sowohl aus Preussischen als Sächsischen Kassen vorschussweise geleistet und letztere von Preussen gegen Sachsen vertreten worden sind; so hat das Grossherzogthum in Gemässheit gepflogener Berechnung die Summe von

Zwei Tausend Zwei Hundert neun und dreissig Thaler 16 Gr. 3 Pf. nämlich:

1,887 Rthl. 16 Gr. 3 Pf. baar, einschliesslich der Zinsen von dem zinsbaren Antheile bis Ostern 1826.
332 " — " — " an zweiprocentigen Kammercredit-Kassenscheinen

2,239 Rthl. 16 Gr. 3 Pf. Summa, wie oben,

an die Königlich Preussische Regierung zu berichtigen.

§. 86. Nach erfolgter gegenseitiger Gewährung der vorgenannten resp. Zahlungsverbindlichkeiten entsagen beide Regierungen für sich und ihre Unterthanen allen gegenseitig an deren Brandversicherungs-Institute zu machenden Ansprüchen.

Artikel XV.

Die Fonds der Hülfs- und Wiederherstellungs-Commission betreffend.

§. 87. Wegen der Fonds der Hülfs- und Wiederherstellungs-Commission finden die Bestimmungen des Artikels XVII

des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrages vom 28. August 1819 auch hier Anwendung, und es bleiben daher jeder Regierung diejenigen Berechnungsposten, Vorschüsse, Bestände, Capitalien und Pfänder zur eigenen Disposition und Einziehung überlassen, welche für die Unterthanen des einen oder des andern Landestheiles verwendet worden sind, und in letzterem am 5. Juni und resp. 1. November 1815 ausserstanden oder in dasigen Kassen befindlich waren. Die darüber sprechenden Documente und Beweise, sammt den von Behörden oder Individuen der Eingangs benannten Commission eingereichten Rechnungen werden, insofern sie die Grossherzoglichen Gebietstheile betreffen und von Sachsen an Preussen ausgeliefert worden sind an die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung abgegeben.

§. 88. In Betreff der von dem Herzogthum Sachsen zur Vertretung übernommenen rückständigen Regiekosten der in Rede stehenden Commission hat man sich dahin vereinigt, dass solche von der Königlich Preussischen Regierung allein vertreten werden, und es wird daher das Grossherzogthum Weimar-Eisenach aller diessfallsigen Verbindlichkeiten entbunden.

Artikel XVI.

Hebammen-Fonds.

§. 89. Die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung verzichtet auf das dem Hebammeninstitut zu Wittenberg ausschliessend zugehörige Vermögen, ingleichen auf die bis zum 5. Juni 1815 für dasselbe aus dem allgemeinen Fonds verwendeten Summen, nicht minder auf das von dem allgemeinen Fonds auf das Herzogthum Sachsen gekommene Aversional-Quantum von 12,000 Thalern.

Artikel XVII.

Das Soldatenknaben-Institut zu Annaberg betreffend.

§. 90. Die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung entsagt den Ansprüchen an die Fonds des Soldatenknaben-Instituts zu Annaberg, und die am 5. Juni 1815 bei demselben befindlichen etwanigen Natural- und sonstigen Kassenbestände. Von den aus dem von Unruhschen Legatencapital dem Herzogthum zugefallenen 1,000 Thalern soll jedoch das Grossher-

zogthum einen nach der Volkszahl berechneten Antheil von 52 Rthl. 20 Gr. — nebst Zinsen à 4 Procent, vom 1. Juli 1815 ab, welche letztere bis Ostern 1826 22 Rthl. 20 Gr. 10 Pf. betragen, also in Summe 75 Rthl. 16 Gr. 10 Pf. — Fünf und siebenzig Thaler 16 Gr. 10 Pf. — erhalten. Für die nach den Grundsätzen, welche in gleicher Hinsicht zwischen Preussen und Sachsen festgesetzt worden, in die Grossherzoglichen Gebietstheile gehörigen, seit dem 1. Juni und resp. 1. November 1815 in diesem Institut etwa verpflegten Soldatenknaben, bezahlt die Grossherzogliche Regierung auf die Dauer dieser Verpflegung, für jeden Kopf täglich 4 Gr. 3 Pf. oder jährlich 65 Thaler, und wird die diessfallsige Liquidation Königlich Preussischer Seits vorbehalten.

Artikel XVIII.

Die Straf- und Versorgungs-Anstalten betreffend.

In Ansehung der allgemeinen Straf- und Versorgungs-, Irren-, Waisen- und Land-Arbeits-Anstalten, deren Fonds, Bestände und sonst hier in Frage kommenden Verhältnisse, wird nach Anleitung des Artikel XXI des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrags vom 28. August 1819, und auf den Grund der deshalb stattgefundenen Ermittelungen, Folgendes hierdurch festgesetzt.

§. 91. Die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung entsagt allen Ansprüchen an die in dem Königlich Preussischen Gebietstheile liegenden Anstalten dieser Art, die Strafanstalt zu Lichtenberg und das Waisenhaus zu Langendorf, und an das einer jeden derselben zugehörige besondere Vermögen.

§. 92. Die am 5. Juni und resp. 1. November 1815 ausstehengestandenen Reste jeder Art verbleiben demjenigen Landestheile, in welchem sie an den gedachten Tagen ausgestanden, so wie die etwanigen Propre-Reste der Lotterie-Collecteurs dem Landestheile, in welchem sie damals wohnhaft gewesen.

§. 93. Die dem Herzogthum Sachsen nach Artikel XXI, §§. 3, 8 und 12, 13 des Preussisch-Sächsischen Hauptvertrages, und dessen Beilage unter dem Zeichen ⊙. überwiesenen Antheile an der Armenhaus- und Landarbeitshaus-Hauptkasse und dem s. g. Unterstützungsfonds, werden nach dem Verhältniss der

preussischen und resp. Weimar-Eisenachischen Seelenzahl in den alt-erbländischen Kreisen vertheilt. Dieses Verhältniss ist:

a) in Betreff der durch den Staatsvertrag vom 1. Juni 1815 an das Grossherzogthum abgetretenen Landestheile
auf $\frac{9895}{10000}$ für Preussen und
$\frac{105}{10000}$ für Weimar-Eisenach, und

b) in Betreff der durch die Convention vom 22. September 1815 abgetretenen Districte
auf $\frac{9053}{10000}$ für Preussen und
$\frac{947}{10000}$ für Weimar-Eisenach

ermittelt worden. Hiernach erhält das Grossherzogthum Weimar-Eisenach

a) von dem sichern Vermögen die Summe von Zehn Tausend Vier Hundert und dreissig Thalern 1 Gr. 11 Pf. nebst Zinsen von dem zinsbaren Vermögens-Antheile vom 5. Juni und resp. 1. November 1815 an, in folgenden Valuten:

1,785	Rthl.	18	Gr.	10	Pf.	in fünfprocentigen Hypotheken-Capitalien,
2,500	-	22	-	6	-	in vierprocentigen dergleichen,
281	-	8	-	7	-	in dreiprocentigen Steuercredit-Scheinen,
244	-	21	-	2	-	in dreiprocentigen Kammercredit-Kassenscheinen,
104	-	4	-	11	-	in zweiprocentigen dergleichen Scheinen,
992	-	18	-	5	-	in unzinsbaren dergleichen Scheinen,
4,520	-	3	-	6	-	baar
10,430	Rthl.	1	Gr.	11	Pf.	wie oben. Hierzu
2,121	-	2	-	6	-	Zinsen bis Ostern 1826 gerechnet,
12,551	Rthl.	4	Gr.	5	Pf.	Summe.

b) von dem unsichern Vermögen bestehend in

48,000	Rthl.	—	Gr.	—	Pf. Capitalien,
15,664	-	12	-	4	- Zinsresten,
63,654	Rthl.	12	Gr.	4	Pf. überhaupt

einen von dem was darauf eingehen wird, nach obigem Verhältniss zu berechnenden Antheil.

§. 94. Da der Verpflegungs-Aufwand, für die, nach dem 5. Juni 1815 in den Sächsischen Straf-, Versorgungs-, Irren-

und Arbeits-Anstalten noch befindlich gewesenen, in das Grossherzogthum Weimar-Eisenach gehörigen Individuen, nach den durch den mehrerwähnten Hauptvertrag verglichenen Sätzen von resp. 120 Rthl., 90 Rthl. und 72 Rthl. von Preussen vollständig an Sachsen vergütet worden ist; so ist sowohl in Betreff dieser Kosten, als des, durch den Aufenthalt Weimar-Eisenachischer Individuen in den Preussischen Anstalten zu Lichtenberg und Langendorf verursachten Aufwandes, und endlich auch wegen der Uebernahme- und Transportkosten der an Weimar-Eisenach abgegebenen Personen, mit Berücksichtigung der zwei verschiedenen Gebiets-Abtretungstermine des 5. Juni und 1. November 1815, Berechnung gepflogen und hierbei die Frage, welche Individuen in das Weimar-Eisenachische Gebiet gehören, nach den zwischen Preussen und Sachsen diesfalls angewendeten Grundsätzen beurtheilt worden. In Gemässheit dieser hierdurch genehmigten Berechnung hat die Grossherzogliche Regierung die Summe

von Zwei Tausend Ein Hundert neun und dreissig Thaler 16 Gr. an die Königlich Preussische Regierung zu erstatten.

§. 95. Nach Berichtigung der vorerwähnten, gegenseitigen Forderungen verzichten beide Regierungen auf alle, wegen der mehrgedachten Anstalten, ihrer Fonds, Nutzungen u. s. w. zu machenden Ansprüche.

Artikel XIX.

Fromme Stiftungen und Unterrichts-Anstalten insgemein.

§. 96. In Ansehung der frommen Stiftungen und Unterrichts-Anstalten erstreckt sich die gegenwärtige Auseinandersetzung nur auf diejenigen, welche durch die Hauptconvention vom 28. August 1819 Artikel XXII bis mit XXVIII auf den Grund der daselbst angezogenen Specialconvention vom 27. Juli 1817 zwischen den Königreichen Preussen und Sachsen namentlich auseinander gesetzt worden sind. Alle andern und insbesondere diejenigen, welche nach Massgabe der erwähnten Hauptconvention Artikel XXII, §. 1 zwischen der Königlich Preussischen und Königlich Sächsischen Regierung zur besonderen Auseinandersetzung vorbehalten geblieben und zu denen unter andern auch die Wittwen- und Waisen-Versorgungskasse für das Fürst-

und Jagdpersonal gehört, bleiben, in soweit die an das Grossherzogthum abgetretenen vormals Sächsischen Districte daran betheiligt sind, gleicherweise zwischen der Königlich Preussischen und der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung zur künftigen Auseinandersetzung, nach den durch die vorerwähnte Specialconvention festgestellten allgemeinen Grundsätzen und der späteren, zwischen Preussen und Sachsen, in Bezug auf diese Stiftungen getroffenen, Vereinbarungen vorbehalten.

§. 97. Es entsagt die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung den an das Vermögen der Universität Wittenberg erhobenen Ansprüchen, vorbehältlich der hiervon unterschiedenen Stipendienstiftungen, welche zu den zwischen Preussen und Sachsen zur Auseinandersetzung vorbehaltenen Stiftungen gehören. In wieweit dieselben für Landessöhne des gesammten Herzogthums Sachsen oder der an das Grossherzogthum abgetretenen Gebietstheile oder für Familien, deren Glieder sich in diesen Gebietstheilen befinden, bestimmt seyn sollten, in sofern bleibt die Auseinandersetzung derselben auch zwischen der Königlich Preussischen und Grossherzoglich Sächsischen Regierung vorbehalten. Die letztere entsagt namentlich auch dem, nach Artikel XXIV, §§. 1 und 2 des Hauptvertrages unter dem Namen der Freibergschen Accession der Universität Wittenberg ausgeworfenen Antheil an dem Vermögen des Jungfrauenklosters St. Jacob zu Freiberg und dem nach Artikel XXV sub 8 auf sie repartirten Antheil an der sogenannten Ständischen Pensions- und Gratificationskasse; dagegen entsagt die Königlich Preussische Regierung allen Ansprüchen an das Grossherzogthum wegen der auf die Dienstgeschirrgelder der Ballei Thüringen gewiesenen Stipendiengelder.

§. 98. In Ansehung der von Privatcollatoren abhängigen Stipendien und Convictstellen, deren Genuss, vermöge der Stiftung, namentlich auf der Universität zu Wittenberg, oder nach deren erfolgter Vereinigung mit der Universität zu Halle, daselbst Statt finden soll, sowie in Ansehung der von Privatcollatoren anhängigen Freistellen auf der Schule Pforta, sollen den Landessöhnen aus den an das Grossherzogthum abgetretenen, vormals Königlich Sächsischen Gebietstheilen, die gleichen Genussrechte;

wie den Landessöhnen aus dem Königlich Preussischen Herzogthum Sachsen ungeschmälert verbleiben.

§. 99. Es bestehen die Collatur- und übrigen Privatrechte, welche etwa Corporationen, Gemeinden, Gütern und Personen, in den an Weimar-Eisenach abgetretenen Sächsischen Gebietstheilen, in Beziehung auf Benefizien irgend einer Art, zustehen, z. B. den Familien von Marschall und von Wolfersdorf, in Rücksicht Pfortaischer Freistellen, fortwährend ungekränkt Dergleichen Collaturberechtigte sollen an der Ausübung ihrer Befugniss, wie überhaupt so insbesondere zum Besten Grossherzoglich Weimar-Eisenachischer Landessöhne, auf keine Weise behindert werden.

§. 100. Bei Abtheilung des Stiftungsfonds sollen

a) fortdauernde Leistungen und Bezüge aus demselben nach fünf Procent,

b) temporäre Bezüge hingegen nach zehn Procent zu Capital berechnet, und

c) von dem sogenannten unsichern Vermögen, d. h. solchem, welches sich im Concurs befindet, die Capitalien mit zehn Procent Abzug, und die Zinsen mit fünfzig Procent Abzug gewährt, und zwar letztere bis zum Michaelistermine 1819 berechnet werden.

Artikel XX.

Die Deutsch-Ordensgüter betreffend.

§. 101. Da die zum Complex der vormaligen Ballei Thüringen gehörig gewesenen Commende-Güter Zwätzen, Lehsten und Liebstädt, nach Artikel III des Staatsvertrages vom 1. Juni 1815, der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung in der Qualität als Domainen überlassen worden sind, so übernimmt die Königlich Preussische Regierung die alleinige Entschädigung derjenigen Unterrichtsanstalten, denen die Ballei Thüringen und das zur vormaligen Ballei Hessen gehörig gewesene Commende-Gut Griffstädt durch Verfügung Sr. Majestät des Königs von Sachsen überwiesen worden ist. Dagegen hat die Grossherzogliche Regierung sämmtliche Schulden und Lasten, welche, von jener Stiftung unabhängig, auf den Eingangs erwähnten Gütern zur Zeit ihrer Abtretung hafteten und auf jeden Besitzer rechtlich übergehen, mit alleiniger Ausnahme der in

origen Artikel XX, §. 97 gedachten, auf die Dienstgeschirrgelder er Ballei Thüringen gewiesenen Stipendiengelder, antheilig zu ertreten. Zu diesen antheilig von Weimar zu übernehmenden chulden und Lasten gehören namentlich:

a) die auf der Ballei Thüringen mit Hypothek oder einem ast auf jeden Besitzer übergehenden Recht haftenden Schulden, it den davon seit dem 5. Juni 1815 bereits fällig gewordenen der noch werdenden Zinsen;

b) die, vermöge des zwischen mehreren Höfen des vormaigen Rheinbundes unterm 18. Mai 1815 zu Mergentheim abgechlossenen Vertrages, auf die an das Königreich Sachsen gekommenen Deutsch-Ordensgüter gewiesenen, aus dem Verhältiss derselben zum vormaligen Hoch- und Deutschmeisterthum n Mergentheim herrührenden Centfal-Lasten und Competenzen ormaliger Ordensglieder; und

c) die an einige Balleibeamte und Diener auf deren Lebensit zu bezahlenden, auf den Complex der genannten Güter geiesenen Pensionen.

§. 102. Das Verhältniss, nach welchem das Grossherzogthum Weimar-Eisenach zu den sub a — c des vorstehenden §. ufgeführten Schulden und Lasten beizutragen hat, ist nach dem 'erhältniss dieser Güter, wie solche von den Preussischen und ächsischen Ausgleichungscommissionen ermittelt, und der diesälligen Auseinandersetzung zu Grunde gelegt worden sind, erechnet worden. Hiernach hat die Grossherzogliche Regierung

a) in Betreff der, auf der Gesammtmasse der erwähnten rdensgüter haftenden Lasten, nach dem Verhältniss von $\frac{681\frac{1}{2}}{10000}$ Theile und

b) in Betreff der auf der Ballei Thüringen allein haftenden ach $\frac{6133}{10000}$ Theile beizutragen.

§. 103. Auf den Grund der in den vorhergehenden §§. entaltenen Bestimmungen und in Folge der deshalb getroffenen 'ereinigung ist man zur Vereinfachung der Auseinandersetzung, egen dieser Schulden und Lasten, über Folgendes übereingekommen:

a) die Grossherzogliche Regierung übernimmt das auf dem omplex der vormaligen Ballei Thüringen hypothekarisch hafnde s. g. Elzische Schuldencapital von 2,500 Rthl. à 4 Procent

jährlicher Verzinsung, vom 1. Juni 1815 an, zur dießigen Vertretung, und wird wegen des bei Preussen verbliebenen, unter obigem Complex mit begriffenen Gutes Nägelstädt, Königlich Preussischer Seits, durch Gewährung eines Capitals von 816 Rthl. 6 Gr. und der Zinsen zu 4 Procent vom 1. Juni 1815 ab, also, diese bis Ostern 1826 berechnet, mit 353 Rthl. 16 Gr. 11 Pf. überhaupt, demnach durch Zahlung eines Betrags von 1,169 Rthl. 22 Gr. 11 Pf. Eintausend Einhundert neun und sechszig Thaler 22 Gr. 11 Pf. entschädigt; wogegen die Grossherzogliche Regierung die aus Preussischen Kassen seit jener Zeit vorschussweise bezahlten Zinsen an Preussen restituirt;

b) die Königlich Preussische Regierung übernimmt die Zahlung der dem vormaligen Comthur Freiherrn Zweyer von Evenbach, auf dessen Lebenszeit gebührenden, auf dem Complex der vormaligen Ballei Thüringen haftenden Pension von jährlich 74 Rthl. 1 Gr. 5 Pf. und wird für den davon auf das Grossherzogthum fallenden Antheil, durch Gewährung eines Capitals von . . . . . 498 Rthl. 18 Gr. 10 Pf.
und der seit dem 1. Juni 1815 bis Ostern
1826 davon fallenden Zinsen à 5 Procent 270 - 3 - 8 -
überhaupt durch Zahlung von 768 Rthl. 22 Gr. 6 Pf.
Siebenhundert acht und sechszig Thaler 22 Gr. 6 Pf. baar entschädigt;

c) wegen der von Preussen an den vormaligen Ballei-Secretair Riemschneider, bis zu dessen Ableben, gezahlten Pension, zahlt das Grossherzogthum seinen diesfallsigen Beitrag baar mit 297 Rthl. 16 Gr. Zweihundert sieben und neunz Thaler 16 Gr. Was dagegen die auf den an das Grossherzogth abgetretenen vormaligen Commendegütern Zwätzen, Lehst und Liebstädt speciell haftenden Schulden, Lasten, Pensione Unterstützungen an Geistliche und Schullehrer u. s. w. betri so wird deren Berichtigung von der Grossherzoglichen Regieru allein übernommen.

§. 104. Beide Regierungen werden sich dasjenige erstatt was obigen Bestimmungen entgegen, wechselseitig bereits bezah worden. Sollten sich ausser den besonders genannten Schul der vormaligen Ballei Thüringen noch andere finden, welche 1. Juni 1815 darauf hafteten und nach obigen Bestimmu

lem Grossherzogthum zur Last fallen; so bleibt die desfallsige Auseinandersetzung den Verwaltungsbehörden vorbehalten.

§. 105. Da die Auseinandersetzung der in Rede stehenden Ordensgüter mit den Allodialerben des letzten Comthurs Freiherrn von Berlepsch, noch nicht definitiv erfolgt ist, so verpflichtet sich die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung, deren etwanige Ansprüche an solche Gegenstände, welche mit den gedachten Gütern in ihren fiscalischen Besitz übergegangen sind, gegen die genannten Erben zu vertreten. So wie jedoch der Grossherzoglichen Regierung alle hiergegen Statt findende Exceptionen vorbehalten worden, so wird auch die Königlich Preussische Regierung die hierzu nöthigen Beweis- und Vertheidigungsmittel, insofern sie solche besitzt, ausliefern. In Ansehung der von einigen Beamten und Pächtern der an Weimar-Eisenach abgetretenen vormaligen Ordensgüter bestellten Cautionen, bleibt es den Cautionsstellern überlassen, sich entweder mit den von Berlepschischen Allodialerben, oder mit der Grossherzoglichen Regierung, welche, in sofern Erstere nicht zu deren Vertretung für schuldig erkannt werden sollten, solche übernimmt, auseinanderzusetzen und soll jeden Falls Preussen deshalb auf keine Weise in Anspruch genommen werden.

Artikel XXI.

Procuratur Meissen.

§. 106. An dem, durch die Preussisch-Sächsische Hauptconvention vom 28. August 1819 Artikel XXIV unter 3. auf das Herzogthum Sachsen gekommenen Vermögen der Procuratur Meissen, nimmt das Grossherzogthum Weimar-Eisenach nach capitalmässiger Deckung der bleibenden Bezüge mit 5 Procent und der temporären Bezüge mit 10 Procent in dem Bevölkerungsverhältnisse der daran theilhabenden Kreise und Aemter Theil, welches einen Abtheilungs-Massstab für dasselbe von 0,0230 Zweihundert dreissig Zehntausendtheilen gewährt und hat hiernach

a) 1,649 Rthl. 8 Gr. 6 Pf. sicheres Vermögen incl. Zinsen als mit Ostern 1826 zu empfangen und zwar:

11 Rthl. 15 Gr. 8 Pf. fünfprocentige Hypotheken-Capitalien,
79 - 18 - 9 - vierprocentige dergleichen,

31 Rthl.	4 Gr.	— Pf.		dreiprocentige Hypotheken-Capitalien,
188 -	8 -	5 -		dreiprocentige Steuercreditscheine,
6 -	20 -	7 -		dreiprocentige Kammercredit-Kassenscheine,
122 -	19 -	— -		zweiprocentige dergleichen,
508 -	18 -	1 -		baar, einschliesslich Zinsen bis Ostern 1826.

Summe wie oben. Eintausend Sechshundert neun und vierzig Thaler 8 Gr. 6 Pf. Die seit dem 1. April 1826 an laufenden Zinsen werden der Grossherzoglich Sächsischen Regierung vorbehalten.

b) Unsicheres Vermögen:

An Capital . . . . . 47 Rthl. 20 Gr. 2 Pf.
An Zinsrückständen bis
Michaelis 1819 . . . 10 - 14 - 4 -
Summe 58 Rthl. 10 Gr. 6 Pf.

Artikel XXII.

Landschule Pforta und daher rührende Fonds.

§. 107. Die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung entsagt den, auf das Vermögen der Schule Pforta überhaupt und der Schul-Pfortaischen Stiftung insbesondere, deren etwaige Ueberschüsse oder aus diesen gebildete Fonds, erhobenen Ansprüchen, wogegen die Königlich Preussische Regierung auch auf jeden Beitrag des Grossherzogthums, sowohl wegen des sogenannten Pfortaischen Reluitions-Zinsenfonds, als auch wegen der, bezüglich auf die Pfortaischen Fonds, von Preussen gegen Sachsen übernommenen Verpflichtungen, insbesondere wegen der zur Entschädigung für die aufgegebenen Bezüge aus der Schul-Pfortaischen Stiftung gewährten Aversums von 10,000 Rthl. in landschaftlichen Obligationen Verzicht leistet. Die der Landschule Pforta zustehende Gerichtsbarkeit über das an Weimar-Eisenach abgetretene Dorf Darnstädt, nebst Zinsen, Lehnen, Frohnen und übrigen Gerechtsamen, auch den zeither von der Grossherzoglichen Regierung bezogenen Nutzungen und den Rückständen, wird dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach überlassen und die Königlich Preussische Regierung übernimmt

es, die Landschule Pforta für diesen Verlust aus eigenen Mitteln zu entschädigen.

Artikel XXIII.

Procuratur Zeitz. Schlosskirchen-Cimbel- und Procuratur-Almosenkasse daselbst.

§. 108. Von der Procuratur der Schlosskirchen-Cimbel- und der Procuratur-Almosenkasse zu Zeitz werden die nach capitalmässiger Deckung der darauf ruhenden bleibenden und temporären Leistungen, nach Artikel XXVI der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819, bei dem Herzogthum Sachsen gebliebenen Vermögens-Antheile nach dem Bevölkerungsverhältnisse des an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach abgetretenen Dorfes Lachstedt zu dem Stifte Naumburg-Zeitz, getheilt, wornach sich ein Theilungsmassstab von 0,0025, fünf und zwanzig Zehntausendtheilen bestimmt.

Das Grossherzogthum empfängt hiernach von dem Königreiche Preussen:

I. von der Procuratur Zeitz

A. Vierhundert drei und neunzig Thaler 12 Gr. 6 Pf. sicheres Vermögen, einschliesslich und resp. vorbehältlich der Zinsen von dem zinsbaren Antheil vom 1. Juli 1815, und zwar:

225	Rthlr.	1	Gr. 7	Pf.	Hypothekencapital à 5 Procent,
30	-	5	- 3	-	dergleichen Capital à $4\frac{1}{2}$ Procent,
33	-	21	- 6	-	dergleichen à 4 Procent,
20	-	5	- 3	-	Steuercreditscheine à 3 Procent,
9	-	9	- 2	-	Kammercredit-Kassenscheine à 3 Procent,
174	-	17	- 9	-	baar und zwar
ut s.		15	Rthlr. — Gr.	10 Pf.	von den Beständen und Resten vom 1. Juli 1815.
		159	- 16 -	11 -	Zinsen vom 1. Juli 1815 bis Ostern 1826.
		ut s.			

B. Sieben Thaler 12 Gr. 11 Pf. unsicheres Vermögen, und zwar:

5 Rthlr. 9 Gr. 1 Pf. Capital und
2 - 3 - 10 - Zinsrückstände bis Michaelis 1819.

ut s.

II. Von der Schlosskirchen-Cimbelkasse zu Zeitz
Ein und sechszig Thaler 8 Gr.
sicheres Vermögen, einschliesslich und resp. vorbehältlich der Zinsen vom zinsbaren Antheil vom 1. Juli 1815 an, und zwar:

12 Rthlr. 2 Gr. 9 Pf. Hypothekencapital à 5 Procent,
12 - 1 - 11 - desgleichen à 4 Procent,
13 - 14 - 6 - Steuercreditscheine à 3 Procent,
4 - 11 - — - Kammercredit-Kassenscheine à 3 Proc.,
19 - 1 - 10 - baar und zwar

ut s. 1 Rthlr. 13 Gr. 3 Pf. von den Beständen und Resten vom 1. Juli 1815,
17 - 12 - 7 - Zinsen von da bis Ostern 1826.

ut s.

III. Von der Procuratur-Allmosenkasse zu Zeitz:
— Rthlr. 7 Gr. — Pf.
baar von den Beständen.

Was dagegen die Forderungen der in Rede stehenden drei Fonds an das Weidaische Creditwesen anbetrifft, so bleibt die dessfallsige Auseinandersetzung bis zum Ausgange der zwischen der Königlich Preussischen und resp. Königlich Sächsischen Regierung, wegen des Gegenstandes noch obschwebenden Verhandlungen, vorbehalten. Was hiernach diesen Kassen auf die fraglichen Forderungen zu Theil wird, soll, soviel davon an den bei der Theilung Sachsens an Preussen gekommenen Theil des Stifts Naumburg-Zeitz fällt, nach dem vorstehend erwähnten Massstabe auf das Grossherzogthum Weimar-Eisenach mit vertheilt werden.

Artikel XXIV.

Allgemeiner Schulfonds.

§. 109. Von den nach Artikel XXVII der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819 dem Herzogthum

Sachsen zugefallenen Antheile an dem allgemeinen Schulfonds, werden von der Königlich Preussischen Regierung dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach zuvörderst diejenigen

Einhundert Thaler Capital à 5 Procent,

mit Zinsen vom 6. Juni 1815 an überwiesen, welche, nach dem vorerwähnten Artikel, der Preussischen Regierung, zur Deckung der Gehaltszulage des Schullehrers zu Wohlsborn, von jährlich 5 Thalern im Voraus gegeben wurden.

Das übrige unzinsbare Vermögen dieses Fonds wird nach dem Bevölkerungsverhältnisse der an demselben betheiligten Districte abgetheilt, und es erhält sonach das Grossherzogthum Weimar-Eisenach, ausser dem vorerwähnten Capital von 100 Rthlr., nach dem Verhältniss von $\frac{9117}{10000}$ Theilen, noch als

a) Antheil vom unzinsbaren Vermögen	73	Rthlr.	1	Gr.	3 Pf.
b) Zinsen von obigem Capital von 100 Rthlr. bis mit Ostern 1826	54	-	2	-	4 -
Zusammen	127	Rthlr.	3	Gr.	7 Pf.

mithin überhaupt vorbehältlich der Zinsen von Ostern 1826 ab:

Zweihundert sieben und zwanzig Thaler 3 Gr. 7 Pf.

In Betreff der an den Schullehrer zu Wohlsborn aus Preussischen Kassen bezahlten oder von Sachsen berichtigten und Preussen zugerechneten Gehaltszulagen, so wie wegen einiger, nach dem 5. Juni 1815 aus der Diöcese Neustadt a. d. O. an die Ober-Consistorialkasse zu Dresden abgelieferten Trauschein-Gelder, wird die diesfallsige Berechnung den beiderseitigen Verwaltungsbehörden vorbehalten.

Artikel XXV.

Ständische Schullehrer-Besoldungskasse.

§. 110. Die in Folge der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819, Artikel XXVII sub 13 auf das Herzogthum Sachsen gekommenen Antheile an dem Vermögen der Ständischen Schullehrer-Besoldungskasse, werden zwischen der Königlich Preussischen und der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung nach dem Bevölkerungs-Verhältniss der betheiligten alt-erbländischen Kreise getheilt. Der Theilungsmassstab besteht hiernach für das Grossherzogthum in 0,1039—

Eintausend und neun und dreissig Zehntausendtheilen. — Nach diesem erhält das Grossherzogthum Weimar-Eisenach:

A. Siebenhundert ein und neunzig Thaler 12 Gr. 9 Pf. sicheres Vermögen, einschliesslich und resp. vorbehältlich der Zinsen vom zinsbaren Vermögen vom 5. Juni 1815 ab, und zwar:

384 Rthlr.	13 Gr.	5 Pf.		Hypothekencapital à 5 Procent,
87 -	16 -	4 -		desgleichen à 4½ Procent, und
319 -	7 -	— -		baar, als

ut s.

90 Rthlr.	6 Gr.	10 Pf.	von den Beständen und Resten bis 5. Juni 1815,
229 -	— -	2 -	Zinsen von da bis mit Ostern 1826.

Summe wie oben.

B. Zwei und fünfzig Thaler 18 Gr. 2 Pf. unsicheres Vermögen, und zwar:

43 Rthlr.	1 Gr.	8 Pf.	Capital, und
9 -	16 -	6 -	Zinsrückstände bis Michaelis 1819.

ut s.

Die seit dem 6. Juni 1815 an das Grossherzogthum Weimar-Eisenach (einschliesslich des Schullehrers zu Nöda) von Preussen bezahlten, oder von Sachsen berichtigten und Preussen angerechneten Gehaltszulagen werden von der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung erstattet, und bleibt rücksichtlich ihrer die Berechnung den beiderseitigen Verwaltungsbehörden vorbehalten.

Artikel XXVI.

Augusteische Priester-, Wittwen- und Waisen-Fonds.

§. 111. Der nach der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819, Artikel XXVIII, auf das Herzogthum Sachsen gekommene Antheil an den Augusteischen Priester-, Wittwen- und Waisen-Fonds, wird zwischen dem Königreiche Preussen und dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach, in dem Verhältniss der Superintendenten- und Predigerstellen in den betheiligten Provinzen und Districten, und der für dieselben bestimmten verschiedenen Pensionssätze getheilt. Nach dem für das Grossherzogthum hiernach ermittelten Massstab von

0,0955 — Neunhundert fünf und fünfzig Zehntausendtheilen, — erhält dasselbe

A. Vom sicheren Vermögen:

Neunzehntausend Achthundert zwei und siebenzig Thaler 9 Gr. 4 Pf.

einschliesslich, und resp. vorbehältlich der Zinsen vom zinsbaren Antheil, vom 1. Juli 1815 an, und zwar:

4,173	Rthlr.	17	Gr. 7	Pf. Hypotheken-Capital à 5 Procent,
8,732	-	14	- 3	- desgleichen à 4½ Procent,
472	-	3	- 8	- desgleichen à 4 Procent,
366	-	17	- 3	- desgleichen à 3 Procent,
78	-	5	- 2	- Steuercredit-Scheine à 3 Procent,
50	-	10	- 2	- Kammercredit-Kassenscheine à 3 Procent,
5,998	-	13	- 3	- baar und zwar:

ut s.

396	Rthlr.	3	Gr. 11	Pf. von den Beständen und Resten bis 1. Juni 1815, und
5,602	-	9	- 4	- Zinsen von da bis Ostern 1826.

ut s.

B. Vom unsicheren Vermögen:

Fünf Tausend Drei Hundert vier und fünfzig Thaler 12 Gr. und zwar:

3,786	Rthlr.	9	Gr. 3	Pf. Capital und
1,568	-	2	- 9	- Zinsenrückstände bis Michaelis 1819; von den auf verschiedenen Aemtern des Herzogthums Sachsen haftenden, sogenannten geistlichen Stiftungsgeldern übernimmt die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung die auf dem Amte Weida mit . . . . 61 Rthlr. 6 Gr. — und dem Amte Arnshaugk . 52 - 12 - —

zusammen mit 113 Rthlr. 18 Gr. —

haftenden; die Königlich Preussische Regierung dagegen die übrigen. Vorstehende Summe wird à 5 Procent capitalisirt und mit einem Betrage von

Zwei Tausend Zwei Hundert fünf und siebenzig Thalern

dem Grossherzoglichen Antheile an dem zu 5 Procent zinsbaren Vermögen in Abzug gebracht.

Von dem Trinitatistermin 1815 an, übernimmt die Grossherzogliche Regierung die Zahlung der Pensionen an diejenigen Wittwen und Waisen, deren resp. Gatten und Väter zur Zeit ihres Ablebens in den jetzt Grossherzoglichen Gebietstheilen angestellt waren.

Die seitdem vielleicht erfolgte oder etwa noch erfolgende Verlegung des Wohnsitzes dieser Genussberechtigten, in die Staaten der andern Regierung, soll auf diese Zahlungsverbindlichkeit keinen Einfluss haben; auch den Beneficianten die ihnen zukommenden Unterstützungen um deswillen weder entzogen noch erschwert werden.

Die seit dem vorgenannten Termine an Prediger, deren Wittwen und Waisen, in den Grossherzoglichen Gebietstheilen aus Königlich Preussischen Kassen gezahlten, oder vom Königreich Sachsen berichtigten und der Preussischen Regierung angerechneten Pensionen, Unterstützungen und Gehaltszulagen, werden von der Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung, so wie umgekehrt diejenigen Stiftungsgelder, von den Aemtern Weida und Arnshaugk, welche vom 1. Juli 1815 ab noch in die gemeinschaftliche Stiftungskasse abgeliefert worden sind, von der Königlich Preussischen Regierung erstattet und bleibt deren Nachweisung und Feststellung den beiderseitigen Verwaltungsbehörden vorbehalten.

Sicherstellung der Pfarrei zu Nöda.

Ob zwar in Folge der Bestimmungen des Staatsvertrages vom 22. September 1815, Artikel IV, das gegen das vormals Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Dorf Ringleben ausgetauschte, vormals Königlich Sächsische Dorf Nöda bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung durchgängig und so auch bei

Abtheilung des Augustei schen Priester-Wittwen- und Waisenfonds active und passive ausser Ansatz geblieben ist; so bleiben dennoch die Ansprüche der Wittwen und Waisen der dasigen Pfarrer auf die ihnen aus dem genannten Fonds zeither statutarisch zukommenden Unterstützungen nichts desto weniger hierdurch ungekränkt, und es verpflichtet sich die Grossherzogliche Regierung, denselben ganz gleiche Benefizien, als den anderen Prediger-Wittwen und Waisen in ihren vormals Sächsischen Gebietstheilen zu gewähren.

Artikel XXVII.

Klengelscher Stiftungs-Fonds.

§. 112. Von dem nach Artikel XXVIII unter No. 15 der Preussisch-Sächsischen Hauptconvention vom 28. August 1819 auf das Herzogthum Sachsen gekommenen Antheile des Klengelschen Stiftungs-Fonds, werden von der Königlich Preussischen Regierung der Grossherzoglich Sächsischen nach dem Bevölkerungs-Verhältnisse der hieran betheiligten sieben alt-erbländischen Kreise, mithin nach einem Massstabe von 0,1039, Ein Tausend neun und dreissig Zehntausendtheilen gewährt.

A. Vom sicheren Vermögen:

Fünf Hundert sieben und zwanzig Thaler 3 Gr. 4 Pf. einschliesslich und resp. vorbehältlich der Zinsen vom zinsbaren Antheil vom 5. Juni 1815 ab, und zwar:

331 Rthlr. 3 Gr. 9 Pf. Hypothekencapital à 5 Procent,
196 - — - 1 - baar und zwar:

ut s.

18 Rthlr. — Gr. 6 Pf. von den baaren Beständen und Resten bis 15. Juni 1815,
177 - 23 - 7 - Zinsen von da ab bis mit Ostern 1826.

ut s.

B. Vom unsicheren Vermögen:
Acht Hundert zwei und dreissig Thaler 23 Gr.
und zwar:

599 Rthlr. 21 Gr. 11 Pf. Capital, und
233 - 1 - 1 - Zinsenrückstände bis Michaelis 1819.

ut s.

Artikel XXVIII.
Abgabe der Acten.

§. 113. Alle etwa noch nicht abgegebenen Urkunden, Acten, Bücher, Rechnungen und anderen Schriften und Papiere, welche auf die Regierung und Administration der an die Grossherzoglich Sachsen-Weimar-Eisenachische Regierung abgetretenen Gebietstheile ausschliesslich Bezug haben, sollen, auch wenn deren in dem gegenwärtigen Vertrage nicht ausdrückliche Erwähnung geschehen wäre, sobald es möglich, vollständig ausgeliefert werden; von anderen aber, welche für beide Regierungen von Interesse seyn könnten, wird man sich gegenseitig beglaubigte Abschriften oder Auszüge mittheilen.

Artikel XXIX.
Schlussberechnung.

§. 114. Nach Vollziehung dieser Convention wird sofort eine Haupt-Schlussberechnung über alle von beiden Regierungen übernommene gegenseitige Zahlungsverbindlichkeiten angelegt werden. Insofern letzteren nicht bereits genügt worden, tritt für beide Regierungen erst nach erfolgter Genehmigung dieser Schlussberechnung die übernommene Zahlungsverbindlichkeit ein, indem durch mehrerwähnte Schlussberechnung sich erst die Summen und Valuten ergeben können, welche nach Berücksichtigung der nothwendig und dem Interesse der beiderseitigen Regierungen unnachtheilig Statt findenden Compensationen, von einer Regierung an die andere zu gewähren seyn werden. Die solchergestalt ermittelten Summen und Valuten werden sogleich, nach Wechselung des ratificirten Vertrages, berichtiget.

Die solchergestalt erforderlichen Zahlungen und Abgewährungen sollen zu Leipzig erfolgen.

Artikel XXX.

Allgemeine Verzichtleistung.

§. 115. Durch die in den vorhergehenden Artikeln der gegenwärtigen Convention erfolgte Auseinandersetzung und Ausgleichung werden alle Ansprüche, welche von einer oder der anderen Regierung, in Beziehung auf die in dem Artikel I bezeichneten Gegenstände, und aus der dem Friedenstractate vom 18. Mai 1815 vorangegangenen Verwaltung der Königlich Sächsischen Lande[i]), nach allen verschiedenen Epochen derselben, gemacht worden sind, oder auf irgend eine Weise noch gemacht werden könnten, für beseitiget und aufgehoben erklärt, und beide Theile verzichten hierdurch gegenseitig feierlichst auf alle ferneren, in der gegenwärtigen Convention nicht gegründeten, diesfallsigen Anforderungen.

Das von den beiderseitigen Bevollmächtigten bei Zeichnung dieser Convention aufgenommene Protokoll soll jedoch gleiche Kraft und Wirkung haben, als ob es denselben ausdrücklich einverleibt worden wäre.

Artikel XXXI.

Bekanntmachung der Convention.

§. 116. Gegenwärtige Convention soll, zur allgemeinen Wissenschaft, durch den Druck bekannt gemacht werden.

Artikel XXXII.

Ratification.

§. 117. Dieselbe soll Sr. Königlichen Majestät von Preussen und Sr. Königlichen Hoheit dem Grossherzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach zur Ratification vorgelegt, und die Auswechselung der Ratificationen innerhalb drei Wochen, oder, wenn es geschehen kann, noch früher erfolgen. [k])

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieselbe unterzeichnet und untersiegelt.

Geschehen Berlin, den 1. Mai 1826. [l])

(L. S.) Wilhelm Joseph Balan.
(L. S.) Christian Friedrich Schmidt.

a) Vergl: No. LXI, S. 943—1004.

b) Vergl: Abtheilung I dieses Theiles, S. 578—591.

c) Vergl: Nr. LXXI, S. 1260—1269.

d) Vergl: Uebersicht der Abtheilung der Steuercredit-Schulden zwischen den resp. Königlich Preussischen und Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierungen.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten. 1826, Anhang, S. 26. 27.

Specielles Verzeichniss der von dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach zu übernehmenden Steuerscheine.

Ebendaselbst, S. 28.

e) Vergl: Uebersicht der Abtheilung der Kammercredit-Kassenschulden zwischen der Königlich Preussischen und Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Regierung.

Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten, 1826, Anhang, S. 29—31.

Verzeichniss der Kammercredit-Kassenscheine, welche von dem Grossherzogthum Weimar-Eisenach übernommen werden.

Ebendaselbst, S. 32.

f) Vergl: Verzeichniss der zur Königl. Sächsischen Rentkammer eingezahlten baaren Erbpacht-Cautionen aus den Grossherzoglich Weimar-Eisenachischen Gebietstheilen.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten. 1826. Anhang, S. 32.

g) Vergl: Verzeichniss der zur Königl. Sächsischen Rentkammer eingezahlt gewesenen, an die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung noch abzuliefernden baaren Cautionen, resp. Cautions- und Recognitionsscheine.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten. 1826. Anhang, S. 33—35.

Verzeichniss der zur Königl. Sächsischen Rentkammer eingelegt gewesenen, an die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung abgelieferten, Cautionen in Documenten und Staatspapieren.

Ebendaselbst, S. 36—38.

k) Vergl: Verzeichniss der zur Königl. Sächsischen Rentkammer eingezahlt gewesenen, an die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung noch abzuliefernden baaren Deposita und resp. Depositenscheine.

Gesetz-Sammlung für die Königl. Preussischen Staaten, 1826, Anhang, S. 39—41.

Verzeichniss der zur Königlich Sächsischen Rentkammer eingelegten und an die Grossherzoglich Weimar-Eisenachische Regierung abgelieferten Deposita in Staatspapieren und Dokumenten.

Ebendaselbst, S. 42—44.

l) Vergl: Abtheilung I dieses Theiles, S. 507 u. f. (Note g zur Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, Nr. XXXIV.)

k) Die Ratifications-Urkunden sind am 7. Juli desselben Jahres ausgewechselt worden.

l) Die neueren Vereinbarungen zwischen Preussen und Sachsen-Weimar-Eisenach, vom Jahre 1831, konnten, wegen Mangels an Raum, in diesen Theil nicht aufgenommen werden und folgen deshalb später.

ces dépendances se trouvent, ne sont pas obligés d'ouvrir pour ces enclaves détachées un livre d'hypothèque particulier; mais

C. il sera du devoir du Tribunal du lieu de tenir des livres hypothécaires pour les dépendances de ce genre dans le cas où elles sont concédées à des possesseurs particuliers à titre de propriété.

D. Dans tous les cas où, d'après les dispositions ci-dessus, le livre hypothécaire d'une propriété composée de plusieurs terres, villages ou fermes, est tenu, partie par les Tribunaux Prussiens, partie par ceux de la Pologne, le créancier qui a acquis une hypothèque sur toute la propriété, doit en provoquer l'inscription auprès des Tribunaux des deux Etats; mais si une partie de la propriété lui a été donnée en hypothèque, dans ce cas il ne s'adresse qu'à celui des Tribunaux qui a la tenue des livres hypothécaires de la partie territoriale grevée de l'hypothèque.

Règlement des hypothèques.

§. 4.

Les hypothèques dont suivant le §. 3 les livres doivent être tenus dans les deux Etats, seront réglées conformément aux lois respectives de chacun d'eux. Le règlement d'hypothèque n'aura lieu que pour les bien-fonds des particuliers et de ceux, qui, depuis l'établissement du Royaume de Pologne, n'ont pas encore constaté leurs titres de propriété conformément aux règlemens hypothécaires décrétés par les diètes de 1818 et 1825.

Il en sera de même des bien fonds des sujets Prussiens qui se trouvent dans un cas semblable, savoir que le nouveau règlement des hypothèques n'aura également lieu que pour les bien-fonds, dont les propriétaires n'auraient point encore constaté leurs titres de propriété conformément aux lois de la Prusse.

Forum pour les contestations.

§. 5.

Toutes les fois où il s'agit de connaître des contestations relatives aux immeubles coupés par la frontière, ou de procéder à leur expropriation, les Tribunaux des deux pays seront tenus de suivre les règles ci-après:

a) Les contestations qui ont pour objet la totalité du bien-fonds, seront décidées par le Tribunal dans la juridiction duquel est située la propriété principale.

b) Le même Tribunal connaitra aussi des différens, qui se seront élevés relativement au bien-fonds même, coupé par la frontière.

c) Quant aux contestations élevées au sujet d'une propriété immobiliaire, qui n'étant qu'une partie d'un bien-fonds, coupé par la frontière, se trouve exclusivement située dans les limites de l'un ou de l'autre des deux Etats, elles seront décidées par le Forum du territoire dans lequel la propriété en litige est enclavée.

d) Les contestations provenant des hypothèques, seront jugées par les Tribunaux, qui tiennent les livres hypothécaires.

Forum pour l'exécution de la sentence.

§. 6.

Le Tribunal du pays où est située la propriété foncière, sera chargé de l'exécution de l'arrêt, d'après les formes en vigueur dans ce pays.

L'exécution en cas semblable sera admise par les Tribunaux compétens, en tant que les arrêts rendus ne seront pas contraires aux lois du pays, dans le territoire duquel il s'agit de les mettre en exécution.

Disposition transitoire.

§. 7.

Les dispositions ci-dessus ne s'appliquent pas aux causes déjà pendantes, lesquelles seront poursuivies par devant le Tribunal qui en est saisi.

Terme de la durée de la présente disposition.

§. 8.

L'arrangement présent sera obligatoire aussi longtemps que les deux Cours respectives ne jugent pas nécessaire de convenir de nouveaux principes.

Publication.

§. 9.

Cet arrangement dressé et signé en double expédition sera, après échange réciproque, publié[b]) dans les deux Etats.

Berlin, le $\frac{31.}{19.}$ Décembre 1835.

(L. S.) Signé: Ancillon.
(L. S.) Signé: Ribeaupierre.

a) Vergl: Abth. I. dieses Theiles (Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, du 9. juin 1815, B. (Nr. II.) S. 551.

b) Vergl: Bekanntmachung des königl. preussischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, vom 18. Januar 1836. Gesetz-Sammlung für die königl. preussischen Staaten, 1836, Nr. I.

Inhalt
des ersten Theiles.

Erste Abtheilung.

Seite:

I. Instrumentum Pacis Osnabrugense Caesareo-Suecicum, d. d. XIV.(XXIV.) Oct. 1648. . . . 1

II. Traité de paix entre Sa Majesté le Roi de Prusse et la République Française, signé à Bâle le 5. d'avril 1795. 129

III. Traité de paix entre l'Empereur des Romains, Roi de Hongrie et de Bohème, et la République Française, conclu à Campo-Formio le 17. octobre 1797, (26. vendémiaire an VI.) 134

Articles secrets, (Convention additionnelle au traité de Campo-Formio.) . . . 141

IV. Traité de paix entre la République Française et S. M. l'Empereur et le Corps Germanique, signé à Lunéville le 9. février 1801. 147

V. Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg vom 25. Februar 1803. 157

VI. An Ihro Römisch Kaiserliche Majestät allerunterthänigstes Reichsgutachten, de dato Regensburg den 24. März 1803, den von Ihro Kaiserl. Majestät und des Reichs wegen zu ratificirenden, am 25. Februar d. J. verfassten, Hauptschluss der ausserordentlichen Reichsdeputation dahier betreffend. 220

VII. Kaiserl. allergnädigstes Kommissions-Ratificationsdecret an die hochlöbliche allgemeine Reichs-

Seite:

versammlung zu Regensburg, de dato 27. April 1803, die von Ihrer Kaiserlichen Majestät ertheilte Ratification des Reichsgutachtens vom 24. März über den Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar d. J. betreffend. 223

VIII. Deputations-Abschied vom 9. May 1803 228

IX. Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Allemagne et d'Autriche, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, signé à Presbourg le 26. décembre 1805. 239

X. Traité entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et les Membres de l'Empire Germanique dénommés dans le traité même, signé à Paris le 12. juillet 1806. (L'Acte de la Confédération du Rhin.) 248

XI. Urkunden, welche sich auf die Auflösung der Deutschen Reichsverfassung beziehen.

A. Note remise à la Diète de Ratisbonne par Mr. Bacher, Chargé d'affaires de S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, le 1. Août 1806. . 265

B. Lossagungs-Urkunde der Reichsstände, welche die Rheinische Conföderations-Acte unterzeichnet haben, d. d. Regensburg den 1. August 1806. 272

C. Entsagungs-Acte des Kaisers Franz II., wodurch derselbe die Deutsche Kaiserkrone und Kaiserliche Regierung niederlegt, und die Kurfürsten, Fürsten und Stände und alle Reichsangehörige, insonderheit auch die Mitglieder der höchsten Reichsgerichte und die Reichsritterschaft von ihren Pflichten entbindet, d. d. Wien den 6. August 1806. 276

XII. Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, conclu à Tilsit le $\frac{7. \text{ juillet}}{25. \text{ juin}}$ 1807. 281

Seite:

III. Traité de paix entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. le Roi de Prusse, conclu à Tilsit le 9. juillet 1807. 290

IV. Convention additionnelle de paix et de limites entre S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, et S. M. l'Empereur d'Autriche, signée à Fontainebleau le 10. octobre 1807. 301

V. Uebereinkunft zwischen der k. k. Oesterreichischen und der k. Baierischen Regierung, betreffend die Aufhebung des Sequesters vom Vermögen der Privatpersonen u. s. w., unterzeichnet zu München den 5. November 1807. . . 304

VI. Traité de paix entre S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et S. M. l'Empereur des Français, Roi d'Italie, signé à Vienne le 14. octobre 1809. 306

VII. Traité de paix, d'amitié et d'alliance entre la Russie et la Prusse, signé à Kalisch le $\frac{16.}{28.}$ février et à Breslau le $\frac{15.}{27.}$ février 1813. . . . 316

VIII. Convention entre la Russie et la Prusse, signée à Kalisch le $\frac{26. \text{ mars}}{7. \text{ avril}}$ 1813. 322

IX. Convention entre la Russie et la Prusse, signée à Breslau le $\frac{7.}{19.}$ mars 1813. 329

X. Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. le Roi de Prusse, signée à Reichenbach le 14. juin 1813. . . . 332

XI. Convention d'alliance et de subside entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, signée à Reichenbach le 15. juin 1813. 336

XII. Traités d'alliance, signés à Toeplitz entre la Russie, l'Autriche, la Grande-Bretagne et la Prusse.

A. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre S. M. I. et R. l'Empereur d'Autriche et

Seite:

S. M. I. l'Empereur de toutes les Russies, signé à Toeplitz le $\frac{9. \text{ septembre}}{28. \text{ août}}$ 1813. 341

B. Traité d'amitié et d'alliance défensive signé entre les Cours de Vienne et de Berlin, en date de Toeplitz le 9. septembre 1813. . 345

C. Traité d'amitié et d'alliance défensive entre les Cours de St. Petersbourg et de Berlin, signé à Toeplitz le $\frac{9. \text{ septembre}}{28. \text{ août}}$ 1813. 345

D. Traité préliminaire d'alliance entre la la Grande-Bretagne et l'Autriche, signé à Toeplitz le 3. octobre 1813. 347

XXIII. Traités d'accession à la grande alliance de 1813.

A. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et la Bavière, signé à Ried le 8. octobre 1813. 350

B. Traité préliminaire d'alliance entre l'Autriche et le Wurtemberg, signé à Fulde le 2. novembre 1813. 357

C. Traité entre S. M. le Roi de Prusse et S. A. R. le Grand-Duc de Bade pour l'admission de celui-ci à la grande alliance, signé à Francfort s. M. le 20. novembre 1813. . . 359

D. Traité entre S. M. l'Empereur d'Autriche et Ses Alliés d'une part, et S. A. S. E. l'Electeur de Hesse de l'autre, signé à Francfort s. M. le 2. décembre 1813. 362

XXIV. Traité d'alliance entre l'Autriche, la Russie, la Grande-Bretagne et la Prusse, signé à Chaumont le 1. mars 1814. 366

XXV. Traité entre l'Autriche, la Russie et la Prusse d'une part, et Napoléon Buonaparte de l'autre, signé à Paris le 11. avril 1814. 372

XXVI. Traité de paix entre la France et les Puissances alliées, conclu à Paris le 30. mai 1814. . 389

Seite:

VII. Convention supplémentaire entre S. M. Britannique et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, signée à Londres le 29. juin 1814. . . 403

VIII. Déclaration des huit Puissances qui ont signé le traité de Paris, réunies au Congrès de Vienne, sur l'évasion de Napoléon Buonaparte, signée à Vienne le 13. mars 1815. . 406

IX. Convention sur la garde de Napoléon entre l'Autriche (la Russie, la Prusse) et la Grande-Bretagne, signée à Paris le 2. août 1815. . . 410

X. Traité d'alliance entre la Grande-Bretagne, l'Autriche, la Russie et la Prusse, signé à Vienne le 25. mars 1815. 413

XI. Convention additionnelle au traité d'alliance du 25. mars 1815, signée en trois instrumens séparés entre la Grande-Bretagne et l'Autriche, la Grande-Bretagne et la Russie, la Grande-Bretagne et la Prusse, à Vienne le 30. avril 1815. 421

XII. Urkunde über die Aufnahme des Cantons Neuenburg (Neufchâtel) in die schweizerische Eidgenossenschaft, vom 7. April 1815. 426

XIII. Traité entre le Danemarc et la Prusse relativement à la cession réciproque de la Poméranie Suédoise, y compris l'île de Rugen et le Duché de Lauenbourg, signé à Vienne le 4. juin 1815. 429

XIV. Acte du Congrès de Vienne du 9. juin 1815, avec ses Annexes. 434

Annexes à l'Acte du Congrès de Vienne, du 9. juin 1815.

A. (Nr. I.) Traité entre la Russie et l'Autriche, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815. 533

B. (Nr. II.) Traité entre la Russie et la Prusse, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815. 545

Seite:

C. (Nr. III.) Traité additionnel relatif à Cracovie, entre l'Autriche, la Prusse et la Russie, du $\frac{21. \text{ avril}}{3. \text{ mai}}$ 1815. 563

D. (Nr. IV.) Traité entre la Prusse et la Saxe, du 18. mai 1815. 578

E. (Nr. V.) Déclaration de S. M. le Roi de Saxe sur les droits de la Maison de Schoenbourg, du 18. mai 1815. 594

F. (Nr. VI.) Traité entre la Prusse et l'Hanovre, du 29. mai 1815. 597

G. (Nr. VII.) Convention entre la Prusse et le Grand-Duc de Saxe-Weimar, du 1. juin 1815. 606

H. (Nr. VIII.) Convention entre la Prusse et les Duc et Prince de Nassau, du 31. mai 1815. 610

I. (Nr. IX.) Acte sur la Constitution fédérative de l'Allemagne, du 8. juin 1815. (S: Theil II.)

K. (Nr. X.) Traité entre le Roi des Pays-Bas et la Prusse, l'Angleterre, l'Autriche et la Russie, du 31. mai 1815. 629

Annexe de l'Article VIII. du Traité du 31. mai 1815:

Acte signé par le Secrétaire d'état pour les affaires étrangères pour l'acceptation de la Souveraineté de Son Altesse Royale des Provinces Belgiques, à la Haye, le 21. juillet 1814. 635

L.ª (Nr. XI.ª) Déclaration des Puissances sur les affaires de la Confédération Helvétique, du 20. mars 1815. 639

L.ᵇ (Nr. XI.ᵇ) Acte d'Accession (en date de Zuric le 27. mai 1815) de la Confédération Suisse à la Déclaration des Puissances réunies au Congrès de Vienne, en date du 20. mars 1815. 646

M. (Nr. XII.) Protocole du 29. mars 1815, sur les cessions faites par le Roi de Sardaigne au Canton de Genève. 651

Seite:

N. (Nr. XIII.) Traité entre le Roi de Sardaigne, l'Autriche, l'Angleterre, la Russie, la Prusse et la France, du 20. mai 1815. . . 656

AA. Annexe de l'Article IV. du Traité du 20. mai 1815:
Conditions, qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gènes à ceux de S. M. Sarde. . . . 660

BB. Annexe de l'Article VII. du Traité du 20. mai 1815:
Cession faite par S. M. le Roi de Sardaigne au Canton de Genève. . . 665

O. (Nr. XIV.) Conditions, qui doivent servir de bases à la réunion des Etats de Gènes à ceux de S. M. Sarde. 670

P. (Nr. XV.) Déclaration des Puissances sur l'abolition de la traite des Nègres, du 8. février 1815. 671

Q. (Nr. XVI.) Réglemens pour la libre navigation des rivières, (du 24. mars 1815.)

1. Articles concernant la navigation des rivières qui dans leur cours navigable séparent ou traversent différens Etats. 680
2. Articles concernant la navigation du Rhin. 682
3. Articles concernant la navigation du Neckar, du Mein, de la Moselle, de la Meuse et de l'Escaut. 695

R. (Nr. XVII.) Réglement sur le rang entre les Agens diplomatiques, (19. mars 1815.) 701

CXV. Traité conclu à Paris le 5. novembre 1815 entre L. L. M. M. le Roi de Prusse, le Roi des Royaumes réunis de la Grande-Bretagne et de l'Irlande, l'Empereur d'Autriche, Roi de Hongrie et de Bohème, et l'Empereur de toutes les Russies, relativement aux Sept Isles Ioniennes. 705

CXVI. Protestatio, nomine Sanctitatis Suae Pii Papae VII. et Sanctae Sedis Apostolicae,

Seite:

contra ea omnia, quae in praejudicium jurium et rationum Ecclesiarum Germaniae, atque etiam Sanctae Sedis, vel sancita vel manere permissa sunt in Congressu Vindobonensi, (14. Jun. 1815.) . . 712

XXXVII. Note du Cardinal Consalvi, par laquelle la précédente protestation a été remise aux Ministres des huit Puissances signataires du traité de Paris, (14. juin 1815.) . . 716

XXXVIII. Traité conclu à Paris le 10. juin 1817 entre les Cours d'Autriche, d'Espagne, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, lequel, en exécution de l'art. XCIX. de l'Acte du Congrès, détermine la réversion des Duchés de Parme, Plaisance et Guastalla. . . 720

XXXIX. Convention entre l'Autriche et la Prusse d'une part et le Grand-Duc de Hesse de l'autre sur les arrangemens territoriaux, signée à Vienne le 10. juin 1815. 726

XL. Convention concernant des arrangemens territoriaux entre l'Autriche et la Prusse, signée à Vienne le 12. juin 1815. 731

XLI. Sainte Alliance entre L.L. M.M. l'Empereur de toutes les Russies, l'Empereur d'Autriche et le Roi de Prusse, signée à Paris le $\frac{14.}{26.}$ septembre 1815. 734

XLII. Protocole pour régler les dispositions relatives aux territoires et places cédés par la France, aux arrangemens territoriaux qu'il reste à faire en Allemagne et au système défensif de la Confédération Germanique, signé par les Ministres des Cours Impériales et Royales d'Autriche, de Russie, de la Grande-Bretagne et de Prusse, paraphé à Paris le 3. novembre 1815 et signé le 20. novembre. 738

XLIII. Traité de paix entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815, avec les Conventions spéciales.

Seite:

A. Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, conclu à Paris le 20. novembre 1815. 747

B. Conventions spéciales:

1. Convention conclue en conformité de l'article IV. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative au paiement de l'indemnité pécuniaire à fournir par la France aux Puissances alliées. 761

2. Convention conclue en conformité de l'article V. du traité principal du 20. novembre 1815, relative à l'occupation d'une ligne militaire en France par une armée alliée. 766

3. Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative à l'examen et à la liquidation des réclamations des sujets de S. M. Britannique envers le Gouvernement Français. . 779

4. Convention conclue en conformité de l'article IX. du traité principal du 20. novembre 1815, et relative à l'examen et à la liquidation des réclamations à la charge du Gouvernement Français. 790

XLIV. Note adressée au Duc de Richelieu par les Ministres des quatre Puissances alliées, en date de Paris le 20. novembre 1815. 809

XLV. Communication à la Chambre des Pairs et à la Chambre des Députés des Départemens par le Duc de Richelieu, du 25. novembre 1815. 812

XLVI. Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie, signé à Paris le 20. novembre 1815. 819

Anhang.

Seite:

A. Deutscher Fürstenbund unterzeichnet zu Berlin am 23. Juli 1785 von den Bevollmächtigten des Churfürsten von Sachsen, des Königs von Preussen als Churfürsten von Brandenburg und des Königs von Grossbritannien als Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg. 824

B. Vorläufige Grundlinien zu einer neuen Constitution für das nördliche Deutschland unter dem Namen des nordischen Reichsbundes, am 21. Aug. 1806 dem churfürstl. sächsischen Minister Grafen von Goertz mitgetheilt von dem königl. preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen von Haugwitz. . 843

Zweite Abtheilung.

XLVII. Convention entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie d'une part, et la France de l'autre, portant transaction sur les réclamations particulières, signée à Paris le 25. avril 1818. 853

XLVIII. Convention entre la S. M. le Roi de France d'une part, et l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse et la Russie de l'autre part, conclue à Aix-la-Chapelle le 9. octobre 1818. . . . 865

XLIX. Protocole signé par les Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de France, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie à Aix-la-Chapelle le 15. novembre 1818. 870

L. Note adressée à Mr. le Duc de Richelieu par les Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie à Aix-la-Chapelle le 4. novembre 1818. . . 873

LI. Note de Mr. le Duc de Richelieu, en réponse à celle des Plénipotentiaires des Cours d'Autriche, de la Grande-Bretagne, de Prusse et de Russie, en date d'Aix-la-Chapelle le 12. novembre 1818. 876

Seite:

LII. Déclaration, signée à Aix-la-Chapelle le 15. novembre 1818. 878

LIII. Extrait d'un Protocole, signé à Aix-la-Chapelle le 21. novembre 1818, sur le rang des Ministres-Résidens. 881

LIV. Vertrag zwischen Preussen und Churhessen, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815. . 882

LV. Vertrag zwischen Preussen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 16. October 1815. 893

LVI. Convention zwischen Preussen, Churhessen und dem Landgrafen von Hessen-Rothenburg, unterzeichnet zu Cassel am 4. März 1816. 897

LVII. Traité de limites conclu entre la Prusse et la Russie à Berlin le $\frac{11.\text{ novembre}}{30.\text{ octobre}}$ 1817. . . . 902

LVIII. Traité définitif de démarcation de la frontière entre les Etats Prussiens et le Royaume de Pologne, depuis les confins du Grand-Duché de Posen jusqu'à ceux de la République de Cracovie, signé à Berlin le $\frac{4.\text{ mars}}{20.\text{ février}}$ 1835. 909

LIX. Déclaration entre la Prusse et la France pour terminer le différend qui s'est élevé sur le district de la Leyen, signée à Paris le 11. juin 1827. 927

LX. Convention définitive entre la Prusse et la France conclue à Sarrebruck le 23. octobre 1829, pour régler les limites des deux Etats respectifs, conformément aux stipulations des traités de Paris du 30. mai 1814 et du 20. novembre 1815, et ensuite de la déclaration signée à Paris le 11. juin 1827. . . . 929

LXI. Haupt-Convention zu Vollziehung des zwischen Ihro Königlichen Majestäten von Sachsen und von Preussen zu Wien am 18. Mai 1815 abgeschlossenen Friedenstractats, und zu nä-

Seite:

herer Bestimmung der, durch diesen Tractat veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen, unterzeichnet zu Dresden am 28. August 1819. 943

LXII. Beilagen zur Haupt-Convention vom 28. August 1819:

A. Convention wegen Abgabe und Fortsetzung der in dem Königreiche und Herzogthume Sachsen anhängigen Rechtssachen, unterzeichnet zu Dresden am 20. Februar 1816. 1047

B. Convention über die Peräquations-Lieferungs-Aequivalentgelder- und Centralsteuer-Angelegenheiten, unterzeichnet zu Dresden am 23. Julius 1817. . 1060

C. Convention wegen der Cassenbillets, unterzeichnet zu Dresden am 25. Nov. 1815. 1078

D. Convention zum Behuf der Auseinandersetzung der Stiftungen im Königreiche und Herzogthume Sachsen, unterzeichnet zu Dresden am 27. Juli 1817. . 1084

LXIII. Recès-Général de la Commission territoriale, rassemblée à Francfort s. M., signé le 20. juillet 1819 par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la Grande-Bretagne, de la Prusse et de la Russie. 1095

LXIV. Beilagen zu dem Territorial-Recess vom 20. Juli 1819:

A. Traité entre la Sardaigne, la Confédération Suisse et le Canton de Genève, conclu à Turin le 16. mars 1816. 1124

B. Traité entre la Prusse, l'Autriche et le Grand-Duché de Hesse, signé à Francfort sur le Mein le 30. juin 1816. . . . 1133

C. Traité complémentaire conclu entre S. M. le Roi de Prusse et S. M. le Roi des Pays-Bas à Francfort sur le Mein le 8. novembre 1816. 1152

Seite:

D. Traité entre l'Autriche et les Pays-Bas, conclu à Francfort sur le Mein le 12. mars 1817. 1163

E. Traité entre l'Autriche et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10. juillet 1819. 1168

F. Traité entre l'Autriche, la Grande-Bretagne, la Prusse, la Russie et le Grand-Duché de Bade, conclu à Francfort sur le Mein le 10. juillet 1819. 1176

G. Traité entre l'Autriche et la Bavière, conclu à Munich le 14. avril 1816. . . . 1179

LXV. Convention zwischen Oesterreich und Baiern, betreffend die Liquidation und Ausgleichung der Rückstände an Landesverwaltungs-Ausgaben und Einnahmen, so wie der Landesschulden, in den gegenseitig abgetretenen Ländern, abgeschlossen am 13. December 1828 und bekannt gemacht zu München am 14. Mai 1829. . . . 1191

LXVI. Traité de limites entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi des Pays-Bas, signé à Aix-la-Chapelle le 26. juin 1816. 1200

Arrangement provisoire en faveur des Fabricans placés sur la frontière des deux Etats pour l'entrée et sortie libre et sans droits des matières premières et en partie manufacturées de leurs Etablissemens respectifs. 1219

LXVII. Traité de limites entre Leurs Majestés le Roi de Prusse et le Roi des Pays-Bas, signé à Clèves le 7. Octobre 1816. 1223

LXVIII. Bekanntmachung der Königl. Preussischen Regierung zu Cleve vom 28. Februar 1817, enthaltend die Festsetzung der Gränzen zwischen Preussen und den Niederlanden, in Gemässheit des Vertrages vom 7. October 1816. 1240

LXIX. Convention de limites entre la France et la Bavière, signée à Paris le 5. juillet 1825. . . 1245

Seite:

LXX. Bekanntmachung d. d. Carlsruhe den 29. November 1827, betreffend den zu Strassburg am 30. Januar 1827 zwischen Frankreich und Baden wegen Berichtigung der Rheingränze und Herstellung des Eigenthums und Besitzstandes der Rheininseln abgeschlossenen Vertrag. 1251

LXXI. Vertrag zwischen S. M. dem Könige von Preussen und S. K. H. dem Grossherzoge von Sachsen-Weimar-Eisenach, abgeschlossen zu Paris den 22. September 1815. 1260

LXXII. Vertrag zwischen Preussen und Hannover, unterzeichnet zu Paris am 23. September 1815. 1270

LXXIII. Staatsvertrag, betreffend die Berichtigung der streitigen Hoheitsgränze zwischen dem Königreichen Preussen und Hannover auf dem rechten und linken Weserufer, ferner den damit in Verbindung stehenden Austausch der sogenannten Mengedörfer, so wie die Ueberweisung der nach den Tractaten vom 29. Mai und 23. September 1815 von der Krone Preussen der Krone Hannover annoch zu gewährenden 1654 Seelen, abgeschlossen zu Bückeburg den 25. Nov. 1837. 1275

LXXIV. Uebereinkunft zwischen Oesterreich und Preussen, unterzeichnet zu Worms den 1. Juli 1816. 1295

LXXV. Staatsvertrag zwischen Preussen und Schwarzburg-Sondershausen, die einfachere und bestimmtere Anordnung der zwischen beiden bisher bestandenen Verhältnisse betreffend, unterzeichnet zu Berlin den 15. Juni 1816. 1306

LXXVI. Staatsvertrag zwischen Preussen und Schwarzburg-Rudolstadt, die einfachere und bestimmtere Anordnung der zwischen beiden bisher bestandenen Verhältnisse betreffend, unterzeichnet zu Berlin den 19. Juni 1816. 1314

Seite:

LXXVII. Vertrag zwischen Preussen und Mecklenburg-Strelitz, unterzeichnet zu Frankfurt am Main, am 18. September 1816. 1322

LXXVIII. Vertrag zwischen Preussen und Mecklen-Strelitz, über das durch den dritten Artikel des Vertrages vom 18. September 1816 vorbehaltene fernere Abkommen, unterzeichnet zu Berlin, am 21. Mai 1819. . . 1327

LXXIX. Convention zwischen Preussen und dem Grossherzogthume Hessen, unterzeichnet zu Münster, den 12. März 1817. 1331

LXXX. Nachtrag zu der zwischen Preussen und dem Grossherzogthume Hessen zu Münster den 12. März 1817 geschlossenen Convention, unterzeichnet zu Giessen, am 6. Juli 1817. . 1341

LXXXI. Hauptvertrag der an dem vormaligen Grossherzogthume Frankfurt betheiligten Staatsregierungen, über die Ausgleichung der Grossherzoglich Frankfurter Central- und Fuldaer Departemental-Lasten, unterzeichnet zu Frankfurt am Main den 2. Juli 1828. 1344

LXXXII. Protokoll, unterzeichnet zu Frankfurt am Main am 9. April 1817, betreffend die Uebergabe der in Folge des Artikel LI der Wiener Congress-Acte von Preussen an Oldenburg abgetretenen Landestheile. 1394

LXXXIII. Vertrag zwischen Württemberg und Baden über die Vollziehung des Staatsvertrages vom 2. October 1810 (Carlsruhe, 26. April 1822.) 1405

LXXXIV. Vertrag zwischen Württemberg und Baden über Ausgleichungen von Forderungen und Ansprüchen aus den älteren Staatsverträgen. (Carlsruhe, 17. Mai 1825.) . . 1410

LXXXV. Vertrag zwischen dem Grossherzogthum Hessen und dem Churfürstenthum Hessen, unterzeichnet zu Frankfurt am Main, am 29. Juni 1816. 1420

Seite:

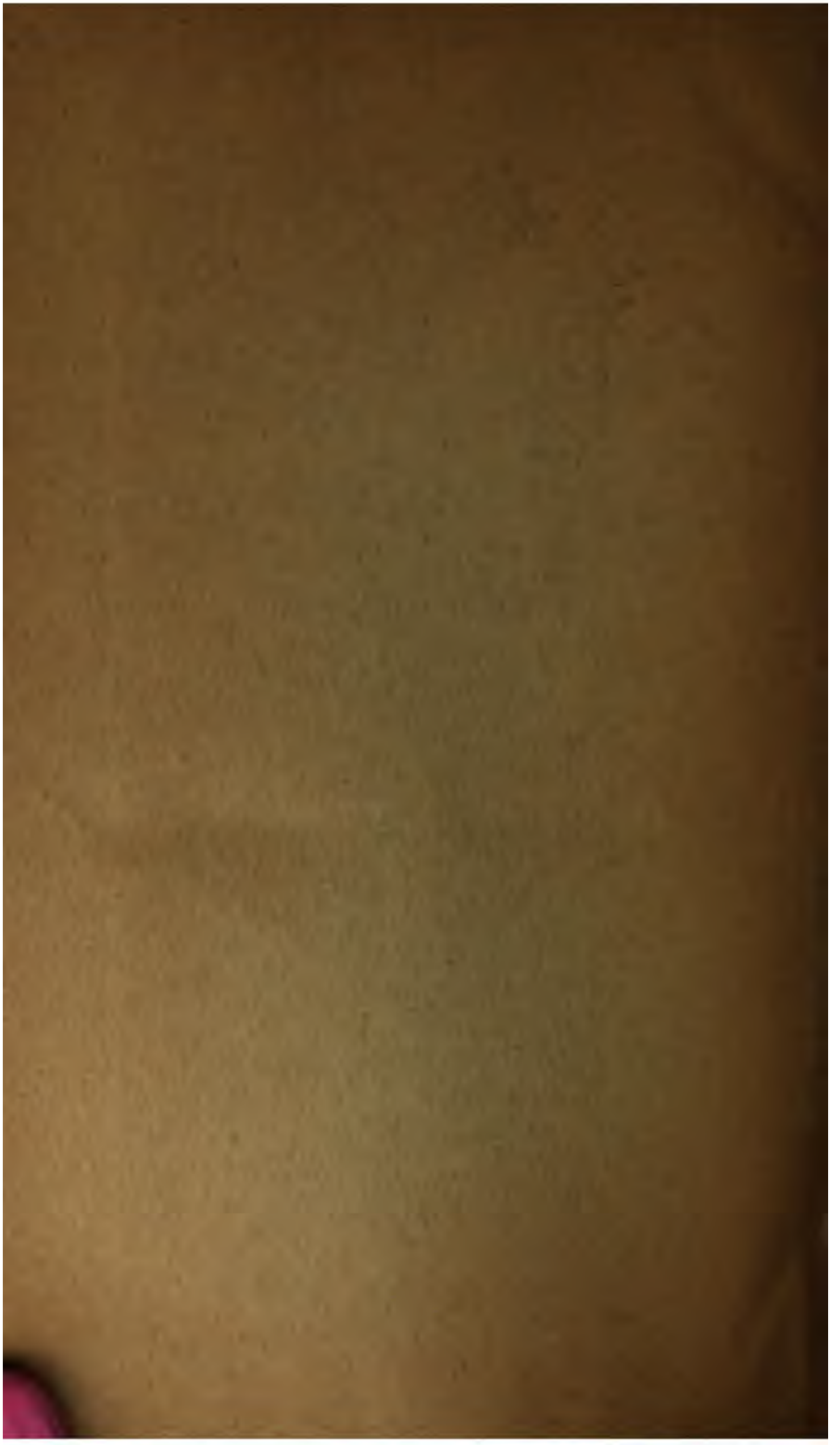
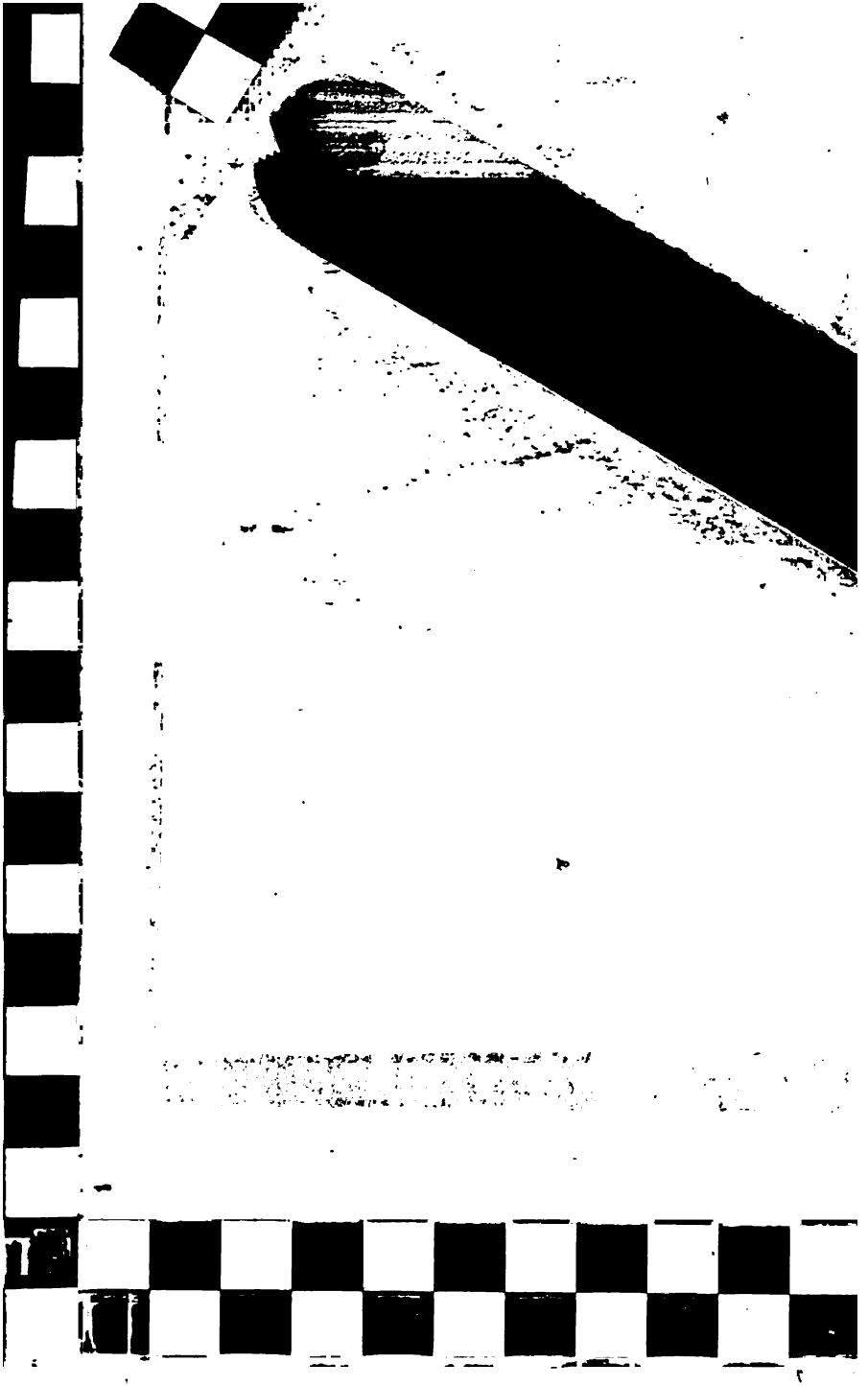
LXXXVI. Vertrag zwischen Hannover und Oldenburg über die Vollziehung des Artikels XXXIII der Wiener Congress-Acte vom 9. Juni 1815 und die Purification ihrer bisher gemischten Besitzungen, unterzeichnet zu Bremen am 4. Februar 1817. 1430

LXXXVII. Recess zwischen Preussen und Nassau, abgeschlossen zu Frankfurt am Main den 14. December 1816 und zu Wiesbaden den 19. December 1816. 1457

LXXXVIII. Convention entre la France et la ville de Hambourg, relativement à la banque de Hambourg, conclue à Paris, le 27. Octobre 1816. 1494

LXXXIX. Gränz-Vertrag zwischen Hannover und dem Königreiche der Niederlande, unterzeichnet zu Meppen, am 2. Juli 1824. 1497

XC. Convention zu Vollziehung der zwischen S. M. dem Könige von Preussen und S. K. H. dem Grossherzoge zu Sachsen-Weimar-Eisenach abgeschlossenen Staatsverträge d. d. Wien, am 1. Juni 1815, und Paris am 22. September 1815, und zu nähere Bestimmung der hierdurch veranlassten Auseinandersetzungen und Ausgleichungen in Beziehung auf die vormals Königlich Sächsischen Gebietstheile, d. d. Berlin am 1. Mai 1826. . . . 1530

XCI. Déclaration concernant l'Article XX. du Traité conclu à Vienne le $\frac{3. \text{ mai}}{21. \text{ avril}}$ 1815 entre la Prusse et la Russie, relativement au Duché de Varsovie. (Berlin, le $\frac{31.}{19.}$ décembre 1835.) 1586

Druck von Breitkopf u. Härtel in Leipzig.